Ludwig Elm

Konservatismus & Gesellschaft

Vorträge
Aufsätze
Rezensionen

1960-1969

Jena 2024

Ludwig Elm

Vorträge, Aufsätze, Rezensionen

1960-1969

Jena 2025

Inhaltsverzeichnis

Von Jena nach München 3
Strauß und die Studenten 6
Mimikry der akademischen Nazis 7
Von der Begabung, ins Fettnäpfchen zu treten 8
Zur Geschichte des Linksliberalismus in der Frühperiode des deutschen Imperialismus (1897/98 bis 1907) 9
Maunz – Globke des Strauß 11
Regensburger Gründungsrektor: Die Fahne hoch 16
Gestern und heute im Dienst der Nazi-Generale 18
Zu Problemen der Studentenpolitik und der Rolle der studentischen Organisationen bei der ideologischen Beeinflussung der Studenten in der BRD 20
Die Deutsche Burschenschaft (OB) im Jahre 1965 – wider Ehre, Freiheit, Vaterland 34
Der altpreußische Pflichtbegriff 48
Couleur: Schwarzweißrot auf braunem Grund 49
„Nationales“ 60
Antisemitismus 62
Bundespost: Schulden und Geschenke 63
Die Gefolgschaft des Prof. Esau 64
Zwischen Fortschritt und Reaktion 70
Formierte Universität 307
Stoltenbergs Verbündete und Gegner 459
Der 2. Juni 1967 in Westberlin – Ursachen und Wirkungen 460
Filetto und Marzabotto 466
Widerstand oder neue Kapitulation? 469
Personenregister 474

Von Jena nach München

Bericht über eine Reise aus Anlaß der Geschwister-Scholl-Ehrung an der Ludwig-Maximilian-Universität im Februar 1960

In jedem Jahr ehrt die Ludwig-Maximilian-Universität München im Februar die ermordeten antifaschistischen Helden der Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ Sophie und Hans Scholl, Christoph Probst, Alexander Schmorell, Willi Graf, Hans Leipelt und Prof. Huber. Für uns, die junge Generation in der Deutschen Demokratischen Republik, ist die Ehrung der Opfer des Faschismus und die Erfüllung ihres Vermächtnisses ein ständiges Anliegen. Überzeugt, daß uns dieses Vermächtnis des Kampfes gegen Faschismus und Krieg mit der großen Mehrheit der westdeutschen Studentenschaft eint, schlug die Hochschulgruppenleitung der Freien Deutschen Jugend an der Friedrich-Schiller-Universität im Januar d. J. in einem Schreiben an den Allgemeinen Studentenausschuß (AStA) der Universität München die Teilnahme einer Studentenvertretung aus Jena an der Gedenkfeier in München vor. Als am 16. Februar die Antwort in Jena eintraf, in der der AStA sein Einverständnis erklärte, stand unserer Reise und der Teilnahme an der Ehrung nichts mehr im Wege.

So fuhren wir am 20. Februar im Namen der Hochschulgruppe der FDJ und aller Studenten unserer Universität nach München.

Wir fuhren als junge Sozialisten und Anhänger der atheistischen Weltanschauung, um Menschen zu ehren, die sich als Christen durch ihre humanistisch verstandene religiöse Überzeugung dem Tod und Verderben verbreitenden Faschismus entgegengestellt hatten. Die Jugend unserer Republik bewahrt seit nahezu anderthalb Jahrzehnten das Andenken aller antifaschistischen Kämpfer und Opfer, gleich ob sie Sozialdemokraten, Kommunisten, Liberale, Juden oder Christen waren. Ihr Sterben lehrt uns auch, daß sich alle jene, die das Leben und den Frieden achten, in Wort und Tat darin einig sein sollten, daß die Verhinderung faschistischer Diktatur und des Krieges heute wie damals erste Vorbedingung für das Wirken und den politischen und geistigen Kampf aller ist. Diese Erkenntnis bewegte uns zu unserer Reise, obwohl es bei der Teilnahme Jenaer Studenten an der Münchener Gedenkfeier des vergangenen Jahres recht bedauerliche Zwischenfälle gegeben hatte.

Am Morgen des 22. Februar nach 9.00 Uhr betraten wir die Geschäftsräume des Allgemeinen Studenten-Ausschusses in der Ludwigstraße. Es war der 17. Jahrestag der Hinrichtung von Sophie und Hans Scholl und Christoph Probst.

Herr Hans Bleibinhaus, Landesvorsitzender des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) in Bayern, empfing uns. Er bestätigte den einer Teilnahme zustimmenden Entscheid des AStA und erklärte sein Einverständnis mit der Niederlegung eines Kranzes, dessen Schleifen die Aufschriften trugen „Sophie – Hans Scholl – Den Kämpfern gegen Faschismus und Krieg“ und „Die Studenten der Friedrich-Schiller-Universität Jena“.

Unmittelbar im Anschluß an unser Gespräch begleitete uns Herr Bleibinhaus zum Rektor der Universität München, Herrn Prof. Dr. Ulmer. Wir stellten uns Magnifizenz als Vertreter der Hochschulgruppe der Freien Deutschen Jugend und der Studenten der Friedrich-Schiller-Universität vor und dankten ihm für die Gelegenheit, unser Anliegen vortragen zu können. Im Verlauf des kurzen Gespräches erklärte sich der Rektor mit unserer Teilnahme an der Feier und der Niederlegung des Kranzes, dessen Inschriften ihm mitgeteilt wurden, an der Gedenkstätte im Lichthof der Universität einverstanden. Er sprach jedoch auch zugleich bestimmte politische Vorbehalte aus, die jedoch nicht JU einer sachlichen Diskussion führten, da Prof. Dr. Ulmer offensichtlich nicht den Wunsch dazu hatte. Schließlich blieb uns unverständlich, warum Prof. Ulmer den Vorschlag von Herrn Bleibinhaus ablehnte, unseren Kranz vor dem die Feier vollendenden und abschließenden C-Dur-Streichquintett Schuberts niederzulegen. Als Gäste sahen wir in dieser Distanzierung jedoch keinen Anlaß zum Verzicht.

*

Etwa 2000 Studenten hatten sich neben dem Vater und der Schwester der Geschwister Scholl sowie Angehörigen des Lehrkörpers zur Gedenkfeier eingefunden, als der Rektor der Universität München zwölf Uhr c. t. das Wort zur Ansprache ergriff.

Die Bundesregierung hatte taktvollerweise nicht Herrn Oberländer als Vertreter entsandt; in ihrem Namen weilte Minister Balke unter den Ehrengästen, während sich die bayrische Regierung durch Kultusminister Maunz, der in der Zeit des Faschismus Referent für „Judentum in der Rechtswissenschaft“ bei der Reichsgruppe Hochschullehrer des „NS-Rechtswahrerbundes“ war und in der Nazi-Zeitschrift „Deutsches Wort“ antisemitische Urteile befürwortete, vertreten ließ.

In den Ansprachen des Rektors wie des AStA-Vorsitzenden Harm Rösemann wurden gute und die Toten ehrende Gedanken und Empfindungen ausgesprochen. Es wurde, besonders durch den letzteren, gegen die Verantwortungslosigkeit vieler gegenüber dem Vermächtnis der „Weißen Rose“ gesprochen. Der von Prof. Dr. Ulmer betonte Gedanke, die Größe der „Weißen Rose“ läge weniger in ihrer Auseinandersetzung mit den Realitäten als in der – abstrakt begriffenen – Lauterkeit der Gesinnung, wird allerdings der tatsächlichen geschichtlichen Tat der Gruppe nicht gerecht. Wir erinnern uns der einleitenden, als Ausgangspunkt gesetzten Worte ihres letzten Flugblattes vom 18. 2. 1943:

„Kommilitoninnen, Kommilitonen!
Erschüttert steht unser Volk vor dem Untergang der Männer von Stalingrad.
330.000 deutsche Männer hat die geniale Strategie des Weltkriegsgefreiten sinn- und verantwortungslos in Tod und Verderben gehetzt.
Führer, wir danken dir!“

Nach der Feier schmückten vier Kränze die Gedenkstätte im Lichthof der Universität, ein Relief des Bildhauers Lothar Dietz und die in Stein gemeißelten Namen der Mitglieder der Gruppe „Weiße Rose“.

*

Unmittelbar nach der Gedenkfeier erregte unser Kranz großes Interesse bei den anwesenden Kommilitoninnen und Kommilitonen, und es gab lebhafte Gespräche. Wir hielten es dem Charakter der Ehrung und der Stätte entsprechend nicht für geeignet, unmittelbar nach der Feier größere Diskussionen über unsere Teilnahme und unsere Kranzniederlegung zu führen . Es gab bereits in diesen Minuten einzelne Stimmen, die das Ungeheuerliche ankündigten, was in dieser Stunde noch niemand glaubte: Die Schändung des Denkmales durch die Zerstörung oder Beseitigung eines Kranzes.

In den Nachmittagsstunden dieses 22. Februars folgte die Tat. Eine kleine Gruppe verhetzter Studenten schnitt die Kranzschleife mit der Aufschrift „Sophie – Hans Scholl – Den Kämpfern gegen Faschismus und Krieg“ ab und entfernte dann den Kranz von der Gedenkstätte.

Eine ungeheuerliche faschistische Provokation geschah, die sich ebenso gegen die richtete, denen der Kranz galt, wie gegen jene, in deren Namen er niedergelegt war. Bei den Tätern handelte es sich um sechs Mitglieder des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), die ihre schmutzige Tat in trauter Verbundenheit mit einem gewissen Waldow ausführten, der in politischen Kreisen der Universität München als Mitglied der faschistischen DRP berüchtigt und derzeitig bestrebt ist, eine Gruppe des Bundes Nationaler Studenten (BNS) zu gründen. Die Täter wie die Tat beleuchten schlagartig das Ziel und die Hintergründe der Denkmalsschändung: die Anklage gegen Faschismus und Krieg sollte unterdrückt und das Andenken der „Weißen Rose“ verfälscht werden.

Noch am Montagabend erfuhren wir von diesen Vorkommnissen. Gleichzeitig wurde uns bekannt, daß maßgebliche Vertreter der Münchener Studentenschaft, wie der Landesvorsitzende des VDS, Herr Bleibinhaus, der AStA-Vorsitzende, Herr Rösemann, und der Referent für gesamtdeutsche Fragen im AStA, Herr Schieber, sich dafür ausgesprochen haben, daß der Kranz am folgenden Tag unverändert wieder an der Gedenkstätte niedergelegt und nötigenfalls Wache aufgestellt wird. Wir fanden dies am Dienstagmorgen in der Münchener Presse bestätigt. So hieß es in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 23.2.1960:

„Der Rektor hat sich inzwischen dafür ausgesprochen, daß der Kranz wieder niedergelegt wird. Der AStA besteht aus grundsätzlichen Erwägungen darauf, auch die umstrittene Schleife wieder anzubringen.“
Man will ab morgen eine Ehrenwache vor das Mahnmal stellen, um die Gedenkstätte zu bewachen.“

Für Stunden schien es, daß die Ereignisse die einzig mögliche Wende nahmen und das Geschehene mit der richtigen Entscheidung seine Verurteilung fand.

*

Am Dienstagmorgen suchten wir Herrn Bleibinhaus auf und protestierten gegen diese Vorfälle. Wir drückten die Erwartung aus, daß der Kranz, wie er offiziell bestätigt und von uns niedergelegt worden war, wieder seinen Platz an der Gedenkstätte einnimmt. Eine Stunde später fällte der Rektor die von uns auf keinen Fall erwartete und völlig unbegreifliche Entscheidung, daß der Kranz nicht mehr oder höchstens nach Entfernung der Kranzschleifen niedergelegt werden dürfe. Uns wurde nicht bekannt, wer oder was den Rektor zur Sanktionierung einer ungeheueren Schändung des Gedenkens an die Geschwister Scholl veranlaßte; wir wissen nicht, was ihn bewog, seine erste Entscheidung einem mit verabscheuungswürdigen Mitteln geschaffenen fait accompli zu opfern. Von uns die Leugnung der antifaschistischen Gesinnung der Jenaer Studenten zu verlangen, wirkte wie Hohnangesichts des vor wenigen Stunden an den Geschwistern Scholl in Worten gepriesenen Mutes zur Wahrheit und zum Bekenntnis der Überzeugung. Wir lehnten ein solches Ansinnen sofort und grundsätzlich ab. Herr Rösemann hatte die undankbare Aufgabe, uns die Entscheidung des Rektors mitzuteilen. Im anschließenden Gespräch ergab sich, daß er sich den Standpunkt von Prof. Dr. Ulmer nicht zu eigen gemacht hatte und nach wie vor unsere Schleifen und ihre Aussagen billigte. Offiziell fügte sich der AStA dennoch bedauerlicherweise der Entscheidung des Rektors. Das ist allerdings für den nicht verwunderlich, der die geringen Rechte und Möglichkeiten studentischer Mitbestimmung an den westdeutschen Universitäten kennt.

*

Das sind die Geschehnisse an der Universität München am 22. und 23. Februar 1960. Sie scheinen uns weder zufällig noch unbedeutend zu sein – deshalb haben wir sie aufgeschrieben. Wir glauben, daß diese Vorkommnisse für die Professoren wie Studenten der Ludwig-Maximilian-Universität München und der Friedrich-Schiller-Universität Jena Anlaß zu ernstem Nachdenken sein sollten. Sie sind Symptome einer verhängnisvollen Entwicklung in Westdeutschland, die riesige Gefahren für Deutschland wie für die Welt in sich birgt. Daher ist das Vermächtnis der „Weißen Rose“ für uns alle von hoher Aktualität; es fordert von jedem und immer aufs Neue, mit Wort und Tat für den Frieden, gegen Faschismus und Krieg einzutreten. Vor uns, vor unserem Volke steht die Aufgabe, in Ost und West das nationale Vermächtnis des antifaschistischen Widerstandskampfes zu bewahren und es gegen alle Anschläge zu schützen. Das schulden wir unserem Lande wie den Völkern Europas und der ganzen Welt.

Wir wissen uns mit den Professoren und Studenten der Friedrich-Schiller-Universität Jena in dem Willen und der Bereitschaft einig, dazu unseren Beitrag zu leisten.

Von Jena nach München. Bericht über eine Reise aus Anlaß der Geschwister-Scholl-Ehrung an der Ludwig-Maximilian-Universität im Februar 1960: Flugschrift (Jena 1960), verfaßt von Ludwig Elm, Gunter Görner, Horst Heuschkel.

Neu abgedruckt in: Alma Mater – Zwischen Hakenkreuz und Bundesadler. Artikel und Kommentare 1960-1970. Jenaer Reden und Schriften 1979. Friedrich-Schiller-Universität Jena, S. 31-35.

Strauß und die Studenten

Der Kriegsminister Strauß ist abgetreten worden. Wir vermerken mit Genugtuung, daß er in seiner Domäne, der bayrischen Landeshauptstadt, auch seitens der Studentenschaft einen kräftigen Tritt erhalten hat. Die Initiative der Hochschulgruppe des Liberalen Studentenbundes Deutschlands an der Universität München zu einer Unterschriftensammlung gegen Strauß ergab in kurzer Zeit über 2000 Unterschriften. Diese Aktion erhält ein zusätzliches Gewicht durch die Tatsache, daß die Ludwig-Maximilian-Universität die erste Alma mater war, an der sich Strauß direkt mit einer Agentur seines Ministeriums installieren konnte. Nach der Genehmigung durch ein ahnungsloses Mitglied des Allgemeinen Studentenausschusses (AStA) wurde die erste sogenannte „Unabhängige Hochschulgruppe für Wehrkunde“ vom Senat am 23. Juli 1959 unter der Ziffer 4665 zugelassen. Die Hamburger Studentenzeitung „Konkret“ bezeichnete den Namen zutreffend als vorsätzliche Irreführung, da er ein angebliches Interesse der Studenten bzw. Hochschulen unterstelle. Die Funktion der Gruppe besteht laut ihrer Satzung in der „Stärkung des Wehrwillens“, der „Pflege der Kameradschaft“ , um „die Wehrbereitschaft der Studentenschaft gegenüber der umfassenden ideologisch-psychologischen Bedrohung durch den Sowjetkommunismus zu fördern“. Wie die 2000 Unterschriften beweisen, ist tatsächlich die „Wehrbereitschaft“ vieler Münchner Kommilitonen inzwischen beträchtlich gewachsen. Allerdings – im gegenteiligen Sinne und damit im wirklichen eigenen studentischen Interesse. Der Entfernung von Strauß aus der Bonner Regierung entspricht damit auch die Entfernung der Studenten von seinem politischen Ziel, das er verstärkt an den Hochschulen durchzusetzen beabsichtigte. Es charakterisiert den politischen Hintergrund und die vordergründigen Motive der Gründung der „Wehrkunde“-Gruppen, daß selbst der in Sachen Militarismus nicht sensible bayrische Kultusminister Maunz auf eine diesbezügliche Anfrage im Landtag im März 1960 ausweichend auf das „Selbstverwaltungsrecht“ der Universität verwies. Wäre es nicht an der Zeit, nach dem fälligen Abtreten von Strauß auch endlich mit dem Abbau seiner Kriegspolitik und deren Institutionen zu beginnen? Anders ist seine Rückkehr oder ein Strauß II auf die Dauer nicht zu verhindern.

Sozialistische Universität. Organ der SED-Parteileitung der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Nr. 22 v. 7. Dezember 1962.

Neu abgedruckt in: Alma Mater – Zwischen Hakenkreuz und Bundesadler. Artikel und Kommentare 1960-1970. Jenaer Reden und Schriften 1979. Friedrich-Schiller-Universität Jena, S. 36.

Mimikry der akademischen Nazis

Im Zuge der allgemeinen nazistischen Verseuchung des Bonner Staatsapparates hatte sich vor Jahren, von der Universität Heidelberg ausgehend, ein „Bund Nationaler Studenten“ konstituiert, der auf die Dauer für das von Bonn gewünschte demokratische Tarnmäntelchen keine Geduld mehr hatte und begann, seinen Nazismus in voller Reinheit wirken zu lassen. Der Vorstoß einiger Jünglinge 1959 in Westberlin mit einem Marsch unter der Hakenkreuzfahne brachte neben einer kernigen Danksagung Kesselrings auch ein gewisses Mißfallen seitens leitender Bonner Stellen ein, die bereits Not hatten, ihre auf demokratisch und klerikal zurechtgemachten Nazis in ihren Stellungen zu halten. Diese taktischen Meinungsverschiedenheiten führten in der Folge zu diversen Verboten und Prozessen gegen den „Bund“ und sein Organ „Student im Volk“.

Die studentischen Neo-Nazis, wohlverstehend, daß ihnen der Bonner Staat nicht grundsätzlich feind ist, erfanden ein neues Blatt mit dem gleichen faschistischen Inhalt und nannten es .„Deutscher Studentenanzeiger“, was die amtliche Zustimmung fand. Nach diesem Erfolg wurde ein neuer, ebenfalls für amtliche Stellen wieder annehmbarer Name für die studentenvölkische Bewegung gesucht, gefunden und in der Februarausgabe 1963 des „Deutschen Studentenanzeigers“ veröffentlicht: „Nationaldemokratischer Studentenbund (NOS)“. Es steht außer Zweifel, daß der Verein ebenso demokratisch sein wird, wie der Nationalsozialismus sozialistisch war. Vielleicht wird er die studentische Basis für die neue Adenauersche Außenpolitik Bonn – Paris – Madrid. Franco und de Gaulle könnten sicher von diesem Jungvolk gegen ihre eigenen Studenten profitieren und der eigentliche Inhalt der abendländischen Zivilisation würde für jedermann leichter verständlich.

Sozialistische Universität, Jena, Nr. 9 v. 26. April 1963.

Neu abgedruckt in: Alma Mater – Zwischen Hakenkreuz und Bundesadler. Artikel und Kommentare 1960-1970. Jenaer Reden und Schriften 1979. Friedrich-Schiller-Universität Jena, S. 37.

Von der Begabung, ins Fettnäpfchen zu treten

Die vorrangig auf die imperialistischen Staaten orientierte International Students Conference (ISC), der führende internationale studentische Verband der kapitalistischen Welt, führte Ende Juli dieses Jahres in Hamburg ihre 11. Internationale Studentenpressekonferenz durch. Den 3500 in alle Welt versandten Einladungen waren immerhin 16 Nationalverbände gefolgt.

Ein Mitarbeiter der Hamburger Wochenschrift „Die Zeit“ nahm das an sich wenig bemerkenswerte Ereignis zum Anlaß, den Spuren der Studentenpresse in Westdeutschland zu folgen. Wir erlauben uns, ihn auf diesen Pfaden ein Stück zu begleiten.

Der Herr Mitarbeiter ging davon aus, daß bis etwa 1958 die Studentenzeitungen überwiegend „sich im Niveau kaum von Bier- oder Schülerzeitungen unterschieden“. Das war die Ära einer weitgehenden Tolerierung der lauten Vorkämpfer des Abendlandes. Die studentische Presse erhielt erst Gewicht, als in ihr eigene Gedanken und der Unmut über die Staatslenkung in Bonn auftauchten:

„Dann aber wurden aus einigen dieser Blättchen plötzlich Zeitungen, die Niveau hatten, die journalistisch und typografisch gelungen sind und sich die Aufgabe gestellt hatten, den Konformismus zu bekämpfen“.

Für die Straußgünstlinge vom Verband der Freiheitsretter e. V. liegt bei der Äußerung eigener Meinungen immer der erste Verdacht kommunistischer Unterwanderung nahe und das „Rotbuch II“ log frisch drauf los, „daß die westdeutsche Studentenpresse bewußt oder unbewußt den östlichen Machthabern Hilfsdienste leistet ... Und was die Lausejungen von der Studentenpresse nicht alles auskramen:

„Es besinnt mit den Auseinandersetzungen mit Kirchen und Konfessionen und den anschließenden Gotteslästerungsverfahren und endet bei heißen politischen Eisen, bei der Oder-Neiße-Grenze, den Vertriebenenverbänden, der DDR, Polen, Algerien, der ungesühnten Nazijustiz und der atomaren Rüstung. Aufregung, Mißvergnügen, Ärger und handfester Krach sind oft die Folgen.“

Einige Beispiele belegen, daß der Ärger nach landesüblichen Sitten häufig die schlichte polizeiliche Form von Verboten und Disziplinarverfahren annahm. Bei der Vielzahl der Bonner heißen Eisen und Tabus gehört eben eine gute Portion Erfahrung im völkischen Berufsbeamtenturn oder im wohldotierten bürgerlichen Berufsjournalismus dazu, um ihnen immer wieder geschickt auszuweichen. Überall bringt das „Laienschaffen“ eigene Probleme: „Die Studentenjournalisten haben eine besondere Begabung, ins Fettnäpfchen zu treten und sich unbeliebt zu machen.“ Wo machen sie sich denn aber unbeliebt? Natürlich dort, wo Naziblutrichter beliebt sind und ihre Fettnäpfchen stehen haben. Also fiel ein Dr. Friesicke vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung seiner Berufung gemäß statt mit Argumenten mit plumpen Schimpfworten über diese studentische Presse her: „Anspruchsvoll aufgedonnerte Impotenz riecht lächerlich ... Ein paar ehrgeizige Studenten machen ihre journalistischen Gehversuche in einer überdimensionalen Schuhgröße ... Freilich ging’s nicht um die Schuhgröße, sondern um die Kommißstiefel der NATO, die nicht mehr im Gleichschritt getreten werden, wenn ihre Träger anfangen wollten, selbst zu denken.

Sozialistische Universität, Jena, Nr. 22, v. 8. November 1963.

Neu abgedruckt in: Alma Mater – Zwischen Hakenkreuz und Bundesadler. Artikel und Kommentare 1960-1970. Jenaer Reden und Schriften 1979. Friedrich-Schiller-Universität Jena, S. 38-39.

Zur Geschichte des Linksliberalismus in der Frühperiode des deutschen Imperialismus (1897/98 bis 1907)

Phil. Diss. Jena 1964

– Autorreferat –

Die Arbeit versucht, die wesentlichsten Ereignisse und Tendenzen in der Entwicklung des Linksliberalismus um 1900 zu untersuchen und darzustellen. Damit werden die hauptsächlichen Probleme und Vorgänge zwischen der Auflösung der Deutschen Freisinnigen Partei 1893 und der Gründung der Fortschrittlichen Volkspartei 1910 erfaßt. Sie schließt sich somit inhaltlich und zeitlich an die Untersuchungen von Dr. Gustav Seeber zur Geschichte des Linksliberalismus der Bismarck-Ära unmittelbar an. (Vgl. G. Seeber, Autorreferat, Mitteilungsblatt Nr. 2, September 1963.) (Vgl. Sammelbd. S. 21-24) Die Arbeit wurde als Beitrag zur Erforschung der Geschichte der bürgerlichen Parteien Deutschlands konzipiert und geschrieben. Sie bezieht die unter dem Sammelbegriff „Linksliberalismus“ subsumierten Parteien der deutschen liberalen Bourgeoisie im genannten Zeitraum ein: die Freisinnige Volkspartei, die Freisinnige Vereinigung, die Deutsche Volkspartei und den Nationalsozialen Verein. Zu den führenden Politikern und Ideologen dieser Parteien gehörten Eugen Richter, Theodor Barth und Friedrich Naumann. Im Mittelpunkt der Untersuchungen stehen die Stellung und Rolle zu den Lebensfragen unserer Nation im frühen Imperialismus (Militarismus und Aufrüstung, imperialistische Expansionspolitik, Monarchie und aggressiver junkerlich-bürgerlicher Staat) sowie zur Arbeiterbewegung, insbesondere zur Sozialdemokratischen Partei. Darüber hinaus wurden eine Einschätzung der Klassengrundlage und sozialen Struktur des Linksliberalismus versucht und die wesentlichsten parteipolitischen Veränderungen und Entwicklungen berücksichtigt. Lokale Verhältnisse und Ereignisse konnten kaum einbezogen werden. Deshalb nimmt auch die vorwiegend auf Württemberg beschränkte Deutsche Volkspartei einen recht untergeordneten Platz in den Ausführungen ein. Die Anlage der Arbeit machte auch eine weitgehendere Ausführung verschiedener wichtiger theoretischer Fragen unmöglich.

Die wertvollste Quelle für die Arbeit waren der Bestand „Fortschrittliche Volkspartei“ sowie die Nachlässe von C. Aldenhoven, Th. Barth, M. Broemel und F. Naumann im Deutschen Zentralarchiv Potsdam. Darüber hinaus bildeten Zeitungen, Zeitschriften, das Pressearchiv des Bundes der Landwirte, die stenografischen Berichte über die Verhandlungen des Reichstages, Parteitagsprotokolle, Flugschriften und Memoiren die hauptsächliche Materialgrundlage.

Der erste Band, 320 S., enthält den Textteil mit 6 Kapiteln, der zweite Band, 134 S., die Anmerkungen, Anhang und Quellen- und Literaturverzeichnis.

Das erste Kapitel hat den Charakter eines Einleitungskapitels. Neben Bemerkungen zum Gegenstand und zu einigen wesentlichen Begriffen dient es vor allem der Charakteristik des Linksliberalismus am Ende des 19. Jahrhunderts, seiner sozialökonomischen Grundlagen und politisch—organisatorischen Struktur.

Das zweite Kapitel behandelt die Anschauungen zur Arbeiterbewegung und zur Taktik der herrschenden Kreise gegenüber der Arbeiterklasse; den gesetzmäßigen und wechselseitigen Zusammenhang zwischen Liberalismus und Revisionismus sowie die taktische Stellung der Sozialdemokratie zu den linken bürgerlichen Parteien (bis 1900).

Das dritte Kapitel enthält die Stellung der linksliberalen Parteigruppen in den wichtigen kolonial-, rüstungs- und wirtschaftspolitischen Ereignissen und Kämpfen der Jahre 1897 bis 1902, besonders zur Annexion Kiautschous und zum chinesischen Volksaufstand 1900, zur Flottenrüstung 1897-1900 und in den Zolltarifkämpfen 1900-1902. In diesem Zusammenhang werden die grundsätzlichen Anschauungen zum Staat, Militarismus und Monarchismus berücksichtigt.

Das vierte Kapitel greift das Problem der Stellung zur Arbeiterbewegung für den Zeitraum 1900-1906 erneut auf, um die Entwicklung der verschiedenen Strömungen im Linksliberalismus zu untersuchen. Im Vordergrund stehen dabei Auftreten und Scheitern der Richtung Barth-Naumann, die

Haltung zu den sozialdemokratischen Parteitagen zu Dresden 1903 und Jena 1905 sowie zur russischen Revolution, die weitere Verflechtung von Liberalismus und Revisionismus und die Stellung der Sozialdemokratie zu den Linksliberalen.

Das fünfte Kapitel stellt die weitere Annäherung des Linksliberalismus insbesondere der beiden Volksparteien an die imperialistisch-militaristische Reaktion nach 1900 anhand des südwestafrikanischen Kolonialkrieges, der ersten Marokkokrise und der weiteren Rüstungsvorlagen dar. In seiner zweiten Hälfte enthält es eine Skizzierung der wichtigsten parteipolitischen Entwicklungsmomente, vor allem der Gruppierungen und Kämpfe innerhalb des linksliberalen Lagers und der Bedeutung der Parole von der „Einigung der Liberalen".

Das sechste Kapitel behandelt den Eintritt der linksliberalen Parteien in den konservativ-liberalen Block Bülows von der Reichstagsauflösung am 13.12.1906 bis zur Konstituierung des neugewählten Reichstages im Februar 1907. Dieser Schritt wird als logisches Ergebnis der bisherigen verhängnisvollen Entwicklung des Linksliberalismus und Wendepunkt in der gesamten linksliberalen Parteienentwicklung bewertet, der die Fusion von 1910 unmittelbar vorbereitet. Die Einbeziehung der linksliberalen Parteien in den konservativ-liberalen Block war durch ihre innere Entwicklung möglich, für die herrschenden Kreise angesichts des Wachstums der Arbeiterbewegung notwendig geworden.

Mitteilungsblatt Nr. 9/10. Siehe auch: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte, Sammelband 1-13/14, S. 90-93. [1964]

Maunz – Globke des Strauß

Zur politischen Sittengeschichte der CDU/CSU

Ein intellektueller Kriegsverbrecher und Judenmörder ist seit sieben Jahren Kultusminister in Bayern. Ein führender NS-„Rechtswahrer“ stand als Präsident der westdeutschen Ständigen Konferenz der Kultusminister ein Jahr lang an der Spitze der offiziellen kulturpolitischen Institutionen der Bundesrepublik. Der Gestapo-Theoretiker des Jahres 1943 lehrt an der Universität, an der im gleichen Jahr die Geschwister Scholl und ihre Gefährten gegen den Faschismus und seine Kreaturen aufstanden. Sie wurden ermordet, weil es die Freisler gab, die Henker und die Maunz. Maunz hat niemanden erwürgt oder gehenkt. Hat Hitler das getan? Maunz erklärte alles als rechtens, was Hitler forderte und der faschistische Staat vollstreckte. Er machte sich nützlich. Wofür? Seine Publikationen häuften sich, wie die Leichen in den Gestapokellern und Konzentrationslagern sich häuften.

Die „Sozialistische Universität“ hat am 18. Juli 1964 Auszüge aus den umfangreichen Untersuchungen G. Haneys zum nazistischen Schuldkonto dieser für die faschistische Vergangenheit wie für die bundesdeutsche Gegenwart charakteristischen Figur veröffentlicht. Am 2. Juli waren diese Materialien auf einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit unterbreitet worden. Seitdem lagen sie im Gebäude des Nationalrats, Berlin, zur Einsichtnahme aus. Diese Nachforschungen waren notwendig, um das ganze Ausmaß der politisch-moralischen Verkommenheit eines Systems zu kennzeichnen, das sich solcher Gestalten zur Aufrechterhaltung seiner Funktionsfähigkeit bedienen muß. Die veröffentlichten Ergebnisse wurden im In- und Ausland als die umfassendste und schwerwiegendste Anklage gegen Maunz und seine Hintermänner gewertet.

Seit Jahren hat es auch in Westdeutschland Angriffe gegen Maunz gegeben. Sowohl wegen der nazistischen Vergangenheit als auch der skrupellosen Durchsetzung der volksfeindlichen Kulturpolitik der CSU. Warum sollte Maunz gehen, wenn Globke bleiben konnte? Wie Globke die politisch-moralische Physiognomie Adenauers, so kennzeichnet ein Kultusminister Maunz das Treiben derer um Strauß. Der Fall Maunz ist der Fall CSU. Er ist ein Stück „christlich-sozialer“ Kulturpolitik, ein Stück westdeutscher Geschichte. Es ist nicht ungewöhnlich, daß die CSU-Führung die Vergangenheit von Maunz als makellos erklärt. Vielmehr wird diese Vergangenheit als Befähigungsnachweis für eine führende kulturpolitische Stellung vorausgesetzt und akzeptiert. Insofern ist dieser Fall exemplarisch. Er ist lehrreich.

Ende Februar 1958 schrieb der Würzburger Philosophiestudent Otto Köhler an den seit wenigen Monaten amtierenden bayrischen Kultusminister Professor Dr. Maunz einen Brief. Gestützt auf einzelne nazistische Publikationen von Maunz, protestierte Köhler gegen den Amtsantritt dieses exponierten Naziideologen im Kultusministerium des Landes Bayern. Er schloß sein Schreiben mit den Worten:

„Das sind Vorwürfe, die der Minister eines demokratischen Staates nicht hinnehmen darf. Die Schwere dieser Beschuldigungen läßt Ihnen nur die Wahl: Entweder Sie verklagen mich und weisen vor Gericht nach, daß meine Vorwürfe unbegründet und haltlos sind, oder Sie treten von Ihrem Amt zurück.“

Diesem Brief war eine bewegte Studentenvollversammlung des AStA der Universität Würzburg vorausgegangen. Der Student O. Köhler begründete seinen Antrag gegen Maunz. Er wollte, unterstützt von liberalen und sozialistischen Studenten, einen Schritt der Würzburger Studentenschaft gegen ihn herbeiführen. Dieses mutige und verantwortungsbewußte Vorhaben wurde durch eine vom adenauertreuen Ring Christlich-Demokratischer Studenten geführte Mehrheit vereitelt. Den antikommunistisch verhetzten RCDS-Anhängern lag jegliche sachliche Prüfung der erhobenen Vorwürfe fern. Maunz dachte nicht daran, der von Köhler gestellten Alternative zu folgen. Er widerlegte nicht; er trat nicht zurück. Er war in Kenntnis seiner Nazivergangenheit zum Kultusminister berufen worden. Eine Voraussetzung in den Überlegungen des Kommilitonen Köhler war irrig: er hatte einen d e m o k r a t i s c h e n Staat unterstellt.

*

Die „Deutsche Woche“, München, hatte bereits am 30. Oktober 1957 beim Eintritt von Maunz in das bayrische Kabinett das „Porträt eines Opportunisten“ gezeichnet. Die Zeitung enthüllte, daß die schmutzigen Spuren der Maunzschen Exkursionen bei der faschistischen „Rechtserneuerung“ ver-

wischt werden sollten: „Wir können die zahlreichen Veröffentlichungen des jetzigen Herrn Ministers aus der Hitlerzeit nicht alle ermitteln. Im Katalog der bayrischen Staatsbibliothek sind sie getilgt, nach 1937 findet sich dort kein Titel eines Werkes von Maunz mehr.“ Im Februar 1960 protestierten Teilnehmer einer Tagung „Überwindung des Antisemitismus“ in Westberlin dagegen, „daß ein durch Propagierung nationalsozialistischer Ideen in hohem Maße diskreditierter Hochschullehrer derzeit Präsident der ständigen Konferenz der Kultusminister ist“. Zu den Unterzeichnern gehörten die Professoren Flechtheim, Goldschmidt, Gollwitzer, Landmann, Sühnel und Weischedel. Eine willfährige Presse unterschlug solche Kundgebungen. Am 11. Februar 1960 versuchte ein CDU-Politiker zu verhindern, daß auf der für den folgenden Tag vorbereiteten Antinazikundgebung der Münchner Jugend der Name Maunz falle. Der Name wurde trotzdem genannt, jedoch:

„Befriedigung löste dagegen in bayrischen Regierungskreisen das Verhalten der Presse aus: Die anwesenden Münchner Journalisten verabredeten, nur über Angriffe gegen Oberländer und Globke zu berichten, den Fall Maunz aber totzuschweigen. Das Verhalten der Beteiligten illustriert, daß man die Sache an höchster Stelle durchaus ernst nimmt, wenn auch nicht in der einem demokratischen Staatswesen allein gemäßen Weise.“ (profil, München, Nr. 4/5, 1960)

In der Diskussionsgruppe 40 des VI. Westdeutschen Studententages im April 1960 in Westberlin wurden erneut Materialien über die Vergangenheit von Maunz vorgelegt. Der VDS-Vorsitzende Lennings zeigte sich dabei sehr betroffen“. Mit dem Zwischenruf „Maunz! Maunz!“ drückte ein Teil der VDS-Versammlung seine Forderung nach einer antinazistischen Aktivität der Studentenschaft aus. „Sowohl die Unruhe im Auditorium als auch die Einlassung des Redners wurden allerdings von den anwesenden Journalisten geflissentlich überhört.“ (ebenda) „Gestern bei den Nazis, heute Minister“, schrieb die tat“, Frankfurt a. M., am 11. Juni 1960 zu diesen Vorgängen und fragt: „Wie lange soll Professor Maunz noch das Bildungswesen in Bayern leiten?“ Maunz blieb. Seine Position war so fest, daß er sich 1963 erlaubte, einen ausdrücklichen Berufungswunsch der Münchener Universität zu mißachten, den Landtagsausschuß über diesen Vorgang irrezuführen und damit Rektor und Senat der Maximilian-Universität zu dem außergewöhnlichen Schritt einer öffentlichen Polemik gegen diese Praktiken zu veranlassen.

Nach dieser Vorgeschichte war es keineswegs überraschend, daß „Die Welt“ noch am 4. Juli 1964 zur erzwungenen Ankündigung einer neuen Überprüfung der faschistischen Schriften von Maunz wohlwollend bemerkte, daß diese Publikationen bisher immer erfolglos zu politischen Angriffen gegen ihn verwandt worden waren. „Maunz, 62 Jahre alt, sieht der Untersuchung mit Ruhe entgegen.“ Wenig später hörte die Öffentlichkeit jedoch aus dem Munde des bayrischen Ministerpräsidenten Goppel, daß sich das Rücktritts-Ersuchen des Kultusministers nur aus dessen Nervosität erkläre. Plötzlich nahm auch „Die Welt“ den möglichen Rücktritt mit Befriedigung auf. Was war inzwischen geschehen? Welcher Malachias hatte das Wunder veranlaßt, daß in Westdeutschland führende Nazis nicht mehr Minister werden oder bleiben sollten? Es gab kein Wunder, also auch keinen antifaschistischen Strauß. Allerdings hatten inzwischen Adenauer und Globke gehen müssen. Eichmann wurde hingerichtet. Aus dem Kabinett Erhard mußte der Erzrevanchist Krüger ausscheiden. Die DDR existiert. Auch in Westdeutschland gibt es wache Augen und warnende Stimmen. Ein Stein kam ins Rollen.

*

Die ,.Neue Juristische Wochenschrift“ herausgegeben vom (West-) Deutschen Anwaltverein und der Bundesrechtsanwaltskammer, veröffentlichte am 11. Juni 1964 einen Artikel des Bonner Rechtsanwaltes Dr. Konrad Redeker: „Die Bewältigung der Vergangenheit als Aufgabe der Justiz.“ Wieder einmal wurden belastende Aussagen über Maunz getroffen. Redeker schrieb:

„Dem 20jährigen Polizeiangehörigen oder dem Arzt in der Heilanstalt, der den Befehl zur Erschießung von Juden oder zur Tötung von Kranken erhielt, wäre die Entscheidung, die Ausführung dieses Befehls zu verweigern, sicher näherliegend gewesen, wenn er nicht von hoher Warte hätte erfahren können, daß die Vereinbarkeit eines Führerbefehls mit dem geltenden Recht außer Zweifel stünde.“

Die Landtagsabgeordnete Frau Dr. H. Hamm-Brücher, als liberale Kulturpolitikerin seit Jahren Opponent der von Maunz repräsentierten reaktionären Schulpolitik der CSU, und der bayrische Landesvorsitzende der SPD, Gabert, wandten sich am 22. und 23. Juni brieflich an den Ministerpräsidenten

des Landes Bayern, Goppel. Sie lenkten die Aufmerksamkeit auf diesen Artikel Zweifellos erwarteten sie von Maunz' Ablösung eine Verbesserung der Bedingungen zur Durchsetzung einiger minimaler Reformen im bayrischen Bildungswesen, dem rückständigsten der Bundesrepublik. Am 30. Juni teilte Goppel im bayrischen Ministerrat mit, daß er sich die Ergebnisse früherer Überprüfungen von Maunz vorlegen lassen werde. Eine Debatte gab es darüber nicht. Jetzt war der Fall Maunz in aller Munde. Die „Münchner Abendzeitung" trat am 3. Juli in einem großen Artikel gegen den Kultusminister auf. Seine Darstellungen hätten den Grundstein zu Auschwitz und Buchenwald gelegt. Das Nürnberger „8-Uhr-Blatt" veröffentlichte ebenfalls nazistische Äußerungen des Angegriffenen, am nächsten Tag auch die Hofer „Frankenpost".

Die Landtagsfraktionen der SPD und FDP forderten am 6. Juli 1964 den Rücktritt von Maunz. Am Morgen des folgenden Tages teilte Maunz Goppel mit, daß er sofort seinen Jahresurlaub antrete. Goppel sagte einer Abordnung der SPD – Gabert, Hoegner und von Knoeringen –, er brauche Zeit, um die Vorwürfe zu prüfen. Der Ministerpräsident ließ am 8. Juli durch die bayrische Staatskanzlei dementieren, daß Maunz aus seinem Urlaub nicht wieder zurückkäme. Er würde inzwischen verfassungsgemäß (Abwesenheit des Ministers) vom zuständigen Staatssekretär vertreten. Weitere Blätter, darunter die „Fränkische Presse", die „Frankfurter Rundschau", die Westberliner „Morgenpost", der „SPD-Pressedienst", schlossen sich nun den Forderungen nach dem Rücktritt von Maunz an. Das war teils wirklich antifaschistische Gesinnung, teils bloß Überdruß an den ständigen Blößen, die sich die famose bundesdeutsche „Demokratie" mit solchen Gestalten immer wieder gab. In dieser Situation fand die Pressekonferenz der Rechtswissenschaftlichen Fakultät unserer Universität statt, auf der Dr. Riege und Dr. Haney die weitaus umfassendste Enthüllung der politisch-moralischen Vergangenheit des CSU-Ministers übergaben.

*

Am nächsten Tage, es war der 10. Juli 1964, verlautbarte das bayrische Kultusministerium, der Zwangsurlauber habe in einem Schreiben an Ministerpräsident Goppel seinen Rücktrittsentschluß bekanntgegeben. Er habe dies „angesichts der eingetretenen Entwicklung" für richtig gehalten. An diesem Wochenende, vom 10. bis 12. Juli, war die gesamte CSU-Prominenz in München zum Landesparteitag versammelt. Und wäre da nicht das unglückliche Gefälle des wackeren Kulturkämpfers in höchstem Kreise erörtert worden? Um so bemerkenswerter, daß Goppel am Montag durch seinen Sprecher mitteilen ließ, er habe das Rücktrittsgesuch noch nicht angenommen und könne dies überhaupt nur mit Zustimmung des Landtags tun, der erst wieder im Oktober zusammentrete. Ob ihm kurz darauf diese Verfahrensweise unklug erschien oder er von anderer Stelle zu einer veränderten Haltung veranlaßt wurde, bleibt offen. Jedenfalls nahm der Ministerpräsident am 15. Juli das Gesuch an. Er wolle im Herbst dem Landtag die Entlassung von Maunz vorschlagen. Dies mag als Ende des Falles Maunz erscheinen. Die Zustände des Aufstieges und wahrscheinlichen Sturzes von Maunz lenken jedoch die Aufmerksamkeit auf die Ideologie und Politik der CSU-Führung. Der Name Strauß ist Synonym der Ultras; er bezeichnet auch deren Identität oder Parallelität mit dem offenen oder versteckten Faschismus von gestern und heute.

*

In seinem Rücktrittsgesuch vom 10. Juli 1964 glaubte Maunz, vermutlich zur eigenen Entlastung, nochmals daran erinnern zu müssen, daß er vor seiner Berufung als Kultusminister die zuständigen Persönlichkeiten auf seine „Veröffentlichungen in der Zeit zwischen 1933 und 1945" hingewiesen habe. Er hatte allerdings Anlaß zur Rückversicherung. Vor allem bestätigte er damit, daß er in voller Kenntnis seiner intellektuellen und moralischen Schuld im Faschismus an die Spitze des bayrischen Bildungswesens und der Kulturpolitik gestellt wurde. Die bayrischen Geschichtsbücher sprechen eine beredte Sprache über diesen Kultusminister – vor allem wo sie nichts enthalten: nichts von Konzentrationslagern, von verbrecherischen Aggressionen, von der Gruppe „Weiße Rose". Sieben Jahre war er ein Mann der Reaktion, er blieb es auch, als sie ihn tränenden Auges aus Zweckmäßigkeitsgründen pensionierten. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" würdigte ihn am 17. Juni 1961 als „liberalen Typus" , „toleranten Pluralisten" und „Talent an Diplomatie". Jetzt

„sitzt er als Minister wieder in demselben Geviert des Theatinerklosters, wo er vor dreißig Jahren als Verwaltungsbeamter begonnen hatte. Was er heute ist, hat er selbst geleistet. Die schlichte Eleganz seines Denkens und Sprechens zeigt, wie bruchlos und unverkrampft dieser Aufstieg trotz bedeutender Anstrengungen aus der verhältnismäßig bescheidenen Umgebung des elterlichen Landlehrerhauses vonstatten gegangen ist“

Schöner geht’s nimmer und doch so wahr: „bruchlos und unverkrampft dieser Aufstieg“! Wo hätte es bei einer Karriere vom ehrgeizigen faschistischen Staatsrechtslehrer zum christlich-sozial-freiheitlich-demokratischen Minister auch einen Bruch geben sollen? Alles ist so logisch. Die „inkriminierten Passagen“ aus den nazistischen Publikationen von Maunz seien seiner Partei längst bekannt, sagte CSU-Generalsekretär Jaumann am 3. Juli 1964. Im Landtag erklärte er: „Professor Maunz hat sich im Dritten Reich untadelig verhalten.“ Einige Tage später äußerte er im Münchner Rundfunk, „daß das Verhalten von Maunz nicht tadelswert, zumindest nicht so gewesen ist, daß er heute nicht das Lehramt an Universitäten und ein hohes Ministeramt bekleiden könnte“. Die CSU charakterisiert damit die Substanz und die Normen ihrer „Demokratie“ in einer Art und Weise, wie sie treffender von ihren schärfsten Gegnern nicht erdacht werden könnte.

*

Auf einer Pressekonferenz am 9. Juli 1964 erklärte der Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion, Dr. Huber, die CSU sehe keinen Anlaß, sich von Maunz zu trennen. Er wies alle Vorwürfe gegen dessen Vergangenheit zurück und sprach sich auch gegen ein Rücktrittsersuchen des Kultusministers aus. Am folgenden Tag äußerte sich Strauß dazu, Maunz solle auf alle Fälle bis 1966 im Amt bleiben. AP berichtete vom CSU-Parteitag, daß Goppel kritisiert wurde, da er sich nicht entschieden genug vor seinen Kultusminister gestellt habe.

Zur Rechtfertigung dieser Haltung bedient sich die CSU-Spitze um Strauß der unverfrorensten und skrupellosesten Argumente und Vorwände. Aus Gründen der Gerechtigkeit müsse man Maunz „einen Irrtum in bezug auf den Nationalsozialismus“ zubilligen, sagte Generalsekretär Jaumann. Im Landtag verstieg er sich zu der Behauptung, daß Maunz nie Nationalsozialist gewesen sei Es entsteht die Frage: wer war denn Nationalsozialist? Oder: gab es überhaupt welche ...? Alles ist uns von Globke bis zum Überdruß bekannt. Der Strauß-Propagandist Dr. Emil Franzel bezeichnet Maunz als bedauernswertes Opfer einer „Kopfjagd“. Er würde für Dinge verantwortlich gemacht, die er „als junger, ehrgeiziger und einfallsreicher Jurist schrieb“. Immerhin war Maunz 1942 („Gestalt und Recht der Polizei“) 42 Jahre alt. Vielleicht war er „einfallsreich“ – Goebbels war es wohl auch.

Unter allen Rechtfertigungsversuchen gibt es ein Argument, hinter dem sich die Verbrüderung aller nominellen und reellen, aller halben und ganzen, aller offenen und heimlichen, aller alten und neuen Faschisten vollzieht. Es offenbart sich eine Gesinnungsgemeinschaft, die vom Parteivorstand der CSU über die offiziösen SS-Cliquen bis zu den Angeklagten im derzeitigen Auschwitz-Prozeß reicht. Maunz hat es in seinem Rücktrittsgesuch bedenkenlos benutzt.

„Als Hochschullehrer habe ich mich seinerzeit bemüht, die in Geltung gewesenen Rechtssätze und die damals bestandenen Ansichten zu beschreiben, wie es meiner Berufsaufgabe entsprach.“

Weiter liest man dort, daß „auch das NS-Recht im rechtswissenschaftlichen Sinn Recht war ...“. Geschrieben im Juli 1964.

Die faschistische „Deutsche Nationalzeitung und Soldatenzeitung“, München, veröffentlichte diese „Rücktrittserklärung des fachlich hochqualifizierten bayrischen Kultusministers“ daher unter der triumphierenden Schlagzeile „Führerbefehl war verbindlich“. Sie hat recht: Die Erklärung von Maunz zu akzeptieren bedeutet, alle faschistischen Verbrecher freizusprechen. Eine Solidaritätserklärung und Hilfestellung für die in Frankfurt a. M. vor Gericht stehenden SS-Mörder. Zutreffend schrieb die „Münchner Abendzeitung“:

„.Die schlimme pseudo-juristische Stützung des ‚Führerrechts‘ gibt jenen Leuten geradezu recht, die sich heute, wegen Greueltaten vor Gericht gestellt, auf den Führerbefehl berufen, der – laut dem Staatsrechtler Maunz – mehr als Gesetz war.“

Ein anderes Blatt unverhüllt faschistischer Tendenz, der „Reichruf“ (!), sprach am 17. Juli 1964 ebenfalls von jenen juristischen Arbeiten, in denen Maunz „als Professor für Verwaltungsrecht die damals

gültigen Gesetze kommentierte“. Die Zeitung verhöhnt alle Kritik an seiner vergangenen Tätigkeit: „Natürlich kommentierte Maunz die Gesetze nicht aus der Sicht von 1964.“ Der schon mehrfach erwähnte CSU-Generalsekretär Jaumann bediente sich wie andere CSU-Größen wiederholt dieser Wendung vom „damaligen Rechtszustand“, vom Universitätslehrer, der nur „die Rechtslage dargestellt“ habe. Es wäre nur folgerichtig, wenn die CSU-Führung der Universität München das Recht auf die Ehrung des Andenkens an die Geschwister Scholl absprechen würde. Haben die Mitglieder der „Weißen Rose“ doch gegen den „verbindlichen Führerbefehl“, den „damaligen Rechtszustand“ und das nach Maunz „im rechtswissenschaftlichen Sinn“ rechtliche nazistische Terrorregime verstoßen. Wir wissen, daß sie diesen Schritt noch nicht wagen, aber hinterhältig haben sie längst an der Bagatellisierung, Diffamierung und Verfälschung der antifaschistischen Traditionen gearbeitet. Es fand sich kein Versuch, Maunz antifaschistische Eigenschaften und Verdienste anzudichten. Das haben die Ultras heute in der BRD kaum noch nötig. Zumindest im Fall Maunz wurde darauf verzichtet. Es beginnt die Etappe der Legalisierung der faschistischen Tradition als logisches Erlebnis der westdeutschen Machtverhältnisse, der gesamten antidemokratischen Entwicklung.

*

Aus den skizzierten Vorgängen vom Sommer dieses Jahres ergibt sich auch eine ernste Frage an die Universität München. Dieser Maunz gehört noch immer als Ordinarius an der Juristischen Fakultät dem Lehrkörper der Universität an. Wohl war seine Berufung 1952 sehr umstritten und der Berufungsvorschlag zunächst vom Senat an die Rechtswissenschaftliche Fakultät zurückgewiesen worden. Aber Maunz setzte sich durch, gewiß nicht bloß mit eigenen Kräften. Die Universität hat es hingenommen, daß dieser exponierte faschistische Ideologe, dieser völkisch-antisemitische Beamte der Naziära, durch seine Anwesenheit die alljährliche Gedenkveranstaltung für die Weiße Rose beschmutzte. Soll dieses zwielichtige Kompromisseln mit mächtigen profaschistischen Gruppen auch nach den Enthüllungen und Auseinandersetzungen der letzten Monate fortgesetzt werden? Wissen Rektor und Senat, alle Angehörigen der Maximilian-Universität, daß sie jeden moralischen Anspruch auf die Vertretung des Vermächtnisses der Geschwister Scholl, daß sie jede Glaubwürdigkeit ihrer Worte für die Weiße Rose verlieren, wenn nicht sofort ein offener und völliger Bruch mit Maunz erfolgt? Es muß heute richtig gehandelt, muß vor den großen Toten der Münchner Universität etwas bereits Geschehenes wieder gutgemacht werden.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß Maunz mit einer solchen Vergangenheit an der Juristischen Fakultät der größten westdeutschen Universität nicht alleinsteht. Es ist unschwer zu erraten, daß unter diesen Bedingungen eine Abrechnung mit Maunz nicht leicht ist und wahrscheinlich weitere Konsequenzen erfordern würde. Doch niemals kann dies eine Kapitulation rechtfertigen. Ein Verzicht auf die klärende Auseinandersetzung würde bedeuten, daß die politisch-moralischen und ethischen Normen der Universität München noch unter denen des gegenwärtigen bayrischen Staatswesens liegen.

Noch ist in der Angelegenheit Theodor Maunz nicht das Letzte Wort gesprochen, ist die neue Niederlage der Ultras in der CDU/CSU nicht perfekt. Anfang August sagte der Landtagsabgeordnete Lerch (CSU) gegenüber Vertretern der „Münchner Abendzeitung“, daß eine letzte Entscheidung noch ausstehe; „einem Ersuchen des Ministerpräsidenten, seinen Rücktritt zurückzunehmen, würde Maunz wohl nicht widersprechen“. Noch fehlt die Stellungnahme der Universität. Unabhängig vom schließlichen Ausgang des Falles Maunz kann bereits beute festgestellt werden, daß er vor allem ein Signal der Zustände in Bayern, in der Bundesrepublik ist. Der echte geschichtliche Fortschritt kann deshalb noch nicht mit einem möglichen Abtreten einer einzelnen Person, sondern erst durch die demokratische Veränderung der Zustände erreicht werden.

Sozialistische Universität, Jena, Nr. 18, 29. August 1964.

Neu abgedruckt in: Alma Mater – Zwischen Hakenkreuz und Bundesadler. Artikel und Kommentare 1960-1970. Jenaer Reden und Schriften 1979. Friedrich-Schiller-Universität Jena, S. 40-47.

Regensburger Gründungsrektor: Die Fahne hoch ...

Die CSU praktiziert Verjährung der Naziverbrechen im Hochschulraum

Zu dem makabren Hintergrund des Beschlusses des Bonner Bundestages vom 25. März 1965 über die Verjährung der Nazi- und Kriegsverbrechen gehören jene Hochschullehrer an westdeutschen Universitäten, die eifernd und ehrgeizig der faschistischen Diktatur zu einer akademischen Verbrämung ihrer Gewalttaten und ihres Unrechts verhalfen. Seit den ersten Nachkriegsjahren kehrten sie auf ihre Lehrstühle zurück. Allein ihre Existenz im Hochschulraum charakterisiert und bestimmt wesentlich die geistige und politisch-moralische Situation an den höchsten Bildungseinrichtungen der Bundesrepublik. Meist ist ihre intellektuelle Beteiligung an den nazistischen Verbrechen bekannt, ohne daß ihre heutige Stellung davon ernstlich berührt oder erschüttert würde. Gelegentlich kommt es in der westdeutschen Öffentlichkeit zu Auseinandersetzungen über einzelne Fälle, die indes kaum zur Aufdeckung der sozialen Wurzeln führen. Allerdings offenbaren sie bemerkenswerte Symptome, und mitunter konnten die demokratischen Kräfte sich erfolgreich gegen die Dunkelmänner von gestern und heute durchsetzen. In den letzten Wochen ist in Bayern ein politisch-publizistischer Streit um den Gründungsrektor der in Regensburg in Vorbereitung befindlichen Universität, den Historiker Professor Götz Freiherr von Pölnitz, entstanden. Wie kam es dazu? Worum geht es?

Im November 1964 war Pölnitz vom bayerischen Kultusminister Huber in sein Amt als Gründungsrektor der Universität Regensburg eingeführt worden. Im Sommer 1965 soll nach jahrelangen Ankündigungen und Vorverhandlungen endlich mit dem Bau dieser Hochschule begonnen werden, der durch die katastrophale Überfüllung der bisherigen Hochschulkapazitäten erzwungen wurde. Noch ist vieles für ihre Finanzierung und Planung offen, aber die CSU rechnet den Baubeginn zu ihren Schlagern im Wahljahr 1965. Anfang d. J. wandte sich die „Humanistische Union“ in einem offenen Brief an Ministerpräsident Goppel und stellte fest,

„daß der unter vier Kandidaten ausgewählte Gründungsdirektor noch 1942 ein enthusiastischer Parteigänger und Herold des nationalsozialistischen Unrechtsstaates war“.

Im Haushaltsausschuß des bayerischen Landtages sprach Frau Dr. Hamm-Brücher am 23. Februar 1965 deshalb unter Anspielung auf den im vorigen Jahr zum Abgang gezwungenen ehemaligen Kultusminister davon daß sich „eine Art zweiter Fall Maunz“ anbahne.

Wie Maunz gehörte Pölnitz bis zur faschistischen Machtergreifung Gruppen des politischen Katholizismus in Bayern an, suchte danach Anschluß an die herrschenden Kräfte und unterstützte sie bis in die letzten Kriegsjahre durch seine historischen und publizistischen Arbeiten. Beiden gelang es nach 1945 recht mühelos, sich durch eine formale Entnazifizierungsprozedur wieder zum konservativ-antidemokratischen Katholizismus zurückzumausern, der nunmehr ebenso wie sie selbst mit dem Erbe der Nazi-Ära „bereichert“ worden war. Unterschiedlich faßte das Schicksal beide im Jahre 1964 an: Es entthronte Maunz als Kultusminister und inthronisierte Pölnitz als Rektor; ein Amt, das er allerdings auch in Erlangen schon innehatte. Bereits 1934 beendete Pölnitz einen Aufruf zum Saar-Wahlkampf mit der Zeile: „Die Fahne hoch, die Reihen dicht geschlossen.“ Allerdings setzte er im gleichen Jahr in Unkenntnis der intimen Zwistigkeiten seiner neuen politischen Freunde falsch. Die „Süddeutsche Zeitung“ schrieb am 25. Februar 1965 darüber:

„Als gerade seine schönste Lobeshymne auf den SA-Häuptling Röhm fertig war, wurde dieser Held seiner Huldigung von Hitler liquidiert. Der arme Baron flüchtete für einige Zeit auf seine fränkische Burg. Er hat aber dann auch in der Kriegszeit wieder fleißig im Chor der Lobsänger des Dritten Reiches mitgesungen. In der Nachkriegszeit hat Pölnitz allerdings nicht verfehlt, diesen Mißerfolge nachträglich wieder nutzbar zu machen. Die Schwierigkeiten, die ihm wegen des Eintretens für Röhm von anderen nationalsozialistischen Machthabern bereitet wurden, sind inzwischen zu Dokumenten der Verfolgung durch die Nationalsozialisten umgedeutet worden.“

Der von den Nazis dergestalt „Verfolgte“ hat seinen „Widerstandskampf“ u. a. folgendermaßen fortgesetzt: 1938 dankt er in einer faschistisch-antidemokratischen Biographie allen Helfern, „vom Herrn Ministerpräsidenten Generaloberst Hermann Göring bis zum letzten badischen SA-Mann“. 1940

hetzt er in der Reihe „Der Schulungsbrief – Das zentrale Monatsblatt der NSDAP“ gegen Frankreich. 1942 würdigt er die Verdienste des nazistischen Studentenbundes:

„Dem Rufe des Führers versagte sich die Münchner Studentenschaft nicht, trat, dem Appelle Hermann Görings folgend, in die Sturmabteilungen ein und nahm, seinem hinreißenden Beispiele nacheifernd, heißen Anteil an der nationalsozialistischen Erhebung des Novembers 1923.“

Natürlich würde er das heute anders ausdrücken.

*

Der „Liberale Studentenbund“ wandte sich gegen die fadenscheinigen Entlastungsversuche, denn bei den benutzten Argumenten „könnte sich Hitlerverfolgter Röhm, lebte er noch, mit Fug und Recht als rehabilitiert betrachten, und einer Ernennung zum Polizeipräsidenten stünde nichts im Wege“. Wie sehr die Gönner Götzens selbst sein Schuldkonto überschauen und bisher in Rechnung stellten, geht aus dem offenen Geheimnis hervor, daß er ansonsten längst auf den renommierten Lehrstuhl für Geschichte an der Münchener Universität lanciert worden wäre. Angesichts der nunmehr entstandenen öffentlichen Diskussion verfielen sie auf weitere ebenso unverschämte wie dürftige Argumente. „Zur Sicherung seiner wirtschaftlichen Existenz griff von Pölnitz zu Mitteln der Tarnung ...“, hieß es in einer offiziellen Stellungnahme des Kultusministers Ende Februar. Immerhin ist Pölnitz Besitzer des Schlosses Hundshaupten in Oberfranken mit umfangreichen Ländereien. Er sei Beamter und seine weitere Dienstausübung könne deshalb nicht von einer politischen Entscheidung abhängig gemacht werden, wird in einer ebenso überzeugenden weiteren Verlautbarung aus der gleichen Quelle mitgeteilt. Und die Meinung des Freiherrn? Auf die Anfragen von Journalisten über einen Rücktritt erwiderte er: „Ich wüßte nicht, aus welchen Gründen!“ Götz Freiherr von Pölnitz nimmt den offiziellen bundesdeutschen Maßstab und hat insofern nicht unrecht. Wenn Kabinett und Kanzler entschlossen waren, ab 9. Mai 1965 jedem beliebigen faschistischen Verbrecher jedes beliebige Amt als gleichberechtigtem Bürger zur Verfügung zu stellen, wenn es einen Globke, einen Maunz, einen Oberländer, Trettner, Vialon usw. usf. gibt – wie harmlos ist doch da ein intellektueller Spießgeselle der Nazis, dem es bei allen Bemühungen nie gelang, von den Faschisten für voll genommen zu werden.

Unter dem Eindruck dieser Vorgänge sagte Frau Hamm-Brücher gegenüber dem „Hamburger Abendblatt“:

„Wenn einmal in einem Jahrhundert eine neue Universität gegründet wird, dann muß der erste Rektor dieser Universität ja nicht gerade jemand sein, dem nazistische Zitate nachgewiesen werden können.“

Sie irrt. In diesem Westdeutschland der Verjährung der Naziverbrechen, des Antikommunismus und des Revanchismus können zwar Universitätsgebäude neu gebaut und technisch modern ausgerüstet werden, ein echter Neubeginn in bezug auf den Geist, die Funktion und die Ziele der Hochschule der den Forderungen dieses Jahrhunderts gerecht würde, ist da nicht möglich. Der auf dem Regensburger Rektoratssitz gelandete Pölnitz, Protegé des politischen Klerikalismus wie des Großgrundbesitzers von Thurn und Taxis verhöhnt alle, die in der vorjährigen Verjagung des Nazijuristen Maunz’ eine Wende zur ernsthaften Abrechnung mit der Vergangenheit in der bayerischen Kultur- und Hochschulpolitik zu erblicken glaubten.

Volkswacht, Gera, 3. April 1965.

Neu abgedruckt in: Alma Mater – Zwischen Hakenkreuz und Bundesadler. Artikel und Kommentare 1960-1970. Jenaer Reden und Schriften 1979. Friedrich-Schiller-Universität Jena, S. 48-50.

Gestern und heute im Dienst der Nazi-Generale

Professor Dr. jur. Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Rettet die Freiheit!“

Vor wenigen Wochen sprachen die Richter der 2. Zivilkammer in Würzburg ein für westdeutsche Verhältnisse bemerkenswertes Urteil: Die Klage des Professors und Brigadegenerals d. R. Heydte gegen die „Frankfurter Rundschau“ wurde in 6½ von 7 Punkten abgewiesen. Das Verfahren hatte über zwei Jahre gewährt und wurde durch einen Artikel des Blattes ausgelöst, in dem die antidemokratische Rolle dieses Dunkelmanns beleuchtet worden war. Der Kläger hat inzwischen Berufung eingelegt, das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, und der endgültige Ausgang ist noch offen. Immerhin ist die bisherige Entscheidung geeignet, die Einsicht größerer Bevölkerungskreise in die Untergrabung der Demokratie durch ihre Gegner von gestern und heute zu vertiefen.

„Auf jeden Fall war er schon früher dabei, wenn es in der Bundesrepublik darum ging, gegen Demokratie und Pressefreiheit zu Felde zu ziehen.“ Das war eine der Feststellungen, die die „Frankfurter Rundschau“ getroffen hatte und die vom Gericht gebilligt wurde. In der Tat ist Heydte der Prototyp jener zynischen Hasser der Demokratie und des Sozialismus, die ihr Handwerk seit 1933 oder noch länger entsprechend den jeweiligen Gegebenheiten ausüben. Seit der „Machtergreifung“ propagierte er das Bündnis von Katholizismus und Faschismus, wurde SA-Mann und schloß sich 1935 der Reichswehr an. Er brachte es bis zum Oberstleutnant der Fallschirmjäger und wurde 1944 mit dem Eichenlaub zum Ritterkreuz dekoriert. 1949 habilitierte er mit einer gegen den demokratischen Gehalt des Bonner Grundgesetzes gerichteten Arbeit. Seit 1951 ist er Professor in Mainz bzw. Würzburg und gehört seither mit seinen zahlreichen Gesinnungsfreunden aus der Nazizeit zu den intellektuellen Vorkämpfern des Bonner klerikalen Antikommunismus und Antidemokratismus. Wie unter Hitler ist er dabei im ideologischen Bereich wie bei der unmittelbaren Unterstützung der Militarisierung und des Kampfes gegen die demokratischen Kräfte tätig.

Heydte gehört zu den Gründern und leitenden Mitgliedern der Scharfmacherorganisationen „Abendländische Aktion“ und „Abendländische Akademie“, die seit eineinhalb Jahrzehnten an der Zersetzung der demokratischen Einrichtungen der Bundesrepublik arbeiten und einen klerikal-faschistischen Staat nach dem Beispiel Spaniens errichten wollen.

„Die Abendländer unter Professor von der Heydte strebten die Ablösung der im Grundgesetz der Bundesrepublik verankerten parlamentarischen Demokratie durch einen autoritären Ständestaat klerikal-faschistischer Observanz ... an“,

schrieb die „Frankfurter Rundschau“ dazu und wurde auch darin von den Würzburger Richtern bestätigt. Die Aufgabe der „Abendländischen Aktion“ wurde von Heydte 1955 als „konstruktiver Verfassungsschutz“ charakterisiert. Das genannte Würzburger Gericht kam zu einer etwas anderen Einschätzung und stellte fest:

„Als Ordinarius für Staatsrecht kann doch sicherlich angenommen werden, daß es dem Kläger bewußt war, daß sich das Programm der ‚Abendländischen Aktion‘ nicht in allen Punkten in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz befindet.“

Was übrigens der Bonner Verfassungsschutz bis heute geflissentlich übersieht.

Später war er Gründungsmitglied der antikommunistischen Kreuzzugsorganisation „Rettet die Freiheit“, deren Rettungsaktionen den weiteren Abbau von Freiheit und Demokratie gemäß der Konzeption der „Abendländer“ zur Folge hatten. Als vorläufiger Höhepunkt dieser politischen Karriere ist die von ihm am 1. Oktober 1962 gegen das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ wegen Landesverrat und landesverräterischer Fälschung erstattete Anzeige zu betrachten, die die bekannte „Spiegel-Affäre“ auslöste. Er entpuppte sich in dieser Rolle im buchstäblichen Sinn als ein Werkzeug von Strauß und der Nazigeneralität der Bundeswehr. Drei Wochen später wurde er zum ranghöchsten Reserveoffizier der Bundeswehr befördert – wegen Tapferkeit vor dem Feind?

Der Professor und Freiherr darf seinem Stande und seiner Geisteshaltung entsprechend namhafte Kriegsverbrecher und Naziideologen zu seinen intimsten Freunden rechnen. Mit Theodor Oberländer

saß er in der Führung der „Abendländischen Akademie“ zusammen. Beide unterbreiteten dem „CDU-CSU-Landesverband Oder-Neiße“ auf dessen Tagung im März 1962 einen revanchistisch-militaristischen „Entwurf eines Staatsvertrages mit Deutschland“. Oberländer zählt Heydte zu den Mitarbeitern seiner sogenannten „Studiengesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit“. Der Nazijurist Maunz, sieben Jahre bayrischer Kultusminister, entsprach dem politischen Geschmack v. d. Heydtes; gemeinsam geben sie sinnigerweise die „Münchener öffentlich-rechtlichen Abhandlungen“ heraus. Selbst der Stellvertreter Heydtes in seinem Würzburger Institut für Völkerrecht und internationale Beziehungen, Professor Hermann Raschhofer, war dem faschistischen Terrorregime bis zur letzten Stunde ein willfähriger Ideologe und dem SD in der Ukraine und der Slowakei ein williges Werkzeug.

Die Karriere Heydtes zum Brigadegeneral d. R. der Bundeswehr ist somit angesichts seiner politischen Verdienste für die imperialistische Reaktion nicht erstaunlich. Sie ist es um so weniger, als er auch nach 1945 seiner militaristischen Grundhaltung treu blieb und sich in den westdeutschen Aufrüstungsprozeß eingliederte. Dazu gehört neben dem Reserveoffizier die Leitung des „Instituts für Wehrrecht“ an der Universität Würzburg. Er ist Vorstandsmitglied des Münchener Vereins „Westliches Wehrwesen“ und Mitglied des „Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Instituts für amerikanische Strategie“. Sein Völkerrechtslehrbuch ist von ihm ausdrücklich nicht nur für Studenten, sondern auch für die Offiziere der Bonner Wehrmacht geschrieben worden.

Wiederholt war Heydte wegen seiner nur schlecht verbrämten anti-demokratischen Rolle Angriffen liberaler und demokratischer Kräfte ausgesetzt. Bisher hatte er in der Würzburger Gerichtsbarkeit jedoch stets Rückhalt und Hilfe gefunden. Der Arzt Dr. Herterich hatte bekanntlich seinerzeit in aufsehenerregenden Enthüllungen die Hintergründe der fragwürdigen Praxis der Würzburger Justiz enthüllt: Die Durchsetzung mit belasteten Nazis. So entschied das Landesgericht Würzburg im Juli 1963 in einem Verfahren gegen den Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB) für Heydte und verbot dem Anwalt des SHB, Bendrien, Heydte als „hemmungslosen Nationalsozialisten“ – was im Grunde völlig zutrifft – zu bezeichnen. Im gleichen Jahr wurde bekannt, daß der Reserveoffizier der Bundeswehr in Lehrveranstaltungen an der Würzburger Universität rassendiskriminierende Äußerungen gemacht hatte. Daß einige Zeugen Anfang d. J. ihre Aussagen darüber zurücknahmen und sich bei Heydte entschuldigten, ist unzweifelhaft mehr ein Beweis für seine Machtstellung und seine Beziehungen als dafür, daß er gerade in diesem Punkt seine jahrzehntelangen faschistischen Überzeugungen aufgegeben hätte.

Das sind einige politisch-moralische Merkmale eines Hochschullehrers, der seit anderthalb Jahrzehnten an den Universitäten Mainz und Würzburg sowie an der Münchener Hochschule für Politische Wissenschaften die Studenten in den Fächern Völkerrecht, Allgemeine Staatslehre, Politische Wissenschaften und Wehrrecht unterrichtet. Seine rechtstheoretischen Auffassungen ergänzen notwendigerweise seine politische Rolle und damit den offiziellen revanchistischen Kurs der Bundesregierung, gleich, ob es sich um die Negation des Selbstbestimmungsrechts der Völker oder die Gleichsetzung des Völkerrechts mit der Rechtsauffassung der Blutrache handelt. Seine These, daß nur der v e r l o r e n e Krieg als Unrecht verurteilt werde, ist identisch mit dem aggressiven Programm der Ultras, die die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges rückgängig machen wollen. Deshalb ist Heydte im Bonner Staat ein ehrenwerter Mann.

Volkswacht, Gera, 13. Mai 1965.

Neu abgedruckt in: Alma Mater – Zwischen Hakenkreuz und Bundesadler. Artikel und Kommentare 1960-1970. Jenaer Reden und Schriften 1979. Friedrich-Schiller-Universität Jena, S. 51-53.

Zu Problemen der Studentenpolitik und der Rolle der studentischen Organisationen bei der ideologischen Beeinflussung der Studenten in der BRD

Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) erklärt in der Einleitung zu seinen „Gedanken zur Hochschulreform“:

„Universität und Gesellschaft stehen in einem Verhältnis gegenseitiger Beeinflussung. Die Universität kann nicht ohne die Gesellschaft wahrhaft fruchtbar sein. – Der Staat unterhält die Universität, und das gesellschaftliche Leben stellt die mannigfaltigsten Anforderungen an sie.“[1]

Die Abstraktheit dieser Erklärung entwertet sie zugleich. Sie könnte das Ergebnis einer wissenschaftlichen Analyse des Platzes und der Funktion der Universität in der Gesellschaft sein. Tatsächlich mündet sie unmittelbar in die politisch-ideologische Konzeption der „formierten Gesellschaft“ und läuft auf Schlußfolgerungen hinaus, die den realen Verhältnissen und historischen Prozessen zuwiderlaufen.

Die Feststellung des notwendigen und komplexen Zusammenhangs zwischen der Gesellschaft und ihren Bildungseinrichtungen gehört zu den selbstverständlichen Voraussetzungen unserer Beurteilung der Prozesse und Entwicklungstendenzen im westdeutschen Hochschulwesen. Das gilt uneingeschränkt für die Charakteristik der politischen Situation in der Studentenschaft. Bei der Typologisierung der Strömungen in der Studentenschaft des zaristischen Rußlands stellte W. I. Lenin 1903 fest, daß

„die politische Gruppierung der Studentenschaft der politischen Gruppierung der Gesellschaft entspricht“, „daß der Unterschied der Klasseninteressen sich unvermeidlich auch in der politischen Gruppierung widerspiegeln muß, daß die Studentenschaft keine Ausnahme von der gesamten Gesellschaft sein kann ...“[2]

Angesichts der notwendigen Auswahl und Beschränkung sollen sich die Überlegungen auf folgende Thesen konzentrieren:

1. Die soziale und politische Struktur der westdeutschen Studentenschaft ist notwendiges Produkt der sozialökonomischen und politischen Entwicklung Westdeutschlands seit 1945, ist bei aller politischen Widersprüchlichkeit vorrangig Teil der Herrschaftsverhältnisse im staatsmonopolistischen Kapitalismus und ist von ihnen abhängig und determiniert.

2. Die herrschenden Kräfte benötigen und fordern die Politisierung der Studentenschaft im Sinne und im Dienste des Staates und seiner politischen Doktrinen. Diese Forderung wie ihre Bedingungen werden immer eindeutiger postuliert.

3. Die Konzeption der „formierten Gesellschaft“ ist die ideologische und theoretische Grundlage dieser politischen Forderung und Zielsetzung.

4. Die objektiven Bedingungen wie die charakterisierte politisch-ideologische Konzeption führen zu einer weiteren Aufwertung und Förderung aller restaurativen Strömungen und Gruppen in der Studentenschaft, insbesondere der Korporationen und aller nationalistischen und antidemokratischen Bestrebungen.

5. Diese Entwicklung beeinflußt die weitere Gruppierung und Polarisierung in der Studentenschaft sowie die Bedingungen und Möglichkeiten für die Einbeziehung größerer Teile der Studentenschaft in die wachsende antiimperialistische Volksbewegung für Frieden und Demokratie.

Rolf Seeligers Feststellung: „Die nach 1945 erhoffte Hochschulrevolution fand nicht statt,“[3] impliziert die Voraussetzung, daß die soziale Revolution nicht stattfand. Der Zusammenhang zwischen der Restauration und Reproduktion der alten Klassen- und Machtverhältnisse und der ihnen

---

1 RCDS – Gedanken zur Hochschulreform. Hrsg. vom Bundesvorstand des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten, Bonn o. J., S. 9.

2 W. I. Lenin, Die Aufgaben der revolutionären Jugend. In: Werke, Bd. 7, Berlin 1965, S. 30 ff.

3 Braune Universität, Deutsche Hochschullehrer gestern und heute. Eine Dokumentation, zusammengestellt und eingeleitet von Rolf Seeliger, H. 1, München 1964, S. 5.

entsprechenden Klassenstruktur der Studentenschaft sowie ihrer politischen Organisationsformen soll an zwei charakteristischen Erscheinungen belegt werden:

1. der relativen Stabilität der – gemessen an der allgemeinen Sozialstruktur – disproportionalen klassenmäßigen Schichtung der Studentenschaft in der Bundesrepublik und

2. einiger Merkmale des Wiederauflebens der Verbindungen seit 1945. Nach der 5. und bisher letzten Erhebung des Deutschen Studentenwerkes über das soziale Bild der Studentenschaft in Westdeutschland und Westberlin waren im Wintersemester 1962/1963 6 Prozent der männlichen Studierenden und 2,8 Prozent der weiblichen Studierenden Arbeiterkinder. Der Anteil ist damit seit Anfang der 50er Jahre faktisch konstant geblieben. Im Wintersemester 1960/1961 sah der Anteil der Klassen und Schichten im Land Bayern folgendermaßen aus:

	Anteil an Gesamtbevölkerung	Anteil an Studentenschaft
Arbeiter	42,2%	5,8%
Bauern	27,2 %	4,1%
Angestellte	13,3%	17,6%
Beamte	5,8%	38,5%
Selbständige	5,8%	33,5 %

Dabei bleibt die starke sozialökonomische Differenzierung innerhalb dieser Einzelgruppen noch unberücksichtigt. Beispielsweise kamen aus den Familien der 1 Million Landarbeiter der Bundesrepublik im WS 1958/59 etwa 80 Studenten, aber über 52.000 vertraten die ebenfalls etwa 1 Million umfassende Schicht der Beamten.

Dahrendorf stellte fest, daß – bezogen auf Einkommen, Prestige, Einfluß und Ausbildung – von den unteren 25 Prozent der bundesdeutschen Gesellschaft ca. 1 Prozent der Studenten kommen, umgekehrt aber auch vom obersten Prozent ca. 25 Prozent aller Studenten.[4]

Der „Rheinische Merkur", Köln, qualifizierte am 11. September 1964 kritische Bemerkungen der Eisenbahner-Gewerkschaft zu den sozialen Ursachen dieses Bildes als „schiefe Auffassungen linker Bildungspolitiker" und erklärte:

„Natürlich muß sieb jeder klar darüber sein, daß das Studium eines Kindes Geld kostet und von der Familie Anstrengungen verlangt. Vielleicht muß der Student auch selbst mitwirken. Aber es hat noch keinem Studierenden geschadet, wenn er sich nebenbei noch etwas hinzuverdient ...".

Hermann Reusch hatte als Sprecher der Konzerne bereits 1959 die Förderung der „Zweitklassigen" und die Ausweitung der unzureichenden Förderungsmaßnahmen entschieden abgelehnt.[5] Trotz Honnef haben sich diese Grundanschauungen in den Regierungen und Aufsichtsräten kaum geändert. Die Fortdauer der ungenügenden staatlichen Förderungsmaßnahmen und der Zersplitterung der verschiedenen Stiftungen und Förderungssysteme (346 Institutionen waren es Anfang 1965)[6] erweist sich als wirksames Element bei der Stabilisierung der konservativen Sozialstruktur der Studentenschaft.

Die sogenannte „zweckgebundene Begabtenförderung" der Industriegruppen und Wirtschaftsverbände, die Firmen-Stipendien von AEG, Farbenwerke Bayer AG, Bosch, Daimler Benz AG, Dunlop, Henschel Werke AG, Hoechst, Kloeckner, Krupp, Opel, Siemens und Halske AG u. a. ermöglichen eine der demokratischen Kontrolle und Rechenschaftslegung völlige entzogene unmittelbare Einflußnahme der Monopole auf die Auswahl, die Entwicklung und den Einsatz der notwendigen wissenschaftlichen und Leitungskader. Die gleiche Funktion haben Doktoranden- und

4 Vgl. Ralf Dahrendorf, Arbeiterkinder an deutschen Universitäten. Tübingen 1965.

5 Zit. nach: Klaus Meschkat, Was ist dem Staat der Nachwuchs wert? Schriften des VDS, 2, Bonn 1960, S. 197.

6 Eine anschauliche Übersicht findet sich in der vom VDS im Frühjahr 1965 in 2. Aufl. hrsg. Broschüre „Durch Stipendien studieren".

Assistentenstipendien, die u. a. vom „Stifterverband für die deutsche Wissenschaft“, von der Thyssen-Stiftung, vom „Fond der chemischen Industrie“, von der Kalichemie AG, von der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitsgeberverbände (BDA), von der Bundeswehr und von NATO-Organen gewährt werden. Speziell zu solchen Stipendien stellte der SDS fest, daß dadurch „das Prinzip der freien Berufswahl und freien Wahl der Ausbildungsstätte verletzt“, bestimmten „gesellschaftlich-ideologischen Zielen“ gedient und „nachgerade entwürdigenden Bedingungen“ der Weg geebnet wird.[7]

Völlig zu Recht fordert der DGB daher in den kulturpolitischen Leitsätzen seines Grundsatzprogrammes, daß der Anteil von Arbeiterkindern an der Studentenschaft „durch geeignete und gezielte Förderungsmaßnahmen vergrößert“ werde.[8]

Diese Forderung war auch im Rahmen der studentischen Aktionen gegen den Bildungsnotstand am I. Juli 1965 erhoben und unterstützt worden. Sie ist eine legitime demokratische Forderung der antimonopolistischen Volksbewegung und geeignet, zur Vertiefung des sozialen Inhalts und zur Verbreitung dieser Bewegung beizutragen. Sie konfrontiert ihre Verfechter mit den tatsächlichen Klassen- und Machtverhältnissen auf bildungspolitischem Gebiet, obwohl vorläufig zugleich bestimmte Grenzen bei der Mehrzahl der Kritiker und in der Begründung ihrer Kritik wie ihrer Reformvorschläge nicht übersehen werden können. Das betrifft besonders ihre Beurteilung der klassenmäßigen und historischen Wurzeln der charakterisierten Erscheinungen, der Rolle der Aufrüstungs- und Revanchepolitik und der Perspektive einer grundsätzlichen humanistischen Lösung des Bildungsproblems im Ergebnis antiimperialistischer und demokratischer Veränderungen.

Die Begleitumstände des Restaurationsprozesses des Korporationswesens nach 1945 sind möglicherweise in klassenmäßiger wie in historisch-politischer Beziehung das anschaulichste Beweismaterial für unsere erste These. Selten wird im hochschulpolitischen Bereich die Einflußnahme der Herren in Monopolen, Verbinden, Parteien und Staat auf die Organisation und politische und weltanschauliche Formung des akademischen Nachwuchses so evident, obwohl auch hier die Öffentlichkeit nicht a11e personellen, materiellen und ideellen Wechselbeziehungen kennt und übersieht.

Finke hebt hervor, daß in den Nachkriegsjahren sämtliche „Aktiven-Verbände erst nach der Reorganisierung der Altherrenverbände zustande kamen“. Das traf auch auf die beiden Dachverbinde der Aktiven und Altherren zu. Darüber hinaus übernahmen in der Anfangsphase reaktivierte Alte Herren selbst die führenden Positionen in den Aktivenverbänden, „bis die Zöglinge so weit gedrillt und abgeschliffen waren, daß sie im Sinne der argwöhnischen Mäzene ‚von allein‘ funktionierten.“[9]

Unmittelbar nach Kriegsende und teilweise bis weit in die 50er Jahre hinein herrschte ein den Korporationen ungünstiges Klima an den Hochschulen und im öffentlichen Leben vor. Ihre politisch-moralische Mitschuld an den Verbrechen sowie die unbestreitbaren soziologischen Querverbindungen zu tragenden Kräften der Nazidiktatur waren Ursache und Leitmotiv des Widerstandes demokratischer Kräfte und der Zulassungsverweigerung vieler Universitäten und Hochschulen. Selbst der seinerzeitige Bundesinnenminister Schröder kam nicht umhin, vor dem Westdeutschen Studententag im Mai 1954 in München ernsthafte Vorbehalte gegen die aus der Vergangenheit schwer belasteten und diskreditierten Verbindungen geltend zu machen.[10]

Das Bild hat sich mit historisch-politischer Notwendigkeit völlig gewandelt. Leitende Staatsmänner und Parteiführer wie Lübke, Adenauer, Strauß, Krone, Seebohm, Kiesinger u. a. bekennen sich inzwischen seit Jahren als Alte Herren und Förderer der Aktivitas. Im 3. Bundestag waren es unter 519 Abgeordneten 81 Alte Herren = 16 Prozent, die vorwiegend den Fraktionen der CDU/CSU und der FDP angehörten. Seit Jahren sind die Veranstaltungen der führenden Korporationsverbände, darunter

---

7 Hochschule in der Demokratie. Denkschrift des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, Durchgesehene Neuauflage, Frankfurt a. M. Mai 1965, S. 136 f.

8 Grundsatzprogramm des DGB. Hrsg. v. Deutschen Gewerkschaftsbund, Bundesvorstand, Düsseldorf 1963.

9 Lutz E. Finke, Gestatte mir Hochachtungsschluck. Bundesdeutschlands korporierte Elite. Hamburg 1963, S. 117.

10 Ebenda, S. 81 f. An anderer Stelle stellt Finke dazu fest: „Die Zeiten, da ein Bundespräsident offen Front bezog gegen die Restauration an den Universitäten, da ein Bundesinnenminister die Gefahren klar beim Namen nannte – diese Zeiten sind längst vorbei.“ (S. 122).

der Deutschen Burschenschaft, der Deutschen Sängerschaft und des Coburger Convents sowie der beiden großen katholischen Verbände, für die Minister, Parteiführer und Abgeordneten der Regierungsparteien die bevorzugte Plattform zur Darlegung der antinationalen und friedensgefährdenden Bonner Politik auf studentischer Ebene. Inzwischen war 1961 mit der Aufnahme schlagender und farbentragender Korporationen in den Kreis der nach dem Bundesjugendplan förderungswürdigen Organisationen auch die letzte formelle Ungleichheit aufgehoben worden. Dazu stellt Finke fest, daß die staatlichen Zuschüsse im Vergleich zu den Aufwendungen der Alten Herren bedeutungslos seien; entscheidend war der politisch-moralische Aspekt dieses Vorgangs.

Ein vorläufiger Höhepunkt in diesem Prozeß der Verschmelzung und Identifizierung der in Aufsichtsräten Staatsapparat, Bundeswehr, Justiz und Parteien installierten Alten Herren der regierungsoffiziellen Studentenpolitik und der Aktivitäten des wiederhergestellten Verbindungswesens war unzweifelhaft die Veranstaltung der Deutschen Burschenschaft, die sie im Juni 1965 in Westberlin unter dem fälschlichen Anspruch auf die fortschrittlichen Traditionen der Jenaer Urburschenschaft von 1815 durchführte. Die Anwesenheit von zahlreichen Repräsentanten des Staates bewies das ebenso wie die durch den Empfang Lübkes, die Grußtelegramme von Lübke und Erhard, die Ansprache von Mende repräsentativ bekundete Zustimmung zu den wirklichen Traditionen dieser Verbindung und ihrer für Staat und Monopole politisch nützlichen Funktion in der Gegenwart. Die Festansprache hielt der Hamburger Theologe Thielicke als ein „Plädoyer für die völkische Gemeinschaft“ (Spandauer Volksblatt), derselbe Thielicke, der am 9. Mai 1952 als scheidender Rektor der Universität Tübingen beteuerte, daß er in seiner Rektoratsperiode gegenüber den Verbindungen „eine klare Linie“ verfolgt und nicht einmal Gerüchte „von Couleuraufmärschen und heimlichen Mensuren“ geduldet habe.[11] Dieses Anpassungsvermögen war Thielicke allerdings auch schon in den 30er Jahren als SA-Mann in Erlangen eigen und entbehrt keineswegs völlig einer politisch-ideologischen Kontinuität.

In ähnlicher Weise symptomatisch für die Aufwertung der Verbindungen war die Vertreterversammlung des Kartellverbandes Katholischer Deutscher Studentenvereine (KV) im Juni 1965 in Hannover, dessen prominentestes Mitglied Adenauer ist. Der bayrische Ministerpräsident Goppel hielt hier die Festansprache.

Die Tragweite dieser Entwicklung kann nur unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Massenbasis der Verbindungen voll ermessen werden. 1964 hatten die Korporationsverbände in über 1000 Einzelverbindungen mehr als 55.000 studentische Mitglieder, das sind etwa ein Viertel der männlichen Studenten. Die Altherrenverbände umfassen die 3- bis 4fache Zahl an Mitgliedern. Viel wichtiger ist, daß die letzteren nach Finke „überall in Staat, Wirtschaft, Verwaltung und Justiz“ anzutreffen sind und er beispielsweise die Frage stellt: „Woher kommt es, daß die führenden Positionen des Ruhrbergbaus fast ausschließlich von Alten Herren besetzt sind – angefangen mit Helmut Burkhardt, Vorsitzender des Unternehmerverbandes Ruhrbergbau, bis hin zu den Betriebsdirektoren der einzelnen Schachtanlagen? Ist das alles nur Zufall?“[12] Der Protektionismus, die Vermittlerfunktion und die Spenden der Alten Herren sind durchaus attraktiv und zeitigen ideologische Folgeerscheinungen, die über die Aktivenverbände in die Studentenschaft und in den Hochschulraum hineinwirken: autoritär-antidemokratische, nationalistische und karrieristische Anschauungen und Verhaltensweisen gedeihen. Die für die Restauration nach 1945 nachweisbare führende Rolle der Altherren erfährt alljährlich mit den Keilveranstaltungen und Festkommersen ihre Neuauflage, bei der die Finanzpräsidenten, Regierungs- und Ministerialräte, Rechtsanwälte usw. den Ton angeben. Der Untertan lebt in unserer Zeit fort, natürlich nicht ohne einige ihrer modischen Attribute. Die Fuchsen-Gesetze werden gründlicher eingeübt als das Grundgesetz.

---

11 Reden bei der feierlichen Übergabe des Rektorates zu Beginn des Sommersemesters am 9. Mal 1952, Universität Tübingen, H. 4, Tübingen 1952, S. 14 f. Vgl. die Charakteristik des Helmut Thielicke. In: Philosophie des Verbrechens. Gegen die Ideologie des deutschen Militarismus, hrsg. von G. Heyden, M. Klein, A. Kosing, Berlin 1959, S. 171 ff.

12 Lutz E. Finke, a. a. O., S. 124.

Aus dem gesicherten Rückhalt der Verbindungen in Staat und Wirtschaft entspringt derzeitig eine Haltung, die zunehmend militant orientiert ist. Nicht zufällig veröffentlichte die „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung“ eine Zuschrift, die in der Frage endete, „ob Professoren, die ihre vornehmste Aufgabe darin sehen, Couleurstudenten systematisch zu diskriminieren, an öffentlichen Hochschulen des sich zum freien Westen bekennenden Teils Deutschlands überhaupt tragbar sind.“[13] Die „Deutsche Corpszeitung“ verglich unlängst Angriffe gegen die Verbindungen mit der faschistischen Liquidierung der eigenständigen Korporationen 1935. Bereits auf der erwähnten Burschenschaftskundgebung in Westberlin war in demagogisch-aggressiver Weise eine Kontinuität von Metternich über Hitler bis zu den heutigen Korporationsgegnern behauptet worden. Diese Linie hat in den Geschichtsfälschungen wie in der Umkehrung aller Werte ihren Ausgangspunkt.

Wir stimmen völlig mit den gewerkschaftlichen und bürgerlichen Gegnern des Verbindungswesens überein, die trotz seiner Legalisierung, offiziellen Förderung und des korrumpierenden Einflusses der Regierungsparteien und der Springerpresse von ihrer grundsätzlichen Ablehnung nicht abgehen. Beispielsweise wandte sich die 6. Jugendkonferenz der IG Metall, unterstützt vom Vorstand der IG Metall, 1962 entschieden gegen die Aufnahme der schlagenden Verbindungen in die Förderung nach dem Bundesjugendplan.

Die Feststellungen zur Restauration des Verbindungswesens konfrontieren uns nicht nur mit klassenmäßigen Abhängigkeiten der Studentenschaft von der Gesellschaft, sondern speziell in bezug auf die Entwicklung der letzten Jahre mit dem Programm des politischen Engagements der Studentenschaft an der Seite und im Dienste der ökonomisch und politisch herrschenden Kräfte. Unsere Aussagen über die soziale Struktur und die angedeutete mittelbare und unmittelbare Einflußnahme der Monopole und des Staates bedeuten keinesfalls, daß die Masse der Studenten damit notwendig oder mit größter Wahrscheinlichkeit auf die Unterstützung der offiziellen Politik einschwenkt. Sie sind jedoch – hier nur fragmentarisch angedeutet – unerläßlicher Teil einer Analyse der politisch-ideologischen Verfassung der Studentenschaft. Die Komplizierung des Bildes ergibt sich u. a. aus einer Fülle entgegenwirkender Faktoren, die bei mehr oder weniger großen Studentengruppen die mächtigen konformistischen Triebkräfte völlig oder teilweise kompensieren. Dazu gehören die inneren Widersprüche der bundesdeutschen Gesellschaft, das Unbehagen über die sogenannte „unbewältigte Vergangenheit“, die Perspektivlosigkeit und der Antikommunismus der innen- und außenpolitischen Konzeption des deutschen Imperialismus und Militarismus, die Existenz und Rolle der DDR und des sozialistischen Weltsystems, die Bildungs- und Intelligenzfeindlichkeit des Systems u. a. Außerdem gehören auch studentische Schichten, die nicht aus der Arbeiterklasse und der Bauernschaft kommen z. B. aus unteren Schichten der Angestellten, Beamten und des Mittelstandes durchaus zu sozialökonomisch instabilen sowie politisch einflußlosen Kategorien der Bevölkerung. Sie sehen sich zu Recht ebenfalls von der staatsmonopolistischen Machtkonzentration, von Atomrüstungs-, Revanche- und Notstandsprojekten bedroht. Aus diesem sozialen und geistigen Boden erwächst die Initiative und Aktivität von studentischen Gruppen, wie dem LSD, der IdK, der HSU, des SHB, des SDS u. a., deren Auftreten auf größere, bedingt undifferente Studentenpuppen nicht ohne Eindruck bleibt.

Die dem Herrschaftssystem innewohnenden Bestrebungen zur antikommunistischen Gleichschaltung sind die eigentlichen Ursachen der in den letzten Jahren forcierten Bemühungen, die Studenten zum politischen Engagement zu drängen. Dabei wurden der Sinn und die Bedingungen dieser Politisierung immer verbindlicher als ein Programm der staatsbejahenden Gleichschaltung auf militaristisch-revanchistischer und antidemokratischer Grundlage formuliert. In seiner ersten Ansprache vor dem VDS als Kanzler forderte Erhard die Studenten auf am Staat mitzuarbeiten. Ihm gefalle ihre geistige Unruhe als Gegenströmung gegen das Materielle. Gegenüber der „Freiburger Studentenzeitung“ erklärte er aus Anlaß der Aktion zum 1. Juli 1965, daß sich das studentische Engagement nicht auf Forderungen an den Staat beschränken dürfe.

„Das Engagement wird um so glaubwürdiger und verspricht um so mehr Erfolg, je höher die akademische Jugend Anforderungen an sich selbst stellt und je größer ihr eigener Beitrag zur Lösung dieser Fragen ist.

[13] Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung, Köln, 12.5.1963.

Kennedys Wort an seine Mitbürger, mehr danach zu fragen, was sie für ihren Staat tun, als was der Staat für sie tue, gilt auch hier.“[14]

Wenig später qualifizierte er die studentischen Aktionen vom 1. Juli als ungeheuren Unfug und empörte sich über die Skepsis der Studenten gegenüber dem Staat. Die „Frankfurter Allgemeine“ warf bereits bei der Proklamierung dieser oppositionellen Aktion der Studentenschaft die Frage auf, ob „sie sich dann noch innerhalb der Grenzen ihrer politischen Bewegungsfreiheit“ befänden.

„Wie ist diese Frage dann zu beantworten, wenn die konkreten Forderungen, wenn die polemisch getönte Sprache, mit der jene begründet werden, mit einer bestimmten politischen Gruppe zusammenfällt zumal in einem Wahljahr?“[15]

Das Politische ist plötzlich wieder das Unzulässige und Unerwünschte. Im Grußschreiben von Lübke an die 10. Westberliner Tagung der Burschenschaft im Januar 1962 hieß es:

„Immer wieder sollten sich gerade unsere Studenten vor Augen führen, daß alles Wissen um die Zusammenhänge des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens letzten Endes keinen Nutzen bringt, wenn dieses Wissen nicht zu einem aktiven Einsatzwillen der Staatsbürger selbst führt. Zu einer verantwortungsbewußten Mitarbeit im Dienste an der Gemeinschaft anzuregen, erscheint mir aber heute eine der wesentlichen Aufgaben aller politischen Bildungsarbeit auf unseren Kochschulen zu sein.“[16]

Insbesondere Gerstenmaier ist in den letzten Jahren vielfach auf Veranstaltungen der Verbindungen, des RCDS, des VDS und anderen Gruppen entschieden und hartnäckig mit dieser Forderung nach der politischen Identifizierung der Studentenschaft und Intelligenz mit dem Staat der Monopole hervorgetreten. Ein System staatlicher Maßnahmen stützt diese Konzeption. 1963 wurden die Mittel des Bundeshaushalts für die politische Bildung der Studenten auf mehr als das Doppelte erhöht. Angesichts des gestiegenen politischen Interesses der Studenten seit dem 13. August 1961 wurde allein für 1962 mit dem Bundesinnenministerium ein Programm von 125 fünf- bis vierzehntägigen Seminaren für „politische Grundbildung und dialektischen Materialismus“ organisiert, in das etwa 6000-7000 Studenten, besonders Nichtorganisierte, einbezogen wurden. Von den viel umfangreicheren Zuwendungen seitens der Altherrenverbände, die in erheblichem Maße in politische Schulungsarbeit umgesetzt werden, wurde bereits gesprochen. Der Direktor der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn, Dr. Franken, ist zugleich Vorsitzender des katholischen Kartellverbandes. Dem Bedürfnis nach der Ausarbeitung des Programms der politischen Beeinflussung der Studenten war auch die repräsentative Umfrage über das geistige Bild der Studenten untergeordnet, die im Auftrag des Stifterverbandes 1960 vom Institut für Demoskopie Allensbach bei 490 Studentinnen und Studenten durchgeführt wurde.[17] Einige charakteristische und aufschlußreiche Ergebnisse dieser Umfrage waren:

Parteien: – 45 Prozent für CDU/CSU, 13 Prozent SPD, 10 Prozent FDP.

78 Prozent bejahten die Frage, ob es eine Idee gäbe, für die es sich lohne, das Leben einzusetzen, aber nur 6 Prozent „erwähnten ausdrücklich Demokratie, unsere Art von Politik und die Verhinderung des Kommunismus“.

Die Widersprüchlichkeit der politischen Haltung wie der Aussage der Umfrage wird daran deutlich, daß sich 58 Prozent mit der Politik Adenauers einverstanden erklärten (15 Prozent nicht), aber nur 36 Prozent jede Verhandlung mit der DDR ablehnten, die dagegen von 50 Prozent einschließlich evtl.

---

14 Bildungsnotstand – Studenten demonstrieren – Aktion 1. Juli, Sonderdruck der Freiburger Studentenzeitung zum 1. Juli 1965, S. 6.

15 Frankfurter Allgemeine, Frankfurt a. M., 20.3.1965. Vgl. die übereinstimmende Stellungnahme des Cartellverbandes der katholischen deutschen Studentenverbindungen: „Was also sollen die Demonstrationen? Cui bono? Soll man vielleicht den Verdacht schöpfen, der VDS wolle vor den Bundestagswahlen diese in irgendeiner Weise beeinflussen?“ Zit. in: Bildungsnotstand ..., a. a. O., S. 13.

16 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 2, 4.1.1962, S. 15.

17 Das geistige Bild der Studenten. Hrsg. vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Essen 1961. Vgl. die Berichte und Kommentare darüber im Bulletin der Bundesregierung. Nr. 50, 14.3.1962: Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung, 13.3.1961; Frankfurter Allgemeine, 24.1.1962; Westdeutsches Tageblatt, Dortmund, 24.1.1962.

Konzessionen befürwortet wurde. Schließlich ist hervorzuheben, daß Behauptungen vom Überwiegen politischen Desinteresses von der Umfrage nicht bestätigt wurden. Solche Analysen bestärken bei aller Bedingtheit ihres Aussagewertes die herrschenden Kreise in ihrer Konzeption des forcierten politischen Engagements.

Wir können hier nur beiläufig das Problem der politischen Stellung und Funktion des VDS berühren. Die Fiktion einer politischen Neutralität oder Indifferenz des VDS ist tatsächlich weder von den leitenden staatlichen Stellen noch von den VDS-Führern realisiert worden. Im Gegenteil. Vom V. Westdeutschen Studententag im Mai 1958 wurde an die Studenten appelliert, sich ihrer politischen Verantwortung bewußt zu werden.[18] In den Diskussionsgruppen wurden Probleme wie die politische Bildung und die Anforderungen der Wirtschaft, der Industrie und des Staates an den Akademiker behandelt. „Mut zur Politik" lautete eines der der Hauptthemen des VI. Studententages 1960 und war wesentlicher Teil seines Mottos „Abschied vom Elfenbeinturm!" In einer vorbereitenden Schrift wurde in bezug auf die westdeutsche Studentenschaft die Maxime formuliert:

„Sie muß in ihrer politischen Verantwortung so handeln, als ob von ihr nicht nur das Schicksal der deutschen Universitäten, sondern unseres gesamten – heute in einer verhängnisvollen Weise gespaltenen – Volkes abhinge."[19]

Die künftige Entwicklung wird einige der vor dem VDS stehenden politischen Grundfragen zuspitzen und Entscheidungssituationen heranreifen lassen, wo sich frühere Deklarationen im Interesse der Studentenschaft bewähren müssen. Die auf der Mitgliederversammlung im März 1962 in München debattierte Frage der Ausarbeitung einer politischen Charta des VDS zeigt die Problematik dieses Weges. Innenpolitisch sind in den letzten Jahren weitere Positionen an die vordringenden restaurativen Kräfte verloren worden, die nicht nur vielfach die Allgemeinen Studentenausschüsse (AStA) oder Studenten-Konvente, sondern heute auch die Führung des VDS in Bund und Ländern durchsetzen. Die derzeitigen Vorstandsmitglieder des VDS gehören sämtlich Verbindungen an. Der Vorsitzende Uwe Janssen, der Verbindung Germania-Marburg in der DB angehörend, benutzte sein Auftreten vor der Burschenschaftstagung im Juni d. J. um die frühere ablehnende Haltung des VDS zu den schlagenden Verbindungen zu kritisieren. Initiativen des VDS, wie gegen den Bund Nationaler Studenten oder bei der Spiegel-Affäre, sind wirkungslos geblieben und im Sande verlaufen.

Für die außenpolitische Aktivität einschließlich der Stellung zur DDR und zur FDJ war in den letzten Jahren eine widersprüchliche Entwicklung zu einem flexibleren Verhalten bei gleichzeitigem Festhalten an der grundsätzlichen Zielsetzung charakteristisch. Sie erklärt sich aus der Entwicklung des internationalen Kräfteverhältnisses, dem Suchen nach variableren Beziehungen zu den sozialistischen Ländern und den Aufgaben, die der VDS im Rahmen der außenpolitischen Ziele Bonns gegenüber den Nationalstaaten zu lösen hat. Die bürgerliche Hinterhältigkeit dieser Taktik bei der Verfolgung politischer Ziele über fachliche, kulturelle und „menschliche" Kontakte wird in den entsprechenden Stellungnahmen von VDS-Führern kaum verhehlt, wie das Interview von Janssen über seine Teilnahme an der IUS-Tagung in Sofia Anfang 1965 zeigte. Die Gesamtentwicklung beweist, wie weit der VDS heute von der Interessenvertretung der westdeutschen Studenten in vielen aktuellen Grundsatzfragen und von einem wirklich konstruktiven Beitrag zur Entspannung entfernt ist. Daß selbst die unvermeidlichen taktischen Variationen auf teilweisen Widerspruch stoßen, beweist die Empörung des „Deutschen Studenten-Anzeigers" darüber, „wie sehr sich die antikolonialistischen Phrasen des VDS ... denen des Kommunismus gleichen; wieso also mit den ‚DDR'-Vertretern überhaupt noch in Konkurrenz treten?"[20] Das ist gewiß ein unverdientes Lob für den VDS.

---

18 Restaurieren, reparieren, reformieren. Die Universität lebendig erhalten. 5. Deutscher Studententag, Karlsruhe, 1.-4. Mai 1958, Bonn o. J., S. 42.

19 Abschied vom Elfenbeinturm. Einheit der Bildungswege, Nachwuchs und Förderung. Studium im Ausland, Mut zur Politik. Eine vorbereitende Schrift für den VI. Deutschen Studententag, Berlin 4.-5. April 1960, Bonn o. J., S. 269. Vgl. auch die Thesen und Dokumente zum Thema „Mut zur Politik", ebenda, S. 243-312.

20 Deutscher Studenten-Anzeiger, Hannover, 5. Jg. Nr. 26, 1965/66, S. 1. Vgl. die Kritik am VDS einschließlich außenpolitischer Fragen, ebenda, 4. Jg. Nr. 17, 1964, S. 7. Der VDS am Scheideweg.

Die CDU/CSU hat mit ihrer Konzeption der formierten Gesellschaft auch den klassenmäßigen und ideologischen Inhalt ihrer politischen Appelle an die Studentenschaft präzisiert. In diesem Licht erweist sich die von Gerstenmaier im März 1965 – noch vor dem CDU-Parteitag – vor der Mitgliederversammlung des VDS in Mainz gehaltene programmatische Rede als sehr aufschlußreich. Er erklärte dort, daß er die eigentliche Gefahr an den Hochschulen „in dem gestörten Gleichgewicht von fachlichem und politischem Engagement ..., von der Freiheit des Werdens und der gesellschaftlichen und nationalen Notwendigkeit" sehe. Den Kern seiner Ausführungen bildete eine programmatische Neuformulierung der gesellschaftlichen Stellung und Funktion des VDS: „Der VDS ist dazu da, die Studentenschaft in Form zu bringen." Er räumte ein, daß das „ein schwieriges Geschäft ist", und begründete dieses Konzept damit, daß ansonsten dem Verband nur die Alternative bliebe, entweder unfähig zu nennenswerter politischer Aktion oder zum Interessenverbande zu werden.

„Ich vermag nur nicht einzusehen, daß es dem Wesen und der Tradition der deutschen Studentenschaft angemessen ist, wenn sie sich der Nation als Interessenverband präsentiert. Die Studentenschaft täte mir leid, wenn ihre Stimme nur vernehmbar würde, wenn es um mehr Geld, mehr Mitbestimmung, bessere Studienplätze geht."[21]

Die Argumente sind keineswegs schlüssig, da auch Interessenverbände zu wesentlichen politischen Fragen Stellung nehmen und der VDS das bisher verschiedentlich getan hat. Es geht keineswegs um die politische Stellungnahme schlechthin, sondern um Befürchtungen über die Entwicklung des VDS zu einer Organisation gewerkschaftlichen Typs. Das widerspräche nicht nur dem prinzipiellen Antidemokratismus des Staates und seiner Gewerkschaftsfeindlichkeit, sondern auch seinen speziellen politisch-moralischen Forderungen an die wissenschaftlichen und Leitungskader in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Gerade diese Forderungen hatte der „Industriekurier" im Auge, als er den „diversen Notstandsaposteln", d. h. den Kritikern des Bildungsnotstandes, vorwarf, daß sie die Persönlichkeits- und Charakterbildung unterschätzen.[22] Bereits vor Jahren hieß es in einer Denkschrift der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände:

„Die Wirtschaft braucht nicht nur einen in seinem Spezialfach zuverlässigen Akademiker. Sie erwartet von ihren Jungakademikern, daß sie für die größeren technischen, wirtschaftlichen und soziologischen Zusammenhänge kraft Allgemeinbildung, geistiger Elastizität und charakterlicher Haltung aufgeschlossen sind. Nur aus der Gruppe solcher jungen Leute können Persönlichkeiten heranwachsen, die später in der Lage sind, Führungspositionen zu übernehmen."[23]

Der CDU-CSU-Wirtschaftstag im Juli 1965 in Düsseldorf hat in seinen 99 Thesen zur künftigen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik mit den Richtlinien für die Bildungs- und Wissenschaftspolitik auch die Erziehungsaufgaben der Bildungseinrichtungen verbindlicher fixiert.

Die einleitend zitierte Feststellung des RCDS erhält hier eine konkrete klassenmäßige und politisch-ideologische Interpretation, wenn beispielsweise die Intensivierung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bildung, die freiwillige Mitverantwortung, ein richtiges Bild vom Unternehmer und die Rolle von Mitarbeitern des Unternehmens unterstrichen wird, „die es als ihre Aufgabe ansehen, auf den wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens hinzuarbeiten."[24] Gerade um diese Forderung gruppiert sich letztlich die politische Bildungs- und Erziehungsarbeit aller restaurativen studentischen Organisationen.

Die Einschätzung der Aussichten der Konzeption des politischen Engagements der Studenten und für die Durchsetzung der kaderpolitischen Forderungen von Staat und Wirtschaft setzt die Analyse der gegenwärtig innerhalb der Studentenschaft vorhandenen hauptsächlichen politisch-ideologischen Strömungen und Organisationen voraus. Zu ihrer Rezeption und Umsetzung bieten sich objektiv und

---

21 Vgl. den Wortlaut der Rede in: Christ und Welt, Stuttgart, 26.3.1965.

22 Industriekurier, Düsseldorf, 3.8.1965.

23 Zit. nach: Forschung und Wirtschaft – Partner im Fortschritt. Hrsg. v. Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, SV-Schriftenreihe IV/1965, o. O., S. 22.

24 99 Thesen – Direktiven der künftigen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, vom CDU/CSU-Wirtschaftstag am 8.-9.7.1965 in Düsseldorf erarbeitet, in: Handelsblatt, Düsseldorf, 12.7.1965, Vgl. besonders die Thesen 76, 88, 92, 94, 98 und 99.

subjektiv die Verbindungen, revanchistische und klerikale Gruppen, der RCDS sowie die Wehrkundegruppen und weitere Zusammenschlüsse offiziösen Charakters sowie die damit liierte Studentenpresse an. Da an dieser Stelle eine differenzierte Charakteristik dieser Vielzahl von Gruppen nicht möglich ist, sollen einige dominierende politisch-ideologische Positionen gekennzeichnet werden, vor allem im Zusammenhang mit dem neu aufkommenden Nationalismus. Allerdings gibt es bereits in den programmatischen und offiziellen Stellungnahmen vielfach bemerkenswerte Abstufungen und Akzentverschiebungen. Dies gilt noch mehr für die Anhängerschaft, die in den meisten Fällen durchaus nicht politisch-ideologisch homogen ist. Es gibt teilweise erhebliche Differenzierungen zwischen den Hochschulgruppen. Das alles gilt in besonderem Maße für die Verbindungen, und zwar in doppeltem Sinn: sowohl zwischen den Korporationsverbänden als auch unter den Einzelverbindungen und den Aktiven eines bestimmten Verbandes. Das ergibt sich zwangsläufig aus der zahlenmäßigen Größe und den damit verbundenen soziologischen, weltanschaulichen und politisch-moralischen Vielschichtigkeiten. Es hängt daneben mit der größeren Vielfalt der Motive des Eintritts in eine Verbindung zusammen, z. B. sind es häufig berufliche Hoffnungen und Interessen, das Bedürfnis nach Gemeinschaft und Geselligkeit, die Attraktivität der Tradition und des Kastenwesens für bürgerliche Kreise, im Unterschied zu der relativ eindeutigen Motivierung und verbindlichen Festlegung beim Eintritt in eine Gruppe parteipolitischen Charakters. Wie weit die Differenzierungen auch in Gruppen parteipolitischen Charakters gehen können, zeigte in drastischer Weise die langwierige Auseinandersetzung im bayerischen Landesverband des RCDS über die Stellung zu Strauß.

Weiterhin sind es Unterscheidungen, die sich aus den Traditionen den weltanschaulichen Positionen, den sozialen Grundlagen und Bindungen, den speziellen Funktionen und Zielsetzungen sowie taktischen Besonderheiten ergeben. Das zeigt sich in der Betonung des Klerikalismus im RCDS und in den katholischen Korporationsverbinden oder des Nationalismus und der nationalliberal-völkischen Tradition, Geisteshaltung und Terminologie bei der Burschenschaft. Absichtlich werden solche Unterschiede bei meist unbedeutenden substanziellen Differenzen vordergründig betont, um die spezifische Attraktivität voll auszuspielen und zugleich einen angeblichen Pluralismus als immanenten Teil echter Demokratie zu markieren. Unsere Reduzierung solcher Abstufungen auf die wirklichen, meist geringfügigen sachlichen Differenzen soll natürlich ebenfalls nicht verabsolutiert werden und die relative politische Bedeutung solcher Unterschiede nicht bestreiten oder unzulässig mindern.

Im Zusammenhang mit der jüngsten Entwicklung in der innen- und außenpolitischen Konzeption der herrschenden Kreise und der Verschärfung des nationalistischen Kurses soll wesentlich der Nationalismus in studentischen Organisationen berücksichtigt werden. Er ist mit Tendenzen des Militarismus, Antidemokratismus und Revanchismus untrennbar verknüpft und in diesem Sinn Schlüssel zum Verständnis und zur Bewertung umfassender ideologischer Gegebenheiten und Tendenzen in der Studentenschaft bzw. in ihren jeweiligen Fraktionen.

Die Aufwertung der Korporationen findet ihre Erklärung nicht nur in den für die herrschenden Kreise günstigen klassenmäßigen Grundlagen und Traditionen, sondern vor allem im aktuellen Wert ihrer ideologischen Orientierung und darunter vor allem in diesem ihren Nationalismus und seiner zentralen Funktion in der meist intensiven politischen Schulungs- und Bildungsarbeit der Verbindungen. Sowohl aus der Massenbasis als auch aus dieser ideologischen Potenz erklärt sich die Annäherung des Staates an die Korporationen und die Tatsache, daß sie gegenwärtig für den Staat eigentlicher Träger und Vermittler in der studentischen Jugend zur Verwirklichung der weltanschaulichen, ideologischen und politisch-moralischen Doktrinen der Monopolbourgeoisie und ihrer Ideologen sind. Der Nationalismus erhält auch in der geistigen Formung des akademischen Nachwuchses den in vergangenen Jahrzehnten innegehabten Rang – bei allen unvermeidlichen Modifikationen – zurück.

Neben den Korporationen sind es vor allem die revanchistischen und, in unterschiedlichem Maße, eine Reihe klerikaler Gruppen, die organisierte Träger dieses Nationalismus innerhalb der Studentenschaft und in der Regel Ableger der großen Verbände und Parteien sind, deren grundsätzliche Linie sie aufnehmen und, in der Form und Terminologie teilweise modifiziert, weitergeben. Der rechte Flügel dieser studentischen Organisationen wird vom legalen faschistischen Studentenverband markiert. Nach Finke wurden nach 1945 Gruppen von Kameradschaft lern des NSDStB zu Keimzellen

des bundesrepublikanischen Verbindungswesens, indem sie sich aus „NS-Kameradschaften“ zu „traditionellen“ Korporationen mauserten, die demzufolge bereits unter chauvinistischen Vorzeichen neu erstanden. Auf den Treffen und Kommersen der Deutschen Burschenschaft, des Coburger Convents, der Deutschen Sängerschaft, des Kösener Senioren-Conventverbands, der großen katholischen Kartellverbände u. a. nimmt das Bekenntnis zu einem durchaus restaurativ aufgefaßten und fortschrittsfeindlichen „nationalen Gedanken“ einen hervorragenden Platz ein. Die Universitäten und Hochschulen hätten „in der Erziehung zur Liebe zum Vaterland“ versagt , erklärte der Coburger Convent (CC) auf seinem Pfingsttreffen 1963 in Coburg. Eine Reihe von Verbänden gehören dem „Kuratorium Unteilbares Deutschland“ an und erhalten für politische Tagungen und Seminare vom Bundesminister für „gesamtdeutsche Fragen“ Zuschüsse. Die Identität mit der antinationalen Politik Bonns wird vielfach durch demonstrative Tagungen in Westberlin und deren aggressiven militaristisch-revanchistischen Inhalt bekundet. Die Appelle und Resolutionen zur „Deutschlandfrage“, für eine aktive Ostpolitik sowie für hinterhältig motivierte Kontakte sind die Quintessenz solcher Veranstaltungen.

Obwohl führende Korporationsverbände wie der CC und die DB seinerzeit gegen den nazistischen „Bund Nationaler Studenten“ (BNS) Stellung nahmen, gibt es substantiell zwischen diesen Strömungen in Fragen wie der Stellung zum Militarismus in Vergangenheit und Gegenwart, zur Aufrüstung, zu den Revancheforderungen, zur faschistischen Vergangenheit u. a. keine nennenswerten Unterschiede. Die programmatische Erklärung der a. o. Bundesversammlung des BNS im Oktober 1960, der Bund betrachte es „als seine Aufgabe, im studentischen Bereich an der Neuformung eines gesunden deutschen Selbstbewußtseins mitzuwirken und so eine der Grundvoraussetzungen dafür zu schaffen, daß dem Willen des deutschen Volkes zur Wiederherstellung seiner nationalen Einheit und Freiheit in der Welt die erforderliche Beachtung geschenkt wird“[25], ist heute das politisch-ideologische Grundanliegen der führenden Korporationsverbände, der studentischen Revanchistenorganisationen und selbstverständlich des Freiheitlichen Deutschen Studentenbundes (FDS) als Nachfolgeorganisation des BNS. Die Identität dieser Bestrebungen mit der Konzeption des aggressivsten Flügels innerhalb der CDU/CSU auf der Grundlage eines sich neu ausbildenden Chauvinismus wurde durch ein Interview des nazistischen „Deutschen Studentenanzeigers“ mit Strauß bestätigt, das das Blatt in seiner letzten Ausgabe veröffentlicht. Darin definiert Strauß die als national bezeichnete Linie in einer für die klerikalkonservativen, nationalliberal-völkischen wie faschistischen Gruppen akzeptablen Weise und erklärt zusammenfassend:

„Keine der bestehenden Parteiformationen vertritt die nationalen Interessen mit solcher Selbstverständlichkeit wie die CSU. Die ‚heimatlose Rechte‘ braucht ein enges Verhältnis zur CSU daher nicht zu scheuen.“[26]

Vor diesem Hintergrund erklärt sich auch die Farce vom Verbot des faschistischen Studentenverbandes BNS 1960/61 und der Geburt des faschistischen Studentenverbandes FDS sowie beim analogen Vorgang mit dem Verbot des Blattes „Student im Volk“, in dem bis zum Verbot das Bundesverteidigungsministerium inseriert hatte, und dem Erscheinen des „Deutschen Studenten-Anzeigers“; unterbrochen lediglich durch die übliche Semesterpause und bei Beibehaltung nicht nur der nazistischen Linie, sondern selbst des Postschließfachs und Postscheckkontos des Vorgängers. Das Blatt zählt vorwiegend Korporationsstudenten zu seinen Lesern und gehört heute zu den auflagenstärksten überregionalen westdeutschen Studentenzeitungen. Die Stellungnahme von Strauß bedeutet die Forderung nach der Eingliederung der sogenannten ‚nationalen Opposition‘ in die tragenden Verbände und Parteien im Interesse der weiteren Machtkonzentration und der Verschärfung der antidemokratischen Wesenszüge. Gerade dieser Vorgang kennzeichnet die bestimmenden Tendenzen in der Entwicklung der Korporationen. Mit dem Nationalismus untrennbar verbunden ist die militaristische Grundhaltung, die in der Bejahung der Aufrüstungs- und Aggressionspolitik, im Bekenntnis „zu dem Recht und der Pflicht zur Landesverteidigung, zu jener elementarsten aller Pflichten des Einzelnen gegenüber seinem Volk“ (CC-Erklärung 1955[27]) wie in der Pflege der soldatischen und preußischen

---

25 Student im Volk, Zeitschrift des Bundes Nationaler Studenten, Heidelberg, 3. Jg., Nr. 12, 1960-61, S. 9.

26 Deutscher Studenten-Anzeiger, Hannover, 5. Jg., Nr. 26, 1965-66, S. 5.

27 Dieter Weber, Student und Wiedervereinigung. Eine Dokumentation. Burschenschaftliche Bücherei, H. 16, Frankfurt a. M., S. 43-44.

Traditionen des deutschen Imperialismus und Militarismus zum Ausdruck kommt. Finke betont die engen und gegenseitigen Beziehungen zwischen Bundeswehr und Verbindungen. Den Spruch des Horaz „Es ist süß und ehrenvoll, für das Vaterland zu sterben" suchten Korporationen der Münchner Universität bereits 1958 als ihr politisches Programm gegen die Mehrheit der Studentenschaft zu verteidigen. Nehmen wir als repräsentative Episode die vorjährige Exkursion des CC nach Langemarck, mit der „der Soldaten von einst und der Pflichten von heute" gedacht werden sollte. „Das Vorbild der Freiwilligen von Langemarck soll uns Festigkeit geben in einer Zeit, da Opfermut und Hingabe an eine große Sache ins Lächerliche gezogen werden."[28] Es kann an dieser Stelle nicht näher ausgeführt werden, welche Anschauungen zur neueren deutschen Geschichte damit ursächlich verknüpft sind und in den Publikationen und Veranstaltungen der Verbindungen und der ihnen nahestehenden parteipolitischen u. a. Gruppen massenhaft ihren Niederschlag finden. Hier bleibt selbst für die demagogische Version vom 20. Juli 1944 nicht viel Raum.

Die Funktion des konservativ-militaristischen und des faschistischen Flügels in der Studentenschaft ist grundsätzlich mit der entsprechender Gruppen in der Bundesrepublik überhaupt identisch. Spezifisch und bemerkenswert bleibt,

1. daß sein Vorhandensein auf s t u d e n t i s c h e r Ebene noch eindeutiger die Reproduktion faschistischer Ideologie und Politik aus den h e u t i g e n ökonomischen und politischen Bedingungen beweist und

2. daß die Positionen und Funktionen der Korporationen zugleich eine relativ größere organisatorische Basis und breitere ideologische Einflußnahme auf legaler und staatlich geförderter Grundlage darstellen.

Natürlich wäre eine Vielzahl weiterer Zusammenhänge nachweisbar, nicht zuletzt jene symptomatischen terroristischen Tendenzen, wie sie verschiedentlich gegen fortschrittliche studentische Aktionen, in Marburg 1961, in Anschlägen gegen unsere Staatsgrenze, in der Solidarität mit den Terroristen in Südtirol und überhaupt mit den imperialistischen Aggressionen und den faschistischen Diktaturen unserer Zeit sichtbar werden. Schließlich verdienten auch die mittel- wie unmittelbaren Wechselbeziehungen zu faschistischen Gruppen in den Altherren und Revanchistenverbänden bzw. in Staat und Wirtschaft überhaupt sowie zu den „braunen Hochschullehrern" eine weiterführende Berücksichtigung.

Es ist unverkennbar, daß die starken inneren Bindungen und Gemeinsamkeiten in diesem sich unter angeblich nationalen Vorzeichen sammelnden verschiedenartigen Verbindungen und Gruppen auch die anderen Grundfragen des Kampfes um Frieden und Demokratie in der Gegenwart umfassen. Anders ausgedrückt: das, ‚nationale' Bekenntnis ist Synonym einer grundsätzlich antidemokratischen aggressiv antikommunistischen, und imperialistisch-militaristischen Grundhaltung. Sie stimmt innenpolitisch mit dem verstärkten Abbau der Demokratie, der Einführung der Notstandsgesetze der Gewerkschaftsfeindlichkeit dem Streben nach Verjährung der Naziverbrechen usw. überein. In den „Burschenschaftlichen Blättern" forderte ihr Schriftleiter,

„dafür zu sorgen, daß die Politik der Entschlußlosigkeit und Schwäche abgelöst wird, durch eine Politik in deutschem Interesse, eine Politik mit Selbstachtung und in dem Bewußtsein deutscher Stärke verbunden mit einer klaren und nüchternen Einschätzung unserer Kräfte."[29]

Kurz vorher hatten christlich-demokratische Studenten aus Heidelberg und Mannheim in einer Erklärung u. a. gefordert, daß

„die im Zustand der Lethargie und politischer Handlungsunfähigkeit sich befindliche derzeitige Bundesregierung künftig von einem Manne geführt wird, der sich sowohl der Bedeutung als auch der nationalen Würde Deutschlands bewußt und befähigt ist, das richtige Verhältnis zur Macht zu finden ..."[30]

---

28 Vgl. die Berichte in: CC-Blätter, Stuttgart, 79. Jg. Nr. 6, Dezember 1964, S. 169 ff.
29 Burschenschaftliche Blätter, 80. Jg., H, 3, März 1965.
30 Deutsche Nationalzeitung und Soldatenzeitung, München, 22.1.1965.

Die beiden großen katholischen Kartellverbände lehnten die Beteiligung an den Aktionen zum 1. Juli 1965 wegen des potentiellen Zusammenhangs mit der Bewegung gegen die Notstandsgesetze entschieden ab.

Die feindselige Haltung der Mehrheit der Verbindungen zu den Gewerkschaften und zur gewerkschaftlichen Betätigung der Studenten ist Ausdruck ihrer Klassenposition und ihres Gegensatzes zur Rolle der Gewerkschaften als selbständiger politischer Faktor in der demokratischen Volksbewegung und bezeichnet wahrscheinlich am schlagendsten ihre prinzipielle antidemokratische Position.[31] Folgerichtig wendet sich der RCDS gegen die gewerkschaftliche Forderung nach erweiterter Mitbestimmung als einem angeblich „manipulierten, konstruierten Anspruch der Gewerkschaften."[32] Gerade diese geistige Haltung entspricht der Vorbereitung auf die in Industrie und im Berufsleben noch vielfach vorhandenen undemokratischen Autoritätsverhältnisse und Hierarchien.

Ein wesentlicher Träger und permanente Quelle militanter Geisteshaltung und politischer Aktivität sind die revanchistischen Gruppen. Dachorganisation auf studentischer Ebene ist der Ostpolitische Deutsche Studentenverband (ODS), vormals – bis 1964 – der 1950 gegründete Verband Heimatvertriebener und Geflüchteter Deutscher Studenten (VHDS). Ihm sind Verbände wie der Schlesische Studentenverband (SSB), der Bund Ostpreußischer Studierender (BOST), der Arbeitskreis Sudelendeutscher Studenten (ASST), der Deutsch-Baltische Jugend- und Studentenring, der Südostdeutsche Studentenring und andere angeschlossen. Der ODS wie die Einzelverbände genießen höchstoffizielle politisch-moralische und materielle Förderung und entwickeln ebenfalls eine breite Veranstaltung, Schulung und Propagandatätigkeit.[33] Wie die mit ihnen vielschichtig verbundenen oder identischen faschistischen Gruppen zeugt ihre Existenz von der ständigen Erneuerung reaktionärer Bestrebungen aus den Klassen- und Machtverhältnissen in der Bundesrepublik. Anders kann ihre relative Größe und Wirksamkeit in der heutigen studentischen Generation nicht erklärt werden. Mit der Durchsetzung der revanchistischen Ideologie im studentischen Raum sehen sie ihre Aufgabe wesentlich im Kampf gegen das sogenannte Verzichtlertum von Gruppen wie dem LSD oder SHB, deren nüchterne Überlegungen zur Oder-Neiße-Grenze von ihnen immer lautstark denunziert werden. Allerdings vollziehen sich auch in diesen Gruppen teilweise bestimmte substantielle oder taktische Wandlungen, die wir nicht unbeachtet lassen dürfen.

Zusammenfassend können wir als die hauptsächlichen politisch-erzieherischen Funktionen der grundsätzlich auf dem Boden der Klassen- und Machtverhältnisse des Bonner Staates stehenden Verbindungen und Gruppen im Rahmen der angedeuteten politisch-ideologischen Ausrichtung betrachten:

l. Die politische Bildung und Erziehung ihrer Mitglieder und Anhänger entsprechend den Forderungen an die leitenden Kader in Wirtschaft und Staat.

2. Die Mitwirkung bei der maximalen Durchsetzung dieser Anforderungen unter größeren Gruppen der Studentenschaft im höheren Interesse ihrer „Formierung" d. h. ihrer allseitigen Integration in die monopolkapitalistische Ordnung.

3. Der Kampf gegen alle demokratischen studentischen Organisationen sowie Beiträge reaktionärer studentischer Gruppen zur Unterstützung entsprechender Bestrebungen außerhalb des Hochschulwesens.

---

31 Vgl. dazu die Stellungnahme des Coburger Convents gegen die Bildung einer Studentengewerkschaft, „weil der Einsatz gewerkschaftlicher Kampfmittel der studentischen Tradition widerspricht". CC-Blätter, 79. Jg., Nr. 3, Juni 1964, S. 69, sowie des Deutschen Studenten-Anzeigers gegen die Interessenvertretung des Bundeswehrsoldaten durch die Gewerkschaften. Zit. in: Jugendinformationsdienst, Wiesbaden, Nr. VI/26 vom 3.7.1965.

32 Civis. Magazin für Kultur und Politik, Bonn, H. 10, Oktober 1965, S. 7.

33 Allein in den letzten Monaten führte der Ostpolitische Deutsche Studentenverband (ODS) Hauptveranstaltungen wie seine 2. Ostseewoche in Kiel, mit der Deutschen Jugend des Ostens (DJO) im Oktober 1965 einen internationalen Jugendkongreß in München und vom 12.-21.11.1965 internationale Jugendseminare in Westberlin und in Höchst/Odenwald durch.

4. Die mittel- oder unmittelbare Hilfe bei der ideologischen Einflußnahme auf größere Bevölkerungsschichten, insbesondere unter der Jugend.

Die Existenz und Wirksamkeit dieser Organisationen unterstreicht die Berechtigung und Dringlichkeit der von Walter Ulbricht bereits 1960 über die Unterstützung der faschistischen und militaristischen Studentenvereinigungen durch den Donner Staat geäußerte Besorgnis.[34]

Neben der verhängnisvollen Existenz und Wirksamkeit des nach dem Beispiel der Wilhelminischen und weimarischen Ära wiederhergestellten Verbindungswesens und anderer studentischer Gruppen der Restauration und Reaktion, für deren eigene Mitglieder und Anhänger wir schon einige Einschränkungen getroffen haben, gibt es jedoch vor dem Hintergrund politisch relativ indifferenter Schichten der Studentenschaft auch eine Anzahl von Gruppen, in deren Tätigkeit sich die vorwärtsdrängenden Gesetze unserer Zeit widerspiegeln. Das sind vor allem der LSD, die HSU, der SHB und der SDS. Obwohl sie in der Regel im Bundesgebiet nur zwischen 1000 und 1500 Mitglieder umfassen und an den Hochschulen nicht über Massenorganisationen in der Art der Verbindungen verfügen, bestimmen sie mit konstruktiven Vorschlägen zur Innen- und Außenpolitik mit ihrer Initiative und Aktivität vielfach entscheidend das politische Bild der Studentenschaft und der studentischen Presse. Ihre Arbeit leisten sie ohne das Patronat und die Bevormundung durch Alte Herren, natürlich damit auch ohne deren Subventionen. Ihre Kongresse entbehren der Grußtelegramme von Kanzler und Präsident und der Ansprachen von Ministern und Parteiführern der Regierungskoalition. Der LSD ist der FDP zu liberal, der SPD sind die sozialistischen Studentenbünde zu sozialistisch.

Seit Jahren sind diese Gruppen mit Losungen, Forderungen und Aktionen demokratischen Inhalts aufgetreten, darunter beim Ostermarsch – gegen die Atomrüstung und Kriegspolitik, gegen die ungesühnte Nazijustiz und „braune Hochschullehrer“, in der Spiegelaffäre und gegen Strauß, gegen die SS-Leute im Verfassungsschutz und Globke und Vialon in der Regierung, gegen die Zulassung und das Wirken reaktionärer studentischer Organisationen usw. Angesichts der jüngsten Entwicklung im rechten Lager der Studentenschaft sollen hier zunächst nur wichtige Merkmale in der Entwicklung der demokratischen Kräfte in der letzten Zeit genannt werden. Worin besteht das Neue? Ich möchte drei Gesichtspunkte hervorheben:

1. Die verschiedenen Forderungen und Ziele dieser Gruppe stabilisieren sich und verlieren unnötigen und hemmenden ideologischen Ballast. Damit beobachten wir die Ansätze für ein echtes politisches Alternativprogramm innerhalb der Studentenschaft, das u. a. umfaßt: Ablehnung der Notstandsgesetze und der atomaren Aufrüstung, Abrüstung, Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, Verhandlungen mit der DDR, Verteidigung der demokratischen und humanistischen Interessen der Studentenschaft und des ganzen Volkes.

2. Die Annäherung dieser Gruppen untereinander, die bei ihren Aktionen, innerhalb des VDS sowie an den einzelnen Hochschulen immer häufiger und geschlossener als einheitliche Kraft auftreten, damit sie die aus der Zersplitterung resultierende Schwäche überwinden und ihren eigenen politischen Wirkungsgrad erhöhen.

3. Die studentische Linke nähert sich ähnlich wie der fortgeschrittenste Teil der Intelligenz, speziell der Hochschullehrerschaft, immer mehr der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften, koordiniert die politisch-ideologische Arbeit und die Aktionen und legt damit den entscheidenden Grundstein für den zukünftigen Erfolg ihres demokratischen Programms. Alle Momente lassen sich in der wichtigsten Bewegung dieses Jahres – gegen die Notstandsgesetze – am überzeugendsten nachweisen. Initiativen wie gegen die Verjährung der Naziverbrechen oder die imperialistischen Aggressionen in Vietnam und in der Dominikanischen Republik zeigen, daß diese Kräfte die Interessen der Demokratie, des Frieden und des Humanismus vertreten.

---

[34] Walter Ulbricht, Festrede anläßlich des 15. Jahrestages der Neueröffnung der Friedrich-Schiller-Universität. In: Jenaer Reden und Schriften, Neue Folge, H. 2, Jena 1960, S. 24.

Solche Entwicklungen hängen untrennbar mit den Erfolgen der DDR zusammen, deren Existenz und Entwicklung zu einem wichtigen Faktor des internationalen Lebens geworden sind und auf die geistige und politisch-moralische Entwicklung der westdeutschen Studenten Einfluß nehmen.

(Nach dem Manuskript bearbeitet).

Neu abgedruckt in: Alma Mater – Zwischen Hakenkreuz und Bundesadler. Artikel und Kommentare 1960-1970. Jenaer Reden und Schriften 1979. Friedrich-Schiller-Universität Jena, S. 54-72. [03.12.1965]

Die Deutsche Burschenschaft (OB) im Jahre 1965 – wider Ehre, Freiheit, Vaterland

Alemannia, Arminia, Cimbria, Franconia, Markomannia, Normannia, Rugia, Teutonia – verbergen sich hinter diesen und weiteren klangvollen Namen studentischer Verbindungen der heutigen westdeutschen Universitäten und Hochschulen nicht bedeutende Traditionen der Studentenschaft unserer Nation, künden sie nicht von der Bewahrung schätzenswerter Bräuche und der zeitgemäßen Fortsetzung der Losung der Jenaischen Urburschenschaft von 1815: Ehre, Freiheit, Vaterland?

Selbst der oberflächliche Betrachter wird die Frage nicht voreilig bejahen. Die Namen erinnern uns an Tiefpunkte der Entwicklung Deutschlands: Antidemokratismus, Militarismus, Antisemitismus und Nazismus. Die Deutsche Burschenschaft des Jahres 1965 ist ein Glied jenes seit hundert Jahren mehr oder weniger große Kreise der Studentenschaft umfassenden Korporationswesens, mit dem die herrschenden Klassen – die Junker, Militaristen, Monopolherren – die geistige und politisch-moralische Haltung des akademischen Nachwuchses entscheidend bestimmten. Es wird sich kaum ein größeres Verbrechen gegen unser Volk und gegen benachbarte Völker finden lassen, an dem nicht die im Ungeist des Chauvinismus und Antisozialismus erzogenen Aktiven und die Alten Herren der Korporationsverbände direkt oder indirekt Anteil hatten. Jahrelang waren sie nach 1945 durch ihre eindeutige Mitschuld an der Herrschaft und den Verbrechen des Faschismus auch in Westdeutschland verrufen. Ihr Auftreten stieß bei allen demokratischen Kräften und großen Teilen der Professorenschaft und der Studenten auf Ablehnung. Sie setzten sich durch. Heute finden sie mit allen antiquierten Formen eine nützliche Funktion im Rahmen des politischen Mechanismus des staatsmonopolistischen Kapitalismus und verdienen sich tagtäglich Wohlwollen und Förderung seitens der Staatsmänner der Bundesrepublik.

Dem westdeutschen Korporationswesen gehören neben der DB innerhalb der Dachorganisation „Convent Deutscher Korporationsverbände“ (CDK) gegenwärtig 14 weitere traditionelle Verbände, darunter der Coburger Convent (CC), der Kösener Senioren-Convents-Verband (KSCV) und der Weinheimer Senioren-Convent (WSC) an und außerhalb des CDK die katholischen Verbände, deren größte der Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen (CV) sowie der Kartellverband katholischer deutscher Studentenvereine (KV, nicht farbentragend) sind. Darüber hinaus gibt es weitere kleine und weniger bedeutende Verbindungen. Seit der fatalen Rückkehr dieser Organisationen im Rahmen des allgemeinen Restaurationsprozesses in Westdeutschland haben sie ihren Einfluß und Umfang Jahr für Jahr ausgebaut. 1963 zählten sie zusammen an den westdeutschen und Westberliner Hochschulen 64.082 aktive und inaktive Mitglieder und 162.000 Alte Herren. Damit sind nunmehr etwa 30 Prozent der männlichen Studierenden in der Bundesrepublik korporiert. L. E. Finke weist auf die trübe Perspektive, daß 1971 etwa eine Viertelmillion Alte Herren die westdeutsche Gesellschaft vor allem in leitenden Positionen durchsetzen werden:

„In der Tat, hier ballt sich etwas zusammen, ein Staat im Staate bildet sich, ein gigantischer Clan sich gegenseitig stützender, emporhievender, einander lebenslang Verschworener, der, faktisch außer Konkurrenz, eine unbedrohte Herrschaft ausübt ... Man sollte meinen, daß solche beängstigenden Aussichten alle echten Demokraten dieses Landes aufs äußerste alarmierten“.[1]

Die Fraktionen der Alten Herren durchsetzen auch Parlament und Regierung. Dem 4. Bundestag gehörten 76 Alte Herren an, davon der CDU/CSU 61, der FDP 11 und der SPD 4. Die größten Gruppen stellten darunter die katholischen Verbände KV (19) und CV (14). Unter ihnen finden sich Exponenten der extrem antidemokratischen und revanchistischen Politik in den Bundestagsparteien und der Regierung wie Adenauer, Jaeger, Krone, Höcherl und Seebohm sowie aus der Zeit des Faschismus schwerbelastete Personen wie H. Krüger und H. Conring. Die DB war in diesem Bundestag durch sieben Alte Herren vertreten, darunter die Repräsentativfiguren bundesdeutscher Demokratie H. Krüger, der im Erlebnis der Enthüllungen der DDR über seine Nazivergangenheit aus dem ersten Erhard-Kabinett ausscheiden mußte, und der durch seine Geringschätzung selbst des Bonner Grundgesetzes

[1] Lutz. E. Finke, Gestatte mir Hochachtungsschluck. Bundesdeutschlands korporierte Elite, Hamburg 1963, S. 131 f.

und die aktive Mitarbeit an der Notstandspolitik namhaft gewordene bisherige Bonner Innenminister H. Höcherl.

Der DB gehören etwa 130 Burschenschaften an, die mit je 15 an den Universitäten Westberlin und München am zahlreichsten vertreten sind. Sie zählte im Sommer 1963 reichlich 6000 aktive Mitglieder und rund 22.000 Alte Herren. Ihr Zugang nimmt allerdings seit 1956 stetig ab. Die Burschenschaften in Österreich und Chile werden als Bruderverbände betrachtet. Seit Jahren gibt es Bestrebungen zu einem Zusammenschluß mit dem Österreichischen Verband, die durch beiderseitige Beschlüsse zur Bildung eines gemeinsamen Dachverbandes im Juni 1965 in ein neues Stadium getreten sind.

Der Bruch der Deutschen Burschenschaft der Wilhelminischen, weimarischen, nazistischen und Bonner Ära mit dem gleichnamigen studentischen Verband des Vormärz ist so gründlich und vollständig vollzogen worden, daß an sich der 150. Jahrestag der Gründung der Jenaer Urburschenschaft 1965 und des Wartburgfestes 1967 keinerlei Anlaß für eine Beschäftigung mit der obskuren bundesdeutschen Studentengruppe und ihren Gönnern bietet. Es ist aus geschichtswissenschaftlichen wie aus politisch-moralischen Motiven indiskutabel, die Zusammenhänge der geschichtlichen Entwicklung nicht auf der Basis der wirklichen sozialen Bewegungen und ihrer objektiven historischen und politischen Rolle und Bedeutung, sondern nach zufälligen Namen und apologetisch ausgewählten Etiketten zu ordnen. Die gelegentliche Auseinandersetzung erscheint jedoch gerechtfertigt, da erstens die Übereinstimmung der Namen eine historische Kontinuität vortäuschen kann (die tatsächlich beansprucht wird) und zweitens die DB aus Anlaß dieser Jahrestage sich mehrfach aufdringlich zu Wort gemeldet und die selbstverständlichen Vorbereitungen dafür im traditionsreichen Jena mit unbegründeten Behauptungen und diversen politischen Angriffen begleitet hat.

Wir setzen bei dieser Betrachtung voraus, daß von den heutigen Burschenschaften wie von ihren unmittelbaren historischen Vorläufern durchaus kein originelles geistiges und politisches Profil erwartet werden kann – sie wiesen im Durchschnitt nur die jeweils herrschende konservativ-nationalliberale, völkisch-militaristische oder „christlich-demokratische“ Färbung aus. Das ist zumal bei der zahlenmäßigen und ökonomischen Vormachtstellung der Alten Herren gar nicht anders möglich. Es erklärt gleichzeitig bestimmte Variationen im politischen Programm, in den Parolen und im taktischen Verhalten. Ein offizieller, programmatischer Antisemitismus wird sich heute aus naheliegenden politischen Zweckmäßigkeitsgründen nicht mehr nachweisen lassen.

Ebenso zeitbedingt sind die heutigen Bekenntnisse zur Demokratie und Freiheit – natürlich wie man sie in Bundesdeutschland offiziell auslegt und praktiziert.

„Der Grundsatz der Ehre fordert von jedem Burschenschafter einen sittlich einwandfreien Lebenswandel. Sein Denken, Reden und Handeln soll jederzeit mit seiner Selbstachtung in Einklang stehen und die Würde jedes anderen Menschen achten und wahren. Fremde Ehre soll der Burschenschafter gleich hoch werten wie die eigene“.[2]

So steht es in den vom Burschentag 1957 beschlossenen Grundsätzen. Der heutige burschenschaftliche Ehrbegriff ist jedoch rückwärtsgerichtet und fortschrittsfeindlich. Nicht anders steht es um die Auffassung von der „Freiheit“ und vom „Vaterland“. Die geistige und politisch-moralische Haltung soll an einigen Grundfragen unserer Zeit angedeutet werden.

Wer unter den Protesten und Aktionen gegen die Verjährung der Naziverbrechen im Bonner Staat, gegen die Oberländer, Globke, Vialon und Lübke nach der Stimme der Burschenschaft sucht, wird sich vergebens bemühen. Auf dem Festkommers des Burschentages 1964 sprach ein Oskar Pfalzgraf über Weg und Ziel „von der Wartburg bis zum Brandenburger Tor“ und erklärte:

„Einige Worte zur jüngsten Vergangenheit. Die Jugend soll versuchen, sie kennenzulernen. Sie zu bewältigen, kann man von ihr nicht verlangen. Wir Älteren haben die Macht und den Glanz des Kaiserreichs erlebt und seinen Untergang im ersten Weltkrieg, die Revolution von 1918 und den verzweifelten Kampf der Weimarer

[2] Handbuch der Deutschen Burschenschaft. Im Auftrage der Deutschen Burschenschaft herausgegeben von Torsten Locher und Hans-Martin Sass, Bad Nauheim 1964, S. 81.

Republik sowohl als auch ihrer Gegner in Deutschland, unser Vaterland wieder aufzurichten; wir haben einen jahrzehntelangen, bald latenten, bald offenen Bürgerkrieg erlebt, ebenso wie den rasanten Durchbruch des Nationalsozialismus mit dem furchtbarsten militärischen, politischen und moralischen Zusammenbruch, den je ein Volk erlebt und überlebt hat. Das kann man nicht als Episode, als Wahnsinnsära eines Verbrechers abtun und aus der Geschichte ausmerzen oder einer Generation zur Last legen, wie man es in so bequemer Weise tun möchte, o nein, so einfach ist es für uns nicht gewesen und wird es nie sein".[3]

So einfach ist das wirklich nicht, in Westdeutschland die Wahrheit über 1933 bis 1945 zu sagen. Der Hamburger Theologie-Professor Thielicke referierte über „Die Phrase von der Bewältigung der Vergangenheit". Die burschenschaftliche Monatszeitung verbündete sich mit den nominell neonazistischen Gruppen und ihren Blättern wie der „Deutschen Nationalzeitung und Soldatenzeitung" und dem „Deutschen Studenten-Anzeiger" zu unverhohlenen Sympathiekundgebungen für die profaschistische Geschichtsklitterung Hoggans und Angriffen gegen Historiker wie Fritz Fischer, der in wesentlichen Fragen die Wahrheit über die Vergangenheit und die Natur des aggressiven deutschen Imperialismus vorgetragen hat. Unter dem Vorzeichen eines alten volksfeindlichen Vaterlands- und Ehrbegriffs und der chauvinistischen Verzerrung des „Nationalen" werden das kritiklose Andenken an die „heldenhaften" Taten der Wehrmacht in beiden Weltkriegen und die ihr gewidmeten alten und neuen Gedenkstätten gepflegt. Die vom Coburger Convent (CC), der mit der DB in dieser militaristisch-nationalistischen Grundhaltung übereinstimmt, am 23. bis 24. September 1964 durchgeführte Exkursion nach Langemarck dokumentierte äußerlich bisher vielleicht am anschaulichsten den Charakter und die Tragweite dieser Konzeption. Das wurde in der Einschätzung der Fahrt durch die Veranstalter und Teilnehmer bekräftigt, wonach „Langemarck immer Symbol bleiben" solle und „der Soldaten von einst und der Pflichten von heute" gedacht wurde. „Das Vorbild der Freiwilligen von Langemarck soll uns Festigkeit geben ...".[4]

Die DB, der CC und andere Korporationen leisten damit auf ziviler Ebene einen Beitrag zur moralischen Aufrüstung und psychologischen Kriegsvorbereitung auf dem gradlinigen Weg der Kriegsfreiwilligen des deutschen Imperialismus von Langemarck 1914, Spanien 1936 und Vietnam 1965.

Dagegen empören sich die Ideologen der OB bei Enthüllungen über die tatsächlichen Geschehnisse der Vergangenheit. Beispielsweise als in zwei Fällen Professoren das Rektorat nicht antraten (Frankfurt/Main und Kiel), da sie vor der Öffentlichkeit die Aufdeckung ihrer nazistischen Vergangenheit befürchteten:

„Die Kommilitonen, die sich berufen fühlen, in der Vergangenheit ihrer akademischen Lehrer zu wühlen, und das gilt besonders für einige Redakteure von Studentenzeitungen, sollten sich bewußt sein, daß sie niemand beauftragt hat, den Sittenrichter zu spielen und die ‚Entnazifizierung' zu vollenden".[5]

Es liegt in der inneren Logik dieser auf modern zurechtgemachten chauvinistischen und militaristischen Grundhaltung mit nazistischen Akzenten, daß die Stellung und Rolle der antifaschistischen Bewegung teils durch Unterschlagung und Verzeichnung, teils durch phrasenhaft-unverbindliche Pauschalerklärungen verfälscht wird. Selbst der zwiespältigen Bewegung des 20. Juli 1944 gegenüber dominiert eine ablehnende Haltung. Der „Schriftleiter" der „Burschenschaftlichen Blätter" schrieb anläßlich des 20. Jahrestages dieser Aktion, daß die bis fünf nach zwölf auf der faschistischen Seite Ausharrenden sich „ebenso ehrenhaft verhielten" wie die Antifaschisten. Und schließlich:

„Für die Bundeswehr, die in diesen Wochen wieder einmal schweren Belastungsproben ausgesetzt ist, leitet sich ab, daß der 20. Juli keinen Modellfall darstellt, der sich ohne weiteres übertragen ließe ...".[6]

Immerhin ist daran bemerkenswert, daß das politische Regime Bonns als mit dem Hitlers durchaus vergleichbar unterstellt und daraus die Frage nach dem Widerstandsrecht abgeleitet wird. Der gleiche Autor kündigte Anfang 1965 anläßlich des Jahrestages der Befreiung vom Faschismus zahlreiche Beiträge über die „Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten" und die Fortsetzung bisheriger

---

3 Burschenschaftliche Blätter, Bad Nauheim, 79. Jg., 1964, H. 7, S. 139 f.

4 CC-Blätter, Stuttgart, 79. Jg., Nr. 6, Dezember 1964. S. 169 ff.

5 Burschenschaftliche Blätter, a. a. O., H. 3, S. 31.

6 Ebenda, H. 7, S. 130.

Erörterungen über die Unschuld des deutschen Imperialismus am 2. Weltkrieg und die der Nazis am Reichstagsbrand an.

Dem geistigen und politisch-moralischen Profil der westdeutschen Burschenherrlichkeit in ihrer Stellung zur Vergangenheit unserer Nation direkt proportional ist die Haltung in den Grundfragen ihrer Gegenwart und Zukunft. Antikommunistisch bevormundet von den Alten Herren und einer Gesellschaft, deren geistige Quintessenz seit 1917/18 der Antikommunismus ist, rankt sich das heutige politische Denken um den 17. Juni 1953, um unsere solide Staatsgrenze und um die ebenso aussichtslosen wie gefährlichen Bemühungen zur Revision der deutsch-polnischen Friedensgrenze. Die leidenschaftliche Vorliebe für jene Orte und Zeiten, wo man die größten Niederlagen quittieren mußte, mutet nahezu pathologisch an. Sie gehört allerdings zu jenen Traditionen, die wir der OB keineswegs absprechen wollen und die ihren Aufmarsch am 12. Juni 1965 in Westberlin verständlicher machen.

Die Deutsche Burschenschaft, Mitglied des „Kuratoriums Unteilbares Deutschland“, ständiger Hörerkreis von Gerstenmaier, Lemmer, Guttenberg, Gradl und toleranter Partner von liberalen Ritterkreuzträgern in der Art Erich Mendes und Sozialdemokraten der Kategorie Stephan Thomas (Ostbüro), unterstützt aktiv die Bestrebungen zur Diversion gegen die DDR und zur Revision der Oder-Neiße-Grenze. Nachdem sie 1961 offiziell in den Kreis der nach Bonner Maßstäben förderungswürdigen Organisationen aufgenommen wurde und Mittel aus dem Bundesjugendplan erhält, sichert ihr diese politische Haltung auch Subventionen aus dem „Gesamtdeutschen“ Ministerium. Der CSU-Bundestagsabgeordnete Guttenberg verkündete auf der Burschenschaftlichen Woche 1961 das „nationale“ Programm der Ultras:

„Ziel und Auftrag der Außenpolitik muß das Ende des DDR-Regimes ohne Kompromisse sein ... Die Bundesrepublik ist Deutschland, und neben ihr gibt es kein anderes Deutschland“.[7]

Damit wurde der aggressive politisch-ideologische Inhalt des heutigen Vaterlandsbegriffes der DB umrissen. Im Zusammenhang mit der Perspektivlosigkeit dieser chauvinistisch-revanchistischen Politik gibt es in den burschenschaftlichen Gruppen in den letzten Jahren um diesen Vaterlandsbegriff einen Streit. Eine Strömung tendiert zu einer völkisch-nationalistischen Bestimmung, die die revanchistischen Ansprüche auf die früheren deutschen Ostgebiete, Südtirol und Österreich unmittelbar begründen und rechtfertigen soll. Eine andere Richtung betont die staatliche Seite des Begriffes und urteilt insofern etwas realistischer, allerdings auch ohne auf Gebietsforderungen und den aggressiven Bonner Alleinvertretungsanspruch zu verzichten. Gegenüber der DDR dominiert die Unfähigkeit zu einer annähernd realen Beurteilung des Kräfteverhältnisses und der Grenzen des deutschen Imperialismus in der Gegenwart. Symptomatisch dafür ist, wie die „Burschenschaftlichen Blätter“ in ihrer Aufmachung wie im Inhalt den 17. Juni und die Staatsgrenze der DDR strapazieren, um ihre Mitglieder im Sinne eines militanten Antikommunismus zu beeinflussen. Die DB begrüßt und unterstützt solche gefährlichen und völkerrechtswidrigen Provokationen wie die Bundestagssitzung im April 1965 in Westberlin und die gegen die Passierscheinabkommen gerichtete Tätigkeit der Agentenzentralen. Sie ist ein entschiedener Gegner echter sachlicher und gleichberechtigter Gespräche zwischen beiden deutschen Staaten, ein Gegner der Abrüstung und Entspannung. Das schließt die Forderung nach „Kontakten“ nicht aus. Sie sollen nur „rein menschlich“ sein, da sie dem ganz und gar „unpolitischen“ Anliegen der Einverleibung unserer Republik und weiterer Gebiete in den Herrschaftsbereich des westdeutschen Imperialismus vorarbeiten sollen. Diese Absichten werden bei jeder sich bietenden Gelegenheit unverhohlen ausgeplaudert.

Ebenso uneingeschränkt stehen die Burschenschaften hinter dem staatsoffiziellen Revanchismus und identifizieren sich mit seinen extremsten Wortführern und Zielstellungen. Vielfach bekennen Einzelverbindungen diese Grundhaltung durch ihre Bezeichnung nach Universitätsstädten, die außerhalb des Staatsgebietes liegen, in dem diese Korporationen zugelassen sind. Regelmäßig greifen sie Forderungen anderer studentischer Gruppen wie des Liberalen Studentenbundes (LSD), des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) oder des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB)

7 Frankfurter Rundschau, Frankfurt a. M. vom 28. 4. 1961.

nach einer Überprüfung der Stellung zur Oder-Neiße-Grenze oder nach deren Anerkennung an. Ihre Ideologen verurteilen solche zaghaften studentischen Mahnungen zu einer realistischen Haltung als „Verzichtspolitik“. In einem Beschluß zur Oder-Neiße-Grenze wandte sich der Burschentag 1957 „mit Bedauern und großer Besorgnis“ gegen die „Verzichtserklärungen“ und bekannte sich zu einer „Neugestaltung der Verhältnisse in Mitteleuropa“. Der Burschentag 1963 bekräftigte den Standpunkt, die Oder-Neiße-Grenze nicht anzuerkennen. Damit soll die studentische Opposition gegen den gefährlichen revanchistischen Kurs im Interesse der herrschenden Kreise bekämpft werden. Die Übereinstimmung mit den neonazistischen Gruppen äußert sich darüber hinaus insbesondere in der politisch-moralischen Unterstützung für die antiitalienischen Terroristen in Südtirol und die engen Bindungen zu den Burschenschaften in Österreich, von denen eine 1963 wegen Terrorismus verboten und aufgelöst wurde. Die Auflösung wurde seitens der DB mit Protest quittiert. Die DB gehört wie andere Korporationen zum Typus jener Massenorganisationen in der Bundesrepublik, von denen W. Markiewicz zutreffend feststellte, ihr Programm unterscheide sich

„nur in der Form von den ideologischen Grundsätzen, die die Extremisten verbreiten, während der sozialpolitische Inhalt gänzlich identisch ist. Es ist nämlich ein Programm des nationalistischen Revisionismus und Revanchismus. Beide Organisationstypen ergänzen sich gegenseitig vortrefflich, und gemeinsam bilden sie eine fürchterliche Macht“.[8]

Stellen wir zunächst grundsätzlich fest:

1. Die Deutsche Burschenschaft des Jahres 1965 hat mit den nationalen und freiheitlichen Traditionen der Jenaer Urburschenschaft und des Wartburgfestes von 1817 nichts gemein.

2. Die burschenschaftliche Parole von 1815 „Ehre, Freiheit, Vaterland“ ist von diesen Gruppen ihres ursprünglich fortschrittlichen Gehalts völlig entleert und seit Jahrzehnten apologetisch in den Dienst einer antinationalen und volksfeindlichen Politik gestellt worden.

3. Die Restauration und Existenz des bundesdeutschen Korporationswesens ist eine Ausdrucksform des Bankrotts der Bildungs- und Erziehungsziele der bürgerlichen Gesellschaft in ihrer heutigen Entwicklungsphase. Die Korporationen sind nach ihrer Geschichte, ihrer sozialen Stellung und Funktion, ihrer Ideologie wie ihrer undemokratischen Struktur ungeeignet, in unserer Epoche Träger irgendwelcher progressiver und zukunftsträchtiger Ideen und Ziele zu sein oder zu werden.

4. Alle Bestrebungen zur Herbeiführung einer Wende in der Bundesrepublik zugunsten des Friedens, der Vernunft und der Humanität müssen gegen den Widerstand der herrschenden Reaktion und ihrer Organisationen – darunter der Korporationen – geltend gemacht und verwirklicht werden. Unsere Sympathien gelten jenen progressiven Kräften in der Jugend und Studentenschaft, die – wie beim Ostermarsch – keine Mühe und keine Opfer scheuen, für die echten nationalen Lebensinteressen einzutreten. Eine der Gemeinsamkeiten, die uns verbinden, ist die Tradition der patriotischen und freiheitsliebenden Studenten von 1815.

*

Der anachronistische Aufzug der DB und ihres Altherrenverbandes im Juni 1965 in Westberlin hat die erhabene Größe dieser „nationalen“ Bewegung anschaulich demonstriert: Unter den Besatzungstruppen für die Freiheit der Aufrechterhaltung dieser Besatzung eintretend, „vaterländische“ Forderungen nach wilhelminischem und nazistischem Vorbild mit der kitschigen Ausrüstung schlechter Revuefilme untermalend und dem gemeinen Volk die Schmisse zur Schau tragend, mit denen gegenseitig das Elitebewußtsein eingebleut wurde. Neben dem Burschen- und dem Altherrentag bildeten der Festakt und der Festkommers am 12. Juni 1965 die Höhepunkte der Veranstaltungsreihe.

---

8 Dr. W. Markiewicz, Die Förderung des Nazismus und des Nationalismus in der Bundesrepublik. In: Protokoll des Internationalen Wissenschaftlichen Kolloquiums in Potsdam-Cecilienhof vom 14. bis 16. Juni 1965: Das Potsdamer Abkommen und das Problem der europäischen Sicherheit. Dokumentation der Zeit, Berlin, 17. Jg., 1965, H. 338, S. 58.

Der programmatische Charakter des Spektakulums verleiht den Kundgebungen und Entschließungen der Westberliner Tagung repräsentativen Charakter. Vom Grußschreiben des Staatsoberhauptes bis zu den Protesten einzelner demokratischer, verantwortungsbewußter Studentengruppen und Publizisten, vom militanten Auftreten der Burschenschaftsvertreter bis zum irrationalen Exkurs des Theologen Thielicke ergibt sich ein komplexes Bild der geistigen Substanz und der politischen Funktion der DB im Jahre 1965 und ihrer Konzeption für die nächsten Jahre. Es erleichtert die Analyse der Position wie der Zielsetzung und ermöglicht, hinter der „geschändeten Tradition" die „Tradition der Schande" (Spandauer Volksblatt), hinter Phrasen die Absichten und hinter ungewöhnlichen Kostümen bekannte Uniformen nachzuweisen.

Der Kreis der Gratulanten und Gäste charakterisierte den Platz der DB im bundesdeutschen Gesellschaftsleben. Aus eigennützigen politischen Motiven und nur teilweise mit zaghaften Einschränkungen akzeptierten sie den Anspruch dieser Verbindung auf die Burschenschaftstraditionen des Vormärz. Ansprachen auf dem Festakt hielten Dr. Mende, Vizekanzler und Minister für „gesamtdeutsche Fragen" namens des Bundeskanzlers, der Bundesregierung und der FDP, Willy Brandt namens des Westberliner Senats und der SPD, Dr. Gradl als Vertreter der CDU/CSU und des Bundestages, der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Prof. Dr. Rudolf Sievers, der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS), Uwe Janssen, und der Theologe Professor D. Dr. Thielicke. Bundespräsident Lübke und Bundeskanzler Erhard sandten Grußschreiben.

Am 14. Juni 1965 empfing Lübke in Bonn eine dreißigköpfige Delegation der DB und erläuterte ihr „seine Einstellung":

„Die Burschenschaft hat nach ihrer Überlieferung vaterländischen Zielen zu folgen. Sie hat sich erneut zu diesen Zielen bekannt. Was sie leistet, ist für uns alle von Bedeutung. Möge sie daran festhalten! Das wird nicht leicht sein, schon weil die Burschenschaft, wie wir alle, Fehler machen wird. Ein ehrliches Bemühen aber bleibt nie ohne Ergebnis. Meine guten Wünsche begleiten das Wirken der Burschenschaft".[9]

Die DB-Delegation zeigte sich durch die Worte „von einem Manne, dem der altpreußische Pflichtbegriff so selbstverständlich ist" wie von der ihn umgebenden „Alt-Bonner Millionärsherrlichkeit und -behaglichkeit" außerordentlich beeindruckt.[10]

Am Empfang des Bundespräsidenten nahmen Vertreter der drei Bundestagsparteien, die zugleich MdB und Mitglieder des Verbandes alter Burschenschafter (VaB) sind, teil. In Westberlin wurden bei der Eröffnung des Festaktes zahlreiche MdB, Vertreter der Regierungen und Landtage der Bundesländer, des Westberliner Senats und Abgeordnetenhauses, der oberen Gerichte und Behörden der Bundesrepublik, der Revanchistenverbände, des „Kuratoriums Unteilbares Deutschland", der anderen Korporations- und Altherrenverbände sowie von einigen Allgemeinen Studentenausschüssen (ASTA) und Studentenparlamenten begrüßt.

Der seit den Nachkriegsjahren vollzogene Wandel in der gesellschaftlichen Stellung der DB und der Korporationen wurde mit diesem Aufgebot so evident, daß sich einige Redner um eine apologetische Deutung dieses Faktums bemühten. Nach Gradl steht das Grundrecht der Vereinigungsfreiheit „vor allen Diskussionen Uber Wert und Unwert von studentischen Verbindungen".[11]

Der heutige Bundestag sei mit dem von 1819 nicht vergleichbar. Tatsächlich beweist der historische Vergleich bei einer wissenschaftlich-kritischen Beurteilung das Gegenteil, da die Politik des Deutschen Bundestages von 1819 wie von 1965 sich sozialökonomisch auf die restaurativen, konservativen und fortschrittsfeindlichen Kräfte stützt, nachweisbar damals wie heute sich gegen patriotische

---

9 Burschenschaftliche Blätter, 80. Jg., 1965, H. 9, S. 173.

10 Ebenda, S. 174. Vgl. über Heinrich Lübke und seinen „altpreußischen Pflichtbegriff" die Enthüllungen über die Vergangenheit des KZ-Bauführers und Bundespräsidenten. In: Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik. Staat, Wirtschaft, Armee, Verwaltung, Justiz, Wissenschaft Hrsg.: Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Dokumentationszentrum der staatlichen Archivverwaltung der DDR, 2. Auflage, Berlin 1965, S. 40 f. sowie die neueren Enthüllungen Anfang 1966. In: Neues Deutschland, Berlin, Januar und Februar 1966.

11 Burschenschaftliche Blätter, a. a. O., H. 7-8, S. 146.

und historisch progressive Bestrebungen richtete und deren Träger der Verfolgung und Diskriminierung aussetzte. Der Vorsitzende des VDS, Janssen, selbst einer Verbindung der DB angehörend, unterzog in seiner Ansprache die frühere richtige Ablehnung der Korporationen durch den VDS einer Kritik. In bemerkenswerter terminologischer Übereinstimmung mit Gradl entdeckte er, „daß es der Studentenschaft nicht zustehe, über Wert oder Unwert von Vereinigungen zu befinden ...“.[12] Die Glückwünsche und Dankesworte der Repräsentanten des westdeutschen Staates und der Regierungsparteien offenbarten, welchen Wert die Existenz und Wirksamkeit der Verbindungen im allgemeinen und der DB im besonderen für die antikommunistische Agitation, für die „staatspolitische Erziehung“ und im Hinblick auf den Kampf gegen demokratische und pazifistische Bestrebungen in der Studentenschaft besitzen. Klaus R. Allerbeck schrieb in bezug auf die Gäste- und Rednerliste und die Ansprachen vom „grassierenden Phänomen der politischen Prostitution“. Es äußere sich auch darin,

„daß sie alle, alle kamen: der Regierende Bürgermeister von Berlin und Vorsitzende einer Partei, die 1954 in Berlin beschloß, die Mitgliedschaft in ihr und einer schlagenden Verbindung sei nicht vereinbar; der Rektor der Freien Universität Berlin, die die Zulassung schlagender Verbindungen ablehnt, die durch ein Verwaltungsgerichtsurteil gezwungen werden mußte, Waffenstudenten überhaupt zuzulassen; der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, der nach eigenen Worten ‚kein Anhänger der Bestimmungsmensur‘ ist, und dennoch den Burschenschaften nachsagt, ‚Werte zu pflegen, die heute im Massenbetrieb der Hochschule gar nicht hoch genug eingeschätzt werden können‘“.[13]

Die Durchführung der militaristisch-nationalistischen Kundgebungen der DB „in dieser Stadt, unter dem Schutz der drei Alliierten“ (Brandt) war bereits ein Teil der aggressiven politischen Konzeption ihrer Veranstalter, insofern selbst gegen elementare Interessen der alliierten Mächte gerichtet. In der Eröffnungsansprache von Dr. K. Asche wurde das Motiv der Wahl Westberlins als Kundgebungsort unterstrichen und die Rückkehr nach Jena als Ziel der Tätigkeit der DB proklamiert. In Jena wurde jedoch nicht nur längst der Schutt des Germania-Hauses beseitigt, sondern auch das Fundament liquidiert, dem jahrzehntelang dieser und anderer Schutt zu danken war.

Der publizistische Reflex auf die Veranstaltungen vervollständigt in symptomatischer Weise das Bild ihrer politisch-ideologischen Substanz und Funktion. In glänzender Übereinstimmung entdeckten sich die „Frankfurter Allgemeine“ („der idealistische Schwung“ der Korporationen, 11.6.1965), die „Welt am Sonntag“ (die „Eigenwilligkeit studentischen Lebens“, 6.6.1965) und die „Deutsche Nationalzeitung und Soldatenzeitung“ („Man sieht, daß es auch heute wieder politische Ziele und Ideale gibt“, 25.6.1965). Schärfere Proteste gegen den zum Staatsakt gewordenen Aufzug, wie ihn beispielsweise das „Spandauer Volksblatt“ unter Bezugnahme auf einen unbequemen Kritiker innerhalb der DB formulierte, blieben vereinzelt:

„Aber diese einsame Stimme ging unter im Klirren der Schläger und im Gegröle der Kneipen, in deren Bierdunst weiter an einer angeblich 150jährigen Tradition geklittert wird, die in nichts anderem als in der Überlieferung eines alten Namens besteht“.[14]

Der apologetische Anspruch wie die Notwendigkeit, den diametralen Gegensatz zwischen dem historischen Anlaß und Ursprung und dem politischen Programm der Gegenwart scheinbar zu überbrücken, setzt die Geschichtsfälschung voraus. Je ärger sie betrieben, um so lauter wird sie den Kommunisten vorgeworfen. Die marxistisch-leninistische Beurteilung der tatsächlichen geistigen und politischen Traditionen der heutigen DB und des Korporationswesens überhaupt sowie des Charakters und der Ursachen ihrer Restauration nach 1945 stimmt in allen wesentlichen Elementen mit der ihrer früheren und gegenwärtigen gewerkschaftlichen, sozialdemokratischen und bürgerlich-demokratischen Kritiker in der Bundesrepublik überein. Sie wird durch die politische Praxis jener ersten Nachkriegsperiode Westdeutschlands bestätigt, in der die Interessen und der Wille des Volkes und besonders der antifaschistisch-demokratischen Kräfte noch nicht in dem heute erreichten Umfang aus dem öffentlichen Leben verdrängt worden waren.

---

12 Ebenda. S. 150.
13 Liberale Studentenzeitung (LSZ), Bonn, Jg. 14, Nr. 5, Juli 1965, S. 12.
14 Spandauer Volksblatt, (West-) Berlin, 20. Jg., Nr. 5784 vom 12.6.1965.

Dem Dilemma zwischen historischer Wahrheit und politischem Anliegen wurde von den Rednern übereinstimmend durch Ignoranz“ Verzerrung oder offene Fälschung, differenziert höchstens in der Argumentation und im Stil des Herangehens, begegnet. Janssen begrüßte die Berufung auf den „historischen Ursprung“ statt auf die „späteren Zeiten und manches, was in ihnen wenig erfreulich war“.[15] Sass erklärte: „Die Aufgabe unserer Generation ist nicht die Bewältigung der Vergangenheit; wir haben keine Vergangenheit ...“.[16] Seine Berufung auf 1815 widerlegte die dreiste Behauptung. Die Vergangenheit der DB war „nicht immer frei von Irrtum und Verstrickung“ (Lübke); „Es gibt helle Seiten und es gibt dunkle Seiten“ (Gradl); „Tradition mit Höhen und Tiefen“ (Brandt); „daß mit Gerechten und Ungerechten auch die Burschenschaft in der Dunkelheit versank“ (Asche). Die „exemplarische Untertreibung“ (Spandauer Volksblatt) stand hoch im Kurs.

Vizekanzler Mende verzichtete auf jegliche Einschränkung:

„Mögen daher die deutschen Burschenschaften in der Pflege der beiden Begriffe Freiheit und Vaterland und in einer sinnvollen Tradition weiter jenen Idealen dienen, die sie 150 Jahre zum Inhalt ihrer so erfolgreichen studentischen Arbeit gemacht haben“.[17]

In dieser Eindeutigkeit und Kritiklosigkeit befand er sich an der Seite der nazistischen Kommentatoren des Treffens, die den politischen Sinn der geschichtlichen Verfälschungen so bestimmten:

„Es geht um das völkische Erbe, um Enge und Weite des Deutschen Vaterlandes ‚soweit die deutsche Zunge reicht‘, wie es die Mehrheit des ‚Burschenschaftlichen Verbandes‘ will“.[18]

Zutreffend stellten bürgerliche Kritiker fest, daß keiner der Redner aus der Würdigung die verhängnisvollen Jahrzehnte herausnahm und daß sich die Sprecher drehten und wandten, um die Rolle der Burschenschaften zwischen 1918 und 1935 darzustellen.[19] H.-M. Sass unternahm den untauglichen Versuch, den Grundfragen unserer Nation in Vergangenheit und Gegenwart als einem Generationsproblem zu begegnen und die Analyse der klassenmäßigen und historischen Voraussetzungen der heutigen politischen Konzeption unmöglich zu machen. Das hinderte ihn gleichzeitig nicht, die „altpreußische Tugend“ zu beschwören. Auch Asche ging es um solche preußischen „Tugenden“ wie die „Opferbereitschaft“, die „uneingeschränkte Integrität des Einzelnen in diesem Dienst“, „die selbstlose Hingabe ... um der Sache willen“ und das „Gefühl für nationale Würde“.[20] In der Tat: „Nichts war verräterischer als das Vokabular der meisten Redner“.[21]

Die Unterschlagung und willkürliche Interpretation historischer Tatbestände waren der politisch-ideologischen Rechtfertigung und Unterstützung der offiziellen Politik der herrschenden Kreise der Bundesrepublik untergeordnet. Die stärkere Akzentuierung chauvinistischer Auffassungen und Ziele, die „europäisch“ und weltpolitisch bereichert erscheinen sollen, kam den Repräsentanten des Bonner Staates und ihrer politisch-ideologischen Konzeption im gleichzeitigen Bundestagswahlkampf sehr gelegen. „Es geht um Deutschland“ lautete ein Wahlslogan der CDU/CSU für die Propagierung ihrer antinationalen Politik. Die Ausführungen von Mende über das „Nationalgefühl“ und seine Forderungen nach einem „neuen geläuterten Patriotismus“ wurden von einer willfährigen Presse bereitwillig und auffällig unterstrichen. H. Thielicke. hatte bereits zur Vorbereitung des Westberliner Aufmarsches einen Kommentar geschrieben, in dem er den aggressiven politischen Gehalt der Symbole des Bonner Staates – speziell der Staatsflagge – interpretierte und damit auch den völligen Bruch mit dem Schwarz-Rot-Gold von 1815 und 1848 bestätigte. In seiner Rede am 12. Juni 1965 trug Thielicke mit

---

15 Burschenschaftliche Blätter, a. a. O., S. 151.

16 Ebenda, H. 9, S. 169.

17 Ebenda, H. 7-8, S. 142.

18 Deutsche Nationalzeitung und Soldatenzeitung, München, vom 25.6.1965.

19 Vgl. die Artikel „Alter Ungeist und politische Prostitution“, Liberale Studentenzeitung, a. a. O. „Fünf Tage Mummenschanz“, Spandauer Volksblatt vom 15.6.1965. Im letzten wurde auch der freche Ausfall Asches gegen die Kritik der Korporationen kommentiert: „... wie stark man sich schon wieder fühlt, demonstrierte Herr Dr. Asche von der Jenaischen Burschenschaft Germania zu Göttingen, indem er alle Kritiker schlankweg in die Reihe der Verfolger von Metternich bis Hitler stellte.“

20 Burschenschaftliche Blätter, a. a. O., S. 140.

21 Spandauer Volksblatt vom 15.6.1965.

Betrachtungen zur Hymne des Dritten Reiches und seiner Nachfahren in Bonn entsprechenden Diskussionen und Stimmungen der jungen und alten Burschenschafter Rechnung, die gleich den ihnen nahestehenden bzw. mit ihnen identischen Kreisen der faschistischen „Nationaldemokratischen Partei“ mit dem Gesang der drei Strophen des „Deutschlandliedes“ ihre spezifisch völkisch-militaristische Position kennzeichnen.[22]

In einer Entschließung zum Burschentag 1965 wurde die aggressive nationalistisch-militaristische und revanchistische Position der DB erneuert und bekräftigt. Die DB fordert die früheren deutschen Ostgebiete zurück. Sie fordert die „Selbstbestimmung“ im Sinne der Verwirklichung dieser revanchistischen Konzeption. Sie fordert Zugeständnisse für die Terroristen in Südtirol. Sie unterstreicht ihre Kompetenz für Bundesdeutschland und Österreich. Die revanchistisch-antikommunistische Agitation erreichte vor allem in den Beiträgen von Gradl, Asche, Sass, Thielicke und Bettermann Goebbelssche Aggressivität und Primitivität. Angesichts der substantiellen Schwäche der antinationalen Konzeption nahmen verschwommene Appelle an den „Wiedervereinigungswillen unserer Jugend“ (Mende), die „Willenskraft und Selbstbehauptungskraft eines Volkes“ (Gradl) und die „Kunst, sich Ideale leisten zu können“ (Thielicke) einen wichtigen Platz ein. Sie ergänzten sich mit Drohungen und Durchhalteparolen. Die Gegner der revanchistischen Forderungen, so erklärte Gradl, würden „nachgeben, wenn sie einsehen müssen, daß der Wille der Deutschen nicht erlahmt, sondern unaufhaltsam wird“.[23] Dieses Konzept liegt den Anstrengungen der CDU/CSU zur revanchistischen und nationalistischen Aufputschung der westdeutschen Bevölkerung zugrunde. Sass forderte von der Bundesregierung, „daß sie die andern Völker, die Feinde und die Freunde, eindeutiger und hartnäckiger zwingt“, die verhängnisvolle Politik Bonns zu unterstützen.[24]

Die letzten Konsequenzen dieser geistigen und politischen Haltung blieben zunächst noch dem Berichterstatter der „Deutschen Nationalzeitung und Soldatenzeitung“ vorbehalten:

„Der Verfasser, zwar nicht Burschenschafter, aber doch Waffenstudent, möchte das ‚Vorsterben‘ als Kern oder Gipfelpunkt der burschenschaftlichen Ideale – wie natürlich des gesamten, so verlästerten Waffenstudententums – bezeichnen und damit die Frage stellen: „Was könnte größer sein als das Opfer, die Hingabe des Lebens für die Gesamtheit, für Volk und Vaterland?“[25]

Für die Monopole zu sterben – wie 1914/1918 und 1939/1945 – das ist in der Tat die Quintessenz des 12. Juni 1965 in Westberlin. Thielicke sprach in seiner Rede „über den Ruin und das Wiedererstehen der Ideale“ – so läßt sich die nazistisch-militaristische Restauration auch umschreiben – ebenfalls über den „Heldentod“. Aus der Tatsache, daß eine Reihe irregeführter Deutscher glaubte, ebenso für die Nation und das Volk wie für die eigene Familie zu kämpfen und zu sterben, zog Thielicke praktische Schlußfolgerungen für die politisch-ideologische Formung des Bundeswehrsoldaten:

„Auch für das Ethos auch des heutigen und des kommenden Soldaten wird es m. E. ganz entscheidend sein, daß eine Kampfbereitschaft nicht nationalistisch, aber auch nicht bloß utopisch menschheitlich und im ersten Stadium vielleicht nicht einmal europäisch bestimmt wird, sondern daß wir an seine opferbereite Liebe zu Weib und Kind, Freunden und Kameraden, also an jene personale Fülle unseres Lebens appellieren, und von hier aus – aber nicht unter Umgehung dieser Zone – den jungen Soldaten weiterführen, auch an jene ‚generellen‘ Werte heran“.[26]

Diese „theologischen“ Offenbarungen fügen sich in das Weltbild und Konzept der DB ein und bestätigen zugleich die tiefe Kluft zwischen den Interessen der herrschenden Monopole und Militaristen und denen des Volkes sowie die daraus entspringende unzureichende Anziehungskraft der antikommunistischen Kreuzzugsparolen.

---

22 Vgl. die Feststellung eines Redners in einer Versammlung der „Nationaldemotischen“ Partei: „Die sich heute wieder um die Fahne scharen, sind jene, die wieder die drei Strophen des Deutschlandliedes singen.“ Nach dem Bericht in: die tat, Frankfurt a. M. vom 29.5.1965.

23 Burschenschaftliche Blätter, a. a. O., S. 146.

24 Ebenda, H. 9, S. 168.

25 Deutsche Nationalzeitung und Soldatenzeitung, vom 25.6.1965.

26 Burschenschaftliche Blätter, H. 7-8, S. 155.

Einigen Eingeständnissen über reale Veränderungen der historischen Voraussetzungen und des Kräfteverhältnisses konnten sich die Redner jedoch nicht entziehen. Teilweise dienten sie nur dem Anliegen, den Rufen nach dem Engagement und der Opferbereitschaft genügenden Nachdruck zu verleihen. Gradl forderte auf, die Hoffnung im Willen zu suchen – gegen die „Ungunst der Umstände", um „den Weg durchzustehen" bis zur Erreichung der verkündeten Ziele.[27] Während des Kommerses erklärte Dr. K. Rehn zur Schwierigkeit der Aufgabe:

„Schwer deshalb, weil wir nicht mehr aus eigener Kraft das äußere Schicksal Deutschlands wenden können, und darüber hinaus nicht einmal sein inneres Bild beherrschen. Worauf stellen wir uns, was kann uns die Richtung weisen?"[28]

Thielicke sann über das „lähmende Unbehagen, das trotz allen Komforts über unserer Generation liegt".[29] Die Feststellung war ihm jedoch nicht Ausgangspunkt für den Versuch einer rationalen Erklärung historischer, sozialökonomischer und geistiger Wurzeln des Phänomens, sondern im Gegenteil Anlaß zur Meditation und irrationalen Mystifizierung. Die Entschließung zum Burschentag versucht, den Eindruck des Vorhandenseins einer konstruktiven programmatischen und politisch-taktischen Konzeption in der Deutschlandfrage zu erwecken. Danach bekenne sich die Deutsche Burschenschaft zur „politischen Vernunft", gegen „Vorurteile" und stelle sich „den Anforderungen der Gegenwart":

„Sie sieht heute wie zur Zeit ihres Entstehens ihre vornehmste Aufgabe darin, für die Einigkeit und Freiheit des deutschen Vaterlandes zu wirken. Eine demokratische, rechtsstaatliche und soziale Ordnung ist für sie die Grundlage menschlichen Zusammenlebens".[30]

Alle politischen Zielsetzungen in der Entschließung wie in den Reden widersprechen dieser Deklaration und verkehren sie in ihr Gegenteil. Das Programm, die Ideologie und die politische Praxis der DB sind friedensfeindlich, antinational und antidemokratisch. Gemessen an den historischen Veränderungen und dem Kräfteverhältnis in Europa und in der Welt ist ihre Konzeption verhängnisvoll, gleichzeitig jedoch auch aussichtslos. Die DB des Jahres 1965 besitzt keine nationale Konzeption und kann sie von ihren Voraussetzungen, ihrer Struktur und ihrer Funktion her auch künftig nicht besitzen. Ihre Mitglieder haben höchstens individuell die Möglichkeit, dieser Organisation und ihren Bestrebungen den Rücken zu kehren und sich den wachsenden demokratischen und friedliebenden Kräften anzuschließen. Diese Entscheidung setzt ein hohes Maß an Einsicht und persönlichem Mut voraus, sie ist jedoch die einzige echte Alternative und Lösung. Der auf der Westberliner Tagung unterdrückte und kaum sichtbar gewordene innere Streit in der DB deutet die Widersprüche und möglichen Konfliktstoffe an, die für einzelne oder Gruppen durchaus zum Ausgangspunkt wirklichen historischen und politischen Verständnisses unserer Zeit werden können.

Die Stellungnahmen und Aussagen der DB während ihrer Veranstaltungen in Westberlin zu Grundfragen unserer Epoche werden auch durch die mit Schweigen übergangenen Themen charakterisiert. Das betrifft die vom westdeutschen Imperialismus unterstützten Aggressionen der USA gegen Vietnam und die Dominikanische Republik sowie aggressive Akte beider imperialistischer Staaten gegen andere Völker, die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik, das Abrüstungsproblem sowie die Notstandsgesetzgebung. In diesen und anderen Fragen ist die Übereinstimmung mit der Politik der Bundesregierung und der CDU/CSU vollkommen bzw. es wird für inopportun gehalten, zu diesem Zeitpunkt weitergehende Forderungen öffentlich zu erheben.

In diesem Zusammenhang muß auch das Auftreten von Thielicke und Settermann berücksichtigt und beurteilt werden. Der Hamburger Theologe wie der Westberliner Staatsrechtler appellierten an die militante Haltung der Burschenschafter und riefen sie auf, innerhalb der westdeutschen Studentenschaft führende und bestimmende Positionen zu erobern.

---

27 Ebenda, S. 146.
28 Ebenda, H. 9, S. 157.
29 Ebenda, H. 7- 8, S. 152.
30 Ebenda, H. 9, S. 172.

„Vollends irrational und erschreckend geriet der Festvortrag von Professor Thielicke ... Da wurde die ungehemmte Pressefreiheit angegriffen, für das gesamte Deutschlandlied als Nationalhymne plädiert, der große Wert der Begriffe Vaterland, Freundschaft, Autorität gefeiert. Es war ein Vortrag, der vom Verfall des Intellekts zeugte, ein seraphisches Plädoyer für die völkische Gemeinschaft ...“.[31]

Der in seiner Person exemplarische „Verfall des Intellekts“, der sich bedingungslos in den Dienst einer antihumanen und antinationalen Politik stellt, äußerte sich in seiner ausdrücklichen Aufforderung zur Toleranz gegenüber nazistischen und militaristischen Bestrebungen in der Bundesrepublik:

„Wer aus Angst vor dem Unkraut an jedem Hälmchen herumtastet, kaum daß es seine Spitze aus dem Erdreich reckt, der jätet wider Willen, ja auch den Weizen in spe mit aus! ... Wer aus Angst vor den Unkrautidealen immer dagegen wettert, kann auch die Weizenideale nicht aufkommen lassen, der rechnet nicht mit dem Herrn der Erde, der uns den Gleichmut und die Gelassenheit von freien Kindern gibt, weil Er es ja ist, der königlich über seinen Feldern wacht; der verfällt dem Sorgengeist und dem Krampf moralischer Seelen ... Und wer Großes will, der will ja gar nicht nur, sondern den peitschen auch seine Leidenschaften. Träume aber, die ständig kontrolliert und mit Ordnungsrufen bombardiert werden, die nicht frei ausströmen können, sind ja keine Träume, sondern angstvolle Krämpfe“.[32]

Diese Worte eines Helfers „in diesen Jahren des Suchens und Tastens“ (Asche) lassen den „Gleichmut und die Gelassenheit“ auf der Anklagebank des Auschwitzprozesses, unbeeindruckt vom „Krampf moralischer Seelen“, verständlicher werden.

Legte Thielicke die ideologisch-strategische Plattform dar, so umriß der Professor für Staatsrecht an der „Freien Universität“ Westberlin, K. A. Settermann, das politisch-taktische Konzept für die Aufgaben der DB an der Frontstadt-Universität. In seiner „fanatischen Rede“ (Spandauer Volksblatt) während des Festkommerses ergänzten sich die Angriffe gegen die legitime Studentenvertretung mit dem Aufruf zur Durchsetzung der militanten Positionen der schlagenden Verbindungen. Bettermann entsprach damit sowohl den Erwartungen der herrschenden Kreise an die Betonung der spezifischen Funktion des Brückenkopfes Westberlin innerhalb der Vorwärtsstrategie als auch den Prätentionen der DB u. a. Verbindungen wie ihrer Altherrenverbände. Das Grundanliegen von Lübke bis zu Bettelmann bezog sich auf ihre Pläne zur staatsbürgerlichen Erziehung und Bindung der studentischen Jugend. Thielicke hatte es noch vor dem Treffen so formuliert:

„Es scheint wirklich alles darauf anzukommen, daß wir und daß vor allem unsere Jugend dieses Ja zu unserem Staat in all seiner Vorläufigkeit findet und daß wir ihn auch in seinen Fehlern zu lieben lernen“.[33]

Diese Vorläufigkeit“ ist Synonym eines noch unerfüllten Programms der Aggressivität nach innen und außen und mag etwa bedeuten: vorbehaltlich der Vollendung dieses Staates durch die Verwirklichung seiner territorialen und Atomrüstungsforderungen, der Notstandsgesetzgebung, der Verjährung der Naziverbrechen. Der Verlauf der Veranstaltungen am 12. Juni 1965 in Westberlin zeigte, daß die herrschenden Kräfte in ihrer Konzeption auf die DB und deren aktive Mithilfe rechnen können. Da blieb für vereinzelte Anschauungen von Kommilitonen liberaler oder demokratischer Haltung, die zufällig in ihre Reihen geraten sein können, weder in den Ansprachen noch Entschließungen Raum.

*

Die beiderseitige Wiederentdeckung und Neubegründung einer Gegenseitigkeit zwischen der DB und dem Staat der Monopole und Militaristen reproduziert die ideologische und funktionelle Einordnung dieser Korporation an der Seite der antidemokratischen und antinationalen Kräfte in Deutschland, wie sie bereits vor 40, 60 oder 80 Jahren bestand. Der Aufwand und die Worte im Juni 1965 vermochten ihre tatsächliche Tradition und historisch-moralische Schuld nicht vergessen zu machen – im Gegenteil! Repräsentanten und Förderer der Deutschen Burschenschaft charakterisieren diesen Staat wie die ihn bejahenden Verbindungen: Die Altburschenschafter Höcherl und Krüger; der KZ-

31 Spandauer Volksblatt vom 15.6.1965.
32 Burschenschaftliche Blätter, H. 7-8, S. 156.
33 Ebenda, H. 6, S. 113.

Baumeister Lübke, 1944/45 wie 1965/66 erfüllt vom „altpreußischen Pflichtbegriff"; der der politischen Forderung und den „ethischen" Normen des monopolkapitalistischen Systems in professoral-theologischer Weise willfährige Thielicke.

Noch 1954 sah sich der damalige Bonner Innenminister Schröder vor dem VDS zu Warnungen vor dem Wiederaufleben der schlagenden und farbentragenden Verbindungen veranlaßt.[34] Ein Herr Thielicke beteuerte als scheidender Rektor der Universität Tübingen am 9. Mai 1952, daß er in seiner Rektoratsperiode gegenüber den Verbindungen „eine klare Linie" verfolgt und nicht einmal Gerüchte „von Couleuraufmärschen und heimlichen Mensuren" geduldet habe.[35] Die offizielle Betonung des Wandels und der Legitimität der restaurativen schlagenden und farbentragenden Korporationen anläßlich der OB-Veranstaltungen im Juni 1965 war unzweifelhaft auch gegen die in breiten Kreisen der westdeutschen Öffentlichkeit noch offen oder latent vorhandenen Vorbehalte oder Gegnerschaft gerichtet. Das gestand Settermann in seiner Ansprache ein:

„Heute morgen hat sich Ihnen eine solche Woge der Zustimmung und Zuneigung und der Abbitte für Fehlurteile der Vergangenheit gezeigt. Ich möchte meinen, Sie sollten mißtrauisch sein und nicht glauben, daß Sie sich im vollen Konsens schon mit der Öffentlichkeit und mit der Gesamtheit der Studentenschaft befänden. Das wäre ein verhängnisvoller Irrtum".[36]

Innerhalb des Restaurationsprozesses und mit der Verschärfung der inneren und äußeren Widersprüche werden auch die Gemeinsamkeiten mit den nominell nazistischen Gruppen einerseits und den Regierungsparteien andererseits deutlicher. Beispielsweise läßt sich die von der Bundestagung des faschistischen Bundes Nationaler Studenten (BNS) vom 28. bis 31. Oktober 1960 in Köln und Bonn beschlossene programmatische Vier-Punkte-Erklärung inhaltlich adäquat in der Ideologie und der Politik der DB nachweisen.[37] Die Angriffe der DB gelten keineswegs nur den konsequentesten Kämpfern für Demokratie und Sozialismus. In der Ansprache von H.-M. Sass auf dem Burschentag ging es gegen Erscheinungen nach 1945 wie den „Ruin der Werte und der Ehre", gegen das „zerstörende Gestrüpp von Verführung, Verleumdung und politischer Erpressung" um die „zerstörten Ideale und Traditionen", gegen das „System der Reaktion und der Verdächtigung" und „die Klischees, die allenthalben die heutige Diskussion bestimmen". Er focht wider „kraftlos und unzeitgemäße Ideologien" speziell „von kleineren Gruppen sogenannter Intellektueller" nebst „sogenannten Abendlandideologien", die von ihm ebenso zerstört wurden wie der „politische Opportunismus", das „Ressentiment" und die „Verleumdung", die „kleinbürgerliche Moral" sowie „das System von Tabus, Verleumdungen und vorgeblichen Realitäten".[38] „Seine vorwärtsweisenden Gedanken werden mit großem Beifall aufgenommen".[39]

Geistig und politisch entspricht diese Skala von Gegnern, Aufgaben und Zielen dem rechten Flügel in der CDU /CSU und der FDP sowie der NPD und anderer rechter Gruppen und wird durch F. J. Strauß repräsentiert. Dessen Einladung an den nazistischen Flügel in der Studentenschaft vom Herbst 1965, „ein enges Verhältnis zur CSU daher nicht zu scheuen", schließt nach Begründung und Pro-

---

34 Vgl. L. E. Finke, a. a. O., S. 81 f.

35 Reden bei der feierlichen Übergabe des Rektorats zu Beginn des Sommersemesters am 9. Mai 1952, Universität Tübingen, H. 4, Tübingen 1952, S. 14 f. Vgl. die Charakteristik der geistigen und politisch-moralischen Physiognomie des Helmut Thielicke. In: Philosophie des Verbrechens. Gegen die Ideologie des deutschen Militarismus. Hrsg. von G. Heyden, M. Klein, A. Kosing, Berlin 195 7, S. 171 ff. Die von KZ-Baumeister H. Lübke beim Auftreten zum Gedenken an KZ-Opfer des faschistischen Regimes bekundete Skrupellosigkeit findet sich auch beim „Deutschlandfestredner Numero Eins" (Liberale Studentenzeitung), Thielicke, der im Februar 1963 an der Universität München anläßlich des 20. Jahrestages der Ermordung der Geschwister Scholl und ihrer Freunde sprach, an deren Schicksal Korporationen wie die DB historisch und moralisch mitschuldig sind.

36 Burschenschaftliche Blätter, H. 10-11,1965, S. 206.

37 Vgl. Bericht in: Student im Volk, Zeitschrift des Bundes Nationaler Studenten (BNS), Heidelberg, 3. Jg., Nr. 12, Wintersemester 1960/61 (2. Folge). Der BNS wie sein Organ wurden 1960- 961 in allen Bundesländern aus taktischen Gründen verboten. Es ist wesentlich nachzuweisen, daß seine Ideologie und Politik nicht nur in seiner Nachfolgeorganisation (Freiheitlicher Deutscher Studentenbund. Organ: Deutscher Studenten-Anzeiger), sondern auch in den militaristischen Korporationen existieren und wirken.

38 Burschenschaftliche Blätter, H. 9, 1965, S. 168 ff.

39 Ebenda, H. 10-11. 1965, S. 204.

gramm Verbindungen wie die DB ein.[40] Angesichts dieser Tatbestände und Entwicklungen die „Bereitschaft zu einem neuen Nationalismus“ zu bestreiten und alles als „fatale Töne“ und „bedauerliche Ausnahmen“ zu interpretieren, ist ein durchaus unglaubwürdiges Unternehmen. Auf einer Tagung von Sprechern der Korporationen und Journalisten an der Evangelischen Akademie Bad Boll Anfang Dezember 1965 wurde allerdings der Versuch dazu gemacht.[41]

Auf dieser Tagung wurde auch die Rolle der Korporationen bei den Universitätsneugründungen erörtert. Der Altherrentag des Verbandes alter Burschenschafter (VaB) hatte bereits am 10. Juni 1965 Vorbereitungen für den Bau von Verbindungshäusern an den neuen Hochschulorten beschlossen. Am 31. Juli 1965 wurde die „Neue Bochumer Burschenschaft“ gegründet. Der „Spiegel“ berichtete am 1. Dezember 1965 aus Bochum: Korporationen suchen Stammkneipen und Paukböden. Neben dem Einfluß der Monopole und ihrer Verbände, Affären wie die um den inzwischen abgelösten braunen Gründungsrektor in Regensburg, Pölnitz, bezeichnen diese Vorbereitungen vielleicht am eindrucksvollsten die totale Unfähigkeit des Systems, im historischen und ideellen Sinn echte Neugründungen von Universitäten zu schaffen, die den Erfordernissen der Epoche gewachsen und verpflichtet sind.

Einige Nachklänge zur Demonstration vom 12. Juni 1965 in Westberlin bestätigen die andauernde Gegnerschaft und Wachsamkeit von liberalen und demokratischen Kräften besonders in der Hochschullehrer· und Studentenschaft gegenüber dem regenerierten Bündnis von Staat und Korporationen. Rektor und Senat der „Freien Universität“ in Westberlin stellten am 16. Juni 1965 in einer Presseerklärung fest, daß sich an der ablehnenden Haltung ihrer Hochschule gegenüber den schlagenden Verbindungen nichts geändert habe. Die gleichzeitig von einer Reihe ehemaliger Studentensprecher im Senat in einer Protesterklärung vom 18. Juni 1965 am Rektor der FU wegen der Teilnahme am Festakt der DB geübte scharfe Kritik sollte durch die Feststelluni entkräftet werden, daß diese Teilnahme lediglich eine „Höflichkeitsgeste“ gegenüber dem anwesenden Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz gewesen sei.

Aus Anlaß der Plenarsitzung der Westdeutschen Rektorenkonferenz vom 7. bis 9. Juli 1965 wandten sich am 5. Juli 1965 fünf Studentenverbände – der Bundesverband Deutsch-Israelischer Studiengruppen (BDIS), die Humanistische Studentenunion (HSU), der Liberale Studentenbund Deutschlands (LSD), der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) und der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB) – in einem offenen Brief gegen das Auftreten und die Rede des Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Prof. Dr. Rudolf Sieverts, auf der Burschenschaftstagung. Unter Bezugnahme auf Beschlüsse von Hochschulsenaten, Studentenschaften und der Rektorenkonferenz selbst gegen das Waffenstudententum, auf Prozesse von Hochschulen gegen schlagende Verbindungen, auf die Rolle der Burschenschaften besonders in der Weimarer Republik und während des Dritten Reiches sowie ihre Funktion innerhalb eines autoritären Erziehungssystem wurde das Befremden über die Annahme der Einladung der DB ausgedrückt:

„Sie haben sich nicht nur durch Ihre Anwesenheit, sondern mehr noch durch Ihre uneingeschränkte Zustimmung zu Tätigkeit und Struktur der Korporationen darüber hinweggesetzt. was bisher an Willensäußerungen der Hochschulen dazu vorliegt“.[42]

Das Auftreten von Erich Mende auf dem Festakt der DB führte in Verbindung mit bereits länger bestehenden Differenzen zu weiteren Auseinandersetzungen zwischen dem LSD und der FDP. In der praktischen Frage der Stellung zu den schlagenden Verbindungen äußern sich auch hier tiefgehende Meinungsverschiedenheiten zu Grundsatzproblemen der nationalen und internationalen Politik sowie des Kampfes zwischen Demokratie und Reaktion in der Bundeirepublik.[43]

---

40 Strauß und die „heimatlose Rechte“. Der CSU-Vorsitzende antwortet dem Deutschen Studenten-Anzeiger. In: Deutscher Studenten-Anzeiger, 5. Jg., Nr. 26, Wintersemester 1965/66 – 1. Ausgabe, S. 5.

41 Stuttgarter Zeitung vom 7.12.1965.

42 Informationen, Frankfurt a. M. Hrsg. vom Bundesvorstand des SDS, Nr. 3/1. Juli 1965.

43 Vgl. dazu mehrere Beiträge in der Liberalen Studentenzeitung, a. a. O. Die Differenzen und Auseinandersetzungen zwischen FDP und LSD betreffen u. a. Fragen der Abrüstungs- und Entspannungspolitik, US-Aggression in Vietnam, Ostpolitik und das Verhältnis zur SPD.

Diese Episoden bekräftigen die Feststellung, daß die wirklich liberalen und demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik den autoritär-antidemokratischen und nationalistisch-militaristischen schlagenden Verbindungen unverändert ablehnend gegenüberstehen. Die Ablehnung findet sich teilweise bei Kreisen, wie an der FU Westberlin, die daran auch wegen der Glaubwürdigkeit ihres Freiheitsbekenntnisses festhalten. Sie ist noch grundsätzlicher und kompromißloser in der Arbeiterklasse , d. h. bei den Kräften, die gegenüber der monopolistischen Machtkonzentration, der Militarisierung und der Notstandspolitik der eigentliche Hort der Demokratie, Quelle und Kraftpotential kommender demokratischer Veränderungen in Westdeutschland sind. Die Stellung zu diesen Kräften wie künftig auch immer mehr zur DDR und ihrer nationalen Mission ist umgekehrt ein untrügliches Kriterium der historisch-politischen Plattform der Deutschen Burschenschaft wie ihrer einzelnen Verbindungen und Mitglieder.

Für die sozialdemokratischen. gewerkschaftlichen, bürgerlich-demokratischen und liberalen Gegner des, restaurativen Korporationswesens kommt es auch nach ihren Erfahrungen anläßlich der Veranstaltung der DB im Juni 1965 wesentlich darauf an, die nationalistischen Ansprüche auf fortschrittliche Traditionen Deutschlands immer und überall durch die eigene Inanspruchnahme und Inbesitznahme zurückzuweisen, den lebendigen Inhalt dieser Traditionen in den Aktionen für Demokratie, Frieden, Freiheit, sozialen und nationalen Fortschritt in unserer Zeit nachzuweisen und schließlich die nationalistisch-antidemokratischen Bestrebungen und Kräfte innerhalb der Studentenschaft als Symptom und Element der allgemeinen Verschärfung der Aggressivität des staatsmonopolistischen Kapitalismus nach innen und außen zu erkennen und zu bekämpfen. Für ihren Zusammenschluß auf dieser Grundlage und mit diesem nationalen Anliegen wurden gerade auch im Jahre 1965 mit dem Ostermarsch, den Aktionen gegen die Notstandsgesetze, den Bildungsnotstand und die amerikanische Aggression in Vietnam wichtige und vorwärtsweisende Schritte getan.

Wiss. Zeitschrift d. Friedrich-Schiller-Universität Jena, Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, H. 2/1966, S. 307-316.

Neu abgedruckt in: Alma Mater – Zwischen Hakenkreuz und Bundesadler. Artikel und Kommentare 1960-1970. Jenaer Reden und Schriften 1979. Friedrich-Schiller-Universität Jena, S. 75-94.

Der altpreußische Pflichtbegriff

Der altpreußische Pflichtbegriff nebst dem gleichzeitigen Vermögen, „gütig und väterlich“ aufzutreten, war es, was die im Juni 1965 zu einem Empfang beim KZ-Baumeister, Gestapo-Gehilfen und Bundespräsidenten Heinrich Lübke versammelte Delegation der Deutschen Burschenschaft in besonderem Maße beeindruckte. Die Vertreter des Waffen-, Couleur- und Kneipstudententums durften „es aus menschlicher Nähe erleben: diese Art, deutsch zu denken und zu fühlen muß unser bleibendes Vorbild sein.“[1]

Und außer dem Menschlichen, dem Deutschen und dem Preußischen die „Alt-Bonner Millionärsherrlichkeit und -behaglichkeit“, der Park, der schöne Baumbestand, die Amseln und Kaninchen ...

Behaglicher als andere, besonders als die Häftlinge in den Baubetrieben, Lagern und KZ seiner faschistischen Bau- und Rüstungsfirma, lebte Herr Lübke schon früher. Er versteht sich darauf. Er ist auf seine Art ein lachender Mann. Das macht er alles mit seinem altpreußischen Pflichtbegriff und natürlich auch väterlich: das Abbuchen der hingemordeten KZ-Opfer, das Lob für die faschistische Apartheid-Politik in Südafrika, das freundschaftliche Verhältnis zum Kongo-Mörder Tschombe, die Sympathien und Unterstützung für die verbrecherische Aggression der USA in Vietnam und schließlich vor allem der adäquate politische und militärische Kurs in der BRD. Daß er folgerichtig auch bildungspolitisch reaktionär ist und wie jetzt, bei der geplanten Installierung des beschlossenen Bildungsrates, Schwierigkeiten und Verzögerungen verursacht, erscheint angesichts seiner Verbrechen gegen die Menschlichkeit schon geradezu als Geringfügigkeit.

Die Friedrich-Schiller-Universität hat auf dem Internationalen Meeting anläßlich des 20. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald am 12. April 1965 und mit dem Ruf gegen die Verjährung der Naziverbrechen in Westdeutschland auch ihren grundsätzlichen Standpunkt zur Vergangenheit Lübkes und seiner heutigen politischen Rolle erklärt. Mit einer wissenschaftlich wie politisch bedeutsamen Publikation wie dem Artikel von Herrn Albert Horst Lange, „Die ausländischen Zwangsarbeiter des zweiten Weltkrieges im faschistischen Rüstungsbetrieb REIMAHG bei Kahla (Thür.)“[2] hat sie auch einen wertvollen unmittelbaren Beitrag zur Aufdeckung jenes Bereichs grauenvoller Verbrechen des Faschismus gegenüber den ausländischen und deutschen Zwangsarbeitern geleistet, in dem auch Lübke und sein Stab wirksam waren und ihm heute von der DDR seine Untaten umfassend und detailliert nachgewiesen werden.[3]

Den Burschenschaftsvertretern waren im Juni v. J. die Enthüllungen unserer Republik über Herrn Lübke ebenso bekannt wie ihm die antidemokratisch-militaristische chauvinistische und antisemitische Vergangenheit der Burschenschaften, die in den 30er Jahren direkt in den Faschismus mündete. Feine Partner, die sich dort zueinander bekannten und gegenseitig als alte und unerschütterliche Verfechter der Demokratie, Freiheit und Menschlichkeit würdigten! Wie hatte doch der Bundespräsident den kleinen Makel ihrer gemeinsamen Vergangenheit hinweggefegt? Sie war „nicht immer frei von Irrtum und Verstrickung“![4] Warum beging Goebbels Selbstmord? Daß er nicht auf diese Variante gekommen war!

Sozialistische Universität, Jena, Nr. 4 v. 7. März 1966.
Neu abgedruckt in: Alma Mater – Zwischen Hakenkreuz und Bundesadler. Artikel und Kommentare 1960-1970. Jenaer Reden und Schriften 1979. Friedrich-Schiller-Universität Jena, S. 73-74.

1 Burschenschaftliche Blätter, H. 9/ 1965, S. 174.
2 Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität, Jg. 13 Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, H. 3 1964, S. 367 bis 405.
3 Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik. 2. Aufl., Berlin 1965, S. 40 f., sowie die neueren Enthüllungen im Januar und Februar 1966.
4 Grußbotschaft des Bundespräsidenten. In: Burschenschaftliche Blätter, H. 7- 8/1965, S. 137.

Couleur: Schwarzweißrot auf braunem Grund

Ein Bericht über des Pg. Kiesinger akademisches Jungvolk

Die jüngste Entwicklung in der Bundesrepublik, der Rechtsruck der herrschenden Kreise und sein vorläufig verhängnisvollstes Produkt – die Große Koalition –, ist wesentlich auch durch den alarmierenden Vorstoß der faschistischen „nationaldemokratischen" Partei gekennzeichnet. Weiteres Symptom ist das Comeback von Strauß mit seiner Initiative und maßgeblichen Einflußnahme für die Kanzlerkandidatur eines Nazis aus der Garde von Goebbels und Ribbentrop. In dieser Situation erscheint eine Skizze über neofaschistische Kräfte und Entwicklungen innerhalb der Studentenschaft der Bundesrepublik und Westberlins als überaus aktuell.

Die organisierte und legale neofaschistische Bewegung in der westdeutschen Studentenschaft hat vor nahezu elf Jahren im Bundesland Baden-Württemberg ihren Ausgangspunkt genommen, an dessen Spitze seit 1958 ein Nazipropagandist namens Kurt Georg Kiesinger stand. Sie hat in Franz Josef Strauß von ihren Anfängen bis zur Stunde und für die Zukunft einen nachweisbar wohlwollenden und fördernden Minister und Parteiführer gefunden – in dem Mann, der spätestens seit dem Herbst 1962 für alle auch nur halbwegs liberalen und demokratischen studentischen Organisationen, Vertretungen und Funktionäre oder einzelnen Kommilitonen zum Inbegriff skrupelloser Machtpolitik und verächtlichen Umspringens mit allen elementaren Normen der Demokratie, der Freiheit, der politischen und persönlichen Moral geworden ist.

Die Voraussetzungen, Zeichen und Verheißungen der „Großen Koalition" sind für den konservativen und nazistischen Flügel der Studentenschaft günstig und dürfen seiner Zustimmung ebenso sicher sein, wie sie den Protest und die Empörung der demokratischen Kreise der Studentenschaft auslösten.

*

An einem Januartag 1956 trafen sich im Wartesaal II. Klasse des Stuttgarter Hauptbahnhofes sieben Vertreter nationalistischer Studenten von Hochschulen des Landes Baden-Württemberg. Lothar Trutzek, ehemaliger SS-Führer in München und Abteilungsleiter im Einsatzstab Rosenberg, leitete die Besprechung. Er habe von einem „zentralen Führungskreis" die Aufgabe, an Hochschulorten aller Bundesländer· nationalistische Studentengruppen zu formieren. Geld sei vorhanden; bald solle eine Zeitung diese Aufgabe propagandistisch unterstützen. Im Sommer werde ein Treffen mit der faschistischen Falange-Jugend Spaniens stattfinden.

Diese Initiative zahlte sich in Baden-Württemberg aus. Am 17. Juni 1956 gründeten acht Studenten an der Universität Heidelberg die erste Hochschulgruppe des faschistischen Bundes Nationaler Studenten (BNS). Damit begann die Phase legaler faschistischer Organisation und Tätigkeit innerhalb der westdeutschen und Westberliner Studentenschaft. Ab 1958 wurde im badischen Schwetzingen das Blatt des BNS „Student im Volk" herausgegeben, das bis 1961 eine Auflage von 18.000 Exemplaren erreichte. Im April 1957 trafen sich in Bad Homburg bereits Vertreter von fünf Hochschulgruppen des BNS. Sie beschlossen, den Bund möglichst auf alle westdeutschen Universitäten auszudehnen.

Bis 1960 entstanden nahezu an sämtlichen Universitäten der Bundesrepublik und Westberlins Hochschulgruppen oder Stützpunkte des BNS mit mindestens etwa 600 Mitgliedern. Daneben wurden an Oberschulen „Deutsche Schülerkreise" (DSK) gebildet, denen etwa 400 Mitglieder angehörten. Mit der Immatrikulation wurden sie Mitglieder der Hochschulgruppen. Damit erreichte der faschistische Studentenbund in kürzester Zeit allein unter Studenten ungefähr die Hälfte der Mitgliedszahlen der anderen, seit den Nachkriegsjahren bestehenden parteipolitischen Studentenorganisationen wie des Liberalen Studentenbundes (LSD) oder des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS). M. Jenke bemerkte, daß sich der BNS „eine feste und ergebene Anhängerschaft" schuf.[1]

Die größten Gruppen entstanden in Bonn, Hamburg, Heidelberg, Mainz, Marburg, München, Münster, Tübingen und Hannover. Die militaristische und neonazistische Presse publizierte Werbeannon-

[1] Jenke Manfred, Verschwörung von rechts? (West·) Berlin, 1961, S. 332 f.

cen des Bundes. Das Bundesverteidigungsministerium unter Strauß beteiligte sich mit ganzseitigen Inseraten, die für die Bundeswehr warben, an der Finanzierung des faschistischen „Student im Volk". Es honorierte damit die „Wehrfreudigkeit" und militaristische Propaganda des Blattes und des BNS, die der studentischen Opposition gegen Aufrüstung und Wehrpflicht in den Rücken fielen.

Die gegenwärtige Entwicklung in der BRD scheint dank der Politik der CDU/CSU und ihrer rechtssozialdemokratischen Gehilfen um Wehner dem strategischen Konzept des BNS von 1959 recht zu geben:

„Die CDU wird mit dem Ende des Wirtschaftswunders platzen. Die SPD und manch andere rote Genossen stehen bereit, um dann unser Volk zu ‚beglücken'. Hier fällt die Entscheidung, ob die nationale Bewegung die von der CDU enttäuschten Wählermassen aufzufangen vermag oder ob diese sich für die Linksparteien und damit für die kalte Bolschewisierung entscheiden. Bis dahin muß noch eine Menge organisatorischer Arbeit geleistet werden. Es ist allerhöchste Zeit, die Stunde der Bewährung der nationalen Kräfte kommt."[2]

Der chauvinistische Begriff der Nation wurde wie alle wesentlichen ideologischen Elemente unverhüllt und dreist aus dem Arsenal der Ideologie und Politik des deutschen Faschismus, Militarismus und Konservatismus entnommen. Die antinationale Politik Bonns bot zudem die Möglichkeit, die alte Terminologie sowie die chauvinistische und rassistische Argumentation bruchlos und kontinuierlich mit den Grundelementen der Bonner Staatsdoktrin zu erfüllen: Antikommunismus, Antidemokratismus, Militarismus und Revanchismus. Das Programm des BNS deklarierte als Hauptziele die „Wiedererrichtung eines unabhängigen Deutschen Reiches", „das deutsche Volkstum im Ausland in seinem schweren Kampf um Freiheit und Recht zu unterstützen", die „Rückgewinnung des deutschen Heimatbodens" sowie den Kampf gegen die „Überfremdung unserer Kultur durch wesensfremde Einflüsse" und gegen „jegliche propagandistische Entstellung der deutschen Geschichte".

Der BNS engagierte sich für die Neuauflage der Kriegsschuld- und Dolchstoßlügen und die historische und ethische Rehabilitierung des deutschen Faschismus. Die Grundanschauungen sind inzwischen nicht nur in der NPD, sondern auch in führenden Kreisen der CSU, CDU, FDP und bei Ideologen vom Typus des Theologen Helmut Thielicke längst hoffähig geworden. Helmut Sündermann, ehemaliger nazistischer stellvertretender Reichspressechef, Förderer und Referent des BNS, erklärte am 11. November 1958 auf einer Veranstaltung der Heidelberger Gruppe:

„Gewiß ist Hitler nicht zuletzt an sich selbst zugrunde gegangen, aber er hat einen Platz in der Geschichte des Volkes. Für mich ist er der Mann, der Großdeutschland in die Geschichte stellte. Die nationalsozialistische Lösung des Proletariatsproblems ist unter den verschiedensten Beziehungen als einziger Weg anerkannt worden."

Der BNS ignorierte, bestritt oder bagatellisierte die Verbrechen des deutschen Faschismus und damit auch dessen Opfer. Er forderte entschieden die völlige Rehabilitierung des faschistischen Offizierkorps, die Aufhebung aller Entnazifizierungs- und Kriegsverbrecherurteile sowie die Freilassung aller noch inhaftierten Kriegsverbrecher. Der Bund nahm die faschistische Rassenhetze und die „Züchtungslehren" wieder auf. Er verkündete allen faschistischen und rassistischen Regimes seine Sympathien, erklärte allen demokratischen, liberalen und pazifistischen Gruppen und Bestrebungen den Krieg.

Der BNS wurde 1958 Mitglied der nazistischen Dachorganisation „Kameradschaftsring Nationaler Jugendverbände" (KNJ) und stellte 1959 bereits den zweiten Sprecher des Ringes. Die außerordentliche Bundesversammlung des BNS vom 28. bis 31. Oktober 1960 in Köln und Bonn, an der mehr als 60 Delegierte und Mitglieder teilnahmen, konnte „ein beständiges Wachstum des BNS" konstatieren. Sie erklärte als Ziel des Bundes sowie

„als unabdingbare Voraussetzungen jeder möglichen deutschen Außen- und Wiedervereinigungspolitik ...: Schaffung der heute noch fehlenden innenpolitischen Voraussetzungen in der Bundesrepublik durch Erweckung eines gesunden National- und Gemeinschaftsbewußtseins sowie der Wehrbereitschaft, Festigung der im Grundgesetz verbürgten Rechte und Propagierung des Heimat- und Selbstbestimmungsrechts."[3]

---

2 Student im Volk, H. 4/1959, S. 7.

3 Ebenda. H. 12/1960, S. 9.

In einer Presseerklärung wurde die grundsätzliche Position und Aufgabenstellung nochmals präzisiert. Er wolle

„im studentischen Bereich an der Neuformung eines gesunden deutschen Selbstbewußtseins“ mitwirken und bringe „sein Befremden zum Ausdruck über die gleichgültige Haltung der deutschen Bundesregierung, mit der diese die Verzichtserklärungen maßgeblicher ausländischer Politiker hinnimmt“.[4]

Der BNS unterstrich seine antikommunistische Kompetenz und erklärte sich gegen das Schlagwort der „Demokratisierung der Universität“.

Der BNS konnte organisatorisch, politisch und propagandistisch seine faschistische Aktivitäten entfalten. Allerdings traten ihm Studentenvertretungen entgegen und vermochten verschiedentlich, so in Heidelberg und Mainz, die Zulassung an der Universität zu verhindern. Die Delegiertentagung des Liberalen Studentenbundes (LSD) im Mai 1957 warnte vor der Unterschätzung der Gefahr des Rechtsradikalismus“. Die 39. Delegiertenversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) im Juli 1958 in Kiel verurteilte das Auftreten des BNS und forderte, „mit allen rechtlichen Mitteln“ seine Zulassung an Hochschulen zu verhindern bzw. rückgängig zu machen. Andererseits begünstigte der wachsende Einfluß der Korporationen das Vordringen der nazistischen Studentenorganisation. Demokratische und liberale Blätter entlarvten den neofaschistischen Charakter des Bundes und seines Organs und warnten vor ihnen – darunter die „Frankfurter Rundschau“, die „Deutsche Volkszeitung“ und „Die andere Zeitung“. Letztere konstatierte bereits im Juli 1958, daß „der sonst so rührige Bundesverfassungsschutz“ hier ausbliebe. Am 1. Dezember 19 59 verhinderten demokratische Studenten in Westberlin eine Hetzveranstaltung des BNS. Studentenvertretungen forderten die Tätigkeit des BNS zu unterbinden und durch Hochschulleitungen das Studium mit der Zugehörigkeit zum BNS als unvereinbar zu erklären. Die Landesjugendkonferenz des DGB am 28. November 1959 in Westberlin forderte das bedingungslose Verbot des BNS.

Der Bonner Staat gestattete der faschistischen Studentengruppe weiterhin uneingeschränkte Betätigung. Er ignorierte nicht nur die Proteste und Alarmrufe demokratischer Kreise, sondern ging zum Schutz der Nazistudenten gegen die demokratischen Kräfte vor. Das wurde durch eine denkwürdige Affäre im Sommer 19 59 demonstriert. Der Medizinstudent Bernhard Schöning an der Universität Heidelberg gab in der Studentenzeitung „forum academicum“ in einem Artikel „Man trägt wieder Braunhemd“ eine zutreffende Charakteristik des faschistischen BNS. Dessen Heidelberger Gruppe beantragte eine einstweilige Verfügung gegen das Blatt, die ohne mündliche Verhandlungen vom zuständigen Amtsgericht am 20. Mai 1959 erlassen wurde und den weiteren Vertrieb der Ausgabe untersagte. Der Artikel hätte die „Ehre“ der BNS-Mitglieder angegriffen. Dagegen bemerkte die „Frankfurter Rundschau“ am 31. Mai 1959, daß in dem Artikel eine politisch richtige Bewertung des BNS erfolgt war, dessen „Verfassungsmäßigkeit“ überprüft werden müßte.

Die Zweite Zivilkammer des Landgerichts Heidelberg lehnte am 23. Oktober 1959 die Aufhebung der Verfügung gegen „forum academicum“ ab, bestätigte das Verbot des antinazistischen Artikels und erlegte die Kosten des Verfahrens dem Allgemeinen Studentenausschuß (AStA) als Herausgeber des Blattes auf. Ermuntert durch die obrigkeitlichen Sympathien, hatte inzwischen eine Schlägergruppe des BNS, unter ihnen der „Schriftleiter“ von „Student im Volk“, im Juli 1959 vor der Mensa der Universität Heidelberg den Verfasser jenes Artikels zusammengeschlagen, der sich zur Behandlung in die Chirurgische Klinik begeben mußte.

Das Gedeihen des BNS und die Tolerierung und Förderung durch leitende staatliche Instanzen verleiteten ihn schließlich zu einigen politisch-demonstrativen Exzessen, die angesichts der Existenz der antifaschistischen DDR und wachsam-kritischer Beobachter in der Bundesrepublik und im Ausland für Bonn unliebsam und unerwünscht wurden. Anläßlich einer „Sonnenwendfeier“ zogen am 2. Januar 1950 in Westberlin BNS-Mitglieder mit einer Hakenkreuzfahne mitternächtlich durch den Glienicker Volkspark. Bei Zusammenkünften wurden teilweise Armbinden mit Hakenkreuzen getragen. Diese und andere Vorfälle fielen mit der nationalistisch-antisemitischen Welle von 1959/60 zusam-

4 Ebenda.

men, die die demokratische Öffentlichkeit im In- und Ausland alarmierten. „Le Figaro“ nannte am 12. Januar 1960 bei einer Analyse der nazistischen Ausschreitungen in Westdeutschland und Westberlin die Rolle legaler Organisationen, darunter des BNS.

Leitende Funktionäre des BNS beeilten sich mit einer scheinbaren Distanzierung. Die damalige Lage gebot den regierenden Kreisen jedoch aus taktischen Erwägungen, dem Schein des Antinazismus und demokratischer Verhältnisse einige Opfer zu bringen. Als eines der Opfer bot sich nach dem optischen Eindruck um die Jahreswende 1959/60 der BNS an. Zwar hatte die „Deutsche Zeitung mit Wirtschaftszeitung“ als Sprachrohr der Großbourgeoisie noch gewaltig registriert, daß der BNS-Vorstand sich „scharf von der nazistischen Sonnenwendfeier“ abgesetzt habe. Dieser Rettungsversuch konnte jedoch nicht mehr wirksam werden.

*

Die Westberliner Universitäten führten gegen BNS-Mitglieder Disziplinarverfahren durch. Die Justizverwaltung Westberlins erbat sich bei ihren Besatzungsmächten die Ermächtigung, auch nach alliierten Vorschriften gegen die Neofaschisten vorzugehen. Tatsächlich leitete sie damit deren chauvinistischer Agitation neues Wasser auf die Mühle. Es wurden Verfahren gegen BNS-Mitglieder durchgeführt. Der VDS legte im März 1960 eine umfangreiche Dokumentation über die neonazistische Tätigkeit und Propaganda des BNS vor. Er lehnte jedoch dessen Verbot zugunsten einer illusionären „sachlichen Auseinandersetzung“ ab. Diese Halbheit basierte bereits auf der eigenen Inkonsequenz gegenüber dem Faschismus und teilweise auf gemeinsamen antikommunistischen Berührungspunkten.

Der BNS wurde bis zum Frühjahr 1961 in Westberlin und allen Bundesländern verboten. Die unumgängliche Maßnahme wurde in Bayern und Baden-Württemberg – wo er unter Kiesingers Obhut an allen drei Universitäten Gruppen formiert hatte – bis zuletzt verzögert. Die Strauß und Kiesinger versuchten, seine Legalität zu retten. Der „Industriekurier“ wollte den BNS ebenfalls retten oder die Aktion zumindest mit einem Schlag gegen die demokratischen Kräfte der Studentenschaft verbinden: „Wenn man beim VDS die Linksradikalen in Kauf nimmt, dann wird man dort folgerichtig auch die Rechtsradikalen gelten lassen müssen.“[5] Diese Reaktion ist verständlich: Die Faschisten waren alles mögliche – sie waren jedoch nicht Gegner, wohl aber bedingungslose Verfechter monopolkapitalistischer Wirtschaft. Für die „Deutsche Zeitung mit Wirtschaftszeitung“ waren die BNS-Nazis nur „romantisierende Jungakademiker“ und Schwärmer. Für die IG-Farben-Nachfolger ist Auschwitz unzweifelhaft eine romantische Erinnerung.

Nicht die faschistisch-antidemokratische, antikommunistisch ausstaffierte Wühlarbeit hatte zum Verbot des BNS und des „Student im Volk“ geführt. Sie war seit Jahr und Tag akzeptiert, gefördert und staatlich geschützt worden. Einige zufällige Vorfälle, der allzu vordergründige Rummel mit nazistischen Emblemen und taktische Erwägungen bestimmten diese Entscheidung. Die Entlarvung durch die DDR und die Forderungen und Aktionen demokratischer Kräfte in Westdeutschland hatten sie nochmals erzwungen. So weit gediehen, zögerte auch die Springer-Presse nicht, die Schlappe lautstark als weitere Bestätigung der bundesrepublikanischen Freiheitlichkeit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu lobpreisen.

Zeitweilig hatte neben dem BNS und in Zusammenarbeit mit ihm eine weitere neonazistische Gruppierung in Gestalt der 1957 entstandenen „Konservativen revolutionären Studentengruppen (Solidarische Nationale Studenten oder Solidarisches Studenten-Korps)“ existiert. Sie entstand als Ableger der faschistischen „Deutsch-Sozialen Union“ unter Strasser, lehnte sich politisch-ideologisch an den BNS an, orientierte sich in ihrer Demagogie stärker auf sozialpolitische Fragen und wollte sozial nicht streng auf Studenten begrenzt bleiben. Sie hat sich bald aufgelöst und ist in anderen nazistischen Gruppen aufgegangen.

*

[5] Industriekurier, 15.3.1960.

„Verfassungsschutzstellen in Bund und Ländern werden demnächst in den Hochschulstädten sorgfältige Beobachtungen darüber anstellen, ob der als rechtsradikal in sämtlichen betroffenen Bundesländern verbotene Bund Nationaler Studenten (BNS) irgendwelche Nachfolgeorganisationen bekommt.“[6]

Diese für demokratische Gemüter ungemein beruhigende Nachricht ging im Juni 1961 durch bundesrepublikanische Blätter. Im gleichen Monat erschien termingerecht, semestermonatlich wie „Student im Volk“, die erste Nummer von dessen Nachfolger namens „Deutscher Studenten-Anzeiger“. Er wurde vom Verfassungsschutz als legales Blatt glattweg übersehen und durfte sich in der Bonner Rechts-Staatlichkeit etablieren.

Dabei hatten sich die Herausgeber in ahnungsvollem Verständnis der Umstände und Motive des Verbots von „Student im Volk“ keinerlei erheblicher Mühen zur Tarnung unterzogen. Das betrifft vor allem den Inhalt des neuen Blattes, das die während der Semesterferien von März bis Mai verwaiste Stelle des Verwalters des völkischen Erbes in der Studentenschaft forsch und unverblümt übernahm. Es gilt auch für die äußeren Umstände. Der ehemalige Schriftleiter von „Student im Volk“, Peter Dehoust, teilte in einem Brief an die bisherigen Bezieher seine Erwartung mit, daß sie „die neue nationale Studenten-Zeitung“ abnehmen. Er war sich dieser Bereitschaft wie der Unterstützung finanzkräftiger Freunde sicher und hatte gegenüber dem Verlag einen Absatz von 10.000 Exemplaren garantiert. Dehoust kassierte auch zunächst für das Blatt. Im Sommersemester 1966 übernahm Dehoust die Schriftleitung des „Studenten-Anzeigers“. Allein die Verfahrensweise gegenüber den Lesern bedeutete die unverhüllte Weiterführung der verbotenen Zeitung, wobei lediglich einige Äußerlichkeiten, Namen und ein wenig die politische Ausdrucksweise gewechselt bzw. modifiziert wurden. Auch das geschah teilweise nur vorübergehend. Immerhin war es ein gewisses Entgegenkommen gegenüber dem Verfassungsschutz und anderen Sympathisierenden, die sich keine zu vordergründigen Bloßstellungen vor der Öffentlichkeit erlauben wollten. Ab Nr. 7/1962 kehrte der „Deutsche Studenten-Anzeiger“ offiziell wieder zum redaktionellen Postschließfach „Schwetzingen/Baden 200“ von „Student im Volk“ zurück.

Im National-Verlag erscheint der „Studenten-Anzeiger“ neben anderen nazistischen Periodika und als jungakademischer Ableger der „Deutschen Nationalzeitung und Soldatenzeitung“. Im akademischen Raum teilt er diese Geisteshaltung mit der „Deutschen Hochschullehrer-Zeitung“. Bis zum Sommersemester 1966 erschienen bereits in Marburg, Gießen, Hannover, Hamburg und Kiel Nebenausgaben: Die Auflage stieg unablässig auf nunmehr 27.000, womit jeder zehnte Student zu seinen Lesern und das faschistische Blatt zu den auflagenstärksten Studentenzeitungen gehört und die stärkste der neonazistischen Jugendzeitungen wurde. Eine Werbeauflage (Nr. 13/1963) wurde in 51.000 Exemplaren gedruckt. Die Inserate aller faschistischen Verlage der Bundesrepublik bilden eine sichere finanzielle Quelle.

Nicht nur die Auflagenhöhe, sondern auch die Gesprächspartner und Förderer des Blattes sprechen gegen die in Bonn bevorzugte leichtfertige Bagatellisierung des Wiederauflebens des Nazismus und dessen angebliche Außenseiterrolle. Zu ihnen gehören F. J. Strauß, Prof. v. d. Heydte, Emil Franzel, Theodor Oberländer, W. S. Schlamm sowie führende Funktionäre der NPD und Ideologen des westdeutschen Neofaschismus wie Herbert Böhme, Prof. Herbert Cysarz, Peter Kleist und Kurt Ziesel. Die NPD annoncierte ihre Gründung in dem Blatt und erläutert darin ihren Standpunkt. An der Finanzierung beteiligen sich über Annoncen die FDP, die NPD, der Springer-Konzern, „Nation Europa“ und – mit wiederholten ganzseitigen Anzeigen der Bundespost – der Bonner Staatshaushalt.

In einem Interview mit Strauß im Sommer 1965 wurden von diesem die neonazistischen Geschichtsfälschungen à la Hoggan ausführlich unterstützt und erläutert. Bereits in der nächsten Ausgabe (November 1965) konnte das Blatt ein weiteres Gespräch unter dem Titel „Strauß und die heimatlose Rechte“ veröffentlichen. Darin bekräftigte Strauß wesentliche politisch-ideologische Gemeinsamkeiten zwischen der CSU und neofaschistischen Organisationen und Gruppen und zog daraus politisch-taktische Schlußfolgerungen: Alle offen faschistischen Kräfte könnten und sollten sich seiner Partei anschließen.

---

6 Deutsche Zeitung mit Wirtschaftszeitung, 22.6.1961.

„Keine der bestehenden Parteiformationen vertritt die nationalen Interessen mit solcher Selbstverständlichkeit wie die CSU. Die ‚heimatlose Rechte' braucht ein enges Verhältnis zur CSU daher nicht zu scheuen."[7]

Die Haltung von Strauß ist symptomatisch für die neue Etappe faschistischer Restauration und Regeneration. Der relativ unauffälligen finanziellen Beihilfe seines Verteidigungsministeriums für „Student im Volk" 1960 (nachdem das Blatt in Westberlin, Hamburg und Hessen als neonazistisch längst verboten war) folgt ein halbes Jahrzehnt später das offene und laute Bekenntnis der Übereinstimmung mit dem „Studenten-Anzeiger" und seiner alten und jungen Anhängerschaft. Die nazistische Fraktion in der Studentenschaft hat sich nach dem „Verbot" vergrößert, durch das Wohlwollen führender Kreise der Bonner Regierungsparteien ihre Positionen gefestigt und ihre politische Effektivität erhöht.

„Gnade für rechts" nannte „Die Zeit", Hamburg, im Mai 1966 lakonisch das Resultat eines neuerlichen Rechtsstreites einer nazistischen Studentenzeitung mit ihren Kritikern. Der „Deutsche Studenten-Anzeiger" (Marburger Ausgabe) hatte in bei der bei völkischer Publizistik allein möglichen hetzerisch-verlogenen Weise über Aktionen von Gegnern der Notstandsgesetze – Studenten und Hochschullehrer – in Marburg berichtet. In einer Entgegnung bezeichnete die Studentenzeitung „sine – sine" das Blatt daher mit gutem Recht als Ehrabschneider. Das Frankfurter Oberlandesgericht erließ gegen die Zeitung eine einstweilige Verfügung – nein, selbstredend nicht gegen den nazistischen Anzeiger, sondern gegen seinen Kritiker. Die Beschwerde des Chefredakteurs von „sine – sine" wurde kostenpflichtig (200 DM) abgewiesen. Im späteren Verfahren wurde endgültig für das Naziblatt Recht gesprochen und seine Gegner zu weiteren Geldstrafen verurteilt. Die zunehmende offizielle Wertschätzung verdankt der „Studenten-Anzeiger" wesentlich auch der traditionellen Identität von Chauvinismus, Antidemokratismus und Antikommunismus. Bereits in der Ausgabe vorn 15. Januar 1962 hatte er offenbart, daß er diesen Antikommunismus einschließlich seiner terroristischen Folgerungen, seiner Blutlinie seit 1918, bejaht. In den Räumen der Redaktion wurde einer der Mörder von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, der frühere 1. Generalstabsoffizier der Garde-Kavallerie-Division, Waldemar Pabst, empfangen. Mit der überlieferten und durch Bonn wieder hoffähig gemachten antibolschewistischen Phraseologie erläuterte Pabst die Motive des Mordes an Liebknecht und Luxemburg.

„Entscheidend ist und war einzig und allein: Bestand die Notwendigkeit, die unter erheblichen Mühen gefangengenommenen führenden Kommunisten ... dasjenige Ende finden zu lassen, mit dem jeder Führer einer Revolution im Verlauf von Straßenkämpfen zu rechnen hat? Ich muß diese Notwendigkeit, und zwar im allerhöchsten Maße, für die damalige Situation bejahen."[8]

Dieses Bekenntnis zum Mord an deutschen Arbeiterführern fand die dankbare Zustimmung der Redakteure des Blattes wie seiner Leser. Es wurde vom Banner Staat gebilligt und juristisch sanktioniert: Im Dezember 1962 konnte die Zeitung mitteilen, daß das von Rechtsanwalt Kaul (gleichzeitig auch vom SDS) „im Auftrag der Witwe des Landesverräters Karl Liebknecht" beantragte Strafverfahren eingestellt wurde. Die bundesrepublikanische Justiz hatte erfolgreich einen Anschlag gegen faschistische Mordhetze abgewehrt.

Folgerichtig verbindet sich überhaupt diese Ideologie mit allen Formen des imperialistischen Terrorismus und Verbrecherturns unserer Zeit, und der „Deutsche Studenten-Anzeiger" ist ein glühender Verfechter sowohl der US-Aggression in Vietnam als auch des „Volkstumskampfes" in Südtirol und aller Anschläge und Provokationen gegen unsere Staatsgrenze und die DDR überhaupt.

Der DGB und seine Gewerkschaften werden ständig angegriffen und verleumdet, um sich andererseits vorbehaltlos mit den Forderungen der herrschenden Kreise nach der Notstandsgesetzgebung zu identifizieren und gegen die Erweiterung der Mitbestimmung aufzutreten. Der DGB vertrete nicht die Arbeiter, unterdrücke die Meinungsfreiheit, und die Einrichtung der Betriebsräte habe sich durch ihre Verbindung zum DGB nicht bewährt. Entsprechende Angriffe werden forciert gegen die Gewerkschaftlichen Arbeitskreise der Studenten gerichtet bzw. gegen demokratische Bestrebungen im VDS.

---

7 Deutscher Studenten-Anzeiger, Nr. 26, November 1965, S. 5.

8 Ebenda. Nr. 4/5, Januar 1962, S. 6.

„Die Zeit“ nannte das Blatt „den Rechtsaußen rechtsradikaler Blätter“. Die „Frankfurter Rundschau“ stellte unlängst in einer Analyse über den „Deutschen Studenten-Anzeiger“ fest:

„Nach dem, was manche Kritiker sagen, bräuchte man solche rechtsgetrimmten Extratouren nicht ernst zu nehmen. Aber spätestens seit der Anteilnahme junger Wähler am Sättigungsprozeß der NPD wissen wir, welche Saat hier aufzugehen vermag, wenn sie nur oft genug ausgestreut wird. Die Lektüre des ‚DAS‘ beweist, daß hier eine Gefahr längst schon nicht mehr im Entstehen ist, sondern besteht, die dem an Gefährlichkeit nicht nachsteht, was die Vertreter der Parteien im Bundestal an der ‚National-Zeitung‘ zu tadeln hatten, ohne Konsequenzen daraus zu ziehen.“[9]

Die neofaschistischen Kräfte in der Bundesrepublik und in Westberlin beschränkten sich nach dem formellen Verbot des BNS und seines publizistischen Organs 1960/61 keineswegs auf die Schaffung eines neuen nazistischen Studentenblattes. In Westberlin war bereits eine „Freiheitlich-Konservative Studentengruppe“ (FKS) entstanden. Ein Vierteljahr nach dem Verbot des BNS im letzten Bundesland, im Juli 1961, wurde auch an der Universität Göttingen eine solche Gruppe konstituiert. Ihr Gründungsaufruf wies sie eindeutig als Nachfolge- bzw. Ersatzorganisation des BNS aus. Die FKS Göttingen wolle ihren „Teil zu einer gesunden Entwicklung des deutschen Nationalgefühls beitragen“, sie „bekennt sich zur Bundesrepublik Deutschland“ und „bejaht deshalb den Wehrgedanken“.

„Die FKS begrüßt den Zusammenschluß des Gesamtdeutschen Blocks BHE mit der Deutschen Partei zu einer nationalen und sozialen Kraft im politischen Leben Deutschlands. Seide Gruppen müssen durch gemeinsame Arbeit beweisen, daß es ihnen nicht um Sonderinteressen geht, sondern um die Erneuerung des Deutschen Reiches.

Die FKS tritt für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen auch in Südtirol ein und mißbilligt das Verhalten der Regierung Adenauer in dieser Frage, das kein gutes Licht auf ihr politisches Interesse an Mittel- und Ostdeutschland wirft, denn das Selbstbestimmungsrecht ist wie jedes Recht unteilbar.“[10]

Im Sommersemester 1962 bestand eine weitere offizielle FKS-Gruppe in Köln und bemühte sich um die Zulassung an der Universität. Mit Beginn des Wintersemesters 1962/63 wurde an der Universität Würzburg ein „National-Demokratischer Studentenbund“ (NDS) gegründet. In seinen Annoncen im „Deutschen Studenten-Anzeiger“, die eine erneute Sammlung der „nationalen“ Studenten einleiten sollten, forderte er in programmatischen Leitsätzen eine „der heutigen Zeit angemessene Form des Nationalbewußtseins“, „eine starke deutsche Landesverteidigung“, die Überwindung des bundesrepublikanischen Föderalismus und bekannte sich selbstredend und wahrheitsgemäß gegen den „Kommunismus“.

Nach verschiedenen Anläufen und wohlvorbereitet kam es am 22. und 23. Juni 1963 in Frankfurt a. M. zur Gründung des „Freien Demokratischen Studentenbundes“. Er formierte sich als Bundesverband aus den nunmehr bereits bestehenden lokalen Gruppen in Würzburg, Göttingen, Köln, Münster, Erlangen und München (an drei Hochschulen). Unter Leitung von Kreisen aus dem rechten Flügel der FDP fand der Gründungsakt auf der gesamten Rechten bis zur „Nationalzeitung und Soldatenzeitung“ das verdiente wohlwollende Echo. 1. Bundesvorsitzender wurde Rechtsanwalt Adolf Sturm (FDP), München. Der ideologisch-politische Standort wurde in der Satzung aus taktischen Überlegungen zunächst recht zurückhaltend und unverbindlich, jedoch letztlich eindeutig umrissen.

„Der FDS ist eine unabhängige studentische Gemeinschaft, die die Verbreitung und Festigung des freiheitlichen und nationalen Gedankens in der deutschen Studentenschaft erstrebt. Der FDS lehnt jede Art totalitärer und kollektivistischer Bestrebungen ab und tritt für den freiheitlichen Rechtsstaat und eine vom sozialen Gedanken getragene Gesellschaftsordnung ein. Der FDS sieht es als eine Aufgabe an, sich für die Wiederherstellung eines gesamtdeutschen Staates in seinen völkerrechtlich gültigen Grenzen einzusetzen. Der FDS befürwortet den Zusammenschluß der Völker Europas, soweit dadurch nicht die deutsche Wiedervereinigung behindert wird.“[11]

---

9 Frankfurter Rundschau, 6.8.1966.
10 Deutsche Einheit, 29.7.1961.
11 Deutscher Studenten-Anzeiger, Nr. 12, Juni 1963, S. 8.

Auf einer Bundesdelegiertenversammlung am 9. Dezember 1963 in Frankfurt a. M. nahm dieser Bund „nationaler“ Studenten den endgültigen Namen „Freiheitlicher Deutscher Studentenbund“ (FDS) an. Seither ist seine Bindung an die FDP und das Bekenntnis als Erbe des Nationalliberalismus immer stärker von einer völkisch-faschistischen Ausrichtung verdrängt worden. Dem entsprach nach der Gründung der NPD die zunehmende Anlehnung an diese offen und uneingeschränkt neofaschistische Partei. Die finanzielle Unterstützung durch die FDP veranlaßte die 6. Ordentliche Bundesdelegiertenversammlung im April 1966 zu einer Gegenleistung in Gestalt des Beschlusses, daß die Mitgliedschaft im FDS mit der in der NPD unvereinbar sei. Der voreilige und dem politisch-ideologischen Standort des Bundes auch keinesfalls entsprechende Beschluß führte zu größeren Rebellionen und Austrittserklärungen der Mitgliedschaft, da er – undemokratisch sei!

Der FDS versteht sich als Sammelbecken antikommunistisch und chauvinistisch orientierter Studenten mit ausgeprägt antidemokratischen und militaristischen Grundhaltungen, die sich beispielsweise vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) durch die geringschätzigere Bewertung des politischen Klerikalismus und das unmittelbare Anknüpfen am historischen Nationalliberalismus und Nationalsozialismus unterscheiden. Damit ist er zugleich Verbündeter des RCDS und der Korporationen und nicht zuletzt mit ihnen geeint durch die alltägliche Wirksamkeit gegen die demokratischen und liberalen Studenten und ihre Organisationen. Angesichts dieser Sachlage verzichtet die NPD-Führung vorläufig auf die Gründung eines eigenen Studentenverbandes. Thadden erklärte dem „Studenten-Anzeiger“ Ende 1965: „An die Bildung einer selbständigen Jugendorganisation ist nicht gedacht. Das gleiche gilt für Studentengruppen.“[12] Auch sie sollen sich den Kreisverbänden anlehnen.

Der Vormarsch der akademischen Jungnazis ist nur eine Teilerscheinung der bekannten Refaschisierungsprozesse in Westdeutschland auf allen Ebenen. Unübersehbar ist die mittel- und unmittelbare Verquickung und Hilfe zwischen der unverbesserlichen Garde der Altnazis und ihrem Nachwuchs unter Jugendlichen und Studenten. Als repräsentativ kann hier der Name Heydte stehen. Friedrich August von der Heydte (CSU), Ordentlicher Professor für Staats- und Völkerrecht an der Universität Würzburg, Brigadegeneral d. R. der Bundeswehr, ehemaliger Oberstleutnant der faschistischen Wehrmacht und Durchhalteoffizier des deutschen Imperialismus 1945 und 1966, Strauß-Freund und Mitakteur in dessen Spiegelaffäre 1962, ist seit Jahr und Tag aktiver Förderer chauvinistischer Gruppierungen in der Studentenschaft und fanatischer Gegner ihrer liberalen und demokratischen Gruppen.

Nicht zufällig formierte sich die erste und führende FDS-Gruppe 1962 an der Universität Würzburg. Im Frühjahr 1963 richtete der „Deutsche Studenten-Anzeiger“ an Heydte die Frage, ob nicht „eine rechts von der CDU/CSU stehende nationaldemokratische, konservative Partei“ wünschenswert sei. Dieser entgegnete: „Die Sammlung aller konservativ und national denkenden Kreise ist sicher eine Aufgabe, deren Lösung, wie Sie sagen, im Interesse unseres Staates und unseres Volkes liegt.“[13] Allerdings halte er es zunächst für aussichtsreicher, in den bestehenden Parteien diese Kräfte „zu wecken“. Diese Anschauung wurde 1965 von Strauß, bezogen auf die CSU, erneuert. Im Sommer 1966 erklärte Schlamm, er würde als „konservativer und patriotischer Student“ der CDU/CSU beitreten, um dort für eine „deutsche Politik“ zu wirken.

Im Sommer 1963 veröffentlichte das Blatt größere Auszüge aus einem Referat Heydtes über „Das Selbstbestimmungsrecht – Grundlage nationaler Politik“. Um Mißverständnisse über seine Auffassung des Selbstbestimmungsrechts auszuschließen und um zu dokumentieren, mit wem er sie zu verwirklichen trachte, marschierte der ehrenwerte Professor am 23. Januar 1964 als einziger Würzburger Hochschullehrer in einem „Schweigemarsch für Südtirol“ Seite an Seite mit dem neonazistischen FDS, dem revanchistischen „Arbeitskreis Sudetendeutscher Studenten“ (ASSt) sowie dem ihnen politisch-moralisch verbundenen RCDS durch die Würzburger Innenstadt. Sein junger Freund, der FDS-Vorsitzende und Würzburger Student E.-D. Götz, forderte in einer Ansprache, nicht nur die Einverleibung von „Mittel- und Ostdeutschland“, sondern auch die Südtirols auf die Tagesordnung zu setzen. Der Brigadegeneral der Bundeswehr und Völkerrechtsprofessor Heydte ist aus Tradition

12 Ebenda, Nr. 27/1965, S. 3.
13 Ebenda. Nr. 13, Mai 1963, S. 2.

und Passion ein Freund des „Volkstumskampfes“ in Südtirol. Angriffe aus Kreisen des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) und von anderen demokratischen Kräften gegen seine autoritär-antidemokratischen und rassistischen Auslassungen in Lehrveranstaltungen konnte er mit Hilfe willfähriger Gerichte noch immer erledigen.

Das Landschaftsgemälde faschistischer Brüderschaft in Würzburg und Bayern ließe sich leicht ausweiten. Erinnert sei an den Präsidenten des Würzburger Verwaltungsgerichts und Honorarprofessor der Universität Würzburg, Dr. Rudolf Schiedermair, der nach den Enthüllungen des antifaschistischen Arztes Dr. Herterich auf Grund nachgewiesener faschistischer Verbrechen vorzeitig pensioniert wurde. Der „Studenten-Anzeiger“ verleumdete Herterich, bezeichnete die Enthüllungen als erlogen und engagierte sich rückhaltlos für Schiedermair, der zu Unrecht „wegen Beteiligung an einem ordentlichen Standgericht“ von einem norwegischen Gericht verurteilt worden wäre. Schließlich bürgte im Auftrag der CSU auch der führende Nazijurist und Gestapo-Theoretiker von 1943, Theodor Maunz, als bayrischer Kultusminister dafür, daß den vordrängenden konservativen und selbst neofaschistischen Studentengruppen keinerlei Schwierigkeiten bereitet wurden.

Angesichts des generellen imperialistischen Restaurierungsprozesses, der Legalisierung faschistischer Organisationen, Ideologie und Tradition sowie der offiziellen Rehabilitierung der biographischen Braunfärbung 1933 bis 1945 bis zum Bundeskanzler und Bundespräsidenten haben taktische Aspekte zur Kaschierung neofaschistischer Positionen längst kein erhebliches Gewicht mehr. Heute dienen sie weniger der Absicherung der (nun nicht mehr bedrohten) Legalität als dem Streben, zu einer offensiveren Politik gegen die demokratischen Kräfte anzutreten. Diesem Zweck soll der Mißbrauch von Begriffen und bestimmten Traditionen, sollen Lippenbekenntnisse und Beteuerungen gelten.

Die Hauptmethode zur Diffamierung ihrer politischen Gegner basiert auf dem militanten Antikommunismus. Wesensgleich mit entsprechenden Praktiken der Bundesregierung und der CDU/CSU, aber im studentischen Bereich auch des RCDS und der Korporationen, wird diese Methode nur primitiver, dreister und vordergründiger gehandhabt. Heinrich Hannover hat bereits vor ein paar Jahren die Verfassungswidrigkeit dieser nazistischen Hetze und Diffamierung und ihres reaktionären sozialpolitischen Gehalts nachgewiesen.

Der BNS wie der FDS und die ihnen nahestehenden Blätter, Verbände etc. in der Studentenschaft gebärden sich vorzugsweise als selbstlose Sprecher des „nationalen“ Flügels der Studenten. Sie fechten gegen ein angebliches Meinungsmonopol der Linken, der Liberalen etc., natürlich ohne das tatsächliche Monopol des Meinungsfabrikanten Springer auch nur zu erwähnen. Der „Deutsche Studenten-Anzeiger“ forderte das Verbot des SDS. Nach dem Muster von Rotbuch II schrieb das Blatt 1962: „Inoffiziell haben bereits im vergangenen Sommer folgende Mitglieder des SDS an dem kommunistischen Propagandarummel in Helsinki teilgenommen. Man sollte sich die Namen dieser Genossen gut merken.“[14] Es folgte eine Namensliste, geordnet nach Universitäten.

Allen demokratischen Attacken gegen den Neofaschismus, gegen den Rassismus, Antihumanismus, Antidemokratismus und Militarismus wird mit scheinheiligen Appellen an Freiheit, Recht und Demokratie entgegengetreten. Als der Vorstand des Redakteurverbandes Deutscher Studentenzeitschriften (RDS) sich gegen die Sympathien des „Studenten-Anzeigers“ für die Apartheidpolitik verwahrte (die dieser u. a. mit den Herren Lübke und Strauß teilt) und dies als Ausschlußsrund bewertet, schrieb ihm dessen Herausgeber – aus Pretoria! –:

„Wer ..., seinem Gewissen folgend und der Wahrheit dienend, Artikel veröffentlicht, die die eigenständige Entwicklung in Südafrika mit positivem Akzent darstellen, wird aus Ihrem Verband ausgeschlossen, weil er nicht die gängige Meinung Ihres Verbandes vertritt. Einen solchen Ausschluß aus dem RDS kann ich nur als einen Eingriff in die Pressefreiheit betrachten, die redliche Toleranz gegenüber jeder anderen Meinung scheint im RDS nicht mehr zu existieren, ... Sie predigen Freiheit und meinen nur ihre eigene. Damit bläst der Ostwind stärker als zuvor, und die gefährliche geistige Verwandtschaft mit Pankow ist nicht mehr zu leugnen.“[15]

---

14 Ebenda, Nr. 9, November 1962, S. 8.

15 Ebenda, Nr. 17, Jan.-Febr. 1964, S. 2.

Die „Freiheitlich-Konservative Studentengruppe“ in Göttingen erklärte in ihrem Programm 1961 unter 6.:

„Die FKS ist korporationsfreundlich. Sie unterstützt und fördert die nationale Erziehungsarbeit der deutschen studentischen Verbindungen.“[16]

Die „Deutsche Volkszeitung“ konstatierte 1963, daß überwiegend Korporationsstudenten Leser des „Deutschen Studenten-Anzeigers“ sind. Nach einer Umfrage unter 453 Studenten der Universität Mainz 1966 betrug der prozentuale Anteil von NPD-Wählern unter Korporationsstudenten das Dreifache vom Durchschnitt aller befragten Studenten. Im Juli 1966 erklärte der Rektor der Universität Gießen im Hessischen Rundfunk, daß nach seinen Beobachtungen von den 5000 Studenten rund 20 Prozent Anhänger der NPD seien. Auch zu den revanchistischen Studentengruppen und dem RCDS gibt es seitens des FDS und seiner Anhänger Querverbindungen, Personalunion und Abstimmungen über Aktionen und Ziele.

Damit kann hier nur ein weiteres wesentliches Problem angedeutet werden, das einer gesonderten Analyse bedarf: Die neofaschistische Formierung in der Studentenschaft – politisch, organisatorisch, publizistisch – hat bereits für sich genommen eine erschreckende Dimension erlangt. Außer dem FDS sind ihr als weitere Gruppierung die Hochschulgruppen des „Bundes Nationaler Europäer“ (BNE) zuzurechnen, deren erste im Sommersemester 1965 in Hamburg entstand, sowie die darüber hinaus in der NPD organisierten oder ihrer festen Anhängerschaft zugehörigen Studenten. Dennoch würde diese Fraktion noch unterschätzt, wenn man sie auf ihre eigenen Abmessungen reduziert. Sie ist keine von der gesamten übrigen Studentenschaft politisch klar geschiedene und isolierte Strömung. Im Gegenteil bildet das restaurierte Korporationswesen einen umfangreichen und wohlorganisierten Nährboden nationalistischer und autoritärer Gesinnung, deren letzte Folgerungen in der historisch-politischen Situation der Bundesrepublik zwangsläufig neofaschistische Gestalt annehmen.

Die Existenz nazistischer Gruppen und die Verbreitung faschistischer Ideologie in der Studentenschaft ist anschaulicher Beweis dafür, daß der westdeutsche Neofaschismus nicht einfach personeller und geistiger Ausläufer einer vergangenen geschichtlichen Phase ist. Er wird unter den sozialökonomischen und historisch-politischen Bedingungen des Bonner Staates reproduziert, wobei er notwendig an der Tradition, der Blutlinie des Faschismus und Antikommunismus, personell, geistig und politisch anknüpft.

Zehntausende westdeutsche Studenten werden so in Verbindungen auf eine elitäre und antidemokratische Geisteshaltung getrimmt. Sie übernehmen überwiegend leitende Funktionen im Staat, in der Monopolwirtschaft und im ideologischen Bereich. Sie sind die Jünger und Amtsnachfolget der Altnazis, der Kiesinger, Lübke, Vialon, Bütefisch, Maunz und Schwinge.

Nicht wenige frühere Gegner haben, wie gegenüber dem Vormarsch des Verbindungsstudententums, auch vor dem der akademischen Jungnazis kapituliert. Das geschah teils aus Resignation und Kampfmüdigkeit, aber auch aus leichtfertiger Fehleinschätzung, Illusionismus und selbst durch die eigene nationalistische Infektion. Zu den renommiertesten Kapitulanten gehören die VDS-Führung und rechte SPD-Führer. Bereits gegen den BNS trat der VDS verspätet, uneinheitlich und überwiegend inkonsequent auf. Immerhin vermochte er überhaupt noch, eine halbwegs eindeutige Abgrenzung und Verurteilung vorzunehmen. Und der sozialdemokratische „Vorwärts“ war 1960 noch imstande, zu den Inkonsequenzen des VDS kritische Anmerkungen zu machen:

„So wird der Verband Deutscher Studentenschaften umfassendere Überlegungen anstellen und den rechtsradikalen Strömungen bis an die Quellen nachgehen müssen, wenn er etwas erreichen will. Die Hochschulen stellten schon einmal in der Weimarer Zeit die Kader antidemokratischer Wühlarbeit.“[17]

Von der Ablehnung der SDS-Aktion „Ungesühnte Nazijustiz“ bis zur großen Koalition unter dem leitenden Nazipropagandisten Kiesinger sind seither sozialdemokratische Führer dem antifaschis-

16 Deutsche Einheit, 29.7.1961.
17 Vorwärts, 13.5.1960.

tisch-demokratischen Wollen und Handeln liberaler, sozialdemokratischer und sozialistischer Studenten vielfältig, verhängnisvoll und beschämend in den Rücken gefallen.

So ist heute in der Bundesrepublik und in Westberlin das demokratische Bündnis der Gewerkschaften, Intellektuellen, Jugend- und Studentenorganisationen und aller friedliebenden und demokratischen Kräfte das hauptsächliche Bollwerk gegen jeglichen Neofaschismus.

Forum, Berlin, 24/1966.

Neu abgedruckt in: Alma Mater – Zwischen Hakenkreuz und Bundesadler. Artikel und Kommentare 1960-1970. Jenaer Reden und Schriften 1979. Friedrich-Schiller-Universität Jena, S. 95-109.

„Nationales“

Anläßlich der Konstituierung des Initiativkomitees für die Vorbereitung einer Manifestation der Jugend und Studenten der DDR im Oktober 1967 zum 150. Jahrestag des Wartburgfestes von 1817 sahen sich die westdeutschen Burschenschaften zu einem als „Presseerklärung“ deklarierten Lamento veranlaßt. Das ist an sich nichts Bemerkenswertes, da burschenschaftliche Verbindungen überhaupt ab und zu das Weltgeschehen durch aufschlußreiche Meinungsäußerungen zu bereichern suchen.

Die Münchner Burschenschaften traten beispielsweise im Januar 1964 mit einer Sympathie- und Solidaritätserklärung für Südtiroler Terroristen hervor, die vor ein italienisches Gericht gestellt wurden. Die Alte Straßburger (!) Burschenschaft in Tübingen wandte sich Anfang 1965 in einer scharfmacherischen Verlautbarung gegen eine Gruppe studentischer Organisationen, die gegen die aggressiv revanchistische Agitation aufgetreten waren. Das sei „Verzichtspolitik“ und Berlin bleibe „des Reiches Hauptstadt“. Die nazistische „Nationalzeitung und Soldatenzeitung“ druckt das Pamphlet genugtuend ab.

Solche Zeugnisse der geistigen und politisch-moralischen Verfassung der heutigen westdeutschen Burschenschaft ließen sich zahlreich beibringen. Die erwähnte jüngste Kundgebung schließt sich diesen Vorläufern ebenbürtig an. Es wird darin erklärt, man wolle auf der Wartburg ein „gesamtdeutsches“ Studententreffen veranstalten. Wozu das? Wir erinnern uns der offenherzigen programmatischen Verkündung auf der Burschenschaftlichen Woche 1961: „Ziel und Auftrag der Außenpolitik muß das Ende des DDR-Regimes ohne Kompromisse sein.“ Die Burschenschaft ist von diesem Leitsatz keinen Zentimeter abgegangen – er paßt im Gegenteil haargenau ins expansionistische Konzept der Kiesinger/Strauß-Regierung. Für dieses Programm wird nun die Aufenthaltsgenehmigung der DDR gewünscht! Ist es unsere Schuld, daß die unverbesserlichen Marschierer gen Osten heute ein bißchen schwach auf der Brust sind und auf solche ebenso dümmlichen wie hinterhältigen Angebote verfallen müssen?

Vielleicht soll auf der Wartburg ein Kameradschaftstreffen jener Alten Herren stattfinden, die 1935 an gleicher Stelle die Burschenschaften freiwillig und mit wehenden Fahnen in die NS-Studentenschaft führten, mit der man bereits jahrelang vorher Seite an Seite gegen Kommunisten, Sozialisten, Demokraten und Juden marschiert war? Dazu ein kleiner Festkommers, um den neuerlichen Aufschwung der „nationalen“ Bewegung in Westdeutschland zu feiern? Natürlich verstehen wir den Ärger jener Operettenpatrioten, daß die Wartburg für sie nicht mehr erreichbar ist. Gehören sie doch seit 1917 zu den Verlierern der Weltgeschichte, und da fällt es trotz Schmissen und gegenseitig beteuertem Elitebewußtsein nicht leicht, immer Haltung zu bewahren.

Da wurden weiter solche Plattheiten geredet, wie die, die SED wolle das Wartburgfest zur „geistigen Teilung Deutschlands mißbrauchen“. Tatsächlich gibt es zwischen der Bevölkerung der DDR und dem westdeutschen Neonazismus eine „geistige Teilung“. Wir wissen, daß es diese nicht zwischen den Neonazis der NPD, der CDU/CSU und den schlagenden Verbindungen gibt, worunter die Personalunion in den Altherrenschaften nur eines von zahlreichen Zeugnissen ist. Aber wie bereits im imperialistischen Deutschland vor 1945 existiert diese Teilung auch in der Bundesrepublik und tritt immer schärfer hervor. Zum Wartburgfest 1967 können, um uns selbst wie der progressiven Tradition von 1817 treu zu bleiben, nur Gäste aus Westdeutschland kommen, die als Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Vertreter fortschrittlicher Jugend- und Studentenorganisationen zu den politischen Gegnern des restaurierten Waffenstudententurns gehören. Da gibt es mit uns tatsächliche Gemeinsamkeiten, die mit dem nationalistischen Gesäusel diverser „neuer“ Ostpolitiker absolut nicht zu verwechseln sind.

Der Geist der burschenschaftlich-nationalsozialistischen Fusion von 1935 wird in allen bisherigen und künftigen nationalistischen Manövern zum Wartburgfest 1967 in Westdeutschland unheilvoll lebendig sein. Es wird keinen antikommunistischen Ausfall, keine chauvinistische Fälschung der deutschen Geschichte und kein Aufputschen nationalistischer Emotionen durch die Burschenschaften geben, die nicht der Solidarität und des hysterischen Beifalls der Phalanx des Neonazismus von Strauß bis Thadden, von der „Welt“ bis zur „National- und Soldatenzeitung“ sicher wären. Die Burschenschaft weiß um diese Gesellschaft und kann ohne sie nicht sein. Ihre Angriffe anläßlich der

Konstituierung des Initiativkomitees zum Wartburgfest und des Aufrufs zur Manifestation der Jugend und Studenten der DDR an historischer Stätte im Oktober 1967 bestätigen uns die ohnmächtige Wut des Klassengegners und die Richtigkeit und Notwendigkeit dieser Initiative.

Sozialistische Universität, Jena, Nr. 7 v. 15. April 1967.

Neu abgedruckt in: Alma Mater – Zwischen Hakenkreuz und Bundesadler. Artikel und Kommentare 1960-1970. Jenaer Reden und Schriften 1979. Friedrich-Schiller-Universität Jena, S. 110-111.

Antisemitismus

Die Frankfurter Studentenzeitung „Diskus“ berichtet in ihrer Februarausgabe über nationalistischen und rassistischen Unrat unter Frankfurter Studenten, der bei der Vorbereitung und Gründung einer Gruppe des „Nationaldemokratischen Hochschulbundes“ zutage trat. Der Jurastudent Alfred Nast erklärte in einer Zusammenkunft am 30. November 1966:

„‚Man sollte die Kinder von vergasten Juden nur dann entschädigen, wenn sie dadurch geschädigt wurden.‘ ..., andere nickten zustimmend und jemand ergänzte: ‚Die Entschädigung für italienische Partisanen, die auf deutsche Soldaten geschossen haben, ist ja auch unerhört!‘“

In einer Versammlung am 14. Dezember traten der Jurastudent und NPD-Kreisvorsitzende von Offenbach-Land, Leineweber, und ein bereits als Mitglied des faschistischen „Bundes Nationaler Studenten“ mit antisemitischer Hetze hervorgetretener Student mit erneuten offen nazistischen und rassistischen Ausfällen auf. Zu den faschistischen Massenmorden unter der jüdischen Bevölkerung erklärten sie: „Es ist nicht entscheidend, wie viele umgebracht wurden, denn vorher (in anderen Ländern, war gemeint) gab es ja doch noch gar nicht die technischen Möglichkeiten.“ Im Ergebnis und auf der Grundlage solcher offen faschistischer Deklarationen wurde am 25. Januar 1967 unangefochten die Frankfurter NHB-Gruppe gegründet. Die Annahme, daß die Bonner Polizei und Justiz den Vorgängen in der Studentenschaft untätig gegenüberstehen, ist allerdings irrig: Sie sind vollauf mit Einsätzen und Untersuchungen, mit Verhaftungen und Prozessen beschäftigt, mit denen studentische Initiativen und Aktionen gegen den Aggressionskrieg in Vietnam, gegen Notstandsgesetze, Altnazis und Neonazismus sowie für demokratische Forderungen unterdrückt und zerschlagen werden sollen.

Sozialistische Universität, Jena, Nr. 9 v. 30. Mai 1967.

Neu abgedruckt in: Alma Mater – Zwischen Hakenkreuz und Bundesadler. Artikel und Kommentare 1960-1970. Jenaer Reden und Schriften 1979. Friedrich-Schiller-Universität Jena, S. 112.

Bundespost: Schulden und Geschenke

Das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der DDR hat der westdeutschen Post die Rechnung übersandt und aufgefordert, endlich die bis zum 31.12.1966 aufgelaufenen Schulden in Höhe von 969.693.986,70 zu begleichen. Unsere Vorschläge zur Sendung der Rüstungslasten dürften für die Bonner Seite auch den Weg weisen wie man sich krimineller Methoden wie der Unterschlagung als Mittel zur Sanierung der eigenen Haushaltsmisere entledigt. Natürlich geht das nicht ohne eine Portion guten politischen Willens. Eben daran lassen auch gewisse andere Praktiken der Bundespost zweifeln, die im v. J. durch eine Initiative der Universität Gießen moniert wurden. Mit ganzseitigen Annoncen zu je 3760 DM beteiligte sich die Bundespost an der Finanzierung des neonazistischen „Studenten-Anzeigers", der sich seit Jahren erfolgreich bemüht, mit dem faschistisch-rassistischen Ideengut der „National- und Soldatenzeitung" unbedingt Schritt zu halten. Das Engagement der Gießener Soziologin Prof. Helge Pross und des Gießener Senats gegen das Naziblatt führte zu einer entsprechenden Anfrage an die Bundespost. Das DGB-Organ „Deutsche Post" unterstützte diese Initiative. Der Bundespostminister antwortete mit der Ausflucht nach einem früheren Ansichtsexemplar sei die Zeitung „nicht als extrem rechtsorientiert aufgefallen". Tatsächlich gab es seit dem Erscheinen im Sommer 1961 keine Nummer des Blattes, die nicht von der prononciert neonazistischen Position geprägt worden war. Immerhin sollen ihm nunmehr keine Inserate der Bundespost mehr übertragen werden.

Eine eigentümliche Inkonsequenz in der Bonner Regierung! Der Postminister balanciert mit durchsichtigen Ausreden auf dem schmalen Pfad einer scheinbaren Gegnerschaft zu „extrem rechtsorientierten" Kräften. Der Finanzminister Strauß ist jedoch ein wohlwollender Freund und bevorzugter Gesprächspartner des nazistischen Studentenblatts und der Innenminister rechnet es keineswegs zu den „rechtsradikalen" Blättern. Die letztere Tatsache konnte von den völkischen Redakteuren höhnisch gegen die Kritiker ins Feld geführt werden, indem es Ende 1966 schrieb:

„Laut Bericht des Bundesministeriums des Innern über rechtsradikale Tendenzen im Jahre 1965, veröffentlicht in der Wochenzeitung ‚Das Parlament' vom 16.3.1966, ist der Studentenanzeiger nicht rechtsradikal. Die Gesamtauflage aller ‚rechtsradikalen Jugendperiodika' wird dort mit 1700 festgestellt. Die Auflage des DSA jedoch lag in der Berichtszeit bei 20.000, kann also in der Zahlt 1700 nicht enthalten sein."

Das Bundeskabinett verfügt also auch im Verhältnis zum offenen Neonazismus über eine perfekte Arbeitsteilung; ein Minister identifiziert sich damit, der nächste erklärt, daß es gar kein Neonazismus sei, und schließlich meint der dritte, insofern es doch gelegentlich welcher wäre – was kaum zu bemerken gewesen sei – würde er natürlich verdammt. Sollte sich nicht jeder Bundesbürger nach dem Prinzip der freien und immer freieren Wahl eine sympathische Variante aussuchen dürfen?

Im Bundestag hatte ein sozialdemokratischer Abgeordneter wegen der postalischen Schecks für Nazipropaganda angefragt. Seine Pose ist vielleicht persönlich aber nicht parteipolitisch-parlamentarisch überzeugend da gleichzeitig sozialdemokratische Minister in den Kahn der Gemeinsamkeit mit Strauß stiegen. In der Tat gehört die Existenz und das Gedeihen nazistischer Publikationsorgane zu den innenpolitischen Merkmalen der Regierung Kiesinger/Strauß und ihrer sozialdemokratischen Agitatoren. Unter dieser Regierung wird sich auch der Wegfall direkter Subventionen eines Bundesministeriums für eine neonazistische Studentenzeitung als eine vorübergehende und zufällige Episode erweisen, vor allem berechnet auf die Täuschung kritischer liberaler und demokratischer Beobachter dieses Treibens.

Sozialistische Universität, Jena, Nr. 11 v. 30. Juni 1967.

Neu abgedruckt in: Alma Mater – Zwischen Hakenkreuz und Bundesadler. Artikel und Kommentare 1960-1970. Jenaer Reden und Schriften 1979. Friedrich-Schiller-Universität Jena, S. 113-114.

Die Gefolgschaft des Prof. Esau

Die westdeutsche Burschenschaft in der Tradition des 18. Oktober 1935

Aus historischem Anlaß vergegenwärtigen wir uns bei der Vorbereitung der Manifestation der Jugend und Studenten der DDR auf der Wartburg unseren eigenen geschichtlichen Standort und unsere gesellschaftliche Verantwortung. Unter einem geschichtlichen Aspekt, der sich angesichts der Entwicklung in der Bundesrepublik und in Westberlin als überaus aktuell erweist, sollen einige charakteristische Positionen der heutigen westdeutschen Burschenschaft als einer repräsentativen und führenden Fraktion des bundesdeutschen Korporationsstudententums markiert werden. Es ist kein „Bruderkrieg um die Wartburg", für den sich „Deutschlands Jugend in Ost und West" rüstet, wie ein westdeutscher Publizist Ende Mai d. J. schrieb. Das beschränkte zeitgeschichtliche Bild von den „Brüdern und Schwestern" ist auch hier untauglich. Tatsächlich ist es der alte Kampf für den legitimen Anspruch der Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus auf das fortschrittliche Erbe – auch in seiner bürgerlichen Erscheinungsform. Anlaß und Sinn einer solchen Auseinandersetzung ergeben sieb aus der spezifischen Funktion, die diesem Korporationsverband gemäß den ideologischen Bedürfnissen der imperialistischen Großbourgeoisie bei der Umfälschung progressiver Traditionen in einen aggressiven Nationalismus und obskuren Konservatismus zugedacht sind.

Nicht wenige Stätten künden vom Kampf zwischen Reaktion und Fortschritt, Barbarei und Humanismus, vom Klassenkampf in der Geschichte unserer Nation, von den Opfern und den Lehren jener Kämpfe, und die Wartburg, Weimar und die Jenaer Universität gehören nicht zu den geringsten. Die Geschichte dieser Universität umfaßt die Jahrzehnte um 1800 mit ihrer Fülle humanistischer, freiheitlicher und nationaler Ideen und Impulse ebenso wie den schändlichen Verfall als intellektuelle Zuhälterin der faschistischen Diktatur. In Weimar stehen die Häuser Goethes und Schillers und die Verbrennungsöfen von Buchenwald. In räumlicher und zeitlicher Verknüpfung damit befinden sich zwei unvereinbare, ja absolut gegensätzliche Linien studentischer Tradition, die äußerlich mit dem Namen der Burschenschaften verbunden sind und ihre Kulminationspunkte in Geschehnissen auf der Wartburg fanden: Die progressive, patriotische und humanistische Tradition der deutschen Burschenschaften des Vormärz und das Wartburgfest im Oktober 1817; die reaktionäre, chauvinistische und militaristisch-antidemokratische Tradition der burschenschaftlichen Verbindungen besonders seit 1870/71 und 1918/19 und ihre historisch-logische Erfüllung in der Fusion mit dem faschistischen Studentenbund am 18. Oktober 1935 auf der Wartburg.

Diese beiden geschichtlichen Daten umfassen eine Vielzahl von Kriterien für die Beurteilung des Klasseninhalts, der weltanschaulichen Position und der politischen Wirksamkeit der westdeutschen Burschenschaft sowie der ihr nahestehenden Korporationsverbände und Studentenorganisationen. Dem gleichen Namen oder Ort entsprach keinerlei Identität oder historisch-politische Kontinuität Im Gegenteil. Der 18. Oktober 1935 wurde dort möglich, wo die Tradition von 1817 und ihre lebendigen Impulse vernichtet wurden. Das war seit Jahrzehnten im Waffenstudententum geschehen und wurde unter dessen Mithilfe ausgeweitet und nachvollzogen in der Verfolgung, Unterdrückung und physischen Vernichtung der Gegner des Faschismus, in deren Idealen und politischen Programmen auch die Ideen des Wartburgfestes ihre Heimstatt gefunden hatten.

Es ist eine einfache aber gewichtige Wahrheit: Seit den zwanziger und dreißiger Jahren ist die Aufrichtigkeit und Gültigkeit der Bejahung des Wartburgfestes von 1817 wie des humanistisch-progressiven Erbes unserer Nation überhaupt ablesbar am Vorhandensein und an der Konsequenz antifaschistisch-demokratischer Position, an der grundsätzlichen Gegnerschaft zum Faschismus einschließlich der ihn päppelnden und tragenden Monopolbourgeoisie. Heute ist dieses Zeugnis die Gegnerschaft zu den alt- und neunazistischen Nachfahren in der Bonner Gegenwart. In der Geschichtsauffassung kann daher die progressiv-nationale Idee des Wartburgfestes sich auch nur in der bedingungslosen Verurteilung der nazistischen Formierung vom Oktober 1935 einschließlich ihrer historischen, klassenmäßigen und ideologischen Voraussetzungen bewähren. Sie führt zur Ablehnung aller wesensgleichen Formierungsversuche, wie wir sie gegenwärtig seitens der herrschenden Kreise des westdeutschen staatsmonopolistischen Systems beobachten und wie sie für die Studentenschaft in

einer Rede von Gerstenmaier (CDU) im März 1965 unter Berufung auf das Wartburgfest von 1817 präzisiert wurden: Der Verband Deutscher Studentenschaften habe als „studentische Einheitsorganisation“ die Aufgabe,

„die Studentenschaft in Form zu bringen. ... Wem der ganze Horizont, unter den die organisierte deutsche Studentenschaft damit gerückt wird, nicht paßt, der muß sie entweder ignorieren oder ihrem Abmarsch in die Reihen der bloßen Interessenverbände zusehen.“[1]

Auch 1935 wurde das chauvinistische Programm der Integration in die „Volksgemeinschaft“ (lies heute: Industriegesellschaft) mit der Berufung auf die Urburschenschaft und das Wartburgfest verquickt. In einem Aufruf des Bundesführers der Burschenschaft, Mitglied der Nazipartei, hieß es damals:

„Am 18. Oktober 1935 wird sich die Deutsche Burschenschaft wiederum auf der Wartburg versammeln. Sie wird sich zur Idee der Urburschenschaft bekennen. Mit diesem Bekenntnis aber wird sie sich nunmehr auch äußerlich endgültig in den Dienst der Bewegung Adolf Hitlers stellen.“

Der freiwillige und geschlossene Übertritt in den nazistischen Studentenbund war einstimmig von einer Beratung der Bundesleiter und aktiven Sprecher der Burschenschaft in Leipzig beschlossen worden. Das war tatsächlich eine nur „äußerlich endgültige“ Entscheidung. Sie war vorbereitet und gereift im chauvinistischen Taumel des ersten Weltkrieges, in der antikommunistischen Hysterie und im Mordterror der Reaktion in der revolutionären Nachkriegskrise, im Kampf der Berliner Burschenschaft gegen Spartakus und der Marburger gegen republikanische Arbeiter in Thüringen, im Ruhrkampf Hannoveraner Burschenschafter für die Konzerne, als militaristische Hilfstruppe bei der illegalen Sabotage der Rüstungsbeschränkungen. Es waren jene Jahre prononciert chauvinistischer, antidemokratischer und völkisch-antisemitischer Entwicklung und Rolle dieses Korporationsverbandes, die 1965 ein führender Ideologe der westdeutschen Burschenschaft, der Schriftleiter der „Burschenschaftlichen Blätter“, E. W. Wreden, als die Jahre einer „Burschenschaft stärkster und größter Entfaltung, getragen von einem lebendigen Idealismus“ charakterisierte.

Selbst innerhalb des insgesamt konservativ und gegenrepublikanisch orientierten Korporationsstudententurns der Weimarer Jahre („Vorwiegend rechts von der Demokratie“ nannte „Die Zeit“, Hamburg vom 21. Juli 1967 etwas zurückhaltend jene Vergangenheit) bildete die Burschenschaft den äußersten rechten, in allen Grundpositionen quasifaschistischen Flügel, als der sie sich auch längst vor 1933 durch Personalunion mit der Nazipartei und ihren Verbänden auswies. 1935 verhöhnten ihre Führer andere Verbindungen, die den faschistischen Machthabern als weniger brauchbar erschienen und zumindest keine dem 18. Oktober 1935 vergleichbare nazistische Propagandaschau absolvierten. Der faschistische „Reichsjugendführer“ begrüßte sie „in der national-sozialistischen Volksgemeinschalt als Kämpfer für eine Kameradschaft ohne Klassen“, so wie sie heute von Kiesinger, Strauß und Wehner bei der neuerlichen „Abschaffung“ des Klassenkampfes in der formierten Gesellschaft der Abs und Flick gewürdigt und gefördert wird. Die jüngste Entwicklung seit dem Mord an Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 in Westberlin und der verschärfte Kurs gegen die oppositionelle studentische Jugend werden diese Formierungs- und Integrationsfunktion der Korporationen im Dienst der herrschenden Kreise unzweifelhaft verstärken. Die geschichtlichen Erfahrungen gewinnen auch dadurch weiter an Gewicht.

Die Wiederkehr des Verbindungswesens nach 1945 in Westdeutschland war in ihren klassenmäßigen Grundlagen und im politisch-ideologischen Inhalt generell ein unmittelbarer Bestandteil des imperialistischen Restaurationsprozesses und der Zurückdrängung antifaschistisch-demokratischer Kräfte und Bestrebungen direkt proportional. Eine auch im Hinblick auf die Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität aufschlußreiche Episode dokumentiert den Geist jener Restauration:

Im Dezember 1948 fand das 90. Stiftungsfest der „Jenaer Preußen“ statt, die sich seit Juli 1948 in Westdeutschland wieder zusammenfanden. „Zu unser aller Freude war auch der hochverdiente langjährige Rektor der Universität Jena, Herr Professor Esau, ... erschienen, um mit uns zusammenzusein. Er kam gerade aus der Gefangenschaft in holländischen Gefängnissen, in denen er jahrelang als soge-

[1] Christ und Welt, 26. 3. 1965.

nannter Kriegsverbrecher hatte schmachten müssen.“ So dachten die Alten Herren „mit Wehmut an die Jenaer Tradition der Freiheit“.[2] Abraham Esau, 1945 in den Niederlanden interniert und als Kriegsverbrecher angeklagt, 1948 nach Westdeutschland entlassen, war im Mai 1933 von den Nazis als Rektor der Universität Jena bestätigt worden. Von November 1937 bis April 1939 hatte er nochmals „auf ausdruckliehen Wunsch des Reichsstatthalters und Gauleiters Sauckel“ das Rektorat inne und wurde anschließend an die Wehrwissenschaftliche Abteilung der TH Berlin berufen. Über seine pronazistische Tätigkeit und die Entwicklung der Jenaer Universität als Prototyp einer faschistischen Hochschule unter seinem Rektorat liegt die Darstellung der Jenaer Universitätsgeschichte vor. Die „Jenaer Tradition der Freiheit“ zwischen 1920 und 1945 wird dort hinlänglich charakterisiert.[3]

Gerade auch die Burschenschaft wurde sichtbares und repräsentatives Zeugnis der sogenannten Nichtbewältigung der Vergangenheit – Institution und Instrument zur Sicherung der Kontinuität reaktionärer Hochschul- und Studentenpolitik, unmittelbarer Vorläufer, Anhänger und Partner offen neonazistischer Kräfte. Die Tradition, die hierarchische Konstitution, der Charakter als Männer- und Lebensbund, die dominierende Rolle der Alten Herren sicherten ein unverändert stabiles konservativ-nationalistisches Potential. Diverse „Modernisierungsversuche“ und Modifikationen heben diese innere Natur nicht auf, sondern sollen sie durch Anpassung gerade erhalten. In keiner Phase nach 1945 bis zur Stunde gab es auch nur Ansätze, geschweige denn sichtbare Schritte zur grundsätzlichen Distanzierung von der faschistischen Vergangenheit und einem Ereignis wie dem 18. Oktober 1935. Das Gegenteil war von Anbeginn bis heute der Fall.

Heribert Adam hat in seiner 1965 veröffentlichten Studie über „Studentenschaft und Hochschule“ die langjährigen Auseinandersetzungen um die Wiederzulassung der Korporationen, das öffentliche Farbentragen, die Mensur etc. daher zu Recht in den größeren Zusammenhang der Auseinandersetzung um die faschistische Vergangenheit und ihre Lehren gestellt. Im gleichen Sinn subsumierte Lothar Krappmann (1962-1964 VDS-Vorsitzender) sie in einem Vortrag 1966 unter das „Thema der Aufarbeitung der Vergangenheit“.

Am 11. September 1950 wurde in Bingen am Rhein ein Altherrentag der Burschenschaft durchgeführt. Der Redner H. Schöberl bekräftigte, daß auch in den NS-Kameradschaften der burschenschaftliche Geist fortlebte. Er erging sich in nationalistischen Phrasen über „Millionen tapferer deutscher Männer, in fremder Erde bestattet“, ohne mit einer Silbe der Opfer der überfallenen Völker, des antifaschistischen Widerstandes und der KZ zu gedenken. Den Deutschen wurde geraten, „endlich richtige Demokraten“ zu werden. Aus der Agitation der NPD oder aus Reden des Strauß könnten die damals von Schöbert formulierten programmatischen Sätze stammen:

„Wir erstreben wie einst die Einheit des Reiches, also die Wiederherstellung des deutschen Vaterlandes. Wir wünschen eine starke Bundesregierung ... Wir wollen die Einheit Europas auf politischem, militärischem und wirtschaftlichem Gebiet unter Wahrung unseres Volkstums und der Würde unserer tüchtigen Nation.“[4]

Die „Burschenschaftlichen Blätter“ sind nachweisbar den Publikationsorganen mit einer entschieden neonazistischen Geschichtskonzeption zuzurechnen und zählen Autoren neonazistischer Position wie z. B. Herbert Cysarz zu ihren Mitarbeitern. Sie befinden sich damit in der engeren Gesellschaft der „National- und Soldatenzeitung“, der „Deutschen Hochschullehrerzeitung“ des Herrn Grabert, des „Deutschen Studenten-Anzeigers“ und aller Blätter der CDU/CSU und NPD, die sich Hoggan zum Idol und die angebliche Kriegsschuldfrage zum Lieblingsthema ihrer revanchistisch-nationalistischen Erörterungen und Programme erkoren haben.

Erinnerungs- und Jubiläumsschriften burschenschaftlicher Verbindungen der letzten Jahre und offizielle Publikationen wie das „Handbuch“ bestätigen und bekennen in der Grundanschauung die Kontinuität des historisch-politischen Weges bis zum Oktober 1935 und danach in den NS-Kameradschaften. Das schließt nicht aus, daß der unangenehme optische Eindruck des 18. Oktober 1935 durch

---

2 100 Jahre Jenaer Preußen 1858 -1958, Goslar 1958, S. 19 ff.

3 Vgl. Geschichte der Universität Jena 1548/58-1958. Festausgabe zum vierhundertjährigen Universitätsjubiläum. Bd. I, S. 618 ff.

4 Schöbert, Heinrich, Burschenschaftler einst und jetzt. o. O. o. J. S. 10 f.

einzelne formal antinazistische Bemerkungen und Attribute wie „ruhm-“ und „geschmacklos“ und „makaber“ abgeschwächt werden soll.

Der apologetische imperialistische und nationalistische Anspruch auf die Urburschenschaft und das Wartburgfest hat inzwischen längst seine eigene verrufene Tradition. Sie führt an Marksteinen entlang wie Langemarck, konterrevolutionären Freikorps, dem 18. Oktober 1935 und jener revanchistisch-militaristischen Kundgebung, die von der westdeutschen Burschenschaft unter Berufung auf die Urburschenschaft am 12. Juni 1965 außerhalb der Bundesrepublik veranstaltet wurde.

Die Regeneration des Bündnisses von Waffenstudententurn und offenem Neonazismus, das man unter den etwas unscharfen Begriff des Rechtsradikalismus subsumieren könnte, führt dazu. daß sich die offenen Neonazis mit der konservativen burschenschaftlichen Geschichtsauffassung identifizieren und sie höchstens um einige Akzente ergänzen. 1960 stellte die „Soldatenzeitung“ die Frage: „Wo lebt die geistige Tradition der Urburschenschaft?“ Sie sah sie im faschistischen „Bund Nationaler Studenten“. „Eine große Tradition nimmt der BNS mit den Urburschenschaften von 1815 in Anspruch.“ Dessen Verbot würde an die Verfolgung in den deutschen Polizeistaaten des Vormärz erinnern. Diese Argumentation wurde von der Burschenschaft vor zwei Jahren aufgegriffen und eine angebliche Linie von Metternich über Hitler bis zu heutigen liberalen und demokratischen Kritikern der schlagenden Verbindungen konstruiert. Hier wird der politische Zweck der Fälschung und willkürlichen Deutung geschichtlicher Zusammenhänge völlig offenkundig.

Die bundesdeutsche Nazipresse von der „National- und Soldatenzeitung“ bis zum „Studenten-Anzeiger“ ist gegenüber der Burschenschaft und allen schlagenden Verbindungen von kompromittierendem Wohlwollen erfüllt. Es gründet sich auf die nationalistisch-militaristischen Gemeinsamkeiten und den daraus entspringenden Haß gegen die Kräfte der Demokratie und des Sozialismus – besonders in den Gewerkschaften, unter der Intelligenz und den Studenten und vor allem gegenüber der DDR. So wird reproduziert, was W. Segebrecht unter Verweis auf die unverhüllten Ansprüche der Korporationen auf ihre reaktionäre Tradition feststellte:

„Man spricht also im Sinne dieser Korporationen, wenn man feststellt, daß sich wohl selten in unserer Geschichte zwei korporative Gruppen in ähnlicher Gesinnungsübereinstimmung zu gemeinsamer Tat gefunden haben wie die studentischen Verbindungen und die nationalsozialistische Bewegung.“[5]

Tatsächlich wird von westdeutschen Gegnern der schlagenden Verbindungen zunehmend die Nähe zur NPD konstatiert, nicht zuletzt am Beispiel der Burschenschaft.

„Gerade die Burschenschaften und Landsmannschaften aber wittern in solchen Zeitanpassungen Verrat an der nationalen Sache, und so mancher Waffenstudent sieht gegenwärtig in der NPD den einzigen Garanten für seine ‚höheren Werte‘.“[6]

Wolf R. Marchand hatte bereits Anfang dieses Jahres festgestellt, die

„Aufwertung der Burschenschaften durch die SPD geschieht zu einer Zeit, ... zu der viele Burschenschafter und NPDer aus der gegenseitigen Sympathie kein Hehl machen ...“[7]

Ein authentisches Zeugnis für diese Einschätzung soll als weiterer Beleg gelten. Auf dem 1. Korporationsstudententag im Oktober 1966 in München betrachteten es die Veranstalter als taktisch zweckmäßig, auch einen DGB-Funktionär zum Vaterlands-Begriff sprechen zu lassen. Das wurde von der „National- und Soldatenzeitung“ mit scharfen gewerkschaftsfeindlichen Ausfällen als „Verbeugung nach links“ angegriffen. Dieser Kritik schloß sich ein prominenter alter Burschenschafter im gleichen Blatt an. In einer offiziellen Zuschrift an dieses führende westdeutsche Naziblatt beteuerte die Burschenschaft, daß die Kritiker „von falschen Voraussetzungen“ ausgegangen seien. Die Ansichten des Gewerkschaftsvertreters hätten „eine eindeutige Ablehnung“ erfahren – und schließlich:

---

5 Segebrecht, Wulf, Die Korporierten sind unter uns. In: Döhl, R. u. Kirsch, H. Chr., Der Student. Polemik der geistigen Jugend. München 1962, S. 69.

6 Neue Ruhr-Zeitung, 23. 8. 1967.

7 frontal, H. 39, Jan. 1967.

„Wenn überhaupt über die Frage einer ‚linken' Einstellung diskutiert wurde, so handelte es sich dabei ausnahmslos um die Einstellung einzelner Burschenschaftern, nicht aber um die einzelnen Burschenschaften oder die des ganzen Verbandes."

Diese Zuschrift ist gezeichnet vom Pressereferenten der vorsitzenden Braunschweiger Burschenschaft Alemannia als der geschäftsführenden Verbindung des Verbandes im letzten Jahr. Die gleiche Unterschrift steht unter jener Presseerklärung, die aus Anlaß der Konstituierung des Initiativkomitees zur Vorbereitung unserer Manifestation auf der Wartburg im März d. J. verbreitet wurde. Beide Dokumente zusammen geben dem zeitgenössischen Beobachter ein abgerundetes Bild vom politisch-moralischen Profil ihrer Verfasser und zugleich das Stichwort: Grenzlandarbeit und „neue" Ostpolitik.

Mitte Oktober d. J. wollen sich die Burschenschafter, durch Couleur verziert und mit Bierseideln und Säbeln als traditionsgerechten Symbolen „nationaler" Denkart bewaffnet, in Göttingen versammeln. Die zu erwartenden Sprüche werden einmal mehr bestätigen, wie unaufrichtig ihre Propaganda für einen Zug auf die Wartburg inmitten der sozialistischen DDR war, und die Grußadressen, die von so renommierten Förderern und Vertretern der Bewegung wie Lübke und Kiesinger zu erwarten sind, werden den eigentlichen nationalistischen Zweck des Aufmarsches illustrieren. Der Burschentag im Mai 1967 kündigte immerhin an, „unseren Gegnern entschlossener als bisher, selbstbewußter und härter" entgegenzutreten. Die Wahl Göttingens als Wartburg-Ersatz hat ebenso wenig echten historischen Sinn oder Anlaß wie die lautstarke Berufung der Burschenschaft auf das Wartburgfest von 1817. Göttingen wurde allerdings als eine der Staatsgrenze der DDR am nächsten gelegene Universitätsstadt auserwählt. Die „Burschenschaftlichen Blätter"[8] hatten bereits den Tagungsort des diesjährigen Burschentages als „Exil" bezeichnet, da Eisenach nicht zugänglich sei. Das ist die Sprache der revanchistischen Ultras. Die Burschenschaft demonstriert bevorzugt durch den Drang zur Grenze oder gar darüber hinaus – nach Westberlin – in einer Reihe von Beschlüssen, durch entsprechende Arbeitstagungen und die anmaßende Namensgebung von Einzelverbindungen ihre entschieden expansionistische und revanchistische Position. In der Intensität und im programmatischen Gehalt der revanchistischen Agitation steht die Burschenschaft den militantesten „Vertriebenen"-Verbänden in nichts nach, ebenso wie ihre militaristische Grundhaltung mit den übelsten Zeugnissen neonazistischer Traditionspflege der Bundeswehr vergleichbar ist. Sie setzt auch darin die Tradition der aggressiven Grenzland- und Auslandsarbeit und militaristischen Aktivitäten der zwanziger und dreißiger Jahre (wenn auch zeitbedingt modifiziert) fort.

Die weitgehende Fusion mit den österreichischen Burschenschaften in Gestalt eines westdeutsch-österreichischen Dachverbandes wird ebenso wie das Engagement für die Terroristen in Südtirol auch von zahlreichen westdeutschen Gegnern der schlagenden Verbindungen als Ausdruck der Rechtsaußenposition der Burschenschaften gewertet, die folgerichtiger Ausfluß der aggressiven Bonner Politik ist. Die a. o. Bundesdelegiertenversammlung des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) im Januar 1967 wandte sich in einer Resolution gegen die Aussöhnung von SPD-Führern mit den schlagenden Verbindungen:

„Der SHB, der das Wirken dieser Verbände und ihrer Mitglieder an den Universitäten ständig verfolgt, hat keinen grundsätzlichen Wandel im Denken und der Haltung dieser Gruppen feststellen können, der einen solchen Schritt rechtfertigen würde. In den schlagenden Verbindungen an den deutschen Universitäten hat sich seit jeher der reaktionäre Teil der Studentenschaft zusammengeschlossen. Sie sind noch immer nationalistisch, wie z. B. die kürzlich erfolgte Vereinigung der österreichischen und deutschen Burschenschaften zeigt, antidemokratisch ihrem Aufbau und ihrer historischen Funktion nach und elitär".

Im Sinne der offiziellen Politik orientiert sich der Verband auf das aussichtslose Ziel der Schaffung eines imperialistischen großdeutschen Staates, verficht bedingungslos die Donner Alleinvertretungsanmaßung und zieht selbst das faschistische Deutschland als mögliches Modell in Betracht. So hieß es unter Bezug auf die Kriegsjahre und die . gegenwärtige Diskussion um den Vaterlandsbegriff:

---

8 Burschenschaftliche Blätter, H. 7 Juli 1967.

„Einen Streit um den Vaterlandsbegriff gab es noch nicht, denn die damals in die Hörsäle strömenden Kriegsteilnehmer wußten noch um das ganze deutsche Vaterland; sie hatten es selbst gesehen und für seine Existenz gekämpft und gelitten.“[9]

Bundeskanzler Kiesinger hatte im Januar d. J. in einem Telegramm an eine burschenschaftliche Arbeitstagung einige jener scheinheiligen Phrasen seiner Regierungserklärung zitiert, die von Bonn als „neue Ostpolitik“ ausgegeben werden. Die „Frankfurter Rundschau“ berichtete am 7. Juli 1967, daß eine vom Wehner-Ministerium organisierte Wanderausstellung zum Jubiläum des Wartburgfestes die konservative und nationalistische Geschichtsauffassung der schlagenden Verbindungen und ihrer Förderer widerspiegelt: „Hier soll die nationale studentische Bewegung als Vorläufer des Verbandes ‚Deutsche Burschenschaft‘ usurpiert werden ...“ Das Ganze sei eine „Verbeugung vor dem Korporationswesen“.

Diese und andere Fakten belegen die planmäßige Einbeziehung auch dieser famosen Avantgarde der bundesdeutschen Demokratie in die „neue“ Ostpolitik, die seit vorigem Jahr vor allem in Gestalt der nationalistischen Manöver anläßlich des bevorstehenden 150. Jahrestages des Wartburgfestes zu registrieren sind. Der Beschluß des Burschentages im Mai d. J. in Landau über die Beschäftigung mit „Problemen der Zonenrandgebiete“ ist ein für den wahren Charakter dieser Ostpolitik aufschlußreiches Dokument. Die Teilnehmer der Manifestation der Jugend und Studenten der DDR zum 150. Jahrestag des Wartburgfestes von 1817 werden mit ihrer antifaschistischen Gedenkkundgebung in Weimar-Buchenwald am 15. Oktober 1967 bekunden, daß der kämpferische Humanismus der Kräfte der Demokratie und des Sozialismus seinen ideellen und moralischen Anspruch auf das fortschrittliche nationale Erbe vor allem aus der Bewährung in unserer Epoche ableitet. Das schulden wir den großen Gedanken von 1817, dazu verpflichten uns auch die Erinnerung an den 18. Oktober 1935 und der Bück auf seine Erben in der Bundesrepublik und Westberlin.

Forum, Berlin, 19/1967.

Neu abgedruckt in: Alma Mater – Zwischen Hakenkreuz und Bundesadler. Artikel und Kommentare 1960-1970. Jenaer Reden und Schriften 1979. Friedrich-Schiller-Universität Jena, S. 115-123.

9 Ebenda, H. 1/2, 1965, S. 2.

Zwischen Fortschritt und Reaktion

Vorwort

Die vorliegende Arbeit, als ein Beitrag zur Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland konzipiert, ist zum größeren Teil aus einer von der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena angenommenen Dissertation hervorgegangen; sie schließt an die Studie von Gustav Seeber über den Linksliberalismus der Bismarckzeit unmittelbar an.

Das Vierteljahrhundert liberaler Parteiengeschichte von 1893 bis 1918 bildet bei aller ihm innewohnenden Vielgestaltigkeit und bei allem Wandel einen in seiner Struktur wie seiner Entwicklung zusammenhängenden Gegenstand. Eine solche Koordination und zeitliche Begrenzung ermöglicht es, Widersprüche, Wechselbeziehungen, Gegensätze und Gemeinsamkeiten in und zwischen den liberalen Parteien, die durch wesentliche historische und klassenmäßige Beziehungen verbunden waren, zu berücksichtigen. Der gewählte Zeitraum umfaßt im wesentlichen die aus der Konfrontation von Liberalismus und Imperialismus in der deutschen bürgerlichen Parteiengeschichte ausgelösten Prozesse und aufgeworfenen Probleme. Das im historischen Um- und Neugruppierungsprozeß entscheidende Jahrzehnt zwischen 1897 und 1907 mußte notwendig in den Mittelpunkt der Untersuchungen rücken.

Die relative Breite des Gegenstandes, der neben- und nacheinander die Geschichte von sechs Parteien einschließt und verschiedentlich auch für die Parteientwicklung bedeutungsvolle Verbände umfaßt, bietet eine größere Übersicht. Das bedingt andererseits gewisse Einschränkungen, die für künftige Aufgaben beachtet werden sollten. So muß auf eine noch weitergehende Berücksichtigung verschiedener wichtiger theoretischer Probleme verzichtet werden. Das gilt insbesondere für die Entwicklung des Liberalismus und der bürgerlichen Demokratie, ferner für Probleme der Bündnispolitik vor 1918 sowie regionale oder gar lokale parteipolitische Verhältnisse und Entwicklungen. Auf eine weitere Sicht bleibt auch die Frage der Vervollkommnung und Ergänzung der sozialökonomisch-soziologischen Analyse wesentlich, angefangen bei methodologischen und terminologischen Fragen.

Die wichtigsten archivalischen Quellen, die für die Arbeit herangezogen wurden, stammen aus dem Deutschen Zentralarchiv Potsdam, vor allem aus dem Bestand Fortschrittliche Volkspartei sowie aus dem Nachlaß von Friedrich Naumann. Für die Fortschrittliche Volkspartei und für den Nationalsozialen Verein war die Quellenlage am ergiebigsten. Dagegen gibt es größere Bestandslücken in bezug auf die Freisinnige Vereinigung. Für die Freisinnige Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die Demokratische Vereinigung standen so gut wie keine ungedruckten Quellen zur Verfügung. Allerdings wurden verschiedene Nachlässe in westdeutschen Archiven, insbesondere von Führern der Deutschen Volkspartei, noch nicht ausgewertet. Jedoch spielte die Deutsche Volkspartei infolge ihrer regionalen Begrenzung ohnehin eine untergeordnete Rolle. Dagegen bildet das Fehlen archivalischer Quellen über die Freisinnige Volkspartei eine empfindliche Lücke. Neben Archivmaterialien waren Zeitungen, Zeitschriften, Parteitagsprotokolle, die Stenographischen Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, Flugschriften und Memoiren weitere wichtige Quellen.

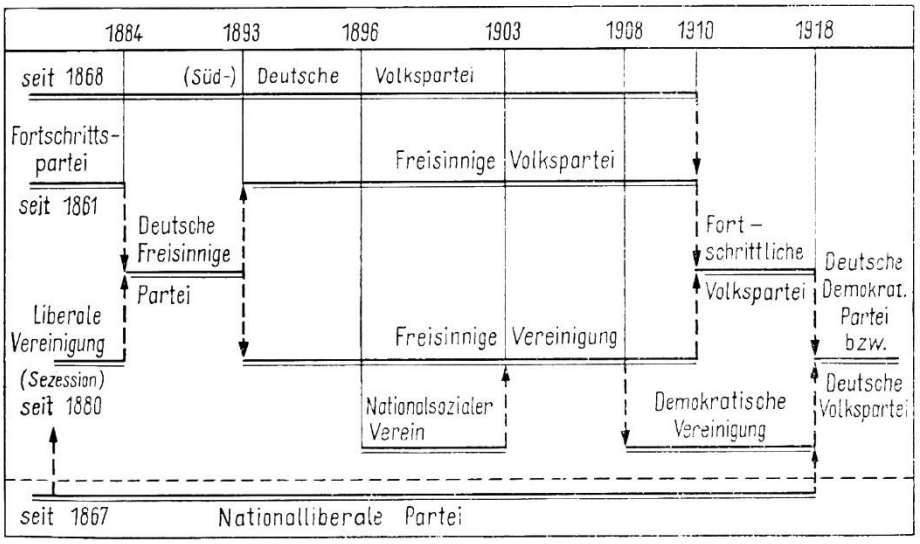
Der Verfasser dankt den Mitarbeitern der Universitätsbibliothek Jena und des Deutschen Zentralarchivs Potsdam, die ihm durch die Bereitstellung des Materials halfen. Sein besonderer Dank gilt Prof. Dr. Dieter Pricke, Direktor des Historischen Instituts der Friedrich-Schiller-Universität Jena, sowie Dr. Herbert Schwab, Dr. Gustav Seeber und den anderen Kollegen in Jena und Leipzig, die mit wertvollen Hinweisen und Anregungen die Entstehung der Arbeit gefördert haben.

Jena, Oktober 1967 Ludwig Elm

I. Kapitel
Charakter und Struktur des Linksliberalismus gegen Ende des 19. Jahrhunderts

Vorliegende Arbeit untersucht die Geschichte der Parteien der deutschen liberalen Bourgeoisie von 1893 bis 1910, die man unter dem Sammelbegriff „Linksliberalismus“ zusammenfaßt, sowie die aus ihnen hervorgegangene Fortschrittliche Volkspartei von 1910 bis 1918. Nach der Auflösung der Deutschen Freisinnigen Partei 1893 umfaßte der Linksliberalismus die *Freisinnige Volkspartei* (1893-1910), *die Freisinnige Vereinigung* (1893-1910), *die Deutsche Volkspartei* (1868-1910) und den *Nationalsozialen Verein* (1896-1903). In die spätere Entwicklungsphase ist die 1908 aus dem linksliberalen Lager entwachsende *Demokratische Vereinigung* (1908-1918) einzubeziehen.

In einer graphischen Übersicht bietet die darzustellende Phase liberaler Parteientwicklung dieses Bild:



Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wird die als Linksliberalismus bezeichnete Parteiengruppierung entscheidend von den beiden freisinnigen Parteien bestimmt. Sie sind die unmittelbaren Nachfolger der Deutschen Freisinnigen Partei (1884-1893) bzw. der früheren Fortschrittspartei (1861-1884). Die zwischen ihnen auftretenden Widersprüche spiegeln sozialökonomische und politisch-ideologische Differenzierungen innerhalb der Bourgeoisie beim Übergang zum Imperialismus wider. Erheblicher sind die Besonderheiten der beiden übrigen Parteien. Die Deutsche Volkspartei hat ihren ursprünglich demokratischen Charakter weitgehend verloren und sich in Ideologie und Politik den traditionellen liberalen Parteien angeglichen. Der Nationalsoziale Verein wies besonders in der Anfangsphase, bedingt durch seine Entstehung, Zusammensetzung und seine spezifischen ideologischen Bestandteile und Zielsetzungen, die schärfsten Abweichungen von den anderen linksliberalen Parteien auf. Im Ergebnis der objektiven Wirkung der Klassenkämpfe und seiner eigenen Ohnmacht näherte er sich diesen Parteien ständig, verbündete sich mit ihnen und ging schließlich in ihnen auf. Seine Wertung als eine der linksliberalen Parteien ist unerläßlich für das Verständnis der ideologischen Prozesse und der politisch-taktischen Verhaltensweisen des liberalen Bürgertums nach der Jahrhundertwende.

Angesichts der Vielfalt ist eine einleitende nähere Charakteristik des Gegenstandes und seiner hauptsächlichen Bestandteile, wie sie sich am Ausgang des Jahrhunderts darbieten, unumgänglich. Zur begrifflichen Verständigung sei bemerkt, daß die Bezeichnung Linksliberalismus als ein in der Geschichtsliteratur eingebürgerter Sammelname verwandt wird. Hiermit ist der Liberalismus gemeint, wie er in dem zu behandelnden Zeitraum auf der Ebene des Parteiwesens überhaupt noch bestand, ohne daß man sich darunter einen linken, besonders entschiedenen Flügel des Liberalismus vorzustellen hat. Damit läßt sich der Nationalliberalismus in seiner Gesamtheit nun nicht mehr unter dem Oberbegriff des Liberalismus subsumieren, da ihm das mit dem wissenschaftlichen Liberalismus-Begriff unabdingbar verbundene Kriterium der Fortschrittlichkeit fehlt. Im abschließenden Kapitel werden mit der Zusammenfassung und Verallgemeinerung der Ergebnisse eine Präzisierung und eine Begründung dieser Anschauung versucht.

1. Die linksliberalen Parteien

Der Linksliberalismus nahm in den neunziger Jahren eine besonders vielschichtige politische Färbung an. Darin äußerten sich die epochalen Wandlungen, die zwangsläufig seine gesamte historische Stellung berühren mußten. „Eine Epoche verschärfter Gegensätze und gewaltiger Klassenkämpfe löste nun die vorangegangene relativ friedliche Entwicklung des Kapitalismus ab. Das war eine Epoche der Kriege und Revolutionen, des Aufschwungs der revolutionären Arbeiterbewegung, der nationalen Befreiungsbewegungen und der allgemein-demokratischen Bewegung.“[1] Die Charakterisierung der Struktur des Linksliberalismus soll den Ausgangspunkt beim Eintritt in diese neue geschichtliche Epoche kennzeichnen.

Die *Freisinnige Volkspartei* war die eigentliche Nachfolgerin der Fortschrittspartei und der Deutschen Freisinnigen Partei nach der Abspaltung sowohl der schwerindustriell-schutzzöllnerischen als auch der maßgebenden großkapitalistischen Kreise von Handel und Exportindustrie. Sie stützte sich vorrangig auf kleine und mittlere Unternehmer, Kaufleute, mittel- und kleinbäuerliche Schichten, Angestellte und Gruppen der Intelligenz. In den ersten Jahren ihres Bestehens ließ sie sich noch hauptsächlich von der traditionellen manchesterlichen Opposition gegen Militarismus und Kolonialpolitik leiten und nahm gegenüber dem junkerlich-imperialistischen Staat trotz ihrer monarchistischen Gesinnung eine liberal-oppositionelle Haltung ein. Nach der Jahrhundertwende ging die Freisinnige Volkspartei, als infolge der sozialökonomischen Lage der größere Teil ihrer Anhängerschaft seine Stellung gegenüber Aufrüstung und Expansionspolitik geändert hatte, aber auch als Folge eines bornierten Antisozialismus bei Führung und Mehrheit der Partei in das Lager des Imperialismus und Militarismus über. Damit gab auch die letzte bedeutende bürgerliche Oppositionspartei der vorimperialistischen Epoche die Lebensinteressen der Nation und der Demokratie preis.

Die Freisinnige Volkspartei ging aus der Spaltung der Deutschen Freisinnigen Partei als Folge innerer Differenzen in der Stellung zur Caprivischen Militärvorlage hervor. In der entscheidenden Fraktionssitzung am 6. Mai 1893 hatten sich nur 27 von 49 Abgeordneten auf die Seite von Eugen Richter gestellt. Unter seiner Führung sammelten sich vorwiegend die kleinbürgerlichen Führer, Vereine und Mitglieder der bisherigen Deutschen Freisinnigen Partei zur Freisinnigen Volkspartei. Bereits am 7. Mai 1893 erließen die Freisinnige und die Deutsche Volkspartei einen von Eugen Richter und Friedrich Payer unterzeichneten Wahlaufruf. Allerdings brachte die Reichstagswahl vom Juni 1893 für den gesamten Freisinn einen erneuten Rückgang der Wählerstimmen und Mandate. Vom 14. bis 16. Juli 1893 fand der konstituierende Parteitag in Berlin statt. Er beschloß den Parteinamen, das Organisationsstatut und erkannte die Haltung Richters und der Fraktionsmehrheit bei der Ablehnung der Militärvorlage und der Spaltung der alten freisinnigen Partei an.

Das Programm, im September 1894 vom Parteitag in Eisenach angenommen, forderte insbesondere die „freiheitliche Ausgestaltung des Gemeinwesens als unerläßliche Voraussetzung der Volkswohlfahrt“, die Förderung der Volksbildung, die Verbesserung des Gesundheitswesens und der Wohnungsverhältnisse, die sparsame Bemessung der öffentlichen Lasten sowie die Unterstützung der internationalen Friedensbestrebungen. Zwar fehlte vor allem eine grundsätzliche Stellungnahme gegen den Militarismus, insgesamt aber bot das Programm bürgerlich-demokratischen Bestrebungen in der Anhängerschaft Ansatzpunkte und Ziele, die zu verwirklichen für die damaligen politischen und verfassungsrechtlichen Verhältnisse einen tatsächlichen Fortschritt bedeutet hätten. Ein weiteres wesentliches programmatisches Dokument hat der dritte Parteitag 1897 in Nürnberg als Programm zu den Reichstagswahlen von 1898 beschlossen. Inhaltlich mit dem Parteiprogramm nahezu identisch, wurde es auch im Wahlkampf zur Reichstagswahl 1903 aufrechterhalten.

Das Organisationsstatut bestimmte den Parteitag „als oberstes Organ der Parteileitung“, der mindestens alle drei Jahre berufen werden sollte. Teilnahmeberechtigt waren die Abgeordneten des Reichstags und der Landtage, die Kandidaten der letzten Reichstagswahlen, die Mitglieder des Zentralausschusses

---

1 *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,* hg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Bd. 2, Berlin 1966, S. 12 (im folgenden: *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung).*

sowie bis zu drei Delegierte aus jedem Wahlkreis. Zwischen den Parteitagen oblag dem Zentralausschuß die politische Führung; ihm gehörten die Abgeordneten des Reichstages, der Landtage und die Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses an. Er konstituierte sich nach jeder Reichstagswahl und wählte für die Legislaturperiode einen Vorsitzenden, zwei Stellvertreter und die fünf Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses. Dieser Ausschuß hatte die laufenden Parteigeschäfte zu führen. Während das Statut die Abhaltung von Provinzial- und Landesparteitagen festlegte, wurde der Status der lokalen Vereine nur kurz und unverbindlich fixiert. Zur Mitgliedschaft enthielt das Statut überhaupt keine Bestimmungen, sondern überließ die Regelung dieser Fragen völlig den Vereinen. Eugen Richter hat die ihm als Vorsitzenden eingeräumten Möglichkeiten zur straffen persönlichen Führung der Partei weitgehend genutzt. Mit der von Richter seit 1885 herausgegebenen „Freisinnigen Zeitung" verfügte die Parteiführung über ein zentrales Parteiorgan. Von den größeren liberalen Zeitungen stand die „Vossische Zeitung" der Partei am nächsten.

Die *Freisinnige Volkspartei* war der Zahl der Vereine, Mitglieder, Wähler und Mandate nach die stärkste unter den linksliberalen Parteien. Sie erhielt bei allen Reichstagswahlen die absolute Mehrheit aller für den Linksliberalismus abgegebenen Stimmen und außer 1893 auch die aller Reichstagsmandate. Als Vorsitzender stand dem Zentralausschuß Reinhart Schmidt-Elberfeld vor; 1. Vorsitzender des Geschäftsführenden Ausschusses war bis zu seinem Tode 1906 Eugen Richter, danach Dr. Hermann Müller-Sagan bis 1908 und Dr. Otto Wiemer bis 1910. Zur Führung und zu den langjährigen Mitgliedern der Reichstagsfraktion gehörten außerdem: Otto Fischbeck, Johannes Kaempf, Julius Kopsch, Julius Lenzmann, Dr. Ernst Müller-Meiningen, Dr. Otto Mugdan, Albert Traeger.

Die *Freisinnige Vereinigung (Wahlverein der Liberalen)* war eine großbürgerlich-liberale Partei, die den freihändlerisch orientierten Gruppen der Bourgeoisie einen maßgeblichen politischen Einfluß zu verschaffen suchte. Sie wollte dieses Ziel durch die Unterstützung der imperialistischen Aufrüstungs- und Expansionspolitik, durch eine liberal-sozialreformerische Innenpolitik sowie die Zurückdrängung des Junkertums verwirklichen. Vor allem vertrat sie die wirtschafts- und innenpolitischen Interessen und Ziele des Bank- und Handelskapitals sowie der Exportindustrie. Als soziale Basis dienten ihr hauptsächlich die großstädtischen Kreise des Kleinbürgertums und der Intelligenz. Von ihrer Führer- und Mitgliedschaft gingen intensive Bemühungen um die Förderung der opportunistischen Kräfte in der Arbeiterbewegung aus. Die von der Partei in den Grundfragen der Nation und der Demokratie eingenommene widersprüchliche Haltung war eine wesentliche Ursache ihres geringen Einflusses auf die Massen und schließlich ihrer völligen politischen Bedeutungslosigkeit.

Die Freisinnige Vereinigung war wie die Freisinnige Volkspartei aus der Spaltung der Deutschen Freisinnigen Partei im Mai 1893 hervorgegangen. Nur in Schleswig-Holstein blieb die Organisation der Deutschen Freisinnigen Partei bestehen und stand vorwiegend unter dem Einfluß der Freisinnigen Vereinigung. Unter der Führung von Georg v. Siemens, Heinrich Rickert; Theodor Barth und Max Broemel sammelten sich jene Mitglieder der bisherigen Deutschen Freisinnigen Partei, die nunmehr die Aufrüstungs- und Kolonialpolitik unterstützen bzw. sie tolerieren wollten. Dieser Flügel identifizierte sich soziologisch, personell und politisch-ideologisch weitgehend mit den Sezessionisten von 1880, die 1884 durch die Fusion mit der Fortschrittspartei die Deutsche Freisinnige Partei mitgegründet hatten. Am 2. und 3. Dezember 1893 hielt die Freisinnige Vereinigung in Berlin ihre konstituierende Generalversammlung ab, auf der erklärt wurde, daß die Parteigründung kein definitiver Akt sei, sondern ein Ausgangspunkt zur allgemeinen Sammlung der Liberalen werden solle. Man beschloß das Statut, eine Resolution zur Programmfrage sowie Resolutionen zur Handelsvertragspolitik, Landwirtschaft, Steuerreform und Schulfrage.

Die Freisinnige Vereinigung hat nie ein eigentliches Parteiprogramm besessen. Die konstituierende Versammlung von 1893 erklärte die Verwirklichung der in den Einigungspunkten von 1884 niedergelegten liberalen Grundsätze zum Ziel der politischen Bestrebungen der Partei. Im übrigen beschränkte sie sich in programmatischer Hinsicht auf Wahlaufrufe, Resolutionen zu bestimmten politischen Vorgängen und Forderungen sowie auf Reden und Publikationen ihrer Führer und Ideologen. Ebensowenig verfügte sie über eine Parteizeitung. Diese programmatische und politische Unverbindlichkeit

entsprach den Interessen bestimmter einflußreicher kapitalistischer Kreise und dem erklärten Ziel, Sammelpunkt aller Liberalen zu werden.

Das 1893 beschlossene Statut entsprach diesen Tendenzen auch in organisationspolitischer Beziehung. Es rückte die Aufgaben der Partei bei den Wahlen in den Vordergrund. Die Leitung der Partei oblag einem von der Generalversammlung zu wählenden Vorstand von mindestens 15 Mitgliedern, der einen siebenköpfigen Geschäftsführenden Ausschuß mit dem Sitz Berlin wählte. Für die Mitgliedschaft enthielt das Statut nur die Bedingung eines jährlichen Mindestbeitrages von 2 Mark. Zu der etwa alljährlich meist in Berlin abgehaltenen Generalversammlung wurden Delegierte nicht gewählt; ihre Teilnehmer ergaben sich aus den zufälligen Interessen und Möglichkeiten der Mitglieder zur Mitarbeit. Erst von 1906 ab wählten die Lokalvereine Teilnehmer zum Parteitag, der nun den Charakter eines Delegiertentages annahm.

Das Fehlen einer Parteizeitung entsprach sowohl der inneren politisch-ideologischen Situation der Partei wie der Differenziertheit der ökonomischen und politischen Bestrebungen ihrer Anhängerschaft. Dagegen besaß diese kleine Partei einen relativ großen Einfluß auf die liberale Presse. Die von Barth seit 1883 herausgegebene Wochenschrift „Die Nation“ galt nach Franz Mehring als das geistig und kulturell bedeutsamste Blatt der deutschen Bourgeoisie. Das in einer hohen Auflage erscheinende „Berliner Tageblatt“ stand der Vereinigung politisch und personell nahe. In den Küstenstädten gab es mehrere Blätter im Besitz oder unter unmittelbarem Einfluß der freisinnigen Führer oder Vereine, darunter die „Kider Zeitung“, die „Weser-Zeitung“, die „Ostsee-Zeitung“ und die „Danziger Zeitung“. In wesentlichen innenpolitischen Fragen fanden insbesondere Barth und seine Anhänger bei einflußreichen und verbreiteten Zeitungen wie der „Berliner Volkszeitung“ und der „Frankfurter Zeitung“ Übereinstimmung und Unterstützung.

Die Freisinnige Vereinigung erhielt bei den Reichstagswahlen im Durchschnitt etwa 3 Prozent der Stimmen und Mandate. Vorsitzender des Geschäftsführenden Ausschusses war Heinrich Rickert und nach dessen Tode (1902) Karl Schrader. Zur Führung und zu den langjährigen Mitgliedern der Reichstagsfraktion gehörten: Dr. Theodor Barth, Max Broemel, Hermann Frese, Georg Gothein, Prof. Dr. Albert Hänel, Paul Nathan, Hermann Pachnicke, Dr. Georg v. Siemens. Die *Deutsche Volkspartei,* häufig auch als *Süddeutsche Volkspartei* bezeichnet, war in den sechziger Jahren – an die bürgerlich-demokratischen Traditionen der Revolutionszeit anknüpfend – in Schwaben und Württemberg entstanden. Ihre Einflußsphäre blieb nahezu auf Württemberg, Bayern und Baden beschränkt. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatte die Volkspartei ihren demokratischen Charakter verloren. Allerdings nahm sie zu jener Zeit im Reich bei wichtigen Fragen des Kampfes gegen den Militarismus und für den Ausbau und die Sicherung der politischen und sozialen Rechte des Volkes noch den äußersten linken Platz unter den bürgerlichen Parteien ein. In der Folgezeit schloß sie sich jedoch dem Übergang der Freisinnigen zur herrschenden Reaktion an. Sie vertrat in ihrer Politik vor allem die Interessen des kleinen und mittleren Kapitals, der Industrie und des Gewerbes, der klein- und mittelbäuerlichen Schichten sowie die Belange der Angestellten und Intellektuellen Südwestdeutschlands und fand hauptsächlich in diesen Schichten ihre Wählerschaft.

Die Gründer der Deutschen Volkspartei kamen aus den Kreisen der Achtundvierziger, die – zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt – nach 1848 geflohen und erst 1864, nach der Amnestie, aus dem Exil zurückgekehrt waren: Karl Mayer, Julius Haußmann und Ludwig Pfau. Unterstützung fanden sie bei Leopold Sonnemann, dessen „Frankfurter Zeitung“ zum wichtigsten Organ der süd- und südwestdeutschen bürgerlichen Demokratie wurde. Die Konstituierung der Partei erfolgte auf der Stuttgarter Delegiertenkonferenz im September 1868, die das unter dem ideellen Einfluß von Johann Jacoby ausgearbeitete Parteiprogramm annahm. Während das Organisationsstatut schon im Oktober 1869 von der Versammlung in Braunschweig angenommen wurde, kam es jedoch erst nach den Beschlüssen des Würzburger Parteitages 1878 zu einem wirksamen Ausbau der Parteiorganisation.

Das erste Programm der Deutschen Volkspartei von 1868 galt nur bis in die neunziger Jahre. Der Parteitag zu München 1895 beschloß ein neues Programm, wobei er aus dem alten Programm das Bekenntnis zum politischen Fortschritt, zu den demokratischen Grundsätzen bürgerlicher Freiheit

und Gleichheit und zur Selbstregierung des Volkes übernahm. Zum Unterschied von den Programmen der anderen linksliberalen Parteien bekannte sich die Deutsche Volkspartei eindeutig zum Frieden, gegen Krieg und Militarismus. Sie forderte das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle Volksvertretungen innerhalb des Reiches. Jedoch wurde sie im Rahmen ihres Bündnisses mit den freisinnigen Parteien ihren eigenen demokratischen Forderungen untreu und paßte sich in ihrem politischen Wirken jenen Parteien an.

Das Organisationsstatut von 1869 erhielt durch den Parteitag zu Würzburg 1890 eine neue Fassung. Danach hatte der alljährlich stattfindende Parteitag den engeren (7 Mitglieder) und den erweiterten Ausschuß (mindestens 19 Mitglieder) zu wählen. Zum Parteitag entsandten die Ortsgruppen bis zu 15 Delegierte. Seit 1890 war Stuttgart Sitz der Parteileitung. In Württemberg bestand eine besondere Landesorganisation, während im Großherzogtum Baden die Freisinnige Volkspartei und die Deutsche Volkspartei eine gemeinsame Organisation unterhielten. Die „Frankfurter Zeitung“ war das wichtigste publizistische Organ der Deutschen Volkspartei, ohne jedoch als Parteiorgan im engeren Sinne zu gelten.

In den Reichstagswahlen 1893 und 1898 verteilten sich die Stimmen für die Deutsche Volkspartei wie folgt:

	1893		1898	
	Stimmen	Mandate	Stimmen	Mandate
Gesamtzahl	166.800	11	108.500	8
Württemberg	105.600	10	75.100	7
Bayern	41.600	1	18.300	1
Baden	10.400	–	10.500	–
Übrige	9200	–	4600	–

In den württembergischen Landtagswahlen von 1895 hatte die Partei 31 von 70 Mandaten der 2. Kammer gewonnen und stellte seitdem mit Payer den Präsidenten dieser Kammer.

Parteivorsitzender war in dieser letzten Periode des Bestehens der Partei Friedrich Payer. Zur Führung und zu den langjährigen Mitgliedern der Reichstagsfraktion dieser Zeit gehörten Conrad Haußmann, Rudolf Oeser, Prof. Dr. Ludwig Quidde und Christian Storz.

Der *Nationalsoziale Verein,* eine liberale Partei mit ausgeprägt imperialistischen, militaristischen und monarchistischen Zügen und Forderungen, war vorwiegend konservativ-klerikalen Ursprungs. In ihrer Gründung und Aufgabenstellung spiegelt sich vor allem die Ohnmacht der herrschenden Klassen gegenüber der Arbeiterbewegung wider. Seine eigentliche Aufgabe sah der Nationalsoziale Verein darin, die Arbeiterklasse chauvinistisch zu beeinflussen und sozialreformerisch zu bevormunden, um so den Einfluß der Sozialdemokratischen Partei zurückzudrängen und die Arbeiterbewegung der politischen Führung durch die Bourgeoisie unterzuordnen. Der Verein fand besonders unter Intellektuellen, bei sozialpolitisch aktiven Gruppen der Geistlichkeit und in mittleren bürgerlichen Schichten Anhänger. Die herrschenden Kreise begegneten ihm wegen bestimmter sozialpolitischer Forderungen und wegen seines Kontaktes mit dem rechten Flügel der Sozialdemokratie mit Mißtrauen. Der Nationalsoziale Verein vermochte die ihm gestellte Aufgabe nicht zu erfüllen. Vielmehr scheiterte er an der sozialistischen Arbeiterbewegung, an der Massenbasis der Sozialdemokratischen Partei, an der eigenen inneren Widersprüchlichkeit und an dem Fehlen einer Perspektive.

Die Gründung des Vereins hatte Friedrich Naumann politisch-ideologisch und programmatisch vorbereitet. Seit Anfang 1895 erschien die Wochenschrift „Die Hilfe“ und ab 1. Oktober 1896 die Tageszeitung „Die Zeit“. Die vom 23. bis 25. November 1896 in Erfurt stattfindende Vertreterversammlung der Nationalsozialen führte zur Konstituierung des Vereins. Zu dieser Zeit bestanden bereits nationalsoziale Lokalvereine und lose Gruppen von Anhängern in einigen Gebieten des Reiches. Der Vertretertag beschloß den Namen des Vereins, ferner die von Naumann im Verlauf der Verhandlungen vorgeschlagenen Grundlinien sowie das Organisationsstatut. Sodann wählte die Versammlung F. Naumann einstimmig zum Vorsitzenden und in den Vereinsvorstand u. a. die Leipziger Professoren C. René Gregory und Rudolf Sohm sowie Pfarrer Paul Göhre.

Die Grundlinien – sie bildeten das Vereinsprogramm – enthielten von allen linksliberalen Programmen das eindeutigste Bekenntnis zur äußeren Machtpolitik und zum Militarismus. Die Erklärung, „auf nationalem Boden“ zu stehen, brachte dies klar zum Ausdruck. Daneben enthielt das Programm in innen- und wirtschaftspolitischer Hinsicht Forderungen, die denen der anderen linken bürgerlichen Parteien nahekamen. Das zeigte sich im Eintreten für die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft, für die Erhaltung des Reichstagswahlrechts und dessen Einführung in den Einzelstaaten, für die Vereinsfreiheit und die staatsbürgerlichen Rechte. In ihren wenig präzisen sozialpolitischen Zielsetzungen gingen die Grundlinien über die liberalen Programme hinaus. So bekannten sie sich zu Gewerkschaften und Genossenschaften als Mitteln zur Durchsetzung \Sozialer Verbesserungen. Das Bekenntnis zum Christentum entsprach den Beweggründen für Entstehung und Struktur des Vereins; letztlich vermehrte es jedoch dessen innere Widersprüche.

Das Organisationsstatut legte die alljährliche Abhaltung der Vertreterversammlung fest. Neben den gewählten Funktionären der zentralen Organe waren je fünf Delegierte aus jedem Reichstagswahlkreis zur Teilnahme berechtigt. Als Bedingung für die Mitgliedschaft wurden das Bekenntnis zum Programm der Partei und ein jährlicher Beitrag festgelegt. Der Mitgliedsbeitrag sollte nach besten Kräften geleistet werden und bei einem Jahreseinkommen über 3000 Mark nicht unter 5 Mark liegen. Das Statut bezeichnete „Die Zeit“ und „Die Hilfe“ als Vereinsorgane. Außerdem verfügte der Verein zeitweilig auch über einzelne lokale Blätter.

Die Reichstagswahlergebnisse des Nationalsozialen Vereins betrugen im Vergleich zu denen seiner erklärten Gegner:

Reichstagswahlen

	1898	1903	Zunahme in Prozent
Abgegebene gültige Stimmen	7.752.700	9.495.600	22,5
Sozialdemokratische Partei	2.107.100	3.010.800	42,8
Nationalsozialer Verein	27.200	30.300	11,4

Vorsitzender des Nationalsozialen Vereins war Friedrich Naumann. Zu den Führern des Vereins gehörten Adolf Damaschke, Hellmut von Gerlach, Paul Göhre, Prof. Dr. Rudolf Sohm und Martin Wenck.

2. Zur ökonomischen und sozialen Basis des Linksliberalismus um 1900

In der Gesetzmäßigkeit der Krise des Liberalismus im Imperialismus werden die in der Herausbildung des Monopolkapitals liegenden hauptsächlichen Ursachen des Zerfall der geschichtlichen und sozialökonomischen Basis des Liberalismus sichtbar. Der Linksliberalismus besaß in den neunziger Jahren innerhalb der Arbeiterklasse keine nennenswerten Positionen mehr. Zu seiner Wählerschaft gehörten besonders in einigen nord- und ostdeutschen Gebieten wohl noch größere Kreise aus der bäuerlichen Bevölkerung, doch hatten diese Schichten keinen Einfluß auf die von den linksliberalen Parteien verfolgte Politik. Die eigentlichen politischen und sozialen Interessen der Volksmassen kamen in dieser Politik höchstens mittelbar und abgeschwächt oder überhaupt nicht zur Geltung. Ausnahmen bildeten solche Fragen, in denen sich die Interessen des werktätigen Volkes mit denen der vom Linksliberalismus vertretenen bürgerlichen Schichten berührten. Das galt besonders gegenüber dem junkerlichen Protektionismus, für die Stellung zu bestimmten Auswirkungen der Aufrüstung und der Monopolisierung sowie für den Kampf gegen die Vorherrschaft konservativ-reaktionärer Kräfte und deren Bestrebungen in der Innenpolitik.

Die bürgerliche Anhängerschaft des Linksliberalismus dieser Periode ist durchaus differenziert und läßt sich keineswegs mit bestimmten Schichten gleichsetzen. Eindeutig und relativ scharf ist die Abgrenzung nur gegenüber der Arbeiterklasse und dem Junkertum. In dem, wenn auch lockeren und unverbindlichen, inneren Zusammenhalt im liberalen Bürgertum und seinen Parteigruppen äußern sich gemeinsame geschichtliche, sozialökonomische und. politische Interessen der verschiedenen Schichten und Gruppen. Dazu gehören jene Interessen, die sich mit denen der Volksmassen gegenüber

dem Junkertum und der schutzzöllnerischen Schwerindustrie decken, ferner das Streben nach einem Ausbau der politischen Macht der Bourgeoisie und nach stärkerer Durchsetzung ihrer politischen Grundsätze, Ziele und Methoden. Ein verbindendes Element waren schließlich der antagonistische Gegensatz zur sozialistischen Arbeiterbewegung und die Gegnerschaft zu jeder konsequent demokratischen Volksbewegung und zur führenden Rolle des Proletariats im Kampf zwischen Fortschritt und Reaktion.

Sind mit den Widersprüchen zwischen liberalem Bürgertum und Junkern einerseits sowie zwischen liberalem Bürgertum und Arbeiterklasse andererseits auch die klassenmäßigen und politisch-ideologischen Grenzlinien des Linksliberalismus gekennzeichnet, so gewannen mit dem Übergang zum Imperialismus jedoch auch die sich innerhalb der Bourgeoisie selbst herausbildenden Gegensätze wachsende Bedeutung. Ihre Berücksichtigung ist entscheidend für den Nachweis, daß sich das geschichtliche Abtreten des Liberalismus nicht nur im Ergebnis des Aufkommens und der geschichtlichen Rolle des Proletariats vollzog, sondern auch als Konsequenz des Zerfalls, des Niedergangs und der Fäulnis der Bourgeoisie selbst. Man muß jene Veränderungen der sozialen Struktur Deutschlands berücksichtigen, die sich aus dem Wirken der objektiven Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise in Deutschland etwa zwischen 1871 und 1900 ergaben und uns zum unmittelbaren Verständnis der Labilität und des Schwundes der Klassenbasis des Liberalismus führen.[2]

Zwischen 1880 und 1910 stieg die Zahl der Unternehmen des Handels, des Verkehrs und der in ihnen beschäftigten Werktätigen rasch an. Gleichzeitig vollzog sich hier auch ein starker Konzentrations- und Differenzierungsprozeß. Diese mit dem Linksliberalismus klassenmäßig und historisch eng verbundenen Wirtschaftszweige blieben vorwiegend freihändlerisch orientiert und bildeten teilweise einen Nährboden für bürgerliche antimonopolistische Tendenzen.

Analog erhöhten sich die Rolle und das ökonomische und politische Gewicht des Bankkapitals, das sich ebenfalls noch wesentlich von den freisinnigen Parteien und der liberalen Presse, beispielsweise der „Frankfurter Zeitung“, politisch vertreten ließ. W. I. Lenin stützte sich bei der Analyse der neuen Rolle der Banken im Imperialismus auch auf die Untersuchungen der Bankexperten Jacob Riesser und Gerhart v. Schulze-Gaevernitz, die den freisinnigen Parteien nahestanden. Die mit der politischen Geschichte des deutschen Freisinns eng verflochtene Deutsche Bank, die 1870 mit einem Aktienkapital von 15 Mill. Mark gegründet war, verfügte schon am 1. Januar 1914 über ein Kapital von 200 Mill. Mark. Lenin hat in seinem klassischen Werk über den Imperialismus ihre Entwicklung und Rolle als charakteristisch für die gesetzmäßige Herausbildung der Monopolbanken gekennzeichnet. So schrieb er über das Wesen und die Bedeutung dieser Prozesse: „In dem Maße, wie sich das Bankwesen und seine Konzentration in wenigen Institutionen entwickeln, wachsen die Banken aus bescheidenen Vermittlern zu allmächtigen Monopolinhabern an, die fast über das gesamte Geldkapital aller Kapitalisten und Kleinunternehmer sowie über den größten Teil der Produktionsmittel und Rohstoffquellen des betreffenden Landes oder einer ganzen Reihe von Ländern verfügen. Diese Verwandlung zahlreicher bescheidener Vermittler in ein Häuflein Monopolisten bildet einen der Grundprozesse des Hinüberwachsens des Kapitalismus in den kapitalistischen Imperialismus, und deshalb müssen wir in erster Linie bei der Konzentration des Bankwesens verweilen.“[3]

Die prinzipiell gleichen Strukturwandlungen vollzogen sich in der Industrie, deren freihändlerische Gruppen ebenfalls den Freisinn unterstützten. Diese grundlegenden Veränderungen führten notwendigerweise auch zu wesentlichen strukturellen und qualitativen Wandlungen in anderen sozialen Schichten, auf die sich der Linksliberalismus stützte, so in der Intelligenz und den kapitalistischen Kreisen der Landwirtschaft. Die klassenmäßige Polarisierung sowie die sozialökonomische Differenzierung innerhalb der Bourgeoisie selbst mußte dem Liberalismus den früheren Einfluß endgültig

---

2 Ebenda, S. 47 ff.; s. auch *Kuczynski, Jürgen,* Zur Soziologie des imperialistischen Deutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1962, T. II, Berlin 1962, S. 11-90; *derselbe,* Zur Frühgeschichte des deutschen Monopolkapitals und des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin 1962 – Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 14; Imperialismus heute, Berlin 1965, entsprechende Abschnitte.

3 *Lenin, W. I.,* Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 214.

entziehen. Trotz seiner Prinzipienlosigkeit und Inkonsequenz vermochte dieser nicht mehr die sich ausbildenden Abstufungen, Widersprüche und Gegensätze zu überbrücken. Außerdem entfernten sich mit der sozialökonomischen Wandlung auch die politisch-ideologischen Bedürfnisse der verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie vom Liberalismus. Diese Entwicklung wurde durch das gleichzeitige machtvolle Wachstum der Sozialdemokratischen Partei beschleunigt. Schließlich drückte sich in der Niederlage der Liberalen im Kampf um den Einfluß auf die werktätigen Massen auch die Reaktion auf den Verrat und die Halbheiten des Liberalismus aus.

Von sozialdemokratischer Seite wurde die Klassenbasis dieser Parteien der Bourgeoisie wiederholt recht präzise bestimmt. Der „Vorwärts" ging in einer Einschätzung während des Reichstagswahlkampfes 1898 davon aus, daß die freisinnigen Parteien selbst innerlich konservativ geworden seien. Gegenüber der äußersten Reaktion träten sie jedoch als die Vertreter eines maßvollen Fortschritts auf. „Diese Haltung ergibt sich aus der ganzen Stellung der Gesellschaftsschichten, die ihre Vertreter in der freisinnigen Partei finden; Kleinbürger, die noch an die Möglichkeit ihres Aufsteigens glauben und daher noch nicht offen zünftlerisch-antisemitisch geworden sind; kleinere Industrielle und Mittelkaufleute; in manchen Gebieten – so im Osten und Norden – die kräftigeren Schichten des Bauerntums, das sich stark genug fühlt, den Kampf mit der Privilegienwirtschaft eines abgewirtschafteten Junkertums aufzunehmen; dazu noch ein Teil der liberalen Berufe, vornehmlich Lehrer und Rechtsanwälte, die teils als am Freihandel interessierte Konsumenten, teils im Bewußtsein einer von Amts wegen nicht voll anerkannten gesellschaftlichen Stellung zur Opposition gegen die junkerfreundliche Reichspolitik neigen; das sind die Elemente, aus denen sich vorwiegend die freisinnigen Parteien rekrutieren. Dazu kommen einzelne Schichten selbst der Großindustrie, die unter der Zoll- und Finanzpolitik der Reichsregierung leiden oder sich bedroht fühlen: Textilindustrielle in der Lausitz, Branntweinfabrikanten in Nordhausen, Tabakindustrielle in Mannheim und Gießen; kurz ein Konglomerat verschiedenartigster Richtungen der besitzenden Klassen ohne eine klare Interessengemeinschaft, einig nur in der Opposition gegen eine allzu ausgeprägte Junker- und Polizeiwirtschaft wie gegen jede entschiedene, sei es demokratische, sei es soziale Reform, die die Herrschaftsstellung der besitzenden Klassen irgendwie gefährden könnte."[4] Die sozialdemokratische Zeitung zog daraus den Schluß, daß es sich beim Freisinn keineswegs um eine demokratische und schwerlich um eine konsequent liberale Partei handele.

Dieses Urteil über die sozialen Grundlagen des Linksliberalismus bekräftigte der „Berliner Börsen-Courier", als er sich gegen die Pläne eines engeren Zusammengehens mit der Sozialdemokratie gegen die junkerliche Reaktion wandte. Der Freisinn sei zwar keine Partei der Unternehmer. „Aber es gehören zu ihm Unternehmer des Groß- und Mittel- wie des Kleinbetriebes. Die Handwerker und Kaufleute in der Stadt und im Dorf, die Landwirte von mäßigem Besitz, die Fabrikanten in den Industriegegenden, die Großhändler an der Wasserkante kann und will er nicht missen ... Außer der Gruppe des Unternehmertums umfaßt der Freisinn auch noch andere wertvolle Elemente wie Lehrer, Rechtsanwälte etc."[5] Auch Karl Lamprecht betonte, daß sich die „Beeinflussung des parlamentarischen Lebens durch das Unternehmertum" keineswegs auf die Nationalliberale Partei beschränke. Vielmehr gäbe es keine Partei, auf die dieser Faktor nicht tief einwirke. „Wohlbekannt ist zudem das besondere Ansehen, in dem gewisse Unternehmer im spezifischen Sinne des Wortes, hervorragende Vertreter industriell-kommerzieller Interessen, in der Freikonservativen und der freisinnigen Partei stehen und gestanden haben."[6] Sigmund Neumann hat diese „soziologische Zuordnung der Parteien", von der er nur das Zentrum ausnahm, wie später auch Gerhard Ritter, ausdrücklich bestätigt.[7]

---

4 *Vorwärts* v. 26. 4. 1898.

5 *Berliner Börsen-Courier* v. 6. 9. 1906.

6 *Lamprecht, Karl,* Deutsche Geschichte der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart, Bd. 2, Berlin 1913, S. 179 f.

7 *Neumann, Sigmund,* Die Parteien der Weimarer Republik, Stuttgart (1965), Nachdruck der Originalausgabe von 1932, S. 23.
Ritter, Gerhard, Das deutsche Problem. Grundfragen deutschen Staatslebens gestern und heute, München 1962, S. 112.

Trotz der eindeutigen klassenmäßigen Einordnung des Linksliberalismus wird von bürgerlichen Historikern ständig versucht, diesen Nachweis abzuschwächen. Theodor Schieder behauptete, die „liberalen Parteien sind trotz ihrer Verbindungen zu den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften und später zum Hansabund nie in reinen Interessenvertretungen aufgegangen ...“[8] In ähnlicher Weise bemerkte Karl Erich Born: „Die Fortschrittspartei (bis 1884) und ihre Nachfolgerinnen ... waren keine wirtschaftlichen Interessenparteien.“[9] Abgesehen von den unpräzisen und wohl absichtlich vergröberten Begriffen „reine Interessenvertretung“ und „wirtschaftliche Interessenpartei“ ist die Tendenz, von der klassenmäßigen Grundlage zwecks Aufwertung des Liberalismus abzurücken, unverkennbar. Es fällt auf, wie eng Schieder die Interessenvertretung auffaßt, das Wesentliche – die unmittelbaren Bindungen und den sozialökonomischen Inhalt der freisinnigen Politik – ausklammert und ausgerechnet die Gewerkvereine erwähnt, als ob die Vertretung von Arbeiterinteressen ein wesentlicher oder überhaupt erwähnenswerter Bestandteil der liberalen Politik gewesen sei.

Vielfach wollen bürgerliche Darstellungen die „Verwirtschaftlichung“ als ein zeitweiliges, dem Wesen des Liberalismus selbst fremdes, durch einzelne subjektive Fehlentscheidungen verursachtes und historisch durchaus reparables Phänomen hinstellen. Damit will man die Kontinuität in der Entwicklung der Bourgeoisie wie des Liberalismus leugnen. Leopold v. Wiese[10] und nach ihm Ludwig Mises[11] schätzten deshalb die liberale Parteientwicklung seit Bismarck als dem wirklichen Wesen des Liberalismus nicht oder nicht mehr vollständig adäquat ein. Der Liberalismus habe sich durch wirtschaftliche und soziale Stürme zu leicht von seiner geschichtlichen Bahn ablenken lassen, bemerkte Guido de Ruggiero. „Er hat seinen ersten und schwersten Fehler damit begangen, daß er die Aufnahme des politischen als eines wirtschaftlichen und sozialen Kampfes gebilligt und seinen Parteien den Charakter bürgerlicher Parteien verliehen hat.“[12] Die Darstellung von Friedrich C. Sell ist ebenfalls von dieser Überbewertung des subjektiven Faktors in der Haltung und Entwicklung der liberalen Parteien gekennzeichnet.[13] Ein solches Herangehen erweist sich in seinen Konsequenzen als geschichtsphilosophische Grundlegung für die heutigen Ansprüche des Neoliberalismus.

Im Zusammenhang mit den klassenmäßigen Grundlagen kann auch die geographische Struktur einige Aufschlüsse und bedingte sozialökonomische Daten geben. Die disproportionale Verteilung wird dabei als Ergebnis differenzierter sozialökonomischer und historisch-politischer Voraussetzungen und, im Gegensatz zu Gerhard Ritter, höchstens untergeordnet als Produkt der „landschaftlichen und ethnischen Vielgestaltigkeit“ wie der „konfessionellen Gespaltenheit Deutschlands“ begriffen.[14] Die Übersicht der Reichstagswahlergebnisse vermittelt das Gesamtbild einer überwiegend abnehmenden Wählerbasis und verdeutlicht, daß nur die beiden freisinnigen Parteien von der Basis und Breite her als Parteien nationalen Charakters gelten können. Die anschließende Übersicht verdeutlicht die auch in ihrer Streuung vorhandenen Disproportionen.

Die Ergebnisse der liberalen Parteien in den Reichstagswahlen 1890-1912:

a) Stimmen in Tausend; in Klammern der prozentuale Anteil an den abgegebenen gültigen Gesamtstimmen

---

8 *Schieder, Theodor,* Das Verhältnis von politischer und gesellschaftlicher Verfassung und die Krise des bürgerlichen Liberalismus, in: Historische Zeitschrift, Bd. 177, München 1954, S. 66.

9 *Born, Karl Erich,* Staat und Sozialpolitik seit Bismarcks Sturz. Ein Beitrag zur Geschichte der innenpolitischen Entwicklung des Deutschen Reiches 1890-1914, Wiesbaden 1957, S. 71.

10 *Wiese, Leopold v.,* Der Liberalismus in Vergangenheit und Zukunft, Berlin 1917, S. 69 f.

11 *Mises, Ludwig [von],* Liberalismus, Jena 1927, S. 2 f.

12 *Ruggiero, Guido de,* Geschichte des Liberalismus in Europa, München 1930, S. 370 f.

13 *Sell, Friedrich C.*, Die Tragödie des deutschen Liberalismus, Stuttgart 1953, S. 275 ff., 330 ff.

14 *Ritter, Gerhard,* Allgemeiner Charakter und geschichtliche Grundlagen des politischen Parteiwesens in Deutschland, München 1958, S. 7 4. (Lebendige Vergangenheit. Beiträge zur historisch-politischen Selbstbesinnung.)

Reichstagwahlen

Partei	1890	1893	1898	1903	1907	1912
Deutsche Freisinnige Partei	1160 (16,1)	–	–	–	–	–
Deutsche Volkspartei	148 (2,0)	167 (2,2)	109 (1,4)	91 (1,0)	139 (1,2)	–
Freisinnige Volkspartei	–	666 (8,7)	558 (7,2)	538 (5,7)	736 (6,5)	–-
Freisinnige Vereinigung	259 (3,4)	195 (2,5)	243 (2,6)	359 (3,2)	–	
Nationalsozialer Verein	–	27 (0,4)	30 (0,3)	–	–	
Fortschrittliche Volkspartei	–	–	–	–	–	1497 (12,3)
Demokratische Vereinigung	–	–		–		29 (0,4)
Insgesamt	1308 (18,1)	1092 (14,2)	889 (11,5)	902 (9,6)	1234 (11,0)	1526 (12,7)

b) Erlangte Reichstagsmandate; in Klammern der prozentuale Anteil an der Gesamtzahl der Reichstagsmandate

Reichstagswahlen

Partei	1890	1893	1898	1903	1907	1912
Deutsche Freisinnige Partei	66 (16,5)	–	–	–	–	–
Deutsche Volkspartei	10 (2,5)	11 (2,8)	8 (2,0)	6 (1,5)	7 (1,8)	–
Freisinnige Volkspartei	–	24 (6,0)	29 (7,3)	21 (5,3)	28 (7,0)	–
Freisinnige Vereinigung	–	13 (3,3)	12 (3,0)	9 (2,3)	14 (3,5)	–
Nationalsozialer Verein	–	–	–	1 (0,25)	–	
Fortschrittliche Volkspartei	–	–	–	1497 (12,3)		42 (10,5)
Insgesamt	76 (19)	48 (12,1)	49 (12,3)	37 (9,4)	49 (12,3)	42 (10,5)

Nach den Ergebnissen der Reichstagswahl von 1893 stellen sich die wichtigsten Einflußsphären der beiden freisinnigen Parteien folgendermaßen dar. Sie gewannen ihre absolut höchsten Wählerziffern in preußischen Provinzen:

Staat/Provinz	Freisinnige Volkspartei	Freisinnige Vereinigung	Anteil d. Freisinns an gültigen Gesamtstimmen in Prozent
Schlesien	105.696	21.585	20,5
Sachsen	65.902	20.642	19,7
Brandenburg	61.902	18.757	19,1
Stadt Berlin	57.934	–	21,5
Ostpreußen	49.249	2287	20,9
Pommern	13.716	45.381	27,6
Schleswig-Holstein	7124	45.671	26,4

Einen relativ hohen Anteil errang der Freisinn in:

Bremen	–	19.030	55,6
Schwarzburg-Rudolstadt	3171	4512	54,9
Lübeck	295	7153	48,7
Sachsen-Meiningen	12.412	–	40,0
Sachsen-Weimar	10.920	2883	26,2
Hamburg	28.802	–	24,2
Mecklenburg-Schwerin	13.404	10.067	22,8
Sachsen-Coburg-Gotha	7353	30	22,5

Damit sind die Schwerpunktbezirke des Freisinns gekennzeichnet, dessen Gesamtanteil bei dieser Wahl an Stimmen = 12,1 % und an Mandaten = 9,3% betrug. Allerdings verlor er in den beiden folgenden Reichstagswahlen weiterhin an Boden. Auffallend niedrig war der freisinnige Stimmenanteil in:

Staat/Provinz	Freisinnige Volkspartei	Freisinnige Vereinigung	Anteil d. Freisinns an gültigen Gesamtstimmen in Prozent
Elsaß-Lothringen	4430	–	1,9
Rheinland	22.611	214	3,0
Hannover	12.132	2298	3,8
Königreich Bayern	36.053	1458	4,8
Königreich Sachsen	30.203	–	5,1

In Württemberg stellten die freisinnigen Parteien gegenüber der einflußreichen *Deutschen Volkspartei* keine eigenen Kandidaten auf. Die Wahlkreispositionen des Linksliberalismus waren zum großen 'teil instabil und hingen mit dem Abbau seiner Massenbasis immer stärker von dem Stichwahlverhalten der Sozialdemokratie oder der rechtsstehenden Parteien ab. Nur zwei Wahlkreise, Berlin-Mitte und Hagen-Schwelm (Westfalen), waren zwischen 1871 und 1912 ununterbrochen im Besitz der Linksliberalen geblieben.

Die soziale Struktur der freisinnigen Reichstagsvertretung von 1893 bis 1912 nach der Statistik von Willy Kremer[15] (in Klammern der prozentuale Anteil an der jeweiligen Gesamtfraktion):

Soziale Hauptgruppen	1893	1898	1903	1907	1912
I. Fabrikbesitzer, Bankdirektoren, Kaufleute, Direktoren, Gutsbesitzer, Landwirte	15 (42,9)	14 (33,3)	8 (26, 7)	13 (31,0)	8 (19,5)
II. Professoren, Studienräte, Lehrer, Schriftsteller, Pfarrer, Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure	14 (40,0)	21 (50,0)	15 (50,0)	19 (45,2)	25 (61,0)
III. Beamte, Angestellte, Bürgermeister	6 (17,1)	7 (16, 7)	7 (23,3)	10 (23,8)	6 (14,6)
IV. Handwerker	–	–	–	–	1 (2,45)
V. Arbeiter	–	–	–	–	–
VI. Sonstige	–	–	–	–	1 (2,45)
Insgesamt	35	42	30	42	41

Bemerkenswert ist die Tendenz des Rückgangs der unmittelbar kapitalistischen Elemente und der Zunahme des Anteils der Intelligenz, die nur 1907 unterbrochen wurde, was mit dem besonderen Charakter und Verlauf dieser Reichstagswahl zusammenhängt. Man muß hierin ein Symptom des gesetzmäßigen Prozesses sehen, durch den der Liberalismus seine ursprüngliche Basis in der Kapitalistenklasse verlor. Er verlagerte sich auf andere bürgerliche Schichten und Gruppen, in denen sich nunmehr die Zwiespältigkeit der Bourgeoisie am stärksten äußert, nachdem die eigentlichen kapitalistischen Kreise ihren Anschluß an die herrschende Reaktion gefunden haben.

Die tiefgehenden Wandlungen der Klassenstruktur, die Veränderung der Struktur der Bourgeoisie selbst, das Verschwinden bestimmter sozialer Gruppen sowie der ökonomischen Bedingungen und Beziehungen des vormonopolistischen Kapitalismus, die Entstehung neuer Schichten der Bourgeoisie und neuer ökonomischer wie politischer Interessen und Verflechtungen, schließlich die Wandlung der Stellung der Bourgeoisie. in den Grundfragen der Demokratie, des Fortschritts und der Nation – alle diese Erscheinungen brachten notwendigerweise Veränderungen, Widersprüche und verschiedene Auseinandersetzungen in den Parteien und in der Anhängerschaft des Linksliberalismus mit sich. Nach der Charakteristik einiger allgemeiner Züge der Klassenbasis des Linksliberalismus erscheint eine ergänzende und konkretisierende Kennzeichnung spezifischer Grundlagen der einzelnen linksliberalen Parteien geboten.

Die Führung der *Freisinnigen Volkspartei* war stets bestrebt, den Schein einer „Volkspartei“ zu wahren, um sich ihre Anhänger- und Wählerschaft in Kreisen des Volkes zu erhalten. Auf einer Wählerversammlung sagte Richter 1900: „Wir sind allerdings keine Vertreter eines einzelnen Standes, sondern

[15] *Kremer, Willy,* Der soziale Aufbau der Parteien des Deutschen Reichstages von 1871-1918, Emsdetten 1934; *Knoll, Joachim H.,* Führungsauslese in Liberalismus und Demokratie. Zur politischen Geistesgeschichte der letzten hundert Jahre, Stuttgart o. J. Knolls Zusammenfassung von Nationalliberalen und Freisinn entwertet die Aussage wesentlich.

des gesamten Volkes; zu uns gehören keine protzigen Junker und geldgierigen Kapitalisten, nein, gerade in den mittleren Klassen der Bevölkerung haben wir einen festen Kern ...“[16] Die größte linksliberale Partei konnte man jedoch nicht nur wegen der objektiv von ihr verfolgten Politik, sondern bereits von ihrer sozialen Zusammensetzung her keineswegs als Volkspartei im echten Sinne bezeichnen. Tatsächlich besaß die Partei in der Arbeiterklasse überhaupt keine und in der werktätigen Bauernschaft nur geringe Positionen. Aber das waren gerade die Hauptkräfte des Volkes.

Die Analyse der sozialen Zusammensetzung einiger Parteitage bestätigt diese Einschätzung:

Charakteristisch ist die stabile Kapitalistenfraktion in der ober-en und mittleren Führungsschicht der Freisinnigen Volkspartei, die in der Regel etwa die Hälfte der Parteitagsteilnehmer stellte. Sie. beherrschte die örtlichen und die Landesorganisationen. Die lokalen Unterschiede sind in dieser Hinsicht jedoch bedeutend; sie hingen nicht nur von der jeweiligen sozialökonomischen Struktur und politischen Situation, sondern speziell und wesentlich von den konkreten Parteiverhältnissen ab. Bestimmte soziale Gruppen wurden durchaus nicht in jedem Fall durch die gleiche Partei vertreten. Es sei nur auf die sozialen und politischen Besonderheiten der Ortsgruppen der Freisinnigen Volkspartei in Berlin, in Jena und in einigen süd- und südwestdeutschen Gebieten verwiesen.

Parteitage	Soziale Hauptgruppen:					
in folgenden Städten:	I. Fabrikanten, Kaufleute, Direktoren, Generalsekretäre, Bankiers, Privatiers, Gutsbesitzer, Landwirte, sonstige Unternehmer	II. Professoren, Ärzte, Ingenieure, Redakteure, Schriftsteller, Rechtsanwälte, Lehrer, sonstige Intellektuelle	III. Beamte, Angestellte, Bürgermeister	IV. Handwerker	V. Arbeiter	VI. Offiziere a. D., Pfarrer
	in Prozent	in Prozent	in Prozent	in Prozent	in Prozent	in Prozent
Berlin 1893	166 = 51,9	111 = 34,7	25 = 7,8	15 = 4,7	2 = 0,6	1 = 0,3
Nürnberg 1897	116 = 50,0	79 = 34,0	31 = 13,4	6 = 2,6	–	–
Görlitz 1900	63 = 45,6	51=37,1	15 = 10,8	8 = 5,8	1 = 0,7	–
Hamburg 1902	74 = 50,4	51= 34,7	14 = 9,5	7 = 4,8	1 = 0,6	–
Wiesbaden 1905	107 = 52,4	53= 26,0	37 = 18,1	5 = 2,5	1 = 0,5	1 = 0,5

In der Analyse der Fraktionen und Parteitage haben wir zwar ein wesentliches, jedoch noch kein adäquates Bild der gesamten Mitgliedschaft vor uns. Hier verschoben sich die Proportionen zugunsten der zahlenmäßig größeren, jedoch ökonomisch und politisch einflußlosen Gruppen, wie klein- und mittelbäuerlicher Schichten, Angestellter, unterer Beamter und Lehrer. Joseph Kaufhold bezeichnete die Volksschullehrer und einen Teil der Postbeamten als die hauptsächliche „feste zuverlässige Wählermasse“ des Freisinns, der durch seine freihändlerische Haltung unter den Landwirten und Handwerkern ständig an Einfluß verloren habe.[17] Arthur Dix schrieb dazu: „Die Freisinnige Volkspartei oder Fortschrittspartei suchte ihre Wählerkreise vornehmlich in jenem großstädtischen Mittelstand, der im Gegensatz zu den mittelständischen Angehörigen der Rechtsparteien steht, unter Kleinbauern, Landlehrern und mit der konservativen Regierung unzufriedenen Oppositionselementen jeder Art, soweit sie nicht der Sozialdemokratie verfielen.“[18] F. C. Sell vermerkt in diesem Zusammenhang kritisch, daß die Linksliberalen sich ungenügend „um das Vertrauen der kleinen Einzelexistenzen“ durch Wahrnehmung von deren Interessen bemühten. Er bezieht sich dabei besonders auf den Hand-

16 Der vierte Parteitag der Freisinnigen Volkspartei, Görlitz, 20.-22. Okt. 1900, hg. v. *Dr. Müller-Sagan,* Berlin 1900, S. 26.

17 *Dr. Kaufhold,* Die Geschichte des deutschen Parteiwesens, Berlin 1921, S. 42.

18 *Dix, Arthur,* Die deutschen Reichstagswahlen 1871-1930 und die Wandlungen der Volksgliederung, Tübingen 1930, S. 16. (Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart. Eine Sammlung von Vorträgen und Schriften aus dem Gebiet der gesamten Staatswissenschaften, H. 77.)

werker und Einzelkaufmann gegenüber der Großindustrie und dem Warenhaus sowie auf die Interessen der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe.[19]

Das prinzipielle Eintreten der Freisinnigen Volkspartei und insbesondere ihrer Führung für- die Interessen auch der großen Industrie und des Kapitals schloß einzelne antimonopolistische und gegen das große Kapital gerichtete Tendenzen nicht aus. So schrieb Dr. W. Böhmert am 4. Mai 1906 an Barth, daß die „Volksparteiler“ in Bremen „eine ziemliche Bedeutung haben, weil es ihnen manchmal gelungen ist, alle latente Gegnerschaft gegen die Börse auf sich zu vereinigen“.[20] Jürgen Kuczynski erwähnt Richter als denjenigen, der als Ideologe des Kapitalismus der freien Konkurrenz am 5. Mai 1879 im Reichstag zuerst auf die Monopolorganisationen hingewiesen habe.[21] Helga Nussbaum hebt die innere Widersprüchlichkeit des bürgerlichen Antimonopolismus seit Ende des vergangenen Jahrhunderts hervor.[22]

Charakteristisch war innerhalb des allgemeinen Rückgangs des Masseneinflusses der geringe Einfluß des Freisinns auf die Jugend. Wie Franz Mehring bemerkte, seien frische und entschiedenere Kräfte im Freisinn ständig unterdrückt worden. „Die pünktliche Ausführung dieses Programms hat es denn auch fertiggebracht, daß die freisinnige Partei gänzlich von unreifer Jugend gesäubert ist und daß sie als ehrwürdige Greisin den Vorzug genießt, schon bei lebendigem Leibe als Gespenst herumzuwandeln.“[23] Später sagte er, daß mit der Abdankung des deutschen Liberalismus seit 1870 im Freisinn das frische Blut, der Nachwuchs kämpferischer Elemente, völlig ausblieb.[24] Im Frühjahr 1902 äußerte sich der freisinnige Prof. Siegmund Günther in einer Nürnberger Parteiversammlung über die ablehnende Haltung der Jugend gegenüber seiner Partei, was die „Kreuzzeitung“ aus dem Mangel an chauvinistischer Gesinnung erklären wollte.[25]

Die enge Verflechtung der Partei mit Fraktionen und Gruppen der Kapitalisten bestimmte auch weitgehend Umfang sowie Art und Weise der Finanzierung der Partei, wofür das Organisationsstatut keinerlei Bestimmung enthielt. Dagegen empfahl bereits der konstituierende Parteitag 1893 dem Geschäftsführenden Ausschuß, „einen besonderen Finanzausschuß zu bilden, welcher es sich angelegen sein läßt, bemitteltere Parteigenossen im Reiche um besondere freiwillige Jahresbeiträge zu zentralen Zwecken der Partei für die Dauer einer Wahlperiode zu ersuchen“[26]. Der Parteitag in Görlitz 1900 schlug den Parteiorganisationen der Wahlkreise vor, sofort einen besonderen Fonds für die nächste Reichstagswahl anzulegen; er erneuerte einen Beschluß von Nürnberg 1897 zur „Vermehrung der Zeichnungen regelmäßiger Jahresbeiträge bemittelter Parteigenossen, namentlich für zentrale Parteizwecke ...“[27]

Verschiedentlich wurde die enge Bindung der Parteiführung an interessierte kapitalistische Kreise bei besonderen Anlässen und Auseinandersetzungen in das Licht der Öffentlichkeit gerückt, so als Ende 1905 Richter sein Mandat für den preußischen Landtag niederlegte und in der Ersatzwahl im 1. Berliner Wahlkreis die Wahlmännerversammlung Dr. Gerschel wählte. Das löste heftige Angriffe liberaler Blätter, darunter der „Barmer Zeitung“, des „Berliner Tageblatts“, der „Berliner Volkszeitung“ und der „BZ am Mittag“, aus. Dr. Gerschel, Bankdirektor, Fabrikant von Luxuspapieren und mehrfaches Aufsichtsratsmitglied, war einer der Geldgeber der „Freisinnigen Zeitung“. Zwei führende

---

19 *Sell, F.* C., a. a. O., S. 339.

20 Deutsches Zentralarchiv (DZA Potsdam), Nachlaß Friedrich Naumann, 90 Na 3 (im folgenden: DZA Potsdam, Nachlaß Naumann), Nr. 143, Bl. 56-59.

21 *Kuczynski, Jürgen,* Zur politökonomischen Ideologie in Deutschland von 1850 bis zum Ersten Weltkrieg und andere Studien, Berlin 1961, S. 30. (Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 13.)

22 *Nussbaum, Helga,* Bürgerliche Monopolgegnerschaft, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1962, Teil III, S. 73-128.

23 Mehring, Franz, *Ein interessanter Fall, in: Gesammelte Schriften, hg. v. Thomas Höhle, Hans Koch, Josef Schleifstein, Bd. 14, Politische Publizistik 1891 bis 1904, Berlin 1964 (im folgenden: Gesammelte Schriften, Bd. 14), S. 394.*

24 *Derselbe,* Von frischem Blute, in: Gesammelte Schriften, Bd. 15, Politische Publizistik 1905 bis 1918, Berlin 1966, S. 51 ff.

25 *Kreuzzeitung* v. 11.3.1902.

26 Der erste Parteitag der Freisinnigen Volkspartei, Berlin 14.-16. Juli 1893, hg. v. Ludolf Parisius, Berlin 1893, S. 52.

27 Der vierte Parteitag der Freisinnigen Volkspartei, a. a. O., S. 75 f.

Funktionäre der Freisinnigen Volkspartei waren in seinen Unternehmungen angestellt: Dr. Wiemer als Syndikus der Papierverarbeitungsberufsgenossenschaft und Dr. Müller-Sagan als Aufsichtsratsmitglied der AG W. Hagelberg. Müller-Sagan hatte auf jener Wahlmännerversammlung die Kandidatur seines Brotgebers warmherzig befürwortet. Nach der durchsichtigen Falschmeldung der „Freisinnigen Zeitung“ war dieser Vorschlag angeblich spontan aus dieser Versammlung gekommen. Das Blatt empfahl schließlich, im Börsen-Jahrbuch über jene Abgeordneten nachzuschlagen, die der Mosse-Presse nahestanden. Allerdings gehören solche Beziehungen auch heute noch zum politischen Leben der Bourgeoisie.

Im Sommer 1906 wurde Johannes Kaempf, Stadtrat a. D., Stadtältester und einer der führenden Parteifunktionäre in Berlin, der auch den dortigen führenden Bank- und Handelskreisen angehörte, in der Presse betrügerischer Machenschaften bei der Bodenspekulation in Berlin bezichtigt. Zu dieser Zeit hatte er Aufsichtsratsposten in drei großen Berliner Terraingesellschaften inne. Gleiche Vorwürfe richteten sich gegen Dr. Gerschel, der als Direktor der Berliner Filiale der Rheinisch-Westfälischen Hypothekenbank bei solchen Geschäften mitwirkte. Kaempf vertrat in der Parteiführung das größere Kapital. Er hatte folgende Funktionen inne: von 1871 bis 1899 Direktor der Berliner Niederlassung der Bank für Handel und Industrie, danach in ihrem Aufsichtsrat verbleibend und ab 1906 dessen Vorsitzender, von 1888 an Vorsitzender der Berliner Fondsbörse, seit 1897 Mitglied des Ausschusses der Berliner Börse und Vorsitzender ihrer Zulassungsstelle, ab 1899 Vertreter der Ältesten der Kaufmannschaft Berlins im Ausschuß des Deutschen Handelstages, wo er 1900 dessen Vorstandsmitglied, 1901 stellvertretender Vorsitzender und 1905 schließlich Präsident wurde. Gleichzeitig gehörte er als Mitglied dem Zentralausschuß der Reichsbank an. Diese Entwicklung wurde neben seinen Parteifunktionen seit 1886 durch die Tätigkeit als Stadtverordneter, Magistratsmitglied und Stadtältester in Berlin und seit 1903 als Mitglied des Reichstags für den 1. Berliner Wahlkreis ergänzt.

Kaempf gehörte neben Gerschel seit 1906 zu den Geldgebern der Parteizeitung; nach Leopold Ullsteins Angaben betrug sein jährlicher Zuschuß etwa 30.000 Mark. Anläßlich des 60. Geburtstages von Eugen Richter 1898 hatten nahestehende kapitalistische Kreise – wie bereits 1888 – eine größere Spende für dessen Zeitung aufgebracht. Richter stand den Bankkreisen auch persönlich nahe. Sein Bruder war Kölner Reichsbankdirektor und hinterließ ihm nach seinem Tode im Oktober 1900 eine halbe Million Mark. 1904 bis 1906 war das Unternehmen „Freisinnige Zeitung“ reorganisiert worden. Auf der Grundlage eines neuen Gesellschaftsvertrages und unter der Bezeichnung Verlagsanstalt Deutsche Presse G. m. b. H. hatte man im Januar 1904 die neue Gesellschaft gegründet, was im Sommer 1906 zur endgültigen Liquidierung der früheren AG Fortschritt führte.[28]

Zur Charakteristik der Klassenpolitik und Interessenvertretung seitens der Freisinnigen Volkspartei kann man nicht umhin, auch ihre Rolle auf parlamentarischer Ebene zu beachten. Nicht selten traten die Sprecher der Freisinnigen Volkspartei nachdrücklich für die Belange kapitalistischer Interessengruppen bzw. für die ihrer eigenen Unternehmungen ein. Das bedeutete, daß sie diese Interessen gegen die der Junker, der Militaristen, gegen den polizeilichen und bürokratischen Apparat sowie gegen andere Fraktionen der Bourgeoisie und schließlich vor allem gegen die Arbeiterklasse verteidigten.

Nachdem das Deutsche Reich 1901 der Internationalen Union zum Schutze des gewerblichen Eigentums beigetreten war, sprach am 1. Februar 1902 Müller-Meiningen den Dank der interessierten kapitalistischen Kreise für diesen Schritt. aus: „Ich möchte heute Gelegenheit nehmen, die Genugtuung weiter Industrie- und Handelskreise, besonders der Exportindustrie, des Exporthandels hier zum Ausdruck zu bringen, daß es endlich gelungen ist, dieser für den Exporthandel und die Exportindustrie ungemein wichtigen Union zum Schutze des gewerblichen Eigentums beizutreten ...“[29] Anfang 1904 wandte sich Kaempf wiederholt gegen die den Interessen des Kapitals abträgliche gültige Börsenge-

---

28 S. auch *Ullstein, Leopold,* Eugen Richter als Publizist und Herausgeber. Ein Beitrag zum Thema ‚Parteipresse‘, Leipzig 1933; bes. 3. Abschnitt: Gründung, Verlag und Vertrieb der Freisinnigen Zeitung. (Das Wesen der Zeitung, hg. v. Erich Everth, Bd. 2.)

29 Stenografische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages (im folgenden: *Reichstag*), 10. Leg.per., 2. Sess., Bd. 5, S. 3818.

setzgebung und forderte deren Revision. So erklärte er am 12. Januar 1904, die Kapitalbildung in Deutschland sei ungenügend und die Gesetzgebung müsse alle Hilfsquellen öffnen. Die deutschen Börsen seien durch fehlerhafte Gesetze zu Lokalmärkten herabgesunken und könnten ihre Aufgaben nicht erfüllen. Weiter äußerte Kaempf am 26. April 1904: „Ich kann auch keine besseren Worte finden, als der preußische Herr Handelsminister vorgestern gebraucht hat, indem er die Börse als einen politischen und wirtschaftlichen Machtfaktor hingestellt und eine starke Börse für notwendig erklärt hat."[30]

Verschiedentlich traten die Sprecher der Partei auch gegen die Bildung von Monopolen auf, jedoch stets mit grundsätzlichen Zugeständnissen und durchaus inkonsequent. So wandte sich Richter im März 1901 gegen das 1900 gegründete Syndikat von Papierfabrikanten und die von dem Monopol ausgehenden Preissteigerungen. Im April 1904 forderte Wiemer staatliche Schritte gegen das Kohlensyndikat. Auch der Zentralverband deutscher Industrieller und die von diesem verfolgte Politik waren wiederholt Gegenstand freisinniger Angriffe. Andererseits trat die Fraktion auf dem Boden der kapitalistischen Interessen auch immer wieder sozialpolitischen Forderungen der Sozialdemokratischen Partei entgegen. Zur Forderung nach dem 10stündigen Maximalarbeitstag erklärte Müller-Meiningen am 11. Februar 1903, daß der Standpunkt seiner Partei bekannt sei. „Wir können einer derartige schablonenhafte Maximalarbeitszeit nicht annehmen ..."[31] Er verlangte sogar, die Lohnzahlungsbücher der Minderjährigen als eine „unnötige und schikanöse" Maßnahme zurückzuziehen, und berief sich dabei auf die Handelskammern von Dortmund, Sonneberg, Hamburg und Berlin. Der ostpreußische Gutsbesitzer Rudolf Bräsicke, ebenfalls freisinniger Abgeordneter, vertrat als Sprecher der antijunkerlichen, nach kapitalistischen Rentabilitätsprinzipien wirtschaftenden Landwirte wiederholt deren zollfeindliche Tendenzen, sozialpolitisch fortgeschrittene Gesichtspunkte und ihre Gegnerschaft zur halbfeudalen Junkerwirtschaft.

Ähnlich ließe sich diese direkte und indirekte Vertretung auch unmittelbarer ökonomischer Interessen bei der alljährlichen Etatsdebatte, den Verhandlungen über Probleme der Handels-, Verkehrs-, Agrar-, Gewerbe-, Steuer- und Sozialpolitik nachweisen. In welchem Maße das auch die Stellungnahme zu den grundsätzlichen nationalen Fragen mit beeinflußte, sei weiteren Ausführungen vorbehalten.

Nach den Ergebnissen der Reichstagswahlen nahm die Partei in der gesamten Periode ihres Bestehens den fünften Platz unter den Parteien des Reiches ein. Ihre größten Wähleranteile verzeichnete sie als stärkste Partei in Sachsen-Meiningen, als zweitstärkste in Ostpreußen, Berlin, Schlesien, Lippe, Hamburg; als drittstärkste in Brandenburg, Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Weimar, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Reuss j. L.

Die *Freisinnige Vereinigung* verfolgte eine eindeutig kapitalistische Interessenpolitik. In ihrer Entstehung, Stellung, Struktur und Tätigkeit läßt sich die unmittelbare Verflechtung mit Fraktionen der Bank- und Handelsbourgeoisie noch deutlicher erkennen und nachweisen als bei der Freisinnigen Volkspartei. Trotzdem wird in bürgerlichen Darstellungen wiederholt versucht, unter Hinweis auf den hohen Anteil an Intellektuellen in dieser kleinen Parteigruppe den kapitalistischen Grundcharakter der Vereinigung zu leugnen. Mit solchen Merkmalen werden soziale Grundlage und Struktur der Freisinnigen Vereinigung falsch bewertet. Ein solches Urteil ist auch im Hinblick auf die Politik der Vereinigung unhaltbar.[32]

Tatsächlich haben auch eine Reihe bürgerlicher Historiker die engen klassenmäßigen Bindungen der Partei bestätigt. Seit der Herausbildung des Linksliberalismus fand dieser nach der Ansicht von George W. F. Hallgarten im Großhandel, besonders in den Ostsee- und den Hansestädten und in den Angehörigen der freien Berufe eine soziologische Grundlage. Zu den alten Vertretern der Handels- und Hanse-Interessen, wie Max v. Forckenbeck und Heinrich Rickert, seien später die der Deutschen

---

30 *Reichstag,* 11. Leg.per., 1. Sess., Bd. 3, S. 2501.

31 Ebenda, 10. Leg.per., 2. Sess., Bd. 9, S. 7855.

32 S. auch die, besonders das Verhältnis zur Deutschen Bank betreffenden, Ausführungen bei *Theodor, Gertrud,* Friedrich Naumann oder der Prophet des Profits, Berlin 1957; *Jerussalimski, A. S.,* Die Außenpolitik und die Diplomatie des deutschen Imperialismus Ende des 19. Jahrhunderts, Berlin 1954.

Bank, Georg v. Siemens und Karl Schrader, gekommen.[33] Wilhelm Massow charakterisierte die Freisinnige Vereinigung faktisch als eine klassenmäßig klar profilierte Partei: „Mehr und mehr wurde jedoch die Freisinnige Vereinigung gleichbedeutend mit den in den Großstädten, in Hochfinanz und Handel interessierten Erwerbsgruppen sowie den industriellen Kreisen, die über die früher meist nationalliberale Gesinnung des wohlhabenden Bürgertums nach links hinausgewachsen waren."[34] In Übereinstimmung damit sah Dix in der Vereinigung vor allem eine Vertretung der Interessen des Handels, der Schiffahrt und der Börse.[35]

Die Einflußsphäre an den Handels- und Schiffahrtsplätzen der Küste gehörte für die Freisinnige Vereinigung während der gesamten Zeit ihres Bestehens zu den hauptsächlichen Positionen und übte ihrerseits einen bedeutenden Einfluß auf die innere Entwicklung und die Politik der Partei aus. Bei der Reichstagswahl 1893, unmittelbar nach ihrer Entstehung, belegte die Partei nach der Anzahl der Wählerstimmen den 8. Platz unter den Parteien des Reichstages. Sie war jedoch die stärkste Partei in Bremen und die zweitstärkste in Pommern, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Strelitz und Lübeck, in Schwarzburg-Rudolstadt und Schaumburg-Lippe. Nach der Reichstagswahl 1898 berichtete die „Berliner Zeitung", daß die Vereinigung insgesamt 45 Kandidaturen aufgestellt habe. Davon entfielen 33 auf Ostelbien und Schleswig-Holstein, vor allem auf die größeren Seeplätze, wie Königsberg, Danzig, Stettin, Rostock, Kiel, Hamburg und Bremen. „Ihre Erfolge lagen in Hafenstädten, wo ihr ihre marinefreundliche Haltung zustatten kam, und auf den ländlichen Fluren des Ostens, wo sich die Bauern, wenn ihnen der Blick nur ein wenig geschärft wird, gegen das Junkertum auflehnen."[36] Dieses Urteil bestätigte in einer Betrachtung zum Wahlergebnis auch der „Berliner Börsen-Courier", der das Bürgertum in den Handelsplätzen, den städtischen Mittelstand, die Bauernschaft und die ländlichen Arbeiter als „die Kerntruppen des Liberalismus" bezeichnete.[37] Die kapitalistischen Kreise der Küste waren im Parteivorstand und in der Reichstagsfraktion ständig direkt vertreten. Dazu gehörten um 1900 Heinrich Rickert (Danzig), Max Broemel (Stettin), Hermann Frese (Bremen), Prof. Albert Hänel (Kiel) und Siegfried Heckscher (Hamburg).

Als führende Sprecher der Handels- und Schiffahrtsinteressen der Küstenstädte fungierten Frese und Broemel. Hermann Frese, Kaufmann, Mitglied des Aufsichtsrates des Norddeutschen Lloyd, trat im Reichstag wiederholt unmittelbar als Vertreter der Werften und Reedereien Bremens auf. Im März 1902 wandte er sich sogar gegen die Rückkehr von 720 deutschen Soldaten aus Schanghai. Dort müßten vielmehr die verschiedenen Interessen deutscher Unternehmen, darunter der Reedereien Ricknerslinie, C. Melders & Co., Norddeutscher Lloyd, geschützt werden. Ein Jahr später brachte er zum Etatstitel Kaiserliche Marine, Grundreparaturen, neben dem Kommissionsantrag auf 1,5 Mill. einen eigenen Antrag auf 2,0 Mill. ein, den er im Interesse der beteiligten Werften begründete. 1897 entlarvte eine in Bremen erschienene sozialdemokratische Broschüre die reaktionäre Politik der freisinnigen Mehrheit der Bürgerschaft der Stadt. Dabei wurde auch die Rolle Freses enthüllt, dem daran lag, im Interesse der vom Norddeutschen Lloyd bezogenen staatlichen Subventionen jeden Konflikt mit der reaktionären preußischen Innenpolitik im Bundesrat zu vermeiden. „In der Freisinnigen Vereinigung sammeln sich die großhandels-kapitalistischen Elemente, die das bismärckische Schutzzollsystem hindert, mit den Schutzzöllnerischen Nationalliberalen zu gehen, weil ihr Interesse den Freihandel verlangt."[38] 1902 erschien eine gegen Frese gerichtete sozialdemokratische Flugschrift, in der es hieß, Frese vertrete nicht die Gesamtinteressen der Stadt, „sondern einzig die Interessen einer Klasse, der Klasse des Großhandels- und Börsenkapitals ..."[39] Zugunsten der kapitalistischen Kreise

---

33 *Hallgarten, George W. F.,* Imperialismus vor 1914. Die soziologischen Grundlagen der Außenpolitik europäischer Großmächte vor dem ersten Weltkrieg. Erster und Zweiter Band. Zweite, durchgearbeitete und stark erweiterte Auflage, München 1963, Bd. 1, S. 195 ff.

34 *Massow, Wilhelm v.,* Die deutsche innere Politik unter Kaiser Wilhelm II., Stuttgart-Berlin 1913, S. 155.

35 *Dix, Arthur,* a. a. O., S. 16.

36 *Berliner Zeitung* v. 18.7.1898.

37 *Berliner Börsen-Courier* v. 18.8.1898.

38 *Bremische Wadenstrümpfelei.* Die bremische Bürgerschaft und die preußische Knebelbill. Die Vereitelung der Revision sämtlicher bremischer Beamtengehälter, Bremen 1897, S. 20.

39 *Herrn Hermann Frese's Selbstbeleuchtung,* Bremen 1902, S. 3 f.

unterstütze er die Flottenrüstung. Bei den Verhandlungen über die Seemannsordnung sei der „liberale“ Abgeordnete Frese entschieden gegen das Koalitionsrecht der Seeleute aufgetreten. „Und je besser die Lloydreingewinne sind, um so besser fließen schließlich die belohnenden Tantiemen für die Taktiker des Lloyd.“[40]

Als weitere Schlüsselfigur der handelspolitisch führenden Kreise der Küste sei Max Broemel genannt.[41] Neben seiner parlamentarischen Tätigkeit – im Preußischen Abgeordnetenhaus noch bedeutender als im Reichstag – und seiner führenden Stellung in der Partei hatte er vielfältige Beziehungen und Bindungen zu den Kaufmannschaften und Handelskammern in Stettin und in anderen Seestädten, aber auch in Berlin, ferner zu staatlichen Institutionen und Zeitungen und nahm in verschiedenen speziellen Interessenverbänden eine maßgebliche Stellung ein, wie im Verein zur Förderung der Handelsfreiheit, im Deutschen Handelstag, im Verein zum Schutze der deutschen Goldwährung, in der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft. Im Reichstag trat er im allgemeinen nur zu den seine Interessengruppen direkt berührenden handels- und wirtschaftspolitischen Fragen auf. Dies geschah häufig entsprechend den Aufträgen und Forderungen interessierter kapitalistischer Gruppen.

Mit dem Großhandel durch gemeinsame wirtschaftspolitische Interessen eng verflochten war das Bankkapital, das sich zur politischen Wahrnehmung seiner Profitinteressen ebenfalls in hohem Maße der Freisinnigen Vereinigung bediente. Das zeigt sich besonders in der engen materiellen, personellen und politischen Verflechtung mit der Deutschen Bank. Diese Kreise waren in der Parteiführung und in der Fraktion direkt vertreten durch G. v. Siemens, Bankdirektor Karl Mommsen und durch Funktionäre von Bank- und Handelsinstitutionen, wie Georg Gothein und Heinrich W. Dove. Auch Schraders und Barths frühere Tätigkeit und ihr politisches und publizistisches Wirken verbanden sie eng mit den Belangen des Bankkapitals. Die 1899 von Schrader „sehr geschickt und diskret“ veranlaßte Aufstellung einer Marmorbüste des freisinnigen Parteiführers Ludwig Bamberger in der Reichsbank bedeutete somit eine für den Charakter und die Ziele der Partei symbolische Geste.[42] Selbstverständlich nahm die Vertretung der Interessen der Börse und der Banken im parlamentarischen und publizistischen Wirken der Partei und ihrer führenden Köpfe einen hervorragenden Platz ein. Am 14. Februar 1900 erhob G. v. Siemens im Reichstag den Anspruch des Bankkapitals auf eine führende Rolle in der Nation: „Was sind denn die sogenannten Banken? Wir stehen nicht auf dem Standpunkt, den die konservative Partei uns zuweist, daß wir kleine Effektenhändler oder Börsenjobber wären; wir haben den Standpunkt immer für uns in Anspruch genommen, daß wir eine Art Führer des Unternehmungsgeistes der Nation sein wollen.“[43] Entsprechend diesen Verbindungen und Funktionen spielten die Belange der Börse und Banken in den der Partei unterstehenden oder nahestehenden Zeitungen eine bedeutende Rolle. Das gilt in vollem Umfang für Barths „Nation“, in der auch Hjalmar Schacht publizistisch hervortrat.[44]

Wiederholt nutzten führende kapitalistische Gruppen innerhalb der Vereinigung ihre politischen Positionen und Beziehungen, um die Interessen der ihnen am nächsten stehenden Kreise und Unternehmen zu wahren. So leistete Fr·ese 1901 den Bestrebungen zur staatlichen Einrichtung von Handelskammern im Ausland heftigen Widerstand. Am 5. März 1901 erklärte er im Reichstag, dies sei eine unbillige Forderung an die Kaufleute, die sich in Jahrzehnten im Ausland Positionen erobert hätten. Dazu käme eine staatliche Kontrolle, und er fürchte, „daß damit eine gewisse Ellenbogenfreiheit des Kaufmanns gehindert werden kann“[45]. In Berlin arbeiteten führende kapitalistische Gruppen mit G. v. Siemens an der Spitze in dieser Zeit gegen die Einrichtung einer Handelskammer. Sie traten für die Erhaltung der korporativen, privilegierten Institutionen der Ältesten der Kaufmannschaft ein. In einem an Bülow gerichteten Gutachten vom 14. Februar 1901 wurden Kaiser und Regierung davor

---

40 Ebenda, S. 8.

41 S. auch DZA Potsdam, Nachlaß Max Broemel 90 Br 3.

42 Ebenda, Nr. 6, Bl. 22, 23.

43 *Reichstag,* 10. Leg.per., 1. Sess., Bd. 5, S. 4128. S. auch *G. v. Siemens,* Die nationale Bedeutung der Börse, in: Die Nation, Jg. 18, Nr. 1 v. 6.10.1900.

44 *Schacht, Hjalmar,* Das liberale Bauernprogramm der Sozialdemokratie, in: Die Nation, Jg. 20, Nr. 22 v. 28.2.1903.

45 *Reichstag,* 10. Leg.per., 2. Sess., Bd. 2, S. 1724.

gewarnt, sich durch die Unterstützung des Handelskammerprojektes weitere Gegner in führenden Kreisen der Börse, des Handels und der Industrie zu schaffen. Außerdem wäre eine solche Unterstützung unverständlich, da sie eine Demokratisierung der handelspolitischen Vertretungen bedeute.[46] Bülow wandte sich mit diesen Einwänden in einem Schreiben vom 17. Februar 1901, in dem er G. v. Siemens und Walther Rathenau als entschiedene Gegner einer Handelskammer erwähnte, an den Kaiser. „Auch spräche gegen das Objekt, daß die Aufnahme von Krämern und Handwerkern (sogenannter Mittelstand) in die Handelskammer praktisch nur Herrn Singer und seinen Freunden zugute kommen werde.“[47] Einen ähnlichen, politisch reaktionären Charakter trug die kapitalistische Interessenpolitik freisinniger Fraktionen und Mehrheiten in zahlreichen städtischen Parlamenten.

Infolge dieser gegenseitigen Durchdringung von Bank- und Handelskapital und Partei besaß die Freisinnige Vereinigung auch vielfältige Verbindungen zu Verbänden, Organisationen und Institutionen. Dazu gehörten die Handelskammern, Kaufmannschaften, Stadtvertretungen, der Deutsche Handelstag sowie der Zentralverband der deutschen Bankiers, der Verein zur Förderung der Handelsfreiheit, der Handelsvertragsverein, der Verein zum Schutze der Deutschen Goldwährung, die Volkswirtschaftliche Gesellschaft, der Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser, Unternehmerverbände von Industriezweigen sowie der Bauernverein Nordost. Mehring sprach deshalb davon, daß die Freisinnige Vereinigung „das eigentlich große Kapital“ vertrete, jedoch wisse, daß sie keine Massen mehr auf die Beine bringen könne.[48]

Die soziale Basis der Freisinnigen Vereinigung wäre jedoch vereinfacht und einseitig dargestellt, wollte man nicht den relativ hohen Einfluß auf die Intelligenz und deren Anteil an der Parteimitgliedschaft selbst berücksichtigen. Dann würden auch verschiedene Momente der späteren inneren politisch-ideologischen Entwicklung der Partei unverständlich bleiben. Als Mehring im Herbst 1897 Stellung und Rolle der liberalen Parteien analysierte, schrieb er über die Freisinnige Vereinigung: „Hinter dieser Fraktion stehen die gebildeteren, aber eben deshalb weniger zahlreichen Elemente der Bourgeoisie, ein Unterschied, den man sozusagen mit Händen greift, wenn man die ‚Nation‘ neben die ‚Freisinnige Zeitung‘ legt.“[49] Später bemerkte er anläßlich der Mommsen-Erklärung zum Fall Spahn, daß der Liberalismus an den deutschen und besonders den preußischen Universitäten noch relativ starke Positionen besäße. Joachim H. Knolls Analyse der akademischen Bildung der Reichstagsabgeordneten von vier Parteien im Jahre 1907 bestätigt den hohen Anteil von Intellektuellen:[50]

Parteien	Mandate	Universitätsbildung in Prozent	Dr.-Titel in Prozent
Freisinnige Vereinigung	14	13 = 92,9	8 = 57,1
Freisinnige Volkspartei	27	16 = 59,3	10 = 37,0
Deutsche Volkspartei	7	4 = 57,1	– –
Nationalliberale Partei	55	34 = 61,8	14 = 25,5

Die bürgerlich-aristokratische Gesamtstruktur der Partei war bereits aus dem von 46 Persönlichkeiten unterzeichneten Aufruf zum Beitritt in die Freisinnige Vereinigung vom Juni 1893 ersichtlich. Es handelte sich fast ausschließlich um führende Vertreter der Banken und des Handels, leitende akademisch gebildete Beamte, Angestellte, Journalisten und Intellektuelle aus dem wissenschaftlichen Bereich. Der konstituierende Parteitag im Dezember 1893 setzte sich, soweit Angaben vorliegen, wie folgt zusammen:

46 Deutsches Zentralarchiv, Abt. Merseburg, Rep. 89 H I Deutsches Reich 14, Bl. 11, 12, 13.
47 Ebenda, Bl. 8.
48 *Mehring, Franz,* Mit einem blauen Auge, in: Die Neue Zeit, Jg. 19, Nr. 35 v. 29.5.1901. S. 259.
49 *Derselbe,* Die Unverbesserlichen, in: Die Neue Zeit; Jg. 16, Nr. 6 v. 27.10.1897, S. 163.
50 *Knoll, Joachim H.,* a. a. O., S. 174.

Soziale Hauptgruppen in der Freisinnigen Vereinigung	Teilnehmer	in Prozent
I. Bankiers, Privatiers, Rentiers, Fabrikanten, Grubenbesitzer, Direktoren, Kaufleute, verschiedene Unternehmer	79	= 37,4
Il. Professoren, Doktoren, Ärzte, Ingenieure, Redakteure, Lehrer, Schriftsteller, Studenten, Rechtsanwälte, sonstige Intellektuelle	89	= 42,2
III. Angestellte, Beamte, Bürgermeister	37	= 17,5
IV. Handwerker	5	= 2,4
V. Arbeiter	–	= –
VI. Geistliche	1	= 0,5

Auch hier fällt der hohe Anteil an Intellektuellen auf. Die eigentliche Kapitalistenfraktion ist wohl zahlenmäßig kleiner als auf den Parteitagen der Freisinnigen Volkspartei. Das wird aber durch die stärkere Vertretung des großen Kapitals kompensiert.

Die Finanzierung der Partei basierte hauptsächlich auf der unregelmäßigen Zeichnung größerer Beträge seitens der Mitglieder, Firmen oder Verbände. Diese Mittel wurden vor allem für die Wahlkämpfe gebraucht, teilweise auch direkt für die Fonds der Wahlkreise gespendet. Daneben dienten sie zur Deckung der Kosten für den Parteiapparat sowie für Zuschüsse an einzelne Zeitungen, darunter die „Nation“. Die leitenden Funktionäre der Partei waren vermögend und leisteten teilweise selbst Zuschüsse.

Die *Deutsche Volkspartei,* klassenmäßig nicht sehr profiliert, vertrat hauptsächlich die kleinen und mittleren Schichten der Bourgeoisie, der Bauernschaft, von Handwerk und Gewerbe, aber auch die Arbeiterklasse in bestimmten sozialpolitischen Fragen, schließlich auch größere Teile der Intelligenz. Nach Hallgarten war sie besonders unter den Händlern, der Intelligenz und in jüdischen Kreisen Württembergs zu Hause. Ihre Führer Conrad Haußmann und Friedrich Payer traten im Reichstag wiederholt als Sprecher für die besonderen Belange der kleinen und mittleren Bourgeoisie in den süddeutschen Einzelstaaten auf. In Parteiführung und Reichstagsfraktion dominierten Rechtsanwälte, Kaufleute, Fabrikanten und Intellektuelle. Die der Parteiführung politisch und personell nahestehende „Frankfurter Zeitung“ hatte sich um 1900 zu einem führenden, im In- und Ausland stark beachteten Blatt der liberalen Fraktionen der deutschen Bourgeoisie, vor allem auch des Bank- und Handelskapitals, entwickelt.

Der *Nationalsoziale Verein*[51] entbehrte zwar in seiner Zusammensetzung weitgehend der Kapitalisten; gleichwohl vertrat er deren Interessen vor allem in seiner widersprüchlichen Politik. Die Analyse der ersten fünf Vertretertage des Vereins von 1896 bis 1900 ergibt folgendes Bild:

Parteitage	Soziale Hauptgruppen:					
in folgenden Städten:	I. Fabrikanten, Kaufleute, Direktoren, Generalsekretäre, Bankiers, Privatiers, Gutsbesitzer, Landwirte, sonstige Unternehmer	II. Professoren, Ärzte, Ingenieure, Redakteure, Schriftsteller, Rechtsanwälte, Lehrer, sonstige Intellektuelle	III. Beamte, Angestellte, Bürgermeister	IV. Handwerker	V. Arbeiter	VI. Offiziere a. D., Pfarrer
	in Prozent	in Prozent	in Prozent	in Prozent	in Prozent	in Prozent
Erfurt 1896	15 = 13,4	34 = 30,4	43 = 38,4	2 = 1,8	6 = 5,3	12 = 10,7
Erfurt 1897						
Darmstadt 1898						
Göttingen 1899						
Leipzig 1900						

[51] S. auch *Theodor, Gertrud,* a. a. O.

Die Partei verfügte damit auch über einen ungewöhnlich hohen Anteil an Intellektuellen, der noch über dem der Freisinnigen Vereinigung lag. Er betrug auf diesen Tagungen, die Geistlichen den übrigen Gruppen der Intelligenz zugeordnet, in Prozent:

1896	1897	1898	1899	1900
68,8	64,1	63,5	69,6	57,5

Jedoch fehlten hier die für den Freisinn charakteristischen Gruppen der Rechtsanwälte, Stadt-, Justiz- und Kommerzienräte. Dagegen umfaßten die Lehrer seit 1897 durchschnittlich ein Viertel der Teilnehmer der Vertretertage. Hieraus folgt, daß dem Nationalsozialen Verein eine tragfähige klassenmäßige Basis fehlte und der Versuch eines Einbruchs in die Arbeiterklasse völlig mißlang. Die relative Konzentration von Intellektuellen zeigt auch, daß sich in dieser Schicht die objektive Widersprüchlichkeit der liberalen Bourgeoisie ideologisch am intensivsten auswirkte. Die in ihren Augen von Naumann anscheinend entworfene Lösung der Widersprüche und Probleme des Kapitalismus zog Intellektuelle an, denen, obwohl mit den herrschenden sozial- und innenpolitischen Verhältnissen unzufrieden, Herkunft, Stellung und Denkweise den Weg zum Marxismus und zur Sozialdemokratie verwehrten.

Die Darlegungen zur ökonomischen und sozialen Grundlage des Linksliberalismus bilden ein wesentliches Moment, Charakter und R:olle der liberalen Parteien um 1900 zu bestimmen. Sie genügen jedoch nicht zu einer ausreichenden Kennzeichnung des Klassencharakters und des tatsächlichen geschichtlichen Inhalts ihrer Tätigkeit. Das volle Verständnis für die Rolle dieser Parteien in den Klassenkämpfen zur Zeit des Übergangs zum Imperialismus, für ihre Stellung zu den Grundfragen der Nation setzt die Analyse der von ihnen verfolgten Politik, ihrer Motive und Ergebnisse voraus.

II. Kapitel
Die Haltung zur Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung (1893-1899)

Der Übergang zu einer neuen weltgeschichtlichen Epoche fand in der Entwicklung des Proletariats, im raschen Wachstum seiner Zahl, Konzentration, Organisation und Bewußtheit seinen markantesten Ausdruck.[1]

Der Schwerpunkt der internationalen Arbeiterbewegung hatte sich nach Deutschland verlagert. Die deutsche Sozialdemokratie war die stärkste und führende Abteilung der internationalen sozialistischen Bewegung geworden. Die grundlegende Bedeutung dieser Entwicklung für die Stellung und Rolle des Liberalismus soll an drei zusammenhängenden Aspekten angedeutet werden:

a.) Die Wandlung der Klassenstruktur als Grundlage aller Veränderungen im Kräfteverhältnis und in der Wechselbeziehung aller Klassen, Schichten und Parteien.

b) Die Veränderung der qualitativen historisch-politischen Stellung, Interessen und Möglichkeiten der Klassen und Parteien. Dje Bourgeoisie verliert endgültig und insgesamt die Voraussetzungen zur Führung der Nation im Interesse der Demokratie und des Fortschritts. In ihr überwuchern Konservatismus und Parasitismus, während die sozialistische Partei immer stärker zum Repräsentanten und Führer aller demokratischen und progressiven liberalen Bestrebungen wird und ihren Einfluß in allen Schichten des arbeitenden Volkes festigt und ausbaut.

c) Die gesetzmäßigen sozialökonomischen Prozesse lösten in den herrschenden Klassen Auseinandersetzungen über die geschichtliche Bewertung der Arbeiterbewegung, ihres Charakters und ihrer Perspektive aus. Daraus erwuchsen fortgesetzt Differenzen über die taktische Konzeption gegenüber der Arbeiterklasse und ihrer sozialistischen Bewegung. Die Unterschiede in den Stellungnahmen und Lösungsversuchen zu diesen Konflikten werden die bestimmenden Faktoren für die Gruppierungen im liberalen Lager.

Die weitgehende Übereinstimmung und auch Kooperation bestimmter Entwicklungslinien in den linksliberalen Parteien mit gleichgelagerten Bestrebungen bürgerlicher Kräfte auf anderen Ebenen muß beachtet werden, wenn auch eine Einbeziehung in die vorliegende Darstellung unmöglich ist. Das gilt besonders für den Kathedersozialismus, den Verein für Sozialpolitik und für die liberale Hirsch-Dunckersche Gewerkschaftsbewegung.[2] Die letztere nahm um 1900 in der Tätigkeit der liberalen Parteien bereits einen völlig untergeordneten Platz ein.

1. Die grundsätzlichen und taktischen Anschauungen über den Charakter und die Perspektive der Arbeiterbewegung

Nach dem Wahlerfolg der Sozialdemokratie von 1893 schickten sich die herrschenden Kreise erneut an, durch eine Ausnahmegesetzgebung ein weiteres Werkzeug zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung zu schaffen. Das sollte in der verschleierten Form von „Änderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuches, des Militärstrafgesetzbuches und des Gesetzes über die Presse“ erreicht werden. Diese „Umsturzvorlage“ ging Ende 1894 an den Reichstag. Die Debatte im Januar 1895 offenbarte die tiefen taktischen Differenzen im bürgerlich-junkerlichen Lager, deren extreme Pole vom Freiherrn v. Stumm (Reichspartei) und Theodor Barth repräsentiert wurden. Während die Polizeirezepte des rheinischen Schwerindustriellen an dieser Stelle wenig interessant sind, haben die grundsätzlichen Ausführungen Barths symptomatische Bedeutung für das Suchen breiter bürgerlicher, auch großbürgerlicher Kreise nach einer wirkungsvollen taktischen Orientierung gegenüber der Arbeiterklasse und ihren Organisationen. Barth betonte die „neuen Erfahrungen“ mit der Sozialdemokratie und polemisierte gegen Stumms Gegnerschaft zur „staatsbürgerlichen Rechtsgleichheit“ und die dem Gesetzentwurf zugrunde liegende bornierte Auffassung vom Wesen der Sozialdemokratie: „Was ist es überhaupt für eine merkwürdige Anschauung vom Wesen der Sozialdemokratie, von der Entwicklung

---

1 S. auch: *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,* Bd. 1, S. 415 ff., 433 ff.; Bd. 2, S. 19, 50 ff.

2 S. auch eben da, Bd. 1; Bd. 2; *Völkerling, Fritz*, Der deutsche Kathedersozialismus, Berlin 1959; *Kuczynski, Jürgen,* Zur politökonomischen Ideologie ..., a. a. O., S. 13-44.

einer so großen Bewegung wie die sozialdemokratische es ist, wenn man glaubt, mit derartigen gesetzgeberischen Bestimmungen in die Entwicklung dieser Bewegung irgendwie wirksam eingreifen zu können?“[3] Barth gründete seine Kritik wesentlich auf den Opportunismus und „die naturgemäße Differenzierung der Ansichten in der sozialdemokratischen Partei“, die im bürgerlichen Interesse nicht durch Gewaltmaßnahmen behindert werden dürfe. „Wenn man dagegen die sozialistische Entwicklung nicht bloß nach einigen symptomatischen Erscheinungen beurteilt, sondern ihr näher auf den Grund geht, dann müssen Sie meines Erachtens mit mir zugeben, daß die Entwicklung der Sozialdemokratie eine entgegengesetzte Richtung angenommen hat: von der Neigung zu Gewalttätigkeiten weg nach der Richtung der Reform“[4]. Die Rede von Carl August Munckel, Freisinnige Volkspartei, war weniger grundsätzlich. Er bestritt im wesentlichen die Notwendigkeit und die Erfolgsaussichten außerordentlicher Maßnahmen.

„In vielen Orten Deutschlands protestierte die Arbeiterklasse und bezog andere Schichten des Volkes, besonders aus dem Kleinbürgertum und der Intelligenz, in die Protestbewegung ein. So beriefen zum Beispiel in Berlin und Gotha Sozialdemokraten und linksliberale Politiker gemeinsam Versammlungen ein und protestierten energisch gegen den Angriff auf die demokratischen Rechte des Volkes. Die Mehrheit der bürgerlichen Reichstagsabgeordneten konnte es angesichts der Massenstimmung nicht wagen, dieser Vorlage zuzustimmen. Die Regierungsvorlage wurde im Mai 1895 endgültig abgelehnt.“[5]

Drei Jahre später kam es anläßlich der Veröffentlichung eines vertraulichen Schreibens des Staatssekretärs Graf v. Posadowsky an die Regierungen der Einzelstaaten durch den „Vorwärts“ im Reichstag erneut zu einer freisinnigen Kritik am Kurs der Regierung gegenüber der organisierten Arbeiterbewegung. Dem geplanten Anschlag auf das Koalitionsrecht stellte die Freisinnige Vereinigung einen Antrag zur Aufhebung aller noch existierenden Beschränkungen dieses Rechts gegenüber. Damit vertrat die Partei einen alten liberalen Grundsatz, wonach das Koalitionsrecht „das vornehmste Stück des Arbeiterschutzes“ darstellt.

Pachnicke erklärte: „Der innerste Grund für das Wachsen der Sozialdemokratie liegt meines Erachtens einfach darin, daß sich die Sozialdemokratie an das Klasseninteresse, an das einseitige Klasseninteresse der zahlreichsten Schicht unserer Bevölkerung wendet.“[6] Fehler wie der Posadowskysche Geheimerlaß begünstigten seiner Ansicht nach diesen Einfluß. Pachnicke verhehlte nicht, daß die Liberalen ein Zusammenwirken besonders mit den opportunistischen Gewerkschaftsführern anstrebten.

Franz Mehring begrüßte die Stellungnahme der freisinnigen Redner zum Rundschreiben Posadowskys. Der Antrag Pachnickes, die Beschränkungen des Koalitionsrechtes nicht zu erweitern, sondern aufzuheben, sei sehr am Platz gewesen. Gleichzeitig vermerkte er kritisch, daß die Nationalsozialen über Posadowskys Anschlag ebenso klagen werden, wie sie über Kiautschou jauchzten, obwohl es nur zwei Seiten derselben Politik wären.[7] Diese Auseinandersetzungen bildeten allerdings nicht den Abschluß der reaktionären Bestrebungen nach einem Ausnahmegesetz, sondern nur ein Vorgefecht um die „Zuchthausvorlage“, die bald in den Vordergrund der politischen Kämpfe rückte.

In dieser Zeit war die Einsicht in die Wertlosigkeit solcher Ausnahmegesetze auch unter reaktionären, selbst regierenden Kreisen weit vorgedrungen. Die „Zuchthausvorlage“, wesentlich durch Wilhelm II. und seine Kamarilla ausgelöst, stieß auch auf den Widerstand des Zentrums und der Mehrheit der Nationalliberalen.[8] Die Ablehnung seitens der freisinnigen Parteien war selbstverständlich. Wichtiger war, inwieweit der Freisinn zu einer offensiven Politik gegen diese fortgesetzten Anschläge der

---

3 *Reichstag,* 9. Leg.per. 3. Sess., Bd. 1, S. 256.
4 Ebenda.
5 *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,* Bd. 1, S. 446; s. auch S. 444, 469 ff., 665 f.
6 *Reichstag,* a. a. O., 5. Sess., Bd. 1, S. 484.
7 *Mehring, Franz,* Ein Geniestreich, in: Die Neue Zeit, Jg. 16, Bd. 1, Nr. 18 v. 19. 1. 1898, S. 547.
8 S. auch *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,* Bd. 2, S. 29 f., 37.

Reaktion fähig war. Die bisherigen Erfahrungen veranlaßten die Sozialdemokraten zu einer kritischen Grundhaltung gegenüber den bürgerlichen Gegnern der Vorlage.

Mehring hatte Anfang 1898 geschrieben: „Es gibt auch nicht eine bürgerliche Partei, auf die voller Verlaß wäre, wenn es zum ernsthaften Kampf um das Koalitionsrecht und das allgemeine Stimmrecht käme.“[9] Dieser Gedanke wurde auf dem sozialdemokratischen Stuttgarter Parteitag bei der Behandlung des Punktes „Das Koalitionsrecht“ unterstrichen.

Als die Vorlage gegen Ende der Session 1898/99 veröffentlicht wurde, stieß sie im freisinnigen Lager auf die übliche parlamentarisch-publizistische Opposition. Barth bezeichnete die Haltung der Regierung als unverständlich, da nur die Sozialdemokratie an der Erörterung der Vorlage gewinnen würde. „Wer dagegen nicht die Neigung hat, die Geschäfte der Sozialdemokratie zu besorgen, muß wünschen, daß der Gesetzentwurf so bald wie möglich begraben wird.“[10] Rickert hatte bereits im Dezember 1898 im Reichstag der Forderung Kardorffs nach einem neuen Sozialistengesetz und allen Bestrebungen zur Einschränkung des Koalitions- und Streikrechtes der Arbeiterklasse widersprochen.

Bei der ersten Beratung des Gesetzentwurfs im Juni 1899 sprachen für beide freisinnige Parteien Vertreter ihres sozialpolitisch progressiven Flügels. Besonders die Rede von Lenzmann ist bemerkenswert, da sie deutlich über den Standpunkt der Freisinnigen Volkspartei hinausging. Er forderte die Anerkennung des Rechtes der Arbeiter, ihre Ware – die Arbeit – gegen die „mächtigen Arbeitskäufer“ vorteilhaft verkaufen zu können. „Demzufolge ist die Koalitionsfreiheit ein so absolutes Produkt unserer Wirtschaftsentwicklung, daß mit der Vernichtung der Koalitionsfreiheit sie allerdings in den sozialdemokratischen Staat mit seinem absoluten Zwang sich hinüberrücken müßte.“[11] Diese antisozialistische Argumentation stammte aus dem Arsenal des Manchestertums. Zu Recht sah Lenzmann, wie die gesamte freisinnige und sozialdemokratische Opposition, in der Vorlage eine unmittelbare Fortsetzung der Politik des Sozialistengesetzes und der „Umsturzvorlage“. Die Syndikate bezeichnete er als wirklich gemeingefährlich und verurteilte Repressalien der Unternehmer gegen die Arbeiter. „Das sind Brutalisierungen viel schlimmerer Art als diejenigen Brutalisierungen, die angeblich seitens der sozialdemokratischen Arbeiter vorgekommen sein sollen.“[12] Um jeden Zweifel an der bürgerlichen Motivierung seiner Stellungnahme auszuschließen, berief sich Lenzmann auf eine Resolution der Berliner Gewerbegerichte gegen die Vorlage, die auch vom Arbeitgeberverein unterzeichnet worden war. Scharf kritisierte er das amtliche Material, das der Vorlage zur Begründung dienen sollte. Aus eigenen Erfahrungen bei Streikprozessen erklärte er, „daß selbst die gröbsten Landfriedensbruchexzesse zurückzuführen sind auf ein unkorrektes, falsches Handeln der Arbeitgeber, die einfach sich nicht entschließen können, das gute Recht der Arbeiter zu respektieren.“[13] Nachdrücklich betonte er, daß die bürgerlichen Parteien mit der Ablehnung des Gesetzes ihre „Arbeiterfreundlichkeit“ beweisen würden.

Richard Roesicke-Dessau wandte sich sowohl als „Arbeitgeber“ wie auch für die Fraktion der Freisinnigen Vereinigung gegen die Vorlage. Er stimmte August Bebel darin zu, daß die Lohnentwicklung noch hinter dem allgemeinen industriellen Aufschwunge zurückbleibe und die Arbeiter sich selbst alle Verbesserungen erkämpfen müßten. Schließlich erklärte sich auch Haußmann entschieden gegen diese „Provokation aller Arbeiterklassen“[14].

In diesem Auftreten spiegelten sich einmal der entschlossene Widerstand der Arbeiterklasse und breiter Volksmassen gegen die Einschränkung der in langen Kämpfen errungenen Rechte und zum anderen die Interessen der kapitalistischen Kreise wider.

Dazu stellte Mehring fest: „Im ganzen und großen hat die bürgerliche Opposition in der rednerischen Abwehr des gegen die Koalitionsfreiheit gerichteten Angriffs eine dankenswerte Frische und Kraft

---

9 *Mehring,* Franz, Ein wenig Wahlpolitik, in: Gesammelte Schriften, Bd. 14, S. 212.
10 *Barth, Theodor,* Die „Zuchthausvorlage“, in: Die Nation, Jg. 16, Nr. 37 v. 10.6.1899, S. 521.
11 *Reichstag,* 10. Leg.per., 1. Sess., Bd. 3, S. 2680.
12 Ebenda, S. 2682.
13 Ebenda, S. 2686.
14 Ebenda, S. 2731.

erwiesen."[15] Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bemerkte in ihrem Bericht an den Parteitag zu Hannover im Jahre 1899, daß die Mehrheit der bürgerlichen Parteien einsah, „daß eine völlige Entrechtung des arbeitenden Volkes ein Unding ist und der bürgerlichen Gesellschaft selbst nicht zum Nutzen gereichen kann". Diese Mehrheit hätte sich allerdings nicht entschließen können, die Vorlage sofort endgültig zu verwerfen.[16] Am 20. November 1899 erfolgte die zweite Beratung der Vorlage. Nun wurde sie von der Mehrheit vom Tisch gefegt. Auch die freisinnigen Redner, Richter und Roesicke, begnügten sich dabei mit kurzen Erklärungen.

Nur einige Tage später wurde bereits offensichtlich, daß es fehlerhaft wäre, seitens der Linksliberalen eine ernstere Opposition zum innenpolitischen Kurs der Regierung anzunehmen. Die zeitgemäße Aufgabe der liberalen Fraktionen der Bourgeoisie wäre es jetzt gewesen, nach der Abwendung des reaktionären Anschlags, im taktischen Bündnis mit der Sozialdemokratie, offensiv für den Ausbau der bestehenden Rechte und Freiheiten und den Abbau noch bestehender Einschränkungen zu kämpfen.

Als aber am 6. Dezember 1899 Hohenlohe im Reichstag die von ihm seit über drei Jahren versprochene Aufhebung des Verbindungverbots für inländische Vereine mitteilte, bekundete Rickert seine „lebhafte Freude" und fand sogar anerkennende Worte für die Regierung. Allerdings verzichtete Richter ausdrücklich auf eine besonders servile Huldigung für diese Maßnahme. Inzwischen hatten die freisinnigen Parteien die Unterstützung sozialdemokratischer Anträge zur Sicherung des Koalitionsrechtes abgelehnt. Dies alles bewies, „daß nämlich die bürgerliche Opposition durch die wahrlich nicht übermäßige Kraftanstrengung, die sie mit der Ablehnung der Zuchthausvorlage geleistet hat, bis auf den Tod erschöpft ist und daß sie jede Gelegenheit, die sie ungestraft ergreifen kann, um mit der Regierung wieder freundschaftlich anzubandeln, auch ergreifen wird"[17]. Schon unmittelbar nach dem Fall der Vorlage hatte Mehring geschrieben, daß der Arbeiterklasse dafür der Siegeslorbeer gebühre und nicht den schwankenden bürgerlichen Parteien, die nur im Parlament letztlich den Ausschlag gegeben hätten.[18]

Die eindeutige und schärfere Ablehnung neuer Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterbewegung durch den Freisinn war eine vorwiegend taktische Variante gegenüber anderen Funktionen der Bourgeoisie. In der grundsätzlichen Gegnerschaft zur Sozialdemokratie und zum Marxismus waren sie sich völlig einig und auch in dem Bestreben, wirkungsvolle Methoden ausfindig zu machen, mit denen der revolutionären Arbeiterbewegung das Rückgrat gebrochen werden sollte. Es genügt, an die antisozialistischen Traditionen der deutschen liberalen Bourgeoisie und speziell auch des Freisinns zu erinnern. Eugen Richter war selbst ein ebenso eifriger wie bornierter antisozialistischer Agitator und hat dabei den eigenen liberalen Grundsätzen ebensoviel geschadet wie der Reaktion genutzt.[19] Aber gleichzeitig war durch das stete und machtvolle Wachstum der Arbeiterbewegung die spezifisch manchesterliehe Doktrin nachhaltig erschüttert worden. Ende der neunziger Jahre nahmen beide freisinnige Parteien von einem prinzipiellen Widerstand gegen die Sozialgesetzgebung Abstand. Allerdings gab es noch erhebliche Differenzen über die Richtung, die Schwerpunkte und das Ausmaß der sozialpolitischen Verpflichtungen des Staates und der Parteien. Die Mehrheit der Führung und der Fraktion der Freisinnigen Vereinigung hatte sich entschiedener von den alten Vorurteilen getrennt. Sie versuchte, durch bürgerliche Initiativen die soziale Gesetzgebung auszubauen, um der Sozialdemokratie zu begegnen. Ihre führenden Köpfe waren dabei Roesicke-Dessau und Pachnicke. Auf der

---

15 *Mehring, Franz,* Die vorläufige Entscheidung, in: Die Neue Zeit, Jg. 17, Bd. 2, Nr. 40 v. 21.6.1899, S. 418.

16 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (alle sozialdemokratischen Parteitage im folgenden: Sd. Parteitag), abgehalten zu Stuttgart, vom 3.-8. Okt. 1898, Berlin 1898, S. 154, 159 f.

17 *Mehring, Franz*, Den Teufel spürt das Völkchen nie, in: Die Neue Zeit, Jg. 18, Bd. 1, Nr. 11 V. 6.12.1899, S. 324.

18 Ebenda, Nr. 9 v. 22.11.1899, S. 257.

19 *Richter, Eugen,* Die Sozialdemokraten, was sie wollen und wie sie wirken, Berlin 1878 (Politische Zeitfragen, Nr. 5); *derselbe,* Die Fortschrittspartei und die Sozialdemokratie, Berlin 1878 (Politische Zeitfragen, Nr. 1); *derselbe,* Die verwerflichen Ziele Bebels und der Sozialdemokratie, Berlin 1883; *derselbe,* Sozialdemokratische Zukunftsbilder – Frei nach Bebel, Berlin 1891.

konstituierenden Generalversammlung 1893 war diese Tendenz durch den Antrag, die Partei „sozialliberal“ zu nennen, sowie im Referat Rickerts deutlich geworden.

Die Sozialdemokratische Partei konnte unter dem Einfluß dieses Wandels auf ihrem Hamburger Parteitag 1897 eine „überraschende Zurückhaltung“ der bürgerlichen Gegner bei der Erörterung des Achtstundentag-Antrages feststellen. Die Deutsche Volkspartei war dabei für den gesetzlichen Zehnstundentag eingetreten und ihr Redner sogar für die Einführung des Achtstundentages. Anfang 1900 wurden in der „Nation“ die sozialpolitischen Traditionen des Liberalismus in apologetischer Weise folgendermaßen charakterisiert: „Das Ziel der Sicherstellung der Arbeiter vor den wirtschaftlichen Folgen von Krankheit, Unfall und Invalidität im Wege der Versicherung war dem Liberalismus von jeher sympathisch gewesen; er hoffte nur, dieses Ziel im Wege der Selbsthilfe erreichen zu können und versprach sich gerade von dieser Selbsthilfe der Arbeiter erzieherisch sehr viel.“[20] Anschließend wurde die Wiederannäherung des Kathedersozialismus an den politischen Liberalismus als Ergebnis der seitherigen sozialpolitischen Entwicklung und der gemeinsamen Frontstellung „.gegen den sozialen Absolutismus Stumm’schen Gepräges“ festgestellt.

Hinsichtlich der freisinnigen Parteien ist die These von Born zutreffend, daß „Erwägungen der Partei- und Parlamentstaktik“ häufig die sozialpolitische Stellungnahme bestimmt haben.[21] Allerdings entsprach gerade auch in der Freisinnigen Vereinigung die sozialpolitische Neuorientierung den kapitalistischen Interessen und Erfahrungen, nach denen ein Zusammenhang zwischen sozialen Verbesserungen und der Erhöhung der Intensität der Ausbeutung besteht und dabei die Ausbeutungsverhältnisse stabilisiert werden konnten. Die im Freisinn wirkenden einflußreichen Kreise des Handels, der Lebensmittel- und Konsumgüterindustrie waren unmittelbar an der Erhöhung der Kaufkraft der arbeitenden Massen interessiert. Dafür bietet der freisinnige Brauereibesitzer Roesicke-Dessau ein charakteristisches Beispiel, den Born neben Lujo Brentano, Pachnicke und Max Hirsch zu den liberalen Sozialreformern rechnet, wobei er auch die kapitalistischen Motive dieser Art Sozialreformismus konstatiert.

Auch an der Freisinnigen Volkspartei konnten die Tendenzen zur Wandlung des sozialpolitischen Standpunktes des Liberalismus nicht vorbeigehen. Die Forderung zur entsprechenden Albänderung des Programms wurde bereits auf dem ersten Parteitag 1893 erhoben. Im folgenden Jahr hielt Ernst Abbe im Freisinnigen Verein zu Jena zwei bedeutsame Vorträge, in denen er weitgehende soziale Forderungen zu Steuergesetzgebung, Arbeiterschutz und Volksbildung aufstellte.[22] Er verlangte, daß man nicht der Sozialdemokratie das Privileg lassen solle, Ideen zur Verbesserung der sozialen Zustände zu entwickeln, und dem Namen Volkspartei gerecht werden müsse. Das vom 3. Parteitag 1897 beschlossene Programm für die Reichstagswahlen enthielt verschwommene und unverbindliche Erklärungen zur „Volkswohlfahrt“.

Martin Berendt forderte eine „Verjüngung des Liberalismus“. Entscheidende Voraussetzung müsse deshalb sein, daß sich die liberalen Parteien „zu einer großen sozialliberalen Partei“ umwandeln. Die Parole „„sozialliberal“ sei „allein die wahre Erfüllung des Liberalismus“.[23] Weite Kreise des Liberalismus, besonders der Freisinnigen Volkspartei, waren allerdings weit davon entfernt, auf einer derartigen sozialliberalen Plattform am liberalen Zusammenschluß mitzuwirken.

Ungleich problematischer als die sozialpolitische Stellungnahme war für den Liberalismus die taktische Stellung zur Sozialdemokratie. Im Verhalten der freisinnigen Parteien beiden Reichstagswahlen im Jahre 1898 sind die unterschiedliche n Strömungen und Tendenzen genauer zu beobachten. Die herrschenden Kreise hatten mit der Flottenvorlage 1897/98 gegenüber dem Freisinn eine günstige

---

20 *Das neunzehnte Jahrhundert und das Programm des Liberalismus,* in: Die Nation, Jg. 17, Nr. 27 v. 7.4.1900, S. 370 f.

21 *Born, Karl Erich,* a. a. O., S. 62 f.

22 *Abbe, Ernst,* Welche sozialen Forderungen soll die „Freisinnige Volkspartei“ in ihr Programm aufnehmen? Zwei Vorträge im Freisinnigen Verein zu Jena am 7. und 21. März 1894, Jena 1894.

23 *Berendt, Martin,* Die Verjüngung des Liberalismus. Ein Beitrag zur Beleuchtung der inneren deutschen Politik, Berlin 1897.

Position gewonnen. Dadurch wurden ein engeres Zusammenwirken der freisinnigen Opposition verzögert, ‚die vorherigen Konzeptionen für den Wahlkampf zunichte gemacht und das Zusammengehen der bürgerlichen und der proletarischen Opposition bedeutend erschwert. Einzelnen bürgerlichen Bestrebungen, die Spitze gegen die Reaktion zu kehren und bedingt mit der Sozialdemokratie zusammenzugehen, wurden wesentliche Hindernisse in den Weg gelegt. Führende Kreise der Freisinnigen Vereinigung wollten zwar den Wahlkampf unter der Parole der Handelsvertragspolitik und damit in erster Linie. gegen die Junker führen, doch wurde die Möglichkeit eines bestimmten politischen Zusammenwirkens mit der Sozialdemokratie durch ihr gleichzeitiges Eintreten für die Flottenrüstung außerordentlich erschwert. Auch vermochten sie sich nicht völlig der Doktrin vom unvermeidlichen Zweifrontenkampf des Liberalismus zu entziehen. Damit war auch für die Vereinigung ein ernsthafteres Zusammenwirken mit der Sozialdemokratie für freiheitliche und demokratische Interessen und gegen die Reaktion in diesem Wahlkampf unmöglich geworden. Allerdings hat die Freisinnige Vereinigung in stärkerem Maße als die Volkspartei ihren Kampf gegen das Junkertum konzentriert und insofern die bessere Strategie entwickelt.

Der Parteitag der Freisinnigen Volkspartei in Nürnberg 1897 hatte bei der Erörterung der Konzeption zu den Reichstagswahlen keine Festlegungen hinsichtlich der Stichwahltaktik getroffen. Mehring beobachtete das antisozialistische Treiben der Parteiführung und der „Freisinnigen Zeitung“ und schrieb schon im Herbst 1897 warnend: „Nach den Auflösungen des Reichstages in den Jahren 1887 und 1893 siegte die Regierung in den neuen Wahlen nur dadurch, daß bei den Stichwahlen zwischen Junkern und Sozialdemokraten die ‚unentwegten Volksmänner‘ des Freisinns in hellen Haufen zu den Junkern überliefen.“[24] Kurz danach analysierte er Richters interne Wahlinstruktionen und schloß daraus, daß der Freisinn den Verrat wie 1887 und 1893 vorbereite. Die Führung der Freisinnigen Volkspartei erwartete als Lohn für ihren antisozialistischen Kurs die Unterstützung seitens der reaktionären Parteien.

Anfang Mai 1898 kritisierte die „Freisinnige Zeitung“ die Rechtsparteien, daß sie die freisinnigen Kandidaten in Wahlkreisen bekämpften, in denen die Entscheidung nur zwischen Freisinn und Sozialdemokraten fallen könne. Mit Befriedigung meldete sie alle Beispiele der Unterstützung freisinnig-volksparteilicher Kandidaten durch die rechtsstehenden Parteien, so die Unterstützung der freisinnigen Kandidaten in der Stichwahl in Berlin sowohl von seiten der Konservativen als auch von seiten des Zentrums und der Nationalliberalen. Durch ihren Antisozialismus bewegte sich die Richtersche Partei weitgehend auf dem Boden eines umfassenden bürgerlich-junkerlichen Bündnisses gegen die Sozialdemokratie. Dabei traten ihre sonstigen Differenzen zu den Parteien der herrschenden Klassen fast völlig zurück.

Die Haltung der Mitglieder und Anhänger des Nationalsozialen Vereins und selbst die Anschauungen im Vorstand zum Verhältnis zur Sozialdemokratie waren von Anfang an äußerst unterschiedlich und führten fortgesetzt zu inneren Auseinandersetzungen und Krisen. Ein rechter Flügel, als dessen führender Sprecher Prof. Rudolf Sohm aus Leipzig auftrat, forderte eine konservative, antidemokratische Orientierung des Vereins, der sich vor allem auf die „Gebildeten“ stützen und von der Sozialdemokratie klar und scharf abgrenzen solle. Sein hauptsächlicher Widersacher, Paul Göhre, forderte dagegen, daß das Verhältnis zur Sozialdemokratie entscheidend von der Notwendigkeit ihrer Umwandlung bestimmt werde und mit den Nationalsozialen ein wesentlicher Einfluß auf diese Wandlung genommen werden sollte. Naumann bemühte sich, im Interesse der Erhaltung des Vereins zwischen den beiden extremen Polen zu vermitteln. Auf dem zweiten Parteitag 1897 brachen die gegensätzlichen Anschaurungen erneut hervor. Mit der Ablehnung der von Sohm und Göhre eingebrachten und begründeten Anträge und der Annahme von zwei Kompromißresolutionen wurde die Entscheidung nochmals verschoben. Doch mußte dieses Lavieren im politischen Kampf notwendigerweise zu einer Krise in der Partei führen, die im Reichstagswahlkampf 1898 tatsächlich eintrat.

Die Nationalsozialen kandidierten in elf Wahlkreisen gegen Konservative, Liberale, Antisemiten und Sozialdemokraten. In der Hauptwahl blieben sie ohne Erfolg, stellten jedoch Kandidaten zu einigen

[24] *Mehring, Franz,* Die Spuren schrecken, in: Die Neue Zeit, Jg. 16, Bd. 1, Nr. 4 v. 13.10.1897, S. 100.

Stichwahlen auf. Am 18. Juni 1898 erörterte der Vorstand die einzuschlagende Stichwahltaktik, wobei die Debatte „z. T. einen sehr erregten Charakter“ annahm, „deren Wiedergabe im einzelnen im Protokoll unmöglich“ war.[25] Kernpunkt war die Grundsatzfrage, ob ein Nationalsozialer in einer Stichwahl für einen Sozialdemokraten stimmen könne. Nachdem zwei Beschlußanträge verworfen worden waren, verzichtete man auf einen Entschluß und überließ die Entscheidung den Wahlkreisen. In der Regel stimmten die Nationalsozialen dann für reaktionäre Kandidaten. Mehring sprach in diesem Zusammenhang vom moralisch-politischen Selbstmord des Vereins, den er „mit dieser schmählichen Stichwahltaktik“ begangen hätte. Im folgenden Jahr bat Sohm seinen Freund Brentano um Unterstützung der Bestrebungen des Vereins, da dieser auf dem letzten Loch pfeife.[26] Eigentlich war bereits jetzt das nationalsoziale Experiment zur Korrumpierung des Proletariats gescheitert. 1898, nicht 1903, wie es Schieder behauptete, war der „erste politische Start“ der Nationalsozialen.[27] Allerdings zogen sie erst nach der zweiten, noch vollständigeren Niederlage 1903 die Konsequenz der Auflösung ihres Vereins.

In einer Nachbetrachtung zu den Reichstagswahlen glossierte Mehring „das blöde Triumphgeheul, das der Freisinn erhebt, weil seine ‚Todfeinde‘ von rechts und links her ihn ein paar Stufen die Treppe hinaufgeknufft haben“.[28] Trotz des wachsenden. reaktionären Druckes waren die linken bürgerlichen Parteien nicht imstande und gewillt, im außerparlamentarischen politischen Kampf bedingte Bündnisse mit der Arbeiterpartei gegen den reaktionären Kurs der herrschenden Kreise einzugehen. Von Ausnahmen abgesehen, erwies sich der politische Gegensatz zum Proletariat immer stärker als die verschiedenen Differenzen im bürgerlichen Lager und muß daher auch als entscheidendes Kriterium für die Beurteilung des politischen Weges der Linksliberalen betrachtet werden.

2. Der gesetzmäßige Zusammenhang von Liberalismus und Revisionismus

Der historisch wesentlichste Aspekt bei der Analyse der Stellung des ausgehenden Liberalismus zur Arbeiterklasse sind weder die angedeuteten sozialpolitischen Wandlungen noch die Abstufungen im taktischen Verhalten. Er besteht vielmehr in der Aufdeckung des gesetzmäßigen Zusammenhangs zwischen Liberalismus und Revisionismus. Obgleich das entscheidende Merkmal jener Zeit der Übergang zum Imperialismus war und darin sowohl die historischen und sozialökonomischen Wurzeln des Zerfalls des Liberalismus wie auch des Aufkommens und der Rolle des Revisionismus begründet sind, hieße es, diese Vorgänge nur einseitig zu erfassen, wenn nicht parallele sozialstrukturelle und politisch-ideologische Veränderungen einbezogen würden. Dazu gehört aber in erster Linie die notwendige und wechselseitige Beziehung zwischen Liberalismus und Revisionismus. Als W. I. Lenin die „wohlüberlegte und tiefempfundene Sympathie“ der russischen Liberalen für den Menschewismus aufdeckte, bemerkte er: „Und ist es nicht wirklich so, daß die einzige Hoffnung auf die Lebensfähigkeit, die ideologische Lebensfähigkeit des russischen Liberalismus in der Lebensfähigkeit des sozialdemokratischen Opportunismus besteht?“[29] Er charakterisierte damit eine allgemeine Erscheinung jener Zeit, die für die deutschen Zustände in noch höherem Maße typisch war. Die Liberalen hatten sich zu diesem Zeitpunkt davon überzeugen müssen, daß sie ihren Einfluß auf die Arbeiterklasse und auf weite Schichten des arbeitenden Volkes unwiderruflich verloren hatten. Selbst in klein- und mittelbürgerlichen Kreisen war ihr Einfluß unsicher geworden, da sich mit der zunehmenden Verschärfung der Klassenkämpfe eine Polarisierung vollzog. Auch die taktischen Variationen liberaler Kreise erwiesen sich als wirkungslos. Das Schicksal des Nationalsozialen Vereins hatte dies nur unterstrichen. Andererseits wurden diese Kreise durch ihre alltäglichen politischen Erfahrungen mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften darauf gelenkt, den prinzipiellen wie taktischen Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung größere Aufmerksamkeit zu schenken. Mit feinem Klasseninstinkt nahmen sie wahr, daß sich der Opportunismus in grundlegenden Fragen ihrem eigenen Standpunkt näherte. In seinem Gedeihen sahen Slie eine Vorbedingung für die kapitalistische

---

25 DZA Potsdam, Nachlaß Naumann, Nr. 53, Bl. 38-40.

26 *Brentano, Lujo,* Mein Leben im Kampf um die soziale Entwicklung Deutschlands, Jena 1931, S. 208 f.

27 *Schieder, Theodor,* a. a. O., S. 68.

28 *Mehring, Franz,* Die Stichwahlen, in: Die Neue Zeit, Jg. 16, Bd. 2, Nr. 41 v. 28.6.1898, S. 450.

29 *Lenin, W. I.,* Der diensteifrige Liberale, in: Werke, Bd. 7, Berlin 1956, S. 493.

Liberalisierung der Gesellschaft. Seit dem Fall des Sozialistengesetzes war dieses Interesse unaufhörlich gewachsen und fand in der fortgesetzten Wühlarbeit und in den Vorstößen opportunistischer Kreise seinen Nährboden. Damit vertiefte sich die Gegnerschaft zur vorzugsweisen Anwendung von Repressivmaßnahmen gegen die Arbeiterbewegung. Der Polizeiknüppel vermochte der klassenmäßig zielstrebigen Differenzierung der Sozialdemokraten, die die Liberalen wünschten, nicht zu folgen und mußte den Einfluß des Opportunismus unter den Arbeitern erschweren.

Das Auftreten Eduard Bernsteins mit dem Versuch der offenen Darlegung aller „modernen" Anschauungen des Opportunismus 1896 bis 1898 und die Veröffentlichung seiner revisionistischen Programmschrift 1899 leiteten eine qualitativ neue Etappe ein. Das Neue, das nun wiederum Einfluß auf die Taktik liberaler Kreise gewann, bestand darin, daß sich innerhalb der Sozialdemokratischen Partei eine Fraktion auf bürgerlicher Grundlage offen konstituierte und sich des Vorwandes der angeblich zeitgemäßen Revision des Marxismus zur politisch-moralischen Rechtfertigung bediente. „Der innerlich verfaulte Liberalismus sucht sich dadurch zu beleben, daß er die Form des Opportunismus annimmt, der den Marxismus in Worten häufig anerkennt, jedoch nur mit der Absicht, ihn zu entstellen und ihm das Lebenslicht auszublasen."[30]

Die im linken bürgerlichen Lager bereits bisher bestehenden Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich des taktischen Verhaltens gegenüber der Sozialdemokratie und dem Revisionismus wurden erneut akut. Im wesentlichen schieden sich hier die Auffassungen in der Freisinnigen Volkspartei unter dem bestimmenden Einfluß Richters von denen der Freisinnigen Vereinigung und des Nationalsozialen Vereins unter Führung von Barth und Naumann. Die Haltung der Deutschen Volkspartei muß unser Berücksichtigung der süddeutschen Verhältnisse betrachtet werden, näherte sich jedoch in dieser Frage den Anschauungen von Barth und Naumann. Diese allgemeine Gruppierung hat jedoch nur eine relative Gültigkeit, da in jeder der Parteien auch eine oppositionelle Strömung bestand, die sich der entsprechenden Richtung in den benachbarten bürgerlichen Gruppen annäherte. „Die Nation" konstatierte Anfang 1899, daß eine wesentliche Ursache der Zerklüftung und Ohnmacht des Liberalismus „in der Frage der Behandlung der Sozialdemokratie" läge und bezeichnete die Herausbildung einer gleichartigen Anschauung in dieser Frage als „um der Sache willen wünschenswert."[31]

Die Ideologen der Freisinnigen Vereinigung registrierten und analysierten in der „Nation" rasch und aufmerksam den ersten größeren Vorstoß Bernsteins gegen die Grundanschauungen der Partei. Die Aufgabe des liberalen Bürgertums bestünde darin, die Verbitterung der Arbeiterklasse gegen die bestehende Gesellschaftsordnung zu verhindern. Man müsse die „freie geistige Bewegung und freie Diskussion" ermöglichen, um die Arbeiterklasse von der Unmöglichkeit einer sozialistischen Perspektive zu überzeugen. Dem Opportunismus komme dabei hervorragende Bedeutung zu: „Das Klassenbewußtsein durchdringt die moderne Arbeiterbevölkerung so stark, daß die bürgerliche Gesellschaft unmittelbar erzieherisch auf den vierten Stand nicht leicht zu wirken vermag; ..."[32] Mit der grundsätzlichen Würdigung der Aufsätze Bernsteins wurde dessen prinzipielle Abkehr vom revolutionären Marxismus sofort erfaßt. Sein Auftreten wurde als Symptom bewertet und optimistisch als Ausgangspunkt einer „Umbildung und Regeneration" der Sozialdemokratischen Partei gedeutet.

Im Oktober 1898 stellte Barth neue Betrachtungen über die „Evolution der Revolutionäre" an und äußerte sich befriedigt über das Vordringen des Revisionismus auf dem Stuttgarter Parteitag, besonders über die Rolle Georg v. Vollmars. Dabei entwickelte er an Vollmars Vorbehalten gegen eine Übernahme der Macht durch die Sozialdemokratie seine Anschauungen über die ideologischen Motive der Revisionisten: „Man muß auch befähigt sein, die Macht auszuüben, und es gehört nicht viel Nachdenken dazu, um einzusehen, daß eine Partei, die sich ausschließlich auf Proletarier stützen will, nie zur Herrschaft kommen wird. Die Geschichte weist zahlreiche Vorgänge auf, in denen proletarische Massen von geschickten Demagogen, gekrönten und anderen, gemißbraucht sind, aber eine proletarische Herrschaft für proletarische Zwecke war nie da und widerspricht dem innersten Wesen

30 *Geschichte der Philosophie,* hg. v. d. Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Bd. III, Berlin 1961, S. 300.
31 *Die Nation,* Jg. 16, Nr. 19 v. 4.2.1899, S. 266.
32 *Ebenda,* Jg. 15, Nr. 19 v. 5.2.1898, S. 266.

politischer Herrschaft."[33] Darin sind ideologische Gemeinsamkeiten des Liberalismus und Revisionismus ausgesprochen, deren Kern die Mißachtung der schöpferischen Rolle der Volksmassen und der geschichtlichen Mission des Proletariats ist. Die Kehrseite dieser Anschauung ist der Glaube an die Lebenskraft der bürgerlichen Gesellschaft und die Anerkennung der führenden Rolle der Bourgeoisie im gesellschaftlichen Leben. Barth bemerkte, daß der proletarische Charakter der Sozialdemokratie auch ferner zurückgehen werde und rühmte seine Zeitung, die seit über einem Jahrzehnt auf diesen Mauserungsprozeß hinweise.

Diese bürgerliche Grundanschauung hatten Karl Marx und Friedrich Engels bereits in ihrem „Zirkularbrief" vom 17.-18. September 1879 gekennzeichnet: „Kurz: Die Arbeiterklasse aus sich selbst ist unfähig, sich zu befreien. Dazu muß sie unter die Leitung gebildeter und besitzender Bourgeois treten, die allein ‚Gelegenheit und Zeit haben', sich mit dem vertraut zu machen, was den Arbeitern frommt. Und zweitens ist die Bourgeoisie beileibe nicht zu bekämpfen, sondern durch energische Propaganda – zu *gewinnen*."[34]

Die Stellungnahmen nach dem sozialdemokratischen Parteitag zu Hannover beweisen das taktische Einverständnis mit der Zersetzungsarbeit der Revisionisten: „Auch diese Zwischenfälle werden vergessen werden, und dann wird lautlos innerhalb der Sozialdemokratie eine Auffassung der Verhältnisse sich mehr und mehr Raum erobern, die der Realität der Tatsachen entspricht."[35] Eine Woche später gab es Lob für Bernsteins politische Klugheit, der es verstanden hatte, auf dem Parteitag einen Bruch zu vermeiden, durch den er gegenüber den Arbeitern in eine ungünstige Situation geraten wäre. In dieser Zeit reifte auch in bürgerlichen Schädeln die Einsicht, daß es an der Zeit wäre, Bernstein die Rückkehr nach Deutschland zu ermöglichen. Georg Ledebour verwies in Mainz auf die „Frankfurter Zeitung", die Bernsteins Befürwortung der Kolonialpolitik zitiert und dazu geschrieben hatte: „Und dieser Mann lebt in Verbannung in London, während er doch nahezu reif ist, in unser deutsches Auswärtiges Amt einzutreten."[36]

Die insbesondere von Barth vertretene grundsätzliche taktische Stellungnahme zur Sozialdemokratie wurde von der Generalversammlung der Freisinnigen Vereinigung bestätigt. Im Verlauf des Mainzer Parteitages der Sozialdemokratischen Partei 1900 sah Barth erneut eine Befestigung und Ausbreitung der Positionen Bernsteins. Er forderte dazu auf, diese Entwicklung zu fördern und verwies auf die politische Abhängigkeit wirklich liberaler Bestrebungen von der Sozialdemokratie: „Die Liberalen haben jeden Modus vivendi, der ein Zusammenwirken mit den sozialdemokratischen Arbeitern ohne Preisgabe der liberalen Grundsätze ermöglicht, als einen politischen Gewinn anzusehen. Der Liberalismus wird, ..., am ehesten auf denjenigen Gebieten der inneren Politik wertvolle Erfolge erzielen können, wo er auch mit den in der Sozialdemokratie organisierten Arbeitern zusammengehen kann."[37]

Diese Anschauungen und politische Taktik waren für die Arbeiterbewegung gefährlich und konnten nur durch einen hohen Grad proletarischer Bewußtheit und Disziplin unschädlich gemacht werden. Die Einsicht der liberalen Bourgeoisie wäre überfordert, sollte sie begreifen, daß die Ausbreitung des Revisionismus auch die Schlagkraft der Arbeiterbewegung im Kampf um Liberale und demokratische Forderungen untergrub. Auch in diesem Sinne unterhöhlten die Liberalen die Voraussetzungen für eine offensive Politik für politische Freiheit und gesellschaftlichen Fortschritt. Diese Begrenztheit und Widersprüchlichkeit ergibt sich jedoch aus der Klassennatur des Liberalismus. Dazu sagte Lenin: „Ein Liberaler sein und sich entschlossen auf die Seite der Sozialdemokratie stellen – eins schließt das andere aus."[38] Andererseits kamen darin die Auffassungen der einsichtigsten und weitblickendsten Gruppen der Bourgeoisie zum Ausdruck, die immerhin noch bestimmte Ansatzpunkte für ein bedingtes Zusammengehen gegen die agrarisch-schwerindustrielle Reaktion boten. Es gab allerdings auch in der Freisinnigen Vereinigung Gruppen, die den Barthschen Standpunkt nicht in seiner ganzen

---

33 *Barth, Th.,* Die Evolution der Revolutionäre, in: Die Nation, Jg. 16, Nr. 3 v. 15.10.1898, S. 31.
34 *Marx/Engels,* Ausgewählte Briefe, Berlin 1953, S. 385.
35 *Die Nation,* Jg. 17, Nr. 3 v. 21.10.1899, S. 31.
36 Sd. Parteitag zu Mainz 1900, S. 167.
37 *Barth, Th.,* Die gefährlichsten Leute in Deutschland, in: Die Nation, Jg. 17, Nr. 52 v. 29.9.1900, S. 731 f.
38 *Lenin, W. I.,* Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück, in: Werke, Bd. 7, Berlin 1956, S. 331.

Reichweite billigten, eine stärkere Anlehnung nach rechts und eine deutliche Abgrenzung von der gesamten Sozialdemokratie forderten. Ihre Sprecher in der Parteispitze waren vor allem Hänel und Broemel. In einer Rede nach den Reichstagswahlen 1898 hatte sich Hänel im Sinne dieser Strömungen für einen festen bürgerlichen Zusammenschluß gegen die Sozialdemokratie ausgesprochen.

Von erheblicher Bedeutung ist gerade in diesem Zusammenhang die Agitation und Aktivität des Nationalsozialen Vereins und das Wirken Naumanns, der in wesentlichen Punkten die Auffassungen Barths teilte und in der Folgezeit einen gewissen Einfluß im Liberalen Lager erlangte. In einer wohlwollenden Würdigung von Naumanns Schrift „Demokratie und Kaisertum" zog Barth eine Bilanz der übereinstimmenden Ansichten, hob die Naumannsche These von einer Übereinstimmung der Arbeiterinteressen mit den deutschen Großmachtinteressen hervor und vermerkte: „Ob die Sozialdemokratie die Kraft und die Entschlossenheit besitzen wird, eine solche Mauserung vom Doktrinarismus zur praktischen Politik vorzunehmen, ist eine andere Frage, betreffs deren ich noch weniger optimistisch denke als Herr Naumann."[39]

Neben der lautstarken Agitation für Kolonialpolitik und Rüstung bildete das Bemühen um die Förderung aller revisionistischen Kräfte in der Sozialdemokratie den Hauptbestandteil nationalsozialer Tätigkeit. Der Verein war gegenüber der Sozialdemokratie „... bestrebt, deren rechten Flügel zu unterstützen, dessen kluge, revisionistische Haltung man lobte".[40] Die dabei entwickelte Initiative und Aktivität übertraf bei weitem die aller anderen bürgerlichen Parteien, deren objektives Interesse an der Zersetzung der Sozialdemokratie nicht geringer war. Naumann erfaßte ebenso rasch wie Barth die weitreichende Bedeutung der ersten offenen Vorstöße Bernsteins. Einer ersten Besprechung fügte er triumphierend hinzu: „Das ist der Übergang vom Marxismus zum nationalen Sozialismus."[41] In ähnlicher Weise und mit dem gleichen sicheren Instinkt wurde wenig später auch die Haltung des Revisionisten Wolfgang Heine beurteilt und hinzugesetzt, Leute wie Heine „in der sozialdemokratischen Partei sind für unsere gesamte politische Entwicklung von hohem Werte".[42]

Naumann kritisierte die marxistischen Kreise der Sozialdemokratie und ihre revolutionäre Taktik und hielt ihnen die englischen Arbeiter als Beispiel vor, die bei geringerer Organisation politisch richtiger gehandelt hätten, indem sie halfen, den Liberalismus zur herrschenden politischen Strömung zu machen. Zu einer Polemik zwischen Heine und Naumann in einer Berliner Volksversammlung, in der Heine sich gegen Naumanns Behauptung, daß Bernstein mit der bisherigen sozialdemokratischen Taktik breche, gewandt hatte, vermerkte Mehring: „... allein Pfarrer Naumann scheint uns abermals den Nagel auf den Kopf zu treffen, wenn er in ... der ‚Hilfe' feststellte, gegen die kniffligen ‚Ja ... aber' Heines sei eine Liebersche Eiertanzrede im Reichstag noch das reine Kinderspiel."[43]

Die Führung des Nationalsozialen Vereins begnügte sich nicht mit der politisch-moralischen und publizistischen Unterstützung. Heuss verweist auf die persönlichen Beziehungen Naumanns zu revisionistischen Führern, besonders zu Eduard David, Heine und Vollmar, und auf Naumanns regelmäßige Teilnahme an den sozialdemokratischen Parteitagen. Auch Gerlach hatte zahlreiche persönliche Beziehungen zum rechten Flügel der Sozialdemokratie. Gegenüber dem Sozialdemokraten Adler (Hamburg) hatte er Bernstein als Nationalsozialen bezeichnet und als sicher betrachtet, daß er auch noch Monarchist würde.

Am 15. April 1899 berichtete Naumann im Parteivorstand über seinen Besuch bei Vollmar. Der Bericht wie die Debatte dazu zeigen das prinzipielle und taktische zusammenwirken liberaler und revisionistischer Kräfte gegen die revolutionären Grundlagen der Partei der deutschen Arbeiterklasse: „Im Zusammenhang mit dem Streit, der durch Bernsteins Schrift innerhalb der Sozialdemokratie entfacht worden ist, war Naumann bei Vollmar in Bayern. Dieser will nicht für Bernstein eintreten, einmal weil dieser nicht so vorgegangen ist wie Vollmar es wünschte, dann weil er nicht die Natur

---

39 *Barth, Th.,* Demokratie und Kaisertum, in: Die Nation, Jg. 17, Nr. 31 v. 5.5.1900, S. 429.

40 *Wenck, Martin,* Friedrich Naumann, Ein Lebensbild, Berlin 1920, S. 94. S. auch S. 108; *Heuß, Theodor,* Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit, Stuttgart-Baden 1937, S. 211 ff.

41 *Die Hilfe,* Jg. 4, Nr. 7 v. 13.2.1898.

42 *Ebenda,* Jg. 4, Nr. 16 v. 17.4.1898.

43 *Mehring, Franz,* Freisinniges und Nationalsoziales, in: Die Neue Zeit, Jg. 17, Nr. 30 v. 12.4.1899, S. 100.

ist, die ein solcher Krampf gegen Bebel und die Linke der Sozialdemokratie erfordern würde. Zudem wünscht er nicht in der Minderheit zu sein, über die ein Parteitag abspricht. Alber er hält es für möglich, daß die Zeit zur Schaffung einer großen liberalen Partei ‚nationale Demokratie' kommen wird, die sich von ihm bis zum Freisinn erstreckt und die Nationalsozialen mit umfaßt; glaubt aber an Staatsstreichversuche des Kaisers, der sich nicht entschließen wird, mit einer solchen Linken zu gehen trotz ihrer notwendigen Unterstützung bei den Handelsverträgen.

So ist auf Vollmar zunächst nicht zu rechnen. Es empfiehlt sich aber trotzdem, die Bernsteindebatte mit aller Wucht weiterzuführen. N. schlägt vor 1) ein Flugblatt ‚was sagt Bernstein' 2) Versammlungen, in denen die Linke der Sozialdemokratie zu heftigen Angriffen gegen Bernstein gereizt wird 3) will Naumann selbst über Bernstein ein Buch schreiben, welches zu seinen negativen Resultaten das Positive hinzufügt."[44]

Mitte Oktober 1899 schlug Gerlach im engeren Vorstand vor, die Rede Max Schippels auf dem sozialdemokratischen Parteitag zu Hannover über den Militarismus als nationalsoziales Flugblatt drucken zu lassen. Der Vorstand schloß sich diesem Vorschlag nicht an; aber auf der folgenden Sitzung im November griff Naumann diesen Antrag erneut rauf. In der Diskussion darüber fällte er „ein denkbar ungünstiges Urteil über das Auftreten der Bernsteinianer" auf diesem Parteitag. Anschließend erhielt Gerlach die Aufgabe, eine Broschüre gegen die Stellung der Sozialdemokratie zum Militarismus zu schreiben.

Im Nachlaß Naumanns finden sich einige Rededispositionen, die für das Verständnis seiner theoretischen Auffassungen über das Verhältnis der linken Bourgeoisie zu Sozialdemokratie und Revisionismus aufschlußreich sind. Sie stammen meist aus späteren Jahren, entsprechen aber im Grunde den bereits Jahre früher ausgebildeten Anschauungen. In einer Aufzeichnung über die politischen Parteien in Deutschland aus der Zeit nach der Reichstagswahl 1912 finden sich die folgenden Anmerkungen:

> *„Die innere Zusammensetzung der Linken:*
> Gemeinsam: Technisch-industrielle Weltanschauung
> freier Handel
> Bildungsfragen
> Alber: Kapital und Arbeit: Unternehmer- Arbeiter
> Gegensätze mildern sich:
> Tarif! Gewerkschaften ...
> Militärfragen: theoretisch) Weltmacht
>) Kolonien
> praktisch) Frieden
> Die Sozialdemokratie vor dem Kaiserschlosse:
> Zukunftsstaat)?
>) Revisionismus[45]
> Revolution)=

In dem Ausgangspunkt ist die idealistische Grundkonzeption spürbar, die ihn auch von vornherein an einem tieferen Verständnis des Marxismus hinderte. Der Revisionismus ist das Fazit seiner Überlegungen.

In einer anderen Konzeption notierte er:

> *„Der Liberalismus hat gelernt:*
> Eugen Richter
> Südd. Volkspartei
> Die Sozialdemokratie wird lernen
> 6. *Die politischen Kompromisse:* (Bernstein)
> ... Der Radikalismus hindert den Fortschritt."[46]

---

44 DZA Potsdam, Nachlaß Naumann, Nr. 53, Bl. 68-70.
45 Ebenda, Nr. 95/10.
46 Ebenda, Nr. 95/53.

In den Kämpfen gegen die „Zuchthaus-vorlage“ 1899 versuchte Naumann, seine Konzeption des Zusammengehens mit der Sozialdemokratie zwecks ihrer ‚Umerziehung‘ zu verwirklichen. Auf dem nationalsozialen Vertretertag Anfang Oktober sprach er von der Annäherung der Nationalliberalen wie der Sozialdemokraten an die Nationalsozialen, da erstere unter Bassermann sozialer und letztere durch Bernstein nationaler würden. Vom Parteitag zu Hannover erwarte man nicht viel. „Doch die Bernsteinfrage arbeitet im stillen weiter. Wir wünschen, daß Vollmar, Schippel, Heine Erfolg haben, der dient auch uns.“[47] Kurz danach schlug er Brentano brieflich die Bildung einer Art „sozialpolitische Vereinigung pro Koalitionsrecht“ vor, die am Jahresende in Großstädten Protestversammlungen mit Rednern wie Brentano, Barth, Legien, Bassermann und Naumann durchführen sollte. „Wenn es möglich ist, Bebel oder Vollmar dabei zu haben, desto besser.“[48] Hermann Heidegger schreibt, daß „einsichtige Leute wie David, Frank, Südekum, Pëus und andere begriffen, daß der Naumannsche Versuch mit dem 1896 ins Leben gerufenen national-sozialen Verein ..., durchaus eine innere Berechtigung besaß ...“[49] In den „Sozialistischen Monatsheften“ hatte Richard Calwer Naumanns „Demokratie und Kaisertum“ sehr wohlwollend besprochen.

Die Freisinnige Volkspartei verharrte auch nach dem Auftreten Bernsteins überwiegend in ihrer traditionellen Taktik und zeigte sich unfähig, die Tragweite der inneren Auseinandersetzungen der Sozialdemokratie für die bürgerliche Klasse selbst zu erfassen. Sie unterstützte die Reaktion in ihren Angriffen gegen das Bemühen der Anhänger Barths und Naumanns, den Opportunismus wirksam zu fördern. Die „Freisinnige Zeitung“ verfolgte unter dem Einfluß des persönlichen Gegensatzes von Richter zu Barth diesen Kurs. Die „Kreuzzeitung“ registrierte die Unterschiede anläßlich der sozialdemokratischen Taktikdebatte im Sommer 1897: „Während die Leiter der Freisinnigen Volkspartei zu diesen Erörterungen noch in kühler Zurückhaltung verharren, zeigen sich die Organe der Freisinnigen Vereinigung, die gelegentlich von Börsenkrösen inspiriert werden, ersichtlich bemüht, die sozialdemokratischen Führer für die Wahlbeteiligung zu gewinnen.“[50]

Richters politische Begründung dieses antisozialistischen Kurses lief im wesentlichen auf die unwahre und unbewiesene, aber für die liberale Denkweise charakteristische Behauptung hinaus, daß das Auftreten der Sozialdemokratie und ihre konsequente Politik die liberalen Kräfte spalten, deren Bestrebungen schaden und damit der Reaktion nutzen und ihr Vorwände und Möglichkeiten für Anschläge geben würde. Die Partei verschloß sich den Weg für eine differenzierte Beurteilung der Strömungen innerhalb der Sozitaldemokratie und vermochte nicht einmal, die politischen Interessen der Kapitalistenklasse mit genügendem Weitblick zu erkennen. Schwerwiegender war, daß diese bornierte Ausrichtung jede politische Vertiefung der objektiv gegebenen Interessensolidarität bestimmter von der Freisinnigen Volkspartei vertretenen klein-, mittelbürgerlichen und bäuerlichen Schichten mit der Arbeiterklasse in zahlreichen aktuellen Belangen unmöglich machte. Diese Politik, die der Reaktion Dienste leistete, wurde deshalb von sozialdemokratischer Seite, besonders von Franz Mehring, immer scharf kritisiert, um den schädlichen Nimbus um den angeblichen „Volksmann“ Eugen Richter zu zerstören.[51]

Die Differenzen im liberalen Lager über die Stellung zur Sozialdemokratie und speziell zum Revisionismus kennzeichnen die Wandrungen beim Eintritt in das imperialistische Stadium. Das Streben der Bourgeoisie nach einer polirisch zweckmäßigen Einstellung zu den veränderten Bedingungen der neuen Epoche löste Auseinandersetzungen aus, in denen ebenso die Interessen verschiedener Fraktionen der Bourgeoisie wie die Macht ihrer eigenen Traditionen und die neuen Erfordernisse aufeinander stießen. Auch die Bourgeoisie ist fähig, sich Erfahrungen anzueignen und ihre Politik zu verändern.

---

47 Zit. nach *Wippermann, Karl,* Deutscher Geschichtskalender für 1899, 2. Bd., Leipzig 1900, S. 72.

48 DZA Potsdam, Nachlaß Naumann, Nr. 108, Bl. 6.

49 *Heidegger, Hermann,* Die deutsche Sozialdemokratie und der nationale Staat 1870-1920. Göttingen-Berlin-Frankfurt 1956, S. 66. (Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft, Bd. 25.)

50 *Kreuzzeitung* v. 30.7.1897.

51 S. auch: *Mehring, Franz,* Herrn Eugen Richters Bilder aus der Gegenwart. Eine Entgegnung, 3. Aufl., Nürnberg 1892; *August, B.* [Bebel, August], Eugen Richters sozialdemokratische Zerrbilder, Leipzig (um 1892).

Differenzierungen entstehen auch dadurch, daß die Fähigkeit und Bereitschaft dazu durch historische, sozialökonomische, ideologische und psychologische Faktoren selbst unterschiedlich sind.

In Bernsteins Hauptwerk nahm die Einschätzung der bürgerlichen Demokratie und des Liberalismus einen bedeutenden Platz ein. Das ergab sich aus den theoretischen und ideologischen Grundlagen seiner revisionistischen Kritik des Marxismus. Mit der Überzeugung von der Stabilität und Entwicklungsfähigkeit der kapitalistischen Produktionsweise hatte er seine Kritik der ökonomischen Theorie von Marx und zugleich der materialistischen Geschichtsauffassung begonnen und dort endete er auch wieder. Damit mußte er zu einer veränderten Bewertung der historischen, sozialökonomischen und politischen Stellung der Bourgeoisie kommen. Die dabei gewonnenen Anschauungen waren nicht neu und konnten es nicht sein; denn die Ideologen der Bourgeoisie hatten die Fiktion von der Ewigkeit der kapitalistischen Ordnung längst in allen Richtungen durchspekuliert. „Es ist der charakteristische Zug der bürgerlichen Philosophen, die Kategorien des bürgerlichen Regimes als ewige und natürliche Kategorien auszugeben."[52] Die Bernsteinsehe Verabsolutierung des kapitalistischen Staates, der bürgerlichen Demokratie und des Liberalismus bedeutete seinen endgültigen Übergang auf den bürgerlichen Klassenstandpunkt.

Der von ihm vertretene Klasseninhalt offenbarte sich in seiner Beurteilung des Liberalismus und dessen Verhältnis zum Sozialismus und zur Demokratie. Bernstein erhob den Liberalismus, der vom Kapitalismus nicht zu trennen ist, zum übergeordneten Prinzip geschichtlicher Entwicklung. „Der Liberalismus hatte geschichtlich die Aufgabe, die Fesseln zu sprengen, welche die gebundene Wirtschaft und die entsprechenden Rechtseinrichtungen des Mittelalters der Fortentwicklung der Gesellschaft anlegten. Daß er zunächst als Bourgeoisliberalismus feste Gestalt erhielt, hindert nicht, daß er tatsächlich ein sehr viel weiterreichendes allgemeines Gesellschaftsprinzip ausdrückt, dessen Vollendung der Sozialismus sein wind."[53] Die politisch-taktischen Konsequenzen folgten auf dem Fuß: „Schließlich wäre es auch zu empfehlen, in Kriegserklärungen gegen den ‚Liberalismus' etwas Maß zu halten ... Was aber den Liberalismus als weltgeschichtliche Bewegung anbetrifft, so ist der Sozialismus nicht nur der Zeitfolge, sondern auch dem geistigen Gehalt nach sein legitimer Erbe, wie sich das übrigens auch praktisch bei jeder prinzipiellen Frage zeigt, zu der die Sozialdemokratie Stellung zu nehmen hatte."[54] Bernstein begriff weder die Theorie, noch die Grundsätze der sozialdemokratischen Politik. Das erklärt sich auch aus seiner Feindschaft zur materialistischen Dialektik, die ihn hinderte, das Verhältnis von Minimal- und Maximalprogramm im politischen Kampf des Proletariats sowie das Verhältnis von bürgerlicher und proletarischer Demokratie richtig zu erfassen.

Bernstein verkannte völlig das Verhältnis des Liberalismus zur bürgerlichen Demokratie und behauptete, „die Demokratie ist nur die politische Form des Liberalismus".[55] Er engte den Begriff der Demokratie auf juristische und verfassungspolitische Aspekte ein und setzte zugleich wie die Liberalen die „Abwesenheit von Klassenherrschaft" voraus. Bernstein gab zugunsten des Liberalismus nicht nur den wissenschaftlichen Sozialismus, sondern auch die Grundsätze der Demokratie preis. Er polemisierte gegen das demokratische Mehrheitsprinzip. Seine Spekulation auf eine sozialdemokratische Parlamentsmehrheit bezeichnete Rosa Luxemburg als eine „Kalkulation, die ganz im Geiste des bürgerlichen Liberalismus bloß mit der einen, formellen Seite der Demokratie rechnet, die andere Seite aber, ihren reellen Inhalt, völlig außer acht läßt".[56] Es liegt im Wesen dieser liberalen Anschauungen, daß sich Bernstein mit den Ideologen der Bourgeoisie auch in der Geringschätzung der Arbeiterklasse und der Volksmassen traf. Er behauptete, daß die jeweilige Ausbildung der Demokratie von der „intellektuellen Reife" der Arbeiterklasse abhänge, daß das Volk den Gebrauch der bürgerlichen Demokratie erlernen müsse und bezeichnete es als Ziel, das Proletariat in die Stellung des

---

52 *Lenin, W. I.,* Was sind die „Volksfreunde" und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten? in: Werke, Bd. 1, Berlin 1961, S. 213 f.

53 *Bernstein, Eduard,* Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Stuttgart 1899, S. 132.

54 Ebenda, S. 129.

55 Ebenda, S. 130.

56 *Luxemburg, Rosa,* Sozialreform oder Revolution? 2. veränd. Aufl., Leipzig 1908, S. 19.

Bürgertums zu „erheben“, „Bürgertum oder Bürger sein zu verallgemeinern“ und der Sozialdemokraten „Privatleben durchaus ‚bourgeoismäßig‘ einzurichten“.[57] Die Identität dieser Grundanschauungen mit den von Bernstein bereits 1879 vertretenen und von Marx und Engels im „Zirkularbrief“ kritisierten Anschauungen liegt auf der Hand. Bebel verwies selbst in einem Brief an Bernstein auf diesen Zusammenhang.[58] Auch in seiner Rede in Hannover 1899 erinnerte er an 1879 und sprach von einem Rückfall Bernsteins.

Diese Anschauungen Bernsteins konnten die Führer der deutschen Sozialdemokratie nicht völlig überraschen. Paul Singer hatte 1893 an Victor Adler in Wien geschrieben, daß die liberale Bourgeoisie überall dasselbe „elende feige Gesindel“ sei: „Vom Klassenstandpunkt kann ja die Bourgeoisie nicht anders handeln, aber mich ärgert nur, daß unser Ede z. B. immer wieder an dieses Volk glaubt und ihm noch irgend etwas zutraut.“[59] 1897 äußerte Bernstein in London zu Wilhelm Liebknecht, daß der Sozialismus „die letzte Konsequenz des Liberalismus“ sei. Bernstein hatte diese Auffassungen unter dem Eindruck der politischen Taktik der herrschenden Klassen Englands gewonnen und war durch taktische Veränderungen bei bürgerlichen Parteien und regierenden Kreisen in Deutschland darin bestärkt worden.[60] Darin spiegelte sich auch der Einfluß des Fabianismus wider. Bernsteins Auffassungen über die liberale Bourgeoisie waren eine Kopie der Anschaurungen der Fabianer, die Engels 1893 so charakterisiert hatte: „Dieser ihr Sozialismus wird dann dargestellt als eine äußerste, aber unvermeidliche Konsequenz des bürgerlichen Liberalismus, und daher folgt ihre Taktik, die Liberalen nicht als Gegner entschieden zu bekämpfen, sondern sie zu sozialistischen Konsequenzen fortzutreiben, ... Daß sie dabei entweder selbst belogen und betrogen sind oder den Sozialismus belügen, sehn sie natürlich nicht ein.“[61]

Lenin hatte bei Untersuchungen zur Taktik der herrschenden Klassen und ihrer Wirkung auf die Strömungen in der Arbeiterbewegung auch auf das deutsche Beispiel einer bestimmten taktischen Wende um 1890 hingewiesen, die den Opportunismus als ebenso einseitigen Widerhall hervorrief wie das Sozialistengesetz den Anarchosyndikalismus. Den Übergang zu einer gefährlicheren Taktik seitens der herrschenden Klassen, die sich dabei auch sofort seiner eigenen Person bedienten, betrachtete Bernstein als einen historischen Fortschritt zur Demokratisierung der bürgerlichen Gesellschaft und grundsätzlichen Wandlung der Stellung der Arbeiterklasse. In der „Zuchthausvorlage“ sah er wie die Liberalen in diesem Sinne eine Äußerung der Rückständigkeit der politischen Entwicklung Deutschlands.

Die Revisionismus-Debatte auf dem sozialdemokratischen Parteitag zu Hannover 1899 zeigte die Verbreitung der Bernsteinsehen Gedankengänge in der Partei. Sie erhielt durch die Ablehnung der „Zuchthausvorlage“ seitens der Mehrheit der bürgerlichen Parteien Auftrieb. Nach der Auffassung dieser Leute, sagte Bebel, „sei bewiesen, wie recht Bernstein hätte, die Bassermann, die Heyl usw. hätten ihr gutes Herz gezeigt. Und solche Leute nennen sich noch Sozialdemokraten? Das sind Harmonie-Apostel.“[62] Die Opportunisten unterstützten die These, daß der Sozialismus die Vollendung des Liberalismus sei, forderten „Objektivität“ und „Ethik“ im Verhältnis zu den bürgerlichen Parteien und behaupteten, es gäbe keinerlei Strömung in der Partei, die ins Lager der bürgerlichen Parteien einschwenken wolle. In der Auseinandersetzung mit Bernstein und seinen Anhängern wurde auch die Verwandtschaft ihrer Auffassungen mit denen der liberalen Bourgeoisie aufgedeckt. Die Beweisführung dazu stützte sich auf die Übereinstimmung der Grundanschauungen, der politischen Urteile, Argumente und Taktik von Liberalismus und Revisionismus, auf die Wiederholung alter liberaler Plattheiten und Rezepte, auf die direkte politische Hilfe, die den Liberalen geleistet wur.de, auf die fehlerhafte Beurteilung des Liberalismus und das Verhältnis von Liberalismus, Demokratie und Sozialismus sowie schließlich auf den Beifall der bürgerlichen Parteien.

---

57 *Bernstein, Eduard,* a. a. O., S. 128 f.

58 *Bebel, August* an E. Bernstein am 16.10.1898, in: Victor Adler, Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky, Wien 1954, S. 255 ff.

59 Ebenda, S. 123.

60 Vgl. *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,* Bd. 1, S. 420 ff.

61 *Marx/Engels,* Ausgewählte Briefe, Berlin 1953, S. 546.

62 Sd. Parteitag zu Hannover 1899, S. 123.

In seinem Referat griff Bebel die demagogische Forderung nach Rücksichtnahme auf die Liberalen an und erklärte: „Das ist die Schreibweise Eugen Richters!“[63] Er zerpflückte die Anschauungen Bernsteins über Demokratie und Liberalismus und wandte sich gegen die Verwässerung des Klasseninhalts dieser Strömungen: „Der Liberalismus gilt allzeit und allerorts als der politische Repräsentant des *Bürgertums,* und der Sozialismus wird ihm strikte entgegengestellt als der politische Repräsentant der *Arbeiterklasse;* das ist der klare Ausdruck der Klasseninteressen, die beide *gegeneinander* repräsentieren.“[64] Bebel bemerkte, daß gerade hieran deutlich werde, daß Bernstein die Grundanschauungen der Partei in Frage stelle. Auch W. Liebknecht unterstützte Bebel und bezeichnete den Liberalismus als „etwas spezifisch Bürgerliches“. Beide fanden bei der Mehrheit der Redner wie des Parteitages Unterstützung.

Die Auseinandersetzungen wurden auch außerhalb der Kongresse geführt, wobei vor allem Franz Mehring, Rosa Luxemburg, Karl Kautsky und Clara Zetkin das Wechselverhältnis des Revisionismus zur liberalen Bourgeoisie aufdeckten und Bernsteins Urteile über den Liberalismus zerpflückten. Rosa Luxemburg hob das sozialistische Endziel als den Wesensunterschied der Sozialdemokratie zur bürgerlichen Demokratie hervor. Sie analysierte Bernsteins Darlegungen und schrieb: „Der ununterbrochene Aufstieg der Demokratie, der unserem Revisionismus wie dem bürgerlichen Freisinn als das große Grundgesetz der menschlichen und zum mindesten der modernen Geschichte erscheint, ist somit nach näherer Betrachtung ein Luftgebilde.“[65] Sie stellte fest, daß im Gegenteil der Liberalismus für die Bourgeoisie überflüssig oder sogar hinderlich werde. Der wachsende Einfluß der Arbeiterbewegung und der Rückgang des Liberalismus beweise, daß letzterer ebenso den inneren Entwicklungstendenzen der modernen Gesellschaft widerspreche wie die erstere deren direktes Produkt sei. Die Stärkung der Demokratie folge vor allem aus der Stärkung der sozialistischen Bewegung, und daher laufe die revisionistische Aufgabe der revolutionären proletarischen Bewegung auf die Aufgabe der Demokratie hinaus.

Karl Kautsky wandte sich gegen das gegnerische Triumphgeschrei und vor allem gegen Sozialliberale und „Edelanarchisten“, die Bernsteins Buch als Materialsammlung gegen die Sozialdemokratie benutzen. Er bezeichnete Bernsteins ökonomische Argumente als alte Einwände der liberalen Ökonomie gegen Marx. Mit diesen Auffassungen gehöre man eher in die Süddeutsche Volkspartei als in die Sozialdemokratie. „Tatsächlich haben denn auch die verschiedenen Schattierungen des sozialreformerischen Liberalismus Bernstein für sich reklamiert.“[66] Sie seien dabei im Hinblick auf den ideologischen Gehalt der Ausführungen Bernsteins völlig im Recht. Auch in der Kritik der taktischen Konzeption Bernsteins deckte Kautsky dessen Übereinstimmung mit „den weiterblickenden Elementen der bürgerlichen Demokratie, die in rapidem Verfall ist“, auf und verwies dabei auf das gemeinsame Streben, die Sozialdemokratische Partei in eine bürgerlich-demokratische, regierungsfähige Partei zu verwandeln. Er forderte, den historischen Charakter des Liberalismus zu erkennen und seitens der Sozialdemokratie „den Sozialismus nicht als Vollendung, sondern als Überwindung des Liberalismus“ zum Panier zu machen. Unmittelbar vor dem Parteitag zu Hannover stellte Kautsky erneut fest, daß die Gegner Bernsteins Buch als „einen Triumph des liberalen Gedankens“ hingestellt haben. Er bezeichnete die Klärung der Taktik als die wichtigste Frage der Partei, vor allem „jene Frage, die heute die Sozialisten aller Länder beschäftigt: die Feststellung unseres Verhältnisses zur bürgerlichen Demokratie“.[67]

In der „Gleichheit“ polemisierte Clara Zetkin gegen die Programmschrift des „Stammvaters“ des Revisionismus, in der er „seine jetzige Überzeugung eines bürgerlichen Sozialreformers“ dargelegt hatte. Er predigte die Annäherung an die Bourgeoisie im Zeichen des Liberalismus und die Reformarbeit an Stelle des proletarischen Klassenkampfes. „Die von Bernstein angepriesene Theorie und Taktik ist die Theorie und Taktik all der bürgerlichen Elemente, die ihr Zelt an der Grenze des

---

63 Ebenda, S. 124.
64 Ebenda.
65 *Luxemburg, Rosa,* a. a. O., S. 36.
66 *Kautsky, Karl,* Bernstein und das sozialdemokratische Programm. Eine Antikritik, Stuttgart 1899, S. 159.
67 *Kautsky, Karl,* Zum Parteitag in Hannover, in: Die Neue Zeit, Jg. 18, Bd. 1, Nr. 1 v. 27.9.1899, S. 12.

geschichtlichen Kampfplatzes zwischen Proletariat und Bourgeoisie aufgeschlagen haben. Wollte die Sozialdemokratie sich diese Theorie und Taktik zu eigen machen, sie müßte aufhören, sie selbst zu sein, sie müßte mit Nationalsozialen, Reformlern jeder Schattierung, doktrinären Liberalen und bürgerlichen Demokraten den Bruderschmatz tauschen und sich mit ihnen zu einem großen Reformleekuddelmuddel vermengen."[68] Sie bemerkte, daß die Zeit reif sei, mit der „Kompromisselei mit der bürgerlichen Gesellschaft" Schluß zu machen.

W. I. Lenin verfolgte aufmerksam die Taktik der herrschenden Klassen und speziell des Liberalismus sowie das enge wechselseitige Verhältnis von Liberalismus und Opportunismus. Häufig zog er entsprechende Erscheinungen und Prozesse anderer Länder, besonders in Deutschland, heran und gelangte zu Verallgemeinerungen, die in die Strategie und Taktik der Partei neuen Typus eingingen. Er bezeichnete die Frage der Stellung der Arbeiterdemokratie zur bürgerlichen Demokratie als „alte und zugleich ewig neue Frage". „Sie ist ewig neu, denn jeder Schritt in der Entwicklung eines jeden kapitalistischen Landes bringt eine besondere, originelle Kombination verschiedener Schattierungen der bürgerlichen Demokratie mit verschiedenen Strömungen in der sozialistischen Bewegung hervor."[69] Ferner stellte er wiederholt fest, daß gerade die liberale Bourgeoisie die Strömungen in der Sozialdemokratie aufmerksam verfolge, um darin die Ansatzpunkte für den eigenen Einfluß gegen die Arbeiterbewegung zu finden. Dieses Interesse war immer und überall von Lob für die Revisionisten und Opportunisten begleitet sowie von Schadenfreude über Fehler und Schwierigkeiten der revolutionären Kräfte. Deshalb dürften die Sozialdemokraten nie vergessen, daß die Urteile der liberalen Bourgeoisie nicht objektiv wahr seien, sondern von ihren eigennützigen Interessen bestimmt würden.

„Ein noch größerer Fehler aber wäre es, zu vergessen, daß diese bürgerlich verzerrten Urteile letzten Endes die wirklichen Interessen der Bourgeoisie widerspiegeln, die als Klasse zweifellos richtig versteht, welche Tendenzen innerhalb der Sozialdemokratie ihr, der Bourgeoisie, vorteilhaft, nahe, verwandt, sympathisch und welche ihr schädlich, fern, fremd, unsympathisch sind. Ein bürgerlicher Philosoph oder ein bürgerlicher Publizist wird die Sozialdemokratie nie richtig verstehen, weder die menschewistische noch die bolschewistische Sozialdemokratie. Wenn er aber ein auch nur halbwegs kluger Publizist ist, so wird ihn sein Klasseninstinkt nicht täuschen, und er wird die Bedeutung der einen oder anderen Richtung innerhalb der Sozialdemokratie für die Bourgeoisie immer im wesentlichen richtig erfassen, wenn er sie auch verkehrt darstellt. Der Klasseninstinkt unseres Feindes und sein Klassenurteil verdienen daher stets die ernsteste Aufmerksamkeit jedes klassenbewußten Proletariers."[70]

An anderer Stelle bemerkte Lenin, daß nichts so sehr zur Klärung des politischen Wesens der Erscheinungen beiträgt wie ihre Beurteilung durch die Gegner, sofern diese natürlich keine hoffnungslosen Dummköpfe seien. Damit ist die Bedeutung der Urteile von Ideologen der deutschen Bourgeoisie wie Theodor Barth, Friedrich Naumann, H. von Gerlach und anderen über die Strömungen in der deutschen Arbeiterbewegung hervorragend charakterisiert.

Nach wiederholten Bemerkungen Lenins bestand die wahre Bedeutung des Bernsteinianertums in Rußland wie international darin, daß es den verschiedenen Kategorien von „Quasi-Sozialisten" den Übergang zum Liberalismus bahnte, ihnen dabei den sozialistischen Schein nahm und einer neuen Phase des Liberalismus das Gepräge gab. Ein gewisser Unterschied zwischen Rußland und Deutschland bestand darin, daß diese Gruppe der Quasi-Sozialisten sich in Deutschland praktisch vollständig aus dem rechten Flügel der Sozialdemokratie rekrutierte, während in Rußland dazu auch Strömungen außerhalb der Partei, wie die legalen Marxisten, gehörten. Bereits in „Was tun?" hatte Lenin bei der Charakteristik der Richtung Bernstein-Millerand die Leugnung des prinzipiellen Gegensatzes von

---

68 *Zetkin, Clara,* Wider die sozialdemokratische Theorie und Taktik, in: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 1, Berlin 1957, S. 155.

69 *Lenin, W. I.,* Arbeiterdemokratie und bürgerliche Demokratie, in: Werke, Bd. 8, Berlin 1958, S. 59.

70 *Derselbe,* Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution, Nachwort, in: Werke, Bd. 9, Berlin 1957, S. 107 f.

Liberalismus und Sozialismus als einen wesentlichen ideologischen Bestandteil dieser internationalen Strömung hervorgehoben. Eine Gemeinsamkeit zwischen Revisionismus und Liberalismus deckte er in ihrem Kampf gegen das „Jakobinertum" auf. „Wie rührend vereint diese Vorliebe, das ‚Jakobinertum' als Popanz zu verwenden, die Opportunisten des Liberalismus mit den Opportunisten der Sozialdemokratie!"[71]

Einen sehr wesentlichen Hinweis zum Verständnis der Ursachen der revisionistischen Fehlorientierung in taktischer Hinsicht findet man in einer Polemik W. I. Lenins gegen G. W. Plechanow. Darin spricht Lenin davon, daß Bernstein 1899 im deutschen Proletariat großen Schaden anrichtete, weil er kleinbürgerliche, intellektuelle, sozialliberale Kreise als die Bourgeoisie betrachtete, die über die Macht verfügte. „Indem Bernstein dazu aufforderte, gegenüber den Sozialliberalen ‚taktvoll' zu sein, sie zu unterstützen und sie nicht der Reaktion in die Arme zu treiben, rief er dazu auf, eine *Fiktion* zu unterstützen. Er ließ sich betören von dem *Trugbild* des sozialen Friedens und vergaß die grundlegenden Aufgaben des Kampfes um die Macht."[72] Die objektive Rolle des Revisionismus wird nicht von den individuellen Absichten seiner Vertreter, sondern primär durch seinen inneren Zusammenhang mit der Ideologie der liberalen Bourgeoisie und von der Funktion, die die Bourgeoisie ihm zuweist, bestimmt.

Auch in bürgerlichen Darstellungen wird häufig der innere Zusammenhang zwischen Liberalismus und Opportunismus und beider Gegensatz zum revolutionären proletarischen Klassenstandpunkt bestätigt. Emil Steinigans, selbst Revisionist und Renegat, betonte dies nachdrücklich.[73] Ähnliche Bemerkungen finden sich bei Felix Rachfahl[74], Guido de Ruggiero[75] und Fritz Hartung[76]. Die Beurteilung dieser Probleme und Zusammenhänge in Arbeiten westdeutscher Historiker reicht häufig nicht über die zeitgenössischen Urteile von Liberalen jener Periode hinaus. Heidegger behauptet, daß die marxistischen Führer der Sozialdemokratie „die geistige Abhängigkeit jedes Proletariats vom Bürgertum seines Landes" unterschätzt hätten.[77] Anknüpfend an Friedrich Naumann erklärte Schieder, daß die Zurückdrängung des Liberalismus nur durch seine Ausdehnung auf „andere soziale Schichten" auszugleichen war. „Damit wurde der Einbruch in das heraufkommende Proletariat zur Entscheidungsfrage des Liberalismus überhaupt."[78] Die opportunistische Zersetzung der Sozialdemokratie bewertete er als einen „Prozeß der Liberalisierung". Walter Bußmann sprach davon, daß der „liberale Gedanke ... mit ‚stiller, unwiderstehlicher Kraft'" in andere Parteien eindrang.[79] Auch Born sah im Aufkommen des Revisionismus die Chance zur Liberalisierung der Sozialdemokratie.[80] Die bürgerliche Historiographie offenbart ihre Genugtuung über die liberale Wirksamkeit des Revisionismus als die geschichtlich entscheidende Chance, die Arbeiterklasse vom Weg ihrer Einheit und einer selbständigen, konsequent nationalen, demokratischen und sozialistischen Politik abzubringen.

3. Zur Strategie und Taktik der Sozialdemokratischen Partei gegenüber den liberalen Parteien

Die wissenschaftliche Ausarbeitung der Strategie und Taktik nahm immer einen hervorragenden Platz in der Tätigkeit wirklicher Arbeiterparteien und ihrer Führungen ein. Es war daher kein Zufall, daß bereits im Manifest der Kommunistischen Partei die Grundlinie revolutionärer Taktik der Arbeiterklasse vorgezeichnet wurde. Sie behielt ihre prinzipielle Gültigkeit, und in diesem Sinne bemerkte Lenin, daß die Gleichgültigkeit von Sozialisten gegenüber dem Liberalismus zeige, daß sie die wich-

---

71 *Derselbe,* Ratschläge der konservativen Bourgeoisie, in: Werke, Bd. 8, S. 458.
72 *Derselbe,* Wie urteilt Genosse Plechanow über die Taktik der Sozialdemokratie? in: Werke, Bd. 10, Berlin 1958, S. 476.
73 *Steinigans, Emil,* Die deutschen Parteien und ihre Zukunft, 1. Aufl., Wald/Rhld. (um 1907), S. 3.
74 *Rachfahl, Felix,* Kaiser und Reich 1888-1913, Berlin 1913, S. 168.
75 *Ruggiero, Guido de,* a. a. O., S. 259.
76 *Hartung, Fritz,* Deutsche Geschichte 1871-1919, 6. veränd. Aufl., Stuttgart 1952.
77 *Heidegger, Hermann,* a. a. O., S. 59.
78 *Schieder, Theodor,* a. a. O., S. 67.
79 *Bußmann, Walter,* Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert, in: Historische Zeitschrift, Bd. 186, H. 3, München 1958, S. 557.
80 *Born, Karl Erich,* a. a. O., S. 72.

tigsten Thesen des Manifestes nicht verstanden haben. Marx und Engels beschränkten sich nie auf die theoretische Arbeit im engeren Sinne. Ihre Verbindung mit der revolutionären Praxis veranlaßte sie immer wieder, zu taktischen Problemen der Arbeiterbewegung Stellung zu nehmen. Der Führung und den Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei stand zur Klärung und Ausarbeitung grundlegender strategischer und taktischer Probleme somit eine Fülle von Untersuchungen und Hinweisen der Klassiker zur Verfügung, die es unter den sich wandelnden Bedingungen des Überganges zum Imperialismus schöpferisch anzuwenden galt.

Mit dem Eintritt in die Epoche des Imperialismus und der sozialistischen Revolution gewann die Bündnisfrage innerhalb der Arbeiterbewegung zunehmend an Bedeutung. Sie betraf das Verhältnis zu den demokratischen, potentiell revolutionären Kräften der Bauernschaft und des Bürgertums. Lenin schrieb dazu: „Verbündete der Arbeiterklasse und der Sozialdemokratie können nicht ‚alle fortschrittlichen Schichten der Gesellschaft' sein, sondern nur revolutionäre Parteien, die von Angehörigen dieser Gesellschaft gegründet werden. Die Liberalen dagegen können und sollen überhaupt nur *eine der Quellen* zusätzlicher Kräfte und Mittel für die revolutionäre Arbeiterpartei sein ..."[81]

Durch den reaktionären Kompromiß von Bourgeoisie und Junkertum, die politischen Auswirkungen des preußischen Weges in der Landwirtschaft und den nach 1871 fortbestehenden Partikularismus kam es im deutschen Kaiserreich nie zu einer selbständigen politischen Organisation und parlamentarischen Vertretung der Bauernschaft. Dazu entstand unter dem Einfluß sektiererischer und opportunistischer Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie eine Unterschätzung der Bündnisfrage hinsichtlich des entscheidenden Bündnispartners, der Klasse der werktätigen Bauern. Diese und weitere Faktoren führten dazu, daß unter den taktischen Problemen, vor die sich die Sozialdemokratische Partei gegenüber den bürgerlichen und junkerlichen Parteien nach der Reichsgründung gestellt sah, die der Stellung zu den liberalen Parteien in den Vordergrund rückten.

Unter den Bedingungen des Sozialistengesetzes hatte sich die Partei in praktischen Fragen – z. B. bei Stichwahlentscheidungen – gegenüber den oppositionellen bürgerlichen Parteien im allgemeinen richtig verhalten.[82] Mit den veränderten Bedingungen ab 1890 mußten diese Fragen noch an Bedeutung gewinnen. Außerdem warf der weitere Niedergang des Liberalismus entsprechende neue Fragen auf. Das Fortbestehen des Dreiklassenwahlrechts in Preußen gewann zunehmende Bedeutung in den politischen Kämpfen, und die Frage der Zweckmäßigkeit und Zulässigkeit der Beteiligung an diesen Wahlen mußte auf die Tagesordnung kommen. Sie war aber im politischen Kern identisch mit den Fragen der Stellung zum liberalen Bürgertum. Die Bedingungen der Dreiklassenwahl machten für die Arbeiterpartei auch bei einer selbständigen Beteiligung bestimmte Kompromisse mit den linken bürgerlichen Parteien unvermeidlich.

In seiner Rede zum Programm der Partei auf dem Parteitag in Halle 1890 stellte Wilhelm Liebknecht fest, daß unter den Bedingungen in Deutschland ein bestimmtes Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien unvermeidlich sei. Gleichzeitig veranlasse die Feigheit der deutschen Bourgeoisie die arbeitenden Klassen, „auch für die Forderungen der bürgerlichen Demokratie zu kämpfen ..."[83] Im folgenden Jahr sagte er bei der Beratung des Programmentwurfs, daß der falsche Begriff von der „einen reaktionären Masse" fallengelassen und durch die klassenmäßig richtige Einschätzung ersetzt werde. Die vom Erfurter Parteitag 1891 beschlossene Resolution zur Taktik entsprach den Kampfbedingungen und Aufgaben der Partei.[84]

Auf dem Berliner Parteitag 1892 kam es zu einem Rückschlag. In der Resolution hieß es: Da „die Interessen der Arbeiter von der einen ‚reaktionären Masse', die alle bürgerlichen Parteien bilden, immer mehr unterdrückt werden, weist die Sozialdemokratie jeden Kompromiß mit anderen Parteien – gleichviel ob direkt oder indirekt – zurück ..."[85] Hier war sowohl die Voraussetzung wie die

---

81 *Lenin, W. I.,* Eine rückläufige Richtung in der russischen Sozialdemokratie, in: Werke, Bd. 4, Berlin 1955, S. 265.
82 S. auch *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,* Bd. 1, S. 367 ff., 402 ff.
83 Sd. Parteitag zu Halle 1890, S. 165.
84 Vgl. den Wortlaut in: *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,* Bd. 1, S. 653 f.
85 Sd. Parteitag zu Berlin 1892, S. 132.

Schlußfolgerung falsch. Wilhelm Liebknecht unterstützte die fehlerhafte, pauschale Ablehnung von Kompromissen, indem er behauptete, daß jeder Kompromiß ein Verrat am Programm und an der Partei wäre. Er war aber im Recht, als er sich gegen den Teil der Resolution wandte, der Wahlenthaltung bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Parteien forderte. Dieser Teil der Resolution wurde gestrichen, während mit der einstimmigen Annahme des anderen Teiles die im Vorjahr verworfene Lassalle-Phrase wieder aufgenommen wurde.

Mit dieser Entscheidung befand man sich im Gegensatz zu den Anschauungen von Engels, der sich noch im Herbst 1891 in einem Brief an Kautsky gegen die falsche agitatorische Phrase gewandt hatte: „Falsch, denn sie spricht eine an sich richtige *geschichtliche Tendenz* als *vollendete Tatsache* aus ... Es können selbst in Deutschland Verhältnisse eintreten, wo die Linksparteien, trotz ihrer Erbärmlichkeit, *gezwungen* werden, einen Teil des kolossalen antibürgerlichen, bürokratischen und feudalen Drecks aufzuräumen, der da noch liegt. Und dann sind sie eben keine reaktionäre Masse.“[86] Engels hatte sich zwei Jahre früher auch gegen die ebenso doktrinäre wie utopische Ablehnung jeglichen Kompromisses durch die revolutionäre Arbeiterpartei gewandt.[87]

Auf dem Parteitag in Köln 1893 kam es erstmals zu einer Erörterung der Frage einer sozialdemokratischen Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen. Bernstein hatte die Beteiligung vorgeschlagen, während Wilhelm Liebknecht sich bereits 1892 in Berlin entschieden dagegen gewandt hatte. Inzwischen war in Partei und Presse darüber diskutiert worden. Bebel referierte über diese Frage in Köln und schlug auch die entscheidende Resolution vor, die gegen das Dreiklassenwahlrecht und „Kompromisse mit feindlichen Parteien“ gerichtet war, die völlige Enthaltung bei der Wahl und eine umfassende Agitation für die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Preußen forderte. Die Ablehnung einer sozialdemokratischen Beteiligung motivierte er maßgeblich mit der Schwäche und Feigheit der liberalen Parteien und ihrer Wählerschaft: „Wer nach dem Ausfall der letzten Reichstagswahlen noch glaubt, daß freisinnige Wähler sogar *öffentlich* ihre Stimme für einen Sozialdemokraten abgeben, der verkennt ganz und gar die Natur unseres liberalen Bürgertums (sehr wahr!). Forderte das z. B. Eugen Richter von seinen Anhängern, sie würden ihn in hellen Haufen verlassen.“[88] Selbst einsichtige liberale Kreise würden angesichts der Drohung gesellschaftlicher Maßregelung diesen Schritt nicht gehen können. Die Bebelsche Resolution wurde unverändert angenommen. Der Parteitag lehnte die erneute Forderung nach Stimmenthaltung bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Parteien ab und sprach sich gegen jegliche Kompromisse mit bürgerlichen Parteien bei Reichstags- und Gemeinderatswahlen aus.

In den folgenden drei Jahren, in denen weder Reichstags- noch preußische Landtagswahlen auf der Tagesordnung standen, spielten diese Probleme auf den sozialdemokratischen Parteitagen keine Rolle. Nur in Frankfurt a. M. tauchte 1894 nochmals ein Antrag auf Enthaltung bei rein bürgerlichen Stichwahlen auf, der ebenso wie seine Vorgänger und in Übereinstimmung mit der praktischen Politik abgelehnt wurde.

Mit dem Hamburger Parteitag 1897, auf dessen Tagesordnung auch die Entscheidung über die Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen stand, brachen die Differenzen erneut auf. Die Scheidelinie der Meinungsverschiedenheiten verlief mitten durch die Partei, den Parteitag, den Parteivorstand und die Parteipresse. 19 Redner traten für die Beteiligung ein, darunter August Bebel, Clara Zetkin und Hermann Molkenbuhr, aber auch führende Opportunisten wie Ignaz Auer, von Elm und Kolb. 17 Redner wandten sich gegen die Beteiligung, an der Spitze Wilhelm Liebknecht und Singer, allein 8 aus Berlin. Mehr als 20 weitere Wortmeldungen lagen zu diesem Tagesordnungspunkt noch vor. Von den Anträgen und Resolutionsentwürfen waren 11 für die Beteiligung, wenn auch mit verschiedenen Einschränkungen und Vorbehalten, 4 gegen die Beteiligung, während 3 forderten, diese Entscheidung der Sozialdemokratie Preußens bzw. ihren Delegierten zu überlassen.

---

86 *Marx/Engels,* Ausgewählte Briefe, Berlin 1953, S. 517 f.
87 Ebenda, S. 496 f.
88 Sd. Parteitag zu Köln 1893, S. 255 f.

Auer wies als Referent der Befürworter in seiner Rede auf die Tatsache hin, daß die Mehrheit die Aufhebung des Kölner Beschlusses für notwendig halte. Ein Beschluß über die Beteiligung würde die Frage in den Mittelpunkt des politischen Kampfes rücken. Wilhelm Liebknecht war Koreferent. Er gründete seine ablehnende Haltung vor allem auf die äußerst kritische Beurteilung des Freisinns: „Die Fortschrittspartei ist heute eine Partei, die mit Demokratie nichts gemein hat; und ich stehe nicht an, zu erklären, daß ich eine *Fortschrittsmajorität,* erreicht durch unsere Stimmen, für ein gefährlicheres Übel halten würde als eine Junkermajorität im Landtage.“[89] Anders wäre es, wenn das Bürgertum sich gegen die Junker ermannen würde. Wenig überzeugend waren seine Ausführungen über den Gegensatz, der zwischen der Taktik zu den Reichstagswahlen und der zu den Landtagswahlen auftreten müsse. In den Stichwahlen zum Reichstag wurden seit jeher ähnliche Kompromisse eingegangen. Verfehlt war auch die Argumentation: „Aber Proletarierpolitik mit Eugen Richter, das ist etwas Unmögliches.“ Er versicherte, daß er „den Versuch, an den preußischen Landtagswahlen teilzunehmen, auf das entschiedenste bekämpfen“ werde.[90]

Die große Debatte auf dem Hamburger Parteitag endete im wesentlichen unentschieden. Die herausragende Rede zugunsten der sozialdemokratischen Wahlbeteiligung hielt Clara Zetkin. Sie trat dafür ein, daß „das Proletariat kämpfend auf der Bühne erscheint“. Sie versäumte nicht, sich von Bernsteins „Wertschätzung der bürgerlichen Demokratie“ zu distanzieren, gab aber gleichzeitig eine präzise Einschätzung der Lage der Bourgeoisie, ihrer Widersprüche, Möglichkeiten und Grenzen. „Es ist eine Notwendigkeit, daß das Proletariat in den preußischen Landtagswahlen aktiv auf die Bühne tritt und die Opposition stärkt, bis es schließlich die endgültige Führung im Kampfe gegen die Reaktion übernimmt.“[91]

Bebel hob in seinen abschließenden Bemerkungen besonders gegenüber Wilhelm Liebknecht die Veränderungen der letzten Jahre, insbesondere m der Verschärfung der inneren Widersprüche hervor, die sich auch auf die Lage und politische Stimmung weiter Kreise des *Bürgertums* ausgewirkt haben. Er erinnerte an liberale Zeitungen wie die „Breslauer Morgenzeitung“ und *„Die* Nation“, die eine solche taktische Orientierung der Sozialdemokratie sachlich würdigten und die bürgerliche Verpflichtung zu Gegenleistungen erklärten. Bebel bezeichnete die Beteiligung als einen ernsthaften und notwendigen Versuch. Die Abstimmung war namentlich und endete mit der Annahme der abgeänderten und stark verkürzten Resolution Bebels, die folgenden Wortlaut hatte: „Die Beteiligung an den nächsten preußischen Landtagswahlen ist überall geboten, wo die Verhältnisse eine solche den Parteigenossen ermöglichen. Inwieweit eine Wahlbeteiligung in den einzelnen Wahlkreisen möglich ist, entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise nach Maßgabe der lokalen Verhältnisse. Kompromisse und Bündnisse mit anderen Parteien dürfen nicht abgeschlossen werden.“[92] Damit schien eine vorläufige Kompromißformel gefunden. Zum Verständnis der Kompliziertheit dieser großen und langwierigen innerparteilichen Auseinandersetzung ist sie im Zusammenhang mit dem gleichzeitigen Vordringen der opportunistischen Kreise zu sehen. Es wäre falsch, zwischen den von Bebel wie von Wilhelm Liebknecht repräsentierten Gruppen prinzipielle, den Klassenstandpunkt berührende Differenzen zu vermuten. Die Unterschiede beispielsweise in der Einschätzung des liberalen Bürgertums waren bedeutungslos. Da ist Wilhelm Liebknecht zuzustimmen, der darin keine prinzipielle, sondern eine taktische Differenz sah. Auch Mehring hatte die Diskussion in einer Betrachtung vor dem Parteitag in diesem Sinne bewertet – als einen Streit über das Für und Wider, der die tatsächlichen Momente klären sollte.

Andererseits hatte die beginnende Parteidiskussion ihren ernsten Hintergrund und berührte insofern die Grundsätze der bisherigen Politik der Partei. Das betrifft insbesondere die Ziele der Opportunisten bei ihrem Eintreten für die Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen. Für sie war das ein Baustein für ein neues, „gleichberechtigtes, staatsmännisches“ Verhältnis zur liberalen Bourgeoisie. Es

89 Sd. Parteitag zu Hamburg 1897, S. 181.
90 Ebenda, S. 183 f.
91 *Zetkin, Clara,* Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. I, Berlin 1957, S. 123.
92 Sd. Parteitag zu Hamburg 1897, S. 217.

sollte ein Schritt zur „Realpolitik“, zur „positiven Mitarbeit“ sein, der auf die bürgerliche Versumpfung der Partei und ihre Unterordnung unter die Bourgeoisparteien hinauslaufen mußte.

Diese Seite der Diskussion über die Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen trat in den folgenden Jahren noch deutlicher hervor. Im Herbst 1898 schrieb Bernstein: „Es ist ein bemerkenswertes Zusammentreffen, daß zur gleichen Zeit, wo in der deutschen Sozialdemokratie die Frage des taktischen Verhaltens zu den vorgeschritteneren bürgerlichen Parteien einer erneuten Diskussion unterzogen wird, die englischen Sozialisten sich gleichfalls mit dem Problem beschäftigen, ob es ratsam ist, an der bisher den Radikalen gegenüber beobachteten Taktik festzuhalten.“[93] Im nächsten Jahr äußerte er, daß er in Bebels Resolution von Hannover in der Frage der Wahlbündnisse Konzessionen an seine Auffassung sehe. Es war das Verhängnisvolle dieser Parteidiskussion um wichtige taktische Fragen, daß die vordergründigen Meinungsverschiedenheiten um die Teilnahme an den preußischen Landtagswahlen den grundlegenden klassenmäßigen Gegensatz zwischen Revisionismus und Marxismus überdeckten. Das entsprach den Interessen der Revisionisten, deren Position noch nicht allzu gefestigt war, und den Interessen der freisinnig-nationalsozialen Bourgeoisie, deren Ideologen durchaus das grundlegende Problem dieser innerparteilichen Kämpfe herausspürten.

Mehring betrachtete das Ergebnis des Hamburger Parteitages als für beide Seiten befriedigend, da sich die Gegner einer Beteiligung mit ihrem Widerspruch wesentlich gegen „Bündnisse und Kompromisse mit bürgerlichen Oppositionsparteien“ gewandt hatten. Er bezeichnete diese Bedenken als berechtigt, da gleichzeitig durch die „Freisinnige Zeitung“ deutlich würde, „wie unglaublich borniert und wie völlig unbelehrbar die Freisinnige Volkspartei“ sich auf die Reichstagswahlen und den Kampf gegen die Sozialdemokratie vorbereite.[94]

Die nächsten Wochen zeigten, daß die angenommene Resolution nicht einmal eine vorläufige Lösung darstellte. Ihr letzter Satz wurde von beiden Seiten entsprechend den unterschiedlichen Auffassungen völlig verschieden aufgefaßt. Was war ein „Kompromiß“ mit anderen bürgerlichen Parteien? Eine Polemik zwischen Auer und Singer offenbarte die Gegensätze. Auer hielt selbst das Eintreten für bürgerliche Oppositionsparteien im ersten Wahlgang auf dem Boden der Resolution für legitim, während Singer darin bereits einen unzulässigen Kompromiß sah, der der Entscheidung des Parteitages widerspräche. Es kam zu einer erneuten breiten Diskussion über diese Fragen in der Partei, der Presse und in Versammlungen. Die Kompliziertheit einer genauen Einschätzung der Abstufungen im bürgerlichen Lager und einer entsprechenden gültigen Bestimmung der nächsten taktischen Aufgaben der Partei trat klar zutage. Bebel kam nach der Einschätzung der Resolution und der gegensätzlichen Interpretation zu dem Schluß: „Der Hamburg’sche Beschluß mit dem Mittag’schen Amendement ist unmöglich.“ Er erwog die Auswege und schlug angesichts der Schwierigkeiten einer Klärung auf dem nächsten regulären oder einem außerordentlichen Parteitag vor, daß die Reichstagsfraktion darüber beraten sollte, um der Gesamtpartei einen annehmbaren Vorschlag zu unterbreiten.[95]

Dieses schwerwiegende Votum gegen eine Entschließung des Parteitages ließ erneut die Wellen der Diskussion in der Partei hochschlagen. „Fraktion über Parteitag?“ lautete die heftige Erwiderung seitens Wilhelm Liebknechts. Er griff Bebel an, weil dieser den Parteitagsbeschluß in Frage stelle, den er als „natürlich, logisch und klar“ bezeichnete und deshalb den wirklich problematischen Vorschlag eines Fraktionsentscheides entschieden abwies. Er warf echte Probleme der strategischen Orientierung der Partei auf, als er sich gegen die Losung „Kampf gegen die Junker“ wandte. Diese Losung war einseitig und entsprach in dieser Einseitigkeit den Bestrebungen sowohl der opportunistischen Kräfte wie denen des liberalen Bürgertums. Liebknecht war auch im Recht, wenn er Auers Auffassung – die auch Bebel nicht teilte – bekämpfte, unter Umständen in den Wahlkreisen selbst auf sozialdemokratische Wahlmänner zu verzichten und sofort freisinnige oder demokratische Kandidaten

---

93 *Bernstein, Eduard,* Die Beziehungen zwischen Sozialisten und Radikalen in England, in: Die Neue Zeit, Jg. 17, Bd. 1, Nr. 2 v. 28.9.1898, S. 50.

94 *Mehring, Franz,* Die Spuren schrecken, a. a. O., S. 99.

95 *Bebel, August,* Unsere Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen, in: Die Neue Zeit, Jg. 16, Bd. 1, Nr. 7 v. 3.11.1897, S. 196 ff.

zu wählen. Damit wäre eine unerläßliche Bedingung, das selbständige Eintreten der Arbeiterpartei in den Wahlkampf, verlassen worden. Aber Wilhelm Liebknecht mißdeutete das Problem, wenn er die rhetorische Frage stellte: „Warum lösen wir nicht die Sozialdemokratische Partei auf und schließen uns der Fortschrittspartei an?“[96] Bebel hatte sowenig wie Clara Zetkin Illusionen über die bürgerliche Opposition, sondern klar und richtig zu den Hinweisen auf Eugen Richter und seine Partei gesagt: „Unter den Blinden ist der Einäugige König. Und wählen wir bei engeren Wahlen zum Reichstag die Freisinnigen trotz alledem, so sehe ich keinen Grund, sie bei den Landtagswahlen zu verschmähen, sintemalen wir nichts Besseres haben. Wir wählen sie, weil sie trotz alledem und alledem auf Grund ihrer Parteistellung *gezwungen* sind, für Forderungen, die wir teilen, einzutreten, mag diesen der eine und der andere von ihnen auch im Herzen selbst gram sein. Es kommt nach Bismarck nicht auf die Motive an, aus denen heraus jemand stimmt. Enttäuschen die bürgerlichen Oppositionsmänner uns aber auch noch in dem letzten Restchen von Vertrauen, das wir ihnen entgegenbringen, so wird der Scheideprozeß zwischen rechts und links, der in dieser Zeit der Klassengegensätze und Klassenkämpfe ein geschichtliches Muß ist, nur beschleunigt. Wir finden uns auch damit ab.“[97]

Der Streit wurde in der „Neuen Zeit“ mit weiteren Beiträgen von Bebel, Singer, Kautsky, Kolb und Fendrich fortgesetzt und vorläufig abgeschlossen, wobei keine wesentlich neuen Gesichtspunkte mehr auftraten. Bebels Vorschlag einer Fraktionsentscheidung stieß auf allgemeinen Widerstand innerhalb der Partei. Angesichts der Reichstagswahlen traten diese Probleme dann zurück.

Dem Stuttgarter Parteitag 1898 lag wieder eine größere Anzahl Anträge zur Taktik bei der Landtagswahl vor, die alle Strömungen in der Partei widerspiegelten. Sie reichten von der Forderung nach Aufhebung des Beschlusses zur Beteiligung bis zu der nach einem Wahlbündnis mit der Freisinnigen Volkspartei. Wilhelm Liebknecht, Berichterstatter zum Punkt „Preußische Landtagswahlen“, informierte über den Beschluß der inzwischen konstituierten Kommission, die Entscheidung den einzelnen Wahlkreisen zu überlassen. Darauf lief auch die nach den Vorschlägen von Bebel, Kautsky und Liebknecht entworfene Resolution hinaus, die ohne Debatte unverändert angenommen wurde. Als Bedingung für die Unterstützung bürgerlicher Oppositionskandidaten forderte die Resolution deren Eintreten für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen und gegen jegliche Schmälerung der Volksrechte im Einzelstaat. Der Weg zu einem Ausgleich der Standpunkte innerhalb der Partei führte nur noch über die Erfahrungen eines praktischen Versuchs.

Zwei Wochen nach dem Stuttgarter Parteitag fanden die preußischen Landtagswahlen statt, bei denen die Sozialdemokratie in Berlin und in der Provinz Brandenburg sowie in zahlreichen weiteren Wahlkreisen sich völlig der Wahlbeteiligung enthielt. Eine stärkere Beteiligung in Breslau und mehreren niederschlesischen Wahlkreisen führte in den Vorwahlen der dritten Wählerklasse auch zur Wahl sozialdemokratischer Wahlmänner. In Breslau, Görlitz und Frankfurt a. M. wurden linke bürgerliche Kandidaten durch die sozialdemokratische Unterstützung gewählt.

Angesichts der Gesamtlage mußte jedoch der Parteivorstand im Bericht an den Parteitag 1899 feststellen, daß die geringen praktischen Erfahrungen noch nicht ausreichten „zu einer gemeinsamen Richtschnur für die preußischen Genossen ...“[98] Dem Parteitag lag wiederum eine Reihe Anträge zur Landtagswahltaktik vor. Sie wurden im wesentlichen durch die Grundsatzdebatte über den Revisionismus und die Annahme der Resolution Bebel erledigt. Rosa Luxemburg brachte den Antrag ein, die Taktik der Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen. In ihrer Begründung forderte sie eine für alle Einzelländer verbindliche Orientierung und verwies auf die opportunistischen Vorstöße bei den bayerischen und badischen Landtagswahlen. Sie stellte fest, daß die Bebelsche Resolution die Taktik gegenüber den bürgerlichen Parteien nicht ausreichend bestimme. Der Parteitag nahm den Antrag an.

Die eigentliche Bedeutung des Parteitages im Hinblick auch auf die seit Jahren umstrittene Landtagswahltaktik lag in der Abweisung der revisionistischen Angriffe durch die Mehrheit unter Führung

---

96 *Liebknecht, Wilhelm,* Fraktion über Parteitag? in: Die Neue Zeit, Jg. 16, Bd. 1, Nr. 9 v. 17.11.1897.
97 *Bebel, August,* Unsere Beteiligung ..., a. a. O., S. 202.
98 Sd. Parteitag zu Hannover 1899, S. 11.

Bebels. Damit wurden die Grundlagen der revolutionären Taktik der Partei und deren Klasseninhalt verteidigt, und das war die entscheidende Voraussetzung für eine richtige Politik gegenüber dem Dreiklassenwahlrecht. In der von der Mehrheit angenommenen Resolution Bebels hieß es: „Ohne sich über das Wesen und den Charakter der bürgerlichen Parteien als Vertreter und Verfechter der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zu täuschen, lehnt sie ein Zusammengehen mit solchen von Fall zu Fall nicht ab, sobald es sich um Stärkung der Partei bei Wahlen oder um Erweiterung der politischen Rechte und Freiheiten des Volkes oder um eine ernsthafte Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterklasse und die Förderung von Kulturaufgaben oder um Bekämpfung arbeiter- und volksfeindlicher Bestrebungen handelt. Aber die Partei bewahrt sich überall in ihrer Tätigkeit ihre volle Selbständigkeit und Unabhängigkeit und betrachtet jeden Erfolg, den sie erringt, nur als einen Schritt, der sie ihrem Endziel näher bringt.“[99] Damit hatte man die Grundlinie richtig vorgezeichnet; angesichts der Kompliziertheit dieser Fragen und der gemeinsamen Bemühungen opportunistischer und liberaler Kräfte gegen die Klassengrundlagen dieser Politik war aber hohe Prinzipienfestigkeit und Wachsamkeit bei ihrer Verwirklichung geboten.

In Mainz 1900 wurde deutlich, daß die Partei seit 1897 in der Klärung dieser umstrittenen Fragen der Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen keinen Schritt vorangekommen war. Das spiegelten die Anträge wie die wiederum ausführliche Debatte wider. Bebel stellte fest, daß die Frage zum viertenmal auf nacheinanderfolgenden Parteitagen erörtert werde. Er sprach sich dafür aus, endlich einen ernsthaften Versuch zu machen, im preußischen Landtag Boden zu gewinnen. Er konstatierte den weiteren Niedergang der bürgerlichen Oppositionsparteien in den letzten Jahren. „Ich gebe mich gar keiner Illusion hin über die Bündnisfähigkeit der betreffenden bürgerlichen Parteien; ich gebe den Gegnern jeden Kompromisses mit bürgerlichen Parteien von vornherein zu, daß der Zeitraum der letzten drei Jahre seit unseren ersten Verhandlungen keineswegs dazu angetan ist, die Hoffnungen auf die bürgerlichen Parteien sonderlich zu stärken.“[100] In der Diskussion traten 13 Redner gegen Bebels Konzeption, 11 für ihn auf. Die Opposition gründete ihre Ablehnung wiederum wesentlich auf eine geringschätzige Beurteilung des Freisinns, wobei ihr dessen Entwicklung ausreichendes Material bot. Abschließend wurde die abgeänderte Resolution Bebel mit 163 gegen 66 Stimmen angenommen, die die Partei überall verpflichtete, beim Dreiklassenwahlsystem mit eigenen Wahlmännern in den Wahlkampf einzutreten. Sie legte außerdem die Bildung eines verantwortlichen Zentral-Wahlkomitees für die preußischen Landtagswahlen fest.

Damit ging eine Phase der langwierigen innerparteilichen Kämpfe um die Stellung der Sozialdemokratischen Partei zu den liberalen Parteien zu Ende, deren Hintergrund die Auseinandersetzung um den proletarischen, revolutionären Charakter der Partei, ihrer Strategie und Taktik, um die führende Rolle der Arbeiterklasse im Kampf für Demokratie und nationale Interessen bildete.

Die bürgerlichen Ideologen verhehlten ihre Hoffnungen nicht, als sich Ende 1898 die Sozialdemokratische Partei an den preußischen Landtagswahlen beteiligte. P. Nathan wertete diesen Beginn als Bestätigung des liberalen Grundsatzes, „wonach die gesunde Vernunft, die in der deutschen Arbeiterbevölkerung steckt, ihren besten Erzieher und Lehrmeister in der starken Realität der bestehenden Verhältnisse finden wird und findet“.[101] Vorher hatte Rickert im Reichstag, bezugnehmend auf die sozialdemokratische Parteidiskussion, von den Sozialdemokraten eine höhere Bewertung der politischen Bedeutung des preußischen Abgeordnetenhauses gefordert.

Insgesamt kann gesagt werden, daß die Befürwortung der Teilnahme in dem besonders von August Bebel und Clara Zetkin bestimmten Sinne die der Gesamtsituation und den politischen Aufgaben am besten entsprechende Entscheidung darstellte und der Partei eine richtige Orientierung gab. Sie entsprach auch den grundsätzlichen Hinweisen von Engels aus den neunziger Jahren über die Einschätzung der liberalen Bourgeoisie und die entsprechenden taktischen Aufgaben der Partei. Auch Lenin kritisierte immer wieder dogmatische und gleichgültige Auffassungen gegenüber dem Liberalismus.

---

99 Ebenda, S. 243.

100 Sd. Parteitag zu Mainz 1900, S. 216.

101 *Nathan, P.,* Politischer Rückblick auf das abgelaufene Jahr, in: Die Nation, Jg. 16, Nr. 14 v. 31.12.1898.

„Die Partei des Proletariats muß jeden Liberalen gerade in dem Augenblick zu fassen wissen, wenn er sich anschickt, einen Zollbreit vorzurücken, und muß ihn zwingen, einen ganzen Schritt vorwärts zu tun. Sträubt er sich – dann gehen wir vorwärts, ohne ihn und über ihn hinweg.“[102] Wiederholt erklärte er, daß die Arbeiterklasse von der liberalen Bourgeoisie keine Güte erwarte, sondern sie immer – und sei es „auch die schlechteste Bourgeoisie“ – unterstütze, wenn und wo sie tatsächlich gegen die Reaktion kämpfe. Gleichzeitig machte er unermüdlich auf die Gefährlichkeit des Liberalismus aufmerksam, der überall durch seinen Klassencharakter wie seine opportunistische Natur bestrebt ist, die demokratischen und sozialistischen Kräfte zu beschwichtigen und zu zersetzen. „Diese Lehre besteht darin, daß man es verstehen muß, jeden, selbst einen Groschen-Liberalismus, praktisch auszunutzen, daß man dabei aber ‚verdammt aufpassen‘ muß, damit dieser Liberalismus durch seine verlogene Fragestellung die Volksmassen nicht korrumpierte.“[103]

Die spätere Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei bestätigte, daß die neuen komplizierten ideologischen und taktischen Aufgaben nur dann und insoweit lösbar waren, als in der organisatorischen und ideologischen Entwicklung der Partei die am konsequentesten von Lenin entwickelten neuen Anforderungen und Maßstäbe zugrunde gelegt und verwirklicht wurden.

102 *Lenin, W. I.,* Politische Agitation und ‚Klassenstandpunkt‘, in: Werke, Bd. 5, Berlin 1955, S. 351.
103 *Derselbe,* Der Entwurf zu einem neuen Streikgesetz, in: Werke, Bd. 6, Berlin 1956, S. 216.

III. Kapitel
Die Stellung zur Expansions-, Rüstungs- und Wirtschaftspolitik der herrschenden junkerlich-bürgerlichen Reaktion (1897-1902)

1. Der Linksliberalismus und die Kolonial- und Expansionspolitik des deutschen Imperialismus am Ende des 19. Jahrhunderts

Die Kolonialpolitik war bisher von liberaler Seite überwiegend als dem Manchestertum widersprechend abgelehnt worden. Liberale Opposition gegen die Kolonialpolitik bedeutete aber zugleich, daß diese Opposition nicht grundsätzlich ablehnend war. Der liberale Kampf gegen bestimmte Seiten oder Wirkungen der Kolonialpolitik ist auch bis 1897 nie prinzipieller Art im Sinne einer vollständigen Ablehnung gewesen.[1] Einzelne freisinnige Gruppen und Personen traten von Anbeginn für die von Bismarck 1884 inaugurierte Kolonialpolitik ein. Im Dezember 1884 stellte sich die freisinnige Fraktion auf den Boden des von Bismarck am 26. Juni 1884 verkündeten und zunächst von ihr und dem Zentrum abgelehnten Kolonialprogramms. In der folgenden Zeit wurde die koloniale Politik vom Freisinn parlamentarisch bei der Einrichtung eines dafür notwendigen Verwaltungsapparates (1885) und bei der Bewilligung von Mitteln für Dienstgebäude in Südwestafrika (1886/87) unterstützt. Anfang 1889 stimmten die Linksliberalen Hermann B. H. Goldschmidt und Georg von Siemens für die Afrika-Vorlage der Regierung. Bei gleichzeitiger. Vertiefung der inneren Differenzen zwischen den ehemaligen Sezessionisten und der Majorität der Partei unter Richters Führung überwog in den folgenden Jahren unter dem maßgeblichen Einfluß von Ludwig Bamberger und Eugen Richter das oppositionelle Element. Die Freisinnige Vereinigung gab die Opposition gegen die Kolonialpolitik auf. Da inzwischen auch im Zentrum ein Wandel zur Bejahung der Kolonialpolitik erfolgt war, bildete in den neunziger Jahren neben der grundsätzlichen Gegnerschaft der Sozialdemokratie die Opposition der Freisinnigen und der Deutschen Volkspartei den bürgerlichen Widerstand gegen die barbarische Unterdrückung und Ausplünderung anderer Völker.

Die grundsätzliche Bejahung der kolonialen Expansion durch den gesamten Freisinn und seine Bereitschaft, diese Expansionspolitik aktiv zu unterstützen, wenn die Methoden und das Objekt der Eroberung den kapitalistischen Interessen entsprachen, trat gegenüber der ostasiatischen Annexion 1897/98 zutage. Von freisinniger Seite wurde der durchsichtige Vorwand der Intervention und Annexion in China – die Tötung zweier Missionare in der Provinz Schantung im November 1897 – als ausreichende Begründung dieses Vorgehens hingenommen. Da bestimmte Momente der inkonsequenten freisinnigen Kritik an der afrikanischen Kolonialpolitik (klimatische, handelspolitische und kulturelle Voraussetzungen) nicht auf Kiautschou zutrafen, führte die innere Logik der Ereignisse den Freisinn – vor allem die Freisinnige Volkspartei – zu einem weiteren Schritt in der Richtung des Überganges auf imperialistische Positionen. „Indessen ist man es an den liberalen Kapitalisten gewöhnt, daß sie ihr politisches Selbstbewußtsein mit Vergnügen preisgeben, wenn sie irgendwo den Schimmer neuer Profite auftauchen sehen ...“[2]

Von der Freisinnigen Volkspartei wurden die ostasiatischen Ereignisse anfänglich nur im Zusammenhang mit der Flottenvorlage behandelt, um die Wirkungslosigkeit der Flotte gegen solche Zwischenfälle bzw. ihre bereits ausreichende Stärke zu begründen. Das Vorgehen der Regierung wurde jedoch gebilligt, gegen den „chinesischen Pöbel“ gehetzt und Genugtuung von seiten Chinas gefordert. Vereinzelt wurden den Bedenken einiger Handelskreise Ausdruck verliehen und formelle Vorbehalte gegen den Einsatz von Seeartillerie zu auswärtigen Expeditionen angemeldet. Am 8. Februar 1898 gab Richter bei der Etatsdebatte die Erklärung ab, „daß wir anders und günstiger die Erwerbung der Kiautschoubucht ansehen als alle bisherigen Flaggenhissungen in Afrika und Australien“.[3] Die in dem alten Kulturland China eingeleiteten „Umgestaltungen“ würden einen festen Stützpunkt für die deutschen Interessen als wünschenswert erscheinen lassen.

---

1 S. auch *Spellmeyer, Hans,* Deutsche Kolonialpolitik im Reichstag, Stuttgart 1931.
2 *Mehring, Franz*, Kiautschou, in: Gesammelte Schriften, Bd. 14, S. 206.
3 *Reichstag,* 9. Leg.per., 5. Sess., Bd. 2, S. 892.

In der Öffentlichkeit wurde diese Erklärung als ein bedeutender Schritt der Freisinnigen Volkspartei von der bisherigen Opposition zur Unterstützung der Kolonialpolitik betrachtet. Das war trotz gegenteiliger Beteuerungen der „Freisinnigen Zeitung“ zutreffend. Neben der liberalen Opposition begrüßten auch opportunistische Kräfte in der Sozialdemokratie die Annexion Kiautschous. Die herrschenden Kreise errangen damit einen bestimmten innenpolitischen Erfolg, und die imperialistische Ideologie breitete sich in mittel- und kleinbürgerlichen Kreisen aus.

Auch in den nächsten Jahren hoben Richter und andere Vertreter der Freisinnigen Volkspartei wiederholt hervor, daß sie Kiautschou unter den deutschen Kolonien als günstigste Erwerbung betrachteten. Allerdings versuchten sie, sich die Kritik am Wachstum der Ausgaben für Kiautschou vorzubehalten, die handelspolitische Funktion des Stützpunktes gegenüber seiner strategischen zu betonen und gegen die Militarisierung und Bürokratisierung in der Verwaltung der Kolonie sowie gegen die staatliche Subventionierung ihrer wirtschaftlichen 'Erschließung aufzutreten. In der politischen Wirkung trat diese Kritik sekundärer Momente hinter der grundsätzlichen Bejahung der Kolonialpolitik zurück; die Unterstützung für die aggressive Politik der junkerlich-großbourgeoisen Reaktion überwog.

In der Freisinnigen Volkspartei wurden die Auffassungen über den Charakter und die Perspektive der Kolonial- und Expansionspolitik wesentlich von Eugen Richter geformt, der in der Parlamentsfraktion wie in der „Freisinnigen Zeitung“ bestimmenden Einfluß hatte. In diesen Auffassungen spiegelt sich die ganze ideologische Widersprüchlichkeit einer Partei wider, die angesichts der barbarischen, von den antinationalen Kräften getragenen Expansionsoffensive in ihrer Politik die Vertretung liberaler und konstitutioneller Grundsätze sowie kleinbürgerlicher Interessen mit der Wahrnehmung spezifisch kapitalistischer Interessen auf der Grundlage dieser aggressiven Politik verbinden wollte.

Häufiger wurde in der folgenden Zeit betont, daß man prinzipiell für Kolonien sei. „Wir sind nicht grundsätzliche Gegner jeder Kolonialpolitik – das hat unser Verhalten gegenüber Kiautschou bewiesen –;“[4]

Mehring polemisierte gegen jene Zeitgenossen, die in der Stellung des Richter-Freisinns zu Kiautschou eine Art grundsätzlichen Wandels sehen wollten: „Wir haben schon früher wiederholt darauf hingewiesen, daß die Opposition der Bamberger und Richter gegen die Kolonialpolitik, so heftig sie sich gebärdete, keine prinzipielle, sondern eine kalkulatorische Opposition war; sie richtete sich nicht sowohl gegen die Kolonialpolitik überhaupt, als gegen die *unprofitable* Kolonialpolitik, die bisher vom Deutschen Reiche betrieben worden war.“ Die eigentliche Kritik am Freisinn müsse sich dagegen richten, daß er heuchlerisch diese Grundposition verschleiere und sich als „harmloses Geschöpf aufspielt, das alle Klassen der Bevölkerung mit gleicher Liebe umspanne“.[5]

Richter bezog den Kapitalexport durchaus in seine kapitalistische Motivierung ein und vertrat dabei teilweise auch das besondere Interesse des Großkapitals. Die damit untrennbar verbundenen neuen machtpolitischen, territorialen und strategischen Interessen des Finanzkapitals und des Militarismus wurden von ihm nicht erfaßt. Darin liegt eine wesentliche Ursache der Grenzen und der inneren Kraftlosigkeit seiner Kritik an einzelnen Seiten und Erscheinungen der Kolonialpolitik. Diese Kritik richtete sich gegen bestimmte Mißstände in den Kolonien und in deren Verwaltung. Ihr Maßstab war das Streben nach rentablen Kolonien, die ohne Reichszuschüsse von kapitalistischen Kräften geleitet werden und deren innere Entwicklung sich durch die möglichst freie Anlage und Entfaltung des Kapitals und die Möglichkeit, Profite zu machen, vollzieht. Deshalb wurde auch das „undeutsche Subventionsunwesen“ bekämpft und gegen die Militarisierung und Bürokratisierung der Verwaltung in den Kolonien polemisiert.

Vereinzelt kam es zu schärferen Angriffen. Der Abgeordnete Müller-Sagan wandte sich im Mai 1900 gegen die Phrasen von der Kulturmission mit der Feststellung, daß die Weißen den Schwarzen keinen Segen, sondern Krankheiten und Schnaps bringen. Er hatte sich im Jahr vorher, wie Bebel, gegen

---

4 *Ebenda,* 10. Leg.per., 1. Sess., Bd. 3, S. 2701.

5 *Mehring, Franz,* China im Reichstag, in: Gesammelte Schriften, Bd. 14, S. 214 f.

versklavende Dienstverhältnisse für nach Südwestafrika ausgewanderte Mädchen gewandt. Dabei gestand er ein, daß dieser bürgerliche Protest wesentlich durch das Auftreten der Sozialdemokraten verursacht wurde: „Wir halten uns für verpflichtet, aus den bürgerlichen Parteien heraus eine solche Verwahrung laut und vernehmlich zum Ausdruck zu bringen, da wir nicht in den Verdacht kommen möchten, daß wir den Wert der menschlichen Persönlichkeit niedriger anschlagen als die Herren auf der äußersten Linken dieses Hauses.“[6]

Die grundsätzlichen Anschauungen Richters und seiner Partei wären vereinfacht dargestellt, wenn neben dem Eingehen auf die imperialistische Kolonialpolitik als logische Folge einer inkonsequenten bürgerlichen Opposition nicht auch jene skeptische Stimmung gegenüber der imperialistischen Expansion berücksichtigt würde, die sich aus der Zwiespältigkeit der kleinbürgerlichen Schichten ergab. So sagte Richter am 14. Dezember 1899 im Reichstag: „Meine Herren, obgleich es wohl manchem wunderbar erscheint, bin ich der Meinung, daß die Zeiten der Kolonialherrschaft nicht in erhöhtem Maße wiederkommen, sondern daß umgekehrt diese Zeiten mehr und mehr vorbei sind, daß die Kolonialherrschaft in der weiteren Entwicklung der Dinge eine Einschränkung erleiden wird.“[7] Er verwies auf die Aufstände der unterdrückten Völker und die Kolonialkriege. Richter erwartete vom Eindringen der bürgerlichen Zivilisation eine Stärkung des Freiheitsbewußtseins und der Widerstandsfähigkeit der Unterdrückten.

Die „Freisinnige Zeitung“ hatte bereits früher die Entwicklung des modernen Waffenwesens als einen das Streben nach Selbständigkeit begünstigenden Faktor bezeichnet. Selbst in seiner Rede vom 8. Februar 1898 sprach sich Richter unter Berufung auf die wachsenden Schwierigkeiten führender Kolonialmächte bei der Beherrschung ihrer Kolonien gegen weitere territoriale Eroberungen aus. Das waren bemerkenswerte Einsichten, die jedoch nur politisch ins Gewicht fallen konnten, wo sie sich mit der grundsätzlichen Ablehnung der kapitalistischen Expansionspolitik durch die große Mehrheit der Sozialdemokratie verbanden. Gerade diesem Zusammengehen wurden jedoch seitens der Freisinnigen Volkspartei Hindernisse in den Weg gelegt.

Die Freisinnige Vereinigung stand zum Zeitpunkt des ostasiatischen Abenteuers bereits vollständig auf dem Boden der imperialistischen Expansion. Sie hatte 1893 im wesentlichen den Teil des Freisinns zusammengeschlossen, der dafür eintrat, eine liberale Innenpolitik politisch und programmatisch mit der Unterstützung der kapitalistischen Expansion zu verbinden. Die Bindung der Parteiführung und Fraktion an die Deutsche Bank und weitere an der Expansion und Flottenrüstung interessierte Kapitals- und Handelskreise hatte notwendigerweise zu dieser Entwicklung geführt. Am 8. Februar 1898 erklärte Barth im Reichstag die Zustimmung seiner Partei zur Eroberung in China. Mit Richter war er sich in der abfälligen Beurteilung der afrikanischen Kolonien einig. Im Unterschied zu ihm betonte er jedoch die machtpolitische Bedeutung der neuen Erwerbung. Dieser Gesichtspunkt kennzeichnete die unterschiedliche Auffassung gegenüber der Freisinnigen Volkspartei. Anfang Dezember 1897 wurde in der „Nation“ „eine großangelegte überseeische Politik“ als notwendige Konsequenz aus der neuen Weltpolitik der Großmächte gefordert.

Die Deutsche Bank unter Leitung von Georg von Siemens gehörte zu den Begründern der 1889 in Schanghai errichteten Deutsch-Asiatischen Bank.[8] 1898 war die Deutsche Bank führend bei der Gründung von Aktiengesellschaften, die – neben den anderen ausländischen Gesellschaften – auf der Grundlage von Konzessionen die Ausplünderung der Menschen und Reichtümer Chinas in Angriff nahmen. Dazu gehörten die Schantung-Eisenbahn-AG und Schantung-Bergbau-AG.

Georg von Siemens nahm persönlich Einfluß auf die Unterstützung der Interessen seiner Bank und der mit ihr zusammenwirkenden Unternehmen durch seine Partei. Wiederholt trat er im Reichstag aggressiv als Interessent und „Sachverständiger“ auf. Anfang 1900 sah er sich durch Ausführungen Eugen Richters zum Schantung-Syndikat veranlaßt, im Reichstag die großkapitalistischen Interessen am Eisenbahnbau in China zu verteidigen: „... die Situation ... ist die, daß wir heute die Wahl haben

6 *Reichstag,* 10. Leg.per., 1. Sess., Bd. 2, S. 1474.
7 *Ebenda,* 10. Leg.per., 1. Sess., Bd. 4, S. 3369.
8 S. auch *Jerussalimski, A. S.,* a. a. O., S. 480 f., 491 ff., 586 f.

zwischen einer verhältnismäßig übertriebenen und daher nicht ungefährlichen Entwicklung unserer Industrie oder der Schaffung eines Auslasses für unsere überflüssigen Kräfte; und deshalb ... brauchen wir die Kolonien ...“[9]

Auch eine andere Gruppe nahm direkt Einfluß auf die expansionistische Orientierung der Freisinnigen Vereinigung. Die Hansestädte, deren Reedereien, Werften und Finanzinstitute, waren sowohl an der kolonialen Expansion als auch an der Stimulierung des Flottenbaues interessiert. Als Nutznießer unterstützten sie die staatliche Subventionspolitik der Regierung. Der Norddeutsche. Lloyd, Bremen, unterhielt beispielsweise seit 1886 eine regelmäßige Dampferlinie nach China und Australien, für die der Staat einen jährlichen Zuschuß von 4,5 Millionen Mark leistete. Ab 1898 erweiterte der Lloyd neben der Hamburg-Amerika-Linie seine ostasiatischen Linien.

Frese war im Reichstag ein entschiedener Verfechter der Subventionspolitik. Er trat für die Errichtung eigener Schwimmdocks in Ostafrika ein und scheute sich nicht, zur Begründung die Bedürfnisse „unserer Kriegsmarine“ in den Vordergrund zu rücken. Broemel, vor allem Sprecher der Handelskreise in Stettin und den anderen Handelsplätzen an der Küste, vertrat deren expansionistische Interessen gegen militaristische und bürokratische Einmischungen und gegen besondere Interessen der Konservativen. Diese, obwohl Fürsprecher der Kolonialpolitik, suchten den Import landwirtschaftlicher Produkte aus den Kolonien durch eine eigennützige Zollpolitik zu unterbinden. „Woran wir Anstoß genommen haben und noch nehmen, ist die Art der Verwaltung der Kolonien, ist die Art, wie man überhaupt den Kaufmann behandelt.“[10] Damit hatte Rickert in der Beratung des Etats für 1899 die engen Grenzen ihrer Kritik umrissen. Später unterstrich Schrader diesen kapitalistischen Standpunkt mit den Worten: „Was die Kolonialpolitik betrifft, so haben wie niemals ein Hehl daraus gemacht, daß wir für eine Kolonialpolitik, mit richtigen Zielen und in richtiger Weise betrieben, einzutreten bereit sein würden.“[11]

Mit dem Übergang auf den Boden der aggressiven äußeren Politik des deutschen Imperialismus wurden auch die liberalen Prinzipien aufgegeben. Die „Nation“ bemerkte 1900 zu den Rivalitäten der Mächte in China: „Es vollzieht sich hier ein weltgeschichtlicher Prozeß, bei dem die Fragen nach Recht und Unrecht kaum noch in Betracht kommen und jede Weltmacht unseres Erdkörpers ... sich genötigt sieht, eine aktive Rolle zu spielen.“[12] Und Nathan äußerte, daß man die weltgeschichtlichen Zusammenstöße nicht „nach den Grundsätzen des Privatrechts und des Kriminalrechts“ beurteilen könne, während sich Siemens in einer Reichstagsrede gegen einen Einwand hinsichtlich der klimatischen Bedingungen in den Kolonien mit den Worten wandte, daß es hierbei „auf die Gesundheit einzelner Personen in dem Maße nicht ankommen“ dürfe.

Die Unterstützung der aggressiven imperialistischen Außenpolitik und des Militarismus wurde der wichtigste Grundsatz nationalsozialer Politik, übrigens auch der einzige, dem Naumann in seiner ebenso wechselhaften wie erfolglosen politischen Laufbahn ständig treu geblieben ist. Der Nationalsoziale Verein bezog gegenüber der Eroberung in China die gleiche Position wie die Freisinnige Vereinigung, ging jedoch in der politischen Agitation über sie hinaus und geriet dabei in die Nachbarschaft der Alldeutschen. Im Unterschied zu den freisinnigen Parteien nahm er zu der unter konservativ-nationalliberaler Führung stehenden Deutschen Kolonialgesellschaft eine sehr wohlwollende Stellung ein. Die Nationalsozialen standen bedingungslos auf dem Boden aggressiver Weltpolitik und stellten sich in den Dienst der herrschenden Kreise gegen die sozialistische und die noch vereinzelt vorhandene bürgerliche Opposition. Dabei motivierten sie ihre Haltung mit den kapitalistischen Interessen Deutschlands, betonten die weltpolitisch-strategische Bedeutung der neuen Eroberung und benutzten sie unmittelbar zu ihrer ebenso eifrigen und bedingungslosen Flottenpropaganda. Von den linken Gruppen rückten sie machtpolitische Aspekte der Eroberungspolitik am stärksten in den Vordergrund.

---

9 *Reichstag,* 10. Leg.per., 1. Sess., Bd. 5, S. 4126 f.
10 *Ebenda,* Bd. 1, S. 78.
11 *Ebenda,* Bd. 3, S. 2710.
12 *Svendsen,* Chinesische Charakterzüge, in: Die Nation, Jg. 17, Nr. 39 v. 30.6.1900, S. 541 ff.

Der spezifische Unterschied zu den beiden freisinnigen Parteien bestand darin, daß der Nationalsoziale Verein bemüht war, besondere Anstrengungen zur chauvinistischen Beeinflussung der Arbeiterklasse zu unternehmen, wobei sich vor allem Naumann durch Aktivität auszeichnete, während die Auffassungen seiner Anhänger dazu geteilt waren. Anfang Februar 1898 setzte er sich mit Clara Zetkin und August Bebel in großen sozialdemokratischen Versammlungen gegen die imperialistische Expansionspolitik auseinander. „An beiden Abenden trat Naumann der sozialdemokratischen Verständnislosigkeit für den Zusammenhang von Machtpolitik nach außen und Sozialreform im Innern entgegen. Bebel meinte in seiner Antwort, die Ausführungen Naumanns würden in der deutschen Arbeiterschaft keinen Widerhall finden.“[13]

Clara Zetkin wies die Schacherpolitik Naumanns zurück und die Anwesenden, eine Protestversammlung der Frauen und Mädchen Berlins, nahmen über den konfusen Widerspruch Naumanns hinweg eine Resolution gegen Flottenvorlage und Kolonialabenteuer an. Die Nationalsozialen, neben Naumann hauptsächlich Göhre, Gerlach und Damaschke, setzten ungeachtet dieser und weiterer Niederlagen ihre Anstrengungen zur chauvinistischen Zersetzung der Arbeiterbewegung fort. Nicht selten endeten nationalsoziale Versammlungen, von Sozialdemokraten besucht, mit dem Gesang der Arbeitermarseillaise oder der Annahme von Resolutionen gegen jede imperialistische Räuber- und Ausplünderungspolitik. Als die Nationalsozialen die Ansatzpunkte für die imperialistische Ideologie im Auftreten der Revisionisten in der Sozialdemokratie entdeckten, war für sie ein aussichtsreicherer Weg der Zersetzung der proletarischen klassenbewußten Opposition gegenüber der Kolonialpolitik gegeben als die frontalen Angriffe der nationalsozialen Agitatoren. Und so konnte „Die Hilfe“ zur opportunistischen Stellungnahme des „Vorwärts“ zur Kiautschou-Annexion schreiben: „Die Vereinigung der Proletarier aller Länder geht naturgemäß in die Brüche, sobald der gelbe Proletarier auftaucht. So lernt die Sozialdemokratie durch die Ereignisse die Anfangsgründe eines nationalen Sozialismus.“[14]

Mehring und Kautsky deckten wiederholt diese Berührungspunkte von liberaler Bourgeoisie und Revisionismus auf der Grundlage imperialistischer Eroberungspolitik auf. „Diese Seeräuberpolitik, um mit Schippel-Brentano zu reden, wird von Nationalsozialen und Flottenprofessoren gepredigt, sie hat aber auch Gläubiger in unseren Reihen gefunden.“[15]

Die Zielsetzung der Nationalsozialen, den Arbeitern diese „Seeräuberpolitik“ schmackhaft zu machen, bestimmte auch Inhalt und Stil nationalsozialer Kolonialpropaganda. Der Arbeiter könne seine Stellung im Staate nur verbessern, wenn er die aggressive Weltpolitik und, um Arbeit und Brot zu haben, alle Expansionsbestrebungen des hochentwickelten deutschen Industriestaates, auch gegenüber den konkurrierenden Mächten, unterstütze. Letztlich hätten die Arbeiter durch ihre stetige Vermehrung die Expansion lebensnotwendig gemacht und müßten daraus die politischen Konsequenzen ziehen. Diese Argumente kennzeichnen den Dilettantismus der ökonomischen und sozialen Anschauungen der nationalsozialen Führer.

Der nationalsoziale Bodenreformer Adolf Damaschke beabsichtigte, seine Bodenreform-Pläne in den Kolonien anzuwenden und sah sie in der vom Marineamt angewandten Praxis bei der Verwaltung Kiautschous verwirklicht – im Gegensatz zu den Praktiken des Reichskolonialamtes bei der Verwaltung der afrikanischen Kolonien.

Ende der neunziger Jahre wurde außerdem das Bagdadbahn-Projekt eins der hauptsächlichen Expansionsziele des deutschen Imperialismus. Entscheidende Triebkraft und Träger dieser Expansionsrichtung war die Deutsche Bank.[16] Der freisinnige Politiker und Bankdirektor Georg von Siemens war

---

13 *Die Hilfe,* Jg. 4, Nr. 7 v. 13.2.1898, S. 12.

14 *Ebenda,* Nr. 4 v. 23. 1. 1898, S. 2.

15 *Kautsky, Karl,* Schippel, Brentano und die Flottenvorlage, in: Die Neue Zeit, Jg. 18, Bd. 1, Nr. 24-26 v. 7.-21.3.1900.

16 S. auch *Jerussalimski, A. S.,* a. a. O., S. 266 ff., 357 ff., 676-698, 716 f.; *Helfferich, Karl,* Georg von Siemens, 3 Bde., Berlin 1921-1923, bes. Bd. 3, 5. Teil, Die Unternehmungen im Orient; *Schreiner, Albert,* Zur Geschichte der deutschen Außenpolitik 1871-1945, Bd. 1, 1871-1918, Berlin 1955, S. 249 ff.; *Rathmann, Lothar,* Stoßrichtung Nahost 1914-1918. Zur Expansionspolitik des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg, Berlin 1963.

führender Initiator und Organisator des imperialistischen Vorstoßes nach dem Nahen und Mittleren Osten. Bereits in den sechziger Jahren hatte er die Türkei und Persien wegen der von den mit ihm verwandten Gebrüder Siemens geplanten Telegraphenlinie England-Indien bereist und 1888 vom Auswärtigen Amt die Zustimmung zur Bewerbung um Konzessionen für kleinasiatische Bahnbauten erhalten. Er wirkte an dem 1890 unterzeichneten deutsch-türkischen Handelsvertrag mit. Im gleichen Jahr verkündete er im Reichstag die selbständigen Interessen des deutschen Kapitals in der Türkei und nahm wesentlichen Einfluß auf die Wandlung der Stellung des Freisinns zur Kolonialpolitik. „Im Gegensatz zu der großen Mehrheit seiner politischen Freunde hatte Georg Siemens ... von der Mitte der 80er Jahre an eine planmäßige und zielbewußte Kolonialpolitik befürwortet ...“[17] Im Jahre 1889 erwarb die Deutsche Bank die Aktien der AG der Orientalischen Eisenbahnen und gründete mit anderen deutschen Banken in Konstantinopel die Ottomanische Eisenbahngesellschaft Anatoliens, an der Siemens auch englisches Kapital beteiligen ließ. Anfang der neunziger Jahre beherrschte die Deutsche Bank in Kleinasien und auf dem Balkan bereits ein Eisenbahnnetz von rund 2000 Kilometern, deren Vertreter mit dem Sultan in zum Teil geheimen Unterredungen ihre Interessen verfochten. 1893 wurden von türkischer Seite die Konzessionen für den Bahnbau erweitert.

Die imperialistische Bagdadbahnpolitik wurde zum klassischen deutschen Beispiel der pénétration pacifique und der engsten Verflechtung von Finanzkapital und Staat bei der Verwirklichung räuberischer Ziele. Mit ihr wurde weitgehend die kolonialpolitische Konzeption der freisinnigen Parteien verwirklicht, da die Interessengruppen des Kapitals entscheidenden Einfluß besaßen, die Unternehmungen durch die Monopolgruppen selbst direkt inspiriert und geleitet wurden und die staatlichen Organe sich in der Regel den Planungen der Kapitalgruppen unterordneten, statt sie durch unnötige militaristische, administrative und bürokratische Maßnahmen und Einrichtungen zu erschweren. Es lag in der Natur dieses Vorgehens, daß diese Politik in viel geringerem Maße als die Kiautschou-Annexion oder die afrikanischen Expeditionen dem Urteil und der Kritik der Öffentlichkeit, des Parlaments und der Parteien zugänglich war. Sie rückte allerdings im Jahre 1898 durch die Orientreise Wilhelms II. in den Vordergrund.

Die Orientreise im Oktober 1898 brachte Wilhelm II. in persönlichen Kontakt mit Siemens. Beide führten – allerdings einzeln – mit dem Sultan Besprechungen, in deren Ergebnis die türkischen Konzessionen erneut erweitert und die geschäftlichen Beziehungen gefestigt wurden. Der wirtschaftliche und politische Einfluß Deutschlands in der Türkei wurde bedeutend gestärkt. Bülow, noch Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, trat unter dem Einfluß von Siemens aktiv für die neuen Pläne im Nahen Osten ein. Später charakterisierte er, an die Gespräche mit Siemens in Konstantinopel 1898 erinnernd, diesen mit den Worten: „Dieser hervorragende Geschäftsmann“, ist „der eigentliche Vater des Gedankens der Bagdadbahn.“[18] Die parteipolitische Bedeutung dieser Vorgänge bestand darin, daß sich die Freisinnige Vereinigung durch Siemens gegenüber der Regierung im Hinblick auf die Unterstützung der Expansionspolitik noch verbindlicher festlegte und in ihren illusionären Hoffnungen auf eine Liberalisierung der Innenpolitik als Kompensationsobjekt bestärkt wurde.

Die Freisinnige Volkspartei vermochte die Bedeutung der Nahostexpansion nicht zu erfassen und maß der orientalischen Kaiserreise nur geringe Bedeutung bei. Ihre kritische Anmerkung bestand in Hinweisen auf den Gegensatz der türkischen Armenienpolitik zu den Grundsätzen des Christentums. Tatsächlich boten sich der vordergründigen Kritik Eugen Richters hier wenig Ansatzpunkte. „Die einzige politische Kraft in Deutschland, die den neuen kolonialen Bestrebungen nach dem Osten entgegentrat, war die Sozialdemokratie.“[19]

Größere Bedeutung gewann die Kaiser-Reise im Dienste der Deutschen Bank für die Entwicklung des Nationalsozialen Vereins. Naumann hatte durch die „Hilfe“ aufgefordert, zahlreich an der Palästinareise des Monarchen teilzunehmen. Das führte noch vor der Fahrt zu einer inneren Auseinandersetzung im Verein, in der Naumann mit Hinweisen auf die Station Konstantinopel und die brutalen

17 *Helfferich, Karl,* a. a. O., Bd. 3, S. 203 f.
18 *Bülow, Bernhard Fürst v.,* Denkwürdigkeiten, Bd. 1, Berlin 1930, S. 253.
19 *Jerussalimski, A. S.,* a. a. O., S. 696.

Maßnahmen des Sultans gegenüber der armenischen Bevölkerung der Türkei entgegengetreten wurde. In der „Hilfe“ selbst war über die blutigen Massaker unter den Armeniern ausführlich berichtet worden. Naumann setzte sich über derartige humanistische und christliche Vorbehalte hinweg. Er forderte, die „alte preußische Politik der Türkenfreundschaft“ fortzusetzen und erfand eine zynische Ausflucht aus dem Konflikt, der zwischen seinem Bekenntnis zur Expansionspolitik und dem vieler seiner Anhänger zum Christentum hier aufgebrochen war: „Es handelt sich bei den Armeniern weniger darum, daß sie Christen sind, als daß sie Armenier sind.“[20]

Naumann nahm an der Orientreise 1898 teil und hielt dabei an seinem bisherigen Standpunkt zur türkisch-armenischen Frage fest. Ende des Jahres gab es erneute Auseinandersetzungen, bei denen zahlreiche Leser der „Hilfe“ den tendenziösen Berichten und Zeugen Naumanns widersprachen, die die Armenier als die eigentlich Schuldigen an den Pogromen bezeichneten.

In der Stellung zu anderen wesentlichen kolonialpolitischen Ereignissen am Ausgang des Jahrhunderts wurden die grundsätzlichen Positionen der Bejahung imperialistischer Expansion gefestigt. Damit verstärkten sich auch die Tendenzen zu einem Ausgleich im liberalen Lager auf Kosten der früheren oppositionellen Haltung. Dieser Prozeß verlief nicht kontinuierlich, sondern spiegelte die unterschiedlichen Erfolge der Expansionspolitik wie die Zwiespältigkeit der vom Freisinn vertretenen Interessen wider. Diese Widersprüchlichkeit erschien indes im wesentlichen nur noch in der Haltung der beiden Volksparteien.

1899 beteiligte sich der deutsche Imperialismus durch ein Abkommen mit der spanischen Regierung an der Auflösung des spanischen Kolonialreiches, wobei die Südseeinseln Karolinen, Marianen und Palau für 17 Millionen Mark gekauft wurden. Das am 12. Februar 1899 abgeschlossene Abkommen wurde von der Regierung wegen Ungewißheit über die endgültige Haltung der spanischen Seite zunächst geheimgehalten. Noch Mitte März verweigerte Bülow die Beantwortung einer entsprechenden Anfrage Richters. In den späteren Verhandlungen des Reichstages lehnten nur die Freisinnige und die Deutsche Volkspartei neben der Sozialdemokratie diese „friedliche“ Eroberung ab. Wiemer rechnete im Buchhalterstil Richters die Kaufsumme auf die geringe Anzahl Deutscher auf diesen Inseln um und kam auf 700.000 Mark pro Kopf. Daneben betonte er die ablehnende Haltung damit, daß der neue Besitz neue Flottenrüstungen rechtfertigen solle. Die Freisinnige Vereinigung sprach der Regierung für diese Aktion ihre Befriedigung aus, beurteilte den Preis und das Geschäft zurückhaltend, aber doch zustimmend, und entnahm den Erfahrungen in der Südsee die Hoffnung, daß die künftige Kolonialpolitik stärker ihren eigenen Vorstellungen entspreche. Auch hier lagen unmittelbare Belange der von der Vereinigung vertretenen Interessengruppen vor, insbesondere seitens der Reedereien, die ostasiatische Linien befuhren. So passierten beispielsweise die Dampfer des Norddeutschen Lloyd auf der Linie Bremen-Australien diese Inseln.

Die Zwiespältigkeit, mit der die herrschenden Klassen Deutschlands, die Regierung und die Parteien dem Spanisch-Amerikanischen Krieg gegenüberstanden, ist bei A. S. Jerussalimski sehr gut charakterisiert.[21] Die Freisinnigen unterstützten die von der Regierung schließlich aus zwingenden außenpolitischen und ökonomischen Gründen beobachtete neutrale Haltung gegenüber dem Konflikt. Selbst Richter sah sich Ende 1898 veranlaßt, dies ausdrücklich der Regierung zu versichern. Die Motive unterschieden sich von denen der weiter rechts stehenden, ursprünglich mit der spanischen Monarchie sympathisierenden Parteien, die aus ähnlichen Gründen wie die Regierung deren Neutralität hinnahmen, und lagen in der Orientierung liberaler Kreise auf Verbindungen mit dem englischen und amerikanischen Großkapital. Dazu schrieb Maximilian Harden im April 1898: „Unsere größten Banken stehen und fallen aber mit Amerika, und ihre Leiter, die zu klug sind, um einen dauernden Erfolg des vermorschten Spanierreiches überhaupt für möglich zu halten, wünschen nur, die Yankees möchten recht bald einen entscheidenden Sieg erringen.“[22]

---

20 *Die Hilfe,* Jg. 4, Nr. 38 v. 18.9.1898, S. 3.
21 *Jerussalimski, A. S.,* a. a. O., S. 640 ff.
22 Zit. nach *Derselbe,* a. a. O., S. 643.

Während Richter an der Niederlage Spaniens anknüpfte, um Vorbehalte gegen weitere territoriale Erwerbungen geltend zu machen, zogen die Nationalsozialen daraus neue aggressive Folgerungen. So forderte Naumann im; Sommer 1898 in einer Betrachtung zum Spanisch-Amerikanischen Krieg, überhaupt stärker mit der Möglichkeit von Kriegen zu rechnen. Er betrachtete den Krieg als glänzende Rechtfertigung der deutschen Flottenrüstung und betonte die Notwendigkeit der Verteidigungsfähigkeit der Kolonien. „Noch ist die Welt nicht völlig englisch, noch steigt die deutsche Sonne!“[23]

Der Krieg des englischen Imperialismus gegen die südafrikanische Burenrepublik (1899-1902) ließ den chauvinistisch-antienglischen Kurs des Nationalsozialen Vereins und Naumanns noch deutlicher hervortreten. Hier bestand ein wesentlicher Unterschied zur außenpolitischen Konzeption der freisinnigen Parteien. Bereits nach der Orientreise Wilhelms II. fühlte sich Naumann „durch Nachrichten über deutschenglische Vereinbarungen beunruhigt“.[24] Im Herbst 1899 kritisierte er in einem öffentlichen Vortrag in Berlin die Bemühungen bestimmter herrschender Kreise zu einer Annäherung an England und sah darin einen Widerspruch zu den verstärkten Flottenrüstungen. Als sich 1900 die Niederlage der Buren abzeichnete, wurde darin von nationalsozialer Seite „wieder ein Schritt zur Anglisierung der Menschheit“ gesehen, den man „mit wachsender Sorge“ beobachte. Die Freisinnigen blieben auch angesichts des südafrikanischen Krieges ihrer Linie eines friedlich-sachlichen Verhältnisses zu England treu, womit sie den nationalen Belangen und der Position der Sozialdemokratischen Partei näherkamen als die Nationalsozialen. Darin gab es unter ihnen keine erheblichen Meinungsverschiedenheiten. Das hinderte sie nicht, im Hinblick auf Stimmungen in der Bevölkerung gegen die Kriegführung des englischen Imperialismus in Worten ihre Sympathien für die Buren auszudrücken.

Der Ausbruch des antiimperialistischen Volksaufstandes in China im Frühsommer 1900 gab den Linksliberalen Gelegenheit, die Ergebnisse der von ihnen befürworteten ostasiatischen Politik kennenzulernen. „Die Nation“ betonte bald die Bedeutung der Vorgänge in China, womit sie sofort Spekulationen über die Auflösung des chinesischen Reiches verknüpfte. Von Anbeginn fand hier die Konzeption der herrschenden Kreise zur militärischen Machtentfaltung gegenüber China politische und moralische Unterstützung. „Jede wirksame Garantie gegen die Wiederholung ähnlicher Vorgänge kann deshalb nur in einer realen Machtentfaltung seitens der fremden Mächte bestehen. Man wird dabei zunächst an eine dauernde Besetzung Pekings und anderer wichtiger Plätze Chinas zu denken haben.“[25] Ende Juli griff Nathan diejenigen an, die das Recht der Chinesen, alle Eindringlinge zu verjagen, vertraten. Barth und die anderen Autoren der Zeitschrift sahen keinen Anlaß, angesichts der wachsenden Ausgaben für die Intervention in China energisch die Einberufung des Reichstages und die Wahrung seines Budgetrechts zu fordern.

Die Haltung der Freisinnigen Volkspartei war im grundsätzlichen die gleiche. Was jedoch bei den Ideologen der Freisinnigen Vereinigung als der eigene aggressive Standpunkt erschien, war bei ihr die zögernde und nörgelnde Billigung der von der Regierung unternommenen Schritte. „Die bürgerliche Opposition vom Schlage des Herrn Eugen Richter wollte im Grunde das chinesische Abenteuer ... Aber sie wollte mit sanfter Gewalt dazu gezwungen werden und dabei noch immer die unentwegte Freundin des Volkes spielen, die jedes überflüssige Opfer an Gut und Blut verabscheue.“[26] Am 21. Juni 1900 triumphierte die „Freisinnige Zeitung“ noch über die Wirkung der Bombardements von Taku auf die chinesische Regierung, um eine Woche später wieder die ganze ostasiatische Politik in Frage zu stellen. Sie war typisch für das von Mehring kritisierte Verhalten der liberalen Blätter, die statt einer klaren Stellungnahme „mit ungewissen Redensarten einherschwanken“.

Die „schlimmste Rede jener Zeit und vielleicht die schändlichste, die Wilhelm II. je gehalten hat“[27], die Hunnenrede, die selbst der Reichskanzler vor dem Reichstag zu verteidigen sich fürchtete, fand

---

23 *Die Hilfe,* Jg. 4, Nr. 33 v. 14.8.1898, S. 1 f.
24 *Ebenda,* Nr. 51 v. 18.12.1898, S. 3.
25 *Svendsen,* Das chinesische Imbroglio, in: Die Nation, Jg. 17, Nr. 38 v. 23.6.1900, S. 527 ff.
26 *Mehring, Franz,* Die Methode Bülow, in: Gesammelte Schriften, Bd. 14, S. 370.
27 *Bülow, B. Fürst v.*, a. a. O., S. 359.

ihre Verteidiger im Lager des staatsmännisch gesinnten Liberalismus. „Die Nation“ krittelte an der Tatsache der Veröffentlichung und den verschiedenen Versionen herum, ohne zum ungeheuerlichen Inhalt Stellung zu nehmen und bedauerte die Veröffentlichung, an der nur die prinzipiellen Gegner der Monarchie Freude gehabt hätten. Naumann blieb es vorbehalten, sich ausdrücklich auf den Boden der Hunnenrede zu stellen. Die Nationalsozialen waren seit Bekanntwerden der Unruhen in China bemüht, in der ersten Reihe der chauvinistischen Kreise zu marschieren, und unterstützten alle aggressiven Parolen, auch die nach einem deutschen Weltreich. Der skrupellosen Verteidigung der Hunnenrede und der Aufforderung zum Mord an den chinesischen Gefangenen entsprach Naumanns Haltung in der türkisch-armenischen Frage, so daß jetzt aus Widerspruch gegen diese Haltung des „Hunnenpastors“ eine Anzahl von Mitgliedern aus dem Verein ausschied. Auf dem unmittelbar folgenden Vertretertag in Leipzig gab es dazu eine weitere Auseinandersetzung. Die ideologischen Grundlagen des Vereins machten eine prinzipielle Klärung unmöglich. Ein Delegierter aus Lübeck berichtete auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Mainz, daß bei den Arbeitern und im Mittelstande eine tiefgehende Mißstimmung über die Weltpolitik vorhanden sei: „Man versuchte bei uns, einige Arbeiterkreise auf den nationalsozialen Leim des Hunnenpastors Naumann zu locken; man hat keinen Erfolg gehabt, mit ihrer Hunnenpolitik haben sich die Nationalsozialen ihr Grab vollends gegraben.“[28]

In der großen Reichstagsdebatte ab 19 November 1900 über die Aggression in China war es nur noch die Sozialdemokratie, die durch Bebel prinzipiell die Grundsätze des Rechts und der Moral in der internationalen Politik verfocht. Richter erklärte zwar seine teilweise Übereinstimmung mit Bebel, beeilte sich aber, gleichzeitig zu betonen, daß seine „Grundanschauung in der Sache eine durchaus andere ist“. Seine Kritik beschränkte sich auf sekundäre Erscheinungen, wie die Übernahme des Oberbefehls, den theatralischen Rummel um Waldersee und die Verquickung von Politik und Religion.

In der von ihm besonders betonten Frage der Mißachtung des Reichstags und des Budgetrechts erlitt er durch Bülow eine Niederlage. Der Reichskanzler konnte Richter Textstellen der „Freisinnigen Zeitung“ entgegenhalten, in denen im Sommer die Einberufung des Reichstags als sachlich nicht notwendig und wenig dringlich bezeichnet worden war. Wie so oft schon erhielt die freisinnige Halbheit auch hier von rechts die Quittung.

Rickert zeigte sich von den Erklärungen des Kanzlers und des Kriegsministers befriedigt. Er versuchte erneut eine Rechtfertigung der Hunnenrede und begnügte sich in seiner Kritik mit einigen Redensarten gegen absolutistische Tendenzen. Schließlich vertrat er die Meinung, „daß man dabei um ein paar Tausend Mark“ nicht handeln solle. Payers Rede war von bürgerlicher Seite her noch die vertretbarste. Er kritisierte die Redner, die das formelle Entgegenkommen der Regierung in der Indemnitätsfrage „fast zu Tränen gerührt hat“. Er wies die Rechtfertigungsversuche des Kriegsministers hinsichtlich der Kaiserreden zurück und forderte Untersuchungen über die Strafexpeditionen in China.

Payers Rede kann als charakteristisch für den Standpunkt der Deutschen Volkspartei zur Kolonialpolitik betrachtet werden. Die Partei spielte in diesen Fragen im Reichstag eine sehr untergeordnete Rolle. Im allgemeinen stimmte sie wie auf anderen Gebieten mit der Freisinnigen Volkspartei, mit der sie in einer Fraktionsgemeinschaft verbunden war. Selten ergriffen ihre Redner in kolonialpolitischen Fragen das Wort, aber dann kamen sie allerdings meist der sozialdemokratischen Opposition am nächsten, da sich in ihrer Position unmittelbare Interessen der Werktätigen, klein- und mittelbürgerlicher Schichten Südwestdeutschlands bemerkbar machten. Diese Position wurde durch den Gegensatz zum preußischen Militarismus und Marinismus noch verstärkt.

Somit läßt diese Entwicklung erkennen, daß jeglicher ernsthafte bürgerliche Widerstand gegen die Kolonialpolitik bereits gebrochen war. Sie bestätigt Lenins These, „daß von politischem Radikalismus bis zu politischem Opportunismus nur ein Schritt ist, sofern eine materialistische Kritik der politischen Einrichtungen unterbleibt und der Klassencharakter des modernen Staates nicht begriffen

[28] Sd. Parteitag zu Mainz 1900, S. 164.

wird“.[29] Aus den sozialökonomischen Zusammenhängen wurde deutlich, daß dieser Prozeß gesetzmäßigen Charakter hat. In der Folgezeit verflachte die liberale Opposition gegen die Kolonialpolitik zu einem Moment des widersprüchlichen, aber endgültigen Einschwenkens zur imperialistischen Reaktion.

2. Die Flottenrüstung (1897-1900)

Mitte der neunziger Jahre wurden die Pläne zu einer außerordentlichen Verstärkung der Flottenrüstungen mit erhöhtem Nachdruck verfolgt. A. S. Jerussalimski hat die weitreichende Bedeutung des Kampfes um die Flotte ausgezeichnet charakterisiert: „Der Kampf der Klassen um die Frage der Schaffung einer großen Kriegsflotte stellte eins der wichtigsten Momente der Geschichte Deutschlands am Ende des 19. Jahrhunderts dar, und die Analyse der wichtigsten Phasen dieses Kampfes hat unserer Meinung nach wesentliche Bedeutung für das Verständnis der Gruppierung der parteipolitischen Kräfte, die sich zusammenschlossen, um die Reaktion auf allen Gebieten des Lebens, um die Expansion und die aktive Vorbereitung zum Kampf um die Neuaufteilung der Welt, für die künftige Errichtung der Weltherrschaft des deutschen Imperialismus zu verstärken.“[30]

Am 20. März 1897 wurde der Bau eines Panzerkreuzers mit den Stimmen der Freisinnigen bewilligt; weitergehende Forderungen wurden von Zentrum, Sozialdemokraten, Freisinnigen, Polen, Welfen und Elsässern mit 204 gegen 143 Stimmen verworfen. Diese Ablehnung verstärkte aber nur noch die Aktivität der militaristisch-chauvinistischen Kräfte, so daß die Tirpitzschen Flottenpläne in den Vordergrund der parteipolitischen Kämpfe rückten. In diese Zeit fällt das Bemühen der Freisinnigen Vereinigung, sich dem imperialistischen Flottenrüstungsprogramm anzuschließen. An Vorbehalten teilte sie mit der Freisinnigen Volkspartei nur noch die Gegnerschaft zu dem Septennat, das mit der Vorlage 1897/98 verbunden worden war. Mehring charakterisierte diese Art konstitutioneller Gefechte folgendermaßen: Aber es ist ein nicht übler Schachzug des ‚Marine-Roons‘, daß er seine Forderungen mit dem Septennat bepackt und damit den liberalen Walfischen eine Tonne zum Spielen hingeworfen hat.“[31]

Sell bemerkt, daß „die parlamentarische Opposition gegen die Flotte viel schwächer als die gegen die Kolonien“ war.[32] Die Ursache dafür liegt im wesentlichen beim Freisinn, der keine grundsätzliche Gegnerschaft erkennen ließ, wobei die Berufung auf das Flottenprogramm der Revolutionszeit eine große Rolle spielte. Anfang Dezember 1897 stimmte Richter Hohenlohe im Prinzip der Flottenrüstung zu mit der Erklärung: „Die deutsche Flotte, sie ist aus der demokratischen Volksbewegung des Jahres 1848 hervorgegangen.“[33] Und als Hohenlohe in einer Rede zum Flottengesetz 1900 dieses freisinnige Argument aufgriff, wurde dies von der „Freisinnigen Zeitung“ wohlwollend registriert. Die Berufung auf 1848 stellte eine grobe Verfälschung dieser Traditionen und eine verhängnisvolle Apologetik der imperialistischen aggressiven Rüstungskonzeption dar. „Die erstarkende Bourgeoisie, die damals noch einige Kraft und Mannheit besaß, drängte ebenso aufs Meer, wie sie zur Freiheit drängte. Kein Flottenlied der damaligen politischen Lyrik, das in der Flotte etwas anderes sah als eine Waffe gegen den Despotismus!“[34]

Das parlamentarisch-politische Verhalten der Freisinnigen Vereinigung in der Flottenfrage wurde durch ihre sozialökonomischen Bindungen vorbestimmt. Neben der Schwerindustrie und der Schiffsbauindustrie waren auch die Reedereien angesichts der internationalen Konkurrenz und der Möglichkeit internationaler Konflikte an einer Stärkung der überseeischen Positionen Deutschlands interessiert.

In Handelskreisen vollzog sich in diesen Jahren ebenfalls ein Umschwung von der bisher überwiegenden Ablehnung der starken Vermehrung der Kriegsflotte. Das begründete Frese in einer Reichs-

---

29 *Lenin, W. I.,* Was sind die Volksfreunde und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten, in: Werke, Bd. 1, Berlin 1961, S. 257.
30 *Jerussalimski, A. S.,* a. a. O., S. 784.
31 *Mehring, Franz,* Der Tanz mit dem Moloch, in: Gesammelte Schriften, Bd. 14, S. 193.
32 *Sell, F. C.*, a. a. O., S. 287.
33 *Reichstag,* 9. Leg.per., 5. Sess., Bd. 1, S. 68.
34 *Mehring, Franz,* Tragikomische Zwischenspiele, in: Die Neue Zeit, Jg. 18, Nr. 17 v. 17.1.1900, S. 516.

tagsrede am 31. Januar 1899: „Aber eines gebe ich gern zu: die Zeit, wo vielleicht der deutsche Handel und der der Hansestädte des starken Schutzes der Flotte entbehren konnte, ist vorüber, weil die Zeiten sich gewandelt haben, weil das Deutsche Reich, emporgekommen, so große Werte für die Einfuhr und Ausfuhr geschaffen hat und so große Werte in seinen modernen und immer verbesserten Schiffsinstrumenten hat, daß jetzt allerdings lebhaft – und auch in den Hansastädten – ein Schutz des Handels gewünscht werden muß.“[35] Hallgarten nennt Rickert, „der sich und das von ihm herausgegebene führende Danziger Presseorgan zum Anwalt der Werftinteressen seines Wahlkreises Danzig machte ...“ Er sieht ebenfalls 1897 den Umschwung in der Haltung der Vereinigung, die angesichts der bevorstehenden Reichstagswahlen „ihrem Stamm hanseatischer und kapitalistischer Wähler“ Rechnung tragen mußte.[36]

Am 13. Januar 1898 fand im Berliner Hotel Kaiserhof eine Versammlung von Vertretern des Handels und der Industrie statt, die sich für die Unterstützung der Flottenrüstung entschied und einen entsprechenden Einfluß sowohl auf die Freisinnige Vereinigung als auch auf die liberale Presse, besonders das „Berliner Tageblatt“ und die „Frankfurter Zeitung“ nahm. Schon einen Monat vorher hatte Barth im Reichstag die Begründung der Marinevorlage ob 'ihrer Berücksichtigung „unserer überseeischen Interessen“ gelobt, „gerade jene industriellen und Handelsinteressen, die über die Grenzen des eigenen Landes hinausreichen und den Weltverkehr berühren“.[37] Von der Deutschen Bank und Siemens wurde die Befürwortung der Flottenrüstung durch die Freisinnige Vereinigung beeinflußt, denn die Interessen der monopolistischen Bank waren grundsätzlich mit der Aufrüstung und dem Expansionsstreben verbunden. Außerdem bestanden unzählige direkte Verbindungen durch Kapitalanlagen und Anleihen in überseeischen Ländern. Siemens spielte in der Flottenagitation der Deutschen Kolonialgesellschaft eine „große, aber unsichtbare Rolle“.[38] Nach der Annahme des ersten Flottengesetzes 1898 gehörte er zu den Gründern des Deutschen Flottenvereins und begab sich dabei in eine Gesellschaft, der die Freisinnige Vereinigung in anderen Fragen in erheblichen Interessengegensätzen gegenüberstand. „Das Zentrum hat die Annahme des Flottengesetzes entschieden, und der zahlungsfähigste Teil der liberalen Bourgeoisie ist desselbigen Weges gefahren.“[39]

Damit war auch das Verhalten zum Flottengesetz von 19001 abgesteckt. Am 9. Februar 1900 konnte sich Rickert im Reichstag auf eine Petition von 29 Handelskammern an den Reichstag berufen, die die neue Flottenvorlage unterstützten. Darunter befanden sich jene, welche „die größten Reedereien der Welt in ihrer Mitte haben, ·von Bremen und Hamburg ...“ Die einflußreiche, unter freisinnigem Einfluß stehende Berliner Handelskammer nahm eine ähnliche Stellung ein. Frese unterstützte in der Kommission des Reichstages das neue Projekt. Inzwischen war in der Reichstagswahl 1898 mit Broemel durch die Wogen des Flottenchauvinismus in Stettin ein weiterer Vertreter der Flotteninteressen in die Fraktion gekommen. Ihre Prinzipienlosigkeit und besonders ihr Geschäftsgeist wurden in einer Rede von Barth zum ersten Flottengesetz im Dezember 1897 deutlich. „Die Frage kann sich nur darum drehen: geht es nicht anders besser und billiger? Ist es nicht möglich, das Ziel, das wir als ein berechtigtes anerkennen, auch auf einem anderen Wege zu erreichen, der weniger kostspielig ist als dieser?“[40]

Die Regierungskreise schätzten den staatsmännischen Eifer der Vereinigung richtig ein. So äußerte sich Bülow am 3. August 1897 gegenüber Wilhelm II. über die Schwierigkeiten mit den Parteien bei der Flottenvorlage und rechnete dabei neben den Nationalliberalen nur hinsichtlich der „sogenannten Wadenstrümpfler“ mit einer sicheren Unterstützung. Bei der Marinevorlage von 1900 sahen die leitenden Beamten die entscheidende Frage in der Gewinnung von Konservativen und Zentrum: „Mit Herrn Rickert und Barth können wir keine Gesetze machen und kein Geld schaffen.“[41] Vor der

---

35 *Reichstag,* 10. Leg.per., 1. Sess., Bd. 1, S. 561.
36 *Hallgarten, George W. F.,* a. a. O., S. 398, 445.
37 *Reichstag,* 9. Leg.per., 5. Sess., Bd. 1, S. 60 f.
38 *Jerussalimski, A. S.,* a. a. O., S. 464.
39 *Mehring, Franz.,* Flottengesetze und Zentrum, in: Gesammelte Schriften, Bd. 14, S. 218.
40 *Reichstag,* 9. Leg.per., 5. Sess., Bd. 1, S. 62.
41 *Hohenlohe-Schillingsfürst, Fürst Chlodwig zu,* Denkwürdigkeiten der Reichskanzlerzeit, Stuttgart-Berlin 1931, S. 538.

Annahme des Flottengesetzes 1900 suchte Rickert den Reichskanzler auf, um ihm „seine Besorgnisse über das Schicksal der Flottenvorlage auszusprechen". Er versuchte, unter Berufung auf die Beunruhigung der Handelskreise und Hansestädte über das Fleischschau-Gesetz einige Zugeständnisse für die freisinnige Unterstützung der Flottenvorlage einzuhandeln und erklärte sich Hohenlohe gegenüber bereit, jederzeit „zu kommen, um sich Direktiven zu holen".[42] Ende 1899 drückte auch die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" die Befriedigung der nationalliberalschwerindustriellen Flotteninteressenten über den Kurs der Freisinnigen Vereinigung aus. Neben der parlamentarischen Unterstützung leistete die Vereinigung beim Zustandebringen der Gesetze auch durch Versammlungen, Resolutionen und ihre Presse propagandistische Hilfe.

Die Festlegung der Haltung gegenüber dem Flottenbau durch die in der Partei ausschlaggebenden Interessengruppen führte dazu, daß die Vereinigung für die Vermehrung der Rüstungslasten eintrat und damit gegen fundamentale Volksinteressen verstieß. Es ist bezeichnend, daß Anfang 1900 Barth gegen die Flottenopposition polemisierte, die die Deckungsfrage betonte. Er behauptete, daß Deutschland die notwendig werdenden Steuererhöhungen tragen könne. Gleichzeitig bedeutete die Unterstützung der mit starken Beschränkungen der Reichstagsrechte verbundenen Flottenvorlagen eine weitere Einschränkung der liberal-konstitutionellen Plattform. Mehrfach hatte Mehring allein unter diesem Aspekt die völlige Unannehmbarkeit der Marinevorlagen vom Standpunkt eines strikten Konstitutionalismus vermerkt. Die Partei verhielt sich in den konstitutionellen Fragen so, wie es ein Teilnehmer der Kapitalisten-Tagung am 13. Januar 1898 gefordert hatte: „Die ‚konstitutionellen Bedenken' sind tatsächlich Hokuspokus der Parteipolitik, der in jeder halbwegs verständigen Generalversammlung einer Aktiengesellschaft einer ähnlichen Frage gegenüber unmöglich wäre."[43]

Die Führer der Partei scheuten jedoch nicht einmal zurück, sich auf das Volk, auf die angebliche tiefe und breite patriotische Volksbewegung für die Flotte zu berufen. Zur Rechtfertigung ihrer prinzipienlosen Schacherpolitik um die Flotte und der Preisgabe liberaler Grundsätze bedienten sie sich, besonders Eugen Richter gegenüber, der These, daß die Frage der Stellung zur Flotte nicht das Wesen des Liberalismus berühre. Damit gingen sie den Problemen der wirklichen Gefahr der imperialistischen Flottenrüstung und ihres reaktionären Charakters aus dem Wege, denn die verstärkte Machtpolitik bedrohte selbst die Interessen des Handels und des Weltverkehrs.

Die Freisinnige Vereinigung versuchte, die zwiespältige Haltung der Agrarier zur Flotte politisch zu einem Druck auf die regierenden Kreise auszunutzen, um den eigenen Einfluß zu verstärken und Zugeständnisse, vor allem in der Handelspolitik, zu erreichen. Im Juni 1900 richtete Siemens im Reichstag Angriffe gegen die Agrarier, um zu beweisen, daß der Freisinn die bessere Flottenstütze sei. Zu den wahren Absichten des Freisinns bemerkte Mehring: „Den liberalen Fraktionen, die jetzt für die Flotte stimmen, ist sie nur die Wurst, womit sie nach der Speckseite werfen. Sie möchten so unendlich gern regierungsfähig werden ..."[44] Die Freisinnige Vereinigung beteiligte sich damit an einer verhängnisvollen antinationalen Politik. „Die Forcierung des Kriegsflottenbaus war der erste waghalsige Sprung des deutschen Imperialismus in das Verderben einer uferlosen, abenteuerlichen Weltmachtpolitik."[45]

Der Nationalsoziale Verein stellte sich ohne Einschränkung in den Dienst der Flottenrüstung. Noch vor der Gründung des Vereins war diese Haltung von Naumann vorgezeichnet worden: „... wir leben nun einmal in einem Zeitalter, wo die einzelnen Völker große Wirtschaftskörper sind, und deshalb können wir uns der Möglichkeit nicht entziehen, daß es Gegensätze gibt, die nur mit Pulver und Blei ausgeglichen werden können. Es gibt Machtfragen, darum brauchen wir die Macht."[46] Die Forderung der Regierung nach neuen Kriegsschiffen wurde grundsätzlich unterstützt. Ob seiner bedingungslosen Unterstützung außerordentlicher Rüstungsmaßnahmen christlich motivierten Angriffen aus der

---

42 Ebenda, S. 565.

43 Zit. nach *Kehr, Eckart,* Schlachtflottenbau und Parteipolitik 1894-1901, Berlin 1930, S. 118 f. (Historische Studien, H. 197).

44 *Mehring, Franz*, Realpolitik, in: Die Neue Zeit, Jg. 18, Bd. 2, Nr. 37 v. 6.6.1900, S. 289 ff.

45 *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,* Bd. 2, S. 26 f.

46 *Die Hilfe,* Jg. 1, Nr. 10 v. 10.3.1895, S. 1.

Anhängerschaft ausgesetzt, nahm Naumann mit keinem Geringeren als seinem Herrn Rücksprache und unterrichtete dann die Öffentlichkeit über deren Ergebnis: „Mir ist, als hörte ich Jesus sprechen: Das will ich nicht, gehet hin, baut die Schiffe und bittet Gott, daß ihr sie nicht braucht!“[47] Natürlich trat er später auch für den Gebrauch der auf Empfehlung von Krupp und Jesus gebauten Flotte ein.

So trat der Verein „mit fröhlicher Tirpitzgläubigkeit“ (Heuss) in die Agitation für die Flottengesetze von 1898 und 1900 ein. „Wer nationalsozial denkt, ist für die Flotte. Es lebe die deutsche Seetüchtigkeit.“[48] Naumann schlug vor, die Wahlen von 1898 unter der Flottenparole durchzuführen. Offensichtlich rechnete er sich darunter die besten Chancen im Kampf um Sitze im Reichstage aus. Die kleine Gruppe entwickelte 1897-1898 bis zur Annahme des Flottengesetzes und zur Reichstagswahl eine rege Versammlungs- und Agitationstätigkeit, in der sie vor allem für die Flotte, die Expansionspolitik und, sehr untergeordnet, für ihre sozialreformerische Politik eintrat. Auch hier versuchte man, unter den Arbeitern Einbrüche zu erzielen, was in der Regel am sozialdemokratischen Einfluß und dem gesunden Klassengefühl der Arbeiter scheiterte.

Neben der Versammlungstätigkeit wurde durch Flugblätter und Schriften agitiert. In der Flottenkampagne 1897/98 erschienen u. a. die Broschüre „Die deutsche Flotte und das deutsche Volk“, die Flugblätter „Die modernen Flotten“, „Warum unterstützen die Nationalsozialen eine Weltpolitik Deutschlands?“ und die Übersichtstafel „Gefechtskräfte zur See“. Die Auflagenhöhe war teilweise sehr erheblich. Das Flugblatt „Deutschlands Seemacht“ erfuhr im Herbst 1899 bereits die 4. Auflage, das 4.-5. Hunderttausend, und im Frühjahr 1900 überschritt die Gesamtauflage die Million.

Trotz der Ablehnung seitens der Arbeiter und selbst bürgerlicher Schichten setzte der Verein 1899-1900 seine Flottenagitation fort. Im November 1899 referierte Naumann in öffentlicher Versammlung in Berlin über „Flotte und Reaktion“; das Stenogramm wurde broschiert für Agitationszwecke vertrieben. In seinem Vortrag hob er besonders den anti-englischen Charakter der deutschen Flottenrüstung sowie die angeblichen Interessen der Arbeiter am Bau der Kriegsschiffe hervor und äußerte sich wohlwollend über den Flottenverein. In der Tat: „Worte, mitunter ganz kräftige und treffende, obschon immer wirkungslose Worte, haben die Nationalsozialen gegen die ausbeutenden Tendenzen des Kapitalismus gefunden; ihre Taten beginnen aber damit, in nicht ganz unwirksamer Weise, mit brennendem Eifer und höchstens schüchtern gemurmelten Vorbehalten, eine Geschäftspolitik zu unterstützen, die den ausbeutenden Tendenzen des Kapitalismus noch eine reichliche Galgenfrist sichern soll.“[49]

Auch bei der Freisinnigen Volkspartei konnte von einer grundsätzlichen Gegnerschaft zur Flottenrüstung nicht die Rede j sein. Die Unterschiede zur Freisinnigen Vereinigung besitzen symptomatische Bedeutung und verdeutlichen den widersprüchlichen Prozeß der Durchsetzung imperialistischer Ideologie und Politik im deutschen Liberalismus. Als Ausgangspunkt muß der qualitative Unterschied zum Kampf der revolutionären Sozialdemokratie gegen Militarismus und Rüstung fixiert werden. „In allen bürgerlichen Parteien rumort die Flottenratte; gänzlich seuchenfest ist keine mehr, auch nicht die Freisinnige oder Deutsche Volkspartei.“[50] Das bewies die erste Grundsatzdebatte zur Marinevorlage von 1897/98, bei der Richter erklärte: „Der Herr Fürst Hohenlohe sagte, die Mehrheit des Reichstags habe bisher in thesi die Notwendigkeit der Flotte und ihres Ausbaues anerkannt; vollständig richtig, wir schließen uns von dieser Anerkennung durchaus nicht aus.“[51] Und am 9. Februar 1900 stimmte er im Reichstag der Behauptung von Tirpitz zu, daß sich Flottenfreunde und Flottengegner nur in den Ansichten über den Umfang und das Tempo der Verstärkung der Marine unterschieden. Dieses Bestreben, die bürgerliche Ausgangsposition zu markieren und sich von der sozialdemokratischen Kritik an der Aufrüstung abzugrenzen, charakterisiert die innere Schwäche des Richter-Freisinns und seine Furcht vor der Reaktion. Schon in den Vorgefechten um das Flottengesetz 1900

---

47 Zit. nach *Heuß, Theodor,* Friedrich Naurnann, Der Mann, das Werk, die Zeit, Stuttgart-Berlin 1937, S. 138.
48 *Die Hilfe,* Jg. 3, Nr. 49 v. 5.12.1897.
49 *Mehring, Franz,* Tragikomische Zwischenspiele, in: Die Neue Zeit, Jg. 18, Bd. 1, Nr. 17 v. 17.1.1900, S. 513 ff.
50 *Derselbe,* Flottenfrage und Reichstag, in: Gesammelte Schriften, Bd. 14, S. 324.
51 *Reichstag,* 9. Leg.per., 5. Sess., Bd. 1, S. 68.

verteidigte Richter die „Verdienste“ des Reichstags und seiner eigenen Fraktion um die bisherigen maritimen Rüstungen. Die „Freisinnige Zeitung“ versuchte im Februar 1900 Kontinuität in der wohlwollenden Stellung Richters zur Flotte nachzuweisen. Diese Tendenzen waren Ausdruck der Klassenposition der Freisinnigen Volkspartei, die sie einmal in die Opposition zu den volksfeindlichen, friedensbedrohenden Rüstungen, ein andermal wieder zum Anschluß an die anderen Fraktionen und Parteien der Bourgeoisie trieb.

Der dritte Parteitag der Freisinnigen Volkspartei 1897 forderte im Programm für die Reichstagswahlen: „Schutz der heimischen Küsten und Schutz der Reichsangehörigen im Auslande gegen Gefährdungen des Handels, der Personen und des Eigentums durch Rechtswidrigkeiten, aber keine Erweiterung der Flotte für Paradezwecke oder im Interesse einer sogenannten Weltpolitik.“[52] In der Rede zur Begründung dieses Programms sagte Richter, daß es fehlerhaft sei, die Hebung des Absatzes und des Handels von der maritimen Gewalt zu erwarten. Ein wesentlicher Teil des Widerstandes bezog sich auf die Ablehnung einer langjährigen Bindung des Reichstags. „Meine Herren, das hier ist kein Gesetz zur Stärkung der Wehrkraft gegen das Ausland, sondern ein Gesetz gegen die eigene Volksvertretung, gegen das eigene Volk, es ist geboren aus einem Mißtrauen gegen die Volksvertretung.“[53] Diese Kritik wurde mit der Polemik gegen die Neigung zum Absolutismus verbunden. In diesen Positionen äußerte sich ein Rest liberalen Ideengutes von Gesetzlichkeit und Legitimität. Weitere Vorbehalte, von Richter meist sehr ausführlich und detailliert abgehandelt, richteten sich gegen die Finanzpolitik. Er wies auch wiederholt die demagogischen Behauptungen der Flottenagitatoren – auch der freisinnigen und nationalsozialen – von der Spontaneität der Flottenkampagne zurück: „Diese Flottenschwärmerei ist nicht von unten gekommen, sondern von oben.“[54]

Diese Vorbehalte gegen die imperialistische Flottenrüstung bilden den einzigen ernsthaften bürgerlichen Widerstand auf parteipolitischem Gebiet. „Die linksbürgerliche Opposition... erwies sich als nicht imstande, die Rolle der kapitalistischen Monopole und des Finanzkapitals als der Hauptinspiratoren des Regierungsprogramms für den Flottenbau zu entlarven.“[55] Das schloß nicht aus, daß in einzelnen Fällen auch Angriffe gegen Monopole und Finanzgruppen gerichtet wurden. In einer Rede gegen die Flottenpläne von 1899/1900 griff Richter Bebels Begriff der „Geschäftspatrioten“ auf und unterstützte dessen Kritik an den kapitalistischen Rüstungsinteressenten. Kurz danach wurde in der „Freisinnigen Zeitung“ Krupp als „Oberregisseur der Flottenagitation“ angegriffen, der in der Flottenagitation gegen England hetzen ließ und gleichzeitig dem englischen Imperialismus für den südafrikanischen Krieg Munition lieferte. Ende März 1900 wurden Enthüllungen über Krupps monopolistische Riesenprofite beim Flottenbau veröffentlicht. Die kleinbürgerlichen Anschauungen hinderten jedoch die führenden Kreise der Partei, aus solchen Einzelurteilen Erkenntnisse über die Grundlagen und die inneren Triebkräfte der imperialistisch-militaristischen Entwicklung und ihre historische Tragweite abzuleiten.

Trotz dieser Zwiespältigkeit und Inkonsequenz empfanden die herrschenden Kreise die Opposition der beiden Volksparteien gegen die Flottenpläne als unbequem. Sie stand ihrem Bestreben entgegen, die Sozialdemokratie in ihrer Flottengegnerschaft zu isolieren. Die Gewinnung des Richter-Freisinns erschien ihnen offensichtlich nicht als aussichtslos. Am 1. November 1897 schrieb Hohenlohe an seinen Sohn: „Was die Marinevorlage betrifft, so sollte ... Admiral Tirpitz sich mit den Parteiführern ins Benehmen setzen und auch Richter nicht umgehen.“[56] Tirpitz verfuhr in dieser Weise, ließ seine Mitarbeiter Vorbesprechungen einleiten und trat unter Kenntnis der Stimmung selbst in Verhandlungen ein. „An Eugen Richter war ja nicht heranzukommen.“[57] Nachdem dieser Versuch noch einmal mißlungen war, richtete sich die Flottenagitation, wie sie insbesondere von der Deutschen Kolonial-

---

52 Der dritte Parteitag der Freisinnigen Volkspartei, Nürnberg, 12.-14. Sept. 1897, hg. v. d. geschäftsführenden Ausschuß, Berlin 1897, S. 38 f.

53 *Reichstag,* 9. Leg.per., 5. Sess., Bd. 1, S. 79.

54 *Ebenda,* 10. Leg.per., 1. Sess., Bd. 5, S. 3985.

55 *Jerussalimski, A.* S., a. a. O., S. 441; s. auch *Kehr, Eckart,* a. a. O., S. 293.

56 *Hohenlohe-Schillingsfürst,* a. a. O., S. 399.

57 *Tirpitz, Alfred v.,* Erinnerungen, Leipzig 1919, S. 100.

gesellschaft und dem Flottenverein getragen wurde, auch gegen die Freisinnige und Deutsche Volkspartei.

Im November 1899 wurden in einer Beratung des Reichskanzlers mit den Staatssekretären Tirpitz, Bülow, Posadowsky und Thielmann nach einem Bericht von Tirpitz die Kompensationsobjekte für die Sicherung einer Mehrheit für die neue Marinevorlage festgelegt: „Was die Liberalen betrifft, so müsse das Verbindungsverbot der Vereine aufgehoben werden und den Berufsvereinen größere Freiheit gewährt werden.“[58] Angesichts der zuverlässigen Flottenbejahung der Nationalliberalen und der Freisinnigen Vereinigung sollte das der Untergrabung der Stellung Richters und seiner Anhänger dienen. Anfang Mai 1900 teilte die „Weserzeitung“ mit, daß Vertreter von Tirpitz mit leitenden Mitgliedern der Freisinnigen Volkspartei – von denen der Abgeordnete Schmidt-Elberfeld genannt wurde – Kontakte aufgenommen hätten, um die Partei für die Vorlage zu gewinnen.

Im Juni 1900 stimmten beide Volksparteien gegen das Flottengesetz – noch war der innere Prozeß zur uneingeschränkten Bejahung der imperialistischen Aufrüstung nicht völlig ausgereift. Aber Richter schien bereits die weitere Haltlosigkeit dieser unentschiedenen Position angesichts der Verschärfung der politischen Kämpfe zu spüren. In einem Gespräch mit Bülow im März 1900 sagte er zu dessen Auslassungen über Flotte und „deutsche Seegeltung“ resignierend: „Sie mögen recht haben. Ich bin aber zu alt, ich kann die Wendung nicht mehr mitmachen.“[59]

Die Stellung zur maritimen Rüstung gewann in jenen Jahren auch vorrangige Bedeutung für die Beziehungen zwischen den kleinen liberalen Parteien und die Möglichkeiten ihres Zusammenwirkens. Im Herbst 1897 waren die Differenzen nach dem offenen Eintreten der Freisinnigen Vereinigung für die Marinevorlage in einem scharfen Streit in der Presse zwischen Barth und Richter aufgebrochen. Barth hatte auf dem Parteitag der Deutschen Freisinnigen Partei in Schleswig-Holstein am 3. Oktober 1897 in Neumünster die ganze Frage zu einer Sache der „Fachmänner“ abgewertet. Die „Freisinnige Zeitung“ griff diese Konzeption an und vertrat in einigen Fragen einen positiven Standpunkt. Der charakteristische Unterschied bestand darin, daß die Freisinnige Volkspartei das Problem und die Meinungsverschiedenheit prinzipiell auffaßte, während die Ideologen der Freisinnigen Vereinigung darin betont eine bloß taktische Frage sehen wollten. Dieser Gegensatz spiegelt die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Fraktionen des Groß- und Kleinbürgertums wider. Eine Angleichung war nur noch mit reaktionärer Tendenz, auf Kosten der demokratischen Interessen möglich und vollzog sich in den folgenden Jahren in dieser Richtung.

Nach der Annahme des Flottengesetzes 1898 schrieb Barth über die Zustimmung der Freisinnigen Vereinigung: „Wir haben uns damit in der Flottenfrage in einen entschiedenen Gegensatz zu der ‚Freisinnigen Volkspartei‘ und der ‚Süddeutschen Volkspartei‘ gestellt.“[60] Dieses Verhalten verzögerte erheblich ein Zusammenwirken zur Reichstagswahl. Die Freisinnige Volkspartei kritisierte weiter hartnäckig das völlige Einschwenken der Vereinigung auf den Flottenrüstungskurs der Reaktion, während Rickert, Barth und ihre Anhänger alle ähnlichen Tendenzen in den Volksparteien zu fördern suchten. Diese Tendenzen nahmen unter den Wirkungen der expansionistischen Aktivität der Mächte und der herrschenden Klassen in Deutschland in dieser Zeit immer mehr zu. Sie waren Ausdruck des Schwankens der kleinbürgerlichen Schichten und eine weitere Ursache der Schwäche der volksparteilichen Flottenopposition. Am 16. Februar 1898 trat in einer Versammlung des Reichstagskandidaten Fischbeck ein Stadtverordneter gegen die Parteiführung auf: „Ob wir einmal für etwas mehr oder weniger Flotte sind, sei nebensächlich. Jawohl, das sind gegenüber den großen Fragen Nebenpunkte. Eine Partei schadet sich durch das starre Festhalten an Prinzipienfragen.“[61] Rickert erklärte in seinen Reichstagsreden wiederholt, gegen Richter polemisierend, daß innerhalb der Volksparteien zahlreiche Mitglieder in der Flottenfrage den Standpunkt der Vereinigung teilten. Diese zweckgerichteten Behauptungen waren zweifellos nicht unbegründet; die spätere Entwicklung gab ihnen recht.

---

58 *Hohenlohe-Schillingsfürst,* a. a. O., S. 538.

59 *Bülow, B. Fürst v.,* a. a. O., S. 417.

60 *Barth, Theodor,* Die Flotte im Hafen, in: Die Nation, Jg. 15, Nr. 26 v. 26.3.1898, S. 375.

61 Zit. nach *Wippermann, Karl,* a. a. O., 1898, Bd. 1, S. 165.

Da in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts die weitere Militarisierung des junkerlich-bürgerlichen Staates sich wesentlich mit den Flottenrüstungen vollzog, sind mit der Darstellung der Haltung der Parteien zur Flotte wichtige Züge ihrer Stellung zum Militarismus erkennbar.[62]

Die Verschärfung des Gegensatzes des Militarismus zu allen demokratischen Kräften und zu nichtmonopolistischen Gruppen der Bourgeoisie wurde um die Jahrhundertwende erst von vereinzelten, meist pazifistischen Persönlichkeiten und Gruppen der bürgerlichen Welt erfaßt. Zu ihnen gehörte Ludwig Quidde, dessen 1893 anonym veröffentlichte antimilitaristische Streitschrift eine per besten bürgerlichen Darstellungen des militaristischen Systems und seiner Volksfeindlichkeit bis heute geblieben ist.[63] Quidde ist in der Folge als einer der Führer des Pazifismus in Deutschland und Friedensnobelpreisträger von 1927 jenem antimilitaristischen Bekenntnis treu geblieben, das ihn 1894 in die Deutsche Volkspartei führte. In ihr ist der demokratische Geist des Antimilitarismus am längsten wachgeblieben. In ihrer Gesamtentwicklung ließ sich jedoch keine der linken bürgerlichen Parteien in dieser Zeit gegenüber Heer, Rüstung, Krieg und Frieden von der Erkenntnis des antinationalen und friedensbedrohenden Charakters des Militarismus leiten. Die Urteile über den Militarismus selbst waren weit vom Verständnis seines Wesens entfernt.

Die ökonomischen und politischen Interessen der die Freisinnige Vereinigung tragenden Bank- und Handelsfraktionen der Bourgeoisie hatten sie entgegen früheren freihändlerischen Auffassungen zur Bejahung besonders des Militarismus nach außen geführt. Die wirtschafts- und innenpolitischen Gegensätze riefen lediglich eine bedingte Ablehnung der innenpolitischen Funktion des Militarismus hervor. In dieser Widersprüchlichkeit liegt ein wesentlicher Keim des Scheiterns jener taktischen Orientierung des Bürgertums, wie sie besonders von Barth und Naumann vertreten wurde.

Nach Äußerungen von Barth 1897 bestand das Problem des Militarismus nur noch darin, „in der Armee und Marine volle Gerechtigkeit“ durchzusetzen, d. h. die Standesprivilegien der junkerlich-aristokratischen Offizierskreise abzuschaffen, „aber die Frage, wieviel Mittel man glaubt auf die Landesverteidigung verwenden zu müssen, hat mit Parteigrundsätzen an sich gar nichts zu tun“.[64] Es ginge nur noch gegen den „Militarismus der Ausnahmerechte“. Damit wurde an Stelle des nationalen Interesses gegen den Militarismus nur das bürgerliche Interesse gegen das der junkerlich-feudalen Kräfte auf der Grundlage dieses Militarismus proklamiert. So schrieb Paul Nathan im folgenden Jahr: „Die Frage der militärischen Stärke ist in einem modernen Staate keine politische Prinzipienfrage; eine Prinzipienfrage aber ist für den Liberalismus die Bekämpfung eines spezifischen und exklusiven Geistes des Militarismus, wie er in der bisherigen Militärstrafprozeßordnung uns entgegentritt und wie er sich schädigend bis in die bürgerliche Sphäre in der charakteristischen Form des Reserveleutnants bemerkbar macht.“[65] Wenige Wochen später erklärte Rickert im Reichstag die Zustimmung seiner Partei zur neuen Militärvorlage und äußerte sich befriedigt über die Einmütigkeit der bürgerlichen Parteien. Man solle „trotz der Friedenskundgebung des Zaren unsere Armeeverhältnisse sehr sorgsam im Auge behalten“. Im März befürwortete die Fraktion die weitergehende Regierungsvorlage statt der Vorlage der Reichstagskommission. Vor der Annahme des zweiten Flottengesetzes 1900 äußerte Rickert: „Wir wissen, daß der Spruch des alten Römers auch heute noch wahr ist: willst du den Frieden, so rüste dich für den Krieg, und deshalb müssen wir auch der Regierung eine starke Flotte wie das starke Schwert zu Lande gewähren!“[66]

Das militante Auftreten der Nationalsozialen in machtpolitischen und militärischen Fragen ging an Aggressivität noch über die Position der Freisinnigen Vereinigung hinaus. Bereits in dem program-

---

62 S. auch zum Problem Militarismus: *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,* Bd. 2, 5.24 ff., *Liebknecht, Karl,* Militarismus und Antimilitarismus, in: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. 1, Berlin 1958, S. 247-456; *Luxemburg, Rosa,* Miliz und Militarismus, in: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 2, Berlin 1955, S. 34-59; *Jerussalimski, A. S.,* a. a. O., S. 80-104; *Hennig, Günter,* August Bebel – Todfeind des preußisch-deutschen Militärstaates, Berlin 1963, S. 159 ff.

63 *Der Militarismus im heutigen deutschen Reich.* Eine Anklageschrift. Von einem deutschen Historiker, Stuttgart 1893.

64 *Die Nation,* Jg. 15, Nr. 2 v. 9.10.1897, S. 21.

65 *Ebenda,* Jg. 16, Nr. 14 v. 31.12.1898, S. 195 ff.

66 *Reichstag,* 10. Leg.per., 1. Sess., Bd. 7, S. 5834.

matischen Bekenntnis vom 10. März 1895 hieß es: „Es ist bei uns üblich geworden, über ‚Militarismus' zu schelten. Jedesmal wenn etwas für die Kriegsflotte oder das Landheer hergegeben werden soll, rechnet Eugen Richter dem deutschen Volke vor, wie schön es sparen könnte, wenn es friedlich sein wollte, und Liebknecht redet von der Abrüstung aller Völker."[67] Es folgte das Bekenntnis zu „Pulver und Blei" zur Ausgleichung internationaler Gegensätze.

Häufig erhob Naumann die Forderung, sich auf kommende Kriege vorzubereiten. Im Frühjahr 1900 stellte er in der „Hilfe" Betrachtungen zum Burenkrieg an und schrieb: „Wenn unser Volk um sein Leben kämpfen muß, dann werden manche von denen, die heute die Anrufung Gottes verspotten, auch wieder beten lernen."[68] Er zog – das unterschied ihn von den meisten Freisinnigen – mit bemerkenswerter Offenheit die militaristischen Konsequenzen aus der auswärtigen Räuberpolitik. Auch Heuss nennt, natürlich in Übereinstimmung mit ihm, die vorrangige Rolle der militaristischen Ideologie im politischen Denken Naumanns: „Immer hatte er gepredigt, daß die Bejahung der militärischen Machtunterlage die Voraussetzung zur Teilnahme an der staatlichen Führung sei."[69] Darauf gründete er seine Kompensationspolitik, nach der die Arbeiter Militarismus und Expansion unterstützen sollten, um Zugeständnisse auf dem Gebiet der Sozialreform zu erhoffen.

Diese Denkweise fand selbst in opportunistischen Kreisen der Sozialdemokratie Anhänger. In der Polemik gegen die Bejahung des Militarismus durch Schippel deckte Rosa Luxemburg den ideologischen Zusammenhang beider Richtungen auf: „In der Schippelschen ‚Milizskepsis' hat die ‚praktische Politik' ihre letzten Folgerungen gezogen. Weiter in der Richtung zur Reaktion kann sie nicht gehen, es bleibt ihr nur übrig, sich auf andere Programmpunkte auszudehnen, um den Rest des sozialdemokratischen Mantels, mit dessen Fetzen sie sich drapiert, abzulegen und in der ganzen klassischen Blöße als – Pfarrer Naumann zu erscheinen."[70] Ledebour griff die Kompensationsvorschläge Schippels und Naumanns als im Wesen identisch und gleichermaßen gefährlich an.

Die in der Politik der Freisinnigen Volkspartei gegenüber der Flottenrüstung hervorgetretene Zwiespältigkeit ist für ihr Verhältnis zum Militarismus kennzeichnend. Im grundsätzlichen wurden der militaristischen Reaktion hinsichtlich der Berechtigung und der Notwendigkeit der Rüstung und ihres Ausbaues weitreichende Zugeständnisse gemacht. In Einzelfragen war die Partei bestrebt, gegen die konkreten Wirkungen des unter junkerlich-monopolkapitalistischer Herrschaft eingeschlagenen Rüstungskurses anzukämpfen. Dabei wurde versucht, bürgerlich-demokratische Interessen geltend zu machen und akute Auswüchse des militaristischen Systems zu beseitigen. Gerade unter Richters Einfluß, der in der bedingt antimilitaristischen Agitation der Partei die führende Rolle spielte, wurde die Kritik immer stärker auf finanzpolitische und formal-juristische Gesichtspunkte eingeengt. Ausführlich rechnete er dem Reichstag vor, welche Einsparungen vorgenommen werden könnten, ohne die Stärkung des Heeres und die Erfüllung seiner Klassenfunktion in Frage zu stellen. Natürlich wurden damit bestimmte materielle Interessen des Volkes wahrgenommen, aber nicht mit wirklichem Nachdruck vertreten.

Der vierte Parteitag im Oktober 1900 kam in einer Resolution zur auswärtigen Politik unter dem Eindruck der ostasiatischen Ereignisse dem Wesen des Problems etwas näher: „3. Der Parteitag glaubt überhaupt bei der Regierung eine außerordentliche Überschätzung der militärischen Machtmittel in ihrer Bedeutung für internationale Handelsbeziehungen wahrzunehmen, während die natürliche Förderung des friedlichen internationalen Verkehrs durch Handelsverträge und durch gegenseitige Verminderung der Zollschranken gerade infolge der gegenwärtigen Richtung der deutschen Handelspolitik überaus gefährdet erscheint."[71]

In den Kreisen um Richter stand man trotz einzelner anerkennenswerter Tendenzen gegen den Militärstaat den Gesetzmäßigkeiten und Problemstellungen der angebrochenen imperialistischen Epoche

---

67 *Die Hilfe,* Jg. 1, Nr. 10 v. 10.3.1895.
68 *Ebenda,* Jg. 6, Nr. 9 v. 4.3.1900.
69 *Heuß, Theodor,* a. a. O., S. 243.
70 *Luxemburg, Rosa,* Miliz und Militarismus, a. a. O., S. 45. S. auch: Ebenda, S. 30 ff.
71 Der vierte Parteitag der Freisinnigen Volkspartei, Görlitz, 20.-22. Oktober 1900, hg. v. Dr. Müller-Sagan, Berlin 1900. S. 76.

verständnislos gegenüber. Die Militärvorlage 1899 wurde zwar wiederum abgelehnt, aber es verstärkten sich die Bestrebungen, sich in diesen Fragen von den Ansichten der Sozialdemokratie zu trennen und auf die Seite der bürgerlichen Mehrheit zu treten. Eine Reihe von Mitgliedern und Funktionären gehörten auch den Kriegervereinen an, denn die Parteiführung trat für ein loyales Verhältnis gegenüber diesen militaristischen Vereinen ein und äußerte höchstens gegen ihre konservative Ausrichtung Vorbehalte.

Die bedingte Opposition der Freisinnigen Volkspartei gegenüber Aufrüstung und Militarismus besaß hauptsächlich noch symptomatische Bedeutung. Aus der Analyse ihrer Voraussetzungen und ihres Inhalts ergibt sich die berechtigte Schlußfolgerung, daß hier bereits das Schicksal dieser Opposition entschieden war. Ihre weitere Zersetzung war nur noch eine Frage der Zeit und der konkreten Formen und Wege, in denen sie sich vollenden mußte.

3. Die liberalen Parteien in den Zolltarifkämpfen (1900-1902)

Im Herbst 1899 hatte Franz Mehring den inneren Zusammenhang der „dreischwänzigen Katze" der Reaktion für das Volk aufgedeckt – der Flottenrüstung, der Zuchthausvorlage und des Brotwuchers. Er polemisierte gegen bürgerliche Blätter, die darin nur eine zufällige Häufung unzweckmäßiger politischer Maßnahmen sahen. In Wirklichkeit bildeten sie den folgerichtigen Ausdruck der „Sammlungspolitik", die der Bourgeoisie zum Ausgleich ihrer widerstreitenden Interessen mit dem Junkertum dienen sollte. Die seit 1897 verstärkt betriebenen Vorbereitungen zur Abkehr von der Handelsvertragspolitik des Reiches zu einer von den Interessen des Großgrundbesitzes und der Schwerindustrie diktierten Schutzzollpolitik traten um 1900 mit der Ausarbeitung und Veröffentlichung des neuen Entwurfs eines Zolltarifgesetzes in ihr entscheidendes Stadium.

Neben dem grundlegenden Gegensatz der Ausbeuterklasse zur Arbeiterklasse und allen Werktätigen, der durch die Zollpläne verschärft wurde, vertiefte sich der Interessengegensatz der Junker und schwerindustriellen Bourgeoisie zu denjenigen Schichten der kleinen, mittleren und selbst der Großbourgeoisie, die vor allem am Handel – im Innern wie nach außen – und an der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie interessiert waren. Jene Kreise wurden vorwiegend parteipolitisch und parlamentarisch durch den Freisinn vertreten. Doch angesichts dieser Lage „... sich einzubilden, daß der preußische Liberalismus gegen den preußischen Feudalismus heute ausrichten könnte, was er in der preußischen Konfliktszeit wenigstens ausrichten zu können schien, heißt der heitersten aller Illusionen verfallen".[72]

Die Weltwirtschaftskrise von 1900 bis 1903 und ihre schweren Auswirkungen auf große Wirtschaftszweige in Deutschland, auf die beschleunigte Differenzierung, Ruinierung und Konzentration bildete den Hintergrund der zollpolitischen Kämpfe und trug zu deren Verschärfung und Zuspitzung bei.

Das Eintreten für den Freihandel war bei allen Wandlungen im Liberalismus bisher immer ein Grundbestandteil der politischen Orientierung seines linken Flügels gewesen.[73] Die Fortschrittspartei wie die Deutsche Freisinnige Partei waren Gegner der Bismarckschen Schutzzollpolitik gewesen. Das wohlwollende Verhältnis weiter Kreise des Freisinns zum Regime Caprivis und Hohenlohes basierte wesentlich auf deren Handelsvertragspolitik, die weitgehend den Interessen des Handels und der Exportindustrie entsprach.[74] Die Freisinnige Vereinigung erklärte sich auf ihrer konstituierenden Generalversammlung 1893 in einer Resolution für die „Förderung und Erweiterung einer auf die Erleichterung des Verkehrs unter den Nationen gerichteten Handelsvertragspolitik" und gegen die Agitation des Bundes der Landwirte. Desgleichen forderte die Freisinnige Volkspartei in ihrem vom Parteitag zu Nürnberg 1897 beschlossenen Programm zu den Reichstagswahlen: „Handels- und Verkehrsfreiheit im Innern, Sicherstellung und Erweiterung des Absatzes im Ausland durch Erneuerung und

---

72 *Mehring, Franz,* Mit einem blauen Auge, in: Die Neue Zeit, Jg. 19, Bd. 2, Nr. 35 v. 29. 5. 1901, S. 257 ff. S. auch: *Nussbaum, Helga,* Unternehmer gegen Monopole. Über Struktur und Aktionen antimonopolistischer bürgerlicher Gruppen zu Beginn des 20. Jahrhunderts, Berlin 1966.

73 S. auch: *Gothein, Georg,* Der deutsche Außenhandel. Materialien und Betrachtungen, Berlin 1901.

74 Vgl. die spätere Einschätzung dazu bei: *Gothein, Georg,* Reichskanzler Graf Caprivi. Eine kritische Würdigung, München 1917. (Fehler und Forderungen. Schriften zur Neugestaltung deutscher Politik, 5).

Verallgemeinerung der Handels- und Tarifverträge, keine Zollpolitik im Dienst von Sonderinteressen ...“[75] Dagegen war die Stellung des Nationalsozialen Vereins weniger genau bestimmt. Die Mehrheit des Vorstandes entschied sich unter kathedersozialistischem Einfluß und im Zusammenhang mit der Annäherung an die Freisinnige Vereinigung für die Opposition gegen den Zolltarif.

Die Freisinnige Vereinigung war unter dem führenden ideologischen Einfluß Barths politisch noch am besten für den Kampf gegen den Zolltarif gerüstet. Aus ihrer klassenmäßigen Struktur und Rolle ergab sich ein unmittelbares Interesse an handelspolitischen Entscheidungen. Barth bemühte sich seit Jahren, die Spitze der Partei gegen den ostelbischen Großgrundbesitz und seinen staatlich-bürokratischen Anhang zu richten. Er rechnete dabei- da er nicht revolutionär sein konnte und wollte – mit der engeren Bindung des Monarchen an die Großbourgeoisie auf dem Boden eines raschen industriellen Wachstums und einer expansiven äußeren Politik. „Der Übergang vom Ackerbaustaat mit dem Vorherrschen des aristokratischen Einflusses der Großgrundbesitzer zum Industriestaat mit seinen starken demokratischen Triebkräften vollzieht sich bei uns wirtschaftlich sehr rasch, politisch sehr langsam“.[76] Damit drückte Barth im Herbst 1898 die Unzufriedenheit großer Teile der Bourgeoisie an den gegebenen politischen Verhältnissen aus. Später schrieb auch Nathan, daß Deutschland im Interesse seiner wirtschaftlichen Stärkung „den Ansturm des rückschrittlichen Agrariertums“ zurückweisen müsse.

Am 12. Dezember 1900 forderte Rickert im Reichstag die baldige Veröffentlichung des Zolltarifentwurfs, der „uns erheblich interessiert“ und kritisierte die Zusammensetzung des Wirtschaftlichen Ausschusses, denn „große Interessentenkreise sind ganz unberücksichtigt geblieben“.[77] Ende Januar 1901 verlangte Pachnicke die Erneuerung der Handelsverträge und kündigte den Schutzzöllnerischen Parteien heftige Kämpfe und die gründlichste Prüfung des Zolltarifs an. Von allen interessierten Kreisen forderte er eine mächtige Gegenbewegung und berief sich dabei auf Stellungnahmen der Stadtvertretungen von Berlin, München und Charlottenburg sowie von Handelskammern, „darunter so angesehene und geachtete wie die von Bremen und Hamburg“. Pachnicke erklärte bereits hier die Bereitschaft zum Zusammengehen mit der Sozialdemokratie: „Nun, meine Herren, es ist selbstverständlich, daß alle diejenigen Volkskreise, die nicht nur Sinn für Sonderinteressen haben, sondern auch die Pflicht empfinden, für das Gemeinwohl einzutreten, hier nebeneinander, unbeschadet aller Parteiunterschiede, unbeschadet all der Gegensätze, die sie prinzipiell voneinander trennen, den Kampf aufnehmen.“[78] Die Vereinigung verfügte zu diesem Zeitpunkt über eine taktische Konzeption für die Zolltarifkämpfe, die sie bis zur Entscheidung im Dezember 1902 verfolgte.

Die Lebensmittelzölle und Handelsverträge standen auch in der Generalversammlung der Freisinnigen Vereinigung am 23. und 24. Februar 1901 in Berlin im Mittelpunkt. Jetzt erschien fast kein Heft der „Nation“ mehr, in dem nicht Probleme des Zolltarifs und der Handelsvertragspolitik behandelt wurden.

Die Nationalsozialen traten im Herbst 1900 an der Seite der Freisinnigen Vereinigung in die Agitation gegen den Brotwucher ein. Barth unterstützt gegenüber Naumann und Gerlach den nationalsozialen Vorschlag des Zusammengehens in dieser Kampagne. Als Naumann am 14. November 1900 in der Berliner Tonhalle gegen den Brotwucher und fi.ir die Handelsvertragspolitik sprach, trat Barth in die Diskussion ein. Vorübergehend gab es im Vorstand des Vereins Differenzen über die Stellung und Rolle in den Auseinandersetzungen um die Zoll- und Handelspolitik. Naumann und Barth berieten über gemeinsame Aktionen zum Zolltarif und speziell über die Möglichkeiten eines direkten Zusammenwirkens mit der Sozialdemokratie. Im April 1901 berichtete Barth in einem Brief an Naumann von einem Gespräch mit Ignaz Auer über den Plan einer gemeinsamen großen Protestversammlung. „Zur Zeit glaubt er noch nicht, daß die Sozialdemokratie dafür zu haben ist.“ Allerdings wäre auch Siemens kaum dafür zu gewinnen. „Das von Ihnen vorgeschlagene Trifolium Bebel, Siemens, Brenta-

---

75 Der dritte Parteitag der Freisinnigen Volkspartei, a. a. O., S. 38 f.

76 *Barth, Theodor,* Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser, in: Die Nation, Jg. 16, Nr. 1 v. 1.10.1898, S. 3.

77 *Reichstag,* 10. Leg.per., 2. Sess, Bd. 1, S. 453 ff.

78 *Ebenda,* Bd. 2, S. 981.

no wäre an sich vortrefflich. Können wir die drei zusammenbringen, so würde man vielleicht auch Richter bekommen, dazu Sie als fünften. Das würde Eindruck machen. Aber solange die Sozialdemokratie noch nicht mitgeht, würde man sein Pulver ohne große Wirkung verschießen."[79]

Die Opposition der Freisinnigen Volkspartei zum Zolltarif trat bereits in dieser Phase hinter der der Vereinigung an Zielstrebigkeit zurück. Zwar hatte auch Richter Ende 1900 im Reichstag eine frühzeitige Veröffentlichung des Gesetzentwurfs gefordert, und die „Freisinnige Zeitung" nahm die durch die traditionelle Stellung zur Handelsvertragspolitik und die Interessen der Mitglied- und Wählerschaft bestimmte oppositionelle Haltung ein. Im Gegensatz zur Freisinnigen Vereinigung und zum Nationalsozialen Verein ließ die Freisinnige Volkspartei aber keine Bereitschaft erkennen, ihre politischen Gegensätze zur Sozialdemokratie hinter den verbindenden sozialen Belangen breiter Volksschichten zurückzustellen.

Die Gründung des *Handelsvertragsvereins* am 11. November 1900 in Berlin „zum Zwecke der Fortführung der Caprivischen Handelsvertragspolitik" (Barth) bildete den wichtigsten Schritt zur Zusammenfassung aller bürgerlichen Gegner des Zolltarifentwurfs. Bisher waren ihre Gegner, die konservativen Agrarier, mit ihrem Bund der Landwirte und den Positionen im Staatsapparat in der politischen Organisiertheit überlegen gewesen. Der Deutsche Handelstag erfüllte nur ungenügend die Erwartungen dieser liberalen Kreise in bezug auf die Wahrnehmung und Durchsetzung ihrer Interessen.

Die Initiative zur Gründung des Vereins ging hauptsächlich von der Freisinnigen Vereinigung aus, deren tonangebender Sprecher und Organisator Georg von Siemens war, während die Deutsche Bank das Rückgrat und den finanzpolitischen Mittelpunkt bildete. „Siemens war der Ansicht, daß angesichts der Zersplitterung der politischen Parteien nur eine von allen parteipolitischen Gesichtspunkten absehende Zusammenfassung der an der Fortführung der Handelsvertragspolitik interessierten Wirtschaftskreise die Lage retten könne."[80] Offensichtlich waren Siemens die begrenzten Möglichkeiten innerhalb des Freisinns bewußt geworden. Dies um so mehr, als ihm ein engeres Zusammengehen mit der Sozialdemokratie im Sinne Barths ein durchaus fremder Gedanke war. Deshalb kam es im Sommer 1900 zu „Besprechungen mit führenden Persönlichkeiten der Industrie und des Handels", die zum Plan „einer ganz Deutschland umfassenden Abwehrorganisation" führten.[81] Im Auftrage eines vorläufigen Ausschusses berief Siemens eine Versammlung zum 11. November 1900 in die Berliner Börse ein, die zur Konstituierung des *Handelsvertragsvereins* führte. Die Versammlung beschloß eine Resolution über die Aufgaben und Ziele des Vereins sowie eine Satzung. Siemens wurde zum Vorsitzenden gewählt. „Im Freundeskreis sprach er offen aus, daß die Gründung des Handelsvertragsvereins wohl kaum so glücklich vonstatten gegangen wäre, wenn er als der Vorsitzende der konstituierenden Versammlung nicht von vornherein die Abwehr gegen die Agrarier als eine reine Geschäftssache behandelt hätte. Prunkende Redewendungen von Gemeinsinn und Gemeinwohl hätten das Portemonnaie nicht so geöffnet wie der Hinweis auf die Werte, die verlorengehen müßten, sobald den Agrariern aller Wille geschehe."[82]

Barth betonte, daß der Verein Interessenverband sei und sich mit keiner Partei identifiziere. „Er hat seine Arme weit nach rechts hin ausgebreitet, um auch möglichst viele Interessenten zu umfassen, die politisch zur Nationalliberalen Partei gehören. Der Verein wird aus wirtschaftlich sehr potenten Männern bestehen ..."[83]

Die Freisinnige Volkspartei wurde bei der Vorbereitung und Gründung des Vereins völlig übergangen. Die Vertreter des großen Kapitals und des Handels wollten das Zusammenwirken mit kapitalistischen Kreisen nationalliberaler Färbung nicht durch eine vorherige Absprache mit der Freisinnigen Volkspartei einschränken lassen. Aus deren Reihen wurde die Gründungsversammlung des, Handelsvertragsvereins mit einer Reihe polemischer Artikel in der „Freisinnigen Zeitung" beantwortet. Sie

---

79 DZA Potsdam, Nachlaß Naumann, Nr. 143, Bl. 35.

80 *Helfferich, Karl,* a. a. O., Bd. 3, S. 212.

81 Ebenda.

82 *Pachnicke, Hermann,* Führende Männer im alten und neuen Reich, Berlin 1930, S. 49.

83 *Barth, Theodor,* Der Handelsvertragsverein, in: Die Nation, Jg. 18, Nr. 7 v. 17.11.1900, S. 98 f.

liefen sämtlich darauf hinaus, die Gründung als eine getarnte Aktion der Freisinnigen Vereinigung zu charakterisieren, die der Isolierung der Freisinnigen Volkspartei diene, obwohl diese gleiche Forderungen und ähnliche soziale Schichten vertrete.

Der Handelsvertragsverein wurde rasch zum Mittelpunkt aller kapitalistischen Bestrebungen gegen den Zolltarif. Es konstituierte sich ein Ausschuß, dem gegen Ende des Jahres 57 Mitglieder angehörten. Davon waren über die Hälfte Vorsitzende von Handelskammern, sieben kamen aus Kreisen der Ältesten der Kaufmannschaft, fünf waren Vorsitzende größerer Interessenverbände: Verein Berliner Kaufleute und Industrieller, Verband süddeutscher Baumwollgarnkonsumenten, Verband deutscher Metallindustrieller, Verband der Seifenfabrikanten, Verband deutscher Baumwollgarnkonsumenten. In den folgenden Wochen traten dem Verein weitere Verbände korporativ bei, darunter die Vereinigung der deutschen Metall- und Blechwarenfabrikanten, der Verband ostdeutscher Industrieller, die Ältesten der Kaufmannschaft zu Berlin und der Verband süddeutscher Kleiderfabrikanten.

Mit der Einrichtung des Sekretariats des Vereins begann eine fieberhafte Tätigkeit zum Aufbau der Organisation. In zahlreichen Großstädten entstanden Zweigsekretariate, daneben Ortsgruppen und lokale Agitationskomitees. In Sachsen, Bayern und Württemberg wurden Landesverbände gegründet, und im Frühjahr 1902 erreichte man mit etwa 17.000 die maximale Mitgliederzahl.

Nach der Veröffentlichung des Entwurfs des Zolltarifs trat der Ausschuß des Handelsvertragsvereins im Juli 1901 in Berlin zusammen und beschloß eine Resolution, die den Zolltarif als den Interessen von Handel und Industrie zuwiderlaufend verurteilte. Am 28. Mai 1902 trat der Ausschuß erneut mit einer Kundgebung an die Öffentlichkeit. In einer Resolution an den Reichskanzler wurde die Regierung aufgefordert, unabhängig von den Beratungen in der Zolltarifkommission mit anderen Staaten in Verhandlungen über die künftigen Handelsbeziehungen einzutreten. Die Tätigkeit des Vereins bestand neben den Bemühungen um die breiteste Einbeziehung kapitalistischer Kreise und der Aufbringung umfangreicher Mittel in der Finanzierung und Organisation einer breiten Agitation gegen die reaktionären Zollprojekte. Von den Sektionen des Vereins oder durch freisinnige, nationalsoziale und andere Interessengruppen wurden Versammlungen und Stellungnahmen organisiert, wobei auch die. beiden Volksparteien mitwirkten. In der Kampagne traten leitende Funktionäre aller linksliberalen Parteien als Referenten auf.

Bis Anfang Juni 1901 hatten „622 größere handelsvertragsfreundliche öffentliche Kundgebungen“ stattgefunden.[84] Häufig wirkten Vertreter der linken bürgerlichen Parteien mit interessierten Kreisen unter den Nationalliberalen zusammen. Am 10. Februar 1901 nahmen in Frankfurt a. M. Vertreter aller Parteien an einer von der Ortsgruppe des Handelsvertragsvereins durchgeführten Protestversammlung mit tausend Personen teil. Siemens benutzte eine Veranstaltung der Ortsgruppe Magdeburg des Handelsvertragsvereins am 8. Mai 1901 zu einer erneuten programmatischen Darlegung der Aufgaben und Ziele des Vereins. In großer Zahl nahmen örtliche Handelskammern und Stadtvertretungen in Erklärungen und Resolutionen für die Fortführung der Handelsvertragspolitik Stellung. Die Freie Vereinigung liberaler Reichstagswähler in Bremen gewann 32 213 Unterschriften für eine Petition an den Reichstag, die sich gegen eine Erhöhung der Zölle auf notwendige Lebensmittel wandte. Das waren in der Stadt Bremen 81,2, im gesamten Wahlkreis 72,56 Prozent der Reichstagswähler. Im April 1901 ging eine von der Freisinnigen Volkspartei und dem Verein Waldeck in Königsberg in Umlauf gesetzte Petition gegen die Erhöhung der Getreidezölle mit 35.000 Unterschriften an den Reichstag.

Ab 15. Dezember 1900 wurde vom Verein die „Correspondenz des Handelsvertragsvereins“ herausgegeben, deren letzte Ausgabe (Nr. 111) am 19. Dezember 1902 erschien. Außerdem kamen die „Mitteilungen des Handelsvertragsvereins“ heraus. In der Reihe „Handelspolitische Flugschriften“ wurden Einzeluntersuchungen publiziert. Nach der Veröffentlichung des Zolltarifentwurfs gab der Verein ein Zolltarif-Handbuch heraus, dem nach Veröffentlichung der Bundesratsbeschlüsse ein ergänzender Nachtrag folgte. Daneben erschien das Jahrbuch des Vereins, herausgegeben von Dr. Walter Borgius.

---

84 *Correspondenz des Handelsvertragsvereins,* Berlin, Nr. 30 v. 8.6.1901.

Die Annäherung des Nationalsozialen Vereins an die freisinnige Vereinigung vollzog sich wesentlich in der Form der Unterstützung der Kampagne gegen den Zolltarif-Entwurf und der Zusammenarbeit mit dem Handelsvertragsverein. Mehrfach vermittelten Schulze-Gaevernitz und Barth zwischen Siemens und Naumann. Der freisinnige Bankdirektor hielt nicht viel von der nationalsozialen Bewegung, schätzte aber das agitatorische Talent ihrer leitenden Funktionäre. Gerlach, Pfarrer Hermann Kötschke und weitere Nationalsoziale traten in den Dienst des Handelsvertragsvereins.

Die Freisinnige Volkspartei, die der nationalsozialen Strömung feindlich gegenüberstand und selbst vom Handelsvertragsverein als eine untergeordnete Größe behandelt wurde, streute wiederholt über das Verhältnis zwischen beiden Organisationen Gerüchte aus. Kurz nach der Gründung des Handelsvertragsvereins behauptete die „Freisinnige Zeitung", daß er die nationalsoziale Partei subventioniere. Derartige Angriffe wurden auch in der Folgezeit fortgesetzt. Sie veranlaßten im Mai 1902 den Vorstand des Nationalsozialen Vereins, an den Handelsvertragsverein das Ersuchen zu richten – wie bei Vertretern der Freisinnigen Volkspartei und der Nationalliberalen –, einen nationalsozialen Vertreter in den Ausschuß zu kooptieren. Jene beiden Vertreter waren nach dem Tode Georg von Siemens (23. Oktober 1901) in den engeren Ausschuß aufgenommen worden. Bereits Anfang des Jahres hatte der Vorstand im Hinblick auf die bevorstehenden Reichstagswahlen die Teilnahme an einem Kartell mit den linken bürgerlichen Parteien erwogen und festgestellt: „Voraussetzung des Kartells in finanzieller Beziehung sei kräftige Unterstützung durch den Handelsvertragsverein."[85]

Der Ausschuß des Handelsvertragsvereins lehnte jedoch am 15. September 1902 den nationalsozialen Antrag ab, da die maßgebenden Nachfolger von Siemens dessen Gegnerschaft zu den Nationalsozialen teilten und keineswegs durch deren Aufnahme in den rechten freisinnigen und den nationalliberalen Kreisen Anstoß erregen wollten. In diesen Kreisen vermochte Barth seine taktische Konzeption nicht durchzusetzen; allerdings hatte er selbst die Öffnung des Vereins nach rechts unterstützt und mußte jetzt die Konsequenzen in Kauf nehmen. Wenck schrieb rückblickend über die Stellung der Nationalsozialen zum Handelsvertragsverein: „Es kam niemals zu einem Verhältnis mit ihm, das den Nationalsozialen Unterstützung gesichert hätte."[86]

Am 2. Dezember 1901 trat der Reichstag in erster Lesung in die Verhandlungen über den Entwurf eines Zolltarifgesetzes ein. Ein volles Jahr heftiger politischer Kämpfe um diese Vorlage im Plenum und in der Kommission sowie außerhalb des Parlaments stand bevor. Die erste Grundsatzdebatte sah die Sprecher der linken bürgerlichen Parteien, Richter, Gothein, Payer, Schrader, Bräsicke, Pachnicke und Roesicke, erwartungsgemäß an der Seite der Sozialdemokratie in einmütiger Opposition gegen die Novelle. Sie betonten die schädigende Wirkung einer derartigen Zollpolitik auf die Industrie, den Handel und sonstige Gewerbe, verwiesen auf die wirtschaftliche Depression und die nachteiligen Folgen für die künftigen Handelsverträge. Die Überlegenheit ihrer wirtschaftspolitischen Position als Vertreter der hochentwickelten kapitalistischen Produktionsweise gegenüber dem reaktionären „System des Universalprotektionismus" (Richter) war unbestreitbar.

Ein parlamentarisches Zwischengefecht ergab sich anläßlich der Beratung des „Entwurfs eines Gesetzes betr. die geschäftliche Behandlung des Entwurfs eines Zolltarifgesetzes" am 28. April 1902 im Reichstag. Diese Vorlage sah die ausnahmsweise Vergütung für die Mitglieder der Tarifkommission vor. Angesichts der vom Reichstag bisher 14mal beschlossenen und vom Bundesrat ebensooft abgelehnten Einführung von Diäten für die Mitglieder des Reichstags stellte diese Vorlage tatsächlich eine „beleidigende Zumutung an den Reichstag" (Singer) dar. Sie traf insbesondere die Zolltarifgegner, denn die Sozialdemokratie wie die Freisinnigen hatten sich stets für die Forderung nach Diäten eingesetzt. Ihre Redner – Singer, Richter und Schrader – wiesen dieses Ansinnen entschieden zurück. In der zweiten Lesung forderte Barth, von Bebel unterstützt, die Aussetzung der Beschlußfassung, bis die Stellungnahme des Bundesrats zum Reichstagsbeschluß nach Diäten vom 10. Mai 1901 vorliege. Die schutzzöllnerische Mehrheit lehnte den Antrag ab und beschloß die Überweisung an die Budgetkommission. Inzwischen fanden in der Zolltarifkommission langwierige Auseinandersetzungen statt.

---

85 DZA Potsdam, Nachlaß Naumann, Nr. 53, Bl. 115.

86 *Wenck, Martin,* Die Geschichte der Nationalsozialen von 1895 bis 1903, Berlin-Schöneberg 1905, S. 113.

Bis Mitte August 1902 berieten die 28 Mitglieder der Kommission in 102 Sitzungen in erster Lesung den Entwurf. „Das, was beschlossen worden ist, ist nackte wirtschaftliche Reaktion. Das ist ... das Beste, was geschehen konnte; denn es erleichtert den Kampf ungemein.“[87] In Kreisen des Handelsvertragsvereins war man zuversichtlich, daß die zweite Plenarberatung diesen Tarif ob seiner Forderungen wie seines Umfanges zu Fall bringen würde.

Inzwischen zeichneten sich die parteipolitischen Fronten gegenüber der Vorlage und damit das künftige Kräfteverhältnis klarer ab. Siemens hatte in seiner Rede am 8. Mai 1901 in Magdeburg nochmals – um nach rechts Anschluß zu finden – behauptet, daß sich die politischen Parteien nicht nach wirtschaftlichen Auffassungen scheiden. „Mögen die politischen Parteien sich auseinandersetzen über das Verhältnis zwischen Krone und Parlament, zwischen Staat und Kirche, über Theaterzensur und Toleranzfragen. Wir kümmern uns hier nur um die Entwicklung der materiellen Lebenswohlfahrt und um die Magenfrage der Ernährung der Nation.“[88] Inzwischen war trotz einiger Positionen des Handelsvertragsvereins in nationalliberalen Kreisen durch die Kommissionsberatungen deutlich geworden, daß mit dem Umschwung einer rechts vom Freisinn stehenden Partei. zu einer halbwegs verlässigen Opposition gegen die Vorlage nicht zu rechnen war. Ein möglichst konstruktives Zusammenwirken mit der Sozialdemokratie, der einzigen prinzipiellen und Masseneinfluß besitzenden Gegnerin des Brotwuchers, lag nahe.

In dieser Situation erörterte Barth im Juli 1902 die Aussichten einer „Koalition der gesamten Linken“. Er ging von der verbreiteten Anschauung aus, daß die bevorstehende Session noch keine Entscheidung bringen könne und die Zoll- und Handelspolitik in den Mittelpunkt der Kämpfe zur Reichstagswahl rücken würde. Ein Wahlkartell der Linken könne den Schutzzöllnern eine ernste Niederlage zufügen. Während die Reaktion deshalb an der Verschärfung des freisinnig-sozialdemokratischen Gegensatzes interessiert sei, müßten diese ihre gegenseitigen Vorbehalte zurückstellen. Das politische Verhalten der Freisinnigen Volkspartei bewies jedoch immer wieder, daß diese Anschauungen von der stärksten linksbürgerlichen Fraktion nicht geteilt wurden. Im Mai 1902 hatte diese Partei bei einer Reichstagsnachwahl den junkerlichen Brotwucherern geholfen. In einem anderen Fall waren „sämtliche Ordnungsparteien“ mit einem gemeinsamen Vertreter gegen den sozialdemokratischen Kandidaten aufgetreten. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag im September 1902 in München hob Bebel im Referat über die Taktik zur Reichstagswahl hervor, daß die Verhandlungen über den Zolltarif erneut die Unzuverlässigkeit der Freisinnigen bewiesen hatten.

Mit dem Beginn der zweiten Beratung des Entwurfs eines Zolltarifgesetzes im Reichstag am 16. Oktober 1902 traten die Kämpfe um die künftige wirtschafts- und handelspolitische Orientierung des Reiches in ihre entscheidende Phase. Diese Phase konnte kaum neue Momente hinsichtlich der Stellungnahme und Argumentation der Gegner und Anhänger der Vorlage bringen. Vom Standpunkt des parteiengeschichtlichen Interesses rücken der Verlauf und die Art und Weise der von beiden Seiten geführten Auseinandersetzungen in den Vordergrund.

In den ersten Reden fixierten die Sprecher der drei liberalen Parteien nochmals ihre grundsätzliche Position zu dem durch die Kommissionsverhandlungen und -beschlüsse nicht annehmbarer gewordenen Gesetzentwurf. Unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise verschärfte sich das Auftreten einzelner Vertreter des Freisinns. Gothein forderte eine Verlängerung der bestehenden Handelsverträge und „eine wirklich durchgreifende Enquete über die Lage der Landwirtschaft“. Der nächste Reichstag solle über das Gesetz Beschluß fassen, um dem Volk die Möglichkeit einer Stellungnahme zu geben. Fischbeck erhob sozialpolitische Einwände. Pachnicke richtete Angriffe gegen die Kartelle und den Zentralverband deutscher Industrieller, die den Zollkurs der junkerlichen Reaktion unterstützten.

Der Freisinn vertrat neben der Sozialdemokratie den ökonomisch und sozialpolitisch progressiven Standpunkt. Es war jedoch klar, daß die Entscheidung durch die Machtverhältnisse und nicht durch die besseren Argumente fallen würde. Bereits am 21. Oktober 1902 beschloß eine knappe Mehrheit die Annahme der umstrittensten Tarifpositionen, der Mindestzölle für Roggen und Weizen. Auf

87 *Correspondenz des Handelsvertragsvereins,* Nr. 93 v. 15.8.1902.
88 Zit. nach: *Helfferich, Karl,* a. a. O., S. 219.

Richters Antrag, den die reaktionären Parteien unterstützten, wurde die Reihenfolge der Abstimmungen so verändert, daß der sozialdemokratische Antrag auf völlige Zollfreiheit gar nicht erst zur Abstimmung kam. Offensichtlich wollte Richter vermeiden, daß sich seine Fraktion durch ein ablehnendes Votum eine weitere Blöße geben könnte.

In den folgenden Verhandlungen begann der Übergang eines Teils der Opposition zur Obstruktion. An diesen Tagen zeichnete sich die Entschlossenheit der Brotwucherer im Reichstag zum beschleunigten Durchdrücken der Vorlage ab. Sie benutzten ihre Mehrheit, um über Schlußanträge der Minderheit die Möglichkeit gründlicher Prüfung und Erörterung zu nehmen. Diese nutzte alle legitimen Mittel, um diesem Bestreben entgegenzuwirken. Dazu gehörten die ausführliche Behandlung der Gegenstände, die Einbringung und Erörterung von Amendements, Geschäftsordnungsmeldungen und -debatten und Anträge auf namentliche Abstimmung. Die sozialdemokratische Fraktion, geleitet von der Initiative und Aktivität Singers und Bebels, hatte dabei die führende Rolle. Allerdings stand ihr in wachsendem Maße nur noch die Freisinnige Vereinigung zur Seite.

Am 13. November 1902 leiteten die reaktionären Parteien mit dem Antrag Aichbichler eine weitere Verschärfung der parlamentarischen Kämpfe ein. Nachdem sie bislang die Beschränkung der Minderheit formell auf dem bisherigen Rechtsboden vollzogen hatten, begannen sie jetzt, dieses Recht zu zerbrechen. Dieser Weg wurde mit den Anträgen Kardorff und Gröber fortgesetzt. Die Kämpfe verschärften sich und hinterließen tiefere Spuren in den Beziehungen der sich gegenüberstehenden Parteien.

Der viel weitergehende Antrag Kardorff lief auf eine völlige Entrechtung der oppositionellen Minderheit hinaus. Jetzt traten die Differenzen innerhalb der bürgerlichen Opposition, die sich bereits lange abgezeichnet hatten, zutage. Bereits bei der Einschätzung der Debatte über den Antrag Aichbichler hatte Mehring die „schmähliche Fahnenflucht“ Richters und ihre Motive aufgedeckt: „Nicht nur blasser Neid verzehrt ihn, sondern auch die Sorge um den Scheinkonstitutionalismus, der ihm und seinesgleichen gestattet, sich als Männer von Wichtigkeit aufzuspielen. Er vertritt den Standpunkt, daß man die Opposition nie weiter treiben dürfe, als der schwache Magen jenes Konstitutionalismus vertrage.“[89]

Am 27. November begann Payer, „die Dinge unparteiisch zu betrachten“, und kam zu dem Schluß, „daß auf beiden Seiten Fehler begangen worden sind. Wir, die beiden Volksparteien, haben aber rein sachlich die ganze Zeit hindurch verhandelt.“[90]

Die Mehrheitsparteien sahen den Zeitpunkt gekommen, diese Differenzen für ihre Anschläge auszunutzen. Am 28. November 1902 polemisierte Ernst Bassermann gegen das Auftreten der Sozialdemokratie und der Freisinnigen Vereinigung und stützte sich dabei auf Ausfälle der „Freisinnigen Zeitung“ gegen deren Obstruktion. Dazu sagte Carl J. E. Bachern (Zentrum), daß im Gegensatz zu diesen beiden Parteien „die Freisinnige Volkspartei unter der Führung des alten besonnenen, klugen Parlamentariers Richter (Gelächter und Bravo! bei den Sozialdemokraten; lebhafte Zurufe), diese Obstruktion nicht mitmacht ...“[91] Während der Rede Bachems steigerte sich die Unruhe, und als er zu Verleumdungen des Verhältnisses zwischen der Sozialdemokratie und der Freisinnigen Vereinigung abgeglitten war, sah sich der Vizepräsident zu einer halbstündigen Unterbrechung der Verhandlungen genötigt.[92] Danach wurde Bachern durch die Sozialdemokraten an der Fortsetzung seiner Rede gehindert. Singer forderte von ihm Beweise für seine beleidigenden Äußerungen über die sozialdemokratische Fraktion. Dieser Forderung wich der Zentrumspolitiker aus.

Barth wandte sich am folgenden Tage gegen diese Angriffe und verteidigte die Obstruktionstaktik Er konnte sich auf Äußerungen Richters berufen, in denen dieser in früheren Situationen die Legitimität der Obstruktion anerkannt hatte. Während seiner Rede kam es zu einem weiteren Streit: „(Abgeordneter Richter: Herr Bebel spricht von mir als Verräter; das lasse ich mir nicht gefallen! Ist das gestat-

89 *Mehring, Franz,* Parlamentarischer Selbstmord, in: Gesammelte Schriften, Bd. 14, S. 510.

90 *Reichstag,* 10. Leg.per., 2. Sess., Bd. 8, S. 6658.

91 *Ebenda,* S. 6706 f.

92 Damit wurde von diesem geschäftsordnungsmäßigen Recht des Reichstagspräsidiums seit seiner Festlegung 1871 erstmalig Gebrauch gemacht.

tet, Herr Präsident, daß Herr Bebel mich hier als Verräter bezeichnet?) ... Herr Abgeordneter Bebel, ich höre eben, daß *Sie* das Wort ‚Verräter' ausgesprochen haben. (Abgeordneter Bebel: Jawohl!) Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung!"[93]

Richter versuchte am 1. Dezember 1902 eine Rechtfertigung der von den beiden Volksparteien eingenommenen Haltung. Daraus ging hervor, daß diese Parteien, als sich der Übergang zur Obstruktion als einziger Weg einer verantwortungsbewußten, kämpferischen Opposition abzeichnete, in einer interfraktionellen Sitzung ihre feige Rückzugstaktik festlegten. Die Rede Richters offenbarte die Fehleinschätzung der Triebkräfte der Zollpolitik und der Taktik der Reaktion durch die Führung der Freisinnigen Volkspartei. Sie gipfelte in der von der Furcht vor der Sozialdemokratie und jeder demokratischen Aktion diktierten These, daß die Annahme der Vorlage letztlich aus Verärgerung der Reichstagsmehrheit über die Obstruktion sich vollziehen werde. „Wenn die Zolltarifvorlage, wie es wohl die Mehrheit beabsichtigt, zustande kommt, dann trägt die Sozialdemokratie und die Freisinnige Vereinigung vor dem Volke einen Hauptteil an der Verantwortlichkeit, daß dasjenige geschieht, was ich für überaus nachteilig für die wirtschaftliche Entwicklung erachte."[94]

So wenig dieses Auftreten Richters überraschen konnte, verdient es doch als ein Moment der Zersetzung seiner Partei und seines eigenen Abtretens von der politischen Bühne hervorgehoben zu werden. Bebel ergriff unmittelbar nach Richter das Wort: „Meine Herren, wenn die Rechte dieses Hauses je einmal einem Redner der freisinnigen Linken Dank schuldig war, so heute."[95] Pachnicke erklärte, daß sich die Mehrheit jetzt auf Richter berufen werde. Richter hatte der Reaktion in einer schwierigen Situation einen unschätzbaren Dienst erwiesen und beigetragen, ihr den Weg des parlamentarischen Rechtsbruchs, des Sieges der Sonderinteressen und des Protektionismus vollenden zu helfen. Mehring schrieb dazu, daß letzten Endes alle kompromittierenden Vorgänge im Reichstag nur möglich waren durch die „... klägliche Rolle, die der bürgerliche Liberalismus in der gegenwärtigen parlamentarisch-politischen Krisis spielt. Es sind nicht nur die Nationalliberalen, die sich zu offenen Helotendiensten für die junkerlichen Brotwucherer hergeben, sondern auch der bürgerliche Freisinn und die Süddeutsche Volkspartei spielen ein zweideutiges Spiel, dessen praktische Wirkung durchaus der reaktionären Mehrheit förderlich ist; die einzige Ausnahme, das kleine Häuflein der Freisinnigen Vereinigung, bestätigt nur die Regel des liberalen Verrats."[96]

Am 9. Dezember 1902 erfolgte mit der Annahme des Antrags Gröber ein weiterer Schritt zur Unterdrückung der durch ihre inneren Gegensätze geschwächten Opposition. Es gab noch einige Gefechte, die für den weiteren Verlauf keine Bedeutung mehr erlangten. Nach einer Dauersitzung vom 13. Dezember 10.20 Uhr bis zum 14. Dezember 4.38 Uhr, in der insgesamt 24 Abstimmungen erfolgten, war die Annahme der Vorlage entschieden. Es blieben die geschichtlichen, sozialökonomischen und ideologischen Widersprüche und Probleme, die in den Kämpfen um dieses Gesetz zum Ausdruck gekommen waren; es blieb der Grund für weitere und nachhaltigere Erschütterungen in der Entwicklung unserer Nation.

4. Zur Haltung der Linksliberalen gegenüber dem junkerlich-bürgerlichen Staat

Das Verhältnis des deutschen Liberalismus zum Staat des junkerlich-bürgerlichen Imperialismus wird in hohem Maße durch die Vorgeschichte, insbesondere durch das Scheitern der Revolution 1848/49, den reaktionären geschichtlichen Kompromiß von Bourgeoisie und feudal-junkerlicher Reaktion und die Reichseinigung von oben, bestimmt. Die Abspaltung des Nationalliberalismus war ein Ausdruck der Wirkung dieser Faktoren. Während er sich ab 1870/71 völlig auf den Boden des neugeschaffenen Deutschen Reiches stellte, den Liberalismus verwarf und mit dem Übergang zum Imperialismus zur konservativ-antidemokratischen Partei wurde, spiegelte sich im Linksliberalismus der durch diese historische Entwicklung entstandene Zwiespalt in der Lage eines großen Teiles der Bourgeoisie, des Mittel- und Kleinbürgertums und der Intelligenz wider. Friedrich Engels hat die

---

93 *Reichstag,* 10. Leg.per., 2. Sess., Bd. 8, S. 6727.
94 Ebenda, S. 6743.
95 Ebenda, S. 6744.
96 *Mehring, Franz,* Neue Kämpfe, neue Siege, in: Gesammelte Schriften, Bd. 14, S. 514.

Widersprüchlichkeit dieser Situation in einem Brief an Bebel 1892 umrissen: „Die kapitalistische Gesellschaft, die sich den Staat noch nicht formell unterworfen hat, die die wirkliche Regierung einer monarchisch-bürokratisch-junkerlichen erblichen Kaste überlassen und sich damit begnügen muß, daß im ganzen und großen doch ihre eigenen Interessen schließlich entscheiden, diese Gesellschaft, wie sie in Deutschland situiert ist, wackelt zwischen zwei Strömungen: einerseits der Allianz aller offiziellen und besitzenden Gesellschaftsschichten gegenüber dem Proletariat ... Andererseits besteht eine Strömung, die den alten, aus Feigheit unausgekämpften Konflikt immer wieder auf die Tagesordnung setzt ...“[97]

Das Verlangen der Freisinnigen Vereinigung, die staatlichen Entschlüsse mehr zu beeinflussen, war keine zufällige Erscheinung. Das ungeheure Wachstum des Bank- und Handelskapitals seit der Reichsgründung, die gewaltige Ausdehnung des Außenhandels und die immer engere Verflechtung mit der Kolonial- und Flottenpolitik hatten die gesellschaftliche Stellung dieser Schichten der Bourgeoisie völlig verändert. Ihre ökonomische und soziale Lage zwang sie, ein neues Verhältnis zum Staat zu suchen. Im gesellschaftlichen Leben war dieses neue Verhältnis teilweise verwirklicht. Es mußte durch die Regierungsfähigkeit ergänzt werden. Ein wesentliches Hindernis dazu bildeten der ökonomische Interessengegensatz zu den konservativagrarischen Kreisen und die Differenzen in der Innenpolitik. Deshalb wurde der Kernpunkt der Bemühungen der Freisinnigen Vereinigung um ein engeres gegenseitiges Verhältnis zur Regierung und selbst zum Monarchen der Kampf gegen die Politik und den Einfluß der konservativen Reaktion. In einer Betrachtung zur „Gesamtlage des Liberalismus“ nach den Reichstagswahlen 1898 schrieb Barth resignierend: „Wann wird man endlich bei der Regierung so weit in der Erkenntnis vorgeschritten sein, daß man den Liberalismus als die vorzugsweise staatserhaltende politische Richtung begreift. Einstweilen wird der Liberalismus sich allein weiter durchzuschlagen haben.“[98]

Die führende Stellung der Deutschen Bank, die Tätigkeit Georg von Siemens’ und die Verflechtung ihrer Unternehmungen mit der Politik des Reiches bedeuteten natürlich auch eine bestimmte Annäherung der Partei an die regierenden Kreise. Paul Liman hob die „gesteigerte Würdigung“ des Großkapitals am kaiserlichen Hof hervor. Seine Stellung zum Freisinn wandelte sich in dem Maße, in dem dieser ökonomisch potente Kreise vertrat.[99] Karl Helfferich berichtete, daß der Kaiser, der Siemens den erblichen Adel verlieh, ihn nach ihrer Begegnung in Konstantinopel 1898 häufiger heranzog, z. B. vor einer Begegnung mit Cecil Rhodes über Fragen des afrikanischen Eisenbahnbaues im März 1899. Er ließ Siemens Informationen über alle politisch bedeutsamen Vorgänge zur Bagdadbahn zugehen, und es kam, teilweise mit Bülow, wiederholt zu persönlichen Begegnungen. Auch das enge Verhältnis von Siemens zum englischen Kolonialminister Joseph Chamberlain kann nur aus seinem Zusammenwirken mit der Regierung verstanden werden. Auf seiner Nordlandreise im Frühjahr 1902 wählte der Kaiser für informative Gespräche auch den Abgeordneten Frese. Diese Verhaltensweisen riefen häufig konservative Angriffe hervor und bestärkten den nach staatlichen Machtpositionen strebenden Teil des Freisinns in seinen Hoffnungen auf die Gewinnung der Monarchie.

Auch gegenüber dem Reichskanzler bemühte sich dieser Teil des Freisinns um ein freundliches Verhältnis. Jerussalimski bemerkte sarkastisch, daß Hohenlohe-Schillingsfürsts „greisenhafte Langsamkeit“ gewissen Parteien imponieren mußte. Rickert stand zu ihm, wie bereits vorher zu Caprivi, in einem persönlichen Verhältnis. Diese Beziehungen wie die der Partei zum Reichskanzler wurden aber möglichst geheim gehalten. Als im Herbst 1900 die Kanzlerstelle Hohenlohe-Schillingsfürsts schwankte, empfahl ihm Friedrich v. Holstein, von drei Persönlichkeiten das Urteil einzuholen, darunter war auch Siemens. Die Außenpolitik wurde von der Freisinnigen Vereinigung im allgemeinen gebilligt, wobei sie sich bemühte, auch hier den Agrariern den Rang abzulaufen. Der Abgang von Hohenlohe-Schillingsfürst im Oktober 1900 wurde daher nicht begrüßt, obwohl sie unfähig war, ihn zu verhindern.

---

97 *Engels, Friedrich,* an A. Bebel am 19.2.1892, in: *Marx/Engels,* Ausgewählte Briefe, a. a. O., S. 528.
98 *Die Nation,* Jg. 15, Nr. 40 v. 2.7.1898, S. 569.
99 *Liman, Paul,* Der Kaiser, Ein Charakterbild Wilhelms II., Berlin 1904, S. 209 f.

Das Verhältnis des Nationalsozialen Vereins zu Staat und Regierung war durch Naumanns illusionäre Taktik zur Gewinnung des Kaisers für „Demokratie“ und Sozialreform auf der Grundlage aggressiver Räuberpolitik nach außen gekennzeichnet. Allerdings blieben diese Anstrengungen erfolglos und unerwidert. Durch ihre sozialpolitische Agitation, die die herrschenden Kreise bereits selbst für gefährlich hielten und als Vorfrucht der Sozialdemokratie betrachteten, hatten sich die Nationalsozialen die Gegnerschaft des Kaisers wie des Reichskanzlers zugezogen. Ohnehin blieb das von Naumann erwartete Echo nicht nur bei der Arbeiterklasse, sondern auch in großkapitalistischen Kreisen aus.

Die Stellung der Freisinnigen Volkspartei zur Regierung war widerspruchsvoll. Sie bejahte die staatliche und gesellschaftliche Basis dieser Regierung und ihre hauptsächlichen Ziele. Die Kritik des persönlichen Regiments und absolutistischer Tendenzen waren das Feld, das sich die Freisinnige Volkspartei noch vorbehalten hatte. Die Zeiten waren allerdings längst vorüber, da Holstein noch befürchten konnte, daß Richter in das Kabinett käme. Die Ursache dafür lag vor allem in der Bedeutungslosigkeit seiner Partei und ihrem Unverständnis für die Erfordernisse der imperialistischen Entwicklung. Ihre kleinbürgerlich-liberale Politik hatte in ihrer damaligen spezifischen Ausbildung weder seitens der arbeitenden noch der herrschenden Klassen eine Perspektive.

Zunächst stand in jenen Jahren den Bemühungen des Liberalismus um einen stärkeren Einfluß auf den Regierungskurs das Bestreben der Reaktion entgegen, sich unter der Parole der Sammlungspolitik zu vereinigen. Dieser Politik standen die linksliberalen Parteien einmütig ablehnend gegenüber. Obwohl sie vor allem gegen die Arbeiterklasse und die Sozialdemokratische Partei gerichtet war, berührte die Sammlungspolitik auch grundlegende, besonders wirtschafts- und innenpolitische Interessen der durch den Freisinn vertretenen Schichten und Gruppen. Dabei verhielten sich jene Kreise des Linksliberalismus inkonsequent, die glaubten, durch eine Unterstützung reaktionärer Projekte der Sammlungspolitik, z. B. der Flottenrüstung, die Positionen des Liberalismus verbessern zu können.

Diese Politik konnte nicht erfolgreich sein, da sie die vom Liberalismus repräsentierten kleinen, aber teilweise mächtigen Gruppen der Bourgeoisie ausschloß und es unmöglich war, den geschichtlichen, ökonomischen und politischen Gegensatz von Junkertum und Großbourgeoisie dauerhaft zu überbrücken. „Seitdem aber das Proletariat seine Bande gesprengt hat, ist die Freundschaft zwischen Bourgeoisie und Junkertum immer mehr in die Brüche gegangen, und die wachsende Unmöglichkeit, sie noch einmal unter einen Hut zu bringen, wird schlagend durch das ewige Fiasko der ‚Sammelpolitik‘ bewiesen ...“[100] Das schrieb Mehring Anfang 1900, als das endgültige Scheitern der Sammlungspolitik entschieden war. Das Schicksal der Sammlungspolitik ist als Vorgeschichte des konservativ-liberalen Blocks 1906-1909, als Ausdruck der Wandlungen in der Strategie und Taktik der herrschenden Kreise und des Niederganges des Liberalismus von Bedeutung.

5. Der Monarchismus der Liberalen

Die Einschätzung des Verhältnisses zum preußisch-deutschen Militärstaat um 1900 erfordert eine Charakteristik des Monarchismus der liberalen Bourgeoisie, seines Klasseninhalts und seiner politischen Funktion. Die relativ friedliche Entwicklung Deutschlands in der vorangegangenen Periode und die in bestimmtem Maße erfolgte Konstitutionalisierung des monarchischen Regimes im Deutschen Reich ließen den antidemokratischen und konterrevolutionären Inhalt dieses Monarchismus schwer erkennen. Dies um so mehr, als die linken Fraktionen der Bourgeoisie bei aller Inkonsequenz der herrschenden Reaktion noch immer oppositionelle Gefechte, besonders in wirtschafts-, finanz-, innen- und rüstungspolitischen Fragen, geliefert hatten. Die Analyse ihrer Gesamthaltung in den Grundfragen der Nation, der Demokratie und des geschichtlichen Fortschritts beweist jedoch, daß im Deutschland des frühen Imperialismus der Monarchismus der liberalen Bourgeoisie nur das Synonym ihrer grundsätzlich konterrevolutionären und antidemokratischen Position war. Ihr Liberalismus schloß diesen Monarchismus ebenso ein wie den der russischen Liberalen, die sich vor der revolutionär-demokratischen Volksbewegung in Rußland mit der Bezeichnung als „konstitutionelle Demokraten“ tarnten. Ein relativ bedeutungsloser Unterschied bestand darin, daß die revolutionäre Situation es den Liberalen Rußlands nicht gestattete, sich offen als Monarchisten zu bekennen.

---

100 *Mehring, Franz,* Weltkrach und Weltmarkt, Berlin 1900, S. 44.

Lenin schrieb in den Tagen der Revolution: „Aber das ist es ja gerade, daß es den Herren Bourgeois *unmöglich* ist, sich schon jetzt mit ihrem richtigen Namen zu bezeichnen. Das ist ebenso unmöglich, wie es unmöglich ist, nackend auf die Straße zu gehen. Man kann nicht offen die Wahrheit sagen, man kann nicht laut aussprechen, was ist, weil das gleichbedeutend wäre mit der Anerkennung eines der ungeheuerlichsten und schädlichsten politischen Privilegien, gleichbedeutend mit der Anerkennung des eigenen *Anti*demokratismus.“[101] Eine vergleichbare Situation trat für die deutschen Liberalen erst im November 1918 ein.

Diese Einschätzung Lenins ist für die Charakteristik des Monarchismus der linken Liberalen in Deutschland wertvoll. Damit ist festgestellt, daß der Monarchismus notwendig den Antidemokratismus einschließt. Das Bekenntnis der Liberalen zum Monarchismus, Republikanismus oder Demokratismus in Worten wird stets von der Situation des Klassenkampfes bestimmt und genügt nie allein, ihre Gegnerschaft zur Demokratie richtig und allseitig zu beurteilen. Diese demagogische Anpassung der Liberalen an die Erfordernisse des Klassenkampfes schließt die Möglichkeit ein, daß in Krisen, bei der Herausbildung revolutionärer Situationen oder durch revolutionäre Umwandlungen, sich dieses Bekenntnis wandeln kann, ohne daß die grundsätzliche konterrevolutionäre und antidemokratische Position verlassen würde.

Geschichtlich lag der Ursprung des Monarchismus der deutschen Bourgeoisie in dem durch die Furcht vor dem Volk verursachten Versagen von 1848/49 und dem daraus hervorgegangenen Kompromiß mit der feudal-junkerlichen Reaktion. „Die deutsche Bourgeoisie, die sich nie durch revolutionäre Tatkraft ausgezeichnet hatte, bemühte sich, die Revolution hinter dem Rücken des Volkes dadurch zum Abschluß zu bringen, daß sie die gesamtnationalen Interessen, mit denen sie vordem paradiert hatte, feige verriet. Die emanzipatorischen Illusionen der Bourgeoisie zerflossen wie eine Fata Morgana; eilfertig kapitulierte sie vor dem junkerlich-monarchistischen Staat.“[102] Mit der Herausbildung des junkerlich-bürgerlichen Imperialismus vollzog sich eine Wandlung des Klasseninhalts dieses Monarchismus, der nunmehr den Klassencharakter des Wilhelminischen Militärstaates unter den Bedingungen des Übergangs zum Imperialismus widerspiegelte. Da innerhalb der herrschenden Klassen der Anteil der Großbourgeoisie an der reellen Macht ständig zunahm, bedeutete diese Entwicklung eine Vertiefung der monarchistischen Staatsauffassung der Bourgeoisie. Das Anwachsen der Arbeiterbewegung verstärkte nur noch diesen Prozeß.

Das Wesen dieses Monarchismus besteht in der aus Klasseninteressen erfolgten opportunistischen Anpassung der Bourgeoisie an die geschichtlich entstandenen Machtverhältnisse. Barth erklärte 1895 das Problem der Monarchie zu einer für die Bourgeoisie belanglosen Frage: „Meine Herren, in derselben Weise, wie wir, die wir Monarchisten – sagen wir: Vernunftsmonarchisten – sind, erklären: wir erachten in Deutschland unter den jetzigen Umständen die Aufrechterhaltung der Monarchie für das allein Vernünftige und Zweckmäßige, – in derselben Weise werden wir ... auch behaupten, es wäre ein ebenso großer Unsinn, wenn man beispielsweise in den Vereinigten Staaten von Amerika oder in Frankreich unter den heutigen Umständen die Monarchie einführen wollte.“[103] Dieser Begriff des „Vernunftsmonarchisten“ entsprach der von Lenin vorgenommenen Bestimmung des „bewußten Monarchismus der schachernden Bourgeoisie“ im Unterschied zum „naiven Monarchismus“ der Bauernschaft.

Ein im Hinblick auf die Natur dieses freisinnigen Monarchismus symbolischer Akt vollzog sich anläßlich der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Kaiser Wilhelms 1897. „Die ‚Börse‘, die vielgeschmähte, marschiert an der Spitze der patriotischen Veranstaltungen – mit einem ‚Festkonzert aus Anlaß der Centenarfeier Kaiser Wilhelms I.‘ ...“[104]

Diese konterrevolutionäre Bejahung des monarchistischen Regiments schloß den ausdrücklichen Verzicht selbst einer nur programmatischen Orientierung auf die Schaffung einer bürgerlichen Repu-

---

101 *Lenin, W. I.,* Revolutionärer Kampf und liberales Maklertum, in: Werke, Bd. 8, Berlin 1958, S. 489.

102 *Geschichte der Philosophie,* hg. v. d. Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Bd. 3, Berlin 1961, S. 295.

103 *Reichstag,* 9. Leg.per., 3. Sess., Bd. 1, S. 254.

104 *Stein, August,* Es war alles ganz anders. Aus der Werkstätte eines politischen Journalisten 1891-1914, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1922, S. 104.

blik ein. Daher konnte Barth 1904 zur Neuauflage von Naumanns „Demokratie und Kaisertum“ schreiben, daß das Kaisertum in Deutschland so stark wäre, daß es Utopismus sei, in „geschichtlich absehbarer Zeit“ mit seiner Ablösung zu rechnen. Mehring sprach von den „konstitutionellen Monarchisten des Freisinns“. Unter dem Eindruck der China-Aggression 1900 schrieb er in einer Betrachtung zum persönlichen Regiment: „Mit anderen Worten: bei den bürgerlichen Parteien ist der Kampf *gegen* das persönliche Regiment vielmehr ein Kampf *um* das persönliche Regiment, und erst wenn das persönliche Regiment seinen eigenen Weg geht, ohne sich an eine der bürgerlichen Parteien zu kehren, entsteht der ‚allgemeine Unwille‘ der ‚öffentlichen Meinung‘, der neben allen sonstigen Vorzügen auch den entschiedenen Vorzug äußerster Harmlosigkeit besitzt und keine Fliege totzuschlagen vermag.“[105]

Unter den Ideologen der liberalen Bourgeoisie, die die gesamte programmatische und taktische Ausrichtung des Liberalismus auf die Festigung und den Ausbau des monarchischen Systems gründen wollten, ragt Friedrich Naumann in auffälliger und origineller, aber in nichts weniger als rühmlicher Weise hervor. Das Verhältnis zur Monarchie nahm in seinem politischen Denken und Wirken einen zentralen Platz ein. Es formte weitgehend seine opportunistische Grundorientierung, die von einer Anlehnung an den monarchistischen Staat und der Unterordnung der Volksmassen ausging und in eine harmonische Synthese von „Demokratie und Kaisertum“ münden sollte. So sind seine politischen Stellungnahmen von dieser widerspruchsvollen Anschauungsweise durchdrungen, die letztlich bloß ein origineller Reflex der miserablen politischen Lage des liberalen Bürgertums zwischen Reaktion und Demokratie sowie seiner Perspektivlosigkeit war.

1900 hatte Naumann die Schrift „Demokratie und Kaisertum“ veröffentlicht, in der er diese Seite seiner Anschauungen erläuterte und zu begründen suchte. Das Buch fand in bürgerlichen, besonders in intellektuellen und sozialliberalen Schichten, angesichts der in der Bourgeoisie vorherrschenden politischen Ideenlosigkeit größere Beachtung und erschien bis 1905 in 4 Auflagen. Wesentliche Thesen der Schrift lauteten: „Die preußische Militärmonarchie hat das Reich gegründet, und sie hat sich in ihm den ersten Platz gesichert. Am Felsen dieser Tatsache zerrinnt alles Raisonnement wie lockere Brandung ... Je mehr Millionen deutscher Männer Waffen tragen können, je mehr Millionen Hände Waren schaffen können, je mehr Millionen Bürger Schiffe zahlen können, desto höher steigt die Kaisermacht ... Der Kaiser führt die Nation als Diktator der neuen Industrie. Indem er aber dieses tut, braucht er die Masse, die Demokratie. Das ist der Entwicklungsgang, den unsere deutsche Geschichte gehen wird.“[106]

Das in der Stellung zum Militarismus beobachtete aggressiv-militaristische Denken Naumanns wird in seiner besonderen Auffassung von der Mission des Monarchen erneut deutlich. Das charakterisiert auch den antinationalen und volksfeindlichen Charakter des Monarchismus der liberalen Bourgeoisie im allgemeinen und des Monarchismus Naumanns im besonderen. Mehring, der die subjektive Ehrlichkeit in den Bemühungen Naumanns und sein schriftstellerisches Talent anerkannte, schrieb dazu: „Aber man muß allerdings erstaunen über die Verwirrung, die Naumann in den politisch brennenden Fragen der Gegenwart anzurichten versteht: er verlangt nicht mehr und nicht weniger, als daß ‚Demokratie und Kaisertum‘ ein Bündnis schließen sollen, das heißt, daß die Arbeiterklasse unbesehen alle militaristischen und marinistischen Forderungen der Krone unterstützen, sie dadurch von der agrarischen Aristokratie des Junkertums unabhängig machen und ihr ermöglichen soll, der industriellen Aristokratie der Bourgeoisie aufzuhelfen, was nach Naumanns Ansicht ebenso in den Wünschen des gegenwärtigen Kaisers liegt, wie es den Interessen des Proletariats entsprechen würde.“[107]

Auch in bezug auf die Freisinnige Volkspartei konnte Grotewold feststellen, daß sie „zuverlässig kaisertreu“ sei. Er erwähnt, daß Richter einen Hamburger Abgeordneter. wegen seiner republikanischen Anschauungen aus der Partei ausgeschlossen habe. Ständig mußten sich die marxistischen Köp-

---

105 *Mehring, Franz,* Das persönliche Regiment, in: Gesammelte Schriften, Bd. 14, S. 359 f.

106 *Naumann, Friedrich,* Demokratie und Kaisertum. Ein Handbuch für innere Politik, 4. Aufl., Berlin 1905, S. 170, 180, 181.

107 *Mehring, Franz,* Demokratie und Kaisertum, in: Die Neue Zeit, Jg. 18, Bd. 2, Ne. 30 v. 18.4.1900, S. 65 ff.

fe der Sozialdemokratischen Partei mit dem liberalen Byzantinismus auseinandersetzen und deckten dabei die entscheidende Ursache dieser Ideologie auf: „Die tiefste Wurzel des Hurrapatriotismus, der die bürgerlichen Knochen so erweicht, ist die besinnungslose Angst der Bourgeoisie vor dem klassenbewußten Proletariat.“[108] In diesem Monarchismus, den man nur in einigen süddeutsch-demokratischen Kreisen durch einen zaghaften Republikanismus ersetzt sah, bestand ein wesentlicher Unterschied zwischen dem Liberalismus und der von der Arbeiterpartei geführten Demokratie. Die gegen den preußisch-deutschen Monarchismus und den vorherrschenden Byzantinismus gerichtete satirische Flugschrift von Ludwig Quidde: „Caligula. Eine Studie über römischen Cäsarenwahnsinn“, die 1894 veröffentlicht und in der Folge dreißigmal aufgelegt wurde, ragt als positives und daher einsames Zeugnis aus dem generellen Monarchismus der Liberalen heraus.

Diese Betrachtung ist von großer Bedeutung, da sie ein tieferes Verständnis des wirklichen Inhalts des angeblichen Demokratismus und Republikanismus der deutschen Bourgeoisie in späteren Phasen ihrer Entwicklung – bis heute – erleichtert. Diese Klärung ist um so notwendiger, als die bürgerliche Historiographie bemüht ist – wie es Darstellungen bei Theodor Heuss oder J. H. Knoll zeigen – den antidemokratischen und fortschrittsfeindlichen Charakter dieses bürgerlichen Monarchismus zu leugnen oder zu beschönigen.

Bei einer Gesamteinschätzung der Stellung der linksliberalen Parteien zur Expansionspolitik, Aufrüstung und zum Militarismus wird deutlich, daß sich darin die Prozesse des Übergangs zum Imperialismus und ihre Auswirkungen auf die einzelnen Fraktionen und Interessengruppen der Bourgeoisie widerspiegeln. Gleichzeitig ist zu erkennen, daß sich der Linksliberalismus einer akuten Krise nähert. Die relative Breite seiner sozialen Basis – von den Bankdirektoren bis zum schlesischen Kleinbauern und Landlehrer – umfaßte soziale Gegensätze und Spannungen, die nicht unbegrenzt durch konstitutionelle Phrasen und oppositionelle Halbheiten überdeckt werden konnten. Mit der Vertiefung dieser Gegensätze schwenkten die großkapitalistischen Repräsentanten des Freisinns, ihre Ideologen und Mitläufer in wesentlichen, das Schicksal der Nation berührenden Fragen zur konservativ-nationalliberalen Regierungspolitik über.

Der chauvinistische Taumel infizierte Kreise der liberalen Intelligenz und des Mittel- und Kleinbürgertums. Für diese Schichten entstand angesichts der Unmöglichkeit der weiteren Fortsetzung des bisherigen Kurses die Notwendigkeit, über die Schranken des bisherigen Liberalismus hinwegzuschreiten zu liberaldemokratischen, antiimperialistischen Positionen, die ihnen in den Lebensfragen der bürgerlichen Demokratie, des Volkes und der Nation ihren Platz an der Seite der proletarischen Demokratie einzunehmen ermöglichten. Das aber setzte den Bruch mit jenen Fraktionen der liberalen Bourgeoisie voraus, deren sozialökonomische Lage und Ideologie eine Ausrichtung auf den Imperialismus zur Folge haben mußten. Diesem Weg standen hauptsächlich die Furcht und Vorurteile gegenüber der Arbeiterklasse und der Sozialdemokratie, die Last antidemokratischer und antisozialistischer Traditionen des Liberalismus und die Hoffnungen auf Mitbeteiligung an den Erträgen der Kolonialpolitik und der Aufrüstung entgegen.

Der außerdem noch mögliche Weg war der des weiteren Zusammengehens mit den großkapitalistischen Fraktionen. Dieser Weg mußte zur zunehmenden Unterordnung unter diese Fraktionen führen, zum Verzicht auf die selbständige Vertretung der spezifisch antimonopolistischen und antimilitaristischen Interessen und damit auch zum Verrat an den letzten progressiven Motiven, Grundsätzen und Zielen des Liberalismus. Die charakterisierte Entwicklung läßt erkennen, daß zu Beginn unseres Jahrhunderts im Freisinn die Kräfte überwogen, die zu diesem zweiten Weg tendierten.

---

108 *Derselbe,* Vom Hurrapatriotismus, in: Die Neue Zeit, Jg. 18, Bd. 2, Nr. 33 v. 9.5.1900, S. 163.

IV. Kapitel
Klassenkämpfe in Deutschland und Revolution in Rußland. Das Verhältnis zur Sozialdemokratischen Partei (1900-1906)

1. Die Auseinandersetzungen um die Stellung zur Arbeiterbewegung

a) Charakter der Richtung Barth-Naumann

Um 1900 wurde die Frage des Verhältnisses zur Arbeiterbewegung entscheidend für die Stellung der linken bürgerlichen Parteien in den Klassenkämpfen, für ihren Platz zwischen Reaktion und Demokratie. Die bedeutendste Erscheinung wird jene politisch-ideologische Strömung innerhalb der liberalen Bourgeoisie, die an die Namen Theodor Barth und Friedrich Naumann gebunden ist und von den Zeitgenossen meist mit diesen Namen bezeichnet wurde. Sie entstand keineswegs plötzlich; die für die Situation seit Mitte der neunziger Jahre gegebene Einschätzung läßt schon ihre Ausbildung in der Freisinnigen Vereinigung und im Nationalsozialen Verein in wesentlichen Zügen erkennen.

Durch die Entwicklung der imperialistischen Widersprüche und ihre Konsequenzen für die Orientierung der liberalen Bourgeoisie und ihrer Parteien mußten die Auffassungen von Barth und Naumann stärker in den Vordergrund rücken. In den Anschauungen beider spiegelten sich das rasche Wachstum des Kapitalismus in Deutschland, kapitalistische Triebkräfte und Motive der Aggressivität des deutschen Imperialismus, die für Fraktionen der Bourgeoisie noch immer nachteilige und als hemmend empfundene politische und gesellschaftliche Vormachtstellung des Junkertums, des konservativen Beamtentums, der Polizei und der privilegierten adligen Offizierskaste und schließlich die bisherige, den kapitalistischen Profitinteressen abträgliche Ohnmacht der herrschenden Klassen gegenüber dem Wachstum der Arbeiterbewegung und besonders der Sozialdemokratie wider.

Die charakteristischen Züge der nach ihnen benannten und zwischen 1900 und 1906 in den politischen Vordergrund tretenden Strömung lassen sich etwa folgendermaßen umreißen: a) Entscheidende Grundlage der Politik der liberalen Bourgeoisie müßten die Interessen und Ziele der Industrie und des Bank- und Handelskapitals sein. Diese Politik solle daher auf die Schaffung und Förderung maximaler Entfaltungs- und Ausdehnungsmöglichkeiten für den Kapitalismus gerichtet sein. Entsprechend den von ihnen vorrangig vertretenen Fraktionen der Bourgeoisie trug diese Konzeption wirtschaftspolitisch freihändlerischen Charakter. b) Diesen grundlegenden ökonomischen Interessen müsse in politischer Beziehung durch eine Liberalisierung der Innenpolitik entsprochen werden. Das erfordere den Ausbau der politischen Rechte und Freiheiten, den Abbau der reaktionären feudal-junkerlichen Privilegien und Einschränkungen und eine Wandlung der Taktik der herrschenden gegenüber den ausgebeuteten und unterdrückten Klassen. c) Die Arbeiterklasse, deren revolutionärer Charakter auf die Bismarcksche Innenpolitik und die späteren repressiven und diskriminierenden Maßnahmen der regierenden Kreise zurückgeführt wurde, sei nicht durch einen Herr-im-Hause-Standpunkt à la Stumm oder ostelbischer Gesindeordnung von den besitzenden Klassen und dem Staat zu isolieren und in ihrer revolutionären Gegnerschaft zu bestärken. Sie solle vielmehr durch eine geeignete Innen- und Sozialpolitik entwaffnet und auf der Grundlage einer machtpolitischen äußeren und sozialreformerischen inneren Politik zu einem positiven Verhältnis zur kapitalistischen Ordnung umerzogen werden. Die entscheidende Kraft für diese Umwandlung könne angesichts des ausgebildeten Klassenbewußtseins nur aus der Arbeiterbewegung heraus wirksam werden und wurde im Opportunismus gesehen, der durch die Bourgeoisie direkt und indirekt nach Kräften gefördert werden müsse. d) Diese Konzeption schloß die Forderung ein, die Spitze des politischen Kampfes der Liberalen gegen das Junkertum und seine politische Sippschaft in allen Sphären des Staates zu richten mit dem Ziel, es Schritt für Schritt seiner bisherigen Privilegien – vom Einfluß auf den Kaiser über den wirtschaftspolitischen Protektionismus bis zum Duellunwesen – zu entbinden und durch den Ausbau des Anteils der bürgerlichen Klasse an der Staatsmacht zu ersetzen. e) Schließlich solle die aggressive, expansionistische Politik nach außen einschließlich der weiteren intensiven Steigerung der Rüstungen fortgesetzt, die kapitalistischen Interessen dabei in den Vordergrund gerückt und hemmende absolutistische, feudale und bürokratische Einflüsse ausgeschaltet werden.

Diese Barth-Naumannsche Strategie erlangte auf Grund der widersprüchlichen Lage der liberalen Bourgeoisie eine gewisse Bedeutung. Die Darstellung ihres Ausbreitens, ihrer Wirkung und ihres schließlichen Scheiteros beleuchtet wesentliche Seiten in der Geschichte des deutschen Liberalismus und der Bourgeoisie überhaupt. Diese muß auch den Anschluß des Nationalsozialen Vereins an die Freisinnige Vereinigung berücksichtigen, die nur im Rahmen dieser ideologischen Entwicklung richtig bewertet werden kann.

Ein Vortrag Bernsteins, den er nach der „durch eine verständige Maßregel der Regierung" erfolgten Rückkehr vor Studenten hielt, veranlaßte „Die Nation" im Mai 1901 zu Betrachtungen über die Sozialdemokratie und den Revisionismus. Es wurde als Illusion bezeichnet, daß Bernstein mit seinem Auftreten eine Wandlung der Sozialdemokratie herbeiführen könne. Jedoch: „Bernstein ermöglicht durch sein Auftreten eine Fortentwicklung, von der wir annehmen, daß sie die Partei schließlich einmal in einem langsamen Prozeß aus der Utopie ganz herausführen und zu einer radikalen Arbeiterpartei umgestalten wird."[1] Sie solle jedoch als politischer Faktor fortbestehen. Im gleichen Sinne nahm die Zeitung zur Auseinandersetzung mit Bernstein auf dem Parteitag in Lübeck im September 1901 Stellung und kritisierte die Mehrheit des Kongresses und ihre proletarische Parteilichkeit mit den platten liberalen Phrasen von der „freien Meinungsäußerung" und dem „Ketzergericht".

Gleichzeitig griff Barth die Reaktion an, die Konfliktstoffe suche und dabei Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie bevorzuge: „Das rote Gespenst hat den Reaktionären von jeher die trefflichsten Dienste geleistet."[2] Er begründete dieses Urteil, das früher wie heute von philiströsen Schichten des deutschen Bürgertums nie begriffen wurde, in einem anderen Aufsatz damit, daß die Sozialdemokratie nirgends „dem heutigen Staat wirklich gefährlich werden könnte", jedoch viele Positionen nur mit Hilfe der Sozialdemokratie erfolgreich verteidigt werden könnten. Nach dem Münchener Parteitag wurde von der Barthschen Zeitschrift wohlwollend für die „Sozialistischen Monatshefte" und hämisch gegen „Die Neue Zeit" Stellung *ge*nommen. Sie stellte fest, daß die Spaltung der Sozialdemokratie eine internationale Erscheinung sei, in Italien sich Turati, in Frankreich Jaurès durchgesetzt habe und die Entscheidung in Deutschland noch offen sei.

Zu Recht sah Grotewold in Barth den eigentlichen Urheber der politischen Idee bestimmter Gruppen der liberalen Bourgeoisie, die für ein Bündnis der Liberalen mit der Sozialdemokratie eintraten. Einer der führenden Anhänger Barths, Dr. F. C. Witte, schrieb dazu 1911: „Theodor Barth hatte rechtzeitig erkannt, daß eine fruchtbare liberale Politik einzig und allein darin bestehen kann, ein leidliches Verhältnis mit der Arbeiterpartei, eine Blockpolitik, einen Reichsverband mit der Sozialdemokratie einzuleiten."[3] Man muß diese Rolle Barths hervorheben, da die bürgerliche Historiographie unter dem Einfluß der Arbeiten von Heuss und als erwünschtes Zugeständnis an den Konservatismus und Klerikalismus der in der Bundesrepublik herrschenden Kreise die Rolle Friedrich Naumanns gegenüber anderen liberalen Politikern in unzulässiger Weise überbewertet und damit wesentliche geschichtliche Zusammenhänge fälscht.

Naumann versuchte, mit einer den Barthschen Auffassungen ähnelnden Orientierung seinem Verein eine breitere soziale Basis zu schaffen, so daß sich beider Auffassungen in diesen Jahren annäherten. Während Barth mit der nüchternen Distanz eines liberalen Bourgeois, der führenden kapitalistischen Kreisen nahestand, die Wirksamkeit der Revisionisten beobachtete und sie publizistisch unterstützte, im übrigen jedoch sein persönliches Wirken auf die Wandlung der Auffassungen im Freisinn konzentrierte, führte Naumann seine Agitatoren immer wieder in den frontalen Kampf gegen die Sozialdemokratische Partei. Gleichzeitig wurde das persönliche Verhältnis zu einflußreichen Revisionisten gepflegt. Wie Barth äußerte sich Naumann mehrfach befriedigt über die Rückkehr Bernsteins nach Deutschland.

Der Nationalsoziale Verein setzte seine aktive Agitations- und Versammlungstätigkeit auch in den letzten Jahren seines Bestehens fort. In seinem Referat auf dem letzten Parteitag rechnete Naumann

---

1 *Die Nation,* Jg. 18, Nr. 34 v. 25.5.1901, S. 529 ff.
2 *Barth, Theodor,* Ein Königreich für einen Konflikt, in: Die Nation, Jg. 18, Nr. 39 v. 29.6.1901, S. 611.
3 *Witte, Dr. F. C.*, Liberales und Soziales. Reden und Aufsätze, Leipzig 1911, S. 12.

die Förderung des Revisionismus zu den wenigen effektiven Ergebnissen der nationalsozialen Tätigkeit. „Gewiß, meine Herren, unsere Gedanken sind auch für die Sozialdemokratie nicht ohne Nutzen gewesen, unser Eingreifen in die Bernstein-Frage war keineswegs vergeblich ...“ Er mußte jedoch notwendige Einschränkungen vornehmen: „Wir haben mit Freuden und Genugtuung hervorgehoben, was Heine, Auer, Vollmar usw. gesagt haben, aber trotz alledem steht die Sozialdemokratie als Ganzes dem Staatsgedanken innerlich ablehnend gegenüber.“[4]

Trotz aller kritischen Beurteilung hob Mehring im Wirken der Barth, Naumann und Gerlach ständig ihre bedingt positive Rolle im Vergleich zu dem reaktionären Kurs der Nationalliberalen oder der borniert antisozialistischen Ausrichtung der Freisinnigen Volkspartei hervor. Er hielt sie für die weitblickendsten Vertreter der Bourgeoisie, wenn sie auch von ihrer Klasse als Don Quichottes verlacht wurden. „Es sind auch Don Quichottes, gewiß, aber in dem historisch umgekehrten Sinne, daß sie das gesunde Geistesleben einer Klasse noch vertreten, wo diese Klasse schon der allgemeinen Narretei ihres historischen Unterganges verfallen ist.“[5] Zugleich deckte Mehring ständig ihre bürgerliche Hinterhältigkeit gegenüber der revolutionären Arbeiterbewegung auf, da sie ihre oppositionelle Politik mit Bemühungen zur Zersetzung des Klassenbewußtseins und der Einheit der Arbeitermassen verbanden.

Es konnte nicht ausbleiben, daß Naumann und seine Gefolgschaft und die Anhängerschaft von Barth diese seit der Gründung des Nationalsozialen Vereins sich vollziehende Angleichung bemerkten. Das legte, verstärkt durch die numerische Schwäche beider Gruppen, auch eine persönliche Annäherung und taktische Vereinbarungen nahe. Im Februar 1898 wurde im Vorstand des Nationalsozialen Vereins über eine offizielle Unterredung von Naumann mit Barth und Rickert berichtet. Die dabei erörterte Möglichkeit einer Verständigung über einige Wahlkreise in Schleswig-Holstein scheiterte, da der Vorstand den vorgesehenen Kompromiß als unvorteilhaft betrachtete.

Am 17. Dezember 1899 behandelte der Vorstand des Nationalsozialen Vereins erstmalig ausdrücklich „unsere Stellung zur Freisinnigen Vereinigung“. Naumann nannte konkrete Anlässe zu dieser Erörterung, darunter, daß Richter von „einem Bündnis zwischen Rickert und Naumann“ berichtet und Barth „uns in der Nation in auffälliger Weise gelobt“ hat. Vom Programm her sei eine Annäherung zulässig, da die Vereinigung in der „Arbeiterfrage“ Brentano nahestünde. Parteitaktisch sei es allerdings schwieriger, da die Gegner alle Vorwürfe gegen die Freisinnige Vereinigung auf die Nationalsozialen übertragen würden. „Das Eine, was uns die Freisinnige Vereinigung bieten könnte, wäre Geld, aber das scheint nach Äußerungen, die Naumann von Rickert und Nathan weiß, nicht so viel als man gewöhnlich annimmt.“[6] In der Aussprache bezeichnete Gerlach bindende Wahlabsprachen angesichts der mangelnden Organisation des Freisinns als kaum sinnvoll. „Ein Anschluß an ihre Fraktion ist von Wert für uns, zumal wir sie bald beherrschen würden.“[7] Damaschke äußerte ernstere Vorbehalte. „Als Resultat der Besprechung ergibt sich, daß man ruhig abwarten will, was von seiten des Freisinns geschieht.“[8]

Das Lob von Barth war eine Woche vorher in einem Aufsatz geäußert worden, in dem er sich mit den Nationalsozialen befaßte. Er hatte dort den Gedanken geäußert, daß das Parteiwesen in Deutschland provisorischen Charakter trage, besonders der Liberalismus „alte Parteiformen nicht als ein noli me tangere [Rühre mich nicht an]“ ansehen dürfe und in diesem Übergangsstadium die Nationalsozialen nützlich wirken könnten. „Sie stellen sich rund und nett auf den ganz modernen Standpunkt grundsätzlicher Anerkennung völliger politischer Gleichberechtigung des Arbeiterstandes und haben ein volles Verständnis für die Notwendigkeit der Entwicklung unseres Exports.“[9] Barths wohlwollende Besprechung von „Demokratie und Kaisertum“ im Mai 1900 ließ erneut die weitgehende Übereinstimmung beider Gruppen deutlich werden.

---

4 *Die Hilfe,* Jg. 9, Nr. 36 v. 6.9.1903.

5 *Mehring, Franz,* Tohu Wabohu, in: Die Neue Zeit, Jg. 24, Bd. 1, Nr. 18 v. 24.1.1906, S. 572.

6 DZA Potsdam, Nachlaß Naumann, Nr. 53, Bl. 84.

7 Ebenda.

8 Ebenda.

9 *Barth, Theodor,* Die Politik der Nationalsozialen, in: Die Nation, Jg. 17, Nr. 10 v. 9.12.1899, S. 127 ff.; s. auch: *Kulemann, W.,* Politische Erinnerungen. Ein Beitrag zur neueren Zeitgeschichte. Berlin 1911, S. 189 ff.

Am 30. September 1900 kam der nationalsoziale Vorstand auf das Verhältnis zur Freisinnigen Vereinigung zurück und zog bereits „eine Fusion oder Allianz“ in Erwägung. Naumann stellte als eine Auswirkung in Aussicht, daß „vorübergehend die Arbeit in Arbeiterkreisen“ sehr erschwert würde. Doch bisher hatte der Verein seine Ziele unter den Arbeitern nicht zu erreichen vermocht. Es konnte nur darum gehen, ob er sie völlig aufgeben wollte. Damaschke sprach sich ablehnend aus wegen der „unsozialen Vergangenheit“ der Vereinigung. Andere befürworteten angesichts der Wandlungen im Freisinn eine lose Allianz. Es wurde entschieden, Barth den Vorschlag des Zusammengehens für die Handelsvertragspolitik zu unterbreiten.

Im Hinblick auf die Reichstagswahlen 1903 beauftragte der Vorstand der Nationalsozialen im Januar 1902 Max Maurenbrecher, Barth die Bereitschaft zum Mitwirken in einem Kartell der Linken mitzuteilen. Barth riet jedoch von offiziellen Schritten zunächst ab und erklärte sich bereit, „im günstigsten Augenblick“ den anderen Teilnehmern des Kartells diese Bereitschaft mitzuteilen. „Eugen Richter wolle zur Zeit von uns nichts wissen, erstrebe vielmehr nur eine Wahlverabredung zwischen den beiden freisinnigen Gruppen.“[10] Dagegen sei Barth an einer breiteren Basis interessiert. Man einigte sich, durch eine größere Aktivität in Richters Wahlkreisen auf diesen einen Druck auszuüben. Im Sommer 1902 sprachen Gothein und Naumann über eine Verständigung und gegenseitige Unterstützung hinsichtlich verschiedener Wahlkreise. Am 18. Juli 1902 schrieb Rickert an Naumann, daß er seine Kandidatur im Wahlkreis Waldeck unterstützen würde. Ein Brief Naumanns an Charles L. Hallgarten vom 10. Oktober 1902 bestätigte, daß mit Richter keine Verhandlungen zustande kamen und die Nationalsozialen im Wahlkampf auch gegen die Freisinnige Volkspartei antraten. Im Vorstand machte Damaschke nochmals Vorbehalte gegen die Verbindung zum liberalen Kartell geltend. Naumann und Gerlach traten ihm entgegen. „Naumann betont, daß wir unsrer eignen Geldgeber nicht sicher seien, wenn wir gegen das Kartell seien.“[11]

b) Die Reichstagswahl 1903

Die Zuspitzung der Interessengegensätze im Lager der herrschenden Klassen und der Parteien im Verlauf der Zolltarifkämpfe konnte auf die innere Entwicklung der beteiligten Parteien und ihre Gruppierung nicht ohne Einfluß bleiben. Besonders für die Freisinnige Vereinigung war die Tatsache, daß sie als einzige bürgerliche Partei mit einer gewissen Konsequenz diese Kämpfe an der Seite der Sozialdemokratie durchgestanden hatte, bedeutungsvoll.

Nach den Entscheidungen im Reichstag über den Zolltarifentwurf trat am 6./7. Dezember 1902 in Berlin die kurzfristig einberufene ordentliche Generalversammlung der Vereinigung zusammen. Sie stand unter dem Eindruck der kämpferischen Aktion und des Rechtsbruchs der Mehrheitsparteien. Den Höhepunkt bildete das Referat Barths über die Stellung der Partei im kommenden Wahlkampf. „In demselben Maße, wie der Kampf gegen die staatsstreichlüsternen Reaktionäre sich verschärft, wird auch die Notwendigkeit eines Zusammengehens mit den Sozialdemokraten deutlicher hervortreten, ungeachtet der weiten Kluft, die zwischen den kollektivistischen Grundanschauungen der Sozialdemokratie und den individualistischen Grundanschauungen des Liberalismus besteht. Ich betrachte es von einem höheren Gesichtspunkt aus als ein ganz besonderes Glück, daß in den gegenwärtigen parlamentarischen Kämpfen die Sozialdemokratie nicht isoliert ist.“[12] Trotz der Widersprüchlichkeiten seiner Konzeption kam er zu bestimmten richtigen Schlußfolgerungen. „Eine weiterblickende freisinnige Partei darf ... nicht außer Betracht lassen, daß der Hauptfeind rechts von ihr steht, daß das konservative, nach materiellen Vorteilen und Staatspfründen lüsterne Junkertum und das jeder Geistesknechtschaft Dienste leistende Zentrum die eigentlichen Feinde sind ...“[13] In einer Resolution wurden darauf die Annahme des Zolltarifs und die Rechtsbrüche der reaktionären Parteien verurteilt und der Reichstagsfraktion für die von ihr eingenommene Haltung die volle Zustimmung ausgesprochen.

---

10 DZA Potsdam, Nachlaß Naumann, Nr. 53, Bl. 118.
11 Ebenda, Bl. 121.
12 *Die Nation,* Jg. 20, Nr. 11 v. 13.12.1902, S. 162.
13 Ebenda.

Theodor Barth, der seine politischen Auffassungen angesichts der Verschärfung der Klassenkämpfe fortentwickelte, stand in seiner Partei mit solchen Anschauungen, in denen sich ein Rest des historischen Gewissens eines früher fortschrittlichen Bürgertums äußerte, nicht allein. Mitte Dezember 1902 trat Theodor Mommsen mit seinem berühmt gewordenen Aufsatz hervor, in dem sich die Erschütterung des greisen Historikers über die im Reichstag stattgefundene Vergewaltigung des Rechts und der politischen Moral sowie eine späte und nicht widerspruchslose, aber entschiedene Zuwendung zur bedeutendsten geschichtlichen Kraft der neuen Epoche, der Arbeiterklasse, widerspiegelt. Bei seinen Betrachtungen über die Notwendigkeit eines Zusammengehens mit den Sozialdemokraten formulierte er die bedeutungsvollen Sätze: „Ich bin nie einer gewesen und gedenke auch nicht, es zu werden; aber es ist leider wahr, zur Zeit ist dies die einzige große Partei, die Anspruch hat auf politische Achtung. Von dem Talent ist es nicht nötig zu reden; jedermann in Deutschland weiß, daß mit einem Kopf wie Bebel ein Dutzend ostelbischer Junker so ausgestattet werden könnten, daß sie unter ihresgleichen glänzen würden. Die Hingebung, die Opferbereitschaft der sozialdemokratischen Massen imponiert auch dem der ihre Zwecke nichts weniger als teilt.“[14]

Auch der freisinnige Berliner Strafrechtler Professor Franz v. Liszt vertrat in der „Vossischen Zeitung“ diese politische Orientierung. Da die Zeitung selbst diese Auffassungen teilte, konnte „Die Nation“ feststellen, daß nunmehr „alle *verbreiteten* freisinnigen Blätter Berlins *ohne Ausnahme*“ die insbesondere von Barth verfochtenen Anschauungen unterstützten. Doch auch zu diesem Zeitpunkt wurden diese Anschauungen innerhalb der Partei keinesfalls einmütig geteilt. Die Besonderheit der Lage bestand darin, daß unter dem Eindruck der jüngsten politischen Kämpfe die rechte Opposition vorübergehend zurücktrat.

Auf der Generalversammlung der Vereinigung hatte Barth auch die Annäherung der Nationalsozialen während der Zolltarifkämpfe gewürdigt und gefordert, dies im kommenden Wahlkampf zu berücksichtigen. Naumann knüpfte an den Artikel von Theodor Mommsen an und betonte seine grundsätzliche Übereinstimmung mit dessen Ausführungen. „Der Liberalismus hat sich durch blöde Sozialistenfurcht zum Knecht der Reaktion gemacht.“[15] Erst die Freisinnige Vereinigung habe diesen Fehler überwunden und „tapfer und treu an der Seite der Sozialdemokratie ausgehalten“. Beide Parteien würden bei Entscheidungen zwischen Reaktion und Sozialdemokraten wissen, „daß eine Beförderung der Reaktion in jetziger Geschichtslage Selbstmord ist“. Auch in den Reihen der liberal-demokratischen Kreise Süd- und Südwestdeutschlands, die in der „Frankfurter Zeitung“ ihr Sprachrohr hatten, fand Barth Zustimmung: „In Übereinstimmung mit dem greisen Mommsen ... forderte sie am 17. Dezember für die kommenden Wahlen ein Bündnis der Liberalen mit der Sozialdemokratie, zur Erschütterung und womöglich ‚zur Zertrümmerung der schuldigen Mehrheit‘.“[16]

In der Freisinnigen Volkspartei machte der Einfluß Richters ernsthafte innerparteiliche Erörterungen über die vergangenen Kämpfe und die. künftige Stellung zur Sozialdemokratie unmöglich. Es mehrten sich die Anzeichen einer Vertiefung der inneren Differenzen und der Unzufriedenheit mit dem Kurs der Führung. Das kam in einem Beitrag von Müller-Meiningen im Dezember 1902 in der „Vossischen Zeitung“ deutlich zum Ausdruck. Darin sprach er sich gegen die Verschärfung der Beziehungen innerhalb des Freisinns aus.

In diesen Tagen zog auch Franz Mehring die Bilanz der letzten Monate, die weitere Illusionen über den „Scheinkonstitutionalismus“ zerstörten. Der Verrat der Bassermann, Richter und Haußmann bleibe unvergessen. „Freilich kann man sagen, daß die Freisinnigen um Barth und Schrader sich doch besser gehalten hätten. Das ist richtig: sie haben in anerkennenswerter Weise gezeigt, was der Liberalismus heutzutage noch im besten Falle und unter den günstigsten Umständen leisten kann – als ehrliche und geschickte Hilfstruppe der Sozialdemokratie.“[17] Damit wurde der historisch wie politisch unberechtigte Anspruch auf die führende Rolle der liberalen Bourgeoisie zurückgewiesen, der

---

14 *Mommsen, Theodor,* Was uns noch retten kann, ebenda, S. 164.
15 *Die Zeit* v. 25.12.1902.
16 *Geschichte der Frankfurter Zeitung 1856 bis 1906,* Frankfurt a. M. 1906, S. 706.
17 *Mehring, Franz,* Springflut, in: Die Neue Zeit, Jg. 21, Bd. 1, Nr. 12 v. 17.12.1902, S. 354.

auch von Barth und Mommsen vertreten wurde. Dieser Anspruch erschwerte das notwendige Zusammengehen.

Schließlich muß die Wandlung in der Haltung der reaktionären Parteien zu den beiden freisinnigen Parteien berücksichtigt werden. Die Reaktion bewahrte ihre Dankbarkeit für Eugen Richter und seine Hilfestellung in einer für sie überaus kritischen Situation bis zu seinem Tode und darüber hinaus. Er war seit diesen Tagen als Mann der Opposition erledigt. Umgekehrt verschärfte sich die Frontstellung unter Führung des Bundes der Landwirte gegen die Freisinnige Vereinigung in dem Maße, in dem die politisch-taktischen Anschauungen Barths in den Vordergrund rückten.

Unter diesen Voraussetzungen traten die linken bürgerlichen Parteien um die Jahreswende 1902/03 in die letzte Phase der Wahlkämpfe ein. In der „Nation" verfocht Barth unermüdlich seine Anschauungen und gewann dabei einen nicht unbedeutenden Einfluß. „*Rechts* steht der eigentliche Feind des Liberalismus!"[18] Für die Nationalsozialen war das Abschneiden bei den bevorstehenden Reichstagswahlen nach ihrem erfolglosen Bemühen 1898 von besonderer Bedeutung. „Die Macht des Vaterlandes und Tüchtigkeit und Freiheit aller arbeitenden Staatsbürger in Stadt und Land sind die Zielpunkte unserer Politik. Fr. Naumann."[19] Diese Formel einer nationalsozialen Wahlpostkarte war das Programm, unter dem sich der Verein seinen Platz im Reichstag erkämpfen wollte. Gerlach hat später die methodische Bearbeitung seines ländlichen Wahlkreises Marburg in diesem Wahlkampf näher beschrieben. Als feststand, daß in der Stichwahl allein Gerlach Chancen hatte, entschied der erweiterte Vorstand in einer Beratung mit den Reichstagskandidaten: „An Geld und Menschenkräften soll v. Gerlach alles verlangen, was er nur will."[20] Trotz aller Naumannschen Erklärungen seit Ende 1902 vermochte der Vorstand des Vereins wie 1898 wiederum nicht, für die Stichwahlen zwischen reaktionären und sozialdemokratischen Kandidaten eine Wahlparole zugunsten der letzteren zu beschließen. Damit demonstrierte er noch vor seiner Auflösung ein weiteres Mal seine politisch-moralische Grundsatzlosigkeit, die in der Ablehnung des Vereins durch die Arbeitermassen ihre richtige Bewertung erhielt. Das einzige Mandat wurde schließlich in der Stichwahl mit Unterstützung des Zentrums und seiner Landpfarrer gewonnen.

Die Freisinnige Volkspartei setzte unentwegt ihren auf die völlige Demoralisation der Anhängerschaft hinauslaufenden Kurs fort. „Die freisinnige Volkspartei ist nach wie vor entschlossen, den Wahlkampf nach zwei Fronten zu führen"[21], verkündete Richter. Durch die „Freisinnige Zeitung" bekämpfte er die politische Konzeption von Barth und Naumann.

Mehrings Analysen bestätigten, daß die Kämpfe um den Zolltarif auf die Freisinnige Volkspartei keinen tieferen Einfluß ausgeübt haben. Trotzdem nahm er stets eine differenzierte Einschätzung vor und gab der sozialdemokratischen Anhänger- und Wählerschaft wertvolle Hinweise für eine richtige Stellungnahme zu den linken bürgerlichen Kandidaten in den einzelnen Wahlkreisen. „Wir sind auch billig genug anzuerkennen, daß die ebenso blöde wie boshafte Beschimpfung der Sozialdemokratie durch Leute wie Herrn Eugen Richter, der in der Tat schon in den äußersten Stadien des parlamentarischen Kretinismus angelangt ist und in der Angst um sein Mandätchen die letzte Spur politischer Zurechnungsfähigkeit verloren hat, nicht dem gesamten Liberalismus angekreidet zu werden braucht."[22]

Die Reichstagswahl 1903 brachte trotz der günstigen objektiven Voraussetzungen, die der bürgerlichen Linken als Gegnerin der im Volk verhaßten Brotwucherpolitik in diesem Wahlkampf gegeben waren, einen weiteren Niedergang. Diese vier Parteien vermochten in der Hauptwahl kein einziges Mandat zu erobern. Sie verloren im Endergebnis weitere bisher behauptete Positionen. Das Ende des Nationalsozialen Vereins war ein Ausdruck dieser verschärften Krise. Durch den sozialdemokratischen Wahlsieg wurde der Eindruck dieser bürgerlichen Niederlage noch bedeutend verstärkt. „Der

---

18 *Barth, Theodor,* Wahlvorbereitungen, in: Die Nation, Jg. 20, Nr. 24 v. 14.3.1903, S. 370 f.
19 DZA Potsdam, Nachlaß Naumann, Nr. 130, Bl. 29.
20 Ebenda, Nr. 53, Bl. 140.
21 *Freisinnige Zeitung* v. 11.2.1903.
22 *Mehring, Franz,* Zur Wahltaktik der Bourgeoisie, in: Gesammelte Schriften, Bd. 14, S. 556.

Schwerpunkt der Opposition der Linken liegt nunmehr unbestritten bei der Sozialdemokratie."[23] Das stellte Barth fest, der sich durch dieses Wahlergebnis in seinen politischen Anschauungen bestätigt fand und *es* als ein Votum gegen den Zolltarif betrachtete. Er bezeichnete das sozialdemokratische Wachstum als das Charakteristikum der Wahlen, neben dem alle übrigen Veränderungen belanglos seien. Später übte er im Hinblick auf die bevorstehenden preußischen Landtagswahlen erneut eine scharfe Kritik an Eugen Richters Partei und Zeitung, die nur noch gegen die Sozialdemokratie gekämpft hätten. Tatsächlich war die Haltung der Freisinnigen Vereinigung im Wahlkampf in bestimmtem Maße von der Gegnerschaft zur Reaktion und der Bereitschaft des Zusammengehens mit der Sozialdemokratie gekennzeichnet gewesen.

Die marxistischen Führer der Sozialdemokratie haben bei der klassenmäßigen Analyse der Ergebnisse der Reichstagswahl auch der Vertiefung der Krise des Liberalismus große Aufmerksamkeit zugewandt, um daraus Schlußfolgerungen für die revolutionäre Taktik der Arbeiterpartei und gegen die neuen Vorstöße der Opportunisten zu ziehen. August Bebel zog in einer Betrachtung das „Fazit des Wahlkampfes". Er hob die Selbstaufgabe des Liberalismus gegenüber der Reaktion hervor und richtete die Spitze seiner kritischen Einschätzung gegen die opportunistischen Kreise in der Partei. „Wenn es bis vor kurzem in unseren eigenen Reihen noch Leute gab, die auf diesen Liberalismus einige Hoffnung setzten, ihn noch für lebensfähig und schaffensfreudig ansahen, der 25. Juni dürfte sie gründlich kuriert haben, wenn nicht schon der 16. Juni und was ihm vorausging diese Kur vollendete."[24] Kautsky kam bei einer Einschätzung der Aussichten für die preußischen Landtagswahlen zu gleichen Urteilen. Er erinnerte daran, daß die Idee der sozialdemokratischen Landtagswahlbeteiligung 1897 in den Vordergrund rückte, als sich innerhalb der liberalen Bourgeoisie ein ‚Zug nach links' abzuzeichnen schien. „Seitdem ist der ‚Zug nach links' in einen sehr entschiedenen Zug nach rechts verwandelt worden. ‚Lieber Kröcher als Barth' hieß es während der Zolldebatte bei den freisinnigen Volksparteilern. Also erst recht, ‚lieber Kröcher als Bebel'."[25]

Die Entwicklung des Liberalismus im Verlauf der Zolltarifkämpfe und der sich daran anschließenden politischen Kämpfe zur Reichstagswahl 1903 verstärkte insgesamt den Prozeß des Niederganges. Er äußerte sich vor allem in der Verhärtung des Gegensatzes zur Sozialdemokratie, in der Abkehr von einer selbständigen oppositionellen Politik, der fortschreitenden Unterordnung unter die Reaktion und im weiteren Verlust der Massenbasis. Die Tatsache, daß sich dieser Prozeß trotz einer für den Liberalismus günstigen Situation des inner- und wirtschaftspolitischen Kampfes vollzog, beweist den gesetzmäßigen Charakter dieser Entwicklung. Das Auftreten der Richtung Barth-Naumann und deren zeitweilig größerer Einfluß ist nicht der Anfang einer Wende in der Entwicklung des Liberalismus, sondern ein Ausdruck der Widersprüchlichkeit, in der sich die Gesetzmäßigkeit seines Verfalls verwirklicht.

c) Die nationalsozial-freisinnige Fusion

Der nach den Reichstagswahlen von Naumann unterbreitete Vorschlag der Auflösung des Nationalsozialen Vereins kann nach der Vorgeschichte keineswegs überraschen. Die Behauptung von Born ist unzutreffend, daß sich der folgende Anschluß an die Freisinnige Vereinigung nur auf die Übereinstimmung in innen- und sozialpolitischen Erwägungen gegründet hätte, da Naumann ein Fürsprecher der vom Freisinn bekämpften Flotten- und Machtpolitik gewesen sei.[26] Der Freisinn war in den letzteren Fragen längst gespalten und die Freisinnige Vereinigung eine Verfechterin der Rüstungs- und Expansionspolitik geworden.

Die Beratung des erweiterten Vorstandes des Nationalsozialen Vereins mit den Reichstagskandidaten am 19. Juni 1903 – zwischen Haupt- und Stichwahl – führte mit dem Streit über die Stichwahlparole zur Erörterung der Frage nach der Zukunft des Vereins. Naumann erklärte, daß der Verein keine politische Zukunft mehr habe. „Er sei um der Arbeiterbewegung willen in die Politik gegangen, nicht

---

23 *Barth, Theodor,* Reaktion, Freisinn, Sozialdemokratie, in: Die Nation, Jg. 20, Nr. 39 v. 27.6.1903, s. 611.
24 *Bebel, August,* Das Fazit des Wahlkampfes, in: Die Neue Zeit, Jg. 21, Bd. 2, Nr. 40 v. 1.7.1903, S. 421.
25 *Kautsky, Karl,* Die preußischen Landtagswahlen, in: Die *Neue* Zeit, Jg. 22, Bd. 1, Nr. 8 v. 18.11.1903, S. 227.
26 *Born, Karl Erich,* a. a. O., S. 62.

um irgendwelchen Bourgeois ihre Politik zu machen.“ Pohlmann forderte daraufhin von ihm die Konsequenz des Eintritts in die Sozialdemokratie. „Eine Wirkung auf die Arbeiterschaft von außen ist unmöglich.“ Dazu erklärte Naumann, daß ihm wegen der Betonung der „nationalen Parole“ der Eintritt in die Sozialdemokratie unmöglich sei; jedoch hätte der Verein der Sozialdemokratie nirgends etwas abgewonnen, und damit sei er an seiner Hauptaufgabe gescheitert. Der nächste Vertretertag solle die Auflösung beschließen. „Der Verein könne den Anschluß empfehlen entweder an die Bodenreform, oder an den Verein für soziale Reform.“[27]

Am 28. Juni 1903 veröffentlichte Naumann, in dieser Form für viele Anhänger und selbst Vorstandsmitglieder überraschend, seinen Artikel „Die Niederlage“ in der „Hilfe“. Der Grundgedanke war hierbei, daß die Zeit noch nicht reif sei für eine parteibildende Kraft der nationalsozialen Ideen. Er bezeichnete das Wachstum der Sozialdemokratie als „das große Ereignis der Reichstagswahl“ und forderte dazu auf, die Möglichkeiten und Aussichten der Nationalsozialen unter diesen Bedingungen neu zu überprüfen und die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Die Vorstandssitzung am 29. Juni 1903 begann mit Maurenbrechers Erklärung über seinen Übertritt zur Sozialdemokratie. Naumann widmete sich in seinen Ausführungen breit den finanziellen Schwierigkeiten des Vereins und seiner Zeitschriften. Mit Barth habe er die Möglichkeit der Fusion erörtert; sie wollten am 13. Juli mit Roesicke, Schrader und Gerlach zusammenkommen. Der Vorstand beschloß: „Naumann u. Gerlach erhalten das Recht. zu Verhandlungen mit der Freis. Vereinigung.“[28]

Am 3. Juli 1903 äußerte sich Naumann in einem Brief an Brentano über die Lage seines Vereins. Die Mehrzahl der Mitglieder wäre für die Selbständigkeit und Fortsetzung der Tätigkeit. Für ihn selbst sei der Anschluß an die Sozialdemokratie wegen deren grundsätzlicher Gegnerschaft zum Militarismus unmöglich, der von Brentano befürwortete Übergang zur Freisinnigen Vereinigung dagegen das Nächstliegende. Er sei jedoch sicher, daß deren Mehrheit gegen den nationalsozialen Ausschluß stimmen werde. Mit einem Zusammengehen Brentanos, Roesickes, Barths und Naumanns sei vielleicht die „Bildung einer neuen Gruppe“ möglich. Es würde ihm lieb sein, wenn sich Brentano brieflich an eines der hervorragendsten Mitglieder der Freisinnigen Vereinigung wenden und sich darüber aussprechen würde, „welchen Verlust es für den Liberalismus im ganzen bedeutet, wenn die Nationalsozialen jetzt allmählich zusammenbrechen. Die Herren sollen wenigstens wissen, was sie tun, wenn sie uns jetzt sterben lassen.“[29] Am gleichen Tage schrieb er an Schulze-Gaevernitz: „Gothein wird gegen den Gedanken der Vereinigung mit uns arbeiten, da er sich fürchtet, die geldkräftigen Kreise ... zu verlieren.“[30] Gegen seinen Artikel gäbe es im Verein starken Widerspruch; vielleicht solle doch noch ein Jahr zur Probe weitergearbeitet werden.

Anfang Juli wurde in der „Hilfe“ erneut festgestellt, daß das Wahlergebnis die Machtlosigkeit gegenüber der Sozialdemokratie bewiesen habe. Die Stichwahlen hätten gezeigt, daß nur wenige nationalsoziale Wähler für Sozialdemokraten stimmten. „Ein deutlicher Beweis dafür, daß es nicht gerade die Arbeiterseite unseres Programms ist, die uns diese Stimmen in der Hauptwahl zugeführt hat.“[31]

Der Bankrott des Vereins war vollkommen – politisch, moralisch und finanziell. Trotzdem blieben die Meinungen geteilt, und im Juli und August 1903 wurde in der Hilfe“ eine Diskussion über Weg und Zukunft des Vereins geführt, die noch in letzter Stunde die wirkliche Ziellosigkeit und innere Widersprüchlichkeit des Vereins beleuchtete. Jedoch fiel noch während dieser Auseinandersetzungen die Entscheidung durch die Verhandlungen beider Parteileitungen. Am 20. Juli 1903 berichtete Naumann dem erweiterten Vorstand über das offizielle Gespräch am 13. Juli 1903, das ergeben hätte, daß alle Abgeordneten der Freisinnigen Vereinigung bereit seien, eine Erklärung, die den Eintritt der Nationalsozialen begrüßt, zu unterzeichnen. Es sei vereinbart, daß lokale Organisationen geschlossen übertreten könnten und Naumann und Gerlach in den Vorstand eintreten sollten. Der Vorstand schloß

---

27 DZA Potsdam, Nachlaß Naumann, Nr. 53, Bl. 141.
28 Ebenda, Bl. 144.
29 Ebenda, Nr. 108, Bl. 25.
30 Ebenda, Nr. 130, Bl. 29 f.
31 *Die Hilfe,* Jg. 9, Nr. 27 v. 5.7.1903.

sich Naumann an, beauftragte ihn, von der Vereinigung weitere Zugeständnisse zu verlangen, Artikel zur Fusion auszutauschen und Ende August den 8. Vertretertag in Göttingen durchzuführen, der den endgültigen Fusionsbeschluß zu fassen habe.

Innerhalb der Freisinnigen Vereinigung hatte sich Barth noch einmal durchzusetzen vermocht. Anfang August veröffentlichte er das Schreiben von Schrader an Naumann mit der Zustimmung zum beabsichtigten Anschluß, Auszüge aus dem Kommentar Naumanns dazu sowie den Artikel Naumanns „Die Nationalsozialen". Naumann versuchte darin, seinen künftigen Parteifreunden das geschichtliche Anliegen der Nationalsozialen zu erläutern. „Wir sagten also den Sozialdemokraten: ihr müßt national werden, den Liberalen: ihr müßt sozial werden, beiden zusammen: die Zukunft heißt nationalsozial."[32]

Das gelte auch heute noch. Sein Vertrauen zur Freisinnigen Vereinigung gründe sich darauf, daß hier „doch wenigstens noch wirklicher Liberalismus" sei, wie es sich bei den Flotten- und Zuchthausvorlagen sowie beim Zolltarif gezeigt hätte.

Am 29. und 30. August 1903 tagte in Göttingen der achte und letzte Vertretertag des Nationalsozialen Vereins. Nach der Aussprache, die nochmals die einander widerstrebenden Kräfte und Tendenzen innerhalb des Vereins beleuchtete, wurde gemäß dem Antrag des Vorstandes einstimmig die Auflösung des Vereins beschlossen. 111 Delegierte sprachen sich danach für den Anschluß an die Freisinnige Vereinigung aus, geführt von Naumann, Gerlach und Sohm. Diese Gruppe richtete ein von Sohm verfaßtes Schreiben an Schrader, während sich die übrigen, deren Vorbehalte gegen den Anschluß von Wenck in einem Koreferat vorgetragen worden waren, sich für den selbständigen Fortbestand der lokalen Organisationen und in Einzelfällen für den Übergang zur Sozialdemokratie entschieden.

Der Beschluß des nationalsozialen Vertretertages und ein telegraphischer Bescheid Naumanns an Schrader wurden am folgenden Tag von diesem in einem Telegramm an Naumann begrüßt und die Hoffnung auf ein „einmütiges eifriges Zusammenwirken" ausgesprochen. Vorbehaltlich der zu erwartenden Zustimmung der Generalversammlung der Freisinnigen Vereinigung war der Anschluß der Mehrheit der Nationalsozialen an die Freisinnige Vereinigung erfolgt. Mit der Auflösung des Nationalsozialen Vereins wurde die Konsequenz aus seinem längst besiegelten Scheitern gezogen. Er war ein Produkt der Widersprüchlichkeit und Ohnmacht der liberalen Bourgeoisie in der Periode der endgültigen Ausbildung des aggressiven junkerlich-bürgerlichen Imperialismus und scheiterte an diesen Voraussetzungen, die ihn erzeugt hatten. Gleichzeitig wird mit seinem Ende ein politisch-ideologischer Entwicklungsprozeß in mittel- und kleinbürgerlichen Schichten sichtbar, der nach wenigen Jahren als Konsequenz des Antisozialismus und der Kompromisselei mit dem Militarismus in den konservativ-liberalen Block führte. Was vorübergehend als eine Stärkung der Richtung Barth-Naumann verstanden werden konnte, bildete bereits eine Phase ihrer völligen Isolierung.

Trotz der geringen Mitgliederzahl beider Parteien fand die Fusion im Lager ihrer Freunde wie der Gegner große Beachtung. So äußerte in einem Vortrag im liberalen Ortswahlverein zu Rostock am 29. Oktober 1903 F. C. Witte, daß alle vorurteilslosen Liberalen den Anschluß der Nationalsozialen im Interesse der Einigung und Kräftigung des Liberalismus aufrichtig begrüßten. Die reaktionären Parteien und ihre Presse befaßten sich ebenfalls mit diesem Vorgang, um ihn für ihre antisozialistische Hetze wie für den politischen Kampf gegen die liberale Bourgeoisie auszubeuten. Ein charakteristisches Zeugnis dieser reaktionären Kritik ist die Rede von Wilhelm Schack auf dem Parteitag der Deutschsozialen Partei im Oktober 1903 in Hamburg.[33]

Mehring war der Ansicht, daß die Fusion mehr „symptomatische Bedeutung" habe. Barth wie Naumann wüßten, daß der Liberalismus seinen Masseneinfluß verloren habe und setzten deshalb auf die Differenzen in der Arbeiterpartei und auf den Revisionismus. Bereits Wochen vorher hatte Bebel in seiner Analyse der Wahlkämpfe und ihrer Ergebnisse die widersprüchlichen Bestrebungen der

---

32 *Naumann, Friedrich,* Die Nationalsozialen, in: Die Nation, Jg. 20, Ne. 44 v. 1.8.1903.

33 *Schack, Wilhelm,* Die Nationalsozialen und der neue Liberalismus. Vortrag, geh. auf dem Parteitage der Deutschnationalen Partei, Hamburg, Oktober 1903, Hamburg 1903.

Nationalsozialen und ihre Perspektivlosigkeit eingeschätzt: „Ein eigenartiges Parteigebilde sind die Nationalsozialen, die ihre Partei ins Leben riefen, um ausgesprochenermaßen die Arbeiter der Sozialdemokratie zu entfremden, sie für das ‚soziale Kaisertum' einzufangen und für Heer-, Flotten- und Weltpolitik zu begeistern. Herr Naumann, der Gründer dieser Partei, hat nie begriffen, daß ein soziales Kaisertum ein Widerspruch in sich selbst ist und Heer-, Flotten- und Weltpolitik nur auf Kosten der Arbeiter aufrechterhalten kann. Darum geht es mit seiner Partei zugrunde."[34]

Eugen Richter, seine Partei und seine Zeitung standen der politisch-taktischen Orientierung von Barth und Naumann und dem Anschluß der Nationalsozialen an die Freisinnige Vereinigung mit unverhohlener Feindseligkeit gegenüber. Insbesondere Naumann und seinen Anhängern gegenüber nahmen sie eine feindliche Haltung ein, die nach deren Eintritt in die Vereinigung aufrechterhalten blieb. Im Frühjahr 1904 polemisierte die „Freisinnige Zeitung" gegen Schrader: „Gewiß, den Kampf nach zwei Fronten zu führen, ist für den Liberalismus überaus schwer, aber er muß wie bisher so auch weiterhin geführt werden. Gäbe der Liberalismus in der Politik den Kampf gegen die Sozialdemokratie auf, so würde er Hunderttausende von liberalen Bürgern, die im täglichen Leben praktisch einen solchen Kampf zu führen haben, in die Arme des Absolutismus treiben."[35] Tatsächlich war diese Politik nur ein Reflex der mit dem roten Gespenst geängstigten, aber gleichzeitig mit verschiedenen Zuständen im Reiche unzufriedenen klein- und mittelbürgerlichen Schichten. Die Partei verlor indes auch in diesen Kreisen an Boden, da es ihr sowohl an Konsequenz bei ihren antisozialistischen Bestrebungen als auch in noch höherem Maße an einer oppositionellen Politik mangelte.

Bereits in den Reichstagswahlkämpfen 1898 hatte die „Freisinnige Zeitung" alle Beispiele teilweisen Zusammengehens der Nationalsozialen mit der Freisinnigen Vereinigung aufgegriffen und Angriffe gegen beide Parteien gerichtet. Im Januar 1900 beschäftigte sich die Zeitung mit Naumanns Verein und gründete ihre Angriffe vor allem auf das nationalsoziale Eintreten für die Eroberungs- und Rüstungspolitik. Als zweiter wesentlicher Differenzpunkt wurde die Stellung zur Arbeiterbewegung hervorgehoben. Dies blieb die Linie der politischen Gegnerschaft zu den Nationalsozialen. Sie war durchaus zwiespältig. Konnte die Freisinnige Volkspartei in außenpolitischen, Rüstungs- und Budgetfragen in einem gewissen Grade als Verfechter von Volksinteressen auftreten, so vertrat sie im Hinblick auf die Arbeiterbewegung eine der Reaktion dienliche Konzeption.

Die Nationalsozialen blieben ihrerseits der Feindseligkeit Richters und seiner Anhänger nichts schuldig. Deren oppositionelle Reste gegenüber der imperialistischen Eroberungspolitik und Aufrüstung bekämpften sie demagogisch als einen geschichtlich überholten und veralteten Standpunkt. „Er gehört noch in die gute alte Zeit." Mit diesen Worten schloß „Die Hilfe" 1899 eine Kritik an Richter. Im folgenden Jahr bot ihr Richters Haltung zur Aggression in China Anlaß zur Genugtuung über diese „verständige" Stellungnahme. Im Unterschied zur Freisinnigen Volkspartei war der Nationalsoziale Verein trotz dieser Differenzen immer zu einem taktischen Zusammengehen bereit.

Die Gegnerschaft zu den Nationalsozialen bildete nach der Fusion einen Deckmantel für die Angriffe gegen Barth. „Die Naumänner sind Verächter des Liberalismus und zugleich Schrittmacher der Sozialdemokratie!"[36] Im Reichstag richtete Kopsch Angriffe gegen „den leuchtenden Stern des allerneuesten Liberalismus", d. h. gegen Gerlach, und andere ehemalige Nationalsoziale. Er erklärte, daß in der Öffentlichkeit der Unterschied zwischen den freisinnigen Parteien ungenügend berücksichtigt würde und „in voller Übereinstimmung mit meinen politischen Freunden" eine ausdrückliche Distanzierung notwendig sei. Gegen die sozialliberale Aktivität Gerlachs gewandt, sagte er: „Meine Herren, wir sind allerdings der Meinung – und ich glaube, daß ich damit im Sinne der überwiegenden Mehrheit des hohen Hauses spreche: die Aufbesserung erfolgt nicht durch Hetzen nach unten, sondern durch Überzeugen nach oben hin (Sehr richtig! auf allen Seiten)."[37] Noch schärfer als Gerlach entgegnete ihm Molkenbuhr: „Der vom Abgeordneten Kopsch verkündete Grundsatz ist doch die

---

34 *Bebel, August,* Das Fazit des Wahlkampfes, a. a. O., S. 424.
35 *Freisinnige Zeitung* v. 8.4.1904.
36 *Ebenda,* v. 5.1.1904.
37 *Reichstag,* 11. Leg.per., 1. Sess., Bd. 2, S. 1108.

denkbar schärfste Verurteilung jeglicher Opposition."[38] Natürlich gab es auch innerhalb der Freisinnigen Volkspartei Differenzen, und verschiedentlich kam in lokalen Vereinen die Unzufriedenheit mit der versöhnlerischen Haltung gegenüber der Reaktion zum Ausdruck.

Die freisinnig-nationalsoziale Fusion gab Barth und Naumann und ihrer Anhängerschaft neue Impulse für die Durchsetzung ihrer strategisch-taktischen Konzeption. Nach der Reichstagswahl 1903 hatte Barth geschrieben, daß die Evolution der nächsten Jahre bedeutungsvoll sei. „Die politische Stellung der Freisinnigen jeder Richtung wird dabei wesentlich bestimmt werden durch die Haltung, welche sie der sozialdemokratischen Partei gegenüber einnehmen."[39] Eine Woche später formulierte er einige Leitsätze, auf deren Grundlage der „Gesamtliberalismus" wieder Bedeutung erlangen könne. Er veröffentlichte die anonyme Zuschrift eines Mitgliedes der Freisinnigen Volkspartei, das sich den Barthschen Erwägungen über das künftige Verhältnis zur Sozialdemokratie anschloß. In der „Nation" wurde diese Erörterung mit Beiträgen von P. Nathan, L. Brentano und Th. Barth fortgesetzt. Mitte September begannen Naumann und Gerlach ihre Mitarbeit in der „Nation" und unterstützten mit ihren Beiträgen die Linie Barths.

Einen Höhepunkt bildeten die Ausführungen Barths auf der Generalversammlung der Freisinnigen Vereinigung am 10.-11. Oktober 1903, die mit über 300 Teilnehmern aus fast 60 Wahlkreisen seit Jahren am besten besucht war. Die Nationalsozialen bildeten ein Viertel der Delegierten des Parteitages. Neben der Aufnahme der Nationalsozialen war die Auseinandersetzung über die prinzipielle Zulässigkeit von Wahlbündnissen mit der Sozialdemokratie der Hauptinhalt der Generalversammlung. Nachdem Schrader über den Anschluß berichtet hatte, ergriff Naumann das Wort. Seine Rede, die eine Betonung oder gar Zuspitzung der Differenzpunkte vermied, wurde mit Beifall aufgenommen. Barth entwickelte als Referent zum Punkt „Preußische Landtagswahlen" anhand der Aufgaben des zu führenden Kampfes gegen die konservativ-klerikale Reaktion in Preußen seine Ideen über die Notwendigkeit taktischer Bündnisse mit der Sozialdemokratie. Ihm widersprach Pachnicke als Koreferent; er wollte dieses Bündnis auf das Notwendigste und Unumgängliche beschränken. Der Parteitag unterstützte in seiner Mehrheit Barth. Eine Kompromißresolution, die den Wahlkreisen die Entscheidung überließ, wurde mit 300 gegen 20 Stimmen angenommen.

Am 26. Oktober 1903 sprachen Barth und Naumann auf einer Volksversammlung des Berliner Sozialliberalen Vereins in der Berliner Tonhalle vor etwa 1500 Menschen. Darüber schrieb Barth an Aldenhoven: „Unsere Reden fanden eine enthusiastische Aufnahme. Wer es riskiert haben würde, in dieser Versammlung die Richtersche ‚Zweifrontentheorie' zu vertreten, dem wäre es schlecht ergangen."[40] Ende Oktober 1903 schrieb Naumann an Hallgarten, daß er in Spandau für den preußischen Landtag kandidieren wolle, um den Sozialdemokraten das Eintreten für einen liberalen Kandidaten zu erleichtern. Im November sprach er in München über „Liberalismus, Zentrum und Sozialdemokratie". Mit der für liberale Beschränktheit unvermeidlichen Verachtung gegenüber den Volksmassen erläuterte er die Anschauung, wonach die Sozialdemokratie „der Liberalismus der Masse" sei, dessen das gebildete liberale Bürgertum als Machtfaktor bedürfe. „Der bürgerliche Liberalismus ist die Mittel- und Oberschicht der neuen Linken ... Die Sozialdemokratie steigt von unten nach oben, aber es geht wie beim Grundwasser, daß es nach inneren Gesetzen über eine gewisse Linie im allgemeinen nicht hinaus kann."[41] In solchen Tönen wurde der Mangel an Aufrichtigkeit im Hinblick auf das geforderte Bündnis mit der Sozialdemokratie deutlich.

Schrader benutzte im Dezember die Etatdebatte des Reichstages, um die liberalen Ideen von einer Wende in der Regierungspolitik gegenüber der Arbeiterbewegung vorzutragen. Auch Gothein unterstützte die Barthsche Plattform. In einem Vortrag über das Verhältnis zur Sozialdemokratie deckte er den tieferen Gegensatz auch der Barth-Naumannschen Richtung zur Sozialdemokratie und die Grenzen des Zusammengehens deutlicher auf: „Ich stehe keinen Augenblick an, hier offen zu erklären, daß in dem Moment, wo die Gefahr bestünde, daß die Sozialdemokratie in der Lage sein könnte, die

38 Eben da, S. 1117.
39 *Barth, Theodor,* Reaktion, Freisinn, Sozialdemokratie, a. a. O.
40 DZA Potsdam, Nachlaß C. Aldenhoven, 90 Al 3, Nr. 1, Bl. 136, 137.
41 *Naumann, Friedrich,* Liberalismus, Zentrum und Sozialdemokratie, München 1903, S. 22.

Monarchie, das Privateigentum, das Erbrecht abzuschaffen, Deutschland wehrlos zu machen, die Herrschaft einer einzigen Klasse zu etablieren, weder Barth noch Naumann noch sonst irgendeiner von uns auch nur einen Augenblick zögern würde, sich mit dem politischen Gegner von der Rechten zu verbinden, um eine Verwirklichung sozialdemokratischer Utopien zu verhindern."[42] Allerdings sei angesichts des kontinuierlichen Wachstums des Revisionismus die Wahrscheinlichkeit dafür sehr gering.

d) Von Dresden bis Jena

Von nachhaltiger Wirkung auf die ideologischen Prozesse im linksliberalen Lager war der Dresdener Parteitag der Sozialdemokratie. Die Reaktion auf Dresden ermöglicht es, auch die Haltung der freisinnigen Ideologen zum fortgeschrittensten, dem marxistischen und revolutionären Flügel der Sozialdemokratischen Partei genauer zu bestimmen, der sich in dieser Periode deutlicher herausbildete. In der „Nation" begann Gerlach, der bisher an fünf sozialdemokratischen Parteitagen teilgenommen hatte, seine Mitarbeiterschaft mit Aufsätzen über den Dresdener Parteitag. „Noch auf keinem fand ich die Stimmung so radikal. Man mißverstehe mich nicht. Die Zahl der Revisionisten ist größer als je. Aber niemals waren die Radikalen, die noch immer weitaus die Mehrheit besitzen, so entschlossen, dem Revisionismus zu Leibe zu gehen."[43]

Im Oktober trat Richter in Dresden mit einer Rede gegen die Sozialdemokratie auf, die von der reaktionären Presse wiederum mit Befriedigung aufgenommen wurde. Die „Freisinnige Zeitung" wies entrüstet eine Bemerkung der „Kreuzzeitung" zu rück, wonach Richter erst jetzt die Aussichtslosigkeit einer sozialdemokratischen ‚Mauserung' erkannt habe. „Abg. Eugen Richter hat für seine Person in der Rede ausdrücklich hervorgehoben, daß er schon seit nahezu vierzig Jahren an keine mögliche Mauserung der Sozialdemokratie geglaubt und die Sozialdemokratie für dasjenige angesehen hat, was jetzt auf dem Dresdener Parteitag zum Ausdruck gekommen ist."[44] Tatsächlich war die Anschauung, daß der Dresdener Parteitag die Hoffnungen auf eine bürgerliche Mauserung der Sozialdemokratie vernichtet habe, in liberalen Kreisen verbreitet und drückte die Wankelmütigkeit dieser Kreise aus. Nur wenige um Barth und Naumann ließen sich nicht beirren und konstatierten nüchtern, daß ihre revisionistischen Freunde auch in und nach Dresden ihre Positionen in der Partei hielten und weiter ausbauten. Allerdings waren sie sich der Gefahr für die revisionistischen Bestrebungen bewußt, die sich aus einer konsequenten Verfolgung der Linie Bebels von Dresden ergeben mußte. Deshalb unterstützten sie die revisionistische Taktik, möglichst offene Zusammenstöße wie in Dresden – die zur Isolierung und zum Ausschluß der Opportunisten führen könnten – zu vermeiden und hauptsächlich im alltäglichen politischen Kampf alle opportunistischen Kräfte und Tendenzen zu fördern. Das sich verstärkende Zusammenwirken aller bürgerlichen Parteien wurde von ihnen als Ergebnis der angeblich falschen – weil revolutionären – Taktik Bebels und der Linken auf dem Dresdener Parteitag dargestellt. Dabei traten der unversöhnliche Gegensatz zu den klassenbewußten Sozialdemokraten, zu ihren marxistischen Führern und besonders zu den Linken deutlich hervor.

Im Mai 1904 legte Barth erneut in grundsätzlicher Weise seine Anschauungen zur Neuorientierung des Liberalismus und zur Taktik der Opportunisten dar: „Auch wenn der revisionistische Flügel sich von der Sozialdemokratie trennte und sich mit den demokratischen Elementen des Liberalismus zusammentäte, so würde damit dem Liberalismus selbst keinerlei entscheidende Rolle zufallen. In den zurückbleibenden intransigenten Sozialdemokraten würde aber eine revolutionäre Linke erwachsen, mit der für die praktische Politik überhaupt nicht mehr zu rechnen wäre. Mit einer Spaltung der Sozialdemokratie kämen wir deshalb vom Regen in die Traufe. Die Hoffnungen des Liberalismus können nur an die vernünftige Entwicklung der gesamten Sozialdemokratischen Partei anknüpfen, und eben deshalb müssen die Revisionisten darin bleiben. Leicht wird ihnen das allerdings nicht gemacht."[45] Diese nüchterne Einschätzung bestätigt die Schwäche der Revisionisten wie des Freisinns, deren Schicksal in der Hand des revolutionären Flügels der Sozialdemokratie lag.

---

42 *Gothein, Georg,* Liberalismus und Sozialdemokratie, Berlin-Schöneberg 1904, S. 9 f.
43 *Gerlach, Hellmut v.,* Und die Freiheit? in: Die Nation, Jg. 20, Nr. 51 v. 19.9.1903, S. 803.
44 *Freisinnige Zeitung* v. 27.10.1903.
45 *Barth, Theodor,* Der Fall Bernstein, in: Die Nation, Jg. 21, Nr. 33 v. 14.5.1904, S. 515 f.

In dieser Zeit hatten Barth und Naumann längst begriffen, welche Kräfte innerhalb der Sozialdemokratischen Partei ihre Konzeption der ideologischen Zersetzung am klarsten durchschauten und ihnen durch die schöpferische Anwendung des Marxismus mit überlegenen geistigen Waffen entgegentreten konnten. Auch in ihrer Presse wurden die Namen F. Mehring, R. Luxemburg und C. Zetkin sowie die „Leipziger Volkszeitung" und „Die Neue Zeit" zu Synonymen für die Kennzeichnung einer prinzipienfesten revolutionären und wissenschaftlich fundierten Arbeiterpolitik. Das gilt auch für A. Bebel, dessen Stellung und außergewöhnliche Popularität sie jedoch zum demagogischen Manövrieren zwang. Die Taktik dieser liberalen Ideologen konzentrierte sich zu einem erheblichen Teil darauf, die Gegensätze der opportunistischen Kreise zu den linken Führern zu vertiefen und die Isolierung der letzteren anzustreben. Nach diesem Rezept hatte Naumannn 1899 in einem Flottenvortrag gesagt: „Heute aber stimmen die gemäßigten Sozialdemokraten mit derselben Bravour gegen die Flotte, wie Rosa Luxemburg stimmen würde, wenn sie ins Haus hinein könnte."[46] Nach dem Parteitag von Dresden verstärkten sich diese Bemühungen, da die dort geführten ideologischen Auseinandersetzungen die Stärke Bebels und der Linken gezeigt hatten und auch den liberalen Ideologen bewußt geworden war, daß sich die Entwicklung der Sozialdemokratie einem kritischen Punkt nähere, an dem der innere Einfluß für den Erfolg ausschlaggebend sein würde.

Es war somit nicht zufällig, daß nur die Anhänger von Barth und Naumann neben süddeutschen Kreisen der Nationalsozialen und der Deutschen Volkspartei der Gründung des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie mit einer halbwegs eindeutigen Ablehnung gegenübertraten. Ihnen konnte der neue Verein sowohl wegen seiner Zusammensetzung als auch wegen seiner taktischen Orientierung nicht zusagen. Deshalb traten im Sommer 1905 der „Vorwärts" wie „Die Nation" gegen das Zusammenwirken der Freisinnigen Volkspartei mit dem Verband bei einer Nachwahl auf. Im nächsten Reichstagswahlkampf war das bereits eine allgemeine Erscheinung. Noch kurz vor der Blockära, bis zum 8. Dezember 1906, veröffentlichte F. C. Witte mehrere Aufsätze gegen den Reichsverband, in dem er die Ursachen seiner Wirkungslosigkeit darzustellen versuchte und die Forderung nach einer Liberalisierung der Innenpolitik erneuerte.

Die Differenzierung im Linksliberalismus gegenüber der Arbeiterbewegung spiegelte sich folgerichtig in der Stellungnahme der reaktionären Parteien zu den kleinen Gruppen der bürgerlichen Linken wider. So schrieb die „Kreuzzeitung" vor den Reichstagswahlen 1903: „Jeden Nationalliberalen, ja selbst jeden Richterschen Freisinnigen ziehen wir den Sozialdemokraten vor, nur die Männer der Freisinnigen Vereinigung würden wir ohne Bedauern in der Versenkung verschwinden sehen; denn eine widerwärtigere Heuchelei als deren Bestreben, nationale Gesichtspunkte mit internationalen unter einen Hut zu bringen, gibt es nicht, kann es nicht geben. Was hilft es, für Flotte und Heer einzustehen, wenn man gleichzeitig alles tut, um die Gesinnung, auf der beide beruhen, im Bunde mit dem Umsturz zu untergraben?"[47] In diesem Sinne bemerkte die „Frankfurter Zeitung" nach den Wahlen, daß Barth dem wildesten Haß der Reaktion ausgesetzt sei: „Barth wird mehr angefochten als Bebel und Singer, ihm stellen die Rechtsparteien mit geflissentlichem, beinahe kompromittierendem Lobe Richter gegenüber, der beim Zolltarife nicht mit obstruiert hat."[48] Unter dem Druck der Reaktion und interessierter großkapitalistischer Kreise wurde Barth in dieser Zeit auch immer stärker von freisinnigen Blättern – z. B. der „Weserzeitung" und der „Ostsee-Zeitung" –, die sich unter dem Einfluß rechter Fraktionen seiner eigenen Partei befanden, angegriffen.

Die freisinnigen Stellungnahmen zu den Ursachen und Wirkungen der Wirtschaftskrise nach 1900 ließen den kapitalistischen Standpunkt wiederum klar hervortreten. Während der großen Streikaktionen von Crimmitzschau und an der Ruhr traten leitende Funktionäre der Barth-Naumannschen Richtung jedoch auch wiederholt gegen die Willkür der Unternehmer und Behörden und die Entrechtung der Arbeiter auf. Gerlach stimmte Ende 1903 der Haltung Bebels im Crimmitzschauer Textilarbeiterstreik im wesentlichen zu. Friedrich Weinhausen bemühte sich, auf die sich feindlich gegenüber-

46 *Naumann, Friedrich,* Flotte und Reaktion, Berlin 1899, S. 11.
47 *Kreuzzeitung* v. 24.5.1903.
48 *Frankfurter Zeitung* v. 30.6.1903.

stehenden Parteien – die Arbeiterschaft und die Fabrikanten – einen vermittelnden Einfluß auszuüben und machte dabei Vorbehalte gegen die Begünstigung der Unternehmer durch die Behörden geltend. Ende Januar 1904 verteidigte Gerlach diese Haltung im Reichstag gegen reaktionäre Sprecher, deren Reden den Sozialdemokraten das beste Agitationsmaterial gegeben hätten. Er selbst habe gegen die Fabrikanten Stellung genommen, da er deren Ablehnung der Einigungsversuche „für unbillig hielt". In diesem Zusammenhang traf er, gegen die reaktionäre Heuchelei mit den „Arbeitswilligen" polemisierend, die Feststellung, daß diese Streikbrecher meist unwissende Leute seien, „denn vielwissende Arbeiter werden glücklicherweise nicht mehr Streikbrecher ..."[49]

Noch bedeutsamer war der Streik der Ruhrbergarbeiter von 1905, da er in der Hochburg der schwerindustriellen, schutzzöllnerischen und monopolistischen Großbourgeoisie stattfand, der die linken bürgerlichen Parteigruppen seit Jahren in erheblichen ökonomischen und politisch-taktischen Gegensätzen gegenüberstanden. Naumann hatte dort bereits vier Jahre vorher mit Unterstützung des opportunistischen Gewerkschaftsführers Otto Hue eine Agitationsreise gemacht, die die reformistische Zersetzungsarbeit fördern sollte und auf die weitere Spaltung der Gewerkschaftsbewegung hinauslief.

Die „Frankfurter Zeitung" hatte schon im Frühjahr 1904 anläßlich der Stillegung von Zechen diesen Streik vorausgesagt. Sie unterstützte das „eigentliche Ziel des Streiks, die Anerkennung der Arbeiterorganisationen von selten der Organisation der Unternehmer" und setzte damit das Bemühen um eine einheitliche, liberale Politik der Bourgeoisie gegenüber der Arbeiterbewegung fort. Im Reichstag polemisierte Gothein gegen die „Herrenmoral" und den „Industriefeudalismus" der Schwerindustriellen und ihre Ablehnung von Verhandlungen. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Jena 1905 wurde im parlamentarischen Tätigkeitsbericht die teilweise Unterstützung der Partei von bürgerlicher Seite beim Bergarbeiterstreik hervorgehoben.

Dieser Jenaer Parteitag übte durch die Erörterung der Voraussetzungen und Möglichkeiten des politischen Massenstreiks auf das politische Denken und Handeln der liberalen Bourgeoisie einen bedeutenden Einfluß aus. Inzwischen waren durch die russische Revolution neue Maßstäbe in den Klassenkämpfen der imperialistischen Epoche gesetzt worden. Die Auswirkungen von Jena wären ohne diesen Zusammenhang nicht recht zu erfassen. In seinem Referat auf dem Jenaer Parteitag hatte Bebel bei der Analyse der politischen Lage erneut die Schuld des Liberalismus an der Ausbreitung der Reaktion festgestellt. Er bewies dies an der inkonsequenten oder selbst offen verräterischen Haltung des Freisinns gegenüber den Wahlrechtsforderungen in den Einzelstaaten.

Die Festlegung des Jenaer Parteitags auf die grundsätzliche Anerkennung des Massenstreiks als politische Waffe und damit die Befestigung der revolutionären Taktik der Partei mußte in den Kreisen um Barth und Naumann Mißfallen erregen, die sich bemühten, den philiströsen Freisinn an die Seite der Sozialdemokratischen Partei zu bringen. In der „Nation" hatte Gerlach in einer ersten Betrachtung zum Jenaer Parteitag den Schwerpunkt auf die angebliche Mäßigung gelegt, die sich die Sozialdemokratie auferlegen würde, um Auseinandersetzungen wie in Dresden zu vermeiden. Barth, der von einer Reise Weinhausen brieflich redaktionelle Instruktionen übermittelte, schrieb darüber kritisch: „Ich glaube, Gerlach muß aber über den Sozialdemokratischen Parteitag noch einen zweiten Artikel schreiben; denn der Schwerpunkt der Debatte lag ersichtlich in den Verhandlungen über den Massenstreik."[50] Gerlach solle ausdrücken, daß „diese Revolutionsspielerei" weder auf die Machthaber noch auf den Kapitalismus Eindruck mache.

Gerlach folgte dieser Weisung, räumte dem Generalstreik theoretisch zwar eine gewisse Berechtigung ein, um desto mehr seine angebliche praktische Unsinnigkeit hervorzukehren. Er wäre ein Fressen für die Scharfmacher, die die bewaffnete Macht haben. Die Stimmen der mit den Barthschen Gedankengängen übereinstimmenden liberalen Strömungen ähnelten dieser Stellungnahme. Eugen Katz bezeichnete die Massenstreik-Resolution als eine Drohung, die ihren Zweck nicht erfüllen

---

49 *Reichstag,* 11. Leg.per., 1. Sess., Bd. 1, S. 579 f.

50 DZA Potsdam, Fortschrittliche Volkspartei, Nr. 7, Bl. 21.

werde, da die Sozialdemokratie weder gewillt noch imstande sei, sie auszuführen. Selbst der Bergarbeiterstreik sei verloren worden. „Aber der Generalstreik ist der Anfang der Revolution. Es gibt, das muß gesagt werden, tatsächlich verblendete Sozialisten, die wieder zu dem Glauben eines Erfolges blutiger Revolution zurückgekehrt sind. Es sind nur wenige Führer, und sie sind im entscheidenden Moment sicher einflußlos, aber sie beeinflussen die tolle Stimmung der Parteitage.“[51]

Aus jedem Satz spricht die Furcht vor einer Volksbewegung, der Haß auf die besten Führer und Köpfe der Arbeiterbewegung. Die „Frankfurter Zeitung“ schloß sich diesen lamentierenden Kommentaren an. Der Revisionismus sei seit Dresden zwischen Reaktion und Radikalismus zerquetscht worden. „Damals entschied es sich, daß in der Sozialdemokratie zunächst der Radikalismus die Oberhand gewinnen werde. Was seither in ihr geschah, liegt auf einer logischen Linie. Der Dresdener Parteitag erzeugte den Jenaer mit seiner Kundgebung für den Generalstreik ...“[52] Im Dezember berichtete die Zeitung von Maßregeln, die die Reaktion vorbereiten wolle „angesichts der in der deutschen Sozialdemokratie erwachten revolutionären Romantik, die auf den Einfluß der Ereignisse in Rußland zurückzuführen ist und sich in den Erörterungen über den politischen Generalstreik und die Gewinnung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts in Preußen und Sachsen in einzelnen Symptomen kundgibt ...“[53]

Dieser Hinweis auf den Einfluß der russischen Revolution führt zu einer notwendigen Betrachtung über die unmittelbare Stellungnahme der linken Parteien der deutschen Bourgeoisie zur Revolution in Rußland. Ohne sie sind die weitere Entwicklung dieser Parteien und ihre Haltung zur Arbeiterbewegung, Demokratie und Nation nicht ausreichend zu verstehen.

2. Die deutschen Liberalen und die Revolution in Rußland

Der Petersburger Blutsonntag und der darauffolgende Terror in Rußland riefen den Protest des deutschen liberalen Bürgertums hervor, das als Gegner einer vorwiegend repressiven Niederhaltung der ausgebeuteten Klassen dem zaristischen Regime keine politischen Sympathien entgegenbrachte. Die latente Gegnerschaft zum Zarismus, die unter den weiterblickenden liberalen Elementen durch die wohlbegründete Zuneigung der deutschen Reaktion zu Rußland genährt wurde, mußte mit den verbrecherischen Exzessen des Zaren gegen das russische Volk offenen Ausdruck erhalten. Das wurde durch den Klasseninstinkt besonders der intellektuellen Schichten bestärkt, die auf den inneren Gegensatz des russischen Staates und seiner herrschenden Klassen selbst zu den Mindestforderungen bürgerlicher Freiheit und Gesetzlichkeit gestoßen wurden.

„Die Mordszene vom 22. Januar wird an Scheußlichkeit von keinem grausigen Vorkommnis der neueren Geschichte übertroffen.“[54] Diese Feststellung entsprach dem Eindruck und Urteil breiter liberaler Kreise. Barth klagte den Zarismus an, das Massaker im Interesse seiner reaktionären Bestrebungen provoziert zu haben. Einige Tage später schrieb er zu der Ansprache des Zaren an Vertreter der Arbeiter: „Eine abstoßende Komödie der despotischen Gewalthaber, die nach ausgiebiger Verwendung der Flinte und des Säbels nun auch eine wohlabgemessene Ration väterlicher Drohungen verabreichen, um die traurige Niederwerfung aller freiheitlichen Regungen im Volke noch vollständiger durchzuführen.“[55] In der gleichen Weise argumentierten die „Frankfurter Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“.

Am 1. Februar 1905 führte der Sozialliberale Verein zu Berlin, die von Rudolf Breitscheid geleitete Ortsgruppe der Freisinnigen Vereinigung, eine große Protestversammlung durch. Als Redner traten der emigrierte russische Staatsrechtslehrer Prof. v. Reusner, der Handelsschriftsteller Jakob Wiener und Rudolf Breitscheid auf. In der Diskussion sprachen auch Barth und Naumann. Breitscheid machte die bedeutsamsten Ausführungen zum Thema „Deutschland und Rußland“. Er ging von der Pflicht des deutschen Politikers aus, gegen die Vorgänge im Russischen Reich zu protestieren. Der russische

---

51 *Die Hilfe,* Jg. 11, Nr. 39 v. 1.10.1905.
52 *Frankfurter Zeitung* v. 25.10.1905.
53 *Ebenda,* v. 23.12.1905.
54 *Barth, Theodor,* Väterchens Fürsorge, in: Die Nation, Jg. 22, Nr. 18 v. 28.1.1905, S. 274 f.
55 *Die Nation,* Jg. 22, Nr. 19 v. 4.2.1905, S. 289 f.

Absolutismus ist ein Hort der Reaktion in Preußen und im Deutschen Reiche, die Clique der Junker und ihrer Freunde bedarf seiner.“[56] Er folgerte daraus, daß der Protest gegen den Zarismus und seine Verbrechen aus wirklich patriotischen Motiven erfolge. In einer Resolution drückte die Versammlung der gegen den Zarismus gerichteten russischen Volksbewegung ihre Achtung und Sympathie aus.

Lenin unterschied von Anfang an zwei Strömungen in der europäischen Bourgeoisie in der Stellung zur russischen Revolution, von denen nur die konservative Bourgeoisie auf der Seite der Selbstherrschaft stand. Diese Gruppierung ergab sich auch in Deutschland aus der ökonomischen und politischen Stellung der einzelnen Fraktionen der Bourgeoisie.

Die Nachricht von der Einkerkerung Maxim Gorkis rief in Kreisen der deutschen Intelligenz sowie unter den sozialliberalen Richtungen eine lebhafte Reaktion hervor. Barth und Liszt unterzeichneten neben Schriftstellern, Künstlern und Wissenschaftlern einen Aufruf zur Freilassung Gorkis. Da der Aufruf sich auf einen Appell an die Behörden des zaristischen Henkers beschränkte, übte der „Vorwärts“ berechtigte Kritik.

Barth und Liszt traten mit anderen Unterzeichnern des Aufrufs in ein Komitee ein, das sich Ende Januar in Berlin zur Befreiung Maxim Gorkis bildete. Ihm gehörten u. a. Gerhart Hauptmann, Prof. Ernst Haeckel, Max Liebermann und Ernst von Wildenbruch an. Das Komitee wandte sich mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit und forderte sie auf, sich den Protesten anzuschließen.[57] Lenin registrierte aufmerksam diese Bewegungen unter der deutschen Bourgeoisie. Anfang Februar schrieb er: „Im Ausland begann unter der gebildeten bürgerlichen Gesellschaft eine energische Kampagne zugunsten Gorkis, und ein Gesuch an den Zaren um die Freilassung Gorkis wurde von vielen hervorragenden deutschen Wissenschaftlern und Schriftstellern unterschrieben.“[58]

In München konstituierte sich ebenfalls ein Ausschuß, dem neben Vollmar und Brentano weitere sozialdemokratische und bürgerliche Politiker, Künstler und andere Persönlichkeiten angehörten, darunter vor allem Ludwig Quidde und andere leitende demokratische und nationalsoziale Politiker. „Der Aufruf, den der Ausschuß erließ, war aber nicht von der Wässerigkeit derjenigen, wie man sie jetzt anderwärts vielfach von bürgerlichen Kreisen ausgehen sieht, und in welchen so getan wird, als ob sich alles nur um den einen Gorki drehe, um dessen Begnadigung mehr oder minder flehentlich gebettelt wird, während man für die Masse des kämpfenden Volkes und die ganzen gewaltigen Vorgänge kaum ein schüchternes Wort zu sagen wagt.“[59] Dem Aufruf folgten 6000 bis 7000 zu einer Kundgebung; ca. 2500 bis 3000 versammelten sich in einem zweiten Saal, während weitere Tausende sich in den Straßen zusammenfanden.

Allerdings ist die Feststellung der Gegnerschaft der Liberalen zur Selbstherrschaft und ihren Ausschreitungen nicht ausreichend zur Charakteristik der Haltung gegenüber der russischen Revolution. Sie muß durch eine Einschätzung der liberalen Auffassungen über den Charakter und die Perspektive dieser Revolution und über ihre treibenden Klassenkräfte präzisiert werden. Auch die entschiedensten unter den liberalen Ideologen und Publizisten Deutschlands nahmen bei aller erklärten Gegnerschaft zur zaristischen Autokratie in keiner Phase der Revolution einen revolutionären Standpunkt ein. Das konnte nicht anders sein, da sie aufgehört hatten, revolutionär und republikanisch zu sein. Von Beginn an zogen sie nur konstitutionelle Forderungen und Reformprogramme in Betracht.

Wenn Lenin im Verlaufe der Revolution feststellte, daß die westeuropäische Bourgeoisie „anfangs immerhin wirklich gekämpft“ habe und sogar republikanisch war, dagegen die russischen Liberalen „sofort, ohne Revolutionäre gewesen zu sein, in den Ruf gewesener Revolutionäre kommen“ wollten, so ist neben der Hauptursache, der führenden Rolle des Proletariats, ein weiteres wichtiges Moment der zersetzende Einfluß der westeuropäischen und besonders auch der deutschen Bourgeoisie

---

56 *Deutschland und die Vorgänge im russischen Reich.* Vorträge der Herren Prof. v. Reusner, D. Wiener, D. Breitscheid, geh. im Sozialliberalen Verein zu Berlin. Berlin-Schöneberg 1905, S. 25.

57 *Die russische Revolution von 1905-1907 im Spiegel der deutschen Presse,* hg. von Stern, Leo, Berlin 1961, S. 43. (Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2/IV).

58 *Lenin, W. I.,* Wie Trepow haust, in: Werke, Bd. 8, Berlin 1958, S. 121.

59 *Vorwärts* v. 5.2.1905.

einschließlich ihrer Liberalen. In der Resolution der freisinnigen Versammlung vom 1. Februar 1905 in Berlin hieß es: „In dem aufrichtigen Wunsch, die friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem deutschen und russischen Volke zu pflegen und zu bessern, wünscht die Versammlung den Bestrebungen Erfolg, die darauf abzielen, durch Einführung konstitutioneller Rechtsverhältnisse das gesamte russische Volk zu persönlicher Selbstachtung, zu höherer Gesittung und geeignetem Wohlstande zu führen.“[60] Und schon am Tage nach dem Blutsonntag hatte die „Frankfurter Zeitung“ vom Zaren „greifbare Zugeständnisse“ zur Beruhigung der öffentlichen Meinung und zur Lenkung der „Reformbewegung“ erwartet.

In Übereinstimmung mit dem konterrevolutionären, verräterischen russischen Liberalismus wurde deshalb die Veränderung durch Reformen von der Einsicht des Zaren und seiner Beamtenschaft erhofft. Die russischen Revolutionäre sollten nur Hilfstruppe der Liberalen sein, denn: „Ohne Anwendung von Gewalt oder ohne Furcht vor Anwendung von Gewalt haben die herrschenden Klassen noch niemals Zugeständnisse gemacht.“[61]

Die Furcht vor einer Volksbewegung in Rußland und einer revolutionierenden Wirkung auf Deutschland teilten die Liberalen mit den Opportunisten in der Sozialdemokratie. Mit dem Schlagwort von der Bekämpfung der „Revolutionsromantik“ waren Revisionisten wie Freisinnige bemüht, alle revolutionären Lehren für Deutschland und die internationale Arbeiterbewegung zu leugnen. „Deutschland ist eben doch ganz anders gefügt als Rußland, und auch der friedlichste Bürger kann ruhig schlafen.“[62] Mehring bemerkte, daß das „Gefasel von der ‚Revolutionsromantik‘“ nichts als das vollständige Lexikon aller Philisterphrasen hinter sich habe.

Die konterrevolutionäre Haltung äußerte sich auch in der Beurteilung der Klassenkräfte der russischen Revolution, die von der liberalen deutschen Presse überwiegend undifferenziert vorgenommen wurde, um die führende Rolle des russischen Proletariats unter der Leitung der Bolschewiki zu unterschlagen. Dies sollte den russischen Liberalismus als die reifste und befähigste Kraft bei der Reform des russischen Staatswesens darstellen. Lenin zitierte im August 1905 den Petersburger Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“, der sich über die „völlig unverständliche Feigheit der Semstwoleute“ überrascht zeigte, und bemerkte dazu, daß die Bolschewiki das Abschwenken der liberalen Bourgeois von der Revolution lange vorausgesagt hätten. Auch Reusner setzte sich kritisch mit Struve und der verräterischen Rolle des russischen Liberalismus auseinander: „Das Nichtvorhandensein eines aufrichtigen, ehrlichen Liberalismus mit festem Rückgrat, der den Kampf um das Recht des Menschen und Bürgers fortsetzt, beklagen nicht nur die wenigen Vertreter eines wahren Liberalismus, sondern auch Sozialdemokraten“. Er könnte in Rußland sehr nützlich wirken. „Leider hat der russische Liberalismus allzufrüh die Neigung verraten, seinen eigenen Prinzipien und Aufgaben untreu zu werden.“[63]

Die freisinnigen Ideologen waren zu einer kritischen Beurteilung des russischen Liberalismus in dieser Revolution unfähig, die im Wesen identisch gewesen sein müßte mit einer geschichtlichen Selbstkritik. Die Kehrseite der fehlerhaften Beurteilung der russischen Liberalen war die Herabsetzung und Verfälschung des revolutionären Volkskampfes und insbesondere der heroischen Leistungen des russischen Proletariats. Das zeigt am Ende des Revolutionsjahres ein Artikel in der „Frankfurter Zeitung“: „In letzter Zeit ist in Rußland viel mit Radikalismus gesündigt, zu wenig wirkliche Realpolitik getrieben worden. So begreiflich das auch von psychologischem Standpunkte unter den gegebenen Bedingungen ist, so sehr hat es aber auch praktisch auf mannigfache Art gehemmt.“[64]

Anläßlich des Aufstandes auf dem Panzerkreuzer Potemkin trat Rosa Luxemburg den liberalen Fälschungen über die revolutionären Volkskämpfe entgegen: „Und überall ist es nicht etwa ein tobender Ausbruch wilder unklarer Leidenschaften eines betrunkenen ‚Mobs‘, wie die offiziösen russischen

---

60 *Deutschland und die Vorgänge im russischen Reich,* Berlin-Schöneberg 1905, S. 4.

61 *Frankfurter Zeitung* v. 26.1.1905.

62 *Frankfurter Zeitung* v. 23.12.1905, Abendblatt. S. auch: *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,* Bd. 2, S. 84 ff.

63 *Reusner, Manfred v.,* Die russische Revolution und der Liberalismus, in: Die Neue Gesellschaft, Jg. 1905, Bd. 1, Nr. 32 v. 8.11.1905, S. 381 ff.

64 *Frankfurter Zeitung* v. 16.11.1905.

Telegrafenagenturen vorzulügen pflegen, um natürlich bei unserer bürgerlichen Presse, allen voran bei den ‚liberalen' Blättern, frommen und willigen Glauben zu finden. Nein, es ist der Geist der politischen Aufklärung, des proletarischen Bewußtseins, das Werk der *sozialdemokratischen Erziehung,* was in allen bisherigen sogenannten ‚Meutereien' der russischen Marine zum Ausdruck kam."[65] Der Gegnerschaft zur revolutionären Sozialdemokratie entsprachen die Sympathien für die opportunistischen Kreise, die Menschewiki, die ebenso das Lob der deutschen Liberalen empfingen wie ihre Freunde in Deutschland.

Die Stellungnahme zur Revolution in Rußland wurde wesentlich von den unmittelbaren Interessen des Kapitals und der Industrie bestimmt. „Die sozialdemokratische Presse hat bereits mehrmals darauf hingewiesen, daß das europäische Kapital als Retter der russischen Selbstherrschaft auftritt. Ohne Auslandsanleihen könnte sie sich gar nicht halten."[66] Dieses europäische Kapital war unmittelbar an einem Verlauf der revolutionären Bewegung in einem konstitutionellen Rahmen, der die wichtigsten politischen Interessen der Bourgeoisie sicherte und die Volksbewegung rasch zum Stillstand brachte, interessiert.

Bereits während des für Rußland ungünstigen Verlaufes des Russisch-Japanischen Krieges hatte die „Frankfurter Zeitung" Ende 1904 die Skepsis deutscher Bankkreise gegenüber der russischen Kreditwürdigkeit ausgesprochen. Lenin registrierte dies als „eine neue Warnung der europäischen Bourgeoisie", der die Geschäfte mit der Selbstherrschaft bald zur „unsoliden Spekulation" würden. Der Ausbruch der Revolution verstärkte das Interesse des europäischen Kapitals an einer inneren und äußeren „Befriedung" Rußlands. In der freisinnigen Kundgebung am 1. Februar 1905 hatte der Handelsschriftsteller Wien er über die russischen Finanzen gesprochen: „Wenn Rußland sich durch ein System der Vergewaltigungen in der öffentlichen Meinung um allen Kredit brächte, könnten auch die Börse und die Bankwelt Rußland nicht mehr helfen. Ideelle und materielle Gründe würden sie daran hindern."[67] Breitscheid bezeichnete die Bedrohung „unserer pekuniären Interessen" als eine der Ursachen, die zu einer politischen Stellungnahme zur russischen Revolution berechtigten.

Als der Regierungsrat im Kaiserlichen Statistischen Amt, Rudolf Martin, im Sommer 1905 sein Buch „Die Zukunft Rußlands und Japans. Soll Deutschland die Zeche bezahlen?" veröffentlichte und darin den russischen Staatsbankrott in spätestens 10 bis 15 Jahren ankündigte, wirkte dies auch auf die freisinnigen Kreise alarmierend. Lenin sah in ersten Bemerkungen „auf Grund von Besprechungen der Auslandspresse" in Martins Schlußfolgerungen eine Bestätigung der sozialdemokratischen Urteile über die Finanzlage Rußlands.

Vereinzelt erklangen auch in der freisinnigen Presse Stimmen, die auf den Konflikt zwischen dem Geschäftsgebaren und den Phrasen der Bourgeoisie hinwiesen. Paul Nathan setzte sich wenige Wochen nach dem Ausbruch der Revolution mit der finanziellen Hilfe für das Zarenregime auseinander, die im Widerspruch zur moralisierenden Empörung in bürgerlichen Kreisen Westeuropas stand. „Immerhin dürfte es gut sein, einmal unsere kostenlose westliche Entrüstung gegen Rußland und unsere geldlüsterne Unterstützung dieses verabscheuten Rußland gegeneinander zu stellen."[68] Solche Stimmen blieben im bürgerlichen Lager vereinzelt und wirkungslos. Angesichts dieser Haltung der Bourgeoisie hob Clara Zetkin die Verantwortung der deutschen Arbeiterklasse für die Unterstützung des russischen Volkes hervor. „Ihr liegt es ob, durch mannhaftes Eintreten für die Freiheitskämpfer im Nachbarreich vom Vaterland die Schmach zu tilgen, mit welcher es besudelt wurde dank dem Wettkriechen des offiziellen Deutschlands vor dem Knutenregiment, dank der feigen, selbstsüchtigen Haltung der Bourgeoisie, welche den Kurs der russischen Staatspapiere und Industrieaktien höher wertet als das Erwachen eines großen Volkes zur Kultur und Freiheit."[69]

---

65 *Luxemburg, Rosa,* Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 2, Berlin 1955, S. 252 f.

66 *Lenin, W. I.,* Das europäische Kapital und die Selbstherrschaft, in: Werke, Bd. 8, Berlin 1958, S. 259.

67 *Deutschland und die Vorgänge im russischen Reich,* Berlin-Schöneberg 1905, S. 16.

68 *Nathan, Paul,* Rubel, Politik und Humanität, in: Die Nation, Jg. 22, Nr. 20 v. 11.2.1905, S. 307 f.

69 *Zetkin, Clara,* Für die Preisfechter des revolutionären Proletariats, in: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 1, Berlin 1957, S. 300 f.

Waren konterrevolutionäre und antidemokratische Wesenszüge ursächliche Momente im Verhalten der deutschen liberalen Bourgeoisie und ihrer Parteien zur russischen Revolution, so verstärkten der Revolutionsverlauf, der zur Herausbildung einer revolutionären Volksbewegung unter der Hegemonie des Proletariats und seiner bolschewistischen Partei führte, diese ihre Charakterzüge. Mit der Verschärfung der Klassenkämpfe in Deutschland mußte dies zu einer weiteren Annäherung an die Reaktion führen. Diese Tendenz zeichnete sich im Auftreten freisinniger Politiker und Ideologen und ihrer Furcht vor einer revolutionären Volksbewegung ab.

Im Dezember 1905 polemisierte Gothein im Reichstag gegen die „Übergeschäftigkeit" der Polizei und reaktionäre Wahleinmischungen in Ostelbien. „Meine Herren, mit einer derartigen Vergewaltigung der Rechte der Wähler präparieren wir einen Boden, der nicht so fern liegt von dem, auf dem sich die russischen Verhältnisse abgespielt haben."[70] Gegenüber dem „roten Sonntag", den machtvollen Wahlrechtsdemonstrationen der Arbeiterklasse am Jahrestag des Petersburger Blutsonntags, äußerte sich die Demoralisation des freisinnigen Bürgertums und seiner Presse darin, daß man die Bedeutung dieser Aktion herabsetzte und ihre sozialdemokratischen Führer und Teilnehmer verunglimpfte. Indem sie gleichzeitig die scharfmacherischen, bürgerkriegsartigen Vorbereitungen der herrschenden Reaktion auf diesen Tag als unnötig und schädlich beurteilten, dünkten sie sich als mittlere Kraft politisch und geistig zur Führung der Nation berufen, während sie tatsächlich zwischen den Hauptkräften der Reaktion und des Fortschritts zu einer bedeutungslosen Stellung herabgeglitten waren.

Anfang Februar 1906 äußerte sich Mugdan in einer Etatsdebatte über die Stellung der Freisinnigen Volkspartei zur Arbeiterbewegung. Die „offizielle Sozialdemokratie" habe hinsichtlich Massenstreik und russischer Revolution fast den Kopf verloren. Das „Spielen mit dem Massenstreik" sei die arbeiterfeindlichste Politik, und am 21. Januar 1906 wäre nicht für das allgemeine Wahlrecht, sondern für die Revolution in Rußland demonstriert worden. Mugdan rechtfertigte selbst die von den meisten liberalen Blättern kritisierten Maßregeln der preußischen Regierung gegen die sozialdemokratischen Wahlrechtsdemonstrationen. Die „Vossische Zeitung" schrieb am 27. März 1906, daß ein Block der Liberalen mit den Sozialdemokraten im Sinne Barths unmöglich sei. Der ‚sozialdemokratische' Charakter der russischen Revolution hätte „die Kluft zwischen dem Bürgertum und der Demokratie" vertieft. Tatsächlich wurden die politisch-ideologischen Wirkungen der russischen Revolution auf die deutsche liberale Bourgeoisie zu einer wesentlichen Ursache des endgültigen Scheiteros der Barth-Naumannschen Richtung im Linksliberalismus. Die Differenzen innerhalb der Freisinnigen Vereinigung entwickelten sich zu einer akuten Krise der Partei.

3. Das Scheitern der Richtung Barth-Naumann

Die alten unausgefochtenen Meinungsverschiedenheiten waren durch den Eintritt der Nationalsozialen und ihr Zusammenwirken mit den Anhängern Barths verstärkt worden und drängten zu einer Entscheidung. So nahm nach der Fusion der Widerstand des rechten Flügels gegen eine taktische Annäherung an die Sozialdemokratie hauptsächlich die Form des Kampfes gegen die Nationalsozialen an. Die Generalversammlung der Vereinigung überbrückte beim Eintritt der Nationalsozialen diese Streitfrage durch eine Kompromißresolution. Von jetzt ab war die Partei ständig durch mehr oder weniger offene Auseinandersetzungen in zwei Lager gespalten – ein Zustand, der im wesentlichen bis zum Ausscheiden von Barth, Gerlach, Breitscheid u. a. Anfang 1908 andauerte.

Bereits im Winter 1903/04 griff der rechte Flügel der Partei, der seinen Schwerpunkt in der preußischen Landtagsfraktion und besonders in Pachnicke und Broemel seine Sprecher hatte, die Nationalsozialen an. Sie forderten, daß einer der beiden nationalsozialen Vertreter im Ausschuß von dieser Stellung zurücktrete. Broemel hatte diese Forderung durch Angriffe in der „Weserzeitung" und „Ostseezeitung" vorbereitet. Naumann wandte sich am 18. Februar 1904 in einem Schreiben an Schrader, in dem er jede Konzession als eine Ermunterung dieser Kreise zu weiteren Demütigungen bezeichnete und bat „nochmals, uns nicht einem langsamen Diskreditierungsprozeß zu überlassen." Unmit-

70 *Reichstag,* 11. Leg.per., 2. Sess., Bd. 1, S. 383.

telbarer Anlaß war ein Gedicht in der „Hilfe“ gewesen, das Elemente sozialer Anklage gegen die kapitalistische Ausbeutung enthielt. Naumann rückte rasch davon ab; dennoch hatte es in der Presse einen größeren Streit verursacht. Schrader äußerte sich in einem Brief an Naumann Anfang Februar: „Es ist sehr unangenehm, daß augenblicklich keine Frage der inneren Politik vorliegt, welche die liberalen Leute gegen die Reaktion einigen und sie von den Doktorstreitigkeiten über die Stellung zur Sozialdemokratie ablenken könnte.“[71] Ihm gelang es, das Ausscheiden Gerlachs zu verhindern. Darauf berief er sich, als er sich Ende Juli 1904 erneut an Naumann wandte, um unter dem Druck der Rechten wie der Freisinnigen Volkspartei in dringender Form Vorbehalte gegen Gerlachs Verhältnis zur Sozialdemokratie geltend und auf die möglichen Konsequenzen aufmerksam zu machen.

Im Herbst 1904 kam es erneut in der liberalen Presse zu einer Auseinandersetzung über die Fragen des künftigen Verhältnisses zur Sozialdemokratie, die sich wieder wesentlich gegen die ehemaligen Nationalsozialen richtete. Im Dezember griff „Die Nation“ das „Berliner Tageblatt“ an, das nunmehr auch die These vertrat, wonach der nationalsoziale Anschluß die Freisinnige Vereinigung zum Zwiespalt führe.

Die entschiedene Gegnerschaft Broemels gegen die Barth-Naumannsche Richtung war keinesfalls zufällig. Während sich diese Richtung wesentlich auf intellektuelle und kleinbürgerliche Schichten stützte, basierte die Gegnerschaft des rechten Flügels auf den Anschauungen der großkapitalistischen Kreise der Küstenstädte und deren ausgeprägt antisozialistischer und fortschrittsfeindlicher Interessenpolitik. Diese Kreise bildeten einen entscheidenden Teil der sozialen Basis der Vereinigung. Eine Vertrauensmänner-Versammlung in Kiel hatte am 10. September 1903 über die Taktik zu den preußischen Landtagswahlen beraten und billigte nur mit 30:25 Stimmen die Konzeption Barths. Wenige Tage später schrieb dieser von Helgoland an Carl Aldenhoven, daß er angesichts der Situation im Kieler Landtagswahlkreis seine Kandidatur nicht aufrechterhalten wolle, da dies die Sprengung der Partei bedeuten würde.

Freisinnige Zeitungen, wie „Kieler Zeitung“, „Weserzeitung“ und „Ostseezeitung“, bekämpften die Anschauungen Barths. Von acht Diskussionsrednern, die auf der Generalversammlung am 11. Oktober 1903 gegen Barth auftraten, kamen sieben aus Danzig, Stettin, Kiel, Bremen und Altona. Schrader betonte in seinem Brief an Naumann im Februar 1904, daß sich in der Partei „doch ein wirklicher Gegensatz der Interessen“ befinde: „Die Arbeitgeber ... spielen in den Kreisen, die bisher, besonders in den Seestädten und Handelsstädten maßgebend waren ... eine große Rolle, und die vornehmen Fabrikanten und Kaufleute fühlen sich unangenehm durch den Gedanken berührt, daß ihre Arbeiter ihnen gleichgestellt sein wollen ... Hier liegt der wirkliche innere Zwiespalt.“[72]

Am 9. März 1905 wandte sich der Vorstand der Ortsgruppe Königsberg an Schrader, um einen beabsichtigten Vortrag Naumanns zu verhindern, dessen Auftreten das Bündnis mit anderen Parteien hinfällig machen und „unsere kleine Partei völlig zum Verfall bringen“ würde. Ein Jahr später machte sich die „Weserzeitung“ nochmals mit aller Schärfe zum Sprecher der kapitalistischen Kreise der Küste: „Es handelt sich darum, zu konstatieren, daß die Freisinnige Volkspartei und das Gros der Vereinigung in den norddeutschen Wahlkreisen sich nicht auf das Wahlkartell mit den Sozialdemokraten einlassen wollen, sondern ein solches mit den Nationalliberalen anstreben.“[73]

Dr. W. Böhmert aus Bremen bekannte sich in einem Brief an Barth am 4. Mai 1906 zu dem Bündnis mit der Sozialdemokratie gegen die Reaktion. Die „Gruppe um Broemel“ beweise das mangelnde Verständnis für „die Ideenwelt der arbeitenden Klassen“, das noch in liberalen Kreisen verbreitet sei. Ihr Anspruch, für die Seestädte zu sprechen, sei haltlos. „Aber die Gruppe, um die es sich handelt, hat doch vorläufig noch ganz das Heft in der Hand, und die Versuche, die wir gemacht haben, darin eine Änderung herbeizuführen, sind vorläufig mißlungen.“[74] Im Juni 1906 erklärten die Vorstände der freisinnigen Parteien in Stettin ihren Wunsch nach engerer Zusammenarbeit und forderten, das

---

71 DZA Potsdam, Nachlaß Naumann, Nr. 143, Bl. 67, 68.

72 Ebenda.

73 *Wippermann, Karl,* Deutscher Geschichtskalender für 1906, Bd. 1, Leipzig 1906, S. 174.

74 DZA Potsdam, Nachlaß Naumann, Nr. 143, Bl. 56-59.

„Liebäugeln mit der Sozialdemokratie“ zu beenden. Für Barth war eine Aussöhnung mit diesen Kreisen ausgeschlossen.

Ende Dezember 1904 hatte der Vorstand angesichts der Auseinandersetzungen in der Partei und Presse beschlossen, im Vorstand die Streitfrage gründlich zu erörtern, um der bevorstehenden Generalversammlung eine Stellungnahme zu ermöglichen. Diese Beratung fand am 15. Januar 1905 statt, nachdem bereits am 5. Januar 1905 in vertraulichen Mitteilungen die Notwendigkeit weiterer Zusammenarbeit betont und das Vorhandensein grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten bestritten worden war. Das blieb auch das Ergebnis der ausführlichen Vorstandsdebatte. Das Kommuniqué ließ die strittige Frage der Stellung zur Sozialdemokratie völlig aus. „Diese Aussprache ist in aller Gründlichkeit erfolgt und hat zu dem erfreulichen Resultat geführt, daß von keiner Seite die Differenzen für so erheblich erachtet wurden, um ein gemeinsames energisches Zusammenarbeiten für die Ziele des Liberalismus unmöglich zu machen.“[75] Diese Einschätzung wurde im Februar von der Generalversammlung und damit offiziell die Gemeinsamkeit der Freisinnigen und der ehemaligen Nationalsozialen bestätigt.

Damit waren die Differenzen aber nicht aufgehoben. Im Oktober 1905 schieden Broemel und Pachnicke aus dem Vorstand und dem Geschäftsführenden Ausschuß aus und traten mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, nach der ihnen die bestehenden Meinungsverschiedenheiten eine Fortsetzung dieser Tätigkeit unmöglich machten. Barth berichtete Ende Oktober Aldenhoven, daß Pachnicke Mitte des Monats gleichzeitig mit einer 3-tägigen „Konferenz unserer sämtlichen Provinzialsekretäre“ in Berlin seine seestädtischen Anhänger zu einer gesonderten Beratung versammelte, in der er nochmals seinen Austritt erläuterte. Er hätte sonst jedoch keinen Erfolg gehabt, und seine Rolle sei ausgespielt.

Diese Sicherheit hinsichtlich des innerparteilichen Erfolges über Pachnicke war jedoch nicht echt. In Wirklichkeit verschlechterten sich die Positionen Barths zusehends. Wiederholt sprach aus seinen Briefen tiefe Resignation. Am 23. August 1904 schrieb er Aldenhoven: ich bin „mehr als je überzeugt von der Richtigkeit des Weges, den ich eingeschlagen habe, und von der Aussichtslosigkeit, das Ziel, dem ich zustrebe, zu erreichen“. Ein Jahr später äußerte er, daß er die Rolle des Predigers in der Wüste satt habe. Er sei „seit langer Zeit“ in „splendid isolation“ und frage sich, wann „der Ekel vor dem elenden liberalen Bürgertum so groß wird, daß ich vor dem verehrlichen deutschen Publikum meine Verbeugung mache und verschwinde“. Am Jahresende 1905 sprach er wieder davon, daß er 1906 seinen Weg fortsetzen wolle, obwohl das Ziel vielleicht nur in der Phantasie bestünde. Im August 1906 erfuhr Aldenhoven von Barths Frau, daß dieser „Die Nation“ endgültig hatte aufgeben wollen und nur durch den energischen Widerspruch von Nathan, Schrader und Breitscheid davon abgekommen sei. Ohne die Zeitung sei seine politische Rolle ausgespielt. Die Erfolglosigkeit nehme ihm allen Optimismus.[76]

Ähnliche Töne schlug vereinzelt auch Naumann an, obwohl sich bereits abzeichnete, daß er bereit war, sich der stärkeren Gruppe anzuschließen. So schrieb er Anfang Juli 1904 an Schulze-Gaevernitz: In der Polenfrage sei die einheitliche Front des Liberalismus gebrochen. „Überall zerbricht die Einheitlichkeit – ein sehr peinlicher Zustand ...“[77] In einem Brief an den befreundeten Pfarrer D. Gottfried Traub sprach er sich über „die allgemeine Aussichtslosigkeit“ der Partei aus. „Ich selber habe mich längst damit abgefunden, daß wir nach 1908 nur etwas übrig behalten, was man einen erweiterten nationalsozialen Verein nennen kann und halte das für kein Unglück, aber nun ist es doch nötig, die ganze Anspannung der Wahl noch einmal zu machen.“[78]

Das Scheitern der speziellen Konzeption von Barth und Naumann wurzelte in der allgemeinen Konzeptions- und Aussichtslosigkeit der Partei, auf deren Boden die Tendenzen des Anschlusses nach rechts wie nach links gediehen. Der Geschäftsführende Ausschuß hatte im Mai 1905 eine Aussprache

---

75 *Die Nation,* Jg. 22, Nr. 17 v. 21.1.1905.
76 DZA Potsdam, Nachlaß C. Aldenhoven 90 Al 3, Nr. 1, Bl. 145-148.
77 DZA Potsdam, Nachlaß Naumann, Nr. 130, Bl. 30.
78 Ebenda, Nr. 107, Bl. 21.

über die politische Lage geführt, „welche erkennen läßt, daß die Aussichten für die nächste Zukunft allseits sehr pessimistisch beurteilt werden und daß es notwendig erscheint, einen neuen zugkräftigen Gedanken zu finden, durch dessen Propagierung die Agitation wieder erfolgreicher gestaltet werden könnte“.[79]

Im Herbst 1905 schrieb das „Berliner Tageblatt“, daß der Revisionismus in der Sozialdemokratie seine Bedeutung verloren habe und die Bündnisfähigkeit der Sozialdemokratie nunmehr eine Utopie sei. Unter dieser Parole kehrten sich auch frühere Anhänger von Barth ab. Die Reaktion suchte diesen Prozeß durch das Drohen mit dem roten Gespenst zu beschleunigen. Es könnte „nur noch eine unheilbar verstockte Blindheit verkennen, ... daß der Revisionismus im Grunde ebenso revolutionär ist wie der marxistische Orthodoxismus ... Der Mauserungsglaube hat keine Bedeutung mehr, an seine Stelle ist die durch die Namen Barth und Naumann bezeichnete Bewegung getreten, deren Quintessenz dahin lautet: Ob gemausert oder nicht, die Sozialdemokratie ist die einzige starke Stütze, mit deren Hilfe der Liberalismus in Deutschland wieder zur Macht gelangen kann; darum – Bündnis des liberalen Bürgertums mit der Sozialdemokratie.“[80] Der „Berliner Börsen-Courier“ wandte sich am 6. September 1906 unter Hinweis auf die kapitalistische Anhängerschaft des Freisinns gegen das Bündnis der „neudeutschen Linken“ mit der Sozialdemokratie und trat für die Annäherung an die Nationalliberalen ein.

Mehring charakterisierte im Mai 1906 Rolle, Möglichkeiten und Grenzen von Barth und Naumann: „Es ist eine winzige Minderheit des Freisinns, die den berufenen ‚Kampf gegen zwei Fronten‘ aufgeben und den deutschen Liberalismus dadurch zu neuem Leben erwecken will, daß sie in erster Reihe die Reaktion bekämpft, auch auf die Gefahr hin, dabei auf derselben Seite kämpfen zu müssen wie die Sozialdemokratie. Das höchste, was sie erreichen kann, ist nicht die Sammlung aller liberalen Elemente um ihre Fahne, sondern die Schaffung eines neuen liberalen Fraktiönchens, das unter den drei oder vier, die wir schon haben, sicherlich das allerkleinste sein würde. Mögen die Barth und Naumann eine demosthenische Beredsamkeit entfalten und alle Batterien der politischen Logik auffahren, die sie ja vom liberalen Standpunkt aus für ihre Taktik auffahren können, so hilft ihnen das gar nichts gegen die Tatsache, daß die Angst des deutschen Spießbürgertums vor der Sozialdemokratie heute größer ist als je.“[81] Damit war eine richtige Diagnose gegeben; auch die Prognose wurde in den folgenden Jahren bestätigt.

4. Die weitere Verflechtung von Liberalismus und Revisionismus,

Die Befestigung und Verbreitung der Positionen des Opportunismus innerhalb der Sozialdemokratischen Partei führte notwendig zu seiner engeren Verbindung mit der liberalen Bourgeoisie. Die revisionistischen Ideologen bewerteten alle Aktionen der Sozialdemokratischen Partei danach, ob und in welchem Maße sie ihnen zur Verwirklichung ihrer Politik der Unterordnung unter die Bourgeoisie und des Überganges zur ‚positiven‘ Mitarbeit dienen könne. Sie nahmen ebenfalls eine kritische Stellung zur Freisinnigen Volkspartei ein, da ihr bornierter Antisozialismus den Anbiederungsbestrebungen wenig Anknüpfungspunkte bot. Deshalb mokierte sich Bernstein über Richters feige Haltung im Zolltarifkampf. Vor der Reichstagswahl setzte er sich für ein außerparlamentarisches Zusammengehen mit der bürgerlichen Linken ein, das möglich und notwendig sei.

Mit der Parole von der „Freiheit der geistigen Arbeit“ (David) umrissen die Revisionisten ihre liberale Feindseligkeit zur sozialistischen Parteilichkeit und das Ziel der Legalisierung aller Formen des Eindringens der bürgerlichen Ideologie. In „Was tun?“ analysierte Lenin den Klasseninhalt solcher Losungen sowie aller Bestrebungen zur Verwischung der Klassengrenze zwischen Liberalismus und Sozialismus, die das erklärte Ziel der Barth, Naumann, Gerlach, Bernstein, Vollmar und David waren.

Die Verteidigung der Mitarbeit an der bürgerlichen Presse auf dem Dresdner Parteitag 1903 ergab sich aus der taktischen Grundorientierung der Sozialliberalen und Opportunisten. In den Anträgen und in der Diskussion wurde die Ablehnung der grundsatzlosen Kompromisse durch die große Mehr-

---

79 DZA Potsdam, Fortschrittliche Volkspartei, Nr. 4, Bl. 27.

80 *Die Grenzboten* v. 5.4.1906.

81 *Mehring, Franz,* Steigende Angst, in: Gesammelte Schriften, Bd. 15, S. 165 f.

heit der Partei sichtbar. Arthur Stadthagen erklärte: „Hier soll offenbar unter dem Vorwand, der Meinungsfreiheit eine Gasse zu bahnen, die Meinungsfreiheit in der Partei unterdrückt werden zugunsten derer, die sich bürgerlichen Parteien annähern wollen. Das sind diejenigen, die glauben, die Revisionisten zu sein; sie sind aber nur die Genasführten der bürgerlichen Parteien.“[82]

Noch grundsätzlicher wurde die Auseinandersetzung mit dem liberalrevisionistischen Komplott bei der Erörterung der Taktik der Partei. Dazu sagte Bebel in seinem großen Referat: „Wir sind in vielen Beziehungen die Erben der bürgerlichen Parteien geworden, die Erben der bürgerlichen Parteien aber nicht in dem Sinne, wie Heine in seinem Artikel in den ‚Monatsheften‘ schrieb, daß wir den bürgerlichen Liberalismus zu ‚ersetzen‘ hätten, nein.: sondern daß wir ihn zu überbieten haben. (Heine ruft: Zu ‚erfüllen‘ habe ich geschrieben, was jener sich vorgenommen hat! Das heißt ihn überbieten!) Zu ersetzen und zu erfüllen, aber das fasse ich in dem Sinne nicht auf wie Sie.“[83] Er griff Vollmar an, dessen berüchtigte Münchener Rede den Beifall der bürgerlichen Ideologen gefunden hatte. „Es war speziell Herr Naumann, der hier vor mir sitzt, der ihn förmlich beschwor: ‚Sie sind der Mann der Situation! Steigen Sie doch hernieder vom bayerischen Gebirge, stellen Sie sich an die Spitze, alles Volk wird Sie mit Jubel empfangen‘.“[84]

Es sei inzwischen dahin gekommen, daß gewisse Kreise in der Partei „eine ganze Korona bürgerlicher Journalisten“ um sich versammelt haben. Bereits vor zwei Jahren hätte er Heine aufgefordert, lobende Urteile Gerlachs zurückzuweisen. Ebenso wandte sich Bebel gegen das „ewige Beruhigen, Temporisieren, Diplomatisieren, Kompromisseln“. „Es ist mit einem Wort das Streben der Annäherung an die bürgerliche Gesellschaft. (Lebhafte Zustimmung) Die Vertuschung, die Überbrückung der Gegensätze zwischen Proletariat und bürgerlicher Gesellschaft, das ist das Streben, das die Männer, die sich Revisionisten nennen, in der Partei haben.“[85] Die Äußerungen der Feinde seien das beste Barometer für die Richtigkeit dieser Einschätzung. Die „Frankfurter Zeitung“ und „Die Hilfe“ wären faktisch Organe der Revisionisten. „So sehr ich von Herrn Naumann abweiche, so sehr ich glaube, daß er keinen politischen Weitblick hat, in Bezug auf die Taktik, die er uns gegenüber anschlug, war er in der Regel sehr geschickt. (Ruf: Und Erfolg hatte er doch nicht!) Gewiß, er hatte keinen Erfolg. Denkt Ihr denn, Genossen, ich glaube daran, daß der Revisionismus in unserer Partei einmal Erfolg haben wird? (Stürmische Zustimmung)“.[86]

In der Debatte bemühten sich Kolb, Auer und andere, den Revisionismus als eine bloße Fiktion darzustellen. Bernstein erklärte scheinheilig: „Es ist im Laufe der letzten Tage sehr viel vom Lobe der Gegner gesprochen worden, aber bin ich etwa jemals von der Scharfmacherpresse gelobt worden? Hat mich die ‚Post‘ oder die ‚Schlesische Volkszeitung‘ oder haben mich die ‚Neuesten Nachrichten‘ oder auch nur Eugen Richter jemals gelobt?“[87] Nur einige liberal-demokratische Blätter hätten ihn gelobt.

Die Urteile der Reaktion bis zu dem antisozialistisch verblendeten Richter spiegelten die Klassenscheidung innerhalb der Sozialdemokratie im allgemeinen nicht ausreichend wider. Diese Erscheinung bildete eine Hilfe für die Wühltätigkeit des Revisionismus, da die pauschalen Angriffe der Reaktion den Mitgliedern und Anhängern der Partei das Erkennen der Klassennatur des Revisionismus erschwerten. Das Auftreten Bebels und anderer klassenbewußter Sozialdemokraten zeigte die auf der marxistischen Analyse beruhende Übereinstimmung mit den Urteilen Lenins über die gemeinsame Klassennatur von Liberalismus und Revisionismus. Die Hauptschwäche bestand darin, daß aus der klassenmäßig richtigen Einschätzung nicht die notwendigen Konsequenzen hinsichtlich der Parteimitgliedschaft der Wortführer des Revisionismus gezogen wurden.

---

82 Sd. Parteitag zu Dresden 1903, S. 187.
83 Ebenda, S. 308.
84 Ebenda, S. 311.
85 Ebenda, S. 319.
86 Ebenda, S. 320.
87 Ebenda, S. 399.

a) Der Fall Göhre

Auf dem Dresdener Parteitag stand Paul Göhre in der ersten Reihe der Wortführer des Opportunismus. Sein Weg ist ein Musterbeispiel der allgemeinen Erscheinung jener Jahre, daß sich angesichts des Niedergangs des Liberalismus und des Fehlens bürgerlich-demokratischer Parteien in verstärktem Maße kleinbürgerliche Elemente der Sozialdemokratischen Partei anschlossen. Häufig, wie in diesem Fall, geschah das in der Form des unmittelbaren Übergangs von einer bürgerlichen zur Arbeiterpartei. Durch eine längere relativ friedliche Periode, das Überwiegen parlamentarischer und gewerkschaftlicher Kampfformen und die Wirksamkeit der Opportunisten war für diese Elemente ihr Beitritt immer häufiger nicht eine grundsätzliche klassenmäßige Entscheidung, sondern eine Erscheinungsform ihrer Unzufriedenheit mit bestimmten Zügen in der Politik der herrschenden Klassen. Neben der Herausbildung der Arbeiteraristokratie und der Bürokratie in Partei und Gewerkschaften bildete dieser Prozeß eine der entscheidenden sozialen Wurzeln des Wachstums und schließlichen Sieges des Opportunismus in der deutschen Sozialdemokratischen Partei. Der Fall Paul Göhre läßt diese geschichtliche Erscheinung an einem typischen Einzelfall demonstrieren.

Paul Göhre war 1890, 26 Jahre alt, in das politische Leben eingetreten und wandte sich unter dem Eindruck der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse und dem Kampf der Arbeiterklasse für ihre Rechte sozialpolitischen Problemen, der „Arbeiterfrage“ zu. 1891 veröffentlichte er die vielbeachtete Schrift „Drei Monate Fabrikarbeiter“. Dann wurde er Sekretär des Evangelisch-Sozialen Kongresses. Eine Zeitlang war er als Pastor in Frankfurt a. O. tätig und beschäftigte sich dort mit den ‚Arbeitsverhältnissen im Oderbruch. 1896 veröffentlichte er am Ende dieser Tätigkeit und zur Begründung der Mitwirkung am entstehenden Nationalsozialen Verein eine Geschichte der evangelisch-sozialen Bewegung. Er wurde Mitbegründer und 2. Vorsitzender des Nationalsozialen Vereins. Als sich mit der Reichstagswahl 1898 die Aussichtslosigkeit der Werbungen um die Arbeiter abzeichnete, vertieften sich die Meinungsverschiedenheiten Göhres mit Naumann, und er entschloß sich Anfang 1899, auszuscheiden und der Sozialdemokratischen Partei beizutreten. Zu diesem Zeitpunkt hatte er präzise Vorstellungen vom politischen Zweck dieses Schrittes. Am 29. Januar 1899 schrieb er an Naumann: „Ebenso skeptisch stehe ich zu Deiner Bereitschaft, in die Sozialdemokratie einzutreten, – wenn – sie sich entschließt, positive vaterländische Politik zu treiben oder in sich zuzulassen! d. h. wenn sich ihre innere Umwandlung völlig vollzogen hat, dann aber ist’s keine Kunst mehr und auch zwecklos geworden. Der Witz ist einzuhaken, jetzt aber bald, wo sie noch nicht so weit ist, *um* sie so weit zu bringen. Eben in dieser Arbeit sehe ich die Aufgabe der Nationalsozialen, die nun ungelöst bleibt.“[88]

Im folgenden Jahr sprach er vor Chemnitzer Sozialdemokraten über seinen Weg zur Sozialdemokratie. Der Vortrag wurde veröffentlicht und erreichte eine Auflagenhöhe von 500.000 Exemplaren. In der Rede wurden hinter den Redensarten vom Klassenkampf die idealistische Weltanschauung und bürgerliche Grundhaltung offenkundig. Als ersten Grund seines Eintritts nannte er seinen christlichen Glauben. Weitere Motive waren die wissenschaftlichen Waffen der Sozialdemokratie einschließlich „der materialistischen Geschichtsauffassung, wobei es gar nicht in Betracht kommt, ob man sie eingeschränkt oder uneingeschränkt gelten lassen will“; die praktische Reformarbeit; die „Taktik der unbedingten Gesetzlichkeit“ sowie die politische Stärke der Sozialdemokratie. Für ihn war die Sozialdemokratie nur „in ihren Ursprüngen eine revolutionäre Partei“: „Aber sie hat diesen verhältnismäßig niedrigen Begriff des Revolutionären zu vergeistern, zu vertiefen, zu adeln verstanden. Sie ist heute revolutionär nur im Hinblick auf das Endziel und in der Kraft ihrer neuen Wissenschaft. Aber sie hat diese Begriffswandlung nicht aus Opportunismus vollzogen, sondern in der nüchternen Erkenntnis der politischen Sachlage, die sich gerade als Ergebnis jener Revolutionen herausgebildet hat.“[89]

Im gleichen Jahr wurde Göhre schon von drei Wahlkreisen zur Reichstagskandidatur aufgefordert. Seine Nominierung für den 15. sächsischen Wahlkreis rief auf der Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokratie den berechtigten Widerspruch einer Reihe von Mitgliedern hervor. Die

---

88 DZA Potsdam, Nachlaß Naumann, Nr. 114, Bl. 87.

89 *Göhre, Paul,* Wie ein Pfarrer Sozialdemokrat wurde, Berlin o. J., S. 11.

revisionistischen Kreise fälschten diese Auseinandersetzungen in eine angebliche „Akademikerfrage“, um den Klasseninhalt des Problems zu verdecken. Aus einem überarbeiteten Artikel Göhres in den „Sozialistischen Monatsheften“ wurde die 1902 erschienene Broschüre über die Nationalsozialen, die erneut den bürgerlichen Inhalt des Göhreschen Sozialismus-Begriffes offenbarte.[90] Im August 1903 beschäftigte er sich in einem Aufsatz mit dem „Ende der Nationalsozialen“.

Vor dem Dresdener Parteitag schrieb Göhre: „Gewiß soll und muß die Sozialdemokratie immer mehr staatserhaltend werden. In gewissem, mehr negativem Sinne war sie es von Anfang an ... In mehr positivem Sinne ist sie es in den letzten Jahrzehnten von Jahr zu Jahr immer mehr geworden durch all ihre aufbauende Mitarbeit an der Gesetzgebung.“[91] In Zukunft solle sie allein und allseitig staatserhaltend sein.

Inzwischen war Göhre Mitarbeiter der „Sozialistischen Monatshefte“ und der „Zukunft“ geworden. Neben Heinrich und Lily Braun, W. Heine u. a. hatte er im März 1903 eine Erklärung gegen die Stellungnahme des Parteivorstandes zur Mitarbeit von Mitgliedern der Partei an der bürgerlichen Presse unterzeichnet. Bei der Auseinandersetzung um die Mitarbeit an der bürgerlichen Presse in Dresden richteten sich die Angriffe gegen diese Erscheinungsform der bürgerlichen Versumpfung auch gegen ihn. In einem ausführlichen Beitrag suchte er sich zu rechtfertigen und behauptete, daß er und andere geopfert werden sollten, um „Mehring der Partei zu erhalten ... Dieser Größenwahn!“ – rief ihm Bebel daraufhin zu. Ein Delegierter bemerkte dazu, daß die Gegner die Artikel der Göhre, Heine, Vollmar vorbringen und damit die politische Wirksamkeit der Partei geschwächt würde. Bebel griff Göhre und andere wegen der Mitarbeit an der „Zukunft“ an, die er angesichts der antisozialistischen Hetze dieses Blattes auf das Fehlen jeglichen Ehrgefühls als Genosse zurückführte. Göhre gehörte auch zu den wenigen, die Vollmars Münchener Rede nach der Reichstagswahl begrüßt hatten.

Nach dem Parteitag in Dresden trat der „Fall Göhre“ in seine zweite Phase, als dieser am 1. Oktober 1903 ohne irgendeine Absprache mit einer Parteiinstanz sein Reichstagsmandat niederlegte. Daraufhin sprach die Kreiskonferenz des zuständigen Wahlkreises in Chemnitz am 25. Oktober 1903 Göhre gegen 2 Stimmen die Mißbilligung aus. Als durch den Tod eines sozialdemokratischen Abgeordneten das Mandat des 20. sächsischen Wahlkreises frei wurde, trug dessen Parteileitung, obwohl ihr die genannten Vorfälle bekannt waren, Göhre die Kandidatur an. Darauf erhob die sächsische Agitationskommission Einspruch, dem sich Parteivorstand und Fraktion anschlossen, so daß Göhre von der Kandidatur Abstand nehmen mußte.

Diesen Sachverhalt und die Tatsache, daß die Sozialdemokratie in dieser Nachwahl eine Niederlage erlitt, nahmen die liberalen und opportunistischen Freunde Göhres zum Anlaß, gegen das Eingreifen des sozialdemokratischen Parteivorstandes Stellung zu nehmen und der Zersetzung der proletarischen Parteidisziplin das Wort zu reden. „Die Nation“ bemerkte, daß Göhre den übergeordneten Leitungen nachgegeben habe und nicht geeignet sei, in der Sozialdemokratie eine politische Rolle zu spielen. Der Vorfall beweise jedoch, daß in der Sozialdemokratie breite Kreise „trotz der eisernen Parteidisziplin“ für die „geschmähten Revisionisten“ Sympathien hätten. An der Seite der liberalen Ideologen trat Heine gegen die Entscheidung des Parteivorstandes auf. Unter dem Vorwand der Bekämpfung „einer Tendenz zur Bürokratisierung und Zentralisierung der Partei, die schon öfter bemerkt werden konnte“ wandte er sich gegen die sozialistische Parteilichkeit und Disziplin. Er gestand jedoch ein, daß es um die grundlegenden Fragen nach dem Charakter und der revolutionären Taktik der Partei ging: „Der innerliche Zusammenhang, der zwischen dem Kampfe gegen Göhres Kandidatur und dem gegen den *Revisionismus* besteht, wird mir unzweifelhaft dadurch bewiesen, daß in beiden dieselben Grundtendenzen zum Ausdruck kommen.“[92]

Lenin, der in diesen Wochen seine Schrift über die organisationspolitischen Grundlagen der Partei neuen Typus schrieb, zog in seiner Arbeit den „Fall Göhre“ als einen charakteristischen Fall heran.

---

90 *Derselbe,* Vom Sozialismus zum Liberalismus. Wandlungen der Nationalsozialen, Berlin 1902, S. 17.

91 *Derselbe,* Das Ende der Nationalsozialen? in: Sozialistische Monatshefte, Nr. 8/1903, S. 557 f.

92 *Heine, Wolfgang,* Demokratische Randbemerkungen zum Fall Göhre, in: Sozialistische Monatshefte, Nr. 4/ 1904, S. 286.

Für ihn war bei der Analyse der einzelnen politischen Strömungen auch die Kennzeichnung der Haltung der bürgerlichen Demokratie von großer Bedeutung. „Die deutsche bürgerliche Demokratie griff sofort in die neue Auseinandersetzung ein und erklärte sich – wie auch die russische, wie stets und überall – sofort mit Leib und Seele für den opportunistischen Flügel der Sozialdemokratischen Partei. Das angesehene Organ des deutschen Börsenkapitals, die ‚Frankfurter Zeitung', trat mit einem donnernden Leitartikel auf den Plan ... Die gestrengen Demokraten der Frankfurter Börse geißeln den ‚Absolutismus' in der Sozialdemokratischen Partei, die ‚Parteidiktatur', die ‚autokratische Herrschaft der Parteibehörden', diese ‚Interdikte', mit denen man ‚zugleich den ganzen Revisionismus mitstrafen' will (man denke an die ‚falsche Beschuldigung des Opportunismus'), diese Forderung des ‚blinden Gehorsams' und der ‚starren Disziplin', die Verkündung ‚einer Art von Landsknechtstum' und ‚politischem Kadavergehorsam' der Parteimitglieder (das ist noch viel schlimmer als die Schräubchen und Rädchen!)".[93] So wurde der „Fall Göhre" ein typischer Fall des Eindringens und Wirkens konterrevolutionärer bürgerlicher Elemente in der Sozialdemokratie. Er enthüllt auch wesentliche Schwächen und die zunehmende opportunistische Untergrabung der ideologischen, kader- und organisationspolitischen Arbeit der Partei.

Dem Weg Göhres ähnelte der von Max Maurenbrecher, der ebenfalls von den Evangelisch-Sozialen kam. Er hatte 1899 die Leitung der „Hilfe" und 1901 – nach Martin Wenck – das Generalsekretariat des Nationalsozialen Vereins übernommen. Maurenbrecher erklärte Ende Juli 1903 im Vorstand, er habe sich im letzten Jahr „von der Unhaltbarkeit der nationalsozialen *Partei*bewegung überzeugt und habe den Entschluß gefaßt, der Verwirklichung des ‚nationalsozialen Endziels' innerhalb der sozialdemokratischen Partei zu dienen".[94] Nach der Auflösung des Nationalsozialen Vereins ging er zur Sozialdemokratischen Partei über. In der sozialdemokratischen „Magdeburger Volksstimme" setzte er sich mit den Nationalsozialen auseinander. So wandte er sich vor allem gegen Naumanns Monarchismus und die nationalsoziale Unterstützung für Heer und Flotte. Mehring nahm diesen Übertritt zum Anlaß, den prinzipiellen Standpunkt der Partei gegenüber bürgerlichen Elementen, die sich der sozialdemokratischen Partei anschließen, darzulegen. Er begrüßte zwar den Entschluß Maurenbrechers, meinte aber: „Freilich, wenn ein Parteiblatt Herrn Maurenbrecher ein schallendes Willkommen zuruft, so vermögen wir in diesen Ruf nicht einzustimmen." Das Willkommen müßte erst mit entsprechendem Handeln in der Partei verdient werden. „Bewähre dich im Dienste der Partei, und du hast deinen Lohn dahin."[95]

Bebel schlug Maurenbrecher 1906 als Lehrer für Geschichte an der Parteischule vor. Kurz danach sah er sich auf dem Parteitag zu Mannheim zur Auseinandersetzung mit einem opportunistischen Aufsatz von Maurenbrecher veranlaßt und distanzierte sich nunmehr von diesem Vorschlag. Eine spätere Episode erhellt den subversiven Charakter des Wirkens Maurenbrechers in der Sozialdemokratie. Am 7. Mai 1907 schrieb Naumann an Schulze-Gaevernitz und andere: „Es handelt sich darum, für Herrn Dr. M. eine Summe aufzubringen, die ihm ermöglicht, 1 oder zwei Jahre in gewisser Zurückgezogenheit zu leben und seine durch die Strapazen der letzten Jahre geschwächten körperlichen Kräfte wiederherzustellen. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, mit welcher Hingebung und Arbeitskraft unser Freund M. in früheren Jahren [sich] der nationalsozialen Bewegung zur Verfügung gestellt hat und daß sein Übergang zur Sozialdemokratie aus ehrlichem Idealismus erfolgt ist. Die Aufgabe, die er sich dabei gestellt hat, ist für seine Schultern etwas zu schwer gewesen ... Ich glaube meinesteils, daß wir uns bemühen sollten, für diesen Zweck eine Summe von etwa 5000,– M. aufzubringen, und zwar ohne Pflicht der Rückzahlung ..."[96] Am 19. Juni 1907 antwortete ihm Schulze-Gaevernitz, daß er sich „für Maurenbrecher mit einer einmaligen Zahlung von 300 M." beteiligen wolle.

Göhre und Maurenbrecher traten der sozialen, der „Arbeiterfrage" zunächst mit einer bestimmten subjektiven Ehrlichkeit und Aufgeschlossenheit gegenüber. Als bürgerliche Sozialreformer konnten sie eine bedingt nützliche politische Wirksamkeit entfalten. Sie begannen aber eine verhängnisvolle und

---

93 *Lenin, W. I.,* Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück, in: Werke, Bd. 7, Berlin 1956, S. 406 f.
94 DZA Potsdam, Nachlaß Naumann, Nr. 53, Bl. 143.
95 *Mehring, Franz*, Bürgerliche Agonien, in: Die Neue Zeit, Jg. 21, Bd. 2, Nr. 49 v. 2.9.1903, S. 707.
96 DZA Potsdam, Nachlaß Naumann, Nr. 130, Bl. 30.

schädliche Rolle zu spielen, als sie sich entschlossen, ihre bürgerlichen Ziele innerhalb der Arbeiterbewegung zu verfolgen und zu diesem Zweck an der Zersetzung des Klassenbewußtseins und an der Korrumpierung der Sozialdemokratie und der Arbeitermassen mitzuwirken. Beide vollendeten diesen Weg nach dem ersten Weltkrieg mit dem Anschluß an die faschistische Bewegung und dem Eintritt in die NSDAP. Maurenbrecher hat dann als Journalist und religiös-mythologisierender Ideologe des Nazismus noch eine Rolle gespielt. Die faschistische Machtergreifung erlebten beide nicht mehr.

b) Die Stellung der Sozialdemokratischen Partei zum Freisinn

Die Revisionisten waren nach wie vor bemüht, die auf einer einheitlichen Klassenbasis beruhende Verflechtung von Liberalismus und Opportunismus zu verschleiern. Dazu wurden sie aus zwei Gründen gezwungen. Da war erstens ihre noch immer nicht genügend befestigte Position in der Partei, denn das offene Zusammenwirken mit dem Liberalismus hätte ihren Charakter als bürgerliche Agentur in der Arbeiterbewegung leichter erkennen lassen und ihre Wirksamkeit erschwert. Zweitens erforderten der Niedergang der linken bürgerlichen Parteien, die Vertiefung ihres Antisozialismus und ihr fortschreitender Anschluß an die Reaktion eine teilweise taktische Distanzierung durch den Revisionismus vor der Öffentlichkeit.

Auf dem Parteitag in Lübeck 1901 versuchte Heine die Beweise des Wohlwollens bürgerlicher Kreise für die Opportunisten zu bestreiten. Er gab eine verzerrte Darstellung der Ziele der Nationalsozialen, besonders gegenüber der Arbeiterbewegung, und versuchte, deren Lob für die Revisionisten als unbegründet, als einen taktischen Schachzug hinzustellen, auf den der revolutionäre Flügel der Partei hereinfallen sollte. Ihn selbst habe Gerlach, „der ein guter Bekannter von mir ist“, und später Maurenbrecher aufgesucht. David erklärte sogar: „Die reaktionäre Presse hat im Gegenteil Bernstein für viel gefährlicher erklärt als die anderen.“[97]

Bernstein stand ebenfalls bereits in persönlichem Kontakt mit linksliberalen Ideologen, wenngleich er es nicht wahrhaben wollte: „Ich habe niemals Beziehungen zur ‚Welt am Montag‘ gehabt und Herrn von Gerlach vor vier Wochen zum erstenmal flüchtig gesprochen. Es ist ein Irrtum, daß ich die Gegner nicht kritisiert habe. So habe ich z. B. in den ‚Monatsheften‘ Naumanns Imperialismus kritisiert.“[98] Im Gegensatz zur wirklichen Lage glaubte er im Freisinn eine wachsende Aufgeschlossenheit gegenüber der Arbeiterbewegung beobachten zu können.

1905 entwickelte Bernstein das Programm der „Volkspartei“ und berief sich dabei auf eine angeblich stattgefundene Entwicklung der bürgerlichen Demokratie zur „Volkspartei“. David schilderte in Jena das Verhältnis der bürgerlichen Parteien in Mainz zur Sozialdemokratie: „Man betrachtet uns eben als gleichberechtigte Partei.“[99] Diese „Gleichberechtigung“ mit den bürgerlichen Parteien wurde eine fixe Idee im System der liberalen Anschauungen sozialdemokratischer Opportunisten.

In ihrer Mehrheit verfolgte die Partei unter Bebel gegenüber den linken bürgerlichen Parteien insgesamt eine richtige taktische Linie. Sie beachtete die mitunter geringfügigen Abstufungen gegenüber den durchweg reaktionären Parteien aufmerksam und ließ sich nicht zu einer unklugen, sektiererischen Politik verleiten. Andererseits gab sich die Parteiführung keinen Illusionen über die Fähigkeit und Bereitschaft dieser Gruppen zum ernsthaften Kampf gegen die Reaktion hin. Das geht aus den großen Parteitags- und Reichstagsreden Bebels ebenso hervor wie aus den politischen Analysen Mehrings. Mit der Verbreitung des opportunistischen Einflusses und der engeren personellen, ideologischen und politischen Verflechtung von Revisionismus und liberaler Bourgeoisie nutzten diese Gruppen zunehmend das prinzipiell richtige taktische Zusammengehen für die Verwischung des Bewußtseins über die grundsätzlichen Gegensätze aus. Es handelt sich bei den Beziehungen zwischen Sozialdemokratie und liberalen Parteien in diesen Jahren um einen vielschichtigen und wechselseitigen Komplex von Faktoren, Ursachen und Wirkungen, dessen grundlegende politisch-ideologische Auswirkungen erst Jahre später voll sichtbar wurden.

---

97 Sd. Parteitag zu Lübeck 1901, S. 161.
98 Ebenda, S. 177.
99 Sd. Parteitag zu Jena 1905. S·. 219.

Aus dem Vorstandsbericht an den Lübecker Parteitag 1901 ging hervor, daß die Sozialdemokratische Partei bei einer Reichstagsnachwahl und drei Nachwahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus die freisinnigen Kandidaten mit Erfolg gegen die Vertreter der konservativen Reaktion unterstützte. Die Stellungnahmen zu der in der Presse ausgiebig debattierten Nachwahl Memel-Heydekrug, bei der die Masse freisinniger Wähler wieder einmal bei der Entscheidung zwischen Sozialdemokratie und Reaktion zur letzteren übergegangen war, offenbarte die Gegensätze in der Partei bei der Beurteilung der freisinnigen Bourgeoisie. Während Stadthagen darin einen Beweis für die Tendenzen dieser Schichten zur Reaktion erblickte, sah Bernstein in jener freisinnigen Minderheit, die für den Sozialdemokraten stimmte, den Anfang einer zukunftsträchtigen Wandlung des freisinnigen Bürgertums und seiner grundsätzlichen Stellung zur Arbeiterklasse. Auch im folgenden Jahr kamen in zwei Wahlkreisen bei Nachwahlen freisinnige Kandidaten gegen konservative durch die sozialdemokratische Unterstützung in der Stichwahl zum Erfolg. Dagegen wurde eine Nachwahl in Wiesbaden zu einem Präzedenzfall der besonders von Bülow angestrebten „mittleren Linie", bei der sich alle „Ordnungsparteien" um die Nationalliberalen gruppieren und gegen die Sozialdemokratie richten sollten. Dort hatten sich Zentrum, Bund der Landwirte, Nationalliberale und Freisinn verbündet und den sozialdemokratischen Kandidaten geschlagen. Diese Fälle häuften sich ab 1903 und vor allem unter dem Einfluß der Russischen Revolution von 1905-07; sie bildeten politisch-taktische Vorläufer der konservativ-liberalen Paarung von 1906-09.

In seinem Münchener Referat 1902 war Bebel zu einer sehr kritischen Beurteilung der Masse des Freisinns gekommen und hatte aufgefordert, deren Unterstützung bei Stichwahlen sehr differenziert zu entscheiden. In der von ihm vorgeschlagenen Resolution waren fünf Bedingungen festgelegt, bei deren Erfüllung seitens des jeweiligen bürgerlichen Kandidaten eine sozialdemokratische Stichwahl-Unterstützung zulässig sei.[100] So richtig die dort formulierten politischen Kriterien grundsätzlich waren, so stand von vornherein fest, daß sie als Schema der tatsächlichen Differenzierung im liberalen Lager nicht gerecht wurden. Sie erschwerten die Berücksichtigung der konkreten örtlichen und zeitlichen Situation und damit die taktischen Operationsmöglichkeiten der Parteiorganisationen in den Wahlkreisen.

Lenin hat wiederholt Erscheinungen in der menschewistischen Taktik zu einer formelhaften Festlegung des Verhältnisses zur bürgerlichen Demokratie kritisiert und die Untauglichkeit dieser Methode gegenüber der liberalen Bourgeoisie hervorgehoben. „Jedweder Versuch, durch eine besondere Linie, durch besonders ausgearbeitete ‚Punkte' ... die Grenzen festzusetzen, jenseits welcher die Heuchelei der bürgerlichen Freiheitsfreunde oder, wenn man will, der Verrat der Freiheit durch ihre bürgerlichen Freunde beginnt, ist unweigerlich zum Scheitern verurteilt ... Die Aufgabe des proletarischen Demokratismus besteht nicht im Ausklügeln solcher toten ‚Punkte', sondern in der unermüdlichen Kritik an der sich entwickelnden politischen Situation, in der Anprangerung aller neuen, immer neuen, vorher gar nicht vorauszusehenden Fälle von Inkonsequenz und Verrat der Bourgeoisie."[101]

Selbst bei Berücksichtigung der unterschiedlichen Voraussetzungen – die raschen Wandlungen im Verlauf der revolutionären Kämpfe in Rußland führten ein solches Verfahren noch rascher ad absurdum – enthalten diese Bemerkungen Lenins einen allgemeingültigen Kern. Tatsächlich war spätestens zwei Monate nach dem Münchner Parteitag die Formel dieser Bedingungen für den Wahlkampf durch die Parteigruppierung im Zolltarifkampf überholt. Ihre strikte Einhaltung hätte jegliches wahltaktische Zusammengehen mit jener einzigen bürgerlichen Partei unmöglich gemacht, die den zweijährigen Kampf gegen den Zolltarif mit einer gewissen Konsequenz bis zur Obstruktion durchgehalten hatte. Es gab keinen Kandidaten der Freisinnigen Vereinigung, der den Punkt 5, Ablehnung jeder Militär- und Marinevorlage, die höhere Lasten erfordere, erfüllt hätte.

Der Parteivorstand versäumte es auch, rechtzeitig eine Korrektur dieser Formel zumindest für jene Wahlkreise vorzunehmen, in denen sich daraus politische Fehlentscheidungen der Partei entwickeln

---

100 Vgl. Resolution in: Sd. Parteitag zu München 1902, S. 88 f.

101 *Lenin, W. I.,* Zwei. Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution, in: Werke, Bd. 9, Berlin 1957, S. 115.

konnten. Damit wurde ein Konflikt verursacht, der den revisionistischen Kräften Auftrieb gab. Erst am 17. Juni 1903, am Tage nach der Hauptwahl, beriet der Vorstand anläßlich der Analyse der Stichwahlsituation einen Ausweg. Bebel „war es, der im Vorstande die Sache zur Sprache brachte und fragte: Wie verhalten wir uns? Nach der Münchner Resolution hätten wir dem kleineren Übel die Unterstützung versagen müssen".[102] Es wurde entschieden, daß eine offizielle Erklärung nicht möglich sei, die Genossen der betreffenden Wahlkreise jedoch eine entsprechende Weisung erhalten sollten.

Als im Wahlkreis Marburg in Unkenntnis der neuen Lage und getreu dem Münchner Beschluß die Unterstützung Gerlachs gegen seinen reaktionären Gegenkandidaten unterblieb, schlugen die Opportunisten im „Vorwärts", darunter Heine, gegenüber den Macburger Genossen in mehreren Erklärungen einen hochfahrenden Ton an. Sie lehnten die Veröffentlichung einer Erklärung Bebels, der angesichts der Sachlage das Auftreten des „Vorwärts" nicht billigen konnte, ab. Bebel unterstrich in Dresden nochmals die berechtigte Kritik der Macburger am „Vorwärts", fügte jedoch zur eigentlichen Streitfrage hinzu: „Aber trotz alledem würde ich Euch, wenn ich die Möglichkeit dazu gehabt hätte, auch geraten haben: Wählt Herrn v. Gerlach, trotzdem er ein Flotten-, Militär-, Kolonial- und Weltpolitik-Schwärmer ist (Zuruf: überhaupt ein Schwärmer! – Große Heiterkeit), weil wir von ihm sicher erwarten können, daß er jeden Angriff auf das allgemeine Stimmrecht und jede Erhöhung der Lebensmittelzölle zurückweisen wird. Das sage ich, obwohl meine Stellung zu Herrn v. Gerlach aus anderen Gründen nicht freundlich ist."[103]

Diese Haltung war richtig – vorausgesetzt, daß an den reaktionären Zügen in der politischen Haltung des bürgerlichen Kandidaten die grundsätzliche Kritik gewahrt blieb. Hatte Bebel richtig davon gesprochen, daß man in München in diesen Fragen bereits hätte weiterblicken müssen, so verabsolutierte Auer die kritische Schlußfolgerung dahin, daß man überhaupt mit einer langfristigen Festlegung der Taktik vorsichtiger sein solle. Für die Opportunisten ging es nicht um die Korrektur eines bestimmten Fehlers, sondern darum, aus dem Verhältnis zur liberalen Bourgeoisie konkrete, der Kampfsituation entsprechende Kriterien auszuklammern und die tatsächlichen scharfen Grenzen und Gegensätze zu verwischen.

Die Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen, die im Herbst 1903 stattfanden, war keine umstrittene Frage mehr. Der Parteivorstand' hatte am 26. März 1903 eine preußische Delegiertenkonferenz durchgeführt, die die politische Konzeption der Teilnahme auf der Grundlage der Revolution von Mainz 1900 festgelegt hatte. Danach wurde im Falle von Stichwahlen bei der Urwahl nach Ausfall der sozialdemokratischen „im allgemeinen für die liberalen Kandidaten" gestimmt. Abmachungen mit bürgerlichen Parteien in den einzelnen Wahlkreisen waren prinzipiell zulässig, bedurften jedoch der Zustimmung des preußischen Zentralwahlkomitees. Auf dem Bremer Parteitag 1904 wurde festgestellt, daß die „erbärmliche" Haltung des Freisinns größere Erfolge verhindert habe. Das traf besonders auf die Politik der Freisinnigen Volkspartei zu.

Auf den Parteitagen in Jena 1905 und Mannheim 1906 wurde der Gegensatz zur Freisinnigen Volkspartei auf Grund verschiedener Anträge und Diskussionsbeiträge deutlich. Der Antrag 106 in Jena wollte diese Partei endgültig von einer Unterstützung bei Stichwahlen ausschließen, ebenso das Zentrum. Diese Forderung wurde gegenüber allen bürgerlichen Parteien vom Antrag 150 erhoben. Beide Anträge wurden vertagt.

Bernstein hatte eine Resolution eingebracht, die zur Mißachtung des Reichstags durch die Regierung erklärte, „daß sie nur die naturgemäße Folge der schwächlichen Haltung fast aller nichtsozialistischen Parteien im Reichstag ist ..."[104] Stadthagen stellte die Frage: „Und welches sind denn die Parteien, die Bernstein von seinem Vorwurf ausnehmen will? ... (Ledebour: Die Nationalsozialen meint er!) Er kann doch nicht von Parteien sprechen, wenn er hier und da eine Person ausnehmen möchte."[105]

---

102 Sd. Parteitag zu Dresden 1903, S. 267.
103 Ebenda, S. 268.
104 Sd. Parteitag zu Jena 1905, S. 140.
105 Ebenda, S. 231.

Er wandte sich gegen solche „schwächlichen Resolutionen“, die allerdings folgerichtiger Ausdruck der Anschauungen Bernsteins über die liberale Bourgeoisie waren.

Die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Linksliberalismus und Sozialdemokratie zeigt somit den gesetzmäßigen Niedergang des Liberalismus im Imperialismus. Die Entstehung, Wirksamkeit und das Scheitern der Barth-Naumannschen Strömung beleuchten die neue geschichtliche Stellung und Rolle der Arbeiterklasse, die wesentlichen Einfluß auf das politische Denken und Handeln auch der linken bürgerlichen Parteien erlangt. Ihr Scheitern war notwendig, da in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution die objektiven und subjektiven Voraussetzungen für eine geschichtlich fortschrittliche und führende Rolle der Bourgeoisie in den imperialistischen Ländern nicht mehr existierten. Der Charakter und das Wirken dieser Richtung in der Ideologie und Politik der liberalen Bourgeoisie in den Jahren des frühen deutschen Imperialismus besitzen vor allem symptomatische Bedeutung für die Analyse und Beurteilung des völligen Abgehens der Bourgeoisie in Deutschland von den Resten der früher verfochtenen Ideen der Demokratie, der Freiheit, des Rechts und der Nation. In Deutschland konnten nur noch solche bürgerlichen Parteien und Persönlichkeiten im Kampf für fortschrittliche und demokratische Ziele ernsthafte Bedeutung erlangen, die die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei als Voraussetzung und nicht als Hindernis ihres eigenen Wirkens begriffen.

V. Kapitel
Die Annäherung an die imperialistisch-militaristische Reaktion und die parteipolitische Entwicklung im Linksliberalismus (1900-1906)

1. Die Stellung zur imperialistischen Expansionspolitik, zum Militarismus und zur Aufrüstung

Die Vertiefung des Gegensatzes zwischen der Mehrheit des liberalen Bürgertums und der sozialistischen Arbeiterbewegung wurde von der Annäherung an die junkerlich-imperialistische Reaktion begleitet. Der Verzicht auf die liberale Opposition gegen Militarismus und Expansionspolitik war die folgerichtige Fortsetzung der Gesamtentwicklung des Freisinns. Der Eintritt in den konservativ-liberalen Block vollendete die äußere Erscheinungsform dieses Prozesses.

Die Führung der Freisinnigen Volkspartei lenkte immer zielstrebiger auf ein „positives" Verhältnis zur Kolonialpolitik. Darin kamen besonders die ökonomischen Interessen der kleinen und mittleren Kapitalisten zum Ausdruck, die sich dem Imperialismus anpaßten und ihr eigenes Profitstreben verstärkt auf die Expansions- und Rüstungspolitik mit all ihren Begleiterscheinungen richteten. Zugleich war dies die Ursache für das Ausbreiten der imperialistisch-militaristischen Ideologie in bisher liberalen Schichten der Bourgeoisie, die einmal unter dem Druck der ökonomischen und politischen Bedingungen der imperialistischen Entwicklung und zum anderen infolge ihrer antisozialistischen Grundhaltung nun frühere ideologische Positionen aufgaben.

Auf dem Parteitag der Freisinnigen Volkspartei 1902 in Hamburg erklärte Wiemer: „In der Kolonialpolitik, wie in der Weltpolitik überhaupt fordern wir nüchterne und klare Beurteilung der tatsächlichen Verhältnisse. Das Aufgebot von Machtmitteln in anderen Weltteilen ist nach dem realen Umfang der in Frage kommenden deutschen Interessen abzuwägen."[1]

Die Partei leistete in diesen Jahren nur noch kaufmännische Gutachten zur Rationalisierung der Eroberungspolitik. Ende 1900 hatte Richter in diesem Sinne im Reichstag nüchterne Rechnung statt Phantasie in der Weltpolitik gefordert. Richard Eickhoff sprach im März 1901 lobende Worte über die ostasiatische Kolonie und versicherte, daß seine Fraktion die dafür geforderten Summen bewilligen werde. Die Vertreter der Freisinnigen Volkspartei beschränkten sich darauf, wiederholt die Verminderung der ostasiatischen Truppen und eine gebührende materielle „Sühne" Chinas zu fordern und begründeten dies nahezu ausschließlich mit finanziellen Erwägungen. Auf die gleichen Motive beschränkte sich die Gegnerschaft zu den Ausgaben für den Eisenbahnbau in afrikanischen Kolonien. So notwendig der Kampf gegen die Erhöhung der Steuerlasten für das Volk war, so erfolglos mußte eine derart einseitige Kritik sein, um so mehr, als in prinzipieller Hinsicht der Kolonialpolitik immer größere Zugeständnisse gemacht wurden.

Die Freisinnige Vereinigung verzichtete sogar auf eine kritische Prüfung der finanziellen Seite der kolonialen Abenteuer. Ihre Vertreter wandten sich selbst gegen die Freisinnige Volkspartei, die immerhin der Verschleuderung der Steuergelder nicht völlig gleichgültig zusah. Bis zu seinem Tode war Siemens der führende Verfechter der kolonialpolitischen Ziele in der Partei und insbesondere auch des Eisenbahnbaues in den Kolonien. Der Nationalsoziale Verein stand bis zu seiner Auflösung in den kolonialpolitischen Fragen rechts von beiden freisinnigen Parteien. Maurenbrecher wandte sich im April 1901 scharf gegen konservative Blätter, die den Rückzug der deutschen Truppen aus China – eine der wenigen Forderungen des Freisinns – in Erwägung gezogen hatten. Paul Rohrbach, einer der profiliertesten Repräsentanten der kolonialen Expansion des deutschen Imperialismus, war als Freund Naumanns rednerisch und publizistisch für den Verein tätig. Der Anschluß des Nationalsozialen Vereins an die Freisinnige Vereinigung lief auf eine Vertiefung und Verbreitung der imperialistischen Ideen im liberalen Bürgertum hinaus.

Mit den kolonial- und weltpolitischen Ereignissen der Jahre 1904 bis 1906 kam es nun zum Nivellement der Haltung der linksliberalen Parteien zur kolonialen Expansion des aggressiven deutschen

[1] Der fünfte Parteitag der Freisinnigen Volkspartei, Hamburg, 27.-29. Sept. 1902, hg. v. Dr. Otto Wiemer, Berlin 1902, S. 30.

Imperialismus auf reaktionärer Ebene. Einige unerhebliche Meinungsverschiedenheiten änderten nichts an der nunmehr entstehenden prinzipiellen und taktischen Übereinstimmung. In der kritischen Situation des größten deutschen Kolonialkrieges Anfang 1904 – die selbst Schwankungen in der Sozialdemokratischen Partei und eine opportunistische Stimmenthaltung ihrer Fraktion auslöste – waren alle bürgerlichen Parteien in ihrer grundsätzlichen Zustimmung zu dieser Räuberpolitik so festgelegt, daß ihnen nur der Weg blieb, alle weiteren Konsequenzen zu ziehen.

Nach dem ersten Jahr dieses Krieges mußte Mehring feststellen: „... es gibt keinen bürgerlichen Gegner dieser verpfuschten Kolonialpolitik, der sich zu der Forderung aufschwänge, endlich Schluß mit ihr zu machen. Nur um der ‚nationalen Ehre' willen soll der historische Widersinn fortgetrieben werden, bis die bitterste Neige des Kelches geleert ist."[2] Nur die Arbeiterklasse widerstünde der chauvinistischen Parole, wissend, daß die Kolonialpolitik nie eine Sache der Nation sei.

Die „Freisinnige Zeitung" hielt zwar nach den ersten Meldungen vom Kriegsschauplatz die Ereignisse für einen Beweis gegen die bisher betriebene „Schönfärberei" über die Zustände in den Kolonien und warf dabei – rein agitatorisch – die Frage auf, ob sich die weitere Behauptung der Kolonie wirklich rechtfertigen lasse. Wenig später forderte sie jedoch, die Eingeborenen „zu züchtigen für die Erhebung und für ihre Untaten ... Jedenfalls verdient das falsche und durchaus unzuverlässige Gesindel der Eingeborenen in keiner Weise irgendwelche Zuwendungen zur Hebung des Landes".[3] Hier empörte sich der knechtselige deutsche Liberale über den Mangel an Knechtseligkeit bei den unterdrückten Völkern. „Die Nation" unterstützte ebenfalls das kriegerische Vorgehen gegen die Hereros. Sie forderte die „Herabdrückung der Farbigen" zu entwaffneten Massen – eine Forderung, die ebenso reaktionär wie utopisch war. Durch „Die Hilfe" erfuhr die Regierung bei ihren Ausrottungsaktionen die Unterstützung von Naumann und seinen Freunden.

Barth und Naumann registrierten die inkonsequente sozialdemokratische Stimmenthaltung beim ersten Nachtragsetat für Südwestafrika und knüpften daran weitere Hoffnungen, den sozialdemokratischen Widerstand gegen die Kolonialpolitik zu brechen. Breitscheid kam in dieser Zeit zu einem sehr bemerkenswerten und ehrlichen Urteil über diese sozialdemokratische Gegnerschaft: „Von ihrem Standpunkt aus haben die um Bebel recht: Kolonialpolitik ist bis zu einem gewissen Grade immer Gewaltpolitik, und sie läßt sich nicht treiben auf dem Boden des für die Gemeinschaft der Kulturstaaten geltenden Völkerrechts. Wer jeden Negerstamm, und mag er auf einer noch so niedrigen Stufe stehen, für politisch gleichberechtigt ansieht, wer nicht ein geschichtliches Herrenrecht der durch ihre staatliche und wirtschaftliche Ordnung tatsächlich überlegenen Nationen anerkennt, der muß natürlich jede territoriale Ausdehnungspolitik verdammen."[4]

In der Reichstagsdebatte zum ersten Nachtragsetat für diesen Kolonialkrieg am 19. Januar 1904 stimmten die Redner der bürgerlichen Linken, Müller-Sagan, Schrader und Storz den Forderungen und dem militärischen Vorgehen der Regierung zu. Einzelne Vorbehalte der beiden Volksparteien beeinflußten nicht die politische Entscheidung ihrer Fraktionen. Bei der Bewilligung des zweiten Nachtrags im März begnügte sich Richter mit einer kurzen Erklärung, in der er für einen späteren Zeitpunkt nähere Untersuchungen verlangte. Die Forderung selbst bejahte er. Schrader konnte befriedigt feststellen: „Meine Herren, mit der Stellung, die der Herr Abgeordnete Richter eben diesem Nachtragsetat gegenüber eingenommen hat, kann ich mich einverstanden erklären. Es ist ja ein durchaus verständiger Standpunkt."[5]

Naumanns Wochenschrift wurde mit der Verlängerung des Krieges immer mehr zu einem Organ der Durchhaltepolitik. Wiederholt lamentierte man darüber, daß dieser Krieg und seine Auswirkungen die kolonialistische Verhetzung der Volksmassen erschwere. Im Dezember kritisierte Müller-Sagan wie andere Vertreter bürgerlicher Parteien, daß der Reichstag zur Bewilligung der weiteren „unge-

---

2 *Mehring, Franz,* Nationale Ehre und Verwandtes, in: Die Neue Zeit, Jg. 23, Bd. 1, Nr. 6 v. 7.11.1904, S. 161.
3 *Freisinnige Zeitung* v. 5.2.1904.
4 *Breitscheid, Rudolf,* Deutsch-Südwestafrika, in: Die Hilfe, Jg. 10, Nr. 5 v. 31.1.1904.
5 *Reichstag,* 11. Leg.per., 1. Sess., Bd. 3, S. 1897.

heueren Schutztruppennachschübe“ im Sommer nicht einberufen worden war. Die Haltung der bürgerlichen Parteien hatte der Regierung dazu allerdings keine Veranlassung gegeben.

Am 6. April 1905 gab Müller-Sagan, seit Richters Ausscheiden aus der aktiven parlamentarischen Tätigkeit im Juni 1904 der erste Sprecher der Fraktion in kolonialpolitischen Fragen, die bisher bedingungsloseste Erklärung für die imperialistische Kolonialpolitik ab: „Dem Herrn Kollegen Ledebour möchte ich bemerken: für Hendrik Witboi einzutreten, wie er es getan hat, das geht mir gegen das Gefühl (sehr gut! bei den Nationalliberalen); denn wenn ich auch durchaus nicht leugnen will, daß schon beim Erwerb des Schutzgebietes und auch in den Folgejahren der eingeborenen Bevölkerung viel Unrecht geschehen ist, wenn ich auch weit davon entfernt bin, irgendwelche Ausschreitungen der Weißen gegen die Schwarzen, die sicher dort zahlreich vorgekommen sind, zu verteidigen, so muß ich doch sagen: solange dort die kriegerischen Verwicklungen dauern, nehme ich blindlings Partei für die deutschen Interessen – ‚right or wrong – my country!‘ ‚Ob es im Recht sei oder nicht, ich stehe ein für die Sache meines Vaterlandes!‘ (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen).“[6] Als logische Konsequenz dieser Haltung brach die Fraktion auch mit der traditionellen Ablehnung des subventionierten Eisenbahnbaues in den Kolonien. Zunächst wurde gegenüber der Kamerun-Eisenbahn-Vorlage Stimmenthaltung geübt. Am 15. Dezember 1905 erklärte Müller mit einer vorwiegend militärstrategischen Begründung das Einverständnis zum südwestafrikanischen Eisenbahnbau.

Im Gegensatz zu diesem faktischen Übergang auf den Boden der imperialistischen Expansionspolitik suchte die Parteiführung den Schein zu wahren, als ob die Freisinnige Volkspartei noch immer eine selbständige Oppositionspolitik weiterführe. Das offene Eintreten für die Kolonialpolitik hätte das Prestige und den Einfluß der Partei noch rascher herabgesetzt. Deshalb erregte es Aufsehen, als Prof. Richard Eickhoff, MdR, Oberlehrer in Remscheid, im Herbst 1905 offen für die Unterstützung der Rüstungs- und „Welt“politik eintrat. Er hatte sich schon vorher gegenüber diesen Forderungen sehr wohlwollend gezeigt. Für die von der Deutschen Kolonialgesellschaft mit Unterstützung des nationalliberalen. Reeders Adolf Woermann, Hamburg, durchgeführte erste ‚Studienreise‘ einiger Reichstagsmitglieder nach Togo und Kamerun im Spätsommer 1905 war Eickhoff als Vertreter der Freisinnigen Volkspartei vorgeschlagen und eingeladen worden. In einem Brief vom 14. Juli 1905 begrüßte Eickhoff dieses Unternehmen und bedankte sich für die Einladung, müsse aber aus persönlichen Gründen absagen. An Stelle Eickhoffs nahm Erwin Goller an der Fahrt teil, wozu sich von den Liberalen noch Storz, Deutsche Volkspartei, gesellte.

Auf dem Parteitag der Freisinnigen Volkspartei im September 1905 kam es zu einer grundsätzlichen Erörterung der Stellung zur Kolonialpolitik, bei der Eickhoff in der Debatte offen für eine Wandlung in der Haltung der Partei eintrat. Kopsch hatte vorher über diese Frage referiert und sich im Richterschen Stil zur Kolonialpolitik vorwiegend kritisch und mit den bekannten Vorbehalten geäußert. Dieses Auftreten entsprach schon nicht mehr der tatsächlichen Haltung der Partei zum südwestafrikanischen Krieg. Eickhoff sprach sich gegen das bisherige System der Kolonialpolitik aus. „Zu einer vernünftigen Weltpolitik gehöre aber eine gesunde Kolonialpolitik.“[7] Ihm wurde von mehreren Rednern widersprochen. Die Mehrheit nahm die von Kopsch vorgeschlagene Resolution an. Als Eickhoff in einer Rede in Solingen diese Äußerungen wiederholte und darauf von der „Freisinnigen Zeitung“ angegriffen wurde, schrieb er in der „Barmer Zeitung“, daß er mit seiner Auffassung nicht allein stünde. In Wiesbaden habe ihm ein Delegierter gesagt: „Sie haben die innere Überzeugung von vielen in diesem Saal ausgesprochen, aber man wagt nicht, sich ebenso entschieden zu bekennen.“[8] Reaktionäre Blätter wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, der „Anhalter Staatsanzeiger“ und die „Correspondenz des Bundes der Landwirte“ äußerten ihre Genugtuung über diese Entwicklung. Als weitere führende Anhänger der Anschauungen Eickhoffs wurden Storz, Goller, Blell, Mugdan und Müller-Meiningen genannt.

---

6 *Reichstag,* 11. Leg.per., 1. Sess., Bd. 8, S. 5891. S. auch *Spellmeyer, Hans,* a. a. O., S. 118.

7 Der sechste Parteitag der Freisinnigen Volkspartei, Wiesbaden, 23.-25. September 1905, hg. v. Dr. Otto Wiemer, Berlin 1905, S. 86.

8 *Rheinisch-Westfälische Zeitung* v. 15.11.1905.

Bei einer Debatte über eine Reichsgarantie für den afrikanischen Eisenbahnbau traten die beiden Strömungen in der Freisinnigen Volkspartei im Reichstag mit eigenen Rednern auf. Lenzmann erklärte am 18. Januar 1906, daß die Fraktion nicht einheitlich stimmen werde; er spreche für den Teil, dessen Vorbehalte nicht überwunden seien. Am folgenden Tag sah er sich zu einer Polemik gegen seinen Fraktionskollegen Goller veranlaßt, der Lenzmanns Autorisation, für die Fraktion zu sprechen, angezweifelt hatte. Die Partei hatte die Lächerlichkeit solcher Auftritte durch ihre jahrelange Zwiespältigkeit und Feigheit verdient. Gleichzeitig gab dies den rechten Kräften Auftrieb zur endgültigen Durchsetzung ihres proimperialistischen Kurses.

Inzwischen war die erste Marokkokrise herangereift, die zur weiteren Isolierung Deutschlands führen sollte. Ende März 1905 unterstützte die „Frankfurter Zeitung“ das sich abzeichnende Vorgehen der Regierung zur Wahrung der imperialistischen Interessen Deutschlands. Die Zeitung nahm den für die liberale Presse jener Wochen und Monate charakteristischen Standpunkt ein, daß der französischen Brüskierung in diplomatischer Form zu begegnen sei und die deutschen Interessen in bezug auf den Handel und die Freizügigkeit zu sichern wären. Weitergehende Schritte, die sich gegen die führende Stellung Frankreichs oder gar auf territoriale Erwerbungen richteten, wurden zurückgewiesen. Das waren auch zunächst die leitenden Gesichtspunkte für die Beurteilung des Kaiserbesuches in Tanger. „Wenn aber das Anlaufen des Hafens von Tanger durch das deutsche Kaiserschiff die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Marokko, die nur in einem regen Handelsverkehr zum Ausdruck kommen können, in offizieller Weise bekräftigen soll, so kann daraus weder Deutschland übertriebene Hoffnungen noch England oder Frankreich oder sonst eine Macht irgendwelche Befürchtungen herleiten.“[9]

Damit befanden sich die linken bürgerlichen Kreise zwar nicht in einer Reihe mit den aggressiven chauvinistischen Kräften; ihre Haltung, von den kapitalistischen Interessen und der Kompromißlerei mit den reaktionären Gruppen bestimmt, leistete jedoch deren verhängnisvoller Politik und dem Vorgehen der Regierung Vorschub. Die weitblickendsten Elemente erkannten in dieser Haltung bald gewisse außenpolitische Gefahren und bezogen deshalb eine zurückhaltende bzw. oppositionelle Stellung. „Das marokkanische Spiel steht für Deutschland ungünstig.“ Diese Feststellung traf Barth Anfang Mai. Er sah die Hauptgefahr in der Annäherung Frankreichs und Englands und Deutschlands Weg zur „splendid isolation“. Selbst mit dem Sturz Delcassés sei noch nichts gewonnen. Als dieser Sturz einige Wochen danach erfolgte, ließ sich „Die Nation“ auch dadurch nicht beirren und bemerkte, daß eine für Deutschland günstige Lösung der marokkanischen Wirren noch immer ausstehe. Barth entwickelte eine große Initiative für eine Verbesserung des Verhältnisses zur englischen Bourgeoisie. Das kam sowohl in seiner Zeitschrift als auch später in seiner führenden Rolle innerhalb der im Sommer 1906 in England weilenden deutschen bürgerlichen Journalisten-Delegation zum Ausdruck.

Naumanns Sprachrohr blieb es vorbehalten, anläßlich des Sturzes von Delcassé auch im linken bürgerlichen Lager mit dem Säbel zu rasseln: „Wir haben aber auch kennengelernt, auf welche Gründe in letzter Linie der Sieg der französischen Friedensliebe zurückgeht. Als ultima ratio stand hinter unseren Ansprüchen die gefürchtete Wehrmacht.“[10] Barth äußerte sich gegenüber Aldenhoven enttäuscht über die in dieser Zeit bei den Nationalsozialen und besonders bei Naumann beobachtete „Verwandtschaft mit den Ideen der Alldeutschen“. Verschiedene liberale Blätter verurteilten das Einreiseverbot für Jaurès, das Bülow verfügt hatte, nicht ohne gleichzeitig die Rolle der Arbeiterparteien für die wirkliche Verständigung Deutschlands und Frankreichs herabzusetzen.

In der Grundsatzdebatte zum Etat 1906 im Dezember 1905 fand Payer von bürgerlicher Seite die kritischsten Worte zur deutschen Marokkopolitik und ihren Ergebnissen und zu der auswärtigen Politik Deutschlands überhaupt. Schrader hatte sich mit Ermahnungen gegen zu weitgehende Einmischungen begnügt. Müller-Sagan erklärte dagegen seine Befriedigung über die Tätigkeit der deutschen Diplomatie. Auch der Parteitag der Freisinnigen Volkspartei im September 1905 in Wiesbaden

9 *Die Nation*, Jg. 22, Nr. 26 v. 25.3.1905, S. 401.
10 *Die Hilfe,* Jg. 11, Nr. 24 v. 18.6.1905.

hatte sich mit einer schwächlichen Resolution lediglich gegen die „gefährlichen Treibereien des Chauvinismus“ gewandt. Damit waren nur einzelne Elemente der Alldeutschen und die ihnen nahestehenden Gruppen gemeint. Vor allem die volksparteilichen Kreise hatte Mehring im Auge, als er Ende 1905 die kritische Haltung der „Frankfurter Zeitung“ zur Marokkopolitik würdigte und bemerkte: „Freilich steht die ‚Frankfurter Zeitung‘ mit diesem Urteil sehr einsam in der bürgerlichen Welt und selbst in der bürgerlichen Linken; Herr Müller-Sagan schwärmt für Bülows Marokko-Politik, über deren ‚lapidaren‘ und ‚monumentalen‘ Charakter sich speziell die Blätter des Berliner Freisinns nicht zu lassen wissen.“[11] Diese unterschiedlichen Auffassungen zeigten sich auch gegenüber der Konferenz von Algeciras. Deren hauptsächliche Wirkung bestand darin, daß der Gesamtverlauf der Marokko-Krise zur Verschärfung der innenpolitischen Situation und zur wachsenden Unzufriedenheit auch bürgerlicher Kreise an der politischen Entwicklung des Reiches beitrug.

Das Jahr 1906 brachte unter dem Einfluß des andauernden südwestafrikanischen Kolonialkrieges in der Stellungnahme zu kolonialpolitischen Fragen weitere Auseinandersetzungen und Verschiebungen im bürgerlichen Lager. Dabei ragten einerseits die widersprüchlichen Angriffe aus Zentrumskreisen gegen die Kolonialverwaltung und andererseits das Übergehen der Freisinnigen Volkspartei zur reaktionären Minorität hervor. Dieser Prozeß mündete in die parlamentarische Krise im November/Dezember 1906, die Auflösung des Reichstags und die Neuwahlen im Zeichen des Bundes der bürgerlichen „Ordnungsparteien“ gegen die Sozialdemokratie.

Am 29. März 1906 erklärte Müller-Sagan die Zustimmung seiner Fraktion zur Schaffung des selbständigen Kolonialamtes. In der Presse wurde die Haltung der Freisinnigen Volkspartei wiederum als ein Schritt der Abkehr von der früheren bedingten Opposition betrachtet. Die Mehrheit der Parteiführung und das Parteiorgan standen der Zentrumskampagne gegen die Kolonialverwaltung wohlwollend gegenüber und versuchten, wie die klerikale Partei, daraus politisches Kapital zu schlagen. Die Vertreter in der Budgetkommission brachten eine gegen das bisherige System der Kolonialpolitik gerichtete Resolution ein, die die Unterstützung des Zentrums und der Sozialdemokratie fand und vom Reichstag angenommen wurde. In der „Freisinnigen Zeitung“ wurde betont, daß dies als Beitrag zu „einer intensiven Kolonialpolitik“ und keineswegs als „eine Preisgabe der Kolonien“ zu betrachten sei.

Die Ernennung des bisherigen Direktors der Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank), Bernhard Dernburg, zum Staatssekretär des Kolonialamtes wurde von den Ideologen der Freisinnigen Volkspartei „mit unverhohlener Freude“ begrüßt. Damit sei „ein gründlicher Systemwechsel angezeigt“. Barth betrachtete diese unerwartete Entscheidung als einen weiteren Ausdruck der mangelnden Stetigkeit in der offiziellen preußisch-deutschen Politik, als originelles Experiment, dessen Ausgang vorläufig durchaus unsicher sei. Mehring glossierte die Freude der liberalen Blätter und Gruppen über die Ernennung Dernburgs, eines „Börsenmannes“, „Sohn eines Tageblattredakteurs“ und „Aufsichtsratsmitglied bei einem Dutzend oder mehr industriellen Aktiengesellschaften“.

Im November/Dezember 1906 trat die innenpolitische Krisis mit der Reichstagsdebatte über mehrere Nachtragsetats für den südwestafrikanischen Kolonialkrieg in ihre entscheidende Phase. Kopsch forderte am 29. November 1906, die deutsche Kolonialpolitik nach kaufmännischen Gesichtspunkten und Rentabilitätskriterien auszurichten. Am nächsten Tag sicherte Schrader die Mitwirkung der Freisinnigen Vereinigung an der künftigen Kolonialpolitik zu.

Am 4. Dezember 1906 bekräftigte Müller-Meiningen diese Haltung, da „für uns das Stadium des bloßen Protestes gegen die Okkupation der Kolonien vorbei ist“. Die „Freisinnige Zeitung“ unterstrich unter Berufung auf die Reden von Kopsch und Müller-Meiningen die Bereitwilligkeit für eine „verständige Kolonialpolitik“. Gleichzeitig liebäugelte das Blatt immer noch mit der Zentrumskampagne in Kolonialfragen und verwarf noch zwei Tage vor der Reichstagsauflösung die Behauptung von der Nebenherrschaft des Zentrums im Kolonialamt: „Durch mehrere Publikationen der letzten Tage ist es nämlich ... vollständig klar bewiesen, daß eine koloniale Nebenregierung gerade von seiten

[11] *Mehring, Franz,* Ein isolierter Europäer, in: Gesammelte Schriften, Bd. 15, S. 109.

der speziellen Kolonial-Enthusiasten, der Herren Arendt und Genossen, etabliert worden ist ...“[12] Zur Kennzeichnung des folgenden prinzipienlosen Übergangs zur kolonialistischen Minorität des Reichstags ist zu berücksichtigen, daß verschiedene Abgeordnete der Freisinnigen Volkspartei als Rechtsanwälte mit dem Zentrum bei Enthüllungen über die Kolonialverwaltung zusammenwirkten.

Barth bewies auch in dieser Situation ein tieferes Verständnis für die politischen Auseinandersetzungen. In der „Nation“ wurden die ersten Denkschriften über die Inventur Dernburgs abfällig bewertet. Am 8. Dezember schrieb Barth, daß ein Kaufmann die Probleme nicht lösen könne. „Die Schäden und Mißgriffe unserer Kolonialpolitik bilden nur charakteristische Erscheinungsformen jenes absolutistisch-bürokratisch-feudalistisch-klerikalen Regierungssystems, dessen gründliche Umgestaltung von Tag zu Tag mehr ein Gebot staatsmännischer Notwendigkeit wird.“[13]

In der Reichstagssitzung am 13. Dezember 1906 begründete Schmidt-Elberfeld den Antrag Ablaß, den die Fraktion der Freisinnigen Volkspartei zur Vermittlung zwischen der opponierenden Mehrheit – vor allem Zentrum und Sozialdemokraten – und den hinter der Regierung stehenden reaktionären Parteien und den linksliberalen Fraktionen, die die knappe Minderheit bildeten, eingebracht hatte. Der Antrag Ablaß war ein opportunistisches Manöver, das den herrschenden Kreisen für ihre verbrecherische Kriegführung in Südwestafrika freie Hand ließ und den Reichstag für weitere finanzielle Belastungen verpflichtete. Er fand deshalb auch die Unterstützung der Regierung und der gesamten Rechten mit Ausnahme des Zentrums. Schrader unterstützte den Antrag und erklärte, daß der Regierung auch noch mehr Truppen bewilligt würden, wenn sie es für notwendig hielte. In der Abstimmung wurde der Antrag Ablaß mit 176:171 Stimmen und die Regierungsvorlage mit 177:168 abgelehnt. Alle anwesenden Mitglieder der linksliberalen Parteien stimmten mit der Minderheit. Darauf erhob sich Bülow und verlas den Auflösungsbefehl. Der Freisinn wurde zu den Konsequenzen seiner jahrelangen Halbheiten und Verrätereien gedrängt. Erstmalig standen die freisinnigen Fraktionen bei einer Abstimmung, die zur Auflösung des Reichstags führte, auf der Seite der Minorität, an der Seite der Regierung, die sich über eine Mehrheitsentscheidung hinwegsetzte.

Der Prozeß des Übergangs auf die Seite der imperialistisch-militaristischen Reaktion mußte sich wie in der Stellung zur Expansionspolitik auch in der zu Militarismus und Rüstungspolitik äußern. Es handelte sich hier lediglich um verschiedene Seiten des Einschwenkens zum Militärstaat des aggressiven junkerlich-bürgerlichen Imperialismus. Im Fall Eickhoff 1905 war der innere Zusammenhang der verschiedenen Seiten deutlich geworden. Wurde der Streit durch seine Stellungnahme zur Kolonialpolitik ausgelöst, so war er auch zu einem Fürsprecher der weiteren Rüstungspläne geworden, und diese Probleme wurden sofort einbezogen.

Der Nationalsoziale Verein verfolgte bis zu seinem Ende den Kurs auf die „vaterländische Erziehung“ der Arbeiter durch die bedingungslose Agitation für die Verstärkung der Militärmacht. Deshalb ließen seine Führer und Agitatoren keine Gelegenheit verstreichen, sich mit diesen Forderungen vor der Arbeiterklasse zu diskreditieren. Am 14. Januar 1901 sprach Gerlach in Schwartau/Schleswig-Holstein. „Die zahlreich anwesenden Sozialdemokraten unter Leitung eines lokalen Führers konnten es sich nicht versagen, eine Resolution gegen ‚Marinismus und Militarismus‘ anzunehmen ...“[14]

Im Februar 1901 wurde anläßlich des Besuches Wilhelms II. in England eine vorläufige Anbiederung befürwortet. Man müsse freundlich bleiben, „bis wir stark genug sind“. Der Krieg gegen England wäre zwar notwendig, aber man müsse den rechten Zeitpunkt dafür wählen. Anfang 1902 wurde der „Vorwärts“ wegen der Veröffentlichung eines Dokumentes über weitere Rüstungspläne angegriffen und Tirpitz sowie sein „musterhaft staatsmännisches und konstitutionelles Verhalten“ gerechtfertigt. Einige Tage später wurden Bebel und Richter wegen ihrer Angriffe gegen Tirpitz kritisiert.

Der Eintritt der Nationalsozialen in die Freisinnige Vereinigung verstärkte somit deren Festlegung auf eine aggressive äußere Politik und ihre rüstungspolitischen Konsequenzen. Im Frühjahr 1904 legte

---

12 *Freisinnige Zeitung* v. 11.12.1906.
13 *Barth, Theodor,* Die Eiterbeule, in: Die Nation, Jg. 24, Nr. 10 v. 8.12.1906, S. 147 f.
14 *Die Hilfe,* Jg. 7, Nr. 4 v. 27.1.1901.

Naumann in der „Nation“ seine Auffassungen über die „Linke und das Heer“ dar. Er ging davon aus, daß das Verhältnis zum Heer für den Außenstehenden dem des Nichtingenieurs gegenüber einer komplizierten technischen Anlage ähnele. Die „Nichtfachmänner“, die Politiker, müßten der Wirklichkeit das Ideal vorhalten. Die Voraussetzung sei dadurch gegeben, daß der gesamte Liberalismus durch Taten seine Mitwirkung am Heer bewiesen habe. Jede Negierung militärischer Forderungen begünstige die Reaktion. „Entweder wir verzichten überhaupt auf das Streben nach politischer Macht oder wir sind auf der ganzen Linken fähig, im entscheidenden Wendepunkt der deutschen inneren Politik auch Träger des militärpolitischen Systems zu werden.“ Er forderte die Reformierung einiger untergeordneter Seiten des preußisch-deutschen Militärwesens, um eine Harmonie zwischen Volk und Heer herzustellen. „Wir brauchen aber diese Harmonie, wenn wir in zukünftigen Kriegen siegen wollen.“[15] In diesem Sinne nahm „Die Hilfe“ auf die Haltung des freisinnigen Bürgertums Einfluß und erklärte im März 1905 anläßlich der Flottendebatte im Reichstag, „daß die Verschärfung der allgemeinen Weltlage alles das rechtfertigt, was von uns immer für eine Verstärkung der Flotte geltend gemacht worden ist“.[16] In der Marokkokrise stand Naumann entschieden auf der Seite der chauvinistisch-militaristischen Reaktion und betonte die Konsequenzen im Hinblick auf die weiteren Rüstungen.

Die Freisinnige Vereinigung war in allen Fragen der Heeres- und Flottenrüstung eine zuverlässige Stütze der Regierung geworden. Es wäre jedoch falsch, sie etwa anderen Parteien, besonders der Nationalliberalen Partei, völlig gleichzusetzen. Die von ihr vertretenen kapitalistischen Kreise waren in geringerem Maße an der Rüstung unmittelbar interessiert und aus handelspolitischen Interessen auf gute internationale Beziehungen, vor allem zu England und den USA, angewiesen. Deshalb gingen von der Partei und speziell von Barth verschiedene Initiativen zur Verbesserung des deutsch-englischen Verhältnisses und zu einer Förderung der Interparlamentarischen Union aus. Die Unterstützung der Rüstungspolitik stellte eine durchaus widersprüchliche Erscheinung dar, die im wesentlichen aus dem Bemühen um einen größeren direkten Einfluß auf die Leitung der Staatsgeschäfte und zur Verdrängung des junkerlichen Einflusses zu erklären ist. In diesem Sinn schrieb „Die Nation“, daß der Liberalismus am besten für den Militarismus wirken würde. „Die bildungsfeindliche Reaktion dagegen ist trotz ihres lärmvollen Hurrapatriotismus und trotz ihrer gelegentlichen widerwilligen Zustimmung zur Vergrößerung der gräßlichen Flotte im Grunde ihres Wesens der Feind deutscher Wehrkraft.“[17] Mehring setzte sich mit der widersprüchlichen Haltung der Gruppen um Barth und Naumann und ihrer Parole auseinander, für Reformen mit dem Militarismus Frieden zu schließen, „wie es die militaristischen Sozialreformer à la Naumann und die kapitalistischen Friedensschwärmer à la Barth neuerdings versuchen, ...“[18]

Von besonderem Interesse ist die weitere Wandlung in der Stellungnahme der beiden Volksparteien gegenüber der Militarisierung. Richter blieb ein Gegner der stetig ansteigenden Rüstungslasten. Von ihm schrieb Mehring im Mai 1901: „In den bürgerlichen Parteien des Deutschen Reiches ist Eugen Richter der verhältnismäßig konsequenteste Gegner des Militarismus, und man lese nur in den berühmten Memoiren seiner Spar-Agnes, wie er der Sozialdemokratie ihre prinzipielle Gegnerschaft gegen den heutigen Militarismus als abscheulichstes Verbrechen anrechnet.“[19]

Es wurde durch den antisozialistischen Kampf der Freisinnigen Volkspartei klar, daß es denen um Richter nicht um einen ernsthaften Kampf gegen den Militarismus ging. Es handelte sich lediglich um eine Tradition des Freisinns, die in seiner Geschichte eine bestimmende Rolle gespielt hatte und bis in die letzten Jahre der Partei wesentlich ihre Existenzberechtigung gegeben hatte. Den Einfluß in Schichten des kleinen und mittleren Bürgertums verdankte die Partei vor allem ihrer – wenn auch zwiespältigen – Kritik an bestimmten Seiten der Politik der herrschenden Klassen. Richter war nicht mehr fähig und gewillt, eine wesentlich veränderte Position einzunehmen. Unter seinen Anhängern vollzog sich längst eine Wandlung, deren bestimmende Tendenz die der Aufgabe der bisherigen

---

15 *Naumann, Friedrich,* Die Linke und das Heer, in: Die Nation, J g. 21, Nr. 25 v. 19.3.1904, S. 386/f.
16 *Die Hilfe.* Jg. 11, Nr. 9 v. 5.3.1905.
17 *Die Nation,* Jg. 22, Nr. 11 v. 10.12.1904, S. 161.
18 *Mehring, Franz,* Maifest und Militarismus, in: Die Neue Zeit, J g. 22, Bd. 2, Nr. 30 v. 20.4.1904, S. 97.
19 *Derselbe,* Militarismus und Sozialdemokratie, in: Die Neue Zeit, Jg. 19, Bd. 2, Nr. 31 v. 1.5.1901, S. 132.

oppositionellen Züge in der Politik der Partei und der Sammlung mit allen rechts von ihr stehenden „Ordnungsparteien“ war.

Den Worten Richters im Reichstag gegen die Erhöhung der Rüstungslasten und die Verschlechterung des Haushalts folgten stets Entgegnungen der Freisinnigen Vereidigung, die sich gegen Richters Ausführungen wandten oder seine Zugeständnisse hervorhoben. Das wurde eine Form des Kampfes der verschiedenen Strömungen im Freisinn und war auf Wirkung in der freisinnigen Wählerschaft berechnet. Am 11. Dezember 1900 sagte Richter im Reichstag zur Finanzlage des Reiches: „Es geht deshalb gar nicht anders, als daß man aufhört mit der fortgesetzten Vermehrung der der Soldaten, der Schiffe, der Kolonien und auch der afrikanischen Eisenbahnen.“[20] Darauf wies Rickert den Gedanken an Sparsamkeit beim Militäretat entschieden zurück. Er beschönigte die finanzielle Lage und lenkte alle Unzufriedenheit gegen die Junker. Richter wiederholte am 9. Januar 1902 seine Bedenken, um festzustellen, daß die Rüstungsausgaben ständig stiegen und die Einnahmen sich nicht im gleichen Tempo erhöhten. Schrader hob demgegenüber hervor, daß die erhöhten Ausgaben für die Rüstung schon aus technischen Gründen unvermeidbar wären.

Im Februar 1905 sprach Müller-Sagan zu den neuen Flottenrüstungen. Er wandte sich dagegen, daß die reaktionären Parteien nur für sich das Prädikat national in Anspruch nähmen und das mit ihrer Bereitwilligkeit zu allen Rüstungsausgaben begründeten: „Meine Herren, meine politischen Freunde haben sich auch stets auf den Standpunkt gestellt – und ich glaube, auch die Herren vom Zentrum –, das zu bewilligen, was zur Wehrhaftigkeit des Vaterlandes nötig ist.“[21] Einen Monat später sprach er sich dafür aus, alles „Notwendige“ zu bewilligen.

Im Herbst wurde angesichts des Entwurfs der Flottennovelle das offene Auftreten Eickhoffs für die Kolonialpolitik zum Anlaß der Auseinandersetzungen um die Stellung des Liberalismus zur Aufrüstung. Eickhoff vertrat hier die Interessen der kleineren und mittleren eisen- und stahlverarbeitenden Industrie Solingens. Im März 1901 hatte er im Reichstag über die Enttäuschung dieser Kreise bei der Vergabe von Rüstungsaufträgen berichtet und den Kriegsminister gefragt, ob eine Beschäftigung dieser Industrie möglich sei. Ein Jahr später dankte er dem Kriegsminister für einen Auftrag von 12.000 Seitengewehren, der von 4 Fabriken ausgeführt wurde. „Aber, Herr Kriegsminister, l’appetit vient en mangeant! [Der Appetit kommt beim Essen!] Ich ... bitte, im Bedarfsfalle auch in den nächsten Jahren weitere Bestellungen der Solinger Industrie geben zu wollen.“[22] Der Auftrag war in 6 Wochen erledigt. Die Unternehmen hätten sich auf „diese Fabrikation neu eingerichtet“ und würden diese Einrichtungen dazu auch künftig gern nutzen.

Im November 1905 berichtete der „Vorwärts“, Eickhoff habe sich in einer Versammlung in Solingen für eine „starke Flotte“ ausgesprochen. Nach ihm hätte seine Partei gegen die Flottengesetze 1898 und 1900 nur gestimmt, weil sie mit der „Lösung der Kostendeckungsfrage“ nicht einverstanden gewesen war. „Der entschiedene Liberalismus müsse alles bewilligen, was zur Vervollkommnung der Flotte notwendig sei.“[23] Die sozialdemokratische Zeitung bemerkte, daß die beiden Richtungen des Freisinns „sich nunmehr getrost wieder vereinigen“ könnten, da auf diese Art wesentliche Differenzen verschwinden würden. In der „Hilfe“ registrierte Katz dieses Auftreten als eine Annäherung an die Haltung der Freisinnigen Vereinigung.

Im Verein der Freisinnigen Volkspartei in Liegnitz erklärten sich Parteimitglieder mit der Richtung Eickhoffs einverstanden. Nach seiner Rede vor seinen Wählern in Mühlhausen/Thür. ließ sich Eickhoff seine Haltung durch eine Resolution der 800 Anwesenden für „Wehrhaftigkeit und Sicherheit des Vaterlandes“ bestätigen. Müller-Meinigen setzte sich am 19. November 1905 auf dem Thüringischen Parteitag in Schmalkalden ebenfalls für die Flotte ein, wobei er ausführte, daß in der Fraktion offen über die verschiedenen Meinungen gesprochen worden sei. Auch gäbe es in der Partei keine prinzipielle Gegnerschaft zur Flottenvorlage.

---

20 *Reichstag,* 10. Leg.per., 2. Sess., Bd. 1, S. 446.
21 *Ebenda,* 11. Leg.per., 1. Sess., Bd. 6, S. 4802.
22 *Ebenda,* 10. Leg.per., 2. Sess., Bd. 5, S. 4387.
23 *Vorwärts* v. 10.11.1905.

Am 27. März 1906 erklärte Müller-Sagan im Reichstag die Zustimmung beider Volksparteien zum Flottengesetz von 1906. Sie wären zwar noch Gegner der unnötigen Bindung des Bewilligungsrechtes, wollen jedoch „unter den jetzigen politischen Verhältnissen diese schweren konstitutionellen Bedenken nicht als entscheidend erachten ...“ Diese Entscheidung fiel zeitlich nicht zufällig mit dem Eintreten für das selbständige Kolonialamt zusammen und dokumentierte den tatsächlichen Abschluß der Wandlung der Freisinnigen Volkspartei.

Mehring hatte bereits im Herbst 1902 geschrieben, daß die liberale Bourgeoisie in Militärsachen kaum noch einmal widerspenstig werden würde. Er bezeichnete es als eine Fehlrechnung der freisinnigen Führer, aus dieser Zustimmung auf Wahlerfolge zu hoffen. Der Niedergang der Nationalliberalen beweise das Gegenteil.

Die Deutsche Volkspartei schloß sich von dieser Wandlung gegenüber dem Militarismus nicht aus. Müller-Sagan hatte auch ihre Zustimmung zur Flottenvorlage ausgesprochen. Ihre Sprecher hatten häufig noch am ehesten kräftige Worte gegen den Militarismus und die Aufrüstung gefunden. Aber neben den allgemeinen Auswirkungen des Imperialismus wirkte auch die Fraktionsgemeinschaft mit der Freisinnigen Volkspartei nachteilig auf ihre demokratische Entwicklung ein. Diese kleine Partei vorwiegend lokaler Bedeutung, die sozial ohnehin auf politisch zwiespältigen Gruppen basierte, war außerstande, der allgemeinen imperialistischen Verseuchung der Bourgeoisie Widerstand zu leisten. Am 31. März 1905 sprach Storz im Sozialliberalen Verein Berlin: Es gäbe zwar in ‚Wehrfragen‘ quantitative Differenzen, aber auch „die süddeutsche Volkspartei wisse, daß auf kräftige Machtmittel nicht verzichtet werden kann ... Auch in der Südwestafrika-Angelegenheit ist Einstimmigkeit vorhanden ...“[24] Wilhelm Kulemann schrieb, daß ein „anerkannter Führer der Deutschen Volkspartei“ ihm persönlich erklärt habe, „daß die Frage, ob man 500.000 oder 5.500.000 Soldaten für erforderlich halte, weder für den Begriff noch für das Maß des Liberalismus bestimmend sein könne.“[25] Storz nahm an der Afrika-Reise für Parlamentarier teil. Er war der prominenteste Vertreter des rechten Flügels in der Partei, der auf die Unterstützung der Rüstungs- und Kolonialpolitik drängte. Im November 1905 stellte der „Vorwärts“ fest, daß die „Frankfurter Zeitung“ unter Berufung auf die marokkanische Krise auf die Unterstützung der Flottenvorlage einlenke. Und auch Payer trat bei der Debatte zur Flottennovelle nicht grundsätzlich gegen jede unkonstitutionelle Bindung, sondern nur gegen eine Bindung auf, die über die Legislaturperiode hinausreiche.

Der unterschiedliche und widerspruchsvolle, in seiner geschichtlichen Bedeutung und seinem politischen Inhalt übereinstimmende Prozeß des Überganges zur Unterstützung des Militarismus und der Eroberungspolitik erweist sich als gesetzmäßig in der Entwicklung der linken bürgerlichen Parteien. Die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus und Militarismus erhöhte den Druck der Reaktion auf die durch ihren Antisozialismus und Antidemokratismus sowie durch den Verlust ihrer Massenbasis in ihren liberal-oppositionellen Potenzen geschwächte Bourgeoisie. Obwohl die Bourgeoisie in ihrer Gesamtheit zur Aussöhnung mit dem Militarismus tendierte, vollzog sich dieser Prozeß in der liberalen Bourgeoisie in Deutschland durch die ausgeprägte Aggressivität des junkerlich-bürgerlichen Imperialismus in beschleunigtem Maße und mit weitgehenderen Konsequenzen. In diesen Besonderheiten sind die wesentlichen Ursachen für die Anschauungen von Ideologen wie Naumann, Barth und Gerlach und für ihr teilweise widersprüchliches Verhalten gegenüber dem Militarismus zu sehen.

2. Die „Einigung der Liberalen“

Wenn man die Beziehungen zwischen den linksliberalen Parteien untersuchen will, muß man von den grundlegenden Prozessen des Klassenkampfes, dem Platz in den politischen Kämpfen, der Widerspiegelung dieser Kämpfe und der Klasseninteressen in der Ideologie und von den inneren Auseinandersetzungen und Entwicklungstendenzen dieser Parteien ausgehen. Dieser Ausgangspunkt wurde mit der Betrachtung der Haltung zu den entscheidenden gesellschaftlich-geschichtlichen Kräf-

24 *Die Hilfe,* Jg. 11, Nr. 14 v. 9.4.1905.
25 *Kulemann, W.,* Der Zusammenschluß der Liberalen, Dresden 1905, S. 45.

ten geschaffen, die auf die Entwicklung und Stellung der linksliberalen Parteien bestimmenden Einfluß nahmen. Da war einerseits die Arpeiterklasse, ihre Partei und Organisation sowie ihre Klassenschlachten und Solidarität mit der russischen Revolution. Andererseits wuchs durch die volle Herausbildung des junkerlich-bürgerlichen Imperialismus und die Verschärfung der inneren und äußeren Gegensätze der Druck der Reaktion auf die liberale Bourgeoisie. Unter dem Einfluß dieser beiden Hauptkräfte und entsprechend den damit korrespondierenden soziologischen und inneren Entwicklungstendenzen gestalteten sich die Beziehungen zwischen den linksliberalen Parteien. Bei ihrer Betrachtung gilt es vor allem, den Klasseninhalt, die politische Bedeutung, die tatsächlichen Möglichkeiten und die Perspektive der Parole von der „Einigung der Liberalen“ zu klären.

Die Forderung nach der „Einigung der Liberalen“, immer wieder erhoben, debattiert, befürwortet und verworfen, war in ihrem politischen Gehalt sehr differenziert. Das betraf besonders die unterschiedlichen Vorstellungen über die Haltung eines geeinten Liberalismus zur Sozialdemokratie und die Frage, ob die Nationalliberale Partei in diesen Gesamtliberalismus gehöre. Dieses Problem sowie die Bedeutung und Dringlichkeit eines Zusammenschlusses waren sowohl zwischen als auch innerhalb der betreffenden Parteien unterschiedlich und erfuhren von 1893 bis 1906 teilweise erhebliche Wandlungen. Vor allem diese Parole war ein ideologischer Reflex der Ohnmacht und Zersplitterung der liberalen Bourgeoisie und ihrer Parteien in der Periode des Übergangs zum Imperialismus und stellte eine Äußerung der Krise des Liberalismus im frühen Imperialismus dar. Unter dem Ansturm der Sozialdemokratie hatten diese Parteien ihre Massenbasis in hohem Maße verloren; zugleich waren sie nahezu vollständig von einem nennenswerten Einfluß auf die Staatsmacht ausgeschaltet. Angesichts des Niederganges um 1900 war es unvermeidlich, daß immer wieder Betrachtungen über die Ursachen wie über die Aussichten dieser Entwicklung angestellt wurden. Ein Weg schien die Barth-Naumannsche Taktik zur Zurückgewinnung einer Massenbasis; ein anderer der der Überwindung der liberalen Zersplitterung. Dieser blieb so lange theoretischer Natur, als die hauptsächlichen Ursachen der Zersplitterung bestehen blieben und wurde dann erst schrittweise verwirklicht, als in den Jahren 1905 bis 1910 eine politisch-ideologische Nivellierung der freisinnigen Parteien und der Deutschen Volkspartei erfolgte.

Der Unterschied in der Stellung der beiden freisinnigen Parteien zu den Fragen eines allgemeinen Zusammenschlusses aller liberalen Kräfte trat bereits auf ihren Gründungskongressen zutage. Die Freisinnige Vereinigung betrachtete ihre Konstituierung weniger als eine endgültige Parteibildung, sondern als einen „Mittelpunkt für die Zusammenfassung und Ausbreitung liberaler Bestrebungen in Deutschland“, wie es im Statut formuliert wurde. Schrader forderte, daß „durch ein friedliches und kräftiges Zusammenwirken aller Liberalen das Ziel erreicht wird, welches wir früher durch die Fusion zu erreichen gesucht haben: ein vereinigter, starker Liberalismus. Das ist der Grundgedanke, der durch unsere Vorlage geht.“[26]

Nach einer Debatte, ob es überhaupt zweckmäßig sei, in den Wahlkreisen eigene Vereine zu bilden, wurde eine Resolution angenommen, die einen Kompromiß zwischen den eigenen Organisationserfordernissen und dem Zusammenwirken mit anderen liberalen Richtungen ermöglichen sollte. Zum Unterschied von dieser Betonung der Einigungsfrage wurde dem Problem auf dem ersten Parteitag der Freisinnigen Volkspartei keine Bedeutung beigemessen, abgesehen von der Bekräftigung des Bündnisses mit der Deutschen Volkspartei.

Die Freisinnige Vereinigung gestaltete ihr Verhältnis zu den Volksparteien nach den Beschlüssen der Gründungsversammlung. Besonders Barth war bestrebt, einen Zusammenschluß herbeizuführen. Als Ende der neunziger Jahre die Gegensätze anläßlich der Flottenvorlagen aufbrachen, trat die Vereinigung für ein Zusammenwirken bei Zurücksetzung der strittigen Frage ein. Im Oktober 1897 betonte „Die Nation“, daß die liberalen Wähler Einigkeit wollten und die Linke auch darauf angewiesen sei. Die Partei bemühte sich um eine Verständigung mit der Freisinnigen Volkspartei zur Reichstagswahl 1898, die spät, im Mai 1898, noch zustande kam. Die Volkspartei betonte dabei nicht zu Unrecht, daß

[26] *Konstituierende Generalversammlung des Wahlvereins der Liberalen* am 2. und 3. Dezember 1893 in Berlin, Berlin o. J., S. 3.

die Vereinigung ihr in Worten beteuertes Interesse an der Einigung erschwert habe, weil sie die Flottenrüstung unterstützte. Die Parteizeitung polemisierte gegen die Erklärung Barths, daß in militärischen Fragen in der Regel der Regierung Folge zu leisten sei. In der nach der Reichstagswahl besonders in der Presse auflebenden Diskussion über den Weg zur großen liberalen Partei nahm die „Freisinnige Zeitung“ eine zurückhaltende Stellung ein. Sie betonte den Inhalt der Einigung und begründete ihre Skepsis mit den ständigen Wandlungen im liberalen Lager.

In der nicht streng parteigebundenen liberalen Presse, die besonders verbreitet war, fand die Neigung der Vereinigung zum taktischen Zusammengehen beider Richtungen des Freisinns einen größeren Anklang. Sie fand Unterstützung bei Naumann, der sich in dem Maße wie er sich dem Linksliberalismus näherte, auch den Barthschen Anschauungen über die Einigung aller Liberalen anschloß. In einem Brief an Schulze-Gaevernitz vom 14. Juli 1899 schrieb Naumann über den Vorschlag, gemeinsam eine Revue herauszugeben: „Mir scheint ..., daß das Publikum wieder anfängt, für den Gedanken des Gesamtliberalismus ein Ohr zu bekommen, sobald er als national und sozial bereichert auftritt ...“[27] Diese Einschätzung erwies sich zwar bald als verfehlt. Naumann genügte sie jedoch, um von seiner besonderen Verantwortung für diese liberale Einigung überzeugt zu sein.

Die weitere wesentliche zwischenparteiliche Beziehung war das Bündnis der Freisinnigen mit der Deutschen Volkspartei. Einen Tag nach der Auflösung der Deutschen Freisinnigen Partei am 7. Mai 1893 erließen beide Parteien einen gemeinsamen, von Richter und Payer unterzeichneten Wahlaufruf. Am gleichen Tage versandte Richter ein Schreiben an alle freisinnigen Vereine, in dem er seine Haltung bei der Spaltung der Partei darlegte und dieses Bündnis bekräftigte. Beide Parteien beschlossen Fraktionsgemeinschaft und Kommissionskartell für den Reichstag. Ihre Verbindung entsprach der durch die gemeinsame Gegnerschaft zur Militärvorlage bestimmten damaligen parteipolitischen und parlamentarischen Stellung und lag bei der zahlenmäßigen Schwäche beider Parteien nahe. Nach 1900 entstanden Spannungen zwischen den beiden Parteien, die erst durch die allgemeine Annäherung im Linksliberalismus abgebaut wurden.

Während der Zolltarifkämpfe traten trotz der grundsätzlichen Übereinstimmung erneut Differenzen zwischen den freisinnigen Parteien auf. Vor und insbesondere nach der Reichstagswahl 1903 verstärkten sich die Bestrebungen nach einem engeren Zusammenschluß. Ende März 1903 schrieb Barth, daß ein Zusammenwirken möglich wäre und viele Wähler für den Liberalismus mobilisieren würde. Vor allem unter dem Eindruck des sozialdemokratischen Wahlsieges vom Juni 1903 und der weiteren Verluste des Liberalismus kam es in der liberalen Presse aller Schattierungen zu einer Erörterung der Notwendigkeit und Möglichkeit eines verstärkten liberalen Zusammenschlusses.

„Die Notwendigkeit einer liberalen Konzentration mit der Tendenz der Herstellung einer taktischen Einigung der entschieden liberalen Parteien der bürgerlichen Linken, wird von allen ernsthaften Politikern anerkannt, soweit sie nicht als grundsätzliche Gegner deren Folgen für ihre eigenen Parteibestrebungen fürchten oder aus persönlichen Gründen einem engen Zusammenschluß, der freilich jedem einige Opfer abfordern würde, entgegen sind.“[28] Diese Gegnerschaft gelte besonders für die Kreise um die „Freisinnige Zeitung“. Allgemein seien die Liberalen von der Notwendigkeit einer taktischen Einigung überzeugt. In einigen Zeitungen wurde der Vorschlag eines gemeinsamen Ausschusses der liberalen Parteien erwogen und im Gegensatz zu Barth von verschiedenen Blättern auch die Nationalliberale Partei in die Einigungsprojekte einbezogen.

Die Pläne zu einer Annäherung der linken bürgerlichen Parteien verfolgte am zielstrebigsten Barth, den nach der Fusion Naumann unterstützte. Neben der „Nation“ waren es besonders die „Frankfurter Zeitung“, das „Berliner Tageblatt“ und die „Berliner Volkszeitung“, die sich in ihren Veröffentlichungen dafür einsetzten. Als ihren unmittelbaren Gegner betrachteten sie Eugen Richter und seine Zeitung. Theodor Heuss, der in diesen Jahren bei Naumann seine politischen Lehrjahre absolvierte, beschrieb die regelmäßigen Zusammenkünfte der „Barth-Rickert-Leute“ und der ehemaligen Nationalsozialen in der „Württembergischen Weinstube“ in Berlin, Linkstraße. Es nahmen daran neben

27 DZA Potsdam, Nachlaß Naumann, Nr. 130, Bl. 29.
28 *Frankfurter Zeitung* v. 8.7.1903.

Barth und Naumann ihre intimsten politischen Gefährten wie Hugo Preuss, Karl Schrader, Georg Gothein, Rudolf Breitscheid und Erich Eyck teil; im Durchschnitt 15 bis 20 Personen, deren einigendes Band „dies war, auf Eugen Richter und seine nächste Umgebung zu schimpfen“.[29]

Im Herbst 1903 propagierte Barth verstärkt seine Anschauungen über die politischen Grundlagen einer liberalen Einigung. Je mehr er diese Ansichten präzisierte, um so entschiedener wurden von ihm die Nationalliberalen vom Zusammenschluß ausgeklammert. Am 14. November 1903 erörterte der Geschäftsführende Ausschuß der Freisinnigen Vereinigung die „Stellung der Fraktion im Reichstage zur Volkspartei“. Der Ausschuß war für ein Kommissionskartell. Es gingen jedoch die Meinungen darüber auseinander, ob man direkt an die Freisinnige Volkspartei herantreten oder sich der Vermittlung der Deutschen Volkspartei bedienen solle. Es wurde beschlossen: „Dr. Nathan möchte die Süddeutsche Volkspartei veranlassen, das parlamentarische Zusammengehen bei ihrer Resolution auf dem Heilbronner Parteitag in erster Reihe zu betonen; er übernimmt es, Sonnemann zu veranlassen, ein entsprechendes Telegramm abzusenden.“[30]

Barth und Naumann betonten in ihrer propagandistischen Tätigkeit besonders den Gedanken der liberalen Einigung. Viele ihrer Anhänger sahen in der Fusion von 1903 den Auftakt für die Herausbildung eines neuen, sozial und patriotisch regenerierten Liberalismus. Dagegen schrieb Barth in einem Brief vom 18. Januar 1904 über die entscheidenden Probleme eines engeren liberalen Zusammenschlusses: „Wir müssen uns erst einmal innerlich einigen, ehe wir eine äußerliche Einigung herbeiführen können. Das politische Philisterium, wie es durch Richter großgezogen ist, taugt nichts mehr. Ohne eine moralisch-politische Läuterung kommen wir nicht weiter. Ich frage mich, ob durch eine solche Verbindung mit dem alten Richterschen Kadaver nicht dieser Umbildungsprozeß eher aufgehalten als gefördert wird.“[31] Bei einer Vortragsreise durch Elsaß-Lothringen Ende 1904 wurde Naumann „überall begrüßt als der Vorkämpfer des neuen Liberalismus, der die zersplitterten Gruppen des alten zu gemeinsamer Aktion aufrufen will und dabei die Sozialdemokratie als einen Faktor in seine politische Gesamtrechnung einstellt ...“[32]

Zur selben Zeit bemühte sich auch Kulemann, der den liberalen Parteigruppen nahestand und zwischen ihnen wiederholt als Vermittler und Mahner zur Einigkeit wirkte, um die Annäherung der linksliberalen Parteien. Er wandte sich Anfang 1904 an Brentano, der in München die liberale Einigung unterstützte, und an Oeser, den einfluß- und verbindungsreichen Redakteur der „Frankfurter Zeitung“. Hier fand in engerem Kreis eine Beratung statt, die zur Einberufung einer Konferenz führte. Daran „beteiligten sich außer bekannten Vertretern der drei linksliberalen Gruppen auch einige Personen, die, wie ich selbst, nicht ausgesprochen einer bestimmten Partei angehörten“, schrieb Kulemann später.[33] Die hauptsächliche Differenz bestand hinsichtlich des Verhaltens zu den Nationalliberalen. Es sollte ein Ausschuß gebildet werden, der die Einigungspläne weiter zu verfolgen und ein Programm auszuarbeiten hätte. Barth und Kulemann verpflichteten sich als Teilnehmer an der Beratung zur publizistischen Unterstützung und veröffentlichten in diesem und dem folgenden Jahr Broschüren zu diesen Problemen. Jener Kreis, den Naumann – ebenfalls Teilnehmer – als eine „rein privat zusammengesetzte Kommission“ bezeichnete, erarbeitete das „Frankfurter Mindestprogramm“, das der weiteren Annäherung zugrunde gelegt wurde.

Mehring verfolgte die „namentlich von den gutgläubigen Ideologen des Liberalismus“ erörterte Bildung einer großen parlamentarischen Linken angesichts der Lage und der Aussichten des Liberalismus mit begründeter Skepsis. „Diese illusionären Politiker sollten zuerst einmal das Mittel entdecken, eine historische Entwicklung von vierzig Jahren im Handumdrehen rückgängig zu machen.“[34] Es unterblieben zunächst, von einigen wahltaktischen Absprachen abgesehen, konkrete Schritte, die zu einer Annäherung der Standpunkte im linksliberalen Lager hätten führen können. lm Gegenteil,

---

29 *Heuß, Theodor,* Vorspiele des Lebens, Tübingen 1953, S. 282.
30 DZA Potsdam, Fortschrittliche Volkspartei, Nr. 4, Bl. 4.
31 DZA Potsdam, Nachlaß Naumann, Nr. 143, Bl. 11-13.
32 *Die Nation,* Jg. 22, Nr. 7 v. 12.11.1904, S. 97.
33 *Kulemann, W.,* Politische Erinnerungen. Ein Beitrag zur neueren Zeitgeschichte, Berlin 1911, S. 198.
34 *Mehring, Franz,* Was nun? in: Die Neue Zeit, Jg. 21, Bd. 1, Nr. 15 v. 7.1.1903, S. 450.

verschiedene Differenzen erschütterten die Beziehungen zwischen den beiden Volksparteien. Außerdem wies ihre Stellung zur liberalen Einigung erhebliche Unterschiede auf.

Das Bündnis der Freisinnigen mit der Deutschen Volkspartei, insbesondere auf parlamentarischer Ebene, war 1893 durch die gemeinsame Gegnerschaft zur Militärvorlage naheliegend gewesen. Diese Übereinstimmung bestand auch in den folgenden Jahren gegenüber der Aufrüstung und der Expansionspolitik, wenn auch das Auftreten der Sprecher der Deutschen Volkspartei oft konsequenter war. Selbst in den Zolltarifkämpfen blieb die süddeutsche Partei trotz der Verrätereien Richters an der Seite seiner Partei. Gleichzeitig vertraten die Deutsche Volkspartei und die „Frankfurter Zeitung" in der taktischen Stellung zur Sozialdemokratie mehr die Anschauungen von Barth und Naumann. Das gleiche gilt für ihre Haltung zur Annäherung und zum Zusammenschluß der Liberalen. Die Ursachen dafür sind in den demokratischen Traditionen, der geringeren Ausbildung der Klassen- und Parteigegensätze in Südwestdeutschland, der besonderen Rolle des dortigen Opportunismus, dem nationalsozialen Einfluß und schließlich in der Haltung der weiterblickenden Ideologen der „Frankfurter Zeitung" zu sehen.

Barth, Naumann und Gerlach unterhielten enge persönliche Beziehungen zu Mitarbeitern dieses Blattes und führenden Kreisen der Partei, die sie gegen die Freisinnige Volkspartei ausnutzten. Häufig inspirierten sie die Führer der Deutschen Volkspartei zu Schritten, die gegen die Positionen Richters gerichtet waren und vor allem dann, wenn sie eine eigene Aktion für weniger wirksam hielten. Natürlich waren auch in der Deutschen Volkspartei die Auffassungen zu den entscheidenden politischen und taktischen Fragen nicht einheitlich. In der kleinen Einigungskommission von 1904/1905 „war von der Deutschen Volkspartei nur die Gruppe vertreten, die in der Frankfurter Zeitung ihren Mittelpunkt hat".[35] Zu ihnen gehörten Sonnemann und Oeser. Die eigentlichen Führer der Partei, Haußmann und, Payer, hielten sich zurück und wahrten die Bindung an Richters Partei.

Am 15. November 1903 beschloß der Parteitag der Deutschen Volkspartei in Heilbronn „eine Resolution, welche die Notwendigkeit der Einigung der bürgerlichen Linken anerkannte und die Bereitwilligkeit zu einem taktischen Zusammengehen mit den linksliberalen Gruppen aussprach".[36] Auf dem Parteitag wurden heftige Angriffe gegen die Politik der Leitung der Freisinnigen Volkspartei gegenüber der Sozialdemokratie gerichtet. Ein badischer Landtagsabgeordneter aus Konstanz kritisierte ihren antisozialistischen Kurs, der Stichwahlbündnisse mit der Sozialdemokratie unmöglich mache. Er wandte sich gegen das V erhalten zur Zolltarifobstruktion und konstatierte, daß das Zusammengehen mit Richter vielfach lähmend gewirkt habe.

Barth begrüßte die „mit erfreulicher Einstimmigkeit" erfolgte Annahme der Einigungsresolution. Dagegen erhob Richter durch die „Freisinnige Zeitung" Widerspruch. Die Kritik an seiner Partei widerspräche der geforderten Einigung. Außerdem könne eine Einigung nur taktischer Art sein und nicht auf Kosten der Freisinnigen Volkspartei erfolgen. Gleichzeitig griff er die Freisinnige Vereinigung an und behauptete, daß sie sich durch die Unterstützung der Kolonial- und Expansionspolitik noch weiter von beiden Volksparteien entfernen werde. Die „Freisinnige Zeitung" hatte bereits im Mai versucht, die Differenzen auf das Treiben einiger „Krakeeler" zurückzuführen: „Es sind einzig und allein ein paar Krakeeler in Baden, insbesondere die Herren Venedey, Heimburger und Muser, die sich allerdings vergeblich bemühen, fortgesetzt die beiden Parteien aneinander zu hetzen, *weil in Baden die Freisinnigen nicht sich gleich der Deutschen Volkspartei kartellieren wollen mit der Sozialdemokratie*."[37]

Infolge dieser Meinungsverschiedenheiten wurden Ende 1903 von der Deutschen Volkspartei die gemeinsamen Fraktionssitzungen nicht wieder aufgenommen. Erst im Februar 1904 wurden die liberalen „Einigungskämpfe" im Reichstag weitergeführt. Kopsch griff die ehemaligen Nationalsozialen an, und Gerlach mußte sich bei seiner Erwiderung vom Präsidenten sagen lassen, daß die Einigung der Liberalen nicht zum Postetat gehöre.

---

35 *Kulemann, W.,* Politische Erinnerungen, S. 199.
36 *Geschichte der Frankfurter Zeitung,* a. a. O., S. 747.
37 *Freisinnige Zeitung* v. 9.5.1903.

Die Deutsche Volkspartei widmete sich auf ihrem Parteitag im September 1904 in Aschaffenburg erneut der Frage der liberalen Einigung. Nach dem Bericht von Oeser über die Aufnahme des Heilbrenner Beschlusses, wurde in einer Resolution der Engere Ausschuß der Partei mit der Schaffung einer Grundlage für den liberalen Zusammenschluß beauftragt.

Ungefähr ab Herbst 1904 kam es zu tatsächlichen Fortschritten im Zusammenwirken liberaler Parteien, häufig einschließlich der Nationalliberalen Partei. Diese Entwicklung war weniger das Resultat der Einigungsdebatten als vielmehr der seit der Reichstagswahl 1903 und dem Dresdener Parteitag im liberalen Bürgertum gewachsenen Furcht vor der Sozialdemokratie. Deshalb trug der Zusammenschluß in den meisten Fällen keinen progressiven Charakter. Die Einbeziehung der Nationalliberalen bestätigt diese Tendenz. Am auffälligsten war der Zusammenschluß zu den Landtagswahlen 1905 in Baden und Bayern. Am 9. Februar 1905 wurde der gemeinsame Wahlaufruf aller bayrischen „Liberalen“ veröffentlicht, hinter dem die Freisinnigen, Nationalliberalen, Jungliberalen, Demokraten und Nationalsozialen standen. In gleicher Weise trat der badische Liberalismus an. Im Wahlkreis Hof fand am 14. Februar 1905 eine Nachwahl zum Reichstag statt, in der sich alle „Liberalen“ zu einem Liberalen Verein zusammenschlossen.

Beim Charakter dieses liberalen Bundes war nicht erstaunlich, daß der erwartete Erfolg in Bayern ausblieb. In Baden beschränkte man sich auf die Verhinderung einer konservativ-klerikalen Mehrheit. Dies löste in den Kreisen, die den Zusammenschluß mit den Nationalliberalen und gegen die Sozialdemokratie verfolgten, ein gehöriges Lamentieren aus. Barth, dessen Konzeption immer stärker von dieser Tendenz abwich, schrieb darauf an Aldenhoven: „Wie jämmerlich ist wieder die Haltung der freisinnigen Presse gegenüber dem Ausfall der bayrischen Landtagswahlen! Es ist ein wahres Glück, daß die vereinigten Liberalen gründlich verhauen sind.“[38]

Auch in anderen Ländern gab es Zusammenschlüsse oder taktische Vereinbarungen. In Elsaß-Lothringen hatten sich im Oktober 1903 alle „Liberalen“ zur Liberalen Landespartei zusammengeschlossen, deren Kreisvereine sich bis 1905 von 5 auf 12 erhöhten. Barth und Naumann hatten mit ihren Ideen auch dort einen gewissen Einfluß. In Schleswig-Holstein, wo unter Hänel die alte Organisation der Deutschen Freisinnigen Partei fortbestand, nahm eine Konferenz der Vertrauensmänner in Kiel am 14. Januar 1905 eine Resolution für die liberale Einigung an. Die Freisinnige Volkspartei hatte in Kiel inzwischen eigene Vereine gegründet. Im April 1905 kam es zum taktischen Zusammenschluß, und 1906 wurde das „Frankfurter Mindestprogramm“ ebenfalls als Einigungsresolution beschlossen.

In Dortmund verschmolzen im Oktober 1904 der Lokalverein der Deutschen Volkspartei mit dem der Nationalsozialen zu einer Vereinigung der Linken. Die gleichen Vereine schlossen sich in Karlsruhe und Mannheim enger zusammen. In Ostpreußen einigten sich die drei liberalen Parteien im Frühjahr 1906 zunächst für die Reichstagswahlen. Bis zu diesem Zeitpunkt lag der Schwerpunkt realer Schritte eines liberalen Zusammenschlusses in Süddeutschland. Sie fanden in der gesamten liberalen Presse Widerhall und waren in ihrer überwiegend reaktionären Tendenz Vorzeichen für einen politischen Nivellierungsvorgang im liberalen Lager, der sich im ganzen Reich vollzog.

Das war zugleich der Zusammenbruch des Planes einer großen, kämpferisch gegen die Reaktion orientierten liberalen Partei, wie sie ursprünglich von Barth verfolgt worden war. Bebel konnte in Jena mit Recht feststellen, daß die Hoffnungen auf eine große liberale Partei vom rechten sozialdemokratischen bis zum linken nationalliberalen Flügel zerstört seien: „Fragen Sie doch einmal die Naumann, Gerlach, Barth, wie sie eigentlich in ihres innersten Herzens Schrein über das deutsche Bürgertum und den deutschen Liberalismus denken. Wenn sie aufrichtig sein wollen, so müssen sie sagen: Hoffnungslos bis zur Verzweiflung! (lebhafte Zustimmung). Die liberale Partei, ob groß oder klein, ist heute nur noch ein Phantasiegebilde.“[39]

In mehreren Flugschriften setzten sich verschiedene Autoren mit den Problemen der liberalen Einigung, ihren Voraussetzungen, ihrem Charakter, ihrem Ziel und ihrer Perspektive auseinander. Will-

[38] DZA Potsdam, Nachlaß C. Aldenhoven 90 Al 3, Nr. 1, Bl. 143, 144.
[39] Sd. Parteitag zu Jena 1905, S. 228.

helm Kulemann beleuchtete die geschichtlichen Voraussetzungen und die bisherigen Etappen, Gemeinsamkeiten und Differenzen im linksliberalen Lager. Für die Kernfrage schlug er folgende Kompromißformel vor: „Also kurz zusammengefaßt: der Liberalismus soll zu einem politischen Zusammengehen mit der Sozialdemokratie gegen die reaktionären Parteien insbesondere bei den Wahlen auf dem Boden gegenseitiger Gleichberechtigung grundsätzlich bereit sein, die Abschließung von Wahlbündnissen muß aber, als von örtlichen Voraussetzungen abhängig, in der Regel den einzelnen Wahlkreisen überlassen bleiben.“[40] Zunächst trat er für eine Annäherung in Form von Wahlbündnissen, gemeinsamen Versammlungen, Verzicht auf Befehdung in der Presse, gemeinsame Fraktionsberatungen usw. ein. Über weitere Sicht sollte die Bildung einer liberalen Partei angestrebt werden. Schließlich formulierte er den „Entwurf eines gesamtliberalen Programmes“, das in seiner kompromißlerischen Zielsetzung unverbindlich blieb.

Ludwig Haas, einer der leitenden Funktionäre der Deutschen Volkspartei, bestritt, daß die Haltung zu Militär- und Flottenvorlagen etwas über den Liberalismus der betreffenden Partei oder Person aussage. Er hob die Verdienste der Deutschen Volkspartei um die Einigung hervor sowie die bisherigen Ergebnisse dieser Bemühungen. Haas vertrat die Auffassung, daß auch in Deutschland die entscheidende Frage der Kampf gegen die Reaktion sei: „Wir werden in Deutschland keinen Schritt vorwärtskommen, bevor nicht die vereinigten liberalen und demokratischen Gruppen den taktischen Anschluß an die Sozialdemokratie gefunden haben.“[41]

Der nationalliberale Generaldirektor Konrad Eichhorn, Bonn, trat Kulemann und Haas mit der Behauptung entgegen, daß sie Verwirrung stifteten, da nach ihnen Sozialismus, Demokratie und Liberalismus kongruente Ziele verfolgen würden. Bei Splittergruppen sei die Neigung zum Zusammenschluß verständlich; die Geschichte des Liberalismus beweise jedoch ihre Aussichtslosigkeit. Er bestritt das Vorhandensein von Reaktion im Reich wie in Preußen. Es handele sich hier um ein psychologisches Moment: „Die linksliberalen Parteien brauchen die Reaktion so notwendig wie das Zentrum die Fiktion der Gefährdung der katholischen Religion. Es ist ein Schlachtruf zur Sammlung, ohne den sie nicht sein können.“[42]

Eichhorn bezeichnete die jeweiligen Differenzen zwischen Nationalliberalen, Freisinn und Demokratie als „unüberbrückbare Verschiedenheiten“. Schließlich räumte er die Möglichkeit eines Zusammengehens im Einzelfall ein, beteuerte jedoch zugleich die Notwendigkeit des Bündnisses mit den konservativen Parteien. „Man muß nicht Politik nach Prinzipien treiben wollen, sondern nach der praktischen Lage der Dinge.“[43] Kulemann entgegnete ihm mit einer weiteren Schrift.[44]

Im Mai 1905 beschloß der Zentralausschuß der Freisinnigen Volkspartei eine Resolution, in der die „Wahrung der eigenen politischen Selbständigkeit“ als Voraussetzung für eine Verständigung betont wurde. Der Parteitag im September in Wiesbaden löste durch seine Resolution über die Stellung zu anderen Parteien erneute Auseinandersetzungen im liberalen Lager aus. Er erklärte sich für ein Zusammengehen mit anderen liberalen Gruppen, jedoch das „Zusammenwirken mit nationalsozialen Elementen für eine politische Unmöglichkeit“. Damit wurden zugleich Barth und die Führung der Freisinnigen Vereinigung brüskiert.

Schrader wies diese anmaßende Klassifizierung der Mitglieder der Vereinigung in einer Erklärung, die er in der Form eines Schreibens an Naumann abgab, zurück. In redaktionellen Hinweisen empfahl Barth Weinhausen eine abfällige Beurteilung des Parteitages in der „Nation“. Dort berichtete man beiläufig über den Wiesbadener Parteitag und betonte im Hinblick auf diese Resolution, daß deutlich werde, wer an der „allseitig beklagten heutigen Zersplitterung des Liberalismus die Schuld trägt“.

---

40 *Kulemann, W.,* Der Zusammenschluß der Liberalen, S. 57.

41 *Haas, Ludwig,* Die Einigung des Liberalismus und der Demokratie, Frankfurt a. M. 1905, S. 16 (Flugschriften der Deutschen Volkspartei, Nr. 8).

42 *Eichhorn, Konrad,* Der ‚Zusammenschluß der Liberalen‘ oder ‚die Einigung des Liberalismus und der Demokratie‘, Berlin 1905, S. 7.

43 Ebenda, S. 15.

44 *Kulemann, W.,* Die Lage des Liberalismus, Dresden 1906.

Der Beschluß stieß auch innerhalb der Freisinnigen Volkspartei auf Ablehnung oder wurde in der Arbeit lokaler Vereine nicht berücksichtigt. Das galt insbesondere für Süddeutschland, wo der Verein der Fortschrittspartei in Frankfurt a. M. – der Lokalverein der Freisinnigen Volkspartei- in einer Resolution am 14. Oktober 1905 Protest gegen diese Entscheidung erhob und erklärte: „Der Verein, getreu seiner Vergangenheit, wird alles aufbieten, um durch taktisches Zusammengehen mit allen Linksliberalen, einschließlich der Nationalsozialen, die Stärkung des Gesamtliberalismus überall zu fördern.“[45] Die Wiesbadener Resolution blieb ohne nachhaltige Wirkung, da die Anpassung der Nationalsozialen sowie die Annäherung der linksliberalen Parteien der alten Gegnerschaft den Boden entzog.

Seit der offenen Krise zwischen beiden Volksparteien um 1903 kam es somit zu einer weiteren Annäherung der Vereinigung und der Süddeutschen Volkspartei. Im September 1905 nahm Barth zeitweilig am Parteitag der Deutschen Volkspartei teil und schlug für „Die Nation“ vor, „unseren süddeutschen Freunden eine gute Note zu geben“. Außerdem führte er Gespräche mit Payer, Haußmann u. a. Im Januar 1906 wurde Barth vom Frankfurter demokratischen Verein zu einer Wahlrechtskundgebung eingeladen. Dabei hat er in Frankfurt „mit den leitenden Männern der Frankfurter Zeitung intimere Beziehungen angeknüpft“ und seine Bereitschaft zur Mitarbeit an der Zeitung erklärt.

Nachdem im Februar 1906 der Delegiertentag der Freisinnigen Vereinigung das auf Veranlassung von Barth „aus der Parteischublade“ herausgeholte „Frankfurter Mindestprogramm“ als Entschließung zur Einigung angenommen hatte, wurde es im September 1906 auch von der Deutschen Volkspartei einstimmig beschlossen. In einem Brief vom 4. Oktober 1906 schrieb Barth, daß die Methode der vollendeten Tatsachen gegenüber der Freisinnigen Volkspartei richtig sei. „Wir müssen jetzt, wie ich glaube, versuchen, rasch eine neue, weiter vorgeschobene Position zu nehmen.“[46]

In den Jahren 1905/06 zeichnete sich die reaktionäre Tendenz in den realen Schritten der Annäherung der liberalen Parteien immer deutlicher ab. Die Russische Revolution von 1905/07, die großen Streikaktionen in Deutschland, die das liberale Bürgertum erschreckten, der chauvinistische Rummel um den südwestafrikanischen Krieg und die Marokkokrise trieben es in die Arme der Reaktion. Die Entwicklung der linken bürgerlichen Parteien mußte auch den politischen Charakter ihrer Annäherung bestimmen. „Die beiden Richtungen des Freisinns könnten sich nunmehr getrost wieder vereinigen, da ja durch Bekehrung der Richterschen Volkspartei zum Marinismus und zur Weltmachtpolitik jede trennende Schranke gefallen ist. Wahrscheinlich wird eine solche Wiedervereinigung auch in nicht zu ferner Zeit erfolgen.“[47]

Hinsichtlich des Verhältnisses zur Sozialdemokratie kamen alle Gruppen des Linksliberalismus der Position der Freisinnigen Volkspartei entgegen. Auf dem Delegiertentag der Freisinnigen Vereinigung im Februar 1906 erläuterte Naumann den Kompromißcharakter der Einigungsresolution. Er bewies, daß die Kompromißformel zum Militarismus die Unterstützung der Aufrüstung keineswegs beschränke. In den Worten „möglichste technische Vervollkommnung des Heerwesens“ liege „ein ganz positives Programm“.

Am 27. März 1906 veröffentlichte die „Vossische Zeitung“ die Zuschrift eines „hervorragenden Mitgliedes“ der Freisinnigen Vereinigung zum Einigungsthema. Alle Liberalen bedauerten die gegebene Zerrissenheit. Nicht Richter sei, sondern sachliche Differenzen seien die Ursache dafür gewesen. „Als hoffnungslos fehlgeschlagen ist anzusehen der Versuch eines Teiles der Freisinnigen Vereinigung unter Barths Führung, mit Hilfe der Nationalsozialen dem Liberalismus ein solches Programm zu geben, daß unter Verzicht auf die Nationalliberalen ein näheres Verhältnis zu den Sozialdemokraten gewonnen und die eigentliche Linke durch gegenseitige Unterstützung zu größerer Macht gelangen könne.“[48] Die Nationalliberalen und die Freisinnige Volkspartei sowie die einflußreichsten Wahlkreise der Vereinigung seien gegen diese Konzeption. Die Erfolge der Sozialdemokratischen Partei

---

45 *Zit. nach Kulemann, W.,* Die Lage des Liberalismus, S. 47.
46 DZA Potsdam, Nachlaß C. Aldenhoven, Nr. 1, Bl. 165, 166.
47 *Vorwärts* v. 10.11.1905.
48 *Vossische Zeitung* v. 27.3.1906.

hätten die Aussichtslosigkeit dieser Hoffnungen gezeigt. Durch die Russische Revolution wären die Gegensätze zur Sozialdemokratie vertieft worden. Aber ein anderer Weg sei möglich und notwendig: „Die Nationalliberalen sind der Annäherung auf gemeinsamer liberaler Grundlage viel zugänglicher als damals. Die Heeres- und Flottenfragen haben manches von ihrer Schärfe verloren.“[49] Dieser Artikel fand größeren Widerhall in der Presse, denn er entsprach der Stimmung weitester Kreise des Freisinns. Die „Freisinnige Zeitung“ konstatierte genugtuend ihre Sympathien mit den „Grundgedanken dieses Artikels.“

Zu den anschaulichsten Beweisen für die antinationale und antidemokratische Grundtendenz der liberalen Annäherung gehört das Streben nach Einbeziehung der Nationalliberalen, das nunmehr besonders von der Freisinnigen Volkspartei ausging. Deutlicher ließe sich die seit 1893 erfolgte Wandlung kaum kennzeichnen, die eine logische Folge der feindseligen Politik der Richterschen Partei gegenüber der Arbeiterbewegung darstellte. Ende der neunziger Jahre waren es noch die Ideologen der Freisinnigen Vereinigung gewesen, die gegen die Betonung der Differenzen in Militärfragen und für ein Zusammengehen mit den Nationalliberalen eintraten.

Von Barth ging eine entschiedene Ablehnung jeglichen engeren Bündnisses mit den Nationalliberalen aus. Das hätte die Pläne gegenüber der Sozialdemokratie illusorisch gemacht. Im Mai 1905 charakterisierte Barth anläßlich des Dresdener Parteitages der Nationalliberalen einige der reaktionären Züge ihrer Politik und wandte sich gegen die Vorstellung, „als ob die Zeit für einen Block der Liberalen gekommen sei, an dem auch die Nationalliberalen als Gesamtpartei Anteil nehmen könnten“. Das sei höchstens bei einem allgemeinen Rechtsabmarsch des Liberalismus möglich. „Ich bestreite nicht, daß es auch freisinnige Kreise gibt, deren wachsende Abneigung gegenüber der Sozialdemokratie die Hinneigung nach rechts bedenklich verstärkt hat.“[50]

„Die Nation“ registrierte alle publizistischen und politisch-taktischen Ausfälle der Nationalliberalen gegen den Freisinn. Ende Juli 1906 stellte sie fest, daß das Verhalten der Parteien mit jeder Nachwahl konfuser wurde. „Die abderitische Idee eines Kartells der sogenannten bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie wird in den öffentlichen Diskussionen noch immer so behandelt, als ob sie lebensfähig wäre.“[51] Zum gleichen Thema bemerkte Barth im September 1906, daß bei den Einigungsdebatten der Liberalen ein Gegensatz entstanden sei „zwischen denen, die alles zusammenfassen wollen, was sich liberal *nennt,* und denen, die nur das zusammenfassen wollen, was wirklich liberal *ist*“.[52] Er erläuterte die Gegnerschaft zu einem nationalliberal-freisinnigen Kartell, das den Liberalismus nicht stärke. Sollte das Kartell seine Hauptaufgabe im Kampf nach links sehen, dann gingen alle Ergebnisse auf Kosten des entschiedenen Liberalismus.

Die Freisinnige Volkspartei hatte sich mit einer vorrangig antisozialistischen Politik, der Gegnerschaft zur Barth-Naumannschen Strömung und dem Abgehen von der oppositionellen Haltung zur Aufrüstungs- und Eroberungspolitik, den Nationalliberalen angenähert. Der Tod Eugen Richters am 10. März 1906 begünstigte diese Wandlung, die seit Jahren herangereift war. Seit Sommer 1904 hatte sich Richter aus gesundheitlichen Gründen bereits aus der aktiven parlamentarischen sowie von der publizistischen und Führungstätigkeit zurückgezogen. Wahlvereinbarungen hatte es bereits früher mit den Nationalliberalen gegeben. Neu war jetzt die Herausbildung einer weitgehenden politischen Gemeinsamkeit, die die Grundlage eines umfassenden ‚liberalen‘ Zusammenschlusses werden sollte.

Bei den preußischen Landtagswahlen 1903 war es bereits zu einem umfassenderen Zusammengehen der Freisinnigen Volkspartei und der Nationalliberalen Partei gekommen. „Störenfriede dagegen sind diejenigen um Naumann und Barth ...“, behauptete die „Freisinnige Zeitung“ am 29. März 1905. Wie der Nationalliberale Eichhorn äußerte sie später, daß in den Einigungsdebatten angeblich Sozialismus, Demokratie und Liberalismus durcheinandergeworfen würden. Unklare demokratische und

---

49 Ebenda.

50 *Barth, Theodor,* Der Ruck nach rechts, in: Die Nation, Jg. 22, Nr. 35 v. 27.5.1905, S. 546 f.

51 *Die Nation,* Jg. 23, Nr. 43, v. 28.7.1906, S. 674; s. auch die Auseinandersetzung von Barth mit diesem Problem, ebenda, Nr. 44 ff.

52 *Barth, Theodor,* Name und Sache, in: Die Nation, Jg. 23, Nr. 50 v. 15. 9. 1906, S. 787 f.

sozialistische Prinzipien sollten danach den Liberalismus ersetzen. Auf dem Wiesbadener Parteitag war die Rücksicht auf die Nationalliberalen ein Motiv zur Brüskierung der Nationalsozialen. „Ein Block aus Freisinn und Sozialdemokratie erscheint ... ebenso unnatürlich wie gefährlich. Ob seine Verfechter das fühlen?“ – schrieb der „Börsen-Courier“ und forderte die Annäherung an die Nationalliberalen.[53]

In dieser Situation legten Barth und Naumann nochmals ihre Anschauungen über die „Erneuerung des Liberalismus“ dar.[54] Die Darlegungen Barths waren politisch schärfer und konsequenter gefaßt. Er bezeichnete den „Liberalismus der Nationalliberalen“ als eine bloße Fiktion und eine Zusammenfassung der „sogenannten bürgerlichen Parteien“ als ein Harakiri für den Freisinn. Naumann erklärte, daß es nicht gegen „den Nationalliberalismus als solchen“ ginge, er vielmehr ein Bestandteil der liberalen Einigung sein könne, soweit er noch einen liberalen Kern habe. Diese inkonsequente Stellungnahme lag bereits auf der politischen Linie des späteren parlamentarischen Blocks. Die Schrift steht äußerlich am Ende der politischen Gemeinsamkeit von Barth und Naumann und der nach ihnen benannten ideologischen und taktischen Strömung im deutschen Liberalismus. Barth bewährte sich in den folgenden Jahren des Niedergangs des Liberalismus, den letzten Jahren seines Lebens, bei aller Widersprüchlichkeit und Erfolglosigkeit als politischer Charakter, der bestimmten freiheitlich-rechtlichen Ideen der früheren liberalen Bestrebungen treu blieb. Naumann erwies sich dagegen bei aller Eigentümlichkeit der Anschauungen als eine opportunistische Natur, die sich veränderten Bedingungen auch unter Aufgabe vorher proklamierter Leitsätze anpaßte. In diesem Sinne war er möglicherweise die „facettenreichste Figur der sogenannten ‚Wilhelminischen Epoche‘“ als die ihn Heuss – natürlich in apologetischer Sinngebung – bezeichnet hat.

Am 10. und 11. November 1906 tagte in Frankfurt a. M. eine Konferenz der freisinnigen Parteien und der Deutschen Volkspartei. Sie wurde zum bedeutendsten Schritt in Richtung auf den Zusammenschluß seit 1893 und leitete zur Vereinigung in die Fortschrittliche Volkspartei 1910 über. Der ursprünglich führende Kopf in der vorbereitenden Phase war Barth, obwohl die Konferenz offiziell von der Deutschen Volkspartei ausging. Barth strebte die Fortsetzung der Politik der vollendeten Tatsachen gegenüber der Freisinnigen Volkspartei an, um ihren politischen Einfluß auf den Zusammenschluß herabzusetzen. Er bereitete die Aktion durch einen umfassenden Briefwechsel und die Ausnutzung seiner vielfältigen persönlichen Verbindungen vor. Auch arbeitete er „bereits einen Statutenentwurf für einen gesamtliberalen Verband“ aus, „der sich über den einzelnen Parteien wölben sollte wie das Reich über den Einzelstaaten“.[55] Es wurden Adressen von etwa 1000 Mitgliedern der 3 Parteien und nahestehenden Persönlichkeiten gesammelt, an die die Einladung zu diesem Einigungskongreß ergehen sollte. „Der Gärungsprozeß im deutschen Liberalismus, der schon so manches Jahr anhält, nähert sich, wie es scheint, seinem Ende. Wird ein guter, kräftiger Wein entstehen oder ein schales Gesöff, das nur dazu taugt, in den nächsten Rinnstein gegossen zu werden?“[56]

Inzwischen hatten sich die Veranstalter der Deutschen Volkspartei im Gegensatz zu Barths Konzeption mit der Leitung der Freisinnigen Volkspartei in Verbindung gesetzt. Sie waren zu der Überzeugung gekommen, daß die konsequente Unterstützung des Barthschen Vorgehens einen Anschluß der Masse der Freisinnigen Volkspartei unmöglich machte. Außerdem waren die meisten in höherem Maße als Barth zu Zugeständnissen an diese nunmehr konservativste Fraktion des Linksliberalismus bereit.

Der Zentralausschuß der Freisinnigen Volkspartei, der am 27. und 28. Oktober 1906 tagte, sprach sich für ein Zusammengehen aus und betonte erneut die Wahrung der politischen Selbständigkeit der einzelnen Parteien. Die in Frankfurt vorgesehene Tagung biete keine Gewähr für einen Erfolg, zumal es zwischen den Parteileitungen keine Absprachen gäbe. „Der Zentralausschuß richtete deshalb an den Engeren Ausschuß der Deutschen Volkspartei die dringende Bitte, von der Einberufung *dieser*

---

53 *Berliner Börsen- Courier* v. 6.9.1906.

54 *Barth, Theodor/Naumann, Friedrich,* Die Erneuerung des Liberalismus. Ein politischer Weckruf, Berlin 1906.

55 DZA Potsdam, Nachlaß C. Aldenhoven, Nr. 1, Bl. 167-169.

56 *Barth, Theodor,* Gleiches Wahlrecht und billige Nahrung! in: Die Nation, Jg. 24, Nr. 4. v. 27.10.1906, S. 51 f.

Versammlung Abstand zu nehmen und zunächst die zur Führung der Geschäfte berufenen Vertretungen der Parteien oder Delegierte der Fraktionen zu einer vertraulichen Beratung zusammenzuberufen wegen Herbeiführung eines gemeinsamen Vorgehens der drei linksliberalen Parteien bei den nächsten Wahlen."[57]

In einem Brief an Aldenhoven vom 30. Oktober 1906 äußerte Barth seine Verärgerung über die veränderte Lage. Er mokierte sich über die „diplomatische Ängstlichkeit" der Frankfurter. Oeser hatte ihm mitgeteilt, daß man auf das Verlangen der Freisinnigen Volkspartei eingehen wolle. „Der ganze Plan ist natürlich damit ins Wasser gefallen. Die Unfähigkeit des liberalen Bürgertums zu irgendeiner wirklichen Tat ist einmal wieder klar erwiesen, und ich bin in einer Stimmung, daß ich am liebsten den ganzen Kram liquidieren und mich einfach in die Loge zurückziehen möchte, wo die Spötter sitzen."[58] Naumann äußerte zwei Tage später in einem Schreiben an Traub seine Skepsis und erhoffte sich eine Erfolgsaussicht nur noch durch „einen starken Druck im Sinne der liberalen Einigung" von außen. Er verriet nicht, woher er diesen Druck erwartete.

Am 10. und 11. November 1906 fand die Tagung der drei linksliberalen Parteien in Frankfurt a. M. in der von der Freisinnigen Volkspartei geforderten Form statt. Jede Partei war durch eine zehnköpfige Delegation vertreten, der jeweils die führenden Funktionäre angehörten. Die Verhandlungen und das Ergebnis wurden vom Kompromiß mit dem vorwiegend antisozialistisch orientierten Flügel des Freisinns bestimmt. Die Vertreter der Freisinnigen Volkspartei leisteten weitergehenden Forderungen, eine Annäherung auf der Grundlage des „Frankfurter Mindestprogramms" herbeizuführen, Widerstand. Es kam zu einem einstimmig angenommenen Kompromißbeschluß. Dieser legte das Zusammengehen in den nächsten Reichstagswahlen, die Bildung eines gemeinsamen Ausschusses von Vertrauensmännern und einen zu einem späteren Zeitpunkt zu verabschiedenden Aufruf an die liberale Mitglieder- und Wählerschaft zum Zusammenwirken fest. Der eingesetzte Ausschuß sollte die Berufung einer größeren Versammlung nach Frankfurt a. M. vorbereiten.

Barth sah seine Befürchtungen bestätigt. An Aldenhoven schrieb er wenige Tage nach Frankfurt, Naumanns Auslassungen in der „Hilfe" berührten ihn politisch unangenehm. „Ich selbst gehe nicht in den Einigungsausschuß hinein, das steht jetzt bei mir fest. Ich will mir die völlige Bewegungsfreiheit erhalten. Im Hintergrunde des Bewußtseins taucht bei mir auch der Gedanke auf, ob die Idee einer Einigung mit den volksparteilichen Philistern nicht überhaupt eine politische Verirrung ist, eine Vereinigung im Rinnstein."[59]

Schrader bezeichnete in einem Brief an Naumann das Ergebnis von Frankfurt als einen „Fehlschlag aller größeren Hoffnungen". Wenn Naumann die Sache günstiger ansähe, so möge er recht haben. Naumann bejahte tatsächlich die reaktionäre und für die bürgerliche Demokratie verhängnisvolle Grundtendenz in der Annäherung im Linksliberalismus.

Einen Monat später entstand eine politische Situation, die diesen reaktionären Charakter des linksliberalen Zusammenschlusses als Produkt eines jahrelangen politisch-ideologischen Zersetzungsprozesses offenbar werden ließ.

---

57 *Vossische* Zeitung v. 29.10.1906.
58 DZA Potsdam, Nachlaß C. Aldenhoven, Nr. 1, Bl. 167-169.
59 Ebenda, Bl. 170, 171.

VI. Kapitel
Der Linksliberalismus im konservativ-liberalen Block (1906-1909)

1. Der Übergang zum konservativ-liberalen Block (Dezember 1906-Februar 1907)

Die Reichstagsauflösung vom 13. Dezember 1906 wurde nicht nur von sozialdemokratischer Seite, sondern auch von den weitsichtigsten Ideologen der liberalen Bourgeoisie als Vorwand zur Verschleierung der tiefergehenden reaktionären Bestrebungen, die die regierenden Kreise zu diesem Schritt geführt hatten, begriffen. Diese Einsicht ergab sich aus der Analyse der bisherigen Politik der herrschenden Schichten und wurde durch die Eile Bülows bestätigt. „Die politische Konfusion ist Trumpf." Das stellte Barth zwei Tage nach der Auflösung fest. „Kann man im Ernst glauben, daß die Frage, die den unmittelbaren Anlaß zur Auflösung gegeben hat, auch den Wahlkampf beherrschen wird? Ist es denkbar, daß sich die Majorität ... auch im Wahlkampfe zusammenfinden wird? Diese vereinzelte Kolonialfrage trennt das Zentrum und die Konservativen, aber hundert andere wichtige Fragen, die ganze politische Grundanschauung verbindet die Rechte mit dem Zentrum. In dieser *einen* Frage haben die Sozialdemokraten anders gestimmt als der Freisinn, aber in zahllosen, sehr viel bedeutsameren Fragen stimmten sie zusammen."[1] Eine Woche später stellte er befriedigt fest, daß wenigstens die Redakteure einiger liberaler Blätter, darunter die „Frankfurter Zeitung", das „Berliner Tageblatt" und die „Berliner Volkszeitung", einen kühlen Kopf behielten. Tatsächlich konnte das von der Masse der freisinnigen Politiker, Ideologen und Zeitungen nicht mehr gesagt werden, die kritiklos die chauvinistischen Parolen der Reaktion übernahmen. Mehring bemerkte dazu, daß sich der Freisinn der Regierung zu allerlei Heldentaten anböte und damit sein letztes bißchen Kredit in den Volksmassen verspielen würde.

Die geschichtlichen und klassenmäßigen Ursachen und Motive der mit der Reichstagsauflösung und der Orientierung auf die Bildung eines konservativ-liberalen Blocks seitens der regierenden Kreise verfolgten Politik waren erstens die machtvolle Entwicklung der Arbeiterklasse und ihrer Partei sowie die bisherige Ohnmacht der durch innere Interessen- und Machtkämpfe zerklüfteten bürgerlich-junkerlichen Klassen und Parteien gegenüber diesem Prozeß, zweitens die durch eine Vielzahl von innen- und außenpolitischen Faktoren und Ereignissen im Herbst 1906 entstandene Krisis, in der sich die von Bülow geleitete Regierung einer offenen Verschärfung ihres Gegensatzes zu den Volksmassen und einer zunehmenden Isolierung seitens der reaktionärsten Kräfte gegenübersah und drittens die innerhalb des Linksliberalismus und besonders in seiner stärksten Teilgruppe – der Freisinnigen Volkspartei – vor sich gegangene Wandlung.

Die Krise vom Herbst 1906 verstärkte alle auf den reaktionären Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien wirkenden Faktoren und zwang die Regierung, wirksame Schritte zur Festigung des politischen Regimes zu unternehmen. Die früher mit der Miquelschen Sammlungspolitik verfolgten volksfeindlichen und antinationalen Ziele der herrschenden Klassen nach innen und außen sollten nun mit einem der veränderten Situation des Klassen- und Parteienkampfes entsprechenden bürgerlichen Zusammenschluß gegen die Sozialdemokratische Partei erreicht werden. Die Veränderung der Bülowschen gegenüber der Miquelschen Strategie äußerte sich vor allem in dem Bemühen um die Einbeziehung der bürgerlichen Linken, deren bisherige Entwicklung dieser Tendenz entgegenkam. Der liberale Philister sei nicht immun gegen den Hurrapatriotismus, stellte Mehring fest. „Aber darauf, daß er sich immer wieder einfangen läßt, wenn zur Jagd gegen die Schwarzen und Roten geblasen wird, beruht die letzte Hoffnung der Regierung, mit halbwegs heiler Haut aus dem Abenteuer zu kommen, in das sie sich mit der Auflösung des Reichstags gestürzt hat, und wenn man nach der bisherigen Taktik des Freisinns urteilen darf, so scheint ihr nicht jede Aussicht eines Erfolges zu fehlen."[2]

Die Linie zum umfassenden bürgerlichen Zusammenschluß zeichnete sich seit Jahren ab. Sie wurde in dem Maße politisch wirksam, in dem die Voraussetzungen für ihre Verwirklichung – objektiv wie subjektiv – heranreiften, und setzte sich unterschiedlich und durchaus widersprüchlich durch. Sie war die Grundkonzeption, die Bülow seinen fortgesetzten flachen Plänkeleien gegen die Sozialdemokra-

---

1 *Barth, Theodor,* Die improvisierte Reichstagsauflösung, in: Die Nation, Jg. 24, Nr. 11 v. 15.12.1906, S. 163.

2 *Mehring, Franz,* Die Auflösung des Reichstages, in: Die Neue Zeit, Jg. 25, Bd. 1, Nr. 12 v. 18.12.1906, S. 386.

tie zugrunde legte und die er durch scheinliberale Züge in seinem politischen Wirken durchzusetzen suchte. In der politischen Praxis wurde bei Nach- und Stichwahlen diese Konzeption seit Jahren praktiziert. In der liberalen Presse aller Färbungen waren diese Ideen einer bürgerlichen Einigung immer wieder erörtert und ob ihrer Möglichkeiten und Aussichten analysiert worden. Von vornherein konnte ein solcher Zusammenschluß nur relative Bedeutung und Stabilität haben. Es gab keinen Weg für eine echte Aussöhnung innerhalb der herrschenden Klassen, da die objektiven Widersprüche und die Interessengegensätze nicht aufgehoben werden konnten. Ein solcher Zusammenschluß mußte stets auf Kosten aller progressiven Bestrebungen gehen. So war im linksliberalen Lager die Stellung zum Zusammengehen der „Ordnungsparteien" zu einem Gradmesser der Bereitschaft zum Kampf gegen die Reaktion und für freiheitlich-fortschrittliche Ziele geworden.

In den letzten Jahren und Monaten wurden nur noch von Kreisen um Barth und von Blättern wie „Frankfurter Zeitung" die Bestrebungen zu einer solchen Politik angegriffen und ihre Gefährlichkeit für die liberalen Forderungen enthüllt. Barth hat immer an seiner kompromißlosen Haltung gegenüber dem konservativen Junkertum festgehalten und dabei ebenso das Zentrum als zuverlässige Stütze der Reaktion angegriffen. Er und andere wandten sich unermüdlich gegen die Parolen eines „bürgerlichen" Zusammenschlusses. Natürlich ergab sich diese Haltung auch aus dem Bestreben eines Zusammengehens mit der Sozialdemokratie auf der Grundlage gemeinsamer bürgerlich-demokratischer Forderungen und Ziele. Im Mai 1904 hatte sich Barth scharf gegen die reaktionäre Rolle der Konservativen und des Zentrums gewandt. Er polemisierte gegen den Ruf, „daß jeder brave Deutsche sich zusammentun müsse mit den uneigennützigen Reaktionären ... Man fordert uns auf, eine große Ordnungsliga zu bilden, bei der auch wir Liberalen gewürdigt werden sollen, eine große Rolle zu spielen, aber allerdings einstweilen nur die Rolle eines Schleppenträgers – das ist für manchen bescheidenen Ehrgeizigen auch schon etwas."[3] Die Verwirklichung dieses Planes würde das Volk in zwei Teile zerreißen. 1906 bezeichnete Barth ein Zusammengehen mit den rechten Parteien als ein Harakiri für den Freisinn. Selbst Naumann erklärte noch: „Wir bekämpfen das Bündnis mit den Konservativen und Klerikalen, weil es der Tod der Gesinnung ist, von der wir das Wiederaufstehen des Liberalismus hoffen."[4] Ein paar Monate später entschied er sich doch für dieses Bündnis. Auch die „Frankfurter Zeitung" hatte es im April 1906 als einen Gedanken von „grotesker Komik" bezeichnet, wenn die Linke aufgefordert würde, neben den rechten Parteien in die Mehrheit einzutreten. Ebenso hob Gothein in einem Vortrag Anfang Dezember 1906 den Gegensatz zu den Nationalliberalen hervor und wandte sich wenig später gegen eine Bindung der freisinnigen Parteien an der Minderheit vom 13. Dezember. Jedoch wurden solche Stimmen im bürgerlichen Lager immer seltener und, wie sich zeigen sollte, wirkungsloser.

Mit der Verbesserung der Voraussetzungen für einen breiten bürgerlichen Zusammenschluß seit den Zolltarifkämpfen und nach dem sozialdemokratischen Wahlsieg von 1903 verstärkte Bülow, gestützt auf den staatlichen Apparat und die ihm nahestehenden Kreise in den reaktionären Parteien, seine Anstrengungen. Angesichts des Ergebnisses der Reichstagswahl von 1903 war er von der Notwendigkeit überzeugt, „im passenden Augenblick eine Reichstagsauflösung herbeizuführen, um einen besser zusammengesetzten Reichstag zu erhalten".[5]

In einem vertraulichen Schreiben zu einer Reichstags-Nachwahl im Herbst 1904 forderte Bülow, „mit allen Mitteln auf die Einigung der bürgerlichen Parteien" hinzuwirken. Er sei mit jedem Kandidaten einverstanden, der von den „Ordnungsparteien" akzeptiert und unterstützt würde. Und am 25. Januar 1906 erklärte Bülow im preußischen Herrenhaus, daß die Sozialdemokratie ihren Einfluß ohne jegliche bürgerliche Unterstützung nie erreicht hätte. Es sei sogar zu Wahlbündnissen mit ihr gekommen, die er nur als „tiefbedauerliche Verirrungen" bezeichnen könne.

---

3 *Barth, Theodor,* Das Reichsschiff im Schlepptau von Zentrum und Konservativen! Vortrag geh. am 14. Mai 1904 auf dem Stuttgarter Verbandstag der süddeutschen Nationalsozialen, Berlin-Schöneberg 1904, S. 14; s. auch *derselbe,* Neue Aufgaben des Liberalismus, Berlin-Schöneberg 1904.

4 *Naumann, Friedrich,* Freiheitskämpfe, Berlin 1911, S. 66.

5 *Bülow, Bernhard Fürst v.,* Denkwürdigkeiten, Bd. 2, Berlin 1930, S. 7.

Tatsächlich kam es öfter zu sozialdemokratischen Niederlagen bei Nachwahlen, da sich die Arbeiterpartei immer häufiger einem Kartell von den Konservativen bis zum linken bürgerlichen Flügel gegenübersah. Der sozialdemokratische Parteivorstand wies in seinem Bericht an den Mannheimer Parteitag 1906 darauf hin, es müsse gerechnet werden, „daß alle Nichtsozialdemokraten gegen unsere Kandidaten stimmen werden". Die Wahrscheinlichkeit von Stichwahlerfolgen sinke immer mehr. In einem Schreiben aus der Reichskanzlei vom 29. September 1906 hieß es: „Exzellenz von Rheinbaben meinte heute in Anknüpfung an das gehorsamst beigefügte sozialdemokratische Zirkular Nr. 46, ob es nicht zweckmäßig sein würde, wenn schon jetzt von seiten der Regierung auf den ihr zu Gebote stehenden Wegen in der Presse ein Zusammenwirken der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie bei den Wahlen 1908 möglichst vorbereitet würde."[6] Bereits Ende Oktober wurde in der Reichskanzlei mit der Bildung des Komitees und Fonds „Patria" die Arbeit zur systematischen Bekämpfung der Sozialdemokratie in den zunächst für 1908 erwarteten Wahlen aufgenommen. Dix ist darin zuzustimmen, wenn er schreibt: „Die Blockpolitik *mußte* kommen, sie hätte den Leitstern der Neuwahlen auch dann bilden müssen, wenn sie in regulärer Weise erst 1908 stattgefunden haben würden."[7]

Die Reichstagsauflösung und was ihr folgte waren bei aller Plötzlichkeit kein zufälliges Ereignis, sondern ein Schritt zur Verwirklichung des Ziels der Reaktion, durch einen Zusammenschluß aller bürgerlichen Kräfte auf chauvinistischer und antisozialistischer Grundlage den Siegeszug der Sozialdemokratie zu stoppen und die politische Macht der herrschenden Klassen nach innen und außen zu festigen. Zufällig war lediglich der Anlaß für die Auflösung des Reichstags und die daraus entspringende Besonderheit, daß das Zentrum zeitweilig aus dem unmittelbaren Bündnis ausgeschlossen wurde.

Die Analyse der Vorgeschichte der Blockpolitik und ihrer geschichtlichen und klassenmäßigen Grundlagen führt zum Verständnis des reaktionären Charakters des konservativ-liberalen Blocks, der 1906 bis 1909 das politisch-parlamentarische Bündnis der bürgerlich-junkerlichen Parteien mit Ausnahme des Zentrums war. Er richtete sich gegen die Arbeiterklasse, ihre Partei, gegen die Interessen des Volkes, der Demokratie und der Nation und sollte eine Verständigung der ausbeutenden Klassen auf Kosten der ausgebeuteten Klassen ermöglichen, der Regierung eine parlamentarische Mehrheit auf chauvinistischer Grundlage und einen größeren Einfluß im Volk sichern. Die Blockpolitik richtete sich primär gegen die Sozialdemokratische Partei als führende Kraft des arbeitenden Volkes. Ihre anfängliche Gegnerschaft zum Zentrum war nur ein taktisches Manöver. Es ergab sich aus dem Anlaß der Reichstagsauflösung, sollte dem Freisinn den Anschluß nach rechts erleichtern und den bisherigen, der Regierung und den Rechtsparteien lästigen Druck seitens des eine parlamentarische Sonderstellung einnehmenden Zentrums beseitigen.

Bülow hat sich später ausführlich über die Motive und Ziele der Blockpolitik geäußert. Danach hielt er Konservatismus und Liberalismus als gleichermaßen berechtigt und notwendig für das politische Leben; dagegen die Zuspitzung der Parteiengegensätze für unpraktisch. Für die Parteien sei es heilsam, an der gesetzgeberischen Arbeit teilzunehmen. Die Blockpolitik hätte die Aufgabe gelöst, den Freisinn „für positive Mitarbeit auch in Wehr- und Kolonialfragen" zu gewinnen. „Als die Volkspartei bei den Abstimmungen über die Kolonialgesetze den Konservativen und Nationalliberalen zur Seite trat, sah ich die Möglichkeit einer neuen Mehrheitsbildung vor Augen. Es hätte meiner Überzeugung von der Ausgleichbarkeit der konservativ-liberalen Gegensätze, von dem Segen und dem erzieherischen Wert eines konservativ-liberalen Zusammengehens nicht bedurft, um mich diese Möglichkeit ergreifen zu lassen. Ich erfüllte meine Pflicht, als ich es tat. Nicht gegen das Zentrum als solches, sondern gegen das im Bunde mit der Sozialdemokratie in Opposition befindliche Zentrum wurde die Blockmehrheit gebildet."[8] Der Block sei aus den Erfahrungen von zwei Jahrzehnten gereift und bedeute den Sieg des „nationalen Gedankens" bei den letzten bürgerlichen Parteien. Eugen Richter hätte ihm kurz vor dem Ende seines politischen Wirkens den endgültigen Umschwung des Freisinns vorhergesagt. Die Unterstützung der Rüstungs- und Kolonialpolitik durch den Freisinn sei auch nach dem Zerfall des Block erhalten geblieben.

---

6 DZA Potsdam, Reichskanzlei, Reichstagswahlen, Nr. 1794, Bl. 7.

7 *Dix, Arthur, Blockpolitik.* Ihre innere Logik, ihre Vorgeschichte und ihre Aussichten, Berlin 1907, S. 28.

8 *Bülow, Bernhard Fürst v.,* Deutsche Politik, Berlin 1916, S. 224.

In einer „undatierten Aufzeichnung“, nach Gaertringen etwa vom Winter 1909/10, zog Bülow skizzenhaft eine Bilanz seiner Kanzlertätigkeit. Nach einer Aufzählung der nach seiner Meinung erreichten Erfolge schrieb er: „Was ich noch wollte: Verhältnis zu England und Flottenfrage regeln; 3-Kaiserbund erneuern ...; Ostmarkenpolitik fördern; Block noch 2 Jahre halten.“[9] Aus alledem geht klar hervor, wie wenig es den regierenden Kreisen um ihre nationalistischen Parolen ging, mit denen sie 1906/07 die kleinbürgerlichen Massen einzufangen suchten. Die demagogischen Ausfälle gegen das Zentrum dienten nur dem augenblicklichen taktischen Erfolg. Für ihre Urheber stand fest, daß der Platz des Zentrums prinzipiell an der Seite der nationalliberalen und konservativen Partei sowie der Regierung war.

Auch Eickhoff stellte später das Wesen dieses Blocks apologetisch dar. In seinen Aufzeichnungen, in denen er seine persönlichen Beziehungen zu Bülow betonte, schrieb er: „Und mochte man seiner Blockpolitik, die doch nur eine Politik des Übergangs von einer konservativ-reaktionären zu einer liberal-fortschrittlichen Politik war und sein sollte, auch noch so viel Übles nachsagen: Man wird dennoch nicht bestreiten können, daß sie zur Stärkung des liberalen Gedankens ganz wesentlich beigetragen hat.“[10] Dagegen wurde die Blockpolitik und ihre freisinnige Unterstützung von Oskar Klein-Hattingen und Hermann Schnell zwar nicht sehr tiefgründig, aber durchaus kritisch beurteilt. Natürlich fand die Blockpolitik ihre spätere Verurteilung nicht nur bei einigen liberalen Ideologen, sondern auch bei einigen Vertretern der äußersten Reaktion. Diesen erschien auf Grund ihrer junkerlichen Beschränktheit schon die Andeutung liberaler Zugeständnisse als das Vorspiel zum „Umsturz“. Außerdem wollten sie die Gegensätze während der Zolltarifkämpfe nicht vergessen.

a) Der Linksliberalismus zwischen Auflösung und Neuwahl des Reichstages

Am Tage nach der Auflösung des Reichstages trat der Geschäftsführende Ausschuß der Freisinnigen Volkspartei mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, in dem die Anhängerschaft zum sofortigen Beginn der Wahlvorbereitungen aufgefordert wurde. Wiemer hatte am 13. Dezember 1906 abends auf dem Parteitag der Freisinnigen Volkspartei in Berlin der Regierung die Dienste seiner Partei angeboten. Die Parteiführung war gewillt, die neue parlamentarische Situation, sei es auf Kosten bisheriger Grundsätze und Forderungen, auszunutzen. Wiemer beteuerte die Bereitschaft seiner Partei, „eine verständige Kolonialpolitik“ zu unterstützen. Er betonte, daß die Volkspartei in dem parlamentarischen Konflikt „durchaus auf seiten der Regierung und des Kolonialdirektors Dernburg“ stünde. „Meine Herren, wir werden einen scharfen und leidenschaftlichen Wahlkampf zu führen haben... Wie die Dinge liegen, richtet sich der *Kampf gegen das schwarz-rote Kartell*.“[11] In erster Linie gelte der Kampf der Freisinnigen Volkspartei der Sozialdemokratie. Damit war die Bereitschaft zu einem Übergang zur Regierungsminorität ausgedrückt. Die Parole des Kampfes gegen ein angebliches „schwarz-rotes Kartell“ sollte die Abkehr von der oppositionellen Politik dieser beiden Parteien in der Kolonialfrage bemänteln. Später trat diese Parole hinter der antisozialistischen Orientierung zurück.

Am 15. Dezember 1906 veröffentlichten die linksliberalen Parteien – gemäß den Frankfurter Vereinbarungen vom 11. November 1906 – ihren Wahlaufruf, in dem wiederum der „Kampf gegen die Übermacht des Zentrums“ als angebliche Hauptaufgabe gestellt wurde, durch den der Liberalismus einen seiner Bedeutung entsprechenden Einfluß erkämpfen sollte. „Es gilt, das Deutsche Reich zu einem modernen Verfassungsstaat auszubauen, die politische Freiheit zu schützen und die Wohlfahrt aller Volksschichten zu fördern.“[12] Gleichzeitig gingen jedoch die freisinnigen Führungskreise das Bündnis mit jenen gesellschaftlich-politischen Kräften ein, die diesen Zielen und den bisher darauf gerichteten liberalen Bestrebungen den entschiedensten Widerstand entgegengesetzt hatten.

---

9 *Gaertringen, Friedrich Freiherr Hiller v.,* Fürst Bülows Denkwürdigkeiten. Untersuchungen zu ihrer Entstehungsgeschichte und ihrer Kritik, Tübingen 1956, S. 33; s. auch S. 45. (Tübinger Studien zur Geschichte und Politik, Nr. 5.)

10 *Eickhoff, Richard,* Politische Profile, Dresden 1927, S. 118.

11 *Freisinnige Zeitung* v. 15.12.1906.

12 Zit. nach *Hillgers Wegweiser für die Reichstagswahl 1907,* Berlin-Leipzig o. J., S. 128 f.

Der nationalliberale „Hannoversche Courier“ trat am 16. Dezember 1906 mit dem Vorschlag eines Wahlkartells von Kanitz bis Barth hervor, der den sich abzeichnenden Tendenzen eines bürgerlichen Zusammenschlusses Rechnung trug. Die „Freisinnige Zeitung“ äußerte mit dem Hinweis auf den Gegensatz von konservativer und liberaler Staatsauffassung noch einen schüchternen Widerspruch. Gleichzeitig praktizierte sie in allen Fragen des Wahlkampfes die gleiche politische Linie. Ohne jede kritische Bemerkung veröffentlichte sie einen längeren Auszug aus dem konservativen Wahlaufruf und berichtete ausführlich über die Abkommen mit den reaktionären Parteien in den Wahlkreisen, besonders über den Verzicht von Nationalliberalen und Konservativen auf eigene Kandidaten zugunsten der Freisinnigen Volkspartei.

Die Entwicklung der Wahlbewegung ging über die wenigen Stimmen liberalen Protestes gegen diesen verhängnisvollen Weg hinweg. Zu diesen wenigen gehörte der Sozialliberale Verein zu Berlin, der in einer Versammlung am 13. Dezember 1906 erklärt hatte, daß die konservativ-klerikale Reaktion der Hauptgegner bleibe. Das wurde von Barth bekräftigt, der warnend schrieb, daß die Stellung des Freisinns in der entscheidenden Abstimmung an der Seite der Regierung nicht dazu verleiten dürfe, „aus dem Hurrapatriotismus Wahlerfolge ziehen zu wollen ... Wollte in dieser Krisis der Freisinn irgendeinem Teil der Reaktion Handlangerdienste leisten, so hätte er als politische Potenz ausgespielt. Wenn er in dieser Krisis sich dagegen als Hort demokratischer Ideen bewährt, so kann er der Mittelpunkt einer neuen Linken werden, die Deutschland auf der Bahn der politischen Entwicklung ein gutes Stück vorwärts bringt.“[13] Diese Haltung wurde nur von einzelnen liberalen Blättern und Persönlichkeiten unterstützt, von denen sich die Mehrheit in der Folgezeit der Blockpolitik anpaßte.

Barth zerpflückte die Parolen gegen das Zentrum, die freisinnigen Führern zur Rechtfertigung ihres Anschlusses an den Block dienen sollten. Mit reaktionären Karten könnten gegen das Zentrum keine Stiche g macht werden. „Die jetzige Reichstagsauflösung bezeichnet den Beginn einer Periode konstitutioneller Krisen, die viele Jahre umfassen und entweder in einem tiefen reaktionären Sumpf oder in einem wirklich modernen Konstitutionalismus enden wird.“[14] In Betrachtungen zum neuen Jahr legte er seine Anschauungen über die Alternative erneut dar. Ein bürgerlicher zielstrebiger Demokrat sei mehr wert als „ein Dutzend halbliberale Waschlappen, die sich mit Mühe und Not zu einem Reichstagsmandat hindurchlügen“.

Das „Berliner Tageblatt“ schrieb am 18. Dezember 1906, man sei in Regierungskreisen davon überzeugt, daß das Zentrum im bevorstehenden Wahlkampf nicht zerschmettert werden könne. Für die Liberalen sei dies erst recht ein Grund, gegen die gesamte Reaktion Front zu machen. Am folgenden Tag veröffentlichte das Blatt eine Stellungnahme Naumanns. An Hand einiger Berechnungen zur Reichstagswahl 1903 wies er nach, daß das Zentrum in seinen meisten Wahlkreisen nicht zu schlagen sei und in den übrigen Erfolgsaussichten nur im Zusammengehen mit der Sozialdemokratie gegen das Zentrum bestünden. Er kam zu der absurden Idee, Bülow sollte den Nationalliberalen eine Verständigung mit der Sozialdemokratie gegen das Zentrum nahelegen. Ein am gleichen Tag in der offiziösen „Süddeutschen Reichskorrespondenz“ an die Adresse der Linksliberalen gerichteter Artikel bewegte sich dagegen im Sinne Bülows auf der entgegengesetzten Linie. In ihm wurde erklärt, daß erfreuliche Anzeichen für die liberale Einigung „unter nationaler Flagge“ vorhanden wären. Bei der Sozialdemokratie, die mit ihrem Umsturz die konstitutionellen Freiheiten bedrohe, sei für die Liberalen kein Platz. „Im Bunde mit den anderen Parteien und auch mit der Regierung! Denn der Liberalismus kämpft diesmal unter Umständen, wo, um nicht mehr zu sagen, die Regierung auf jede antiliberale Beeinflussung der Wählerschaft verzichtet. Die Regierung hat ein aufrichtiges eigenes Interesse an der Erhaltung des bürgerlichen Liberalismus im Reichstage.“[15]

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ forderte am 22. Dezember zur „Vermeidung aller Gehässigkeiten“ zwischen den Parteien der Minderheit vom 13. Dezember 1906 auf, die sich in den Stich-

---

13 *Barth, Theodor,* Die improvisierte Reichstagsauflösung, a. a. O.

14 *Derselbe,* Für Leute mit kurzem Gedächtnis, in: Die Nation, Jg. 24, Nr. 12 v. 22.12.1906, S. 179 f.

15 *Süddeutsche Reichskorrespondenz* v. 19.12.1906.

wahlen rächen könnten. Allerdings fand die konservative „Deutsche Tageszeitung“ zwei Tage später, man müsse es sich zwar gefallen lassen, daß die Regierung dem Linksliberalismus ein wenig um den Bart ginge; dabei geschähe aber des Guten zu viel. Das Blatt nehme die Sache jedoch nicht zu tragisch, da es den „Zweck der Übung“ durchschaue.

Tatsächlich hatten die junkerlichen Kreise Anlaß, um ihre privilegierte Stellung in den staatlichen Spitzen beunruhigt zu sein, wenn sie sich von dem äußeren Eindruck leiten ließen. Seit der Reichstagsauflösung war zwischen der Regierung, vor allem zwischen Bülow und freisinnigen Parteiführern, ein enger persönlicher Kontakt entstanden. Unmittelbar nach der Reichstagsauflösung hatte sich Bassermann um eine Verständigung mit den linksliberalen Fraktionen zum gemeinsamen Vorgehen bei den Wahlen bemüht. In den folgenden Tagen kam es dann zum direkten Zusammenwirken von Regierung und Freisinn.

Die regierenden Kreise unternahmen alle Anstrengungen, den Block der „Ordnungsparteien“ endlich zustande zu bringen. Nach Bülows Auffassung kam es „darauf an, den Strom der nationalen Erregung und Begeisterung auf die politische Mühle zu leiten“. Am 14. Dezember 1906 teilte Loebell ihm mit, daß Bethmann Hollweg Bülows „Anschauungen über die Wahlpolitik in allen Punkten“ teile. An die Oberpräsidenten sei eine vorläufige Instruktion ergangen. Am gleichen Tage äußerte sich Posadowsky in einem Schreiben an Bülow über die Schwierigkeiten, die bei der Neuwahl durch die wirtschaftlichen und politischen Gegensätze zwischen Konservativen und Liberalen entstünden. Es sei außerdem damit zu rechnen, daß das Zentrum aus dem Wahlkampf ungeschwächt hervorgehen werde. Bei der Auswahl der Kandidaten seien schwere Fehler begangen worden. Alle amtlichen Stellen müßten die Regierung unterstützen.

Vom 14. Dezember 1906 waren auch die der Reichskanzlei von Ludwig Asch unterbreiteten „Vorschläge zur Führung des Wahlkampfes durch die Regierung“ datiert. Danach dürfe die Regierung nicht neutral bleiben und solle besonders durch Verhandlungen mit den Parteien und Einwirkung auf die Presse auf den Verlauf des Wahlkampfes Einfluß nehmen. Vom Bund der Landwirte bis zur Deutschen Volkspartei müsse eine geschlossene Phalanx geschaffen werden. „Die linksliberalen Parteien werden dadurch zu gewinnen sein, daß ihnen erstens Aussicht zu machen ist, daß künftighin bei der Besetzung von Verwaltungsstellen der Liberalismus stärker berücksichtigt werde als bisher und daß zweitens möglichst bald Erleichterungen der Grenzsperre durch die Vieheinfuhr zuzugestehen sind ...“[16] Bei konservativen Einwänden sei an deren evangelisches und nationales Empfinden zu appellieren. Die Verhandlungen mit den Parteien müßten sofort beginnen; sie seien unmöglich, wenn sich Konservative und Freisinnige im Lande erst bekämpften. Bei der Pressekampagne sollte die Regierung „... sich um das Geschrei über Wahlbeeinflussungen und dergleichen nicht kümmern“. Von ähnlicher Skrupellosigkeit waren die Instruktionen für das amtliche Eingreifen in die Wahlagitation diktiert.

Die Regierung verfuhr nach solchen Vorschlägen und Instruktionen. Am 15. teilte Karl Schrader der Reichskanzlei sein Erscheinen zur Audienz beim Kanzler am 19. Dezember 1906 mit. Zwei Tage danach unterrichtete Loebell Bülow über ein eingehendes Gespräch mit Schmidt-Elberfeld. „Er sieht die Lage für aussichtsvoll an, nachdem bereits zwischen der Freisinnigen Volkspartei und den Nationalliberalen in Preußen eine vollständige Verständigung erzielt sei.“[17] Schmidt-Elberfeld habe gebeten, daß die unteren Behörden durch das Ministerium des Innern zu einem größeren Entgegenkommen gegenüber den liberalen Parteien veranlaßt werden sollten. Er sei jederzeit bereit, zu kommen und empfahl als Vertreter die in Berlin ansässigen Wiemer und Fischbeck.

Ab 15. Dezember 1906 verhandelten die Konservativen, Freikonservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen über ihr Zusammengehen im Wahlkampf. Ludwig Asch übermittelte der Reichskanzlei die Aufstellung und von insgesamt 19 Wahlkreisen, die in Preußen vom Zentrum (7) bzw. von der Sozialdemokratie (12) erobert werden könnten. Er schlug die Einigung auf freisinnige Kandidaten als

16 DZA Potsdam, Reichskanzlei, Reichstagswahlen, Nr. 1794, Bl. 26.
17 Ebenda, Bl. 53.

die aussichtsreichsten für die Wahlkreise Berlin II und V, Stettin, Lennep-Mettmann, Rostock, Gotha und Konstanz vor. Einige Tage später forderte Asch in einer Denkschrift das Eingreifen der Regierung in Wahlkreisen, in denen die Kämpfe zwischen Liberalen und Konservativen andauerten, da sonst „der unglückliche Ausgang des ganzen Feldzuges gewiß“ sei.

Trotz der vor sich gehenden freisinnig-nationalliberal-konservativen Verbrüderung scheute sich die Leitung der Freisinnigen Volkspartei, dieses Bündnis offen zu proklamieren. Am 23. Dezember 1906 teilte Fischbeck der Reichskanzlei die ablehnende Haltung zu einem gemeinsamen Aufruf mit: „Nach eingehender Verhandlung im geschäftsführenden Ausschuß meiner Partei bin ich zu meinem Bedauern nicht in der Lage, Ihnen die Unterschrift eines freisinnig-volksparteilichen Parlamentariers zur Verfügung zu stellen. Unter meinen Freunden besteht allgemein die Befürchtung, daß die Veröffentlichung eines derartigen Aufrufs als Beweis für das Bestehen eines von der äußersten bürgerlichen Rechten bis zur äußersten bürgerlichen Linken bestehenden, geschlossenen Wahlblocks angesehen werden kann und daß daraus unerwünschte Folgerungen entstehen.“[18] Der Aufruf an sich wurde gebilligt. Die Partei war entschlossen, durch ein Doppelspiel möglichst zahlreiche Mandate zu erschleichen.

Am 22. Dezember 1906 veröffentlichte die „Deutsche Tageszeitung“ einen scharfen, gegen den Freisinn gerichteten Artikel. Der verantwortliche Redakteur wurde in der Reichskanzlei zur Rechenschaft gezogen. In den Berliner Wahlkreisen scheiterten gemeinsame Kandidaturen an der Ablehnung freisinniger Kandidaten jüdischer Konfession durch die Antisemiten. Es kam außerdem zu Differenzen, da sich die staatliche Bürokratie der traditionellen Schikanen gegen den Freisinn bei Wahlen oft nicht enthalten konnte. Diese den einheitlichen Wahlblock untergrabenden Vorkommnisse trug Wiemer Bülow am 24. Dezember 1906 vor. Entsprechend einer Aufforderung Bülows, teilte er an nächsten Tag Loebell schriftlich einige solcher Fälle mit, worauf sich die Regierungsstellen bemühten, den staatlichen Apparat ganz in den Dienst der Bülowschen Wahltaktik zu stellen.

Die Konsequenz des von der Regierung eingeschlagenen Weges erforderte die Ausnutzung aller gebotenen Mittel und Wege. Dazu gehörte auch der als *Komitee Patria* firmierte Wahlfonds, über dessen Ansammlung und Verwendung Zedlitz Bülow am 19. Dezember 1906 berichtete. Die Mittel seien nur gegen gemeinsame Gegner und vorzugsweise für die örtliche Wahltätigkeit bestimmt. „Dies geschieht am zweckmäßigsten durch Vermittlung der in Betracht kommenden Parteien, d. h. derjenigen, die in gemeinsamer Front zu schlagen bereit sind, also der beiden konservativen Parteien, der Nationalliberalen und der Freisinnigen Volkspartei.“[19] Die Kontrolle der Verwendung solle von der Reichskanzlei oder einem Ausschuß der vier Parteien vorgenommen werden. Die Verteilung erfolge nach dem Anteil im Reichstag, so daß etwa ein Sechstel an die Freisinnige Volkspartei käme. Der Reichskanzler solle selbst auf Zahlungen seitens der großen Industrie und des Handels Einfluß nehmen.

Inzwischen war die Leitung des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie in einem Schreiben vom 18. Dezember 1906 an den Reichskanzler mit dem Wunsch herangetreten, „die Reichsregierung möge zu den Wahlen noch eine besondere Botschaft an das Volk ergehen lassen.“ Bülow kam dieser Aufforderung mit dem als „Silvesterbrief“ bekannt gewordenen Schreiben an den Vorstand des Reichsverbandes nach. Der Reichskanzler wandte sich darin ausführlich und belehrend an den Freisinn. In Deutschland gäbe es keine einheitliche liberale Partei, die gewillt und fähig sei, „positive Politik“ zu treiben. „Jedenfalls haben es innere Uneinigkeit, negativer Doktrinarismus, Übertreibung der Prinzipien und Unterschätzung des praktisch Erreichbaren nicht zu dem vom Liberalismus erstrebten Einfluß auf die Regierungsgeschäfte kommen lassen. Erst im letzten Jahrzehnt hat sich darin manches geändert. Ich denke an Eugen Richters Kampf gegen die Sozialdemokratie, an die fortschreitende Überwindung der Manchester-Doktrin, vor allem an das wachsende Verständnis für große nationale Fragen. Manches wird noch zu lernen sein: Maßhalten, richtiges Augenmaß und Blick in die Nähe, Sinn für historische Kontinuität und reale Bedürfnisse.“ Die wirtschaftlichen Gegensätze

18 Ebenda, Bl. 127.
19 Ebenda, Bl. 172, 173.

sollten kein Hindernis sein. Das entscheidende Feld aller „nationalen Elemente“ sei der Kampf gegen die Sozialdemokratie. „Entgegen der leider in einigen liberalen Köpfen noch herrschenden Idee, daß die Reaktion im Reiche von rechts drohe und Seite an Seite mit der Sozialdemokratie zu bekämpfen sei, liegt nach meiner festen Überzeugung die wahre Reaktion oder die wahre Gefahr der Reaktion bei der Sozialdemokratie.“[20]

Die Genialität dieser Politik äußerte sich nach Mehring darin, daß Bülow in seinem Kampf gegen das parlamentarische Budgetrecht auf den Zulauf des Freisinns rechnete, in dessen Programm dieses Recht das A und O darstellte. „Es ist vielleicht der einzige Schimmer von Licht in dem Wahlaufruf des Reichskanzlers, daß er die verdummenden Wirkungen des Sozialistenhasses außerordentlich hoch einschätzt und den ‚steigenden Widerwillen gegen das sozialdemokratische Treiben‘ für einen tüchtigen Feldwebel hält, der den braven Freisinn zur willenlosen Hilfstruppe der Regierung gedrillt hat.“[21] Ob diese Rechnung aufginge, bliebe zunächst offen.

Der „Vorwärts“ bemerkte zum „Silvesterbrief“, daß damit die Regierung die liberalen Kulturkampfgelüste desavouiert und den Freisinn verhöhnt habe. Inzwischen war auch der südwestafrikanische Krieg zum Abschluß gekommen, und die chauvinistischen Parolen verloren ihren Sinn. Tatsächlich war aber von Bülow in seinem Schreiben die Spitze schon eindeutig gegen die Sozialdemokratie gerichtet worden. Er hob das später selbst hervor.

Die „Freisinnige Zeitung“ verhielt sich zunächst zurückhaltend. Aus dem Schreiben ginge nicht hervor, ob eine Änderung des herrschenden Kurses vorgesehen sei. Auch in Zukunft würde die Freisinnige Volkspartei Regierungsmaßnahmen, die nicht ihren Anschauungen entsprechen, „entschieden bekämpfen“. Das war charakteristisch für die Masse der liberalen Blätter, die längst hoffnungsvoll auf die staatlich geförderte Blockpolitik einlenkten, aber vor der Öffentlichkeit den Anschein selbständiger Entschließung wahren wollten. Barth war der Ansicht, daß Bülow dem Freisinn die Rolle des politischen Einfaltspinsels zuweise. Es gäbe keine Anzeichen für die kleinste materielle Konzession an den Liberalismus. Die beste Waffe gegen die Sozialdemokratie sei für den Freisinn der Kampf gegen die Reaktion. „Wenn der Freisinn dazu fähig wäre, nach den Rezepten des Bülowschen Manifestes zu handeln, so hätte er seine Existenzberechtigung als eine wirklich liberale Partei verwirkt.“[22] Und das „Berliner Tageblatt“ erklärte zu Bülows Manifest, daß der Liberalismus von dieser Regierung und diesem Reichskanzler nichts zu erwarten habe.

Die Mehrheit des Freisinns, insbesondere die Freisinnige Volkspartei, ließ sich jedoch von den regierenden Kreisen an die Seite der Reaktion drängen. Sie ging von der Hoffnung auf größere Wahlerfolge aus, die sie von der Unterstützung der rechten Parteien und bei der Mobilisierung der Masse der bisherigen Nichtwähler erwartete. Diese liberalen Kreise nahmen die Dienste des junkerlich-militaristischen Staatsapparates und verschiedener bisher bekämpfter Organisationen der militaristisch-imperialistischen Reaktion – wie des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie und des Flottenvereins – in Anspruch. Lediglich innerhalb der Freisinnigen Vereinigung behielt der Barthsche Flügel soviel Einfluß, daß diese Parteigruppe nicht bedingungslos jedem Wink der herrschenden Kreise folgte.

Unter dem Einfluß von dem Freisinn nahestehenden intellektuellen und kathedersozialistischen Kreisen entstand das Kolonialpolitische Aktionskomitee. Es führte am 8. Februar 1907 in der Berliner Musikhochschule eine Versammlung mit Dernburg durch, auf der Schmoller die Mobilisierung der über 3 Millionen Nichtwähler der letzten Reichstagswahlen als die entscheidende Stimmenreserve der Minderheitsparteien vom 13. Dezember 1906 bezeichnete. Bei einem Festessen des Aktionskomitees trat Bülow am 19. Januar 1907 vor einem kleinen Kreis von Intellektuellen auf, um hier erneut seine chauvinistische Wahlparole zu verkünden. Dernburg hatte inzwischen auf einer großen Agitationstour am Zustandekommen der konservativ-liberalen Paarung gearbeitet.

---

20 *Vorwärts* v. 3.1.1907.

21 *Mehring, Franz,* Bülows Wahlparole, in: Gesammelte Schriften, Bd. 15, S. 217.

22 *Barth, Theodor,* La journée des dupes, in: Die Nation, Jg. 24, Nr. 14 v. 5.1.1907, S. 211 f.

Unter dem Einfluß der Bülowschen Sammlungspolitik wandelte sich das Verhältnis zwischen dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie und der Mehrheit des Freisinns. Als der Vorstand des Verbandes im Dezember 1906 dem Reichskanzler sein „Handbuch für nichtsozialdemokratische Wähler" zustellte, schrieb er dazu: „Seine neutrale Haltung allen staatserhaltenden Parteien gegenüber hat der Reichsverband auch bei diesem Handbuch dadurch bekundet, daß an ihm Vertreter aller bürgerlichen Parteien mitgearbeitet haben."[23]

Durch seine enge Verbindung mit leitenden staatlichen Stellen konnte der Verband im Dienste der Regierung eingesetzt werden und unterstützte dabei jetzt auch Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei. In der Stichwahl besiegte der Vorsitzende des Reichsverbandes Eduard W. H. von Liebert den Sozialdemokraten mit den Stimmen dieser Partei. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Essen 1907 bemerkte ein Delegierter aus Fürth, daß bei ihnen der Vorstand der freisinnigen Partei zum Reichslügenverband gehöre.

Die Freisinnige Volkspartei und Kandidaten anderer liberaler Gruppen ließen sich auch vom Flottenverein unterstützen, den Richter immer befehdet hatte. Der Vorsitzende, Major August Keim, teilte um die Jahreswende Loebell mit, daß der Verein in Frankfurt auf den Wahlkampf zwischen Nationalliberalen und Demokraten mit dem Ziel einwirken werde, eine gegenseitige Unterstützung in der Stichwahl zu ermöglichen. Am 3. Januar 1907 schrieb er an Eickhoff: „Es ist von hier aus sofort alles geschehen, um versöhnlich, teils agitatorisch, Ihre Wahlen zu fördern. Ich war gestern im Palais und habe Fürst Bülow gesprochen und ihn darauf aufmerksam gemacht, daß die Regierung die Güte haben muß, dem Steuer einige Grade nach links zu geben und vor allen Dingen dafür zu sorgen, daß die Konservativen und der Bund der Landwirte nicht Sonderpolitik treiben. Wir haben auch von Ihnen gesprochen und hält auch der Fürst Bülow Sie für den geeigneten Mann, die freisinnige Partei in dem nationalen Fahrwasser dauernd zu erhalten."[24] Ein paar Tage später, am 15. Januar 1907, teilte er Eickhoff mit, daß man sich in der Reichskanzlei für seine Wahl sehr interessiere und „die amtliche Unterstützung im Wahlkreise Lennep-Remscheid in jeder Weise sichergestellt" sei. Er bedauerte, daß im Wahlkreis Langensalza die Aufstellung eines „nationalen Gegenkandidaten" nicht zu verhindern gewesen wäre.

Dank dieser Unterstützung blieb Eickhoff in beiden Wahlkreisen erfolgreich, wodurch in Langensalza eine Neuwahl notwendig wurde. Als diese Vorgänge Anfang Februar 1907 an das Licht der Öffentlichkeit kamen, wichen die freisinnigen Zeitungen dem heiklen Thema feige aus. Dagegen zeigten sich ausgerechnet konservative Kreise an einer Aufklärung betreffs der „amtlichen Unterstützung" des freisinnigen Kandidaten interessiert, die natürlich von den zuständigen Stellen bestritten wurde.

In der zweiten Phase des Wahlkampfes – nach dem „Silvesterbrief" – wurde mit dem Anwachsen der für den Wahlfonds eingehenden Summen und den gesteigerten Forderungen die Verwaltung des Fonds ausgebaut. Am 3. Januar 1907 schlug Loebell Fischbeck zur Aufnahme in das für diese Aufgaben einzusetzende Komitee vor. Die Entscheidung über den weiteren Weg der Liberalen war gefallen. In dieser Situation stellte Franz Mehring fest, daß er noch zu optimistisch geurteilt habe, als er angesichts des Silvesterbriefes noch mit einer Selbstbesinnung des Freisinns gerechnet habe. „Dem ist nicht so; namentlich die ‚Freisinnige Zeitung' wird in ihrem taumelnden Gang zur Wahlurne geleitet auf der einen Seite von den Kriegsvereinen, auf der anderen Seite vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, was übrigens, wie wir bereitwillig anerkennen, durchaus den Überlieferungen ihres ‚großen Toten' entspricht."[25]

Bei der Wankelmütigkeit der kleinbürgerlich-freisinnigen Anhängerschaft und ihrer Führer konnte es nicht überraschen, daß der plötzliche Wandel ihres Verhältnisses zur Regierung ihnen verschiedent-

---

23 DZA Potsdam, Reichskanzlei, Reichstagswahlen Nr. 1794, Bl. 185; S. auch *Pricke, Dieter,* Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie von seiner Gründung bis zu den Reichstagswahlen von 1907; in ZfG, H. 2/1959, bes. S. 273 ff.

24 DZA Potsdam, Reichskanzlei, Reichstagswahlen, Nr. 1807, Bl. 85, 86.

25 *Mehring, Franz,* Getrocknete Datteln, in: Die Neue Zeit, Jg. 25, Bd. 1, Nr. 15 v. 9.1.1907, S. 481.

lich zu Kopfe stieg. Einige bildeten sich tatsächlich ein, daß die Regierung eine wesentliche Veränderung der Reichspolitik anstrebe und an der Vermehrung der liberalen Mandate um jeden Preis, selbst auf Kosten der Konservativen, interessiert sei. In einem Flugblatt an die Wähler des Wahlkreises Naugard-Regenwalde wurde für den liberalen Kandidaten mit dem Argument geworben, der „Reichskanzler möchte gern mit einem liberalen Reichstag regieren gegen die reaktionären Mächte". Es solle, wie in den Städten, liberal gewählt werden. „Ihr macht damit dem Herrn Reichskanzler eine große Freude."[26] Loebell informierte Bülow darüber, daß derartige „Irreführungen der öffentlichen Meinung, als ob der Herr Reichskanzler eine liberale Mehrheit auf Kosten der Konservativen zu schaffen wünsche", aus verschiedenen Wahlkreisen berichtet worden seien.[27]

Durch solche Vorfälle wurden die Gegensätze der Konservativen zum Freisinn genährt, die ohnehin zu einem beträchtlichen Teil das Zerwürfnis mit dem interessenverwandten Zentrum bedauerten und dem Zusammengehen mit der liberalen Bourgeoisie mißtrauisch begegneten. So rechtfertigte Anfang Januar die „Kreuzzeitung" taktische Vereinbarungen der Konservativen mit dem Zentrum in Süddeutschland mit dem liberalen „Parteiegoismus", der überall den Konservativen schade. Der Reichstag sei nicht aufgelöst worden, um den Liberalismus zu stärken. Einige Tage danach griff sie Bülow an, da er den Freisinn „zum vollwertigen, allen übrigen gleichstehenden Kämpfer für des Reiches Ehre" machen wolle. Das sei gegenüber der Sozialdemokratie noch angängig, nicht aber gegenüber dem Zentrum. Die „linksliberalen Sünder" dächten nicht daran, Buße zu tun. Der konservative Rechtsprofessor Leo von Savigny machte in einer Wahlbroschüre Vorbehalte gegen ein Bündnis mit dem Freisinn geltend und erklärte die Einbeziehung des Zentrums als unumgänglich für die Reichspolitik. Die „freisinnigen Häuflein" hätten gerade in den letzten Tagen „den Anschluß an die nationalen Forderungen gefunden. Aber verspricht das Dauer?"[28]

In einer anderen konservativen Wahlbroschüre wurden die wirtschaftspolitischen Fragen hervorgehoben, in denen „die Freisinnigen neben den Sozialdemokraten die bittersten Gegner der Konservativen" seien. Der Freisinnigen Vereinigung insbesondere wurde das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie vorgeworfen. Natürlich versuchten die Konservativen, in diesen Kämpfen ihre Positionen und Beziehungen im Staatsapparat gegen den Freisinn zu nutzen. Am 5. Januar 1907 schrieb F. Vitzthum an Bülow, daß die „Uneinigkeit der Ordnungsparteien" besonders durch das unpolitische Vorgehen der Linksliberalen hervorgerufen würde, „die ihren gemäßigten Führern über den Kopf gewachsen sind". Ebenso berichtete K. v. Staudt, der Mitbegründer des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, Loebell am 18. Januar 1907 von seinen Wahlerfahrungen im Wahlkreis Krossen-Züllichau. Er mußte „dort die Erfahrung machen, daß tatsächlich der freisinnige Kandidat, Professor von Liszt, in engster Verbindung mit der Sozialdemokratie, die er ängstlich schont, gegen die rechtsstehenden Parteien in gehässigster und persönlichster Weise vorgeht. Eine Art Revolverjournalist, ein deklassierter Graf Bothmer aus München, der nach mir aus Industrie- und Handelskreisen zugegangener Nachricht ein bösartiger Agitator Naumann-Barth'scher Richtung ist, ist seine Hauptstütze ..." Die Gemüter der Bauern und Kleinbürger seien dadurch verwirrt, daß sich der Freisinn als eine Art Regierungspartei aufspiele. Die Konservativen seien zu opferwillig. „Herr von Liszt wie Graf Bothmer haben direkt als Mindestmaß Parlamentsherrschaft gefordert und krebsen erheblich mit dem persönlichen Regiment."[29] Ein Überläufer habe verraten, daß Liszt „von einzelnen Berliner Börsenherren" M. 50.000,– für den Wahlkampf erhalten habe.

In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" wurde am 6. Januar 1907 betont, daß die im „Silvesterbrief" gegebene Aufzählung der gegnerischen Parteien – von der Sozialdemokratie über die nationalen Gruppen bis zum Zentrum – in dieser Reihenfolge gleichzeitig die Schärfe des Gegensatzes bezeichne, in dem die Regierung zu ihnen stehe. Die Regierung bediente sich der Führung der Freisinnigen Volkspartei, um auch die Reste freisinnigen Widerstandes in den Provinzen, Einzelstaaten und Wahlkreisen zu brechen. In einem Bericht an die Reichskanzlei über die Wahlvorbereitung in

---

26 DZA Potsdam, Reichskanzlei, Reichstagswahlen, Nr. 1803, Bl. 39.
27 Ebenda, Bl. 40.
28 *Savigny, Leo v.,* Die Reichstagsauflösung, das Zentrum und die nationalen Parteien, Berlin 1907, S. 11.
29 DZA Potsdam, Reichskanzlei, Reichstagswahlen, Nr. 1796, Bl. 45, 46.

Sachsen wurde gesagt, daß dort „eine besonders demagogische Richtung des Freisinns“ bestünde und damit zu rechnen sei, daß die freisinnigen Stimmen zu einem größeren Teil nicht für die konservativen Kandidaten abgegeben würden. Am 17. Januar 1907 wurde bei Loebell aus Dresden angefragt, ob man über die zentrale Leitung der Freisinnigen Volkspartei bei den sächsischen Freisinnigen entsprechend Einfluß genommen habe. Loebell wandte sich einige Tage später an Wiemer: „Es wäre sehr erwünscht, wenn es Ihnen möglich wäre, auf Ihre Parteigenossen in Sachsen und in Frankfurt-Lebus noch in dem Sinn einzuwirken, daß sozialdemokratische Siege dort nach Möglichkeit vermieden werden.“[30]

In der freisinnigen Agitation trat die Ausrichtung auf den Kampf gegen die Sozialdemokratie immer deutlicher hervor. Die Wahlbroschüre des Schriftstellers Louis Wolff, der sich noch „gegen Reaktion, Hierarchie und Radikalismus“ wandte, war bereits nicht mehr typisch. Der Münchener Rechtsanwalt Max Gaab schlug dagegen einen Waffenstillstand mit dem Zentrum und den Kampf gegen die Sozialdemokratie als Orientierung des Liberalismus vor mit der Begründung, der Liberalismus könne nicht gleichzeitig mit der Regierung und der Sozialdemokratie befreundet sein. Erst eine reformistisch gewandelte Sozialdemokratie, die sich der liberalen Bourgeoisie unterordne, sei für den Liberalismus bündnisfähig. Die im Verlag der „Freisinnigen Zeitung“ erscheinenden Wahlflugblätter waren im wesentlichen gegen die Sozialdemokratie gerichtet. In den Wahlkreisen Halle, Sonneberg-Saalfeld und Naumburg-Weißenfels-Zeitz wurden die freisinnigen Kandidaten gegen die sozialdemokratischen selbst vom Bund der Landwirte unterstützt. Ebenso war es zu Vereinbarungen mit Nationalliberalen und Konservativen in vielen Wahlkreisen gekommen. Unter diesen Vorzeichen ging der Freisinn in die Reichstagswahl.

b) Die Reichstagswahl 1907

Mit dem 25. Januar 1907, dem Tag der Hauptwahl, erreichte die chauvinistisch-antisozialistische Kampagne der Reaktion, der sich die Masse des Freisinns angeschlossen hatte, ihren Höhepunkt. Der Freisinn feierte die Siege seiner alten Todfeinde sowie die eigenen, die er mit deren Unterstützung errang, und die Niederlagen der Sozialdemokratie, dem konsequentesten Verfechter der bürgerlich-demokratischen Forderungen und Ziele. Bis zum Abschluß der Stichwahlen häuften sich auf dem Tisch des Reichskanzlers die untertänigen Erfolgsmeldungen nicht nur der Konservativen und der Nationalliberalen Partei, sondern auch des Freisinns. Neben den Glückwunschtelegrammen reaktionärer Politiker, „patriotischer“ Stammtische und Kaiser-Geburtstagsfeiern, von Krieger- und Landwehrvereinen, von Bürgermeistern, Studenten, Burschenschaften, Obersekundanern und Lehrern trafen die der liberalen Blockpartner ein. Bülow konnte befriedigt feststellen, daß seine Rechnung mit der Schwäche und Haltlosigkeit des Bürgertums aufgegangen war und ihm dadurch ein taktischer Erfolg gelang.

A. Koering, Cigarren en gros, Bremen, meldete Bülow telegraphisch den Sieg des freisinnigen Kandidaten in Bremen: „Rote Flagge über Bremen gefallen, plus 1714 stim. Heil Kanzler heil.“ Hamburg konnte ebenfalls den Sieg des Freisinnigen über einen Sozialdemokraten mitteilen. Mit chauvinistischen Phrasen wurde die mit dem Flottenverein und amtlicher Hilfe erfolgte Wahl Eickhoffs verkündet: „Fest steht auf bergischen Höhen die Wacht für deutsche Ehr und deutsche Macht.“ Und in einem weiteren Telegramm: „Deutsche Männer senden deutschen Gruß zum Siege des Liberalismus im Wahlkreise Lennep-Remscheid-Mettmann. Eickhoff mit ca. 6000 Stimmen Mehrheit gegen Sozialdemokratie. hurra!“[31] Selbst die sogenannten Demokraten der Deutschen Volkspartei gaben der Wahl ihres Führers Haußmann durch ein Grußtelegramm an Bülow eine höhere „patriotische“ Weihe. In zahllosen Fällen erschien die linksliberale Mitwirkung auf der Seite der Regierung in den Adressen an den Reichskanzler unter Sammelbegriffen wie die „bürgerlichen Parteien“, die „vereinigten bürgerlichen Parteien“, das „liberale Wahlkomitee“ und ließ nicht das gesamte Ausmaß des chauvinistischen Taumels im linksliberalen Lager unmittelbar erkennen.

---

30 Ebenda, Nr. 1796, Bl. 124.

31 Ebenda, Nr. 1804, Bl. 107, 179; Nr. 1805, Bl. 132.

Mit den Stichwahlen zerfetzte die Regierung endgültig ihre eigene bei der Reichstagsauflösung ausgegebene Parole vom Kampf gegen das schwarz-rote Kartell. Sie hatte ihre Aufgabe erfüllt. Schon am 29. Januar 1907 verkündete die konservative Partei, daß die Sozialdemokratie der Hauptfeind sei und bleibe; ihr gelte der Hauptkampf. Für alle übrigen Parteien sei von Fall zu Fall zu entscheiden. Die Konservativen traten in 29 Wahlkreisen zur Stichwahl an; darunter kein einziges Mal gegen das Zentrum, aber 17mal gegen die Blockparteien, davon 12mal gegen den Freisinn. Am 30. Januar gab die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" die offizielle Stichwahlparole aus, nach der alle Kräfte gegen die Sozialdemokratie zu vereinen seien. Das „Berliner Tageblatt" spielte Überraschung und fragte: „Wo bleibt – der Kampf gegen das Zentrum?" Davon sei Mitte Dezember soviel Aufhebens gemacht worden. Dem Blatt wurde mit der Bülowschen Silvesterplattheit erwidert, daß die wahre Gefahr der Reaktion bei der Sozialdemokratie liege. So wäre es z. B. schwer verständlich, wie ein Zentrumswähler es vor seinem religiösen Gewissen, ein konservativer oder liberaler Wähler es vor seinem nationalen Bewußtsein verantworten wollte, für die Sozialdemokratische Partei bei den Stichwahlen zu stimmen. Von den führenden Zentrumskreisen wurde diese Entwicklung mit Hohn aufgenommen. Der Befehl „vom obersten Wahlmacher", nur gegen die Sozialdemokratie vorzugehen, sei gekommen, da man jetzt das Zentrum brauche, „um den Liberalen auf die Strümpfe zu helfen!"[32] In der Tat: „Der Wahlschacher steht in üppigster Blüte; die politische Charakterlosigkeit feiert vor diesen Stichwahlen wahre Orgien."[33]

Die Freisinnige Volkspartei schloß sich der offiziellen Orientierung zu den Stichwahlen an. Die „Freisinnige Zeitung" forderte auf, möglichst viele Mandate für den „entschiedenen Liberalismus" zu erobern. Über Mehrheitsverhältnisse solle nach der Wahl debattiert werden. Damit war dem antisozialistischen Druck der Reaktion und dem Mandatsschacher Tür und Tor geöffnet. Die Freisinnige Vereinigung entschloß sich dagegen in dieser Phase des Wahlkampfes nochmals zu einem selbständigen Schritt. Nachdem der Vorstand in Berlin beraten hatte, stellte er fest, daß die Mehrheit für die „nationalen" Forderungen im Reichstag bereits gesichert sei. Jetzt werde die Gefahr der Bedrohung liberaler Errungenschaften in den Vordergrund rücken. „Wir fordern daher unsere Parteifreunde im Lande auf, nur solchen Kandidaten in der Stichwahl ihre Stimme zu geben, die durch Programm und Persönlichkeit eine sichere Gewähr dafür bieten, daß sie nicht der politischen und geistigen Reaktion Hilfsdienste leisten."[34]

Die Partei näherte sich dabei der Stichwahlparole der Sozialdemokratie, die Konservative, Reichspartei, Bund der Landwirte, Antisemiten und Nationalliberale von jeglicher Unterstützung ausgeschlossen und für die übrigen Parteien Bedingungen hinsichtlich der Verteidigung des Reichstagswahlrechts und des Koalitionsrechts sowie der Ablehnung jeglicher, Ausnahmegesetze festgelegt hatte.

Nach dem Bericht des sozialdemokratischen Parteivorstandes über die Reichstagswahlen an den Parteitag in Essen 1907 hat der Freisinn in 43 Wahlkreisen reaktionären Kandidaten zum Siege verholfen. In elf Fällen geschah dies durch den freisinnigen Verzicht auf eigene Kandidaturen in Wahlkreisen, in denen die linksliberalen Gruppen 1903 zwischen 700 und 5600 Stimmen erhalten hatten. Das freisinnige Stichwahlverhalten brachte der Reaktion 32 Wahlkreise ein, davon den Nationalliberalen 11, den Konservativen 7, der Reichspartei 7, den Antisemiten 6 und dem Bund der Landwirte 1. Der Vorstandsbericht stellte dazu fest: „Der Freisinn hat als Oppositionspartei ausgelebt. Mit seinen Verrätereien bei den Reichstagswahlen ist er zum willfährigen Handlanger der Reaktion herabgesunken. Die Sozialdemokratie wird in Zukunft die einzige Partei sein, die für die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse kämpft, die einzige Partei, die für die demokratische Entwicklung des Reiches eintritt!"[35] In seinem Referat über die Reichstagswahlen unterstrich Bebet, daß den Freisinnigen die Schuld für die parlamentarische Schwächung der Linken zuzuschreiben sei.

---

32 *Germania* v. 5.21907.
33 *Die Nation,* Jg. 24, Nr. 18 v. 2.2.1907, S. 274.
34 Ebenda.
35 Sd. Parteitag zu Essen 1907, S. 36.

Im Gesamtergebnis der Reichstagswahl konnten die linksliberalen Parteien ihre Stimmenzahl erstmalig seit 1890 erhöhen. Der Anteil des Linksliberalismus blieb jedoch noch unter 1898 und lag lediglich über dem bisherigen absoluten Tiefpunkt von 1903.

Für die regierenden Kreise kam *es* mit dem Abschluß der Wahl darauf an, mit der Aufbauschung ihres Ergebnisses zu einem großen Erfolg „für Kaiser und Reich" die chauvinistische Verblendung besonders der klein- und mittelbürgerlichen Schichten, die vom Freisinn repräsentiert wurden, aufrechtzuerhalten und einen relativ stabilen parlamentarischen Block zu schaffen, der die imperialistisch-militaristische Machtpolitik unterstützte. Dieser Block sollte durch den zeitweiligen Ausschluß des Zentrums von der Regierungsmajorität auf das Zentrum einen „erzieherischen" Druck ausüben. Denn trotz aller Plänkeleien, die es zwischen Konservativen und dem Freisinn bis zum Wahltag und darüber hinaus gegeben hatte, war durch die Gesamthaltung der Mehrheit des freisinnigen Bürgertums und seiner Führer offenbar geworden, daß die Regierung auf ihre gehorsame Einordnung rechnen konnte. Das stellte als zweiten Gewinn in Aussicht, mit dem Block ein wirksames Druckmittel auf den Linksliberalismus zu erhalten, um seine Bindung an die antinationale und volksfeindliche Politik der herrschenden Klassen zu festigen und auszubauen. Deshalb ließ sich die Regierung nach der Wahl herab, der freisinnigen Wählerschaft die Anerkennung auszusprechen: „Diesen neuen Reichstag geschaffen zu haben, ist das Verdienst des deutschen Bürgertums. Nichts ist bezeichnender für die hinter uns liegenden Wahlen, als die nationale Geschlossenheit, mit der die bürgerlichen Parteien, vor allem in den großen Städten, an die Urnen getreten sind."[36]

In einem anderen Artikel wurde als besonders erfreulich bezeichnet, daß Konservative und Liberale meist einmütig gegen die Sozialdemokratie aufgetreten waren. Die „Freisinnige Zeitung" behauptete, daß das Ziel des Kampfes – die Beseitigung der Mehrheit vom 13. Dezember 1906 – erreicht und „der Einfluß des entschiedenen Liberalismus auf die Reichsgesetzgebung" gestärkt worden sei. Sie zeigte sich über liberale Zeitungen befremdet, die die Schwächung der Sozialdemokratie als vorteilhaft für die Reaktion bedauerten.

Die bornierte Fehleinschätzung des Wahlergebnisses von 1907 als eines überwältigenden Sieges über die Sozialdemokratie konnte bei der Regierung nicht überraschen. Dagegen war sie für die liberalen Kreise – aus ihrer Schwäche und Wankelmütigkeit entstanden – wirklich verhängnisvoll. Der Linksliberalismus bedurfte solcher Lügen und Illusionen, um sich über seine Zersetzung und Ziellosigkeit hinwegzutäuschen. Das gleiche gilt für die kleinmütigen opportunistischen Kreise in der Sozialdemokratischen Partei, die nicht genug über die angebliche Niederlage der Arbeiterpartei lamentieren konnten. Bei den Liberalen wie den Opportunisten bildete die Überbewertung der parlamentarischen Aspekte die ideologische Ursache dieser falschen Einschätzung.

Barth dagegen schätzte das Ergebnis der Wahlen durchaus kritisch ein. Er betrachtete sie als einen Gewinn für die Reaktion und wandte sich gegen die Selbsttäuschung breiter freisinniger Kreise über die politische Lage. Wenn er auch den sozialdemokratischen Mandatsverlust für heilsam gegenüber dem revolutionären Flügel der Arbeiterpartei hielt, trifft er doch den Kern der Dinge, wenn er feststellte, daß der Hauptvorteil für die Reaktion aus der Erweiterung der Kluft zwischen der Arbeiterklasse und dem liberalen Bürgertum erwachsen sei. „Im Verhältnis zur Regierung ist die Macht der Volksvertretung jetzt geringer, als sie es bisher war. Wer sich mit der Hoffnung trug, daß Deutschland alsbald in die Reihe parlamentarisch regierter Staaten eintreten werde, muß diese Hoffnung jetzt bis auf weiteres aufgeben. Das Banausentum wird in der deutschen Politik zunächst allmächtig sein."[37]

Nach den Stichwahlen verschärfte sich sein Urteil über das Verhalten des Freisinns. Am schwersten werde die moralische Einbuße des Freisinns in diesen Wahlen wiegen. Seine „politische Charakterlosigkeit" hätte alles Frühere überboten; er half Reaktionären, Scharfmachern und Antisemiten. „Das Schauspiel war schmachvoll." Weitblickender als die Masse der freisinnigen Ideologen bemerkte er, daß die Mandatsanzahl der Sozialdemokratie durch eine vermutlich einmalige Konstellation verrin-

36 *Norddeutsche Allgemeine Zeitung,* v. 7.2.1907.

37 *Barth, Theodor,* Das politische Ergebnis des 25. Januar, in: Die Nation, Jg. 24, Nr. 18 v. 2.2.1907, S. 275 f.

gert worden sei. Die nächste Aufgabe des Liberalismus sei die Wiederherstellung seines politischen Ansehens.

Mehring schrieb zwischen Haupt- und Stichwahl, daß der Schlag gegen die Sozialdemokratie auch ein Schlag gegen die Nation gewesen sei. Die bürgerlichen Parteien spielten die nationalen Interessen den ärgsten Feinden der Nation in die Hände. Anfang Februar stellte er fest, daß der Reichskanzler weder freisinnig regieren könne noch wolle. „Sehr viel richtiger als die freisinnigen Schwätzer urteilt das Organ der Brotwucherer: Die Mandatsverluste der Sozialdemokratie würden die revolutionäre Stoßkraft der Sozialdemokratie nur verstärken.“[38] Tatsächlich täuschten sich in dieser Situation die reaktionären Kräfte weniger als der von seinem neuentdeckten „Patriotismus“ und seiner „Staatmännischkeit“ berauschte Freisinn über den wirklichen Charakter und die Grenzen des errungenen „Sieges“. Davon konnte auch die Zweckpropaganda der Bülowschen Regierung nicht ablenken.

Die sozialdemokratische Parteiführung, besonders aber Bebel und die Linken, maßen den parteipolitischen Vorgängen vom Dezember 1906 bis Februar 1907 große Bedeutung zu. In ihren Analysen nahm die Entwicklung des Freisinns einen wesentlichen Platz ein; auf ihn bezogen sich wesentliche taktische Schlußfolgerungen. Wie die sozialdemokratische Stichwahlparole gezeigt hatte, ließ sich der Parteivorstand trotz der prinzipienlosen Verbrüderung besonders der Freisinnigen Volkspartei mit der Reaktion nicht zu einer pauschalen Ablehnung jeglicher taktischen Unterstützung für freisinnige Kandidaten verleiten. Nach den Wahlen nahm der Parteivorstand zu ihrem Ergebnis in einer Erklärung Stellung, in der das kleinbürgerliche Geschrei über die angebliche riesige Niederlage zurückgewiesen wurde. Der Vorstand hob die besondere Rolle der Arbeiterpartei im Vergleich zu ihren verbündeten Gegnern hervor. „Unsere vereinigten Gegner bilden ein Gemisch von allen möglichen Parteischattierungen mit den widersprechendstell Bestrebungen, die nur in dem einig sind: in dem Haß gegen die Sozialdemokratie und in der Feindschaft gegen die klassenbewußten Arbeiter.“[39] Die bürgerlichen Parteien hätten sich ohne Ausnahme auf das „Lügen- und Verleumdungsmaterial“ des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie gestützt. Karl Liebknecht, der in diesen Tagen seine historische Schrift über den Militarismus abschloß, charakterisierte die Ereignisse des Reichstagswahlkampfes und die antisozialistische Orientierung aller bürgerlichen Parteien als Vorzeichen verschärfter Klassenkämpfe. „Damit hat das Problem der Bekämpfung des ‚inneren Militarismus‘ aktuellste Bedeutung gewonnen. Die Wahlen 1907 wurden aber auch geführt um die nationale Phrase, um die koloniale Phrase, um Chauvinismus und Imperialismus. Und sie haben gezeigt, wie beschämend gering trotz alledem die Widerstandskraft des deutschen Volkes gegenüber den pseudopatriotischen Rattenfängereien jener verächtlichen Geschäftspatrioten ist.“[40]

Die tiefste Analyse dieser neuesten Phase in der Entwicklung des deutschen Liberalismus und der sich daraus für die Bündnispolitik und den Kampf um Demokratie und Nation für die revolutionäre Arbeiterpartei ergebenden prinzipiellen und taktischen Konsequenzen wurde von Rosa Luxemburg in ihren Reden auf dem Londoner Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (SDAPR) im Mai 1907 vorgenommen. Bereits in ihrer Begrüßungsrede ging sie auf die Lage in Deutschland nach der Reichstagswahl und die Stellung des Proletariats zur liberalen Bourgeoisie in der imperialistischen Epoche ein. Die Russische Revolution von 1905/07 habe wesentlich den Verlauf und Ausgang dieses Wahlkampfes bestimmt. „Wenn man in wenigen Worten die politische und historische Bilanz der letzten Reichstagswahlen zieht, so muß man sagen, daß Deutschland nach dem 25. Januar und dem 5. Februar 1907 das einzige moderne Land war, in dem es weder Spuren bürgerlichen Liberalismus noch einer bürgerlichen Demokratie im eigentlichen Sinne dieses Wortes gab: Sie stellten sich endgültig und unwiderruflich auf die Seite der Reaktion im Kampfe gegen das revolutionäre Proletariat. Gerade der Verrat des Liberalismus lieferte uns vor allem bei den letzten Wahlen der Macht der junkerlichen Reaktion aus, und obwohl die Liberalen gegenwärtig in größerer Anzahl in den Reichstag eingezogen sind, stellen sie jetzt doch nur traurige, mit einem liberalen Aushänge-

38 *Mehring, Franz,* Ein Kind des Zufalls, in: Gesammelte Schriften, Bd. 15, S. 226.
39 *Vorwärts* v. 10.2.1907.
40 *Liebknecht, Karl,* Militarismus und Antimilitarismus, a. a. O., S. 251.

schild maskierte Lakaien der Reaktion dar."[41] Sie fand die Zustimmung der Bolschewiki, als sie feststellte, daß die Stimmen aus Kreisen des deutschen und des französischen Opportunismus scharf abgewiesen wurden, die diese Zersetzung des Liberalismus beklagten und seine Schonung durch die Arbeiterpartei forderten. Vielmehr befreie dieser Prozeß das Proletariat von Illusionen über die Rolle des Liberalismus gegen die Reaktion. Marx habe den Kampf der Bourgeoisie gegen den Absolutismus dadurch unterstützt, „daß er von Anfang bis zu Ende die ganze Zwiespältigkeit und Inkonsequenz, die ganze Schwäche und Feigheit der Bourgeoisie unerbittlich und erbarmungslos geißelte (Beifall von den Bolschewiki und einem Teil des Zentrums) ..."[42]

Lenin referierte auf dem Londoner Parteitag über die Stellung zu den bürgerlichen Parteien und entwickelte in der Auseinandersetzung mit den Menschewiki die strategischen und taktischen Auffassungen der Bolschewiki über das Verhältnis zur liberalen Bourgeoisie und bäuerlichen Demokratie. In der Diskussion ergriff Rosa Luxemburg erneut das Wort und kritisierte ebenfalls die Stellung des rechten Flügels der Sozialdemokratie zu den bürgerlichen Parteien. Der Zustand des Liberalismus in Westeuropa beweise, daß die Bourgeoisie längst aufgehört habe, eine politisch-revolutionäre Rolle zu spielen. Das bestätige auch die kurze Geschichte des russischen Liberalismus. Gegen Plechanow polemisierend bemerkte sie, daß „das Wachstum der Sozialdemokratie auf Kosten des Wachstums und der Kräfte des Liberalismus geht. Jeder Schritt vorwärts des deutschen Proletariats zieht dem Liberalismus das Fundament unter den Füßen weg."[43]

Im Schlußwort zu dieser Debatte stellte Lenin fest, daß die bolschewistische Prämisse, „die Liberalen betrügen das Kleinbürgertum", völlig richtig sei. Auch die Erfahrungen anderer Länder bewiesen, wie der Liberalismus seinen Einfluß in bestimmten Bevölkerungsschichten durch Betrug aufrechterhalte. Eine unmittelbare Aufgabe der Arbeiterpartei bestehe darin, das Volk von diesem Einfluß zu befreien.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Essen im September 1907 setzte sich Bebel nochmals umfassend und gründlich mit dem konservativ-liberalen Block, einer „politischen Mißgeburt allerersten Ranges", und speziell mit seiner freisinnigen Fraktion auseinander. Das Bündnis sei dazu da, damit die Liberalen die Militär-, Marine- und Kolonialforderungen und die entsprechenden neuen Steuern bewilligten. Im Hintergrund stehe drohend das Zentrum, bereit, seinen alten Platz wieder einzunehmen. So käme es zum chauvinistisch-militaristischen Wettrennen zwischen Zentrum und liberalen Blockparteien. „Auf der anderen Seite kann man fragen, ob eine Partei wie die Linksliberalen eine solche Selbstprostitution betreiben könne, wie ich sie geschildert habe. Sie müssen doch aus alter Erfahrung wissen, daß, wenn sie mit den Konservativen aus einer gemeinsamen Schüssel essen, die Konservativen den größten Löffel haben, so daß die Freisinnigen immer zu kurz kommen."[44]

In der Diskussion stellte eine Reihe von Rednern fest, daß der Freisinn nicht mehr als Oppositionspartei betrachtet werden könnte. Trotzdem wandten sich verschiedene Redner gleichzeitig mit Recht gegen eine langfristige und enge Festlegung der Taktik der Partei gegenüber dem liberalen Bürgertum. Es müsse für die Beurteilung der jeweiligen politischen Situation und der betreffenden Persönlichkeiten Raum bleiben. Aus den gleichen Gründen wurden auch die bei bürgerlichen Stichwahlen Stimmenthaltung fordernden Anträge abgelehnt. Mit ihrer Rede über bürgerlichen und proletarischen Patriotismus warf Clara Zetkin eine ideologische Frage auf, deren Klärung in der Arbeiterklasse und unter allen Werktätigen in dieser Periode weitgehender chauvinistischer Beeinflussung der mittel- und kleinbürgerlichen Schichten von hervorragender Bedeutung war.

2. Die Linksliberalen im Block (Februar 1907-Juni 1909)

Für die Regierung kam es nach der Reichstagswahl darauf an, die neue Mehrheit zu stabilisieren. Die hauptsächliche ideologische Plattform des entstehenden konservativ-liberalen Blocks war der Chau-

41 *Luxemburg, Rosa,* Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 2, Berlin 1955, S. 277.
42 Ebenda, S. 281.
43 Ebenda, S. 290.
44 Sd. Parteitag zu Essen 1907, S. 320.

vinismus und Antisozialismus. Damit sollten die Differenzen überbrückt und bürgerliche Oppositionsgelüste erstickt werden. Zur Vorbereitung der neuen Session lud Bülow auch die linksliberalen Führer zu vertraulichen Beratungen ein. Die Nationalliberalen und besonders Bassermann**Fehler! Textmarke nicht definiert.** förderten die Bemühungen um die Bindung des Freisinns.[45] Praktische Gegenwartspolitik sei das Erfordernis, vaterländische Gegenwartspolitik die eigentliche Aufgabe des Blocks, schrieb der Nationalliberale Rudolf Böhmer in einer Flugschrift. Mit den Wahlen war auch Naumann in den Reichstag gekommen; am 11. April 1907 hielt er seine erste Rede. Barth dagegen hatte in den Wahlen eine Niederlage erlitten.

In seiner grundsätzlichen Rede zur Blockpolitik am 25. Februar 1907 kehrte Bülow die Spitze gegen die Sozialdemokratie. Die Mehrheit von Normann bis Schrader habe viele Differenzen, hätte sich jedoch im „nationalen Gedanken" gefunden. Bassermann unterstützte ihn. Wiemer beteuerte die „nationale" Haltung des Freisinns. „Wo es sich in Wahrheit um nationale Interessen handelte, um die Ehre und die Machtstellung des Vaterlandes, da haben auch wir niemals versagt. (Na, na! rechts) – Sie sagen: ‚Na, na!' Ich weise nur auf die Frage hin, die zur Auflösung des Reichstags geführt hat!"[46] Er polemisierte gegen Bebels Feststellung, daß der Liberalismus keine Zukunft habe. Erfolglos versuchte er, die Angriffe der Sozialdemokratie und des Zentrums gegen die Wahleinmischung der Regierung und reaktionärer Verbände zu entkräften.

Am 12. März 1907 wiederholte sich die Polemik zwischen Bebel und Wiemer am Problem der Wandlung des Freisinns in kolonialpolitischen Fragen. Aus den Reden von Schrader und Payer am 28. Februar 1907 und Gothein am 2. März 1907 klang eine gewisse Skepsis gegenüber dem Block. Payer drückte sie am entschiedensten aus. Das Zustandekommen des Kartells biete keine Gewähr für einen Erfolg; in vielen Fragen könne es nicht aufrechterhalten werden. Trotz dieser Einwände unterstützte auch die Fraktion der Deutschen Volkspartei diesen Block. Die Freisinnige Volkspartei wurde innerhalb des Linksliberalismus zur tragenden Kraft und zum Mittelpunkt der verhängnisvollen Blockpolitik. Von ihr ging hauptsächlich die Zurücksetzung brennender Fragen des Kampfes um demokratische Forderungen und die Unterdrückung liberal-oppositioneller Bestrebungen aus.

Mehring knüpfte an diese Debatten mit Betrachtungen zum Niedergang des Liberalismus in Deutschland an und konstatierte wesentliche Parallelen zwischen der Misere des Liberalismus in Deutschland und Rußland. Lenin machte den russischen Sozialdemokraten größere Teile dieser Stellungnahme zugänglich und würdigte sie als beispielhaftes marxistisches Verhalten zum Liberalismus.

Nach der Konstituierung des Reichstags nahm die konservativ-liberale Mehrheit im ersten Sessionsabschnitt den Kolonialnachtragsetat, den Etat für das Kolonialamt und Beschlüsse über die Beamtenbesoldung an.

Auf der Grundlage von Vorschlägen der Freisinnigen Volkspartei beschlossen die Fraktionen der drei Parteien am 19. Februar 1907 Fraktionsgemeinschaft und Kornmissionskartell. Für die vorbereitenden und auszuführenden Arbeiten wurde ein vierköpfiger Ausschuß bestellt, dem zwei Vertreter der Freisinnigen Volkspartei und je einer der beiden anderen Parteien angehörten. Er konstituierte sich am 8. März 1907, seine Mitglieder waren Wiemer, Müller-Meiningen, Schrader und Payer. Der Vorsitz in den gemeinsamen Fraktionssitzungen wie im Ausschuß oblag der Freisinnigen Volkspartei. Zwar behielten die Fraktionen das Recht zur eigenen Beratung, wurden aber für gemeinsam zu beratende Objekte zur gegenseitigen Information verpflichtet. Am 26. Februar 1907 fand die erste gemeinsame Fraktionssitzung statt, die mehrere im Reichstag einzubringende Initiativanträge beschloß.

Parallel dazu wurde am 13. April 1907 der gemeinsame Ausschuß der Linksliberalen gemäß den Frankfurter Einigungsbeschlüssen vom November 1906 konstituiert. Ihm gehörten acht Mitglieder der Freisinnigen Volkspartei, fünf bzw. drei der beiden anderen Parteien an. Der Vorsitz oblag auch hier der Freisinnigen Volkspartei, während die anderen die Stellvertreter benannten. Beschlüsse setzten die Zustimmung aller anwesenden Ausschußmitglieder voraus.

---

45 S. auch *Eschenburg, Theodor,* Das Kaiserreich am Scheideweg. Bassermann, Bülow und der Block, Berlin 1929.

46 Reichstag, 12. Leg.per., 1. Sess., Bd. 227, S. 74.

Am 13. Mai 1907 beschloß der Ausschuß einen Aufruf zu den 1907 und 1908 stattfindenden Landtagswahlen in Bayern, Sachsen und Preußen. Seine liberalen Deklarationen standen im Widerspruch zu der tatsächlich verfolgten Blockpolitik. „Der entschiedene Liberalismus ist zugleich, wie die letzten Reichstagswahlen erneut gezeigt haben, der sicherste Damm gegen eine sozialdemokratische Überflutung.“[47] Der Schwerpunkt der liberalen Zusammenarbeit lag jedoch später bei der Fraktionsgemeinschaft und ihrem Ausschuß.

Die antisozialistische Funktion war ein wesentliches Element der freisinnigen Blockpolitik. Das dokumentierte Vizepräsident Kaempf am 4. Mai 1907 im Reichstag in forscher Weise. Er rief den sozialdemokratischen Abgeordneten Ledebour dreimal zur Ordnung und beantragte daraufhin den Entzug des Wortes. Als die Mehrheit das ablehnte, legte Kaempf sein Amt nieder, wurde jedoch am 7. Mai 1907 von der Blockmehrheit wieder gewählt.

Verschiedene Erscheinungsformen des vergangenen Wahlkampfes, insbesondere auch die der staatlichen Hilfe für freisinnige Kandidaten, waren in der Presse wie in Wahlprüfungsdebatten des Reichstags bis zum Sommer 1908 Gegenstand der Diskussion. Die im gesellschaftlichen und staatlichen System wurzelnde materielle, administrative und politisch-ideologische Wahlbeeinflussung und -einmischung konnten dabei nur teilweise aufgedeckt und kaum rechtlich verfolgt werden. Der Nachweis der Verfassungswidrigkeit hätte sich zuerst gegen den Reichskanzler und seinen „Silvesterbrief“ richten müssen.

Die Verwaltung des bei ihm eingerichteten zentralen Wahlfonds rechnete im Februar 1907 intern über die Einnahmen und Ausgaben von zweiundeinhalb Millionen Mark ab. Sie hatte mit 171 Wahlbüros, 219 Zeitungen, 122 Vertrauensleuten und über 250 Kolporteuren gearbeitet. Nach einem Schreiben von Loebell an den Bankier Robert v. Mendelssohn vom 13. Februar 1907 wurde – im Auftrage des Reichskanzlers – die Beitragsliste des Fonds Wilhelm II. vorgelegt, der „seiner hohen Anerkennung für die Opferwilligkeit der Spender Ausdruck verliehen hat“.[48]

Bülow setzte sich im Rahmen seiner Blockstrategie auch für die gehörige Berücksichtigung von Freisinnigen bei Ordensverleihungen ein als „ein nicht zu unterschätzendes Mittel, um die Herren bei guter Stimmung zu erhalten“.[49] Auf der ihm unter dem 16. Dezember 1906 für das „Ordens fest“ 1907 vorgelegten Vorschlagsliste beanstandete er lediglich, daß beim Abgeordnetenhaus „gar keine Freisinnigen???“ und beim Reichstag „zu wenig Freisinnige!“ berücksichtigt wurden.

Um die parlamentarische Aktivität des Blocks zu sichern, ließ sich Bülow vom Freisinn dessen „politische Wünsche“ vortragen. „Wir notierten: Reichsvereinsgesetz, Börsengesetz, Fachaufsicht über die Schule und – das fügte ich hinzu –, sobald wie irgend möglich, Wahlreform.“[50] Darüber hinaus führte Bülow im Sommer 1907 mit den Führern der Mehrheitsparteien, darunter der Freisinnigen Volkspartei, Gespräche über die Vorlagen der kommenden Session. Diese Praxis der direkten Verbindung. wurde in der Folgezeit, auch durch Beratungen der Minister mit Parteiführern über die Gesetzentwürfe, aufrechterhalten. Müller-Meiningen erinnerte später an seine enge Zusammenarbeit mit Bethmann Hollweg bei der Ausarbeitung des Vereinsgesetzes.

Naumann, der eine Auflockerung des Zusammenhalts der liberalen Parteien während der Sessionspause befürchtete, schlug Payer am 11. Juli 1907 vor, im Führungskreis die Aussprache mit Bülow, „und sei es auch in ganz privater und diskreter Weise“, zu führen. Er habe davon erst aus der Zeitung erfahren. Tatsächlich kam es in diesen Monaten zu Spannungen in der Fraktionsgemeinschaft, die jedoch durch das grundsätzliche Festhalten an der Blockpolitik überwunden wurden. Die Freisinnige Volkspartei erneuerte auf ihrem Berliner Parteitag im September 1907 und einer aus diesem Anlaß im Zirkus Busch durchgeführten großen Kundgebung ihr Bekenntnis zur Blockpolitik.

---

47 *Freisinnige Zeitung* v. 19.5.1907.

48 DZA Potsdam, Reichskanzlei, Reichstagswahlen, Nr. 1798, Bl. 82.

49 Ebenda, Politische Parteien, Nr. 1391, Bl. 5.

50 *Pachnicke, Hermann,* Führende Männer im alten und neuen Reich, Berlin 1930, S. 85.

Pachnicke, seit Jahren großbürgerlicher Ideologe nationalliberaler Färbung, vertrat in der von den Auseinandersetzungen um die Blockpolitik zerklüfteten Freisinnigen Vereinigung führend die offizielle Politik der Fraktionsgemeinschaft. Mehrfach drohte er in kritischen Phasen mit dem Übertritt zur Freisinnigen Volkspartei. Er veröffentlichte eine Schrift zur Rechtfertigung der freisinnigen Blockpolitik, die als Credo eines liberalen Mäßigkeitsapostels symptomatisch die Geisteshaltung der Freisinnsmehrheit offenbarte: illusionäre Beurteilung der Machtverhältnisse, Verwischung aller tieferen sozialen Gegensätze und devote Dankbarkeit für unumgängliche Zugeständnisse der Reaktion. „Erst eine höhere Mandatsziffer berechtigt zu größeren Ansprüchen.“[51] Mehring konstatierte: „Am deutschen Liberalismus wird auch der ärgste Pessimismus zuschanden. Man mag ihn noch so niedrig einschätzen, er selbst weiß sich viel mehr zu erniedrigen.“[52]

Unter der Flagge eines geeinten und Kulturliberalismus war im März 1907 in Süddeutschland ein Nationalverein entstanden, der seinen Namen einem bedeutenderen Vorgänger, dem Nationalverein von 1859, seine ideologischen Waffen jedoch verschieden spätliberalen Ideologen und Bestrebungen entlehnte. Auf der ersten Mitgliederversammlung am 22. und 23. Juni 1907 in Heidelberg erfolgte die Umbenennung in *Nationalverein für das liberale Deutschland.* Generalsekretär Wilhelm Ohr, München, erläuterte hier das Arbeitsprogramm des Vereins, der die parteimäßig nicht organisierten liberalen Bürger zusammenschließen und „eine Art Volksakademie für politische Bildung“ sein wolle. Professor Günther, München, wurde zum Vorsitzenden gewählt.

Der Nationalverein blieb ein spezifisch süddeutscher Versuch; Produkt der unscharfen Grenzen zwischen National- und Jungliberalen, Freisinnigen, Nationalsozialen und Demokraten in Süddeutschland, aus denen er sich vielfarbig rekrutierte. Personell und programmatisch wies er starke nationalsoziale und jungliberale Züge auf. Die Stellung zur Arbeiterklasse und zur Sozialdemokratie wurde in seinen Reihen zur ersten Streitfrage. Der vom Nationalverein unternommene Versuch zur Einbeziehung der Nationalliberalen in einen „liberalen“ Zusammenschluß, der für Norddeutschland von vornherein zum Scheitern verurteilt war, die fehlende Koordinierung mit dem im Linksliberalismus sich vollziehenden Fusionsprozeß und gar die Einmischung in die Parteiorganisationen und Vereine verursachten. die zunächst zurückhaltende und mißtrauische, schließlich eindeutige Ablehnung des Nationalvereins durch die norddeutsch-preußisch orientierten Führungen sowohl der freisinnigen Parteien als auch der Nationalliberalen. Der Verein gewann keine Bedeutung; die linksliberale Fusion beschleunigte seine Auflösung.

Anfang Dezember 1907 kam es zu einer ersten spürbaren Krisis im Block, ausgelöst keineswegs durch ernsthafte liberale Forderungen des Freisinns, sondern durch nationalliberale Plänkeleien gegen den Kriegsminister in peripheren Fragen. Bülow, die innere Schwäche seines linken Blockpartners richtig beurteilend, war dies willkommener Anlaß, nach einer Beratung mit den Führern der Blockparteien am 5. Dezember 1907 eine gemeinsame Manifestation der Blockparteien im Reichstag zu organisieren. Wiemer versicherte dabei für die freisinnige Fraktionsgemeinschaft Blocktreue: „Für die linksliberale Fraktionsgemeinschaft, der die Freisinnige Volkspartei, die Freisinnige Vereinigung und die Deutsche Volkspartei angehören, habe ich zu erklären, daß wir einmütig gewillt sind, getreu unserer bisherigen, aus sachlichen Gründen beobachteten Haltung die Blockpolitik weiter zu unterstützen (lebhafter Beifall links), unter Wahrung unserer politischen Grundsätze (anhaltendes Gelächter bei den Sozialdemokraten und in der Mitte) ... in dem Bestreben, durch unsere Mitwirkung Fortschritte in der Richtung unserer Anschauungen zu erreichen zum Besten des Vaterlandes.“[53]

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ hat die Lächerlichkeit dieser Erklärung über die „Wahrung unserer politischen Grundsätze“ und das ihr folgende „Gelächter, das ansteckend auch auf viele der Blockfreunde und die Tribünenbesucher wirkte“ geschildert.[54] Als Bülow einen Monat später im preußischen Abgeordnetenhaus den freisinnigen Wahlrechtsantrag schroff abwies, ohne daß der

---

51 *Derselbe,* Liberalismus als Kulturpolitik, Berlin 1907, S. 6.

52 *Mehring, Franz,* Die Komödie von Norderney, in: Gesammelte Schriften, Bd. 15, S. 297.

53 Reichstag, 12. Leg.per., 1. Sess., Bd. 229, S. 2034.

54 Zit. nach: *Handbuch für sozialdemokratische Wähler.* Der Reichstag 1907-1911, Berlin 1911, S. 720.

Freisinn das mit der Kündigung des Blocks im Reichstag beantwortete, wurde das volle Ausmaß der mit der Blockpolitik praktizierten Unterordnung und Kapitulation der Liberalen offenkundig.

Im Februar und April 1908 wurden von der konservativ-liberalen Mehrheit im Reichstag die wichtigsten Gesetze der Bülowschen Blockära verabschiedet, die vom Blockfreisinn ob ihrer Bedeutung für die liberale Ausgestaltung des Reiches nicht genug gewürdigt werden konnten. Tatsächlich handelte es sich um einige nach der inneren ökonomischen und politischen Entwicklung seit 1900 unumgänglich gewordene Entscheidungen, bei denen sich die Konservativen gegenüber ihrer früheren Haltung zu gewissen Zugeständnissen in sekundären Fragen bereit fanden.

Das *Majestätsbeleidigungsgesetz* vom 17. Februar 1908 führte formell zur Entschärfung der Gesetzgebung auf diesem Gebiet, die Wilhelm II. Anfang 1907 – zwischen Haupt- und Stichwahl – im Hinblick auf die freisinnige Wählerschaft versprochen hatte. In der Praxis brachte es jedoch vor allem gegenüber der Sozialdemokratie und ernsthaften bürgerlichen Oppositionellen keine nennenswerten Änderungen. Der sozialdemokratische Antrag auf völlige Aufhebung der Majestätsbeleidigungsbestimmungen wurde von den freisinnigen Monarchisten in Übereinstimmung mit allen bürgerlich-junkerlichen Parteien abgelehnt.

Bei der Neufassung des *Börsengesetzes* vom 7. April 1908, das Bankkreise zur Revision der Börsengesetzgebung und Beseitigung einzelner Einschränkungen forderten, wurden von junkerlieber Seite ebenfalls einige für das Kapital längst überfällige Zugeständnisse eingeräumt. Die „Morgenpost“ bewertete am 15. März 1908 diese Zugeständnisse an die Börse als Kompensationsobjekt der Junker für den freisinnigen Verrat beim Vereinsgesetz.

Das *Vereinsgesetz* vom 19. April 1908 „beschnitt durch die meisten seiner Paragraphen die demokratischen Rechte des Volkes, vor allem der Arbeiterjugend“.[55] Seine Bedeutung in der liberalen Parteigeschichte ergibt sich daraus, daß es das für die innenpolitische Entwicklung bedeutendste Gesetz der konservativ-liberalen Ära war und zugleich die eklatanteste Preisgabe liberaler Rechtsgrundsätze darstellte. Nach der Aufhebung des Verbindungsverbots für Vereine 1899 waren die teilweise seit Jahrzehnten bestehenden vereinsrechtlichen Bestimmungen der Bundesstaaten in ihrer Unterschiedlichkeit und Widersprüchlichkeit bestehengeblieben. Eine Reform und die einheitliche reichsgesetzliche Regelung waren für die herrschenden Klassen unumgänglich. Das Gesetz beseitigte in Preußen und anderen Bundesstaaten lediglich die Einschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts der Frauen und die Pflicht zur Einreichung der Mitgliederlisten bei der Polizei; Bestimmungen, die sich als überholt und nicht mehr durchführbar erwiesen hatten.

Der undemokratische Charakter einer Ausnahmegesetzgebung bestand vor allem im Vereins- und Versammlungsverbot für Jugendliche unter 18 Jahren, das besonders gegen die sich rasch entwickelnde Arbeiterjugendbewegung gerichtet war, und im Paragraph 7, dem sogenannten Sprachenparagraphen. Er enthielt das Verbot der Benutzung nichtdeutscher Sprachen in öffentlichen Versammlungen und richtete sich gegen die Rechte der Mitglieder nationaler Minderheiten im Reich, insbesondere gegen die polnische Bevölkerung. Dazu erklärte Kopsch Ende 1907 demagogisch, daß durch diesen Paragraphen die Gleichheit der Rechte in öffentlichen Versammlungen hergestellt würde. Als Ergänzung zur Zustimmung zum Sprachenparagraphen beschloß der Zentralausschuß der Freisinnigen Volkspartei lediglich, die Landtagsfraktion zu ersuchen, im preußischen Abgeordnetenhause dahin zu wirken, daß seine Anwendung zu keiner Beeinträchtigung der Gewerkvereine und Gewerkschaften führe.

In der entscheidenden zweiten Lesung stimmten aus der Fraktionsgemeinschaft nur drei Abgeordnete der Freisinnigen Vereinigung gegen das Gesetz. Albert Traeger und Georg Gothein wandten sich in der Presse dagegen. Am 25. März 1908 gab eine Gruppe führender Mitglieder der Freisinnigen Vereinigung mit Barth, Breitscheid, Gerlach und Richard Gädke an der Spitze eine Erklärung gegen diese

---

[55] *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,* Bd. 2, S. 143; s. auch die Darstellung des Gesetzes als Ergebnis liberaler Politik durch *Müller-Meiningen, Ernst/Schmid, Georg,* Vereinsgesetz vom 19. April 1908, München 1908.

„Preisgabe eines Grundsatzes, der zum Fundament der liberalen Weltanschauung gehöre“ ab. Der Sprachenparagraph sei Ausnahmegesetz. Diese Erklärung wurde von mehr als vierzig freisinnigen Ortsgruppen unterstützt. Auch aus der bürgerlich geführten Arbeiterbewegung, der Zentralstelle der fortschrittlichen Arbeiterschaft und den Gewerkvereinen, wurde protestiert. Der konservative Professor Hans Delbrück beurteilte in den „Preußischen Jahrbüchern“ die Zustimmung zum Sprachenparagraphen als mit dem Namen eines Liberalen unvereinbar.

Naumann erklärte in einem Brief vom 28. März 1908 an Schulze-Gaevernitz seine Dankbarkeit, „wenn sie mir für die Hilfe ... einen kurzen Aufsatz darüber liefern wollten, daß es kein Verrat am Liberalismus ist, für dieses Vereinsgesetz zu stimmen“.[56] Der „Vorwärts“ konstatierte am 3. April 1908, daß Naumann gegenüber dem Vereinsgesetz geschwankt habe, bis entschieden war, daß es von der Freisinnsmehrheit befürwortet wird, um dann mit dieser Mehrheit zu gehen. Der Mann habe keinen Anspruch mehr auf politische Achtung. Solche Urteile mehrten sich auch von früheren Anhängern Naumanns, der in Briefen diese zunehmende Isolierung selbst eingestand. Dieser Prozeß war bereits in der ablehnenden Haltung liberaler und demokratischer Anhänger anläßlich des Streites zwischen dem Verein Deutscher Studenten mit Naumann 1906 sichtbar geworden, die seine Anbiederung an den alldeutsch-antisemitischen Verband nicht billigten. Die gleiche Geisteshaltung ließ 1907 sein Eintreten für den Kolonialverbrecher Karl Peters erkennen, das auch die Distanzierung Brentanos von Naumann einleitete. Brentano bemerkte später zutreffend, daß Naumann „sein Alldeutschtum niemals ganz los geworden“ sei.

Der freisinnige Verrat an Prinzipien und Forderungen des Liberalismus und der bürgerlichen Demokratie äußerte sich auch im Verzicht auf einen wirksamen Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht in Preußen. Vor allem durch die von der Sozialdemokratie geleiteten Massenkämpfe war dies zur Kernfrage der innenpolitischen Kämpfe in Preußen und im Reich geworden. Das Eingehen des Freisinns auf die Formierung des konservativ-liberalen Blocks war identisch mit einem faktischen Verzicht auf eine ernsthafte Frontstellung gegen das Dreiklassenwahlrecht. Bülow berichtet, daß Schmidt-Elberfeld, einer „der klügsten und einflußreichsten Freisinnigen“, ihm versichert habe, die freisinnigen Forderungen nach Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen seien nicht ernst gemeint, und es würden insbesondere Konsequenzen für die Einführung dieses Wahlrechtes in den Kommunen befürchtet. Dies sei auch die Überzeugung Eugen Richters gewesen.

Die tatsächliche Haltung entsprach diesem Zeugnis. Vielfach beschlossen in diesen Jahren Bürgerschaften mit freisinnigen Stimmen Verschlechterungen des kommunalen Wahlrechts, beispielsweise durch Erhöhung des Geldzensus, so in Kiel, Rostock und anderen Hansestädten. In den Programmpunkten für den konservativ-liberalen Block erschien die Wahlrechtsfrage von Anbeginn untergeordnet und als Handelsobjekt. Pachnicke, der Bülow nahestand und als Vermittler fungierte, behauptete, daß das Wahlergebnis von 1907 diese Frage verdrängt habe. „Daß die allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahl das Bild der Vollkommenheit darbietet, behaupten auch ihre Anhänger nicht.“[57] Der „Vorwärts“ bemerkte am 18. Oktober 1907, daß in den Beratungen Bülows mit den Freisinnsführern offenbar vereinbart wurde, am preußischen Wahlrecht nicht zu rühren.

In dieser Situation des ausdrücklichen oder stillschweigenden Einverständnisses zwischen Bülow und den Führern der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft über die Mißachtung der demokratischen Forderungen in der Wahlrechtsfrage wurde der Vorstoß von Naumann mit seinem ultimativen Wahlrechtsartikel im „Berliner Tageblatt“ am 31. Juli 1907, in dem er rundweg die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen forderte, zu einem spektakulären Ereignis.

Mehring bewertete den Artikel sofort als eine Aktion, „die der Freisinn zu dem ausgesprochenen Zwecke unternimmt, seine Stellung in dem arbeiterfeindlichen Blocke zu befestigen“.[58] Naumann äußerte in einem persönlichen Gespräch, daß mit seiner Aktion keineswegs der Block gesprengt, sondern lediglich die Lässigkeit der Regierung in der Wahlrechtsfrage erschüttert werden sollte. In einem

---

56 DZA Potsdam, Nachlaß Naumann, Nr. 130, Bl. 30, 31.

57 *Pachnicke, Hermann,* Liberalismus als Kulturpolitik, Berlin 1907, S. 33.

58 *Mehring, Franz,* Die preußische Wahlrechtsfrage, in: Gesammelte Schriften, Bd. 15, S. 286.

Brief an Hallgarten am 23. September 1906 hatte er geäußert, daß Barth ihn von der Bedeutung der Wahlrechtsfrage überzeugt hätte. Naumann bestand keineswegs darauf, daß sein „Fanfarenblasen" (Mehring) ernst genommen würde. Sein Vorschlag fand in der Fraktionsgemeinschaft wie in der liberalen Presse, von Ausnahmen abgesehen, keine Unterstützung und die amtliche „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" warnte vor der „Jagd nach wilden Gänsen zu Pferde".

Eine kleine Gruppe im liberalen Lager nahm an der Kapitulation des Blockfreisinns gegenüber dem Wahl- und Vereinsrecht nicht teil. Sie distanzierte und profilierte sich im Verlauf dieser Entwicklung seit der Jahreswende 1906/07 vielmehr immer deutlicher. Unter der Führung von Barth, Gerlach und Breitscheid wurden die Positionen einer liberaldemokratischen Opposition und Alternative zum Kurs der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft entwickelt. In ihrer Gegnerschaft zum konservativ-liberalen Block und zur Prostitution des Liberalismus in Gestalt des Blockfreisinns wurde die Konzeption eines entschiedenen liberalen Kampfes für die demokratische Wahlrechtsreform in Preußen zur Kernfrage einer den innenpolitischen Erfordernissen entsprechenden liberalen Sammlung und Neuorientierung. In einem Brief an Naumann vom 30. September 1907 charakterisierte Barth, der gerade aus den USA von der „Berührung mit der amerikanischen Demokratie" zurückgekehrt war, den Zusammenhang von Blockpolitik und Wahlrechtsfrage: „Man kann nicht zugleich mit den Konservativen Brüderschaft trinken und diesen Brüdern den politischen Stuhl fortziehen wollen, auf dem sie sitzen."[59]

Die am 10. November 1907 gemäß den früheren Beschlüssen vom Blockfreisinn in Frankfurt a. M. durchgeführte deklamatorische liberale Versammlung wurde von Barth wie von sozialdemokratischer Seite wegen ihrer antisozialistischen Auslassungen und ihrer kritiklosen Haltung gegenüber dem preußischen Wahlrecht sehr getadelt. Diese Kritik galt wesentlich Haußmann und Naumann, die sich den „politisch rückständigsten Leuten" im Freisinn wider ihre Vergangenheit und besseres Wissen unterordneten. Die Bildung eines Agitationsausschusses für Wahlrechtsfragen durch die Fraktionsgemeinschaft war lediglich eine Geste gegenüber den Anhängern und von der sozialdemokratischen Aktivität erzwungen. Sie blieb ebenfalls, von einigen Reden und Flugschriften abgesehen, ohne Konsequenzen.

Mitte Dezember traten Payer, Haußmann und Fischbeck mit Rechtfertigungsversuchen für ihr Festhalten am Block hervor, wobei sie konstitutionell-parlamentarische Aspekte gegenüber den entscheidenden substantiellen Fragen des politischen Kampfes einseitig und irreführend in den Mittelpunkt rückten. Tatsächlich existierte in der Freisinnigen und Deutschen Volkspartei keine relativ geschlossene und einflußreiche Blockopposition wie in der Freisinnigen Vereinigung, für die sich in den folgenden Monaten die erheblichsten Erschütterungen ergaben. Mit der Abweisung des freisinnigen Wahlrechtsantrages durch Bülow am 10. Januar 1908 traten die Auseinandersetzungen um den Wahlrechtskampf, die Blockpolitik und die Stellung und Perspektiven des Liberalismus in ihr entscheidendes Stadium. Naumann hatte zwar Hallgarten Ende November 1907 erklärt, eine Aussprache mit Barth im Ausschuß der Freisinnigen Vereinigung habe die Spannung vermindert, wogegen Barth am 2. Januar 1908 an Naumann schrieb, daß er dem Kampf um die preußische Wahlrechtseeform für eine tatsächliche liberale Einigung und das demokratische Zusammengehen mit der Sozialdemokratie die größte Bedeutung beimesse. Die Enttäuschung auf die von Bülow zu erwartenden leeren Versprechungen solle als „Ausgangspunkt einer Wahlrechts- und Wahlkampagne" genutzt werden. Darum schlug Barth die Bildung einer „Wahlrechtsliga" neben den Parteien vor, für die er 9000 Mark zur Verfügung stellen würde. Eine Woche später betonte er gegenüber Naumann erneut ihre Differenzen hinsichtlich des Blocks und wies Naumann eine falsche Analyse der Caprivi-Ära nach, aus der dieser verfehlte Schlüsse zur Rechtfertigung der Blockpolitik abgeleitet hätte.

Am Tage nach der Ablehnung des freisinnigen Wahlrechtsantrags, der „aus rein taktischen Rücksichten gegenüber der Wählerschaft eingebracht war, sowie, um die Regierung und die anderen Parteien zu einer festen Stellungnahme zu veranlassen ..."[60], fand eine Tagung der Fraktionsgemeinschaft statt, in der die Gegensätze erneut sichtbar wurden. Wiemer trat für den Verbleib im Block ein und lehnte

59 DZA Potsdam, Nachlaß Naumann, Nr. 143, Bl. 15, 16.

60 *Eschenburg, Theodor,* Das Kaiserreich am Scheideweg. Bassermann, Bülow und der Block, Berlin 1929, S. 108.

einen Antrag Naumanns, der sich für den Block, aber gegen Bülow aussprach, ab. Naumann stimmte ohne Widerspruch sofort Wiemer und der von ihm vorgeschlagenen Erklärung zu, während Gothein sie schärfer gefaßt sehen wollte. Die grundsatzlose Haltung setzte sich schließlich durch. Der Parteivorstand der Vereinigung beschloß am 19. Januar 1908, „daß nach der vom Ministerpräsidenten am 10. Januar im preußischen Abgeordnetenhause gegen den freisinnigen Wahlrechtsantrag abgegebenen Regierungserklärung, die ein Bekenntnis zu den reaktionärsten Anschauungen darstellt, eine *deutliche Mißtrauenskundgebung* seitens der Freisinnigen Vereinigung, *wenn tunlich seitens der Fraktionsgemeinschaft, gegen den Fürsten Bülow,* im Gegensatz zu der Vertrauenskundgebung vom 5. Dezember 1907 im Reichstage unerläßlich ist.“[61] Diese Initiative versandete im Widerstand der Fraktionsgemeinschaft, der von freisinnig-volksparteilichen Führern ausging, denen sich die Führer der Deutschen Volkspartei und die rechte Fraktion der Vereinigung unter Pachnicke, Heckscher und Bothmer anschlossen. Im Reichstag wurde am 22. Januar 1908 vom Freisinn nicht nur kein Mißtrauensvotum eingebracht, sondern mit den Rechtsparteien der sozialdemokratische Antrag auf Fortsetzung der Debatte abgelehnt.

Die vorübergehende Krisis im Blockfreisinn wurde durch Resolutionen liberaler Ortsvereine gegen die Blockpolitik und die Kapitulation in der Wahlrechtsfrage verstärkt. Die „Berliner Volkszeitung“, das „Berliner Tageblatt“ und der „Nürnberger Anzeiger“ unterstützten diese Gegnerschaft zum Block, der dagegen von der „Freisinnigen Zeitung“, der „Vossischen Zeitung“ und den Blättern des kapitalistischen Küstenfreisinns wie der „Danziger“, der „Weser-“ und der „Königsberger Hartungschen Zeitung“ entschieden verteidigt wurde, während die „Frankfurter Zeitung“ eine versöhnlerische, im Grunde jedoch blockbejahende Haltung einnahm.

Eine Reihe freisinniger Verfechter des antinationalen Blocks, darunter Wiemer, Mugdan und Gyßling, wurden im Januar 1908 mit Orden dekoriert. Unter ihrer Führung wurde das Auftreten der Masse des Freisinns im preußischen Landtagswahlkampf 1908 zur Farce, das Mehring als schimpflichste Erscheinung der gesamten Wahlbewegung bezeichnete: „... selbst wenn der heutige Freisinn im preußischen Abgeordnetenhaus eine Mehrheit gewänne, ... so wären wir dem allgemeinen Wahlrecht deshalb nicht um Handbreite näher gerückt.“[62]

Am 11. Februar 1908 schrieb Bebel an Barth zu dessen V arschlägen einer gemeinsamen Wahlrechtsagitation, daß der Parteivorstand an diesem Tage mit den Vertretern der preußischen Landesorganisation entschieden habe, „aus den Ihnen schon von mir angeführten Gründen, wozu auch einige andere kamen, von einem Zusammengehen mit anderen Parteien abzusehen.“[63] Er wünsche Barth und seinen Freunden in ihrer Agitation Erfolg. Dagegen hatte Bernstein am 16. Januar 1908 Barth brieflich „den Gedanken einer Wahlrechtsliga“ zur Stellungnahme unterbreitet. Ein Vergleich mit den Anträgen zum Parteitag in Essen 1907 zeigt, daß der sozialdemokratische Parteivorstand mit seiner Haltung der Auffassung der Masse der Mitglieder entsprach, die sich aus der Rolle der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft im Block ergab. Barth konnte mit seinen wenigen Anhängern für die Sozialdemokratie kein Partner taktischer Vereinbarungen sein.

Im Sommer und Herbst 1908 war der „Fall Schücking“ Gegenstand lebhafter Erörterungen. Der freisinnige Bürgermeister von Husum war in Publikationen gegen Auswüchse der preußischen Bürokratie aufgetreten und von den Behörden gemaßregelt worden. Der symptomatische Vorfall kam dem Reichskanzler ungelegen. Doch der Blockfreisinn war nicht ernstlich gewillt, den „Fall Schücking“, der „im Grunde ein Fall Bülow“ (Mehring) war, als Ausgangspunkt grundsätzlicher Konsequenzen in bezug auf den Block zu nehmen.

Die Daily-Telegraph-Affäre im November 1908 offenbarte noch stärker die Lähmung des Blockfreisinns in allen demokratischen oder nur entschieden liberalen und konstitutionellen Belangen.[64] Die

---

61 *Freisinnige Zeitung* v. 24.1.1908.

62 *Mehring, Franz,* Die preußische Wahlbewegung, in: Gesammelte Schriften, Bd. 15, S. 351.

63 DZA Potsdam, Nachlaß Theodor Barth 90 Ba 4, Nr. 7, Bl. 2.

64 Die englische Zeitung „Daily Telegraph“ veröffentlichte am 28. Oktober 1908 einen Artikel über ein Gespräch mit Wilhelm II., der darin eine Reihe provozierender Behauptungen zum deutsch-englischen Verhältnis aufstellte. Die

Fraktionsgemeinschaft brachte neben der Sozialdemokratie und den anderen Blockpartnern eine Interpellation ein. Nach längeren inneren Auseinandersetzungen hatte sie den Vorschlag einer Adresse an den Kaiser verworfen. In der Debatte am 10. und 11. November 1908 im Reichstag forderte Wiemer ein „wahrhaft konstitutionelles Verfassungsleben", „Kräftigung der Rechte der Volksvertretung" sowie den Erlaß eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes und Unterstellung von Zivil- und Militärkabinett unter verantwortliche Regierungsbehörden. Bülow bemerkte später, daß Wiemers Auslassungen „weder kalt noch warm" waren.

Die Fortsetzung der Debatten am 2. und 3. Dezember 1908 brachten keine wesentlichen Veränderungen und Ergebnisse. In seinem Gespräch mit Bülow am 17. November 1908 sprach sich Wilhelm II. für die Aufrechterhaltung des Blocks aus, wobei „ohne Abstoßen der Freisinnigen" wieder eine Annäherung an das Zentrum erfolgen solle. Die gleiche Position des weiteren Festhaltens am Block und seinem Kanzler hinderte die Führer der Fraktionsgemeinschaft daran, ihren Erklärungen gegen das persönliche Regiment und für den konstitutionellen Ausbau des Reiches Taten folgen zu lassen. „Keine bürgerliche Partei hat einen ernsten Versuch gemacht oder auch nur angekündigt, diese Gelegenheit, die so günstig war wie keine vor ihr seit dem Bestehen des Reichstags, dem bürgerlichen Parlamentarismus ein Stück reeller Macht zu erobern, für diesen Zweck auszunutzen."[65]

Die angesichts der Zerrüttung der Finanzen und der Verschuldung des Reiches notwendige Reichsfinanzreform wurde zum Hauptthema der Beratungen in der Session 1908 bis 1909 und der politischen Kämpfe überhaupt. Wie beim Zolltarif von 1902 erwiesen sich ökonomische Interessengegensätze als unüberbrückbar. Sie führten zur Erschütterung und Sprengung des konservativ-liberalen Blocks durch die endgültige Ablehnung der Reichserbschaftssteuer durch Zentrum und Konservative im Juni 1909. Selbst auf diesem Gebiet zeigte der Blockfreisinn Kompromißbereitschaft, beispielsweise hinsichtlich der Erweiterung der indirekten Steuern, die jedoch von Klasseninteressen begrenzt und vom Junkertum als unzureichend mißachtet wurde. Pachnicke hatte Bülow während eines Diners beim Kanzler bereits am 4. Februar 1908 die Kombination von indirekten Steuern mit dem Ausbau der Erbschaftssteuer vorgeschlagen und damit Zustimmung gefunden.

Der Geschäftsführende Ausschuß der Freisinnigen Vereinigung beriet am 24. September 1908 über die Stellungnahme zu den Steuerplänen der Regierung. Schrader berichtete über eine Beratung beim Reichsschatzsekretär Sydow, an der auch das Zentrum gleichberechtigt teilgenommen habe. In der Diskussion bezeichnete Gothein die Blockpolitik als einen Fehler und forderte Einsparungen im Heereswesen. Broemel und Dove empfahlen Zurückhaltung, um alle Einigungsmöglichkeiten zu prüfen. Schrader bemerkte abschließend: „Aus den Besprechungen mit den anderen linksliberalen Fraktionsführern ging hervor, daß man auf keiner Seite Neigung hätte, diese Finanzreform als einen integrierenden Bestandteil der Blockpolitik anzusehen. Wenn wir durch die Schwierigkeiten der Finanzreform unsere Fraktionsgemeinschaft durchretten könnten, wäre das wichtiger als etwa die Rettung des Bülowblocks."[66]

Nachdem die Gesetzentwürfe in erster Lesung behandelt worden waren, bildeten sie den Gegenstand der Beratungen d.es Vorstandes der Freisinnigen Vereinigung am 21. und 22. November 1908. „Die Stellungnahme zur Finanzreform wurde allseits als die wichtigste politische und wirtschaftliche Aufgabe für den entschiedenen Liberalismus angesehen, der dabei alles dran setzen müsse, um einen wesentlichen Fortschritt in der Durchsetzung seiner Ziele und Aufgaben zu erreichen."[67]

Mitte Januar 1909 beriet der Vorstand der Freisinnigen Volkspartei mit der Fraktion. Im Ergebnis daran wurde die unverbindliche Erwartung an die Fraktion ausgesprochen, an den Vorlagen mitzuarbeiten und die Parteigrundsätze zur Geltung zu bringen. Im März trat Naumann mit dem Vorschlag

---

Ausführungen Wilhelm II. erregten großes Aufsehen und trugen zur weiteren Verschärfung sowohl der inneren Spannungen als auch der deutschenglischen Beziehungen bei. (Vgl. *Fritz Klein,* Deutschland 1897-1917, Berlin 1961, S. 212 f.)

65 *Mehring, Franz,* Bestrafter Verrat, in: Gesammelte Schriften, Bd. 15, S. 392.

66 DZA Potsdam, Fortschrittliche Volkspartei, Nr. 7, Bl. 1-5.

67 *Vossische Zeitung* v. 23.11.1908.

des Blocks „von Bassermann bis Bebel“ auf, dem von seinem Fraktionskollegen Wiemer im Reichstag wie von der „Freisinnigen“ und der „Vossischen Zeitung“ umgehend und entschieden widersprochen wurde.

In einer Unterredung des Reichskanzlers mit Pachnicke am 6. Februar 1909 beantwortete Bülow Pachnickes Andeutung über ein positives Entgelt für Zugeständnisse des Freisinns in der Finanzreform mit der Hervorhebung der Problematik der Wahlrechtsfragen bei den Konservativen, die bereits beim Vereins- und Börsengesetz Widerstand geleistet hätten. In der Folgezeit bemühten sich Bülow und die Führer der Fraktionsgemeinschaft, eine gemeinsame Formel des Blocks für die Finanzreform zu finden. Mehring registrierte die Schwankungen der freisinnigen Politiker in dieser kritischen Phase, die ihre politische Ehre preisgegeben hätten, das Ende des Blockes fürchteten und aus Angst vor dem Ende mit Schrecken die Schrecken ohne Ende wählten.

In den nächsten Monaten vollzog sich die öffentliche Verwesung des Blocks, die seinem Begräbnis voranging. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlichte am 4. Mai 1909 eine Erklärung des Geschäftsführenden Ausschusses der Freisinnigen Volkspartei, der in Übereinstimmung mit der Regierung die Reform der Reichsfinanzen bei unbedingtem Ausbau der Erbschaftsbesteuerung forderte und sich gegen die gefährlichen „agrarischen Sonderinteressen“ wandte. Am 17. Mai 1909 war für Wiemer, Müller-Meiningen und Pachnicke beim Reichskanzler nochmals Audienz. Sie lehnten dessen Vorschlag einer kaiserlichen Kundgebung für die Reform wegen der für sie diskriminierenden Wirkung auf „die äußerste Linke“ ab. Abschließend erneuerte Pachnicke die als Vorbedingung freisinniger Zustimmung bezeichnete Forderung nach Form und Höhe der Besitzbesteuerung.

Mitte Mai kamen die Vorstände der Fraktionsgemeinschaft und der nationalliberalen Fraktion überein, in der Reichsfinanzreform gemeinsam zu handeln. Schmidt-Elberfeld übermittelte Bülow und Bassermann am 1. Juni 1909 eine Denkschrift mit Vorschlägen zur Durchsetzung der Erbschaftssteuer im Landtag bzw. zu dessen Auflösung falls die Vorschläge abgelehnt werden sollten. Der Geschäftsführende Ausschuß der Freisinnigen Vereinigung beschloß am nächsten Tag, eine Agitationskampagne gegen die „reaktionären Steuerbeschlüsse“ der Konservativen und des Zentrums sowie umfassende Bemühungen „zur Beschaffung von Geldmitteln“ einzuleiten.

Die konservativen Vorschläge zur Besteuerung von Wertpapieren riefen in dieser Phase verstärkt die Kapitalisten und ihre Verbände auf den Plan. Der Ausschuß des Deutschen Handelstages, Handelskammern, kaufmännische Korporationen sowie weitere industrielle, Bank- und Unternehmerverbände und -vereine protestierten auf das schärfste. Auf Initiative des Zentralvereins des deutschen Bank- und Bankiersgewerbes und des Zentralverbands deutscher Industrieller kam es auf einer Versammlung von 2400 Vertretern aller kapitalistischen Interessenverbände am 12. Juni 1909 zur Gründung der politisch nationalliberal-freisinnig gefärbten Interessenorganisation: *Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie.* Er vermochte den Kämpfen um die Finanzreform keine Wende mehr zu geben. Auf politisch ähnlichem Standort erfolgte die Gründung des *Deutschen Bauernbundes,* der sich in seinem Programm vom 30. Juni 1909 als Gegner des Bundes der Landwirte bezeichnete. Er stand in der Folgezeit unter nationalliberaler Führung. Seine schutzzöllnerische Position verursachte jedoch die ablehnende Haltung des von Gothein geführten freihändlerischen Flügels im Freisinn.

Mit dem Fall des Gesetzesentwurfs für die Erbschaftssteuer in zweiter Lesung am 24. Juni 1909 durch Konservative und Zentrum wurde das Ende des konservativliberalen Blocks besiegelt. Bülow übermittelte Wilhelm II. das Ergebnis und bat um eine Audienz, um sein Abschiedsgesuch vortragen zu können. Diese Begegnung fand am 26. Juni in Kiel statt. Am 14. Juli 1909 wurde die Entlassung Bülows und die Ernennung Bethmann Hollwegs zum Reichskanzler offiziell bekanntgegeben.

Die Geschichte des konservativ-liberalen Blocks war in Entstehung, Existenz und Zerfall mit dem Wirken Bülows verbunden. Die Bezeichnung als Bülow-Block erscheint jedoch für die geschichtswissenschaftliche Terminologie als unzweckmäßig, da sie die äußerliche und zufällige Verbindung dieses Kanzlers mit dem Block statt der historisch-politischen Notwendigkeit und Funktion dieser politisch-parlamentarischen Verbindung erfaßt. Das gilt in gleicher Weise für den Terminus „Hottentottenwahlen“ für die den Block einleitende Reichstagswahl von 1907, die dem von chauvinistischen

Kreisen aufgebauschten Anlaß der Reichstagsauflösung, keineswegs aber der eigentlichen innenpolitischen Motivierung und Zielsetzung dieses Handstreichs Bülows entlehnt wurde.

Bassermann schilderte Gustav Stresemann gegenüber später, „welchen tiefen Eindruck ihm der letzte Abend bei dem Reichskanzler Bülow gemacht hätte, als ... der Vertreter der Fortschrittspartei dem Fürsten Bülow erklärte, man würde es ihm nie vergessen, daß er durch seine Politik seine Partei aus der Negation erlöst und ihr das Mitwirken am Reich ermöglicht habe“.[68] Bereits im Februar 1909 hatte Pachnicke Bülow der liberalen Dankbarkeit für das konservativ-liberale Experiment versichert. Wenn es gelänge, erhielte es „eine sehr gute historische Note“. In diesem Verhalten zu dem scheiternden Block und zum Reichskanzler dokumentierte sich die Unfähigkeit des Liberalismus als historische und soziale Bewegung, die imstande gewesen wäre, im Klassenkampf mit eigenen Kräften eigene Positionen zu erobern.

Die Freisinnige Vereinigung berief kurzfristig einen außerordentlichen Delegiertentag ein, der am 3. und 4. Juli 1909 in Berlin stattfand. Schrader konstatierte, daß der Block nun „wirklich tot, nicht bloß scheintot“ sei. Der Zerfall des Blockes gab der im liberalen Lager seit 1907 führend von Barth und Breitscheid am Blockfreisinn geübten Kritik recht. Das galt auch für Barths Prognose, daß beim Zusammenbruch des Blockes der Freisinn der passive Partner sein würde. Die tiefere Ursache dafür, daß sich das liberale Lager in der letzten Phase des Kampfes um die Reichsfinanzreform nicht zu einer selbständigen Politik und zur Kündigung des Blockes aufraffen konnte, liegt in dem mit der Herausbildung des Imperialismus vollzogenen politisch-ideologischen Nivellierungsprozeß im bürgerlichen Lager, dem Verlust des Profils einer freiheitlich-fortschrittlichen bürgerlichen Parteibewegung und der zunehmenden Identifizierung und Verflechtung mit dem Staat.

Das Ende des konservativ-liberalen Blockes hob keineswegs den vor und während seiner Existenz erfolgten reaktionären politisch-ideologischen Entwicklungsprozeß im Liberalismus auf. Dieser blieb nun eine zuverlässige Stütze der Monarchie, des Staates und seiner antidemokratischen Innen- wie der aggressiven Rüstungs- und Kolonialpolitik. Die Kontinuität seines Weges war in der folgenden Periode des schwarzbraunen Blocks durch die Überlagerung mit anderen Widersprüchen nur zeitweilig weniger offenkundig. Das veränderte sich in der Kriegs- und Krisensituation der Jahre 1914 bis 1918, in denen die konservative Zersetzung des deutschen Liberalismus und seiner Parteien mit ihren imperialistischen, konterrevolutionären und volksfeindlichen Konsequenzen vollendet wurde.

3. Die Entstehung der Demokratischen Vereinigung 1908

Seit Dezember 1906 entwickelte sich innerhalb des Linksliberalismus und in permanenter und prinzipieller Gegnerschaft zur antinationalen und antidemokratischen Blockpolitik der Freisinnsmehrheit, besonders der Führung der Freisinnigen Volkspartei, eine oppositionelle Strömung. Ihre Positionen zur Blockpolitik, zum Vereinsgesetz und in der Wahlrechtsfrage wurden bereits angedeutet. Der führende Kopf war Theodor Barth, immer ausgeprägter unterstützt von Rudolf Breitscheid und Hellmut v. Gerlach. Im Verlauf der innenpolitischen und innerparteilichen Kämpfe vollzog sich in dieser Gruppe eine den historischen Erfordernissen im zunehmenden Maße entsprechende Vertiefung des demokratischen Inhalts der ideologischen Positionen und politischen Aktionen. Dem entsprach schließlich auch eine politisch-organisatorische Verselbständigung.

Der erste äußerlich auffällige Schritt war wenig verheißungsvoll. Am 16. Februar 1907 teilte Barth in der „Nation“ mit, daß „politische Erwägungen“ ihn bestimmten, die Herausgabe der Zeitschrift mit dem Ende des Quartals einzustellen. Mehring bedauerte das Eingehen der „gehaltvollsten und gescheitesten Wochenschrift der deutschen Bourgeoisie“. Ihr Ende sei ein trübes Zeichen für das bürgerliche Geistesleben; die Gründe erschienen jedoch begreiflich: „Denn was sie in ihrer letzten Zeit vertrat: ein Bündnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat zur Niederzwingung der absolutistisch-feudalen Reaktion, ist nach der jüngsten Entwicklung des deutschen Liberalismus dermaßen zur Donquichotterie geworden, daß man schon ein zehnfach potenzierter Kato sein müßte, um auf Herrn Barth

68 *Eschenburg, Theodor,* a. a. O., S. IX.

einen Stein zu werfen, weil er vorläufig die Sache satt hat."[69] Wäre die Einsicht Barths der deutschen Bourgeoisie vor vierzig Jahren beschieden gewesen, hätte sie „wohl ein zivilisiertes Deutschland" schaffen können.

Am 30. März 1907 erschien das letzte Heft der „Nation". Aus diesem Anlaß war am 19. März 1907 von langjährigen politischen Freunden für Barth ein Festbankett gegeben worden, auf dem Schrader, Brentano und Barth Ansprachen hielten. Der Gründer und Herausgeber der „Nation" erklärte, daß er nicht die Absicht habe, mit seiner Zeitschrift für dauernd zu verschwinden. „Ich habe meine Galeere auf den Strand gesetzt. Ich hoffe, bald mit einer stattlichen Flotte wieder ausfahren zu können, einer Flotte unter demokratischer Flagge."[70]

Auf dem zweiten Delegiertentag der Freisinnigen Vereinigung am 6. und 7. April 1907 kam es zu scharfen Auseinandersetzungen um die Blockpolitik der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft, die in der Polemik zwischen Barth und Naumann gipfelten. Im Jahresbericht von Schrader wie in Diskussionsbeiträgen wurden ernste Vorbehalte gegen den Block und den liberalen „Ruck nach rechts" geltend gemacht, daraus jedoch keine Konsequenzen im Sinne Barths abgeleitet. Faktisch wurde Naumanns Parole der Einheit um jeden Preis in der Praxis der liberalen Fraktionsgemeinschaft verfolgt, obwohl die Widersprüchlichkeit und Fragwürdigkeit weiten Kreisen in der Partei bewußt war. So trat u. a. F. C. Witte am 29. April 1907 im „Berliner Tageblatt" mit einer entschiedenen Stellungnahme gegen den „Irrweg" der Blockpolitik auf.

In der Beratung des Geschäftsführenden Ausschusses der Freisinnigen Vereinigung am 13. Januar 1908 über die nach Bülows Ablehnung des freisinnigen Wahlrechtsantrages entstandene Situation kündigten Barth und Gerlach ihr Ausscheiden an, zunächst aus dem Ausschuß, falls der bisherige Kurs beibehalten würde. Barth wiederholte diese Ankündigung auf der Beratung des Parteivorstands am 19. Januar 1908. Auf Initiative des Zentralausschusses der Freisinnigen Volkspartei, die von Pachnicke und Heckscher unterstützt wurde, beantragte die Fraktionsgemeinschaft beim gemeinsamen Ausschuß der Linksliberalen Schritte gegen die Wahlrechtsagitation von Barth und Gerlach. Am 4. Februar 1908 wurde das Ausscheiden von Barth und Gerlach aus dem Geschäftsführenden Ausschuß der Vereinigung mitgeteilt, das sie in Briefen an Schrader vom 5. Februar 1908 nochmals begründeten. Trotz wachsender Sympathien besonders in süd- und westdeutschen Gebieten blieb ihre Anhängerschaft in der Minderheit. Am 19. Februar 1908 sprach Barth in Nürnberg vor 3000 Teilnehmern einer Großkundgebung, darunter. zahlreichen Sozialdemokraten, über Block und Wahlrecht. Die Versammlung nahm eine Resolution für ein modernes Wahlrecht in Preußen einstimmig an.

In dieser Phase entwickelte sich vor allem aus der Ablehnung des Sprachenparagraphen auch in der Deutschen Volkspartei eine oppositionelle Strömung. Ihre namhaftesten Sprecher, der Parteivorsitzende in Bayern, Quidde, und Muser, verließen aus Protest die leitenden Ausschüsse der Partei. Quidde forderte in einem vertraulichen Rundschreiben Unterstützung des Antrags auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages zur Verurteilung der Blockpolitik. In der bayerischen und badischen Parteiorganisation überwog diese Gegnerschaft. Auch die Junge Volkspartei Württembergs protestierte. Der Leipziger Demokratische Verein schied sogar aus der Partei aus. Trotz aller verbreiteten offenen oder latenten Gegnerschaft zum Block vermochten es Payer und Haußmann, gestützt auf ihren Einfluß in der größten, der württembergischen Parteiorganisation, diesen Widerstand zu zügeln und größere Erschütterungen und Abspaltungen zu vermeiden. Die Opposition zur Blockpolitik ging wesentlich von intellektuellen Kreisen im Liberalismus aus. Darin wurzelte ihre Schärfe und überlegene theoretische Position, aber auch ihre Isoliertheit und fehlende Massenbasis.

In der Freisinnigen Vereinigung brachte der dritte Delegiertentag am 21. und 22. April 1908 die endgültige Scheidung. Unmittelbar zuvor schieden Brentano und Nathan aus der Partei. Auf dem Parteitag erklärte Schrader, daß der Verlauf der Blockära enttäuschend sei; das Zusammengehen aber Toleranz erfordere. Barth, der „mit stürmischem Beifall empfangen" wurde, bezeichnete die Haltung

---

69 *Mehring, Franz,* Die scheiternde Galeere, in: Gesammelte Schriften, Bd. 15, S. 253.

70 *Berliner Volkszeitung* v. 20.3.1907.

zum Vereinsgesetz als logische Folge der Blockpolitik. Er verurteilte die Erniedrigung des Freisinns im Block sowie die Rechtsverschiebung der Fraktionsgemeinschaft und stellte fest, daß eine Demokratisierung der freisinnigen Parteien unmöglich werde. Der Unterschied der Auffassungen sei „der, daß wir sagen: Es kommt vor allem auf den Inhalt an, wenn auch die Form zerbricht (Stürmischer Beifall bei der Minderheit).“[71] Barths Antrag zur Verurteilung der Politik der Fraktionsgemeinschaft wurde mit 315 gegen 98 Stimmen bei 13 Enthaltungen abgelehnt. Der Mittelsmann Bülows, Pachnicke, war sein entschiedenster Widersacher. Schrader versuchte erfolglos zu vermitteln. Barth, Gerlach, Breitscheid und etwa zwanzig ihrer Anhänger unter den Delegierten schieden aus der Partei aus.

Ihr Ausscheiden war nicht bloß die Abspaltung einer divergierenden Gruppe. Barth hatte als Ideologe und Politiker seit den achtziger Jahren eine führende Stellung im Freisinn eingenommen, war zeitweise der einflußreichste Führer der Freisinnigen Vereinigung und spätestens seit 1900 die intellektuell und politisch-moralisch profilierteste Persönlichkeit unter allen, die noch ernstlich beanspruchten, als Repräsentanten des Liberalismus in Deutschland zu gelten. Früher als Naumann, mit größerer Logik und Geschlossenheit der Auffassungen, schärferem analytischem Vermögen und politischem Blick und mit entschiedener, durchaus bürgerlicher Konsequenz, hat er die Grundanschauungen der nach ihnen benannten Strömung entwickelt und verfolgt. Ihr Scheitern veranlaßte Naumann zu kapitulantenhaftem Opportunismus; Barth nahm sie zum Ausgangspunkt weiterreichender Einsichten und politischer Folgerungen, die über das historische Ende des bisherigen Liberalismus hinausweisen auf den Kampf um Demokratie in unserer Epoche. Nach der Sezession vom April 1908 blieb die Freisinnige Vereinigung eine farblose liberale Gruppe, die ihren Voraussetzungen nach zu irgendeinem An- oder Zusammenschluß im bürgerlichen Lager tendieren mußte. Naumann war nach seiner gesamten Entwicklung außerstande, ihr eine spezifische ideologische Profilierung und Funktion zu geben.

Am 25. April 1908 beschloß die Generalversammlung des von Rudolf Breitscheid geleiteten Sozialliberalen Vereins zu Berlin mit 96 gegen 22 Stimmen den Austritt aus der Freisinnigen Vereinigung. Bereits am 18. Januar 1908 hatte der Verein von der Reichstagsfraktion ein Mißtrauensvotum gegen Bülow gefordert. Am 16. Mai 1908 konstituierte er sich als *Demokratische Vereinigung (Sozialliberaler Verein in Berlin).* Man wählte Breitscheid zum Vorsitzenden, Barth und Gerlach kamen in den 15köpfigen Vorstand. Zu diesem Zeitpunkt gehörten der Vereinigung 730 Mitglieder in drei Berliner Ortsgruppen an sowie Einzelmitglieder aus 38 Orten. Weitere lokale Vereine waren im Entstehen. Für den Herbst kündigte Barth die Möglichkeit der Konstituierung für das gesamte Reich an.

Breitscheid meinte, auf das negative Beispiel des Nationalsozialen Vereins bezugnehmend, daß die Vereinigung nicht die Sozialdemokratie ablösen, sondern „neben ihr und mit ihr die Reaktion bekämpfen“ wolle. Im Paragraph 1 des Statuts wird erklärt: „Die Demokratische Vereinigung (Sozialliberaler Verein in Berlin) bezweckt den Zusammenschluß aller Männer und Frauen, die gewillt sind, energisch an der Demokratisierung von Reich, Staat und Gemeinde mitzuarbeiten. Die Bildung von Ortsgruppen in Groß-Berlin bleibt vorbehalten.“[72] In einer Reihe von Volksversammlungen in Berlin erläuterte Barth die Notwendigkeit der Formierung der bürgerlichen Demokratie.

In größeren Flugschriften legten Barth und Breitscheid Rechenschaft über ihre Trennung vom Blockfreisinn ab, präzisierten sie ihre Position über eine demokratische Alternative zum Block und zum freisinnigen Verrat, der „kaum abfällig genug beurteilt werden“ kann (Barth)[73]. Diese Schriften bedeuteten zugleich die Ausarbeitung der ideologischen und politisch-taktischen Grundlagen der Partei, die nicht an die zeitweilige Existenz des konservativ-liberalen Blocks gebunden waren, sondern sich aus den historischen und sozialökonomischen Wandlungen in der Bourgeoisie im Imperialismus notwendig ergaben.

---

71 *Dritter Delegiertentag des Wahlvereins der Liberalen zu Frankfurt a. M. am 21. und 22. September 1908,* Berlin-Schöneberg o. J., S. 33.

72 *Berliner Volkszeitung* v. 18.5.1908.

73 *Barth, Theodor,* Der Freisinn im Block. Ein Kapitel aus der Entwicklungsgeschichte des Liberalismus, Berlin 1908; *Breitscheid, Rudolf,* Der Bülowblock und der Liberalismus, München 1908.

Die seit Jahrzehnten andauernde und im Block allseitig dokumentierte Zersetzung des Liberalismus ließ für progressive liberale und demokratische Zielsetzungen im Freisinn keinen nennenswerten Raum mehr. Darin lag die Notwendigkeit und historische Bedeutung der Parteigründung von 1908. Die Feststellung von Carlheinz Gräter, „Barths Rückzug auf die ... Demokratische Vereinigung war reine Resignation", trifft nicht das Wesen dieses Prozesses, leugnet die Misere des Blockfreisinns einschließlich Naumanns und verkennt die geschichtliche Notwendigkeit, die sich hier durchsetzte.[74]

Durch die Eindrücke auf seiner vierten Reise in die USA im Sommer 1907 hatte sich Barth, den ein persönliches Verhältnis mit dem englischen Botschafter in den USA, James Bryce, verband, in seinen Anschauungen bestätigt gefunden. „Die amerikanische Demokratie hat gewiß ihre großen Schattenseiten, aber der ungeheure Vorzug, daß sie der Entwicklung der Klassenvorurteile und der Klassenscheidung bisher erfolgreich entgegengetreten ist, stellt in der politischen Gesamtbilanz einen gewaltigen Aktivposten dar."[75] In dieser Einschätzung äußerte sich die andauernde Widersprüchlichkeit in seinem Bestreben, auf dem Boden des Imperialismus die Befriedigung der ökonomischen und politischen Bedürfnisse des großen Kapitals und der Industrie mit einer bürgerlich-radikalen Demokratisierung der inneren politischen Verhältnisse und der Entmachtung der junkerlich-klerikalen Kräfte zu verbinden.

Am 18. Februar 1908 fragte Wilhelm Herzog aus München bei Barth an, ob er nicht „Die Nation" wieder herausgeben wolle als „ein Organ ... für die wirklichen Demokraten" und Ausdruck „eines freien radikalen, rücksichtslosen Geistes". Er verhandele mit einem Berliner Verleger über eine Zeitschrift, „deren Herausgabe Heinrich Mann und ich übernehmen sollten".[76]

Die Generalversammlung der Demokratischen Vereinigung am 25. Oktober 1908 beschloß die Umwandlung in eine Partei auf Reichsebene sowie ein Organisationsstatut und bestätigte den im Mai gewählten Parteivorstand. Sie nahm eine Grundsatzresolution zur Wahlrechtsfrage an. Die demokratische und antimonarchistische Stellungnahme in der Daily-Telegraph-Affäre und zum neuerlichen Versagen des Blockfreisinns fand in einer Flugschrift von Breitscheid ihren Niederschlag.[77] Kurz vor seinem Tode (2. Juni 1909) entwickelte Barth diese Gedanken zur Forderung nach einem parlamentarischen Regime in Deutschland weiter.[78]

Am 12. April 1909 fand in Berlin der erste der bis 1914 alljährlich durchgeführten Parteitage statt, auf dem Barth über die Aufgaben der Demokratischen Vereinigung programmatische Ausführungen machte und eine Resolution über Leitsätze der Partei einstimmig angenommen wurde.[79] Der zweite Parteitag 1910 beschloß das bürgerlich-demokratische Programm. Es unterschied sich von allen anderen bürgerlichen Parteiprogrammen durch folgende Forderungen: Allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht „aller Großjährigen für alle Vertretungskörper unter Zugrundelegung des Verhältniswahlsystems", „vollste staatsbürgerliche Rechtsgleichheit ohne Unterschied von Geschlecht und Konfession", in „entscheidenden Fragen Volksabstimmung", Ablehnung monopolkapitalistischer Ringbildungen, „Verstaatlichung oder Kommunalisierung da, wo der Privatbetrieb den Interessen der Allgemeinheit zuwiderläuft", Bodenreform, „Zerschlagung der Großgüter", „Trennung der Kirche vom Staat", Umgestaltung des Heeres zu einem „Volksheer" und „Minderung der Rüstungen". Das wurde durch progressive sozial-, kultur- und bildungspolitische Zielsetzungen ergänzt und stellte ein konsequent bürgerlich-demokratisches Programm dar.

---

74 *Gräter, Carlheinz,* Theodor Barths politische Gedankenwelt. Ein Beitrag zur Geschichte des entschiedenen Liberalismus, phil. Diss. Würzburg 1963, S. 122.

75 *Barth, Theodor,* Amerikanische Eindrücke. Eine impressionistische Schilderung amerikanischer Zustände in Briefen, Berlin 1907, S. 43.

76 DZA Potsdam, Nachlaß Theodor Barth 90 Ba 4, Nr. 28, Bl. 2, 3.

77 *Breitscheid, Rudolf,* Persönliches Regiment und konstitutionelle Garantien, Berlin 1909 (Demokratische Flugblätter, Nr. 1).

78 Vgl. *Feder, Ernst,* Theodor Barth und der demokratische Gedanke, Gotha 1919, S. 30 f.

79 *Barth, Theodor/Breitscheid, Rudolf,* Die Aufgaben der demokratischen Vereinigung, Berlin 1909 (Demokratische Flugblätter, Nr. 2).

Die Demokratische Vereinigung besaß und suchte ihre soziale Basis wesentlich in den politisch fortschrittlichsten Kreisen der Intelligenz und des Kleinbürgertums, der Angestellten, unteren Schichten der Beamten und Lehrer, den Arbeitern der Gewerkvereine und der bürgerlichen Frauenbewegung. Der Ausgang der Reichstagswahl 1912 bewies, daß sie unter keiner dieser Schichten und Gruppen bedeutenden Einfluß hatte gewinnen können (29.400 Stimmen, kein Mandat). Die entschiedene sozialpolitische Orientierung des Programms führte 1910 bis 1911 zum Ausscheiden einer größeren Zahl vermögender Mitglieder. Diese sozialpolitische Haltung, besonders in Belangen der Angestellten, Beamten und Gewerkvereine, fand auch in Angriffen gegen die arbeiterfeindliche Politik der Unternehmerorganisationen, darunter dem Hansa-Bund, ihren Ausdruck. Durch die geringe Mitgliederzahl und das Fehlen nennenswerter kapitalistischer Subventionen war die finanzielle Lage der Partei keineswegs günstig.

Die geschichtliche Bedeutung der Gründung und Wirksamkeit der Demokratischen Vereinigung kann primär nicht an ihren Dimensionen und ihrem effektiven Einfluß auf die Klassenkämpfe in Deutschland beurteilt werden. Die Bedeutung gründet sich wesentlich auf die historisch neue Qualität dieser Parteigründung. Sie war zwischen Reichsgründung und Novemberrevolution in Deutschland der einzige ernsthafte Versuch zur Schaffung einer das Reich umspannenden bürgerlich-demokratischen Partei. Die Demokratische Vereinigung sollte zur Sammlung bürgerlicher Kräfte und Bestrebungen im Kampf für demokratische und nationale Interessen und Forderungen führen. Sie wollte zur Durchsetzung dieser Forderungen im taktischen Bündnis mit der Arbeiterpartei und im Kampf gegen die reaktionären Kräfte und Institutionen im frühen Imperialismus beitragen. Die Partei scheiterte am Widerspruch zwischen den ihr historisch gestellten Aufgaben und der geistigen und politisch-moralischen Haltung der Masse des deutschen Bürgertums sowie an dessen Unfähigkeit zur bürgerlich-demokratischen Aktion.

4. Zusammenschluß zur Fortschrittlichen Volkspartei (Juli 1909-März 1910)

In dem Gespräch mit Bülow am 6. Februar 1909 hatte Pachnicke auf dessen Frage, warum sich die drei liberalen Parteien nicht zusammenschließen, „dies für die Zeit nach der Finanzreform in Aussicht“ gestellt. Tatsächlich war die Annäherung und Nivellierung im linksliberalen Lager auf vorwiegend antidemokratischer und antinationaler Basis, die sich seit 1905 bis 1906 verstärkt abgezeichnet hatte, durch die Blockpolitik fortgesetzt und konsolidiert worden. Seit der gemeinsamen Frankfurter Tagung im November 1906 war dieser politisch-ideologische Prozeß durch entsprechende organisatorische Formen, insbesondere die Fraktionsgemeinschaft im Reichstag und den gemeinsamen Ausschuß der Linksliberalen, befestigt und gesteuert worden. Mit der Sezession von Barth und seinen Anhängern schied die einzige bedeutende dissidierende Strömung aus dem linksliberalen Lager aus. Das Scheitern des konservativ-liberalen Blocks, die Annäherung an die Nationalliberale Partei und die gemeinsame Frontstellung zu dem während der Finanzreform sich bildenden schwarzblauen Block waren der Ausgangspunkt für den Übergang von der bisherigen Phase der Koordinierung und Zusammenarbeit zur Vorbereitung und Vollendung der Fusion.

Die Parteitage der Freisinnigen Vereinigung im Juli und der Deutschen Volkspartei im Oktober 1909 unterstrichen die Bereitschaft zur Weiterentwicklung der bisherigen Zusammenarbeit bis zur Bildung einer einheitlichen Partei. Auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei am 2. und 3. Oktober 1909 in Heidelberg trug Quidde die Bedenken demokratischer Kreise in Bayern gegen die Fusion vor, ohne damit größeren Widerhall zu finden. Seit Juli 1909 arbeitete der Viererausschuß der Fraktionsgemeinschaft die Entwürfe für das Programm und das Organisationsstatut der vereinigten Partei aus und verständigte sich über die Schritte und Modalitäten bis zur Konstituierung.

Die ausgearbeiteten Dokumente lagen dem Geschäftsführenden Ausschuß der Freisinnigen Vereinigung am 29. November und 20. Dezember 1909 zur Erörterung vor. Gothein wandte sich gegen Payers Programmvorschlag, die Ausdehnung des Reichstagswahlrechtes auch für die Kommunen zu fordern. Diese Forderung wurde auch durch Müller-Meiningen namens der Freisinnigen Volkspartei abgelehnt und daraufhin gestrichen. Der Vorschlag von Mitgliedern der Freisinnigen Vereinigung, im Programm die politische Gleichberechtigung der Frauen im Reich, Einzelstaat und in der Gemein-

de zu fordern, wurde von der Freisinnigen Volkspartei zu Fall gebracht. Solche Erscheinungen veranlaßten Mehring in dieser Phase zu der zutreffenden Gesamteinschätzung des Charakters der sich vollziehenden liberalen Einigung: „Damit läuft die freisinnige Einigung darauf hinaus, daß die intellektuell, moralisch und politisch am tiefsten stehende Gruppe des Freisinns die Oberhand über den gesamten Freisinn gewonnen hat ..."[80] Die numerische Überlegenheit wurde von Eugen Richters Erben bedenkenlos zur Majorisierung der beiden kleineren Gruppen ausgenutzt, sowohl in der Vorbereitungsphase als auch in den Leitungsgremien der neuen Partei.

Im Januar 1910 wurden die Vereinigungsdokumente von den Vorständen der drei Parteien beraten, bestätigt und den folgenden Parteitagen zur Annahme empfohlen. Anfang Februar konnte die freisinnige Fraktionsgemeinschaft die Einigung über Programm, Organisationsstatut und Namen der künftigen Partei konstatieren. Eine Ausnahme bildete die Programmforderung zur Frauenfrage, die nochmals an den Viererausschuß zurückgewiesen wurde. Auf dem letzten Parteitag der Deutschen Volkspartei am 20. Februar 1910 in Stuttgart referierte Payer vor den etwa tausend Teilnehmern über das Einigungsprojekt. Quidde trug erneut die Vorbehalte der demokratischen und pazifistischen Kreise gegen die Fusion vor. Vier bayerische Vereine erklärten sich gegen die Beteiligung an der Rechtsschwenkung. Der Parteitag beschloß gegen sechs Stimmen die Zustimmung zur Vereinigung und richtete eine Grußadresse an die freisinnigen Parteien.

Die Parteitage der Freisinnigen Vereinigung und der Freisinnigen Volkspartei fanden am 5. März 1910 in Berlin statt. Sie erklärten sich auf der Grundlage der vorgelegten Dokumente für den Zusammenschluß und vollzogen gemäß den Vereinbarungen die Wahl ihrer Vertreter für die Leitungsorgane der künftigen Partei. Am 6. März 1910 versammelten sich die Delegationen beider Parteitage mit der Vertretung der Deutschen Volkspartei in Berlin zum konstituierenden Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei.

80 *Mehring, Franz,* Immer langsam voran, in: Gesammelte Schriften, Bd. 15, S. 475.

VII. Kapitel
Von der Gründung der Fortschrittlichen Volkspartei bis zum Ausbruch des I. Weltkrieges (März 1910-Juli 1914)

1. Die Fortschrittliche Volkspartei von der Gründung bis zum Vorabend des Krieges

Der konstituierende Parteitag der *Fortschrittlichen Volkspartei* am 6. März 1910 im

Wintergarten des Zentralhotels in Berlin war im wesentlichen ein formeller und deklamatorischer Akt. Gemäß den Fusionsvereinbarungen waren von den letzten Parteitagen der linksliberalen Parteien dem Programm und Organisationsstatut zugestimmt und nach der festgelegten Quote und Funktionsverteilung die Wahl der jeweiligen Vertreter vorgenommen worden. Auf dem Parteitag konnten keine Anträge gestellt und keine Abstimmungen oder Wahlen mehr vorgenommen werden. In Ansprachen leitender Funktionäre und der Vertreter der Landsmannschaften wurde das gemäßigt liberale Programm umrissen. Die Veranstaltung stand im Schatten der großen Wahlrechtsdemonstrationen der Werktätigen, die an diesem Märzsonntag in Berlin stattfanden.

Zum Vorsitzenden des Zentralausschusses bestimmte man Carl Funck. Seine Vertreter waren Friedrich v. Payer und Karl Schrader. Für den achtzehnköpfigen Geschäftsführenden Ausschuß, wie bei den bisherigen freisinnigen Parteien das faktische Führungsgremium, hatte die Freisinnige Volkspartei zehn, die Freisinnige Vereinigung fünf und die Deutsche Volkspartei drei Vertreter nominiert. Er konstituierte sich am 8. März 1910; Otto Fischbeck wurde Vorsitzender, Karl Mommsen Stellvertreter und Johannes Kaempf Schatzmeister. Am folgenden Tag konstituierte sich die 48 Mitglieder umfassende Reichstagsfraktion mit Otto Wiemer als Vorsitzenden ihres siebenköpfigen Vorstandes. Otto Fischbeck wurde am 10. März 1910 Vorsitzender der Landtagsfraktion (35 Mitglieder) und Hermann Pachnicke Stellvertreter. Damit hatten die bisherigen Führer der Freisinnigen Volkspartei sämtliche Spitzenfunktionen in den leitenden Gremien eingenommen, die vielfach noch durch ihre Majorität ergänzt wurden.

Mit dem Ende der kleinen liberalen Parteien und deren spezifischer und widersprüchlicher historisch-politischer Stellung und Rolle seit der Reichsgründung entfällt auch die Funktion und der Sinn des parteiengeschichtlichen Begriffs des Linksliberalismus. Dessen Notwendigkeit und Berechtigung basierte auf dem Bedürfnis einer Zusammenfassung der zersplitterten, jedoch klassenmäßig und historisch verwandten liberalen Gruppen. Der ursprüngliche inhaltliche Unterschied des Begriffs des Linksliberalismus im Gegensatz zum Nationalliberalismus war bereits seit langem durch die illiberale Entwicklung der Nationalliberalen entfallen. Die Fortschrittliche Volkspartei umfaßte die bisher als Linksliberale klassifizierten parteipolitischen Ausläufer des deutschen Liberalismus, basierte jedoch auf den Ergebnissen der sozialökonomischen, politisch-ideologischen und strukturellen Entwicklung der liberalen Bourgeoisie und ihrer Organisationen während der vollen Herausbildung des Imperialismus. Insofern leitet sie zu einer historisch neuen Phase und Qualität in der Geschichte der Parteien der Bourgeoisie über. Diese ist primär durch die Verbindung mit der Monopolbourgeoisie gekennzeichnet und findet später, bei allen weiteren Veränderungen, ihre Fortführung in der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) der Weimarer Republik und der Freien Demokratischen Partei (FDP) der Bundesrepublik.

Die Fortschrittliche Volkspartei war eine liberale Partei mit imperialistischen Zügen. Von den anderen Parteien der herrschenden Klassen in Deutschland unterschied sie sich hauptsächlich durch bestimmte, historisch und klassenmäßig begründete, wirtschafts- und innenpolitische Gegensätze bzw. Differenzen und in der zielstrebigen Verfolgung einer liberalen, flexibleren Strategie und Taktik in den Grundfragen des Klassenkampfes. Daraus ergab sich ihre innen- und außenpolitisch gemäßigte Position, die sie von den Alldeutschen und der gesamten äußersten konservativ-militaristischen Reaktion abgrenzte und häufig zu offenen Auseinandersetzungen führte. Die sozialökonomischen Wurzeln dieser Politik lagen in den Interessen bestimmter Gruppen des Bank-, Handels- und Industriekapitals, die für die Politik der Parteiführung maßgebend waren, obwohl quantitativ in der sozialen Basis der Partei das Kleinbürgertum, kleine und mittlere Kapitalisten und Gruppen der Intelligenz, Angestellten und Beamten überwogen.

Das Einigungsprogramm der Fortschrittlichen Volkspartei enthielt, wie es liberaler und überhaupt bürgerlicher Programmatik eigen ist und durch den Kompromißcharakter der Fusion verstärkt wurde, zahlreiche unverbindliche Erklärungen, die je nach den politischen Zweckmäßigkeiten nach rechts wie nach links ausgelegt und praktiziert werden konnten. Die geforderte „gleichberechtigte Mitwirkung aller Staatsbürger in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung“ und die „volle Gleichberechtigung aller Staatsbürger vor dem Gesetz, in der Rechtsprechung und in der Verwaltung“ wurden durch die gleichzeitige Gegnerschaft zur vollen politischen Gleichberechtigung der Frauen annulliert. Das Kommunalwahlrecht sollte nur in den ärgsten Auswüchsen reformiert werden. Die Trennung von Staat und Kirche fehlte gänzlich und die Stellungnahme zum Militarismus beschränkte sich bei grundsätzlicher Bejahung „der vollen Wehrkraft des Reichs“ auf sekundäre Forderungen. In einer parteioffiziellen Kommentierung des Programms rechtfertigte Haußmann diesen Abbau demokratischer und selbst liberaler Substanz in Programm und Politik. Gerade ein Vergleich mit dem Programm seiner bisherigen Partei, der Deutschen Volkspartei, offenbarte die Preisgabe demokratischer Positionen und Forderungen im Ergebnis der Fusion von 1910. Galt dies bereits für das Programm, so noch in stärkerem Maße für die tatsächlich verfolgte Politik.

Der einzige ordentliche Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei fand vom 5. bis 7. Oktober 1912 in Mannheim statt. Auf der Grundlage von Beratungen und Resolutionen über die Stellung der Partei zur Landwirtschaft, zum Mittelstand, zu den Beamten, Frauen und Arbeitern beauftragte er den Geschäftsführenden Ausschuß mit der Ausarbeitung von Sonderprogrammen zu den Fragen der Landwirtschaft, des Handwerks und des Arbeiterrechts. Diese Sonderprogramme wurden aber nie ausgearbeitet. Der für den 11. bis 14. September 1914 in Eisenach geplante und vorbereitete dritte Parteitag fand infolge des Kriegsausbruchs nicht mehr statt.

Das Organisationsstatut bestimmte für die Parteitage einen Zyklus von zwei Jahren. Teilnehmer sollten die Mitglieder der Vertretungskörperschaften des Reiches und der Einzelstaaten sowie des Zentralausschusses sein, darüber hinaus bis zu drei Delegierte pro Reichstagswahlkreis. „Mitglieder der Partei können alle diejenigen sein, die sich auf den Boden des Parteiprogramms stellen und regelmäßige Beiträge zu den Parteiausgaben leisten.“[1] Als zur Partei gehörig wurden Vereine betrachtet, die ihren Anschluß an die Partei erklärten oder in ihren Satzungen auf das Parteiprogramm Bezug nahmen. Außergewöhnlich war die Festlegung im Statut, daß Stichwahlentscheidungen durch die Parteiorganisation des Wahlkreises zu treffen seien. In verschiedenen Festlegungen äußerte sich eine Überbewertung staatlicher Wahlfunktionen und der Wahltaktik, die vielfach elementare Normen der ohnehin engen innerparteilichen Demokratie verletzten oder aufhoben. Das galt auch für die Stellung und Rolle der Reichstagsfraktion gegenüber den zentralen Organen der Partei.

Der organisatorische Neuaufbau der Partei im Reich, insbesondere die Verschmelzung und Neukonstituierung der bisher nebeneinander bestehenden liberalen Ortsvereine, ging nach dem Gründungsparteitag rasch voran und war im Herbst 1910 im wesentlichen abgeschlossen. Vor dem zweiten Parteitag umfaßte die Partei 19 Landes- bzw. Provinzial-Leitungen und -Verbände, 14 Bezirksverbände, 129 Wahlkreis-Vereine bzw. -Leitungen, 10 Landtagswahl-Vereine bzw. -Komitees, 1452 Vereine bzw. Ortsgruppen, 34 Jugend-, 14 Arbeiter- und 2 Frauenvereine. Nach einer nicht vollständigen internen Übersicht gehörten der Partei zu diesem Zeitpunkt etwa 133.000 Mitglieder an. Die Fusion hatte zu einem absoluten Zuwachs an Organisation und Mitgliedern geführt. Von der Freisinnigen Vereinigung, der Naumann bei der Vereinigung 1903 etwa 2000 Mitglieder zugeführt hatte, waren 1910 rund 9500 Mitglieder gekommen; von der größeren Freisinnigen Volkspartei liegen darüber keine genaueren Angaben vor. Neben den Vereinen gab es 1054 Einzelmitglieder. Von den Landes- und Bezirksverbänden wurden hauptamtliche Parteisekretäre angestellt; bis Oktober 1912 waren es 29.

Die Parteiorganisation erfaßte 1912 sämtliche Wahlkreise in Berlin, Brandenburg, Ostfriesland-Oldenburg, im Großherzogtum Baden, Großherzogtum Hessen, in Württemberg und Anhalt. In 99 Wahlkreisen bestand dagegen keine Organisation der Partei, darunter in 21 Wahlkreisen Rheinland-Westfalens und in je 1 in Schleswig-Holstein und Thüringen.

---

[1] Erster Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei zu Berlin am 6. März 1910, Berlin 1910, S. 10.

Mehrere auf dem zweiten Parteitag zur Demokratisierung des innerparteilichen Lebens gestellte Anträge zum Organisationsstatut wurden durch Überweisung an den Zentralausschuß aufgehoben. Auf Beschluß des Parteitages bildete man eine preußische Landesorganisation zur Zusammenfassung aller Provinzialverbände. Sie konstituierte sich mit dem ersten Preußentag (Landesparteitag) am 20. Januar 1913 in Berlin. Ein weiterer Preußentag fand dann erst wieder am 9. und 10. Juni 1917 in Berlin statt.

In der Parteiführung und Presse drängte vor allem Naumann, häufig auf das sozialdemokratische Beispiel bezugnehmend, unablässig auf die Vervollkommnung der Organisation und die Erschließung größerer finanzieller Quellen. Der Parteivorstand gab intern „Mitteilungen für die Vertrauensmänner", „Mitteilungen für die Mitglieder", die „Liberale Correspondenz", das Monatsblatt „Die Volkspartei" sowie Zirkulare heraus. Die letzteren enthielten politisch-ideologische Instruktionen, Einladungen, Anforderung von Berichten und Informationen und Hinweise auf Agitations- und Propagandamaterial. Insgesamt läßt sich mit dem Wachstum und in der politisch-organisatorischen Entwicklung der Partei gegenüber ihren Vorgängerinnen ein qualitativer Schritt zum Ausbau des Organisationsapparates und innerparteilichen Mechanismus und zu deren Intensivierung feststellen.[2]

Dem erhöhten Aufwand mußte eine Steigerung der Einkünfte und des finanziellen Potentials entsprechen. In der Freisinnigen Volkspartei waren die rund 400 Vereine gegenüber der Parteizentrale beitragsfrei, während die etwa 150 Vereine der Freisinnigen Vereinigung Beiträge abgeführt hatten. Von April bis Dezember 1910 standen der Parteileitung 17.000 Mark laufender Einnahmen 41.000 Mark an Ausgaben gegenüber. Eine Gründungssammlung erbrachte über 40.000 Mark, eine Sammlung in Vorbereitung der Reichstagswahl bis Ende November 1911 mehr als 50.000 Mark. Obwohl Anfang 1913 die Beiträge für alle Mitglieder und Vereine erhöht wurden, flossen davon der Zentrale 1913 nur rund 7000 Mark zu. Gleichzeitig erbrachten der Werbeverein und Einzelspenden etwa 55.000 Mark. Die bedeutendsten, in der Regel für Wahlkämpfe zweckgebundenen Subventionen gingen der Fortschrittlichen Volkspartei vom Hansa-Bund, weniger umfangreich, aber ebenfalls bedeutend, vom Handelsvertragsverein, vom Zentralverein Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens und anderen Organisationen zu. Eine Übersicht dieser Zuwendungen existiert nicht. Vielfach wurden selbst in den internen Beratungen der leitenden Ausschüsse Informationen darüber ohne präzise Zahlenangaben mitgeteilt. Zuschüsse des Hansa-Bundes für einzelne Reichstagswahlkreise beliefen sich auf 5000 bis 10.000 Mark. Der Geschäftsführende Ausschuß betrachtete im Dezember 1910 für den Reichstagswahlkampf 100.000 Mark als vorläufige Mindestleistung seitens des Hansa-Bundes. Damit sind ungefähre Dimensionen angedeutet. Daneben wurden in der Regel innerhalb der einzelnen Wahlkreise aus der kapitalistischen Anhängerschaft Mittel für Wahl- und Propagandazwecke aufgebracht und der lokalen Parteiorganisation zugeführt, die von der Zentrale nicht oder nur unvollständig registriert wurden.

Die „Freisinnige Zeitung", die am 1. September 1910 mit einer Jubiläumsbeilage ihr fünfundzwanzigjähriges Bestehen beging, war das offizielle Parteiorgan. Aber auch die anderen großen liberalen Blätter standen traditionell der Partei nahe, an der Spitze die „Frankfurter Zeitung", das „Berliner Tageblatt", die Vossische Zeitung" und der „Berliner Börsen-Courier". 1912 umfaßte nach Roth die parteipolitisch klassifizierbare Presse 50 Prozent der gesamten Presse (2027 und 4046). Darunter waren 385 liberale Zeitungen „verschiedener Schattierung". Zusammen mit 198 nationalliberalen und 25 demokratischen Blättern machten sie 15 Prozent der Gesamtzahl, jedoch 22,6 Prozent der auflagenstärksten Zeitungen aus.[3]

Spürbare Entwicklungen vollzogen sich seit dem Zusammenschluß mit der Zunahme und dem Ausbau der Jugendvereine und dem Wachstum der bürgerlichen Frauenbewegung, die sich wesentlich auf die Fortschrittliche Volkspartei orientierte. An der Spitze der 34 Jugendvereine (1912) stand der

---

2 Vgl. zur Entwicklung der Organisation der liberalen Parteien: *Nipperdey, Thomas,* Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961, IV. Die Linksliberalen, S. 176-240. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 18.)

3 *Roth, Paul,* Die Programme der politischen Parteien und die politische Tagespresse in Deutschland, Halle a. S. 1913.

repräsentative und aktive Jugendverein „Eugen Richter“ von Groß-Berlin. Das Statut bestimmte als Jugendvereine „Parteivereine mit Mitgliedern unter 35 Jahren“, die, in Ermangelung einer eigenen umfassenden Jugendorganisation, den jeweiligen Orts- oder Bezirksverbänden angeschlossen wurden. Auf dem geplanten dritten Parteitag sollte nach einem Vorschlag des Zentralausschusses den Jugendvereinen mit mindestens 200 zahlenden Mitgliedern das Delegierungsrecht für die Parteitage zugesprochen werden.

Das politisch-organisatorische Zentrum der der Fortschrittlichen Volkspartei nahestehenden Strömung in der bürgerlichen Frauenbewegung war zunächst die im Dezember 1906 gegründete Liberale Frauenpartei (Verein der liberalen Frauen von Groß-Berlin). Daneben gab es weitere, der Partei nahestehende lokale Vereine und regionale Zusammenschlüsse bzw. Frauenstimmrechtsverbände. Auf dem Gründungsparteitag 1910 wurde von Martha Zietz eine Erklärung der anwesenden Frauen verlesen. Sie bekundeten angesichts der Versicherungen der Parteiführer, die Frauenforderungen zu prüfen, ihre Bereitschaft zur Mitarbeit.

Nach dem Parteitag wurde ein Arbeitsausschuß gebildet, dem Gertrud Bäumer, Maria Lischnewska, Anna Plothow, Martha Zietz und sieben weitere Frauen angehörten. G. Bäumer wurde Mitglied des Zentralausschusses der Partei. Sie übernahm 1910 auch den Vorsitz im Bund Deutscher Frauenvereine. 1911 gehörten dieser 1894 gegründeten Dachorganisation der bürgerlichen Frauenbewegung 38 Verbände mit 1550 Vereinen und 43 direkt angeschlossene Vereine an. Im Mai 1910 rief der Arbeitsausschuß zu einer Konferenz der liberalen Frauen im Oktober 1910 auf, die der Anerkennung der politischen Rechte der Frauen im Parteiprogramm dienen sollte. M. Zietz stellte in einem Beitrag dazu fest, daß bisher nur die Sozialdemokratie und die Demokratische Vereinigung einen stärkeren Zustrom von Frauen verzeichnen könnten. „Nur einige hundert Frauen sind heute im geeinigten Linksliberalismus organisiert, bei der Nationalliberalen Partei noch unendlich viel weniger.“[4]

Am Fortschrittlichen Frauentag am 4. Oktober 1910 in Frankfurt a. M. nahmen etwa 60 Frauen – Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei aus allen Teilen des Reiches – teil. Über die künftige Gestalt ihrer Bewegung gab es zwei Vorschläge zur Entscheidung: M. Lischnewska plädierte für einen selbständigen Bund liberaler Frauen, G. Bäumer für einen organisatorischen Zusammenschluß der Frauen innerhalb der Partei. Die Tagung entschied sich für die letzte Variante, wählte einen Zentralausschuß mit Martha Zietz als Vorsitzende und nahm die von M. Lischnewska vorgelegten Thesen an, in denen in knapper Form der Ausgangspunkt und die Aufgaben fixiert wurden: „5. Aufgaben der Organisation der Frauen sind: a) Frauen aller Stände für den Liberalismus zu gewinnen; b) Politikerinnen auszubilden; c) den Liberalismus in seinen Kämpfen zu stärken und an seiner Entwicklung mitzuarbeiten; d) das Frauenstimmrecht in Gemeinde, Bundesstaat und Reich zu erringen.“[5]

Zur Vorbereitung des zweiten Parteitages konferierten am 12. September 1912 Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses mit Vertreterinnen der Fortschrittlichen Frauenorganisation über deren Forderungen. Fischbeck erklärte, die Forderung nach staatsbürgerlicher Gleichberechtigung der Frau im Parteiprogramm bedeute für weite Kreise der Partei Gewissenszwang. Die Mitgliederversammlung der Liberalen Frauenpartei erneuerte am 23. September 1912 diese Forderung, die von der Mehrzahl der Anträge lokaler Organisationen an den Parteitag zu diesem Punkt unterstützt wurde. Auf dem Parteitag begründete Gertrud Bäumer die Forderung der Frauen vor allem aus dem inneren Zusammenhang von Liberalismus und bürgerlicher Frauenbewegung. Ihre Ausführungen überragten in theoretischer wie politisch-moralischer Hinsicht das Niveau des Parteitages, das allerdings durchaus der Entwicklung der Partei wie ihrer Führung entsprach. Die erneute Ablehnung der Forderung nach staatsbürgerlicher Gleichberechtigung der Frauen auf dem Mannheimer Parteitag charakterisierte die konservativen und autoritären Tendenzen der Parteiführung. Als der Vorsitzende des rheinischen Bezirksverbandes der Partei, Heinz Potthoff, „mit dem intimsten Gegner der Fortschrittlichen Volkspartei, mit Herrn von Gerlach, zusammen in Berlin in einer Frauenstimmrechts-Versammlung“ auftrat, veranlaßte Wiemer im März 1914, daß dieser vom Geschäftsführenden Ausschuß gerügt

4 Freisinnige Zeitung v. 18.8.1910.
5 Ebenda, v. 6.10.1910.

wurde.[6] Es bedurfte erst der Revolution von 1918, um die deutschen Liberalen durch vollendete Tatsachen zur Anerkennung auch dieser elementaren bürgerlich-demokratischen Frauenforderung zu zwingen.

Der Einfluß der Fortschrittlichen Volkspartei in der Arbeiterklasse blieb wie der ihrer Vorläuferinnen sehr begrenzt. Er bestand vor allem im *Verband der Deutschen Gewerkvereine,* deren Vorsitzender der Berliner Stadtverordnete und Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei, Karl Goldschmidt, war. Die Beziehungen, insbesondere von Funktionären der einzelnen Gewerkvereine, speziell der Metall- und Maschinenbauarbeiter, zur Parteiführung, zur „Freisinnigen Zeitung" und zu Goldschmidt waren vielfach nicht frei von ideologischen Spannungen, die in Klassengegensätzen wurzelten und durch antidemokratische und antisoziale Bestandteile der offiziellen Politik der Partei wie der Gewerkvereinsführung genährt wurden. Auf dem 17. Verbandstag der Gewerkvereine im Mai 1910 wurde die Inkonsequenz der „Freisinnigen Zeitung" und des Landtagsabgeordneten Gerschel bei der Verbesserung „der heutigen Gesellschaftsordnung" am Beispiel des Kampfes um die konstitutionelle Fabrikverfassung kritisiert. In einer Grundsatzresolution erklärte der Verbandstag: „Die Gewerkvereine sind und bleiben religiös neutral und parteipolitisch unabhängig. Es ist eine dringende Pflicht aller Mitglieder, neben der Mitgliedschaft bei den Gewerkvereinen auch ihrer Pflicht als Staatsbürger durch Eintritt in eine politische Partei Genüge zu leisten."[7] Dort solle den Zielen der Gewerkvereine Einfluß verschafft werden, in deren eigenen Reihen politische und religiöse Betätigung nicht zulässig seien. Allerdings unterstützte der Gewerkverein der Frauen und Mädchen die Agitation der bürgerlichen Frauenbewegung. Die Bindung an die sich immer stärker auf die Großbourgeoisie orientierende Fortschrittliche Volkspartei lähmte die ohnehin geringe Aktionsfähigkeit der Gewerkvereine, die auf ihrem 18. Verbandstag im Mai 1913 keine nennenswerten Ergebnisse ihrer Tätigkeit registrieren konnten.

Am 11. August 1912 wurde auf einer Konferenz von etwa hundert Arbeitern und Angestellten aus 55 Orten Deutschlands in Leipzig, vorbereitet vom dortigen Freisinnigen Arbeiterverein, der *Reichsverein liberaler Arbeiter und Angestellter* gegründet. Als seine Aufgabe erklärte er in seiner Resolution die Zusammenarbeit „der freiheitlich nationalen Arbeiterbewegung mit dem freiheitlichen Bürgertum auf politischem und kulturellem Gebiet. Um die Arbeiter und Angestellten für diese Aufgabe zu erziehen, ist eine selbständige liberale Arbeiterbewegung im Rahmen der Fortschrittlichen Volkspartei unentbehrlich."[8]

An der Spitze des neuen Verbandes standen Anton Erkelenz und Wilhelm Tischendörfer; sein Vorstand betrachtete sich als Beirat der Parteiführung „für Arbeitnehmerfragen". Der Parteitag 1912 beschränkte sich darauf, den Reichsverein zu begrüßen und Parteileitung und Fraktion zur „beständigen Fühlung mit diesem Verbande" aufzufordern. Die in der Folgezeit entstehenden Ortsgruppen des Reichsvereins schlossen sich den Bezirks- und Landesorganisationen der Partei an.

Im September 1913 gehörten dem Verein knapp 3400 Mitglieder in etwa 60 Ortsgruppen an. Die erste Jahresversammlung mußte feststellen, daß die Parteiführung Arbeiterkandidaturen sowie die Aufnahme eines Vertreters des Reichsvereins in den Zentralausschuß abgelehnt hatte. Das entsprach ganz der Klassenstruktur und der arbeiterfeindlichen Politik der Partei. Auf dem Parteitag 1912 waren beispielsweise von 457 sozial ausgewiesenen Teilnehmern 4 = 0,9 Prozent Arbeiter im Vergleich zu 45,8 Prozent Intellektuellen, 29,6 Prozent Kapitalisten und Gutsbesitzern, 21,5 Prozent Beamten und Angestellten und 2,2 Prozent Handwerkern. Jürgen Bertram wies diese rein bürgerliche Struktur für die Kandidaten und die gewählten Abgeordneten der Partei in der Reichstagswahl 1912 nach.[9] Der

---

6 DZA Potsdam, Fortschrittliche Volkspartei, Nr. 36, Bl. 199-201.

7 *Freisinnige Zeitung* v. 22.5.1910.

8 DZA Potsdam, Fortschrittliche Volkspartei, Nr. 51, Bl. 40; S. auch *Erkelenz, Anton,* Arbeiter-Katechismus. Eine Erklärung des Programms der freiheitlich-nationalen Arbeiterschaft, Berlin-Schöneberg 1908.

9 *Bertram, Jürgen,* Die Wahlen zum deutschen Reichstag vom Jahre 1912, Düsseldorf 1964, S. 162 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 28); s. auch *Molt, Peter,* Der Reichstag vor der improvisierten Revolution, Köln und Opladen 1963, S. 1851 f.: 11: Das gewerbliche Großbürgertum im Reichstag. (Politische Forschungen, Bd. 4, hg. v. Dolf Stemberger.)

Reichsverein vermochte sowenig wie die Gewerkvereine, einen wesentlichen Umschwung im Einfluß der Fortschrittlichen Volkspartei auf die Arbeiterklasse herbeizuführen.

Die fortschreitende monopolistische Konzentration des Kapitals, der Produktion und der politischen Macht in den Händen der Finanzoligarchie gewann für die Stellung und politische Entwicklung der Partei bestimmenden Einfluß. Großbürgerliche Ideologen, die ihr angehörten (Schulze-Gaevernitz) oder nahestanden (Riesser), haben selbst Beiträge zur Darstellung dieser Monopolisierungsprozesse geleistet, „ohne deren Studium man nicht im geringsten verstehen kann, wie ... die jetzige Politik einzuschätzen“ ist.[10] Das gilt besonders für Jacob Riessers enzyklopädische Darstellung des Konzentrations- und Zentralisationsprozesses im Bankwesen, die Lenin als eine Quelle bei seiner Analyse des Imperialismus benutzte.[11] Die materielle Abhängigkeit von dem großen Kapital und seine personelle und institutionelle Verflechtung mit ihm waren für die Entwicklung der Fortschrittlichen Volkspartei entscheidend. Wie in den freisinnigen Parteien waren Mitglieder der Parteiführung und der Reichstagsfraktion auch unmittelbare Repräsentanten des Großkapitals:[12]

Name	Zugehörigkeit zu Aufsichtsräten als Vors. / stellv. Vors. / als Mitgl.		darunter bei
Broemel, Max	–	3x	
Gothein, Georg	1x	1x	
Haußmann, Konrad	1x	–	
Kaempf, Johannes	4x	5x	Bank für Handel und Industrie, Berliner Hypothekenbank A.G., Reichsbank Berlin
Kiel, Wilhelm	–	6x	Deutsche Nationalbank Bremen
Mommsen, Karl	4x	12x	Siemens & Halske A.G. Berlin, Bank des Berliner Kassenvereins, Deutsche Eisenbahnbetriebsgesellschaft A.G. Berlin, Elektrische Licht- und Kraftanlagen A.G. Berlin, Direktor der Mitteldeutschen Kreditbank in Frankfurt a. M. und Berlin, stellv. Mitglied des Zentralausschusses der Reichsbank Berlin
Payer, Friedrich v.	3x	1x	
Schulze-Gaevernitz, G. v.	–	1x	Süddeutsche Diskonto-Gesellschaft A.G. Mannheim

Allerdings war diese Personalunion mehr eine symptomatische Äußerung und nicht die Hauptform der politischen Interessenvertretung des großen Kapitals. Ungleich wichtiger war das Verhältnis zu Verbänden, staatlichen Instanzen und offiziösen Institutionen wie Handelskammern und Handelstag.

Neben den traditionell im wesentlichen vom Freisinn vertretenen Bank-, Handels- und Industriekreisen erlangten rasch vorwärtsdrängende junge Industriezweige, insbesondere die Elektro- und Chemieindustrie, stärkeren Einfluß auf die Parteiführung. Zugleich wurde unter dem zunehmenden monopolistischen Diktat auch die frühere entschieden freihändlerische Position abgebaut. Der Mannheimer Parteitag offenbarte mit der Ablehnung des Antrages von Gothein, die Ermäßigung der Getreidezölle zu fordern, bei der Mehrheit schutzzöllnerische Tendenzen. In einer Schrift über seinen neuen Wahlkreis Waldeck-Pyrmont distanzierte sich Naumann 1914 von der früheren freihändlerischen Plattform.

Während der Blockära hatte ein liberales Blatt angesichts der freisinnigen Verrätereien einige sozialökonomische Bindungen und ihre Auswirkungen charakterisiert: „... die Freisinnigen bekommen ihr Pulver teils von den Banken, teils von der Börse und teils von gewissen Industrien, die sich durch das

---

10 *Lenin, W. I.,* Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Vorwort, in: Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 192.

11 *Riesser, Jacob,* Die Entwicklungsgeschichte der deutschen Großbanken mit besonderer Rücksicht auf die Konzentrationsbestrebungen, Jena 1906, sowie die folgenden veränd. Aufl.

12 S. auch *Molt, Peter,* a. a. O.

Wirtschaftssystem der Regierung ständig bedroht sehen und bei dem Freisinn einen berechtigten Schutz zu finden hoffen. ... Niemals dürfte eine Parteileitung es wagen, ihre Anhänger so zu brüskieren, wie das in Berlin beim Freisinn an der Tagesordnung ist, wenn sie nicht dank den zahlenden Interessentengruppen von der Masse der Wähler finanziell unabhängig wäre. Demgemäß richtet sich auch die Politik der Partei ganz nach den Wünschen dieser Geldgeber, deren Interessen man zunächst vertrat, weil sie berechtigt waren, die man aber dann allen anderen politischen Rücksichten voranstellen mußte, um die Geldgeber bei Laune zu erhalten."[13] Der „Vorwärts" ergänzte diese Einschätzung unter Hervorhebung der „Elektrizitätsindustrie, Gasindustrie, Branntweinveredelung, Tabak und Brauerei. Das sind aber im wesentlichen die Industrien, von denen der Freisinn alimentiert wird. Neben der Börse, ... sind es die Spritveredler, die Tabakleute und die Brauer, die nahezu achtzig Prozent der gesamten Kriegskasse für den Freisinn aufbringen."[14]

Curt Köhler machte sich 1910 zum Sprecher der von ihrer parlamentarischen Interessenvertretung enttäuschten Industriellen. Er erklärte den „Plan der Schaffung einer eigenen Industriepartei" für undurchführbar und plädierte für den Anschluß von Handel, Gewerbe und Industrie an den politischen Liberalismus, um „eigene Forderungen auch politisch obsiegen zu lassen".[15]

Der *Hansa-Bund* wurde ungeachtet seiner gleichzeitigen Bindungen an die Nationalliberale Partei für die Fortschrittliche Volkspartei zum wichtigsten direkten Mittler zwischen ihr und dem sozialökonomischen Hinterland, den kapitalistischen Anhängern, Förderern und Auftraggebern. 1911 verfügte der Bund über 250.000 Einzelmitglieder, 687 Wirtschaftsverbände als korporative Mitglieder, 14.432 Vertrauensmänner in 51 Landes- und Bezirksgruppen und 603 Ortsgruppen. Die Breite des Bundes basierte auf dem Einfluß beim kleinen und mittleren Kapital und in den Mittelschichten, besonders im Einzelhandel und Handwerk. Am 22. April 1912 wurde innerhalb des Hansa-Bundes der Zentralausschuß für die gemeinsamen Interessen des deutschen Handwerks konstituiert.

Johannes Kaempf gehörte als prominentester Vertreter der Partei dem Direktorium des Bundes an. Er charakterisierte am 10. September 1910 im Geschäftsführenden Ausschuß die beiden Strömungen im Hansa-Bund. Eine wolle es mit den Junkern nicht verderben, die die andere Richtung dagegen entschieden bekämpfen wolle. An der Spitze der zweiten stand Präsident Riesser als wohlwollender Freund und Förderer der Fortschrittlichen Volkspartei. Besonders bei Wahlkämpfen gab es eine enge Zusammenarbeit. Dabei wurde der Bund neben seinen finanziellen Leistungen auch organisatorisch und propagandistisch für die Partei wirksam. Angesichts der Breite und Unterschiede der Interessen sowie der politischen und sozialen Anschauungen im Bund trat auch die Fortschrittliche Volkspartei für eine parteipolitisch relativ neutrale Stellung ein bei gleichzeitiger Betonung der einenden wirtschaftspolitischen Interessen. In vielen glichen Stellung und Rolle des Bundes denen des Handelsvertragsvereins der Jahre 1900 bis 1903.

Durch die Konzentration der Kräfte im Hansa-Bund festigten auch die mit ihm liierten Parteien ihre Position gegenüber dem Staatsapparat. Der Hansa-Bund unterbreitete staatlichen Instanzen Vorlagen, Vorschläge und Gutachten. In der Neufassung seiner Richtlinien 1912 forderte er unter der Parole der „Gleichberechtigung aller Erwerbsstände", „daß *vor* dem Abschluß von Handelsverträgen und vor dem Erlaß von Gesetzen, Verordnungen und Verfügungen in gewerblichen, kaufmännischen und industriellen Angelegenheiten *Sachverständige aus diesen Kreisen in ausreichender Zahl rechtzeitig* angehört werden und daß das gleiche vor dem Erlaß von *Einführungs- oder Ausführungs-Gesetzen* oder Verordnungen geschehe."[16]

Auch der *Handelsvertragsverein* gewährte der Fortschrittlichen Volkspartei Rückhalt und Unterstützung, wenn er auch seinen früheren Charakter einer Massenorganisation verloren hatte. Als Geschäftsstelle kapitalistischer Unternehmer, von Interessengruppen und Branchen – 1909 gehörten ihm

---

13 *Morgenpost* v. 15.3.1908.

14 *Vorwärts* v. 22.8.1908.

15 *Köhler, Curt,* Die Industrie, die politischen Parteien und die moderne Sozialpolitik, Leipzig 1910, S. 8.

16 *Zit. nach: Bürger heraus!* Ausgewählte Reden des Präsidenten des Hansa-Bundes, Dr. Riesser, 3. Aufl., Berlin 1912, S. 234.

etwa 5000 Einzelfirmen und über 150 Handelskammern an –, die wesentlich an der Vorbereitung der Handelsverträge und der Entwicklung der Außenhandelsbeziehungen mitwirkte, war er an der Förderung seiner wirtschaftspolitischen Interessen durch die Fortschrittliche Volkspartei interessiert. Gleichzeitig stand die Partei personell und materiell direkt mit Handelskammern, liberalen Stadtvertretungen, Unternehmerverbänden, Berufs- und Gewerbevereinigungen in Verbindung. Kaempf war seit 1905 Präsident des Deutschen Handelstages.

Die personelle und politisch-ideologische Verknüpfung mit dem großbürgerlichen Zentralverein Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens sicherte der Partei auch von dieser Seite Subventionen. Seit 1910 gab es mehrfach Differenzen mit dem Zentralverein durch die Nominierung von Kandidaten der Fortschrittlichen Volkspartei, die vom jüdischen Glauben zum Christentum übergetreten waren. Die Führung des Zentralvereins wandte sich namens ihrer 26.000 Mitglieder wiederholt gegen solche Kandidaten und ihre Unterstützung, da die Übertritte häufig „speziell bei solchen Personen, die in wirtschaftlicher, gesellschaftlicher oder politischer Beziehung ein Fortkammes erstreben, keinesfalls auf Gründe der Überzeugung, ... sondern lediglich auf Gründe des niedrigsten Egoismus zurückzuführen ist“.[17] Solche Kandidaten könnten dem Antisemitismus Vorschub leisten und unter der jüdischen Bevölkerung Mißstimmung gegen die Partei verursachen.

In einer Klassifizierung der politischen Parteien in Deutschland bezeichnete Lenin 1913 die Sozialdemokratie als „die einzige wirklich fortschrittliche“ Partei. Anband der Ergebnisse der Reichstagswahl wies er eine direkte Proportionalität zwischen der Fortschrittlichkeit der Parteien und ihrer Zunahme in den Städten und größeren Orten bzw. zwischen dem Konservatismus und dem Einfluß auf dem Lande nach. „Das Kleinbürgertum schwankt am meisten, es gibt weder den Konservativen noch den Sozialisten, noch der liberalen Bourgeoisie eine stabile Mehrheit.“ Diese Erscheinung verursachte wesentlich die weitere von Lenin hervorgehobene Tatsache, „daß die rein bürgerlichen Parteien in dem bürgerlichen Deutschland von heute die *Minderheit* der Bevölkerung hinter sich haben“.[18] Dies erkläre sich vor allem durch die Abkehr der Bourgeoisie von der Demokratie, wie sie sich seit 1905 auch bei der russischen Bourgeoisie zeige.

Neben der Berücksichtigung der soziologischen Basis bildet die Stellungnahme der Fortschrittlichen Volkspartei zu den grundsätzlichen Problemen der nationalen und internationalen Entwicklung der Vorkriegsjahre den entscheidenden Maßstab für den Charakter und die historisch-politische Rolle der Partei jener Zeit. Das betrifft vor allem die Kolonial- und aggressive Außenpolitik, die weiteren Heeres- und Flottenrüstungen des deutschen Imperialismus und Militarismus und den Wahlrechtskampf in Preußen als Kernfrage des Kampfes um Demokratie im Vorkriegsdeutschland. Die Analyse dieser Haltung beweist, daß die Partei und insbesondere ihre Führung einer demokratischen und nationalen Politik von ihren dominierenden Traditionen und Voraussetzungen her nun nicht mehr fähig war. Das Heranreifen einer politischen Krise in Deutschland seit 1910 verstärkte die Widersprüchlichkeit in der Stellung und Rolle der Fortschrittlichen Volkspartei, deren Führung einerseits bestimmte Interessen und Stimmungen des Volkes in Rechnung zu stellen hatte, andererseits sich jedoch immer uneingeschränkter antinationalen und volksfeindlichen Bestrebungen der Monopolbourgeoisie und des Staates unterordnete und anschloß. Damit vertieften sich der reaktionäre Gehalt ihrer Ideologie und Politik und die Gegensätze zu den Kräften der proletarischen und bürgerlichen Demokratie und selbst zu progressiv liberalen und pazifistischen Gruppen in den eigenen Reihen.

Die Fortschrittliche Volkspartei unterstützte die kolonialen und außenpolitischen Forderungen und Aktionen der herrschenden Kreise und stimmte darin in den Grundfragen mit rechts von ihr stehenden Parteien überein. Das gilt auch für die Stellungnahme zur zweiten Marokkokrise 1911, die Krisis und den Krieg auf dem Balkan 1912/13 und die rüstungspolitischen und chauvinistischen Folgerungen, die von der Führung daraus abgeleitet wurden.

---

17 DZA Potsdam, Fortschrittliche Volkspartei, Nr. 55, Bl. 27.

18 *Lenin, W. I.,* Die neuesten Angaben über die Parteien in Deutschland, in: Werke, Bd. 19, 2. Aufl.; Berlin 1965, S. 260 f.

Die Vorlagen zur weiteren Steigerung der Rüstungen von Heer und Flotte 1911 bis 1913 fanden einschließlich ihrer imperialistischen Motivierung die Zustimmung der Parteiführung und Fraktion. Dahinter standen reale ökonomische und machtpolitische Interessen der von der Partei repräsentierten Gruppen der Monopolbourgeoisie. Gleichzeitig kam es nicht zu einer Identifizierung mit den aggressivsten Kräften und Organisationen des deutschen Imperialismus und Militarismus. Dies ergab sich aus sozialökonomisch unterschiedlichen Interessen wie aus differierenden oder selbst konträren strategischen und taktischen Anschauungen und Konzeptionen.

Vor den Mitgliedern, Wählern und der gesamten Öffentlichkeit wurde diese politische Haltung durch die Berufung auf die internationalen Spannungsherde, die Rüstungen der anderen imperialistischen Mächte und die angebliche Volksstimmung zu rechtfertigen versucht. Im Bericht der Reichstagsfraktion an den Parteitag 1912 erklärte Payer über die Zustimmung zu den Heeres- und Flottenvorlagen und ihrer Deckung: „Wir konnten uns nicht verhehlen, daß wir früher derartigen Anforderungen gegenüber einen mehr kritischen und zurückhaltenden Standpunkt eingenommen hatten, wir konnten aber auch auf der anderen Seite unsere Augen nicht verschließen gegen die vermehrten Rüstungen in unseren Nachbarstaaten und gegen die feindselige Stimmung, welche 1911 vornehmlich England und Frankreich uns gegenüber verraten hatten.“[19] Auch die „fortschrittliche Wählerschaft“ würde seither „eine größere Opferwilligkeit“ verlangen.

Mehrere Redner beteuerten die „vaterländische“ Gesinnung der Partei. Auf der anläßlich des Parteitages durchgeführten Volksversammlung versuchte sich Naumann in der psychologischen Kriegsvorbereitung. Den „marxistischen Theoretikern“ sei nicht der Gedanke aufgegangen, „daß man den Krieg zwar moralisch und theoretisch aus der Welt schaffen kann, aber nicht praktisch“.[20] Heute wünsche der arbeitsuchende Proletarier, daß sein Vaterland größer werde. Diese demagogische Formel war bereits ein Argument der gescheiterten nationalsozialen Agitation gewesen.

Der außerordentlichen Rüstungsforderung von 1913 stimmte die Partei zu und am 30. Juni 1913 mit Zentrum und Sozialdemokratie auch dem einmaligen Wehrbeitrag, den Besitzsteuern, zur Finanzierung der Aufrüstung. Das Direktorium des Hansa-Bundes hatte sich bereits am 6. März 1913 für die Wehrvorlage und die Besitzsteuer erklärt. Die „Taktik, die vorgesehenen Rüstungsmaßnahmen durch direkte Steuern, durch angebliche Belastung der besitzenden Schichten, zu sichern, und die getrennte Behandlung der Heeres- und Deckungsvorlage hatten zum Ziel, weite Kreise des deutschen Volkes zu verwirren und die Aufmerksamkeit davon abzulenken, daß die Steuern der weiteren Aufrüstung dienen sollten“.[21] In der Abstimmung vom 30. Juni 1913 formierte sich jene Reichstagsmehrheit, die in der zweiten Hälfte des Weltkrieges im Parlament die führende Rolle übernahm.

Die Veränderungen im Präsidium des Reichstags unmittelbar nach den Wahlen von 1912 hatten bereits gewisse Umgruppierungen und eine Aufwertung der Fortschrittlichen Volkspartei erkennen lassen. Im Ergebnis der Präsidialkrisis des Reichstags wurde Kaempf, dessen Reichstagskandidatur von Riesser persönlich gefördert worden war, am 14. Februar 1912 zum Reichstagspräsidenten gewählt. Dove wurde Vizepräsident. Der Kampf zwischen dem schwarzblauen Block und der Sozialdemokratie hatte sie „in die Höhe gequetscht“ (Mehring). Dieses Ergebnis wurde in der Neuwahl des Präsidiums am 8. März 1912 bestätigt. Dove wurde ohne die Stimmen der eigenen Fraktion, die für Scheidemann gestimmt hatte, gewählt und nahm mit deren Zustimmung die Wahl an.

In der Beratung des Zentralausschusses am 7. Dezember 1913 erklärte Fischbeck, die Fraktion hätte in ihrer Stellungnahme zur Heeresvorlage angesichts der Situation auf dem Balkan die Stimmung der Bevölkerung berücksichtigen müssen. In einer Versammlung am 26. April 1912 hatte sich auch die Liberale Frauenpartei in Berlin für eine starke Flotte und die Kostendeckung durch eine Besitzsteuer ausgesprochen.

---

19 Der zweite Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei zu Mannheim, 5.-7. Oktober 1912, Berlin 1912, S. 43.

20 Ebenda, S. 78.

21 *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,* Bd. 2, S. 188; s. auch die Einschätzung des sozialdemokratischen Abstimmungsverhaltens am 30.6.1913, ebenda, S. 192 ff.

Diese Entwicklung führte zur Verdrängung und Mißachtung der vereinzelten demokratischen und pazifistischen Opposition innerhalb der Partei. Ihr führender Kopf und Sprecher war Ludwig Quidde, Mitglied des Zentralauschusses. Im Dezember 1913 trat er im Zentralausschuß mit Bedenken gegen die Heeresvermehrung auf und bedauerte, daß vor der Bewilligung nicht der Weg internationaler Verständigung gesucht worden sei. Das Volk müßte für die internationale Verständigung gewonnen werden. Seine führende Tätigkeit in der deutschen pazifistischen Bewegung führte Quidde ohne Mandat seiner Partei oder selbst gegen deren Stellungnahme durch.

Die Grundhaltung der Partei hinderte sie auch an ernsten tatsächlichen Konsequenzen aus der Zabern-Affäre. Lenin, der feststellte, daß in Zabern nicht die Anarchie, „sondern die *wahre* Ordnung in Deutschland" sichtbar wurde, bemerkte: „Wenn die deutsche Bourgeoisie Ehrgefühl hätte, wenn sie Verstand und Gewissen hätte, wenn sie glaubte, was sie spricht, wenn bei ihr Wort und Tat nicht auseinandergingen – mit einem Wort, wenn sie *nicht* eine Bourgeoisie wäre, die einem nach Millionen zählenden sozialistischen Proletariat von Angesicht zu Angesicht gegenübersteht –, sie würde ‚anläßlich' des ‚Vorfalls' in Zabern republikanisch. So aber wird sich die Sache auf platonische Proteste bürgerlicher Politikaster – im Parlament beschränken".[22] Das von der Partei mit Nationalliberalen und Zentrum beschlossene Mißtrauensvotum wurde, was Mehring hervorhob, selbst von Delbrück als völlig harmlos bezeichnet und bestätigte nur die Leninsche Prognose.

Der charakterisierten Stellung zum Militarismus entsprach die Haltung zu der Hauptfrage des Kampfes um demokratischen Fortschritt im Innern – der Erringung des demokratischen Wahlrechts in Preußen. Das Parteiprogramm forderte: „Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht für die Volksvertretungen des Reiches und der Einzelstaaten." Die Forderung übernahm man aus den Programmen der Fusionspartner 1910, von denen sie seit Jahren bereits geringschätzig behandelt und im konservativ-liberalen Block bis zur Selbsterniedrigung verraten worden war. Die von Barth geführte Strömung hatte ausscheiden müssen, weil sie in der politischen Position und Aktion an diesem wesentlichen Programmpunkt wie an dem der Ablehnung jeglicher Ausnahmegesetzgebung hatte festhalten wollen.

Die entscheidenden politisch-ideologischen Positionen hatten sich mit der Fusion keineswegs zugunsten demokratischer Zielsetzungen gewandelt, eher noch konservativ verhärtet. Das gilt für den Antisozialismus und Antidemokratismus, insbesondere die liberale Gegnerschaft zu Aktionen der Volksmassen für ihre Interessen und Rechte, den Monarchismus, die Furcht vor den Konsequenzen demokratischer Veränderungen im staatlichen und kommunalen Bereich zuungunsten der eigenen Positionen sowie schließlich für die aus der bedingten Interessensolidarität mit der äußersten Reaktion resultierende Zwiespältigkeit. Allerdings waren einige Veränderungen um 1909/10 eingetreten, denen sich die Fortschrittliche Volkspartei nicht völlig entziehen konnte. Das betraf die Entwicklung einer politischen Krise in Deutschland, das Wachstum der von der Sozialdemokratie geführten demokratischen Wahlrechtskämpfe, an denen auch Teile der Anhängerschaft der Fortschrittlichen Volkspartei teilnahmen, die Linksverschiebung in der politisch-ideologischen Haltung auch von Schichten des Kleinbürgertums, der kleinen und mittleren Bourgeoisie, der Angestellten und Beamten sowie die Frontstellung zum schwarzblauen Block seit der Reichsfinanzreform und dem Zerfall des konservativ-liberalen Blocks.[23]

Unter diesen Voraussetzungen kam.es seit 1910 zu einer stärkeren Akzentuierung der Forderungen zur preußischen Wahlrechtsreform in der Agitation und Propaganda der Partei. Den sozialdemokratischen Massenaktionen blieb sie unverändert feind, mußte jedoch deren massenpolitischer Wirksamkeit bis in bürgerliche Kreise Rechnung tragen. Nachdem Anfang Mai 1910 ein „leitendes Mitglied" des Hansa-Bundes in der „Freisinnigen Zeitung" dessen unklare Stellung zum preußischen Wahlrecht kritisiert hatte, trat der Hansa-Bund mit der Erklärung zu dem vom schwarzblauen Block im Frühjahr

---

22 *Lenin, W. I.,* Zabern, in: Werke, Bd. 19, 2. Aufl., Berlin 1965, S. 510 f.

23 S. auch zum Heranreifen einer politischen Krise seit 1910 und ihrer Äußerung in klein- und mittelbürgerlichen Schichten: *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,* Bd. 2, S. 146 ff.; *Stenkewitz, Kurt,* Gegen Bajonett und Dividende. Die politische Krise in Deutschland am Vorabend des ersten Weltkrieges, Berlin 1960. (Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte an der Kari-Marx-Universität Leipzig, Bd. 6.)

1910 in Übereinstimmung mit der preußischen Regierung vorgelegten völlig ungenügenden Entwurf auf, daß dieser „gegen die wirtschaftlichen Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie, welche mehr als zwei Drittel der Staatslasten tragen“ verstoße. Der Bund beschränkte sich jedoch auf die Forderung, „Ungerechtigkeiten und Ungleichmäßigkeiten der heutigen Wahlkreiseinteilung zu beseitigen.“[24] Die Halbheit dieser Stellungnahme charakterisiert die hauptsächlich durch die Interessenpolitik der besitzenden Bourgeois wie die Anlehnung an die Nationalliberalen verursachte Lähmung der Partei im Wahlrechtskampf. Das wurde durch die Feindseligkeit gegenüber dem entschiedenen Engagement der Demokratischen Vereinigung in der Wahlrechtsfrage – an der Seite und im Zusammenwirken mit der Sozialdemokratie – noch verstärkt.

Im November 1911 wurde im Wahlaufruf der Fortschrittlichen Volkspartei zu den Reichstagswahlen dieser inkonsequente Standpunkt in der Wahlrechtsfrage erneut sichtbar, der ohnehin durch die permanente Inaktivität dokumentiert worden war. Die Bildung der preußischen Dachorganisation 1912 und die Durchführung des ersten preußischen Landesparteitages (Preußentag) am 20. Januar 1913 in Berlin waren im Rahmen dieser Gesamthaltung ein Schritt zur Beschwichtigung der Öffentlichkeit und der unzufriedenen Mitglieder und Vereine sowie zur Entlastung der Parteizentrale in einer für sie äußerst diffizilen Situation.

Dieser Preußentag rückte zur Vorbereitung der Landtagswahlen 1913 die wahltaktische Konzeption, insbesondere das erneute Zusammengehen mit den Nationalliberalen, auf Kosten des demokratischen Inhalts des Wahlkampfes und seiner Ziele in den Vordergrund. Die Bereitschaft zum Zusammengehen mit der Sozialdemokratie wurde durch die für die Partei zu erwartende Wahlhilfe von links erleichtert. „In der Erkenntnis, daß der Liberalismus unter der Herrschaft des Dreiklassenwahlrechts nicht imstande ist, die schwarz-blaue Mehrheit des preußischen Landtages zu beseitigen, fordert der preußische Landesparteitag der Fortschrittlichen Volkspartei alle Parteiinstanzen auf, ein geschlossenes taktisches Zusammengehen der ganzen Linken zur Durchsetzung der Wahlreform mit allen Mitteln schleunigst vorzubereiten.“[25] Die Rolle der Fortschrittlichen Volkspartei im preußischen Wahlkampf 1913 entsprach ihrer Gesamtentwicklung und führte keine Wende in ihrem tatsächlichen Kampf um die demokratische Reform des Wahlrechts herbei.

Von Bedeutung für die innenpolitische Entwicklung Deutschlands war auch das Verhältnis der Fortschrittlichen Volkspartei zu den anderen Parteien. Es wurde bald nach der Gründung durch die Vorbereitung der Reichstagswahlen äußerst wichtig.

Von Anfang an wurde von der Führung die traditionelle Formel des Freisinns vom unvermeidlichen Zweifrontenkampf der Liberalen ausgegeben. In der konkreten Situation jener Jahre war dies einerseits der Gegensatz zum schwarzblauen Block, im Kern die ökonomischen. und machtpolitischen Gegensätze innerhalb der herrschenden Klassen, andererseits der historisch und sozialökonomisch tiefere, antagonistische Gegensatz zur Arbeiterpartei und zu deren demokratischen und sozialistischen Forderungen und Aktionen. Im Ergebnis der Scheidung innerhalb der Sozialdemokratie äußerte sich diese Gegensätzlichkeit vor allem in der unbedingten Gegnerschaft zu den Linken und schloß die Annäherung an die Opportunisten und Zentristen keineswegs aus.

Auf dem ersten Parteitag erklärte Müller-Meiningen, daß der Liberalismus sowohl von links wie auch von rechts noch nie so bedroht gewesen sei wie jetzt. Diese These wurde auf der ersten Tagung des Zentralausschusses am 20. und 21. November 1910 von Wiemer und Pachnicke entschieden vertreten. Darauf lehnte die Parteiführung sowohl verschiedene Vorstöße Bethmann Hollwegs zur Einbeziehung in eine neue Auflage der Sammlungspolitik wie öffentliche taktische Vereinbarungen mit der Sozialdemokratischen Partei ab. Diese Haltung wurde durch Motive des Mandatsschachers nach allen Seiten begünstigt. Die Frontstellung gegen den schwarz-blauen Block und Bethmann Hollwegs Sammlungsbemühungen waren hauptsächlich wirtschaftspolitisch motiviert. Nach der Finanzreform zeigte sich dies vor allem in den Auseinandersetzungen um die Fleischteuerung.

---

24 *Freisinnige Zeitung* v. 12.5.1910.

25 DZA Potsdam, Fortschrittliche Volkspartei, Nr. 25, Bl. 11.

Unter den Bedingungen der innen- und parteipolitischen Konstellation der Vorkriegsperiode rückten das unablässige Bemühen der Parteiführung um ein Zusammengehen mit den Nationalliberalen im Reich wie in den Einzelstaaten, die unverhohlene und unversöhnliche Feindseligkeit zur Demokratischen Vereinigung sowie die durch das Wachstum des Opportunismus begünstigte Neigung zu bedingten Absprachen mit der Sozialdemokratie in den Vordergrund. Verschiedene Ereignisse zeigten einen Wandel des Verhältnisses zum Zentrum an, der sich in den Kriegsjahren fortsetzte.

In der Tätigkeit der leitenden Ausschüsse nahmen nach der Gründung neben den Fragen der Organisation und Finanzen die Probleme der Stellung zu den anderen Parteien den hauptsächlichen Platz ein. Darunter standen die Anstrengungen zum Bündnis mit den Nationalliberalen an erster Stelle.[26] Die sozialökonomische und politisch-ideologische Basis dieser Orientierung wurde in der bisherigen Charakteristik der Entwicklung des Freisinns sichtbar. Frühere Gegensätze oder Differenzen in Fragen der Kolonial-, Rüstungs- und Innenpolitik waren abgebaut oder gar überwunden worden. Außerdem hatte es durch die Überschneidung der Klassenbasis von Freisinn und Nationalliberalismus auch immer potentiell Voraussetzungen für ein bedingtes Zusammenwirken, darunter in der Wirtschafts- und der Innenpolitik gegeben. In der Nationalliberalen Partei äußerte sich dies, im wesentlichen bis zur Auflösung der Partei 1918, in der Scheidung und den Auseinandersetzungen zwischen dem nach links – auf den Freisinn oder selbst den Opportunismus in der Sozialdemokratie – und dem nach rechts – auf die konservativ-militaristische Reaktion – orientierten Flügel. In der Gesamtentwicklung der Nationalliberalen und ihres Verhältnisses zum Freisinn dominierte der stärkere rechte Flügel mit seinem historisch-politischen Trend. Allerdings begünstigten die innenpolitischen Bedingungen seit der Finanzreform den Einfluß und die Wirksamkeit der linken, von Bassermann repräsentierten und wesentlich in Süddeutschland vertretenen Richtung.

Auch im Hansa-Bund stießen diese widersprüchlichen Bestrebungen aufeinander. Als Geldgeber und damit politischer Regulator der eigentlichen Bourgeoisie übte er jedoch überwiegend eine koordinierende Tätigkeit zwischen beiden Parteien aus, die er materiell für die Kämpfe gegen Dritte, besonders gegen Sozialdemokraten, Konservative, Bund der Landwirte und Vorkämpfer des schwarzblauen Blockes, ausrüstete und damit Wahlabsprachen und taktische Nichtangriffserklärungen begünstigte.

Die Führung der Fortschrittlichen Volkspartei verfolgte ihre Konzeption unter der fiktiven Parole eines Gesamtliberalismus, dem auch der Nationalliberalismus als Fraktion angehörte. Sie nahm polemisch zu jener rechten Strömung der Nationalliberalen Stellung, „die sich nur in der Gefolgschaft der Konservativen und des Zentrums und als getreue Dienerin einer konservativ gerichteten Regierung von Herzen wohl fühlt“.[27] Gerlach bemerkte Anfang 1913, daß gerade die Führer der Fortschrittlichen Volkspartei die Tätigkeit Bassermanns „als Verwässerungskommissar“ ermöglichen. „Sie stützen sein Renommee als das eines ‚im Kerne‘ liberalen Mannes. Sie tun es ihm an Eifer fast zuvor, eine Sezession aus der Nationalliberalen Partei zu verhüten. Um der Fiktion einer Linkenmehrheit im Reichstag willen erkennen sie auch den ärgsten nationalliberalen Scharfmacher als liberalen Bundesbruder an.“[28]

Am 10. September 1910 beschloß der Geschäftsführende Ausschuß, die Nationalliberale Partei offiziell von der Bereitschaft zur Verständigung bei den Reichstagswahlen zu unterrichten. Daraufhin kam es zu langwierigen Verhandlungen beider Parteien, die vor allem auf den Widerstand der rechten nationalliberalen Führer sowie von lokalen Vereinen und Funktionären beider Parteien stießen. Am 23. Februar 1911 konnte auf einer gemeinsamen Konferenz von den Führern beider Parteien das Protokoll über die Vereinbarung zur Reichstagswahl, insbesondere die Aufteilung der Wahlkreise betreffend, unterzeichnet werden. Die Vereinbarung wurde auf einer gemeinsamen Konferenz des Zentralausschusses mit Vertretern der Wahlkreisorganisationen am 18. März 1911 erläutert.

War die Orientierung auf dieses Parteibündnis folgerichtiger Ausdruck vor allem der im Freisinn erfolgten Wandlungen, so mußte sie andererseits die antisozialistischen, antidemokratischen und kon-

---

26 S. auch *Bertram, Jürgen,* a. a. O., S. 69 ff.

27 *Freisinnige Zeitung* v. 16.7.1910.

28 *Gerlach, Hellmut v.,* Scheidung der Geister, in: Das Freie Volk, Jg. 4, Nr. 1 v 4.1.1913.

servativen Züge in der Partei verstärken. Dem nationalliberalen Wähler, der in einigen Wahlkreisen bereits in der Hauptwahl für den fortschrittlich-volksparteilichen Kandidaten stimmen sollte, mußte dies durch das entsprechende Auftreten der Partei wie ihrer Vereine, Wahlkomitees und Kandidaten annehmbar gemacht werden. Allein dieser Aspekt schloß für diese Phase der Wahlen Vereinbarungen mit der Sozialdemokratie aus. Dieser politischen Linie entsprach auch die intolerante Haltung zur Demokratischen Vereinigung, mit der es in Versammlungen wie in der Presse zu fortgesetzten scharfen Auseinandersetzungen kam, die in diesem Ausmaß weder sachlich begründet noch adäquater Ausdruck der Stimmung in der Partei waren, vielmehr von der Führung und der „Freisinnigen Zeitung“ bewußt gefördert wurden.

Eine Stellungnahme zum Verhältnis zur Sozialdemokratie war auf dem ersten Parteitag von allen Rednern vermieden worden. Einige der früheren Differenzen hatten an Schärfe verloren, nicht zuletzt durch das Ausscheiden der Verfechter einer progressiven taktischen Bündniskonzeption 1908, durch das Wachstum und immer aktivere Wirken des Opportunismus und schließlich die Erfordernisse des Kampfes gegen den schwarzblauen Block. Naumanns Parole „Von Bassermann bis Bebel“ allerdings war spektakulär, unernst und in ihrem realen Gehalt konterrevolutionär. Überhaupt spielte Naumann, im Geschäftsführenden Ausschuß im Dezernat Presse tätig, in der Arbeit und den Beratungen der leitenden Ausschüsse eine untergeordnete Rolle. Seine Niederlage im Reichstagswahlkampf 1912 und das zeitweilige Ausscheiden aus der Fraktion verstärkte dies. Nach dem Verzicht von Otto Nuschke in der Reichstagswahl von Waldeck-Pyrmont im Sommer 1913 gelangte Naumann mit nationalliberaler Unterstützung wieder zu einem Reichstagsmandat. Auch dem bisherigen Redakteur der „Hilfe“, Theodor Heuss, erbrachten „die Wahlen von 1912 noch nicht das erhoffte Mandat. Er hatte unmittelbar nach der Reichstagswahl von 1907, am 10. Mai 1907, an Naumann geschrieben, daß er bis 1912 „28 Jahre alt, also politisch reif“ sei und dann für den Reichstag kandidieren wolle.

Im Reichstagswahlkampf trat die Fortschrittliche Volkspartei entschieden gegen die Sozialdemokratie auf. Mehrfach wurde im Parteivorstand die unterschiedliche Haltung zur Sozialdemokratie sichtbar. Bei der Abfassung des Wahlaufrufs vom November 1911 wollten Gothein, Payer und andere den Gegensatz zur Sozialdemokratie mildern und deutlich den zum schwarzblauen Block hervorheben. Fischbeck, Kaempf, Kopsch und Mugdan strebten dagegen nach einer entschiedenen Kampfstellung vor allem gegen die Arbeiterpartei. Solche Differenzen wurden durch Kompromißformeln überbrückt, ohne daß es zu Sezessionen oder auch nur schärferen offenen Konflikten kam. Bei der Reichstagswahl im Januar 1912 konnte die Fortschrittliche Volkspartei ihre Positionen in der Wählerschaft absolut und relativ stärken. Unter den Reichstagskandidaten waren insgesamt 230 Mitglieder des Hansa-Bundes, von denen 56 gewählt wurden. Weitere 32 Mitglieder des neuen Reichstags standen dem Bund nahe. Die „Frankfurter Zeitung“ hatte in einer programmatischen Artikelfolge im Dezember 1911 das antijunkerliche und antisozialistische, gemäßigt liberale Reformprogramm großbürgerlicher Fraktionen entwickelt. Ihre Kritik brachte sie mit Naumann auf die Formel: „... die Politik wird nicht da gemacht, wo die Wirtschaft gemacht wird“.[29] Zutreffend wurde bei der Analyse des Wahlergebnisses im Zentralausschuß im März 1912 festgestellt, daß für den Stimmengewinn die Stellungnahme gegen den schwarzblauen Block maßgebend gewesen sei. Darin äußerten sich zugleich illusionäre Vorstellungen in der Wählerschaft über das tatsächliche demokratische Potential der Partei und ihre künftige Rolle.[30]

Die zweie Phase der Wahlen, die Stichwahlen, hatten erneut symptomatisch die in der Parteienkonstellation sich abzeichnenden Umgruppierungen erkennen lassen. Am 14. Januar 1912, zwei Tage nach der Hauptwahl, beriet der Geschäftsführende Ausschuß mit den Wahlkreisvertretern über die Stichwahlsituation. Bei Ablehnung einer allgemeinen und öffentlichen Stichwahlparole für Vereinbarungen mit der Sozialdemokratie wurden Bündnisse mit Sozialdemokraten ohne schriftliche Verpflichtungen und bei Verweis auf das Programm für zulässig erklärt. Auf Ersuchen der Fortschrittlichen

---

29 *Zu den Reichstagswahlen.* Sonderabdruck aus der Frankfurter Zeitung, Dezember 1911, Frankfurt a. M. o. J., S. 18.

30 Vgl. zur Wahl *Bertram, Jürgen,* a. a. O., S. 79 ff., 139-249.

Volkspartei kam es am 16. Januar 1912 zu Verhandlungen. Daran nahmen Fischbeck, Mommsen und Naumann von der Fortschrittlichen Volkspartei, Otto Braun, Friedrich Ebert und Hugo Haase von den Sozialdemokraten teil. Der Geschäftsführende Ausschuß befürwortete am gleichen Tag die Fortführung der anfänglich ergebnislos verlaufenden Verhandlungen. Er billigte die Ablehnung der Sammlungsbemühungen der Regierung. An Wiemer war „verschiedentlich dringend die Aufforderung gerichtet worden, an der im Abgeordnetenhause stattfindenden gemeinschaftlichen Sitzung der Vertreter bürgerlicher Parteien teilzunehmen. Er hat aber abgelehnt."[31] Damit verzichtete die Partei jedoch nicht auf Mandatsschacher mit den rechten Parteien.

Am 17. Januar 1912 kam es zu einem Stichwahlabkommen beider Parteien, das bis zum Abschluß der Wahlen geheimgehalten werden sollte. Nach dem Bericht von Fischbeck im Geschäftsführenden Ausschuß am gleichen Tage bestand die Vereinbarung darin, daß die Sozialdemokraten in 25 Wahlkreisen für die Kandidaten der Fortschrittlichen Volkspartei eintreten, in einigen Wahlkreisen die Agitation gegen die Volkspartei unterlassen und im übrigen gegeneinander gekämpft werde. Die Darstellung der Vereinbarung im Rundschreiben des sozialdemokratischen Parteivorstandes an die Bezirkssekretäre vom 17. Januar 1912 weicht davon ab.[32] Diese Differenzen in der Darstellung des Stichwahlabkommens traten nochmals auf den Parteitagen beider Parteien 1912 in Chemnitz und Mannheim zutage. Der Geschäftsführende Ausschuß erließ eine interne Instruktion. Als öffentliche Stichwahlparole beschloß er: „Der schwarz-blaue Block muß zertrümmert werden. Keine Stimme für einen Kandidaten der Konservativen, Freikonservativen, des Zentrums und der Wirtschaftlichen Vereinigung."[33] Der Zentralausschuß wie der Mannheimer Parteitag billigten die Stichwahltaktik des Geschäftsführenden Ausschusses, die in der Partei nicht ohne Widerspruch geblieben war. Allerdings hatte die schroffe Stellungnahme der Konservativen zur Fortschrittlichen Volkspartei diese taktische Orientierung begünstigt.

In der Sozialdemokratischen Partei löste das Abkommen schärfere Auseinandersetzungen aus. Rosa Luxemburg griff es in der „Leipziger Volkszeitung" im Februar/März 1912 in einer Artikelserie an. August Bebel äußerte Vorbehalte. Tatsächlich waren von den opportunistischen und Zentristischen Unterzeichnern des Abkommens grundsätzliche Positionen der Arbeiterpartei preisgegeben worden. Die vereinbarte Geheimhaltung drückte die Furcht vor dem Urteil der sozialdemokratischen Mitglied- und Wählerschaft aus. Die Prinzipienlosigkeit äußerte sich bei diesem Abkommen in der ungenügenden Fixierung seiner politischen Bedingungen sowie in der Preisgabe sozialdemokratischer Positionen zugunsten unsicherer Entscheidungen der freisinnigen Wählerschaft.

Philipp Scheidemann mußte auf dem Chemnitzer Parteitag das vielfache Versagen freisinniger Wähler eingestehen. In zwei Wahlkreisen – Hagen und Nordhausen – kam es trotz der opportunistischen „Dämpfungs"taktik der Führer zu Wahlsiegen der Sozialdemokratie. Der Abschluß des Abkommens seitens rechter sozialdemokratischer Führer war allerdings kein zufälliger Fehler, sondern folgerichtiger Ausdruck der Grundanschauungen und Taktik des Opportunismus gegenüber der Bourgeoisie. Mit der Preisgabe des Klassenstandpunktes und der marxistischen Theorie und Taktik waren die opportunistischen Führer einer grundsätzlich richtigen, prinzipienfesten wie taktisch flexiblen Bündnispolitik nicht mehr fähig.

Die Grundzüge der Vorkriegsentwicklung der Fortschrittlichen Volkspartei entsprechen dem historisch-politischen Charakter der Fusion von 1910. Die heranreifende politische Krise verstärkte die Widersprüchlichkeit in ihrer Stellung und Rolle; jedoch dominierten die grundsätzlich antinationalen Tendenzen in der Ideologie und Politik ihrer Führung. Der Gegensatz zum schwarzblauen Block war vor allem Ausdruck der Krise in den Beziehungen der herrschenden Klassen untereinander sowie der Instabilität ihrer Massenbasis und primär keineswegs Äußerung einer demokratischen oder progressiv-liberalen Alternativkonzeption. Das geht aus der Stellung zu Krieg und Frieden, zur Expansion

---

31 DZA Potsdam, Fortschrittliche Volkspartei, Nr. 36, Bl. 113.

32 Vgl. den Wortlaut in: *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,* Bd. 2, S. 399 f.; s. auch ebenda, S. 177; Sd. Parteitag zu Chemnitz 1912, S. 29 ff., 327-358; *Bertram, Jürgen,* a. a. O., S. 224 ff.

33 DZA Potsdam, Fortschrittliche Volkspartei, Nr. 36, Bl. 116.

und Aufrüstung und zum Kampf um Demokratie hervor. Diese Einschätzung wird bestätigt durch das Bündnis mit den Nationalliberalen und die Sympathien für die Opportunisten der Sozialdemokratie, deren Linke wie die einzige bürgerlich-demokratische Partei heftig befehdet wurden. Im Lager der bürgerlichen Parteien gewann allein die Demokratische Vereinigung in dieser Zeit einen Ausgangspunkt für eine nationale und demokratische Politik.

2. Die Entwicklung der Demokratischen Vereinigung

Die Demokratische Vereinigung verfolgte ihren Weg unter diesen schwierigen Bedingungen des Kampfes und nicht ohne eigene innere Auseinandersetzungen und Probleme. Im Juni 1911 erreichte sie mit 10.979 Mitgliedern in mehr als 80 Vereinen ihre größte Stärke. Als wichtigste Presseorgane standen ihr zur Verfügung bzw. unterstützten sie unmittelbar: „Berliner Volkszeitung“ als offiziöse Tageszeitung, „Die Welt am Montag“, „Das Blaubuch“ (Wochenschrift), „Der Demokrat. Wochenschrift für freiheitliche Politik, Kunst und Wissenschaft“ war nur bis Dezember 1909 Organ der Partei. Durch Differenzen zwischen der Parteiführung und der Redaktion kam es zum Bruch. Die ausscheidende Gruppe orientierte sich auf den Politischen Fortbildungsverein Freie Demokratie, Berlin.

Nach der Gründung der Demokratischen Verlagsanstalt im November 1909 erschien ab 1. Januar 1910 „Das Freie Volk. Demokratisches Wochenblatt“ als repräsentatives Organ der Vereinigung. Bis 1912 herausgegeben von R. Breitscheid, danach von Heinrich Glaser, setzte das Blatt die besten Traditionen der Barthschen „Nation“ fort und entwickelte sie gemäß den neuen Verhältnissen und Erfordernissen weiter. Mit der Zeitung, die nicht einmal ein halbes Jahrzehnt bestand, trat eine Gruppe streitbarer Publizisten von journalistischem Rang und konsequent bürgerlich-demokratischer und antimilitaristischer Haltung auf, wie sie in Deutschland seit dem Wirken von Johann Jacoby und Guido Weiß nicht mehr zu vernehmen war. Dazu gehörten Rudolf Breitscheid (Leitartikel), Tony Breitscheid (Frauenbewegung), H. v. Gerlach (Innen- und Parteipolitik), Richard Gädke (Militarismus, Aufrüstung, Friedensbewegung) und Wilhelm Herzog (Kunst und Literatur, Ästhetik). Außerdem schrieben Heinrich Mann und auch Lujo Brentano einzelne Beiträge für die Zeitung.

Am 25. Februar 1911 veröffentlichte „Das Freie Volk“ die Zuschrift des einundzwanzigjährigen Amtsgerichtsschreibers Carl von Ossietzky über einen Hamburger Theaterskandal. Er wurde ab Ende 1912 ständiger Mitarbeiter des Blattes mit Beiträgen zur internationalen Politik, zu weltanschaulichen und kulturpolitischen Fragen. Mit der Kritik an der Fortschrittlichen Volkspartei in seinem ersten Artikel im November 1912 umriß Ossietzky bereits seinen späteren Standort und Weg – gegen die Großbourgeoisie, auf der Seite der Nation und des Volkes. Im ersten Leitartikel im März 1913 forderte er die Trennung der Kirche vom Staat: „Die *freie, weltliche Schule* muß die erste Etappe in dem großen Emanzipationskampfe sein. Die Rückschrittler aller Färbungen wissen genau, warum sie hier jeden Fuß breit nur nach einem verzweifelten Kampfe hergeben. Wenn die Seele der Jugend nicht mehr reaktionär infiziert wird, wenn keine Knechte mehr erzogen werden, dann ist ihr Schicksal besiegelt.“[34]

Der fortgeschrittenste Kern der Partei und ihrer Führung ging im Ergebnis der Verschärfung der inneren Gegensätze im Vorkriegsdeutschland und seines eigenen demokratischen Engagements in den Klassenkämpfen über die Position Theodor Barths weit hinaus. Das äußerte sich in dem tieferen historisch-politischen Verständnis der Klassen- und Parteiengliederung in Deutschland, des Charakters und der historischen Rolle der revolutionären Arbeiterbewegung, des Opportunismus, des Liberalismus und des Militarismus. Mit dieser ideologischen Entwicklung vollzog sich bald eine Annäherung an die Linken in der Sozialdemokratie, ein engeres Zusammenwirken mit der Arbeiterpartei und die Verschärfung des Gegensatzes zu allen antinationalen und antidemokratischen Kräften einschließlich der Führung der Fortschrittlichen Volkspartei.

In der Barth-Naumannschen Richtung, selbst bis zur Sezession von 1908, und teilweise in den Anfängen der Demokratischen Vereinigung dominierte die Zielsetzung einer liberalen Hegemonie, die sich des koordinierten Wirkens mit der Sozialdemokratie als Machtzuwachs für die Bourgeoisie, als Mittel der Unterordnung und – über die Förderung des Opportunismus – zur Entmachtung der Arbei-

[34] *Ossietzky, Carl v.,* Sonnenwende, in: Das Freie Volk, Jg. 4, Nr. 12 v. 22.3.1913.

terbewegung durch Preisgabe ihres revolutionären Charakters bedienen wollte. Mit der Ausbildung der demokratischen Positionen wuchs das Streben nach aufrichtigem und gegenseitigem Zusammenwirken für die Interessen der Nation und des Volkes und gegen deren Todfeinde. Dem entsprach eine weniger taktische als ideologische und politisch-moralische Distanzierung vom Opportunismus und die zunehmende Orientierung auf die deutschen Linken.

Gerlach, der 1894 Friedrich Engels in London besucht und sich darüber beeindruckt und achtungsvoll geäußert hatte, schrieb später über Karl Liebknecht: „Ich habe vor dem Kriege viel in Sachen der russischen politischen Flüchtlinge mit ihm gearbeitet. Dabei bekam ich den höchsten Respekt vor seiner Selbstlosigkeit und seiner Willensstärke.“[35] Das Auftreten Rosa Luxemburgs auf dem Jenaer Parteitag 1913 fand Zustimmung: „Es spricht sicherlich für die Bedeutung von Rosa Luxemburg, daß gerade sie die meisten Angriffe zu erfahren hatte und daß dabei mehr persönliche als sachliche Momente herhalten mußten. Sachlich, das muß gesagt werden, war die Luxemburgsche Rede über den Massenstreik weit über dem Niveau der meisten Parteitagsreden ...“[36]

Als R. Luxemburg im Februar 1914 von der Frankfurter Strafkammer wegen ihrer antimilitaristischen Wirksamkeit angeklagt und verurteilt wurde, ergriff Ossietzky für sie und gegen ihre Ankläger und das gesamte herrschende Regime Partei. Der Prozeß habe die Kluft zwischen der Staatsraison und dem demokratischen Deutschland offenbart. „Mit Geist und Laune hat in ihrem Schlußwort die Angeklagte selbst darauf hingewiesen.“[37] Im August 1913 würdigte Siegfried Aufhäuser die Wirksamkeit Clara Zetkins, die sich in der starken Zunahme der Verbreitung der „Gleichheit“ im Unterschied zu anderen sozialdemokratischen Publikationen äußere.

Dieser Haltung entsprach die zunehmend kritische und selbst verächtliche Beurteilung der Opportunisten und Zentristen und des politisch-moralischen und theoretischen Niveaus ihrer Tätigkeit. Breitscheid glossierte bereits im Juli 1910 die „Ermattungs-“ und „Niederwerfungs“strategie Kautskys. Er verurteilte dessen zeitlose Theorien und den Verlust der theoretischen Basis und Prinzipien. Angesichts der sozialdemokratischen Auseinandersetzungen um den Massenstreik 1913 kritisierten führende Vertreter der Demokratischen Vereinigung die Haltung des Opportunisten Ludwig Frank. Sie wiesen auf die Ausbreitung des Opportunismus als einer Ursache von Stagnationserscheinungen in der Sozialdemokratie hin. Das Auftreten von Scheidemann und anderen Opportunisten auf dem Parteitag 1913 und 'ihre Vorwürfe gegen die Linken und deren angeblichen Putschismus wurden verurteilt. Die Parteiführung zeige damit, daß sie sich von den Mitgliedern entferne und sich eine Bürokratisierung der Partei vollziehe.

Müller-Meiningen hat diese Urteile später aus der Sicht des rechten Flügels der Liberalen bestätigt. „Scheidemann, ein gewandter Zyniker, ... skrupellos, ehrgeizig und eitel, voller Verachtung gegenüber der Masse. *Friedrich Ebert:* Sympathische Bourgeoisfigur, konziliante kluge Vermittlernatur ...“[38]

Breitscheid hatte im September 1910 im Hinblick auf die Strömungen in der Sozialdemokratie festgestellt, daß es der bürgerlichen Demokratie nicht um ein Bündnis mit dem „Radikalismus“ oder dem Revisionismus ginge. Sie erstrebe das Zusammengehen mit der großen Partei, die mit Millionen Anhängern im Kampf für Freiheit und Fortschritt Gewicht habe. Später beschäftigte sich Paula Schindler mit „Radikalismus und Revisionismus“. Sie analysierte die Zwiespältigkeit der bürgerlichen Demokratie gegenüber der Sozialdemokratie: Anzuerkennen nicht nur, was darin dem Bürgertum nütze, einschließlich des Revisionismus, sondern auch, was vom historischen Standpunkt für die Arbeiterpartei richtig und notwendig sei. Sie schlußfolgerte, daß die bürgerliche Demokratie die Notwendigkeit des „Radikalismus“ für die Sozialdemokratie anerkennen, die Gegenseitigkeit respektieren und mit ihr den ehrlichen Kampf gegen rechts suchen müsse.[39]

---

35 *Gerlach, Hellmut v.,* Erinnerungen eines Junkers, Berlin 1924, S. 105.

36 *Stein, Ernst,* 333 gegen 142, in: Das Freie Volk, Jg. 4, Nr. 38 v. 20.9.1913.

37 *Ossietzky, Carl v.,* Der Prozeß des Herrn Henrici, in: Das Freie Volk, Jg. 5, Nr. 9 v. 28.2.1914.

38 *Müller-Meiningen, Ernst,* Parlamentarismus. Betrachtungen, Lehren und Erinnerungen aus deutschen Parlamenten, Berlin und Leipzig 1926, S. 192.

39 *Schindler, Paula,* Radikalismus und Revisionismus, in: Das Freie Volk, Jg. 4, Nr. 30 v. 26.7.1913.

Folgerichtig stieß der entschiedene Demokratismus der Vereinigung bei den Revisionisten auf Widerstand. Bereits im Sommer 1909 trat Bernstein ihrer Kritik am Freisinn entgegen und forderte, daß sich die Sozialdemokratie auf diesen statt auf die bürgerlich-demokratische Partei orientieren solle. Breitscheid wies dies unter Hinweis auf die tatsächliche Rolle der Liberalen zurück.

Die Stellungnahme der besten Köpfe des politischen bürgerlichen Deutschlands der Vorkriegsjahre zu den Strömungen in der Sozialdemokratie ist ein hervorragendes, nicht ersetzbares und unverfälschtes zeitgenössisches Kriterium zur Bestätigung des nationalen und demokratischen Charakters des Wirkens der deutschen Linken. Sie bestätigt deren Einschätzung der Klassenkämpfe in Deutschland, ihre Konzeption einer klassenbewußten sozialdemokratischen Politik für Demokratie, Nation und Sozialismus und schließlich auch die wissenschaftliche, politische und moralische Notwendigkeit und Legitimität des Kampfes der Linken gegen die bürgerliche Diversion in der Partei, gegen den Opportunismus.

Der Kampf gegen Militarismus und Aufrüstung nahm im Wirken der Demokratischen Vereinigung einen immer wichtigeren Platz ein. Das entsprach den Erfordernissen der nationalen und internationalen Entwicklung. Barth war in den neunziger Jahren im linksliberalen Lager führend bei der Tolerierung der Rüstungspolitik gewesen. Gleichzeitig hatte er jedoch jahrelang für friedliche internationale Beziehungen auf großbürgerlicher, den Interessen des Handels, der Industrie und der Banken dienlicher Grundlage gefochten. Dieser Widersprüchlichkeit begann er sich gegen Ende seines Lebens zu entziehen; die besten Köpfe unter seinen Nachfolgern gingen auch darin über ihn hinaus. In seiner letzten großen Rede, auf dem Parteitag 1909, forderte Barth als dringendste Aufgaben der Demokratie in der äußeren Politik die Verständigung mit England und Frankreich einschließlich der Vereinbarung der Flotten- und Landrüstungen. Die von ihm vorgeschlagene und angenommene Resolution forderte die „Regelung aller entstehenden Differenzen auf schiedsrichterlichem Wege und die internationale Verständigung über das Maß der Rüstungen zu Wasser und Lande“.[40]

An der Spitze der antimilitaristischen Propaganda stand neben Breitscheid, Gerlach und Ossietzky der frühere Oberst und Regimentskommandeur Richard Gädke. Ihm wurde anläßlich seines Artikels vom März 1903, „Der serbische Königsmord und die Armee“, auf Veranlassung des Militärkabinetts über ein „Ehrengericht“ die Berechtigung, sich Oberst a. D. zu nennen, aberkannt. Er referierte auf dem Parteitag 1913 in Magdeburg gegen die Heeresverstärkung. In einer Resolution mißbilligte der Parteitag die neue Heeresvorlage, die das Wettrüsten forciere, forderte eine wesentliche Verkürzung der Dienstzeit, Beaufsichtigung der Kommandogewalt durch das Parlament und unverzügliche Schritte der Regierung für Rüstungsbeschränkungen. Im Parteiorgan trat Gädke mit klaren und konsequenten Beiträgen gegen das sinnlose Wettrüsten, die Erhöhung der materiellen und menschlichen Opfer für die Aufrüstung und die wachsenden Kriegsgefahren auf. Wie sozialdemokratische Funktionäre, voran Karl Liebknecht, und in Übereinstimmung mit ihnen, entlarvte er die Rüstungsinteressenten als die „skrupellosesten Unternehmungen“: „Je mehr die Gegensätze zwischen den Völkern sich steigern, je mehr die gegenseitigen Rüstungen wachsen, um so mehr blüht das Geschäft. Der internationale Konzern der Rüstungsindustrie ist der größte Feind der internationalen Friedensbestrebungen, um so gefährlicher und verbrecherischer, als er sich mit Vorliebe in das Gewand des lautesten Patriotismus zu hüllen weiß.“[41]

Die Demokratische Vereinigung, die unablässig den Verrat der Fortschrittlichen Volkspartei an den liberalen und demokratischen Forderungen und deren Anbiederung an die Nationalliberalen geißelte, Naumanns Parole „Von Bassermann bis Bebel“ als nutzlose oder selbst schädliche Phrase verwarf, entwickelte im logischen Zusammenhang mit ihrem antimilitaristischen Kampf und der Orientierung auf die Arbeiterklasse eine offensive Konzeption des Kampfes um demokratische Fortschritte. Das äußerte sich vor allem im kämpferischen und kompromißlosen Eintreten in den Wahlrechtskämpfen. Der zweite Parteitag 1910 erklärte sich in einer Resolution für die Wahlrechtsdemonstrationen. Wie beim Massenstreik identifizierten sich die führenden Köpfe auch in den Wahlrechtskämpfen vielfach

40 *Barth, Theodor/Breitscheid, Rudolf,* Die Aufgaben der demokratischen Vereinigung, Berlin 1909, S. 18 f.
41 *Gädke, Richard,* Vaterlandsliebe? in: Das Freie Volk, Jg. 4, Nr. 17 v. 26.4.1913.

ausdrücklich mit der Haltung der Linken in der Sozialdemokratie. Die Wahlrechtsforderung wurde immer stärker zum Kern einer umfassenderen, republikanisch-demokratischen Staats- und Gesellschaftskonzeption.

Barth forderte 1909 den Kampf gegen die Konservativen, da sie sich „der Verwandlung Preußens und Deutschlands in demokratische Staatsgebilde“ widersetzten. „Unter der Demokratisierung unserer Staatseinrichtungen verstehen wir ferner nicht ein gelegentlich kleines Konzessiönchen an den Liberalismus als Ergebnis eines mehr oder weniger faulen Kompromisses, sondern eine Reform unseres Staatswesens an Haupt und Gliedern.“[42] Die Forderung „nach einem parlamentarischen Regime“ dürfe nicht verstummen. In der Einleitung zum Parteiprogramm wurde erklärt: „Das Ziel aller Bestrebungen der Demokratischen Vereinigung ist die konsequente Demokratisierung der öffentlichen Einrichtungen in Reich, Staat und Gemeinde. Diese Demokratisierung erfordert vor allem die Durchführung des Prinzips der vollsten staatsbürgerlichen Rechtsgleichheit ohne Unterschied von Konfession und Geschlecht gegenüber dem System der Bevorzugungen, wie es allenthalben in Deutschland, besonders in Preußen, in Übung ist. Gegenüber den Ausflüssen des persönlichen Regiments erfordert sie die Durchführung einer Regierung, bei der der Volkswille in letzter Linie entscheidend ist (parlamentarische Regierung), sowie die Verwirklichung der Grundsätze einer aufrichtigen Selbstverwaltung. Endlich erheischt sie den Schutz der Persönlichkeit gegenüber allen Vergewaltigungen durch politische und wirtschaftliche Machthaber.“[43]

Als einzige bürgerliche Partei vor 1918 verfocht die Demokratische Vereinigung mit ihrem Programm und ihrer Politik die Forderung nach der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Frau. An der Spitze der mit ihr liierten Fraktion der bürgerlichen Frauenbewegung standen Tony Breitscheid, Minna Cauer, Regine Deutsch (Mitglied des Parteivorstandes) und Adele s (Herausgeberin der Wochenschrift „Frauenfortschritt“, Berlin). T. Breitscheid war außerdem Vorsitzende des Vereins für Frauenstimmrecht.

Das kritische Verhältnis zur Fortschrittlichen Volkspartei und zur politischen Rolle ihrer Führer war – im Gegensatz zu deren Verleumdungen – sachlich begründet und politisch-moralisch gerechtfertigt. Es offenbarte zugleich den engen sozialen und politischen Wirkungsraum der Vereinigung, der sich nicht primär aus ihrem Charakter und ihrer Zielstellung, sondern entscheidend aus der sozialökonomischen und politisch-ideologischen Entwicklung der Bourgeoisie in Deutschland ergab. Von den Konservativen bis zu den Fortschrittlern reichte die Skala ihrer fanatischen Gegner, deren Argumente vom vulgärsten Antisemitismus bis zur fortgesetzten Diffamierung als quasi-sozialistische Hilfstruppe der Sozialdemokratie.

Das Ergebnis der Reichstagswahl 1912 zeigte die Schwierigkeit, mit einem entschieden bürgerlich-demokratischen Programm zwischen Sozialdemokraten und Liberalen eine Massenbasis zu gewinnen. Dazu kamen nach der selbstkritischen Einschätzung des Parteivorstandes Fehler, wie der zum Teil zu späte Beginn des Wahlkampfes, der Verzicht auf Zählkandidaturen, die teilweise ungenügende positive Abgrenzung vom Freisinn und die voreiligen Gerüchte vom Übertritt Breitscheids zur Sozialdemokratie.

Auf der Tagung von Ausschuß und Zentralvorstand am 3. und 4. Februar 1912 wurde die Funktionsniederlegung und das Ausscheiden Breitscheids mitgeteilt. In einer Resolution wurde erklärt: „Zentralvorstand und Ausschuß der Demokratischen Vereinigung sehen durch den Verlauf der Wahlen wie durch die allgemeine politische Situation gleichmäßig den Nachweis erbracht, daß das Bestehen einer nach rechts und nach links unabhängigen, rein demokratischen Organisation eine politische Notwendigkeit ist. Sie fordern deshalb die Parteifreunde zu eifrigster organisatorischer und agitatorischer Mitarbeit auf.“[44] Diese Haltung wurde im Mai vom Parteitag in Nürnberg bekräftigt. Das Ausscheiden von fast 3000 Mitgliedern konnte durch Neuaufnahmen nicht mehr wettgemacht werden. Die Entlassung von Gädke als Mitarbeiter des „Berliner Tageblatts“, das eine Wende zu einer schärferen

---

42 *Barth, Theodor/Breitscheid, Rudolf,* a. a. O., S. 14.
43 Zit. nach: *Das Freie Volk,* Jg. 1, Nr. 21 v. 21.5.1910.
44 *Das Freie Volk,* Jg. 3, Nr. 6 v. 10.2.1912.

Frontstellung gegen die Vereinigung vornahm, war ein weiteres Symptom jener Rückschläge, denen sich die Partei gegenübersah und die ihre Wirksamkeit beeinträchtigten.

Rudolf Breitscheid ist danach einen nicht widerspruchslosen, aber einen vom Kampf für Demokratie und Nation erfüllten Weg gegangen. Aus der Mitgliedschaft in der SPD wurde die in der USPD, ab 1922 wieder SPD; preußischer Innenminister 1918/19, 1920 bis 1933 Mitglied des Reichstags, 1933 Emigration nach Frankreich, dort Mitarbeit im Ausschuß zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront 1935/36. 1941 von der französischen Polizei an die Gestapo ausgeliefert, kam er 1944 im KZ Buchenwald um.[45]

Der Parteitag in Nürnberg 1912 unterstrich die Existenzberechtigung der Demokratischen Vereinigung. Er wählte Gerlach zum Vorsitzenden und Gädke zu seinem Stellvertreter. Die kleine Partei setzte ihren mutigen Kampf gegen die Rüstungs- und Kriegspolitik, für demokratische und pazifistische Forderungen fort. Sie hatte jedoch den Höhepunkt ihrer Entwicklung überschritten und konnte in der Periode der unmittelbaren Kriegsvorbereitung durch die herrschenden Klassen auf größere bürgerliche und kleinbürgerliche Kreise keinen Einfluß mehr gewinnen.

45 S. auch *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,* Bd. 5, entsprechende Abschnitte und Dokumente.

VIII. Kapitel
Die Fortschrittliche Volkspartei im Weltkrieg. Auflösung und Ende (1914-1918)

Die Fortschrittliche Volkspartei setzte im Weltkrieg ihre vorherige Entwicklung folgerichtig fort. Die Kriegs- und Krisensituation, die im Verlauf des Krieges sich zuspitzenden Klassengegensätze und die Erschütterung der traditionellen Formen der Machtausübung der herrschenden Klassen führten zu einer Aufwertung der Partei im imperialistisch-militaristischen Staat. Dieser Prozeß fiel mit der weiteren Verflechtung mit Gruppen der Monopolbourgeoisie zusammen, die sich ihrerseits neben Zentrum und Nationalliberalen verstärkt auf die Fortschrittliche Volkspartei orientierten. Diese Entwicklung wird äußerlich in der zweiten Kriegshälfte durch die Berufung von leitenden Mitgliedern der Partei in höchste staatliche Ämter dokumentiert. Der Wirkungsgrad der großbürgerlich-liberalen strategischen und taktischen Linie der Fortschrittlichen Volkspartei für ' die herrschenden Klassen war dem Grad der Verschlechterung von deren militärischer, ökonomischer und politischer Lage direkt proportional.

Die Führung der Fortschrittlichen Volkspartei und die Masse ihrer Funktionäre, Vereine und Mitglieder bejahten grundsätzlich die imperialistische Politik, die zum Krieg geführt und seinen Charakter bestimmt hatte. „Ohne Ausnahme standen alle bürgerlichen Parteien unter der chauvinistischen Losung ‚Deutschland, Deutschland über alles' an der Seite der Monopolisten."[1] Fritz Fischer stellte fest, daß die Reichstagsfraktion der Partei mit den anderen bürgerlichen Parteien in den ersten Kriegsjahren „fest zur Kriegszielmehrheit" stand.[2] In mehreren gemeinsamen, grundsätzlich annexionistischen Erklärungen der bürgerlichen Fraktionen – darunter am 10. März 1915 und 9. Dezember 1915 – bekannte sich auch die Fortschrittliche Volkspartei zu den imperialistischen Kriegszielen. Pachnicke schrieb rückblickend: „Innerhalb der Fortschrittlichen Volkspartei wurde um die Mitte 1915 herum mit Denkschriften über das notwendige Maß von Angliederungen gearbeitet."[3]

Zugleich gab es innerhalb der Partei über die gesamte Kriegszeit Gruppierungen und Differenzen, die von einem entschieden annexionistischen und chauvinistischen Flügel und dem Eintritt in die Deutsche Vaterlandspartei bis zum Pazifismus reichten. In Abhängigkeit von militärischen Erfolgen oder Mißerfolgen, wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten und dem gesamten Kriegsverlauf traten Schwankungen auf und rückten verschiedene Auffassungen zu den Kriegszielen und Friedensbedingungen jeweils in den Vordergrund. Überwiegend stand die Parteiführung und Fraktion beim gemäßigten Flügel der Monopolbourgeoisie, der, gleichfalls annexionistisch, sich von der alldeutschen Konzeption, der hinter ihr stehenden Schwerindustrie sowie den konservativen Junkern und dem militaristischen Offizierkorps und ihren extremen territorialen und machtpolitischen Zielsetzungen abgrenzte.[4]

Zu den Vertretern und Gruppen der imperialistischen Bourgeoisie, deren ökonomische Interessen und politisch-taktische Forderungen im wesentlichen auch die Haltung der Fortschrittlichen Volkspartei

---

1 *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,* Bd. 2, S. 230.

2 *Fischer, Fritz,* Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 1961, S. 207 f.; s. auch *Ostfeld, Hermann,* Die Haltung der Reichstagsfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei zu den Annexions- und Friedensfragen in den Jahren 1914-1918, Phil. Diss., Würzburg 1933, S. 9 ff.

3 *Pachnicke, Hermann,* Führende Männer im alten und im neuen Reich, Berlin 1930, S. 121.

4 Eine allseitige Analyse der sozialökonomischen und politischen Stellung der Fortschrittlichen Volkspartei in den Gruppierungen und Auseinandersetzungen zur Kriegszielfrage und Innenpolitik ist hier nicht möglich; s. auch *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,* Bd. 2, Kapitel V und S. 435 ff.; *Gutsche, Willibald,* Erst Europa - und dann die Welt. Probleme der Kriegszielpolitik des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg, in: ZfG, 5/1964, S. 745 bis 767; *derselbe,* Zu einigen Fragen der staatsmonopolistischen Verflechtung in den ersten Kriegsjahren am Beispiel der Ausplünderung der belgischen Industrie und der Zwangsdeportation von Belgiern, in: Politik im Krieg 1914-1918. Studien zur Politik der deutschen herrschenden Klassen im ersten Weltkrieg, Berlin 1964, S. 66-89; *Kaulisch, Baldur,* Die Auseinandersetzungen über den uneingeschränkten U-Boot-Krieg innerhalb der herrschenden Klassen im zweiten Halbjahr 1916 und seine Eröffnung im Februar 1917, in: Ebenda, S. 90-117; *Petzold, Joachim,* „Ethischer Imperialismus". Eine Studie über die politische Konzeption des Kreises um den Prinzen Max v. Baden am Vorabend der deutschen Frühjahrsoffensive von 1918, in: Ebenda, S. 204-229; *Gutsche, Willibald,* Bethmann Hollweg und die Politik der „Neuorientierung". Zur innenpolitischen Strategie und Taktik der deutschen Reichsregierung während des ersten Weltkrieges, in: ZfG, 2/ 1965, S. 209-234; *Fischer, Fritz,* a. a. O., entsprechende Abschnitte.

bestimmten, rechnet Willibald Gutsche: „Elektrokonzerne, Schiffahrtsmonopole, Unternehmungen des Maschinenbaues, Zweige der Fertigwarenindustrie, die Petrolchemie, die Deutsche Bank, die Dresdener Bank, die Darmstädter Bank, die Berliner Handelsgesellschaft und andere Berliner Bankhäuser wie Mendelssohn & Co., Delbrück, Schickler & Co. und S. Bleichröder. Mit dieser Gruppierung verband sich seit der Jahreswende 1914/15 die mitteldeutsche und oberschlesische Montanindustrie.“[5] Diese Gruppierung hielt „den mitteleuropäischen Wirtschaftsverband“ für das entscheidende Ziel. Nach Fritz Fischer bildete „die Mitteleuropa-Idee mit ihrem hegemonialen Anspruch Deutschlands“ den Kern des Kriegszielprogramms der Regierung Bethmann Hollweg, unterstützt von „einem Teil führender deutscher Bankiers und Industrieller“.[6] Naumann hat diese aggressive Mitteleuropa-Konzeption in einem Buch umfassend entwickelt.[7] Nach Heuss wurde das Buch bis 1916 mit hunderttausend Exemplaren aufgelegt; 1917 folgte eine „Volksausgabe“ mit mehreren Zehntausenden von Exemplaren.

Gutsche wertet das Engagement der Deutschen Bank, der Elektroindustrie und vieler mit ihnen verbundenen Wirtschaftszweige und Banken auf dem Weltmarkt, ihre auswärtigen Zweigunternehmungen und Besitztümer als eine Ursache des geringeren Interesses am direkten Gebietserwerb. Er weist dies auch für deren Stellung zur Annexion Belgiens nach. Baldur Kaulisch nennt die ökonomischen Motive der Gegnerschaft zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg bei jenen Gruppen der Großbourgeoisie, die enge Verbindungen und bedeutende wirtschaftliche Positionen in Übersee hatten.

Diese Interessen und Forderungen spiegelten sich auch in der Tätigkeit der der Fortschrittlichen Volkspartei nahestehenden Verbände wider. Fischer verwies darauf, daß sich der *Hansa-Bund* später der Kriegsziel-Denkschrift der sechs Verbände vom 20. Mai 1915 anschloß. Der Bund widmete sich zunächst vor allem den vom Krieg verursachten rechtlichen, finanziellen und wirtschaftspolitischen Problemen und Schwierigkeiten. Daneben rückten, besonders in der zweiten Kriegshälfte, Probleme der Übergangswirtschaft und „der Kampf für den sofortigen Abbau der Kriegswirtschaft nach dem Kriege und für die Freiheit der Wirtschaft“ in den Vordergrund. Angehörige „fast aller zentralen Wirtschaftsorganisationen“ tagten am 8. Oktober 1917 in Berlin unter der Devise: „Freie Bahn für Handel, Gewerbe und Industrie nach dem Kriege.“[8] In einer Reihe von Eingaben, Vorlagen und Programmen wurden staatlichen Instanzen vom Hansa-Bund solche Forderungen übermittelt und von diesen in hohem Maße berücksichtigt.

Der *Handelsvertragsverein* schaltete sich unmittelbar nach Kriegsbeginn in die Bemühungen zum Schutz der Wirtschaftsinteressen im Ausland, zur Unterstützung bleibender Außenhandelsverbindungen, zur Information über das Wirtschaftsleben im Ausland und in die Vorbereitungen für die Nachkriegszeit ein. Der Gesamtausschuß bekannte sich am 20. Januar 1915 zu Kriegszielen wie der „machtvollen Entfaltung“ der wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands, Freiheit der Meere, Rückgabe der Kolonien, Politik der offenen Tür in allen Kolonien und außereuropäischen Staaten, Meistbegünstigung und Entschädigung sowie: „Sicherung des Rechts der Niederlassung, des Eigentums-Erwerbs von Grund- und Bergwerks-Eigentum, sowie des Geschäftsbetriebes für alle Reichsangehörigen ohne Unterschied der Abstammung oder der Religion in allen heute feindlichen Ländern.“[9]

Die kapitalistische Interessenpolitik führte den Verein zu einer Unterstützung wesentlicher imperialistischer Kriegsziele und zur engen Zusammenarbeit mit der Regierung. Im Oktober 1917 richtete er eine Denkschrift über die „Regelung der internationalen Handelsbeziehungen nach Friedensschluß“ an den Reichskanzler. Zugleich bildete er mit Hilfe internationaler Organisationen zur Wahrnehmung gemeinsamer kapitalistischer Interessen einen „Fachausschuß für internationale Verständigung“.

Die Beziehungen zum großen Kapital veranlaßten die Partei auch zur nachhaltigen Unterstützung der Kriegsanleihe. Besonders die „Freisinnige Zeitung“ betrieb die Werbung für die Kriegsanleihe als

---

5 *Gutsche, Willibald,* Erst Europa – und dann die Welt, a. a. O., S. 753. Vgl. die Charakteristik bei *Fischer, Fritz,* a. a. O., S. 107 ff.

6 *Fischer, Fritz,* a. a. O., S. 107 f.

7 *Naumann, Friedrich,* Mitteleuropa, Berlin 1915. Vgl. dazu *Theodor, Gertrud,* a. a. O., s. 112 ff.

8 *20 Jahre deutscher Wirtschaftspolitik.* Die Arbeit des Hansa-Bundes von 1909 bis 1929, Berlin 1929, S. 71.

9 *Borgius, Dr. W.,* 20 Jahre Handelsvertragsverein. Ein Rückblick, Berlin-Schöneberg 1920, S. 8 f.

ihren ureigensten Beitrag zur Durchhaltepolitik. Dem Kriegsausbruch wurde in Übereinstimmung mit den offiziellen Parolen mit Phrasen vom aufgezwungenen Krieg und der Bündnistreue zum bedrohten Österreich begegnet. „Jetzt muß sich Germania mit der schimmernden Wehr, die sie sich selbst in langen Jahren rastloser Arbeit gehämmert hat, umhüllen, um die Werke des Friedens vor den neidischen Nachbarn zu schützen. Jetzt gehört die Stunde unserem Heer, dem Gegenstand des Stolzes für jeden Deutschen, des Neides für jeden Gegner.“[10] Am 3. August 1914 beriet die Reichstagsfraktion. Sie stimmte den vorliegenden Gesetzentwürfen geschlossen zu. Am nächsten Tag ließ sich Wilhelm II. von den Parteiführern seine Burgfriedensparole bestätigen. Daran nahmen Kaempf und Dove vom Reichstagspräsidium, Wiemer und Fischbeck für die Fraktion teil. Am gleichen Tag stimmte die Reichstagsfraktion wie alle anderen Parteien dem Kredit zur Finanzierung des imperialistischen Raubkrieges zu.

Carl v. Ossietzky hatte die Schüsse von Sarajewo Anfang Juli 1914 noch wesentlich für Österreichs Geschick bewertet. Vier Wochen später machte sich Richard Gädke zum Sprecher der Friedenssehnsucht des deutschen Volkes, das mit „alldeutschen Rowdies“ und „Kriegshetzern“ nichts gemein habe: „Das deutsche Volk wird vertreten durch die unabsehbaren Scharen der Arbeiter, die am Dienstag so machtvoll für den Frieden demonstriert haben, und durch die Bürger, in deren Reihen von Kriegsbegeisterung nichts zu spüren ist. Gar nicht laut genug können wir es in die Welt hinausrufen: *Deutschland will den Frieden ...*“[11]

Eine Gruppe aus der Führung der Demokratischen Vereinigung verriet in diesen Tagen des chauvinistischen Taumels den mutigen Kampf der Besten der Partei und ihres Blattes gegen Militarismus und antinationales Großkapital in den letzten Jahren. Am 8. August 1914 erschien „Das Freie Volk“ zum letzten Male. In einem von Halpert und Aufhäuser für den Parteivorstand unterzeichneten Aufruf mit chauvinistischen Schlagworten wie „schicksalsschwerer Stunde“, „Brüder ohne Unterschied der Partei“, „aufgedrungener Krieg“ und „Kulturmission“ hieß es schließlich: „Wie das Jahr 1870 uns die Einheit brachte, so wird uns dieser Weltenkrieg größere Ellenbogenweite schaffen und dem Volk freiere Luft.“[12] In einer Mitteilung an die Verbände und Vereine wurde kapitulantenhaft erklärt, daß in Kriegszeiten keine Parteiarbeit möglich sei. Dafür wurde die „Liebestätigkeit“ für vom Krieg betroffene Familien empfohlen. Ein Appell an „die demokratischen Frauen“ rief diese ebenfalls zur Unterstützung des Krieges auf.

Ossietzky, Gädke und Gerlach kamen in dieser letzten Ausgabe nicht mehr zu Wort. Gerlach, am Tage des Kriegsausbruchs in Brüssel, beeilte sich, nach Berlin zu seinen Freunden von der Demokratischen Vereinigung zu kommen. „Die legten mir als Vorsitzendem dieser Vereinigung eine Erklärung zur Unterzeichnung vor, in der von ‚dem uns aufgezwungenen Kriege‘ die Rede war. Ich verweigerte meine Unterschrift, da ich mit meinem Namen keinen Schwindel decken wollte. Die Erklärung erschien trotzdem, natürlich ohne meinen Namen.“[13] Faktisch endete damit die Demokratische Vereinigung, wenn sie auch formell bis November 1918 bestand.

Die antimilitaristische und pazifistische Tätigkeit Gerlachs und weiterer Mitglieder der Demokratischen Vereinigung während des Krieges, teils politisch-organisatorischer teils publizistischer Art, wurde nicht von der Partei getragen. Bei Gerlach umfaßte sie die publizistische Arbeit an der „Welt am Montag“, die pazifistische Wirksamkeit in der *Deutschen Friedensgesellschaft,* im *Bund Neues Vaterland* und in der *Zentralstelle für Völkerrecht.* Diese Bemühungen trugen zur Desillusionierung bürgerlicher Schichten und ihrer Besinnung auf die demokratischen Aufgaben bei. In der Deutschen Friedensgesellschaft und in dem Bund Neues Vaterland traf Gerlach in seinem Wirken mit aufrechten bürgerlichen Demokraten und Humanisten, darunter Albert Einstein, Ludwig Quidde und Otto Nuschke, zusammen. Der Bund schlug die Brücke zu Romain Rolland. Mit ihrem Wirken standen sie im bürgerlichen Lager dem konsequent antimilitaristischen Kampf der deutschen Linken am nächs-

10 *Freisinnige Zeitung* v. 2.8.1914.
11 *Das Freie Volk,* Jg. 5, Nr. 31, v. 1.8.1914.
12 *Ebenda,* Nr. 32 v. 8.8.1914.
13 *Gerlach, Hellmut v.,* Von rechts nach links, herausgegeben von Emil Ludwig, Zürich 1937, S. 234.

ten. Geächtet von den Führern der bürgerlichen Parteien, wurden von ihnen während des Völkermordens die freiheitliche und humanistische Tradition und die Ehre des deutschen Bürgertums aufrechterhalten.[14]

Der Geschäftsführende Ausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei erließ im August 1914 ein Rundschreiben an die Vereine. Sie wurden aufgefordert, „die Organisationen während des Krieges aufrechtzuerhalten". Außerdem wurden Maßnahmen zur Einsparung am Parteiapparat ergriffen, und die laufende Arbeit ging mit Kriegsbeginn an den Agitationsausschuß unter Hinzuziehung von Funktionären der Berliner Parteiorganisation über.

Die Reichstagsfraktion stimmte am 2. Dezember 1914, in der „Ruhmessitzung des Reichstags", für den Fünf-Milliarden-Kriegskredit. „Abermals eine denkwürdige Parlamentssitzung, abermals ein Tag, ruhmvoll für alle Parteien, erhebend für das gesamte deutsche Volk!"[15] Mit der abfälligen Beurteilung der historischen Tat Karl Liebknechts an diesem Tag kennzeichnete das Parteiblatt den eigenen Standpunkt als biedere und käufliche Stütze des Kapitals, das auf den nun beginnenden Völkermord hingearbeitet hat.

Die neueste Entwicklungsphase des „entschiedenen Liberalismus" offenbarte sich auch in den Versen:

„Dann aber, Michel, greif zum Schwert,
so lang in Frieden gehütet
und in endlosem Kampfe um Freiheit und Recht
aus Blut und Eisen genietet ...

Und hau nach hinten, hau nach vorn,
hau zu, wie nur zu hauen,
wohin es trifft, ein jeder Hieb
sei Grauen und sei Grauen"

Hau drauf und drein, durch Eisen und Stein,
mit Kolben und Kanonen ...
Wir wissen ja endlich, woran wir sind,
und brauchen niemand zu schonen!

Und geht die ganze Welt kaputt
in Blut- und Flammenwehen,
und wird es wirklich jüngster Tag ...
wir bleiben und wir stehen!"[16]

Führende Funktionäre und Ideologen unterzeichneten neben zahlreichen Intellektuellen im September 1914 den chauvinistischen „Aufruf an die Kulturwelt", darunter Professor Franz v. Liszt und Friedrich Naumann. Anfang 1915 trat Eugen Schiffer mit dem Plan zur Gründung eines vaterländischen Verbandes an die Partei heran. Auch nach dem Krieg solle nicht der alte Parteihader wiederkehren. Die Ablehnung durch Fischbeck wurde vom Geschäftsführenden Ausschuß am 21. Februar 1915 bestätigt. Die Partei solle durch diesen Verband nicht engagiert werden. Die Gegnerschaft zur *Deutschen Vaterlandspartei* und ihrer konservativ-alldeutschen Zielstellung wurde während des gesamten Krieges bei behalten und verschärfte sich später bedeutend.

---

14 Vgl. *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,* Bd. 2, S. 285 ff.; *Gerlach, Hellmut v.,* Die große Zeit der Lüge, Charlottenburg 1926; *Greuner, Ruth,* Wandlungen eines Aufrechten. Lebensbild Hellmut v. Gerlachs, Berlin 1965; *Lehmann-Russbüldt, Otto,* Der Kampf der Deutschen Liga für Menschenrechte vormals Bund Neues Vaterland für den Weltfrieden 1914 bis 1927, Berlin 1927; *Rolland, Romain,* Das Gewissen Europas. Tagebuch der Kriegsjahre 1914-1919, 2 Bde., Berlin 1963; *Ludwig Quidde.* Ein deutscher Demokrat und Vorkämpfer der Völkerverständigung, hg. v. Hans Wehberg, Offenbach a. M. 1948.

15 *Freisinnige Zeitung* v. 3.12.1914.

16 Fortschrittliches Taschenbuch 1915, hg. v. Prof. Dr. *Reinhard Strecker,* Berlin-Schöneberg, S. 17 f.

Dagegen nahmen eine Reihe führender Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei Anteil an dem im Juli 1916 gegründeten *Deutschen Nationalausschuß für einen ehrenvollen Frieden.* Er sollte die Kriegszielpolitik der Regierung fördern und die sie unterstützenden Kräfte koordinieren. Er wurde vor allem von der Großindustrie, den Banken und dem Handel getragen. In einem Gründungsaufruf verwahrte sich der Nationalausschuß gegen die „Extreme auf beiden Flügeln". An seiner ersten Versammlungswelle im Reich am 1. August 1916 nahmen Haußmann, Liszt, Payer, Schulze-Gaevernitz und der Partei nahestehende Ideologen wie Paul Rohrbach und Max Weber als Redner teil. Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung" und anderer liberaler Blätter übernahmen Aufgaben in der Zentrale des Ausschusses. Wie aus einer Mitteilung der „Freisinnigen Zeitung" am 3. August 1916 hervorging, gab es über das Zusammenwirken keine Vereinbarungen mit der Parteileitung. Durch spätere Differenzen und innenpolitische Veränderungen ging die Wirksamkeit des Nationalausschusses in der Folgezeit rasch zurück.

Der Geschäftsführende Ausschuß erörterte am 11. Juli 1915 mit den Vorsitzenden des Zentralausschusses und der Fraktion die Stellung der Partei zu den Kriegszielen und Friedensbedingungen. Wiemer bemerkte einleitend, daß es zu den Kriegszielen Meinungsverschiedenheiten gäbe. K. Mommsen bezeichnete es als Zweck der Beratung, den Vertretern der Partei für die Verhandlungen mit der Regierung „gewisse Richtlinien" zu geben. Payer erklärte die Einigung als notwendig, zumindest zur Abgrenzung von Alldeutschen und Sozialdemokraten. Er sprach sich gegen die Annexion Belgiens aus, das „ein gewisses Maß von Unabhängigkeit" behalten sollte bei Schleifung der Festungen und Abschaffung des Heeres, für militärisch notwendige Grenzregulierungen an der belgischen und französischen Grenze und die Errichtung eines Pufferstaates im Osten. Alle anderen Redner schlossen sich dieser „mittleren Linie" an. Pachnicke betonte den gegensätzlichen Standpunkt zum prinzipiell annexionsfeindlichen Kurs der Sozialdemokratie. Dies solle gegenüber der Regierung herausgestellt und sie bei entsprechenden Zielen unterstützt werden. Lediglich Dove und Gothein bemerkten, daß noch offen sei, ob Deutschland den Frieden diktieren bzw. wie lange es wirtschaftlich Clen Krieg aushalten würde.

Wiemer faßte das Ergebnis der Grundsatzdebatte als Plattform für die Parteiführung in den Fragen der Kriegsziele und Friedensbedingungen zusammen: „Wir sind für einen *baldigen, ehrenvollen und dauernden Frieden.* Wir sind *gegen die grundsätzliche Ablehnung jeder Gebietserweiterung.* Wir sind *gegen unklare und uferlose Annexionspläne,* die ohne Gefährdung der *nationalen Einheit* nicht durchführbar sind. Wir wünschen eine ausreichende, *militärische, maritime* und *wirtschaftliche Sicherung des Reiches* durch militärische, handelspolitische und Verkehrsmaßnahmen sowie durch *notwendige Grenzverbesserungen* im Osten und Westen, aber *ohne Entrechtung* der Bevölkerung in den Gebietsteilen, die dem Reiche angegliedert werden. Wir sind weiter darin einig, daß wir diese unsere Auffassung in geeigneter Form zur Kenntnis der *Reichsleitung* bringen, auch ohne daß eine Aufforderung der Reichsleitung erfolgt. Von einer Mitteilung an die Presse soll abgesehen werden, doch wird den Teilnehmern an der Besprechung anheim gegeben, in Konferenzen mit Vertretern der Presse das Erforderliche mitzuteilen. Von der Einberufung des *Zentralausschusses* wird vorläufig Abstand genommen. Über etwaige Mitteilung an die *Fraktionen* soll der engere Ausschuß in Berlin Entscheidung treffen."[17] Damit war der prinzipiell annexionistische Standpunkt markiert; andererseits auch jene während des gesamten Kriegsverlaufs von der Parteiführung beobachtete relativ realistische und gemäßigte Orientierung innerhalb einer prinzipiell imperialistischen und volksfeindlichen Politik.

Auf dieser Grundlage erklärte sich die Reichstagsfraktion am 18. August 1915 in einer Entschließung öffentlich sowohl gegen die grundsätzliche Ablehnung jeder Landerwerbung wie gegen uferlose Annexionspläne. Mit dieser Kompromißformel sollten zugleich die widerstreitenden Interessen zwischen der einflußreichen aggressiven Monopolbourgeoisie und der Masse der einfachen, zunehmend vom Krieg, seinem Verlauf und seinen Ergebnissen enttäuschten und von wachsender Friedenssehnsucht erfaßten Mitglieder und Anhänger koordiniert werden. Der Agitationsausschuß wandte sich am

[17] DZA Potsdam, Fortschrittliche Volkspartei, Nr. 36, Bl. 238; s. auch zu den parteiinternen Diskussionen um die Kriegsziele *Pachnicke, Hermann,* Führende Männer ..., S. 121 ff.

8. November 1915 dagegen, die Fraktionserklärung nur als Abgrenzung von der annexionistischen Erklärung der sechs Interessenverbände vom 20. Mai 1915 und nicht auch als Kundgebung „gegen die grundsätzlichen Gegner jeder Annexion“ zu bewerten.

Angesichts der Knebelung der Presse forderte der sächsische Landesvorstand die Reichstagsfraktion Ende November 1915 auf, die das Volk erbitternden Regierungsmaßnahmen im Reichstag anzuprangern. Der Zentralausschuß bekannte sich auf seiner ersten Kriegssitzung am 4. Dezember 1915 jedoch ausdrücklich für die „Aufrechterhaltung des Burgfriedens“ und verlangte seine Einhaltung durch alle politischen Richtungen und staatlichen Organe.

In der Diskussion zu Doves Referat über die Friedensziele bezeichnete Payer die Gesamtlage Deutschlands „als durchaus gut“. Es gäbe noch Differenzen über das Schicksal Polens und Belgiens; jede Maßlosigkeit sei abzulehnen. Gothein war der Ansicht, daß Polen nicht an Österreich, sondern unter den Einfluß des Deutschen Reiches kommen solle, wogegen Haas ein selbständiges Polen, einen Pufferstaat, für unmöglich erklärte. In einer vom Geschäftsführenden Ausschuß vorgeschlagenen und einstimmig angenommenen Resolution wurden „Stolz und Dankbarkeit auf die großen Erfolge“ im Kriege und die Erwartung eines baldigen Friedens erklärt.

Der Zentralausschuß betonte seine Überzeugung, daß die künftigen Friedensbedingungen dem Deutschen Reiche nicht, „wie unsere Gegner heute noch träumen, bestenfalls Wiederherstellung des Zustandes vor dem Kriege, vielmehr dauernden Schutz gegen fernere Angriffe, bleibende Mehrung seiner Macht, seines Wohlstandes und, soweit immer seine Sicherheit es geboten erscheinen läßt, auch seines Gebietes bringen werden.

Der Zentralausschuß glaubt, daß im Zusammenhang mit dem Abschlusse des Friedens auch das Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und der österreichisch-ungarischen Monarchie im Sinne weitgehender und bleibender Annäherung der beiden Reiche auf politischem, militärischem und wirtschaftlichem Gebiete geregelt und damit die Möglichkeit eines Anschlusses der Balkanländer und des türkischen Reiches an die beiden Zentralmächte geschaffen werden soll.“[18]

Mit der Präzisierung dieser traditionellen Südostexpansionslinie der Deutschen Bank und weiterer Konzerne als Kriegsziel ging die Partei unter dem Eindruck zeitweiliger militärischer Erfolge und im Ergebnis einer optimistischen Beurteilung des Kriegsverlaufs über ihre bisherigen Forderungen hinaus. Am 9. Dezember 1915 schloß sich auch die Fraktion einer weiteren annexionistischen Kundgebung an. Die späteren Veränderungen im Kräfteverhältnis und der Kriegsverlauf erzwangen einen Abbau dieses annexionistischen Programms. Zunächst fand es noch seine kolonialpolitische Ergänzung.

Auf einem „parlamentarischen Vortragsabend“ der Deutschen Kolonialgesellschaft am 7. Mai 1916 legten Sprecher der fünf großen Reichstagsparteien deren kolonialpolitische Programme dar. „Der Abend gestaltete sich zu einer machtvollen Kundgebung der zahlreichen Anwesenden zu Gunsten einer tatkräftigen kolonialen Betätigung Deutschlands nach dem Kriege.“[19] Naumann führte als Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei aus, daß das deutsche Volk den „Befähigungsnachweis für Kolonialpolitik“ erbracht hätte. „Aus wirtschaftlichen und seelischen Gründen müssen wir daher ohne Unterschied der Parteiungen darauf bedacht sein, daß wir nicht ohne geeigneten und genügenden Kolonialbesitz aus dem Weltkrieg herauskommen.“[20] Daher polemisierte er gegen die Auffassung, daß seine Mitteleuropa-Konzeption eine Preisgabe der überseeischen Interessen einschließe. Diese Konzeption führe im Gegenteil „mit aller Gewalt zur Forderung einer kolonialen Ergänzung“. Eine Konkretisierung sei ihm nicht möglich, da es sich uni Kriegsziele handle. Er deute lediglich an, daß die Kolonien zweckmäßig nicht verstreut, „sondern zusammengelegt erscheinen“ sollten.

An der Spitze des entschieden annexionistischen Flügels in der Partei standen Heckscher, Kopsch, Müller-Meiningen, Traub und Wiemer. Müller-Meiningen entwickelte eine große propagandistische

---

18 DZA Potsdam, Fortschrittliche Volkspartei, Nr. 37, Bl. 56-60.

19 *Parteien und Kolonialpolitik,* hg. v. Aktionsausschuß der Deutschen Kolonialgesellschaft, Berlin 1916, S. 1 (Koloniale Zeitfragen).

20 Ebenda, S. 10.

Aktivität und veröffentlichte neben einer Reihe kleinerer Flugschriften als „Abwehr- und Anklageschrift gegen die Kriegführung des Dreiverbandes“ eine Dokumentation, chauvinistisch kommentiert und interpretiert, über „Weltkrieg und Völkerrecht“. Sie erschien 1915 und noch im gleichen Jahr in zweiter und dritter Auflage sowie als englischsprachige Ausgabe für die besetzten Gebiete unter dem Titel „Who are the huns?“ [Wer sind die Hunnen?] Eine vierte Auflage 1917 wurde auf zwei Bände erweitert.

Die einseitige Zusammenstellung von Kriegsverbrechen der Gegner diente der chauvinistischen Mobilmachung des Volkes, von dem Müller-Meiningen im Zeichen des „Burgfriedens“ behauptete, es sei „nur *eine Seele* und *ein Körper, bis der letzte Feind zu Boden liegt!“* Dieses Volk würde siegen. „Dann sollen Völkerrecht und Völkerfreiheit an deutscher Kultur – an deutschem Wesen, voll genesen!“[21] Müller-Meiningen forderte ein Reichsgesetz, das alle Kinder und Jugendliche ab sechs Jahre zur Teilnahme an einer körperlichen und besonderen militärischen „Vorbereitung für den Heeresdienst“ verpflichtete.[22] Er trat ferner für die Annexion Belgiens als Schutzgebiet des Deutschen Reiches ein.[23] Später gehörte er zu den unbedingten Befürwortern des uneingeschränkten U-Boot-Krieges. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker war das vorzugsweise Objekt seines Spottes.

Auf der Parteisekretärskonferenz am 17. November 1917 sagte Kopsch zu Anfragen, daß zwischen den Auffassungen von Müller-Meiningen und denen der Partei kein Widerspruch bestehe. Mit der Billigung der propagandistischen Wirksamkeit dieses rechten Flügels verfolgte die Parteiführung zwei Ziele: die Bindung der für die chauvinistische Agitation, vor allem der Deutschen Vaterlandspartei besonders anfälligen Angehörigen der besitzenden und intellektuellen Schichten der Partei und eine bessere und größere taktische Manövrierfähigkeit im Falle militärischer Erfolge gegenüber dem Druck der aggressivsten Fraktionen und Parteien der herrschenden Klassen.

Aus ähnlichen taktischen Motiven wurde auch die pazifistische Tätigkeit Quiddes toleriert, die zwangsläufig vielfach in Widerspruch zu den Entschließungen der Parteiführung geriet. Auf dem linken Flügel der zu einem imperialistischen Verständigungsfrieden neigenden Mehrheit der Parteiführung und Fraktion stand Gothein. Als Vorstandsmitglied des Handelsvertragsvereins und Vorsitzender des Ausschusses für internationales Verkehrswesen bewahrte er sich durch seine Verbindung zum Handelskapital und zur Exportindustrie einen realistischen Blick für Kriegsziele, Friedensbedingungen, die dazu erforderlichen ökonomischen und militärischen Voraussetzungen sowie die Möglichkeiten und Probleme des imperialistischen Deutschlands in diesem Krieg. In mehreren Flugschriften entwickelte er wirtschaftspolitische Vorschläge für die Kriegszeit, insbesondere aber zur Planung und Gestaltung der Wirtschaftspolitik Nachkriegsdeutschlands.

Unmittelbar nach Kriegsende setzte sich Gothein mit den Ursachen, dem Verlauf und dem Ergebnis des Weltkrieges auseinander, vor allem mit einer Reihe offenkundiger Versäumnisse, Versager und Fehler in der Wirtschaftspolitik, Kriegsführung und Innenpolitik. „Denen, die die Zusammenhänge kannten, waren die Aussichten dieses Krieges, den eine geschickte Staatskunst sehr wohl hätte vermeiden können, von Anfang an höchst bedenklich erschienen.“[24]

Die Führung und Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei identifizierte sich im Verlauf des Krieges im politischen Denken und Handeln immer vollständiger mit Regierung und Reichskanzler. Dem entsprach die Intensivierung der Kontakte und die Koordinierung aller wesentlichen politischen Schritte. Haußmann, Pachnicke und Payer wirkten dabei vor allem auf politisch-parlamentarischer, Naumann auf publizistisch-propagandistischer Ebene. Zahlreiche Funktionäre und Mitglieder der Partei gliederten sich in verantwortlichen staatlichen, wirtschaftlichen und militärischen Funktionen in den Staatsapparat ein. Romain Rolland schilderte seinen Eindruck von Schulze-Gaevernitz, der als

---

21 *Müller-Meiningen, Ernst,* Der Weltkrieg 1914-15 und der „Zusammenbruch des Völkerrechts“, 3. veränd. Aufl. von „Weltkrieg und Völkerrecht“, Berlin 1915, S. 3.

22 *Derselbe,* Wir brauchen ein Reichsjugendwehrgesetz, Leipzig und Berlin 1915.

23 *Derselbe,* Belgische Eindrücke und Ausblicke. Glossen über die belgische Neutralitätsgarantie und „das Selbstbestimmungsrecht der Völker“, München 1916.

24 *Gothein, Georg,* Warum verloren wir den Krieg? Stuttgart-Berlin 1919, S. 7.

Beauftragter für Probleme der Zivilbevölkerung in besetzten Gebieten Frankreichs tätig war. „Dieser deutsche Beamte ist ein braver Mann, der Tränen in den Augen haben kann, der der französischen Bevölkerung aufrichtig zugetan ist, in deren Mitte er (in La Fere) lebt – und zugleich ein Rad im Getriebe der furchtbaren preußischen Kriegsmaschine, die mit vollkommener Gleichgültigkeit diese Leute zermalmt, mit denen er einen Augenblick vorher Mitleid empfand.“[25]

Gertrud Theodor hat die Rolle Naumanns während des Krieges bereits dargestellt.[26] Im Auftrag des Reichsamtes des Innern, des Auswärtigen Amtes und der Obersten Heeresleitung, im Arbeitsausschuß für Mitteleuropa, in Verbindung mit staatlichen Nachrichten- und Pressestellen und mit Verbänden, in der Deutschen Gesellschaft, später im Volksbund für Freiheit und Vaterland und in anderen Propagandaorganisationen absolvierte er sein vielfältiges Arbeitsprogramm als Berater, Gutachter, Verfasser von Flugschriften, Redner im In- und Ausland und an der Front. Seine bedingungslose Tätigkeit im und für den Krieg der herrschenden junkerlich-monopolkapitalistischen Reaktion setzte den vor dem Krieg begonnenen Bruch mit früheren Freunden und Anhängern demokratischer bzw. pazifistischer Haltung fort oder vertiefte die Gegensätze weiter. Das betraf sein Verhältnis zu Gerlach und Quidde. Auch Brentano verurteilte Naumanns Annexionismus. Später bemerkte dieser, daß in „Mitteleuropa“ die „nie ganz erstorbenen alldeutschen Ideengänge“ wieder zur Herrschaft gelangten. „Das Buch hat uns unendlich geschadet.“[27] Emil Fuchs, der bekannte, 1914 noch völlig unter Naumanns Einfluß gestanden zu haben, nannte es ein „verhängnisvolles Buch“. Naumann habe die „neue Periode der Menschheitsentwicklung“ nicht verstanden, man habe sich von ihm lösen müssen.[28]

Parteiführung und Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei, die Bethmann Hollweg seit Kriegsbeginn unterstützt hatten, verurteilten scharfmacherische Vorstöße gegen den Kanzler und betonten seine schwierigen Aufgaben, zu deren Lösung er der Hilfe der Parteien bedürfe.

In einer Erklärung vom 7. Oktober 1916 distanzierte sich die Fraktionsmehrheit von der Zentrums-Entscheidung für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg und stützte damit die Position des Kanzlers. Die ablehnende Haltung galt wesentlich der unbeschränkten Anwendung der U-Boot-Waffe gegen Handelsschiffe, deren wirtschafts- und handelspolitische Folgen sowie die Konsequenz des Kriegseintritts der USA befürchtet wurden. Nach dem Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges aber stellte sich die Parteispitze auf den Boden dieser Politik. Gothein und Struve ermittelten im Mai und Juni 1917 sogar erhebliche Kapazitätsreserven für die Erweiterung des U-Boot-Baues in Werften und Maschinenbaubetrieben. Auf ihr Drängen wurde ein eigenes U-Boot-Amt geschaffen.

Mitte November 1916 verurteilte der Zentralausschuß „die schädigenden Umtriebe gegen die verantwortliche Leitung der Reichsgeschäfte und er anerkennt zur Erfüllung der durch den Weltkrieg gestellten Aufgaben die Notwendigkeit der politischen Zusammenarbeit mit der Reichsregierung auf dem Boden sachlicher Übereinstimmung“.[29] In dieser Erklärung beschränkte sich die Partei zur Kriegszielfrage auf den Schutz des Reiches und die Sicherung seiner „Wohlfahrt in einem ehrenvollen und dauernden Frieden“. Damit war der Übergang zum Kurs der Neuorientierung angezeigt. Dieses Verhältnis zur Regierung veranlaßte den Konservativen Graf v. Westarp später zu der Einschätzung: „Schutztruppe der Kriegsziel- und U-Boot-Politik Bethmanns war die Fortschrittliche Volkspartei und Presse. Freiwilliger Regierungskommissar war besonders Haußmann ...“[30] Die Partei billigte die Note an die kriegführenden Mächte vom 12. Dezember 1916. Sie rechtfertigte ausdrücklich den Verzicht auf eine Erörterung der Note und der Erklärung des Reichskanzlers im Reichstag.

---

25 *Rolland, Romain,* a. a. O., Bd. 1, S. 355.

26 *Theodor, Gertrud,* a. a. O., S. 107-134; vgl. die apologetische Schilderung bei *Heuß, Theodor,* Friedrich Naumann ..., S. 421-575.

27 *Brentano, Lujo,* Mein Leben im Kampf um die soziale Entwicklung Deutschlands, Jena 1931, S. 325.

28 *Fuchs, Emil,* Mein Leben, Erster Teil, Leipzig 1957, S. 325 f. [Siehe Philosophie digital 2.0. *KWF*]

29 DZA Potsdam, Fortschrittliche Volkspartei, Nr. 37, Bl. 48.

30 *Westarp, Kuno Graf v.,* Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches, Bd. 2, Von 1914 bis 1918, Berlin 1935, S. 171.

Das Parteileben der Fortschrittlichen Volkspartei war in der ersten Hälfte des Krieges, während einer relativen Stabilität des „Burgfriedens“, der bald zerbrach, nicht nur in der Zentrale und im Apparat, sondern vor allem auch in den örtlichen Organisationen und Vereinen stark zurückgegangen. Es waren Auswirkungen der durch den Krieg völlig veränderten Bedingungen, Probleme und Aufgaben, der Einberufung von Mitgliedern und Funktionären, aber auch der Burgfriedenspolitik der Parteiführung und ihrer lähmenden Wirkung insbesondere auf progressive und oppositionelle Belange und Aufgaben. Eine Umfrage der Parteileitung nach den ersten Kriegsmonaten unter den Landes- und Bezirksorganisationen offenbarte ziemlich übereinstimmend das Bild völligen Darniederliegens der Parteiarbeit und der erklärten Abneigung gegen eine öffentliche massenpolitische Aktivität. Später rückten Kriegsvorträge, Kriegshilfe und Fürsorge, gelegentliche interne Mitgliederversammlungen in den Vordergrund. In dieser Zeit gab es, wie es der Parteisekretär für Thüringen in einem Tätigkeitsbericht über die Kriegszeit 1914 bis 1918 einschätzte, in Zusammenkünften überwiegend noch einheitliche Auffassungen. Das änderte sich in der zweiten Hälfte des Krieges unter dem Einfluß der militärischen, wirtschaftlichen, sozialen und menschlichen Schwierigkeiten und Probleme und der verschärften inneren Widersprüche.

Mit der Jahreswende 1916/17 zeichneten sich diese Widersprüche in der veränderten strategischen und taktischen Orientierung von Fraktionen, Parteien und Gruppen der herrschenden Klassen ab. „Unter dem Einfluß der Februarrevolution verschärfte sich der Klassenkampf in Deutschland. Die Fragen der revolutionären Beendigung des Krieges waren durch das Proletariat in Rußland in der Praxis gestellt worden. Das drückte dem weiteren Verlauf des Klassenkampfes auch in Deutschland den Stempel auf. Es begann eine neue Etappe des Massenkampfes für Frieden, Brot und Demokratie.“[31]

Die Führung der Fortschrittlichen Volkspartei kam, rascher als andere Parteien und Repräsentanten der herrschenden Klassen, angesichts der innenpolitischen Entwicklung und der Februarrevolution in Rußland zu der Auffassung, daß die demokratische Reform des preußischen Wahlrechts nicht mehr bis nach Kriegsende aufgeschoben werden konnte. Die Verbindung mit der Konzeption eines imperialistischen Verständigungsfriedens machte die Wahlrechtsforderung zum Hauptinhalt der Politik der „Neuorientierung“.[32]

Bereits am 15. Dezember 1915 hatte Pachnicke dem Kanzler die Vorlage eines derartigen Gesetzentwurfs im Frühjahr 1916 vorgeschlagen. Damit würde die allgemeine Stimmung gehoben, auf die innere Entwicklung der Sozialdemokratie Einfluß genommen und eine positive Wirkung auf das Ausland erzielt. Bethmann Hollweg mußte seine Argumente anerkennen. Die mögliche Konsequenz – Auflösung des Abgeordnetenhauses – sei jedoch im Krieg ausgeschlossen. Am 7. Januar 1916 trug Pachnicke Loebell diese Erwägungen vor. Die unverbindlichen Andeutungen in der Thronrede vom 13. Januar 1916 wurden von Haußmann und Pachnicke anerkennend hervorgehoben.

In Übereinstimmung mit den Sozialdemokraten plädierte Oskar Cassel am 15. Februar 1917 im Abgeordnetenhaus für eine baldige Wahlrechtsvorlage. Am 29. März 1917 begründete Müller-Meiningen einen entsprechenden Antrag der Fraktion im Reichstag. Die Reichstagsmehrheit beschloß die Bildung eines Verfassungsausschusses, an den auch dieser Antrag überwiesen werden sollte. Der Ausschuß konstituierte sich am 4. Mai 1917.

Am 24. und 25. Februar 1917 beriet der Zentralausschuß auf der Grundlage eines Berichts von Pachnicke zu den Problemen der Neuorientierung. Er faßte jedoch keine Beschlüsse. In dieser Situation

---

31 *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,* Bd. 2, S. 306; s. auch *Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland,* hg. v. Leo Stern, 4 Bde., Berlin 1959. (Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4/1 bis 4) (im folgenden: Die Auswirkungen der Oktoberrevolution).

32 S. auch *Weber, Hellmuth,* Zum Problem der Wahlrechtsreform in Preußen während der Jahre 1917-1918, in: Politik im Krieg 1914-1918, S. 189-203; *Gagel, Walter,* Die Wahlrechtsfrage in der Geschichte der deutschen liberalen Parteien 1848-1918, Düsseldorf 1958 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 12); *Patemann, Reinhard,* Der Kampf um die preußische Wahlreform im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1964 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 26).

„versprach Wilhelm II. Ostern 1917 für die Zeit nach dem Kriege das direkte und geheime Wahlrecht zum preußischen Abgeordnetenhaus und stellte in unverbindlichen Formulierungen einige Verfassungsänderungen in Aussicht“.[33] Diese „Osterbotschaft“ wurde von der Parteiführung erfreut und dankbar aufgenommen, um damit zugleich den eigenen unbedingten Monarchismus hervorzukehren. Der Erlaß sei „von jenem warmen Gefühl und Empfinden mit dem Volk getragen, das wir von unserem Kaiser gewöhnt sind, und das berechtigt, ... vom Volkskönigtum der Hohenzollern zu sprechen“.[34]

Pachnicke dankte dem Kanzler für die Botschaft und versicherte ihn der weiteren Mitarbeit. Die leitenden Ausschüsse und beide Fraktionen der Partei begrüßten in einem Aufruf das Versprechen Wilhelm II. Sie forderten die „ungesäumte Einführung“ des geheimen, direkten und gleichen Wahlrechtes in Preußen, Änderung der Stellung des Herrenhauses, Einfluß der Volksvertretung auf „die Auswahl der verantwortlichen Leiter des Staates“. „Jeder hat die heilige Pflicht, die heldenhafte Verteidigung des Landes durch Heer und Flotte getreu zu unterstützen, das Letzte einzusetzen bis zur Erringung eines ehrenvollen Friedens, der die Sicherheit und Entwicklungsfreiheit des Vaterlandes verbürgt.“[35]

Die Fortschrittliche Volkspartei brachte am 2. Mai 1917 im preußischen Abgeordnetenhaus eine Interpellation ein, die sich auf die baldige Einbringung einer Vorlage zur Änderung des preußischen Wahlrechts und auf die Forderung nach Neueinteilung der Wahlkreise bezog. Der am 18. Juni 1917 von der preußischen Regierung vorgelegte Entwurf auf der Basis des Pluralwahlrechts war jedoch völlig ungenügend.

Ab März 1917 standen die Probleme der Neuordnung in zahlreichen Vereinen, Verbänden und Leitungen zur Diskussion, wobei vielfach in Entschließungen die Forderungen der Parteiführung unterstrichen wurden. Auf dem zweiten Preußentag der Partei am 9. und 10. Juni 1917 in Berlin referierten Wiemer und Pachnicke über „Osterbotschaft und Verfassung“ bzw. „Preußens Zukunftsaufgaben“. Eine Resolution bekräftigte das Streben nach der preußischen Wahlrechtsreform. Der Forderung nach einem demokratischen Gemeindewahlrecht wich aber die Parteiführung erneut aus. Die 176 Teilnehmer setzten einen Ausschuß mit 21 Mitgliedern zur Prüfung einer Reform des Gemeindewahlrechts ein. Dieser veröffentlichte Ende Oktober 1918 die „Richtlinien für fortschrittliche Gemeindevertreter“, die durch die Ereignisse sofort überholt wurden.

Die Forderung des Preußentages nach „Erweiterung der Frauenrechte“ sollte verschleiern, daß die Parteiführung die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Frauen noch immer ablehnte und keinesfalls als unabdingbaren Teil der Wahlrechtsreform betrachtete. In einer Aussprache von Mitgliedern des Geschäftsführenden Ausschusses mit Vertreterinnen der Frauen am 16. Februar 1918 erklärte Kanzow, daß „bei der jetzigen Beratung der preußischen Wahlreform das Frauenwahlrecht nicht von unseren Parteigenossen gefordert werden kann: damit würde die ganze Vorlage gefährdet, ganz abgesehen davon, daß in der Partei selbst auch Strömungen gegen das Frauenwahlrecht vorhanden sind“.[36]

Darauf begannen langwierige Verhandlungen über die Wahlreform, die sich im Sommer 1918 zuspitzten.[37] Inzwischen zwangen der Verlauf des Krieges, wachsende Unzufriedenheit und Kriegsmüdigkeit sowie die zunehmende Kampfbereitschaft des werktätigen Volkes gegen den imperialistischen Krieg zu politischen Gruppierungen und Maßnahmen, die für die herrschenden Klassen eine Stabilisierung ihrer Macht und ihres Masseneinflusses verhießen.

Haußmann erörterte am 20. März 1917 in der Fraktion die Voraussetzungen einer festen parlamentarischen Mehrheit einschließlich der Sozialdemokraten der „Richtung Scheidemann“. Deren sozial-chauvinistisches Verhalten seit Kriegsbeginn beschleunigte die vor dem Krieg begonnene Annäherung an

---

33 *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,* Bd. 2, S. 318.
34 *Freisinnige Zeitung* v. 11.4.1917.
35 *Vossische Zeitung* v. 3. 5. 1917.
36 DZA Potsdam, Fortschrittliche Volkspartei, Nr. 39, Bl. 34-36.
37 Vgl. *Weber, Hellmuth,* a. a. O., S. 197 ff.

die strategische und taktische Konzeption der herrschenden Kreise. Diese Gemeinsamkeit schloß die Gegnerschaft zu den Linken und zu den Kampfaktionen der Arbeiterklasse gegen den Krieg sowie die Furcht vor der revolutionierenden Wirkung des Krieges und vor der Revolution in Rußland ein. Im Verlauf der politisch-parlamentarischen Krisis im Juli 1917 fielen wichtige Entscheidungen über die Konstellation der Klassen und Parteien im weiteren Verlauf des Krieges.

In der Parteiführerbesprechung Bethmann Hollwegs am 2. Juli 1917 unterstützte Payer neben Stresemann die sozialdemokratische Forderung nach sofortiger Wahlrechtsreform in Preußen. In der Fraktionssitzung am 5. Jui 1917 regte Haußmann Gespräche mit nahestehenden Fraktionen an. Der Vorstand wurde mit der Aufnahme interfraktioneller Verhandlungen beauftragt. Die Zusammenkunft von 17 Abgeordneten des Zentrums, der Fortschrittlichen Volkspartei, der Nationalliberalen und der Sozialdemokratie fand am 6. Juli 1917 statt, und man gründete den *Interfraktionellen Ausschuß.* Als Schwerpunkte nannte Payer, den der Ausschuß zu seinem Sprecher bestimmte, einleitend: „Erörterung, wie weit wir innenpolitisch zusammengehen können, und dann auch die Friedensfrage.“[38]

Die Nationalliberalen zogen sich am 12. Juli 1917 vom Ausschuß zurück. Im November löste Konstantin Fehrenbach (Zentrum) Payer als Sprecher des Ausschusses ab; ihm folgte im Mai 1918 Fischbeck. Der Interfraktionelle Ausschuß blieb bis Kriegsende das ständige, koordinierende, politisch-parlamentarische Führungsgremium der von Sozialdemokratie, Fortschrittlicher Volkspartei und Zentrum formierten Reichstagsmehrheit, der sich zeitweilig die Nationalliberalen anschlossen. Er umfaßte 15 bis 20, teilweise wechselnde Mitglieder und führte bis November 1918 mehr als hundert Beratungen durch. Daneben war die Partei im Sonderausschuß beim Reichskanzler (Siebenerausschuß) durch Payer vertreten, dem auch Konservative und Nationalliberale angehörten. Der Reichskanzler führte schließlich häufig Besprechungen mit den Parteiführern, an denen auch Kaempf und Dove vom Reichstagspräsidium teilnahmen. In dieser ständigen und engen Zusammenarbeit mit Kanzler und Regierung nahm Payer seitens seiner Partei wie der Reichstagsmehrheit nunmehr eine Schlüsselstellung ein.

Die Fortschrittliche Volkspartei richtete auch ihre massenpolitische Aktivität auf das mit der Neuorientierung umrissene Ziel. „Das deutsche Volk selbst hatte noch keine Gelegenheit gehabt, in einer authentischen Erklärung seiner Vertreter sich darüber zu äußern, um welche Ziele es diesen ihm aufgedrungenen Krieg führt.“[39] Ein Eroberungskrieg sei unpopulär. Eine geeignete Erklärung wäre daher für Neutrale und Gegner wirkungsvoll. Ebenso erklärte die „Freisinnige Zeitung“ am 18. Juli 1917 „ein klares energisches Abrücken von der annexionistischen Strömung“ für unumgänglich. Diese habe im Hauptausschuß des Reichstages ihren Bankrott eingestehen müssen.

Am 10. Juli 1917 schloß der Interfraktionelle Ausschuß die Beratung über den Wortlaut eines Entschließungsentwurfs ab, der am 13. und 14. Juli 1917 Gegenstand von Beratungen der Vertreter der Mehrheitsparteien mit Hindenburg, Ludendorff, Helfferich und dem neuen Reichskanzler Michaelis war. Dort vertrat vor allem Haußmann gegen die Vorbehalte der Obersten Heeresleitung den Standpunkt der Mehrheit. Am 19. Juli 1917 beschloß die Reichstagsmehrheit nach der Regierungserklärung von Michaelis mit den Stimmen der Fortschrittlichen Volkspartei – außer Heckscher – die „Friedensresolution“, „die sich in verschwommenen Formulierungen, die jede Art von Auslegung zuließen, für einen Verständigungsfrieden erklärte“.[40] Am folgenden Tag kam es zu einer Begegnung Wilhelms II. mit den Parteiführern, die jedoch keine wesentlichen Ergebnisse zeitigte.

Die mit der „Friedensresolution“ verfolgte Politik wurde in der Partei keineswegs einhellig geteilt. Heckscher enthielt sich im Reichstag der Stimme. Müller-Meiningen opponierte in Süddeutschland gegen die Entschließung. Das Mitglied des Zentralausschusses, Pfarrer D. Gottfried Traub, ein Freund Naumanns, unterzeichnete Anfang August mit anderen Mitgliedern und Funktionären der Partei eine

---

38 *Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18,* Erster Teil, bearb. v. Matthias, Erich unter Mitwirkung von Morsey, Rudolf, Düsseldorf 1959, S. 3. (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Erste Reihe, hg. v. W. Conze, E. Matthias, G. Winter, Bd. 1/I).

39 *Freisinnige Zeitung* v. 10.7.1917.

40 *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,* Bd. 2, S. 318.

Erklärung gegen die Reichstagsfraktion und rief zur Sammlung der chauvinistischen Opposition in der Partei auf.[41] In der Deutschen Vaterlandspartei und im Unabhängigen Ausschuß für einen Deutschen Frieden verband sich Traub mit der alldeutschen Reaktion. Im Agitationsausschuß wurde am 15. August zur Sprache gebracht, „daß die Abstimmung der Fortschrittlichen Volkspartei über die Friedensresolution an einigen Stellen Verwirrung und Mißverständnisse hervorgebracht habe".[42] Dazu seien sofort Maßnahmen zur Aufklärung über die Presse, Vertrauensmänner und Versammlungen notwendig.

Wiemer stellte am 4. September 1917 im Geschäftsführenden Ausschuß fest, daß die gegnerische Agitation in der Partei nicht ohne Einfluß geblieben sei. In der Sitzung am 1. Oktober 1917 wurde das vor allem für den Einfluß der Vaterlandspartei unterstrichen und eine eindeutige Abgrenzung gefordert. Eine Reihe von Mitgliedern protestierte gegen die „Friedensresolution" oder schieden sogar aus der Partei aus. Der Zentralausschuß beschloß darauf am 7. Oktober 1917: „Der Zentralausschuß spricht die Erwartung aus, daß die Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei sich von jeder Unterstützung der ‚Deutschen Vaterlandspartei' fernhalten, weil ihr Auftreten die innere Geschlossenheit gefährdet und ihr Ziel insbesondere darauf gerichtet ist, die Durchführung innenpolitischer Reformen während des Krieges zu verhindern."[43] Der Ausschuß mißbilligte die öffentliche Agitation gegen die Fraktion als mit der Parteizugehörigkeit unvereinbar und setzte sich mit Pfarrer Traub auseinander, worauf dieser aus der Partei und ihrer preußischen Landtagsfraktion ausschied.

Der Geschäftsführende Ausschuß gab Flugblätter zur „Friedensresolution" und gegen die Vaterlandspartei (je 50.000) heraus. In Versammlungen der Vereine, auf Landesund Bezirksparteitagen und in den Leitungen der Partei wurden in diesen Monaten die Stellung zur „Friedensresolution" in den Mittelpunkt gerückt und Zustimmungserklärungen beschlossen. Im folgenden Jahr traten bisherige Mitglieder und Funktionäre in einer Flugschrift gegen die Fortschrittliche Volkspartei auf.[44]

Die Fortschrittliche Volkspartei, deren Führer Bethmann Hollweg während des Krieges nahestanden, vermochte die Vorbereitungen zum Sturz des Kanzlers nicht zu verhindern. Die Parteizeitung konstatierte später, daß es für die Ablösung keinen sachlichen Grund gegeben habe, vielmehr hätte der Kanzler mit seiner Politik die Unterstützung der Partei wie der Reichstagsmehrheit gefunden. Darauf wirkte sie mit den anderen Mehrheitsparteien gegen Michaelis und trat für dessen baldige Ablösung ein, da er den Aufgaben an der Spitze des Reiches in der komplizierten Situation des Weltkrieges nicht gewachsen sei.

In der Beratung des Zentralausschusses am 6. und 7. Oktober 1917 gab Gothein im Referat eine nüchterne Einschätzung der militärischen, wirtschaftlichen und politischen Lage, insbesondere der Kriegsverluste, des Eingreifens der USA, des Wachstums kriegsfeindlicher Stimmungen und der Unzufriedenheit, der Ernährungsprobleme, Kohlennot, Stagnation des wirtschaftlichen Lebens - mit Ausnahme der Rüstungsindustrie. In einer Entschließung wurden „die notwendigen innenpolitischen Reformen" in den Mittelpunkt gerückt, darunter die Wahlrechtsänderung in Preußen, die Verfassungsänderung in beiden mecklenburgischen Einzelstaaten, die neue Einteilung der Reichstagswahlkreise und das weitere Zusammenwirken von Regierung und Volksvertretung. „Der Zentralausschuß ersucht die parlamentarische Vertretung der Partei, ihre zielbewußte und erfolgreiche Politik mit Entschlossenheit fortzuführen."[45]

Der Haß breitester Massen gegen den imperialistischen Krieg wie die Wirksamkeit der extrem chauvinistischen Agitation bis in die eigenen Reihen erforderten von der Parteileitung Maßnahmen zur Intensivierung des Parteilebens und der massenpolitischen Tätigkeit. Im November 1916 hatte Kopsch im Zentralausschuß festgestellt, daß ganze Vereine ihre Tätigkeit eingestellt und teilweise

---

41 S. auch *Fischer, Fritz,* a. a. O., S. 208; *Fuchs, Emil,* a. a. O., S. 326.

42 DZA Potsdam, Fortschrittliche Volkspartei, Nr. 39, Bl. 56-59.

43 Ebenda, Nr. 37, Bl. 8.

44 *Der „Fortschritt" und die Deutsche Vaterlandspartei,* Berlin 1918. (Schriften der Deutschen Vaterlandspartei, Nr. 5.)

45 DZA Potsdam, Fortschrittliche Volkspartei, Nr. 37, Bl. 15.

alle Mittel für Kriegshilfe abgegeben hätten. Es gelte nunmehr, alle Vereine wieder in Gang zu bringen. So fanden seit Herbst 1916 verschiedene Bezirksparteitage statt. Der Geschäftsführende Ausschuß versandte Instruktionen zur Wiederaufnahme der Arbeit in den Vereinen, zur Durchführung regionaler Parteitage und forderte eine stärkere Mitarbeit der Reichstagsabgeordneten in den Wahlkreisen.

Die Konferenz der Parteisekretäre am 17. November 1917, an der Pachnicke, Kanzow und Kopsch vom Parteivorstand und zehn Parteisekretäre teilnahmen, vermerkte chauvinistische Einflüsse in der Partei, besonders in Südbayern, Thüringen, Brandenburg und Stralsund. Die Parteiführung orientierte die Sekretäre auf straffe Organisation, die Führung von Mitgliederlisten, Benennung von Vertrauensmännern und forderte Berichte über die Versammlungen zur „Friedensresolution".

Zugleich wurde eine zielstrebige Arbeit gegenüber nahestehenden Massenorganisationen eingeleitet. Bereits Ende 1915 traf Wiemer mit Führern der Gewerkvereine Absprachen über die bisher strikt abgelehnte „Aufstellung einer Arbeiterkandidatur" in einer Nachwahl. Jetzt unterstützte man finanziell den Reichsverein liberaler Arbeiter und Angestellter und forderte dasselbe von den Parteiorganisationen. Auch mit den Beamten- und Angestellten-Organisationen, besonders den technischen und kaufmännischen Angestellten, wurde Fühlung aufgenommen und die Verbindung durch den sozialpolitischen Ausschuß beim Parteivorstand gefestigt. Ähnlich war die Aufgabe des Frauenrechtsausschusses. Am 18. November 1917 führte die Parteileitung in Berlin mit Mitgliedern und Funktionären aus der Landwirtschaft eine Beratung durch. Sie diente der Ausarbeitung der Konzeption der Arbeit in den ländlichen Gebieten. Ebenso wurden mit Vertretern des Mittelstandes und der Handwerker Kontakte aufgenommen. Nach Wiemers Einschätzung im Geschäftsführenden Ausschuß am 24. Oktober 1917 sei das notwendig, um „die Basis der Partei zu erweitern". Dem entsprachen auch neue Maßnahmen zur Finanzierung der Partei, die im wesentlichen auf die Spenden der kapitalistischen Anhängerschaft orientiert waren.

Die Entwicklung des Verhältnisses zu den anderen Parteien stand somit im Zeichen der grundsätzlichen Auseinandersetzungen um die Strategie und Taktik in den Fragen der Kriegsziele, Friedensbedingungen und inneren Reformen. Der Zentralausschuß hatte sich am 5. Dezember 1915 in einer Resolution ausdrücklich zum „Burgfrieden" bekannt, jedoch gefordert, daß er von allen politischen Richtungen gewahrt werde und alle Regierungsstellen im Reich und in den Bundesstaaten „strengste Unparteilichkeit üben".

Im Verhältnis zu den Nationalliberalen und in dem seit der Finanzreform 1909 verfolgten Ziel eines engen nationalliberal-fortschrittlichen Bündnisses traten Rückschläge ein. Obwohl dieser Prozeß durch die Gruppierungen und Kämpfe innerhalb der Nationalliberalen Partei nicht gradlinig verlief, setzte sich doch der extrem chauvinistische und annexionistische Flügel stärker durch und verursachte die Entfremdung. Sie wurde besonders seit 1916 zwischen beiden Parteien sichtbar – mit Ausnahme der weitgehenden Übereinstimmung hinsichtlich innenpolitischer Reformen.

In einer Debatte des Geschäftsführenden Ausschusses am 21. Februar 1915 hatten mehrere Redner die Überzeugung geäußert, daß die Fortschrittliche Volkspartei im Verlauf und Ergebnis des Krieges zum Zentrum einer neuen Linken werde, an die sich die linken Nationalliberalen und die opportunistischen Sozialdemokraten anlehnen würden. Gothein äußerte die Ansicht, daß die Revisionisten in der Sozialdemokratie die Macht bekommen und die Linken zur Sezession drängen würden. Das wäre sehr günstig, denn für diesen Fall rechneten er, Fischbeck und andere mit einem künftigen engen Zusammenwirken. Zunächst aber müsse man abwarten.

Im November 1916 konnte Wiemer im Bericht an den Zentralausschuß bereits die Möglichkeit einer Verständigung „mit der Scheidemannschen Richtung" ankündigen. Die Nationalliberalen dagegen wichen Verhandlungen über gemeinsames Vorgehen aus; starke chauvinistische Tendenzen und Annäherung nach rechts hatten die beiderseitigen Beziehungen gelockert. Bei Reichstagsnachwahlen ließ sich die Parteiführung von ihrer Linie gegenüber den anderen Parteien leiten und verzichtete mehrfach bei Kandidaturen der rechten Sozialdemokraten, der Nationalliberalen und des Zentrums auf Gegenkandidaten. Gegenüber den Konservativen entschied sie von Fall zu Fall nach deren eigener

taktischer Verhaltensweise. Dagegen mußte sich mit der Gesamtentwicklung der Partei und ihrem zunehmenden Engagement mit und für den Staat des deutschen Imperialismus und Militarismus der Gegensatz zu den pazifistischen, demokratischen und sozialistischen Kräften verstärken. Dies äußerte sich innerhalb der Partei in der Isolierung Quiddes und seiner pazifistischen Tätigkeit. Den vereinzelten, faktisch unorganisierten, bürgerlich-demokratischen Gruppen und Persönlichkeiten stand die Partei ebenfalls ablehnend gegenüber, wobei allerdings festzustellen ist, daß diese keine ernste Gegnerschaft bedeuteten.

Jedoch wurde der Gegensatz zu den deutschen Linken zu einem beherrschenden Moment der Politik der Fortschrittlichen Volkspartei. Die Reaktion auf das Nein von Karl Liebknecht im Reichstag am 2. Dezember 1914 verriet diesen Antagonismus. Im Januar 1916 stimmte die Fraktion im Reichstag für den Entzug des Anfragerechtes von Karl Liebknecht, im Mai auf der Grundlage eines Berichtes von Payer an den Reichstag für die Aufhebung seiner Immunität. Clara Zetkin brandmarkte die Preisgabe parlamentarischer Grundrechte durch die Bourgeoisie: „Heute stellt sie gesättigte Regierungsparteien. Diese halten es für ausgeschlossen, daß ihre Abgeordneten jemals wieder in eine so schwierige Lage kommen.“[46]

Im November 1916 rechtfertigte Payer im Zentralausschuß die Einkerkerung Liebknechts: „In dem Falle Liebknecht ist der Geist der Verfassung nicht verletzt worden. Es gibt auch politische Vergehungen, deren Schutz die Immunität der Abgeordneten nicht dienstbar gemacht werden darf.“[47] Am 7. Oktober 1918 unterstützte Payer dann in der Regierung Scheidemanns Vorschlag, Karl Liebknecht freizulassen. Das war von der Furcht vor der revolutionären Bewegung diktiert; ausdrücklich schlossen sie die Möglichkeit erneuter Verhaftung nicht aus. Wiemer wandte sich im November 1916 gegen jede Unterstützung der ‚radikalen‘ Richtung in der Sozialdemokratie. Als die Parteiführung bei der Ersatzwahl für das Liebknecht aberkannte Mandat mit einer Kandidatur Mehrings rechnete, entschied sich der Agitationsausschuß nur in diesem Fall für die Aufstellung eines eigenen Kandidaten, denn bei der Kandidatur eines Mehrheitssozialdemokraten sei dies nicht notwendig.

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution überraschte, verwirrte und erschreckte die Ideologen und Publizisten der Partei. „Sehr schnell haben die Bolschewiki ihren Sieg über Kerenski in Petersburg errungen ... Die neuen Männer lassen den Telegraphen ausgiebig spielen, um ihre Versöhnlichkeit und Geneigtheit kundzugeben, die neue Revolution mit möglichst wenig Menschenopfern durchzuführen.“[48] In den nächsten Tagen wurde bei der Analyse der Ursachen des raschen Erfolgs der „extremsten Partei des russischen Sozialismus“ festgestellt, daß Kerenski durch die Fortsetzung des Krieges und die Ablehnung der Enteignung des Großgrundbesitzes rasch an Einfluß verloren habe. „Der Arbeiter- und Soldatenrat wie auch die Vertretung der Bauernschaft betonten stets nachdrückliehst das Friedensbedürfnis Rußlands, das sich nicht länger für kapitalistische Interessen der Verbündeten opfern dürfe. Die Formel ‚Friede ohne Annexionen und Entschädigung mit freiem Selbstbestimmungsrecht der Nationen‘, ist ein Hauptpunkt des Programms des Arbeiter- und Soldatenrats, während Kerenski sich darum herumzudrücken suchte.“[49] Aufmerksam wurden die Friedensvorschläge Lenins und der sowjetischen Regierung registriert und teilweise die Übereinstimmung mit eigenen Bestrebungen festgestellt. Die Parteiführung war jedoch außerstande, diese Chance zu selbständigen und konsequenten Friedensaktionen zu nutzen. Deshalb versuchte sie, die sowjetischen Vorschläge durch Hinweise auf die unsichere innere Lage Rußlands, die Haltung seiner Verbündeten und die Unkenntnis der Ziele Lenins abzuwerten. Es sei abzuwarten, bis die Friedensvorschläge „aus dem Bereich von Konferenzen und Kongressen unverantwortlicher Friedens- und Menschenfreunde in den amtlichen Bereich“ träten.[50]

---

46 *Zetkin, Clara,* Genosse Liebknecht vom Reichstag preisgegeben, in: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 1, Berlin 1957, S. 723.

47 DZA Potsdam, Fortschrittliche Volkspartei, Nr. 37, Bl. 37 ff.

48 *Freisinnige Zeitung* v. 10.11.1917.

49 Ebenda, v. 11.11.1917.

50 Ebenda, *v.* 13.11.1917.

Die Ideologen der deutschen liberalen Großbourgeoisie waren außerstande, die historische Tragweite der Ereignisse in Rußland zu erfassen. Aus ihrer Verachtung der Volksmassen resultierte der dominierende Unglaube an die Verwirklichung des sozialistischen Programms der Bolschewiki, auch die Unsicherheit in der Bewertung ihrer ersten Aktionen. Die Lösung der inneren Fragen müsse „dem Scharfsinn der maximalistischen Führer überlassen" bleiben. Die Haltung Max Webers, der Führern der Fortschrittlichen Volkspartei nahestand, illustrierte die Unfähigkeit, im historisch-politischen Denken die geschichtlichen und weltanschaulichen Grenzen der eigenen Klasse zu überschreiten. Er glaubte, daß sich die Bolschewiki „höchstens drei Monate" behaupten könnten. „Webers Deutung der russischen Vorgänge führte einigermaßen in die Irre ... Eine so völlige Zerschlagung der alten Staatsmaschinerie, wie sie Lenin bewußt anstrebte, lag außerhalb der politischen Möglichkeiten, die Webers politisch-soziologischer Horizont umfaßte."[51]

Mit der Konsolidierung der Sowjetmacht, der Verschärfung der Klassenkämpfe in Deutschland und in Fortentwicklung des bisherigen Antisozialismus wandelten sich bei den großbürgerlichen Ideologen und Politikern diese widersprüchlichen Anschauungen über den ersten sozialistischen Staat in das System des Antikommunismus. Er nimmt den bisherigen Antidemokratismus und Antisozialismus auf und modifiziert und entwickelt ihn gemäß den neuen Bedingungen und Erfordernissen. Ein Jahr später stand dieser Antikommunismus bereits Pate an der Wiege der Nachfolgerin der Fortschrittlichen Volkspartei.

Parteiführung und Fraktion bekundeten mit ihrer Haltung zu den sowjetischen Vorschlägen, daß ihre Friedensparolen keineswegs eine grundsätzliche Abkehr von imperialistischen Positionen bedeuteten. Im Gegenteil, es verstärkten sich während der Verhandlungen von Brest-Litowsk wieder die annexionistischen Tendenzen, da eine relative Verbesserung der militärischen Situation wieder auf Eroberungen hoffen ließ. Mit der faktischen Unterordnung unter die von der Heeresleitung in Brest-Litowsk verfolgte räuberische und erpresserische Politik wurden frühere Erklärungen preisgegeben. Am 18. März 1918 erläuterte Naumann im Reichstag die aggressiven Motive und Ziele der Fraktion.

„Alle Erklärungen der kaiserlichen Regierung für das ‚Selbstbestimmungsrecht der Völker' und einen ‚Verständigungsfrieden ohne Annexionen' hatten sich als heuchlerische Phrasen erwiesen, die nur der Tarnung imperialistischer Eroberungsgelüste dienten. Bei der Abstimmung im Reichstag, am 22. März 1918, sprachen sich alle bürgerlichen Parteien für den Brester Raubfrieden aus."[52] Fritz Fischer, Hermann Ostfeld und Alfred Milatz[53] heben die nach Brest-Litowsk aufkommende annexionistische Welle hervor, die auch die Fortschrittliche Volkspartei erfaßte. Gothein bezeichnete diesen Friedensschluß im nächsten Jahr als „ungeheuerlichen Fehler". „Das Ganze war eine Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechts der Völker."[54]

Die Mitverantwortung der Fortschrittlichen Volkspartei für die Leitung der Politik des Reiches beschränkte sich nicht mehr auf die enge Kooperation mit der Regierung über die bisherigen direkten Kontakte. Entsprechend nachdrücklichen Forderungen der Mehrheitsparteien, insbesondere der Sozialdemokratie, die in einer Beratung des Interfraktionellen Ausschusses am 1. November 1917 und in einem gemeinsamen Schreiben an den Reichskanzler am 5. November 1917 bekräftigt worden waren, wurde der siebzigjährige Friedrich von Payer am 12. November 1917 Vizekanzler im Kabinett Hertling.

Der aus der Deutschen Volkspartei kommende Politiker hatte sich bereits als Führer der süddeutschen Partei, als Präsident der zweiten württembergischen Kammer von 1895 bis 1912 und als Reichstagsabgeordneter seit 1877 (mit Unterbrechungen) zum „königlich-württembergischen Hofdemokraten" gemausert. Diese Bezeichnung verdankte er dem ihm 1906 verliehenen Württembergischen Kronenorden mit persönlichem Adelstitel. Payer wurde 1919 Fraktionsvorsitzender der Deutschen Demokratischen Partei und nach seinem Ausscheiden aus der aktiven Politik 1920 deren Ehrenvorsitzender.

---

51 *Mommsen, Wolfgang J.,* Max Weber und die deutsche Politik 1890-1920, Tübingen 1959, S. 275.

52 *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,* Bd. 3, S. 36.

53 *Milatz, Alfred,* Der Friede von Brest-Litowsk und die deutschen Parteien, phil. Diss., Hamburg 1949.

54 *Gothein, Georg,* Warum verloren wir den Krieg? S. 77.

Es charakterisiert den Wandel sowohl der inneren Haltung wie der äußeren Stellung der deutschen Liberalen in dem vergangenen Vierteljahrhundert, daß nunmehr Vertreter der früheren äußersten bürgerlichen Linken unter den Linksliberalen höchste Ämter einnahmen.

Fischbeck, seit Payers Vizekanzlerschaft Fraktionsvorsitzender, unternahm im April 1918 mit anderen einen Vorstoß gegen das Festhalten an der „Friedensresolution". Das wurde von der Mehrheit abgewiesen. Auch eine Reihe von Provinzparteitagen und Delegiertenkonferenzen, die Anfang 1918 einberufen wurden, offenbarten den wiederbelebten Glauben an einen Sieg auch im Westen, an territoriale „Verbesserungen" und „Sicherungen". Die Differenzen führten im Juni in der Reichstagsfraktion zu einer Krisis, in deren Ergebnis Fischbeck seinen Vorsitz niederlegte. Solche Auseinandersetzurigen waren für die herrschenden Kreise in Deutschland in dieser Phase charakteristisch.

Lenin stellte Mitte Mai fest, daß nach Brest in Deutschland die Kriegspartei die Oberhand bekommen habe. „Anderseits steht zweifellos fest, daß in Deutschland die Mehrheit der imperialistischen Bourgeoisie gegen eine solche Politik ist und im gegenwärtigen Augenblick einen Annexionsfrieden mit Rußland dem weiteren Krieg vorzieht ..."[55] Ende Juni 1918 bekräftigte er dies für „die bürgerliche imperialistische Mehrheit des deutschen Parlaments".

Der Geschäftsführende Ausschuß beriet am 17. März 1918 mit den Vorsitzenden der Landes-, Provinzial- und Bezirksverbände, Parlamentariern und Parteisekretären in Berlin über die Vorbereitung der nächsten Reichstagswahl. In der Diskussion offenbarte sich „die radikale Welle, die über das Land hinweggeht sowohl in Arbeiter- wie in Bürgerkreisen", so hatte ein Teilnehmer das Problem formuliert. In seinem Referat über das Verhältnis zu den anderen Parteien erklärte sich Wiemer für ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie Scheidemannscher Richtung, während das Verhältnis zu den Nationalliberalen schwierig sei. Entschieden nahm er gegen die unabhängigen Sozialdemokraten, die Konservativen und die Vaterlandspartei Stellung.

Angesichts des Scheiterns der Bestrebungen zu einer demokratischen Reform des preußischen Wahlrechts, das sich im Frühjahr 1918 nach langen Verhandlungen abzeichnete, rechnete die Parteiführung zunächst im Mai, später nochmals im September mit der baldigen Auflösung des Abgeordnetenhauses. Der Geschäftsführende Ausschuß forderte Anfang Mai 1918 die Mitglieder auf, die Partei rechtzeitig dafür zu rüsten, und am 7. Mai 1918 beriet er erneut über die Möglichkeit einer Auflösung des Abgeordnetenhauses und die Konsequenzen für die Arbeit der Partei.

Der Zentralausschuß kam am 8. und 9. Juni 1918 zu seiner letzten Tagung zusammen. In einer Resolution forderte er die preußische Wahlrechtsreform einschließlich des gleichen Wahlrechts und im Ablehnungsfalle „ohne weitere Verzögerung" das Abgeordnetenhaus aufzulösen. In einer weiteren Entschließung billigte der Zentralausschuß die Tätigkeit der Reichstagsfraktion, die Unterstützung der Regierung und sprach Vizekanzler Payer den Dank und das Vertrauen aus.

Die historisch verspätete Aktivität der deutschen Liberalen in der Wahlrechtsfrage sollte der rasch anwachsenden revolutionär-demokratischen Volksbewegung entgegenwirken. Diese Aktivität war besonders seit Sommer 1917 ausgeprägt und wurde durch die Erfahrungen der russischen und europäischen Bourgeoisie seit Februar 1917 mitbestimmt. Die „Freisinnige Zeitung" hatte Ende 1917 mit dem Blick auf die russische Bourgeoisie festgestellt, daß es leichter sei, Altes einzureißen, als Neues aufzubauen. „Die russischen bürgerlichen Parteien, wie Kadetten und andere, die geholfen hatten, die Zarenregierung zu stürzen, räumten bald das Feld, da sie von dem alten moskowitischen Imperialismus nicht lassen wollten ..."[56] Eine weitsichtigere und flexiblere Strategie und Taktik sollte in Deutschland ähnlichen revolutionären Entwicklungen vorbeugen.

In einem Bericht des preußischen Ministers des Innern an Wilhelm II. wurde Anfang Februar 1918 festgestellt, daß „der russische Umsturz eine Abmilderung" des Gegensatzes bürgerlicher Parteien zur Sozialdemokratie gebracht habe. „Angesichts des demokratischen Sieges in Petersburg räumte man in weiten bürgerlichen Kreisen die Unabwendbarkeit einer demokratischen Entwicklung auch in

55 *Lenin, W. I.*, Thesen über die gegenwärtige politische Lage, in: Werke, Bd. 27, Berlin 1960, S. 355.
56 *Freisinnige Zeitung* v. 11.11.1917.

Deutschland ein.“[57] Diese Annäherung habe die Mehrheitsbildung vorbereitet, die in Deutschland nicht ohne das Übereinstimmen in innenpolitischen Fragen möglich gewesen sei.

Gothein schrieb am 31. Juli 1918 an Haußmann, angesichts der militärischen und später schrieb Payer an Haußmann, daß jetzt keine „zwiespältige Politik“ mehr zulässig sei. Die Entwicklung im Herbst 1918 schritt aber über die liberalen Befürchtungen und Bemühungen hinweg. Haußmann und Payer engagierten sich für die Kanzlerschaft des Prinzen Max von Baden, in dessen Kabinett Payer verblieb und Haußmann als Staatssekretär ohne Portefeuille eintrat. Haußmann hatte bereits innenpolitischen Lage wäre „die absoluteste Deutlichkeit am Platze“. Zwei Wochen 1917 den Prinzen Max als Kanzler vorgeschlagen, während sich der Interfraktionelle Ausschuß für die Kanzlerschaft Payers einsetzte, der jedoch ablehnte. Im Kabinett des Prinzen Max von Baden, der das Programm der Reichstagsmehrheit akzeptierte wurde Fischbeck preußischer Handelsminister, ein Amt, das der Interfraktionelle Ausschuß bereits im Herbst 1917 gefordert und dann aus taktischen Erwägungen zurückgestellt hatte.

Der Geschäftsführende Ausschuß führte am 6. Oktober 1918 mit den Vertretern der „fortschrittlichen Presse“ eine Beratung durch. Sie diente der internen Information und Orientierung der Redakteure über die jüngste Veränderung und Entwicklung bei der Regierung und der Of ersten Heeresleitung. 42 Pressevertreter von 32 Blättern nahmen daran teil, daneben 29 Parlamentarier. Bei der Beratung erklärte Fischbeck: „Das wichtigste und notwendigste ist, daß im Innern und an der Front in den nächsten Wochen die Lage aufrechterhalten wird ... Es kommt jetzt darauf an, das Vaterland und die Krone zu retten.“[58]

Die durch den Verlauf des Krieges und das Heranreifen einer revolutionären Situation erzwungenen Reformen sollten die erschütterte Macht der herrschenden Klassen stabilisieren und sichern. Von den freisinnigen Ideologen wurden sie, wie seither in der bürgerlichen Historiographie, als Parlamentarisierung, als Triumph der liberalen Ideale, für die der deutsche Liberalismus seit je eingetreten sei, gepriesen. „Der Herbst des Jahres 1918 ist für das deutsche Verfassungsleben ein Frühling geworden.“[59]

Doch auch in dieser Situation blieben die deutschen Liberalen noch Anhänger der Monarchie. Max Weber war seit Anfang Oktober 1918 wohl für die Abdankung Wilhelms II., jedoch: „Auch jetzt, im Zusammenbruch des alten kaiserlichen Deutschlands, wollte Max Weber ... die Dynastie erhalten sehen.“[60] Und als der Industrielle Robert Bosch am 29. Oktober 1918 an Naumann schrieb, es wäre „doch wohl angebracht, wenn man das große Friedenshindernis, den Kaiser, auf die eine oder andere Weise dazu bringen könnte, zu gehen“[61], vermochte Naumann nur zu entgegnen, daß es dafür „kein staatsrechtliches Mittel“ gäbe. Ebenso erklärte die Partei zu der sozialdemokratischen Forderung nach dem Rücktritt des Kaisers, „daß eine etwaige Änderung des gegenwärtigen Zustandes sich nur gegen die Person und nicht gegen die Institution richten kann.“[62]

Mit dem Ausbruch der Revolution aber änderte sich wenige Tage später die Haltung der Partei gegenüber der Monarchie. Die Liberalen begriffen, daß mit der Revolution mehr als die Frage nach der Staatsform, nämlich die nach der Macht und dem Klassencharakter des Staates, aufgeworfen war. Die Erhaltung der kapitalistischen Ordnung wurde wichtiger als die Fortexistenz der Monarchie. In wenigen Stunden und Tagen wechselten die großbürgerlich-liberalen Ideologen vom strammen Monarchismus zum wackeren Bekenntnis zur Republik oder gar Demokratie. Die Kontinuität im Klassencharakter, in der antinationalen und antidemokratischen Funktion ihrer Ideologie und Politik wurde im Wesen davon nicht berührt, höchstens die äußeren Erscheinungsformen und Wirkungsweisen. Das gilt nicht nur für 1918, sondern auch für ähnliche Metamorphosen im Jahre 1933 und 1945.

---

57 *Stern, Leo,* Die Auswirkungen der Oktoberrevolution. Bd. 4/3. Nr. 396, S. 1055.
58 DZA Potsdam, Fortschrittliche Volkspartei, Nr. 35/ 3, Bl. 18.
59 *Freisinnige Zeitung* v. 5.10.1918.
60 *Mommsen, Wolfgang J.,* a. a. O., S. 287.
61 DZA Potsdam, Nachlaß Naumann, Nr. 11, Bl. 32.
62 *Freisinnige Zeitung* v. 3.11.1918.

„Die herrschenden Klassen konnten der Revolution keinen gewaltsamen Widerstand mehr entgegensetzen.“[63] Das galt auch für die nunmehr funktionsunfähige und zerfallende Fortschrittliche Volkspartei. Ihre Führung malte das Gespenst des Bolschewismus an die Wand und klammerte sich an die sozialchauvinistischen Führer der Sozialdemokratie. Im „engeren Kriegsrat“ beschwor Payer am 7. November 1918 diese Führer ob ihrer Verantwortung, und er rechtfertigte die Versammlungsverbote. „Mit gutem Willen und guten Worten kann man die bolschewistische Revolution nicht verhindern.“[64] In der gleichen Beratung sprach sich Haußmann für eine sozialdemokratische Kanzlerschaft aus. Am nächsten Tag forderte Fischbeck im preußischen Staatsministerium Änderungen des preußischen Regierungssystems, da sonst die Sozialdemokraten „die Massen nicht halten“ könnten.

Die antibolschewistischen Alarmrufe und die Hetze gegen Spartakus bezeichneten nicht nur die Furcht vor einer sozialistischen Revolution, sondern vor allem auch die Gegnerschaft zu jeder revolutionär-demokratischen Umwälzung, vor jedem Schritt zur wirklichen Volkssouveränität. In den Tagen der Revolution warf die Führung der Fortschrittlichen Volkspartei zur vorläufigen Ausstattung ihrer konterrevolutionären Agitation Eugen Richters verstaubte antisozialistische Schmähschriften auf den Markt. Immerhin verriet ihr der Klasseninstinkt den *roten* Faden, der von Bebel zu Liebknecht, Luxemburg und Lenin führte.

Anfang November lehnte Payer die weitere Arbeit im Zentralausschuß ab. Der Geschäftsführende Ausschuß beriet und beschloß dann am 5. November 1918 eine Umbildung der Parteiführung. Er plädierte für die Aufnahme eines „Vertreters der freiheitlich-nationalen Arbeiter“ in die Regierung. Am 16. November sollte der Zentralausschuß erneut zusammentreten. Mit dem Ausbruch der Revolution waren alle Beschlüsse nur noch ein Fetzen Papier. Sie bedeutete zugleich das Ende der Fortschrittlichen Volkspartei.

Bereits am 15. November 1918 kam es zwischen Vertretern der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen Partei zu Verhandlungen über eine parteipolitische Neugründung. Am nächsten Tag wurde ein Aufruf zur Bildung einer demokratischen Partei veröffentlicht. Zu den Unterzeichnern gehörten Dernburg, Dove, Einstein, Fischbeck, Gerlach, Gothein und Schacht. Die Führung der Fortschrittlichen Volkspartei einigte sich mit den Unterzeichnern dieses Aufrufes und einem Teil der Nationalliberalen auf die im Aufruf fixierten Grundsätze als Ausgangspunkt der neuen Partei.

Am 21. November 1918 beschloß der Geschäftsführende Ausschuß die Aufforderung an alle Organisationen und Mitglieder, der mit Zustimmung der Fortschrittlichen Volkspartei gegründeten *Deutschen Demokratischen Partei* beizutreten. Vertreter des rechten Flügels, Wiemer und Kopsch, traten an der Seite bisheriger Nationalliberaler in den Vorläufigen Ausschuß der *Deutschen Volkspartei* ein, der am 23. November 1918 einen Gründungsaufruf veröffentlichte. Auch hier hatte Bosch eine andere Auffassung: „Mir hätte es am besten gefallen, wenn die Bürgerlichen in ihrem Mauseloch geblieben wären, bis die Lage sich gefestigt gehabt hätte.“[65] Die Sozialdemokratie wäre dann nicht durch ein Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien vor den Massen belastet gewesen.

Am 20. November 1918 kamen etwa 250 Vertreter von 22 Groß-Berliner Vereinen der Demokratischen Vereinigung zusammen. Nach einem Referat Gerlachs und einer lebhaften Diskussion wurde gegen drei Stimmen in einer Entschließung erklärt, daß es die Pflicht der Mitglieder und Gesinnungsgenossen sei, sich der neuen Deutschen Demokratischen Partei anzuschließen und die Organisationen einzugliedern, „um in dieser für die Durchsetzung ihres radikalen, sozialen und demokratischen Programms zu sorgen“.[66] Am 29. Dezember 1918 erschien die letzte Ausgabe der „Freisinnigen Zeitung“. Ein historisches Kapitelliberaler Parteiengeschichte war beendet.

---

63 *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,* Bd. 3, S. 104.
64 *Stern, Leo,* Die Auswirkungen der Oktoberrevolution, Bd. 4/ 4. Nr. 792, S. 1761.
65 DZA Potsdam, Nachlaß Naumann, Nr. 11, Bl. 29.
66 *Berliner Tageblatt* v. 21.11.1918.

IX. Kapitel
Bilanz und Exkurs: Liberalismus und Imperialismus

Die behandelten parteiengeschichtlichen und politisch-ideologischen Prozesse und die andauernde Aktualität der Frage nach dem Wesen und historischen Schicksal des Liberalismus. legen eine verallgemeinernde Zusammenfassung und Wertung der Ergebnisse dieser Arbeit nahe. Als Teil eines umfassenderen Gegenstandes – zeitlich wie sachlich –, nämlich der Gesamtgeschichte der Entwicklung und Rolle der liberalen Bourgeoisie in Deutschland, ihrer sozialökonomischen Basis, ihrer Bewegungen, Organisationen, Politik und Theorie, ist der Versuch der Einordnung des Fragments in das Ganze anzustreben: Die aus der Untersuchung einer konkreten Seite und Etappe der Entwicklung des deutschen Liberalismus abzuleitenden Urteile und Schlüsse stellen notwendig eine der Quellen für das zu erarbeitende Gesamtbild dar. Gleichzeitig fordern sie zur Konfrontation mit historisch und politisch-moralisch anfechtbaren neoliberalen Deutungen und Ansprüchen heraus.

1. Begriff und historisches Wesen des Liberalismus

Sowohl aus dem untersuchten historischen Material, aus der Geschichts- und entsprechender ökonomischer, philosophischer und soziologischer Literatur wie aus der zeitgenössischen politischen Publizistik ergeben sich viele Interpretationen des Liberalismus, seines Wesens, seiner historischen Stellung und Funktion. Das wird bereits äußerlich in dem begrifflichen Wirrwarr sichtbar, in dem sich sowohl unterschiedliche Konzeptionen als auch verschiedene widerspruchsvolle Seiten und Phasen des Liberalismus reflektieren; beispielsweise in Bezeichnungen wie klassischer, Paläo-, Neo- oder Pseudo-Liberalismus, Sozialliberalismus oder Liberaldemokratismus; in der Verwendung des Begriffs Liberalismus als amorphem Sammelnamen für bestimmte taktische, politische, soziale und menschliche Verhaltensweisen und schließlich, vor allem in liberalen und neoliberalen Konzeptionen, als Synonym für die jeweiligen sozialen und menschlichen Leitbilder. Dieses Bild wird ergänzt durch extreme Anschauungen. Nach einigen Ansichten ist eine genauere Bestimmung des Begriffs Liberalismus unmöglich, da es sich um eine elementare, dem sozialen und historischen Prozeß unter allen Umständen immanente Erscheinung handle. Nach anderen wird die Berechtigung dieses Begriffs Liberalismus angesichts seiner inneren Widersprüche überhaupt bestritten, da er keine unter einer Bestimmung zusammenfaßbare reale Entsprechung habe bzw. das, was ihm real entspricht, unter anderen Begriffen und Kategorien exakter und zutreffender erfaßt werde.

In unseren Ausführungen wird die Frage vor allem nach dem Wesen und historischen Schicksal des Liberalismus als einer historischen und politischen Bewegung gestellt. Das ist nicht unmittelbar identisch mit der Vielzahl jener Fragen, die sich aus den Auseinandersetzungen um das liberale Erbe, um die Wahrung oder Fälschung liberaler Traditionen und aus deren Wirkungen in unserer Zeit, aus dem Problem der sozialökonomischen Basis liberaler Ideologie und Politik im Imperialismus ergeben. Natürlich besteht ein Zusammenhang mit diesen Problemen und deshalb soll versucht werden, die Grundlinien und die Bedingungen des Kampfes zwischen Fortschritt und Reaktion um das Erbe und Vermächtnis des Liberalismus in unserer Zeit zu skizzieren. Im Rahmen dieser Studie kann das nur ein weiterer Beitrag zu einem sehr komplexen und vielschichtigen Problem sein – der Frage nämlich, was uns der Liberalismus in der Geschichte und in der Gegenwart bedeutet.

Nach den geschichtsphilosophischen Grundlinien lassen sich zwei Hauptrichtungen unterscheiden, die allerdings auch in sich heterogen und widerspruchsvoll sind:

a) Die *idealistische Liberalismus-Auffassung,* die vor allem von Führern und Ideologen des Liberalismus und Neoliberalismus entwickelt wurde. Der Liberalismus wird danach wesentlich ideengeschichtlich interpretiert, seine historische Rolle aus dem geschichtlichen und klassenmäßigen Zusammenhang gelöst, verabsolutiert und vorrangig auf liberale Leitsätze und Leitbilder zurückgeführt. Das sind hauptsächlich die abstrakt interpretierten aber bürgerlich praktizierten Anschauungen über das Eigentum, das Individuum, das Recht und die Freiheit. Im folgenden soll die heute herrschende Variante der idealistischen Liberalismus-Konzeption, die des Neoliberalismus, berücksichtigt werden.

b) Die *materialistische Auffassung des Liberalismus* als einer historischen und sozialen Bewegung der Bourgeoisie, die einer bestimmten historischen Phase in der Entwicklung des Kapitalismus zuzu-

ordnen ist. In ihr hat der Kampf der Bourgeoisie für ihre Emanzipation von Feudalismus, Absolutismus und überlieferter weltlicher und klerikaler Privilegienordnung in der Epoche des vormonopolistischen Kapitalismus seinen repräsentativen Ausdruck gefunden. Diese Auffassung wurde wissenschaftlich am konsequentesten von marxistisch-leninistischer Seite durch die Werke der Klassiker sowie von führenden Funktionären und Theoretikern der sozialistischen Arbeiterbewegung im untrennbaren Zusammenhang mit den Erfahrungen und Ergebnissen der Klassenkämpfe, insbesondere der Rolle der liberalen Bourgeoisie, ihrer Organisationen und Repräsentanten, entwickelt. In der vorliegenden Studie konnte dies vor allem an der wissenschaftlichen Gültigkeit der zeitgeschichtlichen Aufsätze Franz Mehrings über seine liberalen Zeitgenossen nachgewiesen werden. In diese Liberalismus-Konzeption fließen auch progressive wissenschaftliche Untersuchungen und Urteile bürgerlicher Ideologen ein.

An dieser Stelle ist eine eindeutige Abgrenzung von der Auffassung des *Liberalismus als Taktik oder Verhaltensweise* notwendig. Dabei handelt es sich um einen aus vereinzelten und sekundären Merkmalen des Liberalismus wie Toleranz, Antidoktrinarismus, Individualismus und Streben nach Rechtsgleichheit (die ihm ohnehin keineswegs stets oder immer vollständig eigen waren) abgeleiteten Begriff, der für die politische, soziale oder persönliche Sphäre verwandt wird. Er ist nicht mehr Ausdruck einer bestimmten geschichtlichen Bewegung. In der Hauptsache kennzeichnet er politisch-taktische Differenzierungen innerhalb der Bourgeoisie.

Lenin bemerkte, es sei kurzsichtig, eine solche Taktik „dadurch zu *erklären,* daß diese oder jene politische Anschauung in der betreffenden Zeit vorherrscht".[1] Er deckte die innere Notwendigkeit der „zwei Systeme des Regierens", der „zwei Methoden des Kampfes" der Bourgeoisie für ihre Interessen auf, von denen eine „die Methode des ‚Liberalismus', der Schritte in der Richtung auf die Entfaltung politischer Rechte, in der Richtung auf Reformen, Zugeständnisse usw." darstellt.[2] Die vorliegende Arbeit bestätigt die von Lenin getroffene Feststellung, daß diese taktischen Unterschiede in der Politik der herrschenden Klassen eine der Ursachen für die Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung waren.

Dieser Begriff der liberalen Taktik ist somit völlig relativ und wird bis zur Gegenwart selbst zur Charakteristik von Gruppierungen innerhalb der Monopolbourgeoisie verwandt.[3] Damit wird die relative Bedeutung auch solcher taktischer Unterscheidungen nicht bestritten. Ihr jeweiliger tatsächlicher klassenmäßiger Inhalt und ihre politische Funktion lassen sich jedoch nur aus der konkret-historischen Analyse bestimmen. Die ungenügende Abgrenzung vom eigentlichen Liberalismus-Begriff verleitet zu dessen Verabsolutierung, zur Vernachlässigung seines Zusammenhangs mit dem vormonopolistischen Kapitalismus.

Nach der Untersuchung einer bedeutungsvollen Phase in der Entwicklung der Parteien sowie der politischen und parlamentarischen Rolle des deutschen liberalen Bürgertums und angesichts der damaligen epochalen Wandlungen, der Chancen und Ergebnisse, erscheint eine Konfrontation vor allem mit der westdeutschen neoliberalen Liberalismus-Konzeption, mit der Autobiographie des Neoliberalismus, zweckmäßig. Das bezieht sich primär auf die Frage, wie der historische Sachverhalt bewältigt und gewertet wird. Die Neoliberalen treten mit dem Anspruch auf, „die Auffassungen des Liberalismus den heutigen Verhältnissen entsprechend weiter entwickelt und für ewig und alle Zeiten lebensfähig gemacht zu haben".[4] Eine der grundlegenden neoliberalen Thesen über das Wesen und den geschichtlichen Raum des Liberalismus besagt, daß der Liberalismus als geistiges und politisches Phänomen über den Klassen und den konkreten geschichtlichen Prozessen stünde. Diese Sonderstellung prädestiniere ihn als Anschauungsweise der Gegenwart und Zukunft. Das in einem Sonderheft der Zeitschrift „liberal" im November 1964 veröffentlichte , Credo von vier namhaften politisch-

---

1 *Lenin, W. I.,* Die „Verfolger des Semstwos und die Hannibale des Liberalismus", in: Werke, Bd. 5, Berlin 1955, S. 48.

2 *Derselbe,* Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung, in: Werke, Bd. 16, Berlin 1962, S. 356.

3 Vgl. z. B. *Krausz, Georg,* Goldwaters „liberale" Propagandisten, in: Neues Deutschland v. 30.10.1964.

4 *Naumann, Robert,* Theorie und Praxis des Neoliberalismus. Das Märchen von der freien oder sozialen Marktwirtschaft, Berlin 1957, S. 7.

parlamentarischen und publizistischen Vertretern neoliberalen Denkens – Thomas Dehler, Walter Erbe, Georg Letz, Karl-Hermann Flach – kann als repräsentativ für die dominierende Liberalismus-Version dieser Kreise in der Gegenwart betrachtet werden. Sie charakterisieren den Liberalismus, den sie als Synonym für das Liberale, die Liberalität, die liberale Idee, die Freiheit nehmen oder damit austauschen, als „die Urkraft der Menschenentwicklung" und als „eine *existentielle Kategorie"* (Dehler), als „eine *Kategorie* und darum unerschöpflich" (Erbe), sowie als „die politische Ausdrucksform des Willens zur Freiheit" (Letz). Nach Flach gelten die „grundsätzlichen Postulate des Liberalismus ... so lange Menschen miteinander leben müssen".[5]

Die Autoren verbinden ihre programmatischen Thesen mit der Polemik gegen die historische und klassenmäßige Bestimmung und Einordnung des Liberalismus, die sie nur relativ für bestimmte frühere Phasen gelten lassen und grundsätzlich einem der Menschheitsentwicklung innewohnenden Freiheitsprinzip unterordnen wollen. Erbe wiederholt seine Grundthese, die diese Anschauung prägnant zum Ausdruck bringt: „Der Liberalismus hat deshalb eine unvergängliche Sendung, in ständigen Wiedergeburten und Erneuerungen, gegen alle neuen Formen des offenen und verdeckten Antiliberalismus vom Staate und von der Gesellschaft her. Es ist deshalb ganz gewiß falsch, den Liberalismus als ein an die *Epoche der bürgerlichen Zivilisation gebundenes* politisches System auszugeben. Freiheit und folgeweise Liberalismus sind keine Tatsachen, die sich in Geschichte auflösen lassen, so daß sie Geburt, Leben und Tod hätten."[6]

Von der gleichen Grundanschauung wird auch in zwei jüngeren repräsentativen Monographien zur Geschichte des Liberalismus ausgegangen. Michael Freund skizziert in der Einleitung zu einer Textsammlung die vermeintliche Fortdauer und selbst Blüte des Liberalismus: „Oft war plötzlich alles liberal, und dem Liberalismus rutschte der Gegner weg."[7] Die Autoren einer „Geschichte des deutschen Liberalismus" verheißen als Ergebnis ihrer parteien- und ideengeschichtlichen Untersuchung ebenfalls eine „Renaissance des Liberalismus": „Daher wird es immer auch Liberalismus als politische Kraft geben müssen, denn das Anliegen des Liberalismus erschöpft sich nicht in einer einmaligen historischen Situation, sondern ist ein existentielles Anliegen des Menschentums."[8]

Erbe wandte sich gegen jeden Versuch, den Liberalismus „zu stilisieren" und offenbart damit ein wichtiges methodologisches Moment neoliberaler Liberalismus-Konzeption. Es besteht in der äußerst diffusen Charakteristik dieses Liberalismus, die sich bereits in der terminologischen Unverbindlichkeit äußert. Der begrifflichen Trübung entspricht die weitgehende Auflösung in ebenfalls nicht klassenmäßig definierte Prozesse und Prinzipien, in denen sich die Notwendigkeit seiner Existenz ständig erneuere. Diese Unbestimmtheit ist für das Funktionieren pseudoliberaler Apologie unerläßlich, da jede präzise Kennzeichnung sichtbarer mit dem historischen Sachverhalt kollidieren müßte und weniger manipulierbar wäre.

Thomas Dehler hat, in Besorgnis um die innenpolitische Entwicklung der Bundesrepublik, auch in der Debatte zur Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kiesinger am 15. Dezember 1966 im Bundestag seine grundsätzlichen Auffassungen vom Liberalismus der Vergangenheit und Gegenwart entwickelt. Dabei bezeichnete er diese Koalitionsregierung als einen „Teil einer Entwicklung – man kann vielleicht sagen: Krisis – der Liberalität, ich meine des Kampfes gegen die Liberalität und gegen eine Partei, die sie trägt". Er verwies auf die antiliberale Entwicklung der Weimarer Republik und auf analoge Prozesse in der Entwicklung der Bundesrepublik. Seinen Darlegungen schloß sich Hans-Dietrich Genscher (FDP) am folgenden Tag an: „Die Beiträge des Liberalismus für diesen Staat seit

---

5 *Verantwortung für die Freiheit.* Beiträge zum modernen Liberalismus, Bonn, November 1964, S. 5-48. (liberal, Sonderheft 5). – Die Aufgabe dieser Zeitschrift wird von den Herausgebern so charakterisiert: „liberal ist ein Diskussionsforum, dessen Mitarbeiter sich die Aufgabe gestellt haben, das verpflichtende Erbe des deutschen Liberalismus zu pflegen und die überlieferten Ideen freiheitlichen Denkens neu zu beleben. Die Autoren eint das gemeinsame Bemühen um den Wiederaufstieg des politischen Liberalismus in Deutschland ..." (liberal, 3/1960).

6 Ebenda, S. 21.

7 *Freund, Michael,* Der Liberalismus. In ausgewählten Texten dargestellt und eingeleitet, Stuttgart 1965, S. XIII.

8 *Geschichte des deutschen Liberalismus,* Köln-Opladen 1966, S. 183. (Schriftenreihe der Friedrich-Naumann-Stiftung.)

1945 haben bestanden in der Verwirklichung einer freiheitlichen Wirtschaft, nämlich der Marktwirtschaft, ... und in dem Versuch ..., die Außenpolitik von den Scheuklappen der Ideologie zu befreien."

Dieses Auftreten zeigt, daß die neoliberale Geschichts- und Gesellschaftskonzeption trotz ihres grundsätzlichen Konservatismus und Antisozialismus auch in widersprüchlicher Weise mit ernsten liberalen Impulsen und Anliegen und dem Engagement für Realismus, Humanismus und Demokratie in der Politik verflochten sein kann. Daß damit Stellungnahmen auch der anderen Parteien herausgefordert wurden, bewies nur erneut, wie sehr die Liberalismus-Problematik apologetische Bedürfnisse der Führungen aller Bundestagsparteien berührt.

Die zeitgenössischen deutschen Neoliberalen, sowohl die Ökonomen wie auch die meistens der FDP, verschiedentlich der Sozialdemokratie nahestehenden Politiker, Publizisten und andere Intellektuelle, verraten mit ihren Anschauungen kein besonderes Schöpfertum im geschichtsphilosophischen Denken. Einmal konnten die konservativ-pseudoliberalen Epigonen seit der Zersetzung und dem Ende des Liberalismus an dessen eigenen idealistischen Doktrinen, insbesondere dem Deismus, Fideismus und dem Kantianismus der liberalen Bourgeoisie, anknüpfen. Zum anderen begann bereits während der akuten Krise des Liberalismus, spätestens mit dem I. Weltkrieg, die Ausarbeitung der Konzeption einer konservativen Renaissance des Liberalismus auf der Grundlage und im Rahmen des Imperialismus, wie sie mit der Herausbildung des Neoliberalismus Wirklichkeit wurde.

Noch vor der oben dargestellten Liquidation der letzten direkten parteipolitischen Ausläufer des deutschen Liberalismus proklamierte Leopold von Wiese 1917 programmatisch die Rettung des Liberalismus durch die kritische Distanzierung von seiner wirklichen historischen Gestalt und Erscheinungsform. Er entwarf ein idealistisches Bild des Liberalismus und konstatierte, daß es der „Parteipraxis" nicht entspreche. „Aus der politischen Praxis der letzten Jahrzehnte können wir überhaupt nicht mehr deutlich das Wesen des Liberalismus erkennen, so zahlreich sind die Kompromisse mit ganz anders gerichteten Bestrebungen, die Umwege und Abbiegungen."[9] Wie Oswald Spengler konstatierte er Diskrepanzen zwischen den früheren liberalen Zielen und Leitbildern einerseits und der Wirklichkeit des monopolistischen Kapitalismus bei seinem Eintritt in die allgemeine Krise andererseits. Im Gegensatz zu ihm proklamierte Wiese jedoch nicht den Untergang, sondern die Anpassung. Er empfahl die Prüfung des Liberalismus, dieses „politisch-ethischen Systems", als Grundlage zur Gestaltung der Nachkriegszeit. Das Vorgehen Wieses war bereits in den Anschauungen von Stirner vorweggenommen und von Marx und Engels kritisch analysiert worden. Sie wiesen als den geschichtstheoretischen Ursprung die illusionäre Loslösung des Liberalismus von den ihn verursachenden und tragenden realen Klasseninteressen nach. Stirner faßte das Verhältnis von Bourgeoisie und Liberalismus umgekehrt, idealistisch auf: „So kann er nun den Bourgeois, indem er ihn als Liberalen von sich als empirischen Bourgeois trennt, in den heiligen Liberalen ... verwandeln ..., womit er eigentlich seine Kritik über den politischen Liberalismus schon beschlossen hat. Er hat ihn in ‚das Heilige' verwandelt."[10]

Der nachgewiesene Bankrott des deutschen Liberalismus wurde zum Nährboden dieser subjektivistischen Interpretation, die den vermeintlichen liberalen Neubeginn theoretisch begründen sollte. Zwei Jahre später deutete es Franz Silberstein so: „Und doch! Echter Liberalismus lebt I Aber er lebt in nicht geklärten Gefühlen und Stimmungen, steckt von dort aus dunkel unsere Ziele, beschwingt unsere Taten, erbebt unter unseren Schicksalen." Er sehe seine Aufgabe darin, „das liberale Erlebnis meiner Zeit herauszufühlen ..."[11] Ruggiero setzte die Polemik gegen die Identifizierung von Liberalismus und Bourgeoisie fort, die durch die zeitweilig fehlerhafte, weil wirtschaftlich und sozial degradierte Politik der Liberalen entstanden sei. Der Liberalismus zeige sich vor allem „als Anerkennung einer Tatsache: der Tatsache der Freiheit".[12]

Inzwischen war der Wiener Nationalökonom Ludwig [von] Mises in den zwanziger Jahren mit zwei grundlegenden Werken hervorgetreten, die den Übergang zur Ausbildung des Neoliberalismus und

---

9 *Wiese, Leopold v.,* Der Liberalismus in Vergangenheit und Zukunft, Berlin 1917, S. 69.

10 *Marx/Engels,* Die Deutsche Ideologie, in: Werke, Bd. 3, Berlin 1958, S. 181.

11 *Silberstein, Franz,* Grundzüge des Liberalismus, Berlin-Charlottenburg 1919, S. 3.

12 *Ruggiero, G. de,* a. a. O., S. 343.

seines Hauptbestandteils, der ökonomischen Anschauungen, bezeichneten.[13] Wilhelm Röpke warnte 1931 vor dem „Weg des Unheils“ und entwickelte angesichts der ökonomischen und sozialen Erschütterungen des kapitalistischen Weltsystems und der Existenz des ersten sozialistischen Staates neoliberale Vorstellungen zur Stabilisierung und Rettung der kapitalistischen Ausbeuterordnung.[14] Bis weit in die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg wurde der *Neoliberalismus* vor allem in seinen ökonomischen Aussagen ausgearbeitet und seither wesentlich mit diesen identifiziert.[15] Röpke hat 1957 rückblickend auf „die damals verzweifelt scheinende Aufgabe“ den neoliberalen Ausgangspunkt als das Bestreben gekennzeichnet, „aus der These des alten Liberalismus und der Antithese des Kollektivismus eine Synthese zu gewinnen ...“[16] Die Bemühungen der neoliberalen Ökonomen, ihre wirtschaftswissenschaftlichen Theorien als Kern einer umfassenderen Gesellschafts- und Geschichtstheorie auszuarbeiten, begegneten sich besonders nach dem zweiten Weltkrieg mit adäquaten Bestrebungen bürgerlicher Historiker, Politiker und Publizisten.

Vielleicht war es der Umstand, daß die geschichtliche Überwindung des Liberalismus n der innenpolitischen Entwicklung Deutschlands von 1919 bis 1945 so offenkundig wurde, daß die einen weiteren Neubeginn verheißende Studie über den deutschen Liberalismus von einem Amerikaner, F. C. Sell, geschrieben werden mußte. Wie zwei Jahrzehnte früher durch Ruggiero der Weimarer wurde nun der Bonner Republik die hoffnungsvolle Erwartung zuteil, sie solle Heimstatt des wahrhaften Liberalismus werden. Sell identifiziert die historischen Ursprünge wie die Entwicklungsphasen des Liberalismus mit entsprechenden philosophischen, ökonomischen und politischen Ideen und ihren prominentesten Vertretern; an ihnen ist seine Periodisierung und Wertung orientiert. Angesichts der unbestreitbaren Vergangenheit, der „Tragödie des deutschen Liberalismus“ – womit Sell bezeichnet, was Kurt Eisner vierzig Jahre früher treffender „Tragikomödie“ nannte – münden seine subjektivistische Liberalismus-Interpretation und vor allem seine optimistische Prognose in eine flache Bestimmung des Wesens des Liberalismus in Gegenwart und Zukunft: „Der Liberalismus ist keine Massenorganisation. Liberalismus ist vielmehr eine in der Politik beobachtete menschliche Haltung, nichts Abstraktes, sondern etwas, was praktisch betätigt wird.“[17] Die sozialen und politischen Verhältnisse der USA betrachtet Sell als Modell dieser verwirklichten „Tendenz des Lebens und Lebenlassens.“ Diese Geschichtsauffassung fand auch in Arbeiten von Th. Heuss, Th. Schieder, W. Bußmann, u. a. ihren Niederschlag. Schieder deutet den parteipolitischen Niedergang des Liberalismus im 19. Jahrhundert gleichzeitig als „Sieg der Besiegten über die Sieger“, als einen „Prozeß der Liberalisierung“.[18] Das gleiche Phänomen veranlaßte Bußmann zur folgenden Charakteristik des Gegenstands: „Die Geschichte des Liberalismus enthält deshalb nicht nur die viel zuwenig erforschte Entwicklung der liberalen Parteien, sondern vielmehr die Entfaltung und Ausbreitung des liberalen Gedankens.“[19]

Die idealistische Grundanschauung vom Wesen des Liberalismus durchdringt notwendigerweise andere Grundprobleme. So wertet Röpke das kapitalistische Privateigentum als Illustration „einer bestimmten Lebensauffassung und einer bestimmten gesellschaftlich-moralischen Welt“. Der Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus wird zum „Konflikt zweier unversöhnlicher Moralsysteme“.[20]

---

13 *Mises, Ludwig [von],* Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus, Jena 1922; derselbe, Liberalismus, Jena 1927.

14 *Röpke, Wilhelm,* Der Weg des Unheils, Berlin 1931.

15 Vgl. dazu *Naumann, Robert,* a. a. O., S. 11 ff., 56 ff.; *Bürgerliche Ökonomie im modernen Kapitalismus.* Ideologische und praktische Bedeutung der westdeutschen Wirtschaftstheorie, hg. v. Herbert Meißner, Berlin 1967, S. 48-76: Der westdeutsche Neoliberalismus.

16 *Röpke, Wilhelm,* Marktwirtschaft ist nicht genug, in: Hat der Westen eine Idee? Vorträge auf der 7. Tagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft am 8.5.1957 in Bad Godesberg, Ludwigsburg (1957) (im folgenden: Marktwirtschaft), S. 11. (Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Tagungsprotokoll Nr. 7).

17 *Sell, F. C.*, a. a. O., S. 446.

18 *Schieder, Theodor,* a. a. O., S. 60.

19 *Bußmann, Walter,* Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert, in: Historische Zeitschrift, Bd. 186, München 1958, S. 557.

20 *Roepke, Wilhelm,* Marktwirtschaft, S. 14 ff.

Die durch apologetische Bedürfnisse und Motive der Monopolbourgeoisie erfolgte Abhebung des Liberalismus-Begriffs von seiner realen historisch-klassenmäßigen Basis, seine ideengeschichtliche Verselbständigung und Verwandlung in eine dem Geschichtsprozeß immanente „existentielle Kategorie“ bedeuteten selbst den Bruch mit Auffassungen namhafter bürgerlicher Soziologen und Historiker, darunter K. Lamprecht, O. Spengler, E. Kehr, F. Schnabel und G. W. F. Hallgarten, die, wenn auch historisch wie klassenmäßig inkonsequent, den geschichtlichen, bürgerlichen Charakter des Liberalismus bejahten und verschiedentlich sehr zutreffend charakterisierten. „Der Liberalismus war die Weltanschauung des Bürgertums“, stellte Schnabel fest. „Die liberale Bewegung war also zeitgeschichtlich und sozial bedingt.“[21]

In den Werken der Klassiker des Marxismus-Leninismus finden sich eine Fülle von Urteilen und Bemerkungen zum Klassencharakter und zur historischen Rolle des Liberalismus, die sich aus der Analyse des Kapitalismus und der Bourgeoisie ergaben. Sie wurden wie spätere Beiträge marxistischer Führer und Theoretiker auf Grund der Erfordernisse und Erfahrungen des Klassenkampfes und im Feuer der Auseinandersetzungen mit den Liberalen überprüft, präzisiert und verallgemeinert. Die Bestimmung des Wesens und historischen Schicksals des Liberalismus begegnet sowohl durch seine innere Widersprüchlichkeit und Heterogenität als auch durch die erheblichen Wandlungen, die zeitlich und räumlich bedingt waren, beachtlichen Schwierigkeiten.[22]

Im Ergebnis einer wissenschaftlichen Konferenz im November 1964 in Jena zur Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland[23] und im Zusammenhang mit kritischen Bemerkungen zu einigen Thesen und Schlußfolgerungen in der Monographie von Herbert Bertsch[24] kam es zu weiteren Diskussionsbeiträgen[25] und einer Arbeitstagung über Fragen des Liberalismus, die von der Arbeitsgemeinschaft der Sektion Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften „Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland“ am 19. September 1966 in Jena veranstaltet wurde.[26] Die kritischen und konstruktiven Diskussionen führten dazu, daß die Auffassungen zu wichtigen Problemen der historischen Einschätzung des Liberalismus vertieft und präzisiert wurden. Ihr Verlauf und ihre vorläufigen Ergebnisse lassen weitere umfassendere Beiträge zur Analyse und Einschätzung des Liberalismus im allgemeinen und speziell im Rahmen der Geschichte der bürgerlichen Parteien als notwendig und zweckmäßig erscheinen.

Der Liberalismus ist als soziale und historische Bewegung der Bourgeoisie Produkt, Ausdruck und Agenz einer bestimmten historischen Epoche, im wesentlichen des vormonopolistischen Kapitalismus, die von der bürgerlichen Aufklärung, der antifeudalen und antiabsolutistischen bürgerlichen Bewegung und Revolution des 18. Jahrhunderts bis zum Übergang des Kapitalismus in der

---

21 *Schnabel, Franz,* Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert, Bd. 2, Monarchie und Volkssouveränität, Freiburg i. Br. 1933, S. 93 ff.

22 Vgl. begriffliche Bestimmungen bei *Eisner, Kurt,* Die Tragikomödie des deutschen Liberalismus, in: Gesammelte Schriften, Bd. 1, Berlin 1919, S., 393; *Naumann, Robert,* a. a. O., S. 13 ff.; *Philosophisches Wörterbuch,* hg. v. Georg Klaus und Manfred Buhr, Leipzig o. J., S. 309 f.; *Bürgerliche Ökonomie* im *modernen Kapitalismus,* a. a. O., S. 49 f.

23 Protokoll der wissenschaftlichen Konferenz vom 9. bis 11. November 1964 in Jena: „Die Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen in Deutschland bis 1945. Methodologische Probleme ihrer Erforschung und Darstellung“. (Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, H. 2, Jg. 14, 1965.)

24 *Bertsch, Herbert,* Die FDP und der deutsche Liberalismus 1789-1963, Berlin 1965; *Weißel, Bernhard,* Rezension zu: Ebenda, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), Berlin, H. 6/1965, S. 1062 ff.; *Elm, Ludwig,* Eine marxistische „Tragödie des Liberalismus“? Kritische Bemerkungen zur Liberalismus-Konzeption von H. Bertsch, in: Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft der Sektion Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften „Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland“ (im folgenden: Jenaer Beiträge), Jena, Nr. 15/16, April 1966, S. 3-32; Jenaer Beiträge, Nr. 17, Juli 1966 und Nr. 18, Februar 1967-entsprechende Abschnitte.

25 *Schmidt, Siegfried,* Thesen zum Liberalismus vor 1866, in: Jenaer Beiträge, Nr. 17, Juli 1966, S. 3-17; *Schwab, Herbert,* Thesen zum Liberalismus in Deutschland 1866-1933, a. a. O., S. 18-34. Vgl. dazu unter dem Aspekt des Weges der deutschen Liberalen auch: *Methfessel, Werner,* Die Deutsche Volkspartei am Ende der Weimarer Republik, phil. Diss., Jena 1967.

26 Vgl. Protokoll der Arbeitstagung zu Fragen des Liberalismus am 19. September 1966 in: Jenaer Beiträge, Nr. 18, Februar 1967; s. auch den Bericht von *Weißbecker, Manfred* in: ZfG, H. 1/1967, S. 81-83.

Imperialismus und den Ausbruch der allgemeinen Krise des Kapitalismus reicht. Als typische theoretisch-ideologische Äußerung der ökonomischen Natur des vormonopolistischen Kapitalismus umspannt und repräsentiert er die Summe und Vielfalt jener weltanschaulichen, ökonomischen, sozialen, rechtlichen, politischen und moralischen Ideen und Leitsätze und der sie tragenden Bewegungen, Organisationen, Institutionen und Schulen, in denen sowohl das bürgerlich-antifeudale Streben nach ökonomischer und politischer Freiheit als auch die in der Klassenlage der Bourgeoisie wurzelnde Zwiespältigkeit und Inkonsequenz im Kampf um Freiheit, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt ihren charakteristischen Ausdruck fanden.

Ernst Engelberg bestimmte diesen entscheidenden Bezug gegenüber anderen Aspekten der Liberalismus-Problematik daher mit der Feststellung, „... diese These, daß der Liberalismus die Ideologie der Bourgeoisie im werdenden und ausgebildeten Kapitalismus der freien Konkurrenz ist, dient uns sowohl zur Bewältigung der Grundfragen des Liberalismus im 19. als auch im 20. Jh. ... Das übergreifende Element ist die Tatsache, daß der Liberalismus eine Ideologie der Vertreter des Kapitalismus der freien Konkurrenz ist.“[27]

Die historische Gebundenheit des Liberalismus an eine bestimmte geschichtliche Phase vorausgesetzt, hat die Bestimmung seines Wesens somit zumindest drei zusammenhängende Züge:

a) den bürgerlichen Klassencharakter,

b) das geschichtlich progressive Eintreten für die Durchsetzung, den Ausbau und die Erhaltung der bürgerlichen politischen Rechte und Freiheiten und

c) die in der historischen und sozialökonomischen Lage und Struktur der Bourgeoisie begründeten Funktionen als Ideologie einer Ausbeuterklasse, die Merkmale der Inkonsequenz im Kampf für den Fortschritt, die antidemokratischen Wesenszüge sowie der Gegensatz zur sozialistischen Arbeiterbewegung und zum Marxismus.

Die Auffassung des Liberalismus als einer in sich differenzierten und widersprüchlichen Einheit erfordert, die Frage nach seinem *Wesen* und seinem *historischen Schicksal* mit einer einheitlichen theoretischen Deutung zu beantworten. Der notwendige innere Zusammenhang zwischen der Bestimmung des Wesens und der Begrenzung des geschichtlichen Wirkungsraumes bestätigt sich negativ in der neoliberalen Liberalismus-Konzeption, die unter dem Zwang apologetischer Bedürfnisse zur Verabsolutierung der historischen und sozialen Sphäre des Liberalismus gelangt und die Eliminierung der Klassengrundlage und -funktion aus der Bestimmung von Wesen und Begriff erforderlich macht. Die teilweise vorher dargestellten unbestreitbaren historischen Prozesse der Zersetzung, der Krise und des schließlichen Abtretens des Liberalismus vom geschichtlichen Schauplatz sollen auf diese Weise zu zufälligen und sekundären Vorgängen abgewertet werden, die den übergeschichtlichen Liberalisierungsprozeß höchstens beeinflußt, keineswegs aber entscheidend bestimmt oder charakterisiert hätten.

Die Feststellung der dialektischen *Einheit von Konservatismus und Fortschrittlichkeit im Liberalismus* bezeichnet einen seiner Wesenszüge. Beide Momente werden dabei als historisch-politische Kategorien aufgefaßt, die objektiven sozialökonomischen Gegebenheiten und Prozessen entsprechen und ihre Maßstäbe in den Wesensmerkmalen der jeweiligen Epoche finden.[28] In dieser unbedingten Einheit können allerdings wesentliche proportionelle Verschiebungen zwischen beiden Komponenten auftreten in Abhängigkeit von den konkreten objektiven und subjektiven Voraussetzungen und Möglichkeiten. Im gesamten Entwicklungsprozeß der Bourgeoisie dominiert aber immer und notwendigerweise die Tendenz der Verhärtung und Verallgemeinerung der konservativen, antidemokratischen und antisozialistischen Wesenszüge und Bestandteile und des entsprechenden Abbaues der progressiven Elemente und Funktionen. Der Liberalismus als historische und soziale Bewegung endet in der Geschichte des Kapitalismus notwendig dort, wo die Bourgeoisie in ihrer Gesamtheit objektiv

---

27 Jenaer Beiträge, Nr. 18, Februar 1967, S. 70, 133.

28 Vgl. zu dieser Auffassung des Fortschrittsbegriffs: *Müller, Werner,* Gesellschaft und Fortschritt. Eine philosophische Untersuchung, Berlin 1966, bes. S. 33 ff., 82.

und subjektiv dieser früheren geschichtlich progressiven Potenz und Rolle verlustig geht. Das ist ein widerspruchsvoller, sich in verschiedenen Phasen vollziehender Prozeß. Seine letzten vereinzelten Ausläufer reichen bis in die Frühperiode des Imperialismus und den Beginn unserer Epoche, die durch den Siegeszug des Sozialismus charakterisiert ist.

Marx und Engels haben im Manifest der Kommunistischen Partei 1848 eine geniale Charakteristik der bürgerlichen Fortschrittlichkeit gegeben, deren Widersprüchlichkeit und Grenzen sie darin wie in zahlreichen weiteren Arbeiten wissenschaftlich als ideologischen Reflex der Klassensituation der Bourgeoisie nachwiesen. Bereits 1852 führte Marx aus, daß sich die reaktionäre Tendenz der Bourgeoisie auch in der Abkehr von den eigenen liberalen Forderungen äußere: „Für *sozialistisch* wird selbst der bürgerliche Liberalismus erklärt ... Die Bourgeoisie hatte die richtige Einsicht, daß alle Waffen, die sie gegen den Feudalismus geschmiedet, ihre Spitzen gegen sie selbst kehrten, daß alle Bildungsmittel, die sie erzeugt, gegen ihre eigne Zivilisation rebellierten, daß alle Götter, die sie geschaffen, von ihr abgefallen waren.“ Was früher als liberal gefeiert, werde nun als sozialistisch verketzert.[29]

Lenin definierte die liberale Politik als „‚liberal‘ deshalb, weil sie das bürgerliche Wirtschaftssystem von all seinen mittelalterlichen Einengungen befreien“ solle.[30] Er bezeichnete die liberalen gegenüber den liberaldemokratischen Strömungen als „die weniger fortschrittlichen (aber immerhin fortschrittlichen, denn sonst könnte man nicht von Liberalismus reden) Schichten der Bourgeoisie ...“[31] In zahlreichen Schriften hat sich Lenin mit Problemen der Strategie und Taktik gegenüber der liberalen Bourgeoisie, ihren Organisationen und Vertretern auseinandergesetzt und immer wieder gefordert, auch die letzten kargen Potenzen liberaler Gruppen für den Kampf um den gesellschaftlichen Fortschritt zu nutzen. In diesem Sinn verurteilte er „Gleichgültigkeit gegenüber dem Liberalismus“ unter Sozialisten als Ausdruck dafür, „daß sie die wichtigsten Thesen des ‚Kommunistischen Manifestes‘ ... nicht verstanden haben“.[32]

In Übereinstimmung mit diesen Anschauungen der Klassiker gingen A. Bebel, W. Liebknecht, C. Zetkin, F. Mehring und R. Luxemburg immer wieder davon aus, daß die Aufgabe liberal-oppositioneller Positionen durch die Parteien der Bourgeoisie mit der politisch-moralischen Selbstaufgabe des Liberalismus identisch sei. An diesem Kriterium der Fortschrittlichkeit gemessen, kam Rosa Luxemburg 1907 zu dem Schluß, daß es in Deutschland Liberalismus „im eigentlichen Sinne dieses Wortes“ nicht mehr gäbe.[33] In späteren Arbeiten wurde diese Auffassung der Einheit von Konservatismus und Fortschrittlichkeit im Liberalismus auch von K. Eisner, A. S. Jerussalimski und R. Naumann vertreten. Auch bürgerliche Autoren haben verschiedentlich das Überwuchern des Konservatismus in der Entwicklung des Liberalismus und angesichts der sozialistischen Bewegung konstatieren müssen.

Dem konservativen Element des Liberalismus entspricht direkt sein *partieller Antidemokratismus.* Die demokratischen Interessen der Volksmassen werden am konsequentesten von der sozialistischen Arbeiterbewegung, im bürgerlichen Rahmen von den bürgerlich-demokratischen Bewegungen wahrgenommen. Im Liberalismus erscheinen sie bedingt dort, wo sie mit dem bürgerlichen Klasseninteresse zusammenfallen; sie werden durch konservative Züge negiert, wenn dies durch das exklusive bürgerliche vor dem allgemeinen Interesse des Volkes und der Nation geboten erscheint. In der fortschrittlichen Seite des Liberalismus spiegelt sich das Volksinteresse wider, das die entscheidende Quelle seiner Lebens- und historischen Funktionsfähigkeit darstellt. „Um dem Hofe Opposition, mußte sie dem Volke den Hof machen.“[34] So charakterisierte Marx die liberale Opposition auf dem Vereinigten Landtage 1848 in zeitgenössischen Aufsätzen, die glänzende Analysen des Verhältnisses

---

29 *Marx, Karl,* Der achtzehnte Brumaire ..., S. 153 f.

30 *Lenin, W. I.,* Was sind die ‚Volksfreunde‘ und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten? in: Werke, Bd. 1, Berlin 1961, S. 257.

31 *Derselbe,* Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück (Die Krise in unserer Partei), in: Werke, Bd. 7, Berlin 1956, S. 331. Vgl. auch Bd. 8, S. 427.

32 *Derselbe,* Politische Agitation und Klassenstandpunkt, in: Werke, Bd. 5, Berlin 1955, S. 348.

33 *Luxemburg, Rosa,* Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 2, Berlin 1955, S. 277.

34 *Marx, Karl,* Die Bourgeoisie und die Kontrerevolution, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 6, Berlin 1959, S. 105.

von liberaler Bourgeoisie und demokratischer Volksbewegung darstellen. Engels hatte bereits zwei Jahre früher eine prinzipielle Charakteristik des Wechselverhältnisses und der bedingten Gegensätzlichkeit von liberaler und demokratischer Bewegung gegeben.[35] Die Wendung des 1859 gegründeten Nationalvereins gegen die Volksmassen bezeichnete Eisner als „sein Verhängnis, wie das des deutschen Liberalismus."[36]

Dieses Problem hat Georg Lukács in einem während des Kampfes gegen den Faschismus 1938 geschriebenen Essay wieder aufgegriffen. Die Verflachung demokratischer Bewegungen zu liberalen – wie sie Lenin auch für die Entwicklung der russischen Volkstümler nachwies oder wie das die vorliegende Arbeit für die Deutsche Volkspartei darlegt – sei „ein politischer und weltanschaulicher Reflex der veränderten Beziehung der bürgerlichen Klasse zum Volk ..."[37] In jüngerer Zeit hat Leo Kofler aus bürgerlich-demokratischer Sicht den Gegensatz zwischen Liberalismus und Demokratie hervorgehoben.[38] Der Keim und der sozialökonomische Ursprung des Konservatismus und Antidemokratismus im Liberalismus sind bereits mit der unbedingten Bejahung des privatkapitalistischen Eigentums und damit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen vorhanden. R. Naumann hat dies hinsichtlich der ökonomischen Anschauungen der Liberalen seit den Physiokraten und Adam Smith analysiert und belegt.[39]

Aus bestimmten klassenmäßigen Gemeinsamkeiten von Liberalismus und bürgerlicher Demokratie ergibt sich, daß sie im realen historischen und sozialen Geschehen keineswegs ständig so klar unterschieden und gegeneinander abgegrenzt sind, wie das angesichts der abstrakten Hervorhebung ihrer Gegensätzlichkeit erscheinen könnte. Das gilt besonders für die Phase ihrer ursprünglichen Entstehung und Formierung, mit der sich Siegfried Schmidt beschäftigte[40]; grundsätzlich jedoch auch für spätere Perioden. Erscheinungsformen der fließenden Übergänge und Verquickungen sind neben der Umwandlung demokratischer in liberale Bewegungen (im Ausnahmefall auch umgekehrt) die Existenz von Zwischengruppierungen liberaldemokratischen Charakters sowie Überschneidungen in der sozialen Basis und Struktur. Selbst in der weltanschaulichen Haltung und politischen Rolle einzelner Gruppen oder Persönlichkeiten kann zu verschiedenen Zeiten oder bei unterschiedlichen sachlichen Aspekten ein widersprüchliches Neben- und Miteinander liberaler und demokratischer Positionen entdeckt werden. Das war beispielsweise in der vorher dargestellten Entwicklung der Gruppe um Barth, Breitscheid und Gerlach seit 1906/07 der Fall.

In der Berührung des Liberalismus mit der Demokratie, in seiner partiellen Fortschrittlichkeit, ist zugleich seine *humanistische Substanz* nachweisbar, darüber hinaus höchstens dort, wo liberale Ideologen der inneren Eigenart ihrer Systeme entsprechend zu Problemen der politischen Ökonomie des vormonopolistischen Kapitalismus, der staatsbürgerlichen Rechtsgleichheit, der bürgerlichen politischen Freiheiten, der Menschenrechte, des Individualismus, der weltanschaulichen Toleranz und des Antiklerikalismus Beiträge geleistet haben. Doch auch in diesen Einzelanschauungen reflektiert sich die bürgerliche Zwiespältigkeit.

---

35 *Engels, Friedrich,* Deutsche Zustände, in: Marx/Engels, Werke. Bd. 2, Berlin 1959, S. 577 ff.

36 *Eisner**Fehler! Textmarke nicht definiert.**, Kurt,* a. a. O., S. 368 f.

37 Lukács, *Georg,* Der Kampf zwischen Liberalismus und Demokratie im Spiegel des historischen Romans der deutschen Antifaschisten, in Essays über Realismus, Berlin 1948, S. 95. – Ähnliche Überlegungen finden sich bei *Bert Brecht,* Notizen zu Heinrich Manns „Mut", in: Almanach für deutsche Literatur, Berlin und Weimar, 1965.

38 *Kofler, Leo,* Liberalismus und Demokratie, in: Zeitschrift für Politik, Berlin-Zürich-Wien, H. 2/1959, S. 113 ff.; s. auch die Bestätigung dieser antidemokratischen Wesenszüge in der Studie von *Klotzbach*, *Kurt,* Das Eliteproblem im politischen Liberalismus. Ein Beitrag zum Staats- und Gesellschaftsbild des 19. Jahrhunderts. Köln-Opladen 1966 (Staat und Politik, Bd. 9).

39 *Naumann, Robert,* a. a. O., S. 13-51.

40 *Schmidt, Siegfried,* Rolle und Funktion der bürgerlichen Interessenorganisationen und Parteien in der Zeit des Kampfes um die bürgerliche Umgestaltung Deutschlands (1815-1866/71), in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, 2/1965, S. 191-199; *derselbe,* Zur Frühgeschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland, in: ZfG, 6/1965, S. 973-991; *derselbe,* Thesen zum Liberalismus vor 1866, a. a. O.

Zurückzuweisen ist die liberale Selbstüberschätzung oder die der neoliberalen Apologetik entsprungene These, nach der der Liberalismus die eigentliche Heimstatt des Humanismus, der Humanismus der Hauptinhalt des Liberalismus sei. Die ethische Bewertung des Liberalismus kann grundsätzlich nicht an seiner Identifizierung mit dem kapitalistischen Eigentum und der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung vorübergehen. In der Entwicklung des Freisinns um 1900 wurde durch das Einschwenken auf die volksfeindliche Innen- und Sozialpolitik und die antinationale Aufrüstungs-, Kolonial- und Kriegspolitik die Entfernung von den humanitären Geboten der Zeit sichtbar.

Mit der dargelegten Bestimmung des Liberalismus, insbesondere der Einheit von Konservatismus und Fortschrittlichkeit und des bedingten Gegensatzes selbst zur bürgerlichen Demokratie, sind die entscheidenden Kriterien für die *konkrete historische Klassifizierung* bürgerlicher Bewegungen, Parteien und Persönlichkeiten als Träger und Repräsentanten des Liberalismus bzw. seiner jeweiligen Strömungen und Fraktionen gegeben. Deshalb wurde in der vorliegenden Arbeit in Übereinstimmung mit Jerussalimski der Linksliberalismus parteiengeschichtlich als der Repräsentant des deutschen Liberalismus betrachtet. Der Nationalliberalismus hingegen kann nach der Preisgabe historisch progressiver Positionen nicht mehr dem Liberalismus oder dem liberalen Lager zugerechnet werden. Dem entspricht auch die Einschätzung der Nationalliberalen in den Studien von Eisner, Lukács und Seeber.

Sigmund Neumann hat auch aus bürgerlicher Sicht die Herausbildung des Nationalliberalismus als Preisgabe des Liberalismus bewertet.[41] Dagegen betrachten Ludwig Bergsträsser, F. C. Sell, Helga Grebing u. a. im Gefolge ihrer konservativ-antidemokratischen Liberalismus-Konzeption die Nationalliberalen als wesentliche, wenn nicht sogar hauptsächliche Fraktion der deutschen Liberalen der Wilhelminischen Ära. Dieser Auffassung hat sich Bertsch angeschlossen.[42]

Die Bezeichnung Linksliberalismus wurde in dieser Arbeit als ein in d.er damaligen politischen Publizistik wie der seitherigen Geschichtsliteratur eingebürgerter Sammelname für eine bestimmte Gruppe liberaler Parteien beibehalten, um terminologische Mißverständnisse zu vermeiden. Er, ist nicht Synonym eines linken Flügels im Liberalismus, der sich durch ein besonders entschiedenes Eintreten für bürgerliche Freiheit und Gesetzlichkeit ausgezeichnet hätte. Neben dem Linksliberalismus können dem Liberalismus in dieser Phase höchstens noch einzelne Gruppen und Persönlichkeiten innerhalb der Nationalliberalen Partei, im nationalliberalen Jungliberalismus, im Kathedersozialismus, in den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen oder außerhalb von Organisationen, besonders in der Intelligenz, zugeordnet werden. Mit dem Zusammenschluß 1910 entfällt parteiengeschichtlich der Sinn des Begriffs Linksliberalismus, den Ernst Portner selbst zur Bezeichnung oder Charakteristik der Deutschen Demokratischen Partei verwendet.[43]

2. Die Krise des Liberalismus

Zur Einschätzung der untersuchten Entwicklungsphase liberaler Parteien, ihrer Einordnung in den Gesamtprozeß der Entwicklung der deutschen liberalen Bourgeoisie und in den historischen Wirkungsraum des Liberalismus ist die Berücksichtigung des Problems der *Krise des Liberalismus* unerläßlich. Darunter wird im wesentlichen, im Gegensatz zu bürgerlichen Interpretationen, der durch das historische Aufeinandertreffen von Liberalismus und Imperialismus verursachte irreversible Auflösungs- und Zersetzungsprozeß des Liberalismus verstanden, dessen parteiengeschichtliche Erscheinungsformen in Deutschland dargestellt wurden! Die historische Tragweite jener Zäsur wird ernsthaft nur von neoliberaler Seite bestritten. Verbreiteter sind Meinungsverschiedenheiten darüber, ob dieser Einschnitt unmittelbar das Ende des Liberalismus einleitet oder nur die bedeutendste seiner vielfältigen Wandlungen von den Anfängen bis zu einer in die dreißiger Jahre unseres Jahrhunderts oder gar bis in die Gegenwart und Zukunft reichenden Entwicklung darstellt.

---

41 *Neumann, Sigmund,* a. a. O., S. 23.

42 *Bertsch, Herbert,* a. a. O., S. 97, 100, 104 f., 107.

43 *Portner, Ernst,* Der Ansatz zur demokratischen Massenpartei im Linksliberalismus, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, hg. v. Hans Rothfels und Theodor Eschenburg, 13. Jg., 1965, H. 2, S. 150-161.

Sell geht bei seiner Auffassung dieser Krise von einer subjektivistischen Überbewertung der Anschauungen und Entscheidungen der deutschen Liberalen aus, in deren tatsächlichen oder vermeintlichen Fehlern er die entscheidenden Ursachen des Niedergangs und der Krise sieht. Das wird bei der Behandlung der Periode des sich herausbildenden monopolistischen Kapitalismus durch eine flache und enge Imperialismus-Auffassung verstärkt. Der deutsche Imperialismus wird als die damalige Kolonial-, Flottenrüstungs- und kontinentale Eroberungspolitik definiert. Sell bewertet die Ansichten Friedrich Naumanns als „liberalen" oder „ethischen Imperialismus" und sieht darin eine mögliche Alternative, falls innenpolitisch ein Wandel nach dem Beispiel der USA, Englands oder Frankreichs zustande gekommen wäre. Er widersteht auch der Versuchung, „mit dem Jahre 1933 die Geschichte des Liberalismus in Deutschland abzuschließen. War er schon vorher abgenutzt, verbraucht und in sich zersetzt, so schien das Dritte Reich ihn vollends ausgelöscht zu haben."[44]

Die großbürgerlich-apologetische Liberalismus-Version hinderte Sell selbst an diesem verspäteten Eingeständnis des historischen Abtretens des deutschen Liberalismus, dem er vielmehr mit der Gründung des restaurativen bundesrepublikanischen Separatstaates einen weiteren Neubeginn auf „demokratisch-liberaler Grundlage" verheißt. Damit vertritt Sell die mit Nuancen unter bürgerlichen Historikern und neoliberalen Ideologen verbreitete Version, wonach die liberale Parteientwicklung zwischen Reichsgründung und Novemberrevolution bzw. Beginn der faschistischen Diktatur wesentlich ein zeitweiliges subjektives Versagen der sie tragenden und führenden Kräfte widerspiegele.

Angesichts der früheren krisenhaften Erscheinungen in der Entwicklung des deutschen Liberalismus ist diese mit dem Übergang zum Imperialismus eintretende akute Krise sowohl Ergebnis der Kontinuität in der Entwicklung der Bourgeoisie als auch des nunmehr eintretenden epochalen Wandels. Yon solchen krisenhaften und Zersetzungserscheinungen kann unzweifelhaft spätestens seit 1848/49 gesprochen werden. Wesentliche Aussagen dazu finden sich für diese Entwicklung bei Marx und Engels sowie in den angeführten Studien von G. Seeber, S. Schmidt und R. Naumann. Schieder spricht von einer krisenhaften Entwicklung des deutschen Liberalismus seit dem Ende der siebziger Jahre. Hans Kohn stellte fest: „Dennoch bleibt es bemerkenswert, daß von 1848 an die liberalen und demokratischen Kräfte in Deutschland eine ununterbrochene Reihe von Niederlagen erfuhren, von denen die Katastrophe von 1933 die umfassendste war."[45]

Aus parteiengeschichtlicher Sicht lassen sich etwa folgende drei Phasen erkennen: *1. Phase:* Zwischen 1848/49 und 1870/71 tritt infolge des bürgerlichen Kompromisses mit der feudal-junkerlichen Reaktion frühzeitig eine extreme politisch-ideologische Deformierung des vorher ohnehin nicht durch weltgeschichtliche Taten ausgezeichneten Liberalismus ein. Es fällt die geschichtliche Entscheidung, daß in Deutschland die politische Macht nie in den Händen der liberalen Bourgeoisie liegen und die nationale Einigung durch ihre reaktionären Gegner vollzogen und geprägt wird. In dieser Phase sind die Zersetzungserscheinungen noch nicht gesetzmäßiges Produkt sozialökonomischer Veränderungen, sondern entspringen vorrangig der Sphäre des politischen Klassenkampfes. Das hauptsächliche Ergebnis dieser Periode ist die Entstehung der Nationalliberalen Partei. Mit dem dadurch eingeleiteten Abfall einer bedeutenden Fraktion der Bourgeoisie vom Liberalismus verliert dieser die bisherige politisch-parlamentarische Stellung als prominentester Repräsentant des Volkswillens. Mit der Einengung seiner Klassenbasis verändert sich seine Position in den Klassenkämpfen. Er büßt weiter an Massenbasis und historisch-politischem Aktionsvermögen ein. Diese Entwicklung mündet in die eigentliche Krise des Liberalismus, das unmittelbare Vorspiel seines Abtretens vom geschichtlichen Schauplatz.

2. Phase: Von 1871 bis etwa 1905. Die Entwicklung in den drei bis vier Jahrzehnten nach der Reichsgründung führt mit dem Übergang zum Imperialismus und seinen historischen, ökonomischen, sozialen, politischen und geistig-kulturellen Folgeerscheinungen zu der in sozialökonomischen Prozessen

---

44 *Sell, Friedrich C.*, a. a. O., S. 433.

45 *Kohn, Hans,* Wege und Irrwege, Vom Geist des deutschen Bürgertums, Düsseldorf 1962, S. 6; s. auch *Malorny, Heinz,* Zur Frage der Ursachen und des Einsetzens der Krise des Liberalismus in Deutschland, in: Jenaer Beiträge, Nr. 19, Oktober 1967, S. 12-23.

begründeten notwendigen *Zersetzung und Auflösung des Liberalismus.* Äußerlich mag diese Entwicklung als gradlinige Fortsetzung seiner früheren Misere erscheinen, durch die sie tatsächlich vorbereitet und begünstigt wurde. Nunmehr wird der Zersetzungsprozeß verallgemeinert und vollendet.

Die Herausbildung des Imperialismus führte zur gesetzmäßigen Aufhebung der geschichtlichen und klassenmäßigen Grundlagen des Liberalismus. R. Naumann schreibt treffend: „Die Krise des Liberalismus war das unvermeidliche Ergebnis seiner ganzen historischen Entwicklung. Er mußte als Produkt des aufsteigenden Kapitalismus, des Kapitalismus der freien Konkurrenz, beim Übergang zum Imperialismus in eine Krise geraten. Der Imperialismus als monopolistischer, verfaulender, sterbender Kapitalismus bedeutete auch, daß sich der Liberalismus überlebt hatte.“[46]

Eisner hatte diese Phase bereits 1910 als die des Untergangs und Endes des deutschen Liberalismus charakterisiert und stimmte darin mit Mehring, Luxemburg und Kautsky überein. In der gleichen Zeit konstatierte Rudolf Hilferding den Gegensatz zwischen der entstehenden imperialistischen Ideologie und den früheren liberalen Idealen: „... das Finanzkapital will nicht Freiheit, sondern Herrschaft; es hat keinen Sinn für die Selbständigkeit des Einzelkapitalisten, sondern verlangt seine Bindung; es verabscheut die Anarchie der Konkurrenz und will die Organisation, freilich nur, um auf immer höherer Stufenleiter die Konkurrenz aufnehmen zu können“.[47]

In den damaligen Auseinandersetzungen zwischen Marxisten und Revisionisten in der deutschen Sozialdemokratie war das Problem des Charakters der Krise des Liberalismus von großer theoretischer und strategisch-taktischer Bedeutung. Mehring führte diese Krise auf die geschichtliche Stellung, die ökonomische Lage und die politischen Eigenschaften der deutschen Bourgeoisie, auf die Gesetzmäßigkeit ihres Niedergangs als Klasse zurück. Immer wieder polemisierte er gegen die Behauptung opportunistischer und liberaler Kreise, daß die Führer des Freisinns an dessen Entwicklung schuld seien: „Ihre einzige Entschuldigung mag man darin suchen, daß sie schließlich nicht mehr leisten können als die Klasse, die hinter ihnen steht. Es gibt nicht leicht eine törichtere Vorstellung, als daß an dem Verfall des bürgerlichen Freisinns die Leithammel schuld seien und nicht vielmehr die Herde selbst.“[48]

Im Gegensatz dazu sah Bernstein die Hauptursache der Schwäche des deutschen Liberalismus in seiner Führung, speziell im Wirken Eugen Richters. „Der deutsche Liberalismus ist ... das Opfer unzulänglicher politischer Führung.“[49] Nach der Reichstagswahl 1903 wandte sich Bernstein ausdrücklich gegen die Meinung, „daß der Rückgang der freisinnigen Partei eine naturnotwendige Erscheinung sei“. Angeblich bewiesen England und Frankreich das Gegenteil und verdankten. dies einer ‚anderen Taktik ihrer Führungen. „Nein, nicht als die naturnotwendige Folge der sozialen Klassenentwicklung Deutschlands ist der Niedergang der freisinnigen Partei zu betrachten, sondern, wie schon bemerkt, als die naturnotwendige Folge der beispiellosen Kurzsichtigkeit der Führer ihres stärksten Flügels und eines Teils der Angehörigen der anderen Fraktionen.“[50]

Bernstein war gezwungen, die Misere des deutschen Liberalismus aus zufälligen Momenten zu erklären, denn die Anerkennung der geschichtlichen Wahrheit bedeutete das Eingeständnis der grundsätzlichen Fehlerhaftigkeit und Perspektivlosigkeit der von ihm der Arbeiterpartei empfohlenen Taktik gegenüber den Liberalen. Die damaligen liberalen und revisionistischen Deutungen der Krise des Liberalismus sind in die späteren Arbeiten der liberalen und neoliberalen Historiker und Soziologen eingeflossen.

---

46 *Naumann, Robert,* a. a. O., S. 52. Vgl. auch S. 40, 48, 54 f. Damit stimmt auch die Einschätzung von *Werner Krause* überein, s. Bürgerliche Ökonomie im modernen Kapitalismus a. a. O., S. 48-52 sowie die Grundkonzeption der Autoren von *Imperialismus heute.* Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland, Berlin 1965.

47 *Hilferding, Rudolf,* Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus, Berlin 1947 (Neuauflage), S. 462 f.

48 *Mehring, Franz,* Parlamentarischer Selbstmord, in: Gesammelte Schriften, Bd. 14, S. 511.

49 *Bernstein, Eduard,* Parteien und Klassen, in: Sozialistische Monatshefte, 11/1902, S. 854.

50 *Derselbe,* Was folgt aus dem Ergebnis der Reichstagswahlen? in: Sozialistische Monatshefte, 7/1903, S. 480 ff.

Lenin gab mit seiner Analyse des Imperialismus die tiefste und gültige Begründung nicht nur der Gesetzmäßigkeit des Niedergangs des Liberalismus, sondern auch der Triebkräfte und Motive der einzelnen Fraktionen der Bourgeoisie für den Übergang zum Imperialismus.

Auch die bürgerlichen Ideologen konnten den offenkundigen Zusammenhang zwischen den sozialen Wandlungen und der Krise des Liberalismus nicht ignorieren. K. Lamprecht schrieb 1913, daß „die soziale Grundlage des Linksliberalismus ... nicht mehr klar und im Weichen begriffen" sei.[51] Ähnliche Feststellungen trafen auch Ruggiero, Hallgarten, Ritter und Schieder. Die entscheidenden Grenzen dieser Urteile liegen darin, daß Imperialismus wie auch Liberalismus nicht in ihrem Wesen, nicht klassenmäßig bestimmt werden und die Krise des Liberalismus als zufällig und überwindbar gedeutet werden kann. So behauptete Ruggiero im Ergebnis seiner Betrachtungen zu wirtschaftlichen und politischen Aspekten dieser Krise: „Aus der vorstehenden Analyse geht hervor, daß die zweifellos ernste und tiefgreifende Krise des Liberalismus nicht unüberwindbar ist, wie es oberflächlichen Beobachtern und ungeduldigen Erben erscheinen könnte."[52]

Diese neoliberale Version der Krise des Liberalismus begegnet uns in verschiedenen Nuancen. Als hauptsächliche Faktoren der „zufälligen" Krisis erscheinen dabei die Unfreundlichkeit Bismarcks zu den Liberalen, die mangelnde Anhänglichkeit der Arbeitermassen, der angeblich liberale Charakter des sozialdemokratischen Minimalprogramms sowie die subjektiven Fehlentscheidungen liberaler Parteiführer, beispielsweise zu den Ausnahmegesetzen, zum Schutzzoll und in der Sozialpolitik. Diese Interpretation der Krise des Liberalismus soll die Kontinuität in der antifreiheitlichen, antidemokratischen und antinationalen Entwicklung der imperialistischen Bourgeoisie verwischen. Einige unbestreitbare historische Fakten sollen mit dem Attribut des Zufälligen, des Versagens und des Tragischen als unerwünschter Ballast entfernt werden.

Einige wesentliche *Merkmale der akuten Krise des Liberalismus* im frühen Imperialismus, die sie qualitativ von früheren krisenhaften Erscheinungen unterscheiden, sind:

a) Die *Gesetzmäßigkeit* des Niedergangs und der Auflösung des Liberalismus, deren eigentliche Quelle das Entstehen des monopolistischen Kapitalismus und der Monopolbourgeoisie ist.

b) Die Krise erfaßt das *gesamte liberale Lager,* dem ohnehin nur noch ein Teil der Fraktionen und Gruppen der Bourgeoisie angehören; sie betrifft alle sozialen, politischen und theoretisch-ideologischen Gruppierungen der Liberalen.

c) Die Krise durchdringt *alle grundlegenden* theoretischen, programmatischen und taktischen Bestandteile und Aussagen des Liberalismus.

d) Die *Zersplitterung und der Zerfall der Liberalen* sowie der fortschreitende *Verlust ihrer Massenbasis* bilden mit dem sich gleichzeitig auf antinationaler und antidemokratischer Grundlage vollziehenden *politisch-ideologischen Nivellierungsprozeß* die widersprüchliche Einheit eines Vorgangs: der allgemeinen Negation und Preisgabe der progressiven Vergangenheit und der vorrangigen Einordnung bei den Gegnern des nationalen und sozialen Fortschritts. Den Zerfall des Freisinns um 1900 als Ergebnis seiner nachgewiesenen Unfähigkeit zur Weiterführung einer selbständigen Politik auf antiimperialistischer, liberaldemokratischer Grundlage nachträglich als Ausdruck eines etwas übersteigerten Individualismus seiner Führer zu interpretieren, wie es Sell versucht, verrät eher eine vorgefaßte Meinung als tatsächliche Untersuchungsergebnisse.

Der Imperialismus hebt die Grundlagen und Funktionen des Liberalismus nicht mechanisch, abrupt oder absolut auf. Beide eint neben der charakterisierten Gegensätzlichkeit die gemeinsame kapitalistische Natur. Die Überwindung des Liberalismus erfolgt auch anknüpfend an seine reaktionären Züge und Traditionen oder durch die demagogische Entleerung und Umkehrung früherer progressiver Leitbilder, die in den Dienst der Monopolbourgeoisie gestellt werden. Der Neoliberalismus wirkt seit Jahrzehnten auf dieser methodologischen Basts. In Wechselwirkung mit der – realen oder erhofften

---

51 *Lamprecht, Karl,* Deutsche Geschichte der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart, Bd. 2. Berlin 1913, S. 176.

52 *Ruggiero, G. de,* a. a. O., S. 419.

– Verknüpfung ökonomischer Interessen auch mittlerer und niederer Schichten der Bourgeoisie mit der imperialistischen Entwicklung, mit Monopolwirtschaft, Staatsaufträgen, Aufrüstungs-, Kolonial- und aggressiver Weltpolitik, erzeugt dies in sozial instabilen liberalen Kreisen und den ihnen nahestehenden kleinbürgerlich-reformistischen Schichten der Arbeiterbewegung die Illusion einer Liberalisierung der kapitalistischen Gesellschaft. Doch: „Man erntete nur liberale Attrappen, die wie Früchte aussahen.“[53] Was als Verwirklichung der liberalen Ideale erscheinen sollte, war nur die liberale Methode zu ihrer vollkommeneren Abschaffung.

Die *historische Perspektivlosigkeit des Liberalismus* ist die eigentliche Ursache des Scheiteros sämtlicher Varianten, die zur Meisterung der veränderten Bedingungen und Erfordernisse, zum Versuch der Erneuerung sowie als Ausweg aus der Krise erdacht und gleich sozialen Experimenten zu verwirklichen versucht wurden. Das gilt nach dem *Nationalliberalismus* für den *Sozialliberalismus,* den *Kathedersozialismus* und die *liberale Arbeiterbewegung,* den *Naumannschen Nationalsozialismus,* den *Barthschen liberalen Revisionismus* und vereinzelte liberaldemokratische Tendenzen. Sie wurden sämtlich nur Formen der Zersetzung und des Scheiteros des Liberalismus; wurden seine letzten Ausläufer, in denen er gleichzeitig fortgesetzt und negiert wurde.

W. Conze will rückblickend in solchen Versuchen „vielfältig neues Leben“[54] und Sell darin einen „Neubeginn“ sehen.[55] Diese Aufwertung der damaligen parteipolitischen Entwicklung der Liberalen steht meist im direkten Zusammenhang mit der Friedrich-Naumann-Legende oder der fehlerhaften Bewertung des konservativliberalen Blocks unter Bülow.

3. und letzte Phase: Sie reicht von der Blockära 1906-1909 bis in die beginnende allgemeine Krise des Kapitalismus. Auf der Basis der imperialistischen Zersetzung und Gleichschaltung der liberalen Parteien ist der weitere Auflösungsprozeß durch die nachhaltige Einwirkung der besonderen Aggressivität des deutschen Imperialismus und Militarismus auf die Ideologie und Politik der Parteien und Führer der liberalen Bourgeoisie gekennzeichnet. Es kommt zur offenen und allgemeinen Kapitulation vor den antinationalen, konservativ-nationalliberalen Kräften und damit zur faktisch bedingungslosen Unterstützung der weiteren Rüstungs- und Aggressionspolitik – jedoch nicht, ohne diese Kapitulation wie jeden einzelnen Schritt dazu mit fortgesetzten Erklärungen über die unwandelbare Treue zu den bewährten liberalen Grundsätzen und Idealen zu dekorieren. Diese Periode wird zugleich durch die zunehmende Wirksamkeit bei der liberal-revisionistischen Zersetzung und Untergrabung der Einheit der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen charakterisiert. Hierbei hatten die liberalen Parteien, die Gruppen um Barth, Naumann sowie die „Frankfurter Zeitung“ einen unbestreitbaren, für die Sache der Demokratie und Nation in Deutschland verhängnisvollen Einfluß gewonnen. Die widerspruchsvollen Versuche einer Synthese von liberal-sozialreformerischer Innenpolitik und aggressiver Weltpolitik treten in den Vordergrund – am extremsten und repräsentativsten bei Friedrich Naumann. Zunächst fällt der Versuch ihrer politischen Verwirklichung mit ihrem Scheitern zusammen, wie es das Fiasko des Nationalsozialen Vereins oder die ihn drei Jahre überlebende Barth-Naumannsche Richtung zeigt. Mit dem Ausbruch des Weltkrieges und dem zeitweiligen, bis in Arbeiter- und sozialdemokratische Kreise dringenden chauvinistischen Taumel bestätigte sich jedoch die Konzeption und Tätigkeit Naumanns und seiner Freunde zugunsten der herrschenden Reaktion.

Wie Friedrich Naumann und Max Weber noch vor dem eigentlichen Neoliberalismus den Versuch unternahmen, das ideologische System des Liberalismus in und für den Imperialismus, wenn auch modifiziert, zu retten, so verkörpern Eugen Richter und Oswald Spengler die Resignation und den Zusammenbruch liberaler Ideologie angesichts der Konfrontation mit dem Übergang zur Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution. Das nüchterne Erkennen oder Erahnen der geschichtlichen Aussichtslosigkeit des Liberalismus ohne das gleichzeitige Vermögen, das Wesen der weltgeschichtlichen Veränderungen zu erfassen und sich auf die Arbeiterklasse, der entscheidenden

---

53 *Eisner, Kurt,* a. a. O., S. 381.

54 *Conze, Werner,* Die deutschen Parteien in der Staatsverfassung vor 1933, in: Das Ende der Parteien 1933, hg. v. E. Matthias und R. Morsey, Düsseldorf 1960, S. 14.

55 *Sell, Friedrich C.*, a. a. O., S. 330 ff.

zukünftigen Kraft, zu orientieren – das war die soziale und geistige Grundlage sowohl des resignierenden Abgangs von Richter wie des irrationalen Alarmrufs von Spengler. Der ihren Antisozialismus wie ihren Irrationalismus wohlwollend aufnehmenden imperialistischen Großbourgeoisie konnte dies aber nicht genügen. Die subjektive, unpraktische Ehrlichkeit mußte durch die Apologetik, das sarkastische Urteil Spenglers über die „liberale" kapitalistische Ordnung und ihre „Werte" am Beginn unseres Jahrhunderts durch eine Konzeption zur brauchbaren Lösung aller neuen Probleme der Erhaltung und Sicherung der kapitalistischen Ausbeuterordnung überboten werden. Dieser Nachfrage wurde mit dem Angebot des Neoliberalismus Rechnung getragen.

Die Untersuchungen zur Rolle der Parteien der deutschen liberalen Bourgeoisie in einem bedeutungsvollen Vierteljahrhundert deutscher Geschichte und ihre Ergebnisse lassen nicht nur die mit der historischen Wahrheit großmütig umspringende Liberalismus-Konzeption neoliberaler Ideologen in fragwürdigem Licht erscheinen, sondern erhellen auch die Substanz und Rolle der damit zusammenhängenden Legenden. Sie werden keineswegs durch die erwähnten Einschränkungen bürgerlicher Historiker zu dieser Phase liberaler Parteiengeschichte kompensiert. Das Bedürfnis zu dieser Legendenbildung ist angesichts der Diskrepanz zwischen den kleinlichen Leistungen in der Vergangenheit und der heutigen erhabenen Verkündigungen der Neoliberalen verständlich.

Betrachten wir einige repräsentative Thesen dieser Legenden:

Flach schrieb: „Wir haben eine stolze Tradition. Der Liberalismus hat die bisher größte historische Leistung der Neuzeit vollbracht, indem er den Übergang vom Absolutismus zum freiheitlichen Rechtsstaat erzwang. Er hat in Wirtschaft, Wissenschaft, im Kultur- und Gesellschaftsleben alle die Kräfte freigesetzt, die den ‚Fortschritt' des modernen Lebens bedeuten."[56] Ähnlich äußerte sich Erbe über „die in unseren Verfassungen verbürgten, vom Liberalismus durchgesetzten *Freiheitsrechte*".[57] Theimer behauptete, der Liberalismus „veränderte die Welt so gründlich wie keine andere Bewegung vor ihm".[58] Mises hat sich vier Jahrzehnte damit beschäftigt, einfältige Lobeshymnen über die wohltätigen und weltgeschichtlichen Leistungen des „Liberalismus" abzufassen.[59] Ruggiero kam infolge seiner neoliberalen Konzeption in den zwanziger Jahren in die Lage, den liberalen Staat als „höchste Instanz" in der Gesamtentwicklung des „Liberalismus" zu würdigen und die italienische wie die deutsche Republik kurz vor ihrer Ablösung durch faschistische Diktaturen als Beweis für diese Anschauung anzuführen. Die heutige Lage, die einige neoliberale Lobredner preisen, ähnelt der damaligen, mit dem Unterschied, daß der konservativantisozialistische Gehalt dieses Neoliberalismus sich seither bedeutend verstärkt hat.

Die Geschichte läßt jedoch für neoliberale Legenden keinen Raum. Der deutsche Freisinn zwischen 1893 und 1918 war kein Kämpfer für die Freiheit und die Demokratie und noch weniger hat er beides durchgesetzt. Er war vom Monarchismus als dem konsequentesten Ausdruck seines Antidemokratismus durchdrungen und verabscheute die Forderung nach der Republik. Selbst gegen die schnödeste Verfälschung des Wahlrechtes in seiner preußischen Drei-Klassen-Form konnte er sich nicht zu entschiedenen, geschweige denn führenden Aktionen aufraffen und trottete hinter den von der Sozialdemokratie geleiteten Wahlrechtskämpfen der Werktätigen drein. Die Aufhebung des Verbindungsverbots für Vereine im Jahre 1899, das in seinem antisozialistischen Hauptzweck unwirksam geworden war, wurde vom Freisinn mit servilem Dank aufgenommen. Der Freisinn trat sofort gegen sozialdemokratische Forderungen nach dem weiteren Ausbau des Vereinsrechts auf.

Das Vereinsgesetz von 1908 schuf unter Mithilfe der Liberalen eine neue Ausnahmegesetzgebung gegen die nationalen Minderheiten und die junge Generation im Deutschen Reich. Die Liberalen waren Gegner eines demokratischen Wahlrechts im kommunalpolitischen Bereich und lehnten die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Frau ab. Mit der Unterstützung der Kolonialpolitik traten sie gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf und identifizierten sich hier sowie bei der

---

56 *Flach, Karl-Hermann,* Liberalismus im Angriff, in: liberal, 3/1961, S. 9 f.

57 *Erbe, Walter,* Liberalismus heute, in: liberal, Sonderheft 5, November 1954, S. 18.

58 *Theimer, Walter,* Lexikon der Politik, 5. Aufl., Bern 1955, S. 397. (Sammlung Dalp, Bd. 23.)

59 *Mises, Ludwig [von],* a. a. O.; derselbe, Die Wurzeln des Antikapitalismus, Frankfurt a. M. 1958.

Rüstungs- und Kriegspolitik mit den Verbrechen der herrschenden K:reise gegen die Menschenrechte, den Frieden und die Sicherheit der Völker. Ernsthafte pazifistische Bestrebungen stießen auf Ablehnung und Intoleranz und wurden an die Peripherie des deutschen Liberalismus gedrängt.

Die Klassenjustiz des bürgerlich-junkerlichen Obrigkeitsstaates und ihre Willkür gegen Sozialisten, Demokraten, Arbeiter und alle Werktätigen wurden nur in Ausnahmefällen angeprangert. Und selbst dann, wie z. B. gegenüber der fortgesetzten Diskriminierung von Ausländern und verfolgten Demokraten, den Zuständen in der Armee und Soldatenmißhandlungen, der Allmacht und Willkür der Polizei und vielen anderen Äußerungen der volksfeindlichen Innenpolitik, der Unfreiheit und der Mißachtung der Menschenwürde, wurde der liberale Protest unter dem Druck und Einfluß sozialdemokratischer Führer, die für die Volksinteressen eintreten, erzwungen. Dieser Protest blieb defensiv, parteiegoistisch, inkonsequent und wurde schließlich durch seinen engen parlamentarischen oder publizistischen Rahmen auch wirkungslos.

Nachweisbar ging der Abbau demokratischer und liberaler Positionen entscheidend von der Interessenpolitik der die liberalen Parteien finanzierenden und beherrschenden Kapitalisten und ihren Verbänden aus. Von diesen gerieten größere Teile nur in Bewegung und erinnerten sich ihres „Liberalismus“, als harte ökonomische Probleme sie bedrängten – in der Zolltarifkampagne 1900 bis 1902 und bei der Reichsfinanzreform 1909. Da wurden sie hellwach, aktiv und schufen in Tagen und Wochen große, materiell und personell wohlausgestattete Verbände.

Herbert Marcuse nahm bereits 1934 die Liberalen vor dem Verdacht in Schutz, daß sie ihre eigenen Forderungen jemals verwirklicht hätten: „Die heute so verhaßten politischen Grundforderungen des Liberalismus, die sich auf der Basis seiner Wirtschaftsauffassung ergeben (wie Rede- und Pressefreiheit, volle Öffentlichkeit des politischen Lebens, Repräsentativsystem und Parlamentarismus, Teilung bzw. Balancierung der Gewalten) sind faktisch niemals ganz verwirklicht worden: sie wurden je nach der gesellschaftlichen Situation eingeschränkt oder ganz ausgesetzt.“[60]

Eine bevorzugte Legende ist die um Friedrich Naumann. Wir verdanken sie dem „dynamischen Begriff von der Wahrheit“, den nach Erbe der neue Liberalismus besitzt. Gertrud Theodor hat sich bereits näher mit ihr befaßt. Die Legende umfaßt eine Vielzahl sachlicher Fehler, willkürlicher Behauptungen und Deutungen. Vor allem von Heuss konzipiert, sind nahezu alle neueren bürgerlichen Arbeiten, die diesen Gegenstand berühren, von ihr gezeichnet. Dabei haben die Arbeiten von Heuss über historische Gegenstände ohnehin hauptsächlich symptomatischen Wert als einflußreiche Version großbürgerlicher neoliberaler Apologetik. Er beweist exemplarisch, daß eine wissenschaftliche Kritik des deutschen Liberalismus unmöglich ist, solange man in den Grenzen dieses Gegenstandes, in dessen Perspektivlosigkeit, Fehlern und Irrtümern befangen bleibt.

Mit der Friedrich-Naumann-Stiftung und der von ihr getragenen, im Mai 1967 eröffneten, Theodor-Heuss-Akademie erfolgte eine Institutionalisierung und Koordination aller im besonderen Maße an dieser Legendenbildung interessierten und engagierten Bestrebungen. Die von der Stiftung 1966 herausgegebene „Geschichte des deutschen Liberalismus“ ist ein repräsentatives Zeugnis der konservativen, antisozialistischen und apologetischen Grundlinie dieser Geschichtsschreibung und der Schlüsselrolle, die dabei Friedrich Naumann zugedacht ist. Auch Peter Gilg bleibt im Rahmen dieser Grundkonzeption, wenn er versucht, das Bündnis des sozialdemokratischen Revisionismus mit dem Naumannschen Nationalsozialismus gegen den revolutionären Charakter und die marxistische Führung der Sozialdemokratischen Partei als einen Demokratisierungsprozeß zu interpretieren. In Naumanns „Demokratie und Kaisertum“ will Gilg dessen Entwicklung zum Demokraten und in seiner Orientierung auf die nationalistische Umerziehung und Unterordnung der Arbeiterklasse die als „Sozialist, nationaler Sozialist“ erkennen.[61]

---

60 *Marcuse, Herbert,* Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung, in: Zeitschrift für Sozialforschung, Paris, 2/1934, S. 166.

61 *Gilg, Peter,* Die Erneuerung des demokratischen Denkens im Wilhelminischen Deutschland. Eine ideengeschichtliche Studie zur Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, Wiesbaden 1965. (Veröffentlichungen des Instituts für europäische Geschichte Mainz, Bd. 37).

Werner Conze hat 1950 in bezug auf das Bild Naumanns angedeutet, daß es „bis heute im allgemeinen einer gewissen Idealisierung unterworfen“ sei, die sich aus Zuneigung und persönlichen Kontakt zu ihm mit erklären lasse.[62] Seither mußte sich der antidemokratische und antisozialistische Charakter der Naumann-Apologetik in dem Maße vertiefen und verschärfen, *in* dem sich die gegensätzlichen Auffassungen der restaurativen Kräfte, in deren Dienst sie besonders nach 1945 gestellt wurde, zum gesellschaftlichen Fortschritt weiter vertieften und verschärften. Das trifft ähnlich wie für die ideologische auch für die politische Rolle von Heuss zu.

Die Legende besteht im wesentlichen darin, Naumann als die überragende Gestalt des deutschen Liberalismus der Wilhelminischen Zeit darzustellen, der allein die neuen Erfordernisse – besonders hinsichtlich der Bejahung der imperialistischen Machtpolitik und der Entwicklung geeigneter Methoden zur Spaltung und Unterordnung der Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung – als nationales Problem verstanden und zu lösen versucht habe. Seine Tragik sei gewesen, daß objektive und subjektive Hemmnisse ihn an der erfolgreichen Ausführung seiner Pläne gehindert, diese jedoch in der späteren Entwicklung unserer Nation ihre Richtigkeit und Bedeutung erwiesen hätten. Dabei werden ihm einerseits Leistungen zugesprochen, an denen er unbeteiligt oder höchstens mitbeteiligt war, andererseits seine selbst nach bürgerlich-demokratischen Maßstäben konfusen, opportunistischen und politisch-moralisch oder selbst menschlich fragwürdigen Anschauungen und Taten unterschlagen oder beschönigt.

Tatsächlich können wir Naumann nur als eine Figur unter den verschiedenfarbigen Gestalten des ausgehenden deutschen Liberalismus betrachten, nicht ohne ihm jedoch eine bestimmte Originalität zuzusprechen. Er hat in unmittelbarer Folge in drei verschiedenen Parteien an der Leitung ihres Niedergangs teilgehabt; wo er allein an der Spitze stand, war es damit am schnellsten gegangen. Nur der Tod konnte ihn daran hindern, das gleiche ein viertes Mal - an der Spitze der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) der Weimarer Republik - durchzustehen, was seine Epigonen sicher ebensowenig zu Zweifeln an seiner Größe veranlaßt hätte. Naumann hat in allen diesen Parteien Auseinandersetzungen miterlebt und sich dabei immer von den bisherigen Gefährten und Anhängern distanziert, die zu demokratischen Konsequenzen tendierten. Er stand mehrfach vor Situationen – so bei den Stichwahlentscheidungen 1898 und 1903, bei der Gründung des konservativ-liberalen Blocks 1906/07 oder beim Vereinsgesetz 1908 und im Wahlrechtskampf –, in denen die von ihm zuvor beteuerten politischen Grundsätze mit der politischen Karriere kollidierten. Stets entschied er sich für die politische Karriere. Das System seiner Anschauungen und Argumente war zutiefst utilitaristisch angelegt und reichte von erschreckender Toleranz – wenn nicht sogar enthusiastischer Zustimmung – gegenüber Menschlichkeitsverbrechen (Armeniengreuel, Hunnenrede, Kriegspropaganda) bis zu einem Wirrwarr von Monarchismus, Chauvinismus, Klerikalismus, demagogischem Sozialliberalismus und dilettantischen ökonomischen Anschauungen.

Zum politisch-moralischen Charakterbild Naumanns gehören sein Alldeutschtum und Episoden wie der Streit um seine Altherrenschaft im Verein Deutscher Studenten 1906, die Sympathien für Karl Peters 1907 oder die Tätigkeit als politischer Gehilfe der Reichs- und Heeresleitung während des Weltkrieges. Naumann wirkte ausdauernd und nicht ergebnislos, wo er der Reaktion von Nutzen war. Er war inkonsequent oder kapitulierte, wo es ernsthaft um den Kampf für Freiheit und Demokratie ging.

Die Legendenbildung um Naumann widerspiegelt ideologische Bedürfnisse der Monopolbourgeoisie, die nach dem Fiasko mit dem Nationalsozialismus Hitlers einiger Varianten bedurfte und sich auch des Nationalsozialismus Naumanns erinnerte. Dieser enthielt für ihr Anliegen wesentliche Elemente wie den Antisozialismus, Pseudoliberalismus, soziale Demagogie, Klerikalismus und Konservatismus. Die Konjunktur um Naumann bei gleichzeitiger Mißachtung gegenüber Eugen Richter, Theodor Barth, Hellmut von Gerlach, Rudolf Breitscheid und Ludwig Quidde kennzeichnet die konservative Natur des Neoliberalismus und seinen Antidemokratismus, wenn diese auch nicht an die besten Vertreter der Arbeiterklasse heranreichen. Bei allen Widersprüchen und Halbheiten verkör-

---

62 *Conze, Werner,* Friedrich Naumann. Grundlagen und Ansatz seiner Politik in der nationalsozialen Zeit (1895 bis 1903), in: Schicksalswege deutscher Vergangenheit, hg. v. Walter Hubatsch, Düsseldorf 1950, S. 355.

pern sie jedoch alle einen Teil des Kampfes des fortschrittlichen Bürgertums für die Volksinteressen, die Nation und den geschichtlichen Fortschritt. Jeder von ihnen ist darüber hinaus in der menschlichen Lauterkeit und der Konsequenz des politischen Lebensweges Naumann um einiges überlegen.

3. Die Alternative: Liberaldemokratismus oder Neoliberalismus

Die dargelegte Anschauung von der Krise und vom Ende des deutschen Liberalismus läßt für den heutigen Betrachter noch Fragen offen, vor allem wenn es gilt, die seitherige Entwicklung einzuschätzen. Dieses Problem zu berücksichtigen ist notwendig, da sich auch aus dieser Sicht Einwände gegen die Gesamtkonzeption ergeben können. Was blieb nach 1918/19 vom früheren Liberalismus? Die seitherige Entwicklung offenbart uns bis in die Gegenwart *zwei einander gegensätzliche Hauptlinien.* Beide knüpften an den früheren widerspruchsvollen Gehalt liberaler Ideologie und Politik an. Ihr historisches und klassenmäßiges Wesen ist jedoch vom Liberalismus unterschieden und begrifflich nicht mehr unter ihm, als Teil oder Phase von ihm zu subsumieren:

a) *Die liberaldemokratische und überhaupt bürgerlich-demokratische Linie,* die, den Gesetzen unserer Epoche folgend und entsprechend, in ihren sozialen Grundlagen und politischen Bestrebungen kleinbürgerlich-demokratisch, patriotisch, antiimperialistisch und antifaschistisch orientiert ist und geschichtlich trotz aller Widersprüche und Hemmnisse ihren Platz an der Seite der Arbeiterklasse und ihrer sozialistischen Organisationen findet. Diese Linie mündet in den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus und findet darin ihre historisch-logische und humanistische Erfüllung.

b) Die *neo- und pseudoliberalen Strömungen der imperialistischen Bourgeoisie,* die in der Hauptsache unter dem Oberbegriff des *Neoliberalismus* erfaßt werden. Dem Neoliberalismus ist der an die bürgerliche Fortschrittlichkeit der Vergangenheit erinnernde Liberalismus-Begriff nur formales Skelett, vor allem aber demagogisches Aushängeschild einer bestimmt nuancierten imperialistischen, antinationalen und antikommunistischen Ideologie und Politik.

Neben diesen Hauptlinien kann es Zwischenstufen oder Überlagerungen, jedoch keine dritte und keine allumfassende Strömung geben. Bernhard Kopp behauptet die Möglichkeit einer Synthese. Aus der Fiktion des *Freiheitlichen Sozialismus* und der eines neuen *Liberalismus* leitet er die Fiktion einer Synthese von „Liberalismus und Sozialismus“ ab.[63]

Der gegensätzliche politische Weg von Otto Nuschke und Theodor Heuss versinnbildlicht den bestehenden Antagonismus. Er war unausgebildet in Naumanns nationalsozialer und Barths sozialliberaler Anhängerschaft angelegt. Nuschke und Heuss begannen ihre politische Tätigkeit als Gefährten Naumanns und als nationalsoziale Redakteure. Der erstere beschloß sie als verdienter und geachteter Staatsmann und Parteiführer der CDU im jungen deutschen Arbeiter- und Bauernstaat, der andere nach der Präsidentschaft im Staat der restaurierten Monopolherrschaft und des wiedererstandenen Militarismus.

Die progressive Entwicklungslinie fand ihren Höhepunkt in der Gründung und seitherigen Entwicklung der Liberaldemokratischen Partei Deutschlands (LDPD) und der befreundeten Christlich-Demokratischen Union (CDU) und Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NDPD). „Unter Führung der geeinten Arbeiterklasse wuchs das Miteinander aller gesellschaftlichen Kräfte, wurde die Einheitsfront des Volkes entscheidende Grundlage für den Weg zur Lösung unserer nationalen Lebensfragen.“[64] Der Zusammenschluß im Demokratischen Block 1945 war einer der Grundsteine für die seither vollzogene erfolgreiche revolutionäre Umwälzung.

Auf dem VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) im April 1967 in Berlin würdigte Walter Ulbricht den Beitrag der Blockparteien beim Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik: „Wir sehen darin einen erfreulichen Beweis für die Lebenskraft unserer vertrauensvollen Zusammenarbeit. Unsere Interessen und Ziele werden immer mehr eins im Dienste an unserem Volk

---

63 *Kopp, Bernhard,* Liberalismus und Sozialismus auf dem Weg zur Synthese, Meisenheim am Glan 1964. (Schriften zur' politischen Wissenschaft, Bd. 4.)

64 Erklärung zum 20. Jahrestag der Gründung des Demokratischen Blocks, in: Neues Deutschland v. 14.7.1965.

und unserem sozialistischen Vaterland, der Deutschen Demokratischen Republik.“[65] Im Manifest des VII. Parteitages wurden alle Bürger der DDR aufgerufen, an der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus, an der Entwicklung der sozialistischen Menschengemeinschaft mitzuwirken. „Unter Führung der Partei der Arbeiterklasse, in enger Zusammenarbeit mit allen befreundeten Parteien des demokratischen Blocks und allen anderen in der Nationalen Front vereinten Kräften, werden die Millionen Bürger der Deutschen Demokratischen Republik diese Gemeinschaft selbst formen.“[66]

In einer Erklärung aus Anlaß des VII. Parteitages verwies der Vorsitzende der LDPD, Dr. Max Suhrbier, auf den „konflikt- und problemreichen Weg“, den Angehörige des frühen Mittelstandes bis zur sozialistischen Menschengemeinschaft der Gegenwart zurücklegen mußten. „Schwer wog dabei nicht selten das Gepäck imperialistischer und antikommunistischer Traditionen.“[67]

Die verschiedenen Äußerungen von fortschrittlichen bürgerlichen Persönlichkeiten über die Sowjetunion von 1917 bis zur Gegenwart sind eine wertvolle Quelle über die progressiven und humanistischen Impulse und Motive, von denen sich in unserer Epoche die besten Kräfte des Bürgertums leiten lassen und damit an die Seite der sozialistischen Arbeiterbewegung und der marxistisch-leninistischen Partei finden.[68] Sie enthält unter zahlreichen repräsentativen Bekenntnissen grundlegende Gedanken von Dr. Johannes Dieckmann zur Stellung des fortschrittlichen Bürgertums in unserer Zeit. Der frühere Redakteur und Generalsekretär der Deutschen Volkspartei (DVP) und heutige Präsident der Volkskammer der DDR, Stellvertretende Vorsitzende des Staatsrats, Stellvertretende Vorsitzende der LDPD und Präsident der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft ist selbst ein hervorragender Vertreter des konsequent liberaldemokratischen und antifaschistischen Weges, des Weges vom Liberalismus zum Sozialismus. Dieckmann erläutert seinen Standpunkt, indem er erklärt: „Mehr als ein Drittel der Menschheit, im Lager des sozialistischen Weltsystems fest vereint, trägt ihnen allen, die noch im Kampf stehen, die Fahne voran, die erstmalig in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution des russischen Volkes siegreich entrollt wurde. Sie ist das Zeichen unserer Zeit – und dies alles sind ‚die Zeichen der Zeit‘, die zu erkennen und zu beachten die erste Forderung schon des klassischen Liberalismus gewesen ist.“[69]

Ein anderes wertvolles, ebenso individuelles wie allgemeingültiges Zeugnis über den Weg eines bürgerlichen Wissenschaftlers im letzten halben Jahrhundert hat Arthur Baumgarten hinterlassen. Er schildert „den Entwicklungsgang, auf dem mein Denken, das philosophische wie das juristische, in einem langen Leben vom Liberalismus, dieser echt bürgerlichen Weltanschauung, zum marxistischen Sozialismus gelangt ist ...“[70]

Umgekehrt beobachten wir wie in der Vergangenheit auch heute die verhängnisvollen Auswirkungen, die die Unterordnung unter die imperialistische Bourgeoisie, ihren Antikommunismus und Nationalismus und die Feindseligkeit gegenüber dem Sozialismus für die nichtmonopolistischen Schichten der Bourgeoisie und ihre demokratischen Interessen haben. Ekkehard Krippendorf hat mit seiner Studie nochmals demonstriert, daß Ignoranz gegenüber den Gesetzen unserer Epoche und militanter Antikommunismus zwangsläufig dazu führen, den liberaldemokratischen Weg an der Seite der Arbeiterklasse zu negieren und zum antisozialistischen Propagandisten der Monopolbourgeoisie herabzusinken.[71]

---

65 *Ulbricht, Walter,* Die gesellschaftliche Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik bis zur Vollendung des Sozialismus, Schlußansprache, VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin, 17. bis 22. April 1967, Berlin 1967, S. 9.

66 Manifest des VII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1967, S. 12.

67 Neues Deutschland v. 16.4.1967.

68 *Treffpunkt Zukunft.* Bürgerliche Stimmen zur Sowjetunion, hg. v. *Wolfgang Tenzler,* Berlin 1967.

69 Ebenda, S. 225.

70 *Baumgarten, Arthur,* Vom Liberalismus zum Sozialismus, Berlin 196 7, S. 7.

71 *Krippendorf, Ekkehart,* Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone 1945/48. Entstehung, Struktur, Politik, Düsseldorf 1961 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 21).

Es bleibt eine wichtige Aufgabe, die historischen Erfahrungen und Lehren des liberaldemokratischen und antiimperialistischen Weges der fortgeschrittensten Teile des deutschen Bürgertums weiter zu erschließen.[72] Darauf laufen auch die Ergebnisse einer Studie zu direkten Auswirkungen der Oktoberrevolution hinaus.[73] Die künftigen Arbeiten werden neue wichtige Erkenntnisse für den oben behandelten Zeitraum, die Entwicklung der Liberalen und bürgerlichen Demokraten sowie hinsichtlich der Probleme der Bündnispolitik in der Periode zwischen Reichsgründung und Novemberrevolution vermitteln.

Der Generalsekretär der LDPD, Dr. Manfred Gerlach, erinnerte in einem Aufsatz zur nationalen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) an Heinrich Manns verwirklichte Prognose aus dem Jahre 1939 über den kommenden deutschen Volksstaat.[74] Die politisch-weltanschauliche und die literarische Entwicklung von Heinrich Mann ist beispielhaft für die demokratische Überwindung der Schranken des abtretenden Liberalismus. Die Zusammenarbeit von Rudolf Breitscheid, Heinrich Mann und Carl von Ossietzky am Wochenblatt der Demokratischen Vereinigung und an der Seite der kämpferischen Sozialdemokraten wiederholte sich ein Vierteljahrhundert später in veränderter historischer Situation, symbolisch in ihrer gemeinsamen antifaschistischen Aktion an der Seite der Kommunisten. Die Niederlage der Demokratie, die ihre eigene Niederlage war, hatte sie nicht gebrochen. Ein weiteres Vierteljahrhundert danach legt die Existenz des demokratischen deutschen Staates Zeugnis ab vom Sinn ihres Kampfes und ihres Opfers.

Die freisinnigen Parteien des Wilhelminischen Deutschlands waren keine Volksparteien. Kapitalistische Interessenpolitik und liberale Verachtung der Volksmassen schlossen die Hauptkräfte des Volkes aus. Der Weg zur bürgerlich-demokratischen Partei konnte nicht, wie es Ernst Portner darstellte, über den Ausbau der Agitation und Organisation zum Einfangen größerer Wähler- und Mitgliedermassen führen.[75] Der Neubeginn mußte in der Besinnung auf die wirklichen Volksinteressen und die Lebensfragen der Nation seinen Ausgangspunkt nehmen. Das geschah vor allem im Osten Deutschlands in den Jahren nach 1945.

Die liberaldemokratische Linie kann historisch nicht mehr als Entwicklungsphase des Liberalismus gedeutet werden. Tatsächlich ist in Deutschland seit dem ersten Weltkrieg keine wirklich patriotische und gesellschaftlich fortschrittliche bürgerliche Bewegung unter dem Banner des „Liberalismus“ angetreten. Diese Erscheinung hat nicht terminologische oder psychologische Ursachen. Sie liegen neben dem skizzierten notwendigen Abtreten des Liberalismus auch in der inneren Logik liberaler Doktrinen und Leitbilder.

Das theoretisch-ideologische System des Liberalismus genügt den veränderten Bedingungen unserer Epoche und ihren antiimperialistisch-demokratischen Aufgabenstellungen nicht mehr. Es ist für jede bürgerliche Fraktion oder Organisation eine nur bedingt taugliche Waffe, die jedem ihrer bürgerlichen Gegner – beispielsweise der Monopolbourgeoisie – gleichzeitig wirksame Abwehr- und Angriffsmittel in die Hand gibt. So können die liberalen Leitsätze über den Unternehmer sowie seine Rechte und Freiheiten, über die Initiative, das Risiko, den Erfolg, die Konkurrenz ebenso wie die formale Auffassung der Freiheit und Rechtsgleichheit, das Manchestertum und der Individualismus nicht oder nur sehr bedingt als entscheidende Waffen gegen jene Kräfte eingesetzt werden, die, entsprechend diesen kapitalistischen Leitsätzen, sich durchgesetzt, sie mit der Konzentration und Zentralisation des Kapitals am erfolgreichsten verwirklicht und sie im Ergebnis dieser Durchsetzung historisch überwunden und negiert haben. Lukacs stellte unter diesem Aspekt fest: „Der Kampf zwischen der revolutionären Demokratie und dem Liberalismus um die Beseitigung des liberalen Erbes ist ein Hauptproblem aller fortschrittlichen Bestrebungen innerhalb der kapitalistischen Welt ...“[76]

---

72 Vgl. auch *Hoffmann, Wolfgang,* Bürgertum im Aufbruch. Die Gründung der LDPD in Sachsen, Berlin 1966 (Schriften der LDPD, H. 2).

73 *Bertsch, Herbert/Weißbecker, Manfred,* Die bürgerlichen Parteien in Deutschland und die Große Sozialistische Oktoberrevolution, in: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und Deutschland, Band 1, Berlin 1967, S. 199-342.

74 *Gerlach, Dr. Manfred,* Die Initiative der SED und wir, in: Neues Deutschland v. 22.6.1966.

75 Vgl. *Partner, Ernst,* a. a. O.

76 *Lukács, Georg,* a. a. O., S. 127.

Das Abtreten des Liberalismus als einer bestimmten sozialen Bewegung, bedeutet keinesfalls, daß damit alle von der Bourgeoisie mit dem Liberalismus erstrebten geschichtlich und gesellschaftlich progressiven Leitbilder, Maximen und Impulse völlig verschwinden würden. Dem letzteren wirken sowohl sozialökonomische Faktoren wie bestimmte Gesetzmäßigkeiten in den ideologischen Prozessen entgegen. Die sozialökonomisch bis zu schärfsten Widersprüchen differenzierte Struktur und Situation der Bourgeoisie, des Kleinbürgertums und der Intelligenz im Imperialismus äußern sich geistig und politisch in einer breiten Skala von der äußersten Reaktion über verschiedene liberale Schattierungen bis zu konsequent demokratischen Anschauungen und Zielen. Eine progressiv liberale Haltung erscheint hier als das Eintreten für bestimmte Grundsätze und Forderungen, die spezifische Bestandteile des historischen Liberalismus waren und durchaus historisch-politische Aktualität und Wert behalten haben. Sie ist insofern Vorstufe, Verbündeter oder Bestandteil einer demokratischen Bewegung.

Neben gesellschaftlichen Ursachen und politischen Bedürfnissen ergibt sich die Wirkung liberaler Traditionen und Ideen auch durch spezifische Gesetzmäßigkeiten und die relative Eigenständigkeit in der Entwicklung des gesellschaftlichen Bewußtseins. Trotz des Wirkens solcher und weiterer Faktoren bildet auch die Summe dieser Erscheinungen keinen „Liberalismus“, der als eigenständige gesellschaftlich-politische Bewegung unserer Zeit oder gar als dritter Weg zwischen Sozialismus und Imperialismus existiert. Diese liberalen Strömungen und Bestrebungen sind – selbst äußerst heterogen – Produkt sozialökonomischer und ideologischer Übergangszustände. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit ihrer sorgfältigen Analyse und differenzierten Einschätzung in der jeweiligen Situation des Klassenkampfes und für die Bündnispolitik. Andererseits ist damit auch ihre soziologische und politisch-ideologische Relativität festgestellt, die im gesetzmäßigen Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung und des Klassenkampfes stets der Tendenz der Polarisierung bei den Hauptkräften des Grundwiderspruchs im Kapitalismus – Arbeiterklasse und Monopolbourgeoisie – unterliegt.

Der *Neoliberalismus,* dessen Liberalismus-Konzeption uns bereits beschäftigte, bedarf einer genaueren Bestimmung. Infolge seiner Entstehung, Geschichte und vorrangigen Entwicklung und Ausbildung im Bereich der modernen großbürgerlichen Nationalökonomie und Wirtschaftspolitik werden diese Seiten bisher mit ihm gleichgesetzt. Als seine führenden Vertreter erscheinen danach Wilhelm Röpke, Walter Eucken, Alexander Rüstow u. a. Das erscheint diskutabel. Es ist daraus erklärbar, daß wir neben den neoliberalen ökonomischen Schulen und Vertretern erst seit Ende der fünfziger Jahre zielstrebigere Bemühungen zur Entwicklung einer neoliberalen Sozialphilosophie beobachten. Nunmehr gibt es keine stichhaltigen sachlichen Gründe, diese relativ enge Auffassung vom Neoliberalismus als einer Wirtschaftstheorie aufrechtzuerhalten und ihn damit von wesensgleichen Bestrebungen in der Politologie, Soziologie, Historiographie, Publizistik und praktischen Politik zu unterscheiden.

R. Naumann hat zutreffend registriert: „Die Neoliberalen betrachten diese Entwicklung als den Beginn einer grundsätzlichen Neuorientierung in den Sozialwissenschaften.“ Dabei konnte er sich auf ausdrückliche diesbezügliche Äußerungen von Röpke über „ein Umdenken der Fundamente“ und von Rüstow über „eine radikale und fundamentale Erneuerung des Liberalismus, seine Umartung und Neugeburt“ beziehen.[77] In seinem programmatischen Werk „Civitas humana“ hatte Röpke bereits 1944 betont, daß die „Wirtschaftsverfassung... sich immer in einem bestimmten Zuordnungsverhältnis zur gesamten Gesellschaftsverfassung“ befinde. Der Neubeginn müsse ohne die „in den Fehlentwicklungen des historischen Liberalismus und Kapitalismus wurzelnden Schwächen“ erfolgen.[78]

Rüstow hat in einer im wesentlichen ebenfalls während des II. Weltkrieges entstandenen programmatischen Schrift die „Absolutheit“ des früheren wirtschaftlichen Liberalismus kritisiert, „mit der er seine Maxime ‚laissez faire, laissez passer‘, so viel an ihm lag, durchführte.“ Darin sah er zugleich die Ursache „für das Hochkommen des radikal antiliberalen Kollektivismus“. In den Mittelpunkt

---

77 *Naumann, Robert,* a. a. O., S. 69. Vgl. zur neueren grundsätzlichen Einschätzung des Neoliberalismus: *Imperialismus heute,* a. a. O., besonders S. 552 ff.; *Bürgerliche Ökonomie im modernen Kapitalismus,* a. a. O., S. 48-76.

78 *Röpke, Wilhelm,* Civitas humana. Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsreform, Erlenbach-Zürich 1944, S. 381, 393.

seiner Folgerungen rückte er die Forderung nach der „Erneuerung des Liberalismus“ als eines angeblichen „dritten Weges“ und pries dessen Ziel: „Ein und dieselbe Wirtschaftsform vereinigt also in sich Gerechtigkeit und Freiheit einerseits und höchste wirtschaftliche Ergiebigkeit anderseits. Das ist ein ganz unverdientes Glück, dessen sich freilich die Menschheit erst noch würdig erweisen müßte.“[79]

Diese Leitidee der Einheit von Ökonomie und Politik, der Sozialordnung, Wirtschaftspolitik und Machtfragen bestimmt wesentlich die neoliberale Anschauung und Argumentation. Unter dem Thema „Marktwirtschaft ist nicht genug“ charakterisierte Röpke 1957 die Grenzen der „Marktwirtschaft“ als umfassenderen politischen Prozessen und Entscheidungen untergeordnet: „Mit anderen Worten: das schließliehe Schicksal der Marktwirtschaft mit ihrem bewunderungswürdigen und völlig unersetzlichen Mechanismus von Angebot und Nachfrage entscheidet sich – jenseits von Angebot und Nachfrage.“[80]

Andererseits betrachten auch die neoliberalen Politiker, Publizisten und Politologen den ökonomischen Neoliberalismus als eine den ihren gleichgerichtete und damit wesentlich übereinstimmende Strömung. So Th. Dehler: „Was seit 1945 an Wertvollem bei uns geschaffen worden ist, ist liberalen Geistes: der Rechtsstaat, die Marktwirtschaft, das angebliche Wirtschaftswunder, sie stammen nicht aus christlich-ständischen und nicht aus sozialistischen Ideen, sondern ausschließlich aus liberalen Vorstellungen und Impulsen, nicht nur in der Sache, sondern auch in den Personen.“[81] Die Zusammenfassung dieser Bestrebungen unter dem Sammelbegriff des *Neoliberalismus* erscheint sowohl von der Beurteilung des gegenseitigen Verhältnisses durch ihre Vertreter als auch und vor allem durch die Übereinstimmung der grundlegenden theoretischen Aussagen und historisch-politischen Funktionen gerechtfertigt.

Im Neoliberalismus sehen wir also den Versuch einer konservativ und antisozialistisch konzipierten Renaissance des Liberalismus als eines apologetischen Instrumentariums unter den Bedingungen und im Dienste des Imperialismus. Zunächst hauptsächlich von Gruppen bürgerlicher Wirtschaftstheoretiker entwickelt und ausgearbeitet, tendierten die neoliberalen Anschauungen von Anbeginn zu ihrer Verallgemeinerung zu einer umfassenderen Gesellschaftslehre, die unter dem Zeichen der zeitgemäßen Fortführung und Weiterentwicklung des Liberalismus erstehen sollte. Damit hatte sie eine ideologische und strategisch-taktische Variante zur faschistisch-völkischen oder katholischen Soziallehre darzustellen und wirksamer als diese zur Erhaltung und Stabilisierung des kapitalistischen Systems in seiner allgemeinen Krise und in der Auseinandersetzung mit dem sozialistischen Weltsystem beizutragen.

Die marxistisch-leninistische Kritik am Neoliberalismus unterscheidet sich grundsätzlich von der seiner sonstigen Kritiker. Aus der Position eines klassenmäßigen Gegensatzes erfolgt durch sie die wissenschaftliche Einordnung und Wertung neoliberaler Ideologie und Politik. Die hauptsächlichen großbürgerlichen Varianten der Kritik am Neoliberalismus, die faschistische und die klerikal-konservative, stimmen mit ihm in mehreren Grundfragen überein. Dazu gehört die gemeinsame monopolkapitalistische Basis, die unbedingte Bejahung und Verteidigung des Kapitalismus, die apologetischen Funktionen, der Antidemokratismus und Antikommunismus.

Der Gegensatz der marxistisch-leninistischen Kritik zu diversen großbürgerlich-konservativen Urteilen läßt sich auch in scheinbar übereinstimmenden Thesen feststellen. Häufig erklären klerikal-konservative, nationalistische, faschistische u. a. Ideologen der Monopolbourgeoisie, daß der Liberalismus überholt sei, versagt habe und für die Gegenwart und Zukunft keine entscheidende Bedeutung besitze. Teilweise wird dies mit der Konstruktion eines Popanz von Liberalismus verbunden, mit dessen Diffamierung vor allem die demokratischen und sozialistischen Bewegungen unserer Zeit getroffen werden sollen. Oder die Feststellung vom überholten Liberalismus geht von parteitaktischen Motiven aus, z. B. in der Polemik von Führern der CDU/CSU gegen die FDP, und wird im Interesse eigener apologetischer Bedürfnisse und Freiheitslegenden umgekehrt in eine angeblich erfolgte

---

79 *Rüstow, Alexander,* Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus, 2. Aufl. o. O. 1950, S. 100.
80 *Röpke, Wilhelm,* Marktwirtschaft. S. 11.
81 *Dehler, Thomas,* Das liberale Leitbild, in: liberal, Sonderheft 5. November 1964. S. 5.

Transformation des Liberalismus, der nunmehr nicht wie in der Vergangenheit in spezifisch liberalen Parteien existiere, sondern beispielsweise in der sozialen Ordnung der Bundesrepublik, in der „Marktwirtschaft", der Verfassung, allen Bundestagsparteien usw. aufgegangen sei. In diesem Sinn wetteifern auch rechte sozialdemokratische Führer um das Prädikat ‚liberal' und entsprechen ihm durch ihre Preisgabe der Demokratie und des Sozialismus. Diese politisch-ideologische Version kann unmittelbar an den Grundaussagen des Neoliberalismus anknüpfen und sich diese dienstbar machen. Das ist ein wesentliches objektives Kriterium der proimperialistischen und antikommunistischen Funktion des Neoliberalismus.

R. Naumann hat sich auch mit dem antisozialistischen Charakter des Neoliberalismus befaßt und H. Nussbaum stellte fest: „Die Quintessenz der neoliberalen Theorien: Monopole sind schlimm, sozialistische Produktionsverhältnisse sind indiskutabel."[82] H. Marcuse bemerkte zu den antiliberalen Gefechten der „neuen" faschistischen Weltanschauung 1934, diese stimme mit der „gesellschaftlichen Grundstruktur" des Liberalismus überein und daß darüber hinaus „außer dieser positiven Verbundenheit die neue Weltanschauung mit dem Liberalismus in seinem Kampf gegen den marxistischen Sozialismus ganz einig ist, dafür bedarf es heute keiner Belege".[83]

Der fanatische Antikommunismus bildet mit dem Prokapitalismus den roten Faden in der Entwicklung des Neoliberalismus und in den Werken seiner führenden Vertreter. Röpke erklärte 1957 den Kommunismus im Vergleich zur Wasserstoffbombe als die schrecklichere Gefahr, „weil die moralisch-seelische Vernichtung unvergleichlich furchtbarer ist als die physische, der wir im natürlichen Verlauf der Dinge ohnehin tapfer ins Auge sehen müssen".[84] Mises verbindet seinen bornierten, aggressiven Antikommunismus folgerichtig mit toleranten Verbeugungen vor dem Faschismus und bestätigt damit, wie gültig die von Marcuse getroffene Feststellung noch heute ist.

In jüngster Zeit hat James Burnham jene 1934 von Marcuse analysierte reaktionäre Polemik gegen den „Liberalismus" wesensgleich, wenn auch philosophisch und terminologisch modifiziert, fortgesetzt.[85] Wie für die offen faschistischen Kritiker ist der Gegenstand seiner Angriffe nicht der Neoliberalismus, sondern ein vermeintlicher Liberalismus, als den er mit neununddreißig Testfragen faktisch eine Summe von demokratischen, liberalen, pazifistischen und sozialen – auf jeden Fall anti- oder nichtfaschistischen – Anschauungen und Verhaltensweisen bezeichnet. Diese sind für die geistige und politische Haltung größerer Teile der Bevölkerung, besonders von Arbeitern, Angestellten und Intellektuellen, charakteristisch. Wie die faschistischen Kritiker des „Liberalismus" und als Ausdruck grundsätzlicher Gemeinsamkeiten mit dem Neoliberalismus klammert Burnham aus seinem Liberalismus-Begriff das kapitalistische Eigentum (und damit erst recht die Herrschaft der Monopole) völlig aus. Sein fanatischer Antikommunismus steht dem von Mises, Röpke und anderen Neoliberalen in nichts nach und schließt wie bei ihnen die Sympathie für und die Toleranz gegenüber dem Faschismus ein.

Peter Hartmut Wittke und Leo Kofler haben sich offensiv mit dem Antidemokratismus der Neoliberalen auseinandergesetzt. Während Wittke den Klasseninhalt des neoliberalen Freiheitsbegriffs analysierte, der „vor allem dem Unternehmer, dem Fabrikanten und Händler ein kaum noch zu steigerndes Maß an Freiheit" einräumt[86], charakterisiert Kofler „die neoliberale Lehre als eine getarnte Klassenkampflehre ungehemmtester Art". Ihre monopolistische Grundlage dränge sie zu einem „konsequenten Antidemokratismus, wenngleich unter dem Schein der Anerkennung der Demokratie, das heißt bei verbaler Bejahung der Sehnsucht des Volkes nach einer wirklich demokratischen Lebensform der Gesellschaft". Schließlich stellt er fest: „Nirgends tritt der Gegensatz zwischen Liberalismus

---

82 *Nussbaum, Helga,* Bürgerliche Monopolgemeinschaft, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Berlin 1962, Teil III, S. 103.

83 *Marcuse, Herbert,* a. a. O., S. 167.

84 *Röpke, Wilhelm,* Marktwirtschaft, S. 17.

85 *Burnham, James,* Begeht der Westen Selbstmord? Ein Versuch über Bedeutung und Zukunft des Liberalismus, Düsseldorf und Wien 1965.

86 *Wittke, Peter Hartmut,* Die schwierige Mitte. Liberalismus, Kommunismus und wir, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, 12/1961, S. 1134.

und Demokratie so klar hervor wie in der Frage der *Mitbestimmung der Arbeiterschaft in den Betrieben*.“[87]

Sowohl vom Mechanismus der Massenbeeinflussung im staatsmonopolistischen Kapitalismus als auch von der inneren Differenziertheit und Widersprüchlichkeit der Bourgeoisie und auch der zu beeinflussenden Bevölkerungsschichten her ist für die herrschenden Kreise die Einbeziehung verschiedener ideologischer Traditionen und Systeme unvermeidlich. Das gilt auch für den Plan der formierten Gesellschaft. Der Neoliberalismus vermag mit seinem speziellen weltanschaulichen und politischen Profil bestimmte dem politischen Klerikalismus oder der faschistischen Diktatur eigene Schwächen oder Grenzen zu kompensieren. Er erhöht die ideologische und taktische Manövrierfähigkeit der gesamten Monopolbourgeoisie. Sein spezieller Wert ergibt sich dabei auch aus einem politisch-ideologischen Instrumentarium, wie die traditionelle Arbeiter- und Gewerkschaftsfeindlichkeit, die formalen Demokratie- und Rechtsbegriffe, die hohe Bewertung der Stellung des Unternehmers, des Risikos, der Konkurrenz; die Ablehnung des sogenannten „Wohlfahrtsdenkens“, die vulgärökonomische Rechtfertigung der Ausbeutung, der „Leistungssteigerung“, des Maßhaltens und sozialen Abbaues sowie der Rüstungspolitik.

Zugleich sind dem Neoliberalismus durch seine kapitalistische Tradition und dieses ideologische Profil in der Massenbeeinflussung Grenzen gesetzt. In diesem Sinne kann er die massenwirksamen Systeme der Monopolbourgeoisie ergänzen, aber nicht ablösen, Das äußert sich tendenziell auch in der Instabilität und Begrenztheit der sozialen Basis der Freien Demokratischen Partei.

Ludwig Erhard hat in den wenigen Jahren seiner Kanzlerschaft 1963 bis 1966 mit seiner Person den klassenmäßigen Zusammenhang und die unheilige Dreieinigkeit der neoliberalen, klerikal-konservativen und faschistischen Variante imperialistischer Ideologie und Politik demonstriert: Von der Mitwirkung in der faschistischen Wirtschaftspolitik, bei der neoliberalen Theorie und Praxis der „sozialen Marktwirtschaft“, als Kanzler und Vorsitzender einer „christlich-demokratischen“ Partei bis zum Zusammenspiel nunmehr mit dem Neonazismus führt offenbar ein gradliniger Weg. Der mit seiner Ablösung verfolgte forcierte Rechtskurs bestätigte symptomatisch, daß der Antidemokratismus und nationalistische Konservatismus in der Entwicklung der Monopolbourgeoisie dominieren und selbst zur Verdrängung jener pseudoliberalen Garnierung führen, die den demokratischen Kräften Rückhalt oder Ansatzpunkte für echte freiheitliche und demokratische Forderungen bieten könnte.

Die Erfüllung der apologetischen Funktion des Neoliberalismus erfordert unter den Bedingungen der allgemeinen Krise des Kapitalismus und des bestimmenden Einflusses des Sozialismus jedoch mit der Rezeption liberaler Traditionen und Leitsätze auch, die in der progressiven Überlieferung des Liberalismus enthaltenen Ansatzpunkte für antiimperialistische und demokratische Bestrebungen auszumerzen oder zu entschärfen. Dies um so mehr, als die progressive und humanistische Überlieferung des Liberalismus vor allem in Schichten des Kleinbürgertums und der Intelligenz lebendig bleibt und den Übergang zu antiimperialistisch-demokratischen Positionen stimulieren kann.

So beobachten wir den bemerkenswerten Vorgang, daß die neoliberalen Ideologen in ideeller Übereinstimmung mit ihren klerikal-konservativen oder faschistischen Kritikern bei der Ausarbeitung ihres Menschen- und Gesellschaftsbildes die historisch bereits erfolgte Überwindung des Liberalismus als einer realen Bewegung auf theoretisch-ideologischer Ebene nachzeichnen. Souverän rechnen sie mit den angeblichen Schwächen des alten Liberalismus ab, d. h. im wesentlichen mit seiner im 19. Jahrhundert ausgebildeten Gestalt und Erscheinungsform. Im Ergebnis dieser unter dem allgemeinen Beifall der besseren Gesellschaft vorgenommenen Operationen verurteilen, verleugnen oder modifizieren sie alle für die historisch progressive Leistung des. Liberalismus in der Vergangenheit wesentlichen und charakteristischen Züge wie den Rationalismus, den Geschichts- und Gesellschaftsoptimismus und Fortschrittsglauben, den „Doktrinarismus“, den Antiklerikalismus und Humanismus, den Individualismus (soweit er auf demokratische, pazifistische und humanistische Bewegungen fördernd wirken konnte) und das Verhältnis zum Staat, soweit es dem neoliberalen „Ordnungsgedanken“ zuwiderläuft.

---

87 *Kofler, Leo,* a. a. O., S. 115 ff.

Im Rahmen dieser, hier unvollständigen Skala unterbreitet der Neoliberalismus seine historische. Selbstkritik als Befähigungsnachweis für die Eingliederung in die zu formierende Herrschaft des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Burnham befindet sich als Kritiker des „Liberalismus" mit den Vorkämpfern des neuen „Liberalismus" in voller Übereinstimmung und dürfte auch des Beifalls der Ideologen der faschistischen „Nationaldemokratischen Partei" Westdeutschlands sicher sein: Kampf gegen alle demokratische, freiheitliche, humanistische und pazifistische Überlieferung und Konsequenz des Liberalismus.

Burnham nennt die Gegnerschaft zum Rassismus, zu Imperialismus und Kolonialismus, zu imperialistischen Aggressionen und zum Terrorismus sowie das Bekenntnis zu sozialer Gerechtigkeit, zur Friedenspolitik, Abrüstung, zu den bürgerlich-demokratischen Rechten und Freiheiten als Merkmale des von ihm befehdeten „Liberalismus". Das sind „spezifische Merkmale, die in jedem einzelnen Fall die Unfähigkeit des Liberalismus beweisen, sich den entscheidenden Problemen des westlichen Überlebens angemessen zu stellen". Deshalb sei der „Liberalismus ... die Ideologie des westlichen Selbstmords".[88] Das ist die Konsequenz, die sich aus der Abkehr der Großbourgeoisie von der progressiven und humanistischen Tradition der Bourgeoisie und des Liberalismus ergibt. Sie bestätigt auf ihre Art, daß der Sozialismus Heimstatt des Humanismus geworden ist.

Tatsächlich entspricht dem Neoliberalismus von Gruppen der Monopolbourgeoisie wie in der Weimarer so auch in der westdeutschen Bundesrepublik keine, den Erfordernissen unserer Epoche gemäße, freiheitliche und demokratische Bewegung. R. Naumann verwies auf den Anspruch des Neoliberalismus, berufener „Vertreter der Freiheit par excellence" zu sein. Angesichts der Entwicklung in Westdeutschland erinnern solche Phrasen an die Praxis der von Marx glossierten französischen Bourgeois: „Solange also der *Name* der Freiheit respektiert und nur die wirkliche Ausführung derselben verhindert wurde, auf gesetzlichem Wege versteht sich, blieb das konstitutionelle Dasein der Freiheit unversehrt, unangetastet, mochte ihr *gemeines* Dasein noch so sehr totgeschlagen sein."[89]

Die grundsätzliche Einschätzung der politisch-ideologischen Funktion des Neoliberalismus gilt auf parteipolitischer Ebene in hohem Maße auch für die Freie Demokratische Partei (FDP), insbesondere hinsichtlich ihrer Rolle in den Koalitionskabinetten mit der CDU/CSU bis 1966 sowie in bezug auf ihren rechten Flügel. Im Ergebnis heftiger interner Auseinandersetzungen vor allem um die Anerkennung der DDR und der bestehenden Grenzen in Europa, wurde mit dem vom 18. Bundesparteitag der FDP im April 1967 in Hannover beschlossenen „Aktionsprogramm" nochmals das prinzipielle Festhalten an der gescheiterten Deutschland- und Ostpolitik bestätigt. An der Spitze der konservativ-nationalistischen Mehrheit stand Erich Mende, der wenige Monate später aus seiner Funktion als Parteivorsitzender ausschied. Mende repräsentierte bei allen historisch bedingten und taktischen Modifikationen an der Spitze des konservativen und teilweise neonazistischen Flügels die antidemokratische Tradition. Sein Weg vom ‚liberalen' Parteiführer und total gescheiterten Minister für „gesamtdeutsche Fragen" zum leitenden Beamten eines amerikanischen Konzerns, seine karrieristische Bindung an das große Kapital und dessen militaristisch-expansionistische Politik erinnern an den chauvinistischen Ehrgeiz und die antisozialistischen Aktivitäten Friedrich Naumanns und an dessen Scheitern.

Es charakterisiert die Krise in der FDP, daß die innerparteiliche Opposition besonders seit Dezember 1966 sich vor allem auf jenes Gebiet bezieht, das durch den Parteivorsitzenden als Vizekanzler in der Bundesregierung mehrere Jahre vertreten wurde: die Deutschland- und Ostpolitik. Das „Schollwer-Papier" von Anfang 1967 wurde ein Beitrag zu einer Bestandsaufnahme der tatsächlichen Situation, der Möglichkeiten und Aufgaben einer friedliebenden westdeutschen Deutschland- und Außenpolitik. Zu den unumgänglichen Wahrheiten gehört danach: „Auf deutschem Boden haben sich inzwischen zwei deutsche Staaten etabliert ...", und zu den notwendigen Schlußfolgerungen „... die Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesregierung und deren Bereitschaft, auf allen Ebenen

88 *Burnham, James,* a. a. O., S. 325, 332.
89 *Marx, Karl,* Der achtzehnte Brumaire des Luis Bonaparte, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 8. Berlin 1960, S. 127.

mit den zuständigen Stellen der DDR über beide deutsche Staaten interessierende Fragen zu verhandeln“.[90]

Hans Wolfgang Rubin, Bundesschatzmeister der FDP, forderte in diesem Sinn im März 1967 eine tatsächliche Lösung der großen politischen Fragen: „Heuchelei, Lüge und Selbstbetrug dürfen die Lage nicht länger verschleiern. Die Wahrheit über die Situation der Bundesrepublik, über die beschränkten Möglichkeiten von Westdeutschland gilt es auszusprechen.“[91] In zunehmendem Maße werden solche Forderungen von Organisationen und Persönlichkeiten unterstützt, die der FDP nahestehen oder angehören, darunter im „Deutschland-Memorandum 1967“ des Liberalen Studentenbundes (LSD), in Thesen und Entschließungen der westdeutschen Jungdemokraten, in Stellungnahmen von Hildegard Hamm-Brücher, Walter Erbe, William Borm u. a.

Diese ernsthaften Bemühungen um eine echte Alternative in der Außenpolitik sind vielfach von der Kritik an der antidemokratischen Entwicklung der Bundesrepublik insgesamt begleitet. Thomas Dehler hat, wie in der Bundestagsdebatte vom Dezember 1966, auch in seiner Rede auf dem Parteitag in Hannover diesen „Grund zur Sorge“ um die Freiheit und Demokratie in Westdeutschland beschworen.[92] Dieses politische Testament Dehlers steht in geistiger und politisch-moralischer Nähe von Karl Jaspers und dessen Analysen über die verhängnisvolle Entwicklung der Bundesrepublik.

Mit den inneren Auseinandersetzungen in der FDP sind grundlegende Fragen ihres künftigen Weges aufgeworfen, die im Rahmen unserer Betrachtung zum Erbe des Liberalismus in unserer Zeit von Interesse und Bedeutung sind. Im September 1966 hatte. Hildegard Hamm-Brücher am Beispiel der Koalitionsbildung von FDP und CDU in Nordrhein-Westfalen als „Erbübel des deutschen Liberalismus diagnostiziert ...: Die Angst vor der eigenen – der liberalen Courage, die ihn seit über hundert Jahren, seit dem Fiasko der Paulskirche, immer wieder in konventionell-bürgerliche Koalitionen mit den konservativsten und antiliberalsten politischen Kräften des Landes treibt.“ Als alarmierend bezeichnete sie die Möglichkeit einer solchen Entscheidung im Ergebnis der nächsten Bundestagswahlen: „Das aber wäre eine Katastrophe – eine Katastrophe für die Demokratie und den Liberalismus!“[93]

Wie vor sechs Jahrzehnten bei der Bildung des konservativ-liberalen Blocks steht auch heute das liberale Bürgertum in Westdeutschland vor der Alternative der Koalition nach rechts, mit den restaurativ-antidemokratischen Kräften imperialistischer Reaktion, oder nach links, mit den demokratischen Kräften des ganzen Volkes, besonders der Arbeiterklasse. Der Zwiespalt geht durch die gesamte FDP, und es bleibt zunächst unentschieden, ob und wie diese Partei einen alternativen Kurs finden und verfechten kann. In ihren Reihen und unter ihren Anhängern gibt es jedoch eine große Schar progressiv liberaler und demokratischer Kräfte, die bereit sind, einen wirklich neuen Weg des Friedens und der Demokratie zu beschreiten. Diese Gruppen und Persönlichkeiten haben besonders seit der Bildung der Regierung Kiesinger/Strauß und im Ergebnis ihrer Erfahrungen mit der volksfeindlichen neonazistischen inneren sowie der friedensgefährdenden äußeren Politik der herrschenden Kreise der Bundesrepublik Überlegungen und Forderungen für die demokratische Wende und einen Neubeginn der FDP unterbreitet. Rubin sprach sich im Dezember 1966 dagegen aus, den Rechtsradikalen den Rang ablaufen zu wollen, und forderte eine „entschlossen liberale, vorwärtsweisende, moderne Opposition“. Rolf Schroers plädierte für diese Entwicklung zur führenden demokratischen Oppositionspartei als „die fast einmalige und möglicherweise letzte Chance, dem deutschen politischen Liberalismus Charakter zu geben und die Schlacken überholter Sozialvorstellungen zu entfernen“.[94] Karl-Hermann Flach bezeichnete die Entwicklung Ende 1966 als „tiefen Einschnitt in unser Parteiengefüge“. Die FDP müsse ihren Standort neu bestimmen, wenn sie überleben wolle. Mit

---

90 *Schollwer, Wolfgang,* Deutschland- und Außenpolitik. Material zur Klausurtagung des Vorstandes der Freien Demokratischen Partei am 9./ 10. Januar 1967 in Bonn, Frankfurt a. M. 1967, S. 16, 18.

91 *Rubin, Hans Wolfgang,* Die Stunde der Wahrheit, in: liberal, 3/1967, S. 164.

92 *Dehler, Thomas,* Radikale Liberalität, in: liberal, 8/1967, S. 564 ff.

93 *Hamm-Brücher, Hildegard,* Gedanken über die Zukunft des Liberalismus in Deutschland, in: Die Zeit, Hamburg, v. 9.9.1966.

94 *Schroers, Rolf,* Öffnung nach links, in: liberal, 2/1967, S. 83.

einer modernen Gesellschaftspolitik finde die Partei „links von der Mammutkoalition“ einen wichtigen Platz und Verbündete- demokratische Kräfte, denen die parlamentarische Repräsentanz fehle.[95]

Die auf einer Konferenz am 4. Januar 1967 in Bonn gegründete Demokratische Aktion, entstanden „durch eine wesentliche Initiative des Mitarbeiterkreises von ‚liberal‘ in Gemeinschaft mit weiten Kreisen der demokratischen Öffentlichkeit“ (liberal, 2/1967) kann ein Instrument zur Vertiefung und Verbreitung des demokratischen Gehalts der liberalen Opposition sein. Wie die Demokratische Vereinigung 1908 als liberaldemokratische Konsequenz einer antinationalen und antisozialistischen Blockbildung und als Antwort an die Verräter progressiver liberaler Grundsätze entstand, so ist auch heute die Besinnung auf die demokratischen Interessen des Volkes und das aufrichtige Bündnis mit den konsequentesten Vorkämpfern der Demokratie, den Sozialisten und Kommunisten, die den Gesetzen unserer Epoche entsprechende Alternative. Das ist zugleich die große Chance, die sich aus dem seit fünfzig Jahren grundlegend veränderten Kräfteverhältnis zugunsten des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus ergibt.

Wie Friedrich Naumann spätestens seit 1906 am bürgerlich-junkerlichen Block und dessen Zusammenwirken mit den revisionistischen Handlangern gegen die Kräfte der Demokratie und des Sozialismus arbeitete und sich damit die Verachtung aller klassenbewußten Sozialdemokraten und fortschrittlichen Demokraten – von August Bebel bis zu Hellmut von Gerlach – zuzog, so buhlen heute sozialdemokratische Führer wie Herbert Wehner um ihre Zugehörigkeit zum imperialistisch-nationalistischen Block, der mit einer zum Scheitern verurteilten, jedoch für Frieden und Demokratie verhängnisvollen Politik gegen den Sozialismus, gegen Frieden und Demokratie angetreten ist. Ihr Bankrott wird noch vollständiger und das Urteil der Geschichte noch vernichtender sein als bei jenen Taten ihrer antisozialistischen Vorbilder vom Anfang unseres Jahrhunderts.

Wie rasch beides auch in Westdeutschland herbeigeführt wird, ist vor allem Sache der Arbeiterklasse, ihrer fortgeschrittensten Organisation und Führer, aber auch Sache aller anderen demokratischen und progressiv liberalen Verbündeten an ihrer Seite, die sich für eine Wende zugunsten des Friedens und der Demokratie zusammenschließen. Auf der wissenschaftlichen Session „100 Jahre ‚Das Kapital‘“ im September 1967 analysierte Walter Ulbricht die Gesetzmäßigkeiten und Tendenzen in der Entwicklung des Klassenkampfes im heutigen staatsmonopolistischen Kapitalismus. Die Verschärfung der Widersprüche des imperialistischen Systems richte sich „gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung, nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch der Bauernschaft, der Mittelschichten, der kleinen und mittleren Bourgeoise ... Daraus erwachsen ständig demokratische Bewegungen und Bestrebungen. Aber die oppositionellen Kräfte müssen die Frage der Demokratie, ihre Entfaltung und Erweiterung als Mittel des Kampfes gegen die Allmacht der Finanzoligarchie in den Mittelpunkt rücken. Deshalb ist der staatsmonopolistische Kapitalismus bestrebt, seine Existenz auf dem Wege des Abbaus der Demokratie zu sichern.“[96] Alle demokratischen Forderungen können jedoch nur zum Ziel führen, wenn sie mit dem grundsätzlichen Kampf gegen die monopolkapitalistische Herrschaft und ihre antidemokratischen Herrschaftsmethoden verbunden werden.

Die Tatsache, daß die Liberalen in Deutschland nie die herrschende Kraft waren, und das Erlebnis der faschistischen Diktatur begünstigten die politisch-ideologischen Aktivitäten der Neoliberalen und pseudoliberale Deklarationen anderer großbürgerlicher Ideologen. Unter diesen Umständen können vor allem in bestimmten sozialen Schichten, wie dem Kleinbürgertum und der Intelligenz, illusionäre Vorstellungen entstehen, die das Erkennen der wirklichen historischen und Klassennatur des Neoliberalismus erschweren.

---

95 *Flach, Karl-Hermann,* Offene Diskussion! in: liberal 2/1967, S. 176 ff. Vgl. auch: *Nüsse, Robert-Julius,* Aufgaben und Chancen der FDP nach Bildung der Großen Koalition, in: X-Informationen, Nr. 22/1967 v. 31.3.1967.

96 *Ulbricht, Walter,* Die Bedeutung des Werkes „Das Kapital“ von Karl Marx für die Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR und den Kampf gegen das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland, Internationale wissenschaftliche Session: 100 Jahre „Das Kapital“, Berlin, 12./13. September 1967, Berlin 1967, S. 35 f. [Siehe Philosophie digital 2.0]

Um so wichtiger wird hier zur Verständigung über die Gebote und Chancen unserer Zeit die Darstellung der wirklichen Rolle und des natürlichen unheroischen Todes des Liberalismus in Deutschland. Im Ergebnis unserer Untersuchung müssen wir feststellen, daß der deutsche Liberalismus seine Programme am ehesten dort erfüllte, wo das unmittelbare Klassen- und Profitinteresse im Spiel war. Im umfassenderen, auf die Nation bezogenen Sinn blieb er jedoch weit dahinter zurück. Es ist absurd, heute von ihm zu erwarten, was er seiner Zeit schuldig blieb, da unser Zeitalter die progressive und dialektische Überwindung des Liberalismus als historischer und sozialer Bewegung zu jenen Voraussetzungen rechnet, mit denen überhaupt erst der Ausgangspunkt für die Durchführung der ungleich größeren sozialen Umwälzungen in dieser Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus geschaffen wurde.

Bereits zu seinen Lebzeiten blieb der deutsche Liberalismus wesentlich das, was ihm Marx und Engels noch in seiner Jünglingszeit nachsagten, nämlich „schon in seiner populären Form Schwärmerei, Ideologie über den *wirklichen* Liberalismus“.[97] Bis zu ihrem Ende hielten die Freisinnigen, was Eisner ihnen 1910 treffend sagen konnte: „Die Liberalen wurden Sieger, indem der Liberalismus besiegt wurde ... In Wahrheit, das war die Rolle des deutschen Liberalismus: sie blieben immer die Minister des zukünftigen Herrn, und um diese große Gunst nicht zu verscherzen, opferten sie für die Gegenwart ein Stück des Liberalismus nach dem anderen.“[98] Sarkastisch bemerkte Eisner, daß immer die Umstände die Liberalen hinderten, liberal zu sein, die ihrerseits nach Preisgabe des Liberalismus triumphierten, daß es dem Gegner nicht gelang, sie auszuschalten. So fällt am Ende des Weges des deutschen Liberalismus das staatsmännische Erklimmen der Vizekanzlerschaft und leitender Regierungsämter folgerichtig mit der völligen Aushöhlung der vormals progressiven bürgerlichen Bewegung zusammen.

Überschauen wir den Weg sowohl des deutschen Liberalismus wie auch seiner neoliberalen Epigonen, so erinnert uns das Bild an die Marxsche Bemerkung, daß die Geschichte gründlich ist und viele Phasen durchmacht, wenn sie eine alte Gestalt zu Grabe trägt. „Die letzte Phase einer weltgeschichtlichen Gestalt ist ihre *Komödie*.“[99]

Diese „letzte Phase“ des deutschen Liberalismus ist der Neoliberalismus. Bei allen Einschränkungen können wir im politischen Lebensweg von liberalen Parteiführern wie Eugen Richter, Theodor Barth, Hellmut von Gerlach Opfer und Ernst im Bemühen um die Durchsetzung des bürgerlichen Fortschritts beobachten, wobei ihrem schließlichen Scheitern aus geschichtlicher Notwendigkeit heraus auch Momente persönlicher Tragik anhaften. Der Neoliberalismus, in seinen Ansprüchen und Verheißungen ernst oder gar tragisch genommen, wird zur Farce. Mit ihm verfällt vom Liberalismus alles, was ihn mit der untergehenden Ordnung verbindet.

Überleben wird vom Liberalismus, von den Kämpfen, Bemühungen und Ergebnissen seiner vergangenen historischen Träger und Repräsentanten alles, was aus seiner progressiven und humanistischen Substanz, zeitgemäß aufgenommen und umgesetzt, gegen die heutige monopolkapitalistische Gesellschaftsordnung gerichtet werden kann und von den sie überwindenden sozialen und ideellen Kräften geschichtlich weitergetragen wird.

---

97 *Marx/Engels,* Die deutsche Ideologie, in: Werke, Bd. 3, Berlin 1958, S. 180.

98 *Eisner, Kurt,* a. a. O., S. 380.

99 *Marx, Karl,* Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 1, Berlin 1956, S. 382.

Quellen- und Literaturverzeichnis

I. Quellen

1. Ungedruckte Quellen

Deutsches Zentralarchiv Potsdam (DZA Potsdam)

Reichskanzlei – 07.01

Nr. 1384, Ordensverleihungen an Parlamentarier, 1904-1914.

Nr. 1391, Politische Parteien, 1903-1915.

Nr. 1393, Fortschrittliche, freisinnige und nationalliberale Parteien, 1903-1908.

Nr. 1572, Nichtamtliche Tagespresse und deren Vertreter, 1899-1905.

Nr. 1573, Nichtamtliche Tagespresse und deren Vertreter, 1905-1907.

Nr. 1792 bis 1807 sämtlich den Reichstagswahlkampf und die Reichstagswahl 1906/1907 betreffend.

Fortschrittliche Volkspartei 1910-1918 – 60 VO 3

Nr. 1 bis 66 (gesamter Bestand).

Nachlässe

Aldenhoven, Carl – 90 Al 3

Barth, Theodor – 90 Ba 4

Broemel, Max – 90 Br 3

Naumann, Friedrich – 90 Na 3

Ehem. Preuß. Geh. Staatsarchiv, heute: Deutsches Zentralarchiv Abt. Merseburg

Rep. 89 H (Geheimes Zivilkabinett), Abt. I

– Generalia Nr. 7, Bl. 102, betr. Ludwig Quidde, Caligula. Eine Studie über römischen Cäsarenwahnsinn. – Deutsches Reich Nr. 10, den Deutschen Reichstag betreffend.

– Deutsches Reich Nr. 14, die Reichskanzlerschaft von Bülows betreffend.

– Preußen Nr. 5, den Preußischen Landtag 1889-1906 betreffend.

2. Gedruckte Quellen

a) Protokolle und Berichte

Der erste Parteitag der Freisinnigen Volkspartei, Berlin, 14.-16. Juli 1893. Im Auftrag des geschäftsführenden Ausschusses hg. v. *Ludoll Parisius,* Berlin 1893.

Der zweite Parteitag der Freisinnigen Volkspartei, Eisenach, 22.-24. September 1894, Berlin 1894.

Der dritte Parteitag der Freisinnigen Volkspartei, Nürnberg, 12.-14. September 1897, hg. v. d. geschäftsführenden Ausschuß, Berlin 1897.

Der vierte Parteitag der Freisinnigen Volkspartei, Görlitz, 20.-22. Oktober 1900, hg. von *Dr. Müller-Sagan,* Berlin 1900.

Der fünfte Parteitag der Freisinnigen Volkspartei, Hamburg, 27.-29. September 1902, hg. von *Dr. Otto Wiemer,* Berlin 1902.

Der sechste Parteitag der Freisinnigen Volkspartei, Wiesbaden, 23.-25. September 1905, hg. von *Dr. Otto Wiemer,* Berlin 1905.

Der siebente Parteitag der Freisinnigen Volkspartei, Berlin, vom 12.-16. 9. 1907, hg. von *Dr. Otto Wiemer,* Berlin 1907.

Konstituierende Generalversammlung des Wahlvereins der Liberalen am 2. u. 3.12.1893 in Berlin, hg. vom Ausschuß des Wahlvereins der Liberalen, Berlin 1893.

Erster Delegiertentag des Wahlvereins der Liberalen zu Berlin am 17. u. 18 Februar 1906, Berlin-Schöneberg 1906.

Zweiter Delegiertentag des Wahlvereins der Liberalen zu Berlin am 6. u. 7. April 1907, Berlin-Schöneberg 1907.

Dritter Delegiertentag des Wahlvereins der Liberalen zu Frankfurt a. I;-f. am 21. u. 22. April 1908, Berlin-Schöneberg 1908.

Außerordentlicher Delegiertentag des Wahlvereins der Liberalen zu Berlin am 3. u. 4. Juli 1909, Berlin-Schöneberg 1909.

Fünfter (letzter) Delegiertentag des Wahlvereins der Liberalen zu Berlin am 5. März 1910, Berlin-Schöneberg 1910.

Protokoll über die Vertreter-Versammlung aller Nationalsozialen in Erfurt vom 23.-25. November 1896, Berlin 1896.

Protokoll über die Verhandlungen des Nationalsozialen Vereins

(2. Delegiertentag) zu Erfurt vom 26.-29. September 1897, Berlin 1897;

(3. Vertretertag) zu Darmstadt vom 25.-28. September 1898, Berlin 1898;

(4. Vertretertag) zu Göttingen vom 1.-4. Oktober 1899, Berlin-Schöneberg 1899;

(5. Vertretertag) zu Leipzig vom 30. Sept. bis 3. Okt. 1900, Berlin-Schöneberg 1900;

(6. Vertretertag) zu Frankfurt a. M. vom 29. Sept. bis 2. Okt. 1901, Berlin-Schöneberg 1901;

(7. Vertretertag) zu Hannover vom 2. bis 5. Okt. 1902, Berlin-Schöneberg 1902;

(8. Vertretertag) zu Göttingen vom 29. bis 30. Aug. 1903, Berlin-Schöneberg 1903.

Bericht über die Verhandlungen des 20. Parteitages der Deutschen Volkspartei in Mainz am 23. u. 24. Sept. 1899, Frankfurt a. M. 1899. (Flugschriften der Deutschen Volkspartei, Nr. 5).

Erster Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei zu Berlin am 6. März 1910, Bedin 1910.

Der zweite Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei zu Mannheim, 5.-7. Oktober 1912, hg. v. Geschäftsführenden Ausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei, Berlin 1912.

Protokolle über die Verhandlungen der Parteitage der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1890 bis 1912.

Stenografische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages IX. Legislaturperiode, 3. Session, 1894/95 bis XII. Legislaturperiode, 1907-1912.

b) Zeitungen und Zeitschriften

Correspondenz des Handelsvertragsvereins, Berlin, Nr. 1 v. 15.12.1900 bis Nr. 111 v. 19.12.1902.

Das Freie Volk. Demokratisches Wochenblatt, Berlin, Jg. 1, 1910 bis Jg. 5, 1914 (letzter Jg.).

Die Hilfe. Wochenschrift, Berlin, Jg. 1, 1895 ff.

Die Nation, Wochenschrift für Politik, Volkswirtschaft und Literatur, Berlin, Jg. 15, 1897/98 bis Jg. 24, 1906/07 (letzter Jg.).

Die Neue Zeit, Stuttgart, Jg. 16, 1897/98 ff.

Freisinnige Zeitung, Berlin, Jg. 1897 bis 1918 (letzter Jg.).

liberal, Bonn, Jg. 1, 1959 ff.

Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft der Sektion Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften „Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland“, Jena, Nr. 1, September 1963 ff. (ab Nr. 17, Juli 1966: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte).

Neues Deutschland, Berlin.

Pressearchiv des ehemaligen Reichslandbundes, Museum für Deutsche Geschichte, Berlin.

Nr. 50 E, Freisinnige Parteien, Bd. 1-5.

Nr. 50 F, Demokratische Vereinigung, Bd. 1.

Nr. 164, Parteileben, Bd. 1-13.

Nr. 164 E, Freisinnige Parteien,

Fortschrittliche Volkspartei, Bd. 1-6.

Nr. 164 G, Demokratische Vereinigung, Bd. 1.

Nr. 211, Politische Parteien und nationale Fragen, Bd. 1.

Sozialistische Monatshefte, Berlin, Jg. 5/1901 bis Jg. 11/1907.

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin.

c) Biographien, Brief- und Dokumentensammlungen, Flug- und Streitschriften, Hand- und Jahrbücher, Memoiren, gesammelte Reden und Schriften, Werkausgaben.

Abbe, Ernst, Welche sozialen Forderungen soll die „Freisinnige Volkspartei“ in ihr Programm aufnehmen? Zwei Vorträge im Freisinnigen Verein zu Jena am 7. und 21. März 1894, Jena 1894.

Adler, Viktor, Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky sowie von und an Ignaz Auer. Gesammelt und erläutert von Friedrich Adler, Wien 1954.

Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte 1916, hg. v. Hans Arends u. Curt Mossner, Berlin 1916.

Baden, Prinz Max v., Erinnerungen und Dokumente, Stuttgart, Berlin u. Leipzig 1927.

Bamberger, Ludwig, Die Secession, 3. Aufl., Berlin 1881.

Barge, Hermann, Das Programm des Liberalismus und die sächsischen Landtagswahlen, Leipzig o. J.

Barth, Theodor, Die sozialdemokratische Gedankenwelt, Berlin 1890. (Volkswirtschaftliche Zeitfragen, H. 95/ 96).

Barth, Theodor, Neue Aufgaben des Liberalismus, Berlin-Schöneberg 1904.

Barth, Theodor, Das Reichsschiff im Schlepptau von Zentrum und Konservativen! Vortrag,

gehalten am 14. Mai 1904 auf dem Stuttgarter Verbandstag der süddeutschen Nationalsozialen, nebst Diskussion, Berlin-Schöneberg 1904.

Barth, Theodor, Amerikanische Eindrücke. Eine impressionistische Schilderung amerikanischer Zustände in Briefen, Berlin 1907.

Barth, Theodor, Der Freisinn im Block. Ein Kapitel aus der Entwicklungsgeschichte des Liberalismus, Berlin 1908.

Barth, Theodor, Politische Porträts. Neue Ausgabe besorgt von E. Feder, Berlin-Leipzig-Wien-Bern 1923.

Barth, Dr. Theodor und *D. Friedrich Naumann,* Die Erneuerung des Liberalismus. Ein politischer Weckruf, Berlin 1906.

Barth, Dr. Theodor und *Dr. Rudolf Breitscheid,* Die Aufgaben der Demokratischen Vereinigung, Berlin 1909. (Demokratische Flugblätter, Nr. 2).

Bebel, August, Aus meinem Leben, Bd. 1-3, Berlin 1953.

Berendt, Martin, Die Verjüngung des Liberalismus. Ein Beitrag zur Beleuchtung der inneren deutschen Politik, Berlin 1897.

Bernstein, Eduard, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Stuttgart 1899.

Bernstein, Eduard, Wesen und Aussichten des bürgerlichen Radikalismus, München und Leipzig 1915. (Schriften des Sozialwissenschaftlichen Vereins in Cernowitz, H. 6).

Bethmann Hollweg, Theobald v., Betrachtungen zum Weltkriege, zwei Teile, Berlin 1921.

Blaustein, Arthur und *Hermann Hillger* (Hg.), Wegweiser für die Reichstagswahl 1907, Berlin-Leipzig 1907.

Böhmer, Rudolf, Die Bedeutung und Aufgabe des nationalen Blocks im Reichstage, zugleich ein Beitrag zur Beurteilung und zum Verständnis der Zentrumspolitik, München 1907.

Bräunlich, Paul, Die Nebenregierung der Zentrumsherren im Kolonialamt und die Auflösung des Reichstages im Jahre 1906, München 1907.

Bräunlich, Paul, Zentrum und Sozialdemokratie im Bund, Leipzig 1907. (Zeitgeschichtliches zur Reichstagswahl 1907, H. 2).

Breitscheid, Rudolf, Der Bülowblock und der Liberalismus, München 1908.

Breitscheid, Rudolf, Persönliches Regiment und konstitutionelle Garantien, Berlin 1909. (Demokratische Flugblätter Nr. 1).

Bremische Wadenstrümpfelei. Die bremische Bürgerschaft und die preußische Knebelbill. Die Vereitelung der Revision sämtlicher Beamtengehälter, Bremen 1897.

Brentano, Lujo, Das Freihandelsargument. Erweiterter Vortrag, Berlin-Schöneberg 1901.

Brentano, Lujo, Die liberale Partei und die Arbeiter, Berlin o. J.

Brentano, Lujo, Mein Leben im Kampf um die soziale Entwicklung Deutschlands, Jena 1931.

Bülow, Bernhard Fürst v., Deutsche Politik, Berlin 1916.

Bülow, Bernhard Fürst v., Denkwürdigkeiten, Bd. 1 und 2, Berlin 1930.

Aus Conrad Haußmann's politischer Arbeit, hg. v. seinen Freunden, Frankfurt a. M. 1923.

Damaschke, Adolf, Kamerun oder Kiautschou? Eine Entscheidung über die Zukunft der deutschen Kolonialpolitik, Berlin 1900. Soziale Streitfragen, H. 8).

Damaschke, Adolf, Aus meinem Leben, 2 Bde., Leipzig 1924/25.

Deutschland und die Vorgänge im russischen Reich. Vorträge der Herren Prof. v. Reusner, D. Wiener, D. Breitscheid, gehalten im Sozialliberalen Verein zu Berlin, Berlin-Schöneberg 1905.

Dewitz, Hermann v., Von Bismarck bis Bethmann. Innerpolitische Rückblicke eines Konservativen, Berlin 1918.

Dix, Arthur, Blockpolitik. Ihre innere Logik, ihre Vorgeschichte und ihre Aussichten, Berlin 1907.

Eichhorn, Konrad, Der „Zusammenschluß der Liberalen" oder „die Einigung des Liberalismus und der Demokratie", Berlin 1905.

Eickholf, Richard, Politische Profile, Erinnerungen aus vier Jahrzehnten an Eugen Richter, Carl Schurz und Virchow, Werner Siemens und Bassermann, Fürst Bülow, Hohenlohe u. a., Berlin 1927.

Eisenbart, Wolfgang, Liberal und Konservativ. Ein Kampf um deutsche Ideale in der Politik, 2. Aufl., Naumburg a. S. 1911.

Engels, Friedrich, Die Briefe von ... an Eduard Bernstein, Berlin 1925.

Engels, Friedrich, Briefe an Bebel, Berlin 1958.

Erkelenz, Anton, Arbeiter-Katechismus, Berlin-Schöneberg 1908.

Erkelenz, Anton, Die freiheitlich-nationale Arbeiterbewegung, München 1910. (Politische Handbücherei, H. 1).

Erzberg er, Matthias, Erlebnisse im Weltkrieg, Stuttgart u. Berlin 1920.

Erzberger, Matthias, Die Zentrumspolitik im Reichstage mit besonderer Berücksichtigung der Kolonialpolitik. Berlin 1907.

Der „Fortschritt" und die Deutsche Vaterlandspartei, Berlin 1918. (Schriften der Deutschen Vaterlandspartei, Nr. 5).

Die Fortschrittliche Volkspartei als Kem der demokratisch-republikanischen Partei, Jena (1918).

Fortschrittliebes Taschenbuch, hg. v. Reinhard Strecker, Berlin-Schöneberg 1914, 1915.

Die Freisinnige Volkspartei im Kampf für Handel und Industrie, Berlin 1905.

Die Freisinnige Volkspartei und die liberalen Forderungen des Tages. Eine Kundgebung des freisinnigen Bürgertums im Zirkus Busch in Berlin, 15.9.1907, Berlin 1907.

Die Freisinnige Volkspartei und die Barth-Demokraten, Berlin 1908.

Frese's, Herrn Hermann ... Selbstbeleuchtung, Bremen 1902.

Fuchs, Emil, Mein Leben, Erster Teil, Leipzig 1957.

Funck, Carl, Lebenserinnerungen, Frankfurt a. M. 1921.

Gaab, Max, Warum?? Müssen wir liberal wählen?? Diessen vor München 1907.

Gerlach, Hellmut v., Das Parlament, Frankfurt a. M. 1907. (Die Gesellschaft, Sammlung sozialpsychologischer Monographien, Bd. 17).

Gerlach, Hellmut v., Die Geschichte des preußischen Wahlrechts, Berlin-Schöneberg 1908.

Gerlach, Hellmut v., August Bebel. Ein biographischer Essay, München 1909.

Gerlach, Hellmut v., Erinnerungen eines Junkers, Berlin 1924.

Gerlach, Hellmut v., Von rechts nach links, hg. v. Emil Ludwig, Zürich 1937.

Gerlach, Hellmut v., Die große Zeit der Lüge, Charlottenburg 1926.

Goehre, Paul, Wie ein Pfarrer Sozialdemokrat wurde. Eine Rede, Berlin 1900.

Goehre, Paul, Vom Sozialismus zum Liberalismus. Wandlungen der Nationalsozialen, Berlin 1902.

Gothein, Georg, Der deutsche Außenhandel, Materialien und Betrachtungen, Berlin 1901.

Gothein, Georg, Liberalismus und Sozialdemokratie, Berlin-Schöneberg 1904.

Gothein, Georg, Die Parteien und die politische Lage, Berlin 1906.

Gothein, Georg, Der Mittelstand und seine Freunde, Berlin 1909.

Gothein, Georg, Reichskanzler Graf Caprivi. Eine kritische Würdigung, München 1917. (Fehler und Forderungen, Schriften zur Neugestaltung deutscher Politik, H. 5).

Gothein, Georg, Warum verloren wir den Krieg? Stuttgart u. Berlin 1919.

Haas, Ludwig, Die Einigung des Liberalismus und der Demokratie, Frankfurt a. M. 1905. (Flugschriften der Deutschen Volkspartei, Nr. 8).

Handbuch für sozialdemokratische Wähler. Der Reichstag 1907-1911, hg. v. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei, Berlin 1911.

Haußmann, Conrad, Das Arbeitsprogramm der Fortschrittlichen Volkspartei, 2. Aufl., Berlin 1911.

Haußmann, Conrad, Der Linksliberalismus, in: Handbuch der Politik, Bd. 2, Berlin und Leipzig 1912/13.

Haußmann, Conrad, Geheimbericht Nr. 7 vom Februar 1917, Berlin 1921.

Haußmann, Conrad, Schlaglichter, Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen, hg. v. Ulrich Zeller, Frankfurt a. M. 1924.

Helfferich, Karl, Georg von Siemens. Ein Lebensbild aus Deutschlands großer Zeit, 3 Bde., Berlin 1921-1923.

Hertling, Karl Graf v., Ein Jahr in der Reichskanzlei. Erinnerungen an die Kanzlerschaft meines Vaters, Freiburg i. Br. 1919.

Heuß, Theodor, Vorspiele des Lebens. Jugenderinnerungen, Tübingen 1953.

Heuß, Theodor, Erinnerungen 1905 bis 1933, 4. Aufl., Tübingen 1963.

Heuß-Knapp, Elly, Bürgerin zweier Welten. Ein Leben in Briefen und Aufzeichnungen, hg. v. M. Vater, 2. Aufl., Tübingen 1961.

Hohenlohe-Schillingsfürst, Fürst Chlodwig zu, Denkwürdigkeiten, hg. v. Fr. Curtius, 2 Bde., Leipzig 1906.

Hohenlohe-Schillingsfürst, Fürst Chlodwig zu, Denkwürdigkeiten der Reichskanzlerzeit, hg. v. K. A. v. Müller, Stuttgart 1931.

Jahrbuch der Frauenbewegung. Im Auftrage des Bundes deutscher Frauenvereine hg. v. Dr. Elisabeth Altmann-Gottheiner, Leipzig und Berlin 1912 ff.

Julianus, Die Revision des Liberalismus, Berlin 1903.

Kaempf, Johannes, Reden und Aufsätze, hg. v. d. Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin, Berlin 1912.

Kautsky, Karl, Bernstein und das sozialdemokratische Programm. Eine Antikritik, Stuttgart 1899.

Koehler, Curt, Die Industrie, die politischen Parteien und die moderne Sozialpolitik, Leipzig 1910.

Kulemann, Wilhelm, Zusammenschluß der Liberalen, Dresden 1905.

Kulemann, Wilhelm, Die Lage des Liberalismus, Dresden 1906.

Kulemann, Wilhelm, Politische Erinnerungen, Berlin 1911.

Lehmann-Russbüldt, Otto, Der Kampf der Deutschen Liga für Menschenrechte, vormals Bund Neues Vaterland für den Weltfrieden 1914-1927, Berlin 1927.

Lenin, W. I., Werke, Bd. 1 ff., Berlin 1955 ff.

Lenin, W. I., Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung, Berlin 1957.

Liebknecht, Karl, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. 1-6, Berlin 1958-1964.

Liebknecht, Karl, Ausgewählte Reden, Briefe und Aufsätze, Berlin 1952.

Luxemburg, Rosa, Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 2, Berlin 1955.

Luxemburg, Rosa, Sozialreform oder Revolution? 2. veränd. Aufl., Leipzig 1908.

Marx/Engels, Werke, Bd. 1 ff., Berlin 1956 ff.

Marx/Engels, Ausgewählte Briefe, Berlin 1953.

Matthias, Erich und *Morsey, Rudolf* (Bearb.), Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18. Erster und zweiter Teil, Düsseldorf 1959. (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Erste Reihe, Bd. 1/I-II).

Maurenbrecher, Max, Die Gebildeten und die Sozialdemokratie, Leipzig 1904.

Mehring, Franz, Gesammelte Schriften, hg. v. Thomas Höhle, Hans Koch, Josef Schleifstein,

Bd. 14, Politische Publizistik 1891 bis 1904, Berlin 1964..

Bd. 15, Politische Publizistik 1905 bis 1918, Berlin 1966.

Mehring, Franz Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, 4 Bde., 11. Aufl., Stuttgart-Berlin 1921.

Mehring, Franz, Herrn Eugen Richters Bilder aus der Gegenwart, Nürnberg 1892.

Mehring, Franz, Weltkrach und Weltmarkt, Berlin 1900.

Meinecke, Friedrich, Erlebtes 1862-1901, Leipzig 1941.

Mommsen, Theodor, Reden und Aufsätze, Berlin 1912.

Müller-Meiningen, Dr. Ernst und *Dr. Schmid, Georg,* Das Vereinsgesetz vom 19. April 1908 nebst den Ausführungsbestimmungen der sämtlichen deutschen Bundesstaaten und Anhang, München 1908.

Müller-Meiningen, Ernst, Wir brauchen ein Reichsjugendwehrgesetz, Leipzig und Berlin 1915.

Müller-Meiningen, Ernst, Der Weltkrieg 1914-15 und der „Zusammenbruch des Völkerrechts". 3. veränd. Auflage von „Weltkrieg und Völkerrecht", Berlin 1915.

Müller-Meiningen, Ernst, Belgische Eindrücke und Ausblicke. Glossen über die belgische Neutralitätsgarantie und „das Selbstbestimmungsrecht der Völker", München 1916.

Müller-Meiningen, Ernst, Großadmiral v. Tirpitz als Staatsmann, Berlin 1918.

Müller-Meiningen, Ernst, Der Reichstag und der Friedensschluß. Beiträge zur Friedensresolution, dem „Selbstbestimmungsrecht der Völker", München u. Leipzig 1918.

Müller-Meiningen, Ernst, Parlamentarismus, Berlin 1926.

Naumann, Friedrich, Flotte und Reaktion, Berlin 1899.

Naumann, Friedrich, Liberalismus, Zentrum und Sozialdemokratie, München 1903.

Naumann, Friedrich, Demokratie und Kaisertum. Ein Handbuch für innere Politik, 4. Aufl., Berlin-Schöneberg 1905.

Naumann, Friedrich, Die Politik der Gegenwart, Berlin-Schöneberg 1905.

Naumann, Friedrich, Die politischen Parteien, Berlin-Schöneberg 1910.

Naumann, Friedrich, Freiheitskämpfe, Berlin 1911.

Naumann, Friedrich, Das blaue Buch von Vaterland und Freiheit, Königstein i. Taunus u. Leipzig 1913.

Naumann, Friedrich, Asia. Eine Orientreise, Berlin 1913.

Naumann, Friedrich, Mitteleuropa, Berlin 1915.

Naumann, Friedrich, Gestalten und Gestalter. Lebensgeschichtliche Bilder, hg. v. Th. Heuß, Berlin-Leipzig 1919.

Die politische Neuordnung und die Fortschrittliche Volkspartei, Berlin 1918.

Oertzen, Dietrich v., Blockgedanken und Wahlrechtsfragen, Stuttgart 1908. (Zeitfragen, Bd. 33, H. 5).

Oldenburg-Januschau, Elard v., Erinnerungen, Leipzig 1936.

Pachnicke, Hermann, Liberalismus als Kulturpolitik, Berlin 1907.

Pachnicke, Hermann, Führende Männer im alten und im neuen Reich, Berlin 1930.

Die Partei der Zukunft. Von einem Deutschen, Leipzig 1914.

Parteien und Kolonialpolitik, hg. v. Aktionsausschuß der Deutschen Kolonialgesellschaft, Berlin 1916. (Koloniale Zeitfragen).

Payer, Friedrich, Von Bethmann Hollweg bis Ebert. Erinnerungen und Bilder, Frankfurt a. M. 1923.

Politikus, Die Aufgaben des liberalen Bürgertums auf Grund der Ergebnisse der Reichstagswahlen, Görlitz 1903.

Graf Posadowsky und die Koalitionsfreiheit vor dem Reichstag, Berlin 1898.

(Quidde, Ludwig), Der Militarismus im heutigen deutschen Reich. Eine Anklageschrift. Von einem deutschen Historiker, Stuttgart 1893.

Quidde, Ludwig, Caligula. Eine Studie über römischen Cäsarenwahnsinn, 31. Aufl., Berlin 1926.

Ludwig Quidde, Ein deutscher Demokrat und Vorkämpfer der Völkerverständigung, hg. v. *Hans Wehberg,* Offenbach a. M. (1948).

Reichstagsauflösung und Kolonialpolitik. Schmoller, Dernburg, Delbrück, Schäfer, Sering, Schillings, Brunner, Jastrow, Penck, Kahl. Offiz. stenograf. Bericht über die Versammlung i. d. Berliner Hochschule für Musik am 8. Januar 1907, hg. v. Kolonialpolitischen Aktionskomitee, Berlin 1907.

Reichstags-Handbuch, hg. v, Büro des Reichstages, Berlin, 10, 1898/1903; 12, 1907/1912; 13, 1912/1918.

Zu den Reichstagswahlen, Sonderabdruck aus der Frankfurter Zeitung, Dezember 1911, Frankfurt a. M. 1911.

Reinhold, Peter, Die Reichstagsparteien. Ihre Geschichte und ihre Programme. Ein Führer für die Wahlen, Leipzig 1911.

Reiwald, Hugo, Geschichte des Fortschrittlichen Vereins „Waldeck“ zu Berlin im ersten Vierteljahrhundert seines Bestehens, Berlin 1903.

Rich, N. und *M. N. Fisher* (Hg.), Die geheimen Papiere Friedrich von Holsteins, Bd. I-III, Göttingen-Frankfurt-Berlin 1956-1961.

Richter, Eugen, Die Fortschrittspartei und die Sozialdemokratie, Berlin 1878. (Politische Zeitfragen, Nr. 1).

Richter, Eugen, Die Irrlehren der Sozialdemokratie, Berlin 1890.

Richter, Eugen, Sozialdemokratische Zukunftsbilder. Frei nach Bebel, Berlin 1891.

Richter, Eugen, Die Militärvorlage und sonstige Tagesfragen. Ein Wahlbüchlein, Berlin 1893.

Richter, Eugen, Politisches A-B-C-Buch. Ein Lexikon parlamentarischer Zeit- und Streitfragen, 8. Jg., Bedin 1896.

Richter, Eugen, Gegen die Sozialdemokratie, Berlin 1896.

Richter, Eugen, Flotte und Flottengesetz, Berlin 1898.

Richter, Eugen, Zur Flottenfrage. Ein kritisches ABC-Büchlein, Berlin 1900.

Riesser, Jacob, Bürger heraus! Ausgewählte Reden des Präsidenten des Hansa-Bundes, Berlin 1912.

Robrbach, Paul, Die Bagdadbahn, Berlin 1902.

Rolland, Romain, Das Gewissen Europas. Tagebuch der Kriegsjahre 1914-1919. Bd. 1, Juli 1914 bis November 1915, Berlin 1963, Bd. 2, Ende November 1915 bis März 1917, Berlin 1965.

Roßmann, Ericb, Liberalismus oder Sozialdemokratie? Eine öffentliche Auseinandersetzung mit der Fortschrittlichen Volkspartei, Ulm 1912.

Savigny, Leo von, Die Reichstagsauflösung, das Zentrum und die nationalen Parteien, Berlin 1907.

Schack, Wilhelm, Die Nationalsozialen und der neue Liberalismus. Vortrag, gehalten auf dem Parteitage der Deutschsozialen Partei, Hamburg, Oktober 1903., Hamburg 1903.

Schäffle, Albert E. F., Ein Votum gegen den neuesten Zolltarifentwurf, Tübingen 1901.

Schäffle, Albert E. F., Die Gefahren des Agrarismus für Deutschland, hg. v. Handelsvertragsverein, Greifswald o. J.

Schmidt, Richard, Liberale Pflicht, Köslin 1907.

Schmidt, R. und Grabowski, A., Die Parteien. Urkunden und Bibliographie der Parteienkunde, Berlin 1912. (Beihefte zur Zeitschrift für Politik, Bd. I, H. 2, 1912).

Schmoller, Gustav von, Zwanzig Jahre Deutsche Politik 1897-1917, Aufsätze und Vorträge, München-Leipzig 1920.

Siemens, Georg von, Rede des Reichstagsabgeordneten, Vorsitzenden des Handelsvertragsvereins, gehalten am 8. Mai 1901 zu Magdeburg, Berlin 1901.

Sohm, Rudolf, Die sozialen Pflichten der Gebildeten, Leipzig 1896.

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, hg. v. Kais. Statist. Amt, Berlin, 18. Jg. 1897 ff.

Stein, August, Es war alles ganz anders. Aus der Werkstätte eines Journalisten 1891-1914, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1922.

Steinigans, Emil, Die deutschen Parteien und ihre Zukunft, Wald/Rhld. 1907.

Stern, Leo, (Hg.), Die russische Revolution von 1905-1907 im Spiegel der deutschen Presse, Berlin 1961. (Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2/III bis VII).

Stern, Leo, (Hg.), Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland, Berlin 1959. (Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4/II bis IV).

Ulbricht, Walter, Die Bedeutung des Werkes „Das Kapital“ von Karl Marx für die Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR und den Kampf gegen das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland. Internationale wissenschaftliche Session: 100 Jahre „Das Kapital“, Berlin, 12./13. September 1967, Berlin 1967.

Ulbricht, Walter, Die gesellschaftliche Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik bis zur Vollendung des Sozialismus, Schlußansprache. VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin, 17. bis 22. April 1967, Berlin 1967.

Ulbricht, Walter, Der Weg zum künftigen Vaterland der Deutschen. Festansprache zum 20. Jahrestag der Gründung der SED am 21. April 1966 in der Berliner Dynamo-Sporthalle, Berlin 1966.

Wenck, Martin, Handbuch für liberale Politik, Berlin-Schöneberg 1911.

Wenck, Martin, Friedrich Naumann. Ein Lebensbild, Berlin 1920.

Westarp, Kuno Graf v., Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches, 2 Bde., Berlin 1935.

Wippermann, Karl (Hg.), Deutscher Geschichtskalender, Jg. 1897 II. Leipzig 1897 ff.

Wirth, Christian, Liberalismus und Sozialdemokratie. Eine allgemeine wissenschaftliche Auseinandersetzung zwischen beiden Parteien mit bes. Berücksichtigung der Vaterlandsliebe, Bayreuth 1913.

Wirtschaftspolitik, 20 Jahre deutscher. Die Arbeit des Hansa-Bundes von 1909 bis 1929, Berlin 1929.

Witte, Dr. Friedrich Carl, Liberales und Soziales, Reden und Aufsätze, Leipzig 1911.

Wolff, Louis, Mein freisinniges Programm zu der Wahl am 25. Januar 1907, Kassel 1907.

Zetkin, Clara, Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 1, Berlin 1957.

II. Darstellungen

Bassermann, Karola, Ernst Bassermann. Das Lebensbild eines Parlamentariers aus Deutschlands glücklicher Zeit, Mannheim 1919.

Baumgarten, Arthur, Vom Liberalismus zum Sozialismus, Berlin 1967.

Bergsträsser, Ludwig, Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, 11. völlig überarb. Auflage, hrsg. v. Wilhelm Mommsen, München u. Wien 1965 (Deutsches Handbuch der Politik, Bd. 2).

Bergsträsser, Ludwig, Die preußische Wahlrechtsfrage im Kriege und die Entstehung der Osterbotschaft 1917, Tübingen 1929.

Bertram, Jürgen, Die Wahlen zum Deutschen Reichstag vom Jahre 1912, Düsseldorf 1964. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 28).

Bertsch, Herbert, Die FDP und der deutsche Liberalismus 1789-1963, Berlin 1965.

Bertsch, Herbert und Weißbecker, Manfred, Die bürgerlichen Parteien in Deutschland und die Große Sozialistische Oktoberrevolution, in: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und Deutschland, Band 1, Berlin 1967, S. 199-342.

Blaustein, Arthur, Von der Uneinigkeit der Liberalen bei den Reichstagswahlen 1867 bis 1910, München 1911.

Borgius, Walter, 20 Jahre Handelsvertragsverein. Ein Rückblick, Berlin-Schöneberg 1920.

Born, Karl Brich, Staat und Sozialpolitik seit Bismarcks Sturz. Ein Beitrag zur innenpolitischen Entwicklung des Deutschen Reiches 1890-1914, Wiesbaden 1957.

Buchheim, Karl, Leidensgeschichte des zivilen Geistes oder die Demokratie in Deutschland, München 1951.

Bürgerliche Ökonomie im modernen Kapitalismus. Ideologische und praktische Bedeutung der westdeutschen Wirtschaftstheorie, hg. v. Herbert Meißner, Berlin 1967.

Burnham, James, Begeht der Westen Selbstmord? Ein Versuch über Bedeutung und Zukunft des Liberalismus, Düsseldorf u. Wien 1965.

Bußmann, Walter, Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert, in: Historische Zeitschrift, München, Bd. 186, 1958, H. 3, S. 527 ff.

Carthill, A., Die Erbschaft des Liberalismus, Bedin-Grunewald 1926.

Conze, Werner, Friedrich Naumann. Grundlagen und Ansatz seiner Politik in der nationalsozialen Zeit (1895-1903), in: Schicksalswege deutscher Vergangenheit, hg. v. W. Hubatsch, Düsseldorf 1950.

Delbrück, Hans, Eugen Richter, in: Vor und nach dem Weltkrieg. Politische und historische Aufsätze 1902-1905, Berlin 1926.

Deuerlein, Ernst (Hg.), Der Reichstag. Aufsätze, Protokolle und Darstellungen zur Geschichte der parlamentarischen Vertretung des deutschen Volkes 1871-1933, Bonn 1963.

Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode, 82. Sitzung, Bonn, den 15. Dezember 1966, 83. Sitzung, Bonn, den 16. Dezember 1966.

Dikreiter, Heinrich G., Sozialdemokratie und Sozialismus im Lichte bürgerlicher Kritik. Eine Materialsammlung, Altenberg 1911.

Dix, Arthur, Die deutschen Reichstagswahlen 1871-1930 und die Wandlungen der Volksgliederung, Tübingen 1930. (Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart, H. 77).

Duverger, Maurice, Die politischen Parteien, Tübingen 1959.

Ebeler, Ilse, Die Stellung der öffentlichen Meinung in Deutschland zu den deutsch-englischen Problemen 1898-1904, phil. Diss., Kiel 1950.

Eisner, Kurt, Die Tragikomödie des deutschen Liberalismus (1910), in: Gesammelte Schriften, Bd. 1, Berlin 1919, S. 432 ff.

Erbe, W alter, Liberalismus in heutiger Zeit, in: Die geistige und politische Freiheit in der Massendemokratie, m. Vorträgen von W. Erbe, P. Luchtenberg, A. Rüstow, H. Wencke, Stuttgart 1960.

Eschenburg, Theodor, Das Kaiserreich am Scheideweg. Bassermann, Bülow und der Block, Berlin 1929.

Eyck, Brich, Das persönliche Regiment Wilhelm II, Zürich 1948.

Feder, Ernst, Theodor Barth und der demokratische Gedanke, Gotha 1919.

Federici, Federico, Der deutsche Liberalismus. Die Entwicklung einer politischen Idee von Immanuel Kant bis Thomas Mann, Zürich 1946.

Feldmann, Felix, Wesen und Werden der politischen Parteien in Deutschland, Leipzig 1913.

Fischenberg, Günther, Der deutsche Liberalismus und die Entstehung der Weimarer Republik, phil. Diss., Münster/Westf. 1958.

Fischer, Fritz, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 1961.

Frank, Ludwig, Die bürgerlichen Parteien des Deutschen Reichstages, Stuttgart 1911.

Frei, Bruno, Carl v. Ossietzky. Ritter ohne Furcht und Tadel, Berlin und Weimar 1966.

Freund, Michael, Der Liberalismus. In ausgewählten Texten dargestellt und eingeleitet, Stuttgart 1965.

Fricke, Dieter, Der Ruhrbergarbeiterstreik von 1905, Berlin 1955.

Fricke, Dieter, Bismarcks Prätorianer. Die Berliner politische Polizei im Kampf gegen die deutsche Arbeiterbewegung (1871 bis 1898), Berlin 1962.

Gabler, Hans, Die Entwicklung der deutschen Parteien auf landschaftlicher Grundlage von 1871-1912, phil. Diss., Tübingen 1934.

Gaertringen, Freiherr Hiller von, Fürst Bülows Denkwürdigkeiten, Untersuchungen zu ihrer Entstehungsgeschichte und ihrer Kritik, Tübingen 1956. (Tübinger Studien zur Geschichte und Politik, Nr. 5).

Gagel, Walter, Die Wahlrechtsfrage in der Geschichte der deutschen liberalen Parteien 1848-1918, Düsseldorf 1958. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 12.).

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin 1966,

Bd. 1, Von den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts;

Bd. 2, Vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis 1917;

Bd. 3, Von 1917 bis 1923.

Geschichte des deutschen Liberalismus, Köln und Opladen 1966. (Schriftenreihe der Friedrich-Naumann-Stiftung).

Geschichte der Frankfurter Zeitung 1856 bis 1906, Frankfurt a. M. 1906.

Geschichte der Philosophie, hg. v. d. Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Bd. 3, Berlin 1961.

Gilg, Peter, Die Erneuerung des demokratischen Denkens im Wilhelminischen Deutschland. Eine ideengeschichtliche Studie zur Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, Wiesbaden 1965. (Veröffentlichungen des Instituts für europäische Geschichte Mainz, Bd. 37).

Goebel, Heinz, Die Militärvorlage 1892/93. Ein Beitrag zur Parteigeschichte, phil. Diss., Münster 1935.

Gottwald, Herbert, Zentrum und Imperialismus. Zur Geschichte der Wandlung des Zentrums beim Übergang zum Imperialismus in Deutschland, phil. Diss., Jena 1966 (Masch.).

Gräter, Carlheinz, Theodor Barths politische Gedankenwelt. Ein Beitrag zur Geschichte des entschiedenen Liberalismus, phil. Diss., Würzburg 1963.

Grebing, Helga, Der Liberalismus in Deutschland 1848-1958, in: Politische Studien, München, 9. Jg., 1958, S. 644 ff.

Greuner, Ruth, Wandlungen eines Aufrechten. Lebensbild Hellmut von Gerlachs, Berlin 1965.

Großmann, Kurt, Ossietzky. Ein deutscher Patriot, München 1963.

Grotewold, Chr., Die Parteien des deutschen Reichstages, Leipzig 1908.

Grundbegriffe der Geschichte. 50 Beiträge zum europäischen Geschichtsbild, Gütersloh 1964.

Haferkorn, Joachim, Bülows Kampf um das Reichskanzleramt im Jahre 1906, phil. Diss., Würzburg 1939.

Haller, Johannes, Die Ara Bülow. Eine historisch-politische Studie, Stuttgart und Berlin 1922.

Hallgarten, George W. F., Imperialismus vor 1914. Die soziologischen Grundlagen der Außenpolitik europäischer Großmächte vor dem ersten Weltkrieg. Erster und Zweiter Band. Zweite, durchgearbeitete und stark erweiterte Auflage, München 1963.

Hamm-Brücher, Hildegard, Gedanken über die Zukunft des Liberalismus in Deutschland, in: Die Zeit, Hamburg, v. 9.9.1966.

Harms, Paul, Die Parteien nach dem Krieg, Leipzig 1915. (Zwischen Krieg und Frieden, H. 21).

Hartenstein, Wolfgang, Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918-1920, Düsseldorf 1962. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 22).

Hartmann, Hans-Georg, Die Innenpolitik des Fürsten Bülow 1906-1909, phil. Diss., Kiel 1950.

Hartmann, Helmut, Friedrich Naumanns Verhältnis und Stellungnahme zur auswärtigen Politik bis 1914, phil. Diss., Köln 1951.

Hartung, Fritz, Deutsche Geschichte 1871 bis 1919, 6. veränd. Aufl. Stuttgart 1952.

Heidegger, Hermann, Die deutsche Sozialdemokratie und der nationale Staat 1870 bis 1920, Göttingen, Berlin u. Frankfurt a. M. 1956. (Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft, Bd. 25).

Heidorn, Günter, Monopole-Presse-Krieg. Die Rolle der Presse bei der Vorbereitung des ersten Weltkrieges, Berlin 1960.

Heuß, Theodor, Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit, Stuttgart u. Berlin 1937.

Heuß, Theodor, Friedrich Naumanns Erbe, Tübingen 1959.

Heuß, Theodor, Friedrich Naumann und die deutsche Demokratie, Wiesbaden 1960.

Hilferding, Rudolf, Das Finanzkapital, Berlin 1947.

Hoflmann, Wolfgang, Bürgertum im Aufbruch. Die Gründung der LDPD in Sachsen, Berlin 1966. (Schriften der LDPD, H. 2).

Imperialismus heute, Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland, Berlin 1965.

Jerussalimski, A. S., Die Außenpolitik und die Diplomatie des deutschen Imperialismus Ende des 19. Jahrhunderts, 2. Aufl., Berlin 1954.

Kalkoff, Hermann, Die Vertretung der Parteien im Reichstage 18 71-1912 in graphischen Darstellungen, Berlin 1912.

Kaufhold, Joseph, Die Geschichte des deutschen Parteiwesens, Berlin 1921. (Staatspolitische Aufklärungsschriften, Nr. 15).

Kehr, Eckart, Schlachtflottenbau und Parteipolitik 1894-1901, Berlin 1930. (Historische Studien, H. 197).

Klein, Fritz, Deutschland 1897/98-1917, Berlin 1961. (Lehrbuch der deutschen Geschichte).

Klein-Hattingen, Oskar, Geschichte des deutschen Liberalismus, 2 Bde., Berlin 1911/12.

Klotzbach, Kurt, Das Eliteproblem im politischen Liberalismus. Ein Beitrag zum Staats- und Gesellschaftsbild des 19. Jahrhunderts, Köln und Opladen 1966. (Staat und Politik, Bd. 9).

Knall, Joachim H., Führungsauslese in Liberalismus und Demokratie, Stuttgart 1957.

Koch, Max Jürgen, Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet zur Zeit Wilhelm II. (1889 bis 1914), Düsseldorf 1954. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, H. 5).

Kofler, Leo, Liberalismus und Demokratie, in: Zeitschrift für Politik, Berlin-Zürich u. Wien, 6. Jg., 1959, H. 2, S. 113 ff.

Kohn, Hans, Wege und Irrwege. Vom Geist des deutschen Bürgertums, Düsseldorf (1962).

Kopp, Bernhard, Liberalismus und Sozialismus auf dem Weg zur Synthese, Meisenheim am Glan 1964. (Schriften zur politischen Wissenschaft, Bd. 4).

Krauss, Johann Baptist, Der Reichstagswahlkampf 1911-12, Köln 1912.

Kremer, Willy, Der soziale Aufbau der Parteien des Deutschen Reichstages von 1871 bis 1918, Emsdetten 1934.

Krippendorf, Ekkehart, Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone 1945/48. Entstehung, Struktur, Politik, Düsseldorf 1961. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 21).

Kuczynski, Jürgen, Zur politökonomischen Ideologie in Deutschland von 1850 bis zum Ersten Weltkrieg und andere Studien, Berlin 1961. (Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 13).

Kuczynski, Jürgen, Zur Frühgeschichte des deutschen Monopolkapitals und des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin 1962. (Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 14).

Kuczynski, Jürgen, Zur Soziologie des imperialistischen Deutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Teil II, Berlin 1962.

Lamprecht, Karl, Deutsche Geschichte der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart, Band 2, Berlin 1913.

Liman, Paul, Der Kaiser. Ein Charakterbild Wilhelm II., Berlin 1904.

Lukács, Georg, Der Kampf zwischen Liberalismus und Demokratie im Spiegel des historischen Romans der deutschen Antifaschisten, in: Essays über Realismus, Berlin 1948.

Manifest des VII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1967.

Marcuse, Herbert, Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung, in: Zeitschrift für Sozialforschung, Paris, 2/1934.

Massow, Wilhelm v., Die deutsche innere Politik unter Kaiser Wilhelm li., Stuttgart u. Berlin 1913.

Matthias, Erich und *Morsey, Rudolf* (Hg.), Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960.

Meisser, Hans, Demokratie und Liberalismus in ihrem Verhältnis zueinander, Aarau 1941. (Zürcher Beiträge zur Rechtswissenschaft, H. 86).

Methfessel, Werner, Die Deutsche Volkspartei am Ende der Weimarer Republik, phil. Diss., Jena 1967 (Masch.).

Milatz, Alfred, Der Friede von Brest-Litowsk und die deutschen Parteien, phil. Diss., Hamburg 1949.

Mises, Ludwig [von], Die Gemeinwirtschaft, Jena 1922.

Mises, Ludwig [von], Liberalismus, Jena 1927.

Mises, Ludwig [von], Die Wurzeln des Antikapitalismus, Frankfurt a. M. 1958.

Molt, Peter, Der Reichstag vor der improvisierten Revolution, Köln und Opladen 1963. (Politische Forschungen, hg. v. Dolf Sternberger, Bd. 4).

Mommsen, Wilhelm, Deutsche Parteiprogramme der Gegenwart, München 1954.

Mommsen, Wolfgang, Max Weber und die deutsche Politik 1890-1920, Tübingen 1959.

Müller, Werner, Gesellschaft und Fortschritt. Eine philosophische Untersuchung, Berlin 1966.

Naumann, Robert, Theorie und Praxis des Neoliberalismus. Das Märchen von der freien oder sozialen Marktwirtschaft, Berlin 1957.

Neumann, Sigmund, Die Parteien der Weimarer Republik, Stuttgart (1965). [Nachdruck der Originalausgabe von 1932).

Neumann, Wolfgang, Die Innenpolitik des Fürsten Bülow 1900-1906, phil. Diss., Kiel 1949.

Nipperdey, Thomas, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 18).

Nüsse, Robert-Julius, Aufgaben und Chancen der FDP nach Bildung der Großen Koalition, in: X-Informationen, (West-) Berlin, Nr. 22/ 1967, v. 31.3.1967.

Nuschke, Otto, Mensch, Politiker, Journalist, Berlin 1953. (Bibliothek der CDU, Bd. 1).

Nussbaum, Helga, Bürgerliche Monopolgegnerschaft, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1962, Teil III.

Nussbaum, Helga, Unternehmer gegen Monopole. Über Struktur und Aktionen antimonopolistischer bürgerlicher Gruppen zu Beginn des 20. Jahrhunderts, Berlin 1966.

Oncken, Dirk, Das Problem des ‚Lebensraums' in der deutschen Politik vor 1914, phil. Diss., Freiburg i. Br. 1949.

Ostfeld, Hermann, Die Haltung der Reichstagsfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei zu den Annexions- und Friedensfragen in den Jahren 1914-1918, phil. Diss., Würzburg 1933.

Patemann, Reinhard, Der Kampf um die preußische Wahlreform im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1964. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 26).

Politik im Krieg 1914-1918. Studien zur Politik der deutschen herrschenden Klassen im ersten Weltkrieg, Berlin 1964.

Portner, Ernst, Der Ansatz zur demokratischen Massenpartei im Linksliberalismus, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 13. Jg., 1965, H. 2.

Protokoll der wissenschaftlichen Konferenz vom 9. bis 11. November 1964 in Jena: .‚Die Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen in Deutschland bis 1945.

Methodologische Probleme ihrer Erforschung und Darstellung“. (Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, H. 2, Jg. 14, 1965).

Rachfahl, Felix, Kaiser und Reich 1888-1913. 25 Jahre preußisch-deutscher Geschichte, Berlin 1913.

Rachfahl, Felix, Eugen Richter und der Linksliberalismus im Neuen Reiche, in: Zeitschrift für Politik, Bd. 5, Berlin 1912.

Rathmann, Lothar, Stoßrichtung Nahost 1914 bis 1918. Zur Expansionspolitik des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg. Berlin 1963.

Rehm, Hermann, Deutschlands politische Parteien, Jena 1912.

Richter, Siegfried und Sonnemann, Rolf, Zur Problematik des Übergangs vom vormonopolistischen Kapitalismus zum Imperialismus in Deutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte Teil II, 1963.

Riesser, Jacob, Die Entwicklungsgeschichte der deutschen Großbanken, Jena 1906.

Ris, Otto Ferdinand, Das Verhältnis der deutschen Presse zur offiziellen deutschen Politik während der ersten Marokkokrise 1904 bis 1906, phil. Diss., Köln 1949.

Ritter, Gerhard, Wesen und Wandlung der· Freiheitsidee im politischen Denken der Neuzeit, in: Vom sittlichen Problem der· Macht, 5 Essays, Bern 1948.

Ritter, Gerhard, Allgemeiner Charakter und geschichtliche Grundlagen des politischen Parteiwesens in Deutschland, in: G. Ritter, Lebendige Vergangenheit, Beiträge zur historisch-politischen Selbstbesinnung. Zum 70. Geburtstag, München 1958.

Ritter, Gerhard, Das deutsche Problem. Grundfragen deutschen Staatslebens gestern und heute, München 1962.

Röpke, Wilhelm, Der Weg des Unheils, Berlin 1931.

Röpke, Wilhelm, Civitas humana. Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsreform, Erlenbach-Zürich 1944.

Röpke, Wilhelm, Das Kulturideal des Liberalismus, Frankfurt a. M. 1947.

Röpke, Wilhelm, Marktwirtschaft ist nicht genug, in: Hat der Westen eine Idee?, Ludwigsburg 1957. (Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Tagungsprotokoll Nr. 7).

Röpke, Wilhelm, Wirtschaftspolitik im politischen Raume, in: Ein neuer Anlauf in der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik, Ludwigsburg 1964. (Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Tagungsprotokoll Nr. 21).

Roth, Paul, Die Programme der politischen Parteien und die politische Tagespresse in Deutschland, Halle 1913.

Rüstow, Alexander, Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus, 2. Aufl., o. O. 1950.

Ruggiero, Guido de, Geschichte des Liberalismus in Europa, München 1930.

Schieder, Theodor, Das Verhältnis von politischer und geschichtlicher Verfassung und die Krise des bürgerlichen Liberalismus, in: Historische Zeitschrift, München, Bd. 177, 1954, S. 49 ff.

Schnabel, Franz, Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert, Band 2, Monarchie und Volkssouveränität, Freiburg i. Br. 1933.

Schnell, Hermann, Volkstümliche Geschichte des deutschen Liberalismus, München 1917.

Schollwer, Wolfgang, Deutschland- und Außenpolitik. Material zur Klausurtagung des Vorstandes der Freien Demokratischen Partei am 9./10. Januar 1967 in Bonn, Frankfurt a. M. 1967.

Schreiner, Albert, Zur Geschichte der deutschen Außenpolitik 1871-1945. Band 1: 1871-1918, Berlin 1955.

Schwennicke, C.-H., und *Conrad, Walther,* Liberalismus im Angriff, 2 Vorträge, Berlin 1949.

Seeber, Gustav, Zwischen Bebel und Bismarck. Zur Geschichte des Linksliberalismus in Deutschland 1871-1893, Berlin 1965. (Schriften des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Reihe I: Allgemeine und Deutsche Geschichte, Bd. 30).

Seidl, Wolfgang, Die philosophischen und weltanschaulichen Grundlagen des Berliner Programms der FDP, phil. Diss. München 1965.

Sell, Friedrich C., Die Tragödie des deutschen Liberalismus, Stuttgart 1953.

Silberstein, Franz, Grundzüge des Liberalismus, Berlin 1919.

Spellmeyer, Hans, Deutsche Kolonialpolitik im Reichstag, Stuttgart 1931. (Beiträge zur Geschichte der nachbismarckschen Zeit und des Weltkrieges, H. 11).

Spickernagel, Wilhelm, Fürst Bülow, Hamburg 1921.

Spickernagel, Wilhelm, Der deutsche Liberalismus in Vergangenheit und Gegenwart, Berlin 1926.

Stenkewitz, Kurt, Gegen Bajonett und Dividende. Die politische Krise in Deutschland am Vorabend des ersten Weltkrieges, Berlin 1960. (Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte der Karl-Marx-Universität Leipzig, hg. v. Prof. Dr. E. Engelberg, Bd. 6).

Stillich, Oskar, Die politischen Parteien in Deutschland, Bd. 2, Der Liberalismus, Leipzig 1911.

Taube, Utz-Friedebert, Ludwig Quidde. Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Gedankens in Deutschland, Kallmünz/Opf. 1963. Münchner Historische Studien, Abt. Neuere Geschichte, Bd. 5).

Theimer, W alter, Geschichte der politischen Ideen, Bern 1955, (Sammlung Dalp Bd. 56).

Theimer, Walter, Lexikon der Politik, 5. Aufl., Bern 1955. (Sammlung Dalp Bd. 23).

Theodor, Gertrud, Friedrich Naumann oder der Prophet des Profits, Berlin 1957.

Tirpitz, Alfred von, Erinnerungen, Leipzig 1919.

Tormin, Walter, Geschichte der deutschen Parteien seit 1848, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1966.

Treffpunkt Zukunft. Bürgerliche Stimmen zur Sowjetunion, hg. v. Wolfgang Tenzler. Mit einem Geleitwort von Johannes Dieckmann, Berlin 1967.

Ullstein, Leopold, Eugen Richter als Publizist und Herausgeber. Ein Beitrag zum Thema ‚Parteipresse', Leipzig 1933. (Das Wesen der Zeitung hg. v. Erich Everth, Bd. 2).

Verantwortung für die Freiheit. Beiträge zum modernen Liberalismus, Bonn, November 1964. (liberal, Sonderheft 5).

Voegelin, Eric, Der Liberalismus und seine Geschichte, in: Christentum und Liberalismus, Studien und Berichte der Katholischen Akademie in Bayern, H. 13, München 1960.

Völkerling, Fritz, Der deutsche Kathedersozialismus, Berlin 1959.

Wahl, Adalbert, Beiträge zur deutschen Parteigeschichte im 19. Jahrhundert, in: Historische Zeitschrift, Bd. 104, München-Berlin 1909.

Weber, Hellmuth, Ludendorff und die Monopole. Deutsche Kriegspolitik 1916-1918, Berlin 1966. (Schriften des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Reihe I: Allgemeine und Deutsche Geschichte, Bd. 28).

Wenck, Martin, Geschichte der Nationalsozialen von 1895-1903, Berlin 1905.

Wentzke, Paul (Hg.), Deutscher Staat und deutsche Parteien. Beiträge zur deutschen Partei- und Ideengeschichte, F. Meinecke zum 60. Geburtstag dargebracht, München-Berlin 1922.

Die westdeutschen Parteien 1945-1965. Ein Handbuch, hg. v. Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin 1966.

Wiese, Leopold v., Der Liberalismus in Vergangenheit und Zukunft, Berlin 1917.

Wilbelm II., Zwanzig Jahre Regierungszeit. Ein Tagebuch Kaiser Wilhelms, hg. v. E. Schröder, Berlin 1909.

Wittke, Peter Hartmut, Die schwierige Mitte. Liberalismus, Kommunismus und wir, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, 6. Jg., H. 12, S. 1130 ff.

Wucher, Albert, Theodor Mommsen, Geschichtsschreibung und Politik, Göttingen, Frankfurt u. Berlin 1956.

Zeller, Ulrich, Die Linksliberalen, München 1912. (Deutsches Parteiwesen, H. 6).

Quelle: Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Schriften des Instituts für Geschichte. Reihe 1: Allgemeine und deutsche Geschichte. Band 32. Akademie-Verlag Berlin 1968, 330 Seiten.

Formierte Universität

Eine Analyse zur westdeutschen Hochschulpolitik

Autorenkollektiv: Ludwig Elm, Heinz Engelstädter, Hubert Helbing, Berthold Knauer, Joachim Lojewski, Manfred Nast, Siegfried Prokop, Gottfried Scharf, Gerhard Speer, Günter Tautz, Willi Wolter

Einleitung

Vor aller Augen vollzieht sich in den industriell hochentwickelten Ländern eine wissenschaftlich-technische Umwälzung nie gekannten Ausmaßes, die zwangsläufig die Frage nach Aufgaben und Funktionen, Stellung und Situation der Universitäten und Hochschulen in der Gesellschaft in den Blickpunkt rückt. Deswegen ist es kein Zufall, daß Fragen der Wissenschaftsentwicklung, Probleme der Hochschulpolitik und speziell auch die Bestimmung des Platzes und der Perspektive der Universitäten und Hochschulen mehr und mehr Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen werden. Dank der Orientierung durch die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands als der führenden Kraft unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung wurde auf diesem Gebiet in der Deutschen Demokratischen Republik eine umfangreiche Arbeit geleistet. Wie auf dem VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hervorgehoben wurde, ist mit dem Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem, das auf der Grundlage der Prognose der gesellschaftlichen Entwicklung der DDR erarbeitet wurde, die Grundorientierung für die Entwicklung des Bildungswesens in unserer Republik auf lange Sicht gegeben. Auf dem Parteitag wurden die nächsten Aufgaben zur Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus beraten und beschlossen und dabei ganz besonders die Rolle der Wissenschaft hervorgehoben:

„Für die Entwicklung der sozialistischen Menschengemeinschaft und für die Wohlfahrt aller Bürger unserer Deutschen Demokratischen Republik ist letztlich die wissenschaftlich-technische Basis entscheidend. Welche Aufgabe müssen wir beschleunigt lösen, um die wissenschaftlich-technische Basis schneller – dem sich ständig verändernden Welthöchststand entsprechend – zu entwickeln? Die Hauptsache ist die Entwicklung der Wissenschaft als Produktivkraft. Darauf sollten das Denken und Tun und die Initiative aller gerichtet sein. Dazu gehört die wissenschaftliche Prognose. Dazu gehört die wissenschaftliche Leitung und Organisierung des ganzen gesellschaftlichen und ökonomischen Systems des Sozialismus, weil nur so alle inneren Triebkräfte und Vorzüge unserer Ordnung voll genutzt werden können. Dazu gehört die zielgerichtete Forschung, die wissenschaftliche Organisation der Arbeit und die Meisterung der technologischen Prozesse.“[1]

Diese Aufgabenstellung zeigt nicht nur die große Wertschätzung, die Wissenschaft und Hochschulwesen im Sozialismus genießen, sie macht auch deutlich, daß die Entwicklung der Wissenschaft im Sozialismus dem eigentlichen Anliegen wissenschaftlicher Arbeit, zur Verbesserung des Lebens der Menschen beizutragen, das heißt, dem Frieden und dem gesellschaftlichen Fortschritt zu dienen, in vollem Maße gerecht wird. Angesichts dieser Tatsache ist es verständlich, wenn die Wissenschaftler in der Deutschen Demokratischen Republik sich bewußt zu unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung bekennen und ihre Bereitschaft bekunden, an der Erfüllung der vom VII. Parteitag der SED gestellten Aufgaben talkräftig mitzuwirken. Sie tun das – wie es Prof. Dr. Steenbeck als Sprecher einer Delegation hervorragender Wissenschaftler auf dem Parteitag zum Ausdruck brachte –, weil sie in unserer Republik einen „festen Stand, die Basis und die Sinngebung“ ihrer Arbeit gefunden haben und weil sie sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung voll bewußt sind. Sie haben die Gewißheit, daß die Ergebnisse ihrer Arbeit zur Stärkung jener Kräfte genutzt werden, die den Frieden und den gesellschaftlichen Fortschritt in Deutschland verkörpern. Auch diese Tatsache zeugt von der großen Überlegenheit unserer sozialistischen Ordnung gegenüber dem überlebten staatsmonopolistischen System in Westdeutschland.

Die unterschiedliche Entwicklung der Wissenschaft und des Hochschulwesens in beiden deutschen Staaten macht besonders deutlich den Umstand sichtbar, daß es vom Charakter der Gesellschaftsord-

[1] W. Ulbricht. Die gesellschaftliche Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik bis zur Vollendung des Sozialismus, Berlin 1967, S. 283.

nung abhängt, zu welchen Zwecken die Stätten wissenschaftlicher Arbeit, die Akademien und Forschungsinstitute, die Universitäten und Hochschulen und die Ergebnisse des Forscherdranges und wissenschaftlicher Schöpferkraft genutzt werden.

In Westdeutschland wird der Prozeß der Formierung des staatsmonopolistischen Kapitalismus verstärkt fortgesetzt, um erneut den bereits zweimal gescheiterten Versuch zu unternehmen, den Herrschaftsbereich des deutschen Monopolkapitals auszudehnen, das heißt, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu revidieren. Gleichlaufend mit dem verstärkten Expansionsdrang vollzieht sich der rigorose Abbau der bürgerlichen Demokratie im westdeutschen Staat.

Die Tatsachen beweisen, daß in Westdeutschland heute der staatsmonopolistische Kapitalismus alle Seiten und Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erfaßt hat. Dabei stellen gerade die Universitäten und Hochschulen ein wichtiges Feld staatsmonopolistischer Lenkung dar. Die vorliegenden Untersuchungen beweisen, daß sich die monopolistische Bourgeoisie nicht nur nicht indifferent zur wissenschaftlichen Hochschule verhält, sondern sehr intensive Anstrengungen unternimmt, um die Hochschule in noch stärkerem Maße als Instrument der staatsmonopolistischen Politik zu nutzen und ihr noch weiterreichende Funktionen zuzuordnen. Das war bereits mit dem objektiv bedingten, gesetzmäßigen Prozeß des Hinüberwachsens des monopolistischen in ein Gesamtsystem des staatsmonopolistischen Kapitalismus untrennbar verbunden und ist besonders für die heutigen Existenzbedingungen des Kapitalismus charakteristisch. Gerade die Regierung Kiesinger/Strauß forciert die völlige Integration der wissenschaftlichen Einrichtungen in das System der formierten Gesellschaft. Die Wissenschaftspolitik des Bonner Staates ist direkter Bestandteil im expansionistischen Programm des westdeutschen Monopolkapitals.

Lehre und Forschung, politisch-ideologische Einflußnahme auf die Wissenschaftler und Erziehung der Studenten werden im wesentlichen entsprechend den Interessen der Monopolbourgeoisie gestaltet, sie sind den Zielen dieser in Westdeutschland herrschenden Klasse unterworfen. In Westdeutschland sind Wissenschaften und Hochschulen nicht mehr nur Objekte des Monopolkapitals, sie erfüllen zunehmend wesentliche Funktionen beim Ausbau des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems und bei der Realisierung seiner Ziele.

Die objektiven Erfordernisse und Wirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, die Spezifik der Wechselbeziehungen zwischen Ökonomie und Politik in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und der vom Sozialismus ausgehende Einfluß zwingt die Monopolbourgeoisie zur Erweiterung des wissenschaftlichen Potentials und seiner Nutzung.

Auf dem VII. Parteitag der SED charakterisierte Walter Ulbricht die Rolle der Wissenschaft im Kapitalismus:

„Der Imperialismus hat die Herausforderung angenommen, die für ihn mit dem Entstehen und der stürmischen Entwicklung der Sowjetunion und einer Reihe anderer sozialistischer Staaten verbunden war und verbunden ist. Er ging zu einer äußerst zugespitzten Konzentration der Kräfte im staatsmonopolistischen Kapitalismus über, verbunden mit einer enormen Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse, der Bauern und der Intelligenz. Auf der Grundlage der großen Akkumulationskraft der modernen Produktivkräfte und der gigantischen Ausplünderung des eigenen Volkes und der ökonomisch abhängigen Länder nutzt er die Profitmasse der Monopole und des gesamten Finanzkapitals sowie einen großen Teil der Finanzwirtschaft des Staates dazu aus, um durch konzentrierte Entwicklung der entsprechenden Wissenschaften das Wachstum der Produktivkräfte zu forcieren. Auf dieser Basis betreibt er eine unerhörte Atomkriegsrüstung. Wir müssen heute davon ausgehen, daß die Imperialisten jede Errungenschaft des menschlichen Geistes vorrangig von dem Standpunkt aus prüfen, ob sie sich als Instrument ihrer Machtpolitik bzw. als Quelle des Profits gebrauchen läßt. Die militärische Ausnutzung der Forschung auf dem Gebiet der Atomphysik, der Bakteriologie und der Chemie beweisen das eindeutig.

Dem gegenwärtigen staatsmonopolistischen Kapitalismus sitzt die wachsende Stärke und Anziehungskraft des sozialistischen Weltsystems im Nacken, und die inneren Widersprüche des räuberi-

schen imperialistischen Systems stecken ihm in den Gliedern. So hat er gewissermaßen die Flucht nach vorn angetreten. Er will seine wachsende Aggressivität mit ökonomischer Leistungskraft untermauern. Er ist bestrebt, Wissenschaft und Technik im großen Stil als entscheidende Waffen im ökonomischen, politischen und eventuell im militärischen Ringen der beiden Weltsysteme einzusetzen.“[2]

Die Autoren dieses Buches haben sich die Aufgabe gestellt, einige Probleme der Entwicklung des westdeutschen Hochschulwesens zu beleuchten, Beweggründe und Triebkräfte bloßzulegen, Widersprüche und Grenzen aufzuzeigen sowie den Mißbrauch der Wissenschaft für die verbrecherischen Ziele des westdeutschen Militarismus anzuprangern.

Dabei galt es sichtbar zu machen, daß neben dem Mißbrauch wissenschaftlicher Erkenntnisse die wissenschaftlichen Einrichtungen in zunehmendem Maße aktiv dabei mitwirken, die imperialistische Politik zu konzipieren und durchzusetzen, die nationalistische, revanchistische und militaristische Ideologie auszuarbeiten und vorzubereiten und den Monopolprofit zu realisieren.

Die vorliegenden Untersuchungen sind besonders den Wissenschaftlern und Studenten der DDR empfohlen. Das gründliche Eindringen in die Probleme des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems im westdeutschen Hochschulwesen, die eingehende Beschäftigung mit der Situation an den Universitäten und Hochschulen im Bonner Staat der Monopole möge ihnen durch die hier dargelegten Zusammenhänge und Fakten helfen, noch überzeugender und wirkungsvoller die Gespräche mit jenen Angehörigen westdeutscher Universitäten und Hochschulen zu führen, die ehrlich und guten Willens bemüht sind, eine demokratische Allernative zu finden und damit dem humanistischen Anliegen der Wissenschaft auch in Westdeutschland Geltung zu verschaffen, sowie gleichzeitig mit jenen konsequent, sachkundig und leidenschaftlich die Auseinandersetzung zu führen, die bewußt oder unbewußt eine Politik unterstützen, die größte Gefahren für Frieden und Sicherheit in Europa hervorruft und den gesellschaftlichen Fortschritt in ganz Deutschland behindert. Deswegen betrachten es die Autoren auch als ihr Anliegen, den Angehörigen des westdeutschen Hochschulwesens zu helfen, sich ein wahres, ungeschminktes Bild der wirklichen Lage im Hochschulwesen und seiner Einordnung in das Gesamtsystem des staatsmonopolistischen Kapitalismus, einschließlich der sich daraus ergebenden Bedrohung für den Bestand des westdeutschen Hochschulwesens, zu erarbeiten und sich ihrer Verantwortung für die Schaffung wahrhaft demokratischer Verhältnisse in Westdeutschland bewußt zu werden.

Mit Ausnahme einer kleinen Führungsschicht Intellektueller ist die große Masse der westdeutschen Intelligenz bewußt von der staatlichen Willensbildung und von der Entscheidung über die Politik sowie die Verwertung ihrer wissenschaftlichen Arbeit ausgeschlossen. Die politische Gleichschaltung der Universitäten und Hochschulen, die Manipulation des Bewußtseins der Hochschulangehörigen vom Wissenschaftler bis zum Studenten wie überhaupt der Abbau der bürgerlichen Demokratie in Westdeutschland haben faktisch zur politischen Entmündigung der Intelligenz geführt. In der Hochschulintelligenz und in der Studentenschaft Westdeutschlands haben jene Kräfte unsere Sympathie, die die Realitäten im Bonner Staat erkennen und mutig den Kampf gegen die Bonner Notstandsdiktatur aufgenommen haben.

Wenn sie auch mit vielen Vorbehalten gegenüber unserer sozialistischen Republik behaftet sind und der marxistisch-leninistischen Analyse der Lage in Westdeutschland durch die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands noch nicht oder nicht immer folgen können, so gilt doch, was Walter Ulbricht – an die Adresse von Prof. Dr. Jaspers gerichtet – auf dem VII. Parteilag der SED sagte:

„Wir haben verschiedene Ziele, verschiedene Weltanschauungen und auch verschiedene theoretische Auffassungen. Wenn aber die Entwicklung so gefahrdrohend ist, wie es Professor Jaspers annimmt und wie es offenbar auch von großen Teilen der westdeutschen Intelligenz eingeschätzt wird, so suchen wir natürlich als Realpolitiker einen Weg der Verständigung aller humanistisch-demokratisch gesinnten Kräfte, um die Erfolgschancen des Kampfes gegen Militarismus, Neonazismus und oligarchische Herrschaft zu erhöhen. Wir wissen, daß es für die Angehörigen der westdeutschen Intelligenz,

[2] A. a. O., S. 280 f.

für humanistisch und demokratisch gesinnte Bürger in der westdeutschen Bundesrepublik nicht leicht ist, gegen den Strom des Militarismus und Neonazismus, der nationalistischen und militaristischen Manipulierung der Menschen zu schwimmen. Aber im Interesse der Zukunft Deutschlands und der Sicherung des Friedens hat die westdeutsche humanistisch gesinnte Intelligenz keinen anderen Weg. Sie muß gegen den Strom schwimmen. Und so meine ich: Im Interesse der Zukunft Deutschlands und der Sicherung des Friedens ist die humanistisch gesinnte westdeutsche Intelligenz und sind wir als Bürger der DDR verpflichtet, uns zu bemühen, gemeinsam den Kampf um die Sicherung des Friedens und Überwindung des Militarismus und Neonazismus zu führen. Vielleicht werden wir uns auf dieser Strecke gemeinsamen Weges auch in anderen Fragen näherkommen.“[3]

Der Sommer 1967 brachte eine Zuspitzung der politischen Auseinandersetzungen an den westdeutschen Universitäten und Hochschulen. Allmählich wächst auch unter der westdeutschen Hochschulintelligenz die Bewegung gegen die expansionistische Außenpolitik, die reaktionäre Innen- und Hochschulpolitik. Es reift die Erkenntnis, daß eine von den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung ausgehende Gesamtpolitik und eine fortschrittliche Wissenschafts- und Bildungspolitik nur zu erreichen ist, wenn sich alle demokratischen Kräfte der Intelligenz mit der Arbeiterklasse verbinden und darum ringen, die Allmacht des Finanzkapitals zurückzudrängen und zu überwinden. Gegen die „Formierte Universität“ formieren sich demokratische Gegenkräfte.

[3] A. a. O., S. 38 f.

1. Kapitel: Der Griff nach der Universität

Die Universität in Deutschland hat in ihrer wechselvollen und traditionsreichen Geschichte nie außerhalb der Klassenkämpfe gestanden. Ihre hauptsächlichste Aufgabe war stets, solche wissenschaftlichen Kräfte auszubilden und zu erziehen, die von der jeweils herrschenden Klasse benötigt wurden, u. a. ihre Machtposition halten und festigen zu können. Der harte Klassenkampf, der sich außerhalb der Universitäten abspielte, machte nicht vor ihren Toren halt. Auch innerhalb ihrer Mauern stießen die Kräfte der Reaktion und des Fortschritts aufeinander. In ihrer jahrhundertelangen Geschichte waren die Universitäten jedoch nie einer selbständigen Rolle fähig; die jeweils herrschende Klasse diktierte ihnen letztlich Auftrag und Funktion. Dennoch vermochte die Universität in dem Maße eine progressive Rolle in der deutschen Geschichte zu spielen, in dem sie sich mit den fortschrittlichen Kräften des Volkes verband und deren Kampf unterstützte. Aus diesem Ringen erwuchsen die fortschrittlichen Traditionen der deutschen Universität, die im sozialistischen Hochschulwesen der Deutschen Demokratischen Republik Pflege und schöpferische Weiterbildung erfahren.

Anfänge imperialistischer Hochschulpolitik in Deutschland

Die Entstehung des deutschen Nationalstaates durch die Einigung „von oben“ im Jahre 1871 wirkte sich für das deutsche Volk tragisch aus, weil sie mit dem Eroberungskrieg gegen das französische Volk und der Niederschlagung der Pariser Kommune verbunden war. Durch die Herstellung eines Nationalstaates konnten sich aber auch die Produktivkräfte der kapitalistischen Gesellschaft freier entwickeln. Die deutsche Arbeiterklasse konnte ihre Kräfte viel besser entfalten.[1]

Im Prozeß der Entwicklung Deutschlands zu einer kapitalistischen Großmacht, die bis zur Jahrhundertwende Frankreich überholt und England fast eingeholt hatte, waren Wissenschaft und Universitäten bedeutsame Aufgaben übertragen worden. Im Interesse der Festigung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse wurde vor allem die Forcierung naturwissenschaftlicher und technischer Forschungen zur Notwendigkeit; die Entwicklung der Produktivkräfte forderte die wissenschaftliche Lösung herangereifter Fragen, insbesondere in Technik und Naturwissenschaft. Dieses Wechselverhältnis charakterisierte Friedrich Engels dahingehend, daß die Wissenschaft abhängig ist „vom *Stande* und den *Bedürfnissen* der Technik. Hat die Gesellschaft ein technisches Bedürfnis, so hilft das der Wissenschaft mehr voran als zehn Universitäten“.[2]

In ihrer ideologischen Orientierung ließen sich die Universitäten zusehends stärker von den politischen Zielsetzungen der herrschenden Klassen leiten. Damit gewannen Nationalismus, Chauvinismus und Antisemitismus an Einfluß. Die Ideen fortschrittlicher und humanistischer Gelehrter, wie Wilhelm von Humboldt, Friedrich Daniel Schleiermacher und Johann Gottlieb Fichte, die in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts einen Universitätstyp konzipiert hatten, der den gesellschaftlichen Bedürfnissen des aufsteigenden Bürgertums entsprach, wurden mehr und mehr aus den Universitäten verdrängt.

Bereits seit Ende der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts versuchte vor allem die preußische Regierung, die Universitäten in den Dienst der reaktionären Politik des deutschen Kaiserreiches zu stellen. So machte die Verpreußung Deutschlands auch vor den Türen der Universitäten nicht halt.[3]

Der Übergang des Kapitalismus der freien Konkurrenz in sein letztes, imperialistisches Stadium hatte in Deutschland dazu geführt, daß die kapitalistischen Monopole eine gewaltige ökonomische Macht an sich reißen konnten, die immer weiter anwuchs. Der deutsche Imperialismus erhielt durch die Verbindung des junkerlich-bourgeoisen Ausbeuterblocks mit seiner hauptsächlichsten Stütze, dem preußisch-deutschen Militarismus, sein besonders aggressives Gepräge. Alle Machtmittel des Staates bedrohten brutal die sozialistische Arbeiterbewegung, die in der deutschen Sozialdemokratie eine gut

---

1 Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1, Berlin 1966, S. 315 f.

2 F. Engels, „Brief an Starkenburg vom 25. Januar 1894“, in: K. Marx/F. Engels, Ausgewählte Schriften, Bd. II, Berlin 1952, S. 474.

3 Vgl. D. Fricke, „Zur Militarisierung des deutschen Geisteslebens im wilhelminischen Kaiserreich. Der Fall Leo Aron“, Zeltschrift für Geschichtswissenschaft, 1960, Heft 5, S. 1069 ff.

organisierte Massenpartei besaß. Im System des deutschen Imperialismus halfen von vornherein Schule, Universität, Kirche und eine Anzahl bürgerlicher Parteien sowie anderer sogenannter unpolitischer Vereine intensiv mit, das deutsche Volk mit dem Gift der imperialistischen Ideologie – vor allem des Chauvinismus und des Rassismus – zu verseuchen.[4]

Die besondere Rolle der Universität wird vor allem darin deutlich, daß sie als Bildungsstätte für die zwar zahlenmäßig kleine Schicht der Intelligenz einen bedeutenden Einfluß auf die geistige und politische Entwicklung ihrer Absolventen und über diese auf die politische und geistige Entwicklung des Volkes nahm. Im Jahre 1907 gab es im kaiserlichen Deutschland mehr als 21.000 Richter und Staatsanwälte, 12.800 Rechtsanwälte und Notare, etwa 277.000 Lehrer und mehr als 8750 Journalisten und Schriftsteller. Sie rekrutierten sich aus den verschiedenen Klassen, dienten in ihrer großen Mehrheit dem imperialistischen System und unterstützten dessen reaktionäre, aggressive Politik.[5]

Um die Jahrhundertwende wuchsen die Bestrebungen der Monopolbourgeoisie und des kaiserlich-imperialistischen Staates nach einem größeren und bestimmenden Einfluß auf die Universitäten rasch an. Die maßgeblichen Ursachen dafür waren die rasche Entwicklung der Produktivkräfte, die Vervollständigung imperialistischer Produktionsverhältnisse sowie das starke Anschwellen der sozialistischen Arbeiterbewegung. Das alles führte zu einer Zuspitzung der Klassenantagonismen. Ein Ausdruck für die Bemühungen des Monopolkapitals waren die Schriften Alois Riedlers, Rektor der Technischen Hochschule Berlin und Vertrauensmann des AEG-Konzerns. Seine programmatische Schrift „Unsere Hochschulen und die Anforderungen des 20. Jahrhunderts“, die er im Jahre 1898 im Einvernehmen mit der preußischen Staatsverwaltung und den industriellen Kreisen Berlins verfaßte, hatte das besondere Anliegen, die Nutzung der Wissenschaften im Interesse der herrschenden Klassen zu begründen.[6]

Hinter dieser Forderung verbargen die Vertreter der Monopole die Absicht, den monopolistischen Einfluß unmittelbar auf alle Wissenschaften auszudehnen und zu sichern. Da die Monopole infolge der schnellen Entwicklung der Produktivkräfte an einer sofortigen Überführung wissenschaftlicher Ergebnisse in die Produktion besonders interessiert waren, bemühten sie sich auf vielfältige Weise, ihren wissenschaftspolitischen Einfluß zu erhöhen. Vertreter der Elektro- und der chemischen Industrie unterhielten enge Verbindungen zu den entsprechenden Instituten der Universitäten und Technischen Hochschulen.

Die Chemiekonzerne konnten ihre Interessen ohne große Schwierigkeiten sowohl an der Universität als auch an der Technischen Hochschule durchsetzen. Heinrich von Böttinger, Vertreter der aus der Chemieindustrie kommenden Abgeordneten der Nationalliberalen Partei im Preußischen Landtag, erhob zu Beginn unseres Jahrhunderts die Forderung nach einer durchdringenden Reform des gesamten mathematisch-naturwissenschaftlichen Studiums. Dabei blieb er jedoch nicht stehen. Im Auftrage des Elberfelder Industriellenverbandes richtete er ein chemisches Laboratorium an der Universität Göttingen ein. Diese Tatsache verdeutlicht das unmittelbare Eindringen des Kapitals in die Universitäten.

Ebenso versuchten staatliche Behörden außerhalb der Kultusverwaltungen, sich im Interesse der Politik der Kriegsvorbereitung, des Nationalismus und der Sicherung der Ausbeuterordnung in die Angelegenheiten der Lehre und Erziehung direkt einzumischen. Die Marineverwaltung des kaiserlichen Deutschlands forderte nachdrücklich die Einrichtung von Lehrstühlen für Seehandel zur unmittelbaren „Machtentfaltung unserer Flotte im Ausland“[7]. In der gleichen Art äußerte sich die „Deutsche Revue“, ein Organ militaristischer Kreise, indem sie unverhohlen die Liquidation der humanistischen Bildung verlangte: „Deutschland braucht Seesoldaten, Verwaltungsbeamte, Ingenieure ..., aber Stubengelehrte braucht es nicht.“[8]

---

4 Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2, a. a. O., S. 22 ff.

5 Vgl. a. a. O., S. 49.

6 A. Riedler, Unsere Hochschulen und die Anforderungen des 20. Jahrhunderts, Berlin 1898.

7 Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten, 19. Legislaturperiode, I. Session 1899, Bd. II, Spalte 1364.

8 Deutsche Revue, Jahrgang 25, Bd. 1, S. 61.

Die Kultusverwaltung Preußens beschloß für die Landesuniversitäten ein Programm für die Ausbildung industrieller Führungskräfte. Unter dem irreführenden Begriff „sozialhygienische Vorlesungen“ wurden Probleme behandelt, die für künftig in der monopolkapitalistischen Wirtschaft Beschäftigte, „welche berufsmäßig mit Arbeitern in Berührung kommen, wie Arbeitgeber, Fabrik- und Grubendirektoren, Ingenieure, Architekten“[9], als nützlich betrachtet wurden. Das war zweifellos eine Antwort auf die spürbare Zunahme der Kampfkraft der deutschen Arbeiterbewegung. Die Universitäten und Hochschulen wurden demnach systematisch genutzt, um in dem sich ständig verschärfenden Klassenkampf ihren Beitrag für die herrschenden Klassen zu leisten. Weiterhin verwandelten die Machthaber die Hohen Schulen durch eine Vielzahl einzelner Maßnahmen in direkte Instrumente der militaristischen und nationalistischen Kriegspolitik.

In den Jahren vor dem ersten Weltkrieg, den der deutsche Militarismus und Imperialismus vorbereitet hatte, bestimmten die dem kaiserlichen System hörigen Professoren das politische Klima der Universitäten. In der Studentenschaft dominierten reaktionäre Korporationen. Eine nicht geringe Zahl von Hochschullehrern zog sich in einen „Elfenbeinturm“ zurück und ermöglichte durch ihr passives Verhalten der Reaktion, den Druck auf die Universitäten immer weiter zu verstärken. Obwohl viele Gelehrte eine betont apolitische Haltung einnahmen, waren sie doch fest in der imperialistischen Ordnung verwurzelt, empfanden zutiefst konservativ und standen den Zielen der Arbeiterklasse fremd und teils sogar feindlich gegenüber.

Im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts wurden sowohl die Ergebnisse naturwissenschaftlicher und technischer Forschungen als auch die Ausbildung und Erziehung in allen Wissenschaftsgebieten um vieles zielstrebiger für die unmittelbare Festigung der politischen und ökonomischen Machtverhältnisse im kaiserlichen Deutschland genutzt. Die deutsche Monopolbourgeoisie entdeckte die Wissenschaft, um sie ihren Klassenzielen unmittelbar unterzuordnen.

Im Jahre 1911 wurde mit der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft der Weg für großkapitalistisch geführte und organisierte Forschungsinstitute außerhalb der Universitäten geebnet, da Universitäten und Hochschulen infolge der Ausbildungsfunktion den rasch wachsenden Forschungsbedarf der Industrie nicht mehr völlig befriedigen konnten. Sie kamen den politischen und wissenschaftlich-technischen Bedürfnissen der Rüstungs- und Profitwirtschaft sowie dem mit ihr verbundenen kaiserlichen Staatsapparat weitgehend entgegen.

Für die von der Sozialdemokratie geführte sozialistische Arbeiterbewegung Deutschlands ergaben sich mit dem Beginn des Imperialismus neue große Aufgaben. Der Imperialismus, die Epoche verschärfter Klassenkämpfe und des Vorabends der proletarischen Revolution, verlangte eine höhere Qualität der politischen, ökonomischen und ideologischen Führung der Klassenauseinandersetzungen. Diese machten die Klärung bestimmter Grundfragen der Führung des Klassenkampfes und die Auseinandersetzung mit dem Opportunismus in der Arbeiterbewegung dringend erforderlich.

Hervorragende Vertreter der sich herausbildenden Linken in der deutschen Sozialdemokratie, wie Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Franz Mehring, gaben bei verschiedenen Anlässen wichtige Hinweise für die Stellung der Sozialdemokratie gegenüber den Universitäten. Vorrangig galt es, Kritik an der Funktion und der geistigen Haltung der Universitäten des kaiserlichen Deutschlands zu üben sowie sich mit den Versuchen der Kathedersozialisten, von der Kanzel der Universität herab Ideen der bürgerlichen Arbeiterpolitik in die Massen zu tragen, kämpferisch auseinanderzusetzen. Rosa Luxemburg charakterisierte in ihrem Artikel über den Kathedersozialisten Werner Sombart die Haltung der meisten Wissenschaftler zur Arbeiterklasse: „Nun, die ‚deutsche Wissenschaft‘, die gegen Marx und Engels Gift und Galle spritzte, gegen die Sozialdemokratie das Sozialistengesetz unterstützte, später die Arbeiterschaft für den Wassermilitarismus und die Weltpolitik einfangen wollte und sich dafür mit Orden dekorieren ließ, und zuletzt durch plumpe Demagogie das organisierte Proletariat von der Sozialdemokratie loszureißen versucht, diese ‚deutsche Wissenschaft‘ ... steht ...

[9] Deutsches Zentralarchiv, Abteilung Merseburg, Rep. 92, Althoff, A I, Nr. 126. Zit. nach: H. Dräger, Diskussion über die Universitätsreform um die Jahrhundertwende, Phil. Fak. Humboldt-Universität zu Berlin, Oktober 1965, (Ms.) S. 9.

hinter den deutschen *Seebataillonen*, die in diesem Augenblick in China landen, um die zivilisatorische Mission der Hunnen zu erfüllen.“[10]

Durch ihren Kampf gegen den preußisch-deutschen Militarismus und dessen Ideologie gelang es der deutschen Sozialdemokratie, auch in den Kreisen der Intelligenz Einfluß zu gewinnen. Jedoch vermochte damals nur ein kleiner Kreis fortschrittlicher Intellektueller einen klaren, im Interesse des Volkes liegenden Standpunkt zu den nationalen und sozialen Fragen einzunehmen. Mit Beginn des ersten Weltkrieges verfiel die Mehrheit der deutschen Hochschullehrerschaft dem nationalistischen Taumel, der seinen Ausdruck in einer Denkschrift vom Sommer 1915 fand. Sie wurde von 396 Professoren, 25 Oberlehrern und Studienräten, 69 Pfarrern, 37 Abgeordneten, 16 höheren Offizieren, 82 Beamten und Künstlern sowie Schriftstellern, Industriellen und Bankiers unterzeichnet. In ihr stellten die Unterzeichner die gleichen Kriegszielforderungen wie die Konzernverbände Deutschlands.[11]

Der erste Weltkrieg zwang die Monopolbourgeoisie zur weiteren Entfaltung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in den imperialistischen Staaten. Dieser Krieg, den die deutschen Imperialisten als Blitzkrieg geplant hatten, erforderte – je länger er dauerte – vom deutschen Monopolkapital und dessen Staat tiefgreifende staatsmonopolistische Regulationsmaßnahmen. Monopole und Staat richteten Ökonomie, Wissenschaft und Technik voll auf die Kriegsbedürfnisse aus.

Die Stellung der Angehörigen der Intelligenz zum ersten Weltkrieg war jedoch nicht einmütig. Die Erfahrungen des Krieges selbst, die immer stärker sichtbar werdenden imperialistischen Kriegsziele Deutschlands und nicht zuletzt die unermüdliche Tätigkeit der Linken in der deutschen Sozialdemokratie bewirkten eine spürbare Differenzierung vor allem in der Professorenschaft.

Ohne selbst in den grundsätzlichen politischen Fragen eine einheitliche, progressive Haltung einzunehmen, distanzierten sich beispielsweise die Professoren Albert Einstein, Adolf von Harnack, Max Planck, Gustav von Schmoller, Max Weber, Gustav Anschütz und Hans Delbrück in einer Eingabe an den Reichskanzler von den Kriegszielen des deutschen Monopolkapitals.

Revolutionäre Veränderungen oder weiterhin Hort der Reaktion?

Der Sturm russischer Arbeiter, Bauern, Soldaten und Matrosen am Abend des 6. November 1917 auf das Petersburger Winterpalais leitete die Große Sozialistische Oktoberrevolution ein. Mit ihr begann die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab. Zum ersten Male in der Geschichte der Menschheit wurde die Arbeiterklasse zur politisch herrschenden Klasse und die Ideen von Marx, Engels und Lenin, der wissenschaftliche Sozialismus, wurden lebendige Wirklichkeit. Mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution entstanden in der Welt zwei Lager: das Lager des sterbenden Kapitalismus und das Lager des aufsteigenden und erstarkenden Sozialismus. Die Entwicklung der allgemeinen Krise des Kapitalismus hing unmittelbar mit dem Ausbruch der Revolution und ihrem erfolgreichen Verlauf zusammen. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution fand in der ganzen Welt bedeutenden Widerhall. Sie leitete auch in Deutschland neue, verstärkte Aktionen der Arbeiterklasse im Kampf für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt ein, deren Wirkung sich bis in die Universitäten fortsetzte.

Die verbrecherische imperialistische Politik des Junkertums und der Monopolbourgeoisie Deutschlands hatte dazu geführt, daß es am Ende des ersten Weltkrieges nur einen Weg gab, der den Lebensinteressen der Mehrheit aller Deutschen entsprach, „den Weg der Volksrevolution unter Führung der Arbeiterklasse. Die geschichtliche Aufgabe der Revolution in Deutschland war es, den Widerspruch zu lösen, der sich seit der Jahrhundertwende zwischen den von der Arbeiterklasse geführten demokratischen und friedliebenden Volksmassen einerseits und den für Krieg und Not verantwortlichen Kräften des deutschen Imperialismus und Militarismus andererseits herausgebildet hatte.“[12]

---

10 R. Luxemburg, „Die ‚deutsche Wissenschaft‘ hinter den Arbeitern“. Die Neue Zeit, 1899/1900, Nr. 51/52, in: R. Luxemburg, Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 2, Berlin 1951, S. 125.

11 Vgl. W. Bartel, Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg, Berlin 1958, S. 356 ff.

12 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, Berlin 1966, S. 75.

Im Herbst 1918 hatte sich eine äußerst günstige Situation für die Arbeiterklasse ergeben, revolutionäre Umwälzungen in Angriff zu nehmen und die unmittelbaren Aufgaben der demokratischen Revolution – die Vernichtung des Militarismus, die Säuberung des Staatsapparates und die Enteignung der für den Krieg verantwortlichen Kräfte des Junkertums – zu erfüllen.

Für die deutschen Universitäten und Hochschulen bedeutete das, wahrhaft demokratische Veränderungen durchzuführen, dabei vor allem das Bildungsprivileg der herrschenden Klasse aufzuheben sowie alle reaktionären Einflüsse, die die Entwicklung der Wissenschaft beeinträchtigen, zu beseitigen.

Die sich im Feuer der Novemberrevolution bildende Kommunistische Partei Deutschlands hatte auf den unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Notwendigkeit revolutionärer Veränderungen und den Interessen der Gesellschaft hingewiesen. In ihrer Rede zum Programm auf dem Gründungsparteitag der KPD sagte dazu Rosa Luxemburg: „... wir sind heutzutage nicht nur in der Lage, diese Aufgabe zu lösen, sie ist nicht bloß unsere Pflicht gegenüber dem Proletariat, sondern ihre Lösung ist heute überhaupt die einzige Rettung für den Bestand der menschlichen Gesellschaft ... Aus den Ergebnissen des Weltkrieges können die bürgerlichen Klassen unmöglich auf dem Boden ihrer Klassenherrschaft und des Kapitalismus irgendeinen Ausweg finden.“[13] Die KPD formulierte deshalb auch in ihrem Programm: „Sofortige gründliche Umgestaltung ... des Erziehungswesens im Sinne und Geiste der proletarischen Revolution.“[14]

Die Furcht vor demokratischen Umwälzungen auch in den Universitäten rief die Kräfte der Konterrevolution innerhalb der Hochschullehrerschaft auf den Plan. Diese Furcht kam in einem Briefwechsel zwischen Professor Eduard Meyer und dem damaligen Referenten im preußischen Kultusministerium und späteren preußischen Kultusminister Carl Heinrich Becker eindeutig zum Ausdruck.

Am 5. Januar 1919 schrieb Meyer: „Ist das eine Zeit, wo man grundlegende Reformen in Angriff nehmen darf? Da ist es meines Erachtens das einzig Zulässige und Gebotene zu bremsen, soviel es möglich ist, und für die Zukunft zu erhalten, was sich irgend erhalten läßt. An die Reformen mögen und wollen wir in zwei bis drei Jahren denken, wenn wir einigermaßen übersehen, woran wir sind und worauf wir uns einzurichten haben.“

Postwendend antwortete Becker am 11. Januar: „Ich möchte Ihnen zu Ihrer Beruhigung mitteilen, daß ich ja im Grunde gar nichts anderes tue als bremsen. Wenn ich aber jetzt meine Hände in den Schoß gelegt und die Dinge hätte laufenlassen, so wäre ein anderer und vermutlich sehr viel radikalerer Mann mit der Reform beauftragt worden.“[15]

Angesichts der Gefahr für den Bestand der kapitalistischen Ordnung richteten die Hauptkräfte der herrschenden Klasse ihre Anstrengungen darauf, die Revolution einzudämmen, ihre Errungenschaften wieder zunichte zu machen. Die imperialistische Klassenherrschaft sollte in der Form einer bürgerlich-parlamentarischen Republik erhalten bleiben. Ihrem Inhalt nach war sie die bourgeois-junkerliche Herrschaft über die werktätigen Massen Deutschlands. Die Kräfte der Konterrevolution stützten sich bei der Durchsetzung ihrer gegen die Revolution gerichteten Politik auf die rechten Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, die durch ihre Haltung die werktätigen Massen von der Hauptaufgabe der Revolution ablenkten. An den verschiedensten Hochschulen bildeten sich bewaffnete Formationen der Konterrevolution, die gegen die revolutionären Massen der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten eingesetzt wurden. Die Mehrheit der Professoren und Privatdozenten sowie der Studenten hatte zwar gegen den Sturz des Kaisers und die Errichtung der Republik keine Einwände. Auf der anderen Seite waren diese Kräfte nach wie vor erklärte Feinde der Arbeiterklasse und der sozialistischen Bewegung.

---

13 R. Luxemburg, Ausgewählte Reden ..., a. a. O., S. 665 f.

14 Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands, angenommen am 31. Dezember 1918, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 2, Berlin 1957, S. 696.

15 Deutsches Zentralarchiv, Abteilung Merseburg, Rep. 76, V a, Sekt. 1, Titl. I. Nr. 39, Beiheft A, Bd. III. Zit. nach H. Baum, Bestrebungen zur Universitätsreform in der Weimarer Republik (1919-1923), Staatsexamensarbeit, Institut für deutsche Geschichte, Humboldt-Universität zu Berlin, 1966, (Ms.) S. 19.

Ein verschwindend kleiner Teil der Hochschullehrerschaft und der Studenten verband sein Wirken mit dem der sozialistischen Arbeiterbewegung, so beispielsweise an der Universität Jena der Biologe Julius Schaxel, der sich zum Marxismus bekannte und 1918 der sozialdemokratischen Partei beitrat, und der Privatdozent Karl Korsch an der Juristischen Fakultät, der 1923 der KPD beitrat, sowie an der Universität Leipzig die Revolutionäre Studentengruppe, die trotz ihrer Minderheit dem konterrevolutionären Treiben der Studentenschaft mutig die Stirn bot. Doch die in Jena und Leipzig führenden Professoren waren monarchistisch eingestellt.[16]

Die Universitäten in Deutschland gehörten zu den Einrichtungen des gesellschaftlichen Lebens, in denen am wenigsten Ergebnisse der revolutionären Ereignisse festzustellen waren. Das Bildungsmonopol der herrschenden Klasse wurde nicht angetastet, reaktionäre Professoren blieben in ihren Ämtern.

Schrittweise gelang es den Kräften der Konterrevolution, die Revolution zu ersticken und die Klassenherrschaft des Monopolkapitals zu festigen. Das war auch deshalb möglich, weil es die marxistisch-leninistischen Kräfte in der Arbeiterbewegung nicht rechtzeitig vermochten, eine revolutionäre Kampfpartei zu schaffen und die Aktionseinheit der Arbeiterklasse in der Revolution herzustellen.

Damit blieben jene gesellschaftspolitischen Grundlagen erhalten, die dafür verantwortlich sind, daß Deutschland in der Folgezeit abermals den Weg der Kriegsvorbereitung beschritt. Das deutsche Monopolkapital schuf in Auswertung der Erfahrungen des Krieges mit dem Ausbau staatsmonopolistischer Organe zur Leitung und Lenkung der Wissenschaften zu Beginn der zwanziger Jahre die wissenschaftspolitischen Instrumente, mit deren Hilfe der unmittelbare Einfluß auf die Universitäten und Hochschulen wesentlich verstärkt werden konnte. Unter teilweiser Umgehung staatlicher Behörden und Organe der Universitätsverwaltung gelangten diese Wissenschaftslenkungsgremien direkt in die Institute und beeinflußten wesentliche Fragen der Lehre, vor allem aber wichtige Fragen der Forschung. Diese Taktik wurde besonders dann sichtbar, wenn die Gefahr bestand, daß die Arbeiterbewegung Einfluß auf die Kultusverwaltung erlangen könnte.

Adolf von Harnack und andere Wissenschaftler gründeten im Oktober 1920 die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, um vor allem die materielle Notlage der Forschung an den deutschen Universitäten lindern zu helfen. Wenig später konstituierte sich unter der Leitung des Industriellen Carl Friedrich von Siemens der Stifterverband für die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft (im weiteren kurz Stifterverband genannt). Mit ihm schufen sich die deutschen Konzernverbände schrittweise ein profiliertes Instrument zur unmittelbaren politischen und ökonomischen Einflußnahme auf die Universitäten. Unter dem Dirigismus des Stifterverbandes wurde aus der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, die 1930 in Deutsche Forschungsgemeinschaft (im weiteren kurz Forschungsgemeinschaft genannt) umbenannt wurde, ein zentraler Lenkungsstab für die Forschung an den Universitäten, Akademien und in wissenschaftlichen Vereinigungen. Ein konkreter Ausdruck für die Veränderungen in der Funktion war die Hereinnahme von Vertretern des Staates und der Monopole in die leitenden Gremien dieses Organs. Damit wurde unter anderem die neue Rolle des Staates im System staatsmonopolistischer Wissenschaftslenkung deutlicher sichtbar.

Für die Arbeit unter den Studenten wurden ebenfalls im Jahre 1920 zwei Organe ins Leben gerufen.

Zur sozialen Betreuung der Studenten, an denen die Folgen des Weltkrieges ebensowenig vorbeigingen wie an den übrigen Schichten der werktätigen Bevölkerung, gründeten Studenten das Studentenwerk. Die staatsmonopolistischen Kräfte sahen in dieser Selbsthilfeorganisation sehr bald ein vorzügliches Instrument zur unmittelbaren Beeinflussung der Studentenpolitik. Sie bemächtigten sich dieser Organisation, beraubten sie ihres ursprünglichen Charakters und wandelten sie zu einer Zentrale imperialistischer Studentenpolitik um.

Die Studienstiftung des deutschen Volkes war eine Stiftung, durch die Höchstbegabte schnell und großzügig gefördert werden sollten. Die großbürgerliche Propaganda nutzte diesen Fakt in demagogi-

[16] Vgl. Karl-Marx-Universität Leipzig 1403-1959, Bd. 2, Leipzig 1959, S. 115 ff.; ferner Geschichte der Universität Jena, Bd. 1, Jena 1958, S. 528.

scher Weise, um den Eindruck zu erwecken, daß für alle Talente aus dem Volke gleiche Bildungsmöglichkeiten bestünden. In Wirklichkeit schufen sich damit die Kräfte, die auf die hochschulpolitischen Entscheidungen den bestimmenden Einfluß hatten, eine Einrichtung, um außergewöhnliche Talente aus den Reihen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft in ihrem Sinne ausbilden und erziehen zu lassen.

Alle diese hochschulpolitischen Maßnahmen, die unmittelbar der Stärkung der reaktionären Kräfte des deutschen Monopolkapitals dienten, waren von demagogischen Stimmen des „Mäzenatentums der deutschen Industrie“ begleitet, die angeblich alles tue, um der Wissenschaft und den Hohen Schulen zu helfen.

So wurden mit der Wiederherstellung der völligen politischen Herrschaft der deutschen Monopolbourgeoisie in der Weimarer Republik schon relativ frühzeitig auch die Weichen im Hochschulwesen gestellt. In diesem Prozeß wurden die Elemente der direkten staatsmonopolistischen Einflußnahme weiter ausgebaut, institutionalisiert und zentralisiert, während die staatliche Hochschulpolitik weiterhin föderalistisch organisiert war. Die föderalistische Organisation der Hochschulpolitik war jedoch in ihrer Wirkung durch die zentralisierende Funktion des Landes Preußen weitgehend aufgehoben.

An der Spitze des Kampfes gegen die reaktionäre Entwicklung in der Weimarer Republik stand die Kommunistische Partei Deutschlands. Sie versuchte alles, um den Kampf der Arbeiterklasse gegen das Monopolkapital und den aufkommenden Faschismus in einem breiten Bündnis mit anderen werktätigen Schichten der Bevölkerung führen zu können. Indem die KPD den Hauptstoß gegen die Kräfte der äußersten Reaktion führte, eröffneten sich zugleich Möglichkeiten, auch an den Universitäten für eine demokratische Entwicklung zu wirken. Viele hervorragende Wissenschaftler, Künstler und Schriftsteller leisteten diesem Kampf der KPD Beistand. Als einer von vielen möge Albert Einstein genannt werden. Der weltberühmte Physiker unterstützte die Bemühungen der KPD um einen Erfolg in der Kampagne gegen die Fürstenabfindung, erklärte seine Sympathie für die Tätigkeit der Roten Hilfe, setzte sich aktiv für Maßnahmen zur Sicherung des Friedens ein. So waren er und von den Universitätsprofessoren noch L. Quidde Mitunterzeichner des aufrüttelnden Appells „Für Fortschritt und Kultur! Für Beseitigung sozialer Not und Ungerechtigkeit! Gegen Panzerkreuzer!“ Albert Einstein gehörte dem Weltkomitee gegen den imperialistischen Krieg an und war einer der Dozenten der Marxistischen Arbeiterschule Berlins.[17]

Die KPD scharte im Kampf gegen den Faschismus viele Tausende Arbeiter, Angestellte, Bauern und in zunehmendem Maße auch Intellektuelle und Künstler um sich. In der Antifaschistischen Aktion und der Aktionseinheit der Arbeiterklasse lagen die großen Möglichkeiten, die faschistische Gefahr erfolgreich abzuwehren.

Im Gegensatz dazu betrieb der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei die Politik des Arztes am Krankenbett des Kapitalismus. Er führte die Arbeiter irre, indem er von den Hauptfragen des revolutionären Kampfes ablenkte. Damit trägt er einen Großteil der Verantwortung dafür, daß die Chancen einer grundsätzlichen politischen Wende vergeben wurden.

Die Kräfte des deutschen Monopolkapitalismus, die im Faschismus ihre politische und soziale Hauptstütze besaßen, konnten die Angriffe der Arbeiterklasse noch einmal abwehren. Zur Erhaltung ihrer Macht jedoch bedurften sie diktatorischer Herrschaftsformen. An den Universitäten der Weimarer Zeit sammelten sich sowohl im Lehrkörper als auch in der Studentenschaft reaktionäre, nationalistische Kräfte, die in ihrer Mehrheit die politische Entwicklung, die unmittelbar in die faschistische Diktatur führte, begrüßte.

So spiegelt die Entwicklung an den Hochschulen im wesentlichen das Klassenkräfteverhältnis der Weimarer Republik wider und bestätigt die Lehre, daß der Kampf um Demokratie in Wissenschaft und an Hohen Schulen ein untrennbarer Bestandteil des Klassenkampfes der Arbeiterklasse ist und nur im festen Bündnis mit dieser siegreich geführt werden kann.

---

17 Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, Berlin 1966, S. 116, 146, 175, 309, 318.

Das dunkelste Kapitel

Das dunkelste Kapitel in der Geschichte des deutschen Hochschulwesens begann mit der Errichtung der faschistischen Diktatur im Jahre 1933.

Im Interesse der extremsten imperialistischen Kräfte des deutschen Monopolkapitals übernahm mit der Nazipartei jene Partei in Deutschland die Macht, „die mit ihrem Chauvinismus und Revanchismus, mit ihrem Antikommunismus und ihrer hemmungslosen nationalen Demagogie, mit ihrem Terror gegen die fortschrittlichen Kräfte und mit ihrer Abenteuerlichkeit den Klasseninteressen der reaktionären Gruppen des deutschen Finanzkapitals und anderer reaktionärster Kreise am meisten entsprach“[18].

Die Kommunisten hatten schon vor der Machtergreifung das deutsche Volk gewarnt: „Hitler – das ist der Krieg.“ Sie ließen nichts unversucht, um die demokratischen und humanistischen Kräfte des deutschen Volkes unter Führung der Arbeiterklasse im Kampf gegen die faschistische Barbarei zu einigen. Von der Brüsseler Parteikonferenz der KPD im Jahre 1935 wurde vorgeschlagen: „Wir Kommunisten wollen in der antifaschistischen Volksfront alle Kräfte der deutschen Nation vereinigen, die der Kulturreaktion des Hitlerfaschismus feindlich gegenüberstehen. Wir Kommunisten wollen den kulturellen und geistigen Schatz des deutschen Volkes, seine Sprache, seine Literatur, seine Kunst und Wissenschaft vor den faschistischen Barbaren retten und für die Entwicklung der Kulturgüter kämpfen.“[19]

Nach der Errichtung der faschistischen Herrschaft wurden auch die Hochschulen der offenen und brutalen Diktatur unterworfen, die die Nazipartei im Auftrage der Konzerne ausübte.

Die ersten Maßnahmen des faschistischen Regimes an den Universitäten und Hochschulen dienten der Durchsetzung des sogenannten Führerprinzips. Damit verband sich unmittelbar die Zentralisation des gesamten Hochschulwesens in einem Reichsministerium.

Die Faschisierung der Universitäten erfolgte ohne größeren Widerstand der Mehrheit der Professoren, Dozenten und Studenten. Sie beugten sich der wissenschaftsfeindlichen Politik der faschistischen Partei und verrieten die ethische Pflicht eines jeden Wissenschaftlers, dem Humanismus und dem gesellschaftlichen Fortschritt zu dienen. Diese Haltung der Mehrheit der Professoren, Dozenten und Studenten erleichterte es den faschistischen Diktatoren wesentlich, die Universitäten in den Griff zu bekommen.

Die straffe Organisierung der Hochschulangehörigen im sogenannten Nationalsozialistischen Deutschen Dozentenbund und im sogenannten Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund machte sie in nahezu perfektionierter Weise für die Durchsetzung der barbarischen faschistischen Politik der Kriegsvorbereitung und inneren Reaktion nutzbar. Die Tätigkeit der staatsmonopolistischen Lenkungsorgane wurde im Faschismus in modifizierter Form weitergeführt; sowohl der Stifterverband wie auch die Forschungsgemeinschaft waren in die faschistischen Staatsorgane zur Beherrschung der Wissenschaft integriert worden. Das Monopolkapital hielt die Staatsorgane für besser geeignet, die Verstärkung des Kriegspotentials und die ideologische Formierung vorzunehmen.

Im Hinblick auf die Tätigkeit des wichtigsten monopolistischen Wissenschaftsorgans stellte der Präsident des Bundesverbandes der (West-)Deutschen Industrie im Jahre 1957 fest, daß die führenden Monopolherren im Reichsverband der Deutschen Industrie, so Duisberg, Vögler und Herle, bis 1945 stets ein besonders reges Interesse am Gedeihen des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft genommen hätten.[20]

---

18 A. a. O., Bd. 5, S. 10.

19 W. Pieck, Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur, Berlin 1954, S. 166.

20 „Das Kölner Bündnis, Bericht über die Gründungskonferenz des Gesprächskreises Wissenschaft und Wirtschaft“, Wirtschaft und Wissenschaft, Mitteilungsblatt des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, Essen-Bredeney, 1957, Nr. 2, S. 2.

Thomas Mann brandmarkte die faschistische Barbarei gegenüber den Hochschulen bereits im Juli 1934 in seinem Tagebuch: „Auf dem Magdeburger Philosophenkongreß erklärt der Ministerialrat Achelis im Namen des preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung: ‚Auf jeden Fall wird die neue Hochschule nicht aus dem Geist der Philosophie erwachsen, sondern aus dem Geist der SA.‘ ... Dieser Staat, diese Revolution sind nicht Gegner eines bestimmten Geistes, etwa des ‚liberalistischen‘ oder ‚marxistischen‘. Es ist ein Staat, eine Revolution gegen allen Geist überhaupt, und das idiotische Schimpfwort ‚Intellektbestie‘ gilt allem, was überhaupt mit Geist und Denken zu tun hat.“[21]

Die faschistische Form der Machtausübung der deutschen Monopolbourgeoisie hemmte nicht nur schlechthin die Entwicklung des höheren Bildungswesens. Sie entfremdete systematisch die wissenschaftliche Arbeit dem Dienst am Menschen und zwang sie in die Bahn der Aggression und des Überfalls auf andere Völker und Nationen.

Otto Grotewohl faßte das Wesen der faschistischen Hochschulpolitik in den folgenden prägnanten Worten zusammen: „Der Geist war zur geschändeten Dirne der Gewalt und der Bestialität erniedrigt. Geschichtsforscher deuteten die Geschichte so, daß Hitler und seine Kumpane als feinste Essenz und wertvollster Extrakt der tausendjährigen deutschen, ja europäischen Geschichte erscheinen, Naturforscher beschäftigten sich mit der Erfindung einer deutschen Herrenrasse. Philosophen interpretierten das Hakenkreuz als tiefsten Sinn der Welt. Geistliche beteten für den Führer, Ärzte suchten im Auftrage nationalsozialistischer Organisationen nach Vernichtungsinstrumenten und wirksamsten Mitteln und Methoden, um am schnellsten und wirksamsten Patienten um die Ecke zu bringen. Geographen ersannen geopolitische Argumente, um die hitlerschen Eroberungspläne zu rechtfertigen, Mathematiker und Physiker scheuten sich nicht, mit einer ‚deutschen‘ Mathematik und Physik aufzuwarten. Die These der deutschen Wissenschaft wurde von einem großen Teil dieser Männer vor dem Antlitz der ganzen Welt geschändet.“[22]

Aller Unmenschlichkeit zum Trotz boten zahlreiche Studenten, Dozenten und Professoren als Widerstandskämpfer an der Seite der Arbeiterklasse dem Faschismus die Stirn. Widerstandsgruppen, an deren Spitze Patrioten wie die Geschwister Scholl, Lilo Hermann, Arvid Harnack, Herbert Baum, Harro Schulze-Boysen standen, verteidigten unter Einsatz ihres Lebens die Ehre der deutschen Universitäten. Mit Gerhard Harig wurde einer dieser Kämpfer gegen die faschistische Barbarei der erste Staatssekretär für Hochschulwesen in der Regierung der DDR. Zahlreiche politische Gegner des Faschismus, insbesondere jüdische Gelehrte, wurden von den deutschen Hochschulen vertrieben. Der Amerikaner Edward Y. Hartshorne kam schon 1937 zu dem Ergebnis, daß von 7758 Mitgliedern des Lehrkörpers einschließlich der Privatdozenten und Lehrbeauftragten im Wintersemester 1932/33 1145, das heißt 14,8 Prozent, bis zum Wintersemester 1934/35 entlassen worden waren.[23]

In der Welt geachtete und durch ihre wissenschaftlichen Leistungen bekannte Gelehrte verließen die Universitäten des faschistischen Deutschlands, weil sie nicht gewillt waren, ihre Fähigkeiten in den Dienst der Barbarei zu stellen. Zu ihnen gehörten beispielsweise die beiden Biologen Julius Schaxel und Leo Brauner von der Universität Jena. Julius Schaxel, der wegen seines mutigen Eintretens für die sozialistische Arbeiterbewegung aus der Universität entlassen wurde, emigrierte im November 1934 in die Sowjetunion, und Leo Brauner ging bereits im Herbst 1933 nach England und folgte wenig später einem Ruf an die Universität Istanbul.[24]

Ganze wissenschaftliche Disziplinen wurden von den faschistischen Machthabern unterdrückt, so zum Beispiel die moderne Physik und Genetik, Zweige der Psychologie, die Soziologie und selbstverständlich jede Andeutung marxistischen Denkens im höheren Bildungswesen. Die Verbindung mit der ausländischen Wissenschaft wurde auf Jahre hinaus fast völlig abgeschnitten. Zahlreiche persönliche Kontakte rissen ab. Der faschistische Krieg brachte auch dem höheren deutschen Bildungs-

21 T. Mann, Gesammelte Werke, Zwölfter Band, Berlin 1956, S. 165 f.
22 O. Grotewohl, Gedanken zur Kultur, Weimar 1949, S. 12 f.
23 Vgl. E. Y. Hartshorne, German Universities und National socialism, Cambridge/Mass. 1937.
24 Vgl. Geschichte der Universität Jena, a. a. O., S. 630.

wesen unersetzliche Verluste. Im Kriege verloren alle Fachrichtungen viele der besten jungen Gelehrten. Wertvolle Ausbildungsjahre wurden eingebüßt, zahlreiche wissenschaftliche Einrichtungen völlig zerstört. Empfindlich war der Verlust zahlreicher Bibliotheken. Nach vorsichtigen Schätzungen sind etwa 60 Prozent der Bauten und Ausstattungen der Hochschulen vernichtet worden.

Diese Folgen, die der Faschismus wie auf vielen anderen Gebieten auch im Bereich der höheren Bildung nach sich zog, zwingen angesichts der neonazistischen Tendenzen in der Bundesrepublik zur Aufmerksamkeit, zwingen zum Nachdenken über einen besseren Weg, über einen Weg des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus. 1933 konnte die nazistische Entwicklung des geistigen Lebens an den Hochschulen unter anderem auch deswegen nicht verhindert werden, weil zahlreiche Angehörige der wissenschaftlich-technischen Intelligenz nicht den Weg an die Seite der marxistisch-leninistischen Arbeiterbewegung und der anderen antifaschistischen Kräfte im Volke fanden. Ausschlaggebend für diese Entwicklung war jedoch die politische und ideologische Bereitschaft vieler Professoren und Dozenten, ihre Fähigkeiten in den Dienst des Faschismus zu stellen, sowie die Wirksamkeit reaktionärer Traditionen an den Universitäten, die schon in der Vergangenheit ungenügend bekämpft worden waren.

Der deutsche Faschismus und Militarismus erwies sich als der Todfeind der Wissenschaft und des Volkes. Die deutsche Arbeiterklasse hatte im Kampf gegen die faschistische Diktatur große Opfer gebracht. Sie brachte sie auch, um der Wissenschaft und dem Hochschulwesen eine Zukunft zu ermöglichen, in der sie ihren gesellschaftlichen Auftrag im Interesse des werktätigen Volkes frei erfüllen können.

Die Chance des Neubeginns in ganz Deutschland

Der Sieg der Sowjetunion und der mit ihr in der Antihitlerkoalition verbündeten Mächte über den deutschen Faschismus setzte erneut – wie schon im Jahre 1918 – entscheidende historische Fragen auf die Tagesordnung. Nachdem das verhaßte Hitlerregime gestürzt worden war, hatten die deutschen Antifaschisten unter Führung der Arbeiterklasse die verantwortungsvolle Aufgabe, das Wiedererstehen des Faschismus in Deutschland für immer unmöglich zu machen. Das deutsche Volk hatte die Chance und zugleich die Verpflichtung, einen friedliebenden und demokratischen deutschen Staat aufzubauen. Es galt die Lehren von 1918 zu berücksichtigen: Die Ursachen der imperialistischen Kriegspolitik mußten beseitigt werden. Von deutschem Boden durfte nie wieder ein Krieg ausgehen. Die Hauptaufgabe einer deutschen nationalen Politik lautete: „Demokratische Verhältnisse zu schaffen, jene imperialistischen Kräfte auszuschalten, die unser Volk ausbeuteten, seiner Rechte und Freiheiten beraubten und zur Versklavung anderer Völker mißbrauchten ...“[25]

In ihrem historischen Aufruf vom 11. Juni 1945 hatte die Kommunistische Partei Deutschlands ihre grundlegenden Gedanken auch für die Gestaltung des Schul- und Hochschulwesens ausgesprochen: „Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes ... Säuberung des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens von dem faschistischen und reaktionären Unrat. Pflege eines wahrhaft demokratischen, fortschrittlichen und freiheitlichen Geistes in allen Schulen und Lehranstalten.“[26]

Die völkerrechtlichen Festlegungen des Potsdamer Abkommens besagten: „Das Erziehungswesen in Deutschland muß so überwacht werden, daß die nazistischen und militaristischen Lehren völlig entfernt werden und eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich wird.“[27]

Durch diese programmatischen Festlegungen waren alle Wissenschaftler aufgerufen, sowohl ihrer persönlichen Verantwortung für das Vergangene als auch ihrer persönlichen Verpflichtung für die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung im Sinne des Fortschritts gerecht zu werden.

---

25 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 6, Berlin 1966, S. 13.

26 Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1, Berlin 1959, S. 19.

27 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 6, a. a. O., S. 369.

Im Jahre 1945 gab es in ganz Deutschland die Möglichkeit, grundlegende antifaschistisch-demokratische Veränderungen auch an den Hochschulen durchzuführen. Chance und Verpflichtung zur antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung wurden jedoch nur im Osten Deutschlands wahrgenommen. Mit Unterstützung der sozialistischen Besatzungsmacht gingen schon im Sommer 1945 die Aktivisten der ersten Stunde aus der Arbeiterklasse in enger Verbundenheit mit humanistischen Wissenschaftlern an die Lösung der objektiv herangereiften Aufgaben.

Am 15. Oktober 1945 wurde die Universität Jena als erste deutsche Universität neu eröffnet. Im Laufe des Jahres 1946 erfolgte die Neueröffnung der übrigen Universitäten in der sowjetischen Besatzungszone sowie der Technischen Hochschule Dresden und der Bergakademie Freiberg. Auf der Grundlage der sozialökonomischen Veränderungen in diesem Gebiet Deutschlands, die ihren Ausdruck in der demokratischen Bodenreform und der Enteignung der Betriebe der Kriegs- und Naziverbrecher fanden, wurden wichtige Schritte der antifaschistischen Entwicklung im Hochschulwesen eingeleitet. Eine weitere grundlegende Voraussetzung war die Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Intelligenz. Die Säuberung des Lehrkörpers von faschistisch-belasteten Wissenschaftlern, die entscheidende Veränderung der sozialen Zusammensetzung der Studentenschaft zugunsten der Arbeiter- und Bauernkinder sowie die Durchsetzung neuer Bildungsinhalte mit demokratischem Charakter waren unerläßliche Voraussetzungen für die antifaschistisch-demokratische Erneuerung des Hochschulwesens. Mit der Durchführung dieser Veränderungen, die in der demokratischen Hochschulreform des Jahres 1951 ihren Höhepunkt fanden, wurde den programmatischen Festlegungen der KPD und des Potsdamer Abkommens voll und ganz entsprochen. Von vornherein wurden die Maßnahmen innerhalb des Hochschulwesens als unabdingbarer Bestandteil der gesamtgesellschaftlichen Veränderungen in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands betrachtet. Voraussetzung für diese Entwicklung war die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse, die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Jahre 1946.

In den westlichen Besatzungszonen wurde von den Besatzungsmächten, dem Großkapital und den Militaristen eine antifaschistisch-demokratische Umgestaltung verhindert.

Die rechten Führer der sozialdemokratischen Partei verhinderten die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse in den Westzonen. Mit der Aufrechterhaltung der Spaltung war die Voraussetzung für die reaktionären Kräfte gegeben, die alten Machtverhältnisse des Monopolkapitals zu restaurieren. Die rechten SPD-Führer schürten kleinbürgerliche Illusionen über einen „dritten Weg“. Auf diese Weise desorientierten sie die Arbeiterklasse in ihrem Kampf um die Schaffung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung im Westen Deutschlands. Demokratische hochschulpolitische Forderungen, wie sie Funktionäre der sozialdemokratischen Partei in der „Göttinger Universitätszeitung“ im Jahre 1947 erhoben hatten,[28] wurden dadurch zum Scheitern verurteilt.

Als wahre Vertreterin der Interessen der Bevölkerung der Westzonen verband die KPD den Kampf um eine Neuordnung im Hochschulwesen mit dem Kampf um die Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung.[29]

Die Hauptpartei, um die sich die reaktionären Kräfte der Restauration scharten, war die CDU/CSU. Ihre noch sehr vagen hochschulpolitischen Ziele, die sie in dem „Programm der Christlich-Demokratischen Union der britischen Zone“ und in den sogenannten Frankfurter Grundsätzen niedergelegt hatte, fußten auf klerikalen und scheinliberalen Prinzipien.

Sie forderte „die Rückkehr zu den Grundlagen der christlich-abendländischen Kultur“. Die Jugend müsse so erzogen werden, „daß sie wieder gottesfürchtig werde, gehorsam und ehrfurchtsvoll den Trägern der staatlichen Autorität gegenübertreten“.[30] Die Universität solle „ihre alte Unabhängigkeit und ihren alten, hohen Anspruch in strenger Bemühung“ zurückerobern.[31] Die CDU/CSU knüpfte

---

28 Göttinger Universitätszeitung, 1947. Nr. 9, S. 4.

29 Vgl. Dokumente der KPD 1945-1956, Berlin 1965, S. 47 ff.

30 „Frankfurter Grundsätze, Frühjahr 1946 (Auszug)“, in: Politisches Jahrbuch der CDU/CSU, hrsg. von B. Dörpinghaus und Dr. K. Witt, 1. Jahrgang 1950, Frankfurt/Main 1950, S. 231.

31 J. Fischer, „Linien der Hochschulpolitik“, Deutsche Universitätszeitung, Göttingen 1955, H. 4, S. 4.

formal an die klassische bürgerliche Universitätsidee an, um ihre Politik der Restauration im Hochschulwesen um so besser verschleiern zu können. Diesen Zielen diente auch die föderalistische Ordnung des Bonner Separatstaates. Die CDU/CSU wollte erreichen, daß die Universitäten aus dem Blickfeld der demokratischen Öffentlichkeit verschwinden, um in ihnen die geplante Restauration in aller Stille durchsetzen zu können.

Bürgerliche Wissenschaftler und Gesprächskreise legten eine Vielfalt an „Reformvorschlägen" für die hochschulpolitische Restauration vor.

Das Hauptprogramm dieser Restauration wurde von der amerikanischen Besatzungsmacht im Rahmen der „Marburger Hochschulgespräche" in den Jahren 1946 bis 1949 entwickelt. Bereits vom 12. bis 15. Juni 1946 waren sorgfältig ausgewählte Professoren und Hochschulpolitiker, aus den drei westlichen Besatzungszonen, aus den USA, der Schweiz, Italien und Holland zusammengekommen, um die schon Anfang 1946 von der amerikanischen Militärregierung im Einvernehmen mit ehemaligen Mitgliedern der Unterrichtsverwaltung der Weimarer Republik ausgearbeitete Konzeption zu beraten.

Den Initiatoren dieser Gespräche, die auch in Kreisen der westdeutschen Monopolbourgeoisie zu finden sind, ging es hauptsächlich darum, eine demokratische Bestandsaufnahme zu verhindern, die reaktionären Einflüsse auf die Universitäten zu konservieren und die Funktion der Universitäten im Dienste der Großbourgeoisie zu erhalten. Lediglich bestimmte Erscheinungsformen aus der faschistischen Ära sollten beseitigt werden.

In den weiteren Jahren ließ sich die Hochschulpolitik der amerikanischen Besatzungsmacht in völliger Übereinstimmung mit den Interessen der geschlagenen deutschen Monopolbourgeoisie von der Devise des Zeitgewinnes leiten, um auch die Universitäten als wichtige Instrumente der Klassenauseinandersetzungen mit dem Sozialismus möglichst unversehrt für die beabsichtigte und damals bereits betriebene vollständige Wiederherstellung imperialistischer Verhältnisse in Westdeutschland zu erhalten.

Die reaktionären Kräfte waren gezwungen, Oberflächenkritik am Faschismus zu üben. Sie hofften, daß der formale Bruch mit den faschistischen Formen der Machtausübung und -organisation von der Weltöffentlichkeit als echter Neubeginn gewertet würde. Die Praxis der reaktionären Hochschulpolitik zeigte jedoch, daß eine wirkliche Wende unterlassen und verhindert wurde. Ein Jahr nach Kriegsende wurden bereits wieder ehemalige Offiziere der faschistischen Wehrmacht bis zum Range eines Oberstleutnants zum Studium zugelassen. Die soziale Zusammensetzung der Studenten hatte sich nicht zugunsten der Kinder aus Arbeiter- und Bauernfamilien geändert. Den überwiegenden Teil der Studentenschaft stellten solche ehemaligen Angehörigen der faschistischen Wehrmacht, die auf Grund ihrer sozialen Herkunft und überwiegend nazistischen Erziehung nicht bereit waren, demokratischen, antiimperialistischen Zielstellungen an der Universität Raum zu geben. Dadurch konnte es bereits 1946 zu Radauszenen und Pöbeleien kommen, als Martin Niemöller in Göttingen und Erlangen Vorlesungen hielt. Eine zur Farce herabgewürdigte „Entnazifizierung" beließ viele dem Faschismus ehemals treu ergebene Gelehrte auf ihren Lehrstühlen oder versetzte sie an eine andere Universität, an der ihre faschistische Vergangenheit nicht so bekannt war.[32]

Der Redakteur der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit", Rudolf Walter Leonhardt, kleidete vor einigen Jahren den Prozeß der hochschulpolitischen Restauration in das sarkastische Bild: „Als restaurative Tendenzen ... sich durchzusetzen anfingen, wurden wieder Salamander gerieben und Schläger geschwungen in Marburg und Tübingen ..., aber auch in Heidelberg und Göttingen. Professoren, die einst Kafkas Bücher verbrannt hatten, kamen zurück auf ihre Lehrstühle und prüfen jetzt Studenten über Kafka."[33]

---

32 Vgl. Braune Universität – Dokumente mit Stellungnahmen, zusammengestellt und herausgegeben von R. Seeliger, H. 1-5, München 1964 und 1966.

33 R. W. Leonhardt, „Die deutschen Universitäten 1945-1962", in: Bestandsaufnahme – Eine deutsche Bilanz, München 1962, S. 351 f.

Die an dem faschistischen Raubkrieg schuldigen Konzernverbände hielten sich zunächst noch etwas zurück. Die Kontinuität ihrer unmittelbaren Einflußnahme sicherten sie sich beispielsweise durch die Gründung einiger Ersatzorganisationen, die Rolle und Funktion ehemals zentraler Wissenschaftslenkungsorgane wahrnahmen. So wurden an die Stelle der erst im Sommer 1945 durch eigenen Beschluß aufgelösten Deutschen Forschungsgemeinschaft – die führenden Vertreter wollten mit dieser Selbstauflösung den Zugriff der Besatzungsmächte verhindern – die „Leibniz-Stiftung zur Förderung der Wissenschaften" in Hannover und die „Arbeitsgemeinschaft Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen" gesetzt. Bereits im Mai 1948, noch vor der einseitigen Währungsreform in den Westzonen, faßten die Rektoren und Vertreter der Kultusverwaltungen der Länder der britischen und amerikanischen Zone einmütig den Beschluß, für ihr Einflußgebiet wieder die „Notgemeinschaft der (west-)deutschen Wissenschaft" ins Leben zu rufen. Die Satzungen der Weimarer Zeit wurden den neuen zugrunde gelegt, lediglich überarbeitet von einer. Kommission unter der Leitung des damaligen Rektors der Universität Frankfurt/Main, des späteren Staatssekretärs im Bonner Auswärtigen Amt, Walter Hallstein. Am 11. Januar 1949 fand in Köln die Gründungsveranstaltung der erneuerten Notgemeinschaft statt, die sich nach ihrer Fusion mit dem westdeutschen „Forschungsrat" am 15. August 1951 wiederum „Deutsche Forschungsgemeinschaft" nannte.

Wenige Monate nach der Neugründung dieser Notgemeinschaft, im September 1949, trat auch der Stifterverband für die (west-)deutsche Wissenschaft wieder an das Licht der Öffentlichkeit. In diesem wurde – wie von verantwortlichen Konzernvertretern hervorgehoben – einerseits an die Erfahrungen des in der Weimarer Republik tätigen Stifterverbandes angeknüpft und damit die Kontinuität imperialistischer Wissenschafts- und Hochschulpolitik unterstrichen, während andererseits auch die objektiv herangereiften neuen politischen und wissenschaftlichen Erfordernisse Berücksichtigung fanden. Er sei „in seiner heutigen Form nicht mehr lediglich eine Nachfolgeorganisation", sondern vielmehr „ein Mittler zu gegenseitiger Partnerschaft".[34] Diese Bemerkung verhüllte das Bestreben, die im zweiten Weltkrieg bei der verschärften staatsmonopolistischen Ausbeutung der Wissenschaften gesammelten Erfahrungen unmittelbar auf die Periode der Restauration des westdeutschen Imperialismus zu übertragen.

Bereits 1948 entstand die „Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften" als Nachfolgeorganisation der ehemaligen Kaiser-Willhelm-Gesellschaft, so daß bis zum Zeitpunkt der offiziellen Abspaltung der drei westlichen Besatzungszonen vom deutschen Nationalverband die wichtigsten staatlichen und monopolistischen Organe zur Lenkung der Wissenschaft und des Hochschulwesens erneut zu unheilvollem Leben erweckt waren. Wie bereits nach dem ersten Weltkrieg oblag vor allem dem Stifterverband und der Forschungsgemeinschaft, den unmittelbaren Einfluß des Finanzkapitals und des imperialistischen Staates auf Wissenschaft und Hohe Schulen zu sichern. In den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg wurden diese Absichten ebenso wie nach 1918 demagogisch mit dem Argument verschleiert, daß die „Hilfe" von Mäzenaten erforderlich sei, um die Forschungsrückstände, eine Folge des verlorenen Krieges, schnell aufholen zu können. Bescheidene Ansätze einiger westdeutscher Wissenschaftler, die den Forschungsrat zum echten Instrument der Forschung und Wissenschaft machen wollten, wurden schrittweise zurückgedrängt.

In wenigen Jahren wurde die Chance zum antiimperialistisch-demokratischen Neubeginn in den Westzonen vertan. Die völkerrechtlichen Bestimmungen des Potsdamer Abkommens waren systematisch verletzt worden und blieben schließlich unerfüllt. Die grundsätzliche politische Entwicklung in den westlichen drei Besatzungszonen, die auf die Erhaltung der großkapitalistischen Machtverhältnisse ausgerichtet war, verhinderte letztlich eine demokratische Entwicklung an den westdeutschen Hochschulen. So fanden die vorhandenen, auch von der Hochschulumgestaltung in der damaligen sowjetischen Besatzungszone Deutschlands beeinflußten Bestrebungen nach demokratischen Veränderungen im westdeutschen Hochschulwesen bei den meisten Hochschulprofessoren keinen positiven Widerhall. Ähnlich wie 1919 gab es auch in diesen Jahren Bremser, die im Sinne des Monopolkapitals

[34] „Wirtschaft und Wissenschaft – Partner im Fortschritt", Anlage zum Unternehmerbrief des Deutschen Industrieinstituts, Köln, 1961, Nr. 51/52, S. 3.

handelten, auch wenn das in wohlformulierte akademische Worte gekleidet wurde. Die Rektoren und Senate der westdeutschen Universitäten fühlten sich hauptsächlich der reaktionären Tradition der bürgerlichen Universität verbunden und richteten ihr hochschulpolitisches Handeln entsprechend ein. Die Orientierung auf reaktionäre bürgerliche Traditionen des Universitätswesens wirkte sich für die westdeutschen Hohen Schulen verhängnisvoll aus. Eine wirkliche Hinwendung zu den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Arbeiterklasse und ihrem politischen Kampf hat es an ihnen nicht gegeben. Der wissenschaftlichen Lehre der beiden größten deutschen Denker, Marx und Engels, blieben sie im Westen Deutschlands nach wie vor verschlossen, so daß der Prozeß der Abkehr von demokratischen Ideen fast reibungslos einsetzen konnte.

Die Universitätskrise, die durch die Herrschaft des Imperialismus bedingt ist, blieb aufrechterhalten und wurde mit der Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus verschärft. Die Universitäten im Westen Deutschlands hatten nichts von dem erfüllt, was antifaschistische Kräfte im Jahre 1945 und das Potsdamer Abkommen vom Hochschulwesen ganz Deutschlands gefordert hatten, was aber auf dem Territorium der damaligen sowjetischen Besatzungszone Deutschlands erfüllt worden ist.

Spaltung

Mit der Konstituierung des westdeutschen Separatstaates im September 1949 wurde die großbürgerliche Politik der Spaltung Deutschlands weitergeführt und die Einbeziehung in das aggressive imperialistische Paktsystem vorbereitet. Der Bonner Staat wurde geschaffen, weil das Monopolkapital die antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf diese Weise aufhalten und rückgängig machen wollte.

Dieser aus den drei Westzonen geschaffene Staat nahm von allem Anfang an die Korrektur der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges in sein Programm auf. Damit beschritt der großkapitalistische Bonner Staat abermals den imperialistischen Weg der Gefährdung des Friedens, der Militarisierung und der Vorbereitung der Expansion.

Die westdeutschen Universitäten gerieten nach der Periode der Verhinderung jeder echten Reform durch die allseitige Verstärkung reaktionärer Elemente und die nahezu ausschließliche Pflege reaktionärer Traditionen erneut in den Sog dieser unheilvollen Entwicklung.

Unmittelbar nach der Abspaltung der westdeutschen Bundesrepublik vom deutschen Nationalverband wurde die Zentralisierung des westdeutschen Hochschulwesens auch auf dem staatlichen Sektor forciert. Trotz des föderalistischen Aufbaus der Bundesrepublik richtete im Jahre 1950 das Bonner Innenministerium gegen den erklärten Willen der Länderregierungen und gegen die Bestimmungen des Grundgesetzes eine Kulturabteilung ein. Mit dieser Abteilung vermochte das westdeutsche Innenministerium zum Koordinator der Hochschulpolitik zu werden. Die Notwendigkeit einer solchen Zentralisierung wurde zunächst in erster Linie unter dem Deckmantel der annexionistischen Wiedervereinigungspolitik der westdeutschen Regierung betrieben. In der regierungsamtlichen Schrift „Deutschland heute“ hieß es, daß „im innerdeutschen Bereich ... der Bund die Vorhand in der Behandlung der kulturellen Fragen“[35] behalten würde.

Verschiedene Bonner Ministerien griffen durch teilweise großzügige materielle Förderung bestimmter Forschungsdisziplinen lenkend in das Hochschulwesen ein.

Besondere Erwähnung verdienen die Anstrengungen des Innenministeriums beim verstärkten Ausbau der Ostforschung, der „Politischen Wissenschaften“ und der Bearbeitung der jüngsten deutschen Geschichte im Sinne der in Westdeutschland herrschenden politischen Auffassungen. Die seit 1950 eingerichteten sogenannten Ostforschungsinstitute, die in Forschung und Lehre in erster Linie der abermaligen Kriegsvorbereitung gegen die östlichen Nachbarn der Bundesrepublik dienen sollten, wuchsen rasch an Zahl und Größe. Gab es im kaiserlichen Deutschland lediglich 3, so steigerte sich ihre Zahl im faschistischen Deutschland auf etwa 20, und gegenwärtig sind es in Westdeutschland annä-

[35] Deutschland heute, Abschnitt Kulturpolitik und Kulturverwaltung, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1954, S. 407.

hernd 100 Institutionen, die imperialistische Ostforschung betreiben. Ebenfalls ab 1950 wurden nach amerikanischem Vorbild an allen westdeutschen Universitäten die „Politischen Wissenschaften“ in Form von Lehrstühlen institutionalisiert.

Die Erfüllung der Aufgaben des Innenministeriums wurde damit begründet, daß es darum gehe, „die Anerkennung der natürlichen Autorität der Bundesregierung auch in kulturellen Fragen“[36] durchzusetzen. Der allmähliche Prozeß der Aushöhlung der Kulturhoheit der westdeutschen Länder begann, noch ehe sie diese voll wahrnehmen konnten.

Eines der Transformationsfelder, mit deren Hilfe diese Ideologie in die Hochschulen hineingetragen werden sollte, war das „studium generale“. Nachdem die demokratischen Ideen ausgeklammert worden waren, wurde es das erziehungspolitische Wirkungsfeld sowohl der Ostforscher als auch der sogenannten Politologen.

Das „studium generale“ war 1946/47 auf Initiative demokratischer Kräfte an einzelnen Universitäten entstanden. Es sollte der Überwindung des traditionellen Spezialistentums der Studenten durch eine Verbesserung der Allgemeinbildung dienen. Als die CDU/CSU erkannte, daß dieses „studium generale“ große Möglichkeiten für die „staatspolitische Erziehung“ bot, setzte auch sie sich für dessen Ausdehnung auf alle Hochschulen Westdeutschlands ein. Jedoch fand das „studium generale“ sowohl bei Professoren, die sich nicht ohne weiteres für die Erzeugung einer „Staatsgesinnung“ einspannen ließen, als auch bei der Mehrheit der Studenten wenig Resonanz, da es nicht gelang, eine organische Verbindung zwischen den Vorlesungen über Probleme verschiedener Disziplinen und den individuellen Fachstudien der Studenten herzustellen. Die reaktionäre Absicht, mit Hilfe eines „studium generale“ die zerstörte Einheit der Wissenschaften unter ausdrücklicher Ausklammerung des dialektischen und historischen Materialismus und auch anderer demokratischer Ideen wiederherstellen zu können, mußte notwendig scheitern. Das „studium generale“ scheiterte gesetzmäßig an den der imperialistischen Ordnung innewohnenden antagonistischen Widersprüchen.

Die reaktionären Kräfte beriefen sich noch Anfang der fünfziger Jahre demagogisch und ihre wahren Ziele verdeckend auf die bildungspolitischen Vorstellungen Wilhelm von Humboldts, obwohl insbesondere sie bereits seit Beginn des Übergangs zum Imperialismus die Vorstellungen solcher humanistischer Gelehrter wie Wilhelm von Humboldt verraten hatten. Erfolgte doch gerade von seiten der in Westdeutschland herrschenden Kräfte in ständig steigendem Maße die weitere Deformierung der Universitäten unter imperialistischen und militaristischen Vorzeichen. Ein Ausdruck dafür war die rasche Verbreitung der reaktionären studentischen Korporationen, die bald wieder 40 Prozent der männlichen Studenten umfaßten.

Unmittelbar nach der Wiedergründung des Stifterverbandes und der Forschungsgemeinschaft auf zentraler Ebene entwickelte sich die traditionelle Arbeitsteilung zwischen diesen beiden monopolistischen Wissenschaftslenkungsorganisationen. Während der von führenden Konzernvertretern geleitete Stifterverband neben der Konzipierung der Hochschulpolitik die Aufgabe übernahm, bei den Monopolen, aber auch bei kleineren Unternehmern Geld zu sammeln, verwandte die Forschungsgemeinschaft – nach außen als wissenschaftliches Selbstverwaltungsorgan getarnt – die vom Stifterverband sowie vom imperialistischen Staat und den Ländern zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel für ihre Lenkungsfunktion in der Forschung. Die finanzielle Vernachlässigung der Universitäten durch die westdeutschen Staatsorgane hat unter anderem die Aufgabe, die Universitäten einer materiell fundierten Lenkung im Interesse des staatsmonopolistischen Systems gefügig zu machen. Durch die in den Westzonen völlig ungenügende Entnazifizierung konnte eine Reihe in der imperialistischen Wissenschaftslenkung erfahrener Professoren wieder eingesetzt werden. Auch diese Maßnahme diente wesentlich der Erhaltung der Kontinuität imperialistischer Hochschulpolitik.

Der allmähliche Abbau scheindemokratischer Bildungsvorstellungen und die Versuche zur Entwicklung eines klerikalen Weltbildes als Grundlage der Bildungsideologie war im Bereich des Hochschulwesens ein Pendant zur Politik der Remilitarisierung. Die Einverleibung der Universitäten in das

---

[36] A. a. O., S. 411.

wiedererstandene imperialistische System hatte im Vergleich zur Weimarer Zeit eine höhere Stufe erreicht.

Neue Etappe der staatsmonopolistischen Hochschullenkung

In der ersten Hälfte der fünfziger Jahre waren innen- und außenpolitisch die Voraussetzungen für die Aufstellung einer neuen Wehrmacht und die offene militärische Aufrüstung geschaffen worden. Mit dem Beitritt der westdeutschen Bundesrepublik zum aggressiven NATO-Pakt im Jahre 1955 wurde die Spaltung Deutschlands zementiert. Das Bonner Regime erhob Antikommunismus und Revanchismus zur offiziellen Staatsdoktrin. Der NATO-Beitritt Westdeutschlands stellte auch für die Wissenschaftspolitik des staatsmonopolistischen Systems eine bedeutsame Zäsur dar. Die entscheidende Ursache hierfür war die neue Qualität, die das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland erreicht hatte. Diese wurde von der wissenschaftlich-technischen Revolution, dem sich stetig festigenden sozialistischen Weltsystem und dem sich anbahnenden Übergang zur dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus gekennzeichnet. Diese Tatsachen veranlaßten die Bonner Regierung, systematisch auf die Verstärkung der Zentralgewalt auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens hinzuarbeiten, ihr wissenschaftspolitisches Instrumentarium neu zu profilieren und zu aktivieren und die staatsmonopolistischen Herrschaftsmechanismen so herauszubilden, daß die Früchte der Wissenschaft und Technik in einem bis dahin noch nicht gekannten Ausmaß für die politischen, ökonomischen, militärischen und ideologischen Klasseninteressen der Monopolbourgeoisie genutzt werden konnten.

Der Stifterverband hatte sich zu einem zentralen Organ der westdeutschen Hochschulpolitik entwickelt. Er nahm die zentrale Stellung im System der monopolistischen Lenkung der Universitäten ein. Die wichtigsten Konzernverbände hatten sich durch namhafte Vertreter in den verschiedenen Gremien des Stifterverbandes ihren Einfluß gesichert. Als Sprecher des Stifterverbandes traten in der Hochschulpolitik und in der Öffentlichkeit ausschließlich prominente Monopolherren auf: die ehemaligen faschistischen Wehrwirtschaftsführer Hermann Reusch, Generaldirektor der Gutehoffnungshütte, Bergassessor a. D. und Vizepräsident des Bundesverbandes der (West-)Deutschen Industrie, Ernst Helmut Vits, Generaldirektor der Vereinigten Glanzstoffwerke, und Heinrich Kost, Generaldirektor und Mitbegründer der CDU in Köln.

Die Berechtigung zur Durchführung ihrer eigenen Hochschulpolitik leiteten diese Kreise davon ab, daß sie angeblich „im außerstaatlichen Bereich die optimale Repräsentanz der gesellschaftlichen Kräfte“[37] darstellten.

Noch bis 1955 hatten bekannte westdeutsche Wissenschaftler auf den verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen des Stifterverbandes die Wissenschafts- und hochschulpolitischen Aspekte vorgetragen. Seit dieser Zeit traten die Monopolherren verstärkt selbst auf und verkündeten unmißverständlich ihre Klassenziele gegenüber den Universitäten: Kost reduzierte das Verhältnis der „Wirtschaft zu Wissenschaft und Hohen Schulen“ demonstrativ auf das „Verhältnis von Geld zu Geist“[38].

Die gemeinsamen Ausgangspunkte aller Konzeptionen, die von den Konzernvertretern vorgetragen wurden, waren der abgrundtiefe Haß gegen die Welt des Sozialismus und die Nutzung der Ergebnisse der wissenschaftlich-technischen Revolution. Sie kritisierten die Universitäten wegen der bislang erwünschten „apolitischen“ Haltung der Akademiker, die nun für die antikommunistischen Kampfziele des westdeutschen Imperialismus nicht mehr als ausreichend empfunden wurde. Ursache dieser Bestrebungen für eine verstärkte antikommunistische Politisierung und Ideologisierung der Universitäten war das tiefe Krisenbewußtsein, das selbst führende Konzernkapitäne angesichts der schnellen Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt zugunsten des Sozialismus befiel. Resignierend

---

37 „Gesprächskreis Wissenschaft – Wirtschaft 1957/1959, Bericht von Dr. Reusch über die Tätigkeit des Gesprächskreises am 17. Februar 1959 auf Villa Hügel in Essen“, Forschung und Wissenschaft – Partner im Fortschritt, Schriftenreihe des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, Essen-Bredeney, 1959, Nr. II, S. 23.

38 H. Kost, „Wirtschaft und Hochschule“, Wirtschaft und Wissenschaft, a. o. O., 1956, Nr. 9, S. 1.

mußte Reusch eingestehen, daß der Westen den Ideen des Marxismus-Leninismus als „scharf geschliffener, gefährlicher Waffe“ nichts annähernd Gleichwertiges entgegenzustellen habe.[39]

Das Ziel der hochschulpolitischen Initiativen der Konzernvertreter bestand darin, die Universitäten in die Lage zu versetzen, eine ständig wachsende Zahl an Akademikern auszubilden und zu erziehen, die sowohl den politisch-ideologischen als auch den ökonomischen Anforderungen entsprachen und bereit waren, den aggressiven Zielen des westdeutschen Imperialismus ihre Kräfte zu leihen.

Das traditionelle wissenschaftspolitische Organ der Monopole, der Stifterverband, vermochte den Forderungen, die sich aus der qualitativ neuen Rolle der Wissenschaft als unmittelbare Produktivkraft und den umfassenden Aufgaben des imperialistischen Staates ergaben, nicht voll gerecht zu werden. Deshalb entschloß man sich zur Gründung eines neuen Organs, das die neuen hochschulpolitischen Forderungen der Konzerne in allen gesellschaftlichen Bereichen durchsetzen sollte. Am 27. November 1957 wurde auf Initiative des Bundesverbandes der (West-)Deutschen Industrie und des Stifterverbandes der Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft (im weiteren kurz Gesprächskreis genannt) gegründet. Später kamen noch der (West-)Deutsche Industrie- und Handelstag und der Bund (West-)Deutscher Arbeitgeberverbände als Träger des Gesprächskreises hinzu. Der Gesprächskreis nahm sehr rasch einen bedeutenden Platz in der westdeutschen Hochschulpolitik ein. Er sollte „alle Anstrengungen einschlägiger Art koordinieren und konzentrieren“[40]. Sein Vorsitzender Hermann Reusch wurde zu einer Schlüsselfigur der Hochschulpolitik der Monopole. Der Gesprächskreis faßte die wesentlichsten Ergebnisse seiner Arbeit in Beschlüssen, Empfehlungen und Entschließungen zusammen. Sein hauptsächlichstes Anliegen sah er darin, die in dieser Form niedergelegten hochschulpolitischen Forderungen den entscheidenden staatlichen und anderen Stellen vorzutragen sowie deren Verwirklichung zu veranlassen.

In unmittelbarem Zusammenhang mit der Bildung des Gesprächskreises und den umfassenden Aufgaben des Staates der Monopole stand die Gründung des Wissenschaftsrates, die am 5. September 1957 durch den Abschluß eines Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern beschlossen wurde. Die Konstituierung erfolgte im Februar 1958 widerrechtlich im besonderen Territorium Westberlin. Der Wissenschaftsrat ist in Organisation und Struktur der Prototyp eines staatsmonopolistischen Planungs- und Lenkungsstabes. In ihm wurden die Wissenschaftler durch eine Zwei-Drittel-Mehrheit hoher Staatsfunktionäre und durch führende Sprecher der Monopole majorisiert. Der Wissenschaftsrat erhielt die Aufgabe, die Empfehlungen und Entschließungen des Gesprächskreises in detaillierte hochschulpolitische Programme umzusetzen. Deutlich wurde diese funktionale Einheit beider Organe vom „Unternehmerbrief“ im März 1958 hervorgehoben: „Der Wissenschaftsrat wird sehr wesentliche Anregungen von dem am 27. November 1957 gegründeten Gesprächskreis ‚Wissenschaft – Wirtschaft‘ erhalten.“[41]

Mit der Schaffung des Gesprächskreises und des Wissenschaftsrates wurde eine neue Etappe der staatsmonopolistischen Wissenschaftslenkung eingeleitet, die zugleich eine neue Etappe der Knechtung der Universitäten unter die Klasseninteressen des Monopolkapitals war.

Das Erscheinen des sowjetischen Sputniks am 4. Oktober 1957 hatte in den imperialistischen Ländern einen tiefen Schock ausgelöst. Vielen Hochschulpolitikern in Westdeutschland wurde schlagartig die Tatsache des Rückstandes in der Wissenschaft und im Hochschulwesen bewußt. Der damalige Präsident der (West-)Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Romanist Gerhard Hess, sagte in diesem Zusammenhang: „Wir alle empfinden einen solchen Zwiespalt (zwischen Aufgabe und wirklich Erreichtem – der Verf.) lastender als vor einem Jahr. Und ich brauche gewiß keine Entschuldigung, ... wenn ich als den Grund für unser zwiespältiges Gefühl das Unbehagen betrachte, das uns seit der Entsendung des russischen Satelliten erfüllt ... Ich hätte das alles (über die kritische Lage der

---

39 H. Reusch, „Die moderne Industriegesellschaft in ihren Beziehungen zu Forschung und Lehre“, Forschungs- und Wissenschaft, a. a. O., 1957. Nr. 4, S. 16.

40 H. Reusch, „Wirtschaft und Wissenschaft“, Forschung und Wissenschaft, 1957, Nr. 226, S. 2089.

41 „Die Förderung der Wissenschaft in Ost und West“, Anlage zum Unternehmerbrief des Deutschen Industrieinstituts, Köln, 1958, Nr. 10, S. 1.

westdeutschen Wissenschaft – der Verf.) sagen müssen, auch wenn uns der Satellit nicht in einen Zustand versetzt hätte, den wir am treffendsten mit ‚malaise' bezeichnen ... Aber wir sollten unser Unbehagen produktiv werden lassen. Wir müssen endlich Ernst machen mit der unbestrittenen Einsicht, daß die Wissenschaft unser tägliches Brot ist."[42]

Die jahrelange Diskussion um eine Verbesserung der materiellen Lage eines Teils der Studentenschaft, die in der Honnefer Tagung im Jahre 1955 einen Höhepunkt hatte,[43] führte im Wahljahr 1958 zu ersten konkreten Ergebnissen. Die Bundesregierung entschloß sich gemeinsam mit den Ländern zu einer gesetzlich nicht fundierten „freiwilligen" Stipendienzahlung auf der Grundlage der Empfehlungen der Honnefer Tagung.

Die Zielsetzung der Studentenförderung nach dem „Honnefer Modell" wurde vom Bonner Innenministerium folgendermaßen formuliert: „Die Förderung des begabten Einzelnen ist ein Versuch, der allgemeinen Vermassung gerade dort Einhalt zu gebieten, wo sie sich für das Leben unserer Nation besonders schlimm auswirken würde."[44]

Die Einführung des „Honnefer Modells" diente einerseits der Eindämmung des Einflusses des in der Deutschen Demokratischen Republik vorbildlich geregelten Stipendienwesens und andererseits den politisch-ideologischen Zielen der imperialistischen Hochschulpolitik. Obwohl das „Honnefer Modell" propagandistisch als die faktische Aufhebung der Bildungsprivilegien dargestellt wurde, änderte sich an der strengen Wirkungsweise des Bildungsmonopols buchstäblich nichts. Bereits nach den ersten Stipendienzahlungen zeigte sich, daß mit der Einführung des „Honnefer Modells" keine Erhöhung des Anteils der Arbeiter- und Bauernkinder an der westdeutschen Studentenschaft verbunden war.

Das „Honnefer Modell" diente vor allem dazu, das Studium eines Teils der Studenten aus kleinbürgerlichen Familien materiell zu sichern. Diese Studenten sollten ideologisch und politisch stärker als bisher mit dem staatsmonopolistischen Herrschaftssystem verbunden werden.

Mit dem Verbot der KPD im Jahre 1956 versuchte das Bonner Regime – wie schon die Hitlerregierung im Jahre 1933 –, die Arbeiterklasse, die allein befähigt war, den Kampf gegen die Militarisierung des Hochschulwesens und für den antiimperialistisch-demokratischen Bildungsfortschritt zu organisieren und zu leiten, ihrer politischen Führung zu berauben.

Die rechten Führer der sozialdemokratischen Partei wechselten in diesem Zeitabschnitt zur „Politik der Gemeinsamkeit" mit der CDU/CSU über. Um bereits damals der CDU/CSU zu beweisen, daß die rechte SP-Führung willens und in der Lage sei, die reaktionäre Politik des Monopolkapitals ebenfalls betreiben zu können, bediente sie sich jenes Gebietes des gesellschaftlichen Lebens, auf dem es die größten Rückstände gab. Sie entwickelte als erste der beiden großen Parteien, die im westdeutschen Bundestag vertreten waren, bildungspolitische Vorstellungen, die in den Forderungen nach einer „Wissenschaftsaufrüstung" gipfelten.

Angeregt durch den Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft intensivierte die CDU/CSU Ende der fünfziger Jahre ihre hochschulpolitische Aktivität. Im Jahre 1960 erarbeitete sich die CDU/CSU ein eigenes hochschulpolitisches Programm. Der Gelsenkirchener „Kulturpolitische Kongreß" fiel zeitlich fast mit der Veröffentlichung des ersten Gutachtens des Wissenschaftsrates zusammen. Der damalige Präsident dieses Gremiums, Helmut Coing, erläuterte die Kerngedanken des Gutachtens. Er erhielt die einhellige Zustimmung der versammelten CDU/CSU-Mannschaft. Auf die anstehenden

---

42 G. Hess, „Die Wissenschaft ist unser täglich Brot, Bericht über die Arbeit der Deutschen Forschungsgemeinschaft", Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, 1957, Nr. 214, S. 1967 f.

43 Vom 19.-22. Oktober 9155 wurde in Bad Honnef eine hochschulpolitische Konferenz durchgeführt, an der Rektoren westdeutscher Universitäten und Hochschulen, Kultusminister westdeutscher Länder, Vertreter der Studentenschaft durch die Delegierten des VDS und nicht zuletzt Experten aus Bundesministerien teilnahmen. Die Konferenz behandelte zwei Komplexe: die Gliederung und Ergänzung des Lehrkörpers und die Form und Organisation der Studentenförderung im Sinne des Bonner Staates. Das bekannteste Ergebnis dieser Konferenz sind die Beschlüsse zur Studentenförderung, das „Honnefer Modell".

44 G. Schröder, „Studentenförderung als Begabtenauslese nicht als Jedermann-Programm", Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, 1957, Nr. 74, S. 641.

Wissenschafts- und hochschulpolitischen Fragen gab der Kongreß eine reaktionäre, im Interesse der Monopole abgefaßte Antwort. Jedoch stellt er in gewissem Sinne den Abschluß der „spontanen" Politik der CDU/CSU auf diesem Gebiet dar.

Die Kulturpolitik der CDU/CSU war von nun an von dem Bestreben geleitet, wissenschaftspolitische Prozesse mit Hilfe des Herrschaftsinstrumentariums des imperialistischen Staates zu regulieren.

Die Grundthese des ersten Kulturpolitischen Kongresses der CDU/CSU stützte sich auf die pronoucierte Betonung der engen „Verbindung von Politik und Kultur". Die Kultur und die Wissenschaft sollten wesentlich stärker als bisher in den Prozeß der Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens einbezogen werden.

Eugen Gerstenmaier erklärte unverfroren die Bonner Aufrüstung zu einer Leistung, der angeblich „ein strenger sittlicher und kultureller Wert von hohem Range" zukomme. Der Angriffskrieg sei zwar auszuschließen, fuhr er scheinheilig fort, jedoch „nicht der Widerstand, auch nicht mit Atomwaffen". Denn „Einwände im Namen der Kultur dagegen zu erheben, ist ganz sinnlos. Die Freiheit muß die jeweils angemessenen Mittel wollen, die zu ihrem Schutze, und das heißt zu ihrer Selbstverwirklichung ... notwendig sind."[45]

Damit erhielt der Griff des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems nach den Universitäten einen neuen, für die gedeihliche Entwicklung der Wissenschaft gefährlichen Zuschnitt.

Die Hochschul-Formierung

Zu Beginn der sechziger Jahre erreichte die aktive Diversionstätigkeit der Adenauer-Regierung gegen die Deutsche Demokratische Republik eine neue Stufe. Das unmittelbare aggressive Ziel des Bonner Regimes war die Einbeziehung ganz Deutschlands in den aggressiven NATO-Pakt. Es drohte die Gefahr einer militärischen Provokation durch den westdeutschen Imperialismus. Der Frieden in Europa war seit Beendigung des zweiten Weltkrieges noch nie in einem solchen Maße gefährdet gewesen. Dem Aggressionsstreben des westdeutschen Imperialismus mußte ein Riegel vorgeschoben werden. Am 13. August 1961 sicherte daher die Regierung der DDR in Übereinstimmung mit den Staaten des Warschauer Vertrages ihre Staatsgrenze in Berlin. Dem westdeutschen Imperialismus wurde die größte Niederlage seit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik zugefügt.

Dieses bedeutungsvolle historische Ereignis übte auf die Entscheidungen des westdeutschen Monopolkapitals auch im Bereich der Wissenschaftspolitik einen spürbaren Einfluß aus. Bei vielen westdeutschen Intellektuellen begann ein Prozeß des Umdenkens. Die entstandene Lage in Deutschland wurde realistischer eingeschätzt. Im Gegensatz dazu orientierte das Bonner Regime auf die rasche und konsequente Weiterführung der Integration des Hochschulwesens in das staatsmonopolistische Herrschaftssystem und auf eine damit eng verflochtene Weiterführung der Zentralisierung der Hochschulpolitik. Das Abenteuerliche dieses Vorhabens wurde dadurch besonders deutlich, daß das Scheitern der Politik Adenauers nicht dazu führte, diese aufzugeben und sich neu zu orientieren, sondern im Gegenteil dazu diente, alle Kräfte – auch die der Wissenschaft – noch rigoroser zu organisieren, um die gleichen politischen Ziele zu verfolgen. Die hektische Betriebsamkeit zur raschen und umfassenden Integration von Wissenschaft und Hohen Schulen in das staatsmonopolistische System charakterisieren den vom Monopolkapital Westdeutschlands eingeschlagenen Weg als eine Flucht nach vorn. Seinen deutlichen Niederschlag fand diese Tendenz auf staatlicher Ebene 1962 in der Umwandlung des im Jahre 1956 geschaffenen Ministeriums für Atomkernenergie- und Wasserwirtschaft in das Ministerium für wissenschaftliche Forschung.

Zugleich gaben die Maßnahmen der Deutschen Demokratischen Republik am 13. August 1961 den indirekten Anstoß zur allmählichen Verwirklichung des Ausbauplanes, den der Wissenschaftsrat mit seinem Gutachten vom Jahre 1960 vorgelegt hatte. Da nunmehr die für den westdeutschen Imperialismus „kostenlose" Bildungshilfe aus der DDR schlagartig ausblieb, war das Bonner Regime nach-

[45] E. Gerstenmaier, „Freiheit – wozu?", in: Erziehung – Bildung – Ausbildung. Zur Kulturpolitik der CDU/CSU, hrsg. von den Presse- und Informationsdiensten der CDU, Bonn 1980, S. 18.

drücklich zu wesentlich höheren materiellen Anstrengungen im Bereich des Hochschulwesens gezwungen.

Trotz der tiefen politischen Krise, in die das Adenauerregime angesichts des Scheiterns seiner Politik geraten war, wurde die Revanchepolitik nicht aufgegeben. In der Wissenschaft wurde mehr als bisher ein Bereich des gesellschaftlichen Lebens gesehen, mit dessen Hilfe zusätzliches Kriegspotential geschaffen werden konnte. In den Kreisen des Monopolkapitals mehrten sich die Stimmen, die eine verstärkte „Wissenschaftsaufrüstung" forderten. In Gestalt des „(West-)Deutschen Atomprogramms" und des „Programms für die (west-)deutsche Weltraumforschung" wurden zentrale mittelfristige Programmierungen vorgenommen. Gleichzeitig wurden die Bestrebungen für langfristige Programmierungen verstärkt, was sich zum Beispiel an der „Bestands- und Bedarfsfeststellung für das Bildungswesen bis zum Jahre 1970"[46] und an der Übersicht „Abiturienten und Studenten, Entwicklung und Vorschätzung der Zahlen 1950 bis 1980" zeigte.[47]

Maßnahmen zur Verwirklichung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates führten zu einer baulichen Erweiterung der Hochschulen und zur zahlenmäßigen Vergrößerung des Lehrkörpers. Sie blieben jedoch schon von Anfang an hinter dem rasch wachsenden Bedarf zurück. Erwähnenswert sind die durch den Wissenschaftsrat eingeleiteten Strukturveränderungen. Die Schaffung eines Mittelbaus im Lehrkörper diente der Verstärkung der politischen, fachlichen und erzieherischen Funktion desselben. Die Schwerpunktbildung und der Vorschlag, „Units" – Forschungsgruppen nach englischem Vorbild – zu gründen, waren Maßnahmen der Anpassung der Hochschulen an die objektiven Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution.

Auf der Jahresversammlung der (West-)Deutschen Forschungsgemeinschaft im Jahre 1964 legte der Bonner Bundespräsident Heinrich Lübke den imperialistischen Charakter dieser hochschulpolitischen Maßnahmen dar: „Wir müssen hart werden auch gegen uns selbst und unsere Leistungs- und Opferbereitschaft zeigen, damit die kommenden Entscheidungen in der Welt nicht ohne uns und damit gegen uns fallen."[48]

Das deutsche Monopolkapital hatte in seiner geschichtlichen Wirksamkeit nie Wissenschaft und Hochschulwesen um ihrer selbst willen und im Interesse des Fortschritts der Menschheit unterstützt. Stets stand das klassenegoistische cui bono im Vordergrund des Interesses. Nur so sind auch jene Maßnahmen der Bonner Regierung zu verstehen, die zur allmählichen Erfüllung der quantitativen Forderungen des westdeutschen Wissenschaftsrates eingeleitet worden waren. Die tatsächlichen Ziele der westdeutschen Monopolbourgeoisie wurden in dem Plan der „formierten" Herrschaft deutlich, den die CDU auf ihrem Parteitag im März 1965 verkündet hatte. Durch das westdeutsche Forschungsministerium wurde im Bundesbericht Forschung I eine erste Zusammenfassung der Wissenschafts- und Hochschulformierung im Interesse des Monopolkapitals gegeben.

Den Auftakt zur Diskussion dieser Problematik gab bezeichnenderweise der führende Sprecher der Stahlindustrie Hans Dichgans (MdB/CDU). In einem Aufsatz in der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit" entwickelte er seine Formierungs-Konzeption. Dichgans schrieb, daß es darauf ankomme, in der Universität „die Interessen des Staates ausreichend zur Geltung zu bringen". Unverhohlen fuhr er fort: „Ein Kurator hohen Ranges müßte die Belange des Staates in der Universität wahrnehmen, in den üblichen juristischen Formen einer Staatsaufsicht ..."[49] Zugleich empfahl Dichgans eine wesentliche Verstärkung der obrigkeitlichen Funktion der Kultusministerien. Die Verwirklichung des Dichgansschen Planes bedeutet, die Universitäten unter staatsmonopolistisches Kuratel zu stellen.

---

46 Bedarfsfeststellung 1961 bis 1970 für Schulwesen, Lehrerbildung, Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kulturpflege. Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der BRD. Dokumentation, Stuttgart 1963.

47 Wissenschaftsrat, Abiturienten und Studenten – Entwicklung und Vorschätzung der Zahlen 1950-1980, Bonn 1964.

48 H. Lübke, „Ansprache des Bundespräsidenten auf der Jahresversammlung der Deutschen Forschungsgemeinschaft vom 16.-18. Juli 1964 in (West-)Berlin", Mitteilungen der DFG, 1964, H. 3, S. 21.

49 H. Dichgans, „Der Staat und seine Hochschule", Die Zeit, Hamburg. 1965, Nr. 10, S. 17.

Dichgans' Auffassungen blieben nicht nur Theorie. Der Düsseldorfer CDU/CSU-Wirtschaftstag vom Juli 1965 entwickelte das Programm der „ordnungspolitischen Umgestaltung" der Hochschulen.[50]

Der Wissenschaftsrat griff seit dieser Zeit massiv ins Innere der Universitäten ein. Die „Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums" vom Jahre 1966 sind das Programm des Wissenschaftsrates für die innere Formierung der Hochschulen. Zugleich erhielten und erhalten die Kultusministerien der Länder infolge der Verabschiedung neuer Hochschulgesetze wesentlich größere Vollmachten über die Universitäten. Die neugegründeten Universitäten sind Musterbeispiele der Hochschul-Formierung.

Intensiver als in den Jahren zuvor ist der westdeutsche Imperialismus darangegangen, die Wissenschaft unverhohlen als ein Instrument seiner reaktionären Innen- und Außenpolitik zu benutzen. Dieser Zielsetzung diente die verstärkte Integration der Wissenschaft.

Eine solche Entwicklung zeigte sich beispielsweise darin, daß in einem Memorandum des Bundesverbandes der (West-)Deutschen Industrie anläßlich des 10. Gesprächs „Wissenschaft und Wirtschaft" im November 1966 eine Intensivierung der technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit dem USA-Imperialismus gefordert und zugleich eine neue Stufe der staatsmonopolistischen Regulierung der Wissenschaft angekündigt wurde.[51] Auf der Jahresversammlung des (West-)Deutschen Atomforums in Bonn im Dezember 1966 erklärte der Bonner Wissenschaftsminister Gerhard Stoltenberg, daß die Bundesmittel für das Atomprogramm von 389 Millionen DM im Jahre 1965 auf 479 Millionen DM im Jahre 1966 erhöht worden seien. Er kündigte zugleich ein neues Kernforschungsprogramm an, das in den folgenden Jahren mehr als eine Milliarde DM kosten werde.[52] Der Schwerpunkt der Kernforschung ist die Entwicklung schneller Brutreaktoren, die eine wichtige Grundlage für den Aufbau einer eigenen westdeutschen Atombombenproduktion darstellen.

Mit der Bildung der Regierung Kiesinger/Strauß unter Einbeziehung und mit aktiver Unterstützung von SP-Ministern im Dezember 1966 vollzog das Monopolkapital in der Politik des westdeutschen Staates einen Rechtsruck. Da die Regierung Erhard das reaktionäre Programm der Monopole nicht durchzusetzen vermochte, mußten sozialdemokratische Führer dafür eingesetzt werden, die gescheiterte Politik der CDU/CSU zu retten und deren reaktionären Gehalt gegenüber den Volksmassen sowohl durchzusetzen als auch abzudecken. Die SP-Minister haben dabei von den Monopolen die umfassende Vollmacht, die CDU/CSU beim weiteren Abbau der demokratischen Bestimmungen des Grundgesetzes, bei der vollen Verwirklichung der gesetzlichen Grundlagen für die geplante Notstandsdiktatur und bei der Abwälzung der überdimensionalen Kosten für die Rüstungs- und Expansionspolitik auf die Werktätigen zu unterstützen. Die Entwicklung Westdeutschlands ist durch den Übergang des staatsmonopolistischen Kapitalismus vom Stadium seiner Restauration zur Politik der Expansion gekennzeichnet.

Die Wissenschaft wird heute vom westdeutschen Imperialismus in den unmittelbaren Dienst der Politik der Notstandsgesetzgebung und der Expansion gestellt. Die Entwicklung der letzten Monate beweist dies nur allzu deutlich. Der Bundesbericht Forschung II setzte neue Maßstäbe zur noch unmittelbareren Ausnutzung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse für die Durchsetzung der politischen Ziele des westdeutschen Monopolkapitals. Der westdeutsche Wissenschaftsrat konkretisierte im Juli 1967 seine Vorstellungen zur weiteren schnellen Integration des westdeutschen Hochschulwesens in das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Der Hochschulgesamtplan für Baden-Württemberg gibt die Grundlinie an, mit der durch eine politisch und sozial differenzierte Zulassung und Ausbildung an höheren Bildungseinrichtungen das Bildungsprivileg aufrechterhalten, die Studentenschaft durchorganisiert und zugleich der wachsende Bedarf des Monopolkapitals an mittleren und höheren Fachkräften befriedigt werden soll. Der sozialdemokratische westdeutsche Außenminister Brandt versuchte, die Politik der Alleinvertretungsanmaßung auf die Hochschulbeziehungen west-

---

50 Vgl. Wirtschaftstag der CDU/CSU Düsseldorf 1965, hrsg. vom Wirtschaftsrat der CDU e. V., Bonn 1965, S. 287 ff.

51 Vgl. Hochschul-Dienst, Bonn, 1966, Nr. 19, S. 11.

52 Vgl. Hochschul-Dienst. Bonn, 1967, Nr. 1, S. 11 f.

deutscher Universitäten zu wissenschaftlichen Einrichtungen und Organisationen anderer Länder sowie zu internationalen wissenschaftlichen Gesellschaften verstärkt anzuwenden. Der Prozeß der Formierung der Universitäten ist jedoch noch keineswegs abgeschlossen.

Aber eines zeigt sich klar: Wie bereits vor 1914 und vor 1939 werden deutsche Universitäten für die imperialistische Politik mißbraucht. Allerdings geschieht das heute mit einem grundlegenden Unterschied: Während die westdeutsche Wissenschaft für die Vorbereitung eines atomaren Vernichtungskrieges mißbraucht wird, der die physische Existenz zumindest der westdeutschen Bevölkerung bedroht, dient das sozialistische Hochschulwesen der Deutschen Demokratischen Republik als bedeutsamer und untrennbarer Bestandteil der sozialistischen Gesellschaftsordnung der staatlich organisierten Macht der Arbeiterklasse, der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems der sozialistischen Menschengemeinschaft. Das Hochschulwesen des deutschen Friedensstaates stellt das Modell dar, das den demokratischen Kräften in Westdeutschland Vorbild in ihrem Kampf um antiimperialistische, demokratische Veränderungen ist.

Die Entwicklung in der DDR beweist, daß Demokratie und Fortschritt in den Universitäten und Hochschulen nur auf der Grundlage veränderter gesellschaftlicher Verhältnisse durchgesetzt werden können. Der Kampf um die Schaffung solcher Bedingungen, unter denen die Wissenschaft dem Wohle der Menschheit dienen kann, ist nur möglich und kann nur siegreich sein, wenn sich alle fortschrittlichen, demokratischen Kräfte des Volkes der Bundesrepublik fest zusammenschließen. In diesem Bündnis wird auch die Intelligenz ihre verantwortungsvollen Aufgaben lösen.

2. Kapitel: Universität und staatsmonopolistisches Herrschaftssystem

Wesen und Grundziele staatsmonopolistischer Wissenschaftspolitik

Die Wissenschaft entwickelt sich in Westdeutschland unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Eine Einschätzung der sich im Bereich der Wissenschaft vollziehenden gesellschaftlichen Prozesse sowie der sozialen Funktion der Wissenschaft oder – was gleichbedeutend ist – der sozialen Funktion ihrer Institutionen und Träger muß deshalb vom Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus ausgehen. Nur so sind die gesellschaftlichen Bedingungen und Verhältnisse richtig zu erfassen, in die die Wissenschaften eingeordnet sind und die ihr soziales Gepräge objektiv bestimmen. Die gesicherten Erkenntnisse über das Wesen und die Merkmale des staatsmonopolistischen Kapitalismus bieten hier eine gute Ausgangsposition.[1]

Das in seinen Grundzügen in Westdeutschland voll ausgebildete System des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist die Form der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die den durch die Vergesellschaftung der Produktion notwendig gewordenen historischen Fortschritt zum Sozialismus aufhalten soll. Das ökonomische Wesen des Staatsmonopols ist dabei darin zu sehen, daß es gegenüber dem privatkapitalistischen Monopol den gesellschaftlichen Rahmen für die Entwicklung der Produktivkräfte erweitert, zugleich aber die Nutzung der auf diesem Wege gesteigerten Produktivkräfte ausschließlich dem Finanzkapital dienstbar macht. Für die Produktivkraft Wissenschaft, mit ihrem besonders ausgeprägten gesellschaftlichen Charakter, stellt das Staatsmonopol gegenwärtig die unerläßliche Form ihrer gesellschaftlichen Nutzung durch das Kapital dar.

Dieser Zusammenhang verdient um so mehr hervorgehoben zu werden, als die westdeutschen Imperialisten bestrebt sind – wie Walter Ulbricht mit Nachdruck betonte –, „Wissenschaft und Technik im großen Stil als entscheidende Waffen im ökonomischen, politischen und eventuell im militärischen Ringen der beiden Weltsysteme einzusetzen“[2].

Das Wesen dieser Form charakterisiert sich durch die Verschmelzung der Macht des Staates und der Macht der privatkapitalistischen Monopole zu einem einheitlichen Mechanismus. In ihr werden die ökonomischen, politisch-administrativen und ideologisch-politischen Potentiale und Instrumente systematisch und immer umfassender für die Klassenziele des Monopolkapitals eingesetzt.

Alle grundlegenden Existenzbedingungen dieses Systems drängen nach seiner revolutionären Überwindung. Die system-immanente Zuspitzung aller Widersprüche lähmt immer mehr die Funktionen und die Lebenskraft der Gesetze und Institutionen, mit denen die kapitalistische Ordnung angetreten ist und sich entwickelt hat. Ohne die ernst zu nehmenden Potenzen des imperialistischen Systems in Westdeutschland unterschätzen zu wollen, gilt es festzustellen, daß diese Ordnung in ihren Grundlagen in eine tiefe Krise geraten ist, daß es sich bei den erkennbaren Schwierigkeiten und Schwächen dieses Systems nicht mehr nur um diesen oder jenen partiellen Mangel, sondern um die Allgemeine Krise des Systems als Ganzes handelt.

Nur von dieser Position ausgehend sind die gegenwärtigen Anstrengungen der in Westdeutschland herrschenden Kreise des Monopolkapitals und ihres Staates in Richtung auf die innere und äußere Festigung und Erweiterung ihrer Macht richtig einzuschätzen und zu bewerten. Die hektische Betriebsamkeit, mit der sie gegenwärtig innen- und außenpolitisch die Formierung ihrer Herrschaft betreiben, läßt deutlich erkennen, daß die regierenden Kreise in Bonn die düsteren Farben ihrer Perspektive zu ahnen beginnen und ihrem Schicksal durch eine Flucht nach vorn zu entrinnen versuchen. Es ist wahrlich so: Der Imperialismus ist nicht stärker, er ist jedoch aggressiver geworden. Der westdeutsche Imperialismus ist vom Stadium seiner Restauration zur Politik der Expansion übergegangen.

Das für unsere Problematik wesentliche Element dieser Situation besteht darin, daß die herrschenden Bonner Kreise im Rahmen dieser forcierten Anstrengungen zur Erhaltung und Ausdehnung ihrer Macht der Wissenschaft als Instrument staatsmonopolistischer Politik eine entscheidende Rolle zu-

---

1 Vgl. Autorenkollektiv, Imperialismus heute, Berlin 1965, insbes. 1. Kap., II. und III. Abschn.

2 W. Ulbricht, Die gesellschaftliche Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik bis zur Vollendung des Sozialismus, Berlin 1967, S. 281.

ordnen. Charakteristischer Ausdruck für diesen Hauptnenner der Bonner Wissenschaftspolitik ist die Tatsache, daß gerade die Exponenten dieser aggressiven Politik, wie Hermann Josef Abs und Hermann Reusch, Franz Joseph Strauß und Walter Hallstein, in ihren Worten und Taten der Wissenschaft einen immer größeren Platz im Zusammenhang mit der Durchsetzung ihrer Expansionspläne und ihrer „Entwürfe für Europa“ einräumen. Das Wesen dieser durch imperialistische Machtinteressen geprägten Wissenschaftspolitik entlarvt sich selbst mit kaum zu überbietender Deutlichkeit, wenn ausgerechnet der berüchtigte ehemalige Nazi- und NATO-General, Hans Speidel, den Regierungschef in Grundfragen der Wissenschaftspolitik berät. So und nicht anders sind die Aufgaben zu verstehen, die Speidel als Präsident der dem Bundeskanzleramt seit Mai 1966 zugeordneten Stiftung Wissenschaft und Politik übertragen bekommen hat. Speidel selbst ließ keinen Zweifel darüber zu, in welcher Richtung er seine Aufgaben durchzuführen gedenkt, als er mit Nachdruck betonte, „... daß sich die Entwicklung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft heute in den Maßstäben globaler Interdependenz und in der Polarisation von wissenschaftlich-technischem Fortschritt einerseits und Entscheidungen über machtpolitische Ordnungsvorstellungen andererseits vollzieht“.[3]

Die breit angelegten verleumderischen Propagandafeldzüge und Störaktionen gegen den Atomwaffensperrvertrag lassen genau wie die westdeutschen Bestrebungen zur Schaffung eines integrierten westeuropäischen Forschungspotentials unter westdeutscher Führung den militanten Charakter dieser Wissenschaftspolitik und ihren Zusammenhang mit der Politik der Expansion erkennen. Darüber hinaus sind die herrschenden Kreise bestrebt, die Formen und Methoden der Machtausübung mit Hilfe der Wissenschaft den neuen Bedingungen anzupassen und sie beständig zu komplettieren. Diese Aufgaben sind vor allem den bürgerlichen Gesellschaftswissenschaften übertragen worden. Alle diese Bestrebungen sind die eigentlichen Hintergründe der staatsmonopolistischen Formierung der Wissenschaften. Nicht zuletzt verursachen auch die objektive Entwicklung der Wissenschaft selbst sowie die sich daraus ergebenden Probleme ihrer monopolistischen Nutzung einen wachsenden Zwang zum Ausbau spezieller staatsmonopolistischer Formen.

Die Maßstäbe für diese qualitativ neue Rolle der Wissenschaften im Herrschaftssystem des staatsmonopolistischen Kapitalismus werden dabei nicht mehr nur allein aus den inneren Entwicklungsbedingungen und -erfordernissen des kapitalistischen Weltsystems gesetzt, sondern – und darin kommt das Neue, der Charakter unserer Epoche zum Ausdruck – in immer stärkerem Maße durch den Wettbewerb zwischen den beiden gesellschaftlichen Systemen.

Das hat – bezogen auf Westdeutschland – ganz besonderes Gewicht, weil in Gestalt der Deutschen Demokratischen Republik die demokratische und sozialistische Alternative in allen Lebensbereichen und nicht zuletzt im Bereich der Bildung und Wissenschaft immer intensiver wirksam wird. Andererseits bedingt die geographische Lage Westdeutschlands an der Nahtstelle zwischen beiden gesellschaftlichen Systemen eine besonders nachhaltige Wirkung des Sozialismus. „Die allseitige Stärkung der DDR wird die Aussichtslosigkeit der Pläne des westdeutschen Monopolkapitals immer offensichtlicher werden lassen und andererseits die Anziehungskraft der DDR mit ihrer sozialistischen Gesellschaftsordnung erhöhen und die demokratischen Kräfte in ihrem Kampf gegen Militarismus, Neonazismus und Imperialismus ermutigen und stärken.“[4]

Wie stark die Furcht vor der wachsenden Kraft des Sozialismus hier schon das Denken und Handeln der herrschenden Kreise Bonns beeinflußt, wird in vielfältiger Weise bestätigt. So stellt Hermann Groß unter direkter Bezugnahme auf die Rolle der Wissenschaften fest: „Heute spielt sich ein großer Teil des Konkurrenzkampfes zwischen Unternehmungen wie Nationen und zwischen dem demokratischen Westen und kommunistischen Osten im Bildungswesen ab, insbesondere in den Forschungsstätten und Hörsälen der Hoch- und Fachschulen. Über dem ‚Wettrüsten‘ steht das ‚Wettforschen‘. Was vor 100 Jahren noch eine Frage der kulturellen Ambitionen war, ist heute zu einer Existenzfrage für die Gesellschaft geworden.“[5]

---

3 H. Speidel, „Wissenschaft, Technik und Politik“, VDI-Zeitschrift, Düsseldorf, 1967, Heft 1, S. 4 f.

4 W. Ulbricht, Die gesellschaftliche Entwicklung ..., a. a. O., S. 48.

5 H. Groß, Internationaler Wettbewerb in Wissenschaft und Bildungswesen zwischen Ost und West, Essen 1960, S. 9.

Mit welchem Nachdruck die realen Tatsachen der wachsenden Stärke des Sozialismus bereits wirksam sind und das Denken und Handeln der herrschenden Kreise Bonns bestimmen, kann daran gemessen werden, daß selbst exponierte Vertreter des Monopolkapitals sich zu bemerkenswert neuartigen Eingeständnissen gezwungen sehen. Zu Eingeständnissen, die durchblicken lassen, welch argen Weg der Erkenntnis sie durchschreiten mußten, um sich von stupiden Wiederholungen über den zu erwartenden Zusammenbruch unserer Republik zum – wenn auch vorsichtig formulierten – Eingeständnis unserer Überlegenheit in der Entwicklung der Wissenschaft durchzuringen. Genau das meint der Präsident der Bundesvereinigung der (West-)Deutschen Arbeitgeberverbände, der Dachorganisation der westdeutschen Unternehmerverbände, Siegfried Balke, wenn er gesteht: „Es sind die Alarmzeichen für die westliche Welt deutlich genug, die davor warnen, sich auf einen Automatismus der Überlegenheit zu verlassen.“[6]

Alle Maßnahmen und Anstrengungen zur staatsmonopolistischen Nutzung der Wissenschaft, gleichgültig, auf welchen Bereich des gesellschaftlichen Lebens diese Nutzung gerichtet ist, sind gegenwärtig direkt oder indirekt durch den Charakter unserer Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus bestimmt. In der Wissenschaftspolitik und -organisation wird in ganz besonderem Maße deutlich, daß das Staatsmonopol heute die bestimmende und herrschende Form der kapitalistischen Produktionsverhältnisse ist.

Der allgemeine Zusammenhang zwischen dem staatsmonopolistischen Kapitalismus und den Wissenschaften besteht darin, daß die herrschenden Kreise Westdeutschlands systematisch und nachdrücklich dazu übergegangen sind, die durch den Entwicklungsstand der Wissenschaften qualitativ neuartigen machtpolitischen Potenzen des wissenschaftlichen Fortschritts für ihre Politik einzusetzen. Eine Vielzahl offizieller Äußerungen läßt klar erkennen, wo die Prioritäten dieser Wissenschaftspolitik liegen. So weist zum Beispiel Manfred Schreiterer, der Botschaftssekretär für Wissenschaft, Forschung und Kernenergie bei der westdeutschen Vertretung der Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD = Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) in Paris auf das gestiegene politische Gewicht der Wissenschaft hin, „weil heute das Gleichgewicht der wirtschaftlichen und militärischen Machtmöglichkeiten und damit der politische Führungsanspruch eines einzelnen physisch dadurch bedingt werden“[7].

Die bisher getroffenen Feststellungen beziehen sich auf den gesamten Komplex der wissenschaftlichen Einrichtungen. Sie umfassen neben den Universitäten und Hochschulen gleichermaßen die staatlichen und halbstaatlichen Forschungsstätten der verschiedensten Art und nicht zuletzt auch den Bereich der Konzernforschung. Dieser Komplex ist in sich in vielfältiger Weise arbeitsteilig verflochten und läßt deshalb die getrennte Untersuchung eines einzelnen Bereiches nicht zweckmäßig erscheinen. Daher sind in der Regel die Hochschulen als Teil dieses Gesamtkomplexes zu behandeln. Die Integration des Gesamtkomplexes Wissenschaft in das staatsmonopolistische Herrschaftssystem schließt grundsätzlich auch den wichtigen Teil Hochschulen ein. Das bedeutet keineswegs, daß die für wissenschaftliche Hochschulen und Universitäten geltenden Besonderheiten nicht gebührend berücksichtigt werden.

Diese Besonderheiten des Hochschulwesens haben starken Einfluß auf ihre Stellung im Gesamtsystem der Wissenschaften wie auch auf die speziellen Mittel und Methoden ihrer Lenkung und Leitung. Das stellt sich in Westdeutschland wie folgt dar:

– Den Hochschulen obliegt fast ausschließlich die immer gewichtiger werdende Ausbildung wissenschaftlicher Kader.

– Die Hochschulen treiben Forschung wesentlich im Zusammenhang mit der Lehre.

– Die Hochschulforschung ist vorwiegend Grundlagen- und angewandte Forschung. Die sehr kostspielige technische Entwicklung fehlt völlig.

---

6 S. Balke, Vernunft in dieser Zeit, Düsseldorf-Wien 1962, S. 143 f.

7 M. Schreiterer, „Die Natur- und Ingenieurwissenschaften in der heutigen Außenpolitik“, VDI-Zeitschrift, Düsseldorf, 1967, Heft 1, S. 8.

– Die Hochschulen sind formell staatsrechtlich den Ländern unterstellt.

– Die innere Organisationsstruktur basiert auf dem Institutsprinzip. Die den Instituten übergeordneten Organe, Fakultäten, Senate und die Rektoren besitzen diesen gegenüber nur ein sehr beschränktes Weisungsrecht.

Gegenwärtig gibt es in Westdeutschland 18 Universitäten, 7 Technische Hochschulen und 6 Hochschulen mit Universitätsrang. An ihnen sind Lehre und Forschung in allen bedeutungsvollen Disziplinen vertreten.

Die westdeutschen wissenschaftlichen Hochschulen bilden gegenwärtig 255.000 Studenten für eine künftige Tätigkeit im Staatsapparat, in den Forschungs- und Verwaltungseinrichtungen der Monopole und im Hochschulwesen aus. Die territoriale Verteilung, die fachliche Zusammensetzung und das Wachstum der Studentenzahlen an den 31 wissenschaftlichen Hochschulen sowie die vorgesehenen Neugründungen weisen auf bedeutende Disproportionen zwischen der ökonomischen und wissenschaftlichen Entwicklung der einzelnen Bundesländer hin. Ähnliche Erscheinungen lassen sich auch beim Wachstum der einzelnen Disziplinen beobachten.

Gegenwärtig sind 31.225 Stellen für wissenschaftliches Personal an den wissenschaftlichen Hochschulen eingerichtet; davon sind 4849 Lehrstühle. 1475 außerordentliche Professuren, 1389 Hochschuldozenturen, 19.340 wissenschaftliche Assistenten und 4172 sonstiges wissenschaftliches Personal.[8] Auch hier muß einschränkend bemerkt werden, daß dieses immerhin bedeutende wissenschaftliche Potential den Bildungserfordernissen in quantitativer Hinsicht nicht mehr gewachsen ist. Von diesen Stellen sind nach wie vor rund 20 Prozent vakant. Nach vorsichtigen Angaben der westdeutschen Ständigen Konferenz der Kultusminister fehlen in den nächsten 5 Jahren mehr als 5000 Professoren und Dozenten.[9] In gleicher Weise müssen auch die finanziellen Aufwendungen richtig eingeordnet werden. Insgesamt wurden 1965 für Lehre und Forschung im Hochschulbereich durch Länder, Gemeinden, den Bund, die Monopole, die kleinen und mittleren Betriebe sowie durch Einzelpersonen 3,2 Milliarden DM aufgebracht. Im Vergleich zu den Bildungs- und Forschungsaufwendungen anderer hochentwickelter kapitalistischer Staaten und unter Berücksichtigung der jahrzehntelangen Vernachlässigung ist dies absolut und auch bezogen auf die Bevölkerungszahl zu niedrig.[10] In verstärktem Maße gilt diese Feststellung bei einem auf die sozialistischen Länder bezogenen Vergleich. Besonders aktuell ist auch die Tatsache, daß unsere Republik ebenfalls erheblich über den entsprechenden westdeutschen Werten liegt.

Aus diesem Grunde konzentrieren sich die herrschenden Kreise auf eine Ausdehnung und effektivere Gestaltung der Ausbildungsfunktion der Hochschulen. Darüber hinaus sind sie gleichermaßen bemüht, die Kapazität der Hochschulforschung, besonders bei den naturwissenschaftlich-technischen Grundlagenfächern, zu erhöhen.

Bei Schwankungen von Fachgebiet zu Fachgebiet beträgt der Anteil der Hochschulen an der gesamten westdeutschen Forschungskapazität gegenwärtig insgesamt etwa 25 Prozent.[11] Dabei besteht ein prinzipieller Unterschied zwischen der gesellschaftswissenschaftlichen und der naturwissenschaftlich-technischen Forschung. Vereinfacht ausgedrückt, ist die gesellschaftswissenschaftliche Forschung fast ausschließlich an den Hochschulen verankert. Die naturwissenschaftliche und technische Forschung dagegen ist nur zu einem Teil den Hochschulen zugeordnet, die entscheidenden Forschungsprobleme werden vorwiegend in anderen staatlichen Forschungsstätten oder in den Konzernlabors bearbeitet. Der Hochschulforschung werden hier vielfach nur Teilaufgaben übertragen.

---

8 Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen bis 1970, Tübingen 1967, S. 345.

9 Vgl. Protokoll der 113. Konferenz der Ständigen Konferenz der Kultusminister, Bad Godesberg 1966; vgl. auch Die Welt, Westberlin, vom 24.9.1966.

10 B. Knauer, Grundlagen, Entwicklungstendenzen und Funktionsmechanismen der Forschung an den westdeutschen Technischen Hochschulen und der TU in Westberlin, Dissertation, Dresden 1966, S. 80 ff.

11 Vgl. G. Speer, Die naturwissenschaftlich-technische Forschung im Herrschaftssystem des westdeutschen staatsmonopolistischen Kapitalismus, Habilitationsschrift, Dresden 1966, S. 109.

Natürlich zeitigt das erhebliche Konsequenzen für die Lenkung und Leitung der Hochschulforschung selbst.

Keinesfalls darf das aber so verstanden werden, als wäre die naturwissenschaftlich-technische Forschungskapazität der Hochschulen bedeutungslos. Im Gegenteil, ihr Anteil an den finanziellen Aufwendungen für die gesamte Forschung auf diesem Gebiet beträgt zwar lediglich 15 Prozent, ihr tatsächliches Gewicht ist jedoch erheblich größer. Das wird sofort klar, wenn von den Aufwendungen in den übrigen Forschungsbereichen die finanziell gewichtige Entwicklung abgesetzt wird. Berücksichtigt man weiter, daß die Hochschulforschung durch ihre Verknüpfung mit den Ausbildungsaufgaben und infolge des praktischen Wegfalls von Löhnen relativ billig ist, dann erhält man eine einigermaßen reale Vorstellung von der Größe und Bedeutung dieses Teils der naturwissenschaftlich-technischen Forschungskapazität. Nur auf dieser Basis werden auch die energischen Bestrebungen verständlich, die Verfügungsgewalt über dieses Potential zu verstärken.

Hieran wird die bedeutende Rolle der westdeutschen Hochschulen am gesamten wissenschaftlichen Leistungsvermögen der Bundesrepublik sichtbar. Man kann sagen, daß die westdeutschen Hochschulen mit ihren Ausbildungsergebnissen die entscheidende Voraussetzung für den Ausbau der Forschung in den Einrichtungen der Monopole, des Bundes und der Länder liefern und in erheblichem Maße eigene Forschungsbeiträge leisten.

Damit wird bereits deutlich, daß die Bonner Wissenschaftspolitik den Hochschulproblemen vorrangige Bedeutung zuordnen muß. Denn jegliche wissenschaftspolitische Aktivität setzt ein bestimmtes Leistungsvermögen der Hochschulen als Ausbildungsstätte voraus. Die Qualität der Ausbildung erfordert jedoch zugleich, daß an den Hochschulen in bestimmtem Umfang auch Forschung betrieben wird.

Es ist deshalb nur folgerichtig, daß nach einer Phase sträflicher Vernachlässigung der Erweiterung der Hochschulen alsbald die Schwierigkeiten solche Ausmaße annahmen, daß die angestrebten wissenschaftspolitischen Ziele und die damit verfolgte Machtpolitik ernsthaft gefährdet wurden.

Im Zusammenhang mit der Realisierung dieser machtpolitischen Nutzung der Wissenschaft lassen sich eine Reihe von Hauptprozessen und Wirkungslinien erkennen. Sie verdienen hervorgehoben zu werden, weil dadurch die Spezifik der staatsmonopolistischen Wissenschaftspolitik besonders deutlich wird.

Erstens: In allen offiziellen westdeutschen Stellungnahmen, die im Zusammenhang mit der Förderung eines weiteren Wirtschaftswachstums laut wurden, wird immer wieder mit Nachdruck betont, daß das ökonomische Potential den politischen Handlungsspielraum maßgeblich bestimme. So hebt Fritz Berg als Präsident des Bundesverbandes der (West-)Deutschen Industrie hervor, daß das ökonomische Gewicht eines Staates von seiner wirtschaftlichen Stärke, von der Leistungsfähigkeit seiner Industrie geprägt wird. Diese wiederum sei immer mehr vom Forschungsaufwand, seiner Effektivität und Dynamik abhängig.[12] Analoge Gedankengänge sind auch immer wieder in den Äußerungen von Strauß enthalten.[13]

Es ist nur folgerichtig und zugleich entlarvend, daß sich diese Linie, wenn auch heuchlerisch umschrieben, in dem Regierungsprogramm des Kiesinger/Strauß-Kabinetts fortsetzt. Dort heißt es: „Die Förderung der Forschung in den Schlüsselbereichen der technischen Entwicklung, wie der Elektronik, der Atomenergie und der Weltraumforschung, ist für die Zukunft der Gesamtwirtschaft und damit für den Wohlstand unseres Volkes ertragreicher als Subventionen, die nur der Erhaltung von stagnierenden Bereichen dienen.“[14]

---

12 Vgl. F. Berg, Vorwort zum Memorandum über die gesamtindustrielle Bedeutung der Luft- und Raumfahrttechnik, hrsg. vom Bundesverband der (West-)Deutschen Industrie e. V., Köln 1966, S. 5.

13 Vgl. F. J. Strauß, „Mut zur Entscheidung“, Der Volkswirt, Frankfurt/Main 1966, Nr. 51/52, S. 27.

14 K. G. Kiesinger, „Das Regierungsprogramm der Großen Koalition“, Die Welt, Hamburg vom 14.12.1966, S. 8.

Berücksichtigt man, daß gleichzeitig der Rüstungsaufwand erneut erhöht und der Gedanke seiner Senkung mit Entschiedenheit zurückgewiesen wurde, daß darüber hinaus die gesamte Regierungspolitik dem Volke neue Belastungen auferlegt, dann platzt die Floskel von der Wohlstandssteigerung wie eine Seifenblase. Sie ist Ausdruck der üblen Demagogie, mit deren Hilfe das Volk dazu bewogen werden soll, die neuen Lasten willig auf sich zu nehmen.

Die Bonner Erkenntnis von der Produktivkraft Wissenschaft als entscheidendem Faktor des Wirtschaftswachstums ist sehr bedeutsam. Hinter der Betonung des ökonomischen Potentials als politischem Faktor verbirgt sich nichts anderes als die wirtschaftspolitische Lesart der reaktionären Politik der Stärke. Es geht nicht einfach um ein größeres ökonomisches Potential – dagegen wäre im Interesse der westdeutschen Bevölkerung auch von uns nichts einzuwenden –, sondern die Monopole wollen dieses Potential für ihre Politik nutzbar machen, für ihre Klasseninteressen einsetzen. Ohne ein großes ökonomisches Potential könnten sie ihre Expansionspolitik nicht verwirklichen.

Mit Hilfe dieses ökonomischen Potentials beabsichtigen sie, ihrer wachsenden internationalen Isolierung entgegenzuwirken und andere Staaten für ihre Politik einzuspannen. Schließlich besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen dem ökonomischen Potential und dem Tempo und Umfang der Rüstung.

Im Zusammenhang mit diesen Bestrebungen ist auch auf die immer deutlicher hervortretenden nationalistischen Züge hinzuweisen. Dazu gehört vor allem die besonders von Strauß und Hallstein forcierte westeuropäische Integration und das dabei herausgestellte Ziel, die „technologische Lücke" gegenüber anderen hochentwickelten Staaten zu schließen. Hier wird sichtbar, daß der Wissenschaft auch in dieser Beziehung eine bedeutsame Rolle zugeordnet wird. Handelt es sich doch dabei um nichts anderes als um die Festigung und den weiteren Ausbau der Vormachtstellung der westdeutschen Monopole in Westeuropa.

Die Integration der Forschung im Rahmen der bestehenden supranationalen Institutionen soll bedeutend forciert werden. Damit sind notwendigerweise eine Aushöhlung der Souveränität der beteiligten Staaten und ein gleichzeitiger Ausbau der auf dem starken ökonomischen Potential basierenden Position des westdeutschen Finanzkapitals in diesen Institutionen verbunden. Zur Vorbereitung dieses Schrittes hat der westdeutsche Wissenschaftsminister Gerhard Stoltenberg bereits eine Arbeitsgruppe eingesetzt.[15] In dieser Aktivität wird die wissenschaftspolitische Relevanz der gegenwärtig ebenfalls verstärkten Expansion nach dem Westen sichtbar, die Strauß in programmatischer Manier mit folgenden Worten umschreibt: „Ein einzelner europäischer Staat kann heute nicht mehr Einfluß auf das globale Geschehen nehmen. Nur ein Bundesstaat, ‚Europa der Völker', wäre überhaupt in der Lage, die Interessen der europäischen Nationen gegenüber den Weltmächten kontinentaler Größenordnung wirkungsvoll zur Geltung zu bringen."[16]

Hinter diesen „Europa"-Plänen versteckt sich, wie Walter Ulbricht in überzeugender Weise nachwies, der alte Expansionsdrang des westdeutschen Imperialismus.[17] Wesentlich dabei ist, daß die westdeutschen Monopole diesmal der Wissenschaft eine entscheidende Funktion zuordnen. Hervorzuheben ist außerdem, daß der Zusammenhang zwischen der Produktivkraft Wissenschaft und dem ökonomischen Wachstum im Verlauf der weiteren Entwicklung wachsende Bedeutung erhalten wird, weil sich der Kampf zwischen den beiden gesellschaftlichem Systemen immer mehr in die Sphäre der materiellen Produktion verlagern wird. Das von den westdeutschen Monopolen aus politischen Gründen im Interesse der Stabilisierung und Ausdehnung ihrer Macht angestrebte ökonomische Wachstum und die dazu erforderliche Nutzung der Produktivkraft Wissenschaft lassen die enge Verknüpfung von Politik, Ökonomie und Wissenschaft besonders deutlich hervortreten.

Zweitens: Das staatsmonopolistische Herrschaftssystem Westdeutschlands stellt als einzige Macht in Europa unverhüllt die Förderung nach einer Grenzrevision und nach der Annexion fremder Territorien.

---

15 Vgl. G. Stoltenberg, „Wissenschaft im Dienste der Wirtschaft", Wirtschaftsdienst. Hamburg 1967, Heft 2, S. 66.
16 F. J. Strauß, Entwurf für Europa, Stuttgart 1966, S. 9.
17 Vgl. W. Ulbricht, Die gesellschaftliche Entwicklung ..., a. a. O., S. 29 ff.

Laut und unüberhörbar wird in Worten und Taten zum Ausdruck gebracht, daß zur Durchsetzung dieser Ziele nicht nur das ökonomische Potential allein, sondern gepaart vor allem mit dem militärischen Potential eingesetzt werden soll. Dabei verfügen diese unbelehrbaren Machthaber bereits gegenwärtig nicht nur wieder über die stärkste Militärmacht Westeuropas, sondern sind darüber hinaus bestrebt, die unmittelbare Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu erhalten. Ihre eigene Forschungspolitik wie auch der Amoklauf der Vertreter der herrschenden Kreise gegen den Atomwaffensperrvertrag lassen das klar und deutlich werden. Die forcierte Aufrüstung als bestimmender Zug der Bonner Politik und die damit zwangsläufig verbundene Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens erstreckt sich in besonderem Maße auf den Bereich der Wissenschaften. Gegenwärtig gilt das für die Wissenschaften sogar „in verstärktem Umfang, denn die Revolutionierung des Militärwesens läßt die Wissenschaften zu einem der entscheidenden Bestimmungsfaktoren des militärischen Potentials werden. Das bezieht sich in erster Linie auf den technischen Komplex der Rüstung, in erheblichem Maße aber auch auf die politisch-ideologische Aufrüstung und die Gestaltung der militärischen Organisation.

In welcher Form und in welchem Grade die militärische Nutzung der Wissenschaft in Westdeutschland die Wissenschaftspolitik beziehungsweise das Denken und Handeln bestimmt, zeigt die folgende Äußerung des westdeutschen Vertreters in der Wissenschaftsabteilung der NATO, Rudolf Schrader. Er erklärt: „Von jeher war militärische Stärke ein wichtiges Element der Außenpolitik. Durch die moderne Wehrtechnik übt daher die Wissenschaft bei weitem den größten Einfluß auf die internationalen Angelegenheiten aus.“[18]

Unter diesen Bedingungen ist es nicht verwunderlich, daß die westdeutsche Aufrüstung schon relativ frühzeitig einschneidende wissenschaftspolitische Aktivitäten auslöste. So fallen alle grundlegenden wissenschaftspolitischen Aktivitäten zeitlich zu einem erheblichen Teil mit Fixpunkten der Aufrüstung zusammen. Die eigentliche Ausdehnung der wissenschaftspolitischen Betätigung des Bundes steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Beginn der Atomforschung und ist zeitgleich mit dem Beginn der offiziellen Aufrüstung. Die Bildung des westdeutschen Wissenschaftsrates fällt zeitlich zusammen mit der Vorbereitung einer Konferenz der NATO, die sich mit der Forschungskoordinierung befaßte.

Diese Parallelität von Aufrüstung und Wissenschaftspolitik bestätigt sich dann auch in den Zielen der Wissenschaftspolitik. So wird das Gewicht, das die Aufrüstung für die Wissenschaftspolitik bereits besitzt, im Bundesbericht Forschung I mit folgender Feststellung betont: „Die Hebung des allgemeinen Niveaus der Wissenschaft ist die Voraussetzung für eine leistungsfähige Verteidigungsforschung.“ Und an anderer Stelle heißt es: „Voraussetzung und Basis der zweckorientierten Forschungsansätze und -entwicklungen im Rahmen der wehrtechnischen Programme des Bundesministeriums für Verteidigung ist eine allgemeine Grundlagenforschung von hohem Niveau.“[19]

Daß die militärischen Gesichtspunkte in Zukunft noch größeres Gewicht für die westdeutsche Wissenschaftspolitik erhalten, geht aus einer Bemerkung des jetzigen Forschungsministers Stoltenberg hervor, der im Bundestag mit Bezug auf die Tätigkeit des Wissenschaftskabinetts erklärte: „Die Frage der engen Verbindung der Wehrforschung zur allgemeinen Wissenschaftsförderung wird auch den neuen Kabinettsausschuß *besonders* beschäftigen.“[20]

Der militaristische Mißbrauch der Wissenschaft ist eindeutig eines der grundlegenden Motive der westdeutschen Wissenschaftspolitik. Diese Entwicklung ist um so gefährlicher, als die abenteuerliche Politik des deutschen Imperialismus bereits zweimal zur nationalen Katastrophe führte. Diese abenteuerliche Politik, verknüpft mit dem Drang nach Atomwaffen, kennzeichnet die Gefährlichkeit des westdeutschen Imperialismus in der Gegenwart.

---

18 F. Schrader, „Wissenschaft im auswärtigen Dienst“, Wirtschaft und Wissenschaft, Essen 1961, Heft 5/6, S. 2.

19 Bundesbericht Forschung I, Deutscher Bundestag, Drucksache IV/2963, S. 62 f.

20 G. Stoltenberg, „Ziele und Planungen unserer Wissenschaftspolitik“, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 1966, Nr. 20, S. 154.

Die Militarisierung der Wissenschaft ist dabei keineswegs nur in dem Maße vollzogen, wie militärische Belange in der Ausbildung und Forschung Berücksichtigung finden, obwohl nicht oft genug betont werden kann, daß das Ausmaß dieser Aktivitäten bereits erheblich ist. Als grundsätzlicher Zug der Militarisierung der Wissenschaft ist vielmehr anzusehen, daß systematisch, soweit das möglich ist, von der Konvertierbarkeit der Ergebnisse der wissenschaftlichen Arbeit ausgegangen wird. Auf dieses Prinzip wird im Bundesbericht Forschung I mit Nachdruck hingewiesen. Dort heißt es: „Im gesamten Bereich der Verteidigungsforschung wurde im übrigen mit den bestehenden Forschungseinrichtungen eine Zusammenarbeit hergestellt. Dieser forschungspolitisch wichtige Beschluß wurde am Anfang ... gefaßt.“[21]

In Weiterentwicklung einer traditionellen Praxis des deutschen Imperialismus betreiben auch die gegenwärtig herrschenden Kreise des westdeutschen Monopolkapitals einen Teil ihrer Rüstungsforschung und -entwicklung außerhalb der Landesgrenzen. Das im Graubuch nachgewiesene Atom- und Raketenkomplott mit dem Rassistenregime in der Südafrikanischen Union ist der bedeutsamste, aber sicher keineswegs der einzige Fall.

Ein direktes Eingeständnis dafür. daß die Atomrüstungspläne sehr weit gediehen sind, ist die anders nicht zu erklärende wütende Reaktion der Repräsentanten des westdeutschen Imperialismus gegen den Atomwaffensperrvertrag.

Drittens: Die für den staatsmonopolistischen Kapitalismus charakteristische Verschmelzung der Macht der Monopole und der Macht des Staates zu einem einheitlichen Mechanismus vertieft objektiv die Widersprüche zwischen dem Finanzkapital einerseits und allen anderen Klassen und Schichten der Gesellschaft andererseits, insbesondere den Widerspruch zwischen Arbeiterklasse und Finanzkapital. Zugleich werden diese inneren Widersprüche immer stärker durch die Existenz und die wachsende Autorität des sozialistischen Weltsystems beeinflußt. Die Monopolbourgeoisie und ihr Staat reagieren im Interesse der Erhaltung ihrer Machtpositionen mit einer aktiven und neuartigen Einflußnahme auf die inneren Klassenantagonismen. Neben dem Ausbau des Unterdrückungsapparates und dem systematischen Abbau der Demokratie, die in Westdeutschland gegenwärtig in Gestalt der Notstandsgesetzgebung besonders deutlich hervortritt, errichten die herrschenden Kreise ein umfassendes System der politisch-ideologischen Knebelung der Massen. Sie verknüpfen dieses Unterdrückungs- und Manipulierungssystem mit der Installation sozialdemagogischer Einrichtungen beziehungsweise dem raffinierten Mißbrauch der von der Arbeiterklasse erkämpfen sozialen Errungenschaften.

Neuartig und wesentlich hierbei ist, daß auch den Gesellschaftswissenschaften eine wichtige Rolle übertragen wurde. Die Sozialwissenschaften werden sowohl zur Erarbeitung des Inhalts und der Methodik solcher Ideen und Maßnahmen als auch zu ihrer praktischen Durchführung und massenwirksamen Verbreitung in einem beträchtlich erweiterten Umfange eingesetzt. Sie wirken bei der Durchführung praktischer Experimente, deren Verbreitung sowohl durch spezielle Publikationen als auch über die Massenmedien mit. Entsprechend der Tatsache, daß die dazu herangezogenen wissenschaftlichen Einrichtungen fast ausschließlich an Hochschulen verankert sind, ergibt sich daraus eine neuartige Kommunikation zwischen Machtinstanzen und wissenschaftlichen Einrichtungen. Die aus diesem Zusammenhang resultierenden Erfordernisse bedingen ebenfalls ein ganzes System staatlicher Eingriffe in die Wissenschaft.

Viertens: Die charakterisierten Bestrebungen und Ziele des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems haben weitgehende Konsequenzen für die Ausbildung wissenschaftlicher Kader. In letzter Instanz sind alle Formen der Nutzung und Mehrung der Wissenschaft davon abhängig, daß ein entsprechendes Potential von wissenschaftlich gebildeten Menschen zur Verfügung steht beziehungsweise in erforderlichem Tempo vergrößert werden kann.

Das Ausmaß, die Kompliziertheit dieses Problems und die bisherigen Versuche seiner Lösung markieren einen entscheidenden Komplex der westdeutschen Wissenschaftspolitik. Schwierig genug ist

[21] Bundesbericht Forschung I, a. a. O., S. 63.

dabei schon die quantitative Seite: Wie wird gesichert, daß zum richtigen Zeitpunkt die erforderliche Anzahl von Fachleuten einer bestimmten Disziplin zur Verfügung steht? Dabei muß immer berücksichtigt werden, daß es sich bei der Ausbildung von wissenschaftlichen Kadern um eine außerordentlich langfristige Aufgabe handelt. Schon die Lösung dieses quantitativen Problems berührt eine entscheidende Seite der gesellschaftlichen Ordnung, denn sie trifft unmittelbar auf das Bildungsprivileg der herrschenden Klasse. Darüber hinaus besitzt das Problem auch eine qualitative Seite, und zwar in doppeltem Sinne: Einmal gilt es ein hohes wissenschaftliches Niveau der Ausbildung zu sichern. Das ist eine Aufgabe, die in Anbetracht des hohen Entwicklungstempos der Wissenschaft von den Hochschulen ein Höchstmaß an Anpassungsfähigkeit erfordert – ein weltweites Problem, das an sich schon kompliziert zu lösen ist. Um wieviel schwieriger ist jedoch die Lösung in einer Gesellschaft, in der die Erhaltung der bestehenden Ausbeuterordnung zur obersten Staatsdoktrin erhoben ist!

Zum anderen ist jede Ausbildung mit Erziehung verbunden. Gerade auch dieses Problem gewinnt in Westdeutschland aktuelle Bedeutung. Geht es doch der herrschenden Klasse darum, den wissenschaftlichen Kadern für ihre spätere verantwortliche Tätigkeit in den einzelnen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens einen auf die politisch-ideologischen Grundinteressen der Monopole ausgerichteten weltanschaulichen Standpunkt zu vermitteln und anzuerziehen. Diesen Aspekt hebt Speidel mit ganz besonderem Nachdruck hervor. An die Wissenschaftler gerichtet, erklärt er: „Die Wissenschaft greift heute überall entscheidend in die Gestaltung der menschlichen Gesellschaft ein, sie kann dies nicht blind, ohne Aufgeschlossenheit für die Politik, für die *Forderung des Tages* tun.“[22] Ein Kommentar darüber, welche Politik hier gemeint ist, dürfte sich erübrigen; die Person Speidels ist hier stellvertretend für aggressive Politik zu werten. Die besondere Schwierigkeit dieser Aufgabe unter westdeutschen Verhältnissen ergibt sich wiederum nicht aus der Erziehungsaufgabe an sich, sondern aus der fehlenden tragfähigen Substanz und Anziehungskraft der Ziele des Monopolkapitals, ergibt sich aus der Perspektivlosigkeit dieses Systems. Diese Problematik, oft auch als Schwierigkeit in der Bewältigung des Massenandrangs umschrieben, ist nicht durch diesen entstanden, sondern durch ihn nur mit besonderer Schärfe deutlich geworden.

Diese Situation bestimmt auch die Einstellung zur Erziehung. Die traditionellen Erziehungsformen reichten nicht mehr aus, sie ließen ein erzieherisches Vakuum entstehen. Um dieses zu beseitigen, fordert eine Entschließung des vom Bundesverband der (West-)Deutschen Industrie beherrschten Gesprächskreises Wissenschaft – Wirtschaft: „Ein erzieherisches Vakuum in den Altersklassen zwischen 19 und 24 Jahren ist unter den heutigen Gegebenheiten nicht zu verantworten. Alle in den Anfängen erkennbaren wirkungsvollen Erziehungsfaktoren sollen nutzbar gemacht werden und wenn immer möglich einen weiteren Ausbau erfahren.“[23]

Die in diesem Zusammenhang deutlich hervortretende politische Brisanz aller mit der Ausbildung verknüpften Probleme wächst noch dadurch, daß die Ausbildungserfordernisse die herrschenden Kreise zu einer elastischeren Handhabung des Bildungsmonopols zwingen. Hier wird das Dilemma offenbar: Einerseits erfordert die Nutzung der Wissenschaft durch die Monopole eine möglichst umfassende Ausschöpfung des Bildungspotentials, andererseits bedinge die Herrschaftssicherung die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Bildungsprivilegs. Die innerhalb dieses Widerspruchs lavierende Wissenschaftspolitik ist zu einer Lösung unfähig. Das Monopolkapital befürchtet die potentiellen politischen „Unruheherde“, die durch ein weiteres Anwachsen der Studentenzahlen an überfüllten Hochschulen bei veränderter sozialer Zusammensetzung der Studentenschaft entstehen könnten. Einen Ausbau der Hochschulen entsprechend der Nachfrage nach Studienplänen lehnen die herrschenden Kreise ab. Da aber der Bedarf an mittleren und höheren Fachkräften steigt, wurde eine echt staatsmonopolistische „Lösung“ dieses fehlerhaften Kreislaufes konzipiert. Der Hochschulgesamtplan für Baden-Württemberg, an dem Vertreter des Chemiekonzerns Badische Anilin-& Soda-Fabrik A. G. mitgewirkt haben, enthält die wahrscheinliche Linie des westdeutschen Monopolkapitals.

---

22 H. Speidel, „Wissenschaft, Technik und Politik“, a. a. O., S. 3.

23 Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft, Entschließungen und Empfehlungen 1958-1964, Essen 1965, Empfehlung E.

Danach wird der Zugang zu höheren Bildungseinrichtungen praktisch nach sozialen und politischen Kriterien differenziert und das Bildungsziel so festgelegt, daß etwa die Hälfte der künftigen Studienbewerber nur eine gehobene mittlere Fachausbildung erhalten und als mittlere Fachkräfte in die Führungshierarchie eingegliedert werden. Die Weiterbildung hängt dann von der Bewährung im Dienste des Monopolkapitals und des westdeutschen Staatsapparates ab. Diese „Lösung" mag für das Monopolkapital rationell sein, für die westdeutsche Jugend ist sie eine weitere Einschränkung des Rechtes auf Bildung und der freien Berufswahl.

Die bisherigen Darlegungen – so ergibt sich zusammenfassend – führen zu dem Ergebnis, daß die volksfeindlichen Klasseninteressen der staatsmonopolistischen Herrschaftsclique die Ziele der westdeutschen Wissenschaftspolitik bestimmen. Auf die mit der technischen Revolution verbundene qualitativ neue Funktion der Wissenschaft antwortet das Monopolkapital mit einem umfassenden Mißbrauch der Wissenschaft im Dienst seiner politischen und ökonomischen Ziele.

Die Struktur der staatsmonopolistischen Wissenschaftsorganisation

Die Praxis der Wissenschaftsentwicklung in Westdeutschland und die erklärten weiteren Schritte lassen deutlich werden, daß die Verwirklichung dieser Ziele neben einem Ausbau zugleich einen Umbau der Wissenschaftsorganisation erforderlich machen. Das gilt ganz allgemein für den Gesamtbereich der Wissenschaft wie auch für das Hochschulwesen. Balke formuliert die Notwendigkeit dieses Umbaus folgendermaßen:

„... Der Nachholebedarf in Wissenschaft und Bildung kann jedoch nicht nur durch größere Geldmittel gedeckt werden, sondern es ist auch eine zweckentsprechende Organisation nötig. Das Organisationsproblem in Wissenschaft und Bildung ist in der Bundesrepublik nicht optimal gelöst. Dies ist ein vielgewichtiger Anlaß zur Kritik als die finanzielle Situation."[24]

Hier wird bestätigt, daß es den Monopolen nicht lediglich darum geht, höhere finanzielle Mittel bereitzustellen, sondern daß ihr Anliegen vor allem darauf abzielt, über eine Umgestaltung der Organisation der Wissenschaft die Effektivität der eingesetzten Mittel zu vergrößern, die Richtung ihres Einsatzes im Interesse der politischen und ökonomischen Ziele zu steuern und sich die Verfügungsgewalt über die Ergebnisse zu sichern. Allein vom Inhalt dieser Aufgaben her wird ersichtlich, daß sie nur von den staatlichen Zentralinstanzen gelöst werden können. Das bestätigt auch der offizielle Bundesbericht Forschung I, der erklärt, „... die Einordnung der Förderungsmaßnahmen in die großen Ziele der Gesamtpolitik (Außenpolitik, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Verteidigungspolitik usw.) (ist) eine Aufgabe des Bundes ..."[25]. Davon ausgehend kann man schlußfolgern, daß das Ausmaß dieser Integration der Wissenschaft in die Ziele der Bonner Gesamtpolitik in dem Maße vollzogen ist, wie die Wissenschaft von Bonn gesteuert wird.

Der klassenmäßige Inhalt der westdeutschen Wissenschaftspolitik und das Bestreben der herrschenden aggressiven Gruppen des Monopolkapitals, die Wissenschaften immer ausschließlicher und straffer auf die Prioritäten ihrer politischen und ökonomischen Interessen auszurichten, sind die entscheidenden Komponenten, die Inhalt und Form des Umbaus der Wissenschaftsorganisation bestimmen.

In kausaler Verknüpfung mit der qualitativ neuen Funktion der Wissenschaft vollziehen sich jedoch im wissenschaftlichen Arbeitsprozeß selbst tiefgreifende Wandlungen. Dieser Prozeß stellt gewissermaßen eine weitere Komponente dar, die auf einen Umbau der Wissenschaftsorganisation drängt. Obwohl diese Veränderungen nicht unmittelbar und ausgeprägt an den Hochschulen zu verzeichnen sind, haben sie doch nachhaltige Wirkung auf diese. Das gilt sowohl für den wissenschaftlichen Arbeitsprozeß an den Hochschulen als auch für Veränderungen der Lenkungs- und Leitungsmechanismen.

Ihrem Wesen nach bestehen die Veränderungen des wissenschaftlichen Arbeitsprozesses darin, daß die traditionellen, mehr oder weniger empirisch geprägten Arbeitsformen der wissenschaftlichen Tä-

---

24 S. Balke, „Förderungsmaßnahmen für die technische Entwicklung in Deutschland". VDI-Zeitschrift, Düsseldorf 1966, Heft 1, S. 13.

25 Bundesbericht Forschung I, a. a. O., S. 8.

tigkeit durch moderne, industriemäßige Arbeitsformen abgelöst werden. Der kleinbetriebliche Typ der wissenschaftlichen Arbeit wird durch den großbetrieblichen Typ verdrängt. Repräsentanten dieses Typs sind die Großforschungsstätten der Kernforschung, der Luft- und Weltraumforschung. Diese Verdrängung ist natürlich nicht als absolut anzusehen, doch hat die Entstehung des großbetrieblichen Typs weitgehende Konsequenzen für den Arbeitsprozeß in den nach wie vor zahlenmäßig dominierenden wissenschaftlichen Arbeitsstätten des kleinbetrieblichen Typs wie auch für die Einordnung der einzelnen wissenschaftlichen Einrichtung in die Wissenschaftsorganisation im gesamtstaatlichen Maßstab. Diese Entwicklung erfaßt auch die Hochschulen.

Die wissenschaftliche Arbeit erreicht eine qualitativ neue Stufe der Vergesellschaftung. Der Vorstoß in wissenschaftliches Neuland erfordert immer empfindlichere und kompliziertere Apparate, die zugleich wesentlich kostspieliger sind und deren volle Auslastung aus diesem Grunde immer zwingenderes Gebot wird. Die Eigenart der gestellten Aufgaben erfordert die interdisziplinäre Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und Technikern der verschiedenartigsten Gebiete. Darüber hinaus wird die Differenzierung der einzelnen Disziplinen immer rascher vorangetrieben. Im Ergebnis dieses Prozesses erreicht die Arbeitsteilung, Spezialisierung und Kooperation in solchen Großforschungseinrichtungen Industriemaßstäbe.

Die Aufgaben, die hier in Angriff genommen werden, umfassen in der Regel bestimmte komplexe Projekte, deren Lösung meist größere Zeiträume erfordert. Ihre planmäßige Verwirklichung verlangt ein genau abgestimmtes System ihrer Aufgliederung in Teilaufgaben, wobei die Grundlagen- und angewandte Forschung wie auch die Entwicklung gleichzeitig angestrebt werden.

Diese Groß- und Projektforschung erfordert darüber hinaus, daß neben den Großforschungseinrichtungen andere Forschungs- und Entwicklungsstätten Teilaufgaben übernehmen. Diese zwischenbetriebliche Forschungskooperation hat weiträumige Maßstäbe erreicht, die nicht selten Ländergrenzen überschreiten. Dabei ist die Anfangsphase dieser Entwicklung noch nicht beendet. Das gilt es um so nachdrücklicher zu betonen, als gerade die mit diesen Prozessen verbundenen Probleme die Notwendigkeit entstehen ließen, die wissenschaftliche Arbeit selbst der wissenschaftlichen Analyse zu unterziehen. Das hat zur Folge, daß in raschem Tempo die empirischen Formen der wissenschaftlichen Arbeit abgestreift werden, was wiederum zu einer Beschleunigung des Vergesellschaftungsprozesses führen muß.

Diese neue Stufe der Vergesellschaftung der wissenschaftlichen Arbeit hat weitgehende Konsequenzen für ihre gesellschaftliche Organisation. Dem können sich auch die Monopole nicht entziehen. Ihre machtpolitische Nutzung der Wissenschaft setzt die Einführung dieser Großforschung, diese höhere Stufe der Vergesellschaftung voraus. Damit stoßen sie unweigerlich auf die Erkenntnis, daß die Großforschung in den herkömmlichen gesellschaftlichen Rahmen der wissenschaftlichen Arbeit nicht einzuordnen ist.

Um es mit den Worten von Wolf Häfele, dem Leiter des Karlsruher Projekts „Schnelle Brüter“, auszudrücken, handelt es sich bei der Projekt- und Großforschung darum, „... daß die ihnen innewohnende Langfristigkeit den herkömmlichen Rahmen, solche Arbeiten zu finanzieren, sprengt“ und „... daß das freie Spiel von Angebot und Nachfrage in der Wirtschaft nicht ausreicht, um solche auf lange Sicht lebenswichtige Entwicklungen zu veranlassen“[26].

Hier wird sichtbar, daß die Erfordernisse der Produktivkraft Wissenschaft, der wissenschaftliche Arbeitsprozeß nicht mehr im Rahmen eines privatkapitalistischen Monopols oder eines Hochschulinstitutes betrieben werden kann. Unter solchen Bedingungen kann sich der kapitalistische Staat nicht mehr, wie das in der Vergangenheit charakteristisch war, darauf beschränken, bestimmte wissenschaftliche Kapazitäten zu finanzieren. Ihre Nutzung überließ er, vereinfacht ausgedrückt, der Initiative einzelner Konzerne, die sich über Verträge oder mit anderen Methoden dieser staatlich finanzierten Kapazitäten nach Bedarf bedienten.

---

26 W. Häfele, Neuartige Wege naturwissenschaftlich-technischer Entwicklung. München 1963, S. 27 f.

Die gegenwärtig erreichte Stufe der Vergesellschaftung der wissenschaftlichen Arbeit macht ihre zentralisierte gesellschaftliche Leitung objektiv notwendig. Die Erfordernisse der Arbeitsteilung, Spezialisierung und Kooperation erzwingen ein straff organisiertes System der Planung und Leitung der Wissenschaft, das dem Wesen der Sache entsprechend nur von einem staatlichen Organ garantiert werden kann.

Die für die westdeutsche Gegenwart charakteristische Integration der Wissenschaft in das System politischer und ökonomischer Interessen des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems und die sich deutlich abzeichnende höhere Stufe der Vergesellschaftung der wissenschaftlichen Arbeit sind bestimmend für die Richtung und den Inhalt der Entwicklung der staatsmonopolistischen Wissenschaftsorganisation.

Das gilt für den Gesamtbereich der Wissenschaft wie für den bedeutsamen Teil, das Hochschulwesen. Die Spezifik, mit der dieses System staatsmonopolistischer Formen die Hochschulen erfaßt, ergibt sich sowohl aus den besonderen Aufgaben, die die Hochschulen zu erfüllen haben, als auch aus den objektiv immer intensiver werdenden Beziehungen zwischen den Hochschulen und dem übrigen Bereich der Wissenschaft und Gesellschaft.

Auf den ersten Blick erscheint die westdeutsche Wissenschaftsorganisation als eine verwirrende Fülle von Prozessen und Institutionen. Sie sind in vielfältiger Weise übereinander und nebeneinander geordnet. Ihre Verknüpfung wird durch ein kompliziertes System monopolistischer Machtzentren, staatlicher Kompetenzen, der Verfügungsgewalt über finanzielle Mittel und durch personelle und sonstige Beziehungen realisiert.

Dem Wesen der Sache nach sind an erster Stelle die von den Monopolen geschaffenen wissenschaftspolitischen Organe zu nennen. Im gesamtstaatlichen Maßstab wirken die Monopole über den Bundesverband der (West-)Deutschen Industrie (BDI) sowie über von diesem geschaffene spezielle Organe. Das sind der Stifterverband für die (west-)deutsche Wissenschaft und der Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft (im weiteren kurz Stifterverband beziehungsweise Gesprächskreis genannt).

Der Stifterverband ist ein Instrument der stärksten Monopolgruppen. Mit seiner Hilfe lenken diese die nicht durch eine straffe staatliche Zentralinstanz gesteuerte wissenschaftliche Forschung auf ihre speziellen wissenschaftspolitischen Ziele. Der Stifterverband übt hier die Funktion eines wissenschaftspolitischen Kartells aus und koordiniert die Gesamtinteressen der Monopole in diesem Bereich. Er bedient sich dabei der in Abhängigkeit und enger Verknüpfung zu ihm stehenden (West-)Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) sowie seiner durch Spenden aufgebrachten finanziellen Mittel. Aus diesen relativ geringen Mitteln, die durch eine breite Propaganda zu einem selbstlosen „Mäzenatentum“ der Wirtschaft umgedeutet werden, begründet der Stifterverband seinen maßgeblichen Einfluß auf die Wissenschaft und seine Verfügungsgewalt über die staatlichen Mittel, die über die Forschungsgemeinschaft den Hochschulen zufließen.

In dem Maße, wie seit Mitte der fünfziger Jahre die zentralen staatlichen Organe der Wissenschaftspolitik ausgebaut werden, wandelt sich die Funktion des Stifterverbandes. Durch Aufnahme staatlicher Schwerpunktprogramme, die von speziellen staatlichen Organen direkt gesteuert werden, engt sich der Wirkungskreis der Forschungsgemeinschaft ständig ein. Zugleich ergibt sich die Notwendigkeit für die Monopole, auf diese staatlichen Organe systematisch einzuwirken, um hier ihre speziellen wissenschaftspolitischen Interessen durchzusetzen. Zu diesem Zweck schufen der Bundesverband der (West-)Deutschen Industrie (BDI), der (West-)Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) und der Stifterverband den Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft. Diese Institution entwickelte sich in der Folgezeit immer mehr zum wichtigsten wissenschaftspolitischen Organ der Monopole. Mit Hilfe zahlreicher Empfehlungen und Entschließungen wurden von diesem Organ den staatlichen Instanzen alle wesentlichen wissenschaftspolitischen Entscheidungen vorgegeben.[27] Darüber hinaus sind die unmittelbar interessierten Monopolgruppen in den zahlreichen Kommissionen und Beratergremien vertreten, die den für bestimmte Forschungsprogramme zuständigen staatlichen Or-

[27] Vgl. Hochschuldienst, Bonn 1966, Nr. 22, S. 1.

ganen zugeordnet sind. Typisch für diese Art institutionalisierter Verschmelzung der Macht des Staates und der Macht der Monopole sind die Atom- und Weltraumkommissionen. Wie die bisherige Entwicklung zeigt, entspricht diese Struktur monopolistischer Einflußnahme noch nicht voll den Interessen der herrschenden Kreise. Einerseits ist damit die Einflußnahme bestimmter Monopolgruppen – und zwar derjenigen, die ihre Interessen noch nicht mit staatlichen Schwerpunktprogrammen verwirklichen konnten, wie die Interessenten der Elektronik – nicht straff genug wirksam. Andererseits werden diejenigen Wissenschaftsgebiete, die nicht unmittelbar zu den Schwerpunktprogrammen gehören, aber für ihre Realisierung Zuarbeit zu leisten haben und darüber hinaus große allgemeine Bedeutung im Rahmen der von den Monopolinteressen diktierten wissenschaftspolitischen Prioritäten besitzen, nicht in der erforderlichen Weise erfaßt. Aus diesen Gründen werden neuerlich von den Monopolen Forderungen erhoben, die Form der direkten Einflußnahme der Gesamtinteressen des Monopolkapitals auf die für die Wissenschaftspolitik verantwortlichen staatlichen Interessen neu zu gestalten. So erhob auf der 3. Vollversammlung des Gesprächskreises Hermann Reusch vom Haniel-konzern als Repräsentant des Bundesverbandes der (West-)Deutschen Industrie die Forderung, „... einige Phantasie darauf zu verwenden, in welcher Form sich die Mitsprache der Wirtschaft in der Forschungspolitik institutionalisieren läßt. Nachdem sich in beratenden Gremien für Teilbereiche der Forschung ... gezeigt hat, wie fruchtbar diese Mitsprache sein kann, sollte es nicht schwer sein, Lösungen für die gesamte Forschungspolitik zu finden.“[28] In die gleiche Richtung zielen auch die Forderungen anderer Repräsentanten des Monopolkapitals. Entsprechend diesen Forderungen ist mit der Schaffung von sogenannten Sonderforschungsbereichen an den Universitäten und Hochschulen eine Konzentration und straffere Erfassung des Forschungspotentials in Angriff genommen worden. Es geht dabei „um eine Konzentration der Kräfte, um die Förderung der Kooperation zwischen den Forschern und zwischen den verschiedenen Forschungseinrichtungen, um eine planvolle Abstimmung der Spezialisierungsgebiete, um die Schaffung leistungsfähiger Forschungseinheiten in den Hochschulen und Hand in Hand damit um eine verstärkte und zugleich mit einer Leistungskontrolle verbundene finanzielle Förderung der Forschung“[29].

Offensichtlich handelt es sich bei diesen Bestrebungen um die vollständige Integration der Hochschulen in die staatsmonopolistische Wissenschaftsorganisation.

Neben den zentralen Organen monopolistischer Einflußnahme bestehen noch zahlreiche zweiggebundene Monopolorgane und auch lokale, auf einzelne Hochschulen wirkende Kuratorien, Förder- und Freundesgesellschaften, die das Geschehen an einzelnen Hochschulen in wesentlichen Fragen bestimmen. Hierunter befinden sich auch nichtinstitutionalisierte, jedoch nicht weniger wirksame Bindungen finanzieller und personeller Art.

An zweiter Stelle sind die staatlichen Instanzen zu nennen. Auf der Bundesebene befassen sich – obwohl keine formelle Kompetenz für die Hochschulen insgesamt, sondern nur für bestimmte wesentliche Fragen der Forschung besteht – praktisch alle Ressorts in dieser oder jener Form mit den Hochschulen. Natürlich ist die Intensität der möglichen und tatsächlichen Einwirkung unterschiedlich. Nach ihrem Gewicht in der Wissenschaftspolitik kommen dabei vor allem folgende Ressorts in Betracht: Forschungsministerium, Kriegsministerium und Finanzministerium. Die Ressorts für die Wirtschaft, die Innen- und Außenpolitik und das Ministerium für „gesamtdeutsche Fragen“ spielen ebenfalls eine wichtige Rolle. Die hier vertretenen wissenschaftspolitischen Kompetenzen dieser Bundesressorts werden durch den 1965 gegründeten Kabinettsausschuß für Wissenschaft koordiniert, der unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers steht und dem 10 Minister angehören. Nachdem dieses Organ sich anfänglich nur zögernd betätigte, wurde es in jüngster Zeit aktiver wirksam.

Hinzu kommen die jeweiligen Länderorgane, in denen die Kultusministerien die hochschulpolitischen Kompetenzen ausüben. Darüber hinaus haben natürlich auch andere Instanzen der Länder erheblichen Einfluß auf die Hochschulen. Stellvertretend dafür sollen hier nur die Wirtschaftsministe-

---

28 A. a. O., S. 2.

29 Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen bis zum Jahre 1970, Tübingen 1967, S. 128.

rien genannt werden. Die Abstimmung der hochschulpolitischen Maßnahmen der Länder erfolgt über die Ständige Konferenz der Kultusminister.

Die hochschulpolitischen Bestrebungen von Bund und Ländern werden – neben gezielten Aktionen einzelner Bundesressorts – über den Wissenschaftsrat, dem gemeinsamen Planungsorgan des Bundes und der Länder, sowie über die bestehende Ständige Kommission zur Vereinheitlichung der Wissenschaftspolitik abgestimmt, obwohl letztere bisher kaum zur Wirkung gekommen ist.

An letzter Stelle sind die sogenannten wissenschaftlichen Selbstverwaltungsorgane zu nennen. Ihrem Wesen nach sind sie Beratungs- und Hilfsorgane. Ein spezieller Aspekt ihrer Konstruktion ist auch darin zu sehen, daß ihre Existenz von den herrschenden Kreisen dazu ausgenutzt wird, den Wissenschaftlern das Bewußtsein der Selbstverwaltung zu suggerieren. Tatsächlich ist deren Einfluß jedoch äußerst gering und wird beständig weiter ausgehöhlt.

Im und für das Hochschulwesen sind hier vor allem folgende Organe zu nennen: die Institutsdirektoren, die Fakultäten, Senate und Rektoren. Letztere sind in Rektorenkonferenzen auf Länder- und Bundesebene zusammengeschlossen.

Für die speziellen Forschungsbelange der Hochschulen hat darüber hinaus die (West-)Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) besondere Bedeutung. Um das Wesen dieser Selbstverwaltungsorgane zu verdeutlichen, sei hier stellvertretend für diese Institutionen etwas näher auf diese Forschungsgemeinschaft eingegangen. Das äußere Bild der Forschungsgemeinschaft wird von den Hochschulvertretern bestimmt. Eine genauere Analyse zeigt jedoch, daß das äußere Bild trügt. Seine einzelnen Organe weisen nämlich unterschiedliche Strukturen auf, wobei diese Unterschiede in ihrer ganzen Schärfe hervortreten, wenn man sie nach dem Ausmaß ihrer Teilnahme an den im Rahmen dieser Forschungsgemeinschaft möglichen Entscheidungen gruppiert.

Der Senat der (West-)Deutschen Forschungsgemeinschaft besteht – sehen wir von dem Monopolvertreter Prof. Dr. Karl Winnacker ab – fast ausschließlich aus Vertretern der Hochschulen. Seine Aufgabe besteht in der Beratung gemeinsamer Anliegen der Forschung, in Festlegungen über die Obliegenheiten der in seinem Rahmen tätigen 21 Kommissionen und der 26 Fachausschüsse sowie in der Erarbeitung von Vorschlägen zur Schwerpunktbildung innerhalb der von der (West-)Deutschen Forschungsgemeinschaft zu fördernden Gebiete.[30]

Im Kuratorium hingegen sind neben einer Anzahl von Wissenschaftlern in großem Umfang Vertreter des Staates und der Monopole wirksam. Aufgabe des Kuratoriums ist die Beschlußfassung über den Haushaltsplan. Hier fällt mit der Entscheidung über die Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel die tatsächliche Entscheidung über Durchführung oder Nichtdurchführung von Forschungsvorhaben. Dabei ist zu beachten, daß die staatlichen Organe und der Stifterverband mit der Mittelbereitstellung bereits von vornherein den Gesamtrahmen der Wirkungsmöglichkeiten abgesteckt haben.

Daran vermag auch grundsätzlich die Tatsache nichts zu ändern, daß die Mitglieder der nach Fachgebieten aufgeteilten Kommissionen und Fachausschüsse in allgemeiner und geheimer Wahl von den Wissenschaftlern der Hochschulen gewählt werden. Wohl haben sie als Spezialisten und Fachvertreter einen tiefen Einblick in die Forschungstätigkeit ihres Fachgebiets – aus dieser Sicht ist auch ihre Tätigkeit in der Forschungsgemeinschaft angelegt. Als Spezialisten ihres Fachgebietes sollen sie jedoch lediglich dessen Interessen vertreten und nicht etwa aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung heraus urteilen.

Die ungeschminkte Wiedergabe der realen Verhältnisse gebietet jedoch, auf einen zusätzlichen Aspekt hinzuweisen. Da die einzelnen Fachvertreter durch konkrete industrielle Bindungen ihres Instituts zu einzelnen Monopolen oder Monopolgruppen bereits in ihrer Haltung stimuliert werden, ja in bestimmten Fällen nicht so sehr als Wissenschaftler, sondern als Repräsentanten bestimmter Konzerninteressen urteilen, reflektieren sie ohnehin nicht ausschließlich fachliche Interessen. Typische Beispiele dafür sind unter anderen:

---

30 Tätigkeitsbericht der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Wiesbaden 1963, S. 38 f.

Prof. Dr. Küpfmüller, der im Rahmen der Forschungsgemeinschaft den Ausschuß für angewandte Forschung leitet. Er war zugleich Institutsdirektor an der Technischen Hochschule Darmstadt und Vorstandsmitglied des vom USA-Kapital beherrschten westdeutschen Konzerns Standard Electric Lorenz AG.

Prof. Dr. Steinhofer, von der Badischen Anilin- & Sodafabrik AG – BASF, ist Hochschullehrer in Heidelberg und ebenfalls Mitglied des DFG-Ausschusses für angewandte Forschung.

Prof. Dr. Butenandt ist Aufsichtsratsmitglied bei den Farbenfabriken Bayer AG und Direktor des Max-Planck-Instituts für Biochemie, weiter ist er Präsident der Max-Planck-Gesellschaft und Mitglied des Kuratoriums der Forschungsgemeinschaft.

Zum Verständnis des Inhalts und des Wirkungsmechanismus staatsmonopolistischer Formen der Wissenschaftsorganisation ist es notwendig, neben der Charakteristik dieser für das Hochschulwesen wichtigen Instanzen auf die angewandten Mittel, ihre Wirkungsweise und Ergebnisse einzugehen.

Die Umwandlung der Wissenschaft in eine unmittelbare Produktivkraft macht die Kapitalverwertung von der systematischen Bereitstellung neuer Forschungsergebnisse abhängig. Sie zwingt mehr oder weniger alle kapitalistischen Unternehmungen zu einer systematischen eigenen Forschung. Infolge der ökonomischen Besonderheiten der Forschung und der erforderlichen Mindestgröße effektiv arbeitender Forschungsstätten sind jedoch prinzipiell nur Monopolunternehmen in der Lage, systematisch eigene Forschung zu betreiben. Der Umfang der gegenwärtig von den kapitalistischen Monopolen für die Forschung und Entwicklung bereitgestellten Mittel und deren Wachstum bringen zum Ausdruck, daß diese erhebliche Anstrengungen unternehmen, um die Wissenschaft in den Dienst des Monopolprofits zu zwingen. Der Aufwand der Monopole verdoppelte sich im Zeitraum von 1959 bis 1965.[31]

Ein beachtlicher Teil dieser Mittel stellt seinem Wesen nach keinen Aufwand der Monopole, sondern ebenfalls Aufwand des Staates dar. Das ist darauf zurückzuführen, daß eine wesentliche Methode staatsmonopolistischer Wissenschaftspolitik darin besteht, die Forschungsanstrengungen der Monopole mit erheblichen Steuergeschenken beziehungsweise mit staatlicher Auftragsforschung zu stimulieren. Schon im Hinblick auf diese Entwicklung wird immer deutlicher, daß selbst große Monopole einer effektiven Nutzung der Produktivkraft Wissenschaft relativ enge Grenzen ziehen. Gilt diese Feststellung ganz allgemein für alle wissenschaftlichen Arbeitsgebiete, so gilt sie in extrem hohem Maße für alle die Probleme, deren Bearbeitung auf der Ausnutzung hoch vergesellschafteter Formen der Forschung beruht. Die Langfristigkeit dieser Aufgaben, der riesige Mittelaufwand, das hierdurch bedingte große Risiko erzwingen nicht nur eine staatliche Ergänzung der Aktivität privater Monopole, sondern machen das Staatsmonopol zur unerläßlichen Voraussetzung für die Inangriffnahme solcher Probleme. Hier ist das privatkapitalistische Monopol nicht einfach zu eng, sondern unfähig, solche Aufgaben überhaupt anzupacken. Deshalb fordert Siegfried Balke: „Die technische Entwicklung muß da aus öffentlichen Mitteln und durch legislative Maßnahmen gefördert werden, wo das Interesse oder das Risiko oder die Finanzkraft der privaten Forschung oder produktiven Wirtschaft überschritten wird.“[32] Dieser Sachverhalt prägt jedoch in immer stärkerem Maße alle Bereiche der wissenschaftlichen Arbeit und wirkt direkt und indirekt auch in den Hochschulen. Im Kern laufen solche Forderungen auf eine Bankerotterklärung der so viel gerühmten privaten Unternehmerinitiative hinaus. Es kommt deshalb einem vernichtenden Urteil gleich, wenn Helmut Krauch sich zu der Feststellung gezwungen sieht: „In den letzten Jahrzehnten hat sich immer mehr gezeigt, daß der Marktmechanismus allein kein geeignetes Stimulans für das Gedeihen von Forschung und technischer Entwicklung ist. Häufig sind die ökonomischen Einheiten zu klären, um teure und riskante Forschung zu unternehmen.“[33]

---

31 Vgl. G. Speer, Die naturwissenschaftlich-technische Forschung ..., a. a. O., S. 105.

32 S. Balke, „Natur- und Ingenieurwissenschaften als Faktoren der Politik“, VDI-Zeitschrift, Düsseldorf 1967, Heft 1, S. 2.

33 H. Krauch, „Staat und Wissenschaft“, Süddeutsche Zeitung, München, vom 6.3.1964, Beilage.

Die objektiven Grenzen des privaten Monopols in der profitablen Verwertung der Produktivkraft Wissenschaft einerseits und die durch die Erfordernisse des Produktionsprozesses diktierte Notwendigkeit einer wachsenden Forschungsaktivität andererseits machen den Einsatz einer staatlichen Forschungspolitik im Interesse der Erhaltung der bestehenden kapitalistischen Ordnung unabdingbar. Der Staat erweitert die Möglichkeiten der privaten Monopole, Forschung im Interesse ihrer Kapitalverwertung zu betreiben, über verschiedenartige Methoden und Wege. Angesichts der neuen Stufe der Vergesellschaftung der wissenschaftlichen Arbeit gewinnt die direkte Leitung durch den Staat immer größere Bedeutung. Dem gleichen Kurs dient auch die Ausrichtung und Konzentration der Forschung auf bestimmte politische Ziele, die der Staat als monopolistisches Machtorgan verfolgt.

Im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Gegenwart haben seine inneren und äußeren Entwicklungsbedingungen zum Primat der Politik gegenüber der Ökonomie geführt.

Die Mittel und Methoden staatsmonopolistischer Beherrschung der Hochschulen

Die herrschende Klasse ist bestrebt, das Staatsmonopol in der Wissenschaft und speziell auch im Hochschulwesen mit drei Mitteln zu verwirklichen: Politisch-administrative, ökonomische und politisch-ideologische werden meist in den verschiedenartigsten Formen kombiniert angewandt, um die genannten Instanzen zu befähigen, das Hochschulwesen im Sinne ihrer Ziele zu lenken und zu leiten.

Die für die Hochschulpolitik entscheidenden politisch-administrativen Kompetenzen liegen nach den Verfassungen bei den Ländern. Der Bund hat – neben vielfältigen Möglichkeiten, einen Druck auf die Länder auszuüben – seine eigenen Kompetenzen vor allem in der Forschung und damit auch seine Möglichkeiten, mit politisch-administrativen Mitteln auf die Hochschulen einzuwirken, ausgebaut. In den letzten Jahren wurde die Ausgestaltung eines zentralisierten staatsdirigistischen Lenkungssystems vorangetrieben.

Dabei ist zu beachten, daß sich die politisch-administrativen Instrumente nicht auf alle Seiten des Hochschulwesens mit der gleichen Wirksamkeit anwenden lassen. Das bringt Balke zum Ausdruck, wenn er feststellt, daß mit den „... materiellen Abhängigkeiten der Forschung und Lehre die Wissenschaft nachhaltiger manipuliert werden kann als durch dirigistische Verwaltungsmaßnahmen“[34].

Trotzdem lassen sich in bezug auf die politisch-administrativen Mittel in der jüngsten Vergangenheit und in der Gegenwart zwei Tendenzen deutlich erkennen: Die eine besteht in der unübersehbaren Zunahme politisch-administrativer Einflußnahme des Staates auf die Hochschulen. Dieses Streben, das darauf abzielt, die Hochschulen einem immer umfassenderen System der staatlichen Reglementierung zu unterwerfen, steht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der neuen Rolle der Wissenschaft und den Anstrengungen der herrschenden Kreise, die Hochschulen immer ausschließlicher und wirksamer in den Dienst ihrer Interessen zu stellen.

Die Aktivitäten, die diese Integration der Hochschulen zu verwirklichen suchen, laufen unter der Tarnbezeichnung „Hochschulreform“. Im „Hochschuldienst“ wird diese Entwicklung in folgender Weise charakterisiert: „Die Tendenz, die Hochschulen durch Gesetz zu einer Reform ihrer Selbstverwaltung zu zwingen, ihnen auf dem Weg zur Erneuerung durch staatliche Beschlüsse vorwärts zu verhelfen, verstärkte sich in letzter Zeit in dem Maße, in dem die Politiker, unterstützt durch die Massenmedien, zu der Ansicht gelangten, daß die Mühlen der Selbsterneuerung an den Hohen Schulen zu langsam mahlen.“[35]

Unter den Bedingungen der technischen Revolution verändern sich in allen Ländern Umfang und Formen der Hochschulausbildung. Die in Westdeutschland eingeleiteten Veränderungen verdienen jedoch am wenigsten mit „Hochschulreform“ oder „Selbsterneuerung“ bezeichnet zu werden, denn diese Begriffe stehen weder mit der Zielsetzung noch mit den bisherigen Ergebnissen in Einklang. In Westdeutschland geht es um die verstärkte Durchsetzung der bisher bereits angestrebten Erziehungs-

---

34 S. Balke, „Forschung und Technik“, Schriftenreihe der Vereinigung des (west-)deutschen Gewässerschutzes, München 1962, Heft 9, S. 11.

35 „Reform der Hochschule – von innen oder außen?“, Hochschul-Dienst, Bonn 1965, Nr. 7, S. 1.

ziele, die quantitative und qualitative Verbesserung der Ausbildung und die effektivere Ausnutzung der Hochschulen im Interesse der Militarisierung und des Profits.

Diese Bemühungen stehen in Westdeutschland in vollem Umfange erst jetzt auf der Tagesordnung, weil die monopolistischen und staatlichen Instanzen die Ausbildungsfragen jahrelang unterschätzten und weil gleichzeitig mit der jetzt forcierten Überwindung des Rückstandes die noch vorhandenen demokratischen Rechte der Wissenschaftler und Studenten eingeschränkt werden sollen. Staatliche Organe verwandeln sich dabei aus Kontroll- und Aufsichtsgremien in direkte Lenkungsmittel. Die Universitäten und Hochschulen sollen unmittelbar auf die politische und ökonomische Erziehungskonzeption der herrschenden Kräfte ausgerichtet werden.

Einige Fragen wie die Erhöhung der Studentenzahlen, die Verbreitung der Grundlagenausbildung und die Schwerpunktbildung sind schon im ersten Teil der Empfehlungen des Wissenschaftsrates im Jahre 1960 fixiert worden. In den jüngsten Empfehlungen sind dagegen auch die spezifischen bildungspolitischen Monopolinteressen und die Erhöhung des staatlichen Einflusses eindeutiger als Forderung herausgestellt. Die Ausarbeitung dieser Konzeption lief parallel zu einer Kritik an den Hochschulen, die die hochschulpolitisch engagierten Monopolgremien organisierten. Diese Kritik bemängelt, daß die Hochschulen die Studenten zuwenig zu „Führung und Verantwortung“ erziehen, das Verständnis für die „Wirtschaft“ und das „Wirtschaften“ vernachlässigen und auch die Ausbildungsfunktion durch lange Studienzeiten sehr teuer gestalten und zahlenmäßig nicht mehr erfüllen.

Wesentlichen Einfluß hatten auf diese Aktivität auch die bedeutenden Ausbildungsergebnisse in den sozialistischen Ländern. Nach wie vor gilt jedoch für Westdeutschland, daß bei insgesamt zu niedrigen Ausbildungszahlen die Hochschulen überfüllt sind, das heißt, daß auf einen Studienplatz teilweise 3 bis 4 Studenten kommen und daß eine weitere Verschlechterung der Verhältnisse nach 1970 eintreten wird.

Einzelne Schritte für die Durchsetzung der neuen konzeptionellen Bestrebungen sind die 1957 begonnene Einführung des Honnefer Modells, die bereits genannten Empfehlungen von 1960 zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen und die „Anregungen des Wissenschaftsrates zur Gestaltung neuer Hochschulen“ von 1962. Die 1966 verabschiedeten „Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen“ sowie die 1967 verabschiedeten „Empfehlungen zum Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen bis 1970“ bilden den bisherigen Abschluß. Die Empfehlungen von 1966 berücksichtigen bereits, daß die Durchführung des Neubauprogramms irreal war, und propagieren deshalb eine Straffung im Studienablauf, eine Begrenzung der Immatrikulationszahlen und eine Reduzierung der Studiendauer. Diese unter dem Druck der verstärkten Aufrüstung in Westdeutschland vorgenommenen Veränderungen stellen für alle Studierenden das Prinzip der Einheit von Lehre und Forschung in Frage. Sie gefährden damit die wissenschaftliche Ausbildung und die Stellung der wissenschaftlichen Hochschulen. Zu ihrem Inhalt bemerkt Wilhelm Girnus auf der VI. Hochschulkonferenz richtig: „Große vorwärtsweisende Ideen, kongenial denen Humboldts, suchen wir darin vergebens.“[36]

Dennoch hat die Westdeutsche Rektorenkonferenz nach anfänglichem Zögern den Vorschlägen im Prinzip zugestimmt. Trotz der heftigen Einwände durch westdeutsche Hochschullehrer, zum Beispiel des philosophischen sowie des mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultätentages, muß mit der Durchsetzung der charakterisierten Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an den westdeutschen Hochschulen gerechnet werden. Die politisch-administrativen Kompetenzen des Staates ermöglichen im Rahmen dieser Konzeption immer einschneidendere Eingriffe in die Hochschulen, um sie gemäß den Interessen der Monopole zu gestalten.

Die andere Tendenz besteht in der zunehmenden Aushöhlung der Länderkompetenzen und ihrer Zentralisierung bei der Bonner Regierung. In jüngster Zeit fordern einflußreiche Vertreter des Monopolkapitals immer nachdrücklicher, alle entscheidenden Kompetenzen bei der Bonner Regierung, und hier wiederum an einer Stelle, zu konzentrieren. So verlangt Reusch als Vorsitzender des Gesprächs-

[36] W. Girnus, IV. Hochschulkonferenz, Berlin 1967, S. 98.

kreises Wissenschaft und Wirtschaft von der Regierung in Bonn, „... alle Fragen von Wissenschaft und Bildung stärker beim Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung zu konzentrieren ... Der Bund müsse eine größere Rahmenkompetenz in Wissenschafts- und Bildungsfragen bekommen.“[37]

Speidel fordert eine weitere Intensivierung des Zusammenwirkens von Staat, Wirtschaft und Wissenschaft.[38] Das bedeutet unter anderem auch das Zusammenspiel des politisch-administrativen Instrumentariums mit ökonomischen Stimuli zu vervollkommnen.

Die finanziellen Mittel spielen eine entscheidende Rolle in der Durchsetzung der hochschulpolitischen Zielstellungen der Monopole und ihres Staates. Im „Volkswirt“ wurde dieser Sachverhalt mit den Worten umschrieben: „Bei der gegenwärtigen Struktur der Hochschulen steht die Selbständigkeit nur auf einem de facto sehr schwachen Bein der gesetzlich zugestandenen Selbstverwaltung, während das andere Bein von der finanziellen Stützung des Staates abhängig ist.“[39]

Hier bleibt nur noch zu ergänzen, daß keineswegs nur der Staat, sondern auch die Monopole diese materielle Abhängigkeit der Wissenschaft in beträchtlichem Umfang ausnutzen. Sie wird sich ständig verstärken, so daß auch in der Zukunft diesem wissenschaftspolitischen Steuerungsinstrument wachsende Bedeutung zuzuordnen ist.

Diese materielle Abhängigkeit der Wissenschaft wird in verschiedener Richtung ausgenutzt. Da sind einmal die Mittel für die Erweiterung der Lehr- und Forschungskapazität des Hochschulwesens anzuführen. Hierbei wirken die ökonomischen Mittel mit politisch-administrativen zusammen, um die Erweiterungen auf die zu fördernden Disziplinen zu verteilen beziehungsweise andere Disziplinen davon auszuschließen. Den Hauptteil dieser Mittel haben bisher die Länder aufgebracht. Damit wurden durch die unterschiedliche Finanzkraft der Länder allein schon Ungleichgewichte hervorgerufen. Sie wurden noch verstärkt durch den Umstand, daß die einzelnen Länder sehr unterschiedliche Anteile ihrer Gesamtmittel für die Hochschulen bereitstellen. Berücksichtigt man dazu noch die bestehende ungleichmäßige Verteilung der Hochschulen auf die Länder, so werden die Ursachen für bestehende Disproportionen in der territorialen Entwicklung der Hochschulen sichtbar.

Die seit wenigen Jahren zunehmende Beteiligung des Bundes zielt keineswegs in erster Linie darauf hin, die Möglichkeiten der Länder zu erweitern, sondern wird vor allem dazu benutzt, den Gesamtaufwand der Länder zu stimulieren und zugleich die Richtung des Einsatzes der gesamten für diesen Zweck bereitgestellten Mittel unter Kontrolle zu bekommen.

Zum anderen werden die jährlich bereitzustellenden Etatmittel für die laufenden Aufwendungen der bestehenden Hochschulen faktisch ausschließlich durch die Länder aufgebracht. Die Bereitstellung dieser Mittel ist durch das Haushaltsrecht zweckgebunden. Darüber hinaus werden an ihre Verwendung nur in beschränktem Maße Auflagen geknüpft, die als Aushängeschild für die materielle Sicherung der „Freiheit“ von Lehre und Forschung dienen.

Sie sind jedoch ganz bewußt zu knapp bemessen, um eine ordnungsgemäße Durchführung des Lehr- und Forschungsbetriebes zu gewährleisten. Sie zwingen die Direktoren der Institute, sich nach zusätzlichen Mitteln umzusehen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Eine ihrer Funktion nach selbständige dritte Gruppe finanzieller Mittel für die Hochschulen besitzt ihrem Umfang nach zwar das geringste Gewicht, aber ihr kommt bezüglich der Lenkung und Leitung der Hochschulen eine außerordentlich bedeutsame Rolle zu.

Sie stehen staatlichen Organen und privatkapitalistischen Monopolen oder von Monopolen beherrschten Organen wie dem Stifterverband und damit der (West-)Deutschen Forschungsgemeinschaft zur Verfügung. Gemeinsam ist diesen Institutionen das Interesse an der Verfügungsgewalt über bestimmte Ergebnisse der wissenschaftlichen Arbeit und die Tatsache, finanzielle Fonds zu besitzen.

---

37 H. Reusch, Industriekurier, Düsseldorf 1966,. Nr. 143, S. 4.

38 H. Speidel, „Wissenschaft, Technik und Politik“, a. a. O., S. 3.

39 „Keine Objekte für Sozialisierung“, Der Volkswirt, Frankfurt/Main 1965. Nr. 44, S. 2434.

Eine weitere Gemeinsamkeit ist darin zu sehen, daß sie keine formelle Kompetenz gegenüber den Hochschulen haben und ihnen damit natürlich auch keine Verantwortung für die Hochschulen obliegt.

Die hier vorhandenen Mittel werden in der Regel „zweckgebunden“ eingesetzt, das heißt, mit ihrer Hilfe wird der Inhalt der Arbeit der betreffenden Institute auf die Lösung von Aufgaben gelenkt, die den Interessen der Geldgeber entsprechen. Wesentlich dabei ist, daß auf diesem Wege auch die Verwendung der Etatmittel reguliert wird, so daß die offizielle, mit diesen Etatmitteln begründete „Freiheit der Lehre und Forschung“ liquidiert wird. Das ergibt sich allein schon aus der Tatsache, daß die Forschungskapazität der Hochschulen gleichzeitig eine wesentliche Funktion im Ausbildungsprozeß wissenschaftlicher Kader spielt. Die Teilfinanzierung ermöglicht damit eine sehr wirksame Beeinflussung des jeweiligen wissenschaftlichen Instituts bezüglich seiner Arbeitsrichtung und der Verwendung der Arbeitsergebnisse.

Ein solches System, das auf der Ausnutzung des organisierten Mangels beruht, muß natürlich weitgehende Konsequenzen für das Hochschulwesen haben. In den auf das Hochschulwesen bezogenen Empfehlungen des Wissenschaftsrates wird deshalb auch darauf hingewiesen, daß die Vertragsforschung „... vermutlich ein erhebliches Ausmaß annimmt ...“. Mit großer Zurückhaltung heißt es dann warnend: „Die Vertragsforschung kann zu einer übermäßigen und unkontrollierbaren Bindung an einzelne Unternehmen führen.“[40]

Dabei bagatellisiert die vorsichtige Formulierung des Wissenschaftsrates den Tatbestand. Obwohl das Eingeständnis des unbekannten Umfangs schon ein bezeichnendes Bild auf die Verhältnisse wirft, wird bewußt verschwiegen, daß auch staatliche Organe, und zwar solche, die finanzielle Mittel und das Interesse an wissenschaftlichen Ergebnissen besitzen, aber über keine direkten hochschulpolitischen Kompetenzen Verfügungsrecht haben – zum Beispiel das Kriegsministerium –, in wachsendem Maße von diesem Instrument Gebrauch machen.

Es handelt sich hier um keine Randerscheinung, um keine Ausnahme, sondern um einen Grundzug staatsmonopolistischer Wissenschaftsorganisation. Dieser Sachverhalt wird auch durch eine sehr gründliche westdeutsche Untersuchung festgestellt. Dort heißt es mit Bezugnahme auf die Hochschulen: „Offiziell angelegt als staatlich geschützte und im Rahmen des allgemeinen Staatshaushaltes finanzierte Institution des freien öffentlichen wissenschaftlichen Lebens, werden sie zusehends umfunktioniert zu nachgeordneten Auftragnehmern oder abhängigen Ratgebern wirtschaftlicher Interessenverbände und Unternehmungen oder partieller staatlicher Ressorts.“[41]

In diesem Zusammenhang ist auch darauf zu verweisen, daß dieses System bezüglich der Aushöhlung der Länderkompetenzen gegenüber den Hochschulen eine wesentliche Rolle spielt. Die Länder stellen im Rahmen dieses Systems die Mittel der Grundfinanzierung für die wissenschaftlichen Einrichtungen bereit. Diese finanzielle Grundausstattung wird bewußt so knapp bemessen, damit eine erfolgreiche Arbeit dieser wissenschaftlichen Einrichtungen von der Erschließung zusätzlicher Finanzierungsquellen abhängig wird. Die zusätzlichen Mittel sind regelmäßig mit Auflagen verbunden. Die Folgen liegen auf der Hand.

Die Bundesorgane wie auch die privaten Monopole beeinflussen mit Hilfe zusätzlicher Mittel die Richtung der Arbeit an den Hochschulen und die Verwendung der Ergebnisse dieser Arbeit. Die Mehrquellenfinanzierung basiert auf der Ausnutzung des organisierten Mangels als Mittel einer wissenschaftspolitischen Steuerung. Dieses System ist der Hauptgrund dafür, daß der tatsächliche Einfluß der Bundesinstanzen auf die Wissenschaft weit größer ist, als das im finanziellen Anteil des Bundes an der Wissenschaftsfinanzierung zum Ausdruck kommt.

Es ist reine Demagogie, wenn die Praxis dieser Mehrquellenfinanzierung sich solcher Selbstlosigkeit ausstrahlender Begriffe bedient wie Mäzenatentum, Subventionierung, Förderung, Unterstützung.[42]

---

40 Empfehlungen des Wissenschaftsrates, Teil I, Tübingen 1960, S. 34 f.

41 W. Nitsch/U. Gerhardt/C. Offe/U. K. Preuß, Hochschule in der Demokratie, Westberlin/Neuwied 1965, S. 63.

42 C. Wolff, „Manipulierte Wissenschaft“, Die Welt, Hamburg, vom 4.12.1965.

Aber Demagogie und Täuschung gehören ebenso zum Herrschaftsinstrumentarium wie Administration und Finanzen. Die politisch-ideologischen Instrumente spielen keineswegs eine untergeordnete Rolle. Mit ihren spezifischen Mitteln wird nicht nur schlechthin der öffentlichen Meinung eine bestimmte Wissenschaftspolitik suggeriert, sondern es werden darüber hinaus auf diesem Wege ganz bestimmte wissenschaftspolitische Forderungen systematisch aufgebaut, um über die so geschaffene „öffentliche Meinung" einen Druck auf die Hochschulen auszuüben, dem sich diese nur schwer entziehen können.

Gerade dieser zuletzt genannte Aspekt kann gar nicht genug beachtet werden, will man die Taktik des Monopolkapitals richtig erfassen. Die in den monopolkapitalistischen Produktionsverhältnissen begründete Rückständigkeit des westdeutschen Hochschulwesens, noch verstärkt durch die Wirkungen der aggressiven Politik in Gegenwart und Vergangenheit, wird zur Zeit von den herrschenden Kreisen zu Argumenten einer noch stärkeren Unterwerfung des Hochschulwesens unter die Herrschaft der gleichen gesellschaftlichen Kräfte benutzt. Der mehr oder weniger stark ausgeprägte Widerstand progressiver Kräfte an den Hochschulen wird von den herrschenden Kreisen in demagogischer Weise als Widerstand gegen die „Hochschulreform" Bonner Prägung ausgedeutet. Auf diese Weise werden fortschrittliche Wissenschaftler für die Rückstände verantwortlich gemacht, während die eigentlichen Verantwortlichen dieser Rückstände sich mit dem Glorienschein „selbstloser Reformer" schmücken. Zwei Erscheinungen der wissenschaftspolitischen Praxis sind besonders geeignet, die Funktionen dieses Instruments nachzuweisen.

Die konkreten Anliegen der Monopole und des Staates an die Ausbildungsfunktion der Hochschulen machen unter anderem ihre quantitative Erweiterung erforderlich. Der dafür notwendige Mittelbedarf ist beträchtlich. Da die Bonner Politik eine Fülle anderer Ansprüche an den Staatshaushalt erhebt, wurden Untersuchungen darüber angestellt, wie die Effektivität der vorhandenen Mittel verbessert, beziehungsweise wie das Ziel, eine Vergrößerung der Ausbildungszahlen, mit geringeren Mitteln erreicht werden kann.

Neben einer Anzahl anderer Vorschläge wurde dabei auch der Weg einer Intensivierung des Studiums und – damit zusammenhängend – eine Verkürzung der Studienzeit vorgeschlagen. Auf diese Weise wäre es möglich – so etwa argumentierte man –, die Ausbildungszahlen ohne wesentliche Mittel zu erhöhen oder eine vorgesehene Vergrößerung der Ausbildungszahlen mit geringem Mitteleinsalz zu erreichen.

Diese Vorschläge wurden von Dr. Hans Dichgans, dem Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl, auf einer Veranstaltung des Gesprächskreises Wissenschaft und Wirtschaft erstmalig erhoben.[43] Sie wurden zu einer förmlichen Kampagne gegen die aus verschiedensten Motiven Bedenken hegenden Hochschullehrer entwickelt. So wurde ein Druck wirksam, der bis zur Gegenwart anhält. Diese Aktion hatte die „angenehme" Nebenwirkung. einen Hauptteil der Verantwortung für das Dilemma der Bonner Hochschulpolitik auf die Hochschulen abzuschieben und in den Augen der Öffentlichkeit die Notwendigkeit weiterer dirigistischer Eingriffe in die Hochschulen zu begründen.

Im zweiten Falle handelt es sich darum, das prinzipielle Anliegen der Monopole, die weitere Integration der Wissenschaft in den Dienst der Kriegsvorbereitung, der Bevölkerung schmackhaft zu machen. Die dabei angewandte Methode besteht darin, daß man den militärischen Mißbrauch der Wissenschaft in Gestalt steigender Aufwendungen für die Atom- und Raketenrüstung als „Förderung der Wissenschaft" deklariert. In Gestalt dieser zentral gelenkten und von allen Instrumenten der Manipulierung der öffentlichen Meinung verbreiteten demagogischen Argumentation wird heute die „Kanonen-statt-Butter-"Losung praktiziert.

Aus einer perspektivlosen, zum Scheitern verurteilten Politik wird auf diesem Wege eine angeblich auf die „Sicherung der Zukunft" zielende. Die Politik der Steuererhöhungen und der damit verbun-

[43] H. Dichgans, „Die Dauer des Ausbildung für akademische Berufe", Forschung und Wirtschaft – Partner im Fortschritt, Essen 1963, Heft 1, S. 12.

dene Konsumverzicht werden auf diese Weise in eine den Interessen der Werktätigen entsprechende Politik umgelogen. Der wachsende Einsatz des westdeutschen Potentials für die volksfeindlichen und abenteuerlichen Atom- und Raketenrüstungspläne und der damit verbundene Mißbrauch der Wissenschaft werden auf diesem Wege zu einem Sachzwang der Entwicklung der Wissenschaft umgedeutet. Bedurfte es dazu noch eines Beweises, so wurde er mit der hemmungslosen Hetze gegen den Atomwaffensperrvertrag geliefert.

Wie bereits dargestellt, wirken die vorhandenen wissenschaftspolitischen Organe und die eingesetzten Mittel nicht getrennt voneinander, sondern über ein ganzes System zum Teil aufeinander abgestimmter, zum Teil sich widersprechender kapitalistischer Maßnahmen auf die Hochschulen ein. *In diesem System des Zusammenwirkens der verschiedenen Organe, ihrer politisch-administrativen, ökonomischen und politisch-ideologischen Instrumente konstituiert sich die verschmolzene Macht der Monopole und des Staates – das Staatsmonopol – den Hochschulen gegenüber*. Diese spezifische, hochentwickelte staatsmonopolistische Form erwächst aus einer bestehenden staatsmonopolistischen Form niederen Typs.

Nach 1945 wurde mit dem Wiedererstehen des Imperialismus in Westdeutschland auch die staatsmonopolistische Organisation des Hochschulwesens restauriert, indem man unmittelbar an der in der Weimarer Republik gegebenen Organisation anknüpfte. Ihre Grundelemente waren Länderkompetenzen für die Hochschulen, Sicherung der den Mangel bewußt anstrebenden Grundfinanzierung der Hochschulen durch die Länder sowie eine geringe demokratische Lockerung, die prinzipiell nichts an dem Klasseninhalt der Ausbildungsfunktion änderte. Die Forschungskapazität diente nach wie vor den Monopolen. Sie nutzten sie in Gestalt der Ergebnisse der Grundlagenforschung, die ja erst über eine angewandte Forschung wirtschaftlich verwertbar gemacht wird. Sie nutzten über das System der Mehrquellenfinanzierung auch die Kapazitäten der angewandten Forschung als Reserve- oder Zusatzkapazität ihrer eigenen Forschung. Diese Form der Nutzung war im wesentlichen der Initiative einzelner Monopole oder sachlich beziehungsweise örtlich organisierter Gruppen von Monopolen überlassen.

Soweit bestimmte Fragen der Wissenschaftspolitik koordiniert werden mußten, bestimmte kollektive Interessen der Monopole gegenüber den Hochschulen zu formulieren und durchzusetzen waren, bedienten sich die Monopole des Stifterverbandes. Dieser wiederum wirkte entweder über die Selbstverwaltungsorganisationen, wie die Forschungsgemeinschaft, oder über die staatlichen Organe. Die Bundesregierung hielt sich, etwas vereinfacht ausgedrückt, bis Mitte der fünfziger Jahre gegenüber den Hochschulen sehr zurück. Sie sicherte lediglich über das Innenministerium den allgemeinen politischen Rahmen der Hochschulentwicklung und beteiligte sich durch einzelne Ressorts in relativ bescheidenem Maße an der Nutzung der Hochschulen über das System der Mehrquellenfinanzierung.

Das änderte sich mit Beginn der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre. Seit dieser Zeit ist ein rasches Anwachsen der Aktivität der Bonner Regierung auf dem Gebiet der Wissenschaftspolitik zu verzeichnen. Dieses Anwachsen ist, wie in einem offiziellen Dokument bekundet wird,[44] als Ausdruck der Ausrichtung der Wissenschaft auf die Ziele der Gesamtpolitik des westdeutschen Staates zu werten. Sie zeigt sich vor allem in einer wachsenden Bereitstellung finanzieller Mittel für die Wissenschaft. Das gilt in besonderem Maße für die Hochschulen, obgleich hier nach wie vor die Länder den Hauptteil der Mittel stellen. Während beispielsweise der Gesamtaufwand des Bundes für die Wissenschaft von 1956 bis 1964 auf das Zwölffache anstieg, betrug der Anstieg der direkten Bundesmittel für die Hochschulen im gleichen Zeitraum knapp das Zwanzigfache.[45] Die den Hochschulen über die Mehrquellenfinanzierung zugeflossenen Mittel sind darin nicht enthalten.

Zugleich werden immer größere Kompetenzen beim Bund akkumuliert. Immer mehr und immer umfangreichere Kompetenzen auf diesem Gebiet werden den Ländern entzogen. Soweit das formell noch nicht geschehen ist, wurde zumindest der reale Spielraum der Länder durch finanzielle und politisch-

---

44 Vgl. Bundesbericht Forschung I, a. a. O., S. 8.

45 A. a. O., S. 136.

administrative Manipulationen, wie Verwaltungsabkommen usw., erheblich eingeschränkt. Dafür sind zwei Ursachen zu nennen.

Einmal konfrontierte der offizielle Beginn der Kernforschung die Monopole und ihren Staat mit den Erfordernissen und Maßstäben dieser höher vergesellschafteten Stufe der Forschung. Sie war nicht im Rahmen der bestehenden Organisationsformen der Forschung zu bewältigen. Galt dies schon für ihre finanziellen Ausmaße, die den zentralisierten langfristigen Einsatz staatlicher Mittel erforderten, so galt dies in noch stärkerem Maße für die Konsequenz, die dieser Großforschung eigen ist: neben speziell errichteten neuen Großforschungszentren Forschungskapazitäten der Industrie, der Hochschulen und anderer staatlicher Forschungseinrichtungen in neuer, straffer Form zu kooperieren. Dabei hängt die Effektivität dieser kooperierten Großforschung von der Straffheit dieser Kooperationsbeziehungen ab.

Diese Aufgabe konnte nur von zentralen staatlichen Instanzen, also von Bundesorganen, übernommen werden.

Dem Staatsmonopol und seinem Instrumentarium geht es darum, ganz bestimmte Richtungen und Schwerpunkte der staatlichen Wissenschaftspolitik durchzusetzen. In der Wissenschaftspolitik der Bonner Regierung werden 6 solcher Schwerpunktprogramme betrieben:

– „Allgemeine Wissenschaftsförderung“;

– „Kernforschung und kerntechnische Entwicklung“;

– „Weltraumforschung“;

– „Verteidigungsforschung“;

– „Elektronische Datenverarbeitung“;

– „Studienförderung“.

Für diese Programme wurden allein von 1962 bis 1965 über 87 Prozent der insgesamt aufgewandten Mittel für die Wissenschaft verausgabt.[46] Dabei steht das Programm der offen ausgewiesenen Rüstungsforschung dem finanziellen Aufwand nach an der Spitze. Die Weltraumforschung weist das höchste Steigerungstempo in den letzten Jahren auf. Für dieses Programm wie für das der Kernforschung liegt die militärische Bedeutung klar auf der Hand. Atomwaffen und Kernwaffenträger, das sind die Ziele, die sich hinter diesen Programmen verbergen. Der finanziell gewichtige Schwerpunkt „Allgemeine Wissenschaftsförderung“ wie auch der Schwerpunkt „Studienförderung“ sind alles andere als allgemeine Wissenschaftsförderung. Sie sind in ihrer spezifischen Aufgabe nur im Zusammenhang mit den übrigen Schwerpunktprogrammen zu begreifen. Nach Bonner Angaben zielen sie darauf ab, die für die Realisierung und langfristige Sicherung der genannten Programme erforderlichen Folgemaßnahmen zu gewährleisten. Wolfgang Cartellieri hebt diesen Zusammenhang mit Nachdruck hervor, wenn er unter Bezugnahme auf diese Schwerpunktprogramme der „Allgemeinen Wissenschaftsförderung“ erklärt: „Die schwerpunktmäßige Forschung wurde also gefährdet, weil man sie nicht in Zusammenhang mit der allgemeinen Wissenschaftspflege gebracht hat.“[47]

Der Klassencharakter dieser Art Wissenschaftspolitik weist uns zugleich auf einen spezifischen Aspekt der von Bonn betriebenen Zentralisierung hin – auf ihre antidemokratischen und bürokratischen Züge. Der Klasseninhalt dieser Ziele erfordert den spezifisch antidemokratischen Charakter dieser Zentralisierung, macht die Ausschaltung potentiell antimonopolistischer Einflüsse notwendig. Diese antidemokratischen Tendenzen wirken in breitem Maße auch auf die Hochschulen und in sie hinein. Bei der „Hochschulreform“ Bonner Prägung geht es vor allem auch darum, die Hochschulstruktur in diesem Sinne auszubauen. Es sind nicht schlechthin die Erfordernisse der höheren Stufe der Vergesellschaftung der wissenschaftlichen Arbeit, die den Zentralismus notwendig machen. Der antidemo-

---

46 A. a. O., S. 178.

47 W. Cartellieri, „Akzente staatlicher Forschungsförderung“, Deutsche Universitäts-Zeitung, Bonn 1965, H. 12, S. 13.

kratische und volksfeindliche Mißbrauch der Wissenschaft prägt den sozialen Inhalt des Zentralismus und verleiht ihm seine spezifischen Züge.

Die Förderung der Wissenschaft nach Bonner Art ist gleichbedeutend mit einer Förderung des Mißbrauchs der Wissenschaft im Dienste des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems.

Diese Politik hat in folgenden Dokumenten und Materialien ihren Niederschlag gefunden:

– in den 1963 veröffentlichten Bedarfsfeststellungen der Ständigen Konferenz der Kultusminister bis 1970[48],

– in den Ende 1964 und Sommer 1967 vorgelegten Bundesberichten Forschung I und II mit umfassenden Bestandsaufnahmen und programmatischen Erklärungen zur Entwicklung der Wissenschaftsorganisation[49] und – in den verschiedenen Empfehlungen des Wissenschaftsrates sowie in der Ausarbeitung „Abiturienten und Studenten“ (1950-1980).

Der Inhalt dieser Dokumente bestätigt, daß die herrschenden Kreise im Bestreben, die Produktivkraft Wissenschaft durch Forcierung der technischen Revolution zu nutzen und die damit erschlossenen Potenzen ihrer Politik dienstbar zu machen, begriffen haben, daß dazu der Ausbau des Hochschulwesens unabdingbar geworden ist.

Daß sich unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus dies nicht im Sinne einer allen gesellschaftlichen Kräften entsprechenden optimalen Entwicklung von Wissenschaft und Technik auswirkt, muß selbst von offiziellen Stellen zugegeben werden. So zum Beispiel, wenn formuliert wird: „Wissenschaftspolitik muß in erster Linie heißen: Prioritäten für einzelne Forschungsbereiche aufstellen.“[50]

Welche Prioritäten gemeint sind, wird von Krauch umrissen, indem er kritisch feststellt: „Wie unser Wissen und Können zunimmt, darüber entscheiden Kriterien der Machtausweitung und nicht der gesellschaftlichen Wohlfahrt.[51]

Diese Prioritäten führen aber zwangsläufig nicht zu einer ausgewogenen Entwicklung der einzelnen wissenschaftlichen Bereiche, sondern zum forcierten Ausbau politisch geprägter Interessengebiete, das heißt der Vergrößerung des ökonomischen und militärischen Potentials im Sinne der Politik der Stärke und der damit untrennbar verbundenen besseren Manipulierung des Denkens und Handelns der westdeutschen Bevölkerung.

Die Schwerpunkte, die in großzügiger Weise mit finanziellen Mitteln dotiert wurden, hatten und haben nachhaltige Wirkungen auf das Hochschulwesen. Mit ihren beträchtlichen Mitteln konnten erhebliche Teile der Forschungskapazität der Hochschulen in Teilaufgaben dieser Programme einbezogen werden. Darüber hinaus boten sich auch günstige Möglichkeiten, diese Disziplinen im Rahmen der Hochschulen zu erweitern. Es konnten aber Auswirkungen auf das gesamte Hochschulwesen nicht ausbleiben. Das gilt um so mehr, weil man, wie Gerhard Hess mit Recht feststellt, „... Wissenschaftspflege nicht isoliert betreiben kann, sondern sie einordnen muß in die Pflege eines Ganzen, das von der Grundschule bis zu Universitäten und Max-Planck-Instituten reicht. Die Abzweigungen, die auf verschiedenen Stufen dieses Baues zu den beruflichen Tätigkeiten führen, zeigen darüber hinaus, wie eng verflochten und differenziert verbunden, dieses Ganze mit dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben ist.“[52]

Diese Zusammenhänge vor dem Hintergrund imperialistischer Politik und wissenschaftspolitische Notwendigkeiten, die sich zusätzlich aus der staatsmonopolistisch organisierten technischen Revolu-

---

48 Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland. Bedarfsfeststellung 1961 bis 1970 für Schulwesen, Lehrerbildung, Wissenschaft und Forschung, Kunst- und Kulturpflege. Dokumentation. Bearbeiter: Bernhard von Mutius, Stuttgart 1963.

49 Bundesbericht Forschung II, Bonn 1967.

50 Bundesbericht Forschung I, a. a. O., S. 123.

51 K. Krauch, in: R. Jungk, Der Griff nach der Zukunft, München/Wien/Basel 1964, S. 358.

52 G. Hess, Forschung und Hochschulen, Essen 1964, S. 7.

tion ergeben, veranlaßten die Bonner Regierung, immer weitere Bereiche der Wissenschaft und des Bildungswesens der zentralen Steuerung zu unterwerfen. Anders würden sich Ungleichgewichte so bedrohlichen Umfangs entwickeln, daß die wissenschaftspolitischen Hauptziele in Gestalt der Schwerpunktprogramme in Gefahr gerieten.

So kommt es zur Formierung einer schwerpunktmäßig programmierten, gesamtstaatlich abgestimmten und durch staatliche Zentralinstanzen gesteuerten staatsmonopolistischen Wissenschaftsorganisation. Dieses System wirkt immer stärker auch in das Hochschulwesen hinein.

Die Widersprüche und die objektiven Bedingungen zu ihrer Überwindung

Die Integration der Wissenschaft in das staatsmonopolistische Herrschaftsgefüge und der damit verbundene Mißbrauch der Wissenschaft zur inneren und äußeren Befestigung der Macht des Finanzkapitals hat weitgehende gesellschaftliche Konsequenzen und Wirkungen. Diese sind einmal ganz allgemein darin zu sehen, daß der aus der staatsmonopolistisch organisierten Nutzung der Wissenschaft resultierende Machtzuwachs der herrschenden Kreise objektiv alle gesellschaftlichen Widersprüche verschärft.

Die auf diesem Wege erzielte Machtsteigerung der Monopole vervielfacht den Druck, den sie auf die gesamte Gesellschaft auszuüben vermögen. Die umfassende staatsmonopolistische Nutzung der Wissenschaft befähigt das Monopolkapital, der Arbeiterklasse einen höheren Profit abzupressen. Zugleich ist diese mächtige Potenz zur Verstärkung der Ausbeutung der Arbeiterklasse praktisch ausschließlich den Monopolen vorbehalten. Der größte Teil der mittleren und kleineren Unternehmer ist, bedingt durch die Wirkungsweise dieses Systems, von den Ergebnissen der Wissenschaft ausgeschlossen beziehungsweise erhält nur Zugang, wenn er sich in Abhängigkeit von den Monopolen begibt.

Dieser Teil der Bourgeoisie gerät auch auf diesem Wege in immer tiefere Abhängigkeit von den Monopolen und wird in massenhaftem Umfang ruiniert. Die Herrschaft der Konzerne über die Wissenschaft treibt die dem Kapitalismus eigene Polarisierung der Gesellschaft in Klassen in raschem Tempo voran und vertieft extensiv und intensiv den Grundwiderspruch dieser Gesellschaft.

Die sich in der Gegenwart abzeichnende neue Stufe des Konzentrationsprozesses und die diesen charakterisierenden quantitativen und qualitativen Merkmale sind als ein drastischer Ausdruck dieser Entwicklung zu werten. Selbst maßgebliche Vertreter der herrschenden Kreise sehen sich in diesem Zusammenhang gezwungen, die Notwendigkeit verstärkter Forschung als eine der Hauptursachen dieser Entwicklung anzuführen.[53] Damit bestätigen sie, wenn auch ungewollt, daß die westdeutsche Wissenschaftspolitik auf eine Machtausweitung der Monopole abzielt.

Die hierin zum Ausdruck kommende neue Rolle der Wissenschaft und ihr Mißbrauch für die Profitinteressen der Monopole verschärft neben den inneren Klassenantagonismen zugleich auch den Kampf zwischen den Monopolgruppen verschiedener Länder um die Absatzmärkte. Die Forschungsaktivität spielt im Rahmen dieser Auseinandersetzungen eine immer bedeutsamere Rolle. Gerade die gegenwärtig zu verzeichnenden Anstrengungen auf dem Gebiete der Elektronik, der Luft- und Weltraumforschung und die diesbezüglich von Strauß[54] geäußerten und praktizierten Auffassungen und Ziele lassen deutlich erkennen, daß die staatsmonopolistische Beherrschung der Wissenschaft die potentiell völkerverbindende Funktion der Wissenschaft immer mehr in ein Instrument monopolistischen Machtkampfes um die Beherrschung der Märkte ummünzt.

Die gegenwärtig zwischen den Euratom-Mächten aufgebrochenen Widersprüche, die die Verständigung über ein neues Forschungsprogramm unmöglich machten,[55] lassen ebenfalls deutlich erkennen, daß solche supranationalen staatsmonopolistischen Gebilde auch auf dem Gebiete der Wissenschaft

---

53 H. Mundorf, „Ein neues Konzentrationsgefühl“, Industriekurier, Düsseldorf, vom 28.12.1966, S. 1.

54 Vgl. F. J. Strauß, „Gegen die Zukunftsdrohung eine Zukunftsmusik“, Der Spiegel, Hamburg 1967, Heft 1/2, S. 20 ff.

55 Vgl. „Mit dem Provisorium leben“, Der Volkswirt, Frankfurt/Maiß 1964, Nr. 49, S. 2556.

beständig dem Konflikt zwischen den gemeinsamen Klasseninteressen der beteiligten Monopole und den zwischen ihnen nach wie vor bestehenden Gegensätzen ausgeliefert sind.

Die aus einer abenteuerlichen und gefährlichen Politik für die Wissenschaft abgeleiteten Ziele und der bereits erreichte Stand ihrer Realisierung demonstrieren das ganze Ausmaß der Gefahr, die der monopolistische Mißbrauch der Wissenschaft auf die westdeutsche Bevölkerung und darüber hinaus für alle übrigen Völker heraufbeschwört. Diese aggressive und abenteuerliche Bedrohung des Friedens muß das herrschende Bonner System zwangsläufig in einen immer tieferen Widerspruch zum eigenen Volk und allen friedliebenden Menschen bringen.

Die Zuspitzung dieser Widersprüche steckt den allgemeinen gesellschaftlichen Rahmen der Entwicklung der Wissenschaft im staatsmonopolistischen Kapitalismus ab. Damit rückt die Wissenschaft immer mehr in das Zentrum des Ringens der Klassenkräfte, sie erhält objektiv immer größere Bedeutung im Kampf um die Macht. Das muß zwangsläufig auch die letzten Illusionen einer unpolitischen Wissenschaft hinwegfegen und entsprechende wissenschaftspolitische Aktivitäten der westdeutschen Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten im allgemeinen Ringen um die Zurückdrängung und letztlich die Brechung der Macht der Monopole auslösen.

Darüber hinaus werden, bedingt durch die qualitativ neue gesellschaftliche Rolle der Wissenschaft und die staatsmonopolistischen Formen ihrer Realisierung in Westdeutschland, die entscheidenden Widersprüche dieser Ordnung auch in direkter Weise in der gesellschaftlichen Organisation der Wissenschaft wirksam. Der Prozeß der Verschmelzung der Macht der Monopole und der Macht des Staates und die dieser Potenz entspringenden spezifischen Formen der Unterordnung der Wissenschaft in all ihren Existenzweisen unter die Herrschaft dieses Systems läßt die Wirksamkeit der diesem System immanenten Widersprüche auch im Bereich der Wissenschaft immer deutlicher hervortreten. Daran vermag auch die Tatsache nichts zu ändern, daß dieser Prozeß noch keineswegs abgeschlossen ist. Er ist seinem Wesen nach als Tendenz zu verstehen. Er verwirklicht sich wie alle derartigen Gesetzmäßigkeiten über zahllose Abweichungen und Zwischenstadien, er wird gehemmt durch traditionelle Formen und Ausnahmen. Er erfaßt auch die einzelnen Sphären der wissenschaftlichen Tätigkeit in unterschiedlicher Intensität und in speziellen Formen. In den Konzernforschungseinrichtungen ist er stärker ausgeprägt als in den Hochschulen. Alle diese Aspekte müssen beachtet werden, vermögen jedoch das Eindringen der Widersprüche als Resultat objektiver Prozesse nicht aufzuhalten.

Deutlicher Reflex der damit einhergehenden Veränderungen ist die Tatsache, daß die herrschenden Kreise selbst ihre bisherige Praxis, den Wissenschaftlern eine unpolitische Haltung zu suggerieren, fallen lassen und immer mehr gezwungen sind, diesen offen ihre Ziele – wenn auch notdürftig als „allgemeine gesellschaftliche Interessen“ verhüllt –, aber eben als gesellschaftliche Ziele einzureden. Das zwingt die Wissenschaftler, ihre gesellschaftliche, ihre politische Verantwortung als Wissenschaftler zu durchdenken. Sie werden tagtäglich mit dieser Fragestellung konfrontiert und können diesen Fragen nicht mehr ausweichen. Dieser Umstand und der in diesem Zusammenhang zwangsläufig immer offener hervortretende Gegensatz zwischen Wissenschaftlern und Monopolen erleichtert vielen Wissenschaftlern, ihre gesellschaftliche Verantwortung zu erkennen und sich in den Kampf aller demokratischen und friedliebenden Kräfte des Volkes für die Zurückdrängung und Überwindung der Macht der Monopole einzuordnen.

Dabei soll keineswegs der Einfluß der bürgerlichen Ideologie auf große Teile der westdeutschen Wissenschaftler und die Wirksamkeit der raffinierten Methoden der Ausnutzung dieses Sachverhaltes durch die herrschenden Kreise bagatellisiert werden. Der Einfluß wohlverstandener eigener Interessen der Wissenschaftler und das Vorhandensein des sozialistischen Weltsystems mit seiner dem Volke dienenden Wissenschaft sind jedoch in letzter Instanz stärker als alle Manipulierungsversuche. Hierauf basiert letztlich auch ein wesentlicher Teil des Widerstandes, den die Wissenschaftler der Formierung entgegensetzen. Dieser Widerstand spielt keineswegs eine untergeordnete Rolle. Laut Stoltenberg ist sogar „die Spannung zwischen den Koordinationserfordernissen der Wissenschaftspo-

litik und den Wünschen nach wissenschaftlicher Autonomie ... zu einem zentralen Problem unserer Wissenschaftspolitik geworden“[56].

Die Integration der Hochschulen in das staatsmonopolistische Herrschaftssystem läßt die objektiven Widersprüche dieser Ordnung in den Hochschulen immer stärker zur Wirksamkeit gelangen. Damit werden die Interessen der Mehrheit der Wissenschaftler auch noch in einer anderen Weise betroffen. Die modernen Entwicklungsbedingungen der Wissenschaft erfordern eine Konzentration auf Schwerpunkte. Die Schwerpunkte werden jedoch durch monopolistische Ziele bestimmt. Die in Westdeutschland der Wissenschaft aufgezwungenen Schwerpunkte bedeuten eine Vergeudung des vorhandenen wissenschaftlichen Potentials, der schöpferischen Fähigkeiten der Wissenschaftler wie der materiellen Mittel für parasitäre, destruktive Ziele. Eine solche Schwerpunktbildung bringt bedrohliche Ungleichgewichte in das Gesamtsystem der Wissenschaft und gefährdet letztlich ihre Weiterentwicklung. Die so verursachte antagonistische Deformierung der Entwicklung der Wissenschaften muß ebenfalls den wachsenden Widerspruch der Wissenschaftler hervorrufen.

Der entscheidende und langfristig bestimmende Widerspruch, der mit der staatsmonopolistischen Organisation immer nachhaltiger das Denken und Handeln der Wissenschaftler bestimmen wird, ergibt sich jedoch aus der Wandlung der sozialökonomischen Stellung der Wissenschaftler. Die Funktion der zur unmittelbaren Produktivkraft gewordenen Wissenschaft im Reproduktionsprozeß des Kapitals sowie die Wandlungen, die sich im Arbeitsprozeß der Wissenschaftler selbst vollzogen haben und ständig noch vollziehen, bewirken das Eindringen industrieller Arbeitsformen in die wissenschaftlichen Einrichtungen.

Im Gefolge dieses Prozesses der Vergesellschaftung der wissenschaftlichen Arbeit wird nicht nur eine neue Beziehung zwischen Wissenschaft und Produktion hervorgebracht, sondern zugleich die in der Vergangenheit vorherrschende individuelle Arbeitsweise der Wissenschaftler abgelöst durch arbeitsteilig wirkende Gruppen unterschiedlicher Größe und Struktur. Erreichen diese arbeitsteiligen Gruppen an den Hochschulen auch nicht immer die in der Konzernforschung üblichen Größenordnungen – von den wissenschaftlichen Großbetrieben der Atom- und Weltraumforschung ganz abgesehen –, so ist doch der Trend zur weitergehenden Arbeitsteilung auch an den Hochschulen klar erkennbar.

In unmittelbarem Zusammenhang mit dieser Entwicklung sind Umfang und Kompliziertheit der materiellen Ausrüstungen je Arbeitsplatz eines Wissenschaftlers in raschem Tempo angewachsen. Diese Ausdehnung der notwendigen materiellen Ausstattung der Wissenschaftler zwingt der Arbeitsweise in den wissenschaftlichen Einrichtungen einen bestimmten Rhythmus auf.

Alles in allem läuft diese mit der staatsmonopolistisch organisierten Produktivkraft Wissenschaft verbundene innere Entwicklung der wissenschaftlichen Arbeit darauf hinaus, in ihr immer stärker industrielle Arbeitsformen auszuprägen. Die Arbeit eines unter solchen Bedingungen tätigen Forschers unterscheidet sich grundsätzlich von der traditionellen Art zu forschen. Die Veränderung der sozialökonomischen Stellung der Wissenschaftler entspringt hier unmittelbar dem gewandelten Arbeitsprozeß. Diese innere Wandlung des Charakters der wissenschaftlichen Arbeit vollzieht sich gleichlaufend mit der Ausbildung staatsmonopolistischer Formen der Unterordnung der Wissenschaft unter die kapitalistischen Profitinteressen.

Die Wissenschaft als soziale Institution ist von diesen Verhältnissen abhängig. Um den Wandel der sozialökonomischen Stellung der Wissenschaftler richtig zu erfassen, ist es notwendig, die spezifischen Wirkungen dieser gesellschaftlichen Verhältnisse auf den inneren Prozeß der Entwicklung der Wissenschaft zu bestimmen. Das führt zum zweiten bedeutsamen Faktor, der letztlich für den konkreten Inhalt der sozialökonomischen Stellung der Wissenschaftler maßgebend ist:

Mit der neuen objektiven Funktion der Wissenschaft wird sie mehr und mehr zu einer unerläßlichen Bedingung der Kapitalverwertung. Das gilt einmal in unmittelbarer Beziehung für die Verwertung

[56] G. Stoltenberg, „Nur eine freie Forschung kann die Zukunft mitgestalten“, Hochschuldienst, Bonn 1967, Nr. 12, S. 4.

des Einzelkapitals, zum anderen jedoch gleichermaßen auch mittelbar im Sinne der Erhaltung der Ausbeuterordnung als Ganzes und der dadurch geprägten wissenschaftspolitischen Aktivitäten. Das Staatsmonopol ist nun gegenwärtig die charakteristische Form, mit der die Wissenschaft in den Dienst dieser ökonomischen und politischen Ziele integriert wird. Mit dieser Entwicklungsform des Ausbeutungsverhältnisses werden die Wissenschaftler in neuer Weise fest dem System der kapitalistischen Ausbeutung unterworfen. Dieser Prozeß verwirklicht sich dergestalt, daß die Arbeit auch an den Hochschulen immer umfangreichere Produktionsmittel erfordert und die Bereitstellung dieser Produktionsmittel in immer stärkerem Grade den Charakter eines staatsmonopolistischen Kapitalvorschusses annimmt. Der Inhalt der Arbeit der Wissenschaftler, die Aufgabenstellung wird von den Interessen der Kapitalgeber diktiert, die sich auch die Ergebnisse der schöpferischen Arbeit der Wissenschaftler aneignen. Die in demagogischer Weise als Hochschulreform ausgegebenen Bestrebungen zur rationelleren Gestaltung des Wissenschaftsbetriebes an den Hochschulen sind nichts anderes als zielstrebige Versuche einer Ökonomisierung dieses Kapitalvorschusses. In diesen Bestrebungen wird der systematische Versuch sichtbar, die despotischen Leitungsprinzipien des kapitalistischen Ausbeutungsprozesses völlig in die Hochschulen hineinzutragen. Die Wissenschaftler werden damit in wachsendem Maße den Gesetzen der kapitalistischen Ausbeutung unterworfen. Sie sind im Prinzip genauso wie die Lohnarbeitet gezwungen, ihre Arbeitskraft an die kapitalistischen beziehungsweise staatsmonopolistischen Eigentümer der Produktionsmittel zu verkaufen.

Die zweifellos noch bestehenden Unterschiede zwischen der Ausbeutung in der materiellen Produktion im engeren Sinne und der Ausbeutung wissenschaftlicher Tätigkeit sind einerseits auf die nach wie vor bestehenden Besonderheiten der wissenschaftlichen Arbeit als einer hochqualifizierten schöpferischen Arbeit und andererseits auf die Zählebigkeit überholter Formen und Institutionen zurückzuführen. Selbstverständlich sind diese Besonderheiten an den Hochschulen durch die dort bestehende Verbindung von Lehre und Forschung im Unterschied etwa zu Konzernforschungseinrichtungen außergewöhnlich stark.

Abgesehen von den spezifischen Zügen, die der Eigenart hochqualifizierter schöpferischer Arbeit entspringen, werden diese Besonderheiten im Prozeß der weiteren Entwicklung verschwinden. Die sozialökonomische Stellung der Intelligenz wird damit der der Arbeiterklasse immer ähnlicher.[57] Das gilt um so mehr, als auch innerhalb der Arbeiterklasse die hochqualifizierte schöpferische Tätigkeit immer stärkeres Gewicht erhält.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch eine sehr interessante westdeutsche Untersuchung der sozialökonomischen Stellung der Wissenschaftler an den Hochschulen. In ihr heißt es: „Das gesellschaftliche Produktions- und Tauschsystem tritt der Wissenschaft längst nicht mehr als freier Markt gegenüber ..., sondern es wird von einer ständig wachsenden, nationale Grenzen sprengenden Kapitalkonzentration und einer oligopolistischen Aufteilung und Verplanung der Märkte gekennzeichnet, einer ökonomischen Machtkonzentration, die in ihrem eigenen Dienste und Interesse ein weitreichendes staatliches Interventions- und Leistungssystem nach sich zieht.“[58]

Dieser Prozeß bildet die objektive Grundlage für ein enges Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der Intelligenz. Die geschichtlichen Erfahrungen lehren, daß dieses Bündnis unter der führenden Rolle der Arbeiterklasse verwirklicht werden muß. Nur die Arbeiterklasse ist von ihrer gesellschaftlichen Rolle her fähig und willens, die antiimperialistische Bewegung erfolgreich zu führen und eine schrittweise Zurückdrängung der Macht der Monopole und letztlich eine Überwindung dieser Macht zu verwirklichen.

Es ist ein folgerichtiger Ausdruck dieser Entwicklung, wenn in Westdeutschland deutlich erkennbare Ansätze eines solchen Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz immer klarer hervortreten.

---

57 Vgl. H. P. Bahrdt, „Der Status des Wissenschaftlers in der modernen Gesellschaft“, Atomzeitalter, Frankfurt/Main 1966, Heft 10, S. 292.

58 W. Nitsch/U. Gerhardt/C. Offe/U. K. Preuß, Hochschule in der Demokratie, a. a. O., S. 62.

Die Aufrufe, mit der sich Wissenschaftler, in Erkenntnis ihrer gesellschaftlichen Verantwortung, im Kampf gegen die Notstandsgesetze an die Gewerkschaften wenden, die Ausbildung gewerkschaftsähnlicher Organisationen an staatlichen Forschungseinrichtungen und ähnliche Erscheinungen reflektieren diese Ansätze. In jüngster Zeit zu diesen Problemen erschienene Publikationen[59] und Veranstaltungen bringen zum Ausdruck, daß sich eine wachsende Zahl von Wissenschaftlern immer mehr ihrer veränderten Lage bewußt wird. Sie sind bemüht, nach Wegen zu suchen, die ihnen am erfolgreichsten gestatten, ihre aus dem neuen sozialökonomischen Status resultierenden Interessen durchzusetzen. Das feste Bündnis mit der Arbeiterklasse und unter Führung der Arbeiterklasse ist die einzig mögliche reale Perspektive.

[59] Vgl. E. Kogon, „Gewerkschaften und Wissenschaft", Atomzeitalter, Frankfurt/Main 1966, Heft 4/5, S. 109.

3. Kapitel: Die weltanschaulich-ideologische Funktion der Universitäten und Hochschulen im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus

Die gesellschaftliche Funktion der Hohen Schulen wird von westdeutschen Intellektuellen und Bildungspolitikern oft genug auf die moderne „Industriegesellschaft“ schlechthin zurückgeführt. So skizziert der Politologe Heinrich Schneider die Aufgaben der Hochschulen mit den Worten: „Erstens hat die moderne Gesellschaft einen ungeheueren Ausbildungsbedarf; zweitens nimmt das gesellschaftliche Interesse an wissenschaftlicher Forschung fortschreitend zu; drittens wird der moderne wissenschaftliche – genau gesagt der szientistische und technologische – Denkstil maßgebend für das gesellschaftliche Selbstverständnis und das politische Handlungsbewußtsein überhaupt.“[1]

Universitäten und Hochschulen erziehen in keinem gesellschaftlichen Vakuum. Nicht außer oder über den Gesellschaftsordnungen stehende beziehungsweise klassenindifferente Gegebenheiten bestimmen Funktion und Aufgabe des Bildungs- und Erziehungssystems. Vielmehr ist festzuhalten: Der Ausbildungsbedarf an akademischen Kräften tritt in Westdeutschland unter den Bedingungen der Herrschaft des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Erscheinung. Im Zeichen der wissenschaftlich-technischen Revolution sind es vor allem die großen Konzernbetriebe, die einen erheblichen Bedarf an Nachwuchswissenschaftlern und technischen Führungskräften haben. Die Monopole, aber auch Bundeswehr, Staatsbürokratismus und – heute mehr denn je – die zur Massenmanipulation eingesetzten Medien benötigen Akademiker, die zum Beispiel als Volkswirtschaftler, Lehrer, Juristen, Psychologen, Politologen, Historiker, Philosophen und Theologen, die herrschende bürgerliche Ideologie akzeptieren, entwickeln und praktizieren. Dabei bestätigt sich die Erkenntnis des Marxismus-Leninismus: „Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d. h. die Klasse, welche die herrschende *materielle* Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende *geistige* Macht.“[2]

Für die staatsmonopolistischen Formierungsprozesse an den westdeutschen Hochschulen ist gegenwärtig kennzeichnend, daß neben den an anderer Stelle bereits behandelten ökonomischen Zwang immer mehr der unmittelbare politische und ideologische Dirigismus tritt. Er soll für jenes innere Gefüge der Universitäten und Hochschulen sorgen, das sie auch weltanschaulich-ideologisch vollständig zu funktionellen Institutionen des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems degradiert. Beispielsweise wirft die Bonner Ministerialbürokratie den westdeutschen Gelehrten und Studierenden vor, Hochschulen und Wissenschaft würden sich nur sehr schwer daran gewöhnen, „daß sie heute ein Politikum sind ...“[3]. Unverhüllt wird bereits gefordert, „man“ müsse sich daran gewöhnen, daß Lehr- und Lernfreiheit „nicht von der verfassungsrechtlichen Garantie des Artikel 5, Absatz 3 des GG ...“ erfaßt würden, welcher die Freiheit von Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre festlegt.[4]

Diese Forderung nach verstärktem staatlichem Dirigismus nicht nur auf dem ökonomischen, sondern auch auf politisch-ideologischem Gebiet richtet sich eindeutig gegen die noch grundgesetzlich garantierten bürgerlich-demokratischen Freiheiten im Bildungsbereich. Angekündigt wird damit, daß die drohende Notstandsgesetzgebung praktisch auch auf Wissenschaft und Hochschulen, auf Wissenschaftler und Studenten übertragen werden soll. Die politisch-ideologischen Voraussetzungen einer noch festeren Einordnung des westdeutschen Hochschulwesens in das staatsmonopolistische Herrschaftssystem und seine vollständige Unterordnung unter die Bonner Expansionspolitik sollen geschaffen werden. Für die herrschende Monopolbourgeoisie ist das angesichts der stürmischen Entwicklung des Hochschulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik und in den anderen sozialistischen Ländern sowie angesichts der Bedeutung, die heute Wissenschaften und Hochschulen in der Klassenauseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus haben, zu einem unaufschiebbaren Problem geworden. Ohne die Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution

---

1 H. Schneider, „Hochschule und Gesellschaft“, Das Parlament, Beilage zur Wochenzeitung „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Bonn, vom 9.2.1966.

2 K. Marx/F. Engels, Werke, Bd. 3, Berlin 1959, S. 46.

3 P. Menke-Glückert, Strukturprobleme unserer wissenschaftlichen Hochschulen, Köln/Opladen 1965, S. 31.

4 A. a. O., S. 31.

und die langfristige ideologische Ausrichtung der Arbeiterklasse und der Intelligenz auf das kapitalistische Gesellschaftssystem kann die Monopolbourgeoisie ihre Macht nicht aufrechterhalten. Wie auf anderen Gebieten suchen die Monopole auch hinsichtlich des geistigen Lebens an den westdeutschen Universitäten und Hochschulen einen Ausweg im staatsmonopolistischen Dirigismus. Mit Hilfe der staatsmonopolistischen Herrschaftsmethoden versuchen sie, neue Kräfte gegen die Ideen des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus zu formieren. Universitäten und Hochschulen sollen allseitiger „außengeleitet" und als wichtige Instrumente zur politisch-ideologischen Manipulation der westdeutschen Werktätigen abgerichtet werden.

Die weltanschaulich-ideologische Funktion der Universitäten und Hochschulen im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist mindestens unter folgenden Aspekten zu betrachten:

Erstens wirken Faktoren wie ökonomischer, staatlich-politischer und ideologischer Zwang, die politische Zusammensetzung des Lehrkörpers, die soziale Struktur und die Berufserwartungen der Studenten. Sie pressen das geistig-politische Leben der Universitäten und Hochschulen in die Bahn des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Insofern sind die Hochschulen Konsumenten einer Ideologie, deren Entwicklung, Zielsetzung und Charakter den ökonomischen, politischen und militärischen Interessen der Bonner Machthaber entspricht.

Zweitens wirken die Hochschulen über ihre Absolventen – durch deren geistiges Profil und politische Haltung – auf die gesellschaftlichen Beziehungen und das kulturell-geistige Leben in Westdeutschland ein.

Drittens sind die Hochschulen Stätten der Ideen- und Ideologieproduktion für das herrschende System. Sie strahlen über die vielfältigsten Massenkommunikationsmittel bis hin zu populärwissenschaftlichen Darstellungen auf die kulturell-geistige Gesamtentwicklung in Westdeutschland aus.

Viertens ist das geistige Leben an den Hochschulen ein Faktor der Außenpolitik des Bonner Staates.

Dabei kann die weltanschaulich-ideologische Funktion der westdeutschen Universitäten nicht allein durch eine bloße Zustandsschilderung der politisch-ideologischen Haltung des Lehrkörpers und der Studierenden erfaßt werden, obwohl manche Meinungsumfragen bereits wichtige Schlüsse zulassen. Die geistige Entwicklung der Hochschulen ist untrennbar mit den ideologischen Prozessen jenseits ihrer Mauern verbunden. Es gibt keine vom ideologischen Klassenkampf in Westdeutschland isolierte westdeutsche Hochschule. Die Ideologie des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems ist auch die herrschende Ideologie an den Universitäten und Hochschulen Westdeutschlands. In diesem Sinne muß die Untersuchung der ideologisch-weltanschaulichen Funktion der westdeutschen Hochschule stets vom Gesamtprozeß der Ideologieentwicklung in Westdeutschland ausgehen und sich bemühen, die hochschulpolitisch besonders relevanten Tendenzen zu erfassen. Die in Westdeutschland herrschende Ideologie aber ist ein Konzentrat historisch überholten reaktionären Denkens. Der imperialistische „Zeitgeist" ist der Ungeist eines absterbenden gesellschaftlichen Systems.

Der Geist unserer Epoche und die Ideologie in Westdeutschland

Das sozialistische Hochschulwesen in der Deutschen Demokratischen Republik bedeutet für die Universitäten und Hochschulen in Westdeutschland im Prinzip die gleiche Konfrontation mit dem historisch Notwendigen wie die Existenz eines sozialistischen deutschen Staates für die Gesellschaft des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Das sozialistische Hochschulwesen als Bestandteil des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems verkörpert eine harmonische Verbindung zwischen den Erfordernissen des gesellschaftlichen Fortschritts, der wissenschaftlich-technischen Revolution, der Entwicklungsgesetze der modernen Wissenschaft und den humanistischen nationalen Traditionen.

Lehre, Forschung und Erziehung an den Universitäten und Hochschulen der DDR entwickeln sich kontinuierlich auf der Basis einer wissenschaftlich begründeten Gesellschaftsprognose. Es werden Persönlichkeiten ausgebildet und erzogen, die als bewußte Gestalter der freien sozialistischen Menschengemeinschaft Subjekt der gesellschaftlichen Prozesse sind. Das Bildungsziel des sozialistischen Humanismus wurde mit der Überwindung des Klassenantagonismus realisierbar. Im Sozialismus

wird erstmals in der Geschichte eine Identität der Interessen der Gesellschaft und der einzelnen Werktätigen Wirklichkeit. Alle Erkenntnisschranken ausbeutender Klassen sind niedergerissen. Der Marxismus-Leninismus ist die wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse und zugleich das theoretisch-methodologische Fundament für die Entwicklung der Wissenschaften im Dienste des werktätigen Menschen. Er ist eine wissenschaftliche Ideologie, der Geist unserer Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Die Deutsche Demokratische Republik ist ein untrennbarer Teil des sozialistischen Weltsystems. Im sozialistischen deutschen Staat ist der moderne Zeitgeist zur herrschenden Weltanschauung geworden.

An den Universitäten und Hochschulen der DDR herrschen die Ideen des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus. Auf der Grundlage des Bündnisses der führenden Arbeiterklasse mit der Klasse der Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und den anderen werktätigen Schichten wirken die Volksuniversitäten mit an der Schaffung der gebildeten sozialistischen Nation. Die Wissenschaftler und Studenten der DDR erkannten, daß die deutsche Nation nur durch hohe Qualität ihrer Arbeit, durch Entwicklung der Wissenschaften, durch Pflege der fortschrittlichen Kultur und durch freundschaftliche Beziehungen zu allen Völkern Ansehen in der Welt erringen kann. Diese Erkenntnis ist nicht nur die Schlußfolgerung aus den beiden imperialistischen Weltkriegen, die von Deutschland ausgingen und die es in tiefe nationale Katastrophen führten. Sie beruht zugleich auf der Einsicht, daß dem Sozialismus die Zukunft gehört. In der DDR wurde bewiesen, daß das höhere Bildungswesen nur in einem friedliebenden, demokratischen und fortschrittlichen Staat eine gesicherte Zukunft hat. Lehre, Forschung und Erziehung an den Universitäten und Hochschulen in der DDR sind auf diese Weise untrennbar mit dem politischen Anliegen der souveränen sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik und dem Prozeß der Vollendung des sozialistischen Gesellschaftssystems verbunden. Dieser Staat ist daher auch der rechtmäßige Sachwalter des Erbes jener Wissenschaftler und Studenten in der Geschichte des deutschen Volkes, die nicht nur durch ihre wissenschaftliche Arbeit, sondern auch durch ihr politisches Wirken ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden suchten. Von Philipp Melanchthon und Martin Luther über Wilhelm von Humboldt, Friedrich Schiller und Georg Wilhelm Friedrich Hegel zu den Burschenschaftern von 1817, den Wissenschaftlern und Studenten von 1848 über Albert Einstein und andere vom Faschismus verfolgte deutsche Gelehrte spannt sich der Bogen bis in die sozialistische Gegenwart, die das große humanistische Anliegen vergangener Generationen wahrt und vollendet. Unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei schufen die Wissenschaftler und Studenten der Deutschen Demokratischen Republik das Beispiel für ganz Deutschland. Sie beweisen stets erneut, daß im Sozialismus die Übereinstimmung von Gesellschaft und Wissenschaft, von Staat und Universität, von Wissenschaft und Ideologie, von Ausbildung und Persönlichkeitsbildung Wirklichkeit wird.

Die Universitäten und Hochschulen Westdeutschlands wirken als integrierte und integrierende Bestandteile des staatsmonopolistischen Kapitalismus objektiv gegen den gesellschaftlichen Fortschritt. Diese grundsätzliche Feststellung vermögen auch die zahlreichen Einzelbeispiele persönlichen Mutes, politischer Verantwortung und humanistischen Wollens ganzer Gruppen von Professoren und Studenten nicht zu entkräften. Entscheidend für eine objektivierte Einschätzung der Funktion der westdeutschen Universitäten ist die herrschende, die bestimmende Tendenz.

Entgegen den demokratischen Kräften der Hochschulintelligenz, die trotz persönlicher Diffamierungen ihre Stimme für Fortschritt und Frieden erheben, bewirkt die staatsmonopolistische Formierung des Hochschulwesens eine zunehmend reaktionäre ideologische Gleichschaltung. Die herrschenden Lehren und die tonangebenden Hochschullehrer rechtfertigen die gefährliche Bonner Politik, verbreiten den Antikommunismus und verteidigen die Notstandsgesetze. Nicht wenige Professoren und Studenten, Angehörige des akademischen Mittelbaus und Studenten schweigen noch. Sie lassen sich materiell und ideologisch an das staatsmonopolistische Herrschaftssystem binden, akzeptieren die herrschende Ideologie und werden selbst zu einem Objekt staatsmonopolistischer Manipulierung.

Die ideologische Formierung des Universitätswesens in Westdeutschland muß zwangsläufig zu einer Zuspitzung der Konflikte im geistigen Leben führen. Der Ausbau der ideologischen Funktionen der Universitäten im Interesse der staatsmonopolistischen Herrschaft widerspricht dem humanistischen

Anliegen der Wissenschaft, dem Ethos und dem Gewissen ehrlicher Wissenschaftler. Der Versuch, wissenschaftliche Wahrheitsfindung und imperialistische Ideologie miteinander zu vereinbaren, gleicht dem Unterfangen, die Quadratur des Kreises bewerkstelligen zu wollen. Die Krise der bürgerlichen Ideologie als Ausdruck der allgemeinen Krise des Kapitalismus hat ihre Ursache darin, daß die ideologischen Zielsetzungen der Bourgeoisie gegen den gesellschaftlichen Fortschritt gerichtet sind, eine absterbende Gesellschaftsordnung verteidigen sowie eine gefährliche Politik begründen sollen und als Waffe gegen die modernste, unserer Epoche gemäße Gesellschaftswissenschaft eingesetzt werden. Diese Krise im westdeutschen Bildungswesen findet vor allem in folgendem konkreten Ausdruck:

Einerseits sieht sich der staatsmonopolistische Kapitalismus im Interesse seines Macht- und Profitstrebens gezwungen, Wissenschaft und Bildungswesen zu fördern. Andererseits ist dieses System keineswegs bildungsfreundlich, sondern bindet die Entfaltung des geistigen Potentials der westdeutschen Bevölkerung an ihm genehme Gleise. Darauf wurde oft namentlich von westdeutschen Gewerkschaftern hingewiesen.[5]

Naturwissenschaftler, Techniker, Mediziner und andere Wissenschaftler werden durch die atemberaubende Entwicklung der Wissenschaften an Bereiche herangeführt, die unter imperialistischen Bedingungen das Leben vieler Millionen Menschen bedrohen. Das erwachende Gewissen der Wissenschaftler, ihr von hohem Ethos getragenes Verantwortungsbewußtsein soll mit ideologischen Mitteln betäubt und paralysiert werden.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus sieht sich zur Aufrechterhaltung seiner Macht gezwungen, Strukturen gesellschaftlicher Prozesse mit wissenschaftlichen Mitteln und Methoden untersuchen zu lassen, um Teilprozesse beherrschen und der staatsmonopolistischen Lenkung unterwerfen zu können. Gleichzeitig aber fürchten die restaurativen Kräfte nichts mehr als ein wissenschaftliches Bewußtwerden der gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze unter der Bevölkerung. Der Grundwiderspruch des modernen Kapitalismus und die wichtigsten seiner Ausdrucksformen müssen für die westdeutschen Werktätigen und die Angehörigen der wissenschaftlichen Intelligenz als Tabus bestehen bleiben.

Der westdeutsche Imperialismus benötigt für seinen perspektivlosen Kampf gegen den Sozialismus ein scheinwissenschaftliches Instrumentarium. Er versucht, Barrieren gegen den wissenschaftlichen Sozialismus, die höchste wissenschaftliche Errungenschaft der Menschheit, zu errichten und der Verbreitung der Ideen des Marxismus-Leninismus entgegenzuwirken. Er kann sich dabei nicht auf eine reine Antiideologie beschränken, sondern muß bemüht sein, ein scheinbar positives Gesellschaftsbild zu entwerfen. Das ist in einer untergehenden Gesellschaftsordnung ein unmögliches Unterfangen.

Zur ideologischen Formierung der westdeutschen Bevölkerung im imperialistischen Sinne und zur geistigen Überdeckung der genannten Widersprüche wird die Herausbildung eines angeblich „gesamtgesellschaftlichen Bewußtseins“ angestrebt. Damit soll die Illusion einer Gemeinsamkeit der Interessen von Monopolbourgeoisie und Werktätigen erzeugt werden. Solange der Imperialismus bestehenbleibt, kann es jedoch weder gesamtgesellschaftliche Interessen noch gesamtgesellschaftliches Bewußtsein geben, die das Monopolkapital und die Mehrheit des Volkes im Denken, Empfinden und Wollen zu einigen vermögen. Die engen Klasseninteressen der Monopolbourgeoisie und die Ideologie dieser Klasse sind es, die das „gesamtgesellschaftliche Bewußtsein“ tragen sollen. Die antikommunistische und revanchistische Bonner Staatsdoktrin soll zur ideologischen Fessel werden, die die westdeutschen Bürger an das imperialistische System bindet. Dabei sind die herrschenden Kreise Westdeutschlands durchaus darauf bedacht, an die vielfältigsten bürgerlichen weltanschaulich-ideologischen Strömungen anzuknüpfen und sozusagen auf vielen Klavieren zu spielen. Die Vielfalt der Richtungen und Tendenzen in der ideologischen Manipulation ist jedoch nur ein Ausdruck der Klassenwidersprüche und ein Mittel, bestimmte Bevölkerungsschichten, darunter die Intelligenz, differenziert anzusprechen.

Trotz der Veränderungen in ihrer sozialökonomischen Stellung ist der größte Teil der Hochschulintelligenz durch Herkunft, Erziehung und soziale Bindung mit dem herrschenden imperialistischen

---

5 H. Rehan, „Arbeitszelt und Produktivität“, Gewerkschaftliche Monatshefte, Köln 1963, Heft 10, S. 602.

Gesellschaftssystem verbunden. Bei grundsätzlicher Bejahung einer kapitalistischen Ordnung ist ihr geistiger Standort recht unterschiedlich. Sie schwört auf die Wahrung einer imaginären Individualität, geistigen Originalität und eine „Freiheit", die es gegen den „Totalitarismus" schlechthin zu verteidigen gelte. Wider jede Vernunft und manchmal gegen bessere Einsicht setzt sie dem Antikommunismus wenig Widerstand entgegen oder wird – wie das Anwachsen neonazistischer Tendenzen zeigt – selbst zum Träger reaktionärster Anschauungen. Andererseits gibt es Wissenschaftler, die trotz einer konservativen geistigen Grundhaltung ein Unbehagen über einzelne Seiten der westdeutschen Politik empfinden und sich subjektiv ehrlich gegen die Uniformierung des geistigen und politischen Lebens wenden, ohne sich aber entscheidend von den Einflüssen des ihnen feindlich gegenüberstehenden Systems befreien zu können. Sie vermögen sich vorhandenen progressiven geistig-politischen Strömungen nur schwer und zögernd anzuschließen. Je mehr sich jedoch die Widersprüche des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland verschärfen und sich der ideologische Klassenkampf zuspitzt, desto größer wird die Furcht der herrschenden Klasse vor der potentiellen Opposition, die aus einer pluralistischen Geisteshaltung erwachsen könnte. Die innenpolitische Kehrseite der Expansionspolitik heißt deshalb auch ideologische Formierung und Uniformierung. Ludwig Erhards Konzeption der „formierten Gesellschaft" verlangte eine allseitige Integration der Individuen in Gesellschaft und Staat und forderte „das gesamtgesellschaftliche Bewußtsein" als „das entscheidende einheitsstiftende Moment einer Gesellschaft"[6]. Die Brüchigkeit dieser These wurde so offensichtlich, daß sie von der Kiesinger/Strauß-Regierung nicht mehr expressis verbis verwendet wird. Das bedeutet keineswegs, daß nicht an der weltanschaulich-ideologischen Uniformierung weitergearbeitet wird.

Die Methode des Ideenpluralismus wird verfeinert, indem die Ideenvielfalt auf wenige Leitbilder, Grundthesen und politische Zielstellungen eingeengt wird, die bei Wahrung des Scheins die ideologische Formierung bewirken sollen. Dieser Prozeß ist gegenwärtig auch an den westdeutschen Universitäten und Hochschulen in vollem Gange.

Die imperialistische Philosophie ist nicht in der Lage, einen positiven Beitrag zur Lösung der Lebensfragen der westdeutschen Bevölkerung und auch der Universitäten und Hochschulen zu leisten. Einst hatten die großen Philosophen des deutschen Bürgertums von Gottfried Wilhelm Leibniz über Immanuel Kant und Johann Gottlieb Fichte bis zur Georg Wilhelm Friedlich Hegel davon geträumt, Wegweiser des Volkes zu sein. Die imperialistische Philosophie konnte und kann diesen Traum nicht verwirklichen. Ihre antimarxistische und antikommunistische Klassenposition ist der entscheidende Faktor ihrer inneren Zerrissenheit. Soll der Marxismus totgeschwiegen werden? Ist er ungefährlich zu machen durch „Rezeption" einzelner seiner Elemente in die spätbürgerliche Philosophie? Ist er als historisch überholte Teilwahrheit oder als Inbegriff eines philosophischen Sündenfalls hinzustellen? Alle diese und andere Varianten geistern durch die westdeutschen Universitäten und Hochschulen.

Es sind die inneren Widersprüche des imperialistischen Systems, die zu einer Schizophrenie der westdeutschen Philosophie führen und sich im Ideologiebildungsprozeß widerspiegeln: Zum Beispiel in dem Widerspruch zwischen dem Sachzwang der objektiven gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse im staatsmonopolistischen Kapitalismus und in dem vom Klassenstandpunkt der Monopolbourgeoisie diktierten Zwang zur Mystifizierung und Irrationalisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Der Sachzwang – der mit dem Schlagwort der „Entideologisierung" ausgedrückt wird – und an dem gerade unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution die großen Monopole unmittelbar interessiert sind, ergibt sich aus dem Erfordernis der optimalen Entwicklung von Naturwissenschaft und Technik. Spekulationsfeindliche Nüchternheit wird auch in den Gesellschaftswissenschaften gefordert, soweit diese in ihren Wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Bereichen unmittelbar in die ökonomische und politische Basis eingreifen. Nur dadurch können Teilprobleme richtig interpretiert, prognostiziert und – im Sinne einer staatsmonopolistischen „Planifikation" – beherrschbar gemacht werden.

6 Gesellschaftspolitische Kommentare, Bonn 1965, Nr. 13/14.

Dieser „Entideologisierungstendenz“ ist gleichzeitig die Aufgabe gestellt, gegen den Marxismus-Leninismus zu wirken, der als „Ideologie“ im Sinne einer Spekulation abgetan wird. Damit sollen *erstens* die Naturwissenschaftler und Techniker gegen die wissenschaftliche Weltanschauung des Marxismus-Leninismus immunisiert, ja in eine militante Kampfstellung gegen die wissenschaftliche Weltanschauung geführt werden. *Zweitens* sollen „ideologiefreie“ Konstruktionen einer angeblichen klassenindifferenten Industriegesellschaft Ökonomen und Soziologen von der revolutionären Gesellschaftstheorie des Marxismus-Leninismus abhalten.

In beiden Fällen erweist sich die Vorgabe einer „Ideologiefreiheit“ als Phantom. Philosophisch führt sie zu einem empiristischen Faktenpositivismus – eine Form des subjektiven Idealismus, der die Realität in eine Beobachtungstatsache auflöst. Soziologisch unterstellt sie die Ewigkeit kapitalistischer Produktions- und Gesellschaftsverhältnisse oder leugnet überhaupt die Relevanz der Eigentumsverhältnisse.[7] Diese Konzeption tritt vor allem in der Konstruktion einer „Industriegesellschaft“ auf, die sich als tragfähiges Modell jenseits von Kapitalismus und Sozialismus entwickele und zu einer Nivellierung der Klassen und einer Konvergenz von staatsmonopolistischem Kapitalismus und Sozialismus führe. Diese Theorie ist eine Ideologie der Anpassung an den Imperialismus, eine Ideologie weltanschaulicher Destruktion und die Grundlage eines scheinbaren Alternativprogramms gegen die Arbeiterbewegung, ihre Verbündeten und gegen den Sozialismus.[8] In Gestalt der „Konvergenztheorie“ tritt sie als konterrevolutionäre Konzeption der psychologischen Kriegführung gegen den Sozialismus in Erscheinung.

Der gepriesene „ideologiefreie Raum“ ist somit weder ideologisches Vakuum noch Niemandsland. Er ist eine Domäne von Elementen reaktionär-imperialistischer Weltanschauung und Ideologie. Scheinbar gegenläufig zur „Entideologisierungstendenz“ – in Wirklichkeit jedoch komplementär, sie ergänzend und mit ihr verflochten – zeigt sich ein ausgesprochener Hang zum Irrationalismus.

Erstens ergibt sich diese Tendenz elementar aus dem Walten der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus, denen sich der Mensch im Grunde hilflos ausgeliefert fühlt. Die Sphäre der Wirtschaft „entgleitet“ seinem Willen, er fühlt sich nicht als Beherrscher, sondern als Objekt der anarchischen Krisenhaftigkeit der ökonomischen Entwicklung.

Zweitens ist eine Aufrechterhaltung menschheitsfeindlicher gesellschaftlicher Verhältnisse nur auf dem Wege des Versuchs möglich, die Bewußtseinsprozesse auf irrationale Weise zu steuern. Wo an Stelle fehlender echter Werte Scheinwerte vermittelt und als verteidigungswürdig hingestellt werden, muß eine Abkehr von der Vernunft erfolgen.

An den westdeutschen Universitäten und Hochschulen führen solche Widersprüche in der Bewußtseinsentwicklung, die ineinander übergehen, zu einem eklektischen „Ideenpluralismus“, der Ausdruck einer tiefgreifenden geistigen Krise des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems ist. Er ist flexibel genug, um die geistige Manipulation geschickt zu verpacken und ihr sogar die Maske einer geistigen „Demokratie“ zu verleihen, die man gegen „geistigen Totalitarismus“ verteidigen müsse. Freilich vermag er nicht Hektik, Angst vor der Zukunft, historische „Überalterung, das Flickwerk, das Nicht-ein-und-aus-Wissen“ (Thomas Mann) zu überdecken.

Unter anderem wurde auch versucht, die klerikal-katholischen Auffassungen des Neothomismus als weltanschauliches Band der staatsmonopolistischen Gesellschaft und Hochschule zu entwickeln. Obwohl der Neothomismus an den westdeutschen Universitäten und Hochschulen über eine große Zahl gut ausgebildeter Verfechter verfügt und über die klerikalen Institutionen als Medium zur Massenmanipulation dient, erwies er sich als nicht genügend tragfähig. Von Anfang an bestehende konfessionelle Gegensätze in der CDU/CSU und erst recht die zeitweilige Hereinnahme von sozialdemokratischen Führern in die Regierung Kiesinger/Strauß engten die Wirkungsmöglichkeiten dieser

---

7 Vgl. K. Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 10.
„Es gibt allen Produktionsstufen gemeinsame Bedingungen, die vom Denken als allgemeine fixiert werden; aber die sogenannten allgemeinen Bedingungen der Produktton sind nichts als diese abstrakten Momente, mit denen keine wirkliche geschichtliche Produktionssture begriffen ist.“

8 D. Bergner/W. Eichhorn II/W. Jopke/D. Noske, Imperialismus und Weltanschauung, Berlin 1966, S. 132.

weltanschaulich eindeutig akzentuierten Philosophie ein. Bei der unaufhaltbaren Säkularisierung des Denkens ist sie auch für große Teile der Intelligenz unannehmbar, wodurch ihre akademische und gesellschaftliche Funktion begrenzt wird.

Der Existentialismus erwies sich ebenfalls als wenig geeignetes Mittel zur geistigen Manipulierung der Hochschulintelligenz. Obwohl er die Existenzunsicherheit des spätbürgerlichen Intellektuellen, seine Daseinsangst, zum Ausdruck bringt, zeigt er keine echten Auswege. Er leugnet objektive Gesetzmäßigkeiten. Hinzu kommt, daß er trotz antikommunistischer Grundhaltung offiziös immer mehr verdächtigt wird, „nonkonformistische" Positionen zu rechtfertigen. Der Existentialist sei „in besonderem Maße der Versuchung und Treulosigkeit"[9] ausgesetzt, denunzierte schon 1955 Otto Friedrich von Bollnow (Frankfurt/Main). Bereits in den Anfängen der staatsmonopolistischen Formierung also wurde befürchtet, daß von existentialistischen Positionen aus Kritik an den Gleichschaltungstendenzen möglich sei. Der Frankfurter Philosoph Bollnow präformierte damit einen Teil der Kritik, die 11 Jahre später in ungleich schärferer Form gegen Karl Jaspers vorgebracht wurde.

Dieser prominente existentialistische Denker kritisiert in seinem Buch „Wohin treibt die Bundesrepublik?"[10] bei grundsätzlicher Bejahung des Bonner Staates die Notstandspraktiken der CDU/CSU wie auch die feige Unentschlossenheit und Scheinopposition der sozialdemokratischen Führung und fordert eine „legitime Revolution von unten". Zu legitimen Mitteln des Widerstands zählt Jaspers ausdrücklich politischen Streik, Massenproteste und andere „unmittelbare legale Aktionen aus dem Volke", freilich auch solche utopischen Methoden wie Wahlverweigerung.[11]

Es ist angesichts des raschen Bedeutungswandels einzelner weltanschaulich-ideologischer Richtungen im Zeichen der geistigen Krise schwer, bestimmte Strömungen als besonders bedeutsam für offiziöse geistige Ausprägungen hervorzuheben. Doch kann man in den letzten Jahren ein Anwachsen der Rolle der sogenannten Lebensphilosophie feststellen. Obwohl sie nichts weniger als einheitlich ist, unterscheidet sie sich trotz mannigfacher Gemeinsamkeiten vom traditionellen Existentialismus, aus dem sie hervorwuchs. Auch sie irrationalisiert ganz existentialistisch die „Angst" als Lebensschicksal des Menschen und ist insofern Ausdruck der spätbürgerlichen „Seinskrise". Ihre spezifische Funktion besteht jedoch darin, daß sie diese Angst zu betäuben versucht, indem sie irrationale „Geborgenheit" zu gewähren verheißt. Damit bietet sich die „Lebensphilosophie" zur geistigen Manipulierung des akademischen Bürgers sowie aller Bundesbürger geradezu an.

In ihrer modernen Form erlangte sie durch Eduard Spranger, Karl Löwith, Theodor Litt, Otto Friedrich von Bollnow und andere an den westdeutschen Universitäten Bedeutung. Ihre Repräsentanten haben nicht nur die Mehrzahl der philosophischen Ordinariate inne, sondern wirken auch als Vertreter der Allgemeinen Pädagogik, der Sozialpädagogik, der Psychologie, der Anthropologie und der theoretisch-anthropologischen Soziologie. Das ist ein äußeres Zeichen der Tatsache, daß die „Lebensphilosophie" weit über ihre unmittelbare Anhängerschaft hinaus Grundlagen zur Massenillusionierung liefert. Der Bundesbürger habe, meint Theodor Bovet, nicht nur Angst vor einem Krieg, einer Revolution oder der Atombombe. Er habe „... einfach Angst."[12] Der gleiche Autor erklärt, daß der Weltfrieden nicht auf UNO und NATO beruhe, „so nützlich sie im übrigen sein mögen"[13], sondern es müsse neben den Kriegsblock der NATO und das atomare Machtstreben militaristischer Kreise in Westdeutschland eine Einbettung des Menschen in den Glauben treten.

Diese Richtung besitzt ein relativ breites Wirkungsspektrum, da sie sich zumeist konfessionsindifferent gibt, sich talsächlich aber mit sämtlichen konfessionellen und konfessionsfreien Nuancen der Irrationalität verträgt. Sie appelliert an eine „Seins-Gläubigkeit" im weitesten Sinne. Der Mensch vermöge seine Angst zu meistern. Er könne im Glauben lernen, mit der Angst (sprich: mit der Bombe) zu leben, indem er eine positive „Seinsbeziehung" herstelle. Das bedeutet ein narkotisiertes Abfinden

---

9 Vgl. O. F. von Bollnow, Neue Geborgenheit, Stuttgart und Köln 1955, S. 38.
10 Vgl. K. Jaspers, Wohin treibt die Bundesrepublik?, München 1966.
11 A. a. O., S. 100.
12 Th. Bovet, Angst und Geborgenheit, Hamburg 1962, S. 2.
13 A. a. O., S. 34.

und Identifizieren mit dem staatsmonopolistischen Gesellschaftssystem, ein blindes Selbstausliefern an die menschheitsfeindlichen, freiheits- und friedensbedrohenden Mächte des aggressivsten Monopolkapitals, ein Ja zu einer antihumanistischen Umwelt. Die „Lebensphilosophie" entspricht am ehesten dem Manipulationsschema der „formierten Gesellschaft" und kommt dem Bestreben der CDU/CSU entgegen, über konfessionelle Unterschiede hinaus Sammelbecken aller Bundesbürger zu sein. Gerstenmaier und Kiesinger entwickelten Gedanken, die dieser „Lebensphilosophie" nahekommen. Am zynischsten zeigt sich deren Position vielleicht in den Theoremen des Soziologen Arnold Gehlen (Speyer), für den die Sehnsucht nach Freiheit „ein Bazillus ... in der Psychoanalyse verborgen" ist.[14] Diese „blaue Blume der Romantik" gehöre „in die Teufelsbotanik", „ihr Standort ist in der Nähe von Richtstätten"[15]. Jeder sei „ausgeschlossen, der das ‚Weltbeste' weiß, der den Sozialeffekt für seine Meinungen fruktifiziert". Diese Theoreme sind ein Reflex der Ausweglosigkeit reaktionärer Kräfte, denen jede Regung der Volksmassen als eigenes Todesurteil erscheint. Obwohl Gehlen als Ideal den „Verzicht auf das propagandistische Wortgerede an öffentlicher Stelle", das „Verstummenkönnen, das Eingeständnis der Ratlosigkeit"[16] als ethisches Ideal preist, handelte dieser mit dem berüchtigten Spionagegeneral Gehlen verwandte Soziologe niemals nach der eigenen Maxime. Er war fanatischer Parteigänger der NSDAP und ist heute Mitglied und aktiver Propagandist der CDU.

Offen wird ausgesprochen, daß zum Zwecke des Abfindens mit der antihumanen Wirklichkeit die Wissenschaft in ihre Schranken gewiesen werden müsse. Nach William Heinemann (London) begreift sich die „Lebensphilosophie" als „Antithese gegen die mathematische Naturwissenschaft und den Rationalismus ..." Es werden dabei den Naturwissenschaften andere „Seinsebenen" zugewiesen. Sie seien zwar notwendig, aber ohne Bedeutung für die Weltanschauung, die nicht wissenschaftlich fundierbar sei.[17] Hans Jürgen Baden will seine irrationalen Einbettungsversuche „ähnlich wie Arnold Gehlen" als gewollte Zurücknahme der humanistischen Ideale der Aufklärung verstanden wissen. Mit der Aufklärung beginne „alles Unglück", sie sei „Inbegriff humanistischer Verschiedenheit und der Hybris der Vernunft, Verrat Gottes ..., Preisgabe uralten Weistums an eine vorwitzige Ratio"[18].

In der Tat hat die westdeutsche Monopolbourgeoisie die Ideale des aufsteigenden Bürgertums verraten und tritt sie mit Füßen. Abkehr von der Vernunft, Hinwendung zum Irrationalismus und Subjektivismus sind der Boden, auf dem schlimmste weltanschaulich-geistige Reaktion gedeiht. Das zeigt sich in der Tatsache, daß heute in immer stärkerem Maße Elitetheorien, insbesondere eine zunehmende Nietzsche-Renaissance, sich bemerkbar machen. Nietzsches „Also sprach Zarathustra" wird wieder zum Bestseller, seine Thesen vom „Übermenschen", der den Volksmassen – den „Vielzuvielen" den „Fliegen des Marktes" – gegenübergestellt wird, erneut zum verhängnisvollen Idol. Auch hier zeigt sich die Konvertierbarkeit von Irrationalismus und „Entideologisierungs"-Konzeption: Der Managerkult verbindet sich mit der Lehre vom Übermenschen, der Unternehmer und Monopolboß wird zum Helden, der „jenseits von Gut und Böse" agiert.

Es ist nicht leicht, die politisch-ideologische Wirksamkeit der irrationalistischen Manipulationsphilosophien an den Hochschulen zu objektivieren, obgleich eine Reihe westdeutscher Untersuchungen vorliegen. Diese sind jedoch teils methodisch anfechtbar, weil sie in der Anlage bereits den Wünschen der Autoren entgegenkommen. Sie sind teils lokal akzentuiert oder besitzen durch Aussageverweigerung vieler Befragter wenig Repräsentanz.

Bemerkenswert scheint eine demoskopische Untersuchung an der Universität Freiburg, die allerdings von allen genannten Mängeln gekennzeichnet ist. Nur ein Drittel aller Studenten bejaht, „daß Begabung, Glück, Reichtum usw. unter den Menschen im Grunde gerecht verteilt sind", während „die restlichen zwei Drittel die gegenteilige Meinung vertreten"[19]. Anders ausgedrückt: Zwei Drittel aller

---

14 A. Gehlen, Studien zur Anthropologie und Soziologie, Neuwied und Westberlin 1963, S. 243.
15 A. a. O., S. 245.
16 A. a. O., S. 340.
17 W. Heinemann, Philosophie im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1955, S. 269.
18 H. J. Baden, Die Grenzen der Mündigkeit, Gütersloh 1953, S. 6.
19 F. Buggle, Heutige deutsche Universitätsstudenten – eine empirische Untersuchung weltanschaulicher Einstellungen, Meisenheim am Glan 1965, S. 57.

Studenten stehen zumindest gefühlsmäßig in Gegnerschaft zur sozialen Struktur der Bundesrepublik. Obwohl der Autor in diesem Zusammenhang mit Bedauern eine „deutliche *Verunsicherung*“ der „Wertauffassungen“ feststellt, lobt er „ein sehr *deutliches Zurücktreten aggressiv-revolutionärer Züge*“[20] der weltanschaulichen Orientierung, das heißt ein Resignieren, ein vermeintliches Sich-abfinden-Müssen. Franz Buggle bringt dies in Zusammenhang mit dem Fehlen eines theoretisch-materialistischen Denkens und lobt, daß religiöse Studenten – angeblich seien 40 Prozent unbedingte Anhänger der christlichen Religion – den Wert des Christentums insbesondere in der *„Widerstandskraft gegen Kommunismus und Materialismus“* sähen.[21]

Hinzugefügt werden muß allerdings: Den Studenten der Bundesrepublik wird ein Verstehen des Marxismus-Leninismus an den westdeutschen Universitäten und Hochschulen unmöglich gemacht, zumindest außerordentlich erschwert. Sie erhalten durch prononcierte Vertreter des Antikommunismus ein Zerrbild vom dialektischen Materialismus, der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse, vermittelt.

Sackgassen und „Leitbilder“

Die Meinungsumfrage unter Freiburger Studenten macht deutlich, daß der irrationalen Manipulation Grenzen gesetzt sind. Der Widerspruch zwischen dem Sachzwang der Wissenschaften überhaupt, der an rationales Denken heranführt, und dem Illusionierungsbedürfnis einer echte Werte entbehrenden gesellschaftlichen Ordnung ist eine der unübersteigbaren Hürden auf dem Wege zur Herausbildung eines gesamtgesellschaftlichen Bewußtseins. Die Widersprüche des staatsmonopolistischen Kapitalismus finden im geistigen Leben an den westdeutschen Hochschulen auch in nicht endenwollenden Diskussionen über die Ausbildung der Studierenden ihren Ausdruck. Wie sollen sich Allgemein- und Fachwissen, Ausbildung und Erziehung verhalten? Entweder wird eine Allgemeinbildung auf der Grundlage eines faktenpositivistischen Fachhistorismus vermittelt, was zu einer Miniaturisierung des Weltbildes führt, oder es klaffen zwischen Fach- und Allgemeinwissen Widersprüche, weil Allgemeinwissen in Gestalt von Bildungshappen, verbunden mit einem verwirrenden Ideeneklektizismus, vermittelt wird. Diese Kalamität wird dadurch illustriert, daß sich zum Beispiel im Plan des studium generale der Technischen Hochschule Hannover im Wintersemester 1965/66 Lehrveranstaltungen finden über Themen wie „Das Johannesevangelium“, „Katholische Theologie“, „Grundprobleme der Oper“ u. a. Hier zeigt sich eine völlige Konzeptionslosigkeit, eine Furcht vor einer wissenschaftstheoretischen und gleichzeitig ein Weltbild prägenden Philosophie. Man flüchtet in Positionen, die als Kompensation des szientistischen Zeitgeistes gerechtfertigt werden. An der Technischen Hochschule Stuttgart waren im gleichen Zeitraum „Geschichte und Bau der Streichinstrumente“, „Die Musik im 19. Jahrhundert“, „Immanuel Kant“, und „Von Cromwell zu Lenin“ angekündigt. Nun sind weder Versuche eines Heranführens der studentischen Jugend an musische Betätigung zu verweilen noch beispielsweise jene Bildungsgüter zu unterschätzen, die eine wissenschaftliche Geschichte der klassischen deutschen Philosophie zu vermitteln vermag. Irreführende Querschnittsthemen wie „Von Cromwell zu Lenin“ oder „Der europäische Mensch“ bilden jedoch nicht, sie verbilden.

Akademische Lehrveranstaltungen, die der Ausprägung des Weltbildes dienen, müssen an einem entscheidenden Kriterium gemessen werden: Wie dienen sie der Lösung der dringendsten Lebensfragen, die vor der westdeutschen Bevölkerung stehen?[22] Viele westdeutsche Hochschullehrer und nicht zuletzt Studenten sind sich der Fragwürdigkeit der betriebenen „Allgemeinbildung“ sehr bewußt. Sie kritisieren, daß die Universität „das Wesen einer Berufsschule“ hat, weniger Bildungsstätte als „Fachschule für Experten“ ist, obwohl sie doch – weniger im Volumen als in der geistigen Quintessenz – jedem Fachstudierenden etwas von der geistigen Universalität der Zeit vermitteln sollte. Namentlich Studenten kritisieren die Zeitvergeudung durch chaotischen Aufbau des Studienganges. Mehrere Semester verstreichen oft nutzlos, die dafür genutzt werden könnten, den Blick zu weiten. Mancher

---

20 A. a. O., S. 63.

21 A. a. O., S. 71.

22 Vgl. E. Herlitzius, „Die Rolle der Ideologie, der Wissenschaftstheorie und der Bildungskonzeption im westdeutschen Hochschulwesen“, in: Staatsmonopolistischer Kapitalismus und Hochschulwesen in Westdeutschland, Berlin 1966, S. 161.

Absolvent gesteht, daß er ein juristisches, wirtschaftswissenschaftliches oder germanistisches Examen nicht den Lehrveranstaltungen, sondern hochdotierten Repetitoren zu verdanken hat. Daß dabei die Kluft zwischen Fach- und Allgemeinwissen, Ausbildung und Persönlichkeitsprägung noch mehr verstärkt wird, ist offensichtlich. Es fragt sich immer, *welches* Allgemeinwissen angestrebt werden soll, *welche* Persönlichkeiten mit *welchen* politisch-weltanschaulichen Bildungsidealen zu erzielen sind, ob echte Werte oder Scheinwerte vermittelt werden.

Lange Zeit galt gerade im akademischen Leben der „Pluralismus“ als tragendes Leitbild. Doch wird er den Gesellschaftsformierern mehr und mehr lästig und verdächtig. Er verheißt, daß eine Vielzahl individueller Interessen – dabei werden ökonomische, soziale, politische, religiös-kultische, kulturelle Interessen und solche der Freizeitgestaltung nebeneinandergestellt – durch eine Vielzahl von Vereinigungen vertreten werden und sich in der Existenz von politischen Parteien, Gewerkschaften, Unternehmerverbänden, Berufsvereinigungen, Religionsgemeinschaften, Sportvereinen, Clubs aller Art ausdrücken. Sozialökonomische und politische Antagonismen, wie sie sich in Gestalt des Kampfes politischer Parteien und zwischen Gewerkschaften und Unternehmerorganisationen abzeichnen, werden zu einfachen Unterschieden manipuliert, die neben religiösen Unterschieden, der Vielfalt von Sport- und anderen Interessen sowie vereinsmeierischen Eigenbröteleien gleichrangig existieren. Selbst die einzelne Persönlichkeit unterliegt pluralistischer Deutung. Sie existiert als Arbeiter, der nicht nur Mitglied einer Gewerkschaft, sondern als „Kleinaktionär“ angeblich zugleich Träger von Unternehmerinteressen sei, als Mitglied oder Wähler einer Partei zuzuzählen sei, Sportclubs und Religionsgemeinschaften angehöre. Der horizontale Gesellschaftsaufbau mit der Klassenschichtung wird nicht direkt geleugnet – insofern wird der Empirie und rechtssozialistisch gebrochenen Rudimenten marxistischer Erkenntnis und zugleich Elitetheorien verschiedener Prägung Rechnung getragen –, aber losgelöst von den Produktionsverhältnissen als Ausdruck subjektivistisch interpretierter Interessen gedeutet und ergänzt durch ein System gleichberechtigter Linien, die in allen Richtungen und vor allem vertikal verlaufen und sich in einem „pluralistischen“ Individuum schneiden. Unterschiedliche Tätigkeitsmerkmale und verschiedene Berufsbilder erfahren in diesem pluralistischen Menschenbild zumindest die gleiche Betonung wie soziale Gegensätze. Klassenbewußtsein und Solidarität der Arbeiterklasse sollen illusionäre Aufhebung finden. Der Bundesbürger erhält durch die pluralistische Brille die groteske Illusion, er sei als Schnittpunkt von Interessen nicht nur Objekt, sondern vor allem Subjekt der Staatspolitik – ein Phänomen, das nur als Ausdruck der Entfremdung des menschlichen Wesens in extremster Form begriffen werden kann.

Im Zeichen des „Gemeinnutzes“ und der von Kiesinger, Strauß, Brandt und Wehner popularisierten „Gemeinschaft“ im Sinne einer Unterordnung aller Interessen unter den Kollektivwillen der Monopole wurde der Pluralismus suspekt. Er vermochte nicht länger den Singularismus der staatsmonopolistischen Ideologie und Weltanschauung zu verbergen. Jedoch wirkt er weiter – weniger neben anderen Ideologiekomponenten, als vielmehr von diesen überblendet.

Alle sozialökonomischen, politischen und geistigen Widersprüche im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem bewirken, daß die ideologische Formierung der westdeutschen Bevölkerung im imperialistischen Sinne – die angestrebte Herausbildung eines sogenannten einheitsstiftenden gesamtgesellschaftlichen Bewußtseins – nicht mit einem gesamtgesellschaftlichen Systemdenken erreicht werden kann. Die ideologische Gleichschaltung erfolgt hauptsächlich durch Surrogate. Einzelne Weltanschauungselemente in Gestalt von Denkstereotypen werden schlagwortartig gleich Werbeslogans produziert und als Hauptmittel zur Massenmanipulation verwendet.

Differenzierte Denkstereotype und Weltanschauungselemente sind für Menschen der verschiedensten Klassen und sozialen Schichten berechnet. Sie wirken als Klammer, um die Widersprüche im gesellschaftlichen Gefüge zusammenzuhalten und die Menschen in die offiziösen Denkschemen zu zwingen. Es sind kümmerliche Weltanschauungsrudimente, im Grunde genommen Schablonen, in die sich alle Erscheinungsformen der heutigen bürgerlichen Ideologie einpassen lassen. Sie fügen sich in die widersprüchlichsten Ideologie- oder „Entideologisierungs“-Konzeptionen ein, verbinden sich sowohl mit irrationalistischen und konfessionsgebundenen Weltanschauungen als auch mit neopositivistischen und anderen wissenschaftstheoretischen Konzeptionen. Die Ideologie-Elemente der

„Leitbilder“ sind nach dem „Baukastenprinzip“ entwickelt: Sie sind im einzelnen – für den Ideologie-Konsumenten ein schwer durchschaubarer Vorgang – austauschbar, wenn bestimmte „Maßtoleranzen“ überschritten werden.[23] Ist das Schlagwort für „Wohlstandsgesellschaft“ nicht mehr opportun, wird es gegen „Leistungsgesellschaft“ ausgetauscht. An die Stelle der Phrase vom „Abendland“ tritt die vom „deutschen Selbstbehauptungswillen“.

So erfolgt allmählich – aber gelenkt und wohlberechnet – ein Wandel, bei dem die Grundlage der Manipulierung, der Antikommunismus, bestehen bleibt und lediglich gewisse Modifikationen erfährt: Erscheint es opportun, wird vom „zivilisierten Kommunismus Moskaus“ gesprochen und dieser dem „dogmatischen Kommunismus der SED“ entgegengesetzt. Ist es für die Diffamierung der demokratischen Opposition zweckmäßig, wird selbst jeder Liberale als „Kommunist“ diffamiert. Diese Denkstereotype unterliegen dem allgemeinen Prozeß zunehmender Aggressivität und sozialer Reaktion in Westdeutschland. Aber sie vermögen weder denkenden Menschen Werte zu vermitteln, noch gestatten sie, eine echte Erziehungskonzeption zu entwickeln. Es sind Denkstereotype, die dem verödenden Bewußtsein eines Sklerotikers entsprechen. Solchen leitbildhaft manipulierten Menschen erscheint Politik „als unabänderliches Schicksal, Kriege winken wie Naturkatastrophen. Jede Änderung in dieser Welt wird als göttliche Prüfung oder Werk einer mystischen Verschwörung verstanden. Wer nach den realen Ursachen fragt, erregt schon Verdacht.“[24]

Nach dem gleichen Muster erfolgt auch die akademische Uniformierung. Westdeutsche Studenten werden nach den obengenannten und ähnlichen Leitbildern und Denkstereotypen erzogen, die auch Substanz der verschiedensten Lehrveranstaltungen auf dem Gebiet der Geschichte, der Politologie, der Philosophie und anderer Disziplinen sind.

Ausgetretene Pfade: Antikommunismus und Nationalismus

Antikommunismus und Nationalismus gehören zu den gefährlichsten Stereotypen imperialistischer Massenmanipulation und politischer Verbildung der Studentenschaft. Bonner Politiker und ihnen untertänige Professoren erhoben diesen Ungeist zur Staatsdoktrin und zur herrschenden Ideologie. Die damit bewirkte geistige Deformierung und politische Desorientierung des Menschen zu überwinden, eine Wendung im geistigen Leben an den westdeutschen Universitäten und Hochschulen zum humanistischen Denken zu erreichen, kann keineswegs als hochschulautonome Aufgabe begriffen oder gar gelöst werden. Die ideologische Bindung an ein gegen den gesellschaftlichen Fortschritt gerichtetes gesellschaftliches System kann nur überwunden werden und die Hinwendung zum fortschrittlichen Denken nur gelingen, wenn dem anachronistischen staatsmonopolistischen Kapitalismus der Kampf angesagt wird.

Eugen Gerstenmaier, einer der prominentesten CDU-Politiker und Präsident des Bundestages, formulierte, wie geistige Staatsräson inhaltlich auszusehen habe. Zum „Nationalbewußtsein“ dürften weder „Kollektivschuldbekenntnisse, großzügige Verzichtserklärungen auf deutsches Land im Osten“ noch der Wille gehören, „den Sowjets und ihrem aggressiven Kommunismus mit Freundlichkeit und Konzessionsbereitschaft entgegenzukommen“[25].

Verlautbarungen Bundeskanzler Kiesingers beweisen, daß der Antikommunismus Staatsdoktrin ist, als Manipulationsschema des *Bundesbürgers* dient und den Hohen Schulen als geistige Grundhaltung und Richtschnur zur ideellen Produktion als Vorgabe oktroyiert ist. Verbunden ist diese Konzeption des Antikommunismus – elastischer, flexibler als noch vor einigen Jahren – mit der alten Konzeption einer Integration Westeuropas zum Kampf gegen das sozialistische Lager. Kiesinger erklärte: „Ich bin überzeugt, daß, je fester Westeuropa zusammenwächst, desto eher auch die Interessenlagen, auch

---

23 A. a. O., S. 166.

24 G. Schoenberner, „Meinungslenkung – kontra Information“, in: Information oder herrschen die Souffleure?, Hamburg 1964, S. 60.

25 E. Gerstenmaier, Neuer Nationalismus?, Stuttgart 1965, S. 95.

für den Osten, auch für die Sowjetunion, geschaffen werden, die es der Sowjetunion und unseren östlichen Nachbarn vorteilhaft erscheinen lassen können, diesen Antagonismus zu überwinden.[26]

Im Hintergrund dieser Worte, die beinahe friedfertig und liberal klingen und der konzilianten Maske Kiesingers entsprechen, stehen seine früheren Ausführungen. 1957 sprach er von einer „Bedrohung des Abendlandes durch die Hunnenstürme", 1958 von der christlichen „Hoffnung auf den Glauben", daß „das Kreuz im Siegeszug die Länder jenseits des eisernen Vorhangs wieder zurückgewinnen wird"[27].

Die erkannte Stärke und Geschlossenheit des sozialistischen Lagers waren die Ursachen für eine taktische Umorientierung des im Wesen unveränderten Antikommunismus. Aktivistisches Engagement und liberale Maske sind heute für ihn kennzeichnend – ein Sachverhalt, den Leonid Breschnew in die Worte kleidete: „Bonn hat den sozialistischen Ländern Europas wirklich die Hand entgegengestreckt. Diese Hand aber hält einen Stein, und man muß uns Kommunisten schon für sehr naiv halten, um zu hoffen, daß wir den Stein nicht sehen."[28]

Franz Joseph Strauß, ein Hauptinitiator der Bonner Aggressionspolitik, forderte in seinem berüchtigten Buch „Entwurf für Europa", alle „noch herumgeisternden falsch verstandenen deutsch-nationalen Leibbilder von vorgestern zum alten Eisen zu werfen"[29], einzelne sozialistische Länder zu isolieren und „durch Jugend- und Akademikeraustausch, durch Tourismus, Sportveranstaltungen und viele andere passende Mittel"[30] auf dem Wege einer „Liberalisierung" einem imperialistischen Westeuropa anzugliedern.

Diese „flexible" Ostpolitik ist nicht nur Auftrag an die westdeutsche Hochschule: Sie wurde von führenden „Ostkundlern" und Politologen seit langem konzipiert und der Bonner Regierung als Aggressionsgrundlage und Manipulationsschema im Rahmen der imperialistischen „Globalstrategie" angeboten. Der Pädagoge Eugen Lemberg, der vor jedem „ostkundlichen Dilettantismus" warnt, faßt die Grundtendenzen der neuen Phase „ostkundlicher Bildung" mit den Worten zusammen: „... keine sentimentale Heimatromantik mehr, kein primitiver Antikommunismus; bei aller notwendigen Korrektur und Ergänzung des Geschichtsbildes keine bloße Retrospektive, sondern Darstellung und Analyse der Gegenwart, vor allem ihrer internationalen Probleme und Trends; Integration der Ostkunde in eine umfassende konzipierte politische Bildung"[31]. Die Forderung nach einem verstärkten antikommunistischen Engagement der westdeutschen Hochschulen ist unüberhörbar, selbst wenn sie demagogisch verschleiert wird. „Größte Unklarheit" herrsche nach Meinung des „Ostexperten" Eckart Förtsch unter den westdeutschen Studenten über „die ideologischen Voraussetzungen und die verschiedenen Erscheinungsformen des Kommunismus"[32].

Durch eine solche deklamatorische Feststellung wird der Sachverhalt mehr verdunkelt als aufgehellt. Tatsachen sind:

Es gibt an westdeutschen Universitäten und Hochschulen etwa 100 Institutionen (Institute, Seminare, Kommissionen, Ausschüsse, Arbeitsgemeinschaften, Forschungsstellen), die sich unmittelbar und erstrangig mit der Bekämpfung des Marxismus-Leninismus befassen.

Trotz rigoroser Mittelstreichungen für viele sogenannte geisteswissenschaftliche Fächer werden diese Institute großzügig von der Bonner Regierung, den Länderregierungen wie auch von „wissenschaftlichen" Fördergesellschaften des Monopolkapitals auf dem Wege der Mehrquellenfinanzierung subventioniert. Innenministerium, Auswärtiges Amt, das Ministerium für „gesamtdeutsche Fragen", das Bonner Kriegsministerium sind neben dem Stifterverband für die westdeutsche Wissenschaft die

---

26 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Bonn, vom 24.1.1967.
27 Elan, Frankfurt/Main 1967, Nr. 1.
28 L. Breschnew, „Sozialismus – größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse", Neues Deutschland, Berlin, vom 19.4.1967.
29 F. J. Strauß, Entwurf für Europa, Stuttgart 1966, S. 56.
30 A. a. O., S. 44.
31 E. Lemberg, „Deutsche Ostkunde ist Europakunde", Ost-Westkurier, Frankfurt/Main, vom 28.1.1967.
32 E. Förtsch, „Der ‚neue sozialistische Mensch'", Deutsche Studien 1964, Nr. 5, S. 28-38.

wichtigsten Geldgeber. Entsprechend der Frontstadtpolitik revanchistischer Kreise wurde das Westberliner „Osteuropa-Institut“ der Dahlemer Universität zum Beispiel in die Lage versetzt, ab Sommersemester 1967 „Studiengänge in den Fächern der Osteuropa-Forschung“ einzurichten. Die Immatrikulierten – die bereits graduiert sein oder neben einem Hochschuldiplom über eine einschlägige Praxis verfügen sollen – erhalten Monatsstipendien von 750,– DM zuzüglich Wohnungsgeld bis 150,– DM.[33] Dieses Institut ist keiner Fakultät zugeordnet, aber seine Abteilungen und Sektionen sind in der Lehrtätigkeit aller Fakultäten verankert. Damit spielt es zugleich eine integrierende Rolle beim Mißbrauch der Westberliner Universität durch die Experten der psychologischen Kriegsführung.

Solche Institutionen leisten durch ihre umfangreiche Informations- und Gutachtertätigkeit, die Ausarbeitung von Analysen, Prognosen und taktischen Vorschlägen eine sorgsam koordinierte und langfristig geplante Arbeit, deren Ergebnisse unmittelbar in die Bonner Regierungspolitik einfließen. Aus diesen Instituten – die von dem „Bundesinstitut zur Erforschung des Marxismus-Leninismus“ in Köln unter Leitung nazistischer Professoren, wie Boris Meissner, Karl C. Thalheim, und klerikaler antikommunistischer Veteranen, wie Gustav Wetter, gelenkt werden – kommt zu einem erheblichen Teil die Initiative für die „Aufweichstrategie“ des westdeutschen Imperialismus, für den Einsatz ökonomischer und politischer Druckmittel zum Kampf gegen das sozialistische Lager.

Diese Institute spielen in der antikommunistischen Manipulierung eine nicht zu unterschätzende propagandistische Rolle. Ein Teil ihrer für die Öffentlichkeit bestimmten Arbeiten sind von der „(West-)Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde“ (Stuttgart und Westberlin) initiiert. Sie arbeiten an zahlreichen – zumeist von den „Ostexperten“ Boris Meissner und Klaus Mehnert dirigierten – Zeitschriften mit und liefern den offiziösen „Ostkontaktlern“ wie der Monopolpresse antikommunistische Materialien. Das System der „Ostkunde“-, „Sowjetologie“- und „Politologie“-Institutionen entfaltet eine außerordentlich aktive Wirksamkeit bei der geistigen Manipulation an den Universitäten und Hochschulen selbst. Zum Teil bilden sie Lehrkräfte für einzelne Fachdisziplinen aus, zum anderen stellen sie Stars für die „collegia politica“ und für das studium generale, das – mit umstrittenem Erfolg – Studenten mittels Politologie, Soziologie, Philosophie, Geschichte und anderer Fächer geistiges Rüstzeug zur Auseinandersetzung mit „Zeitproblemen“ liefern soll. Zweifellos ist das Interesse der Studenten, den Marxismus-Leninismus kennenzulernen, legitim und zu einem erheblichen Teil echt. Ebenso unumstritten ist aber, daß diesem Bedürfnis nicht durch wirkliche Vertreter des Marxismus-Leninismus entsprochen wird – diese besitzen im Gegensatz zu Kommunisten an französischen und italienischen Universitäten keine venia legendi –, sondern größtenteils durch Antimarxisten. Es ist ein bedrohliches Symptom, daß zum Beispiel 1964 in Heidelberg bei einer Studentenumfrage militante Antikommunisten wie Klaus Mehnert und Innocent Maria Bocheński als die „beliebtesten“ Referenten des studium generale genannt wurden.[34]

Je mehr der Antikommunismus als Staatsdoktrin und als akademisches Manipulationsschema durchgesetzt wird, desto mehr wird er zu einem Mittel des Abbaus politischer und geistiger Freiheiten. Diesen Prozeß charakterisierte im Sommer 1967 der Rektor der Universität Tübingen Prof. Dr. Gottfried Möllenstedt offen mit folgenden Worten: „Da kann man nicht einmal links fahren und einmal rechts fahren. Wir haben damals hier den Schlamm rausgeschmissen, weil er uns zu nationalistisch war und weil die Studenten nicht mit ihm fertig wurden. Da konnten wir nun nicht den Kaul reden lassen. Die Studenten sagen zwar, er sei ein Rechtsanwalt, das ist ihre Ausdrucksweise. Für mich ist er ein Kommunist. Wenn ein Student ein kommunistisches Flugblatt verteilt, muß ich ihn verhaften lassen, und er wird eingelocht. Ein kommunistischer Oberbonze aber soll hier reden dürfen? Ich sage es offen: Daß Studenten eineinhalb Stunden lang mit Kommunismus begossen werden, ist mir zu unsympathisch.“[35] Helmut Ridder, Gießener Ordinarius für Öffentliches Recht, ist zuzustimmen, wenn er mahnend hervorhebt, mit Hilfe des Antikommunismus „verbreiten sich die kommunistischen Verdachtsmomente auf alle mögliche, nicht nur sozialistische, sondern sogar liberale Gruppierungen,

---

33 Frankfurter Allgemeine, vom 7.11.1966.

34 H. Reimann/K. Kiefer, „Studium generale in Perspektive“, in: Ruperto-Carola, Bd. 35, Heidelberg 1964, S. 280 f.

35 G. Möllenstedt, „Student 67“, Süddeutsche Zeitung, München, vom 14.7.1967.

ja man kann sagen, tendenziell gerät alles unter Regierungsverdacht, was nicht regierungskonform ist“[36]. Mehr noch: Jeder Bundesbürger, der sich vom militanten Antikommunismus als der Staatsdoktrin Bonns distanziert, läuft Gefahr, nicht nur diskriminiert, sondern für vogelfrei erklärt zu werden. Das verfassungswidrige Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands wirkt sich als Strangulierungsmaßnahme gegenüber jedem demokratischen und liberalen Denkansatz aus.

Schon 1961 erklärte Strauß – als Exponent des Neonazismus heute der mächtigste Mann im Kiesinger-Kabinett – in rüdem faschistischem Ton: „Ich nenne jeden einen potentiellen Kriegsverbrecher, der durch Schwächung der westlichen Abwehrkraft dem kommunistischen Osten strategische Vorteile schafft.“[37]

Der Antikommunismus als destruktiv-negierendes Leitbild bedarf der „positiven“ Ergänzung, muß mit Scheinwerten verbunden sein, um tragfähig zu wirken. Ging er nach 1945 mit kosmopolitischen Ideen des „Europäismus“ und „Atlantizismus“ einher, so schiebt sich in zunehmendem Maße wieder ein penetranter Nationalismus in den Vordergrund. Bundeskanzler Kiesinger erklärte, Westdeutschland habe „einen gesunden Nationalismus, so etwas wie eine abgeschwächte Form des Nationalismus von ehedem dringend nötig“. Für ihn sei „es immer wieder ein großartiges ermutigendes Erlebnis“, zu sehen, wenn sich junge Menschen zum Nationalismus entschließen. Kiesinger fügte im Zeichen der Vorherrschaftsambitionen des westdeutschen Imperialismus gegenüber Westeuropa und seines Komplotts mit dem USA-Imperialismus hinzu, daß dieser Nationalismus „ganz selbst verständlich zusammengeht mit einem europäischen Willen und mit dem Willen zur weltbürgerlichen Haltung“[38].

Paart sich dieser Nationalismus aus taktischen Gründen noch mit vagen kosmopolitischen Zugeständnissen, drängt sich unverkennbar gerade im akademischen Raum ein offen chauvinistischer Nationalismus in den Vordergrund. Mit rassistischen Nuancen versehen, überträgt er die irrational-elitären Überwertigkeitskomplexe auf das ganze „Volk“, nicht ohne allerdings gleichzeitig dem Volk jede Souveränität abzusprechen und es der Omnipotenz des Staates der Monopole zu unterwerfen. Ernst Anrich – einstmals Professor an der „Reichsuniversität Straßburg“ und heute Chefpropagandist der neofaschistischen NP – faßte dieses absolute Subordinationsverlangen des Bonner Staates in die Worte: „Der Staat ist höher als der Mensch und als die Menge der augenblicklich lobenden Menschen, er hat Souveränität über sie, denn er vertritt das Ganze des Volkes.“[39]

Ob weltbürgerlich oder chauvinistisch akzentuiert, in jedem Falle erfüllt der Nationalismus seine Funktion: die aggressiven Interessen der Monopolbourgeoisie in „gesamtvölkische“ Interessen umzumünzen und behäbiges Wohlstands- und Konsumdenken – das in der vorexpansionistischen Phase Staatsdoktrin war – in aktivistisch-antikommunistische Hysterie überzuleiten.

Seine praktisch-politischen Erscheinungsformen, die sich auch im akademischen Raum umsetzen, sind vor allem:

– die Alleinvertretungsanmaßung des Bonner Staates gegenüber der souveränen Deutschen Demokratischen Republik und allen Gebieten, die 1937 zum Hitlerreich gehörten;

– „Ostpolitik“ im Sinne der „Globalstrategie“ und des „elastischen“ Antikommunismus, gegründet auf eine Achse Bonn – Washington;

– wirtschaftliche, politische und militärische Führungsambitionen gegenüber den westeuropäischen Staaten;

– Neokolonialismus unter dem Nimbus, den Entwicklungsländern Ordnung und Kultur zu bringen.

---

36 11. Tagung des Initiativ-Ausschusses vom 13. und 14. Juni 1964, S. 8.
37 Der Spiegel, 1961, Nr. 30.
38 Frankfurter Rundschau, vom 7.1.1967.
39 Deutsche Nachrichten, Hannover, vom 24.7.1966.

Geschichtsbild und irrationales Sendungsbewußtsein

Die staatsmonopolistische Manipulierung des geistigen Lebens an den westdeutschen Universitäten und Hochschulen stützt sich auf ein „neues“ staatsmonopolistisches Geschichtsbild, das die historischen Erfahrungen des deutschen Volkes mit dem Imperialismus verzerrt und der marxistischen Geschichtsbetrachtung entgegengesetzt wird. Angesichts der wissenschaftlichen Ausarbeitung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und der Geschichte des deutschen Volkes durch die marxistischen Historiker in der Deutschen Demokratischen Republik ist es den Propagandisten der deutschen Monopolbourgeoisie nur schwer möglich, die historischen Erfahrungen des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterklasse zu verschweigen. Sie bemühen sich daher in der letzten Zeit beispielsweise verstärkt darum, den Reichstagsbrandprozeß, den antifaschistischen Kampf in Spanien und andere wichtige Ereignisse in der Geschichte des deutschen Volkes in ihrem Sinne zu entstellen. Diese Entstellung historischer Ereignisse und progressiver Entwicklungslinien soll die Basis für ein „neues“ irrationales Sendungsbewußtsein der westdeutschen Bevölkerung abgeben, das von den herrschenden Kräften in Bonn als eine der entscheidenden ideologischen Voraussetzungen zur Verwirklichung ihrer expansiven Politik betrachtet wird. Bei aller Vielfalt der Argumentationen und Richtungen rechtfertigt dieses „neue“ staatsmonopolistische Geschichtsbild stets die westdeutsche Gegenwart und täuscht eine gesicherte Perspektive vor.

Dieses staatsmonopolistische Geschichtsbild geht von drei Phasen der sogenannten modernen Industriegesellschaft aus. Es verlegt die Anfänge der staatsmonopolistischen Formierung bereits in die Zeit der Gründerjahre. Als Höhepunkte werden die staatsmonopolistischen Entwicklungen des deutschen Imperialismus in der Zeit des ersten Weltkrieges und insbesondere während des Hitlerfaschismus dargestellt; die Weltwirtschaftskrise 1929 und die auch in Westdeutschland teilweise vollzogenen demokratischen Maßnahmen der Jahre 1945 bis 1948 jedoch als Unterbrechungen dieses Prozesses. Gegenwärtig befinde sich die Bundesrepublik in einer „nachfaschistischen Phase“[40].

Diese scheinwissenschaftliche Geschichtsklitterung soll erstens unter der westdeutschen Bevölkerung das Bewußtsein eines „neuen“ Gesellschaftssystems erzeugen, das mit Imperialismus und Faschismus nichts zu tun habe, sondern einer gesicherten Perspektive entgegengehe.

Zweitens hört der Klassenkampf zwischen der deutschen Arbeiterklasse und der deutschen Bourgeoisie – das Kernstück eines modernen Geschichtsbildes – auf, Gegenstand der Geschichtsbetrachtung und der Besinnung auf Traditionen zu sein. In den Mittelpunkt treten bei dieser angeblichen Frontstellung gegen jeden „Totalitarismus“ bezeichnenderweise Ereignisse wie der 20. Juli 1944. Dieser Putsch gegen Hitler stellte seitens der großbürgerlichen Verschwörer jedoch vor allem einen Versuch dar, das imperialistische Herrschaftssystem vor der totalen Niederlage durch die Sowjetarmee zu retten und mit den imperialistischen Westmächten eine antikommunistische Verständigungsform zu finden. In Westdeutschland wurde dieser Putsch aber schon 1955 – entsprechend der „Totalitarismus“-Konzeption – als Ringen „um die Selbstbehauptung der Freiheit und Würde des Menschen im Konflikt mit einer entmenschlichenden und entwürdigenden Machtapparatur“[41] eingeschätzt, um daraus antikommunistisches Kapital zu schlagen.

Die staatsmonopolistische Geschichtsfälschung richtet sich drittens gegen die dialektisch-materialistischen Grundlagen des marxistischen Geschichtsbildes. Die marxistische Geschichtsauffassung erblickt in der Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse die bestimmende Grundlage für alle anderen gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse. Um ein irrationales Sendungsbewußtsein zu erzeugen, muß die imperialistische Geschichtspropaganda gegen diesen Kernpunkt des marxistischen Geschichtsbildes vorgehen. Zu diesem Zweck wird behauptet, die Wirtschaft sei in hohem Maße irrational. Sie sei das Unwägbare und nicht zu Berechnende, das die Beziehungen zwischen den Menschen bestimme.[42] In Wirklichkeit sind die gesellschaftlichen Beziehungen auch

---

40 Gesellschaftspolitische Kommentare, Bonn 1965, Nr. 10, S. 112 f.

41 H. Rothfels, „Zum politischen Vermächtnis des deutschen Widerstandes“, in: Bekenntnis und Verpflichtung, Stuttgart 1955, S. 60.

42 Protokoll des Wirtschaftstages der CDU/CSU, Bonn 1965.

im Imperialismus wissenschaftlich exakt zu bestimmen. Sie werden durch die Eigentumsverhältnisse und die Macht der Unternehmer gesetzt. Die These vom irrationalen Charakter des Wirtschaftslebens wurde gerade aufgestellt, um das Verhältnis der Klassenkräfte und das talsächliche Machtverhältnis zu verschleiern. Sie ist mit einer Mystifizierung der Rolle der Unternehmer verbunden. These 98 des angeführten Wirtschaftstages der CDU/CSU fordert alle, die an der Ordnung der Gesellschaft und an der Formung der öffentlichen Meinung mitwirken, auf, die Verpflichtung zu erkennen, sich ein objektives Bild von der Aufgabe des Unternehmers in der modernen Industriegesellschaft zu verschaffen. Das gelte vor allem für Erzieher, Geistliche, Publizisten, aber auch für die, die in Politik, Rechtsprechung und Verwaltung die Verantwortung tragen.[43] Die Behauptung vom irrationalen Charakter des Wirtschaftslebens hat keinen anderen Sinn, als von der historischen Rolle der Arbeiterklasse abzulenken, jener Klasse, die berufen ist, die gesellschaftlichen Beziehungen innerhalb und außerhalb der Produktion für jeden Werktätigen durchschaubar und veränderbar zu gestalten.

Am Beispiel der Geschichte und der Ökonomie wird so deutlich, wie grundlegende Geisteswissenschaften zur staatsmonopolistischen Manipulierung des geistigen Lebens ausgenutzt werden. Diese Manipulierung unter dem Deckmantel einer angeblichen Frontstellung gegen „Totalitarismus“ wird ebenso auf anderen Wissenschaftsgebieten praktiziert. So erklärt sich auch die Kritik westdeutscher Politologen an einer vorgeblich relativistisch-wertfreien, neutral-unpolitischen Haltung. Eines der Hauptanliegen sei es, „den wesensmäßigen Gegensatz zwischen einer rechtsstaatlich-pluralistischen Demokratie und einer diktatorisch-totalitären Autokratie zu behandeln“[44]. Der genannte Gegensatz ist jedoch für Westdeutschland nur ein scheinbarer, denn das imperialistische Staatswesen kann durchaus in Form der pluralistischen Demokratie als auch der totalitären Autokratie auftreten. Was die Politologen verschleiern, ist gerade der Übergang zwischen beiden Formen, der gegenwärtig für Westdeutschland typisch ist.

Diese Beispiele zeigen die objektiv erforderliche Verantwortung, die nicht nur die westdeutschen Historiker und Ökonomen, sondern auch die Soziologen, Politologen sowie die Vertreter anderer gesellschaftswissenschaftlicher Disziplinen und nichtsdestoweniger auch die Naturwissenschaftler und Techniker für die Entwicklung eines wissenschaftlich begründeten Perspektivbewußtseins und Geschichtsbildes der westdeutschen Bevölkerung tragen. Ihre Entscheidung für einen demokratischen Weg in der Entwicklung des geistigen Lebens an den westdeutschen Universitäten und Hochschulen ist folglich nicht nur allgemein zu politischen Fragen, sondern auch zu den Hauptentwicklungsrichtungen ihres eigenen Wissenschaftsgebietes erforderlich, die sich der Irrationalismus zu unterwerfen sucht.

Deutlich genug wurde das irrationalistische antidemokratische Wesen des staatsmonopolistischen Sendungsbewußtseins von Gerstenmaier folgendermaßen umschrieben: „Die neuen, durchaus rationalen politischen Konstruktionen militärischer und wirtschaftlicher Art müssen von elementaren Wandlungen und Bewegungen getragen werden, wenn sie geschichtliche Kraft und Bedeutung erlangen sollen. Elementar heißt in solchen Fällen nicht nur, vom parlamentarischen Verstand gebilligt, sondern ergriffen und begehrt von der Seele und dem Gefühl der Völker. Die großen Ereignisse in der Geschichte der abendländischen Völker entstammen ja fast alle nicht nur dem rationalen Kalkül oder dem Willen zur Macht, sondern Ideen, die Macht über die Herzen der Völker gewannen.“[45]

Schon darum sei es nicht erlaubt, „Nationalgefühl“ oder „Geschichtsbewußtsein“ von einem flachen politischen Rationalismus oder einem snobistischen Intellektualismus verächtlich machen zu lassen, setzte Gerstenmaier – gegen Andersdenkende drohend – hinzu und fügte sich damit in Erhards bekannte Schimpfkanonaden gegen Intellektuelle ein.

Antikommunismus, Nationalismus, Geschichtsfälschung und irrationales „Sendungsbewußtsein“ sind – auf dem Hintergrund einer imperialistischen Expansionspolitik – geistige Wurzeln für das

---

43 Ebenda.
44 Ebenda.
45 E. Gerstenmaier, Neuer Nationalismus, Stuttgart 1965, S. 97.

Anschwellen des Neonazismus. Diskriminierung humanistischer Gelehrter und Förderung alter Nazis mit Professorentiteln sind die personalpolitische Seite dieser höchst gefährlichen Entwicklungen.

Braune Kontinuität

Das Vorhandensein starker aggressiv-antidemokratischer Strömungen an westdeutschen Universitäten ist nicht zuletzt eine Folge personeller Kontinuität. Viele schwerbelastete NS-Professoren erhielten – soweit sie nach 1945 überhaupt zur Verantwortung gezogen wurden – als „131er" bevorzugt freiwerdende Lehrstühle. Von wenigen nur ist bekannt, daß sie sich von ihrem Wirken im Hitlerreich distanzierten. Wenn einzelne Vertreter der „Braunen Universität" hier genannt werden sollen, sind es nur einige unter vielen, die einmal in ihrer Person die Kontinuität der reaktionären Universitäts- und Gesellschaftstraditionen verkörpern und zum anderen Tausende von Schülern ausbilden konnten, die teilweise selbst bereits Lehrämter innehaben:

Prof. Dr. Georg Erler, Göttingen, Öffentliches Recht, Staats-, Völker- und Atomrecht.

Mitglied der NSDAP seit 1933, Gauredner der NSDAP.

Heute: Ordinarius für Völkerrecht an der Juristischen Fakultät Göttingen, Herausgeber der „Studien zum internationalen Wirtschaftsrecht und Atomenergierecht"[46].

Prof. Dr. Friedrich August Freiherr von der Heydte, Würzburg, Völkerrecht, Allgemeine Staatslehre, Politologie.

SA-Angehöriger, Befürworter eines engen Bündnisses zwischen Nazismus und Katholizismus, Oberstleutnant der Fallschirmtruppen, Träger des „Eichenlaubes zum Ritterkreuz".

Heute: Ordinarius in Würzburg und München, Direktor des „Instituts für Wehrrecht", Brigadegeneral der Bundeswehr, erklärter Gegner der Bonner Verfassung (die er 1949 in seiner Habilitationsschrift schroff ablehnte), exponierter „Ostkundler", leitendes Mitglied verschiedener militaristischer Organisationen, Mitglied des „Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Instituts für amerikanische Strategien". Mitbegründer des revanchistischen Vereins „Rettet die Freiheit"[47].

Prof. Dr. Reinhard Höhn, Harzburg, Staats- und Heeresforschung, Wirtschaftsführung.

SS-Standartenführer und wissenschaftlicher Berater des Reichsführers SS Himmler, Generalleutnant der Waffen-SS, Leiter des Amtes III des Reichssicherheitshauptamtes.

Heute: Leiter der Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft (Harzburg).[48]

Prof. Dr. Klaus Mehnert, Aachen, Politologie.

In der Hitlerzeit wie auch später Generalsekretär der „Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde", NS-Korrespondent und Vertrauensmann des Reichsaußenministeriums in Ostasien, Mitinitiator des japanischen Überfalls auf Pearl Harbour.[49]

Heute: Ordinarius für Politische Wissenschaften an der Technischen Hochschule Aachen, Mitglied des Beirates für Fragen der Entwicklungshilfe beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, führend beteiligt an einem Gegenplan zum Atomwaffensperrvertrag.[50]

Prof. Dr. Boris Meissner, Völkerrecht.

NS-Volkstumskämpfer und „Sonderführer landeseigenen Verbände" im okkupierten Estland.[51]

---

46 R. Seeliger, Braune Universität, München 1964, H. 1, S. 13.
47 A. a. O., S. 25 ff.
48 A. a. O., S. 29 ff.
49 Vgl. E. M. Zacharias, USN Secret Missions. The Story of an Intelligence Officer. New York 1946, S. 194.
50 Vgl. Graubuch – Expansionspolitik und Neonazismus in Westdeutschland, Berlin 1967, S. 81.
51 Ebenda.

Heute: Präsident des Bundesinstituts zur Erforschung des Marxismus-Leninismus und Ordinarius für Ostrecht an der Universität Köln.

Prof. Dr. Siegfried Ruff, Bonn, Luftwaffenmedizin, Physiologie.

Wegen Teilnahme an Häftlingsversuchen im KZ Dachau auf der belgischen Kriegsverbrecherliste.

Heute: Leiter des Instituts für Flugmedizin der (West-)Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt, Bad Godesberg; sein Lehramt an der Universität Bonn konnte er bis 1966 ausüben.[52]

Prof. Dr. Erich Schwinge, Marburg, Strafrecht, Militärrecht, Rechtsphilosophie.

Prominenter NS-Rechtslehrer und als Theoretiker des „Militärstrafrechts" der Hitlerwehrmacht Schreibtischmörder.

Heute: pl. Professor für Strafrecht, Prozeßrecht, Rechtsphilosophie und öffentliches Recht in Marburg (daselbst Rektor 1954-55), Mitarbeiter der „Neuen Zeitschrift für Wehrrecht"[53].

Prof. Dr. Peter-Heinz Seraphim, Bochum, Wirtschaftswissenschaften.

NS-Hauptschriftleiter der antisemitischen Zeitschrift „Weltkampf" und Mitarbeiter des „Instituts zur Erforschung der Judenfrage".

Heute: Direktor der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Bonn, Leiter des „Archivs für Ostwirtschaft", Mitarbeiter im Ministerium für „gesamtdeutsche Fragen", Verfasser zahlreicher revanchistischer „ostkundlicher" Arbeiten.[54]

Prof. Dr. Karl C. Thalheim, Westberlin, Volkswirtschaftslehre mit besonderer Berücksichtigung Ost- und Südosteuropas, Weltwirtschaftslehre.

Aktiver Nazi (NSDAP und SA), prominenter Geopolitiker, Antisemit und NS-Ostkundler.

Heute: Professor an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Westberliner Universität, Direktor der Abteilung für „Osteuropäische Wirtschaft im Osteuropäischen Institut", Direktor des Instituts für Weltwirtschaft.[55]

Prof. Dr. Hans Wenke, Hamburg/Bochum, Erziehungswissenschaft.

Propagandist des Rassismus und des Hitlerkults, der als Mitarbeiter der „Zeitschrift für Deutschkunde" Verherrlicher Hitlers und seiner Rassenpolitik war und den Hitlerkrieg als „Volkskrieg" und „Freiheitskrieg" feierte.

Heute: o. Professor der Philosophischen Fakultät in Hamburg, Gründungsrektor der Universität Bochum (1963).[56]

Prof. Dr.-Ing. Karl Winnacker, Chemie, Frankfurt-Hoechst.

Direktor im Kriegsverbrecherkonzern I. G. Farben.

Heute: Honorarprofessor an der Universität Frankfurt/Main, Ehrensenator der Universität Mainz, Generaldirektor der Farbwerke Hoechst AG, Stellvertretender Vorsitzender und Präsidiumsmitglied der westdeutschen Atomkommission, Präsident des westdeutschen Verbandes der chemischen Industrie, Mitglied des Kuratoriums der (west)deutschen Forschungsgemeinschaft.

Prof. Dr. Carl Wurster, Chemie, Ludwigshafen.

---

52 R. Seeliger, Braune Universität, a. a. O., S. 59 f.
53 A. a. O., S. 64 ff.
54 A. a. O., S. 66 ff.
55 R. Seeliger, Braune Universität, München 1966, H. 4, S. 27 bis 38.
56 R. Seeliger, Braune Universität, München 1965, H. 2, S. 68 bis 72.

Direktor im Kriegsverbrecherkonzern I. G. Farben, Mitglied des Verwaltungsrates der „Deutschen Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung (DEGESCH)“, als Verantwortlicher für die Produktion von Zyklon B für das KZ Auschwitz vor dem amerikanischen Militärtribunal in Nürnberg angeklagt.

Heute: Honorarprofessor an der Universität Heidelberg, Ehrensenator der Technischen Hochschule Karlsruhe, Ehrenbürger der Technischen Hochschule Stuttgart, Aufsichtsratsvorsitzender der Badischen Anilin- und Sodafabrik AG, Vizepräsident der Gesellschaft (west-)deutscher Chemiker, Mitglied des Wissenschaftsrates.

An dieser bei weitem nicht vollständigen Liste wird sichtbar, daß eine personelle Kontinuität im geistig-politischen Leben Westdeutschlands gerade dort augenfällig ist, wo die Wissenschaften vom staatsmonopolistischen System erneut zu aggressiv-revanchistischen Zwecken mißbraucht und die akademische Jugend irregeführt werden soll: Auf dem Gebiet der Politologie, der „Ostkunde“, des Rechtswesens und der „Wehrkunde“. Führende Konzernvertreter, die im Mißbrauch der Wissenschaften große Erfahrungen haben, nehmen dabei auf den verschiedensten Ebenen Schlüsselpositionen ein.

Bei dieser braunen Kontinuität ist es nicht erstaunlich, daß die Universität Bonn im Herbst 1966 ihrem Ehrendoktor Heinrich Lübke die Ehrensenatorwürde verlieh – gerade zu der Zeit, da der Präsident der Bundesrepublik vor aller Welt als KZ-Baumeister entlarvt worden war. Sich über alle Proteste hinwegsetzend, die gegen Lübke auch als Zwergschulpolitiker erhoben wurden, ehrten ihn Rektor und Senat mit kaum zu überbietendem Byzantinismus „wegen seiner tatkräftigen Förderung der Wissenschaften, seines außerordentlichen Verständnisses für die Belange der Hochschulen und Studenten, und weil er durch seine Autorität viel zur Achtung des Deutschen in der Welt und zur Verständigung der Völker beigetragen hat“. Es ist die gleiche Universität, die 1936 Thomas Mann die Ehrendoktorwürde entzog, aber den KZ-Häftlingsexperimentator Siegfried Ruff bis zum Frühjahr 1966 als Hochschullehrer duldete, und deren heutiger Sozialhygieniker Wilhelm Hagen als Arzt im Warschauer Getto bei der „Endlösung der Judenfrage“ eine schändliche Rolle gespielt hatte.[57]

Mitschuldig werden oder Widerstand leisten?

Es wäre einseitig, die antidemokratische Entwicklung im westdeutschen Hochschulwesen vor allem auf personelle Ursachen zurückzuführen und dabei die Illusion zu hegen, das Problem regle sich mit der altersbedingten Emeritierung einzelner Professoren. Abgesehen davon, daß die nazistisch profilierten akademischen Lehrer einen zahlreichen Nachwuchs nach ihrem Ebenbild formen konnten, bleibt als wichtigste Tatsache: Die westdeutschen Hochschulen wurden organisch in das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus institutionalisiert.

Kennzeichnend ist eine zunehmende geistige Militarisierung der Hohen Schulen Westdeutschlands. Schon vor Jahren forderte der ehemalige Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr und heutige Generalinspekteur Ulrich de Maizière von den Hochschullehrern, „Studenten über das Fachwissen hinaus“ entsprechend den aggressiven militaristischen Ambitionen des Bonner Staates zu erziehen. Sie sollten sich für den Geist der Bundeswehr mitverantwortlich fühlen und auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung die Anforderungen der Bundeswehr erfüllen.[58] Der frühere Bonner Kriegsminister Kai-Uwe von Hassel Verlangte sogar, daß jeder Erzieher selbst in der Bundeswehr gedient haben müsse.[59]

Entsprechend der außerordentlichen Bedeutung der Universitäten und Hochschulen für das Kriegspotential konzentriert die „Gesellschaft für Wehrkunde“ ihre Tätigkeit in starkem Maße auf die Erfassung und Weiterbildung der Reservisten. „Unabhängige Hochschulgruppen für Wehrkunde“ entstanden und wurden zu einem eigenen Ring zusammengefaßt. Sie arbeiten eng mit den militärpolitischen Hochschulinstituten, den Standorten der Bundeswehr, den Senatsbeauftragten für die Bundeswehr und der „Gesellschaft für Wehrkunde“ zusammen. Ihre Aufgabe besteht nicht nur darin, den

---

57 Die Zeit, Hamburg, 1966, Nr. 46.

58 Attempto, Nachrichten für die Freunde der Universität Tübingen e. V., 1963, H. 12, S. 6.

59 Wehrwissenschaftliche Rundschau, Frankfurt/Main 1965, Nr. 7, S. 420.

Reserveoffiziersnachwuchs für die Bundeswehr zu sichern, sondern gleichzeitig auch den Ungeist der Bundeswehr in die akademischen Ausbildungsstätten zu tragen. Sie sind gefährliche Quellen militaristischer Beeinflussung und Zentren des Kampfes gegen demokratische Kräfte. In enger Zusammenarbeit mit dem „Verfassungsschutz“ bespitzeln und denunzieren sie antimilitaristische und pazifistische Studenten.

Geistig findet die neonazistische Entwicklung mannigfaltigen Niederschlag. Lübkes Erklärung, die ersten Nachkriegsjahre mit den Ansätzen einer Entnazifizierung seien die „Zeit tiefster Demütigung unseres Vaterlandes gewesen“[60], fiel auf fruchtbaren Boden. Bereits vorher hatte der protestantische Moraltheologe Helmut Thielicke mit provokatorischer Direktheit namentlich Studenten aufgefordert, die Auseinandersetzung mit dem Nazismus in Westdeutschland einzustellen: „Schluß mit der Bewältigung der Vergangenheit. Wir müssen Schluß machen mit dieser Hexenjagd und diesem Hexenwahn, wenn wir nicht über dem permanenten Wühlen in unserer Vergangenheit die Bewältigung der Gegenwart und der Zukunft versäumen wollen.“[61]

Angesichts einer solchen Entwicklung ist es nicht erstaunlich, daß rechtsextremistische Umtriebe an westdeutschen Universitäten – mit graduellen örtlichen Unterschieden – immer deutlicher in Erscheinung treten. Dem Marburger Professor Werner Hofmann ist zuzustimmen, wenn er auf den Anstieg der braunen Flut hinweist, der dem System in Westdeutschland eigen ist: „Das Neue ist, daß der Rechtsextremismus sich aus einem Anhängsel der herrschenden Politik in eine seinerseits treibende Kraft verwandelt; man wird sich auf ihn berufen.“[62] Diese Erkenntnis ist auch auf das Hochschulwesen selbst als Teil des westdeutschen Gesellschaftssystems anzuwenden.

Besonders ernste Konsequenzen ergeben sich für das geistige Leben an den westdeutschen Universitäten und Hochschulen aus dem Griff der Bonner Regierung nach Atomwaffen. Jede einzelne Fachrichtung wird von dieser Entwicklung unmittelbar oder mittelbar berührt. Kiesingers Verlautbarung in der Regierungserklärung, daß der „Förderung der Forschung in Schlüsselbereichen der technischen Entwicklung, wie der Elektronik, der Atomenergie und der Weltraumforschung“ mehr Mittel zuflössen, als zur „Erhaltung von stagnierenden Bereichen“ aufgewendet würden,[63] beinhaltet ein ganzes Programm. Eine Reihe westdeutscher Physiker ist unmittelbar in die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik einbezogen, andere – besonders in der reinen Grundlagenforschung – stehen mittelbar im Dienste der nuklearen Bewaffnung. Wissenschaftsminister Stoltenberg hat in einem „Spiegel“-Interview darauf hingewiesen, daß „vor allem die Bundesrepublik in der Entwicklung moderner Atomreaktoren der nächsten Generation große Chancen hat“, und das im Unterschied „zu anderen Bereichen der Wissenschaft und Technik“[64]. Vor allem in der Herstellung sogenannter „Schneller Brüter“ sei Westdeutschland vorangekommen. Stoltenberg dementierte nicht die vom „Spiegel“ geäußerte Auffassung, daß man mit dem unter anderem aus Spanien und Südafrika importierten Uran, das in Westdeutschland in diesen „Schnellen Brütern“ zu Plutonium verarbeitet wird, „pro Jahr acht Atombomben von der Sprengkraft der Hiroshima-Bombe ... fertigen könnte“, und „Ende dieses Jahres könnten es jährlich drei Dutzend Bomben sein“. Im Gegenteil gab er zu, „auch die Anlagen entwickeln zu können, die man für den Bau von Bomben braucht“[65].

Es könnte der Eindruck entstehen, daß die Einbeziehung der Hochschulen in die atomare Forschung und damit in die Atomrüstung als abrupte Forderung erhoben würde, die eine grundlegende neue Situation schaffe. Im Gegenteil: Es muß festgestellt werden, daß seit Jahren in allen Disziplinen, die mit der Kernphysik, Raketentechnik und Weltraumfahrt verbunden sind, an der Entwicklung nuklearer Waffen und Waffenträger gearbeitet wird. Schon vor geraumer Zeit wurde erreicht, „die

60 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, vom 10.7.1966.
61 Christ und Welt, Stuttgart, vom 27.3.1964.
62 Frankfurter Rundschau vom 3.1.1967.
63 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, vom 14.12.1966, S. 1266.
64 Der Spiegel, Hamburg, 1967, Nr. 10.
65 Ebenda.

Abneigung der Hochschulinstitute gegenüber allem, was nach Wehrforschung und Freiheitsbeschränkung riecht, zu reduzieren“[66].

Nur zu einem Teil dürfte dies an der Unüberschaubarkeit der Forschungskomplexe und an der „Konvertierbarkeit“ naturwissenschaftlicher Entdeckungen liegen. Abgesehen von dem rigorosen staatsmonopolistischen Dirigismus, der nicht ohne Wirkung bleibt, muß von einem resignierenden Versagen eines Teils der naturwissenschaftlichen und technischen Hochschulintelligenz Westdeutschlands gesprochen werden. Auch die „Physikalischen Blätter“ stellten – keinesfalls entschieden verurteilend – fest: „Längst mußte sich die kritische Intelligenz resignierend an die Erkenntnis gewöhnen, daß ihre Stimme nicht zählt, und erst kürzlich konnte man in der Zeitung lesen, daß deutsche Starfighter Atombomben tragen. Aber die Politiker im eigenen Lande behaupten, keinen atomaren Ehrgeiz zu haben, wenn sie sich auch danach sehnen, Mitspracherecht und atomare Gleichberechtigung zu erhalten. Sonst, so sagen sie, fühlen wir uns diskriminiert, und das wäre schlimm.“[67]

Leider ist festzustellen, daß prominente Naturwissenschaftler und Vertreter anderer Disziplinen seit längerer Zeit aktive Propagandisten der atomaren Aufrüstung sind, zumindest aber die daraus resultierenden Gefahren verkleinern. Ein Beispiel bietet der theoretische Physiker Pascual Jordan aus Hamburg – ein Altnazi und von 1957 bis 1961 CDU-Bundestagsabgeordneter. In seinem Artikel „Atom-Angst – ein gefährlicher Ratgeber“ schrieb er an die Adresse der „Göttinger Achtzehn“, die am 13. April 1957 in einer Erklärung jede Beteiligung von Wissenschaftlern an der Herstellung, Erprobung und Anwendung von Atomwaffen schärfstens verurteilten: „Es muß sogar zusätzlich gesagt werden, daß dieses Manifest eine Äußerung von extrem unpolitischen Menschen ist, die auf Grund ihres Lebensweges fern von allem politischen Treiben über grundlegende politische Fragen bestimmt weniger urteilsfähig sind, als der durchschnittliche demokratische Staatsbürger. Die extreme Weltfremdheit, welche in der Gestaltung des Göttinger Manifestes federführend war – der Mangel an Übersicht über die Weltlage –, ist der auffälligste Charakterzug dieses Manifestes.“[68]

Manche Wissenschaftler resignieren oder lassen sich dazu mißbrauchen, „Bedenken“ gegen einen Vertrag zur Nichtweitergabe von Atomwaffen mit der Begründung anzumelden, die Bundesregierung könne nur durch ungehemmte Aufrüstung zu einer freigiebigen Förderung der Naturwissenschaften veranlaßt werden.

Immer häufiger wird leider auch die nationalistische Ansicht laut, Westdeutschland könne sich auf die Dauer als Großmacht nicht der „Diskriminierung“ eines Verzichts auf Atomwaffen aussetzen. Um so schwerer wiegt die Tatsache, daß nicht nur der greise Max Born wiederholt gegen jede Beteiligung an der militärischen Kernforschung auftrat, sondern auch neun führende Atomphysiker den Göttinger Appell mit Nachdruck bekräftigt haben. Zu ihnen zählen außer Max Born auch Werner Heisenberg, Otto Hahn und Fritz Strassmann. Letzterer äußerte, daß gerade „die letzten zehn Jahre“ ihn in seiner Überzeugung, „daß der Göttinger Appell notwendig war, nur noch bestärkt“ hätten.[69]

Für Westdeutschland wie für alle modernen Industrieländer ist eine friedliche Nutzung der Atomenergie durchaus legitim. Jedoch erfordert die Aggressivität des westdeutschen Imperialismus, das Verlangen Kiesingers, Strauß' und der sie tragenden sozialreaktionären Kräfte nach „Mitspracherecht“ im Atompool der NATO und die Gefahr des Mißbrauchs jeder wissenschaftlichen Forschung, daß gerade jeder Naturwissenschaftler entschieden für einen Vertrag gegen eine Weitergabe von Atomwaffen und für europäische Sicherheit eintritt.

Jede Fachdisziplin im westdeutschen Hochschulwesen wird von dieser Problematik berührt. Wäre es nicht sinnvoller für Mediziner und Biologen, statt Palliativmittel für den Strahlenschutz in einer radioaktiv verseuchten Wüste zu ersinnen, für die Ächtung des Atomkrieges zu kämpfen? Die Juristen sollten sich, statt an der Notstandsgesetzgebung mitzuwirken, schützend vor das Völkerrecht und die

---

66 Physikalische Blätter, Moosbach 1965. Nr. 5, S. 229.
67 Physikalische Blätter, Moosbach 1965, Nr. 12, S. 588.
68 P. Jordan, „Atom-Angst – ein gefährlicher Ratgeber“, zitiert in: Braune Universität, München 1964, H. 1, S. 33.
69 Neues Deutschland, Berlin, vom 5.5.1967.

westdeutsche Verfassung stellen. Anstelle der Illusion, durch die Politik der Stärke – wenn auch mittels eines elastischen, „konzilianten“ Antikommunismus – eines Tages die DDR annektieren zu können, sollten Wissenschaftler und Studenten aller Disziplinen dem westdeutschen Imperialismus entgegentreten.

Intellektuelle Opposition und politische Opposition der Intelligenz

Die verschiedensten einander ergänzenden Manipulationsebenen – religiöse, unkonfessionell-„seinsgläubige“, positivistische Doktrinen des Antikommunismus und Nationalismus und andere Leitbilder – vermögen nicht, die tiefen Widersprüche im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus auf geistigem Gebiet zu überdecken. Diese Widersprüche treten auf mannigfache Art in das Bewußtsein der Intelligenz. Vor allem ist es der unversöhnliche Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Wissenschaft und ihrer monopolistischen Nutzung durch den Imperialismus gegen das Volk und gegen die Menschheit, der – allen Narkotisierungsversuchen zum Trotz – an das Gewissen vieler Wissenschaftler rührt. Nur skrupelloses Karrieretum, gepaart mit massiver Korruption, vermag humanistische Bedenken zu verdrängen. Allerdings fällt es Angehörigen einer der bürgerlichen Welt verhafteten Intelligenz nicht leicht, sich dem Sog der Manipulation zu entziehen und die staatsmonopolistischen Grundlagen des Gesellschaftssystems in Westdeutschland zu durchschauen, das den Frieden, das Leben der Nation und das humanistische Anliegen der Wissenschaft bedroht. Die Erkenntnis dieser gesellschaftlichen Zusammenhänge führt aber auch nicht automatisch zu einer Bereitschaft zum Kampf gegen die Politik der herrschenden Kreise dieses Gesellschaftssystems. Ist der Wille subjektiv vorhanden, hängt die Wahl der Wege und Mittel nicht nur vom geistigen Standpunkt, sondern auch vom Ausmaß der persönlichen Erfahrungen ab.

Die in Westdeutschland viel zitierte „intellektuelle Opposition“ ist zumeist eine Scheinalternative gegen die staatsmonopolistische, alles Geistige versklavende Macht. Sie wird als individuelle oder korporative akademische Aktion verstanden, als platonisches Engagement an eine abstrakte Humanitas, nicht aber als konkret gesellschaftliche Bewegung mit dem Ziel, demokratische Veränderungen in den gesellschaftlichen Verhältnissen herbeizuführen, das heißt, die Macht des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems durch Aktionen der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten anderen Schichten des Volkes zu brechen. Die akademische Erscheinungsform dieser Opposition wird von einer Gruppe progressiver westdeutscher Akademiker wie folgt kritisch beurteilt: „Verantwortung wird, ohne sich praktisch aktualisieren zu müssen, zur geistigen Eigenschaft der Akademiker und ist so die allgemeine Formel für den Glauben, der Akademiker sei für jedwede Entscheidung – auch wenn sie die fachlichen Grenzen übersteigt – in erhöhtem Maße zuständig und befähigt. Von der anderen Seite her, vom Selbstverständnis akademischer Berufe als geistiger Elite, läßt der Begriff der Verantwortung den Anspruch erkennen, diese erhöhte Entscheidungskompetenz nun auch in Herrschaft umzusetzen, zumindest das Mitbestimmungsrecht streitig zu machen; das Geistige ist für die Vertreter dieses Typs auch zugleich konkret gesellschaftliches Monopol: Die Gesellschaft hat es zu prämiieren mit Einkommen, Macht und Ansehen.“[70] Gegen diese Position müssen grundlegende Einwände erhoben werden:

– Diese elitären Auffassungen verwandte Konzeption verhindert ein echtes Bündnis mit der stärksten und entscheidendsten Kraft der westdeutschen Gesellschaft: mit der Arbeiterklasse. Mitunter wird dieses Bündnis verbal bejaht, aber faktisch verhindert, indem im politischen Kampf Hegemonieforderungen der Intelligenz erhoben werden, die Arbeiterklasse als Anhängsel oder Instrument der „intellektuellen Opposition“ betrachtet beziehungsweise von anarchisch-voluntaristischen Positionen aus der Passivität bezichtigt wird.

– Im Grunde ist eine sich von der Arbeiterklasse isolierende intellektuelle Opposition konservativ: Sie betrachtet sich am Ziel, wenn der Intellektuelle zur institutionellen Mitarbeit und Mitentscheidung herangezogen wird, wie es gerade bei den „Scientifizierungs“-prozessen im staatsmonopolistischen Kapitalismus in immer stärkerem Maße der Fall ist.

---

70 W. Nitsch/U. Gerhardt/C. Offe/U. K. Preuß, Hochschule in der Demokratie, Westberlin und Neuwied 1965, S. 321.

– Daraus folgt eine Tendenz zur Aussöhnung mit der staatsmonopolistischen Wirklichkeit, „denn gerade die Verhinderung von Konflikten wird dem individuellen Aufstieg dienlicher sein als der Versuch, an gegebenen Machtverhältnissen, Organisations- und Arbeitsformen etwas zu ändern.“[71]

Diese Verbindung von extremem Individualismus und Anarchismus einerseits, saturierter Anpassung andererseits mag manchem westdeutschen Studierenden überspitzt vorkommen. In der Tat aber ist die Entwicklung des radikalistischen Ultrarevolutionärs der ersten Semester zum saturierten Konformisten leider nicht atypisch.

Ernst zu nehmen ist hingegen jede echte demokratische politische Opposition von Teilen der westdeutschen Hochschulintelligenz, die – zumeist mit pluralistischer Motivation – gegen die Politik oder einzelne Seiten des staatsmonopolistischen Kapitalismus Stellung nimmt. Der Hauptstoß dieser demokratischen Kräfte ist gegen die Notstandspolitik der Bundesregierung gerichtet, gleichzeitig aber auch gegen die revanchistische Ostpolitik Bonns, gegen das Engagement im Vietnamkrieg und für eine Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik bei Verzicht auf die Alleinvertretungsanmaßung Bonns. Bedeutsam an dieser Opposition ist, daß sie sich aus Vertretern der verschiedensten Fachdisziplinen rekrutiert, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern, Soziologen, Juristen, Psychologen, Philosophen, Theologen, Medizinern, Naturwissenschaftlern u. a. Echt ist diese Opposition insofern, als ihre Vertreter zu wiederholten Malen an die Gewerkschaften als an die wichtigsten legalen Organisationen der westdeutschen Arbeiterklasse appellierten und deren Funktionäre aufforderten, die spezifischen Kampfmittel der Arbeiterklasse einzusetzen. Die Tatsache, daß Vertreter einer Reihe für den staatsmonopolistischen Kapitalismus wichtiger Fachdisziplinen wiederholt ein gewichtiges Wort gegen die Bonner Politik erhoben, hat verschiedene Ursachen. Widersprüche zwischen ihrem sozialreaktionären Auftrag und eigenen Lebenserfahrungen mit dem deutschen Imperialismus wirken mit. Offensichtlich kommen Gelehrte auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften durch eigene Forschung zu Ergebnissen, die der Bonner Politik zuwiderlaufen.

In welchem Maße bei bürgerlichen Gelehrten die Macht eigener politischer Erfahrung wirksam ist, zeigt sich bei Karl Jaspers. Dieser Philosoph, dessen weltanschauliche Konzeptionen keinerlei ideologische Bündnisaspekte vom Standpunkt des Marxismus eröffnen, hat in seiner politischen Kritik Erkenntnisse, von denen Walter Ulbricht sagte, daß sie im Prinzip mit unseren Auffassungen übereinstimmen. Unbeugsam ist seine Ablehnung der Notstandsgesetzgebung, entschieden sein Kampf gegen jede Grenzrevision. In der Antwort auf Angriffe gegen sein Buch „Wohin treibt die Bundesrepublik?“ und seine Proteste gegen die Wahl des Nazi Kiesinger zum Bundeskanzler schreibt er: „Dieses Nichtanerkennen der Grenzen ist an sich eine Friedensbedrohung. Denn wenn ich eine Veränderung der Grenzen verlange, die de facto nicht stattfinden wird und bei keiner Überlegung zu erwarten ist, so bedeutet das, mag man sagen, was man will, aus der Natur der Sache eine Kriegsdrohung.“[72]

Trotz vieler Vorbehalte tritt Jaspers auch für eine Freundschaft „mit dem Osten“ ein. Jaspers, der vor einem Jahrzehnt in der westlichen Welt noch als gefeierter offiziöser Philosoph galt, ist einem Kesseltreiben der Bonner Ultras ausgesetzt. Von seriös akademischer Seite wird ihm Hang zu maßloser Kritik vorgeworfen; seine Auffassung, die kommunistische Gefahr sei ein Phantom, und sein Nein zu den Notstandsgesetzen werden als „Beispiele für kurzschlüssiges Argumentieren“ diffamiert.[73] Das Straußblatt „Bayern-Kurier“ bezeichnet Jaspers Mahnungen als „unwahr und hämisch“, er habe den Schritt vom „Erhabenen zum Lächerlichen“ vollzogen.[74]

Hoch anzuerkennen ist das Wirken namhafter Intellektueller gegen das widerrechtliche Verbot der KPD. Trotz unterschiedlicher weltanschaulich-politischer Standorte reifte zum Beispiel bei so prominenten Vertretern des westdeutschen Geisteslebens wie Martin Niemöller, Helmut Ridder, Walter Fabian, Renate Riemeck, Wolfgang Abendroth die Erkenntnis, daß die KPD im Interesse einer

---

71 A. a. O., S. 223.

72 K. Jaspers, Antwort zur Kritik der Schrift „Wohin treibt die Bundesrepublik?“, München 1967, S. 124.

73 B. Sutor, „Existenzphilosophie und Politik“, Das Parlament, Beilage – Aus Politik und Zeitgeschichte. Bonn, vom 17.4.1967.

74 Bayern-Kurier, München, vom 7.1.1967.

demokratischen Entwicklung in Westdeutschland wieder zugelassen werden muß. „Kommunisten kann man verfolgen“, erklärte Renate Riemeck, „ausrotten kann man sie nicht. Das Verbot der KPD ist nicht ein Schutz für die Demokratie, kann aber eine Gefahr für sie sein, wie man an Spanien, Portugal und Griechenland sieht.“[75]

Die Hetze der Reaktion gegen aufrechte Intellektuelle, ihre Diffamierung als Pro-Kommunisten sollte der politischen Opposition der Intelligenz Anlaß sein,

– ihre Reihen und das Bündnis mit der Arbeiterklasse zu festigen;

– formaldemokratische Illusionen bezüglich des Bonner Herrschafts- und Gesellschaftssystems fallenzulassen;

– bei Wahrung der Achtung der unterschiedlichen Standorte in Marxisten und Kommunisten keine Feinde, sondern Verbündete und Freunde zu sehen.

Walter Ulbricht sagte in seinem Referat auf dem VII. Parteitag der SED: „Wir haben verschiedene Ziele, verschiedene Weltanschauungen und auch verschiedene theoretische Auffassungen. Wenn aber die Entwicklung so gefahrdrohend ist, wie es Professor Jaspers annimmt und wie es offenbar auch von großen Teilen der westdeutschen Intelligenz eingeschätzt wird, so suchen wir natürlich als Realpolitiker einen Weg der Verständigung aller humanistisch-demokratisch gesinnten Kräfte, um die Erfolgschancen des Kampfes gegen Militarismus, Neonazismus und oligarchische Herrschaft zu erhöhen.“[76]

Marxismus auf der Tagesordnung

Für die Tatsache, daß der Marxismus-Leninismus auch in Westdeutschland auf der Tagesordnung steht, gibt es viele Gründe. Natürlich wirken hier bei die Existenz des sozialistischen Weltlagers und der erfolgreiche sozialistische Aufbau in der DDR wesentlich mit, und zwar in immer stärkerem Maße. Der Sozialismus ist in der Welt zur stärksten gesellschaftlichen Kraft geworden. Aber die objektiven Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft selbst, ihr Klassenantagonismus, die Verschärfung aller Widersprüche bei zu Ende gehender Prosperität bedingen, daß der Marxismus-Leninismus auch in Westdeutschland nicht überwunden werden kann, da sich seine sozialen Entwicklungsbedingungen ständig neu produzieren und ausprägen. Der Staatsratsvorsitzende der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, wies bereits vor Jahren auf die Unaufhaltsamkeit dieses Prozesses hin: „Trotz der wachsenden antikommunistischen Propaganda sehen wir, daß die marxistische Lehre durch die verschiedensten Türen und Ritzen in die Arbeiterbewegung, in die Gesellschaftswissenschaften und in das kulturelle Leben in Westdeutschland eindringt.“[77]

Dieser Prozeß vollzieht sich vielschichtig und widerspruchsvoll: Zweifellos gibt es echt wissenschaftliches Interesse bei dem fortschrittlichen Teil der Intelligenz, das sich in dem Verlangen ausdrückt, den Schleier der Manipulierung beiseite zu schieben und diesen verketzerten geistigen „Hauptfeind“ sachlich und objektiv kennenzulernen. Damit reift auch in unterschiedlichem Maße, namentlich unter den demokratischen Studenten, die Erkenntnis, daß der Marxismus-Leninismus in faszinierender Klarheit Antwort auf alle Fragen gibt, die das Leben selbst stellt und die sich von anderen Positionen aus als unbeantwortbar erweisen. Weit häufiger ist allerdings gerade an den Universitäten die Tendenz, die Attraktivität der bürgerlichen Weltanschauung durch Adaptation marxistischer Teilaussagen zu erhöhen und gleichzeitig den Marxismus für den bürgerlichen Standpunkt „ungefährlich“ zu machen. Letztere Position konvergiert gelegentlich mit der subjektiv ehrlichen Erkenntnis, daß eine humanistische Orientierung nicht an der geistigen Kraft des Marxismus vorbeizugehen vermag, ohne sich selbst aufzugeben. Das reflektiert die Tatsache, daß eine kämpfende Arbeiterschaft die stärkste humanistisch-demokratische Kraft ist und allein der Marxismus den Humanismus aus verschwommenen Idealen zur realen Wirklichkeit zu gestalten vermag. Jedoch ist jede bürgerliche

---

75 Neues Deutschland, Berlin, vom 7.5.1967.

76 W. Ulbricht, Die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR bis zur Vollendung des Sozialismus, Berlin 1967, S. 38.

77 W. Ulbricht, Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der SED, Berlin 1963, S. 183.

„Marxrezeption“ von vornherein zum Scheitern verurteilt, da sie den grundlegenden Gegensatz zwischen bürgerlicher und sozialistisch-proletarischer Ideologie niemals aufzugeben vermag.

Über den Platz des Marxismus-Leninismus im geistigen Leben Westdeutschlands wird allerdings nicht allein und nicht einmal in erster Linie an den Hochschulen entschieden. Er wird vom Maß des Bewußtseins der Kraft der Arbeiterklasse bestimmt, die der wichtigste Träger dieser wissenschaftlichen Weltanschauung ist. Wichtig ist hierbei allerdings die Bereitschaft und Fähigkeit der progressiven Intelligenz, sich mit der Arbeiterklasse zu verbinden. Die Forderung nach akademischer Freiheit muß sich daher nicht zuletzt gegen das System geistiger Knebelung wenden, das den Marxismus-Leninismus von westdeutschen Universitäten und Hochschulen verbannt. Die Studenten haben ein Recht, die marxistischen Lehren nicht durch entstellende und verfälschende Angaben und Kommentare kennenzulernen. Nicht Feinde des Marxismus sollen sie mit dessen Grundlagen bekannt machen, sondern Marxisten selbst. Auch in Seminararbeiten und Dissertationen muß ihnen die Möglichkeit gegeben werden, sich unbefangen und vorurteilsfrei mit der marxistischen Gesellschaftswissenschaft und Weltanschauung zu beschäftigen. Auch Nichtmarxisten müßten diese Forderung nach geistiger Freiheit anerkennen und im Namen der Demokratie zu ihrer eigenen machen. Das wäre die wichtigste Aufgabe des Kampfes gegen die geistige Manipulierung und Uniformierung des akademischen Bürgers und könnte gleichzeitig eine feste Front gegen die neonazistische Ideologie zustande bringen, die sich ebenso wie in der Zeit von Weimar gerade in der Atmosphäre des Antikommunismus und militanter Marxismusfeindlichkeit entwickelte. Resignation und akademische Scheuklappen führen nicht aus der Sackgasse heraus, denn – läßt Brecht Galilei sagen:

„Es setzt sich nur soviel Wahrheit durch, als wir durchsetzen; der Sieg der Vernunft kann nur der Sieg der Vernünftigen sein.“

4. Kapitel: Die Universität in den Fesseln der Macht des Bonner Staates

Der Übergang des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland zur verschärften Expansion findet unter anderem seinen Ausdruck in einem konzentrierten Einsatz der Machtmittel des Staates im Innern und nach außen. Der Ausbau des „formierten" Herrschaftssystems, der Übergang zu offen diktatorischen Methoden der Machtausübung, wie sie in den Notstandsgesetzen und in dem Plan einer „Reform der Demokratie" enthalten sind, sollen die innenpolitischen Voraussetzungen für die expansionistische Flucht nach vorn schaffen.

Den herrschenden Kreisen Westdeutschlands genügen die ohnehin schon autoritären Herrschaftsformen, die sie mit der Restaurierung des staatsmonopolistischen Kapitalismus eingerichtet haben, nicht mehr. Von ihrer Gründung an war die westdeutsche Bundesrepublik weder ein demokratischer noch ein sozialer Rechtsstaat. Die Verfassungswirklichkeit stimmte mit dem Text des Grundgesetzes noch nie überein. Herrschaft der Hundert und Demokratie des Volkes aber sind unvereinbare Gegensätze. Daher werden gegenwärtig selbst noch verbliebene Reste bürgerlich-demokratischer Rechte und Freiheiten abgebaut. Die bürgerliche Demokratie wird zu einem Hindernis für das Vorhaben der herrschenden Klasse, alle ökonomischen, wissenschaftlich-technischen und politischen Ressourcen für die Expansion zu formieren und das staatsmonopolistische Herrschaftssystem gegen die demokratischen, oppositionellen Kräfte Westdeutschlands – insbesondere gegen die Arbeiterklasse – abzusichern. Die sogenannte innere Staatsreform mit dem Ausbau des Systems der Kanzlerdiktatur, der Verwaltungsreform, den Wirtschaftsermächtigungsgesetzen und der Haushalts- und Finanzreform, dem System von Notstandsgesetzen und Notverordnungen, der Strafrechts- und Wahlrechtsform läuft auf eine völlige Aufhebung der bestehenden Verfassungsordnung hinaus.[1]

Der Ausbau des staatlichen Dirigismus, die bürokratische Zentralisierung der Machtausübung und die Vernichtung der Reste bürgerlich-demokratischer Rechte und Freiheiten erstrecken sich auf alle Teilbereiche des gesellschaftlichen Lebens. Der Bonner Staat ist mit den Monopolen verschmolzen und erweitert ständig seine Machtvollkommenheit als Willensvollstrecker der Finanzoligarchie. Er hat seine direkte ökonomische Funktion ausgebaut und vervollkommnet seit einigen Jahren auch seine Wissenschafts- und hochschulpolitische Funktion. Die Formierung des Universitätswesens im Sinne des imperialistischen Systems mit ideologischen und die Steuerung der Forschung und Ausbildung mit ökonomischen Mitteln werden durch ein ganzes System von staatlichen Maßnahmen ergänzt und erweitert, die die Universitäten in die Fesseln der Macht des Bonner Staates schlagen. Längst hat der westdeutsche Staatsapparat aufgehört, das bestehende bürgerliche Hochschulsystem lediglich zu konservieren und gegen demokratische Bestrebungen abzusichern. Um das Hochschulwesen Westdeutschlands entsprechend den Profil- und Machtinteressen der herrschenden Klasse zu gestalten und durchzuorganisieren, tritt er immer stärker in Erscheinung und in Aktion.

Wie für die „innere Staatsreform" im allgemeinen so wird auch für den Ausbau des staatlichen Dirigismus im Hochschulwesen von seiten der Finanzoligarchie und ihrer Beauftragten in der Bürokratie als Begründung angeführt, daß der wissenschaftlich-technische Fortschritt eine ihm gemäße Anpassung der Formen und Methoden staatlicher Planung und Leitung der Wissenschaft verlange. Sie versuchen zu suggerieren, das stärkere Eingreifen des Staates in die Belange der Wissenschaft geschehe, weil die Regierung die Bedeutung von Wissenschaft und Bildungswesen als wichtigste Sozialinvestition erkannt habe, weil sie wissenschaftsbewußt geworden sei und Vorsorge für die Zukunft treffen müsse.

In Wirklichkeit geht es den Herrschenden darum, die vom Bundesbericht Forschung I geforderte Einordnung aller Förderungsmaßnahmen für Wissenschaft und Bildung „in die großen Ziele der Gesamtpolitik" mittels staatlicher Macht voranzubringen. Ein beredtes Zeugnis dessen, was Monopole und Militärs von der Bonner Regierung auf wissenschaftspolitischem Gebiet erwarten, ist eine Denkschrift des Verbandes Technisch-wissenschaftlicher Vereine, die vom Nazi- und Bundeswehr-Gene-

[1] Vgl. Bericht des Zentralkomitees und Bericht der Zentralen Revisionskommission an den VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1967; vgl. ferner Graubuch – Expansionspolitik und Neonazismus in Westdeutschland. Eine Dokumentation. Hrsg. Nationalrat der Nationalen Front, Berlin 1967, S. 176 ff.

ral a. D. Hans Speidel und vom Chef des Unternehmer-Verbandes Siegfried Balke konzipiert wurde. Darin wird offen erklärt, „daß wirtschaftliches, wissenschaftliches und militärisches Potential untrennbar verbunden sind“ und es wird gefordert, „daß die Außenpolitik auch die Wissenschaftspolitik immer mehr ... in ihre Entscheidungen einbeziehen“ müsse.[2]

Die Hauptlinien der Forschung, Ausbildung und ideologischen Beeinflussung im westdeutschen Hochschulwesen sind auf das imperialistische Expansionsprogramm, auf den Ausbau der formierten Herrschaft und auf die materiell-technische, personelle und ideologische Kriegsvorbereitung ausgerichtet. Diese Linien durchzusetzen und oppositionelle Kräfte zu neutralisieren oder auszuschalten, das ist die Aufgabe, die die Monopole dem westdeutschen Staat, dem Hochschulrecht und der Hochschulrechtsideologie gestellt haben. Forschungsminister Gerhard Stoltenberg erklärte in der Sitzung des Bundestages vom 12. Oktober 1966, die Forschungsplanung könne nicht nur die Planung der Forschungsfinanzierung, sondern müsse auch die zahlreichen übrigen materiellen, organisatorischen und administrativen Voraussetzungen guter wissenschaftlicher Arbeit mit einbeziehen.

Keine der bereits eingeführten oder geplanten Maßnahmen des imperialistischen Systems zur inneren Staatsreform klammert das Hochschulwesen aus. Alle beziehen direkt oder indirekt das Hochschulwesen in den konzentrierten Machteinsatz des Bonner Staates ein. Darüber hinaus aber werden die Fesseln der Macht des Bonner Staates gegenüber den Universitäten und Hochschulen in dreifacher Beziehung fester geschmiedet:

– Der staatliche Dirigismus wird zu einem bürokratisch-zentralisierten Lenkungsmechanismus von der Bonner Regierung bis hin zu den einzelnen Universitäten und Hochschulen und ihren Einrichtungen ausgebaut.

– Mit Hilfe verbindlicher staatlicher Weisungen werden die Hochschulen und ihre Angehörigen zur aktiven Verfechtung der expansionistischen Außenpolitik verpflichtet.

– Hochschulrechtliche Institutionen und Ideologien werden so angelegt, daß sie den staatlichen Dirigismus ermöglichen und die Hochschulintelligenz vom Ringen um demokratische Veränderungen fernhalten sollen.

Die Universität unter dem Diktat des Staates der Monopole

Seit Ende der fünfziger Jahre baut die herrschende Klasse in Westdeutschland ganz systematisch den staatsmonopolistischen Lenkungs- und Leitungsmechanismus im Hochschulwesen aus. Dem Primat der Politik auch in der „Förderung“ von Wissenschaft und Hochschulwesen entspricht, daß der Bonner Staat im System der staatsmonopolistischen Beherrschung des Hochschulwesens zum entscheidenden Hebel ausgestaltet wird. Der generelle Wesenszug der heutigen imperialistischen Herrschaft in Westdeutschland – mit der Erhöhung der Funktionen des Staates eine Zentralisierung und Bürokratisierung zu verbinden –[3] gilt auch in vollem Umfang für das hier zu untersuchende Gebiet.

Kennzeichen des Ausbaus des staatlichen Dirigismus im Hochschulwesen sind insbesondere:

– Die wissenschafts- und hochschulpolitische Kompetenz der Bonner Zentrale wird ausgebaut, um die politische Gesamtkonzeption der herrschenden Klasse schneller und effektiver durchsetzen zu können.

– Der Kulturföderalismus ist ausgehöhlt und wird faktisch beseitigt; die Kultusverwaltungen der Länder sind praktisch nachgeordnete Organe der Bonner Regierung geworden.

– Die Weisungs- und Kontrollbefugnisse der Kultusministerien der Länder gegenüber den Universitäten und Hochschulen werden erweitert.

– Die sogenannten Selbstverwaltungsrechte der Universitäten und Hochschulen werden weiter eingeschränkt. Eine innere Verwaltungsreform paßt die Leitungsstruktur der Universitäten und Hoch-

---

2 Hochschul-Dienst, Bonn 1967, Nr. 4, S. 7.

3 Vgl. Autorenkollektiv, Imperialismus heute – Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland, Berlin 1965, S. 198 ff.

schulen den Bedingungen der vertikalen Steuerung des Hochschulwesens von der Bonner Regierung bis zu den einzelnen Fakultäten und Instituten an.

Die Zentralisierung der wichtigsten Wissenschafts- und hochschulpolitischen Entscheidungen in der Bundesregierung wurde in den letzten Jahren besonders forciert.

Westdeutschland ist seiner staatsrechtlichen Struktur nach ein Bundesstaat (Art. 20 Bonner Grundgesetz), in dem die Gesetzgebungskompetenz in Kultur- und Bildungsangelegenheiten bei den Bundesländern liegt. Nach der Konstruktion des Grundgesetzes hat der Bund unter anderem nur die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz auf dem Gebiet der Förderung der wissenschaftlichen Forschung (Art. 74 Ziff. 13 Grundgesetz). Die nach dem Grundgesetz sehr schwachen Kompetenzen der Bundesbehörden in Bildungs- und Wissenschaftsfragen sind durchaus nicht das Ergebnis eines Kampfes demokratischer Kräfte der westdeutschen Bevölkerung gegen die obrigkeitsstaatliche Lenkung in der Wissenschafts- und Bildungspolitik. Der gesamte föderative Aufbau des westdeutschen Staates wie auch die „Kulturhoheit“ der Länder sind im Gegenteil nach den damaligen Interessen des wiedererstehenden deutschen Imperialismus und der westlichen Besatzungsmächte entstanden. In der Zeit, da die Gründung der Bundesrepublik vorbereitet und das Grundgesetz ausgearbeitet – das heißt, da Westdeutschland vom deutschen Nationalverband abgespalten wurde –, sahen die Monopolgruppen eine größere Chance für die Restaurierung ihrer ökonomischen und politischen Machtpositionen bei einem föderativen Staatsaufbau der Bundesrepublik. Sie hatten ein unbedingtes Interesse daran, von vornherein die entstehende antifaschistisch-demokratische Volksbewegung zu lokalisieren und schließlich zu zerschlagen. Die westlichen Besatzungsmächte versprachen sich durch den Föderalismus eine Schwächung des potentiellen Konkurrenten. Die Kommunistische Partei Deutschlands und auch die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands haben damals diese Pläne entlarvt und sind gegen sie aufgetreten.[4]

Der föderalistische Aufbau der westdeutschen Bundesrepublik wurde jedoch zu einem Hemmnis, je mehr sich das staatsmonopolistische Herrschaftssystem wieder etablierte und sein Lenkungsinstrumentarium aufbaute. Das föderalistische Prinzip in der Kulturpolitik Westdeutschlands wird seit Jahren durchlöchert. Die zentralen staatlichen Machtbefugnisse werden forciert ausgebaut. Bund und Länder wirken in verschiedenen Gremien zusammen, wobei die Länder zu einem „bundesfreundlichen Verhalten“ verpflichtet sind.

Die Erhöhung der Vollmachten der Bundesexekutive in der Wissenschafts- und Hochschulpolitik – die Einrichtung eines Ministeriums für wissenschaftliche Forschung, die Erweiterung der Kompetenzen der Kulturabteilung des Innenministeriums und die Gründung eines Wissenschaftskabinetts – ist im Grunde verfassungswidrig. Zugleich wurden die direkten Einflußmöglichkeiten des Kriegsministeriums auf Forschung, Lehre und Erziehung im Zuge der Militarisierung des westdeutschen Hochschulwesens größer. Der Minister ist Mitglied des Wissenschaftskabinetts, hohe Beamte dieses Ministeriums sind im Wissenschaftsrat und in anderen staatsmonopolistischen Lenkungsorganen vertreten. Das sogenannte Verteidigungsministerium vergibt Forschungsaufträge an Universitäten und Hochschulen. Der Minister und hohe Offiziere der Bundeswehr traten wiederholt vor Rektoren und Professoren auf, um sie zu veranlassen, den Belangen der aggressiven Militärpolitik in Forschung und Erziehung Rechnung zu tragen. In Gestalt der „Hochschulgruppen für Wehrkunde“ und der „Gesellschaft für Wehrkunde“ besitzen Kriegsministerium und Bundeswehr wirksame Instrumente für die geistige Militarisierung des westdeutschen Hochschulwesens.

Bund und Länder wirken in Wissenschafts- und Hochschulfragen über eine Reihe von Verwaltungsabkommen zusammen. Die Geschichte dieser Abkommen belegt, daß die Bundesregierung die Abhängigkeit der Länder von Bundeszuschüssen für die Finanzierung des Hochschulwesens immer ausgenutzt hat, um ihr hochschulpolitisches Schwerpunktprogramm durchzusetzen. Die geplante Finanzreform wird die finanzielle Abhängigkeit der Länder vom Bund noch erhöhen und weitere Möglichkeilen des politischen und hochschulpolitischen Druckes auf die Länder schaffen.

---

[4] Vgl. die eingehende Darstellung dieser Problematik bei J. Henker/K.-H. Werner, „Die Krise der Praxis und Ideologie des westdeutschen Föderalismus“, Staat und Recht, 1965, Nr. 3, S. 370 ff.

Ein Ausdruck der Zentralisierung ist ebenfalls die Schaffung und die Tätigkeit der Ständigen Kultusministerkonferenz. Über ihren Hochschulausschuß, dem die Hochschulreferenten der Länder angehören, werden koordinierte und einheitliche Maßnahmen der Hochschulpolitik festgelegt und gegenüber den Universitäten durchgesetzt. Die Kultusministerkonferenz war in den Jahren 1966/67 besonders bemüht, die Verwirklichung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums an den Universitäten und Hochschulen durchzudrücken. Eine gemeinsame Kommission von Kultusministerkonferenz und Westdeutscher Rektorenkonferenz hat an mehreren bundeseinheitlichen Diplomprüfungsordnungen gearbeitet.

Sogar in solchen Detailfragen wie dem Modus der Zulassung zum Studium an den überfüllten Medizinischen Fakultäten legte die Kultusministerkonferenz die Linie verbindlich fest. In Abstimmung mit den zentralen Bundesbehörden wurden zum Beispiel zentrale Bedarfserhebungen angestellt und Planungen für den Ausbau des Bildungswesens entworfen. An Tagungen der Kultusministerkonferenz nehmen häufig Bundesminister, darunter auch der Kriegsminister, teil. Die „Richtlinien für die Behandlung des Totalitarismus im Unterricht“ vom 5. Juli 1962 sind der Leitfaden der Ständigen Kultusministerkonferenz für die antikommunistische Verhetzung der Jugend. In diesen Richtlinien wird bei oberflächlicher Kritik des Nazismus das Schwergewicht darauf gelegt, die sozialistische Ordnung in der DDR und in der Sowjetunion als „kommunistische Gewaltherrschaft“ zu verunglimpfen und die Politik der friedlichen Koexistenz der sozialistischen Staaten als „Doppelzüngigkeit“ und „Mißbrauch der Friedenssehnsucht der Völker“ zu verleumden.

Wenn es auch in einzelnen Fragen, zum Beispiel Finanzfragen, innerhalb der Kultusministerkonferenz und zwischen ihr und dem Bund nicht selten zu divergierenden Auffassungen gekommen ist, weil es Sonderinteressen und unterschiedliche finanzielle Leistungsfähigkeiten der einzelnen Länder gibt, so ist die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder der westdeutschen Bundesrepublik doch insgesamt zu einem auf die Bonner Linie festgelegten Gremium und zu einem Instrument der Gleichschaltung des Hochschulwesens geworden. Schon in ihrer Zusammensetzung weist sich die Kultusministerkonferenz als ein Organ der völkerrechtswidrigen Expansion aus: Ihr gehört Westberlin an, obwohl es nicht ein Land der Bundesrepublik, sondern ein Territorium mit einem besonderen politischen Status ist. Diese Praxis rechtswidriger Ausdehnung ihres Macht- oder Einflußbereiches auf ein Gebiet, das nicht zu Westdeutschland gehört, üben auch andere wissenschaftslenkende Gremien, wie Wissenschaftsrat, Bildungsrat und Westdeutsche Rektorenkonferenz.

Indessen reicht die Konstruktion einer koordinierenden Kultusministerkonferenz den herrschenden Kreisen nicht mehr aus. Sie besitzt formell kein Weisungsrecht gegenüber den einzelnen Ministerien und Hochschulen. Auch sie erwies sich in der Praxis als wenig geeignet, langfristige Planungen zu erarbeiten. Deshalb gründeten die herrschenden Kreise andere zentrale Gremien wie den Wissenschaftsrat und den Bildungsrat. In ihnen wirken Vertreter der Monopole, der Ministerialbürokratie von Bund und Ländern und Wissenschaftler mit. Die zentralistische Koordinierung in der staatlichen Linie wird in diesen Räten effektiver vorbereitet, wenn sie auch formell keine Weisungsbefugnisse haben. Der Bonner Präsident Lübke lobte am 26. Januar 1967 die bisherige Tätigkeit des Wissenschaftsrates, die dieser im Interesse der herrschenden Klasse leistete, mit folgenden Worten: „Er hat der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern und damit dem Ausbau unserer Hochschulen und Forschungseinrichtungen den Weg bereitet ... So konnte aus dem vielfach unkoordinierten Nebeneinander ein bewußtes und erfolgversprechendes Miteinander werden.“[5]

Lübke versucht jedoch bewußt die Öffentlichkeit zu täuschen, wenn er den Wissenschaftsrat als „freies Gremium“ bezeichnet, das sich aus „unabhängigen Vertretern von Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung“ zusammensetzt. Insofern strebt der Wissenschaftsrat allerdings nach „Unabhängigkeit“, als er sich mehr und mehr von seinen ihm im Verwaltungsabkommen gestellten Aufgaben und vom Willen der Mehrheit der Hochschullehrer und der Studentenschaft löst. Ohne Zweifel ist seine Aktivität für eine Neuordnung des Studiums eine Überschreitung seiner Kompetenzen; charakteristisch ist auch die undemokratische Weise des Zustandekommens der entsprechenden Empfehlung.

5 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, vom 17.2.1967.

Die Hochschullehrer wurden erst informiert, als die Empfehlung bereits verabschiedet war; die Diskussion der Hochschullehrer stand unter dem Druck einer gelenkten Pressekampagne und unter der staatlichen Direktive, nur noch das „Wie“ ihrer Verwirklichung zu erörtern.

Der nächste Schritt, die Zentralisierung zu vollenden und den Föderalismus im Bereich der Wissenschaft und des Bildungswesens offen aufzuheben, wird die Erweiterung der exekutiven Funktion der Bundesregierung sein. Die Monopole fordern seit einiger Zeit eine Grundgesetzänderung; auch die sozialdemokratische Partei und die FDP drängen auf eine Konzentrierung der Wissenschafts- und bildungspolitischen Befugnisse in einem Ministerium für Wissenschaft und Bildung.[6] Es ist wahrscheinlich, daß mit der Änderung der Finanzverfassung die Wissenschafts- und Hochschulpolitik als „Gemeinschaftsaufgabe“ deklariert und auf diesem Wege die Ausweitung der exekutivischen Vollmachten der Bonner Regierung sanktioniert werden wird.

In welchem Maße die herrschenden Kreise Westdeutschlands bestrebt sind, alle geistigen Potenzen zentral gesteuert ihrer Politik dienstbar zu machen, erhellt auch daraus, daß eine Verlaufsstatistik für Studenten aufgebaut wird, die deren Entwicklungsweg vom Beginn des Studiums bis zum Berufseinsatz erfaßt und auch solche Aufgaben wie soziale Herkunft, Beruf der Eltern und Militärdienstzeit einbezieht.[7] Das Statistische Bundesamt erhält damit eine bedeutende Rolle im staatsdirigistischen und militaristischen System der Lenkung des Hochschulwesens. Laut Bundesbericht Forschung II beginnt die Bonner Regierung ebenfalls mit dem Aufbau einer Forschungspersonalkartei und -statistik. Es ist unschwer zu erkennen, daß damit die staatliche Steuerung des Einsatzes des wissenschaftlichen Personals, nicht zuletzt die Dienstverpflichtung nach den Notstandsgesetzen, systematisch vorbereitet wird.

Ausbau des Staatsdirigismus und bürokratische Zentralisierung bedeutet jedoch nicht in jedem Falle, daß alle wissenschaftslenkenden Einrichtungen und alle wissenschaftlichen Institutionen den Status offizieller Staatsanstalten oder -organe besitzen müssen. In dem weitverzweigten Wissenschafts- und hochschulpolitischen Lenkungsmechanismus gibt es einige Organisationen, die keine unmittelbar staatlichen sind, obwohl in ihnen zumeist Vertreter des Staates Sitz und Stimme haben. Das trifft zum Beispiel auf die Forschungsgemeinschaft, die Max-Planck-Gesellschaft, die Frauenhofer-Gesellschaft, die Alexander-von-Humboldt-Stiftung und auf den (West-)Deutschen Akademischen Austausch-Dienst zu. Diese Institutionen haben zumeist privatrechtlichen Charakter. Auch an den grundsätzlich staatlichen westdeutschen Universitäten und Hochschulen gibt es zum Teil Institute mit einem privatrechtlichen Status. Die westdeutsche Hochschulrechtslehre versucht, daraus Garantien für eine Unabhängigkeit dieser Einrichtungen vom Staat abzuleiten.[8] Diese Theorie dient einmal der Verschleierung der wirklichen Machtverhältnisse, zum anderen kommt sie Bedürfnissen des Monopolkapitals und des westdeutschen Staates entgegen.

Es liegt durchaus im Interesse des staatsmonopolistischen Systems, die staatliche Lenkung in den Hauptfragen fest in den Griff zu bekommen – was bereits geschehen ist! –, bei der praktischen Handhabung der Wissenschafts- und Hochschulpolitik aber durchaus variationsfähig zu bleiben. Eine Reihe handfester ökonomischer und politischer Interessen der Monopole und des Staates geben Anlaß, unterschiedliche Organisationsformen auszuwählen.

Einmal hat das Monopolkapital ein Interesse daran, seine ökonomischen und politischen Ziele als Gesamtheit mittels des Staates durchzusetzen. Aber es gibt unter den Monopolgruppen zum Teil recht heftige Auseinandersetzungen um Einzelfragen, zum Beispiel einzelne Schwerpunkte der Forschung und ihrer Finanzierung. Ferner hat jede Monopolgruppe oder das einzelne Unternehmen neben dem Gesamtinteresse an der Erhaltung und Erweiterung ihres Profits und ihrer Macht zugleich noch

---

6 Vgl. dazu die Ausführungen von H. Dichgans, einem prominenten CDU-Politiker, in: Handelsblatt, Düsseldorf, vom 9.2.1966, des rechten Führers der Sozialdemokratie Fritz Erler, in: Vorwärts, vom 16.10.1964, und des Parteivorstandes der FDP, in: Frankfurter Rundschau, Frankfurt/Main, vom 29.3.1967.

7 Vgl. Hochschul-Dienst, Bonn 1967, Nr. 4, S. 4 ff.

8 So z. B. H. Gerber, Das Recht der wissenschaftlichen Hochschulen in der jüngsten Rechtsentwicklung, in 2 Bänden, Tübingen 1965, Bd. 1, S. 187.

partielle Interessen. So fordern sie bei aller Betonung der gesamtstaatlichen Planung und Leitung der Wissenschaft und des Hochschulwesens einen „staatsfreien, marktwirtschaftlichen Raum“.

Zum anderen liegt es im außenpolitischen Interesse des Bonner Staates, wenn es einige einflußreiche Lenkungsorgane im Bereich der Wissenschaft gibt, die zwar die staatliche Politik durchsetzen, aber nach außen hin als nichtstaatliche erscheinen. Diese offiziell nichtstaatlichen Organisationen können je nach den Zielen der herrschenden Kreise „rein fachwissenschaftliche“ Vorreiter der westdeutschen Expansionspolitik sein. So wird zwar die gesamte kulturelle Auslandsarbeit Westdeutschlands von der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes konzipiert, finanziert und kontrolliert, aber direkt verwirklicht über eine Vielzahl von Gesellschaften und Instituten, die formell selbständig sind. Nach außen hin sind sie in einer „Arbeitsgemeinschaft für internationalen Kulturaustausch“ zusammengeschlossen.

Die meisten wissenschaftlichen Gesellschaften in Westdeutschland auf dem Gebiet der natur- und technischen Wissenschaften sind offiziell nichtstaatlich, aber im Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine zusammengeschlossen und über dessen Leitung (Präsident ist Siegfried Balke) eng mit den Monopolen und dem Staat verflochten. Gerade diesen Gesellschaften ist in internationalen nichtstaatlichen Vereinigungen und über deren angemaßte Rolle, „gesamtdeutsche Vereinigungen“ zu sein, ein großes Aufgabengebiet bei der Durchsetzung des Alleinvertretungsanspruches zugedacht.

Schließlich kommt hinzu, durch eine privatrechtliche Ausgestaltung der juristischen Form einiger Organisationen Illusionen über ihre Unabhängigkeit und Selbständigkeit zumindest in rein geistiger Beziehung aufrechtzuerhalten, was bei den stark formaldemokratischen Vorurteilen vieler Wissenschaftler Westdeutschlands immer noch verfängt.

Die Praxis des staatlichen Dirigismus im Hochschulwesen zeigt aber, daß sich der Bonner Staat in den wichtigsten sogenannten unabhängigen Gremien statutenmäßige Mitwirkungsrechte sichert und, wenn er es für erforderlich hält, auch zwangsweise durchsetzt. Die Geschichte des sogenannten Deutschen Studentenwerkes ist ein Ausdruck dafür.[9] Oder es werden Gremien, bei denen es nicht möglich ist, Vertreter des Staates direkt in die Leitungsorgane aufzunehmen, starkem Druck ausgesetzt, vor vollendete Tatsachen gestellt und überspielt. Die Praxis, wie die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums entstanden sind und durchgesetzt werden, deutet darauf hin, daß diese Methode gegenüber der Westdeutschen Rektorenkonferenz angewandt wird, weil sie nicht schnell genug die vom Monopolkapital und von der Bonner Staatszentrale gegebenen Richtlinien in die Tat umsetzt.

Der westdeutsche Soziologe, Helmut Schelsky, charakterisierte den Stand der Hochschulplanung im Frühjahr 1967 in folgender Weise: Die weitsichtige Planung, die Vorschläge zu Reformen und die Festlegung von Entwicklungszielen lägen immer mehr auf der Bundesebene. Diese Planungen müßten in der Luft hängenbleiben, wenn sich die Hochschulbehörden in den Ländern nur als Verwaltungsinstanzen verstehen. Sie müßten sich in hohem Maße als politische Entscheidungs- und damit Planungsinstanzen begreifen.[10] Vom Standpunkt der herrschenden Klassen hat Schelsky damit ein Kernproblem der weiteren Vervollkommnung des Staatsdirigismus angesprochen.

Die Zentralisierung hat für das Monopolkapital und den Staat natürlich nur dann einen Sinn, wenn Garantien dafür geschaffen werden, daß die Wissenschafts- und hochschulpolitischen Maßnahmen an den einzelnen Universitäten und Hochschulen auch schnell und umfassend durchgesetzt werden. Die Vollstreckung des Willens der Monopole und des Staates verläuft noch über zahlreiche Transmissionen, in denen die wichtigsten Schaltstellen die Kultusminister der Länder sind. Hier liegen die unmittelbar bindenden Kompetenzen für die konkrete Regelung von laufenden Haushaltsfragen, von

---

9 Vertreter des westdeutschen Staatsapparates haben laut Statut Sitz und Stimme in solchen Selbstverwaltungsorganen privatrechtlicher Natur wie (West-)Deutsche Forschungsgemeinschaft, (West-)Deutsches Studentenwerk, (West-)Deutscher Akademischer Austauschdienst u. a.

10 Vgl. H. Schelsky. „Hochschulplanung – dringendes Gebot der Zukunft“, Handelsblatt, Düsseldorf, vom 14./15.4.1967.

hochschulrechtlichen Fragen, von Berufungsfragen, von Fragen des Inhalts und der Organisation der Ausbildung und zum Teil auch der Forschung.

Durchaus zutreffend ist, daß sich in der Vergangenheit die Bildungspolitik in jenen Ländern Westdeutschlands, die von einer sozialdemokratischen Regierung geleitet wurden, in einigen Fragen von den anderen Ländern unter unmittelbarer CDU/CSU-Herrschaft unterschied. Hessen und Bayern sind die meist dafür genannten gegensätzlichen Beispiele. Es steht zu befürchten, daß mit dem offenen Übergang der SP-Führung auf die Linie der CDU/CSU-Politik alles versucht werden wird, selbst bescheidene demokratische Ansätze in der Bildungspolitik zurückzudrängen.

Verfolgt man die Bemühungen der herrschenden Kreise Westdeutschlands, die Universitäten und Hochschulen mittels staatlicher Macht zu formieren, so wird deutlich, daß es ihnen nach der weitgehenden Zentralisierung der Entscheidungen vor allem darauf ankommt, jene Schaltstellen in den Bundesländern so auszugestalten, daß sie voll funktionsfähig werden. Das beweisen das neue Hochschulgesetz in Hessen und der Gesetzentwurf in Bayern. Kennzeichnend ist, daß die staatlichen Weisungsbefugnisse gegenüber den Universitäten und Hochschulen erhöht werden.

Die traditionellen Selbstverwaltungsrechte der Universitäten und Hochschulen werden sogar formell eingeschränkt. Das gilt keineswegs nur für die Ausdehnung des Oktroi bei der Besetzung von Lehrstühlen durch den Kultusminister.

Der Entwurf des bayrischen Hochschulgesetzes führt einen umfangreichen Katalog von staatlichen Angelegenheiten auf und schränkt die sogenannten Selbstverwaltungsangelegenheiten, die „nur“ der Rechtsaufsicht des Staates unterstehen, ein.[11] Danach sind Selbstverwaltungsangelegenheiten im Grunde nur noch jene Vorgänge an den Universitäten, die im engsten Sinne mit der Wissenschaft zusammenhängen und ohnehin nur von den Wissenschaftlern selbst gestaltet werden können, beispielsweise der akademische Unterricht, die Wahl von Organen der Universität nach der Maßgabe des Hochschulgesetzes, die Verleihung akademischer Grade, die Heranbildung des akademischen Nachwuchses. Aber schon die Gliederung der Hochschule, Haushaltsfragen und die Einführung neuer Studiengänge werden als staatliche Angelegenheiten bezeichnet. Nach dem bayrischen Entwurf eines Hochschulgesetzes soll zwar die staatliche Bestätigung der Habilitationen aufgehoben werden, dafür aber ist vorgesehen, daß ein Bewerber dann vom Habilitationsverfahren ausgeschlossen werden kann, „wenn er unwürdig ist oder nach seiner Persönlichkeit ungeeignet ist, an einer wissenschaftlichen Hochschule zu lehren“ (Art. 67, Abs. 4). Die Entscheidung dieser Frage unterliegt ebenfalls der „Rechtsaufsicht“ des Staates!

Und um den Dirigismus perfekt zu machen, wird ganz gezielt an der inneren Verwaltungsreform an den Universitäten und Hochschulen gearbeitet. Danach wird unter anderem dem Kanzler oder Kurator eine starke Stellung eingeräumt. Es ist in der Regel ein vom Kultusminister ernannter und ihm direkt unterstellter Staatsbeamter. In Schleswig-Holstein ist der Hochschulreferent des Kultusministeriums sogar mit dem Kanzler der Universität Kiel identisch. Da der Kanzler der entscheidende Mann in Haushalts- und personalpolitischen Fragen ist, kann seine hochschulpolitische und politische Kompetenz kaum unterschätzt werden. Die offizielle Version ist bemüht zu begründen, daß der Kanzler den Hochschullehrer von Verwaltungsarbeit entlaste. Dahinter steckt ein echtes Problem, dessen Lösung aber zwiegesichtig ist, wie Dr. Wolfgang Seel, Kanzler der Ruhr-Universität in Bochum, bestätigt: „Als die dringendsten Reformen sehe ich an: die Regelung der Studiengänge; eine sinnvolle und zweckmäßige Schwerpunktbildung (Konzentration der Lehrstühle); die Entlastung der Gelehrten von jeglicher Verwaltungsarbeit und damit der Abbau der exzessiv ausgeübten Selbstverwaltung; die Frage des optimalen Mitarbeiterstabes; die Bildung einer zweckvollen Organisation der Universität, die im Rahmen von ‚check and balances‘ ein Gleichgewicht herstellt zwischen den Institutionen Rektor, Kanzler, Senat und Fakultäten.“[12] Der westdeutsche Wissenschaftsrat verlangt in seinen Empfehlungen vom Juli 1967 eine solche Reorganisation der Leitung der Hochschulen, die „die Kraft zu klaren, auch einschneidenden Beschlüssen“ wesentlich verstärkt und „einmal gefaßte Beschlüsse un-

11 Abgedruckt in: Die deutsche Universitätszeitung, 1966, Nr. 7 und 8, S. 28 ff.

12 W. Seel, „Bochum ist auch eine Reformuniversität“, Handelsblatt, Düsseldorf, vom 2.1.1967.

verzüglich und konsequent“ durchsetzt. Dazu soll die Zusammensetzung der leitenden Gremien nach dem Repräsentativsystem erfolgen, die Amtszeit des nach hochschulpolitischen Kriterien ausgewählten Rektors verlängert und die neben den Kollegialorganen stehende Verwaltung ausgebaut werden.

Mit dieser schon praktizierten Konzeption findet die vertikale staatliche Steuerung aller wichtigen Vorgänge an den Universitäten und Hochschulen Westdeutschlands ihre Fortsetzung. Es wird ein System aufgebaut, das die in Staatswillen umgeformten Interessen der herrschenden Kreise Westdeutschlands bis in das letzte Institut durchsetzen kann. Es ist kein Wunschbild, keine bloße Zielvorstellung der herrschenden Klasse mehr, sondern, wie der Sommer 1967 bestätigt hat, eine traurige Realität: Es gibt Rektoren westdeutscher Hochschulen, die bereit sind, die Politik der westdeutschen Regierung bedingungslos durchzuführen, die im Rahmen ihrer „Ordnungsgewalt“ demokratische Bestrebungen von Studenten und Hochschullehrern unterdrücken und selbst Verfassungsschutz und Polizei zum Eingreifen in den Mauern der Universitäten herbeirufen.

Die bürokratische Zentralisierung geht ihrer Perfektion, selbst der spärliche Rest demokratischer Rechte an den Universitäten seinem Ende entgegen.

Von Theoretikern und Politikern wird auf vielfältige Weise versucht, diesen Prozeß mit Erfordernissen der gesamtstaatlichen Planung und Leitung von Wissenschaft und Hochschulwesen zu begründen.

Eine gesamtstaatliche Planung und Leitung von Wissenschaft und Hochschulwesen, die Festlegung von Schwerpunkten in Forschung und Ausbildung, eine zentrale Einführung neuer Studiengänge, die staatliche Durchsetzung einer hohen Effektivität der Arbeit an den Universitäten und Hochschulen und damit verbunden eine stärkere Einflußnahme staatlicher Organe auf die Universitäten und Hochschulen ist für sich genommen weder gut noch schlecht. Der Dualismus von Staat und Universität, der Gegensatz von Geist und Macht sind keine ewigen Gegebenheiten, die für alle Zeiten und alle Länder der Erde in gleichem Maße gelten. So sind auch „Autonomie“ und „akademische Selbstverwaltung“ der Universitäten keine a priori vorgegebenen Attribute dieser Lehr- und Forschungseinrichtungen. Welche Beziehungen zwischen Universität und Staat bestehen, ist historischen Veränderungen unterworfen und wird davon bestimmt, welche gesellschaftlichen Kräfte die ökonomische, politische und ideologische Macht im Staate verkörpern. Der Dualismus von Universität und Staat ist typisch für die Ausbeuterordnungen und erfährt im Imperialismus seine krasseste und unheilvollste Zuspitzung. Der Grundwiderspruch des Kapitalismus stürzt auch das bürgerliche Universitätswesen in tiefe Widersprüche und Krisen, die durch die technische Revolution nur noch verschärft werden. Dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte gemäß wäre eine gesamtgesellschaftliche Planung und Leitung der Wissenschaft, Forschung und Ausbildung und deren enge Verzahnung mit der ökonomischen und sozialen Entwicklung. So weisen viele westdeutsche Wissenschaftler und Kulturpolitiker auf die großen Disproportionen in der Förderung und im Einsatz der Wissenschaft und auf das bestehende „Bildungsgefälle“ zwischen den einzelnen Ländern Westdeutschlands hin. Diese Beobachtungen sind natürlich nicht von der Hand zu weisen. Die staatsmonopolistische „Lösung“, die die herrschenden Kräfte parat haben, bringt indessen keine echte Lösung. Sie ist nur geeignet, das gesamte wissenschaftlich-technische und geistige Potential besser in den Griff zu bekommen und rationeller auszunutzen – für eine Politik, die den Interessen der Mehrheit der Gesellschaft diametral entgegengesetzt ist. Die Vergesellschaftung von Wissenschaft und Bildungswesen, die neue gesellschaftliche Stellung und Funktion der Wissenschaft erfordert eine demokratische und letztlich eine sozialistische Planung und Leitung dieser wichtigen Bereiche. In der Deutschen Demokratischen Republik ist der Beweis erbracht, daß unter sozialistischen Bedingungen eine zentrale staatliche Planung und Leitung und eine breite Demokratie nicht nur vereinbar sind, sondern sogar einander bedingen. Im Imperialismus dagegen schließen sich Zentralisierung und Demokratie gegenseitig aus.

Lenin schrieb: „Sowohl in der Außenpolitik wie auch gleicherweise in der Innenpolitik strebt der Imperialismus zur Verletzung der Demokratie, zur Reaktion. In diesem Sinne ist unbestreitbar, daß der Imperialismus ‚Negation‘ der *Demokratie überhaupt*, der *ganzen Demokratie* ist ...“[13]

---

[13] W. I. Lenin, „Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den ‚imperialistischen Ökonomismus‘“, in: Werke, Bd. 23, Berlin 1957, S. 34.

Wie vollauf zutreffend diese Einschätzung Lenins auch für die gegenwärtige westdeutsche Hochschulpolitik ist, beweist die Praxis, die Wissenschaftler in die expansionistische Politik mittels direkter staatlicher Weisungen einzubeziehen.

Die Universität als Instrument imperialistischer Expansion

Der VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hat die internationale Lage, die Haupttendenzen in der internationalen Entwicklung und die Probleme der europäischen Sicherheit gründlich analysiert. Er gelangte zu der Einschätzung, daß die Kräfte des Friedens, der Demokratie, der nationalen Unabhängigkeit und des Sozialismus wachsen. Mehr und mehr festigt sich die Einheit und Geschlossenheit des sozialistischen Weltsystems, es verändert sich insgesamt das Kräfteverhältnis in der Welt zugunsten des Sozialismus. In Europa wächst bei den Völkern und den meisten Regierungen das Bestreben, auf der Grundlage der Realitäten den Status quo zu festigen und die friedliche Koexistenz der Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen zu entwickeln. In der nationalrevolutionären Befreiungsbewegung wächst trotz einiger Rückschläge, die den Völkern durch die Anwendung der aggressiven amerikanischen Globalstrategie zugefügt wurden, die Tendenz zu einer nichtkapitalistischen Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft.

Andererseits führt die Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus und die Verschärfung aller Gegensätze und Widersprüche im Herrschaftsbereich des Imperialismus zu einer Steigerung der Aggressivität der Imperialisten, zu einer Erhöhung der internationalen Spannungen und zu einer Zunahme der Kriegsgefahr. Die Globalstrategie der amerikanischen Imperialisten und die Expansionspolitik der westdeutschen Militaristen sind zur Hauptgefahr für den Frieden in der Welt und in Europa geworden. Sie wollen durch Aggression und Expansion die weitere Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt zugunsten des Friedens, der Demokratie, der nationalen Unabhängigkeit, des Sozialismus aufhalten und demokratische und sozialistische Errungenschaften der Völker rückgängig machen.

Zur Erreichung ihrer Ziele gehen sie sowohl zu offen aggressiven Handlungen als auch zur Taktik einer flexibleren Außenpolitik über.

Das gefährliche, wenn auch zum Scheitern verurteilte Expansionsprogramm des westdeutschen Imperialismus umfaßt vor allem folgende Ziele: Vorherrschaft über Westeuropa, Isolierung der DDR und deren Annexion, Untergrabung der Einheit der sozialistischen Staaten Europas und Zerstückelung einzelner sozialistischer Staaten, Neuordnung Europas auf imperialistischer Grundlage, Beteiligung an den aggressiven Aktionen des USA-Imperialismus und neokolonialistische Entwicklungshilfe.

Konzentrierter Ausdruck der Expansionspolitik des westdeutschen Imperialismus sind die völkerrechtswidrige Alleinvertretungsanmaßung, die Weigerung, die bestehenden Grenzen in Europa anzuerkennen und das Streben nach Mitverfügung oder Besitz über Atomwaffen.

Das Problem der europäischen Sicherheit besteht vor allem darin, die Revanche- und Expansionspolitik der westdeutschen Imperialisten und ihr Streben nach Vorherrschaft über Westeuropa zu vereiteln.

Die Wissenschafts- und Hochschulpolitik der herrschenden Klasse in Westdeutschland ist in allen ihren Zielen und Methoden ein untrennbarer Bestandteil des militaristischen Expansionsprogramms. Die Forschung wird auf die expansionistischen Ziele ausgerichtet und für sie angewandt. Die Erhöhung der Effektivität der Ausbildung dient der Stärkung des wissenschaftlich-technischen, geistigen, militärischen und ökonomischen Potentials des westdeutschen Imperialismus. Die Verhetzung der Studenten im Ungeist des Militarismus, Nationalismus und Antikommunismus ist ein Teil der ideologischen Kriegsvorbereitung. Der Ausbau des staatlichen Dirigismus und die Beseitigung der Reste bürgerlicher Demokratie dienen der militaristischen Steuerung des Hochschulwesens und der Niederhaltung oppositioneller Kräfte.

Diese Maßnahmen und Methoden zur innenpolitischen staatsmonopolistischen Formierung des Hochschulwesens werden durch eine große Aktivität der herrschenden Klasse zur direkten Einbeziehung der Universitäten in die expansionistische Außenpolitik ergänzt. Die neokolonialistische „Bildungshilfe“ ist ein Teil des Programms, die Abhängigkeit der Entwicklungsländer vom Imperialismus aufrechtzuerhalten und einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg zu verhindern. Sie wird als

Druckmittel benutzt, um die Bonner Alleinvertretungsanmaßung durchzusetzen. Der sozialdemokratische Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Hans-Jürgen Wischnewski, betont zwar ganz im Sinne einer flexibleren Vernebelung der alten neokolonialistischen Politik, er stelle keine politischen Vorbedingungen für eine Entwicklungshilfe. Zugleich aber bekräftigt er die alte imperialistische Regel: „Wer etwas nimmt, geht die Verpflichtung ein, dem, von dem er etwas nimmt, nicht in den Rücken zu fallen. Das ist alles. Sonst gibt es keine Bedingungen.“[14] Diese Auffassung läßt die Erpressung hinter dem Schleier der Heuchelei deutlich sichtbar werden. In den wissenschaftlichen Beziehungen zu anderen westeuropäischen Staaten gehen die herrschenden Kreise Westdeutschlands immer stärker dazu über, ihre Vorherrschaftsanmaßung geltend zu machen. Sie betonen den Vorrang einer eigenen nationalen Forschungspolitik, überprüfen die westdeutsche Mitarbeit in westeuropäischen supranationalen Wissenschaftsorganisationen und messen sie am Wert für den Ausbau der eigenen Position.

Im Mittelpunkt der Eingliederung der Wissenschafts- und Hochschulbeziehungen in das expansionistische Programm steht seit einigen Jahren das Bemühen, das Hochschulwesen Westdeutschlands als ein Instrument der revanchistischen, flexibleren Ostpolitik und der Aufrechterhaltung der völkerrechtswidrigen Alleinvertretungsanmaßung zu verwenden.

Bei Aufrechterhaltung ihrer gegen die Entspannung in Europa gerichteten Position geben die westdeutschen Machthaber vor, die wissenschaftlichen Beziehungen über alle Staatsgrenzen hinweg fördern zu wollen, um zu „entkrampfen“. Sie widersetzen sich aber einer gleichberechtigten Zusammenarbeit in der Herstellung normaler Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten einschließlich der beiden deutschen Staaten. Kennzeichnend für diese zwielichtige Haltung ist doch, daß nichtstaatliche Organisationen wie der (West-)Deutsche Akademische Austausch-Dienst und die Alexander-von-Humboldt-Stiftung besondere Aktivität zu den volksdemokratischen Staaten in Ost- und Südosteuropa entwickelten, zur gleichen Zeit aber revanchistische Traditionsveranstaltungen für Universitäten durchgeführt werden, die in den ehemaligen deutschen Ostgebieten bestanden. Zur gleichen Zeit soll die neue Universität in Regensburg zu einem geistigen Bollwerk gegen die angebliche Bedrohung aus dem Osten ausgestaltet werden.

Der Bonner Linie, expansionistische Politik unter dem Aushängeschild rein wissenschaftlicher Kontakte zu betreiben, entspricht die Ideologie von einer „europäisch-abendländischen Universität“. Der Bonner Kanzler Kurt Georg Kiesinger und Franz Josef Strauß sprechen von der „widernatürlichen Teilung Europas“, die sie im Zuge der Neuordnung Europas überwinden wollen. Und ein prominenter westdeutscher Hochschullehrer und Hochschulpolitiker, Hermann Jahrreiß, geht in einer Betrachtung ebenfalls von einem „Zwiegespalten-Sein Europas in eine ‚westliche‘ und eine ‚östliche Welt‘“ aus. Entgegen den Tatsachen behauptet er, die Hohen Schulen stünden im Dienst des zweckfreien, nur die Wahrheit suchenden Forschens; nur das sei der Grund ihres Wesens. Als ein Ziel der Zusammenarbeit der europäischen Universitäten fordert er den „europäischen Akademiker“. Jahrreiß schließt seinen Aufsatz mit der interessanten Bemerkung: „Die Universitäten bauen ... auf mancherlei Weise mit vielerlei Mitteln still, ganz unauffällig daran, daß sich Europa geistig wieder zusammenfinde, und zwar enger als je zuvor.“[15] Dabei wird vorausgesetzt, daß die Einheit Europas auf kapitalistischer Grundlage und das geistige Zusammenfinden auf der bürgerlichen Ideologie beruhen müsse.

Es entspricht der jetzt angewandten flexibleren Taktik westdeutscher Außenpolitik, sogenannte Gemeinsamkeiten herauszustellen, die bewirken sollen, daß sich die Universitäten europäischer sozialistischer Staaten an die Universitätsleitbilder westeuropäisch-kapitalistischer Staaten binden. Zugleich ergießt sich eine anschwellende Flut von Schriften gegen die sozialistische Entwicklung des Hochschulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik über die westdeutschen Hochschullehrer und Studenten.[16]

---

14 H.-J. Wischnewski in einem Pressegespräch, vgl. Süddeutsche Zeitung, München, vom 19.2.1967.

15 H. Jahrreiß, „Zusammenarbeit der europäischen Universitäten“, Die deutsche Universitäts-Zeitung, Bonn 1967, Nr. 1, S. 4 ff.

16 Ein jüngstes Machwerk dieser Art ist: E. Richert, Sozialistische Universität – zur Hochschulpolitik der SED, Westberlin 1967.

Ein aufschlußreiches Eingeständnis der wirklichen Absichten der als „neu“ ausgegebenen kulturellen Auslandsbeziehungen gibt der Generalsekretär des (West-)Deutschen Akademischen Austausch-Dienstes, Hubertus Scheibe, wenn er schreibt, daß sich die westdeutsche Kulturarbeit auf das mehr oder minder deutlich ausgesprochene Ziel einer „Abwehr der Aktivitäten des Ulbricht-Regimes“ orientieren müsse.[17]

So wird zum Kernpunkt aller vom westdeutschen Staat gesteuerten Hochschulbeziehungen in der Gegenwart die Bonner Alleinvertretungsanmaßung, diese potentielle Kriegserklärung gegen die Deutsche Demokratische Republik, durchzusetzen. Die ideologische Ausrichtung des Denkens und Handelns westdeutscher Hochschullehrer auf dieses Ziel wird ergänzt durch staatliche Weisungen und staatlich gesteuerte Organisationsformen im Bereich der internationalen Wissenschaftsbeziehungen.

Das Bonner Auswärtige Amt gab „Hinweise für Kongreßteilnehmer aus der Bundesrepublik Deutschland zur Wahrung gesamtdeutscher Interessen in internationalen nichtstaatlichen Wissenschaftsorganisationen“ heraus, die sowohl Richtlinie als auch Argumentation sind. Hauptziel dieser Hinweise ist es, die Bonner Alleinvertretungsanmaßung durchzusetzen und eine selbständige gleichberechtigte Vertretung der Wissenschaftler der DDR und ihrer wissenschaftlichen Organisationen auf internationaler Ebene unter allen Umständen zu verhindern. Wissenschaftler Westdeutschlands werden darin angewiesen, darauf einzuwirken, daß auf einem Kongreß die Bezeichnung Deutsche Demokratische Republik nicht verwendet wird. Es wird argumentiert, ein Aufnahmeantrag einer wissenschaftlichen Gesellschaft der DDR auf Mitgliedschaft in einer internationalen Vereinigung habe nur „das rein politische Ziel ..., der Zwei-Staaten-Theorie zur Anerkennung zu verhelfen. Über eine solche politische Frage abzustimmen, könne aber nicht Aufgabe einer nichtstaatlichen wissenschaftlichen Vereinigung sein.“ In dieser Argumentation ist die Taktik der Imperialisten zu erkennen, unter dem Vorwand rein fachwissenschaftlicher Beziehungen eine Politik zu betreiben, die den Frieden gefährdet und gleichberechtigte internationale Beziehungen blockiert. Diese Taktik ist darauf abgestellt, die internationale Öffentlichkeit zu täuschen.

Die westdeutschen Wissenschaftler dagegen werden angewiesen: „Insbesondere hinsichtlich der politischen Fragen, die sich erfahrungsgemäß im Zusammenhang mit einer internationalen Wissenschaftstagung ergeben können, wird es für unbedingt ratsam gehalten, daß die Delegation rechtzeitig mit dem Auswärtigen Amt oder mit der dem Tagungsort nächsten deutschen Auslandsvertretung Fühlung nimmt.“

Im Sinne dieser Hinweise üben das Bonner Auswärtige Amt und westdeutsche Botschaften auf leitende Gremien internationaler wissenschaftlicher Organisationen einen nicht geringen Druck aus. Sie versuchen bei ausländischen Regierungen zu erreichen, daß Wissenschaftlern aus der DDR die Einreise verweigert oder zumindest verspätet erteilt wird. Sie schalten die NATO und das ihnen hörige völkerrechtswidrige Allied Travel Office in Westberlin ein, um Wissenschaftler unserer Republik von internationalen Konferenzen fernzuhalten oder diskriminierenden Bedingungen zu unterwerfen. Westdeutsche Instanzen maßen sich an, darüber zu befinden, ob die von der Regierung der DDR neugegründeten Hochschulen auch „wissenschaftliche“ seien. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz gab sich dazu her, diesen Eingriff in die souveränen Rechte der Deutschen Demokratischen Republik mitzumachen.

Diese gefährliche expansionistische Wissenschaftspolitik ist zum Scheitern verurteilt. Die sozialistischen Staaten Europas festigen ihre allseitige Zusammenarbeit, vor allem auch zur gemeinsamen Eindämmung des westdeutschen Revanchismus. Wissenschaftler in westeuropäischen Staaten und internationale wissenschaftliche Organisationen setzen sich für eine Normalisierung der wissenschaftlichen Beziehungen auf der Grundlage normaler staatlicher Beziehungen ein und unterstützen eine offizielle und gleichberechtigte Mitarbeit der Deutschen Demokratischen Republik. Die Praxis des Allied Travel Office wird zunehmend sogar von west- und nordeuropäischen Regierungen kritisiert. Der Mißbrauch wissenschaftlicher Verbindungen für expansionistische imperialistische Zwecke wird schließlich auf seine Urheber zurückfallen und auch auf jene Wissenschaftler Westdeutsch-

[17] H. Scheibe, „Viele schöne Gleise, aber der Fahrplan fehlt“, Die Welt, Westberlin/Hamburg, vom 12.12.1966.

lands, die diesen Mißbrauch bewußt, aus bloßer Staatsräson oder aus politischer Unerfahrenheit mitmachen. Der Bonner Staat treibt ein gefährliches Spiel, und wer sich über die Politik dieses Staates täuschen läßt, wer immer noch glaubt, die menschlichen, rein fachwissenschaftlichen Kontakte seien politisch neutral, unterliegt einem unentschuldbaren Irrtum. Eine neue politische Taktik ist noch keine Änderung der Politik. Auch wenn die Bonner Machthaber es gegenwärtig vermeiden, offen von der „Befreiung der Zone“ zu sprechen, statt dessen eine „Liberalisierung in der Zone“ verlangen und eine „Evolution“ erhoffen, wurde das Ziel, den Status quo zu verändern und die Deutsche Demokratische Republik zu annektieren, beibehalten. Sie sind nur bemüht, die Regeln der psychologischen Kampfführung variabler zu handhaben.

Sie suchen nach Wegen, die Bevölkerung der DDR in einen Gegensatz zur sozialistischen Staatsmacht zu bringen, die Bündnispartner von der Arbeiterklasse zu trennen und eine weitere Konsolidierung der politischen, ökonomischen und ideologischen Verhältnisse in der sozialistischen DDR zu hintertreiben. Den westdeutschen Wissenschaftlern ist hierbei die Aufgabe zugedacht, einen Keil zwischen sozialistischen Staat und Intelligenz zu treiben. Dazu erließ der Bundesminister für „gesamtdeutsche Fragen“ am 11. Mai 1966 eine, Richtlinie.[18] Zur Durchsetzung der Bonner Wiedervereinigungspolitik (gemeint ist die Annexion der DDR) sollen unter anderem im Bereich der Wissenschaft und Forschung gesamtdeutsche Verbindungen nachhaltig gefördert werden. Der Austausch von Meinungen und Erfahrungen über fachliche Themen könne dann erfolgen, „sofern er geeignet ist, den sowjetzonalen Teilnehmern ein wahrheitsgemäßes Bild der Tätigkeit öffentlicher Verwaltung in der Bundesrepublik Deutschland zu geben und eine Unterrichtung über die Verhältnisse in der Sowjetischen Besatzungszone ermöglicht“. Den Beamten wird bedeutet, sie sollten politischen Diskussionen nicht ausweichen, aber: „Es wird erwartet, daß sie dabei die im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die in den Verfassungen der Länder niedergelegte freiheitliche Grundordnung sachlich und mit Festigkeit vertreten.“

Die westdeutschen Hochschullehrer sind mit dieser Richtlinie angewiesen, im Zuge der fachwissenschaftlichen oder „menschlichen Kontakte“ unbedingt die friedensgefährdende Bonner Politik zu vertreten und gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung in der DDR Stellung zu nehmen. Denn: Nach offizieller Auslegung durch das Bundesverfassungsgericht und in der politischen Praxis wird die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ mit den bestehenden staatsmonopolistischen Besitz- und Machtverhältnissen und mit der Politik der Bonner Regierung gleichgesetzt. Im übrigen wird die Ausnutzung persönlicher Kontakte von Wissenschaftlern beider deutscher Staaten zur ideologischen und politischen Diversion gegen die DDR von einem System „Beauftragter für mitteldeutsche Hochschulfragen“ an den westdeutschen Universitäten und Hochschulen gelenkt. Sie erhalten ihre Weisungen vom Ministerium für „gesamtdeutsche Fragen“ und sind durch die genannte Richtlinie verpflichtet, bei allen Angelegenheiten von einer über den örtlichen Rahmen hinausgehenden Bedeutung „für eine Unterrichtung der zuständigen obersten Bundesbehörden Sorge zu tragen“.

Ein „Beauftragter für mitteldeutsche Hochschulfragen“ bei der Westdeutschen Rektorenkonferenz steuert die Tätigkeit der „Beauftragten“ an den einzelnen Universitäten und Hochschulen. Aus den Ratschlägen des „Beauftragten für mitteldeutsche Hochschulfragen“ an der Technischen Hochschule Hannover für eine verstärkte Diversion gegen die Universitäten und Hochschulen der DDR geht hervor, mit welch raffinierten Methoden gearbeitet wird. Die Skala der empfohlenen Maßnahmen reicht von der Übermittlung von Einladungen an Wissenschaftler der DDR aus psychologischen Gründen über den Versand von Kartengrüßen aus dem kapitalistischen Ausland bis zu einer stärkeren persönlichen „Betreuung“ von Gästen aus der DDR, wenn sie zu wissenschaftlichen Verunstaltungen in Westdeutschland weilen. Da offensichtlich viele Wissenschaftler Westdeutschlands nicht bereit sind, sich für diese Machenschaften mißbrauchen zu lassen, hält es der genannte Beauftragte in Hannover für angebracht, unter Berufung auf den Minister für „gesamtdeutsche Fragen“, „mit allem Takt auch im eigenen Hause daran zu erinnern, daß Deutschland nicht an der Elbe endet“. An anderer Stelle

[18] „Richtlinien des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen für den Verkehr in Verwaltungsangelegenheiten zwischen Verwaltungsbehörden in der Bundesrepublik Deutschland und Dienststellen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands vom 11. Mal 1966“. Bundesanzeiger, Bonn, 1966, Nr. 151.

hatte derselbe Mann bereits ein Jahr zuvor erklärt: „Über allen diesen Anregungen möge der mahnende Satz stehen: Worte nicht, Taten entscheiden."

Mit den Richtlinien des „gesamtdeutschen" Ministeriums werden die westdeutschen Hochschullehrer auch angewiesen, das politisch bewußte Auftreten von Staatsbürgern der DDR „nach jeder im Einzelfall geeigneten und gegebenen Möglichkeit zu unterbinden". Ferner – und vor allem – werden die westdeutschen Wissenschaftler durch staatlichen Befehl verpflichtet, mit Nachdruck zum Ausdruck zu bringen, daß sich „das deutsche Volk nicht mit der bestehenden Teilung Deutschlands und mit der kommunistischen Herrschaft in der Sowjetischen Besatzungszone abgefunden hat". Aus der Bonner Sprachregelung in die politische Realität übertragen, bedeutet das: Die westdeutschen Hochschullehrer werden durch einen rechtswidrigen obrigkeitsstaatlichen Akt gezwungen, die Alleinvertretungsanmaßung aktiv zu verfechten und politische Diversion gegen die souveräne Deutsche Demokratische Republik zu betreiben. Die staatlichen Richtlinien sollen die Hochschullehrer zu friedensfeindlicher Tat zwingen.

Wenige Wochen nach dem Erlaß dieser Richtlinie trat das mit Recht als Handschellengesetz bezeichnete „Gesetz über eine befristete Freistellung von der deutschen Gerichtsbarkeit" in Kraft, das die Alleinvertretungsanmaßung juristisch fixiert und jeden Bürger der DDR nur wegen seines Eintretens für die Ziele seines Staates mit Strafen bedroht.

Es schließt sich damit der Kreis der staatlichen Maßnahmen zur völligen Integrierung der westdeutschen Universitäten und Hochschulen sowie ihrer Angehörigen in die expansionistische, aggressive Bonner Ost- und Deutschlandpolitik. Die Fesseln des Bonner Obrigkeitsstaates sind enger geworden. Versuche, auszubrechen, werden von den Herrschenden auf verschiedenem Weg geahndet: Vielfach wird die ökonomische Basis für die weitere Arbeit entzogen oder eingeengt; die Prüfung der „Würdigkeit" von Personen bei Berufungen, Examina oder in Förderungsverfahren bietet Anlaß zur Aussonderung; häufig werden Methoden des Rufmordes und des politisch-moralischen Boykotts angewendet; es stehen disziplinarische oder strafrechtliche Maßnahmen zur Verfügung. Im Sommer 1967 wurde gegen westdeutsche und Westberliner Studenten der Notstand geprobt. Gegen demokratische Willensbekundungen wurde brutaler Polizeiterror eingesetzt, dem ein Student zum Opfer fiel.

Wenn vorläufig gegenüber Hochschullehrern auch noch die Methode des Rufmordes und der Verunglimpfung vorherrscht, so darf nicht übersehen werden: Das 8. Strafrechtsänderungsgesetz pönalisiert [bestraft] alle Kontakte, die einer Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten dienen können, in einem Ausmaß, das selbst die gegenwärtige Gesinnungsverfolgung weit übersteigt.

Angesichts dieser Tatsachen, die den Zusammenhang von expansionistischer Politik und politischer Reaktion belegen, ist es für die westdeutschen humanistisch gesinnten Hochschullehrer ein Gebot politischer Vernunft, die wirklichen politischen Machtverhältnisse, den Klassencharakter des Bonner Staates zu durchschauen. Wollen sie sich nicht noch mehr in den Sog einer friedensgefährdenden Politik drängen lassen, dann ist es an ihnen, auch die Stellung der Universität im Bonner Staat neu zu durchdenken und den ideologischen Nebelschleier, der vieles in Dunkel hält, zu vertreiben.

Täuschung oder Illusion in der westdeutschen Hochschulrechtsideologie

Die Beziehungen von Staat und Universität sind ein zentrales Thema des hochschulpolitischen Schrifttums in Westdeutschland. Die herrschende Klasse hat ein Interesse daran, die wahren Machtverhältnisse gegenüber dem Hochschulwesen zu verbrämen. Demokratische und humanistische Wissenschaftler dagegen suchen nach einem Ausweg aus dem „ewigen Spannungszustand" zwischen Staat und Universität. Was die herrschende Hochschulrechtsideologie ihnen als Antwort auf ihre Fragen und Zweifel gibt, dient entweder der bewußten Täuschung oder der Festigung von Illusionen. Fast unüberschaubar ist die Zahl der theoretischen Erörterungen zu solchen Antinomien wie Abhängigkeit oder Unabhängigkeit vom Staat, Status der Universität als Korporation oder Staatsanstalt, Wert und Grenze von Autonomie und Selbstverwaltung.

Die wesentliche Beschränkung der theoretischen Problemstellungen auf diese Fragenkomplexe sind ein Niederschlag des Grundwiderspruchs des Kapitalismus: Der Dualismus von Staat und Universität

ist im Kapitalismus/Imperialismus ein antagonistischer Widerspruch, der erst mit einer Änderung der Besitz- und Machtverhältnisse seine Auflösung erfahren kann.

Eine Analyse des nach 1945 in Westdeutschland erschienenen hochschulrechtlichen Schrifttums weist eine auffallende Parallelität zwischen den Grundpositionen der Hochschulrechtslehre und der Politik der herrschenden Klasse zur Restauration ihrer Macht und zum Ausbau der staatsmonopolistischen Herrschaft auf. Die Hochschulrechtsideologie paßte sich genau den sich wandelnden Bedingungen des Klassenkampfes an.

Im geschichtlichen Ablauf dominieren unmittelbar nach 1945 zunächst die Betonung einer autonomen Gelehrtenkorporation und die Aussicht auf eine Ausweitung der Selbstverwaltungsrechte. Mit dem Übergang zum vollen staatsmonopolistischen System tritt der Korporationsgedanke zurück und werden die Selbstverwaltungsrechte eingeschränkt.

Diese Metamorphose zweier Zentralbegriffe des bürgerlichen deutschen Hochschulrechts und des gesamten kapitalistischen Rechts ist eine Widerspiegelung von Änderungen in der Interessenlage der herrschenden Klasse. Nach der Novemberrevolution von 1918 war es der preußische Kultusminister Carl Heinrich Becker, der als Idealbild einer Universität eine Art Gralsburg der reinen Wissenschaften pries, die mit Nützlichkeitserwägungen nichts zu tun habe.[19] Sein Ziel war, die Universitäten damit dem Ringen um eine Demokratisierung der Gesellschaft fernzuhalten und die bürgerlich-kapitalistische Universität aufrechtzuerhalten. Die gleiche Taktik wurde nach 1945 in Westdeutschland befolgt. Walter Hallstein, viele Jahre führender Repräsentant des westdeutschen Monopolkapitals in der EWG und die Personifizierung der Bonner Alleinvertretungsanmaßung, war als Rektor der Universität Frankfurt/Main maßgeblich an der Ausarbeitung der „Schwalbacher Richtlinien“ beteiligt.[20] Mit diesem Dokument wurden die Weichen auf hochschulpolitische Reaktion gestellt. Nicht die vom Potsdamer Abkommen bindend vorgeschriebenen demokratischen Reformen wurden als Grundlage einer Veränderung des Verhältnisses von Universität und Staat genommen, sondern als Grundgedanken wurden verkündet: das Schlagwort „Freiheit der Wissenschaft“, die Erziehung der akademischen Jugend zu den geistigen und sittlichen Werten abendländischer Kultur und eine breitere akademische Selbstverwaltung. In einer anderen Publikation wollte Hallstein – übrigens in enger Anlehnung an Becker – das Thema „Hochschule und Staat“ nicht in dem „niedrigen Sinne einer Machtfrage“ behandelt wissen.[21]

So wurde die vorgegebene Neubestimmung der Beziehungen zwischen Universität und Staat auf eine Ebene verlagert, die der ihre Macht restaurierenden herrschenden Klasse nicht gefährlich werden konnte, ja ihr sogar diente.

Im wesentlichen wurde vom westdeutschen Hochschulrecht folgende Position bezogen:

Die reaktionäre Losung „Zurück zu Weimar“, die gegen eine antifaschistisch-demokratische Ordnung gerichtet war, fand ihre Entsprechung im unmittelbaren Anknüpfen an das Hochschulrecht der Weimarer Republik. Ausdrücklich wird auf Becker, den konterrevolutionären Hochschulpolitiker nach der Novemberrevolution von 1918, Bezug genommen.

Die demokratische Hochschulreform im Osten Deutschlands, im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik, wurde bekämpft. Das bürgerliche Hochschulwesen Westdeutschlands und das bürgerliche Hochschulrecht allein wurden als „deutsch“ bezeichnet, während das Hochschulwesen und seine Leitung in der DDR diskriminiert wurden.

Die Bewältigung der faschistischen Vergangenheit im Universitätswesen wurde auf die Abschaffung „totalitärer“ Leitungsformen, vor allem des Führerprinzips, reduziert. Die das faschistische Gewaltregime stützenden Klassenkräfte wurden dagegen aus den Betrachtungen ausgeklammert.

---

19 C. H. Becker, Vom Wesen der deutschen Universität, Leipzig 1925, S. 7 f.; vgl. auch: C. H. Becker, Gedanken zur Hochschulreform, Leipzig 1919.

20 „Richtlinien für die Reform der Hochschulverfassungen in den Ländern des amerikanischen Besatzungsgebietes – Vorschläge eines Sachverständigenausschusses“, Schriften der Süddeutschen Juristen-Zeitung, Heidelberg, 1948, H. 6.

21 W. Hallstein, „Hochschule und Staat“, Die Wandlung, 1947, H. 8, S. 706 ff.

Die „Demokratisierung“ der Verwaltung des Hochschulwesens wurde im wesentlichen auf eine Reorganisation der Selbstverwaltung und auf eine sogenannte Entpolitisierung eingeschränkt, die nichts anderes bedeutete, als eine demokratische Politik zu verhindern, aber eine reaktionäre Politik wieder zu etablieren. Auf diese Weise wurden echte demokratische Forderungen in der Hochschullehrerschaft und in der Öffentlichkeit Westdeutschlands in Bahnen gelenkt, die den Herrschenden entgegenkamen. Die diesen Positionen entsprechende Deutung des Status der Universität war die einer geistesaristokratischen Gelehrtenkorporation, die nur dem Geist der reinen Wissenschaft und der Wahrheit verpflichtet sei. Schon Karl Marx hat den undemokratischen Charakter und den inneren Dualismus der Konstruktion von Korporationen mit einer besonderen Interessenlage nachgewiesen.[22]

Es darf jedoch nicht außer acht gelassen werden, daß diese Theorie der Geisteshaltung vieler Wissenschaftler entgegenkam und ihre Illusionen über die Möglichkeit einer reinen, unpolitischen Wissenschaft bekräftigte.

In den letzten zehn Jahren etwa wurde diese Theorie entsprechend den Bedingungen der Integration des Hochschulwesens in das staatsmonopolistische System modifiziert. In den zahlreichen hochschulrechtlichen Abhandlungen solcher Autoren wie Werner Thieme, Hans Gerber, Helmut Schelsky u. a. werden die politischen Ansprüche des westdeutschen Staates gerechtfertigt und theoretische Grundlagen für den Ausbau des Staatsdirigismus und dessen Verbrämung geschaffen.

Die in den ersten Jahren nach 1945 gepriesenen, aber unbestimmten Grundrechte der Universität auf Autonomie und Selbstverwaltung werden angeblich näher präzisiert, in Wirklichkeit ihres potentiellen bürgerlich-demokratischen Gehalts beraubt. Gerber läßt dem „wissenschaftlichen Eros“ nur noch „im staatlich betreuten sozialen Gefüge angemessene freie Entfaltungs- und Wirkungsmöglichkeiten in persönlicher und sachlicher Hinsicht“. Er spricht sich grundsätzlich für eine Bundeszuständigkeit im Hochschulwesen aus.[23] Die Autonomie wird nur noch als eine im geistigen Bereich der Wissenschaftspflege zentrierende angesehen, die nicht als Selbstbestimmung außerhalb des staatlichen Verfassungsbereiches mißverstanden werden dürfe.[24]

Thieme interpretiert die Autonomie in etwa der gleichen Weise. Nur zieht er die politischen Konsequenzen noch deutlicher. Wissenschaft erschöpfe sich in der Reflexion. Ein Verhalten, das von der Absicht getragen sei, ein Handeln anderer auszulösen, sei keine Wissenschaft. So werden progressive politische Handlungen ausdrücklich aus grundrechtlichem Schutz herausgenommen, zugleich aber wird dem Atomwissenschaftler versichert, er könne keine Verantwortung für das tragen, was aus seinen Entdeckungen wird.[25] Schelsky sagt dem bürgerlich-liberalen Kulturstaatsgedanken im westdeutschen Hochschulrecht ab, kritisiert die Selbstverwaltung prinzipiell und räumt dem „technischen Staat“ des Imperialismus das Recht ein, die Ergebnisse der Wissenschaft für seine Zwecke zu nutzen und das Hochschulwesen zentralstaatlich zu planen.[26]

So erfüllt der bestehengebliebene Rest der Korporationstheorie in der Gegenwart noch eine Funktion: Die Hochschullehrer sollen durch eine ständische Organisation in der geistigen Korporation einer „abendländisch-europäischen Universität“ in das bestehende ideologische und politische System integriert werden. Die Kanalisierung des Denkens auf die reine Wissenschaft, die Propagierung eines offenen oder mehr verdeckten Elite-Denkens (der fünfte Stand – die Wissenschaftler – seien die eigentlich führenden Kräfte in der modernen Industriegesellschaft) und die bewußte Ablenkung der Wissenschaftler von den politischen Machtfragen – als dem Geist der Wissenschaft nicht gemäße –

---

22 Vgl. K. Marx, „Aus der Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Kritik des Hegelschen Staatsrechts“, in: K. Marx/F. Engels, Werke, Bd. 1, Berlin 1958, S. 247 ff.

23 H. Gerber, Das Recht der wissenschaftlichen Hochschulen in der jüngsten Rechtsentwicklung, a. a. O., S. 9, 17.

24 Vgl. a. a. O., Bd. 2, S. 27, Anmerkung 45.

25 Vgl. W. Thieme, Deutsches Hochschulrecht. Das Recht der wissenschaftlichen Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland und im Lande Westberlin, Westberlin und Köln 1956, S. 49, 51, 19.

26 Vgl. H. Schelsky, Einsamkeit und Freiheit. Idee und Gestalt der deutschen Universität und ihrer Reformen, Reinbeck bei Hamburg 1963; vgl. ferner: derselbe, „Die politische Aufgabe der Wissenschaft – Vortrag auf der Westdeutschen Rektorenkonferenz“. Handelsblatt, Düsseldorf, vom 22.2.1965 und vom 26./27.2.1965; derselbe. „Hochschulplanung – dringendes Gebot der Zukunft“, Handelsblatt, Düsseldorf, vom 14./15.4.1967.

zeigt das antidemokratische Wesen dieses Selbstverständnisses der Universität. Die herrschende Klasse verlangt von den Universitäten, sich als ein „Politikum ersten Ranges“ zu begreifen, wenn es darum geht, Forschung, Erziehung und Ausbildung in den Dienst imperialistischer Politik zu stellen. Bekunden aber Hochschullehrer und Studenten ihre ablehnende Haltung gegenüber dieser Politik, dann ereifern sich Monopole, Staat und Springer-Presse, assistiert von reaktionären Hochschullehrern, gegen eine „Politisierung“ der Universität, gegen ein politisches Mandat der Organe der Korporation, die mit dem Auftrag, Lehre und Forschung zu betreiben, unvereinbar sei. Das ist nichts anderes als eine modernisierte Form der Manipulation der Wissenschaftler und Studenten, um sie abzuhalten, sich ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung bewußt zu werden und ihr gemäß zu handeln. Den Studentenvertretungen wird von offizieller Seite kraft ihrer Zugehörigkeit zur Korporation der Universität das Recht abgesprochen, zu tagespolitischen Fragen Stellung zu nehmen.

Die CDU/CSU hat in den vergangenen Jahren in zum Teil heftiger Form gegen eine Ausweitung der Selbstverwaltung und gegen die „akademischen Tabus“ Stellung genommen, wenn sie ihr hinderlich zu werden drohten. Bezeichnenderweise spielen sich die Vertreter dieser Partei des Monopolkapitals aber dann als Befürworter der Korporationsnatur der Universität auf, wenn sie befürchten, daß progressive Kräfte in einigen Landesparlamenten einen ihnen wider den Strich gehenden Einfluß auf die Universitäten bekommen könnten. Es ist also begründet, das geltende westdeutsche Hochschulrecht, seine Kategorien und die dementsprechende Ideologie als ein Instrument des Kampfes der Monopolbourgeoisie um die Formierung der Universität einzuschätzen. Das westdeutsche Hochschulrecht unterscheidet sich in nichts von den anderen Rechtsdisziplinen und -ideologien, deren sich die herrschenden Kreise Westdeutschlands bedienen, um ihre Machtpositionen zu festigen und zu erweitern. Die „herrschende“ Hochschulrechtsideologie führt von den Kernfragen der Demokratie weg und erfüllt – nicht ohne Erfolg – zugleich die Funktion der Täuschung und Illusionierung.

Es ist nicht beabsichtigt, alle Anhänger des Autonomie-Gedankens mit jenen Ideologen gleichzusetzen, die die „herrschende Meinung“ bestimmen. Die illusionierende Wirkung der Hauptthesen des Selbstverständnisses der Universität und ihrer Beziehung zum Staat ist auch an humanistisch gesinnten Wissenschaftlern nicht vorbeigegangen. Sie verweisen – sogar mit einer gewissen Berechtigung – auf die Abwehrfunktion der Selbstverwaltung der Universität gegenüber der Allmacht des Staates. Gewiß ist es richtig, die noch übriggebliebenen Reste akademischer Rechte und Freiheiten zu verteidigen. Aber – und das muß mit allem gebotenen Nachdruck hervorgehoben werden – eine bloß defensive, aus einem angeblich politisch neutralen Geist der Wissenschaft entspringende Abwehr einzelner dirigistischer Maßnahmen wird weder den Interessen der Wissenschaft und Bildung noch den Belangen des Volkes in Westdeutschland gerecht.

Alle geschichtliche Erfahrung lehrt, daß das Ringen und Streben nach Demokratie nicht im Formell-Institutionellen steckenbleiben, sondern bis an die Wurzeln der undemokratischen Macht vorstoßen muß. Das aber ist nicht in nur „autonomer“ Abwehr durch intellektuelle Opposition möglich. Die Fesseln der staatsmonopolistisch organisierten politischen Macht, die sich immer enger um die Universitäten und Hochschulen schließen, können nicht aus den „Burgen des Geistes“ heraus gesprengt werden. Der humanistische Geist muß Verbindung haben mit den Kräften, die in der Lage sind, die sozialen, ökonomischen und politischen Verhältnisse so zu verändern, daß aus dem Geist des Humanismus die humanistische Tat erwachsen kann. Die Veränderung der ökonomischen und politischen Machtverhältnisse, die Beseitigung der Macht der Hundert, Mitbestimmung und Selbstbestimmung ihrer Geschicke durch Arbeiter, Bauern und Wissenschaftler, eine Demokratie des Volkes – das ist der einzig erfolgversprechende Weg, so schwer und langwierig er auch sein mag. Die noch bestehenden akademischen Rechte und Freiheiten werden nur dann einen Wert behalten, wenn sie als politische Rechte und Freiheiten aufgefaßt und dazu benutzt werden, gegen die „formierte Herrschaft“ des Monopolkapitals die antiimperialistisch-demokratische Bewegung und Aktion zu formieren. Alles andere ist Illusion oder bewußte Täuschung. Die politische Verantwortung des Hochschullehrers wächst. Sie wahrzunehmen ist ein Gebot der Stunde und der Vernunft.

5. Kapitel: Recht und Verantwortung des Hochschullehrers unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems in Westdeutschland

Der Hochschullehrer im imperialistischen System der Expansionspolitik und des Neonazismus

Namhafte westdeutsche Wissenschaftler riefen am 30. Oktober 1966 auf dem Frankfurter Römerberg gemeinsam mit Repräsentanten der westdeutschen Gewerkschaften und weiteren fortschrittlichen Kräften gegen die Notstandspläne der Bundesregierung den „Notstand der Demokratie“ aus. Sie wandten sich gegen eine Staatsführung, die das Grundgesetz mißachtet und ein diktatorisches Befehlssystem ausbaut, die Atomkrieg und Notstand probt. Sie protestierten gegen eine Politik, die unter dem Deckmantel einer imaginären äußeren Bedrohung alle gesellschaftlichen Potenzen in den Dienst der Macht der Monopole zu stellen sucht und Westdeutschland an den Rand einer Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes bringt. Sie nahmen damit auch Stellung gegen das, was den Wissenschaftler daran hindert, das zu sein, was sein gesellschaftlicher Auftrag fordert: Forscher und Lehrer in einem demokratischen, friedliebenden Gemeinwesen an der Seite der Arbeiterklasse zum Wohle des werktätigen Volkes. Diese Wissenschaftler berührten gleichzeitig den wirklichen Kern des Notstandes der Universität und der Wissenschaft Westdeutschlands, der darin besteht, daß Wissenschaft und Hochschulen in das historisch längst überlebte, verderbenbringende staatsmonopolistische Herrschaftssystem, in Aggressionsvorbereitung, Revanchismus und Neonazismus integriert werden. Der an der Seite der Arbeiterklasse geführte Kampf von Wissenschaftlern gegen Notstandspolitik und Formierung zerreißt den Deckmantel des „Gemeinwohls“, den die imperialistischen Herren von Staat, Wirtschaft und Kultur über die objektiv bestehenden tiefen gesellschaftlichen Widersprüche zu breiten suchen, und dringt zum Kern des heutigen Inhalts der Freiheit von Forschung und Lehre vor:

Recht auf Forschung und Lehre im Geiste des Friedens, des Humanismus und der Völkerfreundschaft, auf demokratische Bestimmung der Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in Wirtschaft, Staat und Politik, auf Bestimmung des Inhalts von Forschung und Lehre, der frei ist von Antikommunismus und Chauvinismus, vom Streben nach Monopolprofit und Erhalt des Bildungsprivileges einer kleinen, historisch überlebten Minderheit, von Militarismus und Neonazismus, der einer demokratischen, zeitgerechten Entfaltung der Persönlichkeit dient.

Die tiefe Bedeutung dieser Bewegung für die Stellung des Wissenschaftlers liegt darin, daß Recht und Pflicht der Hochschule und des Hochschullehrers mit den heute in Westdeutschland tatsächlich bestehenden Machtverhältnissen konfrontiert werden, daß damit alle Scheingefechte und Täuschungsmanöver über Hochschulrecht und Hochschulfreiheit in ihrem demagogischen Charakter leichter erkennbar werden.

Gegenwärtig sieht sich der westdeutsche Wissenschaftler in die gefährliche Lage gedrängt, als einer der Schöpfer von wissenschaftlich-technischem Potential und ideologischem Rüstzeug das besondere Interesse der Notstandsplaner und Erfinder der staatsmonopolistischen Formierung der Gesellschaft an den Ergebnissen seiner Arbeit zu wecken. Er befindet sich in der Umarmung derjenigen Kräfte, die ihn und seine Arbeit erneut für ihre historisch längst gescheiterten Machtpläne mißbrauchen und denen es dafür an einer entsprechenden regierungsoffiziellen Interpretation der Grundrechte und Grundpflichten des Wissenschaftlers noch nie mangelte. Nach der Konzeption der Staatsführung wird die vielgepriesene „Freiheit der Wissenschaft“ umgekehrt in ein Recht und eine Pflicht des Wissenschaftlers, „in ein ersprießliches Verhältnis zum Staat zu treten, in ein Verhältnis, das Kritik und Mitarbeit zugleich bedeutet“.[1]

Aus dem bei den herrschenden Kräften zwangsläufig vorhandenen Interesse für den Wissenschaftler und seine Erkenntnisse ist wohl auch bei einigen Wissenschaftlern und in Kreisen der Öffentlichkeit der völlig verfehlte Eindruck entstanden, die Wissenschaft „an sich“ genieße neuerdings in

[1] So Abg. Dr. Berthold Martin (CDU/CSU) auf der IV/118. Sitzung des Bundestages am 4.3.1964, Sitzungsprotokolle, 4. Wahlperiode, S. 5461.

Westdeutschland „hohes Ansehen“ und „niemand (sei) heute gegen die Wissenschaft“[2] Dieser Trugschluß ist mit der die brennenden Fragen der westdeutschen Gegenwart verhüllenden und den Hochschullehrer bindenden antikommunistischen Prämisse, „Wissenschaft und Bildung sind Mächte zur Verteidigung der freien Welt“ verbunden. Das verschleiert den imperialistischen Charakter dieser „Förderung“, erschwert den Blick des Hochschullehrers für die dringende Notwendigkeit, seiner *persönlichen* Verantwortung in Staat und Gesellschaft insgesamt und nicht zuletzt für eine demokratische Umgestaltung der Hochschule in richtiger Wahrnehmung seiner Rechte und Pflichten nachzukommen.

Die Antwort auf die Frage nach der Ausgestaltung der Rechte und Pflichten des Hochschullehrers und nach Inhalt und demokratischer Auslegung aller ihn betreffenden rechtlichen Regelungen kann doch gerade angesichts des permanenten Verfassungsbruchs der westdeutschen Staatsführung und ihrer als „innere Staatsreform“ getarnten Notstandsdiktatur nur lauten: In Verteidigung demokratischer Regelungen des Grundgesetzes gilt es zu verhindern, daß das für den Hochschullehrer geltende Recht dem einzelnen wie der Universität bei der Wahrnehmung ihrer politisch-moralischen Verantwortung als Forscher, Lehrer, Staatsbeamter und Staatsbürger Beschränkung auferlegt.

Der westdeutsche Hochschullehrer befindet sich in einem komplizierten, vielschichtigen Konflikt, der historisch gewachsen und von handfesten ökonomischen Bindungen an die herrschende aggressivste Schicht des Monopolkapitals durchdrungen ist. Der scheinbar einfachste „Rechtsstandpunkt“ war stets, der Fiktion einer „reinen Wissenschaft“, die den sogenannten besonderen Rechten des Hochschullehrers häufig unterschoben wurde, zu folgen und Hochschulforschung, Lehre, Ausbildung und Erziehung des wissenschaftlichen Nachwuchses ohne prinzipielles, klassenmäßiges Engagement für die Arbeiterklasse und ihren Kampf um gesellschaftlichen Fortschritt und ohne nüchterne Bestimmung der entsprechenden persönlichen Position in der bestehenden Gesellschaftsordnung zu betreiben. Die Geschichte lehrt, daß diese Position stets zu unheilvollen Folgen für die Masse der Universitätsangehörigen, für den materiellen und geistigen Bestand der Hochschulen insgesamt und für das ganze Volk führte.

Ein Beharren auf dieser Fiktion ist heute, da das Monopolkapital die offene Komplicenschaft des Hochschullehrers fordert, noch viel weniger als in der Vergangenheit geeignet, den Wissenschaftler den Rechtsstandpunkt finden zu lassen, der ihm die politisch-moralisch zu treffenden Entscheidungen erleichtert, denen er nicht ausweichen kann und darf. Allerdings erfordert das dann auch, sein Recht und seine Pflicht wie auch den Angriff auf sein Recht und den Versuch der Verkehrung seiner Pflicht als Teil der Politik zu begreifen. Das erst öffnet ihm den Blick für alle Einzelfragen seines Grundrechts-, Hochschulrechts- und Beamtenrechtsverhältnisses.

Es ist unumgänglich, bei allen Entscheidungen „von der im Staat wirklich geltenden sittlichen Ordnung, nicht von der vorgeblichen“ und „von dem sich nach der wirklich geltenden Sittenordnung richtenden Verhalten der Politiker und der Wissenschaftler“[3] auszugehen. Die Diskrepanz zwischen papiernen Rechten und Staatspraxis, zwischen vorgegebener „freiheitlicher demokratischer Grundordnung“ und zügellosem Machtmißbrauch der Herrschenden macht deutlich, daß die traditionelle ökonomische, politische und moralisch-rechtliche Bindung des Hochschullehrers an die herrschenden imperialistischen Kreise angesichts der gegenwärtig zur Entscheidung stehenden Fragen in ein neues Stadium getreten ist.

Immanenter Bestandteil der Expansionspolitik ist der Mißbrauch des Wissenschaftlers und seiner Arbeitsergebnisse. Dieser Mißbrauch seiner Person und seiner Arbeitsergebnisse erfolgt auch in den einzelnen Erscheinungsformen auf typisch imperialistische Weise durch Degradierung zum rechtlosen wissenschaftlichen Arbeitspferd. Wo bleibt das Ethos des Wissenschaftlers im imperialistischen Fabrikbetrieb „moderner“ Forschungsstätten Westdeutschlands? Welcher Einfluß wird ihm heute noch effektiv auf die Wahl der Forschungsthemen, die Möglichkeiten der Verwendung seiner

---

2 E. Schütte, Die unbewältigte Gegenwart (Zur Situation der Universität heute), Münster/Wesf. 1965, S. 7.

3 K. Bechert, „Verantwortlichkeit in Wissenschaft und Technik heute“, Die Deutsche Universitätszeitung, Bonn, 1966, H. 2, S. 8.

Arbeitsergebnisse, die Kontrolle über militärische oder friedliche Nutzung zugestanden? Kennt er die Absprachen, die zwischen den „Generaldirektoren“ der Wissenschaftsbetriebe und den Konzernen über die perspektivische und gegenwärtige Richtung seiner Arbeit geführt werden? Was kann der Wissenschaftler tun, um die mit Riesenschritten wachsende Diskrepanz zwischen dem Reichtum, den er schaffen hilft, und dem Anteil, der dem werktätigen Volk und auch ihm selbst davon zugestanden wird, zu verringern?

Die Antwort auf jede dieser Fragen fällt für den westdeutschen Wissenschaftler negativ aus, und er wird feststellen müssen, daß es wenig nützt, von Hochschulrecht und Hochschulfreiheit so zu sprechen, als handele es sich um ewige Maximen, die faktisch im luftleeren Raum existieren. Leider wird in der überwiegenden Zahl der Stellungnahmen zur „Hochschulreform“ gerade diesen entscheidenden Fragen der Standortbestimmung ängstlich ausgewichen. Aber dadurch, daß auch im Denken jene künstlich vertieften Gräben übersprungen werden, die den Wissenschaftler vom organisierten Kampf der Arbeiterklasse trennen, erweist er nicht nur dem gesellschaftlichen Fortschritt schlechthin, sondern auch sich selbst den allergrößten Nutzen.

Der Erkenntnis, daß der Griff der mächtigsten Monopole in Staat und Wirtschaft nach der Universität keine „Panne“ in der Ausgestaltung bestimmter Einzelfragen der institutionellen und persönlichen Rechte des Wissenschaftlers, sondern objektiver Bestandteil eines Generalangriffs auf Rechte und Freiheiten des ganzen werktätigen Volkes ist, muß in zunehmendem Maße die Erkenntnis vom einzig möglichen Lösungsweg entspringen: sich umschauen, wer dem gleichen Angriff unterliegt, und feststellen, daß der organisierte Kampf der Arbeiterklasse auch der Kampf der Wissenschaftler ist. Die Hochschullehrer, die sich dem Kampf der Gewerkschaften gegen das Streben einer machtlüsternen Staatsführung nach Atomkrieg und Notstandsdiktatur anschlossen, zogen die notwendige Konsequenz aus dieser Tatsache. Immer mehr Wissenschaftler werden sich auch in Zukunft der einfachen Wahrheit nicht entziehen können, im Allgemeininteresse wie auch im wohlverstandenen eigenen Interesse an der Seite der Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Kräfte für eine Politik der europäischen Sicherheit, gegen nationalistische Großmannssucht und Revanchismus aktiv aufzutreten. Als Bürger eines Staates, dessen Regierungspolitik friedensgefährdend ist, ist es Grundrecht und Grundpflicht des Hochschullehrers, alles zu tun, um eine militärische Nutzung seiner Forschungsergebnisse zu verhindern und das Gift des Nationalismus und Revanchismus aus den Hörsälen zu verbannen. Das erfordert in täglicher Entscheidung, wie Prof. Dr. Max Born immer wieder eindringlich nachwies, das Ansehen anzuwenden, das den Wissenschaftlern ihr Wissen und Können verleiht, „um den Politikern den Rückweg zu Vernunft und Menschlichkeit zu weisen“.[4]

Die Verantwortung des Forschers und akademischen Lehrers geht, wie Prof. Dr. Karl Bechert hervorhebt, sehr weit. Sie umfaßt zum Beispiel das Auftreten gegen das Wirken des „Prinzips des kurzsichtigen Nutzens“ bei der Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse in einer von Konkurrenzkampf und Profitstreben bestimmten Gesellschaftsordnung. Jedoch ist der erste und gegenwärtig dringlichste Schritt der Kampf gegen das „Prinzip des blinden Mißbrauchs wissenschaftlicher Forschung für imperialistische Kriegsvorbereitung“.

Nur dadurch, daß sich der Wissenschaftler dem Kampf der Arbeiterklasse und anderer demokratischer Kräfte im Interesse dieses grundsätzlichen Anliegens anschließt, kann er seiner Verantwortung überhaupt gerecht werden. Es fehlt nicht an schönen Sprüchen, wie er das im Alleingang oder unter seinesgleichen, als „geistige Elite des Volkes“, tun könne. Aber diese Reden haben alle nur das Ziel, ihm den Blick für die wirklichen gesellschaftlichen Zusammenhänge zu trüben. Narkotisierend sollen auch globale Freisprüche wirken, etwa in der Art: „Sicherlich hat sich schon mancher Forscher wegen seiner Forschungsresultate verdammt. Hier aber ist die Absicht ausschlaggebend. Wer zum Beispiel zur Erforschung nuklearer Energie und ihrer Anwendung aus reinem Erkenntnisdrang beigetragen hat, den braucht das Gewissen wohl nicht zu bedrücken. Zu verhindern, daß sie für zerstörerische Zwecke mißbraucht wird, liegt nicht in seiner Macht.“[5] Die Wissenschaftler, die in der Bewegung

---

4 M. Born, Von der Verantwortung des Naturwissenschaftlers, München 1965, S. 205.

5 W. Klappacher, Was geschieht für die Wissenschaft?, Wien-Düsseldorf 1966, S. 66.

„Notstand der Demokratie“ mutig ihre Stimme erheben, und viele andere beweisen täglich, was wirklich in der Macht des Wissenschaftlers liegt: Garantien für eine friedliche Nutzung der Ergebnisse seiner wissenschaftlichen Arbeit zu erkämpfen!

Eine Bestimmung der Position des Wissenschaftlers im Klassenkampf in Westdeutschland, die den konkreten historischen Bedingungen entspricht, ist auch die Voraussetzung für die inhaltliche Bestimmung politischer Mitarbeit in Regierungsgremien und für die Stellungnahme zur regierungsoffiziellen Lesart der „Priorität Wissenschaft“.[6] Die sprunghaft wachsende Wissenschaftsförderung“ für Monopolprofit und Kriegsvorbereitung schafft eine neue Situation und wirft für die Stellung des Hochschullehrers und die Ausgestaltung, Wahrnehmung und Verteidigung seiner Rechte und Pflichten eine Reihe neuer Fragen auf. Angesichts der unheilvollen Erfahrungen, die gerade die deutschen Wissenschaftler mit der Erhebung der Wissenschaft zu einer imperialistischen Priorität in zwei Weltkriegen sammeln mußten, kann der verantwortungsbewußte Hochschullehrer seine Anstrengungen nicht darauf richten, einen möglichst großen Anteil der ausgeworfenen materiellen und finanziellen Mittel für seinen Wirkungsbereich zu erringen. Es wird den Lebensinteressen der Hochschullehrer keineswegs Genüge getan, wenn sie nur dafür eintreten, daß in neuen tariflichen Festlegungen an einer Verbesserung der unbefriedigenden materiellen Lage nicht nur die Bereiche „Kernforschung“, „Raumfahrt“ oder „Flugwissenschaften“ teilhaben, sondern „daß auch die armen Geisteswissenschaften daran teilhaben können“[7]? Ohne demokratische Veränderungen um *Inhalt* der „Priorität Wissenschaft“ – was wiederum demokratische Veränderungen in den gesellschaftlichen Verhältnissen überhaupt erfordert – läuft das einzig und allein auf die Notwendigkeit hinaus, die strategische Bedeutung auch der Geisteswissenschaften als „Waffen zur Verteidigung der freien Welt“, als Instrumente zur Manipulierung des „gesamtgesellschaftlichen Bewußtseins“ einer formierten Gesellschaft nachzuweisen. Den Wissenschaftlern werden bei der Verteilung der Mittel keinerlei entscheidende Mitspracherechte und keine Möglichkeiten demokratischer Kontrolle eingeräumt, gerade so, als handele es sich um Geschenke, für die kein Rechtsanspruch bestehe. Es ist ganz besonders alarmierend, wenn in der Regierungserklärung des Kabinetts Kiesinger/Strauß verkündet wird: „Für Sozialinvestitionen aller Bereiche, besonders für Wissenschaft und Forschung, müßten erheblich größere Geldmittel bereitgestellt werden. Dies ist nur möglich durch Einsparungen bei Konsumausgaben, bei Subventionen oder durch Steuererhöhungen.“ Diese alle Tatsachen auf den Kopf stellende Methode, der Wissenschaft den „Schwarzen Peter“ zuzuspielen, sie verdächtig zu machen als angeblich potentieller und tatsächlicher Verursacher von Steuererhöhungen, dient doch nur dazu, einen Teil der Wissenschaftler zu korrumpieren, einen Keil zwischen die Wissenschaftler und den gewerkschaftlichen Kampf zu treiben, eine angeblich bestehende unterschiedliche Interessenlage zu konstruieren zwischen dem Wissenschaftler, der im Interesse der Wissenschaft für Steuererhöhungen und dergleichen sein müsse, und den Gewerkschaften, die der Zunahme der sozialen Unsicherheit tatenlos zusehen sollen.

Heute gibt es keine materielle Notlage der Wissenschaft und der Wissenschaftler schlechthin. Mittels einer tiefgreifenden Differenzierung, die auch die Gesellschaftswissenschaften durchzieht, wurden bewußt einschneidende Unterschiede in der materiellen Lage geschaffen. Aber gerade diese Art und Weise der Zuwendungen, die differenzieren und teilen soll, schafft objektiv zusätzliche Gemeinsamkeiten mit außerwissenschaftlichen Bereichen. Der Wissenschaftler sieht sich der gleichen Drohung gegenüber wie die Gewerkschaften, nichts fordern zu dürfen, sondern sich willenlos dem Ratschluß der herrschenden Monopole zu unterwerfen und als „Geschenk“ entgegenzunehmen, was entsprechend der strategischen Gesamtkonzeption den einzelnen Gebieten zugewiesen wird.[8]

---

6 Für die allenthalben auftretende Unsicherheit in dieser Frage vgl. J. O. Fleckenstein, Naturwissenschaft und Politik, München 1965.

7 So z. B. Bundesminister Dr. Gerhard Stoltenberg in seiner Ansprache und Dr. Ernst Helmut Vits in seinem Jahresbericht vor der Jahresversammlung des „Stifterverbandes für die (West-)Deutsche Wissenschaft“ am 4.5.1966, in: Die Deutsche Universitätszeitung, Bonn, 1966, H. 6, S. 23 ff.

8 Nichts anderes bedeutet die Drohung des Abg. Dr. Manfred Abelein (CDU/CSU) bei der Beratung des Haushaltsplanes 1966 am 18.5.1966 vor dem Bundestag, daß sich die Vertreter der Wissenschaft nicht in die „Pressure

Heute wird immer klarer, daß die Beibehaltung der inzwischen angelaufenen militanten Bonner Lesart der „Wissenschaftsförderung“ nicht nur „vom Regen in die Traufe“, sondern in die Katastrophe führt.

Im Zuge der Formierung der Gesellschaft erhebt die Bonner Regierung immer nachhaltiger die Forderung, die Bewilligung materieller Mittel mit der „Frage der inneren Entwicklung und auch der Reform der Hochschulen“[9] zu verbinden. Diese Bonner Forderung nach politischem Engagement des Hochschullehrers beweist, daß das Festhalten an einer wertneutralen Autonomie der Hochschule heute mehr denn je eine Utopie ist. Es reicht offensichtlich nicht, defensiv darauf hinzuweisen, daß die Hochschulentwicklung Sache der Hochschullehrer selbst sei, ohne gegen den Eingriff der Bundesregierung inhaltlich vorzugehen. Auch die allgemeine Feststellung allein, daß die Mängel des westdeutschen Bildungswesens tiefgreifender Natur sind, daß über dieses „Bildungswesen und seine Mängel reden ... heißt, sich über die Gesamtsituation Deutschlands in der modernen Welt klarzuwerden“[10], scheint zwar dem Kernproblem näherzukommen, kann aber den Bonner Zugriff nicht wirksam abwehren, denn es wird der klassenmäßigen Einschätzung ausgewichen, und die historisch überlebte imperialistische Gesellschaftsordnung bleibt unangetastet.

Heute bedarf es des Mutes, sich von den regierungsoffiziellen antikommunistischen Tabus zu lösen und von der Sicht und Verantwortung des Wissenschaftlers her eine demokratische Wertung der notwendigen inneren Wandlungen vorzunehmen und Rüstungsforschung wie auch alle Versuche staatsmonopolistischer Uniformierung des Geistes an den Hochschulen zu erkennen und zu bekämpfen.

In den Positionen, die die westdeutschen Wissenschaftler gegenwärtig zu den inhaltlichen Grundproblemen unserer Zeit und damit auch der inhaltlichen Gestaltung der Hochschule einnehmen, zeichnen sich mehrere Richtungen ab. Karl Bechert charakterisierte und teilte in dieser Hinsicht die Hochschullehrer erstens in „diejenigen (ein), die beim Mißbrauch mittun, ‚wenn das Problem reizvoll ist‘, oder auch aus politischen, patriotischen, manchmal auch aus persönlichen wirtschaftlichen Gründen, oder weil es der Eitelkeit schmeichelt, für so wichtig genommen zu werden, daß man bei geplanten Machtverschiebungen mittun darf“, zweitens in die Gruppe „derjenigen, die sich von jeder Politik und von jedem Einfluß darauf fernhalten wollen, die auch Aufklärung der Öffentlichkeit nicht für Sache der Wissenschaft halten“, und schließlich drittens in diejenigen, „die öffentlich warnen, die die Wissenschaft für friedliche und menschenwürdige Zukunftsaufgaben verwendet sehen wollen“[11].

Diese Differenzierung durchzieht alle Fachrichtungen. Sie ist das Ergebnis der politischen Entwicklung Westdeutschlands im allgemeinen und der hochschulpolitischen Lage im besonderen. Dabei verdient jene Seite Beachtung, die aus den Veränderungen in der Struktur des Lehrkörpers resultiert. Formal betrachtet hat sich das Verhältnis der Ordinarien zu den anderen wissenschaftlichen Kräften zahlenmäßig von 52,5 Prozent im Jahr 1873 auf 27,9 Prozent im Jahr 1960 relativ wesentlich verringert.[12] Daraus könnte der Eindruck entstehen, daß der Einfluß der Ordinarien ebenfalls wesentlich zurückgegangen sei. Das wäre ein völliger Trugschluß, der den entscheidenden, einflußreichsten Teil des Lehrkörpers unterschätzen würde.

Vor allem auf Grund der hierarchischen Gliederung, der Berufungspolitik und nicht zuletzt der in seiner Person liegenden wichtigen Verbindungsstelle zwischen Hochschule und Monopolen kann von einem Rückgang des Einflusses der Ordinarien und Institutsdirektoren tatsächlich keine Rede sein. Die Veränderungen, die sich im Rahmen der Vervollkommnung des Gesamtsystems des staatsmonopolistischen Dirigismus abzeichnen – zu denken ist dabei an solche „Modelle“ wie Bochum –,

---

groups“ einreihen dürften, denn da „wäre nicht viel zu holen“. V/42. Sitzung des Bundestages, Sitzungsprotokolle, 5. Wahlperiode, S. 1960.

9 Bundesminister Dr. G. Stoltenberg auf der V/52. Sitzung des Bundestages am 29.6.1966, Sitzungsprotokolle, 5. Wahlperiode, S. 2491.

10 G. Picht, Die deutsche Bildungskatastrophe – Analyse und Dokumentation, Olten und Freiburg 1964, S. 11.

11 K. Bechert, „Verantwortlichkeit in Wissenschaft und Technik heute“, a. a. O., S. 9 f.

12 Statistisches Bundesamt, „Hochschullehrer und sonstiges wissenschaftliches Personal an den wissenschaftlichen Hochschulen. Stand vom 15.11.1960“, Hochschul-Dienst, Wiesbaden, 1966, H. 11, S. 7.

berühren zwar die Erscheinungsformen der Hierarchie, lassen aber deutlich die Absicht erkennen, die Rolle des Ordinarius als „Mitformierer“ in modifizierter Weise eher zu stärken als abzubauen. Diese Versuche werden insbesondere deshalb forciert, weil aus der Entwicklung der Studentenzahlen und des Mittelbaus reaktionäre Kräfte heute bereits den Schluß ziehen, „daß das, was man früher die Gefahr des akademischen Proletariats und dergleichen genannt hat, keine Utopie mehr ist“[13]. Daraus ergibt sich aber, daß sich insbesondere der Lehrstuhlinhaber seiner großen Verantwortung in Politik und Umgestaltung der Hochschule bewußt sein muß. Hinzu kommt, daß vor allem die Lehrstuhlinhaber mit ihrem hohen Durchschnittsalter von 53,6 Jahren überwiegend aus persönlicher Erfahrung die unheilvollen Folgen jener Wissenschaftspolitik im Dienst der deutschen Rüstungsmonopole kennen und endlich die erforderlichen Lehren aus der Geschichte ziehen müßten.

Die Schlüsselstellung der Ordinarien zu beachten, heißt nicht, die Rolle des sogenannten akademischen Mittelbaus und des wissenschaftlichen Nachwuchses zu unterschätzen. Seine Verantwortung und sein Recht resultieren nicht nur daraus, daß sich aus seinen Reihen künftige Spitzen der Hochschulhierarchie rekrutieren, sondern in erster Linie aus seiner gegenwärtigen Funktion im Hochschulbereich.

Diese Funktion in vollem Umfange anzuerkennen scheuten sich offenbar viele derjenigen, die sich zu Hochschulfragen in den letzten Jahren äußerten, oder sie suchten das durch platonische Huldigungen zu ersetzen. Solche Diskriminierung ist kein Zufall, denn die Leistungen dieser Zehntausende Wissenschaftler real einzuschätzen, birgt die naheliegende Schlußfolgerung in sich, endlich mit einem feudal anmutenden, staatsmonopolistisch perfektionierten Ausbeutungsverhältnis aufzuräumen. Das wiederum hieße, diesen Wissenschaftlern die Organisiertheit gewerkschaftlichen Kampfes zu empfehlen. Diese Lage des „Mittelbaus“ und des „Nachwuchses“ macht wiederum besonders deutlich, wie die Hochschulfragen über den engen Bereich der Hochschule hinausgehen, und wie verlogen es ist, dieses ganze Dilemma lediglich auf ein angeblich beklagenswertes Verhältnis zum Ordinarius zu reduzieren.

Dem wissenschaftlichen Nachwuchs echte Aufstiegschancen zu verschaffen, heißt den Kampf um echte Mitbestimmung in allen Hochschulfragen führen. Damit erwachsen in Wirklichkeit keine Gefahren für den Ordinarius, sondern es würden sich auch für ihn wesentlich bessere Bedingungen des Kampfes zur Verwirklichung seiner Lebensinteressen als Forscher und Lehrer ergeben.

Bis heute laufen noch alle Maßnahmen darauf hinaus, das Wesen der bewährten Hierarchie weiter beizubehalten, zum Schaden nicht zuletzt auch der Spitzen dieser Hierarchie. Isoliert doch dieses System die Hochschulangehörigen bei der Durchsetzung ihrer Interessen, schafft künstliche Schranken und ordnet sich so sehr gut in das System des staatsmonopolistischen Dirigismus ein.

Wissenschaftsmißbrauch und Grundrechtszerstörung

In den Bestrebungen, die Wissenschaftler, in wachsendem Maße auch speziell die Hochschullehrer, auf den gegenwärtigen Bonner Regierungskurs festzulegen und das Ansehen der Wissenschaftler für die Rechtfertigung dieses Kurses zu mißbrauchen, gewinnt seit einigen Jahren das Problem des direkten Zugriffs seitens zentraler Regierungsorgane auf den einzelnen Wissenschaftler erheblich an Bedeutung. Als Ausdruck der imperialistischen Lesart einer „neuen Technik des Regierens“ erhält damit auch das Verhältnis Monopole – Wissenschaftler wesentliche neue Akzente. Der westdeutsche Wissenschaftler und Hochschullehrer sieht sich in wachsendem Maße verschiedenen Anforderungen des zum staatsmonopolistischen Unterdrückungs- und Wirkungsinstrument ausgebauten Staatsapparates hinsichtlich Berater- und Gutachtertätigkeit konfrontiert. Das bezieht sich nicht einmal in erster Linie auf die Mitwirkung in Organen wie dem Wissenschaftsrat oder dem Bildungsrat, sondern auf Aufgaben in den verschiedensten Bereichen der staatlichen Leitung.

Verantwortung, Pflicht und vor allem auch seine Rechtsposition bei der Wahrnehmung derartiger Aufgaben sind von den demokratischen Kräften – vielleicht aus völlig unangebrachter Resignation

[13] Abg. Dr. B. Martin (CDU/CSU), V./112. Sitzung des Bundestages am 8.6.1967, Sitzungsprotokolle, 5. Wahlperiode, S. 5370.

und infolge vieler Illusionen in dieser Frage – bisher wenig untersucht und seitens der Regierungsbürokratie bewußt mit der gewissenberuhigenden Losung „Hier Politik – da Wissenschaft“ im Dunkeln gelassen worden. Es könnte der Eindruck entstehen, hierbei handele es sich um eine zwar nötige, jedoch im Grunde für den Wissenschaftler sachfremde Nebenbeschäftigung. Aber mit dieser Einstellung beraubt sich der Wissenschaftler ganz entscheidender Mittel zur Wahrnehmung seines Rechts als Forscher und Lehrer, als Beamter und als Staatsbürger. Im Unterschied zur Mitarbeit in direktem Auftrag der Monopole hat er hier einen wesentlich kürzeren Weg zur demokratischen Öffentlichkeit, kann er legale Möglichkeiten einer wissenschaftlichen Unterrichtung der Bevölkerung nutzen. Das setzt allerdings voraus, daß diese „Mitwirkung“ in ihrem Wesen grundlegend verändert wird.

Im Zuge der immer detaillierteren staatsmonopolistischen Regulierung, insbesondere des wirtschaftlichen Bereichs und bei der ideologischen Gleichschaltung der Bevölkerung, wächst seit einigen Jahren die Zahl der mit Wissenschaftlern durchsetzten staatlichen Beratungsorgane sprunghaft. Nach Angaben der Bundesregierung[14] gibt es allein in ihrem Bereich mehr als 60 Beiräte oder Beratungsgremien, in denen Hunderte Wissenschaftler mitarbeiten. Dazu gehören ständige Gremien, die entsprechend gesetzlicher Regelungen gebildet wurden (z. B. „Sozialbeirat“, „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“), zeitweilige Organe zur Begutachtung größerer Gesetzgebungsvorhaben und dergleichen sowie Beratungsgremien auf dem Gebiet der Naturwissenschaft und Technik. Besondere Beachtung verdienen schließlich Organe neueren Typs wie die Stiftung „Wissenschaft und Politik“ beim Bundeskanzleramt.

Diese Organe, deren Vielfalt hier nur angedeutet werden kann, ersetzen zwar nicht schlechthin die individuelle Heranziehung von Wissenschaftlern im Einzelfall, sie sind jedoch geeignet, die Gutachtertätigkeit weitgehend zu institutionalisieren. Der in diesem Umfang neuen Etappe der Heranziehung von Wissenschaftlern ist wesenseigen, daß mit der Institutionalisierung die Entrechtung forciert und im Beratungsorgan jeder Einfluß auf die tatsächliche politische Entscheidung der Regierungsbürokratie bestritten und erschwert wird.

Es ist daher nur allzu verständlich, daß sich immer mehr dieser Wissenschaftler „fragen, zu welchen politischen Resultaten denn eigentlich ihre beratende Mitwirkung führt“[15], zumal ein Mann wie Strauß ganz offen erklärt: „Die sollen ihre Meinung sagen, was sie denken, was sie meinen, was sie wünschen, und es ist dann an uns, ihre Meinung so wichtig oder wenig wichtig zu nehmen, wie es ihnen zukomme.“[16] Sie müssen erleben, wie ihr Rat verhöhnt wird, wenn er nicht in das aggressive und unsoziale Konzept der Bundesregierung paßt, und wie ihre vorausschauenden Einschätzungen schamlos mißbraucht oder in ihr Gegenteil verkehrt werden. Es schadet den Wissenschaftlern selbst und allen demokratischen Kräften, wenn sie die Augen vor der Tatsache verschließen, daß ihre Gutachten zum politischen Alibi mißbraucht werden, daß ihnen das Publikationsrecht ihrer Analysen und Vorschläge gesetzlich oder vertraglich beschränkt wird, um der Regierungsbürokratie die Manipulation mit den wissenschaftlichen Arbeitsergebnissen zum Zwecke der Forderung oder auch Verschleppung von politischen Entscheidungen zu ermöglichen und sie aus dem Prestige der Wissenschaft antidemokratisches politisches Kapital schlagen zu lassen.[17] Es schadet gleichermaßen, wenn jenen „Wissenschaftlern“ unwidersprochen gefolgt wird, die als wissenschaftliche Apologeten einer unheilvollen Machtausübung der Regierung bewußt ideologisches Rüstzeug für eine revanchistische Außenpolitik und eine unsoziale Innenpolitik liefern sowie „herrschende Meinungen“ postulieren, denen sich alle Angehörigen des Beratungsgremiums unterzuordnen haben. Im Licht der rauhen Bonner Wirklichkeit bleibt nichts übrig von der „reinen Wissenschaft“. Es konnte sogar so weit kommen, daß Lücke als Innenminister den Appell der Professoren gegen seine Notstandspolitik mit dem

---

14 Angaben durch Bundesminister Dr. G. Stoltenberg auf der V/19. Sitzung des Bundestages am 10.2.1966, Sitzungsprotokolle, 5. Wahlperiode, S. 752.

15 Abg. Dr. Ulrich Lohmar auf der V/19. Sitzung des Bundestages am 10.2.1966, Sitzungsprotokolle, 5. Wahlperiode, S. 742.

16 F. J. Strauß, Diskussionsrede zur Regierungserklärung Erhards, zit. nach: Informationsdienst des DIZ, 1965, Nr. 40/41.

17 Vgl. D. Dreitzel, „Die Bundesregierung und ihre Wissenschaftler“, atomzeltalter, 1966, H. 10, S. 296.

Hinweis zu entkräften sucht, daß es doch auch „positive Gutachten“ von Wissenschaftlern zu seinen Notstandsgesetzen gäbe. Der Wissenschaftler als Komplice des Verfassungsverrates – das ist der tiefe Grund, warum ihm in seinem „Mitwirkungs“verhältnis alle demokratischen Rechte abgesprochen werden.

Es ist leider eine Tatsache, daß beim Verfassungsverrat viele einflußreiche Wissenschaftler und Hochschullehrer bedenkenlos mittun. So arbeiten zum Beispiel in dem berüchtigten „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung“ beim Ministerium für „gesamtdeutsche Fragen“, also jenem Organ, das auf der Grundlage der aggressiven Alleinvertretungsanmaßung detaillierte Annexionspläne aufstellt, unter anderem folgende Wissenschaftler als Mitglieder des „Forscherkreises“:

Dr. Gerhard *Abeken*, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Westberlin

Prof. Dr. Georg *Blohm*, Universität Kiel

Prof. Dr. Werner *Bosch*, Universität Mainz

Prof. Dr.-Ing. Edmund *Frohne*, Frankfurt/Main

Prof. Dr. Bruno *Gleitze*, Köln

Prof. Dr. K. Paul *Hensel*, Universität Marburg

Prof. Dr. Rudolf *Meimberg*, Universität Mainz

Prof. Dr. Karl C. *Thalheim*, Westberliner Universität

Prof. Dr. Erich *Welter*, Universität Mainz

Nicht weniger verhängnisvoll ist, wenn solche prominenten Staatsrechtler und Politologen wie Eschenburg, Scheuner, Hermens, Dürig, Ellwein, Hennis und Scheuch in einer vom Innenministerium berufenen Kommission die Notwendigkeit einer reaktionären Wahlrechtsreform „begründen“.

Ein verantwortungsbewußter Hochschullehrer sollte trotzdem nicht den Schluß ziehen, sich ganz von einer Beratertätigkeit fernzuhalten. Die Resignation wäre für ihn wie für die gesamte demokratische Bewegung gleichermaßen unbefriedigend. Er befindet sich hier an einem entscheidenden Punkt nicht nur in moralischer, sondern auch in grundlegend rechtlicher Hinsicht. Es gilt, sich auf das entschiedendste gegen das Ansinnen der Komplicenschaft zu verwahren. Sich hier der Verfassungsbeugung zu rügen, würde das Finden demokratischer Alternativen bei allen anderen Problemen der Rechtsstellung nahezu illusorisch machen.

Als Staatsbürger, Wissenschaftler und Staatsbeamter ist der Hochschullehrer nicht nur grundsätzlich berechtigt, sondern sogar verpflichtet, seine wissenschaftlich begründete Meinung zu den Hauptrichtungen der Regierungspolitik darzulegen und sein Ansehen als Wissenschaftler ins Feld zu führen. Es fruchtet allerdings wenig, Meinung und Protest lediglich zu den Akten der Bürokratie zu geben. Die vergangenen Jahre machten deutlich, daß seine kritische Stimme in der Stille der Beiratssitzung oder im engsten Fachkreis nicht wirkungsvoll genug ist, sondern das sie gleichzeitig vor das Forum der breiten Öffentlichkeit gehört, um Echo zu finden. Das bedeutet allerdings, der herrschenden imperialistischen Auslegung des Bonner Grundgesetzes, der Universitätsverfassungen und des geltenden Beamtenrechts den Kampf anzusagen und den Nachweis zu führen, daß wesentliche Rechtsbestimmungen in Wahrheit nicht gegen, sondern eindeutig für den Wissenschaftler sprechen, der als Ziel seiner Mitwirkung die Schaffung demokratischer Verhältnisse anstrebt. Dem Hochschullehrer ist es wie jedem Bürger verboten, an Gremien zur Ausarbeitung der Notstandsverfassung und der Schubladengesetze, an Gesetzen und Maßnahmen zur Durchsetzung der völkerrechtswidrigen Alleinvertretungsanmaßung, am Grauen Plan usw. mitzuwirken. Seine Mitwirkung wäre ein Verstoß gegen den Artikel 25 des Grundgesetzes, die einzelnen bindenden grundlegenden Regeln des Völkerrechts und gegen das Gebot des Artikels 26 des Grundgesetzes, die alle Handlungen, die das friedliche Zusammenleben der Völker stören, untersagen. Sie wäre ein Verstoß gegen die im Artikel 5 Absatz 3 des Grundgesetzes noch einmal besonders hervorgehobene Verfassungstreue und ein Bruch des Eides auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung, den er als Beamter geleistet hat. Ihn zur

Mitwirkung zu verleiten ist ein Angriff auf die Würde des Menschen, die zu achten und zu schützen nach Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes Verpflichtung aller staatlichen Gewalt ist. Die bindenden Regeln des Völkerrechts und demokratische Grundsätze auch der westdeutschen Verfassung verlangen in diesen Fällen allerdings nicht nur ein Unterlassen der Mitwirkung in verfassungsfeindlichen Gremien, sondern ein aktives Eintreten für eine friedliche Politik und demokratische Verhältnisse. Das erfordert, daß der verantwortungsbewußte Wissenschaftler sich nicht lediglich resignierend zurückzieht und im Endeffekt das Feld gewissenlosen „Kollegen" überläßt, sondern das Zusammengehen mit der Arbeiterklasse und ihren Organisationen sucht, den Kampf für eine verfassungsmäßige Ordnung aufnimmt und für antiimperialistische, demokratische, fortschrittliche Verhältnisse eintritt.

In diesem Zusammenhang muß allerdings auch darauf hingewiesen werden, daß sich die Bonner Regierung in ihrer aggressiven Politik bisher in vielen Fällen auf sogenannte herrschende wissenschaftliche Auffassungen stützte, ohne daß es spezieller Beratungsgremien, Gutachten und dergleichen bedurfte. Einige einflußreiche Lehrer des Völkerrechts und des Staatsrechts lieferten zum Beispiel die „wissenschaftlichen" Grundlagen für den „Alleinvertretungsanspruch", das revanchistische „Heimatrecht" und die Negierung des Potsdamer Abkommens. Als besondere Gefahr erweist sich dabei in wachsendem Maße die von Vertretern verschiedenster Disziplinen betriebene Verfälschung der Geschichte.

Dem demokratischen Wissenschaftler darf es nicht gleichgültig sein, wenn maßgebliche Politologen, Juristen, Historiker, Soziologen usw. ihm in den Rücken fallen und Rechte und Pflichten des Hochschullehrers bewußt aushöhlen helfen. Wie lange noch wollen die verantwortungsbewußten Hochschullehrer Westdeutschlands dulden, daß beispielsweise in einer Zeitschrift ihres eigenen Bereichs, die sich „Deutsche Hochschullehrer-Zeitung"[18] nennt, Artikel veröffentlicht werden, die systematisch die Geschichte des zweiten Weltkrieges verfälschen, den deutschen Faschismus verherrlichen, Antifaschisten beschimpfen und in unflätigster Weise gegen demokratische Veränderungen an den westdeutschen Hochschulen hetzen und sie als Entwicklung zur „Vermehrung des geistigen Halbaffentums", zur Universität als Tummelplatz „für professionelle Faulpelze, für neuakademische Sittenstrolche und Amateurhuren"[19] bezeichnen? Solche Auffassungen haben nichts gemein mit der Meinungsfreiheit und Wissenschaftsfreiheit des Artikels 5 des Grundgesetzes. Sie sind geeignet, das Ansehen des Wissenschaftlers generell in der Öffentlichkeit zu untergraben.

Im Rahmen dieses Gesamtzusammenhanges von Mitwirkung, Verantwortung und kritischer Distanzierung ist auch das wirkliche Wesen des vieldiskutierten Problems der materiellen Lage der Hochschullehrer zu sehen. Der Zugriff der Monopole – ob direkt oder über die zentrale staatliche Bürokratie – unterstreicht die Notwendigkeit, um eine Verbesserung der Lebenslage zu kämpfen. Das betrifft nicht nur die Wissenschaftler an Forschungsinstituten, den akademischen „Mittelbau" und den wissenschaftlichen Nachwuchs, sondern auch und trotz errungener Teilerfolge die Hochschullehrer.[20]

War die traditionelle Stellung des deutschen Hochschullehrers vergangener Jahrzehnte sozial derart, daß er vom Staat häufig finanziell unabhängig war, so ist heute seine materielle Vergütung mehr und mehr zu einem wirksamen staatsmonopolistischen Regulierungs- und Druckmittel geworden. Die Wahrnehmung der Rechte und die ökonomische Abhängigkeit sind in ein neues Verhältnis zueinander getreten. Der bewußt labil gehaltene Boden des Beamtenverhältnisses, das in der Regel erst beim Ordinarius in eine Sicherung auf Lebenszeit verwandelt wird, hindert den Nichtordinarius, den

---

18 Deutsche Hochschullehrer-Zeitung, Zeitschrift für Hochschule, Wissenschaft und Forschung, hrsg. in Verbindung mit zahlreichen Gelehrten und Forschern des In- und Auslands und in Zusammenarbeit mit dem Institut für deutsche Nachkriegsgeschichte in Tübingen von Dr. habil. Herbert Grabert, Tübingen.

19 Deutsche Hochschullehrer-Zeitung, Tübingen, 1966, H. 2, S. 19.

20 Grundsätzlich gilt nach wie vor, daß die Einkommensverhältnisse nicht mit dem rasch wachsenden Lebenshaltungskosten Schritt gehalten haben, wie es z. B. nachgewiesen wurde von Prof. Dr. C. Tellenbach, „Der Hochschullehrer in der überfüllten Hochschule". Schriftenreihe des Hochschulverbandes, Göttingen, 1959, H. 10, S. 15.

Mittelbau und den Nachwuchs zwangsläufig außerordentlich wirksam an der Wahrnehmung seiner demokratischen Grundrechte. Die Veränderung dieses Zustandes ist längst überfällig.

Das mit den Forschungsaufträgen, die direkt von den Monopolen und von der Regierung erteilt werden, verbundene System der Heranziehung an die Arbeit staatlicher Organe ist in seiner gegenwärtigen Gestalt ein Mittel zur Verfestigung der Hochschulhierarchie, der Machtpolarisierung im Hochschulbelrieb und der Beschleunigung des Prozesses zur Herausbildung einer Masse von „Wissenschaftsarbeitern". Daß die Mitarbeit in Beiräten und dergleichen zumeist nicht regelmäßig honoriert wird, kann doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Meinung, die der Wissenschaftler in diesen Organen vertritt, nicht unwesentlich von seinen ökonomischen Bindungen an die Forschungsauftraggeber im Bereich der Monopole beeinflußt wird. Es ist auch kein Geheimnis – wenn es auch sorgfältig vor der Öffentlichkeit verborgen wird –, daß eine bestimmte Meinungsäußerung im Beratungsorgan beziehungsweise die Hergabe des Namens für die Befürwortung der einen oder anderen politischen Entscheidung mit ökonomischer Tragweite die finanziell gut dotierte Auftragserteilung für Gutachten, Forschungsaufträge usw. stimuliert. Es ist andererseits kein Fall bekannt geworden, in dem sich eine demokratische, konsequente Haltung im Beratungsgremium der Regierung seitens der Monopole für den betreffenden Wissenschaftler ökonomisch ausgezahlt hat – ganz im Gegenteil!

Diese ökonomisch letzten Endes lukrativen Angebote auf „Mitwirkung" werden fast ausnahmslos nur den Spitzen der Wissenschaftshierarchie unterbreitet. Der „Mittelbau", der in Wahrheit unter dem Namen dieser „Spitzen" die Hauptarbeit leistet, hat keinen direkten Anteil am materiellen Gewinn wie auch am möglichen Prestigezuwachs. Will er selbst einmal in diese Position aufsteigen, wird er ökonomisch sehr nachhaltig dazu angeregt, Arbeiten im Sinne der gewünschten Meinung zu liefern. Seine Grundrechte bleiben in diesem System politischer Korruption auf der Strecke.

Dieses System der ökonomischen Stimulierung der Meinungen macht deutlich, daß die „Sorge" der Regierung über bestehende Unzulänglichkeiten in der materiellen Vergütung der Hochschullehrer und anderer Wissenschaftler die wirklichen Probleme bewußt umgeht. Der Bundesregierung geht es vor allem darum, Vorsorge zu treffen, daß die weitgespannten Vorhaben der eigenen militärischen Forschung nicht durch eine auch vergütungsbedingte Abwerbung von Wissenschaftlern und qualifizierten Nachwuchskräften nach den USA gefährdet werden. Im Sinne ihres aggressiven Kurses will sie durch gezielte materielle Differenzierungen die Konzentration der Kräfte auf Kernforschung, Raumforschung, Bewußtseinsmanipulierung usw. weiter forcieren.

Es ist nicht zuletzt Sache der Gewerkschaften, sich der inhaltlichen und juristischen Seite aller dieser Probleme im Sinne der Wahrung von Demokratie und humanistischer Freiheit der Wissenschaft anzunehmen, denn die Beratertätigkeit der Wissenschaftler wird seitens der Regierungsorgane vor allem als Waffe gegen die Durchsetzung der Forderungen der Gewerkschaft mißbraucht. Es wäre auch Sache der Parlamente – Bundestag und Länderparlamente –, aufzudecken, wie die Exekutivorgane die Wissenschaft mißbrauchen.

Zum Kampf gegen Verfälschung und Abbau der Rechte des Hochschullehrers

Seit einiger Zeit nehmen die Auseinandersetzungen um die Ausgestaltung der rechtlichen Stellung des Hochschullehrers zu. Sie sind ein Ausdruck des staatsmonopolistischen Griffs nach der Universität einerseits und demokratischen Widerständen der Hochschullehrer andererseits. Ausgelöst werden sie durch die juristischen Auswirkungen, die den Hochschullehrer infolge von Veränderungen in der Rechtsstellung der Universitäten und Hochschulen mittelbar berühren, sowie durch andere allgemeine antidemokratische Vorhaben, wie Notstandsgesetzgebung, Veränderungen in der Interpretation der Grundrechte usw.

Obgleich sich wesentliche Teile dieser Vorhaben noch im Stadium von Entwürfen befinden, verdient diese Entwicklung über das bisher Gesagte hinaus Aufmerksamkeit, bahnen sich doch auf diese Weise Veränderungen von großer Tragweite an. Dieser Angriff trifft den Wissenschaftler schlechthin, jedoch wirkt er sich für den Wissenschaftler an Universitäten und Hochschulen in ganz spezifischer Weise aus.

Das westdeutsche Hochschulrecht zeichnet sich seit jeher als kompliziertes, unübersichtliches Konglomerat von Bestandteilen der verschiedensten geschichtlichen Perioden aus. Es ist daher denen beizupflichten, die meinen, es wäre längst an der Zeit gewesen, diese Situation entsprechend den gegenwärtigen Erfordernissen zu verändern. Aber dabei geht es nicht um eine Veränderung schlechthin oder um unwichtige Einzelfragen, sondern um den *Inhalt* dieser Rechte!

Die Kräfte, die in den vergangenen beiden Jahrzehnten grundlegende demokratische Veränderungen in der Gesamtgesellschaft und damit auch eine Erneuerung des Hochschulwesens verhindert haben, sind die gleichen, die heute den Inhalt alter und neuerer Rechte noch einschneidender im Sinne einer Isolierung des Hochschullehrers vom Kampf der demokratischen Organisationen der Werktätigen verändern wollen. Die Rechtsstellung des Wissenschaftlers soll ihn und den wissenschaftlichen Nachwuchs stärker als bisher an den Bonner Staat und seine reaktionären Entwicklungslinien binden. Um diesen Angriff abzuwehren, reicht es offenbar nicht aus, lediglich die institutionelle Garantie der Hochschule in Auslegung des Artikels 5 Absatz III des Grundgesetzes unter neuerer Sicht zu betonen,[21] ohne die ganze antidemokratische Tiefe der Veränderungen, die sich zu einem guten Teil unter der Oberfläche vollziehen, auszuloten und die verfassungswidrige Verkehrung der individuellen Grundrechte des Hochschullehrers ins rechte Licht zu rücken.

Heute geht es sowohl darum, neue Rechte zu erkämpfen – wie das zum Beispiel auf dem Gebiet der Mitbestimmung für die verschiedenen Gruppen von Hochschulangehörigen zweifellos dringend erforderlich ist –, als auch darum, noch geltende Rechtsbestimmungen mit demokratischem Inhalt zu versehen und alles das zu nutzen, was der Buchstabe des geltenden Rechts noch an Möglichkeiten für den demokratischen Kampf bietet. Es ist völlig verfehlt, in kurzsichtiger Selbstbeschränkung der Verfassungsauslegung der Bundesregierung und der Manipulation mit dem geltenden Beamtenrecht seitens des Bundeskanzleramtes sowie einigen „herrschenden Meinungen“ zum Hochschulrecht zu folgen.

So amputierte der als Verfechter des faschistischen Militärstrafrechts hinreichend bekannte Marburger Professor Dr. Erich Schwinge den demokratischen Gehalt der Treuepflicht und der Meinungsfreiheit des Hochschullehrers derart, daß er der Bonner Regierung vorschlagen konnte, eine nochmalige Zerstörung des Grundrechts der Meinungsfreiheit durch notstandsgesetzliche Regelungen sei nicht erforderlich: „In Krisenzeiten liegen selbstverständlich auch dem Hochschullehrer erhöhte Verpflichtungen ob. Durch Mißbrauch des Katheders zu agitatorischen und propagandistischen Zwecken kann großer Schaden angerichtet werden: es ist deshalb begreiflich, wenn die Bundesregierung eine Einschränkung des Grundrechts aus Artikel 5 Absatz 3 des Grundgesetzes ins Auge gefaßt hat. Es darf aber nicht vergessen werden, daß diese Vorschrift ohnehin nur wissenschaftliche Äußerungen deckt und infolgedessen agitatorische und propagandistische Stellungnahmen von vornherein aus ihrem Geltungsbereich ausklammert. Genau gesehen besteht also eine Notwendigkeit zur Suspension des Grundrechts gar nicht ...“[22] An den westdeutschen Universitäten und Hochschulen mehren sich indessen die Beispiele, da eine Propagierung imperialistischer Aggressions- und Gewaltpolitik als „freie Lehre“ geschützt, das Aufbegehren demokratischer Studenten gegen die Rechtfertigung imperialistischer Verbrechen jedoch als Angriff auf die „Freiheit der Lehre“ geahndet wird.

Es entspricht daher den Lebensinteressen des Wissenschaftlers, wenn angesehene Hochschullehrer im Kampf gegen den offenen Verfassungsbruch durch die Notstandsgesetzgebung und gegen die forcierte wissenschaftsintensive Rüstung prinzipiell und in aller Öffentlichkeit Stellung nehmen und sich dabei in wesentlichen Punkten mit gutem Recht auf den Buchstaben verfassungsmäßiger Grundrechte und selbst auf Bestimmungen des geltenden Hochschul- und Beamtenrechts berufen. Das westdeutsche Verfassungsrecht enthält in Artikel 5 Absatz III Satz 2 des Grundgesetzes das Gebot: „Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung“ und nach Artikel 18 des Grundgesetzes die durch das Bundesverfassungsgericht festzustellende Verwirkung des Grundrechts der Lehrfreiheit

---

21 Vgl. H. Klein, „Gedanken über neuere Entwicklungen im Hochschulrecht (Zur Auslegung des Art. 5 Abs. III Satz 1 des Grundgesetzes)“, Archiv des öffentlichen Rechts, Tübingen, 1965, 90. Band, S. 129 ff.

22 E. Schwinge, „Der Wissenschaftler und die Freiheit der Meinungsäußerung“, Festrede für Heinrich Herrfahrdt, Marburg 1961, S. 196.

dessen, der dieses Recht „zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht“.

Die Stimmen sind nicht mehr zu zählen, die sich bislang zu diesen Sätzen der Verfassung in mehr oder weniger herkömmlicher Weise geäußert haben,[23] aber angesichts der Entwicklung, die sich in Westdeutschland vollzogen hat, ist es erforderlich, diese „Treue“ nicht abstrakt, sondern an der gesellschaftlichen Wirklichkeit der westdeutschen Gegenwart, an der Existenz eines expansionistischen, neonazistischen Herrschaftssystems konkret zu bestimmen.

Im Jahre 1949 wurde die „Treueklausel“ gegen den Widerstand der Reaktion mit der erklärten Zielsetzung in das Grundgesetz aufgenommen, um angesichts der bitteren historischen Erfahrungen aus den Jahren vor 1933 zu verhindern, daß erneut vom Hochschulkatheder her „hinterhältige Politik“ betrieben wird und die Demokratie und ihre Einrichtungen verächtlich gemacht werden.[24] Im Zuge des großangelegten, tiefgreifenden Prozesses der staatsmonopolistischen Formierung soll dieser demokratische Inhalt eines geltenden Verfassungssatzes zerstört und völlig ins Gegenteil verwandelt werden.

Unter einer alle Realitäten auf den Kopf stellenden Prämisse, daß die gegenwärtige Ordnung Westdeutschlands eine freiheitliche und demokratische sei, wurde die „Treue zur Verfassung“ in eine unbedingte Treue zu den bestehenden sozialökonomischen Verhältnissen und zur Politik der jeweiligen Bundesregierung umgemünzt. Diese zur gesellschaftlichen Wirklichkeit des permanenten regierungsoffiziellen Verfassungsbruches, der Kriegsvorbereitung und der sozialen Ungerechtigkeit in schreiendem Gegensatz stehende Prämisse wird in ihrer demokratiefeindlichen Auswirkung noch dadurch verstärkt, daß die Verfassungstreue und Meinungsfreiheit auf der Grundlage dieser Prämisse in eine „Treue zur formierten Gesellschaft der großen Monopole“ verfälscht und obendrein in eine *Pflicht* zur aktiven Mitgestaltung eben dieser verfassungswidrigen Zustände verwandelt werden. Höchstrichterliche Entscheidungen geben dieser Auslegung ihren Segen. Gedeckt durch diese verfassungswidrige Konstruktion konnten sich schwerbelastete Nazi auf Lehrstühlen breitmachen, demokratische Hochschullehrer dagegen systematisch als Feinde der freiheitlichen demokratischen Ordnung des Grundgesetzes verketzert werden. Diese Konstruktionen – und sie sind bekanntlich für den einzelnen Wissenschaftler auch mit starkem ökonomischem Druck verbunden – sollen es dem Hochschullehrer direkt zur Rechtspflicht machen, an der Rüstungsforschung, der regierungsdienlichen Geschichtsfälschung, der Propagierung der völkerrechtswidrigen Alleinvertretungsanmaßung, des Revanchismus und der ideologischen Deformierung der Studentenschaft aktiv mitzuwirken.

Diejenigen Hochschullehrer, die die Gefährlichkeit dieser Prämisse und der darauf aufbauenden Konzeption zu erkennen beginnen, gehen völlig richtig davon aus, daß die in der Verfassung postulierte Wissenschaftsfreiheit und Verfassungstreue nicht lediglich ein Unterlassen, eine „Insel“ gewährleistet, sondern im Gegenteil das Recht und die Pflicht aktiven Handelns für demokratische Verhältnisse in Wirtschaft, Staat und Hochschulen bedeutet.

Wohin solche „juristisch“ begründeten, wertneutralen Auslegungen der Wissenschaftsfreiheit – „Im Hörsaal und in der wissenschaftlichen Veröffentlichung hat die Politik zu schweigen“[25] – und ein von der Wirklichkeit abstrahiertes Gebot, den Staat als Dienstherrn, so wie er ist, zu achten, führen, haben die Weimarer Republik und die bisherige Entwicklung in Westdeutschland hinlänglich bewiesen: zu Faschismus und Krieg, zu nie gekannter Machtkonzentration der Rüstungsmonopole und zur formierten Gesellschaft.

Im Jahre 1949 wurde die Treuepflicht des Lehrenden und Forschenden zu Demokratie und Freiheit beschworen, und in der Folge wurden viele gelehrte Abhandlungen über die feinen Unterschiede im

---

23 Für viele: Prof. Dr. Ernst Friesenhahn, „Staatsrechtslehrer und Verfassung“, Bonner akademische Reden, Krefeld 1951, H. 4; Prof. Dr. Richard Thoma, „Die Lehrfreiheit der Hochschullehrer und ihre Begrenzung durch das Bonner Grundgesetz“, Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart, Tübingen 1952, Bd. 166; Herbert Wehrhahn, „Lehrfreiheit und Verfassungstreue“, Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart, Tübingen 1953, Bd. 183 f.

24 Vgl. Verhandlungen der Vollversammlungen des Parlamentarischen Rates, Stenographischer Bericht, S. 176.

25 W. Thieme, Deutsches Hochschulrecht, Westberlin/Köln 1956, S. 247.

Verfassungstext gegenüber der Weimarer Verfassung oder die angebliche Deckungsgleichheit mit früheren Regelungen geschrieben, ohne dabei jener historischen Wahrheit gerecht zu werden, daß die akademische Unterstützung des heraufziehenden Faschismus und der Kriegsrüstung aus eben dieser erneut gegenwärtigen Situation entsprang, daß die bestehende Ordnung weder freiheitlich noch demokratisch, sondern zutiefst reaktionär war. So wichtig es ist, durch eine Treuepflicht den Hochschullehrer wie letzten Endes jeden Bürger zu binden, ist es doch weniger als ein halber Schritt, der sich zudem leicht in sein Gegenteil verkehren kann, solange versäumt wird, die grundlegenden gesellschaftlichen und staatlichen Voraussetzungen für Treue und Mitwirkung durch antiimperialistische, demokratische Veränderungen zu schaffen.

Der demokratische Inhalt von Wissenschaftsfreiheit und Treuepflicht kann unter diesen Bedingungen nicht dadurch bewahrt werden, daß ihr Charakter als Garantie einer Institution einseitig betont und ihre Bedeutung als spezifisches Grundrecht in den Hintergrund gedrängt wird. Der Versuch, die Hochschule in ihrer Gesamtheit als „Insel" vor dem zentralistischen staatlichen Zugriff bewahren zu wollen, kann allenfalls eine Reihe extremer Auswüchse der Inpflichtnahme des Hochschullehrers zeitweilig verhindern. Er birgt jedoch die entscheidende Gefahr in sich, die Annäherung des Wissenschaftlers an den im Grunde inhaltlich gleichen Kampf organisierter demokratischer Kräfte, wie der Gewerkschaften, zu komplizieren und echte Alternativen zu verhindern.

Die Konstruktion, daß eine „hochschulrechtliche Respektzone, innerhalb deren die Hochschule nur in ihrer verfassungsrechtlichen Eigenart ansprechbar ist"[26], bestehe, ist bei einer Wertung am Kriterium der gegenwärtig tatsächlich existierenden gesellschaftlichen Verhältnisse Westdeutschlands in erster Linie geeignet, vom Kernproblem abzulenken.

Der Hochschullehrer sieht sich einem prinzipiell gleichen Angriff auf sein individuelles Grundrecht der freien Meinungsäußerung, der Freiheit des Forschens und Lehrens für Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt ausgesetzt wie jeder andere Staatsbeamte und wie jeder Bürger, der von realistischen Positionen aus auftritt und mit seiner Meinungsäußerung dem notwendigen gesellschaftlichen Fortschritt zu dienen bestrebt ist.

Gegen diese individuelle Seite des Grundrechts zielen unter den gegenwärtigen Verhältnissen letzten Endes alle Versuche, die Hochschule als Institution dem verstärkten Dirigismus der Monopole und des zentralen bürokratischen Apparates des Staates zu unterwerfen. Der Griff geht nach den grundlegenden Rechten des Hochschullehrers als verantwortungsbewußtem Staatsbürger, und dazu ist offenbar jedes Mittel recht. Die Bonner Regierung manipuliert mit kriegswichtigen Prioritäten und „goldenen Fesseln". Ein Gesinnungszwang wird durch politische Tabuierung von Grundfragen der Lehre und Forschung ausgeübt. Es wird mit dem „besonderen Gewaltverhältnis" des Beamten gedroht. Die allgemeine Verkehrung des Charakters der Grundrechte der Bürger in „Rechte" der bedingungslosen Subordination beziehungsweise in Rechte, die nur für eine derzeit nicht bestehende „Normallage" Gültigkeit haben, wird praktiziert. Ein demokratisches Widerstandsrecht wird negiert. Stets handelt es sich um das gleiche Ziel: die perfekte Entrechtung des Hochschullehrers und seine Verwandlung in einen Stabilisierungs- und Machtfaktor für das herrschende Regime. Dieser Angriff ist selbst nach dem Buchstaben der geltenden Rechtsordnung illegitim. Das ist er nicht deshalb, weil der Hochschullehrer in dieser Frage ein „besonderer Staatsbürger" oder ein „besonderer Beamter" ist, sondern weil für ihn wie für jeden Bürger und für jedes Staatsorgan eine Reihe wesentlicher demokratischer Grundsätze im Grundgesetz unübersehbar verankert sind. Die Konzeption und Praxis einer „freiheitlichen demokratischen Grundordnung" im Sinne der staatsmonopolistischen Herrschaft mächtiger Monopolgruppen steht in völligem Gegensatz zu diesen Grundsätzen. Aber wenn das Grundgesetz und die in ihm als bindende Kriterien einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung verankerten Prinzipien massiven Angriffen eines nach der Notstandsdiktatur strebenden Machtregimes

[26] A. Köttgen, „Das Grundrecht der deutschen Universität", Göttinger Rechtswissenschaftliche Studien, Göttingen 1959, Bd. 26, S. 35.

unterliegen, so ist das nur um so mehr ein Grund, die Rechte und Pflichten eines Wissenschaftlers auch an der Elle eben dieser demokratischen Grundsätze des Grundgesetzes zu messen.

Nach Artikel 20 des Grundgesetzes soll alle Staatsgewalt vom Volke ausgehen. Als Forscher und Erzieher ist der Hochschullehrer in ganz besonderem Maße verpflichtet, für eine demokratische Grundordnung in Westdeutschland einzutreten. Die Freiheit der Wissenschaft und das für die Lehre ausdrücklich hervorgehobene Gebot der Verfassungstreue sind im Rahmen der demokratischen Meinungsfreiheit des Artikels 5 des Grundgesetzes Rechtsgrundlagen, die dem Wissenschaftler bei der wissenschaftlichen Information der Öffentlichkeit, beim Widerstand gegen den Mißbrauch seiner Arbeitsergebnisse für aggressive Zwecke und bei der Erziehung und Ausbildung der akademischen Jugend eine besondere Verantwortung auferlegen und auf die er sich zu seinem Schutz uneingeschränkt berufen kann.

Schließlich ist der Hochschullehrer in der Regel Staatsbeamter. Das geltende Beamtenrecht verpflichtet ihn ebenfalls expressis verbis in allen Bundesländern zur Verfassungstreue, zum Eintreten für eine freiheitliche demokratische Grundordnung bis hin zum Eid auf die Verteidigung von Verfassung und Demokratie, wobei die für den Hochschullehrer geltende Spezifik im Beamtenstatus diese grundsätzliche Verpflichtung eher verstärkt als abschwächt. Auf sein Widerstandsrecht als Beamter kann er sich zudem berufen, wenn er der offiziellen Lesart des Grundgesetzes, besonders der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, wie die Praxis erweist, tatsächlich nicht folgen kann.

Diesen Gesamtzusammenhang zu erkennen bedeutet keinesfalls, die spezifische Stellung des Hochschullehrers an der Hochschule selbst zu unterschätzen und die vielfältigen aktuellen Fragen geplanter oder schon realisierter juristischer Veränderungen als zweitrangige Fragen abzutun. Unaufhaltsam spitzt sich der Widerspruch zwischen der sogenannten Hochschulhierarchie und der objektiv bedingten Dynamik in Lehre und Forschung weiter zu. Es kann aber nicht das Anliegen der Hochschullehrer sein, diese Hierarchie hergebrachter Prägung durch einen umfassenden Dirigismus des gegenwärtigen Bonner Staates abzulösen. Dazu gilt es, die Ursachen bloßzulegen, die nicht primär im Juristischen liegen. Was sind die Ursachen der Hierarchie? Resultieren sie „aus einem merkwürdigen Unfehlbarkeits- und Prestigeanspruch“[27]? Die Stellung des Ordinarius und Institutsdirektors, die Ausgestaltung der Rechte des akademischen Mittelbaus nach der „Hungriger-Jagdhund-Theorie“, die Rechtlosigkeit der Assistenten (man denke nur an die „Witwenverbrennung“ bei einem Wechsel in der Besetzung des Lehrstuhls) und die Negierung eines Mitspracherechts der Studentenschaft in Angelegenheiten der Hochschule waren und sind doch nicht das Ergebnis der Charakterschwäche einzelner, sondern ökonomisch, juristisch und sozial abgesichertes System.

Dank bewährter „Selbstauslese“ war sich der imperialistische Staat der Staatstreue der Ordinarien im wesentlichen sicher, und das auf den Ordinarius zugeschnittene System der Hochschulverfassung und der materiellen Sicherstellung auf Lebenszeit gab dem Nachwuchs genügend Anreiz und Zeit, sich zu festen Stützen der bestehenden Ordnung zu entwickeln. Dieses traditionelle Gefüge beginnt auf Grund der Veränderungen im Gesamtsystem des Dirigismus in Bewegung zu geraten, nicht zuletzt aber auch dank des offenen Auftretens von Professoren gegen eine lebensbedrohende Staatspolitik. Es gilt also, das inhaltliche Problem der Ablösung der Hierarchie durch demokratische Mitbestimmungsrechte für den gesamten Lehrkörper und die Studentenschaft an der Ausgestaltung der Ziele von Lehre und Forschung zu lösen, und das eben nicht nur innerhalb, sondern vor allem auch außerhalb der Universität.

Das erfordert aber auch, daß alle Versuche zurückgewiesen werden, an der Oberfläche der Strukturfragen zu verharren beziehungsweise die inhaltlichen Forderungen demokratischer Kräfte in organisatorische Veränderungen umzufälschen, die den reaktionären Inhalt der Hierarchie in ein neues, noch gefährlicheres, weil scheinbar modernes Gewand pressen. Es ist absurd anzunehmen, daß sich das inhaltliche Problem des Lehrkörpers der westdeutschen Universitäten und Hochschulen durch

---

[27] E. Freerksen, „Grundlagen und Organisationsformen medizinischer Forschung“, Schriften des Hochschulverbandes, Göttingen 1966, H. 17, S. 18.

eine mehr oder weniger großzügige quantitative Ausweitung der Planstellen für Mittelbau und Nachwuchs letzten Endes von allein lösen würde. Die Erhöhung der Zahl der Lehrenden und Forschenden spitzt die Widersprüche weiter zu und schafft bessere Ausgangspositionen für den Kampf um demokratische Rechte, macht aber die Forderungen vor allem der Angehörigen des Mittelbaus und des Nachwuchses keinesfalls gegenstandslos.

Zweifellos äußert sich die Belastung am schärfsten in der Lehre, wo Leistungen verlangt werden, die in keinem annehmbaren Verhältnis mehr zur materiellen Stellung und zu den Rechten der überwiegenden Masse der Lehrenden stehen.[28]

Die daraus resultierende völlig verständliche Freude über jeden Teilerfolg bei der Verwirklichung der Forderung nach mehr wissenschaftlichen Kräften zur vordringlichen Bewältigung der Lehraufgaben verführt jedoch offenbar zu einer gefährlichen Sorglosigkeit gegenüber der qualitativen Seite dieses Prozesses.

Welcher Einblick wird der Masse der Wissenschaftler noch in den Gesamtzusammenhang der Forschungsarbeit, an der sie beteiligt sind, und in die Hintergründe der Lehrmeinungen, die sie vertreten sollen, gewährt? Hat ein Angehöriger des Mittelbaus, dem seine Stellung als Lebensstellung offeriert wird, noch ein Interesse daran, mit selbständigen Meinungen aufzutreten, und kann es ein Nachwuchswissenschaftler angesichts der prozentual immer geringer werdenden Aufstiegschance ohne Repressalien befürchten zu müssen noch wagen, mit selbständigen Meinungen aufzuwarten? Es gibt Stimmen,[29] die vor dieser Vergeudung von wissenschaftlicher Kapazität warnen, die aus dem „pseudofeudalen Gefolgschaftsverhältnis“ erwachsen, unter dem Mittelbau und Nachwuchs sich „entfalten“. Aber das ist nur die eine Seite. Die andere Seite dieses objektiv unerträglichen Zustandes besteht darin, daß die Würde des Forschers und Lehrers bereits bei denen auf der Strecke bleibt, die sich das Ethos des Wissenschaftlers erst aneignen sollen. Der Gebrauch demokratischer Rechte wird bereits in dieser entscheidenden Entwicklungsetappe durch administrativen und ökonomischen Dirigismus nicht geübt, sondern im Keime erstickt.

Das Anwachsen der Zahl von Nachwuchswissenschaftlern beziehungsweise aller derjenigen, denen die verlockende Chance des Aufstiegs in die Stellung eines „Generaldirektors“ der Wissenschaft vorgespielt wird, hat gerade durch die Entrechtung dieser Wissenschaftler und die dominierende Rolle des Subjektivismus auch die Aufgabe, den Institutsdirektor und Ordinarius in ihrer Treue zu den Monopolen und ihrer Politik mit im Grunde erpresserischen Mitteln stets aufs neue zu bestärken. Ein Institutsdirektor, der versucht, seiner demokratischen Verantwortung gerecht zu werden, und bestimmte Aufträge der Monopole und der Regierungsorgane ablehnt, bekommt das ja nicht nur persönlich materiell zu spüren, sondern das wirkt sich auch materiell und im wissenschaftlichen Ansehen für alle anderen Wissenschaftler des von ihm geleiteten Bereiches aus. Darüber hinaus trägt das auf imperialistischer Gesellschaftstreue, scheinbarer Apolitizität und Subjektivismus aufbauende System der Berufung, das nur den Wissenschaftler fördert, der sich bei den Auftraggebern seiner Arbeit in den Monopolen und ihren Organisationen einen Namen als zuverlässige Kraft gemacht hat, dazu bei, daß der nachdrängende wissenschaftliche Nachwuchs ständig als Druckmittel gegen demokratische Hochschullehrer ausgespielt wird.

Angesichts dieser Lage reicht es nicht aus, nur Mitbestimmungsrechte aller Kategorien von Wissenschaftlern in den Angelegenheiten der Hochschule und eine Ausdehnung des juristischen Begriffs des Hochschullehrers zu fordern. Das allein ist nicht geeignet, die inhaltliche Stellung dieser Wissenschaftler zu verbessern, wenn sie nicht mit antiimperialistischen, demokratischen Forderungen verbunden werden, etwa der Art, daß die Selbstverwaltungsorgane der Universitäten und Hochschulen das Recht und die Pflicht auferlegt erhalten, die Aufträge und Absprachen zu kontrollieren und offen darzulegen, die zwischen Hochschuleinrichtungen und Monopolen beziehungsweise deren Organen

---

28 Vgl. J. Ritter, „Die Universität vor den Ansprüchen der Zeit“, in: G. Hess/R. Dahrendorf/P. Menke-Glückert/J. Ritter, „Strukturprobleme unserer wissenschaftlichen Hochschulen“, Preisschriften und Abhandlungen der Friedrich-Naumann-Stiftung, Köln/Opladen 1965, H. 2, S. 49.

29 Vgl. W. Nitsch/U. Gerhardt/C. Offe/U. K. Preuß, Hochschule in der Demokratie, Westberlin/Neuwied 1965.

bestehen. Das „pseudofeudale Gefolgschaftsverhältnis“ kann nur gelockert werden, wenn die zu erringenden Mitspracherechte eben diese seine klassenmäßigen inhaltlichen Ursachen aufdecken und überwinden helfen. Es gilt, das System der monopolistischen Bindung aufzudecken und zu verändern, aber nicht, es zu vervollkommnen.

Werden die Bestimmungen des Beamtenrechtsrahmengesetzes – von denen gesagt wird, sie seien in einer „phantasielosen Weise den Bestimmungen nachgebildet worden, die in dem Gesetz über die rechtlichen Verhältnisse der beamteten Lehrer an wissenschaftlichen Hochschulen vom Jahre 1939 enthalten sind“[30] – nur mit etwas mehr Phantasie formell verändert in der Absicht, der Abwanderung von Wissenschaftlern nach den USA Einhalt zu gebieten,[31] kann und soll das lediglich der Unzufriedenheit ein kleines Ventil öffnen, mehr aber auch nicht.

In diesem Zusammenhang gebührt auch einem Problem Aufmerksamkeit, das manches, was von den Rechten und der Stellung des Mittelbaus und des wissenschaftlichen Nachwuchses gesagt wurde, in konzentrierter Weise verdeutlicht: Das Problem der Frau als Wissenschaftlerin und dabei insbesondere als Angehörige einer Universität oder Hochschule. Auch neuere Untersuchungen können nur immer wieder das eine feststellen: Die Diskriminierung der Frau im Hochschulbereich spottet jeder Beschreibung. Ihre Rechtsstellung ist mittelalterlich, ihr Anteil selbst an den bescheidenen Teilerfolgen des Kampfes um bessere soziale Bedingungen ist praktisch gleich Null.[32]

Es geht hier nicht etwa darum, daß die Wissenschaftlerin in den gesetzlichen Regelungen ausdrücklich von bestimmten Rechten ausgeschlossen ist. Formal ist sie völlig gleichgestellt. Aber in einem System, dem Subjektivismus und Konkurrenzkampf das Gepräge geben, ist es zwangsläufig so, daß die Frau kaum eine Chance hat, über die untersten Stufen der Hochschulhierarchie hinaus vorzudringen, da sie einer Wand der Ablehnung seitens der maßgeblichen Kräfte in den Machtpositionen der Hochschule gegenübersteht. Nach soziologischen Umfragen sind 80 Prozent der Hochschullehrer gegen Frauen im Lehramt. Die Tatsache, daß es nur noch in Ekuador, Guatemala und Österreich prozentual weniger weibliche Dozenten gibt als in Westdeutschland und daß die habilitierte Wissenschaftlerin doppelt so lange auf die Berufung in ein Ordinariat warten muß als ihre männlichen Kollegen,[33] ist wahrhaftig kein Ruhmesblatt des westdeutschen Hochschulwesens.

Zweifellos ist das Problem der beruflichen Arbeit der Frau als Wissenschaftlerin kompliziert, und platonische Erklärungen, ja selbst allgemeine Verfassungsbestimmungen allein ändern wenig. Wichtig erscheint zunächst, daß das Problem der Wissenschaftlerin in seinem tatsächlichen *gesellschaftlichen* Charakter erkannt und weniger hochschulspezifische Tiefenpsychologie betrieben wird. Es ist das allgemeine Problem imperialistischer Ausbeutung, das am Beispiel der Frau in allen gesellschaftlichen Bereichen besonders kraß zum Ausdruck kommt. Aber diese Erkenntnis macht auch deutlich, daß die Hoffnung, der objektive Zwang nach Erhöhung der Zahl der Lehrkräfte werde auch der Frau eine Chance geben, recht trügerisch ist. Mehr Frauen wird es dadurch möglicherweise an den Universitäten geben, ob ihr Anteil am Lehrkörper spürbar wächst, ist allerdings seht fraglich. Die Lage dieser Frauen wird sich von allein nicht wesentlich verbessern.

Soll die Lage der Wissenschaftlerin in einer Gesellschaftsordnung, der die Frau als billige Arbeitskran wesenseigen ist, effektiv verbessert werden, sind Appelle an die Vernunft der männlichen Kollegen fruchtlos. Es bedarf schon konkreter Kampfmaßnahmen gegen das Wirken dieses staatsmonopolistischen Systems. Es wäre daher nicht zuletzt Sache der Gewerkschaften, dieses Problem, das in seinen Auswirkungen weit über die Hochschule hinausgeht, aufzugreifen.

---

30 Vgl. Abg. Dr. Friedrich Rau in der V/23. Sitzung des Bundestages am 18.2.1966, Sitzungsprotokolle, 5. Wahlperiode, S. 1006.

31 Vgl. Abg. Dr. Berthold Martin in der V/23. Sitzung des Bundestages am 18.2.1966, Sitzungsprotokolle, 5. Wahlperiode, S. 1008.

32 Vgl. W. Nitsch u. a., „Hochschule in der Demokratie“, a. a. O.; vgl. ferner „Zur Situation der weiblichen Hochschullehrer“, Schriften des Hochschulverbandes, Göttingen 1963, H. 13.

33 Angaben bei W. Nitsch u. a., „Hochschule in der Demokratie“, a. a. O., S. 441 f.

In Kreisen westdeutscher Hochschullehrer breitet sich das Unbehagen darüber aus, daß durch landesgesetzliche Bestimmungen und Vorhaben sogenannte traditionelle Kompetenzen der Universität beeinträchtigt werden. Dabei lehrt die historische Erfahrung, daß der Einfluß der Länder inhaltlich stets sehr differenziert einzuschätzen war. Die Ablehnung beamtenrechtlicher Veränderungen und von Mitbestimmungsrechten der Nichtordinarien in Universitätsbelangen nach Art eines Ulrich von Lübtow,[34] der – das Modell einer formierten Gesellschaft der großen Monopole vor Augen und damit selbst den Minimalforderungen des Hochschulverbandes brüsk in den Rücken fallend – „das Leitbild eines akademischen Lehrers ausschließlich durch den Lehrstuhlinhaber bestimmt“ sehen will, da eine „aus der Natur der Sache folgende Differenzierung ... die ratio der freien Welt“ sei, ist offensichtlich genauso schädlich wie die von anderen gewünschte Rückkehr zur preußischen Kultusverwaltung, die die Hochschulen in die aktive Mitwirkung an der Vorbereitung zweier Weltkriege dirigierte.

Objekt der Kritik kann also nur der reaktionäre, staatsmonopolistische Eingriff sein, gleich, ob er von Bund oder Land kommt. Das betrifft zum Beispiel einen solchen Eingriff in bisher von der Hochschule wahrgenommene Berufungsrechte wie die von der Bonner Regierung durchgesetzte Besetzung von Lehrstühlen mit sogenannten 131ern. Otto Bachof führte die Tatsache, daß an den westdeutschen Hochschulen „heute auch solche lehren, die man ... besser von ihnen ferngehalten hätte“[35], nicht zuletzt darauf zurück, „daß noch bis vor kurzer Zeit bei jeder Berufung an Hand einer vom Bundesinnenministerium zusammengestellten Liste von noch nicht untergebrachten 131er Hochschullehrern geprüft werden mußte, welche der dort aufgeführten Personen für die Besetzung des Lehrstuhles fachlich in Frage kamen. Dem Kultusministerium gegenüber war eingehend zu begründen, wenn und warum ein in die Liste aufgenommener Hochschullehrer etwa nicht berücksichtigt werden sollte; dabei mußte die vorgeschlagene Fakultät damit rechnen, daß die Nichtberücksichtigung eine Rückgabe der Liste, infolgedessen eine längere Vakanz des Lehrstuhles, wenn nicht gar einen Oktroi seitens des Ministeriums zur Folge haben könne.“[36]

Gerade an diesem Beispiel wird deutlich, daß für dieses in verschiedener Hinsicht rechtswidrige Verfahren nicht formal der staatliche Zugriff verantwortlich gemacht werden kann, sondern daß es bei diesen Rechts- und Verfahrensfragen um zutiefst inhaltliche Probleme des Staates und der Hochschule geht, zumal wenn man bedenkt, daß es auch aus dem Hochschulbereich selbst beifällige Stimmen gab, etwa daß „jeder 131er Hochschullehrer ..., der noch ‚draußen‘ steht, ... eine Anklage gegen die Hochschule“ sei.[37]

Selbst wenn von der Tatsache ausgegangen wird, daß es in der Geisteshaltung und dem Auftreten keine homogene Masse von „131ern“ gibt, sondern daß auch hier sehr wohl danach zu differenzieren ist, welche Lehren der einzelne aus der Vergangenheit gezogen hat und welche Stellung er zum gegenwärtigen Wirken des imperialistischen Herrschaftssystems in Westdeutschland und zum demokratischen Kampf gegen dieses Regime heute einnimmt, zeigt es sich gerade in diesen Fragen der Personalpolitik, daß der demokratische Gehalt der Hochschulselbstverwaltung viel weiter ausgehöhlt ist, als das nach außen hin sichtbar wird.

Den Formierern schwebt vor, die Kommandogewalt des Betriebsleiters im Universitätsbereich einzuführen. Nichts anderes bedeutet doch auf personalpolitischem Gebiet der Hinweis, „daß die modernen Hochschulen mit ihren ‚Umsätzen‘ von 150 Millionen DM und mehr im Jahr sehr großen Wirtschaftsbetrieben gleichen“[38]. Die herrschenden Kreise Westdeutschlands zögern heute mit weitergehenden Teilveränderungen im Hochschulrecht nicht zuletzt deshalb, weil nach ihrer

---

34 U. von Lübtow, „Zur Frage der Verfassungsmäßigkeit des Berliner Hochschullehrergesetzes vom 21.1.1963“, Die Deutsche Universitätszeitung, Bonn 1964, H. 4, S. 15.

35 O. Bachof, in: Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus, hrsg. von Andreas Flitner, Tübingen 1965, S. 211.

36 A. a. O., S. 2.10.

37 M. Wenzel, Das Gesetz zu Art. 131 GG und die Hochschullehrer, Frankfurt 1953, S. 56.

38 „Bericht über den kulturpolitischen Kongreß der CDU in Nordrhein-Westfalen am 16.-17.5.1966 in Köln“, Die Deutsche Universitätszeitung, Bonn 1966, H. 6, S. 27.

durchgreifenden Konzeption „bald einmal ganz neue Lösungen gefunden werden, denen man nicht durch vorzeitige Festlegungen Schwierigkeiten bereiten darf“[39].

Angesichts dieser kaum noch verhüllten Drohung ist es Anliegen jedes Hochschullehrers, dem eine demokratische Entwicklung am Herzen liegt, so rasch und so gründlich alles zu tun, um diesen Formierungsplan abzuwehren.

Der Hochschullehrer vor dringenden Entscheidungen

Im Prozeß der imperialistischen Restauration Westdeutschlands vollzog sich ein zwar unterschiedlich intensiver, jedoch ständiger Angriff auf die Grundrechte des Wissenschaftlers und auf den demokratischen Gehalt der Rechte der Universitäten und Hochschulen als Institution. Nachdem die historische Chance von 1945 vergeben wurde, steht heute der Wissenschaftler als Folge der reaktionären restaurativen Entwicklung in Gesellschaft und Hochschule als Glied einer von tiefen inneren Widersprüchen zerrissenen wissenschaftlichen Einrichtung vor der Aufgabe, Entscheidungen zu treffen, die den Erfordernissen der Stunde gerecht werden. Die gegenwärtige Entwicklungsphase läßt auch und gerade dem an Universität und Hochschule Forschenden und Lehrenden keine Zeit mehr für beschaulich-beobachtende juristische oder soziologische Untersuchungen oder politisches Desinteresse.

Spätestens mit der Forderung der Notstandsgesetzgebung und der Ausarbeitung der Schubladenverordnungen mußte klar werden, daß auch für den Hochschullehrer die Zeit für prinzipielle Entscheidungen gekommen ist. „Die Versuchung, gegen drohendes öffentliches Unheil nichts zu tun, zu resignieren, die Achseln zu zucken und einstweilen seinen eigenen Interessen nachzugehen, war immer groß“, aber jetzt kommt es auf den „Mut zum Protest in der Öffentlichkeit, zum öffentlichen Wiedergutmachen dessen, was schlecht gemacht wurde“, an. Diese von Golo Mann 1966 vor Gewerkschaftern ausgesprochene Mahnung kennzeichnet auch die neue Etappe, vor der die demokratischen Kräfte im Hochschulwesen stehen.

In der Notstandsgesetzgebung gibt es keine erleichternden Sonderregelungen für Hochschullehrer. Wie könnte es auch anders sein, da doch der Wissenschaftler eine wesentliche Rolle in den Plänen der Notstandsstrategen spielt! Was die unmittelbaren Auswirkungen der Ausnahmegesetze für die Wissenschaftsfreiheit und die Grundrechte des Hochschullehrers im speziellen betrifft, so kann auf die Stellungnahme des Akademischen Senats der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt/Main vom 14. Oktober 1964 zum Regierungsentwurf der Notstandsverfassung verwiesen werden,[40] in der schon eine ganze Palette einschneidender Maßnahmen dargestellt wird. Das reicht von Zensur und Veröffentlichungsverbot über die Einsetzung von Staatskommissaren für die Universitäten bis zur Dienstverpflichtung jedes Wissenschaftlers und Studenten. Einen kleinen Vorgeschmack dessen geben ja die schon beschlossenen „einfachen Notstandsgesetze“ und die permanente Drohung mit den Staatsschutzbestimmungen des geltenden Strafrechts. Als Geheimnisträger, verbunden mit der zwangsweisen Geheimerklärung seiner Forschungsergebnisse,[41] wird der verantwortungsbewußte Hochschullehrer schon heute ständig mit dem Zuchthaus bedroht, ganz abgesehen von dem ökonomischen Schaden, der ihm zugefügt wird. Daß von diesen Strafbestimmungen noch nicht in großem Umfange Gebrauch gemacht wurde, ist das Ergebnis reiner Zweckmäßigkeitserwägungen, ändert aber nichts am Charakter dieser Staatsschutzbestimmungen als ständige wirksame Bedrohung.

Jede Dienststelle der Bundesregierung, die Wissenschaftler heranzieht, erklärt heute schon alle daraus entspringenden Arbeitsergebnisse zum Dienstgeheimnis und benutzt das sich selbst angemaßte gezielte Veröffentlichungsrecht als Mittel zur Manipulierung der öffentlichen Meinung. Dem Beamten wird bereits heute eine dienstliche Schweigepflicht auferlegt, die die im Beamtenrechtsrahmengesetz genannte Verpflichtung ins Uferlose ausdehnt. Die Meinungsmonopole im Bereich der Kommunikationsmittel – nicht zufällig fand die demokratische Forderung nach Enteignung des Springer-

---

39 So u. a. Bundesminister Dr. G. Stoltenberg auf der V./134. und V./136. Sitzung des Bundestags am 15. und 17.11.1967, Sitzungsprotokolle, 5. Wahlperiode, S. 6801 und 6939.

40 Zit. aus der Dokumentation bei H. H. Holz/P. Neuhöffer, Griff nach der Diktatur?, Köln 1965, S. 171 ff.

41 §§ 99 ff. Strafgesetzbuch; Neufassung des Patentgesetzes §§ 24, Abs. 3 und 4, 30 a bis 30 f., und des Gebrauchsmustergesetzes, § 3 a vom 9.5.1961, BGBl. I, S. 549 und 570.

Konzerns im Hochschulbereich beachtliche Verbreitung – entziehen seit langem der demokratischen wissenschaftlichen Meinungsäußerung systematisch die Massenbasis. Alles das sind unübersehbare Alarmzeichen einer „Formierung" der Gesellschaft, die sich heute auch nicht mehr durch noch so schöne Worte von angeblich notwendiger freiwilliger Selbstbeschränkung überdecken lassen.

Für die jetzt gekommene „Stunde der Wahrheit" gibt es auch für die im Hochschulbereich zu treffenden Entscheidungen mahnende historische Parallelen. Theodor Eschenburg charakterisierte die Haltung der maßgeblichen deutschen Professoren im ersten Weltkrieg als „grenzenlose nationale Überheblichkeit ... Übermaß an nationaler Selbstgerechtigkeit und nationalem Sendungsbewußtsein ... geradezu groteske Fehlanalysen und Fehlurteile"[42]. In seiner Einschätzung der Haltung deutscher Hochschullehrer gegen Ende der Weimarer Republik wird die Schlußfolgerung zum Handeln in der Gegenwart noch zwingender, wenn selbst Eschenburg in diesem Zusammenhang aus unmittelbarem eigenem Miterleben feststellen muß, daß auf der Rechten starke Kräfte „den verlorenen Krieg ungeschehen und die Weltmachtposition des Reiches wiederherstellen, ja noch ausbauen" wollten und damit – verbunden mit einer „autoritär-konservativen nationalistischen Haltung eines nicht unbeachtlichen Teils der Professoren, darunter wissenschaftlich sehr angesehener" – eine steigende Aufnahmebereitschaft für die wachsende Nazidiktatur auch an den Universitäten zeigten.

Das darf sich nicht wiederholen! Die offene Entscheidung gegen Chauvinismus und Nationalismus kann, wie das Beispiel namhafter Professoren lehrt, jetzt noch wirksam getroffen werden, bevor Notstandsdiktatur und andere „moderne Techniken des Regierens" das Auftreten wesentlich erschweren. Das verlangt aber mehr als nur festzustellen, daß die Rückstände des westdeutschen Universitätswesens nicht zuletzt deshalb entstanden seien, weil „nirgendwo ... die Kongruenz der Ideale der Universität mit denen der herrschenden und staatstragenden Schicht ... so groß"[43] wie in Deutschland gewesen sei und es Schwierigkeiten bereite, sich davon zu lösen. Die „Ideale" der herrschenden und staatstragenden Schicht haben sich nicht verändert. Das ist das Problem! Das damit oft in Zusammenhang gebrachte Humboldtsche Ideal der Universität und des Hochschullehrers ist demgegenüber ein Ideal des kämpferischen Humanismus, kein Ideal mitläuferischer Komplizenschaft bei der Entfesselung eines neuen Weltkrieges!

Angesichts der beklemmenden Parallelen der westdeutschen Gegenwart zu historischen Wendepunkten in der deutschen Geschichte kann es die verantwortungsbewußten Wissenschaftler mit Stolz erfüllen, wenn ihre konsequente Haltung die maßgeblichen staatlichen Vertreter eines extremen Kurses der Wissenschaftsmanipulierung und gesellschaftlichen Neuformierung beunruhigt, daß es einiges gibt in den Äußerungen „bekannter ... Intellektueller, was uns (gemeint ist die Herrschaft der Monopole – d. Verf.) zum Nachdenken und zur Sorge veranlaßt"[44]. Es ist bekannt, daß auf Grund dieser „Beunruhigung" der herrschenden Kräfte der Verfassungsschutz in Marsch gesetzt wird[45] und Diskriminierungen der verschiedensten Art für den Wissenschaftler die Folge sind.

Die von Prof. Dr. Helmut Ridder auf dem Kongreß „Notstand der Demokratie" im Oktober 1966 in Frankfurt/Main in notwendiger Schärfe zurückgewiesene Verketzerung, daß sich „Überheblichkeit, böser Wille und politischer Unverstand professoraler Narren, potentieller Landesverräter und wildgewordener Dichterlinge ‚mit denen im Osten' zu einer ‚unheiligen Allianz' verbündet" habe, kennzeichnet das System des Rufmordes.

Die Antwort darauf wird in wachsendem Maße gegeben: Wahrnehmung des Widerstandsrechts gegen die Beschränkung von Grundrechten, Widerstand gegen die bekannt gewordenen Pläne der totalen

---

42 T. Eschenburg, in: Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus, a. a. O., S. 28.

43 Vgl. H. Leussink, „Die Situation der deutschen Universität im Lichte der westeuropäischen Hochschulplanung", Bildungsplanung und Bildungsökonomie, Schriften des Hochschulverbandes, Göttingen 1964, H. 16, S. 27.

44 Vgl. Bundesminister Dr. Gerhard Stoltenberg auf der V/19. Sitzung des Bundestages am 10.2.1966, Sitzungsprotokolle, 5. Wahlperiode, S. 803; auf der V./136. Sitzung des Bundestags am 17.11.1967, Sitzungsprotokolle, 5. Wahlperiode, S. 6906 usw.

45 Vgl. Anfrage über „Linksradikalismus an der Freien Universität Berlin". V/30. Sitzung des Bundestages am 16.3.1966, Sitzungsprotokolle, S. 1307.

Grundrechtsvernichtung. Es gibt nach dem Grundgesetz keinerlei Basis für die Praxis der willkürlichen Beschneidung von Grundrechten des Hochschullehrers; in jedem Fall handelt es sich dabei um offenen oder verschleierten Verfassungsbruch. Der beamtete Wissenschaftler braucht sich keiner Grundrechtsbeschränkung widerstandslos zu beugen.

Weder das ominöse „besondere Gewaltverhältnis“ noch die offizielle Lesart, die in den Beamtengesetzen „allgemeine Gesetze“ erblickt, die die Meinungs- und Pressefreiheit im Sinne des Artikels 5 Absatz 2 des Grundgesetzes einschränken, noch der die schwärzeste preußische Tradition heraufbeschwörende Versuch, zu den „hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums“ nach Artikel 33 Absatz 5 des Grundgesetzes ausgerechnet jene generelle Beschränkung von Grundrechten zu rechnen und durch die Hintertreppe in das Grundgesetz einzuschmuggeln, noch alle anderen pseudojuristischen Lehren, die zum Beispiel die Grundrechte nur zu Requisit-en einer nicht bestehenden „Normallage“ oder zu Vollzugsmitteln für das formierte „Gemeinwohl“ der Monopole machen möchten, halten einer Überprüfung auf der Grundlage des Grundgesetzes stand. Der Angriff auf die Grundrechte in solchen Gesetzen wie den Beamtengesetzen ist im wesentlichen nur umschrieben oder sehr allgemein formuliert. Durchweg fehlt es an der in Artikel 19 Absatz 1 des Grundgesetzes als Wirksamkeitsvoraussetzung geforderten Angabe des einzuschränkenden Verfassungsartikels. Es blieb der reaktionären Auslegung und rechtswidrigen Dienstanweisungen überlassen, die Grundrechtsbeschränkung als gegeben zu unterstellen.

Diese Unterstellung trifft auch auf das Streikrecht und das Widerstandsrecht zu. Auf das Streikrecht, dessen Gewährung für den Beamten im allgemeinen und speziell auch für den beamteten Wissenschaftler im Zusammenhang mit den Bestrebungen um tarifvertragliche Verbesserungen für Wissenschaftler an Forschungsinstituten erst unlängst wieder bestritten wurde,[46] braucht der Wissenschaftler nicht kampflos zu verzichten. Nach den tatsächlich geltenden Rechtsgrundlagen ergibt sich keine rechtliche Handhabe für die Beschränkung dieses Rechts. Selbst westdeutsche Stimmen erinnern in diesem Zusammenhang daran, daß die Beamten „abhängige Dienstnehmer (sind) ..., deren Arbeitsbedingungen und Entlohnung weitgehend kollektiv geregelt werden, (daher) muß ihnen nach den Prinzipien des Grundgesetzes mit der Koalitionsfreiheit auch das Streikrecht zuerkannt werden“[47].

Die Inpflichtnahme des Wissenschaftlers durch die Rüstungsmonopole erfordert den Gebrauch des Widerstandsrechts, das auch dem beamteten Wissenschaftler nicht eingeschränkt werden kann. Selbst im offiziellen Kommentar „Das deutsche Bundesrecht“ heißt es zu § 38 des Beamtenrechtsrahmengesetzes, daß der Beamte die Anordnung einer Handlung, deren „Strafbarkeit für ihn erkennbar ist oder (wenn) das ihm aufgetragene Verhalten die Würde des Menschen verletzt“, nicht zu befolgen hat. Das Ansinnen, Rüstungsforschung im Rahmen der aggressiven Regierungskonzeption der atomaren Vorwärtsstrategie zu betreiben, mitzuwirken an der Vorbereitung der Notstandsdiktatur, ist gerade für den Wissenschaftler in seiner Strafbarkeit erkennbar und fordert zum Gebrauch des demokratischen Widerstandsrechts heraus.

Oder will der Wissenschaftler aus Scheu vor der Verantwortung freiwillig auf dieses Recht verzichten, weil das – wie Prof. Dr. Ullrich Scheuner glaubhaft machen möchte – in seinem eigenen Interesse läge, denn „daß ein Widerstands*recht* immer zugleich eine Widerstands*pflicht* sein kann, muß man im Auge behalten. Man sollte also mit der Bejahung des Widerstandsrechtes zurückhaltend sein, weil derjenige, der ein Recht hat, Widerstand zu leisten, auch *verpflichtet* sein könnte, das zu tun. Zum mindesten wird dem Beamten in einer späteren Zeit die Unterlassung der Ausübung des Widerstandsrechtes vielleicht als eine Pflichtwidrigkeit vorgeworfen.“[48] Dieses Ansinnen, das zudem im Gegensatz zum Grundgesetz – „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ – wider besseres Wissen unterstellt, daß das Widerstandsrecht und damit die gesellschaftliche Verantwortung des Staatsbürgers vom einzelnen angenommen oder zurückgewiesen werden könne, ist eine Zumutung für den beamteten

---

46 Vgl. o. Verf. „Streik“, Die Deutsche Universitätszeitung, Bonn, 1966, H. 2, S. 3.

47 R. Hoffmann, „Beamtentum und Streik“, Archiv des öffentlichen Rechts, Tübingen, 1966, Bd. 91, S. 192.

48 U. Scheuner/J. v. Merkatz, „Die politischen Pflichten und Rechte des deutschen Beamten“, Deutsches Berufsbeamtentum, Beamtenpolitische Schriftenreihe, Baden-Baden 1962, H. 4. S. 27.

Wissenschaftler, ein Angriff auf seine Würde und sein wissenschaftliches Ethos und fordert schärfste Zurückweisung geradezu heraus.

Heute geht es für den Hochschulwissenschaftler längst nicht mehr darum, den Anfängen der Grundrechtszerstörung und des Wissenschaftsmißbrauchs zu wehren, sondern er sieht sich einem massiven Angriff und dem Versuch totaler Inpflichtnahme ausgesetzt. Die Kiesinger/Strauß-Regierung erklärt wiederholt, daß „Wissenschaftspolitik nur als Teil der Gesamtpolitik“[49] begriffen werden könne, und verdeutlicht damit, daß der Zugriff durch die 84 geplanten Grundgesetzänderungen, die Notstandsgesetze und Schubladenverordnungen und die Stabilisierung im Interesse der großen Monopole auch den Wissenschaftlern die letzten demokratischen Rechte entreißen soll; sie erklärt, daß „moderne Wissenschaftspolitik eine in ihrer Bedeutung schnell wachsende Komponente der modernen Außenpolitik“[50] sei, und unterstreicht damit, daß der Wissenschaftler in die Politik der Vorwärtsstrategie und Alleinvertretungsanmaßung gegen die europäische Sicherheit durch ein engmaschiges Netz in zunehmendem Maße eingegliedert werden soll.

Für den verantwortungsbewußten Wissenschaftler ergibt sich daraus, ebenfalls in gesamtpolitischer Umschau die demokratischen Kräfte zu finden: die Arbeiterklasse und ihre Organisationen. Der humanistische Wissenschaftler orientiert sich damit auf die Kraft, der auch in Westdeutschland die Zukunft gehört.

---

49 Bundesminister Dr. Gerhard Stoltenberg in der Bundestagsdebatte zur Regierungserklärung Kiesingers, V/83. Sitzung vom 16.12.1966, Sitzungsprotokolle, 5. Wahlperiode, S. 3817.

50 A. a. O., S. 3818.

6. Kapitel: Student und Politik im Herrschaftssystem des staatsmonopolistischen Kapitalismus

Die heute studierende Jugend der Bundesrepublik wurde in den Jahren des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren geboren. Ihre Lebensaufgabe wird sie in der Gestaltung des letzten Drittels unseres Jahrhunderts finden. Was kennzeichnet ihre Situation, ihre Probleme und ihre politische Verantwortung? Reinhard Döhl und Hans-Christian Kirsch formulieren einige Fragen so: „Es geht um die überfüllten Hörsäle. Es geht um die Auffassung des Studiums. Es geht um die Idee der Universität und so geht es weiter um die akademische Freiheit, die Freiheit der Studentenpresse, um Studentenwohnheime und das Ausländerstudium. Es geht um dies oder das, um die Zukunft. Und so geht es nicht weiter.“[1]

Es geht um die Zukunft. Die Zukunft des Studenten aber wird die seiner Generation und der Gesellschaft sein, in der er lebt. Sie wird bestimmt vom Charakter unserer Epoche, deren Hauptinhalt der Übergang der Menschheit vom Kapitalismus zum Sozialismus ist. Das Erkennen des historischen und klassenmäßigen Standorts des Studenten ist die entscheidende Voraussetzung für gültige Maßstäbe, die an seine soziale und politische Kompetenz und Verantwortung zu legen sind.

Die bloße Hervorhebung des Zusammenhangs zwischen Lage und Entwicklung der Studentenschaft und der der Gesellschaft („Gemeinschaft“, „Staat“, „Vaterland“) erweist sich heute angesichts der Formierungsbestrebungen des staatsmonopolistischen Herrschaftssystem und des Vordrängens seiner völkisch-neonazistischen Hilfstruppe mehr denn je als ungenügend. Sie kommt im Gegenteil den politisch-ideologischen Ansprüchen der herrschenden Klasse in hohem Maße entgegen. Das gleiche gilt für abstrakte und klassenindifferente Appelle für politische Bildung und Aktivität, die die gegebenen Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse nicht als Objekt grundsätzlicher historisch-politischer Analyse und Kritik, sondern als notwendigen und unabänderlichen Ausgangspunkt nehmen.

Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) betont in seinen „Gedanken zur Hochschulreform“ die Wechselbeziehung zwischen Universität und Gesellschaft. Der Vorstand des Verbandes (West-)Deutscher Studentenschaften (VDS) forderte im Bericht an die 19. ordentliche Mitgliederversammlung im März 1967, daß Hochschule wie Studentenschaft sich ständig der „Interdependenz von Bildungswesen und Gesellschaft, von Wissenschaft und Politik“ bewußt bleiben sollten. Solche Erklärungen reichen weder zur Beurteilung der realen Macht- und Herrschaftsverhältnisse noch zum politischen Selbstverständnis der Studentenschaft aus.

Der Widerhall auf den 2. Juni 1967 in der Studentenschaft der Bundesrepublik war eine Äußerung des Bewußtwerdens tiefer sozialer Widersprüche. Die Ermordung des Studenten Benno Ohnesorg war kein zufällig und isolierter Vorfall. Sie war das letzte Glied und der vorläufige Tiefpunkt einer Kette von sozialen, politischen und ideellen Konflikten, die zwangsläufiges Produkt und Begleiterscheinung der Herrschaft der Monopolbourgeoisie in der Bundesrepublik und in Westberlin sowie ihrer Politik der inneren und äußeren Reaktion und Aggressivität sind.

Die antidemokratische und antihumanistische Politik der herrschenden Kreise schließt notwendig die Negation demokratischer und humanistischer Positionen, Tendenzen und selbst jener bisherigen Illusionen ein, die nunmehr mit dem Völkermord in Vietnam, mit Notstandsplanung sowie – bei der Wahrnehmung elementarer Rechte – mit der Brutalität der Polizei und der Willkür von Presse und Justiz konfrontiert werden. Unter den besonderen Bedingungen Westberlins erfolgte eine Zuspitzung und Vorwegnahme analoger Prozesse und Probleme in der Bundesrepublik, die seit Jahren bereits eine Reihe tendenziell gleichartiger Konflikte der Herrschenden mit großen Teilen der Studentenschaft aufweist. Die Breite der studentischen Solidaritätsaktionen im Juni 1967 bestätigte diesen Zusammenhang mit existentiellen Problemen und Interessen der studierenden Jugend. Das betrifft sowohl spezifische soziale, bildungs- und hochschulpolitische Probleme als auch grundlegende Fragen der gesellschaftlichen Ordnung, des Staates, der Innen- und Außenpolitik und der historisch-politischen und staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.

---

[1] R. Döhl/H.-C. Kirsch, Der Student – Polemik der geistigen Jugend, München 1962, S. 10 f.

Die Verschärfung der Klassenkämpfe äußert sich auch im Inhalt und in den Formen der oppositionellen studentischen Bewegung. Ein folgerichtiger Ausdruck sind das Streben nach koordinierten Aktionen mit der Arbeiterklasse und ihren Gewerkschaften sowie Forderungen nach der Enteignung des Springer-Konzerns und der Erweiterung studentischer Mitbestimmung. Die eigenen politischen Erfahrungen drängen den fortgeschrittenen Teil der Studentenschaft – wenn auch in einem ideologisch und politisch widerspruchsvollen Prozeß – schrittweise zu wirklich demokratischen Folgerungen und Forderungen.

Die gesetzmäßigen klassenmäßigen und politischen Zusammenhänge zwischen Gesellschaft und Studentenschaft wurden von den marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften längst grundsätzlich analysiert. Bei der Typologisierung der Studentenschaft des zaristischen Rußlands hatte Lenin verallgemeinernd festgestellt, „daß die Studentenschaft von der übrigen Gesellschaft nicht losgelöst ist und deshalb stets und unvermeidlich die ganze politische Gruppierung der Gesellschaft widerspiegelt". Er interpretierte diesen Zusammenhang „nicht im Sinne einer vollständigen Proportionalität zwischen den Studentengruppen und den gesellschaftlichen Gruppen nach Stärke und Zahl, sondern im Sinne des notwendigen und unvermeidlichen Vorhandenseins eben jener Gruppen, die es in der Gesellschaft gibt, auch innerhalb der Studentenschaft"[2].

Die klassenmäßige, geistige und politisch-ideologische Heterogenität der Studentenschaft in der Bundesrepublik ebenso wie die Relativität des sozialen Status des Studenten formt weitgehend das äußere Bild der Gesamtstudentenschaft. Ihre Lage und Perspektive wird jedoch entscheidend von der gesetzmäßigen und komplexen Integration in der konkret-historischen, sozialökonomischen Formation bestimmt. Die klassenmäßige, ideologische und politisch-organisatorische Struktur der Studentenschaft ist daher bei aller Widersprüchlichkeit und Differenziertheit ein wesentlicher Teil und Ausdruck der Herrschaftsverhältnisse im staatsmonopolistischen Kapitalismus. Dessen Antagonismen werden innerhalb der Studentenschaft reproduziert.

Die Feststellung dieser grundlegenden Voraussetzungen schließt die Anerkennung einer bestimmten Eigenständigkeit geistiger und politischer Prozesse in der Studentenschaft und ihrer relativen Bedeutung innerhalb der allgemeinen sozialen und politischen Kämpfe ein. Das wird auch an den Grundlinien und Hauptergebnissen der Entwicklung der Studentenschaft Westdeutschlands seit 1945 und der Verschärfung der inneren und äußeren Widersprüche in den letzten Jahren sichtbar.

Der verhängnisvollen Wiederherstellung des Verbindungsstudententums, verbündet mit dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), revanchistischen und legalen neonazistischen Gruppen, steht die Herausbildung eines liberal und demokratisch orientierten Flügels in der Studentenschaft gegenüber. Der wachsenden Aktivität und verantwortungsbewußten Wirksamkeit fortschrittlicher studentischer Organisationen und Gruppen treten die Repräsentanten der herrschenden Monopolbourgeoisie mit der Orientierung auf eine nationalistisch-antidemokratische Formierung der Gesamtstudentenschaft und der fortgesetzten Aufwertung der Korporationen zugleich auch mit dem verstärkten Einsatz terroristischer und administrativer Mittel entgegen. Die Zugeständnisse in der Studienförderung und dem Ausbau der Hochschulen, die unter dem Zwang der Erfordernisse der technischen Revolution und dem Einfluß fortschrittlicher Lösungen in der Deutschen Demokratischen Republik erkämpft wurden, werden von der Aufrüstungspolitik und ihren sozialreaktionären Konsequenzen in Frage gestellt.

Das Gesamtbild der Studenten wie das der Hochschullehrerschaft weist im Vergleich zur Weimarer Republik eine unverkennbare Verstärkung des demokratischen Potentials der Studentenschaft aus. Darin äußern sich, wenn auch vielfach widersprüchlich und durchaus anfällig für antiliberale und antidemokratische Bestrebungen – besonders, wo sie antikommunistisch motiviert sind – tendenziell Entwicklungen unserer Epoche, vor allem das gewandelte Kräfteverhältnis in Europa, das auch in der Existenz der DDR seinen sichtbaren Ausdruck findet, und in der Welt.

---

2 W. I. Lenin, „Die Aufgaben der revolutionären Jugend", Werke, Bd. 7, Berlin 1956, S. 36 und 32.

Unter das Notstandsregiment der Bunker-Koalition?

Die Bildung der Regierung Kiesinger/Strauß im Dezember 1966 stieß auch auf den Widerstand liberaler, demokratischer und sozialistischer Kreise der Studentenschaft. Der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB), der Sozialistische (West-)Deutsche Studentenbund (SDS), der Liberale Studentenbund (West-)Deutschlands (LSD), die Humanistische Studentenunion (HSU) und zahlreiche Studenten nahmen an der Seite von Gewerkschaftern, Hochschullehrern und Sozialdemokraten an Protestaktionen teil. Der Vorsitzende des Gewerkschaftlichen Arbeitskreises der Universität München, Fred Schmid, erklärte auf einer Protestkundgebung: „Der Ursprung der großen Koalition liegt ein paar Wochen zurück, und er liegt in einem Bunker in der Eifel. Die Führer der großen Koalition saßen dort zusammen, planten und probten den Atomkrieg. Die große Koalition hat inzwischen ihren Bunker verlassen und schickt sich an, die Regierungsgewalt zu übernehmen ..., wir dürfen uns nicht zurückziehen vor Kiesinger, Strauß und Wehner – wir müssen stärkeren Widerstand leisten ...“[3]

Der studentische Protest hat seine Vorgeschichte im jahrelangen Ringen um Beiträge für eine demokratische Alternativkonzeption zur gescheiterten Bonner Politik. Gegen Ende der fünfziger Jahre führte die Aktivität fortschrittlicher studentischer Gruppen und Organisationen zu Aktionen, die im In- und Ausland politisches Gewicht erlangten. Im Frühjahr 1958 kam es in vielen Hochschulorten zur Teilnahme breiterer studentischer Kreise an der Antiatombewegung. Am 20. Mai 1958 protestierten 13.800 Studenten in 14 Universitäts- und Hochschulorten. In Münster konstituierte sich ein Studentischer Arbeitskreis für ein kernwaffenfreies Deutschland, der eine Flugblattserie mit Argumenten gegen die Ideologie des atomaren Selbstmords veröffentlichte. Studentische Antiatomausschüsse entstanden, Unterschriftensammlungen, Mahnwachen, Kundgebungen und Demonstrationen wurden durchgeführt.

Der Studentenkongreß gegen Atomrüstung im Januar 1959 in Westberlin wurde zum Höhepunkt dieser Bewegung. In einer Erklärung wandte sich der Kongreß gegen jegliche atomare Aufrüstung Westdeutschlands und begrüßte den Rapacki-Plan für eine kernwaffenfreie Zone in Europa. Zutreffend nannte der Kongreß „die Bewegung gegen die Atomrüstung eine Bewegung für die Demokratie“. In der auf Antrag der Arbeitsgruppe „Atomrüstung und Wiedervereinigung“ angenommenen Zusatzerklärung forderte der Kongreß Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten.[4]

Wenige Monate später veranstaltete der Sozialistische (West-)Deutsche Studentenbund mit der Naturfreundejugend, den Falken und weiteren Jugendverbänden den Kongreß für Demokratie, gegen Restauration und Militarismus. Der Bundesvorsitzende dieses Studentenbundes, Oswald Hüller, forderte als demokratisches Minimalprogramm: Entfernung aller Nazi- und Kriegsverbrecher aus allen gesellschaftlich wichtigen Positionen, Verbot alter militaristischen Traditionsverbände, wirksame Kontrolle der Großindustrie, Einstellung der Politik des kalten Krieges und Verhinderung der atomaren Aufrüstung. Die Resolution des Kongresses konstatierte die zunehmende Militarisierung „in allen Bereichen des öffentlichen Lebens“. Die Bundesrepublik habe sich „zu einem betont reaktionären Staat entwickelt, der in zunehmendem Maße unter den beherrschenden Einfluß mächtiger Kapitalgruppen geraten ist. Zunehmend macht sich die Tendenz bemerkbar, die Machtstellung und Vorherrschaft der mächtigen Gruppen mit reaktionären und faschistischen Methoden für dauernd zu sichern.“[5] Der Kongreß unterbreitete eine Reihe konstruktiver Vorschläge zur Abrüstung und Entspannung.

Einige Forderungen der Studentenkongresse von 1959 haben seither noch an Bedeutung gewonnen und gehören heute zu einem demokratischen Minimalprogramm für die Innen- und Außenpolitik Westdeutschlands. Höhepunkte unter den antifaschistisch-demokratischen Aktionen studentischer Kreise in den folgenden Jahren waren die Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“, das Auftreten gegen die Kriegshetze von Schlamm, gegen Oberländer, Globke, Vialon, gegen braune Hochschullehrer und SS-Leute im Verfassungsschutz, die Parteinahme gegen Strauß in der Spiegel-Affäre, die Teil-

---

3 Neues Deutschland, Berlin, vom 2.12.1966, Ausg. B.
4 Vgl. Der Spiegel, Hamburg, Januar/Februar 1959.
5 Neues Deutschland, Berlin, vom 25.5.1959.

nahme an den Ostermärschen und den Bewegungen gegen die Notstandsgesetze und die Aggression der USA in Vietnam.

Die Spiegel-Affäre 1962 war für größere Teile der Studentenschaft schockierend. Die damals unumgängliche Entlassung von Strauß wirkte andererseits gerade unter Studenten als eine Bestätigung illusionärer Vorstellungen vom Charakter bundesdeutscher Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Der Delegiertenrat des Verbandes (West-)Deutscher Studentenschaften kam angesichts der Empörung und Protestdemonstrationen nicht umhin, von der Regierung für „das Ansehen und die Glaubwürdigkeit" der Bonner Demokratie notwendige Konsequenzen zu fordern. Im bayrischen Landesverband des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten wurde der Rücktritt Strauß' von seinem Amt als CSU-Vorsitzender verlangt. Im Mai 1965 beschloß das Studentenparlament der Hamburger Universität einen Brief an die Partei- und Fraktionsvorstände der Bundestagsparteien: „In einer Demokratie ist es nach unserer Meinung eine feste Regel, daß ein Minister, der nachweislich wissentlich der Volksvertretung wiederholt die Unwahrheit gesagt hat, nicht mehr als Kandidat für irgendein Ministaramt genannt werden darf. Wir fordern daher alle im Bundestag vertretenen Parteien auf, bindend zu erklären, daß sie eine Rückkehr von Herrn Dr. h. c. F. J. Strauß ins Kabinett nie mehr billigen werden."[6]

Der mit der Bildung der Regierung Kiesinger/Strauß erfolgte Rechtsruck entsprach allerdings Forderungen, die seit geraumer Zeit auch aus dem Lager der konservativen und neonazistischen Studentenorganisationen erhoben wurden. „Es ist unsere erste Bürgerpflicht, dafür zu sorgen, daß die Politik der Entschlußlosigkeit und Schwäche abgelöst wird durch eine Politik in deutschem Interesse, eine Politik mit Selbstachtung und in dem Bewußtsein deutscher Stärke verbunden mit einer klaren und nüchternen Einschätzung unserer Kräfte. Die bisherige Lauheit und das furchtsame Schielen nach dem Wohlwollen anderer hat uns nichts als Nackenschläge und Mißerfolge eingetragen und dazu noch den Spott der Welt."[7] Christlich-demokratische Studenten in Heidelberg und Mannheim hatten bereits Anfang 1965 den Kanzlerwechsel gefordert. Der neue Kanzler müsse sich durch „ausreichendes nationales Bewußtsein" auszeichnen. Diese Haltung ist repräsentativ für große und wohlorganisierte Fraktionen der Studentenschaft, deren Skizzierung unerläßlich ist für die Beurteilung der ideologischen und politisch-organisatorischen Konstitution der Studentenschaft Westdeutschlands.

Die Vergangenheit ist gegenwärtig: das Korporationsstudententum

Die Wiederherstellung des traditionellen Verbindungswesens ist im studentischen Bereich der augenfälligste Ausdruck des allgemeinen imperialistischen Restaurationsprozesses und des Abbaus der Demokratie inner-·und außerhalb des Hochschulraums. Sie ist die für die ideologische und politisch-organisatorische Verfassung der heutigen Studentenschaft gravierendste Tatsache. Das Verbindungsstudententum offenbart die antinationale und antidemokratische Kontinuität innerhalb der Gesamtstudentenschaft. Sein Traditionalismus ist nicht Relikt eines überwundenen Inhalts – er ist vielmehr folgerichtige Entsprechung eines intellektuellen und politisch-moralischen Restaurationsprozesses unter einem größeren Teil der westdeutschen Studenten.

Die Entwicklungsgeschichte der Korporationen führt aus dem Kaiserreich und der verhängnisvollen Rolle in der Weimarer Republik über die ab Mitte der dreißiger Jahre formierten NS-Kameradschaften zu den zunächst lockeren, inoffiziellen oder selbst illegalen Altherren-Gruppen der unmittelbaren Nachkriegszeit. Lutz E. Finke charakterisierte diese Anfänge so: „Es handelte sich vor allem um ehemalige ‚Kameradschaftler' des ‚Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes'. Sie kannten sich aus den braunen Verbindungen her und setzten diese nun, verbunden im Haß gegen die Demokratie, einfach fort. So mauserten sich aus den NS-Kameradschaften wieder ‚traditionelle' Korporationen."[8] Die offene Konstituierung der Altherrenverbände ab 1947 wurde zum Ausgangspunkt der Wiedereinführung aktiver Verbindungen und ihrer Zusammenschlüsse. Dieser Prozeß war 1950/51 im wesentlichen abgeschlossen.

---

6 auditorium, Hamburg, 1965, H. 35, S. 4.

7 E. W. Wreden, „Unsere erste Bürgerpflicht", Burschenschaftliche Blätter, 1965, H. 3, S. 1.

8 L. E. Finke, Gestatte mir Hochachtungsschluck – Bundesdeutschlands korporierte Eilte, Hamburg 1963, S. 115.

Die Korporationen, insbesondere ihre führende und repräsentativste Fraktion – die schlagenden und farbentragenden Verbindungen –, beanspruchen heute die nationalistisch-militaristische Tradition. Das konservativ-neonazistische Geschichtsbild schlägt sich in den Jubiläumsschriften von Einzelverbindungen wie in der umfangreichen Korporationspresse nieder. Die Korporationen hatten sich nach eigenem Zeugnis überwiegend dem faschistischen Herrschaftssystem eingefügt, und die „absolut vaterländische Gesinnung" blieb stets erhalten.

Nach dem Urteil ihrer Repräsentanten bilden nicht das Jahr 1933 und was ihm folgte die Zäsur in der Existenz des Verbindungswesens, sondern 1945 und die in den ersten Nachkriegsjahren zeitweilig auferlegten Beschränkungen. 1945 erfolgte für sie nicht die Befreiung vom Faschismus – das war vielmehr „die Katastrophe", der „unglückliche Ausgang des zweiten Weltkrieges" oder auch der „furchtbarste Zusammenbruch, den unser Vaterland je erlitten hatte". Bereits unmittelbar nach Kriegsende wurden die wirklichen Opfer des Faschismus und der antifaschistische Widerstand ignoriert, angezweifelt oder diskriminiert.

Die Auseinandersetzungen, die sich aus dem Widerstand demokratischer und liberaler Kräfte gegen die Wiederzulassung besonders der schlagenden Verbindungen ergaben, dauern bis heute an. Sie sind in allen Grundsatzfragen indes seit Anfang bis Mitte der fünfziger Jahre entschieden. Ausgangspunkt dafür war die Erhaltung und Zurückgewinnung der Positionen der Alten Herren in Wirtschaft, Staat, Justiz und Parteien. Finke hebt die Schrittmacherdienste der katholischen Korporationsverbände, gefördert von Klerikalen und hohen Staatsbeamten, hervor.

Eine Reihe gerichtlicher Entscheidungen, darunter das 1953 erfolgte Grundsatzurteil des 5. Strafsenats des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe über die Zulässigkeit der Mensur, dienten der Überwindung des demokratischen Widerstandes, der besonders von den Gewerkschaften, von Sozialdemokraten, Rektoren, Senaten, Hochschullehrern und studentischen Vertretungen und Organisationen getragen wurde. Vielfach wurden Hochschulen gerichtlich zur Zulassung von Verbindungen gezwungen.

Das Jahr 1961 markierte mit der Aufnahme schlagender Verbindungen in die Förderung nach dem Bundesjugendplan den Abschluß der staatsoffiziellen Rehabilitierung. Finanziell war dies angesichts der Zuwendungen durch die Altherren-Verbände bedeutungslos. Alle strittigen Fragen, wie Zulassung an den Hochschulen, Mensuren, öffentliches Tragen der Farben, wurden zugunsten des Kneip-, Couleur- und Waffenstudententums entschieden.

Die Alten Herren erfüllen heute eine kader- und erziehungspolitische Funktion im Herrschaftssystem des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Der Alte Herr Friedrich Flick ist charakteristisch für das System. Finke nennt als repräsentative Altherren der Monopolbourgeoisie Dr. Fritz Berg, Präsident des Bundesverbandes der (West-)Deutschen Industrie, Gustav Stein, Hauptgeschäftsführer des gleichen Verbandes, Dr. Hans Constantin Paulssen, Präsident der Bundesvereinigung (West-)Deutscher Arbeitgeberverbände, Helmut Burkhardt, Vorsitzender des Unternehmerverbandes Ruhrbergbau, rund zahlreiche Betriebsdirektoren von Schachtanlagen. Alte Herren in Spitzenpositionen der politischen Macht waren oder sind Konrad Adenauer, Hermann Höcherl, Richard Jaeger, Kurt Georg Kiesinger, Heinrich Lübke, Hans-Christoph Seebohm und Franz Joseph Strauß. Im 4. Bundestag – von 1961 bis 1965 – bestand eine Fraktion von 76 Altherren, darunter schwerbelastete Nazi wie Krüger und Lübke.

Aktive Förderer der Verbindungen waren Nazijuristen wie Prof. Dr. Erich Schwinge, Marburg, und Prof. Theodor Maunz, München; letzterer besonders in seiner siebenjährigen Amtszeit als bayrischer Kultusminister.

Das restaurierte Korporationswesen umfaßte im Wintersemester 1965/66 in fast 30 Verbänden etwas über 1000 Korporationen mit knapp 55.000 Studenten sowie rund 166.000 Alte Herren. In bezug auf die Gesamtstudentenschaft bleibt der Anteil hinter der Weimarer Zeit zurück. Er hielt nicht einmal mit dem Wachstum der Studentenzahlen Schritt. Das Verbindungswesen bleibt dennoch die weitaus

größte organisierte Fraktion der Studentenschaft. Seine größten Einzelverbände umfassen das Mehrfache der Mitgliedszahlen aller parteipolitischen Studentenorganisationen zusammengenommen.[9]

In Westdeutschland stehen den Korporationen mehr als 800 Verbindungshäuser zur Verfügung, die Stätte ihrer politischen Schulungs- und Bildungsarbeit, der Kneipen und Kommerse, des gesamten kommentgemäßen Verbindungslebens und überwiegend zugleich Wohnheime für Mitglieder sind. Sie sind anschaulichster Ausdruck der Aufwendungen der Altherrenschaften, die nach Finke etwa 360,– DM pro Korporationsstudent im Jahre betragen. Allein der Verband Alter Corpsstudenten beschloß 1959 über einen Haushalt von etwa 75.000,– DM. Vom Coburger Convent wurden von 1951 bis 1962 98 Wohnheime und 14 Wohnetagen erworben und eingerichtet.

In den letzten Jahren orientieren sich die herrschenden Kreise der Bundesrepublik zunehmend auf die Korporationen, die zu ihrer wichtigsten politisch-organisatorischen Plattform innerhalb der Studentenschaft werden. Die Bedingungen des staatsmonopolistischen Herrschaftssystem – verstärkte Aggressivität nach außen und diktatorische Bestrebungen im Innern – erfordern die staatsbejahende Gleichschaltung der Studentenschaft auf militaristisch-revanchistischer und antidemokratischer Grundlage. Insbesondere die Bundesregierung und Landesregierungen, die Führungen der CDU/CSU, FDP und neofaschistischen NP, die großbürgerliche Presse und führende Theoretiker und Ideologen betreiben eine fortgesetzte Aufwertung des Verbindungswesens. Den Jahrestagungen der großen Korporationsverbände gehen wohlwollende Grußadressen des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers zu, sie empfangen Bundes- und Landesminister als Gäste und Referenten sowie leitende Vertreter der Konzerne, der Unternehmerverbände, des Staatsapparates, der Justiz, der Parlamente und Parteien. Die Lübke, Gerstenmaier, Mende, Gradl, Kiesinger, Thielicke appellieren dabei vorzugsweise an die „vaterländische“ Gesinnung, die militaristische und revanchistische Haltung, die elitäre Mission und würdigen die „staatsbürgerliche“ Bildungs- und Erziehungsarbeit der Verbindungen.

Die Regierung Kiesinger/Strauß bemüht sich, neben dem Verband (West-)Deutscher Studentenschaften auch Korporationsverbände in ihr außenpolitisches taktisches Konzept, insbesondere gegen die Deutsche Demokratische Republik, einzubeziehen. In einem Telegramm an eine burschenschaftliche Arbeitstagung im Januar 1967 hob Bundeskanzler Kiesinger diesen Aspekt seiner Regierungserklärung hervor. Die nationalistischen Attacken der (West-)Deutschen Burschenschaft im Zusammenhang mit dem 150. Jahrestag des Wartburgtestes von 1817 bestätigen die politisch-ideologische

---

9 Das Korporationswesen ist in alter Struktur und Gliederung auferstanden. Die größten Einzelverbände sind der Cartellverband der Katholischen (West-)Deutschen Studentenverbindungen (CV, farbentragend, gegründet 1856, Neugründung 1950; 1964: 109 Verbindungen mit 8000 Aktiven) und der Kartellverband Katholischer (West-)Deutscher Studentenvereine (KV, nicht farbentragend, gegründet 1853, Neugründung 1947; 1964: über 100 Verbindungen, 6300 Aktive). Mit dem Unitas-Verband und 6 weiteren katholischen Verbänden sind sie in der Dachorganisation Katholische (West-)Deutsche Studenten-Einigung (KDSE) zusammengeschlossen; der entsprechende Dachverband der Altherrenschaft ist die 1947 gegründete Katholische (West-)Deutsche Akademikerschaft (KDA). Die Mitgliedsverbände dieser „Studenten-Einigung“ lehnen die Mensur ab.
17 sogenannte überparteiliche und nichtkonfessionelle Korporationsverblinde sind im Convent (West-)Deutscher Korporationsverbände (CDK, gegr. 1951) und seinem Altherrenverband Convent (West-)Deutscher Akademikerverblinde (CDA) vereinigt. Beide Verbände führten am 29. und 30.10.1966 in München ihren ersten Korporationsstudententag mit rund 850 Teilnehmern durch. Sie repräsentierten zu diesem Zeitpunkt 620 Korporationen, 30.545 Aktive und 103.167 Alte Herren. Die wichtigsten Mitgliedsverbände sind die (West-)Deutsche Burschenschaft (DB), der Coburger Convent akademischer Landsmannschaften und Turnerschaften (CC), der Verband der Vereine (West-)Deutscher Studenten (Kyffhäuser-Verband, VVDSt) und die (West-)Deutsche Sängerschaft (DS) sowie als Nachfolgeorganisation der Corps der Kösener Senioren Convents-Verband (KSCV) und der Weinheimer Senioren-Convent (WSC).
Von den 15 Verbänden des Convents (West-)Deutscher Korporationsverbände sind 8 farbentragend und 5 schlagend. Die letzteren gehören der 1951 als Nachfolgerin des früheren Waffenrings gegründeten Arbeitsgemeinschaft Andernach mensurfechtender Verbände (AGA) an.
Die Mehrzahl der Korporationsverbände, darunter ausnahmslos die größeren, sowie die Dachorganisationen geben Periodika, meist Monatsblätter, heraus. Im Rahmen der vorwiegend von Alten Herren redigierten Korporationspresse erscheinen annähernd dreißig Verbandsorgane. Einzelne, wie Academia (CV) und Burschenschaftliche Blätter (DB), haben Auflagen von 20.000 bis 30.000 Exemplaren.

Übereinstimmung und die Bereitschaft der schlagenden Verbindungen, wie früher die wilhelminische und faschistische heute auch die Bonner expansionistische Politik bedingungslos zu unterstützen.

Die sozialdemokratische Führung hat mit der Unterordnung unter die Innen- und Außenpolitik der aggressiven imperialistischen Kräfte auch die traditionelle demokratische und liberale Gegnerschaft der Partei und ihrer Anhänger gegen das reaktionäre Korporationsstudententum preisgegeben. In einer Grußadresse anläßlich des zehnjährigen Bestehens des Sozialistischen (West-)Deutschen Studentenbundes hatte Erich Ollenhauer im Herbst 1956 anerkennend hervorgehoben, daß sich die sozialistischen Studenten „entschieden gegen die waffenstudentischen Verbände“ und ihre „überholten und entwicklungsfeindlichen Vorstellungen“ gewandt haben. Bis 1960 wurde im „Vorwärts“ wiederholt prinzipiell gegen das Vordrängen der restaurativen Kräfte in der Studentenschaft Stellung genommen und vor den Gefahren dieser Entwicklung gewarnt. Die sozialdemokratische Parteiführung brach seither nicht nur mit dem SDS und allen ernsthaft demokratischen und sozialistischen Bestrebungen unter den Studenten, sondern sie arbeitete zielstrebig auf eine Annäherung an die waffenstudentischen Verbände hin.

Carlo Schmid, Ulrich Lohmar und andere sozialdemokratische Funktionäre waren wiederholt Gäste von Korporationen. Willy Brandt begrüßte die nationalistisch-revanchistische Kundgebung der (West-)Deutschen Burschenschaft am 12. Juni 1965 in Westberlin. Auf Einladung des sozialdemokratischen Parteivorstandes fanden am 29. und 30. April 1966 in Bonn Gespräche mit Vertretern der waffenstudentischen Dachverbände statt. Zu den Gesprächspartnern von Fritz Eder, Alfred Nau, Carlo Schmid und Herbert Wehner gehörten führende Propagandisten des Revanchismus und neonazistischer Geschichtsklitterung wie E. W. Wreden, Verband alter Burschenschafter (VaB) und Schriftleiter der „Burschenschaftlichen Blätter“. In dieser Zeitschrift war dazu folgendes zu lesen: „Seitens der SPD wurde die Bereitschaft erklärt, die Begegnungen auf allen Ebenen der studentischen Arbeit fortzusetzen und zu fördern und dabei insbesondere die Bemühungen der Korporationen um eine Verstärkung ihrer der Festigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung dienenden politischen Bildungsarbeit zu unterstützen.“[10]

Der Eintritt sozialdemokratischer Minister in das Kabinett Kiesinger und die Aufhebung des Beschlusses des sozialdemokratischen Parteitages von 1954 über die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in der SPD mit der in einer schlagenden Verbindung verstärkte den Druck auf die liberalen und demokratischen Kräfte der Studentenschaft. Die Entscheidungen des sozialdemokratischen Parteipräsidiums über das Verhältnis zu den Verbindungen wurden nicht nur im Gegensatz, sondern auch ohne jede Konsultation mit den bisher der Partei verbundenen studentischen Organisationen getroffen.

Wolf R. Marchand stellte im Organ des Sozialdemokratischen Hochschulbundes fest: „Die Aufwertung der Burschenschaften durch die SPD geschieht zu einer Zeit, zu der die rechtsradikale und nationalistische Presse die Burschenschaften lauthals als ‚eine der wenigen demokratischen Institutionen, die es in Deutschland gibt‘, lobt; zu der viele Burschenschafter und NPDer aus der gegenseitigen Sympathie kein Hehl machen; ...“[11]

Welches sind einige hauptsächliche Voraussetzungen und Eigenschaften des Korporationswesens, dem es die obrigkeitlichen Sympathien und diese privilegierte Position unter den studentischen Organisationen verdankt? Dazu gehören:

– der ausgeprägte Klassencharakter, der historisch begründet und durch die Vorherrschaft der Alten Herren und ihrer Verbände, die damit gegebenen vielfältigen Bindungen an Wirtschaft und Staat, die bürgerliche Exklusivität und das irrationale Lebensbundprinzip gesichert ist,

---

10 „CDA/CDK-Gespräch mit der SPD“, Burschenschaftliche Blätter, 1966, H. 6, S. 124; vgl. ebenfalls zur politisch-ideologischen Charakteristik des führenden Mitgliedsverbandes des CDK: L. Elm, „Die Deutsche Burschenschaft (DB) im Jahre 1965 – wider Ehre, Freiheit, Vaterland“, Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, 1966, H. 2, S. 307-316.

11 W. R. Marchand, „Von der Schwierigkeit, eine Volkspartei zu werden“, frontal, 1967, H. 39, S. 5.

– das überlieferte konservative, entsprechend den veränderten historischen Bedingungen modifizierte System weltanschaulicher, politischer und moralischer Anschauungen, Leitbilder, Verhaltensweisen, Normen und Begriffe. Darin nimmt der Nationalismus wie in der Vergangenheit als Synonym des Militarismus, Antidemokratismus und Konservatismus eine Schlüsselfunktion ein. Er ist von der konservativ-nationalliberalen und faschistisch-völkischen Tradition der Korporationen gezeichnet. Nach 1945 ergänzt durch „europäische“ und „freiheitlich-demokratische“ Etiketten sowie einen prononcierteren Klerikalismus, bestimmt dieser Nationalismus den Hauptinhalt der Schulungen, Tagungen und Kommerse sowie der publizistischen Wirksamkeit der Korporationen, ihrer gesamten politischen Bildungs- und Erziehungsarbeit,

– der Massencharakter, der bei gleichzeitigen autoritären und hierarchischen Strukturen sowie Organisations- und Führungsprinzipien in hohem Maße den Vorstellungen der CDU/CSU von „gemeinwohlorientierten, befestigten Gruppen“ entspricht. Die Korporationen haben zudem in bestimmtem Maße auch ihre Anpassungs- und Modifikationsfähigkeit nachgewiesen. Sie sollte angesichts des optischen Eindrucks von Festkommersen, präsidierenden Chargierten, Aufmärschen in „vollem Wichs“ und Couleur, Paukböden, Mensuren und anderen anachronistischen Attributen nicht unterschätzt werden.

All das äußert sich in der Intensivierung der politischen Bildungsarbeit, in Tendenzen einer größeren Flexibilität in innen- und außenpolitischen Fragen, in der Entwicklung der bildungspolitischen Konzeption.

Zahlreiche Verbindungen bekennen ihre revanchistische Grundhaltung durch die Bezeichnung nach Universitätsstädten, die außerhalb Westdeutschlands liegen. Allein „Breslau“ wurde 1964 von 28 Einzelverbindungen aus 11 Korporationsverbänden im Namen geführt. Selbst an der neuen Universität Bochum ist mit der „Prager Burschenschaft Arminia“ das Banner des bankrotten Bonner Revanchismus aufgepflanzt worden. Die Korporationspresse gehört zu den zuverlässigsten Stützen der Revanchepropaganda. Daraus ergeben sich Gemeinsamkeiten sowie gemeinsame Aktionen mit revanchistischen und neonazistischen Organisationen.

In der gegenwärtigen innenpolitischen Entwicklung der Bundesrepublik gewinnt die historisch-klassenmäßige und politisch-ideologische Verwandtschaft zwischen Nazismus und Korporationsstudententum zunehmend an Bedeutung. Sie zeigt sich in einem höheren Anteil von NP-Wählern, Lesern der neonazistischen Presse und Anhängern der Rechtskräfte in CDU/CSU und FDP unter den Verbindungsstudenten, in der Personalunion in Altherrenschaften sowie unter Publizisten, Ideologen und Hochschullehrern, in den charakteristischen Positionen der extremen Rechten Westdeutschlands im Hinblick auf Österreich, Südtirol, Südafrika und Rhodesien, vor allem aber auch in der neonazistischen Revision des Geschichtsbildes nach dem Beispiel Hoggans.

Gefördert von der Monopolbourgeoisie mit allen ihr zu Gebote stehenden materiellen und ideellen Mitteln, ist eine zunehmende Aktivität und auf die Öffentlichkeit gerichtete Tätigkeit der Korporationen zu beobachten. Sie versuchen, im Rahmen ihrer konservativen Grundhaltung Antworten zu aktuellen innen-, außen-, hochschul- und bildungspolitischen Problemen zu finden. Dabei steht generell die nationalistische und militant-antikommunistische Auseinandersetzung mit der Entwicklung der beiden deutschen Staaten und Westberlins im Vordergrund.

Die Größe der Korporationsverbände, die Verschiedenartigkeit der Voraussetzungen, Motive und Bedingungen des Eintritts verursachen zweifellos eine soziologische, politisch-moralische und teilweise auch weltanschauliche Vielschichtigkeit. Es gibt Differenzen über den Rang und die Bewertung des überlieferten Brauchtums. Manche Verbindungen und Studenten hegen Illusionen über eine tatsächliche Demokratisierung und zeitgemäße Wandlung der Korporationen. Mitunter bleibt die demokratische Aktivität linker Studentengruppen, demokratisch gesinnter Hochschullehrer und der Gewerkschaften nicht völlig einflußlos. Vor allem wirkt das neue Kräfteverhältnis in der Welt, insbesondere die Entwicklung in der DDR, auf die Köpfe und die internen Auseinandersetzungen immer stärker ein.

Die historisch-politische Plattform und Funktion der Korporationsverbände wird jedoch nie wesentlich von ernsthaft liberalen oder demokratischen Intentionen einzelner Mitglieder bestimmt. Beherrschend sind der Einfluß der Alten Herren und die vielfältigen sozialen, materiellen und politisch-ideologischen Bindungen und Abhängigkeiten innerhalb der westdeutschen Klassen- und Machtstrukturen. Die Restauration des Korporationswesens ist eine Ausdrucksform des Bankrotts der Bildungs- und Erziehungsziele der bürgerlichen Gesellschaftsordnung in ihrer heutigen Entwicklungsphase. Die Korporationen insgesamt sind nach ihrer Geschichte, ihrer sozialen Stellung und Funktion, ihrer Ideologie wie ihrer undemokratischen Struktur ungeeignet, in unserer Epoche Träger progressiver Ideen und Ziele zu sein oder zu werden.

Die fortdauernde Ablehnung des Korporationswesens wird vor allem von den Gewerkschaften getragen, nicht zuletzt von der Gewerkschaftsjugend, von anderen demokratischen Jugend- und Studentenorganisationen, liberalen und demokratischen Publizisten und Presseorganen sowie Kreisen der Hochschullehrerschaft, mitunter noch von einzelnen Hochschulsenaten. Mancher frühere Gegner resignierte oder bagatellisierte das Problem. Finke hat auf die fortgesetzte Machtzunahme der Alten Herren in den „Führungspositionen unserer Gesellschaft", als „Staat im Staate" und Clan „einander lebenslang Verschworener" verwiesen: „Man sollte meinen, daß solche beängstigenden Aussichten alle echten Demokraten dieses Landes aufs äußerste alarmierten. Die vorherrschende Stimmung ist jedoch müde-schwächliche Resignation, die nichts, gar nichts bewirkt."[12]

Die Restauration des Verbindungswesens ist wie die disproportionale Sozialschichtung der Studentenschaft ein meß- und prüfbares Kriterium für die Feststellung, daß in Westdeutschland die demokratische Hochschulreform nicht stattfand, da ihre Voraussetzung – die antifaschistisch-demokratische Revolution – ausblieb.

Akademischer Nachwuchs der Revanche und des Neonazismus

Dachverband der ausgesprochen revanchistischen Studentenorganisationen ist der „Ostpolitische Deutsche Studentenverband" (ODS). Ihm gehören als Mitgliedsverbände der „Arbeitskreis Pommerscher Studierender", der „Arbeitskreis Sudetendeutscher Studenten", der „Bund Ostpreußischer Studierender", der „Deutsch-Baltische Studenten- und Jugendring", die „Gemeinschaft Danzig-Westpreußischer Studenten", der „Schlesische Studentenbund" und der „Südostdeutsche Studentenring" an. Der „Ostpolitische Deutsche Studentenverband" gibt die Studentenzeitschrift „actio" als revanchistische Propagandaschrift heraus. Der Verband steht auf dem Boden der Politik der großen revanchistischen Organisationen Westdeutschlands und der Bonner Regierung. Er umfaßte im März 1966 45 Hochschulgruppen mit rund 2000 Mitgliedern. Der „Ostpolitische Deutsche Studentenverband" hat Sitz und Stimme im Präsidium des „Bundes der Vertriebenen" und wird von der Bundesregierung und Revanchistenverbänden großzügig subventioniert. Er koordiniert seine Tätigkeit mit der „Deutschen Jugend des Ostens" (DJO) und konterrevolutionären Exilgruppen aus den sozialistischen Ländern.

Die landsmannschaftlichen Mitgliedsverbände konzentrieren sich auf die Propagierung der Ziele des bundesrepublikanischen Revanchismus unter den Studenten, die Verbreitung von Ergebnissen der antikommunistisch orientierten „Ostforschung" und den Kampf gegen demokratische Forderungen zur Außenpolitik Westdeutschlands, wie die Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik, der Oder-Neiße-Grenze und die Entwicklung normaler Beziehungen zur UdSSR und allen sozialistischen Ländern Europas. Die Vorschläge demokratischer und liberaler Studentenorganisationen zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze werden als „Verzichtpolitik" bekämpft und der Ostermarsch sowie andere Demonstrationen für eine realistische Politik als „kommunistische Wühlarbeit" diffamiert.

In den letzten Jahren verstärkte sich die Einbeziehung des „Ostpolitischen Deutschen Studentenverbandes" in das Bonner Konzept zur Neuordnung Europas. „Schwerpunktländer, in denen die DJO („Deutsche Jugend des Ostens" – d. Verf.) und ihre Bundesgruppen, vor allem aber auch der ODS tätig sind, sind neben Frankreich vor allem die skandinavischen Länder."[13] Mit Seminaren, Exkursio-

12 F. E. Finke. Gestatte mir Hochachtungsschluck ..., a. a. O., S. 132.
13 „Revanchismus und Jugend", Neue Kommentare, Frankfurt/Main, 1967, Nr. 7-8, S. 16.

nen und einer in Kiel vom 13. bis 19. August 1966 zum dritten Mal durchgeführten „Ostseewoche“ des „Ostpolitischen Deutschen Studentenverbandes“ soll in der Studentenschaft west-, nord- und künftig zunehmend auch osteuropäischer Länder die Revanchepolitik und der Bonner Hegemonieanspruch auf studentischer Ebene propagiert werden. Ausgerechnet das revanchistische Monatsblatt „actio“ wird seit 1966 auch in französischer Sprache als „Revue pour la jeune génération d’Europe“ herausgegeben.

Die Analyse des restaurativen und antidemokratischen Flügels in der westdeutschen Studentenschaft muß auch die offen neonazistischen Aktivitäten einbeziehen. Seit über einem Jahrzehnt gibt es in der Studentenschaft Westdeutschlands legale neonazistische Gruppierungen und Presseorgane.[14] Am 17. Juni 1956 wurde an der Universität Heidelberg der „Bund Nationaler Studenten“ (BNS) gegründet. Er besaß bald an den meisten Hochschulorten Gruppen oder Stützpunkte. Bis 1960 hatte er mindestens 600 Mitglieder; etwa 400 gehörten an Oberschulen seinen „(West-)Deutschen Schülerkreisen“ (DSK) an. Das Organ des Bundes, „Student im Volk“, erreichte eine Auflage von 18.000 Exemplaren.

Der „Bund Nationaler Studenten“ stand auf dem Boden der Machtverhältnisse im Bonner Staat und der hauptsächlichen Postulate der antinationalen Politik der herrschenden Kreise, insbesondere der Ziele, die die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges annullieren sollen: Aufrüstung bis zur Mitverfügung über Atomwaffen, Rückeroberung der DDR und der ehemaligen deutschen Ostgebiete zur Wiederherstellung eines „Deutschen Reiches“ in den Grenzen von 1937, Wiederbelebung des Nationalismus und Abbau der Demokratie und Freiheit im Innern: Einige in der Wirkung auf das Ausland unerwünschte Ausschreitungen führten in Verbindung mit den Protesten demokratischer Kräfte bis März 1961 zum Verbot des „Bundes Nationaler Studenten“ und seines Blattes.

Ohne jede Unterbrechung erschien ab Sommersemester 1961 als Nachfolger des „Student im Volk“ der „Deutsche Studenten-Anzeiger“, dessen Auflage bis Februar 1967 auf 33.000 kletterte. Damit ist bereits heute dieses nazistische Blatt die auflagenstärkste der westdeutschen Studentenzeitungen. Charakteristische Schlagzeilen und Untertitel des Blattes in den letzten Jahren waren: Die Internationale der Kriegsschuldlügner. – Wann wird der SDS verboten? – Geistesfreiheit auch für nationale Deutsche! – Verzicht ist Dummheit und Feigheit. – Polnischer Chauvinismus im Fernsehen. – Das Münchner Abkommen ist gültig. – Soll Minister Seebohm wegen Novotný gehen? – München – ein Sieg der Selbstbestimmung. – Das Sudetenland wurde nicht „angeschlossen“ – es wurde mit Deutschland wiedervereinigt. – In der Ausgabe vom 15. Januar 1962 wurde in einem zweiseitigen Beitrag der Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg erläutert und bejaht. Strafanzeigen gegen diese Mordhetze wurden von der Bonner Justiz abgewiesen.

Zu den Gesprächspartnern der nazistischen Studentenzeitung gehören F. J. Strauß und seine Freunde Emil Franzel, Friedrich August Freiherr von der Heydte, Theodor Oberländer, William S. Schlamm sowie führende Ideologen des westdeutschen Neofaschismus wie Herbert Cysarz, Peter Kleist und Kurt Ziesel. In einem Interview im Herbst 1965 hatte Strauß den westdeutschen Neonazismus, die „heimatlose Rechte“, zum engsten Anschluß an die CSU aufgefordert. An der Finanzierung des Blattes beteiligen sich die faschistische „Nation Europa“, der Springer-Konzern sowie – mit wiederholten ganzseitigen Anzeigen – die Bundespost. Letztere folgt damit dem Bundesverteidigungsministerium, das unter Strauß durch Inserate bereits „Student im Volk“ finanziell unterstützt hatte.

Nach dem Verbot des „Bundes Nationaler Studenten“ formierten sich verschiedene nazistische und konservative Gruppen in der Studentenschaft. Dem 1963 gegründeten „Freiheitlichen (West-)Deutschen Studentenbund“ (FDS) gehörten bis zu seiner 6. Bundeskonferenz im April 1966 14 Hochschulgruppen an. Ab November 1966 entstanden „nationaldemokratische“ Hochschulgruppen.

Am 28. und 29. Januar 1967 konstituierte sich bei Tübingen der „Nationaldemokratische Hochschulbund“ (NHB). Das war unzweifelhaft der bisher bedeutendste Schritt zur legalen neonazistischen Sammlung und Formierung der Studenten und insofern innerhalb des generellen Rechtsrucks eine

[14] Vgl. M. Jenke, Verschwörung von rechts? (West-)Berlin 1961; L. Elm, „Coleur: Schwarzweißrot auf braunem Grund – Ein Bericht über des Pg. Kiesinger akademisches Jungvolk“, Forum, 1966, H. 24, S. 17-19.

direkte Folge der Regierungsbildung vom Dezember 1966. „Die linksradikalen Ausschreitungen und Proklamationen an einigen Universitäten haben in der Öffentlichkeit ein falsches Bild von der politischen Struktur der Studentenschaft entstehen lassen. Seine wünschenswerte Korrektur wird den neuen Gruppen gelingen, wenn sie die Korporationen politisch aktivieren ...“, erklärte der „Studenten-Anzeiger“ zur Funktion des „Nationaldemokratischen Hochschulbundes“. Die Hochschulen sollen diesen „politischen Regulator“ akzeptieren.[15] Im Sommer 1967 waren an der Mehrzahl der westdeutschen Universitäten und Hochschulen, trotz des Widerstandes demokratischer Studenten und Hochschullehrer, Gruppen des neonazistischen Hochschulbundes zugelassen.

„Christlich-demokratisch“ für US-Aggressoren und Notstandsgesetzgebung

Eine Schlüsselposition nimmt der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) ein. Sie ist weniger in seiner Größe als in seiner funktionellen und kaderpolitischen Stellung begründet. Dieser Ring ist mit etwa 2300 Mitgliedern in 57 Gruppen (März 1966) der größte der parteipolitischen Studentenverbände. 1951 als Bundesverband gegründet, wurde ihm bei formeller Unabhängigkeit die Rolle einer studentischen Filiale der CDU/CSU zugewiesen. In den fünfziger Jahren, bis zur völligen Rehabilitierung aller Korporationsverbände, war er die wichtigste Organisation der herrschenden Kreise in der Studentenschaft. Seine Wirksamkeit ergibt sich wesentlich über die Rolle seiner Mitglieder in den Allgemeinen Studentenausschüssen (AStA) und im Verband (West-)Deutscher Studentenschaften (VDS) sowie durch Personalunion und Kooperation mit den Verbindungen, den revanchistischen und neonazistischen Gruppen.

Dem Anliegen, die Politik der herrschenden Kreise in der Studentenschaft umzusetzen, dienen auch Gruppen, die speziellere Aufgaben- und Interessenbereiche wahrnehmen. Das gilt vor allem für den „Ring der Wehrpolitischen Hochschulgruppen“ und die „collegia politica“. Der „Ring der Wehrpolitischen Hochschulgruppen“ ist halbstaatlicher Ableger der „Gesellschaft für Wehrkunde“ und des Bundesverteidigungsministeriums. Unterstützt von 766 studierenden Berufs-, Zeit- und Reserveoffizieren der Bundeswehr (März 1966), sollen diese Gruppen in der Studentenschaft, insbesondere unter den studentischen Reservisten, die nationalistisch-militaristische und militärwissenschaftliche Propaganda und enge Kontakte zu Bundeswehr und Besatzungstruppen fördern. Sie ergänzen die in den meisten Hochschulorten bestehenden Sektionen der „Gesellschaft für Wehrkunde“, die ebenfalls Studenten in ihre Tätigkeit einbeziehen.

Die Arbeitsgruppen der „collegia politica“ bestanden 1966 an 14 Universitäten und Hochschulen. Geleitet von einem „Zentralen Arbeitskreis“ und unterstützt von einer „Förderergemeinschaft“, sollen ihre Mitglieder durch die Beschäftigung mit Quellenmaterial aus der DDR für antikommunistische Aktivitäten ausgebildet werden. Seit 1963 erscheint mit Unterstützung des Bundesministeriums für „gesamtdeutsche Fragen“ die Zeitschrift „Politica“; daneben die Reihe „Was tun? – Arbeitshefte für Theorie und Praxis in den Collegia Politica“. Von 1961 bis 1966 wurden 159 Seminare mit rund 4800 Teilnehmern durchgeführt sowie vor Schulen, Bundeswehr, Polizei, Korporationen, Landbevölkerung Tausende von Vorträgen gehalten.

Dieses große politisch reaktionäre Lager in der Studentenschaft umfaßt auf Bundesebene annähernd 50 Korporationsverbände und studentische Organisationen. Es ist durchaus inhomogen. Nicht nur zwischen den Organisationen – auch in ihnen, zwischen den Landesverbänden, Hochschulgruppen oder Mitgliedern kann es politisch-ideologische Differenzierungen geben. Dazu kommen die jeweiligen spezifischen Traditionen, die Bindungen und strukturellen, taktischen und terminologischen Besonderheiten, zum Beispiel der betonte Klerikalismus des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten und katholischer Verbindungen, das nationalistisch-völkische Erbe der schlagenden Verbindungen oder der offene Neonazismus des „Nationaldemokratischen Hochschulbundes“.

Die Beurteilung der prinzipiellen historisch-politischen Stellung und Funktion offenbart jedoch entscheidende politisch-ideologische Gemeinsamkeiten, wie den Antikommunismus, Nationalismus,

---

15 R. L., „Korrektiv NHB“. Deutscher Studenten-Anzeiger, 1967, Nr. 33; vgl. auch Graubuch – Expansionspolitik und Neonazismus in Westdeutschland, hrsg. vom Nationalrat der Nationalen Front, Berlin 1967, S. 257 ff.

Antidemokratismus und Militarismus. Folgerichtig finden sich in nahezu sämtlichen Gruppen dieses Lagers Elemente neonazistischer Ideologie. Sie sind am Wohlwollen der Nationaldemokratischen Partei (NP) und der „Deutschen National-Zeitung und Soldaten-Zeitung“, der „Welt“, des „Industriekuriers“, des „Handelsblatts“ sowie eines Strauß und der CDU/CSU ablesbar. Die staatsmonopolistischen Macht- und Gesellschaftsverhältnisse und der sie repräsentierende Bonner Staat werden bejaht. Im Kampf zwischen Imperialismus und Sozialismus ist ihre politische Tätigkeit objektiv primär ein Beitrag zur Konsolidierung der sozialen Positionen der Monopolherrschaft und des Militarismus.

Die wesentlichen Gemeinsamkeiten der rechten studentischen Organisationen bei einer politisch-ideologischen Typologisierung hervorzuheben, erweist sich bei aller Heterogenität als berechtigt und notwendig. Sie offenbaren sich bei grundsätzlichen politischen Debatten und Aktionen in der Studentenschaft und den dabei auftretenden Gruppierungen, wie es die Stellung zur USA-Aggression in Vietnam und zu den Notstandsplänen bezeugt.

Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten, der „Freiheitliche (West-)Deutsche Studentenbund“, der „Ostpolitische Deutsche Studentenverband“, der „Nationaldemokratische Hochschulbund“ und die Korporationsverbände billigen und unterstützen den verbrecherischen Feldzug der USA und die Bonner Hilfestellung gegen das Selbstbestimmungsrecht, die Freiheit und die physische Existenz des tapferen vietnamesischen Volkes. Sie wenden sich gegen demokratische Kreise der Studentenschaft und der Hochschullehrer, die mutig gegen die Aggressoren auftreten. „Das Schweigen der Waffen und das Leben der einzelnen ist nicht der höchste Wert“, erklärte der Bundesvorstand des RCDS anläßlich der Gründung seines „Aktionsausschusses Freiheit und Frieden für Südvietnam“ im Februar 1966. Das „Verschenken des Landes“ sei abzulehnen, auch wenn das Opfer an Menschenleben erfordere.[16]

Die Jahrestagung des „Ostpolitischen“ Studentenverbandes im März 1966 beschloß unter der Schirmherrschaft von Gerstenmaier eine „Vietnam-Erklärung“, worin versichert wird: „Der Ostpolitische Deutsche Studentenverband ODS begrüßt daher alle Bemühungen der Vereinigten Staaten von Amerika, eine Ausbreitung totalitärer Regimes zu verhindern – sei es in Berlin, sei es an der Zonengrenze oder in Vietnam. Mit der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes billigt der ODS auch den Einsatz von Kriegswaffen, wo die Verteidigung der Freiheit gegen kommunistische Aggression sie erfordert.“[17] Logisch verbinden sich in der nazistisch-antikommunistischen Agitation die Unterstützung dieser imperialistischen Aggression mit der Zustimmung zu Anschlägen auf die Souveränität und die Staatsgrenze der DDR, mit Sympathien für Südtiroler Terroristen und südafrikanische Rassisten.

Die 6. Bundesversammlung des „Freiheitlichen“ Studentenbundes 1965 sprach sich für „eine deutsche Notstandsgesetzgebung“ aus. Der RCDS unterstützt die Notstandspläne. Beide Gruppen wenden sich gegen eine Erweiterung der Mitbestimmung und verleumden die demokratischen Forderungen der Gewerkschaften. Der „Deutsche Studenten-Anzeiger“ hatte bereits 1961 eine Politik „wirklicher Stärke durch die Bundesregierung“ verlangt. Christlich-demokratische Studenten forderten Anfang 1965, daß „die im Zustand der Lethargie und politischer Handlungsunfähigkeit sich befindliche derzeitige Bundesregierung künftig von einem Manne geführt wird, der sich sowohl der Bedeutung als auch der nationalen Würde Deutschlands bewußt ist und befähigt ist, das richtige Verhältnis zur Macht zu finden“[18].

Diese gesamte Entwicklung bestätigt die warnenden Worte Walter Ulbrichts, die er in seiner Festrede an der Friedrich-Schiller-Universität Jena am 20. Oktober 1960 aussprach: „Es erfüllt uns mit tiefer Sorge, daß im westdeutschen Hochschulwesen jene Kräfte an Einfluß gewinnen, die abermals bereit sind, skrupellos die Wissenschaft und die studentische Jugend der Vorbereitung eines neuen Krieges dienstbar zu machen, wie das in der Schaffung der Institute für Ostforschung, der Einführung der

16 Frankfurter Rundschau vom 4.2.1966.
17 actio – Eine deutsche Studentenzeitschrift, 1966, Nr. 3/4, S. 1.
18 Deutsche National-Zeitung und Soldaten-Zeitung, München/Pasing, vom 22.1.1965.

Wehrkunde, der Unterstützung der faschistischen und militaristischen Studentenvereinigungen zum Ausdruck kommt."[19] Damit ist zugleich die Frage nach der Stellung und Rolle des Verbandes (West-)Deutscher Studentenschaften (VDS) in diesem Prozeß aufgeworfen.

Wohin will der VDS?

In den ersten Jahren nach seiner Gründung 1949 zeigte der Verband (West-)Deutscher Studentenschaften (VDS) ein bestimmtes Engagement gegen restaurative Erscheinungen in der Studentenschaft. Funktionäre des VDS, Allgemeine Studentenausschüsse und Studentenschaften waren jahrelang an der Seite von Hochschullehrern, Studentenorganisationen und Gewerkschaften Gegner des wiedererstehenden Korporationswesens und neonazistischer Umtriebe unter den Studenten. Die ersten Studententage wurden weitgehend von diesen Positionen mitbestimmt. 1960 legte die VDS-Führung eine Dokumentation über den nazistischen „Bund Nationaler Studenten" vor und wandte sich gegen dessen Tätigkeit.

Zugleich hafteten diesem Auftreten inkonsequente Züge an. Die Unterordnung unter die Bonner Staatsdoktrin, den Antikommunismus, untergrub die liberalen und demokratischen Positionen und bereitete die spätere Kapitulation politisch-moralisch vor.

1965 gehörten alle vier Mitglieder des Bundesvorstandes des VDS Verbindungen an. Der damalige VDS-Vorsitzende Uwe Janssen, Mitglied der schlagenden und farbentragenden Verbindung Germania-Marburg in der (West-)Deutschen Burschenschaft, verurteilte am 12. Juni 1965 auf einem Festakt dieser Burschenschaft die frühere, demokratisch motivierte Ablehnung restaurativer Erscheinungen durch den VDS mit dem Argument, „daß es der Studentenschaft nicht zustehe, über Wert oder Unwert von Vereinigungen zu befinden ...".[20] Dieser Verzicht auf die demokratische Verantwortung des VDS für die Gesamtstudentenschaft bestimmt tatsächlich seine Haltung zu den imperialistisch-militaristischen und neonazistischen Kräften.

Gegen den „(West-)Deutschen Studenten-Anzeiger" und die offen neonazistischen studentischen Gruppen der letzten Jahre gab es keine Initiative des VDS mehr. Die 19. ordentliche Mitgliederversammlung im März 1967 wandte sich zwar in Worten gegen den Neonazismus, verzichtete aber auf jeglichen ernsthaften Schritt gegen den rapide anwachsenden Neonazismus in Westdeutschland und in der Studentenschaft, der auf dem sozialen und geistigen Boden des Imperialismus, Nationalismus, Antikommunismus und des Korporationswesens gedeiht.

Damit ist die Frage nach dem politischen Engagement des VDS aufgeworfen. Der Verband ist Dach- und Zwangsorganisation aller Studierenden der wissenschaftlichen Hochschulen der Bundesrepublik. Mit der Vollimmatrikulation wird jeder Student beitragspflichtiges Mitglied der Studentenschaft der jeweiligen Hochschule, an deren Spitze ein Studentenparlament und der Allgemeine Studentenausschuß stehen. Der VDS ist geschäftsführender Verband im Bundesstudentenring, dem ferner die Verbände der Ingenieur-, Pädagogik- und Berufspädagogikstudenten sowie die der Kunsthochschulen, Höheren Wirtschaftsfachschulen und der Sozialschulen angehören.

Kann dieser studentische Gesamtverband politisch sein und in welchen Fragen? Die verschiedenen Vorstellungen dazu reichen von der Forderung nach dem Engagement für die in der Bundesrepublik herrschenden Kreise und ihre antinationale Politik bis zu Forderungen nach einer Beschränkung auf sozial-, kultur- und hochschulpolitische Belange studentischer Selbstverwaltung. Die Geschichte und gegenwärtige Praxis des VDS beweisen: Der Verband war immer politisch und muß es sein. In seiner Charta von 1962 hat sich der VDS auch formell zu dieser grundsätzlichen politischen Kompetenz bekannt. Diese Auffassung wurde von der Mitgliederversammlung 1967 in einer Entschließung über das „politische Mandat der Studentenschaft" bekräftigt.

---

19 W. Ulbricht, „Festrede anläßlich des 15. Jahrestages der Neueröffnung der Friedrich-Schiller-Universität", Jenaer Reden und Schriften – Neue Folge, 1960, H. 2, S. 24.

20 U. Janssen, „Ideale der Urburschenschaft auch heute Anliegen einer verantwortlichen Studentenschaft", Burschenschaftliche Blätter, Bad Nauheim, 1965, H. 7-8, S. 150.

Die Auseinandersetzungen um die Ursachen und Lehren des 2. Juni 1967 bezogen sich in der Bundesrepublik wie in Westberlin wesentlich auf das Problem des politischen Mandats der Studentenschaft und ihrer gewählten Vertretungen. Die Analyse der zahllosen Stellungnahmen –ihrer Anlässe, Motive, Stoßrichtung und Argumente – von seiten der Behörden, Parteien, Presse, Hochschullehrer, Studentenvertreter etc. offenbart schärfer als je zuvor den tatsächlichen Kern des Problems: die Frage der Zulässigkeit und Bewertung des Engagements der Studentenschaft und ihrer Vertretungen für eine oppositionelle Politik, die das staatsbürgerliche Recht und die moralische Pflicht zu einer demokratischen Stellungnahme in allen innen- und außenpolitischen Grundsatzfragen bejaht und einschließt.

Dieses politische Mandat wird von den herrschenden Kreisen und ihren Stützen in Staat, Justiz, Parteien, Presse und Hochschule dann und dort bekämpft und bestritten, wo es ernsthaften Widerspruch und echte demokratische Alternativen zur offiziellen Politik beinhaltet und die engen Grenzen nonkonformistischer Narrenfreiheit überschreitet. Gerstenmaier plädierte 1965 für das politische Mandat des VDS als Formierungsfaktor. Hochpolitische Aktionen des Verbandes, die auf der offiziellen Linie Bonns absolviert wurden, zum Beispiel in der internationalen oder der sogenannten gesamtdeutschen Politik, erfahren freundliche Aufnahme und Förderung. Grundsätzlich fordert und benötigt dieser Staat das „politische Mandat“ der Studentenschaft – jedoch unter der unbedingten Voraussetzung nicht nur der Bejahung des Staates und seiner klassenmäßigen Grundlagen, sondern auch der Unterstützung der von den herrschenden Kreisen verfolgten antidemokratischen und revanchistisch-militaristischen Politik. Bleibt diese Voraussetzung unerfüllt oder wird ihr sogar entgegengewirkt, so wird die Frontstellung unvermeidlich und läßt sich durch demagogische und administrative Mittel höchstens partiell und zeitweise überbrücken. Dann verlagern sich die Erwartungen der Machthaber notwendig auf die Kräfte und Organisationen in der Studentenschaft, die jenen politisch-ideologischen Bedürfnissen und Erfordernissen entsprechen beziehungsweise nahekommen. Das sind neben dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten und kleineren Gruppen vor allem die Verbindungen.

Das Verständnis der Situation und Rolle des VDS erfordert eine soziale Charakteristik der von ihm vertretenen westdeutschen Studentenschaft. Die Sozialstruktur der Studentenschaft ist mitbestimmende Voraussetzung ihrer ideologischen und politisch-organisatorischen Verfassung.

Die – bezogen auf die Klassenstruktur der Gesellschaft – disproportionale Sozialschichtung der Studentenschaft wurde in den letzten Jahren verstärkt als Symptom gesellschafts- und bildungspolitischer Rückstünde in den Blickpunkt der westdeutschen Öffentlichkeit gerückt. Der Anteil von Arbeiterkindern stagniert seit den Nachkriegsjahren bei 5 bis 6 Prozent. Ralf Dahrendorf wies für das Wintersemester 1962/63 folgende Struktur aus:[21]

	Bevölkerung in Prozent	Studenten in Prozent
Arbeiter, Landarbeiter	49,8	5,2
Angestellte	22,7	29,3
Handel- und Gewerbetreibende	10,6	14,5
Selbständige Landwirte	8,7	3,5
Beamte	6,7	33,7
Freie Berufe	1,5	12,3
Sonstige	1,5	1,5
Akademiker	etwa 1-2	35,5

Bestimmte Vorbehalte gegen den wissenschaftlichen Wert dieser Klassifizierung sollen hier zurückgestellt werden. Dahrendorf nennt selbst die innere Differenziertheit dieser Gruppen. Nach Gerhard

[21] R. Dahrendorf, Bildung ist Bürgerrecht, o. O. 1965, S. 51.

Kath, der für die gleiche Zeit 5,9 Prozent Arbeiterkinder angibt, setzen diese sich wiederum disproportional zusammen:[22]

	in Prozent
Facharbeiter/unselbst. Handw.	4,2
Angelernte Arbeiter	1,2
Ungelernte Arbeiter	0,4
Landarbeiter	0,1

Auffällig unterrepräsentiert sind nach Dahrendorf Arbeiter- und Landkinder sowie Mädchen. „Es gibt in der Bundesrepublik etwa 1 Million Landarbeiter; aus deren Familien rekrutierten sich im Wintersemester 1958/59 genau 80 Universitätsstudenten. Es gibt in der Bundesrepublik auch etwa 1 Million Beamte; aus deren Familien rekrutierten sich im gleichen Semester 52.199 Studenten an deutschen wissenschaftlichen Hochschulen.“[23] Hildegard Hamm-Brücher erwähnt Forschungsergebnisse von Robert Geibel, nach denen von 2700 hessischen Gemeinden 834 im Jahrzehnt 1955-1965 „überhaupt keinen Abiturienten hervorgebracht“ haben.

Die Bundesrepublik sieht damit am Ende vergleichbarer kapitalistischer Länder – von dem historischen Rückstand zur Deutschen Demokratischen Republik und allen sozialistischen Ländern ganz zu schweigen. Dahrendorf macht berechtigte kritische Anmerkungen zur mangelnden „Arbeiterfreundlichkeit der Bildungseinrichtungen“, aber er übergeht das tiefergreifende Problem der Arbeiterfeindlichkeit der monopolkapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die gleichen Grenzen weisen die studentischen „Bildungswerbungs“-Aktionen auf.

Der (West-)Deutsche Gewerkschaftsbund fordert in seinem Grundsatzprogramm: „Allen zum Studium Befähigten ist der Zugang zur Hochschule zu eröffnen ... Der Anteil von Studierenden aus Arbeitnehmerfamilien muß durch geeignete und gezielte Förderungsmaßnahmen vergrößert werden.“[24] Das ist eine legitime demokratische Forderung der antimonopolistischen Volksbewegung. Sie konfrontiert mit den tatsächlichen Klassen- und Machtverhältnissen in der Bildungspolitik, mit dem von verschiedenen sozialen Faktoren getragenen und stabilisierten Bildungsprivileg, das das Begabungsreservoir breitester Volksschichten verschüttet.

Großbürgerliche Kreise und willfährige Ideologen in CDU/CSU, FDP, Springerpresse und Vertreter der Sozialwissenschaften können heute nicht jegliche Forderung nach besseren Bildungschancen für Arbeiter- und Bauernkinder abweisen. Die Erfordernisse der technischen Revolution drängen danach, die vorhandenen Begabungsreserven besser auszuschöpfen. So versucht man, dieses Phänomen zu psychologisieren und soziologisch zu neutralisieren, um allseitigen wissenschaftlichen Analysen und demokratischen Folgerungen vorzubeugen.

Eine weitere charakteristische Kennziffer des gesellschafts- und hochschulpolitischen Rückstandes Westdeutschlands ist die Anzahl und soziale Herkunft der weiblichen Studenten. Nach Untersuchungen von Hansgert Peisert weisen die Hauptetappen des Bildungsweges die folgende Abnahme des Anteils von Mädchen beziehungsweise Frauen auf:

Bevölkerung	Aufnahme in die höh. Schule	Abiturienten	Immatr. an wiss. Hochsch.	Examensabsolv. wiss. Hochsch.
49%	41%	36%	26%	17%

[22] G. Kath, Das soziale Bild der Studentenschaft in Westdeutschland und Berlin – Sommersemester 1963, Bonn 1964, S. 30 f.

[23] R. Dahrendorf, Arbeiterkinder an deutschen Universitäten, Tübingen 1965, S. 7. (Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart, S. 302 f.). Dahrendorf spricht wie andere Autoren fälschlich von „deutschen“ Universitäten schlechthin, auch wenn er lediglich auf die Westdeutschlands und Westberlins Bezug nimmt.

[24] „Das neue Grundsatzprogramm des DGB“, zit. nach: Dokumentation der Zeit, Berlin, 1964, H. 301, S. 25.

Hannelore Gerstein wies nach, daß unter den weiblichen Studierenden die Auswirkungen der ungleichen Bildungschancen noch ausgeprägter an ihrer sozialen Schichtung ablesbar sind. Zur „Mädchenfeindlichkeit“ der Gesellschaft kommt die der Hochschulen. Etwa 30 Prozent der männlichen, aber rund 50 Prozent der weiblichen Studierenden verlassen die Hochschulen ohne Abschlußexamen. Die Ursachen dieser Erscheinung sind nach Hannelore Gersteins Untersuchungen wesentlich sozialer, institutioneller und ideologischer Art.[25] Die Erscheinung selbst ist ein Element der Diskriminierung der Frau im Kapitalismus. Institutionelle und geistige Voraussetzungen freier und gleicher Bildungsmöglichkeiten für die Mädchen und Frauen zu schaffen, das ist heute in Westdeutschland eine Grundforderung demokratischer Gesellschafts- und Bildungspolitik.

Jürgen Habermas und andere haben in einer Untersuchung über „Student und Politik“ einige unmittelbare Zusammenhänge zwischen sozialer Ausgangsposition und politisch-ideologischer Haltung nachgewiesen. Die von ihnen als Typus mit definitiv demokratischem Potential klassifizierten Studenten kamen zu 75 Prozent aus nichtakademischen Elternhäusern, die Studenten mit definitiv autoritärem Potential dagegen zu 67 Prozent aus Familien mit akademischer Tradition. Die Zwischengruppen wiesen die gleiche Tendenz auf. Zugleich richtet sich die Berufserwartung bei nur 13 Prozent der ersten Kategorie, aber 45 Prozent der zweiten, autoritären Kategorie auf leitende akademische und politische Funktionen. Die differenzierten sozialen Ausgangspositionen sind eine reale Basis dieser differenzierten Berufserwartung. „Diesem Befund zufolge dürfte die ohnehin schwächere Gruppe, die grundsätzlich und verbindlich bereit ist, Demokratie im Krisenfall mit angemessenen Mitteln zu verteidigen, zusätzlich dadurch behindert sein, daß sie in größerem Maße als die Gruppe mit autoritärem Potential auch später auf den bescheidenen Handlungsspielraum beschränkt bleibt, der ihr mit der bloßen Staatsbürgerrolle eingeräumt ist.“[26]

Die Berücksichtigung der Klassenstruktur der Studentenschaft ist zugleich unerläßlich für die Beurteilung ihrer Sozialprobleme. Sie reichen von der Überfüllung der Hochschulen und dem teilweise eingeführten numerus clausus bis zum Mietwucher und zur Teuerung. Die Überfüllung der Hochschulen ist keineswegs das Ergebnis eines breiten, demokratischen Zugangs zum Studium. Das beweist die Sozialstruktur. Sie entwickelte sich aus den jahrelangen Versäumnissen in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik zugunsten „wirtschaftswunderlicher“ Profitwirtschaft und Aufrüstung aus dem Wachstum der Abiturientenjahrgänge und der anhaltenden Zunahme der Durchschnittsstudienzeit infolge der inneren Rückstände und ungelösten Probleme der westdeutschen Hochschule und ihrer Studienbedingungen. Dahrendorf bemerkte, daß eine durchschnittliche Studienzeit von acht bis zehn Semestern bereits die Studentenzahlen abbauen und sichtbar machen würde, daß Westdeutschland „eine der niedrigsten Studentenquoten der Welt hat“.

Ein reichliches Drittel der immatrikulierten Studenten verläßt die Hochschule vor einem Abschlußexamen. Die Ausweitung der Studienzeit und die hohe Unsicherheit hinsichtlich des Studienerfolges erschweren den Arbeiter- und Bauernkindern einen stärkeren Zugang zum Studium (soweit sie die bürgerlichen Schranken der Oberschule überwinden konnten) sowie eine wesentliche Steigerung der Anzahl von Mädchen und Frauen, die ein Studium aufnehmen und erfolgreich abschließen, und stützen objektiv das bestehende Bildungsprivileg. Die gleiche Wirkung zeitigt die sozialreaktionäre Politik der herrschenden Kreise, die in Preis- und Mieterhöhungen, unzureichenden Sozialeinrichtungen und Mängeln der Studienförderung sichtbar wird. Die Regierung Kiesinger hat in ihrer Erklärung vom 13. Dezember 1966 keinen Hehl daraus gemacht, daß sie die Mittel für die sozialen Belange der Werktätigen – auch der Studenten – im Unterschied zum Rüstungshaushalt als „Reservekasse für die Korrektur der Haushaltssünden vergangener Jahre“ betrachtet.

Daraus ergeben sich für den VDS und die Vertretung der sozialen Interessen der Studenten alarmierende Signale. Ein offensives Handeln gegen die aggressive Außenpolitik und für eine entscheidende

---

25 H. Gerstein, Studierende Mädchen – Zum Problem des vorzeitigen Abganges von der Universität, München 1965.

26 J. Habermas/L. v. Friedeburg u. a., Student und Politik – Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewußtsein Frankfurter Studenten, Neuwied 1961, S. 234.

Senkung der Rüstungslasten tut not. Damit könnten ausreichende, den wissenschaftlich-technischen Erfordernissen und dem ökonomischen Potential der Bundesrepublik angemessene Mittel für den Neu- und Ausbau der Hochschulen und ihrer Ausbildungskapazität, für den Wohnheimbau, die Studienförderung und die Verbesserung der Sozialleistungen freigesetzt werden. Dagegen forderte der VDS-Vorstand jedoch im März 1967 im Sinne der sozialreaktionären Aufrüstungspolitik der Regierung Kiesinger/Strauß, die Mittel für die Bildungs- und Wissenschaftspolitik aus dem Sozialbereich des Bundeshaushalts zu entnehmen.

In München standen bei Beginn des Wintersemesters 1966/67 40.000 Studenten insgesamt etwa 3500 Wohnheimplätze zur Verfügung. Kostet ein Wohnheimplatz 60,– bis 80,– DM, gilt er als preiswert. Die Zimmervermittlung des Allgemeinen Studentenausschusses lehnt Mietforderungen über 120,– DM für ein Einzelzimmer als Wucher ab. „Mir wurde ein 20 Quadratmeter großes Kellerzimmer für 250,– Mark in Bogenhausen mit Ofenheizung und Waschbecken angeboten", berichtete ein Betriebswirtschaftsstudent. Der Leiter der Wohnheimverwaltung und Zimmervermittlung des Studentenwerks, Dietrich Kühl, schätzte, daß unter Berechnung der vielfach von Vermietern geforderten Hilfsarbeiten Studenten „oft auf eine Monatsmiete von 300 Mark" kommen.[27] Die Bonner Haushaltsmisere führte auch in München zu einem Stopp des Wohnheimbaus. In Heidelberg wurden die Studentenmonatskarten der Straßenbahn Anfang 1966 von 10,– auf 18,– DM verteuert. In Köln wurden im Oktober 1966 die Tarife für Dauerkarten um 52 Prozent erhöht. Die Protestdemonstration der Kölner Studenten und Oberschüler war der Polizei ein ausreichender Anlaß, durch rücksichtslosen Einsatz von Wasserwerfern, Rauchbomben und Reiterstaffeln sowie Verhaftungen ihre Notstandsbereitschaft zu proben.

Die studentische Krankenversorgung erhöhte im Sommer 1966 die Halbjahresbeiträge von 23,75 auf 48,– DM. Da der Staat keine Zuschüsse leistet, werden die meisten Versicherungsleistungen nur anteilig zu den Gesamtkosten übernommen beziehungsweise eine Reihe von Leistungen völlig ausgeschlossen, darunter alle tuberkulösen Erkrankungen, die operative Behandlung alter Leiden und angeborener körperlicher Fehler, Zahnersatz und Schutzimpfungen. „Krank zu werden, empfiehlt sich für einen Studenten an deutschen Hochschulen immer noch nicht."[28] An den deutschen Hochschulen in der DDR sind derartige Mißstände undenkbar! Der VDS hat 1966 in einer Veröffentlichung auf die alarmierenden gesundheitlichen Probleme der Studenten aufmerksam gemacht, die wesentlich den ungenügenden Versicherungsleistungen entspringen oder durch sie verschärft werden. Studiengebühren belasten die Studenten zusätzlich. Sie betrugen 1965 in Kiel bei den naturwissenschaftlichen und medizinischen Fächern 180,– bis 230,– DM je Semester.

Diese Belastungen erbrachten in Verbindung mit der ungenügenden Studienförderung in jüngster Zeit eine erneute Zunahme des Werkstudententums (1964: 22%), das für zahlreiche Studenten zur Weiterführung des Studiums unumgänglich ist. Natürlich trifft diese sozialreaktionäre Politik die Studenten auf Grund der klassenmäßigen Differenzierung sehr unterschiedlich und erweist sich damit als Bestandteil einer volksfeindlichen Bildungspolitik.

Die Studienförderung nach dem Honnefer Modell, die unter dem Einfluß des großzügigen Stipendien- und Förderungswesens der DDR sowie infolge akuter Mißstände und dringender Forderungen seit 1957 eingeführt wurde, hat keine nennenswerten Veränderungen in der sozialen Struktur der Studentenschaft ergeben. Die Leistungen sind selbst für den kleinen Kreis der nach Honnef Geförderten ungenügend. Im Sommersemester 1964 waren es 16,8 Prozent der Studierenden (davon nur 12% Arbeiterkinder), und nur ein Bruchteil der Geförderten erhält den vollen Förderungsbetrag. Im Wintersemester 1960/61 waren das 28,8 Prozent der Honnef-Stipendiaten. Jedoch bleibt auch der volle Förderungsbetrug um 60,– bis 80,– DM hinter der Teuerung zurück. Seit seiner Einführung ist ein ständiger Kampf um die Angleichung an das Preisniveau notwendig, dessen Voraussetzungen und Aussichten sich unter dem Kabinett Kiesinger weiter verschlechtert haben. Das Honnefer Modell zeigt aber noch weitere entscheidende Mängel: Es hat noch keine einheitliche und gesetzlich veran-

---

27 S. Reuter, „Immer mehr Studenten, immer weniger Zimmer", Süddeutsche Zeitung, München, vom 7.11.1966.

28 Spandauer Volksblatt, Westberlin, vom 22.5.1966.

kerte Studienförderung geschaffen (Anfang 1965 vergaben 346 Institutionen Stipendien – von jährlichen geringfügigen Zuschüssen bis zu diskriminierenden, die Freiheit der Persönlichkeit und der Berufswahl beeinträchtigenden Beihilfen von Konzernen und Industriellen-Verbänden); vom dritten Semester ab wird ein Teil lediglich als Darlehen gewährt, woraus sich mit dem Examen eine Verschuldung von 1500,– DM ergibt; während der ersten drei Semester wird das Stipendium nur während des Vorlesungsabschnitts gezahlt. Eignungsprüfungen für Honnef-Stipendiaten schaffen eine weitere Chancenungleichheit; wer vom Vater einen ausreichenden Scheck erhält, bedarf solcher Eignungsprüfungen nicht und gehört auch mit gerade noch genügenden Leistungen zur „Elite".

Ausreichende Stipendien mit hohen Sätzen und ohne Darlehen wurden dagegen seit je gewährt, wo es den Bedürfnissen der revanchistischen und militaristischen Politik entsprach: „geflüchtete" und „vertriebene" Studenten sowie Bundeswehrstipendiaten waren des Wohlwollens eines unsozialen und bildungsfeindlichen Staates sicher.

Aus zahlreichen gewerkschaftlichen und studentischen Vorschlägen zeichnen sich die Grundlinien eines geschlossenen demokratischen Sozialprogramms ab, dessen Chancen jedoch vom Grad des Übergangs zu einer alternativen demokratischen Politik bestimmt werden. Der Bildungsnotstand und seine sozialen Symptome sind nicht als Erscheinungen reparabel, sondern nur durch den Griff nach seinen Wurzeln. Der (West-)Deutsche Gewerkschaftsbund fordert im Aktionsprogramm: „Das Hochschulstudium muß gebührenfrei sein und durch ausreichende Stipendien erleichtert werden."[29] Das bleibt illusionär, wenn weiterhin eine aggressive Politik Rüstungslasten verursacht, die bereits die Förderungsleistungen im bisherigen engen Rahmen behinderten oder einschränkten. Aber auf der Grundlage einer Politik der Entspannung, Verständigung, des Rüstungsstopps und Rüstungsabbaus würde sich dieser Programmpunkt mobilisierend auswirken.

Weitere Forderungen sind solche nach der einheitlichen bundesgesetzlichen Regelung der Studienförderung, ihrer ständigen Anpassung an die Entwicklung der durchschnittlichen studentischen Lebenshaltungskosten; Abschaffung der Eignungsprüfungen für Stipendiaten und der Pflichtverschuldung durch Darlehen; Ausweitung der Stipendien auf das volle Jahr im gesamten Förderungszeitraum; Gewinnung der höheren Mittel durch Abbau der Rüstungen und durch Beteiligung der Konzerne, deren private, profitorientierte Förderungsinstitute aufgelöst oder aber Mitbestimmungsgremien unter dem Vorsitz von Gewerkschaftsvertretern unterstellt werden sollen; ausreichende staatliche Zuschüsse für den Wohnheimbau und Senkung der Mietsätze sowie angemessene Zuschüsse zur studentischen Krankenversicherung; Erweiterung der Mittel für sonstige studentische Sozialeinrichtungen sowie kulturelle und sportliche Bedürfnisse.

Neubeginn durch die Studentenschaft ist notwendig

Das Fehlen gesicherter demokratischer Positionen und Zielsetzungen ist die grundsätzliche Schwäche des VDS. Es kann nicht um eine Politisierung der Studenten schlechthin, nicht um eine politische Bildungsarbeit gehen, die nur Unterordnung unter die den studentischen Lebensinteressen zuwiderlaufende offizielle Politik wäre. Das eigentliche Problem ist das der demokratischen Substanz und Funktion des VDS. Es beginnt bei brennenden Tagesfragen, wie der Stellung zur USA-Aggression in Vietnam, zu den atomaren Aufrüstungsplänen, der Alleinvertretungsanmaßung Westdeutschlands und den Notstandsgesetzen, zum Revanchismus und zum Vordrängen neonazistischer Kräfte. Das betrifft das Verhältnis zur Deutschen Demokratischen Republik und allen anderen sozialistischen Ländern, die Stellung zur Freien Deutschen Jugend, die Probleme und Aufgaben in der westdeutschen Bildungs- und Hochschulpolitik, die Lösung dringender sozialer Probleme. der Studentenschaft. Das Dilemma der Politik der VDS-Führung in den großen innen- und außenpolitischen Fragen der letzten Jahre verdeutlicht die Notwendigkeit eines Neuansatzes. Das ergibt sich primär aus der Unterordnung der Hochschulpolitik unter die historisch zum Scheitern verurteilte revanchistische Außenpolitik und die antidemokratische Innenpolitik der in der Bundesrepublik herrschenden Kräfte.

[29] Die Welt der Arbeit, Köln-Deutz, vom 26.3.1965.

Der Verzicht auf diesen Neuansatz stellt bildungs- und hochschulpolitische Initiativen und ihre Erfolgsaussichten in Frage, mit denen zahlreiche Studenten Erwartungen auf eine Wende in den sie bedrängenden Ausbildungs- und sozialen Fragen verbinden. Das zeigen die Erfahrungen mit der Aktion vom 1. Juli 1965, mit Kampagnen zur Bildungswerbung, aber auch die autoritäre Mißachtung studentischer Vorschläge, Vertretungen und Bereitschaft zur Mitarbeit an der neuen Universität in Bochum seitens der staatlichen und Universitätsbehörden und der Konzerne. Der kostspielige „ruhrstudent", wohlversehen mit Inseraten der Großunternehmen, bemüht sich, diese Behandlung, das offizielle Bild vom „Unternehmer" und das einziehende Korporationsstudententum schmackhaft zu machen. Zur Entschädigung wird Bochum für die in ihren reformerischen Erwartungen Enttäuschten immerhin die „erste deutsche Hochschule mit großräumigen Schutzbauten". Jedes ernsthafte Reformbestreben, auch in den hochschulpolitischen Vorschlägen des VDS wie anderer studentischer Gruppen, muß mit der Bestimmung des Inhalts – eines neuen demokratischen Ausgangspunktes und Zieles – beginnen.

In den letzten Jahren offenbarte sich verstärkt die Kapitulation leitender Gremien des VDS vor dieser Notwendigkeit. Danach soll die Rolle der Studentenschaft und ihrer Vertretungen in Hochschule und Gesellschaft primär durch die Übernahme von studentischen Versorgungseinrichtungen und Förderungsinstituten in Selbstverwaltung gesichert werden, statt vor allem durch eine entschiedene und allseitige Vertretung der demokratischen Interessen der Studentenschaft. „Besonders die VDS-Konzeption, das Gewicht der Studentenschaft durch die Übernahme ihrer Versorgungseinrichtungen zu vergrößern, dürfte, falls sie realisiert würde, den Einfluß der Studentenorganisation und das Interesse an ihr eher verringern als erweitern. Der Plan zeigt einen Kernpunkt der Misere. Je mehr sich die Studentenvertreter mit bloßen Verwaltungsaufgaben beschäftigen, je mehr sie reine Managementfunktionen im Universitätsbetrieb oder im Studentenwerk übernehmen, um so mehr schreitet ihre Entpolitisierung fort."[30]

Die Gefährlichkeit dieses Weges besteht darin, daß weitere Wirkungsräume der politischen Aktivität der Verbindungen, des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten, den revanchistischen und neonazistischen Gruppen und ihren Förderern in den Konzernen, dem Staat, der Justiz, den Bundesparteien und der neofaschistischen NP überlassen werden. Die angebliche Entideologisierung erweist sich tatsächlich als Preisgabe liberaler und demokratischer Positionen und als Kapitulation vor dem Nationalismus und Antikommunismus der herrschenden Reaktion.

Dieser Weg entspricht dem Konzept der CDU/CSU, das Gerstenmaier im März 1965 vor der Mitgliederversammlung des VDS darlegte. Der studentische Dachverband soll danach endgültig und vollständig integrierender Formierungsfaktor der Gesamtstudentenschaft, soll ein auf nationalistisch-antidemokratischer Grundlage gleichgeschaltetes Instrument der herrschenden Kreise sein: „Der VDS ist dazu da, die Studentenschaft in Form zu bringen."[31] Die bisherige politische Position des VDS stellt keineswegs eine Alternative zu diesem Formierungskonzept dar. Sie kommt ihr sogar in wesentlichen Fragen entgegen.

Der Verband Deutscher Studentenschaften erklärt sich in seiner Charta „gegen alle Arten der Unterdrückung", „gegen die Verletzung der fundamentalen Menschenrechte", gegen „Kolonialismus" und „Neokolonialismus". Tatsächlich aber gibt es von ihm bisher keine entschiedene Ablehnung und Verurteilung der USA-Aggressoren und ihrer Bonner Helfershelfer, keine Solidarität mit der südvietnamesischen Befreiungsfront, keine Forderungen nach sofortiger Einstellung der Bombenangriffe auf die Demokratische Republik Vietnam. Die Mitgliederversammlung 1966 diskutierte darüber, nahm jedoch keine Entschließung an und unterstützte faktisch die Haltung der westdeutschen Regierung. Auf internationaler studentischer Ebene jedoch laviert die VDS-Führung, um eine völlige Bloßstellung zu vermeiden.

---

30 A. Heribert, Studentenschaft und Hochschule, Möglichkeiten und Grenzen studentischer Politik, Frankfurt/Main 1965, S. 72.

31 E. Gerstenmaier, „Zwischen Wissenschaft und Politik", Christ und Welt, Stuttgart-Stillenbuch, vom 26.3.1965.

Die Aufrichtigkeit von Erklärungen des VDS gegen kolonialistische, neokolonialistische und rassistische Verbrechen und Umtriebe mißt sich vor allem an der Frage, ob und inwieweit die Rolle der Kiesinger/Strauß-Regierung einbezogen und Gegenstand der Kritik wird. Die Mitgliederversammlung 1964 verurteilte die südafrikanische Apartheidpolitik, verlor jedoch kein Wort zur Bonner ökonomischen, militärischen, politischen und moralischen Unterstützung des Rassistenregimes. Die gleiche Haltung offenbarte sich in einer Resolution über Portugals afrikanische Kolonien. Nur die Wende zu einer kritischen Haltung gegenüber der neokolonialistischen Aktivität der Bundesrepublik vermag den Eindruck zu verhindern, daß es sich bei solchen Erklärungen um mit der Bonner Regierung koordinierte Deklarationen, um eine Form politischer Arbeitsteilung handelt. Die Mitgliederversammlung 1967 lehnte einen Antrag auf Austritt aus der International Student Conference (ISC) ab, die durch Subventionen vom CIA kompromittiert ist.

In den Grundsatzfragen der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten und ihre Beiträge zur europäischen Sicherheit und zum Weltfrieden betreffend, unterwirft sich die Führung des VDS im wesentlichen kritiklos den fossilen Dogmen der offiziellen westdeutschen Politik. Ein vom Internationalen Ausschuß der Mitgliederversammlung im März 1966 vorgelegter Antrag auf faktische Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze wurde verworfen.

Der VDS hält an der bankrotten Bonner Alleinvertretungsanmaßung fest. Leitende Funktionäre sowie Beschlüsse des Vorstandes und der Mitgliederversammlungen bemühen sich bis heute um die Aufrechterhaltung dieser Fiktion auch gegenüber der Freien Deutschen Jugend. Die Behauptung, daß auf der Basis dieser Fiktion und der aus ihr entspringenden Diskriminierung des sozialistischen Jugendverbandes der DDR „praktikable Vorschläge“ für gegenseitige Beziehungen möglich wären, verrät Ignoranz und Unvermögen bei der Beurteilung des Kräfteverhältnisses und der eigenen Möglichkeiten und Grenzen. Das betrifft nicht nur das Urteil über die DDR und das durch die antikommunistische Bevormundung verursachte Unverständnis für ihre historische Mission. Das gilt in gleicher Weise für die unkritische Bewertung verhängnisvoller Prozesse in der Entwicklung Westdeutschlands und der Politik der herrschenden Kreise.

Der Vergleich zweier gleichzeitiger Äußerungen über das Verhältnis zur DDR ergibt die Unglaubwürdigkeit der VDS-Führung. In einem Rundfunkinterview im August 1966 erklärte der VDS-Vorsitzende, daß von der FDJ aufgeworfene Grundfragen, wie die Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten, „gar nicht in der Kompetenz eines Verbandes Deutscher Studentenschaften“ liegen. Im gleichen Monat unterstützte die VDS-Delegation auf der 12. Tagung der International Student Conference (ISC) in Nairobi ein Machwerk gegen die DDR. Der VDS-Vorstand betrachtet sich demnach als kompetent für die Diffamierung der DDR und die Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten, als inkompetent jedoch für deren endliche Anerkennung und eine Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten.

Das Festhalten an den gefährlichen wie aussichtslosen Bonner Doktrinen ist auch hier das entscheidende Hindernis für die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, ihren demokratischen Organisationen und Bürgern. Die westdeutschen Studentenschaften könnten verdienstvoll wirksam werden, wenn und wo sie Beiträge zu einer demokratischen und friedliebenden Politik ihres Staates leisten würden.

Die Freie Deutsche Jugend hat einen entscheidenden Beitrag zur bisher einzigen siegreichen Volksrevolution der deutschen Geschichte geleistet. Sie ist in allen Schichten der Jugend verankert. Die FDJ hat sich bei der Überwindung des Nazismus, Imperialismus und Militarismus, beim ökonomischen, politischen und geistig-kulturellen Aufbau des ersten sozialistischen Staates in Deutschland eine demokratische Legitimation historisch neuer Qualität erworben. Natürlich ist sie nicht an den Maßstäben bürgerlicher Vereinsmeierei oder an den im Kapitalismus unvermeidlichen Antagonismen auch in der Jugend- und Studentenbewegung zu messen.

Demokratische Legitimität muß im demokratischen Wollen und Handeln ständig neu bewiesen werden. Angesichts der Zwangsmitgliedschaft im VDS, der geringen Beteiligung der Studenten an den Wahlen ihrer Vertretungen und deren Aktionen, der Zugehörigkeit von neonazistischen und autoritär-

antidemokratischen Gruppen, vor allem aber hinsichtlich der von der VDS-Führung gegenwärtig verfolgten Politik und den Inkonsequenzen bei der studentischen Interessenvertretung bleiben dabei heute wesentliche Fragen offen. Trotz allem gibt es in der heterogenen Mitgliedschaft des VDS demokratische Potenzen. Die politischen und ökonomischen Krisenerscheinungen im imperialistischen Westdeutschland können dazu beitragen, eine Reihe demokratischer Ansätze, Einsichten und Erfahrungen ausreifen und wirksam werden zu lassen.

Die demokratische Chance des Verbandes (West-)Deutscher Studentenschaften wird heute vor allem durch jene Studenten und studentische Organisationen gewahrt, die bereits bisher die Studentenschaft in der sich entwickelnden demokratischen Volksbewegung repräsentierten.

Studenten im Kampf um Frieden und Demokratie

Seit 1963/64 bildet sich verstärkt eine Gruppe studentischer Organisationen heraus, deren entscheidende Berührungspunkte und Gemeinsamkeiten aus aktuellen Erfordernissen des Kampfes um die Erhaltung und Sicherung des Friedens und der Demokratie in Westdeutschland erwachsen. Es sind, mit Ausnahme des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), die führenden parteipolitischen Organisationen in der Studentenschaft: der Liberale Studentenbund (West-)Deutschlands (LSD, gegr. 1950), der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB, gegr. 1960) und der Sozialistische (West-)Deutsche Studentenbund (SDS, gegr. 1946). Dazu kommen die Humanistische Studenten-Union (HSU) sowie Gewerkschaftliche Arbeitskreise der Studenten (GASt) oder auch einzelne konfessionelle und andere Gruppen. Das Zusammenwirken dieser Gruppen sowie ihre innere Entwicklung verlaufen aber im einzelnen widersprüchlich. Der SDS, die aktivste und stärkste politische Studentengruppe in der Bundesrepublik, ist die älteste der bestehenden politischen Studentenorganisationen. Im Unterschied zu dem erst im imperialistischen Restaurationsprozeß als Anhängsel der CDU/CSU geschaffenen RCDS wurde der sozialistische Studentenverband unmittelbar nach der Befreiung vom Faschismus gegründet. Als studentische Organisation sollte er im akademischen und sozialen Bereich zum Aufbau einer demokratischen Ordnung beitragen. Bei aller Widersprüchlichkeit seiner Entwicklung hat er bis zur Gegenwart von allen studentischen Organisationen den bedeutendsten intellektuellen und politischen Beitrag zum Kampf um Demokratie im Bonner Staat geleistet.[32] Die zahlenmäßige Stärke lag indes wie beim LSD und SHB in Westdeutschland im Durchschnitt zwischen 1000 und 1500 Mitgliedern. Obwohl die demokratischen und liberalen Studentenorganisationen nicht über Mittler und Massenorganisationen in der Art der Verbindungen verfügen, bestimmen sie durch realistische und konstruktive Vorschläge zur Innen- und Außenpolitik, durch ihre Initiative und Aktivität vielfach wesentlich das politische Geschehen in der Studentenschaft und das Bild der Studentenpresse. Ihre Kongresse entbehren der Grußtelegramme der Bonner Staatsmänner und der wohlwollenden Anwesenheit von Ministern und Parteiführern der jeweiligen Regierungskoalition. Ihre Lebenskraft und Stärke entspringen der Wahrnehmung grundsätzlicher Interessen der Studentenschaft. Dabei gelingt es ihnen häufig, größere studentische Kreise einzubeziehen, die den Kampf für Freiheit und Demokratie und die Gegnerschaft zu konservativen und neonazistischen Kräften unterstützen.

In den letzten Jahren traten die Bemühungen der fortschrittlichen Kräfte in eine qualitativ neue Phase. Dabei rückte die Haltung zur USA-Aggression in Vietnam, zu den Notstandsgesetzen, zum Neonazismus und zur Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten in den Mittelpunkt. Waren die unmittelbaren Gegner dabei vielfach die Korporationen, die revanchistischen Verbände und der RCDS, so befanden sich die Gruppen jedoch auch in offener Gegnerschaft zur Bonner Regierung und den Führungen der großen Parteien.

Seit die USA die Eskalation der Aggression in Vietnam begannen, verstärkt sich auch der studentische Widerstand gegen diese Kriegsverbrechen. Beim Auftreten des USA-Botschafters an Hochschulen oder aus anderen Anlässen wurden in den Hochschulstädten Demonstrationen vor den amerikanischen Vertretungen, Flugblattaktionen und Kundgebungen durchgeführt. Der SDS veranstaltete im

---

32 Vgl. W. Kulak, Die Stellung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) in der demokratischen Bewegung Westdeutschlands, phil. Diss., Leipzig 1966.

Wintersemester 1965/66 eine anklagende Vietnam-Ausstellung. Im März 1966 wurde von 8 Studentenverbänden aus 7 Ländern, darunter der SDS, ein Westeuropäisches Studentenkomitee für den Frieden in Vietnam gebildet. Bis Mai 1966 waren ihm 26 Studentenorganisationen aus allen westeuropäischen Ländern außer Spanien und Portugal beigetreten.

Im Mai 1966 veranstaltete der SDS an der Universität Frankfurt/Main den Kongreß „Vietnam – Analyse eines Exempels". Daran beteiligten sich auch die HSU, der LSD, der SHB, Gruppen und Funktionäre der Gewerkschaftsjugend, der Falken, der Naturfreundejugend und des Ostermarsches. In der Schlußerklärung wurde der Vietnam-Krieg als „ein nationaler und sozialer Befreiungskampf der südvietnamesischen Bevölkerung und zugleich ein Akt politischer Notwehr" beurteilt und die Gefahr der Ausweitung zu einem großen Krieg hervorgehoben. „Aus diesen Gründen erklären wir uns mit den Forderungen der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams solidarisch, die die Beendigung des Vietnam-Krieges durch den sofortigen Abzug der Truppen der USA fordert; fordern wir die Einstellung jeder Hilfe der Bundesrepublik an das Saigoner Regime ..."[33]

Wie in der Stellung zum Vietnam-Konflikt entspricht auch im Kampf um Demokratie und Mitbestimmung, gegen Notstandsgesetze und Neonazismus die Frontenbildung im studentischen Raum der grundsätzlichen politischen Polarisierung. Es sind zugleich jene programmatischen Anliegen, die die progressiven studentischen Gruppen an die Seite von Gewerkschaften, Hochschullehrern, Jugendorganisationen, wie die Falken, Naturfreunde und evangelische Jugendgruppen, und anderer demokratischer Kreise führten. Die bisherigen Höhepunkte in den Willenserklärungen der demokratischen Studentenschaft gegen die verfassungsändernden Notstandsgesetze bilden die Anfang Mai 1965 erfolgte gemeinsame Erklärung von HSU, LSD, SHB und SDS gegen die Notstandsgesetzgebung sowie der von ihnen in Bonn am 30. Mai 1965 gemeinsam veranstaltete Kongreß „Demokratie vor dem Notstand"[34].

Im Mai 1966 bekannten HSU, LSD, SHB und SDS in einem Telegramm an den DGB-Kongreß ihre Solidarität mit den Gewerkschaften im Kampf gegen den „Angriff auf das Grundgesetz durch eine Notstandsgesetzgebung". Am 30. Oktober 1966 beteiligten sie sich am gewerkschaftlichen Kongreß „Notstand der Demokratie" in Frankfurt (Main). Zahlreiche lokale Veranstaltungen führten Studenten, Hochschullehrer und Gewerkschafter zusammen. Am 23. Oktober 1966 nahmen etwa 1000 Studenten der Westberliner Universität an einer Podiumsdiskussion über „Notstand" teil. Prof. Walter Fabian (DGB) rief die Studenten zu Aktionen gegen die Notstandsgesetze auf. Aus der Verbindung von Gewerkschaften, fortschrittlichen Professoren und Studenten könne eine „wirkliche Gegenbewegung" entstehen.

Weitere entscheidende Forderungen des demokratischen und liberalen Flügels der Studentenschaft und seiner Organisationen sind die nach Verhinderung atomarer Aufrüstung, Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und Aufgabe des Revanchismus, Zurückdrängung und Überwindung des Neonazismus, (schrittweise) Normalisierung der Beziehungen zur DDR, ihren Institutionen und Organisationen. Der LSD hat in seinem „Deutschland-Memorandum 1967" eine Reihe realistischer Vorschläge zur Bonner Deutschland- und Außenpolitik fixiert. Dabei gibt es auch zwischen den Progressiven Differenzierungen und Nuancen, die sich teilweise aus dem Einfluß nahestehender Parteien oder auch aus ideologischen und taktischen Differenzen ergeben. Unterschiedlich verläuft die Zurückdrängung oder Aufgabe jenes militanten Antikommunismus, der dem eigenen demokratischen Anliegen zuwiderläuft und den Gegnern im RCDS, in den Korporationen, in revanchistischen und nazistischen Studentengruppen gelegen kommt. Widersprüchlich und nicht ohne Rückschläge verläuft der Prozeß des Erkennens der historisch-politischen Stellung und Rolle beider deutscher Staaten, ihres Charakters,

---

33 neue kritik, Frankfurt/Main, 1966, H. 36/37, S. 39 f.

34 Vgl. „Demokratie vor dem Notstand. Protokoll des Bundeskongresses gegen die Notstandsgesetze am 30. Mai 1965", neue kritik, Bonn, 1965, Sonderheft, S. 87. Vgl. zur Rolle des LSD J. Seemann, „Die Stellung des Liberalen Studentenbundes Deutschlands (LSD) zu den Lebensfragen der deutschen Nation (1961-1966)", Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, 1966, H. 2, S. 317-321.

ihres Antagonismus und ihrer Perspektiven. Der Existenz und Wirksamkeit der DDR kommt in diesem geistigen und politischen Prozeß eine entscheidende Bedeutung zu.

Der außenpolitische Experte der CSU und Parlamentarische Staatssekretär, Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg, bezeichnete im August 1966 den SDS und den LSD als die außerparlamentarische Opposition, deren Wirken er für „besonders gefährlich“ halte. Er trifft sich dabei mit sozialdemokratischen Führern, die nach erfolgloser Erpressung des SDS 1959/60 dessen völlige Trennung von der sozialdemokratischen Partei veranlaßt hatten. Mit dem Eintritt sozialdemokratischer Minister in die Regierung Kiesinger/Strauß und der offiziellen Wandlung, die die Haltung der SP-Führung zu den schlagenden Verbindungen erfuhr, spitzten sich Anfang 1967 auch die Beziehungen zwischen Parteivorstand und SHB zu. Rechte sozialdemokratische Führer um Wehner wenden verschiedene Mittel an, um den SHB an ihre Politik zu binden.

Die qualitativ neue Etappe in der Entwicklung, die die demokratisch-liberalen Kräfte der westdeutschen Studentenschaft in den letzten Jahren nehmen, äußert sich bei aller Widersprüchlichkeit und Differenziertheit in der Vertiefung und Stabilisierung des demokratischen Gehalts ihrer Bewegung – seiner Motive, Grundlagen und Ziele – sowie in gemeinsamen Aktionen mit den Gewerkschaften als Hauptkraft der demokratischen Volksbewegung und den fortschrittlichen Hochschullehrern und Jugendorganisationen und schließlich in einer größeren Kontinuität des Zusammenwirken, durch die der Einfluß auf breitere Kreise der Studentenschaft erhöht werden konnte.

Angesichts der Größe und Schwierigkeit der Aufgaben und der Verantwortung gilt es, alle Erscheinungen des Sektierertums, die oberflächliche Einschätzung der Bedingungen und demokratischen Aufgaben, alle Schlußfolgerungen, die aus Subjektivismus und Mangel an Wissen und Ausdauer geboren wurden, in den Reihen der demokratischen und sozialistischen Studenten zu überwinden. Das ist um so wichtiger, als die herrschenden Kreise nunmehr verstärkt dazu übergehen, terroristische Formen der Unterdrückung des demokratischen Widerstandes (Polizeieinsätze, Verhaftungen, Haussuchungen usw.) anzuwenden und zum anderen die neonazistische demagogische Agitation staatlich forcieren und fördern. Das erhöht die Verantwortung der progressiven studentischen Organisationen. Sektiererische Abenteuer und Fehler bieten den Verbündeten der Reaktion unnötige und der Sache der Demokratie schädliche Angriffsflächen.

Die progressiven studentischen Organisationen sind der Kern und die führende Kraft bei der Wahrnehmung der demokratischen Verantwortung und der Interessen der Studentenschaft. Chance und Aufgabe gründen sich hier auf die Bereitschaft größerer Teile der Studentenschaft, für demokratische Rechte und Freiheiten, für die Ideen des Friedens, der Humanität und der Verständigung einzutreten. Damit werden Richtpunkte und Maßstäbe für einen demokratischen Neuansatz des VDS gesetzt. Voraussetzung dafür ist die Befreiung von den lähmenden, in ihren Konsequenzen für die westdeutsche Jugend tödlichen Dogmen historisch zum Scheitern verurteilter Revanche-, Rüstungs- und Aggressionspolitik.

Teile der studierenden Jugend Westdeutschlands stehen den Problemen und Erfordernissen des Kampfes um Frieden und Demokratie mehr oder weniger passiv und desinteressiert gegenüber. Sie überlassen das politische Feld in hohem Maße den vordrängenden restaurativ-neonazistischen Kräften. Zugleich begründet eine solche Haltung Anfälligkeit gegenüber der militant antikommunistischen und nationalistischen Agitation. Die studentische Jugend trägt durch ihr Wissen, den humanistischen Gehalt und Auftrag der Wissenschaft, die spätere leitende Stellung in der Gesellschaft eine hohe Verantwortung. Diese muß sich im Eintreten für die grundlegenden Interessen des werktätigen Volkes, vor allem der Arbeiterklasse und der Studentenschaft selbst, und im progressiven Zusammenwirken mit den Gewerkschaften als der hauptsächlichen Organisation dieser Kräfte und Interessen manifestieren.

Elementare demokratische Forderungen und Normen, die sich aus der Einschätzung der Lage der Gesellschaft und der Hochschule in Westdeutschland ergeben, sollten und müßten den Wirkungsraum der gesamtstudentischen Vertretung, des Verbandes (West-)Deutscher Studentenschaften, und aller

liberalen, demokratischen und sozialistischen Organisationen, Gruppen und einzelnen Kommilitonen bestimmen:[35]

Es gilt, die demokratischen und freiheitlichen Rechte und Forderungen, die im westdeutschen Grundgesetz und in der Charta des VDS fixiert sind, zu verteidigen, zu sichern und auszubauen. Das ist möglich, wenn alle progressiven Kräfte die USA-Aggression in Vietnam und jegliche Unterstützung durch Bonn verurteilen; wenn sie die Bonner Machthaber zwingen, ihre aggressiven revanchistischen Forderungen und Ziele und ihre Alleinvertretungsanmaßung aufzugeben, und sich einer konstruktiven Friedens- und Verständigungspolitik zuzuwenden, die die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten einschließt; wenn sie hinsichtlich des Verhältnisses zur Freien Deutschen Jugend entsprechende Schlußfolgerungen ziehen, jede Notstandsgesetzgebung als innenpolitisches Korrelat aggressiver äußerer Politik eindeutig ablehnen und unnachgiebig danach streben, alle Spielarten des Neonazismus zu überwinden und einen Verzicht auf jegliche atomare Rüstung durchzusetzen. Zu diesem auf der Tagesordnung stehenden demokratischen Minimalprogramm gehört ebenfalls, daß die durch Rüstungsstopp und Abbau der Rüstung frei werdenden Mittel für dringende sozial-, bildungs- und hochschulpolitische Erfordernisse verwandt werden.

Die Aufrichtigkeit und Konsequenz des demokratischen Bekenntnisses der Studenten und ihrer Organisationen, nicht zuletzt des VDS, werden am demokratischen Klärungsprozeß in den Reihen der studierenden Jugend ablesbar sein.

Dazu ist es unerläßlich, alle Studenten in den Kampf für die oben fixierten minimalen demokratischen Forderungen einzubeziehen und dafür einzutreten, daß alle neonazistischen Organisationen, Publikationen und Umtriebe unter Studenten und an den Hochschulen verboten, alle restaurative, nationalistisch-völkische Propaganda, Brauchtümer und Dekorationen der Korporationen abgelehnt und zurückgedrängt, insbesondere die Mensur und das Farbentragen im Hochschulraum, abgeschafft und verboten werden.

Ebenso unerläßlich ist es aber auch, zur Erarbeitung eines demokratischen Bildungsinhalts und entsprechender bildungs- und hochschulpolitischer Reformpläne beizutragen und sie zu verwirklichen sowie entschiedene gesellschafts- und bildungspolitische Maßnahmen zur Demokratisierung des Weges zur Hochschule durchzusetzen, vor allem für Arbeiter- und Bauernkinder und Mädchen, sowie die sozialen Interessen der Studentenschaft konsequent zu vertreten.

---

[35] Vgl. auch H. Kapson, „Demokratische Bewegungen der Studentenschaft in Westdeutschland und Westberlin und notwendige Alternativen“, in: Staatsmonopolistischer Kapitalismus und Hochschulwesen in Westdeutschland, Berlin 1966, S. 249-268.

7. Kapitel: Grundlegende Widersprüche und der Weg ihrer Lösung

In den einzelnen Kapiteln dieses Buches wurden die Prozesse untersucht, die in der westdeutschen Wissenschafts- und Hochschulpolitik gegenwärtig vor sich gehen. Die Analysen führten zu der Erkenntnis, daß der westdeutsche Imperialismus das Hochschulwesen einer totalen Formierung unterwirft. Die Universitäten und Hochschulen Westdeutschlands sind fest eingefügt in das staatsmonopolistische Herrschaftssystem. Das Monopolkapital und der mit ihm zu einem einheitlichen Machtinstrument verschmolzene Staat unternehmen alles, um Wissenschaft und Hochschulwesen zu einem voll funktionsfähigen Mittel ihrer Politik zu entwickeln. Die Produktivkraft Wissenschaft wird rücksichtslos in den Dienst einer expansionistischen imperialistischen Politik gestellt. Das Staatsmonopol bewirkt mit seinem politisch-administrativen, ökonomischen und ideologischen Instrumentarium die Ausrichtung des Hochschulwesens auf diese Ziele. Die Universitäten und Hochschulen werden selbst zu Funktionalorganen für die politische und ideologische Formierung der westdeutschen Bevölkerung im Sinne der staatsmonopolistischen Herrschaft. Sie werden als Aktivposten direkt in die expansionistische und revanchistische Außenpolitik einbezogen. Der Staatsdirigismus zerstört selbst die Reste bürgerlich-demokratischer Rechte und Freiheiten auch im Hochschulwesen. Der Wissenschaftler wird mit vielfältigen Methoden daran gehindert, seiner humanistischen Verantwortung gerecht zu werden. Ausbildung und Erziehung sind so angelegt, daß die Studenten zu willfährigen Fachkräften für das imperialistische System werden. Im westdeutschen Hochschulwesen schwellen neonazistische Strömungen an, die ihren Nährboden in der imperialistischen Politik und in dem Ungeist des Militarismus, Nationalismus und Antikommunismus besitzen.

Erschreckende geschichtliche Parallelen drängen sich auf. Im Prinzip gleiche oder ähnliche Erscheinungen wie die der Gegenwart gab es in der Wissenschafts- und Hochschulpolitik des deutschen Imperialismus vor 1914 und vor 1939. Der Griff nach der Universität weist eine gewisse Kontinuität imperialistischer Hochschulpolitik auf. Jedoch gibt es in der Geschichte keine einfachen Wiederholungen. Die Gegenwart ist gekennzeichnet von einem anderen Kräfteverhältnis in der Welt und auf deutschem Boden. Auch die gesellschaftspolitische Funktion der Wissenschaft und des Hochschulwesens hat sich verändert. Die politische Verantwortung jedes Wissenschaftlers und jedes Studenten ist weitaus größer geworden.

In unserer Zeit ist die Haupttendenz der internationalen Entwicklung das Wachstum der Kräfte des Friedens, der Demokratie, der nationalen Unabhängigkeit und des Sozialismus. Der Einfluß der Sowjetunion und des sozialistischen Weltsystems als Ganzes wächst unaufhaltsam, die gegen Kolonialherrschaft, für Unabhängigkeit und Fortschritt kämpfenden Völker in Afrika, Asien und Lateinamerika erringen neue Siege, die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern verstärkt ihren Kampf, und die kommunistische Weltbewegung wächst und erstarkt politisch, ideologisch und organisatorisch.

In der Entwicklung der internationalen Lage zeigt sich aber noch eine zweite Tendenz: Unter den Bedingungen der dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus erhöht sich die Aggressivität des Weltimperialismus. Das verstärkt die internationalen Spannungen und steigert die Kriegsgefahr. Besonders führende imperialistische Staaten, die USA und Westdeutschland, verschärfen den aggressiven Kurs; sie versuchen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen und den Völkern durch brutale Eingriffe in die inneren Angelegenheiten ihrer Staaten das Recht auf Selbstbestimmung zu nehmen. Kennzeichnend für diese abenteuerliche Politik sind der barbarische Interventionskrieg der USA gegen das vietnamesische Volk und die Expansionspolitik des westdeutschen Imperialismus. Dadurch werden ernste Gefahren für den Weltfrieden hervorgerufen.

„Die Lage in Westdeutschland ist durch den Übergang des staatsmonopolistischen Kapitalismus vom Stadium seiner Restauration zur Politik der Expansion gekennzeichnet. Das findet seinen Ausdruck in der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus zur formierten Herrschaft, das heißt zur stärkeren Konzentration des Kapitals, des konzentrierten Einsatz der Machtmittel des Staates im Innern und nach außen, in der systematischen Manipulierung der Macht und der Schaffung der innenpolitischen Voraussetzungen für die Expansionspolitik. Nach außen zeigt sich die Expansionspolitik

vor allem in dem Versuch, die alte aggressive Politik gegen die DDR unter der Maske einer sogenannten modifizierten Ostpolitik, unter Anlehnung an Hitlers Taktik der schrittweisen Aggression mit geschmeidigeren Methoden fortzuführen.“[1]

Die politische Entwicklung in Westdeutschland schwenkt immer krasser nach rechts ab. Die neonazistische Aktivität wächst enorm. Die besondere Gefährlichkeit dieser Politik besteht – wie auch der bekannte Philosoph Karl Jaspers nachwies – gegenwärtig in der Verbindung zwischen dem Neonazismus und der Praxis der Tätigkeit der Regierung Kiesinger/Strauß und ihrer Partei, der CDU/CSU. Die Verfolgung der KPD und nunmehr auch der Gewerkschaften, die Attacken gegen die Verfassungsrechte, die Notstandsgesetzgebung oder die Manipulierung der Bevölkerung im Ungeist des Antikommunismus lösen in der Weltöffentlichkeit Vergleiche zur Nazizeit und damit eine zunehmende Sorge um die innenpolitische Entwicklung in Westdeutschland aus.

Außenpolitisch bedeutet der Übergang zur Politik der Expansion, das alte Streben des deutschen Monopolkapitals nach Neuaufteilung der Welt allseitig fortzusetzen. Die Revanchepolitik ist darauf gerichtet, zunächst die Vorherrschaft in Westeuropa zu erlangen, die bestehenden Grenzen und damit vor allem die Deutsche Demokratische Republik und den Status quo in Europa nicht anzuerkennen, die Alleinvertretungsanmaßung als konzentrierten Ausdruck der Revanchepolitik aufrechtzuerhalten und die DDR von den sozialistischen Bruderländern zu isolieren. Gleichzeitig soll durch psychologische Kriegführung und ideologische Diversion die Liquidierung der DDR vorbereitet und vollzogen werden, um danach den alten Traum des deutschen Imperialismus – den „Ritt nach dem Osten“ – zu verwirklichen und ein Europa zu schaffen, das vom Atlantik bis zum Schwarzen Meer unter seiner Vorherrschaft steht.

Die wissenschaftlich-technische Revolution hat im Vergleich zu früheren Zeiträumen die Rolle und Funktion der Wissenschaft als Mittel und Voraussetzung imperialistischer Aggressionspolitik erhöht. Das veranlaßt den westdeutschen Imperialismus, Wissenschaft und Hochschulwesen als wichtigen Faktor der Expansionspolitik zu entwickeln. Heute geht es den herrschenden Monopolgruppen in Westdeutschland bei der staatsmonopolistischen Nutzung der Wissenschaften im wesentlichen um folgende Ziele:

Erstens werden die wissenschaftliche Forschung, die Ausbildung von Studenten und Nachwuchswissenschaftlern, die Tätigkeit der Hochschullehrer usw. vorrangig auf die innere und äußere Befestigung sowie auf die erhoffte Erweiterung des kapitalistischen Gesellschaftssystems als Ganzes konzentriert.

Zweitens will die westdeutsche Monopolbourgeoisie entsprechend ihrem Hauptziel, gewaltsam die Vorherrschaft über Europa zu erreichen, die Wissenschaften und Hochschulen allseitig als Instrumente der Rüstungs- und Kriegspolitik nutzen. Sie berücksichtigt, daß die Wissenschaften heute zu den entscheidenden Bestimmungsfaktoren des ökonomischen und militärischen Potentials gehören. Deshalb werden in der westdeutschen Wissenschafts- und Hochschulentwicklung die „Prioritäten“ nach den aggressiven Zielen des westdeutschen Imperialismus gesetzt.

Drittens nutzt die westdeutsche Monopolbourgeoisie Wissenschaft und Hochschule im Interesse höherer und stabilerer Profite. Das geschieht sowohl vom Standpunkt der Konkurrenzfähigkeit der einzelnen kapitalistischen Unternehmungen sowie der einzelnen Länder als auch – und besonders – unter dem Gesichtspunkt der Auseinandersetzung zwischen den beiden gesellschaftlichen Systemen – dem Sozialismus und dem Kapitalismus – in der Sphäre der materiellen Produktion.

Dabei ist die Monopolbourgeoisie gezwungen, dem qualitativen Wandel der Wissenschaften Rechnung zu tragen, durch den die Wissenschaft zur Produktivkraft und die Entwicklung der Produktion in zunehmendem Maße von den Fortschritten der Wissenschaft abhängig wird. Die sprunghafte Erhöhung der Vergesellschaftung wissenschaftlicher Arbeit, die Ausstrahlung der wissenschaftlichen Forschung auf alle Wirtschaftszweige und die Notwendigkeit des konzentrierten Einsatzes der Wis-

[1] Bericht des ZK an den VII. Parteitag der SED, Berlin 1967, S. 9.

senschaften und zahlreicher wissenschaftlich gebildeter Kräfte erfordern, die Stätten wissenschaftlicher Betätigung und ihrer Nutzung beschleunigt auszubauen.

Viertens erfolgt ein verstärkter Einsatz von Wissenschaftlern aus westdeutschen Hochschulen, deren Aufgabe es ist, dabei zu helfen, den Unterdrückungsapparat der Monopolbourgeoisie auszubauen und die Reste der bürgerlichen Demokratie zu vernichten, die Massen zu manipulieren und an das imperialistische Herrschaftssystem in Westdeutschland politisch-ideologisch zu knebeln. Westdeutsche Historiker, Politologen, Philosophen und andere haben in ihrer „Öffentlichkeitsarbeit" den Auftrag zu erfüllen, Revanchismus, Nationalismus und Antikommunismus so in das Bewußtsein der Massen der Bevölkerung einzupflanzen, daß ein entsprechendes Feindbild gewährleistet ist und die ideologische Kriegsvorbereitung forciert wird.

Fünftens werden die Wissenschaftler und das Hochschulwesen als wichtige Faktoren bei der Verwirklichung der Außenpolitik des Bonner Staates angesehen und eingesetzt. Tausende westdeutsche Hochschulangehörige sind heute damit befaßt, den antikommunistischen Feldzug, die psychologische Kriegführung gegen die sozialistischen Staaten zu intensivieren oder Führungsunterlagen hierzu und für die weiterreichenden Pläne des Kampfes zur Liquidierung der DDR und anderer sozialistischer Länder zu liefern. Sie sind in die Aktionen neokolonialistischer Politik ebenso eingefügt wie in die expansiven Bestrebungen Westdeutschlands im Rahmen der NATO, der EWG oder des EURATOM. Unter dem Deckmantel internationaler Wissenschaftsbeziehungen wird verstärkt Spionage- und Diversionsarbeit geleistet, die besonders gegen die Deutsche Demokratische Republik und andere sozialistische Staaten gerichtet ist.

Sechstens braucht die westdeutsche Monopolbourgeoisie für die Verwirklichung ihrer gesamten strategischen und taktischen Orientierung zahlreiche, dem kapitalistischen Gesellschaftssystem treu ergebene Führungskader. Die Hochschulen sind jene Stätten, in denen die künftigen Führungskräfte vorrangig herangebildet werden. Der mit einer wissenschaftlichen Betätigung verbundene Zwang zur Sachlichkeit und Objektivität läßt der Monopolbourgeoisie die Universität jedoch stets auch als einen Unsicherheitsfaktor erscheinen. Die herrschende Klasse in Westdeutschland befürchtet, daß die Universitäten zu Zentren der Wahrheitsfindung und -verbreitung und damit der Begünstigung des gesellschaftlichen Fortschritts werden könnten. Daher wenden die Herrschenden vielfältige ideologische, politische, ökonomische und organisatorische Mittel an, um das zu verhindern und die Ausbildung von Studenten zu sichern, die ideologisch fest mit der in Westdeutschland bestehenden gesellschaftlichen Ordnung verbunden sind. Dafür werden Alte Herren und Militärs, Staatsorgane und Vertreter der Kirche neben anderen alles Reaktionäre verkörpernden Kräften konzentriert und gezielt eingesetzt.

Bei dieser Einschätzung ist zu berücksichtigen, daß die Bourgeoisie heute ihr kapitalistisches Monopol in der Einflußnahme auf die Wissenschaften verloren hat. Die Existenz des Sozialismus hat objektiv die von der Monopolherrschaft ausgehende Tendenz zur Hemmung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts eingeschränkt und den Kapitalismus gezwungen, die Wissenschaftsentwicklung zu beschleunigen. Dieser Umstand und die Ziele staatsmonopolistischer Nutzung der Wissenschaften führten in Westdeutschland auch zu einem verstärkten Einsatz finanzieller Mittel der Monopole und vor allem des Staates für Forschung und Lehre – einschließlich der Errichtung neuer Hochschulen und Forschungsinstitute. Gleichzeitig wurde ein umfangreicher Apparat staatlicher, halbstaatlicher oder direkt monopolistischer Lenkungsorgane geschaffen, dessen Aufgabe darin besteht, die Wissenschaft und das Hochschulwesen zu führen, zu regulieren und einem völlig zentralisierten Dirigismus zu unterwerfen. Die verstärkte staatsmonopolistische Durchdringung der Wissenschaft und des Hochschulwesens, die weitreichende staatsmonopolistische Nutzung der Wissenschaft schaffen nicht einfach eine Stärkung des kapitalistischen Gesamtsystems, sondern tragen zu seiner Schwächung und Erschütterung bei. Die formierte Universität ist ein Dilemma. Es handelt sich dabei keineswegs – wie es die Apologeten des Kapitalismus oft darzustellen versuchen – um „Unterlassungssünden", um „mangelndes Verständnis für Probleme der Wissenschaft und der Hochschule" usw., sondern um Widersprüche objektiver Natur, die untrennbar mit der Herrschaft der Monopole, mit dem kapitalistischen System verbunden sind. Die in Westdeutschland viel besprochene und heftig kritisierte „Krise der Universität" ist letztlich ein Ausdruck der allgemeinen Krise des Kapitalismus.

In dem jetzigen, letzten Stadium des Kapitalismus spitzt sich der grundlegende Widerspruch des Kapitalismus, der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte und der privatkapitalistischen Aneignung der Resultate der Produktion, auf das äußerste zu. Die Bewegung dieses Grundwiderspruchs und damit verbundener anderer Widersprüche ist vielfältig und berührt alle Probleme der Wissenschafts- und Hochschulentwicklung:

Erstens nimmt die wissenschaftliche Forschung immer mehr gesellschaftlichen Charakter an; die Nutzung der Wissenschaft in Westdeutschland erfolgt jedoch nicht im Interesse der gesamten Gesellschaft, sondern im Klasseninteresse der Monopolbourgeoisie, die Wissenschaft und Hochschulen für die Aufrechterhaltung und Erweiterung ihrer Herrschaft einsetzt und mißbraucht.

Zweitens verlangen der Entwicklungsstand und der gesellschaftliche Charakter der Produktivkräfte – nicht zuletzt der Produktivkraft Wissenschaft – ihre richtige Ausnutzung und Weiterentwicklung, die zentrale Koordinierung und Lenkung im Rahmen der gesamten Gesellschaft und durch die gesamte Gesellschaft. In Westdeutschland jedoch erfolgen Koordinierung und Lenkung durch die Monopole und ihren Staat im politischen, militärischen und ökonomischen Interesse der Monopolbourgeoisie. Die Interessen und eine demokratische Mitwirkung der Wissenschaftler und des gesamten Volkes werden bewußt negiert.

Drittens wächst beim heutigen Stand der Produktivkräfte, unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, die Notwendigkeit, eine allseitige Entwicklung der menschlichen Schöpferkräfte zu sichern und die Ausbildung wissenschaftlicher Kader ständig zu erweitern; aber in Westdeutschland wird am Bildungsprivileg festgehalten, weil die Monopolbourgeoisie darin eine Existenzbedingung ihrer Herrschaft sieht.

Viertens begünstigt die Wissenschaft in einem noch nie gekannten Maße die Entwicklung der Produktivkräfte und wirkt selbst als unmittelbare Produktivkraft. Unter den Bedingungen der staatsmonopolistischen Herrschaft in Westdeutschland jedoch wird die Wissenschaft durch ihren Einsatz im Militarisierungsprozeß und ihre Konzentration auf Rüstung und Kriegsvorbereitung in eine objektiv destruktiv wirkende Kraft verwandelt. Damit ist das Grundanliegen wissenschaftlicher Betätigung in sein Gegenteil umgeschlagen.

Fünftens: Während wissenschaftliche Betätigung durch Humanismus, Wahrheitstreue und theoretische Sachlichkeit gekennzeichnet sein muß, fördern die gegebenen Herrschaftsverhältnisse Antihumanismus, Irrationalität und pseudowissenschaftliche Leitideen. Diese Erscheinungen hemmen eine freie Entfaltung wissenschaftlich tätiger Persönlichkeiten.

Alle diese Widersprüche durchdringen die westdeutschen Universitäten und Hochschulen sowie andere Bereiche wissenschaftlicher Arbeit. Sie erfahren unter der Regierung Kiesinger/Strauß eine weitere Zuspitzung. Diese Regierung begann ihre Tätigkeit mit einem scharfen Rechtskurs, der dieselben Ziele hat, die bereits die Regierungen Adenauer und Erhard verfolgten und an denen sie scheiterten: revanchistische Expansionspolitik zur Veränderung der Grenzen und Beseitigung beziehungsweise Zerstückelung anderer Staaten mit Hilfe der Alleinvertretungsanmaßung, der Hegemonie über die westeuropäischen Staaten und dem gleichzeitigen Eindringen in sozialistische Staaten bei Sicherung der Achse Washington – Bonn. Diese aggressive außenpolitische Orientierung geht mit einer Fortführung und Verschärfung des sozialreaktionären, antidemokratischen Kurses nach innen einher. Die Regierung Kiesinger/Strauß versucht, ihren scharfen Rechtskurs durch einige taktische Varianten zu tarnen. Dazu gehört vor allem die Hereinnahme von sozialdemokratischen Ministern in die Regierung, die erfolgte, um dem eigenen Volk und dem Ausland eine neue Politik nach innen und außen vorzutäuschen, gleichzeitig aber mit aller Kraft zu versuchen, die abenteuerlichen, aggressiven Pläne der Außenpolitik und die gewaltsame Unterdrückung der demokratischen Kräfte in Westdeutschland durchzusetzen.[2]

---

[2] Vgl. W. Ulbricht, Die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR bis zur Vollendung des Sozialismus, Berlin 1967, S. 58 ff.

Mit der jüngsten politischen Entwicklung in Westdeutschland wurde noch deutlicher sichtbar: Der Widerspruch zwischen der expansionistischen Politik der westdeutschen Monopolbourgeoisie, ihrer Kriegspartei – der CDU/CSU – und ihrer reaktionären Regierung Kiesinger/Strauß einschließlich der durch sie bestimmten Hochschul- und Wissenschaftspolitik einerseits und den Interessen aller übrigen Klassen und Schichten – nicht zuletzt der Wissenschaftler selbst – andererseits ist unerträglich geworden und erfordert eine Lösung.

Die Analyse des staatsmonopolistischem Kapitalismus und seiner wachsenden Widersprüche bestätigt die Schlußfolgerung der Marxisten-Leninisten, daß auch in Westdeutschland die kapitalistische Gesellschaftsordnung ihren Zenit längst überschritten hat. Der gesellschaftliche Charakter der Produktion verlangt mit Nachdruck die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln und die Ablösung des Kapitalismus. Die Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus charakterisierte bereits Lenin, indem er hervorhob, daß „der staatsmonopolistische Kapitalismus die vollständige *materielle* Vorbereitung des Sozialismus, seine unmittelbare Vorstufe ist, denn auf der historischen Stufenleiter gibt es zwischen dieser Stufe und derjenigen, die Sozialismus heißt, *keinerlei Zwischenstufen mehr*“[3]. Das gilt selbstverständlich auch für Westdeutschland, „zumal die Herrschaft der kapitalistischen Monopole im Zeitalter der wissenschaftlich-technischen Revolution noch mehr zum Anachronismus geworden ist, als das bisher schon der Fall war“[4]. Zur Ablösung des Imperialismus durch den Sozialismus bedarf es neben den existierenden materiellen Vorbedingungen zugleich *politisch*-ideologischer Voraussetzungen.

Auch die politischen Voraussetzungen der sozialistischen Revolution reifen – wenngleich keinesfalls direkt proportional zur materiellen Seite – im staatsmonopolistischen Kapitalismus. In erster Linie verschärft sich der hauptsächliche und grundlegende Klassenkonflikt zwischen der Arbeiterklasse und ihren Ausbeutern. Im Zusammenhang mit der wachsenden Macht und dem zunehmenden Druck des staatsmonopolistischen Kapitalismus erfolgt nicht nur eine weitere Vertiefung des antagonistischen Widerspruchs zwischen Arbeit und Kapital, sondern auch zwischen den Interessen *aller* demokratischen und humanistisch gesinnten Kräfte und den engen Klasseninteressen der Monopolbourgeoisie. Dieser entscheidende Gegensatz äußert sich in Westdeutschland zum Beispiel in einer zunehmenden Desillusionierung, in Stellungnahmen und Aktionen der Gewerkschaften und der humanistisch gesinnten Intelligenz gegen sozialreaktionäre Maßnahmen, Atomwaffen und Notstandsgesetze, in Streiks und anderen Formen des demokratischen Kampfes.

Nicht nur die Ausbeutung im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem, sondern die Gesamtheit der reaktionären Innen- und Außenpolitik der Monopolbourgeoisie, der beschleunigte Ausbau der Diktatur der aggressivsten Gruppe des Finanzkapitals unter der Regierung Kiesinger/Strauß, lastet schwer auf der Intelligenz und allen übrigen Schichten und Klassen und bringt sie in einen ständigen, sich zuspitzenden Konflikt mit der herrschenden Schicht.

Die Vertiefung des Antagonismus zwischen der Monopololigarchie einerseits und der Arbeiterklasse sowie allen übrigen Klassen und Schichten andererseits läßt in Westdeutschland in Verbindung mit allen anderen Widersprüchen des heutigen Kapitalismus die sozialistische Revolution als objektive Gesetzmäßigkeit, die mit dem Hauptinhalt und dem grundlegenden Entwicklungsgesetz unserer Epoche übereinstimmt, unerläßlich erscheinen.

In unserer Epoche vollzieht sich – eingeleitet vor 50 Jahren durch die ruhmreiche Große Sozialistische Oktoberrevolution – ein tiefgreifender Prozeß der Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zwischen Sozialismus und Imperialismus zugunsten des Sozialismus. In unserer Zeit bestimmen zunehmend das sozialistische Weilsystem und jene Kräfte, die gegen den Imperialismus und für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft kämpfen, den Hauptinhalt, die Hauptrichtung und die Hauptmerkmale der historischen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft. Dieser Prozeß der unaufhaltsamen Abbröckelung des Machtbereiches des Imperialismus und des Übergangs immer

---

3 W. I. Lenin, „Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll“, Werke, Bd. 25, Berlin 1960, S. 370.

4 Vgl. W. Ulbricht, Die gesellschaftliche Entwicklung ..., a. a. O., S. 40.

neuer Völker auf den Weg der Demokratie und des Sozialismus wird auch um Westdeutschland keinen Bogen machen. „Im Endergebnis jedenfalls sind Demokratie und Sozialismus für die westdeutsche Bundesrepublik die einzige Alternative zur unmenschlichen und menschenunwürdigen formierten Herrschaft des Monopolkapitals und zum aufkommenden Neonazismus.“[5]

Wenn die Feststellung getroffen wurde, daß in Westdeutschland die materiellen Vorbedingungen für den Sozialismus vorhanden sind und auch allmählich die politischen Voraussetzungen für die sozialistische Revolution reifen, dann darf dieser Prozeß natürlich nicht vereinfacht aufgefaßt und *unter gar keinen Umständen* mit bereits gegebenen politischen Voraussetzungen gleichgesetzt werden.

„Die notwendige breite Sammlung aller demokratischen Kräfte unter Führung der Arbeiterklasse, die mit Erfolg der formierten Monopolherrschaft und dem Neonazismus entgegentreten und demokratische, friedliche Verhältnisse in Westdeutschland schaffen könnte, ist bisher nicht zustande gekommen. Der Widerstand gegen die gefährliche Politik der herrschenden Kreise reicht noch keineswegs aus, um eine Wende zu erreichen.“[6]

Die Herausbildung der politischen Voraussetzungen für eine grundlegende Wende ist ein komplizierter und in Westdeutschland zweifellos auch langwieriger Prozeß, in dem sich politische Bewußtheit, Verständnis für die herangereiften Klassenaufgaben, Organisiertheit und Kampfkraft beim Proletariat und seinen Verbündeten entwickeln müssen. Dieser Prozeß wird – neben anderen Faktoren – in Westdeutschland erschwert, weil hier der Arbeiterklasse und dem ganzen Volk eine in der Anwendung von Betrug und Gewalt besonders erfahrene, raffinierte und rücksichtslose Herrschaft der Monopole gegenübersteht. Mit der Aufnahme von rechten Führern der Sozialdemokratie in die Regierung Kiesinger/Strauß ist ihre schädliche Rolle, die Entwicklung einer revolutionären Bewegung zu verhindern, noch verstärkt worden. Andererseits sind die Kommunisten durch das widerrechtliche Verbot ihrer Partei – der Kommunistischen Partei Deutschlands – gezwungen, ihren mutigen und zielstrebigen Kampf für Frieden, Demokratie und Fortschritt illegal und bei ständiger Verfolgung durch die Reaktion zu führen. Unter diesen Bedingungen ist die Herausbildung der politischen Voraussetzungen für den historisch auf der Tagesordnung stehenden Umwälzungsprozeß eine Aufgabe, die in Westdeutschland noch großer Anstrengungen bedarf. Sie ist untrennbar mit der Notwendigkeit verbunden, für die gegenwärtige und nächste Entwicklungsetappe die Hauptziele des Kampfes richtig zu bestimmen.

Mit dem staatsmonopolistischen Herrschaftssystem und dem sich unter der Regierung Kiesinger/Strauß vollziehenden beschleunigten Ausbau der Diktatur der aggressivsten Gruppe des Finanzkapitals in Westdeutschland entstanden Bedingungen, die es bei der Bestimmung der Hauptziele für die nächste Etappe unerläßlich machen, von dem Hauptwiderspruch des modernen Kapitalismus, dem Antagonismus zwischen den Monopolen und der überwiegenden Mehrheit des Volkes, auszugehen.

Neben der ökonomischen hat dieser Antagonismus als wichtige politische Grundlage die Unterordnung der gesamten Innen- und Außenpolitik unter die Profit- und Existenzinteressen der Monopololigarchie und damit faktisch unter deren Diktatur. Das macht den Kampf gegen die Allmacht der Monopole zu einer Lebensfrage für die Arbeiterklasse und *alle* übrigen demokratischen, fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland. Deshalb muß sich die Arbeiterklasse mit allen übrigen demokratischen Kräften zusammenschließen und den Hauptstoß gegen die reaktionäre Diktatur der Monopolisten führen, um die Herrschaft des westdeutschen Imperialismus und Militarismus zurückzudrängen und schrittweise zu überwinden. Mit diesem Hauptziel ist in Westdeutschland ein ganzes Programm demokratischer Kampfforderungen verbunden. Diese entsprechen nicht nur den objektiv notwendigen nächsten Schritten zur Zurückdrängung der Macht des Imperialismus, sondern begünstigen und fördern zugleich den Zusammenschluß der Arbeiterklasse, der Gewerkschaften, der Mitglieder der Kommunistischen Partei, der Sozialdemokraten, der Gegner der Notstandsgesetze und der Atombewaffnung, der Mehrheit der Intelligenz, der Bauern und ihre gemeinsame Aktion.

---

5 Ebenda.

6 Bericht des ZK an den VII. Parteitag der SED (Teil VII/1), a. a. O., S. 91.

Innenpolitisch wird das demokratische Programm besonders gegen die wachsende soziale Unsicherheit, politische Rechtlosigkeit und den Notstand der Demokratie, gegen die Aufrüstung, die Militarisierung und das Anwachsen des Revanchismus, des Antikommunismus und Neonazismus wirken müssen. Daher ist es verständlich, daß die demokratischen und fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland eintreten für

– einen allseitigen energischen Kampf gegen den Revanchismus, Antikommunismus, Militarismus und Neonazismus in seinen verschiedenartigen Erscheinungsformen;

– eine radikale Kürzung des Rüstungsetats und die Verwendung der dadurch frei werdenden Mittel für eine durchgreifende Besserung der Lage der arbeitenden Bevölkerung;

– die Verhinderung des Abbaus der bürgerlich-demokratischen Bestimmungen des Grundgesetzes, den Verzicht auf Notstandsgesetze und andere Verordnungen, die dem Abbau der Demokratie und der Militarisierung des Lebens dienen;

– die Übernahme der Konsequenzen der wirtschaftlichen Krisenerscheinungen, die die großen Monopole selbst verschuldeten, durch ihre Urheber und die Sicherheit vor Entlassungen, Feierschichten und Kurzarbeit;

– die Einführung von Zusatzsteuern für Millionäre und die Beseitigung der Steuerprivilegien der großen Konzerne und einen gleichzeitigen Verzicht auf Erhöhung der Verbrauchssteuern und Abbau von Steuervergünstigungen für die Arbeiter und Angestellten;

– eine unverzügliche Durchsetzung des Betriebsverfassungsgesetzes in jenen Teilen, die eine öffentliche Rechenschaftslegung und Kontrolle zum Beispiel der Invest-Pläne, Rationalisierungsvorhaben oder Gewinne durch die Arbeiter ermöglichen.

Diese Forderungen fallen mit dem Verlangen der demokratischen Kräfte zusammen, den Kampf um Beseitigung des widerrechtlichen Verbots der KPD als einen entscheidenden Teil des Kampfes der westdeutschen Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Kräfte zur Verteidigung der demokratischen Rechte zu betrachten und ihn zum Erfolg zu führen.

Ein Teil dieser gegen das reaktionäre innenpolitische Programm der Regierung des westdeutschen Finanzkapitals gerichteten demokratischen Forderungen würde zugleich mit Forderungen nach einer demokratischen Neuorientierung der westdeutschen Außenpolitik übereinstimmen. So trüge schon die Senkung der Rüstungsausgaben wesentlich dazu bei, dem Bedürfnis der europäischen Völker nach Entspannung und Sicherheit nachzukommen.

Natürlich können demokratische Forderungen nach einer Veränderung der westdeutschen Außenpolitik nicht darauf beschränkt werden. Als entscheidende Bereiche gehören dazu der Verzicht auf den Besitz von Kernwaffen oder die Verfügungsgewalt darüber und die Teilnahme an der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa und einem System europäischer Sicherheit. Kernfragen einer Neuorientierung der Außenpolitik in Westdeutschland sind: Aufgabe der Alleinvertretungsanmaßung gegenüber der DDR, Anerkennung der in Europa bestehenden Grenzen, besonders der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten, und Durchsetzung der friedlichen Koexistenz zwischen beiden deutschen Staaten, begünstigt und gesichert durch die Herstellung vertraglich geregelter Beziehungen zwischen ihnen und Verzicht auf jedwede Revanchepolitik. Dazu gehört ferner, daß Westdeutschland sich von den Pariser Verträgen und der NATO löst, die gegenwärtig betriebene Politik des Neokolonialismus aufgibt und sich dem friedlichen Wettbewerb der Völker anschließt, normale Handelsbeziehungen auf gleichberechtigter Grundlage anknüpft und sich auf normale diplomatische Beziehungen beider deutscher Staaten zu allen europäischen Staaten orientiert.

Zum Programm demokratischer Forderungen zur Zurückdrängung und schrittweisen Überwindung der Macht des Imperialismus in Westdeutschland gehören auch die Alternativvorschläge, die für verschiedene Teilbereiche – so auch für die Wissenschaft und das Hochschulwesen – entwickelt wurden.

Welche demokratischen Forderungen werden zum Beispiel im westdeutschen Hochschulwesen erhoben?

Erstens wächst die Erkenntnis, daß zwischen dem expansiven außenpolitischen Kurs der Regierung Kiesinger/Strauß, dem aufgeblähten Rüstungsetat und der vollzogenen Schwerpunktbildung in der Forschung ein kausaler Zusammenhang besteht.

Es ist verständlich, daß westdeutsche Wissenschaftler nicht schweigen, wenn sie davon Kenntnis nehmen müssen, daß bis 1966 in Westdeutschland die Rüstung 250 Milliarden DM verschlang und für die nächsten 4 Jahre weitere 77,03 Milliarden dafür veranschlagt werden.[7] Sie verlangen – wie alle demokratischen Kräfte in Westdeutschland –, die Rüstungsausgaben radikal zu kürzen, die Ausgaben für militärische und auf Monopolprofite orientierte Großforschungsprojekte entscheidend zu reduzieren und die dadurch frei werdenden Mittel für eine durchgreifende Besserung der Lage der arbeitenden Bevölkerung – natürlich auch der Studenten – und für ein auf friedliche, humanistische Ziele orientiertes Hochschulwesen einzusetzen. Daher stoßen Forderungen nach einem ausreichenden Stipendium für bedürftige Studenten, Abschaffung der Semester- und Vorlesungsgebühren oder Erhöhung der Anzahl von Professoren- und Dozentenstellen in bisher vernachlässigten Wissenschaftsdisziplinen auf zunehmende Anerkennung.

Stärkste Resonanz findet das Verlangen nach einem größeren Einsatz von Mitteln in unbedingter Einheit mit einer grundlegenden Neuorientierung der Lehre und Forschung, die in Zielsetzung und Wirkung den wahren Interessen der Werktätigen entsprechen müssen.

Es ist zu begrüßen, daß westdeutsche Wissenschaftler sich mit einer solchen Orientierung nicht begnügen, sondern aus humanistischer Verantwortung heraus weitergehende Forderungen erheben, so besonders nach einer Aufgabe der aggressiven westdeutschen Außenpolitik und nach einer Ausschaltung der diese zur Zeit bestimmenden Klassen.

Zweitens ist es im Hinblick auf die Notstandsgesetze, auf den zunehmenden Druck und die Aktivitäten zur Gleichschaltung auch der Hochschullehrer und Studenten richtig, wenn Hochschulangehörige in Westdeutschland fordern, dem traditionellen Ruf nach akademischer Freiheit einen neuen, demokratisch erweiterten Inhalt zu verleihen. Sie vertreten den Standpunkt, heute müsse zu der verfassungsmäßig zugesagten Freiheit von Lehre und Forschung in Westdeutschland vor allem folgendes gehören:

Kein Wissenschaftler, kein Hochschulinstitut darf sich zwingen lassen, an der Rüstungsforschung mitzuarbeiten. Jeder Urheber einer Entdeckung muß das Recht haben und uneingeschränkt die Pflicht erfüllen können, den Mißbrauch seines Forschungsresultats zu militärischen und ähnlichen Zwecken zu verhindern. Akademische Freiheit der Lehre schließt ein, jede reaktionäre, revanchistische und neonazistische Ideologie von der westdeutschen Hochschule zu verbannen und damit das Verbot aller neonazistischen und revanchistischen Organisationen durchzusetzen, das progressive, demokratische und humanistische Gedankengut – besonders des Marxismus-Leninismus in seiner wahren, unverfälschten Gestalt – uneingeschränkt verbreiten zu können. Damit würde endlich Schluß gemacht mit der Flut von Zerrbildern, mit der klerikale und sonstige antimarxistische Marxrezeptoren die westdeutschen Lehranstalten überschwemmen. Das wären Voraussetzungen, um die Freiheit der Lehre, die Gewissensfreiheit auch für Studenten in der Themenwahl und Themenbehandlung bei akademischen Arbeiten aus dem Bereich der Deklaration in die Realität zu überführen.

Auch bei diesen Forderungen ist es wichtig, ihre Verbindung zu dem in allen Lebensbereichen zu organisierenden Kampf um demokratische Rechte und Freiheiten zu sehen und zu sichern.

Drittens wächst unter westdeutschen Hochschullehrern die Erkenntnis, daß es heute gerade in Westdeutschland unerläßlich ist, durch objektive Tatsachen begründete Schlußfolgerungen öffentlich auszusprechen und den auch im Schweigen zum Ausdruck kommenden Konformismus mit den politisch und ökonomisch herrschenden Kräften aufzugeben. In unserer Zeit der hochentwickelten Elektronik, der Computer usw. werden in Westdeutschland nahezu drei Viertel der wissenschaftlichen Bemühungen direkt oder indirekt für die Kriegsvorbereitung eingesetzt beziehungsweise sind zumindest für

---

7 Vgl. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland (laufend) und A. Norden, Rede auf der Internationalen Pressekonferenz, Neues Deutschland, Berlin, vom 12.7.1967.

militärische Zwecke konvertierbar. Daher muß sich die Forderung nach einer demokratischen Kontrolle über die friedliche Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse mit einer hohen Aktivität in der Öffentlichkeitsarbeit der Wissenschaftler in dem Sinne verbinden, daß sie die Arbeiterklasse und andere Bevölkerungsteile über die Verwertungsmöglichkeiten von wissenschaftlichen Entdeckungen informieren und die öffentliche Meinung gegen jeden Mißbrauch der Wissenschaft mobilisieren. Diese humanistische Verantwortung haben unter anderem die Göttinger Achtzehn demonstriert.

Viertens sind demokratische Forderungen von Hochschulangehörigen bedeutsam, den bestimmenden Einfluß der Monopolbourgeoisie auf Lehre und Forschung zurückzudrängen und schrittweise auszuschalten und die grundgesetzlichen Garantien der Freiheit von Forschung und Lehre für die demokratischen Kräfte in der Hochschulintelligenz zu wahren und zu erweitern. Diese Forderung schließt die Notwendigkeit ein, daß ein Wissenschaftler in engem Zusammenwirken mit den Organisationen der Arbeiterklasse die Verantwortung für die gesamte Lehre und Forschung, für Inhalt und Form der Lehrveranstaltungen sowie für die Verwertung der Forschungsergebnisse uneingeschränkt wahrzunehmen in der Lage ist. Dazu gehört eine grundlegende Veränderung der Situation in den wissenschafts- und hochschulpolitischen Lenkungsorganen mit dem Ziel, den bestimmenden Einfluß der Monopole auszuschalten und statt dessen eine echte Interessenvertretung und demokratische Mitbestimmung humanistisch und fortschrittlich gesinnter Wissenschaftler und Vertreter der Arbeiterklasse durchzusetzen.

Fünftens erhalten in Verbindung mit einer antimonopolistischen Grundkonzeption einzelne Forderungen nach Veränderungen im westdeutschen Hochschulwesen, die heute isoliert gestellt werden und daher irreal bleiben, einen neuen Charakter und echte Chancen für eine Verwirklichung. Dazu gehört die Vielzahl der Vorschläge für eine durchgreifende Modernisierung der Universitätsausbildung entsprechend den Erfordernissen der technischen Revolution und des wissenschaftlichen Fortschritts, einschließlich der Erweiterung der quantitativen Voraussetzung für die in den nächsten 20 bis 30 Jahren auch in Westdeutschland unumgänglich notwendige Ausdehnung der Zahl wissenschaftlich gebildeter Kräfte. Mit diesen Vorschlägen wurden durchaus berechtigt Empfehlungen gegeben, wie das hierarchische System in der Stellung der wissenschaftlichen Kräfte im westdeutschen Hochschulwesen überwunden, Struktur und Leitung der Universitäten organisiert, die Arbeits- und Lebensbedingungen des wissenschaftlichen Nachwuchses und anderes mehr wesentlich verbessert werden können. Vor allem gehört zu diesem Komplex wichtiger Teilforderungen nach Veränderung der Lage im westdeutschen Hochschulwesen die Notwendigkeit, konsequent für eine Brechung des kapitalistischen Bildungsprivilegs einzutreten. Die Zeit ist überreif, die zutiefst antihumanistische Praxis, Kindern von Arbeitern, Bauern und Landarbeitern eine Hochschulausbildung vorzuenthalten, zu beseitigen. Zu einer auf den gesellschaftlichen Fortschritt orientierten Entwicklung gehört es, Garantien dafür zu schaffen, daß Arbeiter- und Bauernkinder schon an den Elementar- und Oberschulen in ausreichendem Maße gefördert werden, Zugang zur Hochschule erhalten und hier Bedingungen vorfinden, die zur Freisetzung all ihrer schöpferischen Talente und Begabungen führen. Das würde den Aufbau eines staatlichen Stipendienwesens einschließen müssen, das gerade hierfür Sicherheiten bietet. Diese im westdeutschen Hochschulwesen entwickelten Forderungen haben Aussicht auf Verwirklichung, wenn sie nicht nur mit antiimperialistischen Grundforderungen verbunden werden, sondern auch die in diesen Fragen erkennbare Selbstisolierung der demokratischen Hochschulangehörigen überwunden und erreicht wird, daß die Arbeiterklasse und alle demokratischen Kräfte sich für ihre Realisierung einsetzen.

Sechstens ist Kernpunkt eines Programms demokratischer Forderungen auch für die westdeutschen Hochschulangehörigen die Frage, wie sich das Verhältnis zur Deutschen Demokratischen Republik gestalten soll.

Kein friedliebender Bürger in Westdeutschland darf der Bonner Regierung weiterhin gestatten, die Existenz der DDR zu leugnen, die Alleinvertretungsanmaßung zu praktizieren und damit das „Recht“ auf Einmischung bis zur militärischen Aggression gegen die DDR zu verbinden. Nur politische Analphabeten oder politische Abenteurer können übersehen, daß jeder Versuch einer Änderung des Status quo zugunsten des westdeutschen Imperialismus unweigerlich Weltkrieg bedeuten würde.

Kein westdeutscher Wissenschaftler oder Student darf ignorieren, daß zum Beispiel allein schon die Duldung der von Wehner organisierten Diversion, die auch die Wissenschaftsentwicklung der DDR unterminieren soll, oder der Versuch, eine selbständige Aufnahme von DDR-Wissenschaftlern in internationale Organisationen durch westdeutsche Vertreter zu verhindern, de facto bedeutet, die Alleinvertretungsanmaßung der Bonner Regierung und damit die potentielle Kriegsgefahr zu unterstützen. Ein Programm demokratischer Forderungen muß also die ausdrückliche Ablehnung derartiger Politik und Praxis einschließen.

Ein demokratisches Programm westdeutscher Hochschulangehöriger kann unter den heute gegebenen Bedingungen nicht von der Konzeption einer imaginären Einheit der deutschen Wissenschaft ausgehen. Denn wir stehen „heute vor der Situation, daß es zwei nicht nur in der Gesellschaftsordnung, sondern auch in den Prinzipien ihrer Innen- und Außenpolitik gänzlich unterschiedliche deutsche Staaten gibt.

Eine Vereinigung der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik mit einem imperialistischen Westdeutschland ist ... natürlich nicht real.“[8]

Ausgehend von diesen Realitäten erklärte daher Prof. Dr. Max Steenbeck unmißverständlich, daß die Wissenschaftler der Deutschen Demokratischen Republik „immun gegen Sirenenklänge von einer angeblich gemeinsamen deutschen Wissenschaft sind. In der Erkenntnissuche ist die Wissenschaft international, die Anwendung wird bedingt durch die Gesellschaftsordnung; für eine sogenannte nationale Wissenschaft ist da kein Platz.“[9]

Ein Programm demokratischer Forderungen westdeutscher Hochschulangehöriger kann daher nur von dem Nebeneinanderbestehen zweier deutscher Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen, zu denen noch die besondere politische Einheit Westberlin kommt, ausgehen.

Da mit dieser realen Situation für einen längeren, heute nicht fixierbaren Zeitraum zu rechnen ist, muß auch das Hauptanliegen der westdeutschen Hochschulangehörigen darin bestehen, für eine Ordnung des friedlichen Nebeneinanderlebens der beiden deutschen Staaten und der besonderen politischen Einheit Westberlin einzutreten. Diese Ordnung müßte zwangsläufig auf eine Entspannung zwischen den beiden deutschen Staaten, die Normalisierung ihrer Beziehungen auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz und auf die Durchsetzung der Grundsätze des Potsdamer Abkommens, die in der DDR bereits verwirklicht wurden, auch in Westdeutschland orientiert sein. In diese Richtung führende konkrete Schritte sind erneut auf dem VII. Parteitag der SED vorgeschlagen worden;[10] sie könnten ohne Einschränkung zu Programmpunkten der demokratischen Kräfte im westdeutschen Hochschulwesen werden. Das gemeinsame Eintreten der Wissenschaftler beider deutscher Staaten für normale, vertraglich geregelte Beziehungen zwischen der DDR und Westdeutschland wären zugleich ein wichtiger Beitrag für die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa entsprechend den Grundsätzen der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung.

Alle diese Forderungen nach demokratischen Veränderungen im westdeutschen Hochschulwesen verhalten sich wie ein Teil zum Ganzen; der Kampf um ihre Realisierung kann und darf nicht isoliert vom Kampf zur Durchsetzung der demokratischen Alternativen in anderen gesellschaftlichen Bereichen und der antimonopolistischen Gesamtkonzeption betrachtet und geführt werden. Nur die Einheit des Kampfes um demokratische Teil- und Grundsatzlösungen und die Vereinigung aller demokratischen Kräfte des Volkes mit dem revolutionärsten Faktor, der Arbeiterklasse, garantiert die Überwindung der Allmacht der Monopole.

Die geschichtliche Entwicklung und die praktischen Erfahrungen der Deutschen Demokratischen Republik und der anderen sozialistischen Länder beweisen, daß die Arbeiterklasse die Kraft ist, mit deren Interessen die Anliegen und Erwartungen aller übrigen der Monopolbourgeoisie gegenüberste-

---

8 W. Ulbricht, Die gesellschaftliche Entwicklung ..., a. a. O., S. 46.

9 Steenbeck. Ansprache auf dem VII. Parteitag der SED, Neues Deutschland, Berlin, vom 19.4.1967, S. 12.

10 W. Ulbricht, Die gesellschaftliche Entwicklung ..., a. a. O., S. 49 ff.

henden Klassen und Schichten grundsätzlich übereinstimmen. Arbeiterklasse und Intelligenz sind gleichermaßen an einer sozialökonomischen Umwälzung interessiert, die sie von der kapitalistischen Ausbeutung befreit und mit der einer allseitig humanistischen Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse der Weg geöffnet würde. Arbeiterklasse, werktätige Bauern, die fortschrittliche Intelligenz und demokratische Kräfte des Bürgertums haben das gleiche Interesse an einem friedliebenden und fortschrittlichen, demokratischen, antinazistischen und antiimperialistischen westdeutschen Staat, dessen Existenz die entscheidende Voraussetzung für die spätere, sich unter Führung der Arbeiterklasse vollziehende Vereinigung mit der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik wäre.

Diese Übereinstimmung der Interessen und die Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse – untrennbar mit der modernen Industrie verbunden, gut organisiert und diszipliniert – die fortschrittlichste, stärkste und daher zur Führung der Gesellschaft berufene Klasse ist, bildet die Grundlage für den Zusammenschluß aller demokratischen Kräfte mit der Arbeiterklasse.

Es besteht kein Zweifel: Eine umfassende demokratische Einheitsbewegung des Volkes gegen den staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland würde nicht nur die völlige Durchsetzung des Rechtskurses der Regierung Kiesinger/Strauß und die Errichtung einer offenen terroristischen Diktatur verhindern, sondern selbst zum entscheidenden politischen Faktor einer antimonopolistischen Demokratie in Westdeutschland werden können. Eine Koalition der demokratischen Kräfte unter Führung der Arbeiterklasse mit zutiefst antimonopolistischem Charakter kann auch in Westdeutschland den Weg zur Lösung der großen gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit – den Weg des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus – öffnen.

Mit dem Sturz der Diktatur der kapitalistischen Monopole, dem Übergang der Macht in die Hände des Volkes und der demokratischen Umgestaltung der Gesellschaft wachsen die Voraussetzungen für eine Weiterentwicklung der antimonopolistischen Bewegung in den Kampf für den Sozialismus.

Die Deutsche Demokratische Republik hat diesen Weg mit Erfolg beschritten. Unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hat die geeinte Arbeiterklasse im Bündnis mit allen antifaschistisch-demokratischen Kräften die antifaschistisch-demokratische Revolution gemeistert, die Herrschaft des Imperialismus für immer beseitigt und den ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat geschaffen. „Der Übergang von der Kriegswirtschaft des deutschen Großkapitals zur Friedenswirtschaft des Volkes, die Vollendung der bürgerlich-demokratischen und der Übergang zur sozialistischen Revolution war ein äußerst komplizierter Prozeß. Zwanzig Jahre brauchten hierfür die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik. In einer solchen geschichtlich kurzen Zeit eine stabile demokratische Staatsmacht der Arbeiter und Bauern zu schaffen, war nur dank der Einigung der Arbeiterklasse durch die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien und dank dem festen Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft, der Intelligenz und anderen werktätigen Schichten möglich.“[11]

Die Existenz und Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik zeugt heute davon, daß bei uns endgültig der für die Herrschaft des Imperialismus charakteristische verhängnisvolle Kreislauf Krieg – Konjunktur – Krise – Aufrüstung – Krieg durchbrochen wurde, die Frage der politischen Macht für immer zugunsten des Volkes beantwortet und eine unwiderrufliche Entscheidung für das Zeitalter des Sozialismus getroffen ist.

Die Werktätigen der DDR haben im revolutionären Kampf die wichtigsten Produktionsmittel in ihre Hände genommen und grundlegende Veränderungen auf allen Gebieten vollzogen. Es entwickelten sich die sozialistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse, das sozialistische Bewußtsein auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Weltanschauung, neue Beziehungen zwischen den Klassen und Schichten und die sozialistische Menschengemeinschaft.

Zu diesen Veränderungen gehört auch die demokratische und sozialistische Umgestaltung der Schulen und des höheren Bildungswesens, durch die die politische, ökonomische und geistige Unterordnung der Hohen Schulen unter private Sonderinteressen und die Macht des Militarismus/Imperialis-

[11] A. a. O., S. 66.

mus für immer überwunden wurde. Unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, wurde die sozialistische Hochschule geschaffen, die im Dienst der sozialistischen Gesellschaft steht. Kontinuierlich, klug und weitsichtig hat die SED verstanden, entsprechend den besonderen Bedingungen auf deutschem Boden den Marxismus-Leninismus auch bei der Ausarbeitung und Verwirklichung der Hochschulpolitik schöpferisch anzuwenden.

Im Ergebnis der Hochschul- und Wissenschaftspolitik der Partei und im Prozeß der Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik wurde „unser Hochschulwesen ... ein für allemal fester Bestandteil der sozialistischen Gesellschaft und unterliegt den gleichen Gesetzmäßigkeiten wie die Entwicklung des Sozialismus selbst. Die Hochschulen und Universitäten dienen mit all ihrer Aktivität dem Sieg des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Die Herrschaft der Arbeiterklasse im Bündnis mit allen anderen Werktätigen einschließlich der Intelligenz ist die Gewähr dafür, daß Lehre und Forschung an unseren Hochschulen dem Glück und dem Wohlstand des Volkes dienen und seinen Drang nach Bildung und Kultur fördern.“[12]

Unter unseren neuen gesellschaftlichen Verhältnissen in der Deutschen Demokratischen Republik können die Universitäten, Hoch- und Fachschulen ihrem humanistischen Anliegen, dem Fortschritt und der Menschlichkeit zu dienen, erstmalig in der deutschen Geschichte uneingeschränkt gerecht werden. Lehre und Forschung stehen im Dienste des Friedens und werden zum Wohle des Volkes, zur Verbesserung seiner materiellen und kulturellen Lebensbedingungen, zur Schaffung der allseitig gebildeten Nation betrieben. Bei uns hat die Wissenschaft, haben die höheren Bildungseinrichtungen den Weg zum Volk und hat das Volk den Weg zur Wissenschaft gefunden.

Herausgegeben von einem Autorenkollektiv im Auftrage des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen der deutschen Demokratischen Republik. Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik Berlin 1968, 250 S.

[12] E. J. Gießmann, „Die Aufgaben der Universitäten und Hochschulen im einheitlichen System der sozialistischen Gesellschaft“, in: IV. Hochschulkonferenz, Protokoll, Berlin 1967, S. 67.

Stoltenbergs Verbündete und Gegner

Der westdeutsche Forschungsminister Stoltenberg sprach auf einer Pressekonferenz am 18. Januar 1968 zu aktuellen hochschulpolitischen Fragen. Im Verlauf seiner Ausführungen wandte er sich laut Bericht der „Frankfurter Allgemeinen“ mehrmals scharf gegen den „antidemokratischen Extremismus“, die „Absagen an Toleranz und sachliche Diskussion“, die Abkehr „vom Rechtsdenken und den sittlichen Werten eines freiheitlichen Staatsund Gesellschaftssystems“ und forderte „eine entschiedene Auseinandersetzung mit den antidemokratischen Gruppen an den Hochschulen, in der Publizistik und der Öffentlichkeit“.

Ein in seinem Urteil über die Bundesregierung wie die „FAZ“ nur gering von Sachkenntnis getrübter Leser könnte auf die Idee kommen, daß Stoltenberg – zwar sehr verspätet und vielleicht nur in Worten – gegen das Vordrängen konservativ-antidemokratischer und neonazistischer Kräfte an den westdeutschen Hochschulen polemisiere und sich gegen den „Nationaldemokratischen“ Hochschulbund, gegen nazistische Blätter wie den „Studenten-Anzeiger“ oder die „Deutsche Hochschullehrerzeitung“ und deren und anderer Sympathien für Notstandsgesetze und US-Verbrechen in Vietnam wende. Vielleicht forderte er die Ablösung Lübkes, der als KZ-Baumeister Hitlers den Weg zur Notstandsdiktatur sinnfällig repräsentiert? Es wäre ein absurdes Mißverständnis, denn dann brauchte und könnte Herr Stoltenberg selbstverständlich nicht Bundesminister sein. Seine Angriffe galten ausschließlich den progressiv-oppositionellen Studenten und Hochschullehrern, deren liberale und demokratische Bestrebungen seinem eigenen „Rechts“-Standpunkt als „linksradikal“ und „extremistisch“ erscheinen.

Stoltenberg bediente sich einer gegenwärtig gezielt verbreiteten Zwecklüge: „Der Linksradikalismus stärke die Gegenreaktion des Rechtsextremismus in einer bedenklichen, gegenseitigen Eskalation.“ Tatsächlich ist dies das offene Eingeständnis der Donner Regierung, daß sie in ihrem Kampf gegen demokratische Bestrebungen die offen neonazistischen Kräfte als Verbündete, als taktische und strategische Reserve zur Einschüchterung und Erpressung der fortschrittlichen Kräfte einsetzt. Der vorgetäuschten antinazistischen Haltung und gelegentlichen Phrasen gegen den Rechtsradikalismus entspricht daher eine tatsächliche Förderung und ein ausdrücklicher Schutz des gesamten Renazifizierungsprozesses, mit dem die Spitze des Bonner Staates nicht nur politisch-ideologisch, sondern auch personell eng verwachsen ist. Die Politik der Bundesregierung bildet die Basis für die Eskalation des Neonazismus und ihr Kampf gegen die demokratischen Kräfte, wie ihn Stoltenberg als hochschulpolitische Zielsetzung formulierte, ist Ausdruck der Identität der Interessen und Ziele der herrschenden Kreise mit dem gesamten politischen Konservatismus und Neonazismus.

Das Kesseltreiben gegen kleine Gruppen von Studenten und Wissenschaftlern begann Ende der 50er Jahre, als sie gegen die ungesühnte Nazijustiz, gegen Globke und Oberländer auftraten. Es wuchs zur Pogromhetze. zur verfassungswidrigen Bespitzelei und zu fortgesetzten Knüppelattacken bis zur Gegenwart an, da immer größere Teile der Studenten gegen die Kriegsverbrechen der USA in der Gegenwart, gegen Notstandsgesetze und Bonner Neonazismus auftreten. Die dreisten Lügen des Forschungsministers, die er im Auftrag seiner Partei und seiner Regierung verbreitet, werden nicht verhindern können, daß sich auch unter westdeutschen Wissenschaftlern und Studenten die Erkenntnis der historischen und gesellschaftlichen Wahrheit über die Ursachen, den Charakter und den Weg zur erfolgreichen Bekämpfung der Renazifizierung zunehmend durchsetzt.

Sozialistische Universität, Jena, Nr. 3 v. 14. Februar 1968.

Neu abgedruckt in: Alma Mater – Zwischen Hakenkreuz und Bundesadler. Artikel und Kommentare 1960-1970. Jenaer Reden und Schriften 1979. Friedrich-Schiller-Universität Jena, S. 124-125.

Der 2. Juni 1967 in Westberlin – Ursachen und Wirkungen

Am 2. Juni 196 7 gegen 20.30 Uhr war in der Nähe der Westberliner Oper der Student der Germanistik und Romanistik an der „Freien Universität“, Benno Ohnesorg, geb. am 15. Oktober 1940 in Hannover, von dem Kriminalobermeister Karl-Heinz Kurras durch einen Kopfschuß von hinten mit der Dienstwaffe getötet worden. Die Mord tat wurde zur vorläufig verhängnisvollsten Äußerung grundlegender Widersprüche in den Wechselbeziehungen von Studentenschaft, Hochschule und Staat unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems in Westdeutschland und Westberlin. Der tödliche Schuß war keine vereinzelte, tragische und zufällige Episode, sondern letzte Folgerung jener als „Notstandsübung“ mit dem Schahbesuch kombinierten planmäßigen Ausschreitungen und Exzesse einer Polizeitruppe, die seit Jahren von alt- und neonazistischen Kommandeuren auf die Jagd von Demokraten und Kommunisten gedrillt wird.

Die durch unzählige Zeugenaussagen vom 2. Juni 1967 wie von früheren und seitherigen Polizeiaktionen unbestreitbar belegte Brutalität polizeilicher Häscher und Schläger wiederum war nur die besonders drastische und auffällige Äußerung fundamentaler klassenmäßiger und geistiger Antagonismen, die latent und permanent in den gegebenen historischen und sozialökonomischen Bedingungen vorhanden und nunmehr durch verschiedene Faktoren in quantitativ und qualitativ neuer Weise hervorgetreten sind.

Die bisherigen Auseinandersetzungen um die Ursachen, Anlässe und Konsequenzen der Ereignisse vom 2. Juni haben die Tragweite der Konflikte und die Gegensätzlichkeit der von den herrschenden Kreisen und den oppositionell-demokratischen Kräften der Studentenschaft und ihren Verbündeten vertretenen Positionen und Konzeptionen nicht verwischen können, sondern vielmehr noch schroffer hervortreten lassen. Äußerlich auffällige Kriterien dieser seitherigen politischen und ideologischen Prozesse sind: die Ablösung von Albertz – nicht, weil er mit administrativen und terroristischen Mitteln gegen die demokratischen Kräfte vorging, sondern weil er diese Mittel für die Machthaber nicht perfekt und wirksam genug einsetzte; die Berufung eines sozialdemokratischen Beamten aus Bonn als Bürgermeister – nicht, um neue Wege in der innen- und außenpolitisch verfahrenen Situation Westberlins zu suchen, sondern um jene Politik, die zum bisher größten Debakel der Frontstadt-Strategie führte, unbedingt wesensgleich weiterzuführen und überfällige Neuansätze um jeden Preis zu verhindern; der Prozeß gegen den Mordschützen Kurras – nicht, um mit einer angemessenen Verurteilung das notwendige Minimum von Recht und Freiheit der Bürger verspätet zu statuieren, sondern um durch den erfolgten Freispruch die Willkür von Polizei und Justiz über die bisherigen Brutalitäten hinaus bis zum Mord an demokratischen Gegnern der herrschenden Reaktion zu legalisieren.

Gleichzeitig ist es jedoch bisher nicht gelungen, die oppositionelle studentische Bewegung aufzusplittern, zu isolieren und damit zu brechen. Allerdings lassen sich eine Reihe von Anzeichen registrieren, die auf eine verstärkte Sammlung, Koordinierung und Aktivierung der antidemokratischen Kräfte hinweisen. William S. Schlamm bemüht sich, in der Springer-Presse in Obereinstimmung mit anderen Monopolblättern und der faschistischen „Nationalzeitung“ die Korporationen aufzuputschen, um sie im Hochschulraum politisch zu aktivieren. In zunehmendem Maße werden die klerikalkonservativen und neonazistischen Organisationen nach vorn geschoben, darunter die Korporationsverbände, der Ring Christlich-Demokratischer Studenten, die Junge Union, die ausgesprochen revanchistischen und nazistischen Studentenorganisationen usw. Dieser verbündeten studentischen Rechten flossen beispielsweise bei den Wahlen zum Studentenkonvent der Universität München im Dezember 1967 beträchtlich größere finanzielle Mittel zu als in der Vergangenheit. Solche Tendenzen werden sich verstärken und nicht ohne Auswirkungen auf den künftigen Verlauf der politischen Kämpfe bleiben.

Seit dem Frühsommer 1967 gibt es in Westdeutschland und Westberlin Erörterungen zur Situation und Rolle der Studentenschaft in einem Umfang, wie er seit Kriegsende noch nie zu beobachten war. Die plötzliche Aufmerksamkeit und Redseligkeit von staatlichen und Universitätsbehörden, von Parteien, Verbänden und Politikern bei diesem Gegenstand bestätigen die Komplexität der Problematik. Auch die offenen Gegner und falschen Freunde der oppositionellen Studenten vermochten den tieferen gesellschaftlichen und politischen Hintergrund nicht mehr völlig zu bestreiten. Um so wichtiger

wird die Analyse und Kritik ihrer Interpretation der gesellschaftlichen Konflikte und ihrer Vorschläge zu deren Lösung.

Das Studium einiger Hauptpunkte der studentischen außerparlamentarischen Opposition läßt rasch erkennen, daß ihre materiellen und ideologischen Forderungen und Quellen unverändert fortbestehen und eher noch akuter und dringlicher geworden sind:

- Verurteilung der amerikanischen Aggression in Vietnam und ihrer Unterstützung durch Bonn
- Anerkennung der DDR und der Grenzen in Europa durch die Bundesrepublik, Aufgabe des aggressiven Alleinvertretungsanspruchs, Verhinderung der verfassungsändernden Notstandsgesetzgebung, Zurückdrängung und Oberwindung des Neonazismus, Wiederherstellung der Presse- und Informationsfreiheit durch Enteignung oder Kontrolle kapitalistischer Pressemonopole – besonders des Springer-Konzerns
- Demokratische Bildungs- und Hochschulreform

„Der schwerlich zu vorkennende und nicht aus einem äußeren Druck zu erklärende Zug unserer öffentlichen Gewalt zu Formen eines recht unzimperlichen Machtgebrauchs, das allzu dringliche Verlangen nach einer umfassenden Notstandsordnung, der allgemeine Immobilismus der Regierungspolitik inmitten einer rings sich wandelnden Welt, dazu der Vietnam-Krieg, der, je länger er dauert, zu einer allgemeinen Verkümmerung des Sinnes für Völkerrecht führen muß, schließlich die wiederholten Einblicke, die sich unseren Studenten in die Wirkungsweise von Polizei, Verfassungsschutz und Justiz eröffnet haben – dies alles ist kaum dazu angetan, unsere Studenten sowie die allgemeine Öffentlichkeit zu beruhigen.“[1]

Nachweislich lassen die herrschenden Kreise und ihre politischen Gehilfen in Schritte einer echten Umkehr, Revision oder eines demokratischen Neuansatzes erkennen. Das Gegenteil ist der Fall. Ihre Problemstellung und Schlußfolgerungen konzentrieren sich auf die taktische Konzeption, mit der der wachsenden außerparlamentarischen Opposition zu begegnen sei, um sie zu kanalisieren, zu spalten, zu isolieren und damit zur Wirkungslosigkeit zu verurteilen.

Unter den Bedingungen der besonderen politischen Einheit Westberlin, ihrer derzeitigen Funktion innerhalb der imperialistischen Globalstrategie, erfolgte eine Zuspitzung und teilweise Vorwegnahme analoger Probleme und Prozesse in der Bundesrepublik. Die Analogie ergibt sich primär aus der Identifizierung der in Westberlin ökonomisch und politisch herrschenden Kreise mit dem aggressiv-revanchistischen Alleinvertretungs- und Einverleibungsanspruch Bonns. Daraus folgt eine Identität der akuten studentischen Probleme Westberlins und Westdeutschlands, die die materielle Basis des breiten Widerhalls auf die Westberliner Ereignisse in Westdeutschland ist.

Überall führt das Herrschaftssystem des staatsmonopolistischen Kapitalismus und die von seinen Repräsentanten verfolgte antidemokratische und expansionistische Politik zur Negation demokratischer und humanistischer Positionen und Tendenzen. Sie kollidiert heute zwangsläufig selbst mit der bisher auch in der akademischen Jugend verbreiteten Illusion, die mit dem Bankrott einer großsprecherischen imperialistischen Deutschland- und Ostpolitik, mit dem Völkermord in Vietnam, mit der Notstandsplanung sowie – beim Versuch der Wahrnehmung verfassungsmäßig garantierter Rechte und Freiheiten – mit der Brutalität der Polizei und der Willkür von Behörden, Justiz und Presse konfrontiert werden.

Die Vorgeschichte, der Verlauf und die bisherigen Wirkungen der Westberliner Ereignisse bestätigen die Komplexität der Konflikte im Spannungsfeld von Student, Hochschule, Staat und Gesellschaft unter den Bedingungen des heutigen staatsmonopolistischen Kapitalismus. Sie umfassen in wechselseitiger Abhängigkeit und gegenseitiger Durchdringung sowohl soziale bildungs- und hochschulpolitische als auch Fragen der gesellschaftlichen Ordnung, des Staates, der Innen- und Außenpolitik.

Frau Dr. Hildegard Hamm-Brücher (FDP) stellte am 30. Juni 1967 in einer Rede vor Münchener Studenten fest:

---

[1] Vgl. Hofmann, Werner: Die Ursachen der Unruhe. Eine Analyse der aktuellen Situation an unseren Universitäten. In: Frankfurter Rundschau vom 8. Dezember 1967.

„In der westdeutschen Demokratie will die Rechnung zwischen Staatsform und Gesellschaft nicht aufgehen, – im ‚inneren Gefüge' der westdeutschen Demokratie herrscht ein schleichender Notstand ... Der 2. Juni 1967 ist zum Symbol der unbewältigten Demokratie geworden, und zwar in allen lagern!"

In ähnlicher Weise hat Karl Jaspers die bundesrepublikanische Restauration verurteilt, die zur „Freilassung der großen, verderblichen Nazis zu öffentlicher Wirksamkeit" führte: „Man nahm nicht Abstand von dem totalen Verbrecherstaat, zu dem wir geworden waren."[2]

Auf Solidaritäts- und Trauerkundgebungen, in politischen Aktionen, Aufsätzen, Flugblättern und Publikationen wurden in zunehmendem Maße grundsätzliche Probleme des Kampfes um Frieden und Demokratie aufgeworfen für die Hochschule, für Staat und Gesellschaft. Ein Vergleich mit der relativ breiten studentischen Protestwelle nach der Spiegel-Affäre 1962 und gegen den zum Inbegriff antidemokratischer Willkür und revanchelüsterner Aufrüstungs- und Machtpolitik gewordenen F. J. Strauß zeigt neben der quantitativen Ausweitung vor allem eine Vertiefung und Stabilisierung gesellschaftspolitischer Einsichten und die Profilierung demokratischer Schlußfolgerungen. Für die herrschenden Kreise ergab sich die Notwendigkeit, eine konservativ-nationalistische und antidemokratische Interpretation und Konzeption den demokratischen Erkenntnissen und Konsequenzen als Barriere entgegenzusetzen. Dafür fanden sich Hochschullehrer, Parteipolitiker, Beamte und Publizisten – nicht zuletzt und einmal mehr die Schreiber der Springerpresse, deren rechtsradikale Handschrift auch hier adäquater Ausdruck der Gesinnung und des Wollens der herrschenden Monopolbourgeoisie ist.

Bei der Einschätzung sozialer und ideeller Ursachen und Anlässe der anwachsenden studentischen Opposition wie der ihr nahestehenden anderen demokratischen Kräfte werden gesellschaftliche Mißstände und Unzulänglichkeiten nicht rundweg und völlig bestritten. Entscheidend ist für die Ideologen der herrschenden Kreise deren Lokalisierung und klassenmäßige Neutralisierung, um von vornherein den grundsätzlichen Charakter der gesellschaftlichen Konflikte, den untrennbaren Zusammenhang mit der Klassen- und Machtfrage zu bestreiten und zu ignorieren. Bevorzugte Modelle dieser Interpretation der studentischen Oppositionsbewegung werden dem sozialpsychologischen Bereich entlehnt, z. B. als angeblicher Generationskonflikt, als Produkt der spezifischen soziologischen Stellung und Einordnung der Studentenschaft, als weltweite Zeiterscheinung der rebellierenden Studenten, die Symptom der „Industriegesellschaft" und ihres „Establishments" sei oder auch bloß weitgehend auf der Ebene vermeintlicher und unbegründeter Ressentiments zwischen Studentenschaft und Polizei.

Ein bevorzugtes Feld zur soziologischen Lokalisierung der Ursachen studentischer Unruhen ist das Hochschulwesen. Dessen überlieferte und restaurierte konservative Struktur und Funktionsweise ist eine tatsächliche soziale Quelle permanenter und grundsätzlicher studentischer Kritik. Die Ideologen der herrschenden Kreise benutzen dies, um Maßnahmen zur staatsmonopolistischen Reglementierung und Rationalisierung des Hochschulbetriebes zu propagieren und von anderen politischen Grundfragen abzulenken.

Diese Fälschung und Eliminierung der wesentlichen gesellschaftlichen Wurzeln der Konflikte ist der Ausgangspunkt für die beabsichtigte Differenzierung und Klassifizierung der oppositionellen Studenten und ihrer Forderungen. Durch eine Selektion und Kanalisierung der studentischen Kritik soll ihre Entschärfung und die Integration ihrer Träger in die gegebenen Herrschaftsverhältnisse und den offiziellen politischen Kurs erreicht werden. Das lautet dann so: Die Politiker müssen die Studenten stärker beachten und das ständige Gespräch suchen, die Polizei solle die „Verhältnismäßigkeit" der Mittel und Methoden gegen studentische Demonstranten berücksichtigen, die „Hochschulreform" müsse nun forciert werden usw. Damit sollen vor allem jene größeren Teile der Studentenschaft und die Hochschullehrer beeindruckt und manipuliert werden, die weniger durch eine profilierte gesellschaftspolitische Erkenntnis und Überzeugung als durch eine zunächst temporäre Desillusionierung, durch ein zunehmendes Unbehagen mit dem Weg der Bundesrepublik sowie eine wesentlich emotional bestimmte Haltung zu einer Solidarisierung mit den politisch fortgeschrittensten studentischen Gruppen und Organisationen gekommen sind.

---

[2] Zitiert nach Neues Deutschhuld vom 6. Oktober 1967.

Diese skizzierten Positionen dienen den Strauß, Wehner und Springer zur ideologischen Begründung ihrer entscheidenden taktischen Stoßrichtung und der sie bemäntelnden Argumentation: die Diffamierung, Verketzerung und Isolierung der führenden Köpfe, Gruppen und Organisationen der studentischen liberalen, demokratischen und sozialistischen Opposition als „Minderheit Wirrköpfiger und der sich zu ihnen gesellenden hysterischen notorischen Radaumacher", kleine radikale „Clique", „hemmungslose Rowdys", „studentischer Mob", „extreme studentische Minderheit", „radikale politische und, wie sich jetzt zeigt, auch kriminelle Umtriebe", „immatrikulierter Mob", „SED-gesteuerte Provos", „anarchistische Drahtzieher", „die Nazis von heute", „wildgewordene Kaffern", „schreiende akademische Linke", „Radaubrüder", „akademische Variante des Gammlertums", „diese Kriminellen" usw. usf. (Auswahl aus: Erklärung der Gewerkschaft der Polizei Westberlins vom 3. Juni 1967, Springer-Blätter Die Welt und Bild, National- und Soldatenzeitung).

Zutreffend bemerkte Professor E. K. Scheuch, Köln, daß die offiziellen Versuche, demokratische Forderungen als „radikal" oder „extrem" zu denunzieren, betrügerisch sind:

„Gewiß gibt es an den Hochschulen ein lautstarkes Eintreten für die Anerkennung eines zweiten deutschen Staates oder der Oder-Neiße-Linie. In Wirklichkeit sind damit die Studenten nicht radikal in der Sache, sondern eher unvorsichtig im Ausdruck. Solche Forderungen werden nicht zuletzt wegen ihrer Schockwirkung aufgestellt, da man zu Recht spürt, daß bei diesen Fragen offiziell ein nicht unerhebliches Maß an Heuchelei vorliegt."[3]

Die offizielle Legende von den „linksradikalen" Studenten, vom „Terror" einer studentischen Minderheit – übereinstimmend vom KZ-Baumeister Lübke, von der Kiesinger-Strauß-Regierung, den Monopolblättern und der NPD-Presse verfochten, bedient sich aufwendig und durchaus unaufrichtig einzelner sekundärer äußerer Symptome und Formen der studentischen Oppositionsbewegung, meint im Wesen jedoch die Summe jener elementaren demokratischen und humanistischen Normen und Alternativen, die von dieser wie der gesamten außerparlamentarischen Opposition vertreten werden und ihr die gegenwärtige Bedeutung und Wirksamkeit verliehen haben. Insofern ist diese Legendenbildung ein unmittelbarer Ausdruck der Rechtsverschiebung im politisch-ideologischen Kurs des gesamten Systems: das rationale Argument, die bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten anerkannte Normen des Völkerrechts, humanistische Positionen können nicht mehr toleriert, geschweige denn gesellschaftlich realisiert werden.

Nach faschistischem Muster wird die sachliche Argumentation besonders in den Massenkommunikationsmitteln durch die pauschale Diskriminierung der demokratischen Kräfte bis zur Pogromhetze ersetzt. Die Methode der Diffamierung demokratischer und sozialistischer Gegner setzt Ignoranz gegenüber ihrem echten Anliegen voraus, dem man auf der Ebene rationaler, gesellschaftlich und menschlich verantwortungsbewußter Argumentation unterliegen würde. Gerade diese Erfahrung mußten die oppositionellen Studenten mit der Behandlung ihrer Probleme und Forderungen durch die Monopolpresse machen, insbesondere seitens des Springer-Konzerns. Sie zogen daraus demokratische Schlüsse nicht nur hinsichtlich der Einschätzung des Grades der tatsächlichen Abschaffung der Presse- und Informationsfreiheit, sondern auch in bezug auf die sozialökonomischen Grundlagen des Abbaues der Demokratie und der neonazistischen Entwicklung in Gestalt privatkapitalistischer Presse- und Meinungsmonopole, die im Auftrag ihrer Klasse und nach den Gesetzen der Profitmacherei „öffentliche Meinung" produzieren und verkaufen.

Es ist sehr folgerichtig, daß aus der praktischen Beobachtung und Erfahrung der umfassenden Negation der Gebote der Demokratie, des Humanismus und der Vernunft (Vietnam, Verhältnis zur DDR, Notstandsgesetze, Neonazismus, Bildungs- und Fortschrittsfeindlichkeit) von fortschrittlichen studentischen Gruppen und Funktionären zunehmend radikaldemokratische und sozialistische Erkenntnisse und Schlußfolgerungen abgeleitet werden. Die Fortschritte und Erfolge der sozialistischen Staaten beeinflussen diesen ideellen Prozeß ebenso wie der antikolonialistische, antiimperialistische und sozialistische Kampf der Befreiungsbewegungen und Nationalstaaten in der Dritten Welt. Diesem ideologisch wie politisch durchaus widerspruchsvollen Prozeß tritt die herrschende Monopolbour-

[3] Vgl. Scheuch, Erwin Kurt: Warum die jungen Pensionäre revoltieren? In: Die Welt, Ausg. B, vom 28. Juni 1967.

geoisie mit einer unglaublichen Heuchelei gegenüber, indem sie, ihrer perspektivlosen klassenmäßigen und historischen Lage folgend, sowohl die Rechte des Volkes verneint und abbaut als auch mit ideologischem und administrativem Terror die damit stimulierten demokratischen Erkenntnis- und Klärungsprozesse zu unterbinden gezwungen ist.

Die vom Bundesinnenminister im Dezember 1967 öffentlich bestätigte und umfassend praktizierte verfassungswidrige Verfolgung und Bespitzelung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) seit Ende 1966 wie der gesamte polizeiliche, behördliche, gerichtliche und Meinungsterror gegen die demokratische Opposition finden ihre Ergänzung in der Förderung der konservativ-nationalistischen und neonazistischen Kräfte in der Studentenschaft. Der seit 1961 unangefochten erscheinende und von F. J. Strauß protegierte nazistische „Studenten-Anzeiger“ ist bereits seit längerer Zeit das auflagenstärkste Studentenblatt Westdeutschlands und Westberlins. Mit Beginn des Wintersemesters 1967/68 erschien er in zehn Nebenausgaben und einer Gesamtauflage von 41.000 Exemplaren. Im Zuge der Politik des Herrn Klaus Schütz und der antidemokratischen Sammlung entstanden im Herbst 1967 auch an beiden Westberliner Universitäten offen nazistische Studentengruppen. Zu den wesentlichen Erkenntnissen seit dem 2. Juni 1967 gehören auch jene gesellschaftlichen Tatbestände, die – zusätzlich provoziert durch die progressiv-studentische Aktivität – sichtbarer hervorgetreten sind: In den realen gesellschaftlichen und politischen Machtverhältnissen und Strukturen, vor allem im Staat und seinen Instrumenten, sowie durch die perfektionierte und rechtsradikalisierte Manipulierung sind in Westberlin analog zur Bundesrepublik bereits in hohem Maße die ideologischen, personellen und organisatorischen Voraussetzungen für die Notstandspraxis geschaffen worden. Der seit Jahren eingeleitete und unter der „Großen Koalition“ noch forcierte Übergang zu faschistischen Formen der Machtausübung ist direktes Produkt der Herrschaft der staatsmonopolistischen Bourgeoisie in der Bundesrepublik und Westberlin und ihrer revanchistischen und antidemokratischen Politik. Der Neonazismus erweist sich bereits heute als Instrument und Reserve des obrigkeitlichen Kampfes gegen demokratische Kräfte und Bestrebungen.

Die progressive studentische Opposition in der Bundesrepublik und Westberlin hat dann und dort Bedeutung und Gewicht in den Klassenkämpfen gewonnen, wann und wo sie – den gesellschaftlichen Zusammenhängen und den Erfahrungen ihres Kampfes folgend – das begrenzte Feld der Hochschule und die Grenzen ihrer spezifischen sozialen und Ausbildungsprobleme überschritt. Sie konstituierte sich damit nicht nur in neuer gesellschaftlicher Verantwortung, sondern gewann zugleich den notwendigen gesellschaftspolitischen Ausgangspunkt für demokratische, d. h. historisch-politisch fortschrittliche Lösungen auch im Hochschulraum.

Die bisherigen Wirkungen des 2. Juni 1967 vermitteln der außerparlamentarischen Opposition erneut die Lehren von der Gesetzmäßigkeit der klassenmäßigen Antagonismen, an der taktische Winkelzüge, ideologische Manöver und Scheinlösungen der konservativen Machthaber scheitern. Zugleich führen diese Widersprüche nicht automatisch zu progressiven Lösungen und können auch nicht durch Teillösungen in einzelnen Sphären ohne auf Kosten oder sogar gegen Teile der Werktätigen verwirklicht werden. Diese Tatsache resultiert aus der Komplexität jedes sozialen Systems. Die entscheidende Erkenntnis aus diesen Zusammenhängen, die in zunehmendem Maße in der Ideologie und Praxis der demokratischen Studentenschaft erfaßt und umgesetzt wird, besteht in der Orientierung auf die fortgeschrittenen Teile der Arbeiterklasse und ihre Organisationen als Ausgangspunkt und Grundlage eines umfassenden Bündnisses für eine demokratische Wende in Westdeutschland. Gemeinsame Aktionen und Zusammenschlüsse von Gewerkschaftern, Arbeiterjugend, Studenten und Intellektuellen gegen Notstandsgesetze und Neonazismus, für Mitbestimmung und gegen Sozialabbau sind Zeugnisse dieses richtigen Weges.

Eine Kernfrage der Neubestimmung eines demokratischen Ausgangspunktes auch innerhalb der studentischen Fraktion der außerparlamentarischen Opposition ist das Verhältnis zur DDR. Ihre Existenz und Entwicklung bestimmt entscheidend das neue Kräfteverhältnis zwischen imperialistischer Reaktion und den Kräften des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus. Die Zurückdrängung und teilweise Oberwindung der antikommunistischen Staatsdoktrin und die Kritik der gescheiterten, jedoch durchaus gefährlichen aggressiven Bonner Rüstungs- und Außenpolitik und die Forderung nach

Anerkennung der DDR und ihrer Grenzen kann Ausgangspunkt eines neuen Verhältnisses zum sozialistischen Staat auf deutschem Boden sein.

Das Hochschulwesen, Berlin, 3/1968, S. 188-196.

Neu abgedruckt in: Alma Mater – Zwischen Hakenkreuz und Bundesadler. Artikel und Kommentare 1960-1970. Jenaer Reden und Schriften 1979. Friedrich-Schiller-Universität Jena, S. 126-133.

Filetto und Marzabotto

Mit dem Namen Defregger und Filetto verbindet sich im Sommer 1969 für die italienische und internationale Öffentlichkeit eine neuerliche alarmierende Entlarvung des westdeutschen Renazifizierungsprozesses. Es ist aktueller Anlaß genug, darauf hinzuweisen, daß es seit Jahren an westdeutschen Hochschulen möglich ist, mit einer offen profaschistischen Rechtfertigung von Verbrechen, wie sie im Fall Defregger zur Anklage stehen, als Hochschullehrer zu wirken bzw. akademische Grade zu erlangen. Ein drastisches Beispiel war bereits vor zwei Jahren von italienischen Presseorganen und Antifaschisten angeprangert worden. Zeitungen der DDR haben darüber in kurzen Meldungen berichtet. Nunmehr liegt das Beweismaterial gedruckt vor. Die politisch-ideologische, moralische und sachliche Analogie zu Defregger läßt es geboten erscheinen, den ebenfalls ungeklärten Fall in die gegenwärtige grundsätzliche Auseinandersetzung einzubeziehen.

Als der Band 2 der „Würzburger Wehrwissenschaftlichen Abhandlungen“ des Instituts für „Wehrrecht“ der Universität Würzburg erscheint 1967 die Dissertation von Wolfgang Kunz „Der Fall Marzabotto – Analyse eines Kriegsverbrecherprozesses“. Am Gegenstand des vom 19. bis 30. Oktober 1951 in Bologna durchgeführten Kriegsverbrecher-Prozesses gegen den Major der Waffen-SS Walter Reder sowie den dabei verhandelten Kriegsverbrechen im italienischen Dorf Marzabotto schreibt Kunz in einer durchsichtigen pseudowissenschaftlichen Diktion eine offene Apologie faschistischer Aggression, Massenvernichtung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, insbesondere der bedingungslosen Rechtfertigung der Verbrechen an Partisanen und der italienischen Bevölkerung. In Übereinstimmung mit dem Kriegsverbrecher Albert Kesselring liest man bei Kunz über die italienischen Partisanen u. a. von „verbrecherischen Instinkten der Kriminellen in solchen zusammengewürfelten Haufen“, „konnten die verabscheuungswürdige, hinterhältige Kampfführung Orgien feiern“, „wüteten die Banden hemmungslos“, „ihre lichtscheue Tätigkeit“ usw.

Daraus folgt für Kunz, sich völlig mit den damaligen faschistischen Befehlen und Maßnahmen „zur schärferen Bandenbekämpfung“ zu identifizieren, einschließlich der Erschießung von Geiseln, dem Verbrennen von Ortschaften und dem öffentlichen Aufhängen von „Tätern“ und „Rädelsführern“: „Die Major Reder übertragene Aufgabe war schwierig, aber notwendig ...“ (S. 5) Nach einer umfassenden profaschistischen Interpretation der Partisanenbewegung, die die gleichzeitige unbedingte Rechtfertigung der planmäßigen Verbrechen der SS und Nazi-Wehrmacht ergänzt und begründen soll, resümiert Kunz und beseitigt dabei jeden letzten Zweifel an der eigenen neofaschistischen Position:

„Das Ergebnis muß daher lauten:

1. Der unmittelbare Kampf gegen aktive Partisanen war aus dem Gesichtspunkt der Repression des Partisanenkampfes gerechtfertigt.

2. Die Tötung gefangener aktiver Partisanen auch ohne vorangegangenen Verfahren war durch die militärische Notwendigkeit als Repression gerechtfertigt.

3. Repressalien gegen aktive Partisanen und der Geiselnahme, eventuell auch deren Tötungen, waren gerechtfertigt, um die Partisanen zur Einhaltung des Kriegsrechts zu bewegen.

4. Selbst wenn man unterstellt, daß Major Reder nicht am Kampf beteiligte Zivilpersonen im Wege der Repressalie töten ließ – womit die Repression als Rechtfertigung entfiele – was allerdings von der Anklage nicht bewiesen werden konnte –, so war er auf Grund der die Zivilbevölkerung mit einbeziehenden Partisanentätigkeit als Major der deutschen Wehrmacht auf Grund der Lage des deutschen Militärs dazu berechtigt.“ (S. 69)

Geschichtsschreibung und Recht erfolgen hier vom Boden des faschistischen Aggressors, seiner Interessen und Ziele und basieren dementsprechend auf völliger Aufgabe des Völkerrechts und des Humanismus.

Die Wochenzeitung der faschistischen NPD „Deutsche Nachrichten“ erinnert am 11. April 1969 an „Major Reder“, der seit seiner gerechten Verurteilung zu lebenslänglichem Kerker für seine Verbrechen büßt. Ihre Position stimmt mit dem Fazit des Doktoranden des Würzburger Instituts für „Wehrrecht“ völlig überein, der sich nicht scheut, von den italienischen Behörden die Freilassung des

Kriegsverbrechers unter Berufung auf „die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten als die Grundlage der demokratischen Ordnung und der Sicherung des Friedens“ zu fordern.

So ungeheuerlich die Studie von Kunz, so erheblich müssen die Umstände ihrer Entstehung für alle Antifaschisten und Demokraten sein. Verantwortlich für die politisch-ideologische und wissenschaftliche Konzeption und Anleitung der Dissertation sowie deren Veröffentlichung zeichnet der Professor für Staats- und Völkerrecht Friedrich August Freiherr von der Heydte, Universität Würzburg, in dessen keineswegs unbekannter Gestalt sich exemplarisch der Teufelskreis neonazistischer Ideologie im Hochschulraum schließt. Dieser Altnazi, ehemalige faschistische Offizier und erste Bundeswehrgeneral d. R. ist längst zum Inbegriff des militanten, konservativ-antidemokratischen Hochschullehrers geworden, der mit jeglichem offenen Neonazismus Hand in Hand arbeitet. In den letzten Jahren nimmt er führend teil an der Eskalation des Neonazismus. Heydte ist CSU-Mitglied und naher Freund von Strauß, was spätestens seit seinen Denunzianten-Hilfsdiensten für Strauß in der Spiegel-Affäre weithin bekannt wurde.

Die „ Demokratisch-konservative Korrespondenz“ konnte am 2 1. Dezember 1966 von ihm berichten:

„Beim Zusammentritt des neuen Bayerischen Landtages wurden die Vertreter der NPD von den übrigen Abgeordneten ‚geschnitten‘, man drehte ihnen die souveränen Rücken zu und erwiderte ihre Grüße nicht. Einzig der neu gewählte Abgeordnete Prof. und General d. R. von der Heydte machte eine rühmliche Ausnahme und begrüßte einige in den Pestkordon verbannte Kollegen.“

Wie sehr die von ihm angeleitete Arbeit von Kunz der eigenen, offen bekundeten Position entspricht, zeigt u. a. eine Rede Heydtes auf der Jahreshauptversammlung 1967 des Landesverbandes Bayern der SS-Nachfolgeorganisation HIAG im April 1967. Darin legte er mehrfach ein ausdrückliches Bekenntnis zur SS ab und würdigte ihre „Tradition“ mit der zynischen Leugnung, der faschistischen Verbrechen, die er seinen Studenten und Doktoranden anerzieht:

„Dann, wenn der Deutsche sich wehrt und zurückschießt, dann heißt es, wir haben Frauen und Kinder ermordet. Wir alten Soldaten wissen es, daß Sie Kriegs-Soldaten waren wie wir. vielleicht bessere Soldaten. Aber eines, und das möchte ich gerade an dieser Stelle herausstellen, und ich darf Ihnen dafür danken, Sie haben diesen Soldatengeist über den Zusammenbruch hinaus bewahrt, in einer Zeit, in der das Wort Idealismus klein geschrieben wird, in der derjenige schon als Neo-Nazi verdächtig ist, der vom Vaterland spricht.“[1]

Als im Sommer 1967 in Italien die Versuche Heydtes zur Rechtfertigung der faschistischen Kriegsverbrechen im Dorf Marzabotto bekannt wurden, wurde er von der Regionalregierung des Aosta-Tals und antifaschistischen Organisationen aufgefordert, auf eine geplante Vortragsreise nach Italien zu verzichten. Im Frühjahr 1966 hatte bereits die Schweizerische Offiziersgesellschaft eine Einladung an Heydte mit Rücksicht auf die „starke Opposition“ unter ihren Mitgliedern zurückgenommen. Dabei wurde besonders auf seine Nazi-Vergangenheit und die Rolle in der Spiegel-Affäre verwiesen. Im Sinne des neonazistischen Geschichtsbildes à la Strauß ist die Position Heydtes seitens der CDU/CSU und ihrer jeweiligen Koalitionsgehilfen unangefochten. In einem Prozeß 1965 wurde sein Einsatz als faschistischer Offizier sogar für Heydte und gegen seinen Prozeßgegner gewertet. 1969 steht Heydte, der Logik des verschärften Klassenkampfes und dem Rechtskurs der herrschenden Kreise entsprechend, an der Spitze einer Gruppe von CSU-Landtagsabgeordneten, die einen Gesetzentwurf zur „Sicherung der Freiheit von Lehre und Forschung“ als Ausnahmegesetz und Rechtswillkür gegen die demokratische Studentenbewegung im Land Bayern einbringen.

Strauß, Heydte und Kunz heißen die ehrenwerten Bürger des Bonner Staates, die mit der NPD für „Freiheit“, „Ordnung“ und „Recht“ sorgen und die Gegner der Verbrechen von Filetto, Marzabotto und Vietnam als „Terroristen“ und „Tiere“ verfolgen und unterdrücken. Die Diffamierung der heutigen demokratischen und sozialistischen Gegner in Westdeutschland stimmt mit der der Partisanen von 1944, aller Opfer des Faschismus und der heldenhaften Kämpfer Vietnams völlig überein. Niemand sollte sich einer Illusion darüber hingeben, daß die durchgängige faschistische Grundhaltung mit der Rechtfertigung erfolgter Verbrechen je etwas anderes bezwecken würde als die Vorbereitung

[1] Der Freiwillige. Organ des Bundeverbandes der ehemaligen Waffen-SS HIAG, Mai 1967, H. 5, S. 4 ff.

neuer Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wo immer das Interesse der imperialistischen Bourgeoisie dies geboten erscheinen läßt.

Forum, Berlin, 15/1969.

Neu abgedruckt in: Alma Mater – Zwischen Hakenkreuz und Bundesadler. Artikel und Kommentare 1960-1970. Jenaer Reden und Schriften 1979. Friedrich-Schiller-Universität Jena, S. 134-136.

Widerstand oder neue Kapitulation?

Am 6. Februar 1968 fordert eine Gruppe antifaschistischer Studenten an der Universität Bonn den Rektor, Professor Schneemelcher, auf, Bundespräsident Lübke auf Grund seiner Tätigkeit im Dritten Reich die 1966 verliehene Ehrensenatorenwürde der Rheinischen Friedrich-Wilhelm-Universität abzusprechen. Die Studenten werden vom Rektor nicht empfangen. Nach seiner Auffassung sei die Universität nicht der rechte Ort, um politische Meinungsverschiedenheiten über die Vergangenheit Lübkes auszutragen. Die Studenten fügen der Eintragung Lübkes im Goldenen Buch der Universität die wesentliche und wahrheitsgemäße Ergänzung „KZ-Baumeister“ hinzu. Damit setzen sie eine klare Antithese zum Verhalten der Universitätsleitung und sichern, daß das antifaschistische Anliegen nicht auf die übliche Weise manipuliert und vor der Öffentlichkeit unterschlagen werden kann.

Der Universitätsrichter Professor Hellmuth von Weber wird mit der Verfolgung und disziplinarischen Bestrafung der demokratischen Studenten und damit zumindest der moralischen Rechtfertigung Lübkes betraut. Und der Rechtswissenschaftler Weber scheint dafür besonders prädestiniert. So referierte er beispielsweise am 2. Februar 1934 auf einer NS-Veranstaltung der Universität Jena über „Der politische Verbrecher im neuen Staat“. Er verfügt also über langjährige Erfahrungen in intellektuellen und pseudojuristischen Handlangerdiensten bei der Verfolgung von Antifaschisten. Weber hatte in Jena 1933 den von den Faschisten abgesetzten liberalen Professor Albrecht als Dekan der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät abgelöst.

Weber war Mitglied der faschistischen „Akademie für Deutsches Recht“. 1933 gehörte er einer dreiköpfigen Kommission an, die Hitler ein „Rechtsgutachten“ zum Reichstagsbrandprozeß lieferte, das die Ermordung van der Lubbes rechtfertigte. Ab 1937 war er, wiederum zeitweilig als Dekan, an der Universität Bonn tätig. Das Archiv der Universität Bonn ist freilich nie geöffnet worden, um über Weber Auskunft zu geben. Und das wiederum ist keine Besonderheit seines Falles.

Die studentischen Nazigegner dieser Hochschule machen die Öffentlichkeit mit solchen Fakten der Biographie Webers bekannt. Der Senat bestellt, wie in Bonn gehabt, zur Verteidigung des Lübke-Verteidigers eine fünfköpfige Reinwaschungskommission, darin drei Professoren. Sie legt unter dem Datum des 6. März 1968 eine Stellungnahme zu den Beweismaterialien vor, die ein beschämendes zeitgeschichtliches Dokument zur geistigen und politisch-moralischen Entwicklung an Westdeutschlands Hochschulen ist. Da heißt es beispielsweise im Punkt 8 zu dem erwähnten Vortrag ignorant und leichtfertig:

„Der nur durch einen kurzen Bericht von anderer Seite belegte Inhalt des Vortrages von Professor von Weber über ‚den politischen Verbrecher in unserem Staat‘ läßt sich an Hand dieser unvollständigen Unterlagen nicht hinreichend rekonstruieren. Es bleibt offen, ob er die historische Entwicklung der strafrechtlichen Behandlung politischer Verbrecher dargestellt oder über die Änderungen der entsprechenden Bestimmungen des StGB nach 33 referiert hat. Ebenso ist nicht erkennbar, ob er sich hierzu bekannt oder sie lediglich dargestellt hat.“

Das Pamphlet resümierte selbstverständlich, daß „der Vorwurf nationalsozialistischer Gesinnung und Betätigung gegen Professor von Weber nicht erhoben werden“ könne.

Es sei auf weitere Details verzichtet. Der Fall Weber fand so wenig wie der Fall Lübke oder der Fall Kiesinger in der Bundesrepublik eine Klärung. Diese Affären sind winzige Ausschnitte, Beispiele, die die in zwanzig Jahren Bundesrepublik um sich greifende Renazifizierung im Detail belegen. Hier wird exemplarisch die gesellschaftliche Totale Westdeutschlands sichtbar, in der sich der Alt- und Neonazismus in der Führung des Donner Staates mit dem Typus des „braunen Hochschullehrers“ und einer verbreiteten verhängnisvollen Verfälschung, Bagatellisierung und letztendlichen Rechtfertigung der faschistischen Vergangenheit von Hochschule und Gesellschaft, mit Anpassung und neuerlicher Kapitulation vor dem Neonazismus, ja selbst der Komplizenschaft mit ihm verflicht. Gleichzeitig wird das antifaschistische Aufbegehren gegen diese Entwicklung sichtbar, und es wird deutlich, wem die Bundesrepublik zu verdanken hat, daß die NPD in diesem Jahr noch nicht in den Bundestag einzieht.

Im Ergebnis des imperialistischen Restaurationsprozesses und des darin wurzelnden Antikommunismus, Revanchismus und Neonazismus erfolgte in Westdeutschland keine historisch-gesellschaftliche

und geistige Distanzierung von der Hochschule der Jahre faschistischer Diktatur, von deren Mitschuld für den Mißbrauch der Wissenschaft und der Bildungseinrichtungen für imperialistische Annexionskriege, für faschistischen Massenmord, für Rassismus, Chauvinismus und Antikommunismus und zahllose weitere Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Bis heute hat keine westdeutsche Universität eine Analyse und Bilanz ihrer eigenen Geschichte unter der Herrschaft des Faschismus, eine Art antifaschistische Autobiographie vorlegen und ein Minimum wirklich demokratischer und humanistischer Schlußfolgerungen formulieren oder gar durchsetzen können. Es gibt eine Fülle wissenschafts- und hochschulgeschichtlicher Studien, die bis in das Mittelalter weisen oder im Dienst der Revanchepolitik sich aufwendig um Hochschulen außerhalb der Staatsgrenzen der Bundesrepublik bemühen. Der brennendsten Problematik deutscher Hochschulgeschichte wurde jedoch immer ausgewichen.

Auch bei der Aufdeckung der braunen Vergangenheit haben oppositionelle demokratische Studenten und fortschrittliche Hochschullehrer besondere Verdienste. Mitglieder und Gruppen des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) waren führend beteiligt bei der Aktion „Ungesühnte Nazijustiz“ und dem „Kongreß für Demokratie, gegen Restauration und Militarismus“ im Jahre 1959. Der SDS widerstand der politischen und materiellen Erpressung der rechten sozialdemokratischen Parteiführung gegen diese antifaschistische Position. Das war ein wesentlicher Anlaß des Bruchs zwischen Parteiführung und Studentenverband im folgenden Jahr und zugleich ein Ausgangspunkt seitheriger antifaschistischer Aktivitäten der Studenten und der Anfeindungen durch die SPD-Führung.

Vor allem durch die Initiativen demokratischer Studenten lebte seit Anfang der sechziger Jahre die Auseinandersetzung um „Universität und Nationalsozialismus“ und „braune Hochschullehrer“ neu auf. Es kam zu Veröffentlichungen und Diskussionen. Einige Universitäten veranstalteten Ringvorlesungen und Seminare, die indes in der Grundtendenz und im Ergebnis die Notwendigkeit und Argumente der studentischen Kritik auf ihre Weise bestätigten. Sie zielten nicht auf grundsätzliche Klärung und Konsequenzen, sondern auf opportunistische Kompromißformeln. Ein westdeutscher Autor stellte in einer gründlichen Analyse solcher Vortragsreihen der sechziger Jahre fest, daß eine Aussage über das Wesen des Faschismus selten auch nur angedeutet werde und der antifaschistisch-demokratische Kampf der Volksmassen als die eigentliche Gegnerschaft zum Faschismus unerwähnt bleibe. An nahezu sämtlichen Universitäten Westdeutschlands gab es größere Auseinandersetzungen um schwer belastete Hochschullehrer, unter ihnen die Professoren Hofstätter (Psychologe) und Wenke (Pädagoge, Hamburg), Redeker (Theologe, Kiel), Burger (Philologe, Frankfurt a. M.), Schwinge (Jurist, Marburg), Ruff (Mediziner, Bonn), von der Heydte (Jurist, Würzburg), Maunz (Jurist), Berber (Jurist) und Mikorey (Mediziner, München), von Pölnitz (Historiker, Regensburg).

Rolf Seeliger, München, hat mit den bisher sechs Bänden seiner Dokumentation „Braune Universität. Deutsche Hochschullehrer gestern und heute“, (München 1964 bis 1968), mutig und zielstrebig dieses Gebiet der Restauration und des antidemokratischen Ungeistes der öffentlichen Kritik unterbreitet. Es liegt in der Natur des Bonner Staates, daß diese Dokumentation von Heft 1 mit dem ehemaligen bayrischen Kultusminister Professor Theodor Maunz bis zum Heft 6 mit dem derzeitigen Bundeswirtschaftsminister Professor Karl Schiller zugleich führende Repräsentanten des Bonner Staates erfaßt.

Das Beispiel einer konsequent antifaschistisch-demokratischen und sozialistischen Neugestaltung des Bildungs- und Hochschulwesens in der DDR war für den ideologischen Klärungsprozeß und die offensiven Initiativen demokratischer Kräfte überaus bedeutsam. Dokumentationen wie das Braun- und das Graubuch bedeuteten eine wesentliche unmittelbare Unterstützung. In Westdeutschland entwickelten sich Ansätze und Schritte eines antifaschistischen Bündnisses von Studenten und Wissenschaftlern mit Kommunisten, Gewerkschaftern, VVN, Jugendorganisationen, linken Sozialdemokraten und fortschrittlichen Journalisten. Wesentliches Ergebnis solcher Klärungsprozesse in den vergangenen Jahren war, daß trotz des Widerstandes der herrschenden Kreise die antifaschistisch-demokratische Komponente in der westdeutschen Studentenbewegung ihren Platz fand. Der antiimperialistische Gehalt in Programm und Aktion dieser Bewegung vertiefte sich und beschleunigte ein Sichtbarwerden antagonistischer Klassenlinien auch im Hochschulraum.

Es wäre ein Mißverständnis, das eigentliche aktuelle Problem in jener Gruppe von Hochschullehrern zu sehen, die persönlich aus der Nazizeit schwer belastet sind – sosehr dies für sich alarmierend ist und Wesensmerkmale des Gesellschaftssystems und seiner Hochschulen bloßlegt. Die verschleppte Schuld aus der Vergangenheit der höchsten Bildungsstätten ist eine der historisch-klassenmäßigen, institutionellen, personellen und geistigen Wurzeln ihrer neuerlichen Lähmung in Grundfragen des Kampfes um Demokratie und prägt wesentlich die heutige Ausgangsposition.

Hier sitzen die Akteure und Hintermänner des Neonazismus, um das Prestige und Potential der Hohen Schule selbst als Faktor zur antidemokratischen Formierung einzusetzen und alle konservativen und neonazistischen Kräfte für die eigene Strategie zu mobilisieren. Diese Konzeption umfaßt eine breite Skala von den offen neonazistischen Gruppierungen über die Aktivierung und Sammlung aller konservativ-antidemokratischen, militant antikommunistischen Kräfte bis zu vorläufigen Bündnissen gegen die antifaschistisch-demokratische Bewegung, die an verantwortungsloser Indifferenz und Passivität gegenüber dem Neonazismus anknüpfen.

So fehlerhaft eine undifferenzierte Beurteilung dieser heterogenen Kräfte, ihrer sozialen und ideologischen Struktur wäre, so verhängnisvoll kann sich eine Unterschätzung ihrer historisch so hinlänglich ausgewiesenen inneren Verwandtschaft und der Gefahr ihres Zusammenspiels erweisen.

In der Studentenschaft gehören offen faschistische Gruppierungen und Publikationen nunmehr bereits seit Jahren wieder zum selbstverständlichen Bild. Sie konzentrieren sich auf den im Januar 1967 gegründeten „Nationaldemokratischen Hochschulbund“ (NHB), der inzwischen an nahezu allen Hochschulorten seine Gruppen und an einigen Hochschulen bereits seine offiziellen Vertreter im Studentenparlament hat. Beispielsweise erhielt der NHB bei den Studentenratswahlen an der Universität Göttingen Anfang dieses Jahres 6,5 Prozent der Stimmen. Der NHB ist der Studentenbund der NPD, mit der er organisatorisch und durch Personalunion verbunden ist. Der NHB ist in der „Hochschulkommission“ der NPD vertreten, die unter Leitung des berüchtigten Altnazis und NPD-Ideologen Professor Ernst Anrich die gemeinsamen faschistischen Aktivitäten in der Hochschulpolitik koordiniert.

In der offiziellen „nationaldemokratischen“ Agitation nimmt die Hetze gegen demokratische Kräfte überhaupt und seit vorigem Jahr insbesondere auch gegen die demokratische Studentenbewegung einen erheblichen Platz ein. Neben dem NHB agiert der gleichgesinnte „Republikanische Studentenbund Deutschlands“ (RSD) der sein Zentrum in München hat. Als hauptsächliches und extremstes Publikationsorgan dieser Gruppen erscheint seit Sommer 1961 der faschistische „Deutsche Studenten-Anzeiger“ mit mehreren Nebenausgaben und Lokalteilen einzelner Hochschulorte. Nach den letzten eigenen Angaben erreichte er eine Auflage von über 40.000 Exemplaren. Er war damit geraume Zeit die auflagenstärkste bundesrepublikanische Studentenzeitung, bis ihn ab Ende 1968 als neues Rechtsaußenblatt für Studenten der von neonazistischen Kräften in der CSU und in burschenschaftlichen Verbindungen herausgegebene „Student“ mit 60.000 Exemplaren überrundete. Die Auflagenhöhen sprechen Bände über die Zuwendungen von der CDU/CSU und aus Wirtschaftskreisen und -verbänden.

An ein breites Publikum inner- und außerhalb der Hochschulen wendet sich Herbert Grabert mit der „Deutschen Hochschullehrer-Zeitung“. Sie betrachtet sich in Verbindung mit dem ebenfalls von Grabert geleiteten „Institut für deutsche Nachkriegsgeschichte“, Tübingen, laut Untertitel als „Zeitschrift für historische Wahrheitsforschung“. Das ist gedanklich und sprachlich Unfug, gemeint aber ist pseudowissenschaftliche Aktivität zur völligen Rehabilitierung des faschistischen deutschen Imperialismus der Jahre 1933 bis 1945. Damit erfüllt die Propaganda Graberts eine wichtige Aufgabe bei der Ausarbeitung und Propagierung des neonazistischen Geschichtsbildes und zur „Begründung“ der heutigen aggressiven Europapolitik der Strauß und Abs. Zugleich organisiert Grabert damit die Sammlung und Zusammenarbeit entsprechender konservativer und neonazistischer Fraktionen von Hochschullehrern und Ideologen des In- und Auslands. David L. Hoggan, USA, gehört daher zu seinen aktivsten Mitarbeitern. Selbstverständlich ist Grabert nur ein besonders auffälliger Vertreter von Bestrebungen, die mehr oder weniger ausgeprägt von weiteren Historikern und Sozialwissenschaftlern verfolgt oder unterstützt werden.

Die isolierte, hier keineswegs vollständige Betrachtung offen faschistischer Kräfte unter Studenten und Wissenschaftlern trifft jedoch nur eine Seite ihrer Funktion: Wie in der gesamten bundesdeutschen Gesellschaft besteht ihre eigentliche Gefährlichkeit in ihrem Wechselwirken mit der allgemeinen Rechtsverschiebung in der Politik der herrschenden Klasse, ihrer sogenannten großen Parteien und bei der Formierung aller antidemokratischen Kräfte. Grundlage dieses überaus „fruchtbaren" Zusammenspiels ist die gemeinsame klassenmäßige Basis und die weitgehende ideologische und programmatische Übereinstimmung der gesamten Rechten.

Charakteristisch für die gegenwärtige innenpolitische Situation in Westdeutschland ist, daß sich Agitation und Terror der Neonazis wesentlich gegen die oppositionelle demokratische Jugend und die Studenten richten. Gerade daran läßt sich denn auch das Bündnis von Kiesinger und Strauß bis zu Thadden besonders aktuell sowohl in der Ideologie wie der politischen Taktik nachweisen.

An den Hochschulen stützt sich dieser neonazistische Trend vor allem darauf, alle latenten konservativen, antisozialistischen und nationalistischen Ressentiments zu aktivieren und einen breiten Block gegen die demokratischen Kräfte zusammenzufügen. Ein markanter Punkt war das von etwa einem Viertel der westdeutschen Professoren unterzeichnete „Marburger Manifest zur Politisierung und sogenannten Demokratisierung der Hochschulen der Länder der Bundesrepublik Deutschland" vom Frühsommer 1968. Darin wurde allen ernsthaft demokratischen Vorstellungen zur Hochschulreform der Kampf angesagt und die „Demokratisierung der Universität" als „die Gefahr, die das Wesen der deutschen Hochschule bedroht", bezeichnet.

Es gibt alarmierende Signale latenter faschistischer Grundhaltungen, wie im Fall des Professors Berthold Spuler, Universität Hamburg, der im November 1967 demonstrierenden Studenten zurief: „Sie gehören alle in ein Konzentrationslager." Die Kenntnis dieses Vorfalls hinderte die Philosophische Fakultät der Universität Bonn ebensowenig, Spuler zwei Wochen später einen Berufungsvorschlag für einen Lehrstuhl in Bonn zu unterbreiten, wie die Universität Hamburg, ihm die Fortsetzung seiner Hochschullehrertätigkeit zu gestatten.

Die Wahlparole der NPD „Sicherheit durch Recht und Ordnung" hatte die Schlagworte der Donner Regierung übernommen und machte die Erhöhung der „Autorität" des Staates, den verstärkten Einsatz von staatlicher Gewalt und Zwang zum Angelpunkt der eigenen demagogischen Agitation. Der zunehmende staatliche Terror erscheint als Bestätigung der innenpolitischen Linie der NPD und ihrer Rolle als „Ordnungsfaktor".

Die hysterische faschistische Diffamierung der demokratischen Kräfte leistete der staatlichen Unterdrückungspolitik ideologische und psychologische Hilfe, sie stimuliert die Annäherung und den Zusammenschluß aller Rechtskräfte. Dabei geht es an den Hochschulen vor allem um die Aufwertung und Mobilisierung der Korporationsverbände – nachweisbar ein gemeinsames Anliegen von Strauß, Thadden, Springer usw. Das gemeinsame Vorgehen gegen die linken Studentenorganisationen, reicht vom physischen Terror über den Entzug der materiellen Mittel bis zur Blockbildung bei studentischen Wahlen und Aktionen. So führten im Mai/Juni dieses Jahres an der Universität Göttingen NHB und Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) gemeinsam eine Kampagne zum Austritt der Studentenschaft aus dem linksgerichteten Verband Deutscher Studentenschaften (VDS).

Die Entwicklung eines demagogischen hochschulpolitischen Reformprogramms soll echten demokratischen Alternativvorstellungen entgegenwirken und der studentischen Linken die Massenbasis entziehen.

Physischer Terror gegen Demokraten wird unter den Parolen von „Ordnung", „Sauberkeit" und „Selbsthilfe" nach wie vor als Mittel antidemokratischer Politik propagiert und praktiziert.

Im Herbst 1965 hatte Strauß in einem Interview mit dem nazistischen „Studenten-Anzeiger" die „heimatlose Rechte" aufgefordert, sich der CSU anzuschließen. Diese Aufgabenstellung wird jetzt verwirklicht.

Das Wirken neonazistischer Kräfte und deren breiten antidemokratischen Hintergrund an den Hochschulen festzustellen bedeutet, Standort und Rolle der westdeutschen Universitäten und Hochschulen

im gesamten Renazifizierungsprozeß kritisch zu werten. Die unheilvolle Analogie zu den Nazistudenten der zwanziger und dreißiger Jahre ist eindeutig genug.

Dem Auftreten und Wirken neonazistischer Organisationen und Publikationen im Hochschulraum wurde und wird von Hochschulbehörden und Wissenschaftlern kaum nennenswerter grundsätzlicher Widerstand entgegengesetzt. Die Polemik von Frau Professor Helge Pross an der Universität Gießen 1966/67 gegen den „Studenten-Anzeiger“ war vom Motiv und Engagement her verdienstvoll, blieb jedoch vereinzelt und ergebnislos. In Heidelberg distanzierten sich nach der baden-württembergischen Landtagswahl vom April 1968 dreißig Wissenschaftler des Physikalischen Instituts von dem Assistenten Dr. Rolf Kosiek, der für die NPD in den Landtag einzog. Sie erklärten ihren Willen, der neuen Nazipartei „rechtzeitig und wirksam entgegenzutreten“. Größere Teile der Studentenschaft sowie einzelne und Gruppen von Wissenschaftlern nehmen an der Seite der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften, der Arbeiterjugend und des demokratischen Bürgertums heute antiimperialistisch-demokratische, antifaschistische Positionen ein. Das ist eine wesentliche Veränderung zum politischen Bild der Hochschulen der Weimarer Republik. Eine umsichtige, aber offensive und zielstrebige geistige Auseinandersetzung, politische Aktivität und Aktion muß versuchen, dieses antifaschistisch-demokratische Potential unter den Studenten und Wissenschaftlern stetig zu vergrößern.

Auch deshalb geht das politische Geschehen an den Universitäten und Hochschulen alle demokratischen Kräfte in der BRD an. Organisationen der Arbeiterklasse, Gewerkschafter und linke Sozialdemokraten suchen gemeinsam mit Kommunisten und fortschrittlieben Intellektuellen deshalb das Gespräch mit der demokratischen Studentenschaft. Josef Reding polemisierte in der „Welt der Arbeit“ gegen die Behauptung des Professors für politische Wissenschaften an der Universität Mainz, Buchheim, daß nicht der Rechtsradikalismus, sondern die Linke die eigentliche Gefahr für die Bundesrepublik darstelle. Buchheims Haltung beweise, daß manche aus der Vergangenheit nichts gelernt haben. Nach der Gründung des NHB hatte sich Karsten Reinecke in der „Gewerkschaftlichen Umschau“ (7/1967) warnend mit dem „Rechtsradikalismus in der Studentenschaft“ beschäftigt und auf seine Wurzeln in Gesellschaft und Hochschule verwiesen. Am 3. Juli 1969 trafen sich auf Einladung der Aktionsgemeinschaft für den Demokratischen Fortschritt in einem Hörsaal der Universität Köln 350 Arbeiter, Studenten und Wissenschaftler zum Thema „Gemeinsame Interessen – gemeinsamer Kampf“. Dabei ging es um Demokratie, Mitbestimmung, Neonazismus und die Verantwortung aller demokratischen Kräfte. Dieser Zusammenschluß demokratischer Kräfte ist die einzig mögliche Garantie dafür, daß dem Neonazismus auf die Dauer begegnet werden kann.

Sonntag, Berlin, Nr. 43 und 46 v. 26. Oktober und 16. November 1969.

Neu abgedruckt in: Alma Mater – Zwischen Hakenkreuz und Bundesadler. Artikel und Kommentare 1960-1970. Jenaer Reden und Schriften 1979. Friedrich-Schiller-Universität Jena, S. 137-143.

Personenregister

A

Abbe, Ernst 95
Abeken, Gerhard 409
Abendroth, Wolfgang 383
Ablaß, Bruno 180
Abs, Hermann Josef 65, 334, 471
Achelis, Johann 319
Adenauer, Konrad 7, 11, 22, 23, 25, 34, 329, 330, 427, 450
Adler (Hamburg) 100
Adler, Victor 104
Aichbichler, Josef 138
Albertz, Heinrich 460
Albrecht, ? 469
Aldenhoven, C. 9
Aldenhoven, Carl 155, 164, 165, 178, 188, 193
Allerbeck, Klaus R. 40
Anrich, Ernst 374, 471
Anschütz, Gustav 314
Arendt, Otto 180
Asch, Ludwig 199, 200
Asche, Klaus 40, 41, 42, 44
Auer, Ignaz 109, 110, 111, 133, 147, 167, 173
Aufhäuser, Siegfried 239, 245

B

Bachem, Carl J. 138
Bachof, Otto 418
Baden, Hans Jürgen 368
Balke, Siegfried 4, 335, 342, 347, 348, 387, 391
Bamberger, Ludwig 87, 115, 116
Barth, Henny 165
Barth, Theodor 9, 73, 74, 83, 87, 91, 92, 93, 98, 99, 100, 102, 106, 117, 122, 125, 126, 129, 130, 133, 134, 136, 137, 138, 140, 142, 143, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 163, 164, 165, 166, 174, 176, 178, 179, 180, 181, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 198, 201, 203, 206, 209, 212, 214, 215, 218, 219, 220, 221, 222, 233, 238, 240, 241, 269, 274, 277, 278, 288
Bassermann, Ernst 102, 104, 138, 149, 199, 209, 217, 218, 235, 236, 240
Baum, Herbert 319
Bäumer, Gertrud 227
Baumgarten, Arthur 279
Bebel, August 93, 101, 102, 104, 105, 109, 110, 111, 112, 113, 116, 119, 123, 128, 133, 136, 137, 138, 139, 140, 149, 151, 153, 156, 157, 158, 167, 169, 170, 171, 172, 173, 176, 180, 188, 207, 208, 209, 215, 217, 236, 237, 240, 260, 268, 287
Bechert, Karl 404, 406
Becker, Carl Heinrich 315, 399
Bendrien, ? 19
Berber, Friedrich 470
Berendt, Martin 95
Berg, Fritz 337, 427
Bergsträsser, Ludwig 270
Bernstein, Eduard 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 109, 110, 111, 146, 147, 166, 167, 171, 172, 173, 174, 215, 240, 272
Bertsch, Herbert 266, 270
Bethmann Hollweg, Theobald von 199, 210, 244, 250, 251, 254
Bettermann, ? 42, 44
Bismarck, Otto von 70, 79, 86, 112, 115, 132, 145, 273
Bleibinhaus, Hans 3, 4, 5
Bleichröder, Samuel 244
Blell, Johann Carl Friedrich 177
Blohm, Georg 409
Bocheński, Innocent Maria 373
Böhme, Herbert 53
Böhmer, Rudolf 209
Böhmert, Wilhelm 83, 164
Bollnow, Otto Friedrich von 367
Borgius, Walter 135
Borm, William 286
Born, Karl Erich 79, 95, 107, 151
Born, Max 381, 404
Bosch, Robert 259, 260
Bosch, Werner 409
Bothmer, Otto, Reichsgraf von 203, 215
Böttinger, Heinrich von 312
Bovet, Theodor 367
Brandt, Willy 39, 40, 41, 331, 370, 429
Bräsicke, Rudolf 85, 136
Braun, Heinrich 169
Braun, Lily 169
Braun, Otto 237
Brauner, Leo 319
Brecht, Bert 385
Breitscheid, Rudolf 159, 162, 163, 165, 176, 186, 212, 214, 218, 220, 221, 238, 239, 240, 241, 242, 269, 277, 280
Breitscheid, Tony 238, 241
Brentano, Lujo 95, 102, 119, 134, 147, 152, 155, 160, 186, 213, 219, 238, 250
Breschnew, Leonid Iljitsch 372
Broemel, Max 9, 73, 74, 86, 87, 100, 118, 125, 163, 164, 165, 216, 229
Bryce, James 221
Buchheim, Hans 473
Buggle, Franz 369
Bülow, Bernhard, Fürst von 87, 88, 120, 121, 123, 125, 129, 140, 172, 178, 179, 180, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 207, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 222, 274
Burger, Otto 470
Burkhardt, Helmut 23, 427
Burnham, James 283, 285
Bußmann, Walter 107, 265
Bütefisch, Heinrich 58
Butenandt, Adolf 347

C

Calwer, Richard 102
Caprivi, Leo, Graf von 72, 132, 134, 140, 214
Cartellieri, Wolfgang 354
Cassel, Oskar 251
Cauer, Minna 241
Chamberlain, Joseph 140
Coing, Helmut 328
Conring, Hermann 34
Conze, Werner 274, 277
Cromwell, Oliver 369
Cysarz, Herbert 53, 66, 432

D

Dahrendorf, Ralf 21, 416, 436, 437, 438
Damaschke, Adolf 76, 119, 147, 148
David, Eduard 100, 102, 166, 171
Defregger, Matthias 466
Dehler, Thomas 263, 282, 286
Dehoust, Peter 53
Delbrück, Hans 213, 233, 244, 314
Delcassé, Théophile 178
Dernburg, Bernhard Jacob Ludwig 179, 180, 197, 201, 260
Deutsch, Regine 241
Dichgans, Hans 330, 331, 352
Dieckmann, Johannes 279
Dietz, Lothar 4
Dix, Arthur 82, 86, 196
Döhl, Reinhard 423
Dove, Heinrich W. 87, 216, 232, 245, 247, 253, 260
Duisberg, Carl 318
Duncker, Franz 79, 91, 270
Dürig, Günter 409

E

Ebert, Friedrich 237, 239
Eder, Fritz 429
Eichhorn, Konrad 189, 191
Eickhoff, Richard 175, 177, 180, 182, 197, 202, 204
Einstein, Albert 245, 260, 314, 317, 363
Eisner, Kurt 265, 268, 269, 270, 272, 288
Ellwein, Thomas 409
Elm, Johann Adolf von 109
Engelberg, Ernst 267
Engels, Friedrich 99, 104, 108, 109, 113, 139, 239, 264, 268, 269, 271, 288, 311, 313, 314, 324
Erbe, Walter 263, 275, 276, 286
Erhard, Ludwig 12, 23, 24, 34, 39, 284, 331, 365, 376, 450
Erkelenz, Anton Peter 228
Erler, Georg 377
Esau, Abraham 65, 66
Eschenburg, Theodor 409, 420
Eucken, Walter 281
Eyck, Erich 186

F

Fabian, Walter 383, 444
Fehrenbach, Konstantin 253
Fendrich, Anton 112
Fichte, Johann Gottlieb 311, 365
Finke, Lutz E. 22, 23, 28, 30, 34, 426, 427, 428, 431
Fischbeck, Otto 73, 129, 137, 199, 200, 202, 214, 224, 227, 232, 236, 237, 245, 246, 253, 255, 258, 259, 260
Fischer, Fritz 36, 243, 244, 257
Flach, Karl-Hermann 263, 275, 286
Flechtheim, Ossip K. 12
Flick, Friedrich 65, 427
Forckenbeck, Max von 85
Förtsch, Eckart 372
Franco, Francisco 7
Frank, Ludwig 102, 239
Franken, Paul 25
Franzel, Emil 14, 53, 432
Freisler, Roland 11
Frese, Hermann 74, 86, 87, 118, 124, 125, 140
Freund, Michael 263
Friesicke, ? 8
Frohne, Edmund 409
Fuchs, Emil 250
Funck, Carl 224

G

Gaab, Max 204
Gabert, Volkmar 12, 13
Gädke, Richard 212, 238, 240, 241, 242, 245
Gaertringen, Friedrich Hiller, Feiherr von 197
Galilei, Galileo 385
Gaulle, Charles de 7
Gehlen, Arnold 368
Gehlen, Reinhard 368
Geibel, Robert 437
Genscher, Hans-Dietrich 263
Gerber, Hans 400
Gerlach, Hellmut von 76, 100, 101, 106, 119, 133, 136, 147, 148, 150, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 163, 164, 166, 167, 171, 173, 180, 183, 187, 188, 212, 214, 218, 219, 220, 227, 235, 238, 239, 240, 242, 245, 250, 260, 269, 277, 287, 288
Gerlach, Manfred 280
Gerschel 83, 84, 228
Gerstein, Hannelore 438
Gerstenmaier, Eugen 25, 27, 37, 65, 329, 368, 371, 376, 428, 434, 436, 441
Gilg, Peter 276
Girnus, Wilhelm 349
Glaser, Heinrich 238
Gleitze, Bruno 409
Globke, Hans Maria 11, 12, 14, 17, 32, 35, 425, 459
Goebbels, Joseph 14, 42, 48, 49
Goethe, Johann Wolfgang von 64
Göhre, Paul 75, 76, 96, 119, 168, 169, 170
Goldschmidt, Dietrich 12
Goldschmidt, Hermann 115
Goldschmidt, Karl 228
Goller, Erwin 177, 178
Gollwitzer, Helmut 12
Goppel, Alfons 12, 13, 14, 23
Göring, Hermann 16, 17
Gorki, Maxim 160

Görner, Gunter 5
Gothein, Georg 74, 87, 136, 137, 148, 152, 155, 158, 163, 186, 195, 209, 212, 215, 216, 217, 222, 229, 236, 247, 248, 249, 250, 254, 255, 257, 259, 260
Götz, E.-D. 56
Grabert, Herbert 66, 471
Gradl, Johann Baptist 37, 39, 40, 41, 42, 43, 428
Graf, Willi 3
Gräter, Carlheinz 221
Grebing, Helga 270
Gregory, Caspar. René 75
Gröber, Adolf 138, 139
Groß, Hermann 334
Grotewohl, Otto 319
Grotewold, Christian 143, 146
Günther, Adam Wilhelm Siegmund 83, 211
Gutsche, Willibald 244
Guttenberg, Karl Theodor Freiherr von und zu 37, 445
Gyßling, Robert 215

H

Haas, Ludwig 189, 248
Haase, Hugo 237
Habermas, Jürgen 438
Haeckel, Ernst 160
Häfele, Wolf 343
Hagen, Wilhelm 379
Hahn, Otto 381
Hallgarten, Charles L. 148, 155, 214
Hallgarten, George Wolfgang Felix 85, 89, 125, 266, 273
Hallstein, Walter 323, 334, 338, 399
Halpert 245
Hamm-Brücher, Hildegard 12, 16, 17, 286, 437, 461
Hänel, Albert 74, 86, 100, 188
Haney, Gerhard 11, 13
Hannover, Heinrich 57
Harden, Maximilian 121
Harig, Gerhard 319
Harnack, Adolf von 314, 316
Harnack, Arvid 319
Hartshorne, Edward Y. 319
Hartung, Fritz 107
Hassel, Kai-Uwe von 379
Hauptmann, Gerhart 160
Haußmann, Conrad 75, 89, 93, 149, 187, 190, 204, 214, 219, 225, 229, 247, 249, 250, 251, 252, 253, 259, 260
Haußmann, Julius 74
Heckscher, Siegfried 86, 215, 219, 248, 253
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 363, 365
Heidegger, Hermann 102, 107
Heimburger, Karl Friedrich 187
Heine, Wolfgang 100, 102, 147, 167, 169, 171, 173
Heinemann, William 368
Heisenberg, Werner 381
Helfferich, Karl 140, 253
Hennis, Wilhelm 409
Hensel, Paul 409
Herle, Jacob 318
Hermann, Lilo 319
Hermens, Ferdinand 409
Herterich, ? 19, 57
Hertling, Georg, Freiherr Graf von 257
Herzog, Wilhelm 221, 238
Hess, Gerhard 327, 355
Heuschkel, Horst 5
Heuss, Theodor 100, 127, 131, 144, 146, 185, 192, 236, 244, 265, 276, 277, 278
Heydte, Friedrich August Freiherr von der 18, 19, 53, 56, 377, 432, 467, 470
Heyl zu Herrnsheim, Cornelius Wilhelm, Freiherr von 104
Hilferding, Rudolf 272
Hindenburg, Paul von 253
Hirsch, Max 79, 91, 95, 270
Hitler, Adolf 11, 12, 17, 18, 24, 36, 65, 67, 277, 318, 319, 320, 328, 374, 375, 377, 378, 448, 459, 469
Höcherl, Hermann 34, 35, 44, 427
Hoegner, Wilhelm 13
Hofmann, Werner 380
Hofstätter, Peter R. 470
Hoggan, David L. 36, 53, 66, 430, 471
Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig, Fürst zu 94, 124, 126, 127, 128, 140
Höhn, Reinhard 377
Holstein, Friedrich von 140, 141
Horaz 30
Huber, Kurt 3
Huber, Ludwig 14
Hue, Otto 158
Hüller, Oswald 425
Humboldt, Wilhelm von 311, 325, 349, 363, 420

J

Jacoby, Johann 74, 238
Jaeger, Richard 34, 427
Jahrreiß, Hermann 395
Janssen, Uwe 26, 39, 40, 41, 435
Jaspers, Karl 286, 309, 367, 383, 384, 448, 462
Jaumann, Anton 14, 15
Jaurès, Jean 146, 178
Jenke, Manfred 49
Jerussalimski, Arkadi Samsonowitsch 121, 124, 140, 268, 270
Jordan, Pascual 381

K

Kaempf, Johannes 73, 84, 85, 210, 224, 229, 230, 231, 232, 236, 245, 253
Kafka, Franz 322
Kanitz, Hans Wilhelm Alexander, Graf von 198
Kant, Immanuel 365, 369
Kanzow, Karl 252, 255
Kardorff, Wilhelm von 93, 138
Kath, Gerhard 437
Katz, Eugen 158, 182
Kaufhold, Joseph 82
Kaul, Friedrich Karl 54, 373
Kaulisch, Baldur 244
Kautsky, Karl 105, 109, 112, 119, 151, 239, 272
Kehr, Eckart 266
Keim, August 202

Kennedy, John F. 25
Kerenski, Alexander Fjodorowitsch 256
Kesselring, Albert 7, 466
Kiel, Wilhelm 229
Kiesinger, Kurt Georg 22, 49, 52, 58, 60, 65, 68, 69, 263, 286, 308, 331, 337, 365, 366, 368, 370, 371, 372, 374, 380, 381, 383, 395, 405, 422, 425, 426, 427, 428, 429, 438, 439, 442, 445, 448, 450, 451, 452, 454, 457, 469, 472
Kirsch, Hans-Christian 423
Klein-Hattingen, Oskar 197
Kleist, Peter 53, 432
Knoeringen, Waldemar von 13
Knoll, Joachim Heinrich 88, 144
Koering, A. 204
Kofler, Leo 269, 283
Köhler, Curt 230
Köhler, Otto 11
Kohn, Hans 271
Kolb, Wilhelm 109, 112, 167
Kopp, Bernhard 278
Kopsch, Julius 73, 154, 177, 179, 187, 212, 236, 248, 249, 254, 255, 260
Korsch, Karl 316
Kosiek, Rolf 473
Kost, Heinrich 326
Kötschke, Hermann 136
Krappmann, Lothar 66
Krauch, Helmut 347, 355
Kremer, Willy 81
Krippendorf, Ekkehard 279
Kröcher, Jordan von 151
Krone, Heinrich 22, 34
Krüger, Hans 12, 34, 44, 427
Krupp, Friedrich Alfred 127, 128
Kuczynski, Jürgen 83
Kühl, Dietrich 439
Kulemann, Wilhelm 183, 186, 189
Kunz, Wolfgang 466, 467
Küpfmüller, Karl 347
Kurras, Karl-Heinz 460

L

Lamprecht, Karl 78, 266, 273
Landmann, ? 12
Lange, Albert Horst 48
Lassalle, Ferdinand 109
Ledebour, Georg 99, 131, 173, 177, 210
Legien, Carl 102
Leibniz, Gottfried Wilhelm 365
Leineweber, ? 62
Leipelt, Hans 3
Lemberg, Eugen 372
Lemmer, Ernst 37
Lenin, Wladimir Iljitsch 20, 77, 97, 99, 104, 106, 107, 108, 113, 114, 123, 142, 160, 161, 162, 166, 167, 169, 172, 208, 209, 229, 231, 233, 256, 257, 258, 260, 262, 268, 269, 273, 314, 369, 393, 424, 451
Lennings, ? 12
Lenzmann, Julius 73, 93, 178
Leonhardt, Rudolf Walter 322
Lerch, Leopold 15
Letz, Georg 263
Liebermann, Max 160
Liebert, Eduard Wilhelm Hans 202
Liebknecht, Karl 54, 112, 207, 239, 240, 246, 256, 260, 313, 432
Liebknecht, Wilhelm 104, 105, 108, 109, 110, 111, 112, 131, 268
Liman, Paul 140
Lischnewska, Maria 227
Liszt, Franz von 149, 160, 203, 246, 247
Litt, Theodor 367
Loebell, Friedrich Wilhelm Georg von 199, 200, 202, 203, 204, 210, 251
Lohmar, Ulrich 429
Löwith, Karl 367
Lübke, Heinrich 22, 23, 25, 35, 39, 41, 44, 45, 48, 57, 58, 68, 330, 379, 380, 389, 427, 428, 459, 463, 469
Lübtow, Ulrich von 418
Lücke, Paul 408
Ludendorff, Erich 253
Lukács, Georg 269, 270
Luther, Martin (Reformator) 363
Luxemburg, Rosa 54, 103, 105, 112, 131, 157, 161, 207, 208, 237, 239, 260, 268, 272, 313, 315, 432

M

Maizière, Ulrich de 379
Mann, Golo 419
Mann, Heinrich 221, 238, 280
Mann, Thomas 319, 366, 379
Marchand, Wolf R. 67, 429
Marcuse, Herbert 276, 283
Markiewicz, W. 38
Martin, Rudolf 162
Marx, Karl 99, 103, 104, 105, 108, 208, 264, 268, 271, 285, 288, 313, 314, 324, 400, 454
Massow, Wilhelm 86
Maunz, Theodor 4, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 57, 58, 427, 470
Maurenbrecher, Max 148, 152, 170, 171, 175
Max, Prinz von Baden 259
Mayer, Karl 74
Mehnert, Klaus 373, 377
Mehring, Franz 74, 83, 88, 93, 94, 96, 97, 100, 102, 105, 110, 111, 116, 119, 122, 124, 126, 132, 138, 139, 141, 143, 147, 149, 150, 153, 157, 161, 166, 169, 170, 171, 176, 179, 181, 183, 186, 194, 201, 202, 207, 209, 211, 213, 214, 215, 217, 218, 223, 232, 233, 256, 262, 268, 272, 313
Meimberg, Rudolf 409
Meissner, Boris 373, 377
Melanchthon, Philipp 363
Mende, Erich 37, 39, 41, 42, 46, 285
Mende, Gerhard von 428
Mendelssohn, Robert von 210, 244
Metternich, Klemens Wenzel Lothar von 24, 67
Meyer, Eduard 315
Michaelis, Georg 253, 254
Mikorey, Max 470
Milatz, Alfred 257
Millerand, Alexandre-Étienne 106
Miquel, Johannes von 194

Mises, Ludwig [von] 79, 264, 275, 283
Molkenbuhr, Hermann 109, 154
Möllenstedt, Gottfried 373
Mommsen, Karl 87
Mommsen, Theodor 88, 149, 150, 224, 229, 237, 247
Mugdan, Otto 73, 163, 177, 215, 236
Müller (-Meiningen), Ernst 73, 84, 85, 149, 177, 179, 182, 209, 210, 217, 222, 234, 239, 248, 249, 251, 253
Müller (-Sagan), Hermann 73, 84, 116, 176, 177, 178, 179, 182, 183
Munckel, Carl August 92
Muser, Oskar 187, 219

N

Nast, Alfred 62
Nathan, Paul 74, 113, 118, 122, 130, 133, 147, 155, 162, 165, 186, 219
Nau, Alfred 429
Naumann, Friedrich 9, 70, 75, 76, 90, 96, 98, 100, 101, 102, 106, 107, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 126, 127, 130, 131, 133, 136, 141, 143, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 170, 171, 175, 176, 178, 181, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 195, 198, 203, 209, 210, 213, 214, 215, 216, 219, 220, 221, 225, 226, 229, 232, 236, 237, 240, 244, 246, 248, 249, 250, 253, 257, 259, 271, 274, 276, 277, 278, 285, 287
Naumann, Robert 268, 269, 271, 272, 281, 283, 285
Neumann, Sigmund 78, 270
Niemöller, Martin 322, 383
Nietzsche, Friedrich 368
Normann, Oskar von 209
Novotný, Antonín 432
Nuschke, Otto 236, 245, 278
Nussbaum, Helga 83, 283

O

Oberländer, Theodor 4, 17, 18, 19, 35, 53, 425, 432, 459
Oeser, Rudolf 75, 186, 187, 188, 193
Ohnesorg, Benno 65, 423, 460
Ohr, Wilhelm 211
Ollenhauer, Erich 429
Ossietzky, Carl von 238, 239, 240, 245, 280
Ostfeld, Hermann 257

P

Pabst, Waldemar 54
Pachnicke, Hermann 74, 92, 94, 95, 133, 136, 137, 139, 155, 163, 165, 211, 213, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 222, 224, 234, 243, 247, 249, 251, 252, 255
Paulssen, Hans Constantin 427
Payer, Friedrich 72, 75, 89, 123, 136, 138, 178, 183, 185, 187, 190, 209, 210, 214, 219, 222, 223, 224, 229, 232, 236, 247, 248, 249, 253, 256, 257, 258, 259, 260
Peisert, Hansgert 437
Peters, Karl 213, 277
Pëus, Wilhelm Heinrich 102
Pfalzgraf, Oskar 35
Pfau, Ludwig 74
Planck, Max 314
Plechanow, Georgi Walentinowitsch 107, 208
Plothow, Anna 227
Pohlmann, Adolf 152
Pölnitz, Götz Freiherr von 16, 17, 470
Portner, Ernst 270, 280
Posadowsky-Wehner, Artur, Graf von 92, 129, 199
Potthoff, Heinz 227
Preuss, Hugo 186
Probst, Christoph 3
Pross, Helge 63, 473

Q

Quidde, Ludwig 75, 130, 144, 160, 219, 222, 223, 233, 245, 249, 250, 256, 277, 317

R

Rachfahl, Felix 107
Rapacki, Adam 425
Rathenau, Walther 88
Redeker, Konrad 12
Redeker, Martin 470
Reder, Walter 466
Reding, Josef 473
Rehn, K. 43
Reinecke, Karsten 473
Reusch, Hermann 21, 326, 327, 334, 345, 349
Reusner, Manfred von 159, 161
Rheinbaben, Georg von 196
Rhodes, Cecil 140
Ribbentrop, Joachim von 49
Richter, Eugen 9, 72, 73, 81, 83, 84, 85, 94, 96, 98, 101, 102, 105, 109, 110, 112, 115, 116, 117, 120, 121, 122, 123, 124, 126, 127, 128, 129, 131, 134, 136, 138, 139, 141, 143, 147, 148, 149, 150, 151, 154, 155, 156, 157, 166, 167, 175, 176, 177, 180, 181, 182, 185, 186, 187, 190, 191, 196, 200, 202, 213, 223, 227, 260, 272, 274, 275, 277, 288
Rickert, Heinrich 73, 74, 85, 86, 93, 94, 95, 113, 118, 123, 125, 126, 129, 130, 133, 140, 147, 148, 182, 185
Ridder, Helmut 373, 383, 420
Riedler, Alois 312
Riege, Gerhard 13
Riemeck, Renate 383, 384
Riesser, Jacob 77, 229, 230, 232
Ritter, Gerhard 78, 79, 273
Roesicke (-Dessau), Richard 93, 94, 95, 136, 152
Röhm, Ernst 16, 17
Rohrbach, Paul 175, 247
Rolland, Romain 245, 249
Röpke, Wilhelm 265, 281, 282, 283
Rösemann, Harm 4, 5
Rosenberg, Alfred 49
Roth, Paul 226
Rubin, Hans Wolfgang 286
Ruff, Siegfried 378, 379, 470
Ruggiero, Guido de 79, 107, 264, 265, 273, 275

Rüstow, Alexander 281

S

Sass, Hans-Martin 35, 41, 42, 45
Sauckel, Fritz 66
Savigny, Leo von 203
Schacht, Hjalmar 87, 260
Schack, Wilhelm 153
Schaxel, Julius 316, 319
Scheibe, Hubertus 396
Scheidemann, Philipp 232, 237, 239, 252, 255, 256, 258
Schelsky, Helmut 391, 400
Scheuch, Erwin Kurt 409, 463
Scheuner, Ullrich 409, 421
Schieber, ? 4
Schieder, Theodor 79, 97, 107, 265, 271, 273
Schiedermair, Rudolf 57
Schiffer, Eugen 246
Schiller, Friedrich 64, 363
Schiller, Karl 470
Schindler, Paula 239
Schippel, Max 101, 102, 119, 131
Schlamm, William S. 53, 56, 373, 425, 432
Schleiermacher, Friedrich Daniel 311
Schmid, Carlo 429
Schmid, Fred 425
Schmidt (-Elberfeld), Reinhart 73, 129, 180, 199, 213, 217
Schmidt, Siegfried 269, 271
Schmoller, Gustav von 201, 314
Schmorell, Alexander 3
Schnabel, Franz 266
Schneemelcher, Wilhelm 469
Schnell, Hermann 197
Schöberl, H. 66
Scholl, Hans 3, 4, 5, 11, 15, 319
Scholl, Sophie 3, 4, 5, 11, 15, 319
Schöning, Bernhard 51
Schrader, Karl 74, 86, 87, 118, 136, 149, 152, 153, 154, 155, 163, 164, 165, 176, 178, 179, 180, 182, 184, 186, 189, 193, 199, 209, 216, 218, 219, 220, 224
Schrader, Rudolf 339
Schreiterer, Manfred 335
Schröder, Gerhard (CDU) 22
Schroers, Rolf 286
Schücking, Lothar 215
Schulze-Boysen, Harro 319
Schulze-Gaevernitz, Gerhart von 77, 136, 152, 165, 170, 185, 213, 229, 247, 249
Schütz, Klaus 464
Schwinge, Erich 58, 378, 412, 427, 470
Seeber, Gustav 70, 270, 271
Seebohm, Hans-Christoph 22, 34, 427, 432
Seel, Wolfgang 392
Seeliger, Rolf 20, 470
Segebrecht, Wulf 67
Sell, Friedrich C. 79, 82, 124, 265, 270, 271, 273, 274
Seraphim, Peter-Heinz 378
Settermann, K. A. 43, 44, 45
Siemens, Carl Friedrich von 316
Siemens, Georg von 73, 74, 86, 87, 88, 115, 117, 118, 119, 120, 125, 126, 133, 134, 135, 136, 137, 140, 175, 229
Siemens, Werner von 120
Sievers, Rudolf 39
Sieverts, Rudolf 46
Silberstein, Franz 264
Singer, Paul 88, 104, 109, 111, 112, 136, 138, 157
Smith, Adam 269
Sohm, Rudolf 75, 76, 96, 97, 153
Sombart, Werner 313
Sonnemann, Leopold 74, 186, 187
Spahn, Peter 88
Speidel, Hans 334, 341, 350, 387
Spengler, Oswald 264, 266, 274, 275
Spranger, Eduard 367
Springer, Axel Cäsar 52, 53, 57, 401, 419, 424, 432, 460, 461, 463, 472
Spuler, Berthold 472
Stadthagen, Arthur 167, 172, 173
Staudt, Kurd von 203
Steenbeck, Max 307, 456
Stein, Gustav 372, 427
Steinhofer, Adolf 347
Steinigans, Emil 107
Stirner, Max 264
Stoltenberg, Gerhard 331, 338, 339, 380, 387, 459
Storz, Christian 75, 176, 177, 183
Strasser, Otto 52
Strassmann, Fritz 381
Strauß, Franz Josef 6, 8, 11, 12, 13, 14, 18, 22, 28, 29, 32, 45, 49, 50, 52, 53, 54, 56, 57, 60, 63, 65, 66, 286, 308, 331, 334, 337, 338, 356, 365, 366, 370, 372, 374, 381, 383, 395, 405, 408, 422, 425, 426, 427, 428, 432, 434, 439, 442, 445, 448, 450, 451, 452, 454, 457,462, 463, 464, 467, 471, 472
Stresemann, Gustav 218, 253
Struve, Pjotr Berngardowitsch 161
Struve, Wilhelm 250
Stumm-Halberg, Karl Ferdinand, Freiherr von 91, 95, 145
Sturm, Adolf 55
Südekum, Albert 102
Sühnel, Rudolf 12
Suhrbier, Max 279
Sündermann, Helmut 50
Sydow, Reinhold 216

T

Thadden, Adolf von 56, 60, 472
Thalheim, Karl C. 373, 378, 409
Theimer, Walter 275
Theodor, Gertrud 250, 276
Thielicke, Helmut 23, 36, 39, 41, 42, 43, 44, 45, 50, 380, 428
Thielmann, Max von 129
Thieme, Werner 400
Thomas, Stephan 37
Tirpitz, Alfred von 124, 127, 128, 129, 180
Tischendörfer, Wilhelm 228
Traeger, Albert 73, 212
Traub, Gottfried 165, 193, 248, 253, 254

Trettner, Heinz 17
Trutzek, Lothar 49
Tschombe, Moïse 48
Turati, Filippo 146

U

Ulbricht, Walter 32, 278, 287, 308, 309, 333, 338, 383, 384, 396, 434
Ullstein, Leopold 84
Ulmer, Eugen 3, 4, 5

V

Venedey 187
Vialon, Friedrich Karl 17, 32, 35, 58, 425
Vits, Ernst Helmut 326
Vitzthum von Eckstädt, Friedrich 203
Vögler, Albert 318
Vollmar, Georg Heinrich von 98, 100, 101, 102, 147, 160, 166, 167, 169

W

Waldersee, Alfred, Graf von 123
Weber, Hellmuth von 469
Weber, Max 247, 257, 259, 274, 314
Wehner, Herbert 50, 65, 69, 287, 370, 425, 429, 445, 456
Weinhausen, Friedrich 157, 158, 189
Weischedel, Wilhelm 12
Weiß, Guido 238
Welter, Erich 409
Wenck, Martin 76, 136, 153, 170
Wenke, Hans 378, 470
Westarp, Kuno Friedrich Victor, Graf von 250
Wetter, Gustav A. 373
Wiemer, Otto 73, 84, 85, 121, 175, 197, 199, 200, 204, 209, 211, 214, 215, 216, 217, 224, 227, 234, 237, 245, 247, 248, 252, 254, 255, 256, 258, 260
Wiener, Jakob 159
Wiese, Leopold von 79, 264
Wildenbruch, Ernst von 160
Wilhelm I. 142
Wilhelm II. 92, 120, 122, 125, 180, 210, 212, 216, 217, 245, 252, 253, 258, 259
Winnacker, Karl 346, 378
Wischnewski, Hans-Jürgen 395
Witte, Friedrich Carl 146, 153, 157, 219
Wittke, Peter Hartmut 283
Woermann, Adolf 177
Wolff, Louis 204
Wreden, Ernst Wilhelm 65, 429
Wurster, Carl 378

Z

ZedlitzTrützschler, Robert, Graf von 200
Zetkin, Clara 105, 109, 110, 112, 113, 119, 157, 162, 208, 239, 256, 268
Ziesel, Kurt 53, 432
Zietz, Martha 227